Protokoll des SPD-Parteitages Mannheim 1906

LIBRARY
Michigan State
University

MSU
LIBRARIE

IL: 7497513

RETURNING MATERIALS:
Place in book drop to remove this checkout from your record. FINES will be charged if book is returned after the date stamped below.

IL: 7497513
AUG 7 2003

1906

LIBRARY
Michigan State
University

MSU
LIBRARIES

RETURNING MATERIALS:
Place in book drop to remove this checkout from your record. FINES will be charged if book is returned after the date stamped below.

IL: 7497513
AUG 7 2003

Reprints
zur Sozialgeschichte
bei
J.H.W. Dietz Nachf.

Herausgeber: Dieter Dowe

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Mannheim
vom 23. bis 29. September 1906
sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz
am 22. und 23. September 1906 in Mannheim

Mit einem Personen-, Zeitschriften- und Zeitungsregister
sowie Ortsregister zum Nachdruck
von Max Schwarz (†)

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Berlin · Bonn

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Nachdr. Mit e. Personen-, Zeitschr.- u. Zeitungsreg. sowie Ortsreg. – Berlin; Bonn: Dietz.

(Reprints zur Sozialgeschichte)

1906: Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz am 22. und 23. September 1906 in Mannheim. – Nachdr. – 1982.

ISBN 3-8012-2517-8

NE: Frauenkonferenz <Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 04, 1906, Mannheim>

© 1982 bei Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Berlin · Bonn
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Verlags
Druck:
Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH, Göttingen
Printed in Germany 1982

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Mannheim

: vom 23. bis 29. September 1906 :

sowie

Bericht über die 4. Frauenkonferenz

am 22. u. 23. September 1906 in Mannheim

Berlin 1906

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich e i n s mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private

Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Die Vertrauensperſonen ſind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch beſondere Marken zu quittieren.

Berichterſtattung.

§ 9. Die Vorſitzenden der Sozialdemokratiſchen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anſchluß an den voraufgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorſtand Bericht zu erſtatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreiſe organiſierten Parteigenoſſen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der geſamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreiſe verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorſtande überwieſenen Gelder haben die Vorſtände der Bezirksverbände und Landesorganiſationen zu erſtatten.

Die gleiche Beſtimmung findet dort, wo keine Vereinsorganiſation vorhanden iſt, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauensperſon ſinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauensperſonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauensperſonen betrieben, die möglichſt an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinſtanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 11. Der Parteitag bildet die oberſte Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm ſind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreiſen mit der Einſchränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Perſonen vertreten ſein darf. Inſoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreiſes Frauen ſich befinden, können weibliche Vertreter in beſonderen Frauenverſammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorſtandes und der Kontrollkommiſſion.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentariſche und die Mitglieder des Parteivorſtandes in allen die geſchäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation ſeiner Teilnehmer, wählt ſeine Leitung und beſtimmt ſeine Geſchäftsordnung ſelbſt.

Zur Gültigkeit der Beſchlüſſe des Parteitages iſt die abſolute Mehrheit der Anweſenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag ſtatt, der von dem Parteivorſtande einzuberufen iſt.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächſte Parteitag ſtattfinden ſoll, keine Beſtimmung getroffen, ſo hat der Parteivorſtand mit der Kontrollkommiſſion und der Reichstagsfraktion hierüber ſich zu verſtändigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß ſpäteſtens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desſelben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der proviſoriſchen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beſchickung des Parteitages iſt mindeſtens dreimal in angemeſſenen Zwiſchenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenoſſen für die Tagesordnung des Parteitages ſind bei dem Parteivorſtande einzureichen, der dieſelben ſpäteſtens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr:

Vorverſammlung

Konſtituierung des Parteitages. Feſtſetzung der Geſchäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommiſſion.

Montag, den 24. September und die folgenden Tage:

1. Geſchäftsbericht des Vorſtandes. Berichterſtatter: W. Pfannkuch und A. Geriſch.
2. Bericht der Kontrollkommiſſion. Berichterſtatter: A. Kaden.
3. Parlamentariſcher Bericht. Berichterſtatter: G. Schöpflin.
4. Der politiſche Maſſenſtreik. Berichterſtatter: A. Bebel und C. Legien.
5. Der internationale Kongreß 1907. Berichterſtatter: P. Singer.
6. Maifeier. Berichterſtatter: R. Fiſcher.
7. Sozialdemokratie und Volkserziehung. Berichterſtatter: C. Zetkin und H. Schulz.
8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Berichterſtatter: H. Haaſe.
9. Sonſtige Anträge.
10. Wahl des Vorſtandes, der Kontrollkommiſſion und des Ortes, an dem der nächſte Parteitag ſtattfinden ſoll.

Sitzungszeit des Parteitages:
vormittags 8½ bis 12½ Uhr, nachmittags 2 bis 6 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

A. Dreesbach-Mannheim — P. Singer-Berlin.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin
Bartels-Altona
Brandes-Magdeburg
Dörnke-Hannover
Fleißner-Dresden
Schmitt-München
Schütz-Breslau
Ulrich-Offenbach
Wollermann-Schöneberg

Mandatsprüfungs-Kommission:

Braun-Königsberg
Buhl-Leipzig
Feldmann-Langenbielau
Knieriem-München
Leopold-Zeitz
Sindermann-Dresden
Stengele-Hamburg
Wels-Berlin
Frau Zietz-Hamburg

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Einer bereits mehrere Jahre hindurch geübten Praxis folgend, leiten wir auch den diesjährigen Bericht damit ein, daß wir der im Berichtsjahr verstorbenen Genossen pietätvoll gedenken. Wir halten diese Gepflogenheit für eine parteigenössische Pflicht, denn die ehrenvolle Erwähnung im Parteitagsbericht ist meistens der einzige Lohn, der den Verstorbenen für ihre rastlose, uneigennützige Tätigkeit im Dienste für die Befreiung des Proletariats zuteil wird.

Die Liste ist keine vollständige. Das kann sie auch nicht sein, denn sie mußte zusammengestellt werden aus den in der Parteipresse zerstreuten Notizen. Naturgemäß beschränken sich diese Notizen auf Fälle, die zur Erwähnung besonders Anlaß bieten. Wir gedenken aber auch aller derer, die von uns geschieden, die bei harter Arbeit in Reih und Glied der Organisation pflichtgetreu die Kleinarbeit ausübten, ohne daß ihr Name genannt wurde, in gleicher Liebe und Achtung. Beruht doch auf der Kleinarbeit all der Tausend und Abertausend der organisierten Genossen die Erfolge der Partei, die zur Freude der Genossen der Schrecken der bürgerlichen Klassen sind.

Am 14. Oktober v. J. verschied in Elberfeld der Genosse Friedrich Harm nach langjähriger schmerzvoller Krankheit. Harm erreichte ein Alter von 61 Jahren. Von Beruf Weber, kam Harm Anfang der 70er Jahre nach Elberfeld, wo er bald in den vordersten Reihen der Genossen stand. 1884 eroberten die Genossen des Wuppertales mit Harm das Mandat, das er 14 Jahre ausübte. Die Genossen standen Harm während seiner Krankheit treu und helfend zur Seite, damit sich und ihren Vorkämpfer ehrend.

In der hessischen Landesirrenanstalt starb am 23. Oktober Genosse Busch. Unter dem Sozialistengesetz unterzog sich Busch bereitwillig jeder schwierigen

Aufgabe. Eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe, die ihm zuerkannt wurde, spornte seinen Eifer noch mehr an. — Ende Januar starb in Leipzig Genosse Köhler, dessen Restaurant von dem Staatsanwalt in einem Prozesse die Höhle der Geheimbündler genannt wurde. — Gleichfalls in Leipzig starb Genosse Kirsch, 48 Jahre alt. Auch er war unter dem Sozialistengesetz gleich Köhler ein eifriger und umsichtiger Organisator, der hauptsächlich als Versammlungsleiter sehr geschätzt wurde. — Auf der Straße starb an einem Schlaganfall am 23. Januar Genosse Rose in Magdeburg, der schon in der vorsozialistengesetzlichen Zeit der Partei erhebliche Opfer gebracht hatte. — Im Alter von 68 Jahren verschied am 7. Februar Genosse Heck in Offenbach. Genosse Heck war einer der wenigen Genossen, der alle Phasen der Entwickelung der Partei in Offenbach mit durchlebt hatte. — Ein Parteiveteran, der Genosse Herbig, starb im Alter von 74 Jahren in Königsberg. Genosse Herbig, ein Freund Jacobys, war einer der Gründer des Königsberger Arbeitervereins und legte damit den Grund zu der Königsberger Arbeiterbewegung. — Der langjährige Vertrauensmann in Trier, Genosse Hertig, starb am 28. März, an demselben Tage verschied auch der Genosse Roth in Ilmenau. — Die um das Emporblühen der Frauenbewegung verdienstvolle Genossin Brüggemann starb Anfang März in Ixelloc. — Zu gleicher Zeit starb in Halberstadt „Mutter Bollmann", die allen Anfechtungen zum Trotz 85 Jahre lang treu zur Partei gestanden und in deren Lokal die Genossen alle Zeit bereitwillig Aufnahme fanden.

Am 5. April trug der Telegraph die Kunde von dem Ableben des Genossen Meister nach allen Richtungen. Ein tückisches Herzleiden hatte den unermüdlichen Genossen plötzlich dahingerafft. Heinrich Meister war einer der Ersten, die dem Rufe Lassalles folgten. Meister war unter den Gründern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Hannover, von denen nur noch wenige leben und in der Partei tätig sind. Meister eroberte den 8. hannoverschen Wahlkreis 1884, der ihm bis zu dem leider so früh erfolgten Tode die Treue bewahrte. Das Vertrauen, das Meister allgemein in der Partei besaß, fand seinen Ausdruck in der Wahl in die Parteileitung im Jahre 1889 sowie in seiner Wahl in den Fraktionsvorstand. Meister war von 1893 bis zu seinem Tode Vorsitzender der Kontrollkommission, deren Geschäfte er mit Umsicht leitete. Ebenso eifrig wie der politischen Bewegung widmete sich Meister der Gewerkschaftsbewegung. Von 1868 bis 1878 war er Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins in Hannover. Der Verein fiel dem Sozialistengesetz zum Opfer, aber schon 1882 war Meister wieder unter den Gründern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, dessen Kontrollbehörde, der Ausschuß, ihn zu seinem Vorsitzenden wählte, welches Amt Meister ununterbrochen verwaltete, bis er auf der diesjährigen Generalversammlung eine Wiederwahl ablehnte mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand. Der stets tätig Gewesene fühlte, daß seine Kräfte nicht mehr den verantwortungsvollen Aufgaben, die auf ihm lasteten, gewachsen waren. Er fühlte das Bedürfnis nach Entlastung. In Heinrich Meister hat die Partei einen ihrer Besten verloren. Ein ehrlicher, offener, neidloser Charakter, der treue Freundschaft hielt. In dieser Beziehung war und bleibt Heinrich Meister den Genossen vorbildlich. —

Um die gleiche Zeit ſtarb Genoſſe Schillert in Weißenſee. Der Genoſſe hat in ſeiner Eigenſchaft als Gemeindevertreter die Arbeiterintereſſen ſtets mit Geſchick vertreten. — Im 50. Lebensjahre verſchied am 18. April in Hamburg der Genoſſe Müllerſtein, zu deſſen Verdienſten es gehört, mitgewirkt zu haben, den in der ſozialiſtengeſetzlichen Zeit gegründeten Verband der Zimmerer, dem damals noch ſehr viele zünftleriſche Schlacken anhingen, in die moderne Arbeiterbewegung hinüberzuleiten. — In Mannheim ſtarb im Alter von 58 Jahren Genoſſe Huber, der hauptſächlich in der ſozialiſtengeſetzlichen Zeit erfolgreich für die Partei gewirkt hatte. — Ein Veteran der Partei ſtarb in Memel. Genoſſe Grübneu, der ein Alter von 74 Jahren erreichte, war in den 70er Jahren Mitbegründer des Arbeitervereins, der Grundlage der ſozialdemokratiſchen Bewegung in Memel.

Nach längerer Krankheit erlag am 30. Juni Genoſſe Morawski in Kattowitz einem ſchweren Herzleiden. Genoſſe Morawski iſt 58 Jahre alt geworden und gehörte ſeit dem Jahre 1869 der Partei an. In Poſen, ſeiner Heimatprovinz, trug ihm die Parteitätigkeit eine neunmonatliche und eine anderthalbjährige Gefängnisſtrafe ein. Der letzteren war eine einjährige Unterſuchungshaft vorausgegangen. Nach dem Fall des Sozialiſtengeſetzes widmete ſich Morawski faſt ausſchließlich der Aufklärung und Organiſierung ſeiner polniſchen Landsleute, die ihn an die Spitze der polniſchen Organiſation ſtellten. Die neue Tätigkeit führte Morawski nach Oberſchleſien, wo er neben anderen Strafen einmal zu vier Monaten und ſpäter noch zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auch dieſer Verurteilung war eine ſechsmonatliche Unterſuchungshaft vorausgegangen. Die vielen und langen Gefängnisſtrafen waren ohne Zweifel die Urſache, daß das Leiden des Genoſſen nach ſeiner letzten Strafverbüßung rapide Fortſchritte machte. Der ſchwer kranke Genoſſe ließ es ſich nicht nehmen, der Parteipflicht zu gehorchen und noch bei der Nachwahl am 12. Oktober v. J. die Kandidatur und damit die ſchwere Wahlarbeit zu übernehmen.

Einem langwierigen und äußerſt ſchmerzhaften Magenleiden erlag am 14. Juli Genoſſe Grünberg. Er erreichte ein Alter von 59 Jahren. Genoſſe Grünberg entwickelte ſich erſt in reiferen Jahren zum Sozialdemokraten. Er wurde als Freiſinniger in das Stadtverordnetenkollegium in Hartha gewählt, behauptete aber auch das Mandat nach ſeinem Anſchluß an die Sozialdemokratie. 1895 wurde Grünberg in den ſächſiſchen Landtag und 1902 in der Nachwahl für den 10. ſächſiſchen Reichstagswahlkreis in den Reichstag gewählt. Die Hoffnung der Gegner, im nächſten Jahre bei den allgemeinen Wahlen den Kreis wieder zu erobern, wurde gründlich getäuſcht. Die Mehrheit Grünbergs, die 1902 nur 402 Stimmen betrug, ſtieg 1903 auf 2158 Stimmen. Die beſte Ehrung, die von den Genoſſen des 10. ſächſiſchen Kreiſes ihrem verſtorbenen Abgeordneten dargebracht werden kann, beſteht darin, daß ſie alle Kräfte anſpannen, um die ſozialdemokratiſche Mehrheit bei der bevorſtehenden Nachwahl noch um ein bedeutendes zu erhöhen.

* * *

Wie wenig erfinderiſch die Kriminalbeamten ſind, denen die Aufgabe geſtellt iſt, die „Geheimniſſe“ der ſozialdemokratiſchen Erfolge zu ergründen, beweiſt der Umſtand, daß der Vorgang, den wir im Dresdener Parteitagsbericht regiſtrierten, ſich genau in derſelben Weiſe wiederholen konnte.

Am 4. März erließ die Geschäftsstelle des „Vorwärts" in dessen redaktionellem Teil folgende Aufforderung:

Aufforderung!

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Zweihundert Mark

welche am 24. Februar bezw. 8. März von dem Kriminalbeamten

Gustav Neumann
Oldenburgerstraße 11a IV,

zwecks Verrats von Parteigenossen und Parteibeschlüssen gezahlt wurden.

Diese 200 Mark können — nach vorheriger Mitteilung über die Zeit der Abholung — von der politischen Polizei nach Ausweis über die Identität der Persönlichkeit des Abholers und seines amtlichen Charakters gegen Quittung von unserer Geschäftsstelle: Lindenstraße 69, 2. Hof II, abgeholt werden.

„Vorwärts"

Drei Monate wartete die Geschäftsstelle des „Vorwärts" vergeblich auf die Abholung der 200 Mark. Länger glaubte sich die Geschäftsstelle nicht verpflichtet, als Depot für Gelder zu dienen, die ihren Zweck verfehlt hatten. Die als Judaslohn bestimmte Summe von 200 Mark wurde nunmehr der Parteikasse zugeführt. Die Abführung wurde den in strenges Inkognito sich hüllenden Beteiligten mit folgender Publikation im „Vorwärts" bekannt gegeben:

Ein neuer Polizeibeitrag für unsere Parteikasse.

In unserer Nummer vom 4. März erließen wir folgende Aufforderung:

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Zweihundert Mark

welche am 24. Februar bezw. 3. März von dem Kriminalbeamten

Gustav Neumann
Oldenburgerstraße 11a IV

zwecks Verrats von Parteigenossen und Parteibeschlüssen gezahlt wurden.

Diese 200 Mark können — nach vorheriger Mitteilung über die Zeit der Abholung — von der politischen Polizei nach Ausweis über die Identität der Persönlichkeit des Abholers und seines amtlichen Charakters gegen Quittung von unserer Geschäftsstelle: Lindenstraße 69, 2. Hof II, abgeholt werden.

„Vorwärts"

Da das Geld bislang nicht abgeholt worden ist, so hat die Geschäftsleitung des „Vorwärts" nunmehr die Summe von 200 Mark der Parteikasse zu Händen des Genossen Gerisch übermittelt.

Ueber den Eingang des Betrages bei der Parteikasse ist in Nr. 130 des „Vorwärts" vom 8. Juni quittiert worden.

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat sich die Aufgabe gestellt, die von jedem anständigen Menschen verurteilte Bespitzelung der Arbeiter und deren Verleitung zum Treubruch mit der Behauptung zu rechtfertigen, die Sozialdemokratie handele genau so. Dies ist einfach nicht wahr.

Diesen Verdächtigungen gegenüber erklären wir auf das Bestimmteste, daß von der Parteileitung niemals jemand beauftragt wurde, an irgend eine im öffentlichen oder privaten Dienste stehende Person heranzutreten, um sie zu verleiten zu suchen, Interna der Behörden oder der Privaten der Parteileitung oder der Redaktion des „Vorwärts" mitzuteilen. In allen bisher vorgekommenen Fällen, in denen der „Vorwärts" in der Lage war, Interna der Behörden oder Parteien im öffentlichen Interesse zu veröffentlichen, sind die Unterlagen dazu angeboten und bedingungslos geliefert worden.

Wir haben auch nicht nötig, zu solchen schmutzigen Praktiken zu greifen. Das sollte auch das beschränkteste Polizeigemüt und die jede polizeiliche Dummheit verteidigenden Preßorgane begreifen.

Die Sachlage ist einfach die: Jedermann, der glaubt, ihm sei Unrecht geschehen oder der empört ist über Unrecht das geschieht, wendet sich an die Sozialdemokratie. Auch die Zahl der im öffentlichen und privaten Dienst Befindlichen, die mit ihrem Los nicht zufrieden ist, anders aber als durch öffentliche Kritik eine Aenderung ihres Loses oder Abstellung der sie drückenden Uebelstände nicht erwarten kann, ist sehr groß, und darum das uns zur Verfügung stehende Material ein reichhaltiges. Und so erhalten wir das Material über Zustände, die die öffentliche Kritik zu scheuen haben, freiwillig. Die Polizeiorgane verleiten Arbeiter zum Treubruch, nicht etwa um Taten aufzudecken, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätten, sondern um Interna zu erfahren.

* * *

Der vorjährige Parteitag sprach unter ausdrücklicher Betonung, daß dem Parteivorstand eine Schuld an dem Scheitern der Einigungsverhandlungen mit den polnischen Genossen nicht beizumessen sei, sein Bedauern über das Scheitern derselben aus. Jedenfalls gab die Beschlußfassung des Jenaer Parteitages dem Vorstand der P. P. S. Veranlassung, bei uns anzufragen, ob wir geneigt seien, die Einigungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Durch Zuschrift vom 21. Februar sprachen wir unsere Bereitwilligkeit aus und luden den Vorstand der P. P. S. ein, mehrere seiner Mitglieder nach Berlin zu entsenden, um die Vorverhandlungen einzuleiten. Unserem Wunsche ist von dem Vorstand der P. P. S. entsprochen worden, und wurde ein Einverständnis über die Grundlagen der Einigung ohne große Schwierigkeiten erreicht. Auch die später folgenden Verhandlungen sind ohne Stockung zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden.

Die Einigung wurde auf folgender Grundlage vereinbart:

a) Organisation. Die polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reiche bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands, sie erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, desgleichen die Parteiinstanzen der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberster Parteiinstanz. Die Delegation zum deutschen Parteitage erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

b) Presse. Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 23 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt. Die in Kattowitz erscheinende

„Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reiche wohnhaften polnischen Genossen. Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

c) Reichstagskandidaturen. Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteiorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

Der an den Osterfeiertagen in Kattowitz abgehaltene Parteitag der P. P. S. nahm die Leitsätze an und war damit für uns die Einigung vollzogen. Somit ist die Organisation der polnischen Genossen von der vollzogenen Einigung an als Glied der deutschen Sozialdemokratie anzusehen, und die Anträge der polnischen Genossen wurden dementsprechend erwogen und erledigt. Der vom polnischen Parteitag angenommene Antrag, die Presse betreffend, harrt noch der Erledigung. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten müssen in Kattowitz erledigt werden. Bei der nach der vollzogenen Einigung stattgefundenen Nachwahl zum Reichstag in Beuthen ist sowohl die Aufstellung des Kandidaten im gegenseitigen Einverständnis erfolgt, wie auch der Wahlkampf mit unserer Unterstützung ausgefochten worden. Die vollzogene Einigung hat so ihre Feuerprobe bestanden.

* * *

Saalabtreiberei durch die bürgerlichen Parteien, Versammlungsverbote durch die Behörden und wirtschaftliche Aechtung durch ein brutales Unternehmertum sind die drei Mittel, von denen die bürgerliche Gesellschaft im Verein mit den Behörden sich Erfolg in der Bekämpfung der Sozialdemokratie verspricht. Die Anwendung der genannten drei Mittel wird wieder in rücksichtsloser Weise praktiziert, seitdem der Reichskanzler am 25. Januar im preußischen Herrenhaus zum soundsovielten Male die bürgerlichen Parteien zum geschlossenen Handeln gegenüber der Sozialdemokratie aufrief. Doch war Fürst Bülow genötigt, neben der geblasenen Fanfare Trauerweisen zu intonieren. In elegischem Tone meinte der Reichskanzler: „Niemals hätte der Uebermut der Sozialdemokratie diese Höhe erreicht, wenn nicht bürgerliche Parteien mit ihr kokettiert, ihre Hülfe angerufen und sogar Wahlbündnisse mit ihr abgeschlossen hätten. Solche Wahlbündnisse kann ich nur als tiefbedauerliche Verirrungen bezeichnen." Die wirtschaftliche Aechtung der Arbeiter, die an Ausständen beteiligt oder von Aussperrungen betroffen sind, floriert denn auch außerordentlich. Dieselbe wird von der Zentralstelle der Arbeitgeberverbände geleitet und nicht nur auf Streikende oder Ausgesperrte beschränkt, sondern auf alle Arbeiter der Branche in Städten ausgedehnt, wo eine Lohnbewegung in Aussicht genommen ist oder die Arbeiter entgegen dem Befehl der Unternehmer ihre Interessen in berechtigter Weise zum Ausdruck brachten. Die schwarzen Listen haben gegenwärtig nicht die von ihren Urhebern beabsichtigte Wirkung. Hauptsächlich die mit Aufträgen wohl versorgte Metallindustrie bedarf der intelligenten, leistungsfähigen Arbeiter, die mit denen, die sich ihre Rechte nicht verkümmern lassen, identisch sind. Anders wird sich die Situation gestalten in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges. Deshalb kann nicht oft genug die Aufforderung wiederholt werden: Arbeiter, hinein in die Organisationen, damit ihr auf alle Fälle vorbereitet seid!

Die Behörden der thüringer Herzogtümer stehen an der Spitze derjenigen, die der Meinung sind, die Erörterung aktueller Fragen und Ereignisse könnte die öffentliche Sicherheit gefährden. Wir lassen einige charakteristische Verbote folgen.

Der Gemeindevorstand in Jena erließ folgende Bekanntmachung:

Auf landespolizeiliche Anordnung wird die auf

Sonntag, den 21. Januar 1906, vormittags 11 Uhr

in das Volkshaus hier einberufene Versammlung, in welcher über das Thema: „Die Freiheitskämpfe in Rußland" gesprochen werden soll, mit Rücksicht auf die nach der Versammlung nicht ausgeschlossenen Straßendemonstrationen aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls hiermit verboten.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 4 Ziffer 2 der Ministerialverordnung vom 15. Juli 1874 mit Geld bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

Jena, den 20. Januar 1906.

Der Gemeindevorstand.

Der II. Bürgermeister: Dr. Wagner.

Das Verbot des Jenaer Gemeindevorstandes ging noch über die landespolizeiliche Anordnung hinaus, denn diese verbot nur für den 21. und 22. Januar die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel.

In Sachsen-Meiningen verfuhr man in gleicher Praxis, wofür das nachstehende Verbot den Beweis liefert:

„An Herrn Paul Seige, Pößneck.

Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Pößneck am 21. Januar d. J. mit dem Thema: 1. Die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen. 2. Die Ereignisse in Rußland, verbiete ich hiermit. Das Thema zu 1., das die unrichtige Behauptung enthält, in den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Klasse der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen andere Klassen der Bevölkerung anzureizen, zumal da mit der Teilnahme der benachbarten preußischen Arbeiterbevölkerung bei der Versammlung gerechnet werden muß. Die beabsichtigte Besprechung der Ereignisse in Rußland bestätigt aber weiter lediglich die Richtigkeit dieser Besorgnis. Das Verbot der Versammlung ergeht daher im Hinblick auf die Bestimmung des § 130 des Str.-G.-B. und wegen der zu befürchtenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Saalfeld, 19. Januar 1906.

Der herzogliche Landrat: Mauer."

Auf solche Weise hängt die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte von der Annahme von Beamten ab, was Veranstalter und Besucher von öffentlichen Versammlungen im Verlauf derselben etwa tun könnten. Solche Vorgänge reden eine sehr deutliche Sprache, welche die Arbeiter anspornen, bei jeder Gelegenheit Protest gegen ein solches Bevormundungssystem zu erheben.

In gleicher Weise wie in den angezogenen Fällen wurde in Neustadt an der Orla, Saalfeld und Themar verfahren und Versammlungen verboten, in denen die Genossin Zietz als Referentin vorgesehen war.

Die Saalabtreiberei hat nicht in allen Fällen für die Abtreiber den gewünschten Erfolg gehabt. In den Görlitzer Blättern wurde folgendes Inserat veröffentlicht:

Erklärung!

Die unterzeichneten Saalbesitzer erklären sich bereit, allen politischen Parteien und allen wirtschaftlichen Vereinigungen jederzeit ihre Säle zu

gesetzlich erlaubten Zwecken zur Verfügung zu stellen, soweit sie nachweislich nicht vorher anderweitig bestellt sind. Sollte das durch Art. 29 der preußischen Verfassung (alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln) gewährleistete Versammlungsrecht von irgendwelcher Seite zu beeinträchtigen versucht werden, so verpflichten sich die Unterzeichneten, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln solidarisch, und zwar unverzüglich, gegen solche Maßnahmen vorzugehen!

Rauscha, den 6. März 1906.

Traugott Wünsches Erben, Brauerei. Hugo Schmidt, Gastwirt. Oswald Balzer, Schützenhaus. Paul Lehmann, Gerichtskretscham. A. Wünschmann, Gasthof Kaiser Friedrich III.

*

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch im Namen der organisierten Arbeiterschaft, daß auf Grund der am 6. März mit den Saalbesitzern gepflogenen Einigungsverhandlungen die Sperre über den Gasthof Kaiser Friedrich III. (Inhaber A. Wünschmann) und den Gasthof des Herrn Hugo Schmidt hiermit aufgehoben ist. Bruno Markwart.

Der von den Wirten in Rauscha eingenommene Standpunkt ist der einzig korrekte. Auch anderwärts hat derselbe schon Nachahmung gefunden, zum Nutzen aller Beteiligten. Die Ränke unserer Gegner müssen an dem geschlossenen Handeln der Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Ein schönes Beispiel von Interessensolidarität, hervorgerufen durch die systematische Saalabtreiberei, haben die Genossen in Königsberg in der Neumark gegeben. In der Wahlbewegung im Jahre 1903 stand den Genossen im ganzen Kreis nicht ein einziges Lokal zur Verfügung. Da die Saalabtreiberei auch nach der Wahl fortgesetzt wurde, reifte unter den Genossen in den Oderranddörfern Zellin, Blessin, Alt-Litzegöricke, Zäckerick und Güstebiese der Plan, für diese Orte ein eigenes Vereinshaus zu errichten. In einer Versammlung verpflichteten sich 95 Genossen, allwöchentlich eine Mark zum Baufonds beizusteuern, gewiß ein großes Opfer; aber sie haben es durchgeführt, denn am 2. Pfingstfeiertage konnte in Güstebiese der Bau, allerdings mit Hülfe von Berliner Freunden, seiner Bestimmung übergeben werden. Weit über 600 Personen füllten den schönen Saal; aus Nah und Fern, auf Leiterwagen und sonstigen Gefährten, bekränzt mit Girlanden und Fahnen, waren die Genossen herbeigeeilt, um an der Einweihung teilzunehmen. Der Gesangverein der Berliner Putzer erhöhte die Feststimmung durch Vortrag entsprechender Lieder. Den Festvortrag hielt unter großem Beifall der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter Genosse Borgmann-Berlin.

Den Bau haben die Genossen in eigener Regie ausgeführt. Jeden Sonntag haben diejenigen, die in der Woche in Berlin arbeiten, 15, 20, 30 Mann, von morgens 4 Uhr ab gearbeitet, um ihr Vereinshaus hoch zu bekommen. „Bis Pfingsten muß der Bau fertig werden", war die Losung, und ob sie auch manchmal fast verzagten, sie haben's geschafft.

Wir sind überzeugt, die Genossen in den Oderdörfern werden ihre „Feste" zu behaupten wissen.

* * *

Der am 25. November v. J. vom Parteivorstand veröffentlichte Aufruf zur Sammlung für die Opfer der russischen Revolution hatte den erfreulichen Erfolg, daß bis zum Schluß des Geschäftsjahres 307 399,78 Mk. eingegangen sind und bis auf eine kleine Restsumme ihrem Zwecke zugeführt wurden.

* * *

Maifeier. Die vorjährigen Verhandlungen über die Maifeier auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß und dem Jenaer Parteitag haben den Erfolg gezeitigt, daß in den Parteikreisen über die Art und den Umfang der Beteiligung an der Arbeitsruhe allgemeine Befriedigung zum Ausdruck kam. Besondere Bedeutung hatte die diesjährige Maifeier noch für die Genossen Preußens, daß sie Anlaß bot, die Demonstration auf die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag auszudehnen.

In den größeren Städten waren die Vormittagsversammlungen meist überfüllt. In Berlin zeigten die Arbeiterviertel ein festtägliches Bild. An der Arbeitsruhe beteiligten sich auch die Fabriken der Metallindustrie in großem Umfang. In vier großen Sälen waren die Versammlungen der Metallarbeiter arrangiert, die sämtlich überfüllt waren. Die Organisationsleiter schätzten die feiernden Metallarbeiter auf mindestens 25 000. Wie immer, waren die Holzarbeiter, Bauhandwerker und andere Berufe fast vollzählig am Platze.

In Hamburg ruhte diesmal die Arbeit im Hafen in umfangreicher Weise. Die Drohung der Reeder, die Feiernden bis zum 11. Mai auszusperren, verfehlte ihre Wirkung. Die dann tatsächlich erfolgte Aussperrung von 6000 Hafenarbeitern hat der Verband mit Unterstützung der Partei überwunden.

In Kiel reichten vier große mächtige Etablissements nicht aus, die Feiernden alle zu fassen. Das gleiche war in Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, Kassel, Königsberg, den Städten Rheinland-Westfalens und vielen anderen Plätzen der Fall. In Bremen waren sieben Versammlungen in großen Lokalen vorgesehen, die sämtlich überfüllt waren. Kurzum, in Ost und West, Nord und Süd des Reiches hatte jeder den Eindruck, die bisher würdigste Maifeier sei die diesjährige gewesen, da sie alle voraufgegangenen durch die große Beteiligung an der Arbeitsruhe weit überflügelt.

Durch Vorkommnisse, die hier nicht zu erörtern sind, da die Angelegenheit für die dabei beteiligten Genossen weitere Folgen haben wird, wurden infolge der Maifeier von den Berliner Allgemeinen Elektrizitätswerken über 2000 Arbeiter ausgesperrt. Um die Ausgesperrten vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen, wurde die Hülfe der Partei in Anspruch genommen. Diese Hülfe wurde in erheblichem Maße geleistet.

Wir haben die feste Ueberzeugung, die Maifeier hat so festen Boden in der deutschen Arbeiterklasse gefaßt, daß sie unverbrüchlich an derselben festhalten werden.

Auch der Einwand der Gegner, die Maifeier werde niemals Gemeingut des Volkes, denn sie scheitere an den Verhältnissen der ländlichen Bevölkerung, wird schon seit Jahren durch Tatsachen widerlegt. So wie schon früher, wurde auch in diesem Jahre auf dem 4000 Morgen großen Gute des Genossen Ebhardt in Komorowen der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Selbstredend erwächst den Arbeitern aus der Arbeitsruhe kein materieller Nachteil, da Genosse Ebhardt nicht nur den Lohnausfall trägt, sondern auch die Ausgaben der Festveranstaltungen trägt, sehr zum Aerger seiner Kollegen von der reaktionären Sippe.

* * *

Agitation und Organisation. Den auf dem Jenaer Parteitag angenommenen Anträgen, in denen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages Direktiven gegeben wurden, ist, soweit dies in den geschäftsordnungsmäßigen Formen des Reichstags möglich war, entsprochen worden. Eingehenderen Bericht darüber gibt der an den Parteitag erstattete Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion.

Das in dem vom Parteitag angenommenen Teile des Antrag 19 verlangte Flugblatt für die „Aufklärung der Militärpflichtigen" ist vom Vorstand herausgegeben und den Genossen zum Massenbezug empfohlen worden.

Die in der Resolution Nr. 146 aufgestellten Forderungen, der „Fleischnot zu steuern", hat der Vorstand durch die Herausgabe eines Flugblattes unterstützt. Das Flugblatt wurde unmittelbar nach dem Parteitag den Genossen zur Massenverbreitung zur Verfügung gestellt.

Die dem Vorstand zur Erwägung überwiesenen Anträge 13, 14 und 15 sind durch die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung des Parteitages erledigt worden.

Dem Antrag 12, die „Alkoholfrage" auf dem diesjährigen Parteitag zu behandeln, konnte der Vorstand bei der Reichhaltigkeit der Tagesordnung nicht stattgeben. Daß der Vorstand das Richtige getroffen hat, beweist der Umstand, daß bisher weder in Versammlungen noch in der Presse Widerspruch gegen die Tagesordnung erhoben wurde, diese hat vielmehr allseitige Zustimmung gefunden.

Den Anträgen 17 und 18, die Agitation und Organisierung der jugendlichen Arbeiter zu unterstützen, ist in soweit Rechnung getragen, daß der Vorstand seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, den Bestrebungen der jugendlichen Arbeiter seine Unterstützung angedeihen zu lassen. Bestimmte Anträge haben dem Vorstand bisher nicht vorgelegen. Wir nehmen an, daß die Agitation und Organisation unter den jugendlichen Arbeitern durch die örtlichen Parteiorganisationen in ausreichendem Maße betrieben worden ist.

Die in den Anträgen 94 und 95 niedergelegten Wünsche, die bessere künstlerische Ausgestaltung der Festzeitungen und illustrierten Blätter, müssen als berechtigt anerkannt werden und ist Vorsorge getroffen, künftig Besseres, den berechtigten Ansprüchen Genügendes den Genossen zu bieten.

Der dem Vorstand überwiesene Antrag 137, II, den Parteivorstand zu beauftragen, in Fragen, die in politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen beruhen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, ist erledigt. Sowohl der Parteivorstand wie auch die Generalkommission haben wiederholt Veranlassung genommen, in gemeinschaftlicher Beratung über schwebende Fragen eine einheitliche Auffassung zu erzielen, damit die zu unternehmenden Aktionen sich nicht durchkreuzen, sondern ergänzen.

So hat z. B. eine am 22. Dezember v. J. abgehaltene Konferenz, in der unter Zuziehung von Vertrauenspersonen die Verhältnisse Oberschlesiens erörtert wurden, wertvolles Material geliefert, das bei den Einigungsverhandlungen mit der P. P. S. mit Erfolg Verwendung gefunden hat.

Antrag 143, eine organische Verbindung zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, ist ebenfalls auch dem Vorstand als Material überwiesen worden. Wir glauben aber nicht, daß anders als auf dem bisherigen Wege das gewünschte Ziel erreicht werden kann.

Endlich lag noch ein Antrag vor, das Referat Bebels über den politischen Massenstreik als Flugblatt herauszugeben. Dem Antrag hat der Vorstand stattgegeben, indem er beschloß, die ganzen Verhandlungen über den Massenstreik als Broschüre zu veröffentlichen. Dieselbe erschien im Januar d. J. und ist durch die Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

In Ausführung des Beschlusses des Bremer Parteitages, betreffend die Anstellung von Parteisekretären, sind bis zum Schluß des Geschäftsjahres 16 Genossen zu diesem Amt von dem Vorstand im Einvernehmen mit den Genossen berufen worden. Es sind dies die Genossen Haberland-Elberfeld,

Bezirk der niederrheiniſchen Agitationskommiſſion; Rudolph-Frankfurt a. M., Bezirk der Agitationskommiſſion Heſſen-Naſſau; Stolpe-Görlitz, Bezirk der Agitationskommiſſion Görlitz; Leinert-Hannover, Bezirk der Agitationskommiſſion Hannover; Dreſcher-Halle a. S., Bezirk der Agitationskommiſſion Halle; Leber-Jena, Bezirk 3. weimariſche Wahlkreis Sachſen-Altenburg und die beiden Reußenländer; Eichhorn-Karlsruhe, Bezirk des Großherzogtums Baden; Folge-Kaſſel, Bezirk des Regierungsbezirks Kaſſel und Waldeck; Bruhns und Trabalski, Bezirk Kattowitz (Oberſchleſien); Hofrichter-Köln, Bezirk des oberrhein. Agitationskomitees; Linde-Königsberg, Bezirk Oſtpreußen; Dr. David-Offenbach, Bezirk Heſſen-Darmſtadt; Kröger-Roſtock, Bezirk der beiden Mecklenburg; Horn-Stettin, Bezirk der Provinz Pommern; Baudert-Weimar, Bezirk des 1. und 2. weimariſchen Wahlkreiſes, der beiden Schwarzburger und des Koburger Wahlkreiſes; König-Dortmund, Bezirk des weſtlichen Weſtfalen.

Eine weitere Berufung von vier Parteiſekretären wurde neuerdings vom Parteivorſtand auf Antrag der zuſtändigen Agitationskomitees beſchloſſen. Die Ausführung des Beſchluſſes erfolgt in nächſter Zeit. In Frage kommen die Agitationsbezirke Großherzogtum Braunſchweig, Breslau, Weſtpreußen und der Regierungsbezirk Magdeburg.

Außerdem iſt eine Reihe der größeren Parteiorte veranlaßt worden, Sekretäre anzuſtellen, weil bei dem erforderlichen Mitgliederzuwachs der Parteiorganiſationen in den größeren Parteiorten die Erledigung der Parteigeſchäfte von dem Vorſtand des Wahlvereins im Ehrenamt nicht mehr zu bewältigen war.

Auch die Arbeiterſekretariate entfalten eine ſehr wohltätige Wirkung. Die Auskunftserteilung wirkt höchſt nützlich. Die Folge iſt, daß nicht nur die bürgerlichen Parteien, ſondern auch Gemeinde- und ſtaatliche Behörden das Beiſpiel nachahmen, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Zahl der Arbeiterſekretariate iſt auf 77 geſtiegen.

Mittels Zirkular gab der Parteivorſtand Anregung zur einheitlichen Agitation für die Wahlrechtsbewegung in den Einzelſtaaten, ſpeziell Preußen und Sachſen, ſowie für die 18. März- und 1. Maifeier. Beide Feiern dienten mit dazu, gegen die Wahlentrechtung der Arbeiterklaſſe zu proteſtieren. Ferner kam ein Zirkular zum Verſand, in dem Anregung gegeben wurde, den Ausbau der Organiſationen nach dem Jenaer Parteitagsbeſchluß zu beſchleunigen. Die Unterſtützung der Agitation durch Zuweiſung von Referenten von der Zentralſtelle aus wird immer ſchwieriger. Dieſe Aufgabe iſt auf die Bezirksleitungen übergegangen, von wo aus die Angelegenheit auch weit beſſer geregelt werden kann. Doch hat der Vorſtand bei den zahlreichen Nachwahlen verſucht, den Wünſchen der Genoſſen gerecht zu werden.

Außer den ſchon benannten Broſchüren iſt die Agitation gefördert worden durch ein Wahlrechtsflugblatt, das in einer Auflage von über 1 300 000 abgegeben wurde. Die meiſten Bezirksleitungen deckten ihren Bedarf in den eigenen oder zunächſt gelegenen Parteidruckorten, worin ſie vom Vorſtand zum Teil weitgehend unterſtützt wurden.

Von dem Flugblatt zur Aufklärung an die Militärpflichtigen iſt bisher die Nachfrage nicht ſo ſtark geweſen, als ſeinerzeit die Antragſteller wohl erwartet haben. Zwar iſt die erſte Auflage von 100 000 vergriffen, aber weitere Beſtellungen in umfangreicher Form liegen zurzeit nicht vor.

Von den Verhandlungen über den „Maſſenſtreik“ ſind bisher nur 29 000 verbreitet worden und 20 000 von „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Die älteren volkstümlichen Flugſchriften erfreuen ſich immer noch großer Beliebtheit und Nachfrage. So wurden vom Vorſtand abgegeben 75 000 „Nieder mit den Sozialdemokraten“; 75 000 Chriſt-

liche Arbeiterpflichten"; 87000 „An den Einzelnen, auf den es ankommt"; 64000 „Mutter, was läuft der Gendarm" und viele andere in geringeren Bezügen.

Ein sehr beliebtes Agitationsmittel in jene Kreise zu tragen, in denen die Arbeiter teils aus Indolenz, teils aber auch aus Mangel an Zeit und Gelegenheit weder Versammlungen besuchen noch regelmäßig ein sozialdemokratisches Blatt lesen können, sind die Volkskalender geworden, die jetzt fast in jedem Agitationsbezirk verbreitet werden. Im Auftrage des Vorstandes wurden in der Vorwärtsdruckerei Kalender für 1906 hergestellt für Pommern 146000, für Hessen-Waldeck 15000, für Mecklenburg 98000, für Ostpreußen 55000, für Westpreußen 25000 und für Posen 20000. Außerdem wurden einer Reihe von Agitationskomitees Zuschüsse zu der Herausgabe der Kalender bewilligt, die in der eigenen oder den dem Bezirk zunächst gelegenen Parteidruckereien hergestellt wurden.

Durch die Errichtung der Parteisekretariate ist der Durchbildung der Genossen auch in den kleineren und abgelegeneren Orten Rechnung getragen. Es sind einer größeren Anzahl der kleineren Parteiorte eine Kollektion von Broschüren zur Verfügung gestellt worden, deren Lektüre die Genossen sich sehr angelegen sein lassen und ihnen Stoff zur gegenseitigen Aussprache bieten.

Zur weiteren Unterstützung der Agitation diente die Herausgabe der Materialien zur Wahlrechtsbewegung und für die 18. März-Demonstration.

In Vorbereitung bezw. in Auftrag gegeben: ist die Anfertigung einer Zusammenstellung der seit Schaffung des Reichstags von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe. Die Zusammenstellung wird den Genossen ein Bild geben von der Tätigkeit ihrer Vertretung im Reichstag; sie wird aber auch eine Uebersicht geben darüber, wie schwierig der Weg ist, die Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse zu verbessern.

Der Trieb zum Selbststudium ist bei den Genossen hoch entwickelt. Doch fehlt denselben dabei bisher eine Unterlage für systematische Arbeit. Diesem Uebelstand abzuhelfen, wird der Parteivorstand einen Leitfaden herausgeben, der den Genossen die Einführung in die sozialistische Literatur erleichtern, wie sie in den Stand setzen soll, eine Materialsammlung anzulegen und in geordneter übersichtlicher Weise fortzuführen.

Zur Unterstützung der Tätigkeit der Genossen in den Gemeindevertretungen erscheint im sechsten Jahrgang die „Kommunale Praxis", herausgegeben und redigiert vom Genossen Dr. Südekum. Das Blatt deckt seine Kosten bis jetzt nicht. Da es aber ohne Zweifel einem vorhandenen Bedürfnis entspricht, war die Erhaltung des Blattes eine Notwendigkeit. Genosse Südekum erklärte, weitere Aufwendungen für dieselbe nicht machen zu können und stellte dem Parteivorstand die Uebernahme anheim. In einer am 23. März gepflogenen Unterhandlung einigte man sich über die Bedingungen der Uebernahme des Blattes in Parteieigentum. Die Uebernahme datiert vom 1. April ab. Die Redaktion und Expedition bilden die bisher darin tätig gewesenen Genossen.

Der auf die deutsche Partei entfallende Betrag für die Unterhaltung des Internationalen Bureaus ist auf 2500 Mark pro Jahr festgesetzt und für das laufende Jahr an das Internationale Bureau abgeliefert worden.

Ein mächtiger Hebel in der Agitation ist die Presse. Mit Ausnahme von 3 Blättern besteht die Parteipresse jetzt aus Tagesblättern. Die übrigen Wochenblätter stellen Agitationsausgaben größerer Blätter dar, die mehr zur periodischen Verteilung bestimmt sind, um die noch Indifferenten aufzurütteln und der Partei zuzuführen. Unsere Tagespresse hat einen prächtigen Aufschwung genommen, der mit dem Aufschwung der Organisation sich deckt.

Mit der Ausdehnung der Partei und dem Aufschwung der Presse sind deren Aufgaben vielseitiger geworden, was dazu führen mußte, allenthalben eine Vermehrung des Redaktionsstabes vorzunehmen. Dabei hat sich herausgestellt, daß das vorhandene Angebot der Nachfrage nicht entspricht. Die moderne Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren eine so große Zahl intelligenter und befähigter Genossen absorbiert, daß sich die Notwendigkeit herausstellte, unverzüglich die Ausbildung befähigter Genossen in die Wege zu leiten, die nach vollendeter Ausbildung, je nach Neigung, in die Redaktionen eintreten oder sich der Leitung der Agitation und Organisation widmen sollen.

Der Parteivorstand hat im Einverständnis mit der Kontrollkommission Vorbereitungen getroffen, daß der erste Ausbildungskursus für Parteifunktionäre noch in diesem Herbst — im November — eröffnet werden kann. Jeder Kursus ist auf sechs Monate berechnet. Die Kosten des Unterrichts und der Unterhaltung der Teilnehmer werden aus der Parteikasse bestritten. Eingehendere Details über die Art der Meldung, der Vorprüfung der Gesuche um Aufnahme usw. sind den Bezirksleitungen durch Zirkular bekannt gegeben.

Ein weiteres Bedürfnis machte sich dahin geltend, den die mündliche Agitation betreibenden Genossen gesichtetes Material zur Verfügung zu stellen, das ihnen als Leitfaden dienen soll, sowohl gegnerische Angriffe abzuwehren, als auch mit gut substantiierten Angriffen dem Gegner auf den Leib zu rücken. Der Parteivorstand hofft, dem vorhandenen Bedürfnis mit der seit dem 1. Juli herausgegebenen „Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz" gedient zu haben. Die Redaktion der „Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz" ist den Genossen A. Erdmann, Grunwald und Schröder übertragen, während die Expedition Genosse Geithner besorgt.

Der Aufbau der Parteiorganisation auf Grund des auf dem vorjährigen Parteitag beschlossenen Statuts ist im Laufe des Jahres fast überall vollzogen worden, außer da, wo gesetzliche Hindernisse in dem Weg standen. Der Kreiswahlverein — teils einheitlich, teils aus Ortsvereinen bestehend — ist an Stelle des Vertrauensmännersystems getreten, das nur noch die Ausnahme bildet. Ebenso sind die Bezirksverbände und Landesorganisationen entsprechend dem Jenaer Statut gebildet oder ausgebaut worden.

Bei der Neuheit der Einrichtung konnte die im § 9 des Statuts vorgeschriebene Berichterstattung nicht mit der Promptheit von den Vereinen erledigt werden, daß eine Bearbeitung im Vorstand möglich war. Die Zusammenstellung der Berichte und damit eine vergleichende Uebersicht wird wahrscheinlich dem nächstjährigen Parteitag vorgelegt werden können. Anleitung und Anregung, die Wahlvereinsgründung durchzuführen, gab der Vorstand nochmals den Genossen mittels Zirkular im März.

Die Bezirksorganisationen bezw. Landesorganisationen haben durch die Anstellung der Parteisekretäre eine wesentliche Unterstützung erhalten. Abgesehen von der Verpflichtung der Parteisekretäre, dem Vorstand mindestens vierteljährlich Bericht zu erstatten, stehen die Parteisekretäre unter der Kontrolle der Bezirksleitungen bezw. Landesorganisationen, und haben deren Beschlüsse und Anweisungen zur Ausführung zu bringen. Den Sekretären und Bezirksleitungen ist eine das gegenseitige Verhältnis regelnde Geschäftsanweisung seitens des Vorstandes behändigt worden.

Sehr eingehend sind die Fragebogen ausgearbeitet, die von dem Agitationskomitee für Schleswig-Holstein benutzt werden. Die Fragen erstrecken sich außer auf die politische Tätigkeit und Organisation der Genossen auch auf deren Betätigung bei den Gemeinde-, Gewerbegerichts-, Kaufmannsgerichts- und Ortskrankenkassenwahlen. Außerdem wird auf den Fragebogen den örtlichen Organisationen Material zur Verfügung gestellt, um sowohl Mitglieder

des Vereins aufzunehmen, wie auch Abonnenten für das Parteiblatt zu gewinnen. In gleicher Weise verfährt die Agitationskommission für Hessen-Nassau.

Eine praktische Art der Berichterstattung hat der Sekretär für Pommern angewandt, die eine Kontrolle seiner Tätigkeit darstellt. Dieselbe besteht in einer Gegenüberstellung der Mitgliederzahl der Organisation und auch der Abonnenten des Parteiblattes im Vorjahr und in diesem Jahre. Neue Bezirks- bezw. Landesorganisationen wurden gebildet für Oldenburg, Meiningen, Posen, Elsaß-Lothringen und den Regierungsbezirk Magdeburg.

Auf allen Parteitagen der Bezirks- bezw. Landesorganisationen konnte die erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl der Vereine wie der Abonnenten der Parteiblätter festgestellt werden. Was Ausdauer und Energie in der Agitation und Organisation zu leisten vermag, dafür ist der Breslauer Bezirk typisch. Jahrelang wollte es trotz reichlicher Unterstützung aus der Parteikasse nicht gelingen, Preußens zweite Hauptstadt auf eigene Füße zu stellen. Diese Zeiten sind überwunden. Die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Vereins Breslaus ist von 2260 am 1. Januar auf 4000 am 31. Dezember d. J. gestiegen. Die Abonnentenzahl der „Volkswacht" stieg in dem gleichen Zeitraume von 16 650 auf 25 700. Und seit der Verurteilung des Genossen Löbe zu einem Jahr Gefängnis trat eine weitere Steigerung auf 30 500 Exemplare am 1. Juli d. J. ein.

Auf zwei Parteitagen hat man Anträge abgelehnt, die darauf abzielten, daß Anträge an den Parteivorstand nur durch die Bezirksleitung gestellt werden können. Mit dieser Ablehnung ist nur das Recht der Kreiswahlvereine festgestellt, unmittelbar mit dem Parteivorstand zu verkehren. In der Praxis ist stets vom Parteivorstand bei allen Anträgen, woher dieselben auch kommen, bei der höheren Organisationsform die Vorprüfung und Berichterstattung veranlaßt worden, ehe der Parteivorstand in der Sache Beschluß gefaßt hat. Das muß auch in Zukunft so gehalten werden, wodurch Anträge, die den Kreisvereinen das Recht streitig machen wollen, sich direkt an den Parteivorstand zu wenden, überflüssig werden. Bei der beobachteten Praxis des Parteivorstandes erhält die Leitung der Bezirks- oder Landesorganisation unter allen Umständen Kenntnis von dem Vorhaben der in ihrem Bezirk liegenden Einzelorganisation und hat durch die ihr gewahrte Vorprüfung und Berichterstattung mitbestimmenden Einfluß auf die Entscheidung.

Wahlrechtsbewegung. Deutschland zählt unter seinen 24 Bundesstaaten drei Republiken, die „freien Hansastädte", wie der offizielle Ausdruck lautet. Das Prädikat frei haben alle drei aus Furcht vor der aufstrebenden und den Anspruch auf Gleichberechtigung geltend machenden Arbeiterbewegung preisgegeben. Lübeck eröffnete den Reigen. Der vorjährige Vorstandsbericht gibt darüber eingehende Auskunft.

Der Versuch der Wahlrechtsverschlechterung in Bremen durch Einführung des Zensus schlug fehl. Die rührige Agitation der Parteigenossen vereitelte den Wahlrechtsraub in der beabsichtigten Form. Immerhin gelangte eine Bestimmung zur Annahme, die den Parteigenossen nicht nur das weitere Vordringen erschweren soll, sondern auch dazu bestimmt ist, den Einfluß der sozialdemokratischen Eindringlinge auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Bis zu der angedeuteten Aenderung bestand für jeden männlichen Nachkommen eines bremischen Staatsangehörigen die Verpflichtung, das bremische Staatsbürgerrecht zu erwerben. Diese Verpflichtung war mit der Zahlung von 16,50 Mark verbunden. Im „Interesse" der minderbemittelten Klassen wurde die Verpflichtung der Erwerbung des Bürgerrechtes, an das das Wahlrecht gebunden ist, aufgehoben. Es muß nun Aufgabe der organisierten Ge-

hoffen sein, eine ständige Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechtes zu unterhalten, damit die Finesse der Vertreter des „gefüllten Beutels" zuschanden gemacht wird.

In Hamburg gingen von 160 Mandaten der Landesgesetzgebung 80 aus den sogenannten allgemeinen Wahlen hervor, das heißt 80 Vertreter konnten von den Bürgern gewählt werden. Das Bürgerrecht erhält aber nur derjenige Staatsangehörige, der fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 Mark versteuert hat. Am 10. Mai 1905 hatte der Senat eine Vorlage eingebracht, nach welcher den Besitzenden 104 Sitze gesichert werden sollten. Die Einteilung sollte wie folgt sein: 40 Abgeordnete werden von den Hausbesitzern gewählt, 40 Abgeordnete werden von sogenannten Notabeln, Richtern, hohen Beamten usw. gewählt, acht sollte das Landgebiet und 72 sollten in der Stadt gewählt werden. Weiter wurde bestimmt: Bürger, welche mindestens drei Jahre hintereinander ein Einkommen über 6000 Mark versteuert haben, sollen 24 Abgeordnete, die Bürger mit einem Einkommen von 3000—6000 Mark 24 Abgeordnete und die Bürger mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark auch 24 Abgeordnete wählen. Also das elende Dreiklassenwahlsystem verschlechtert durch den Ausschluß aller der Staatsbürger, die wegen ihres niedrigen Einkommens nie das Bürgerrecht erwerben und ferner verschlechtert durch das Hausbesitzer- und Notabelnvorrecht. Die Vorlage ging, nachdem sie in erster Lesung in der Bürgerschaft durchberaten war, an eine Kommission, deren Bericht zum Weihnachtsfest erschien. In der Kommission hatte man die zwei höchsten Klassen miteinander verschmolzen und nun folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: 40 Mandate für die Notabeln, 40 Mandate für die Hausbesitzer, 48 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark, 24 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von unter 2500 Mark und acht Mandate für das Landgebiet.

Das Erscheinen dieses Berichts wirkte auf die Bevölkerung wie Peitschenhiebe. Es trat eine Erregung ein, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat. In Protestversammlungen, Flugblättern usw. wurde dieser Streich gebührend kritisiert. Am 17. Januar, als in der Bürgerschaft die Entscheidung fallen sollte, hatten unsere Genossen zu nachmittags 4 Uhr eine Reihe von Protestversammlungen einberufen. Bald nach Mittag füllten sich die Versammlungslokale. Die Beteiligung war so stark, daß fast sämtliche Fabriken zum Stillstand kamen; selbst die Alsterdampfer, die den Verkehr zwischen Hamburg und den an der Alster belegenen Vororten vermitteln, wurden gleich nach Mittag angebunden und ihre Besatzung eilte in die Versammlungen. Ruhig in der Form, aber entschieden in der Sache protestierte Hamburgs Bevölkerung gegen den Gewaltstreich. Der Versuch der Scharfmacherpresse, einen Krawall, der am selben Abend ausbrach, als Folge des Protestes der Hamburger Arbeiter zu denunzieren, scheiterte kläglich. In der Erkenntnis, daß dieses Treiben der Herrschenden Hamburgs keine Kritik vertragen könne, konfiszierte die Polizei das ganze Versammlungsrecht. Am 31. Januar wurde dann der Wahlrechtsraub in der Form durchgeführt, wie die Kommission in der Bürgerschaft es vorgeschlagen hatte.

In Sachsen kam fast gleichzeitig der lang zurückgehaltene Groll der Arbeiter über den Wahlrechtsraub vom März 1896 mit elementarer Gewalt zum Ausbruch. Schon im Februar 1904 hatte die Regierung anerkannt, daß das jetzige Wahlrecht unhaltbar sei. Im September 1905 war die Wahlbewegung für die Landtagswahlen ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geworden. Mit der Beendigung der Wahl war in die Bewegung gegen das Wahlunrecht kein Stillstand gekommen. Eine Verschärfung der Bewegung trat ein, als der Landtag Ende

Oktober zusammentrat. Am 8. November erließ das Zentral-Agitationskomitee einen Aufruf, in welchem die Genossen aufgefordert wurden, im ganzen Lande durch einheitliche Massendemonstration am Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. November die Forderungen der Arbeiter bezüglich des Wahlrechts zu erheben. An diesen Tagen zeigte sich, wie das sächsische Proletariat den Wahlrechtsraub empfindet. Im ganzen Lande waren die Versammlungen überfüllt. Das Volk zeigte, daß es einmütig ist in der Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag. In Leipzig und anderen Orten kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen. In der Debatte über die von den Freisinnigen und Nationalliberalen eingebrachten Wahlrechtsinterpellationen erklärte der Staatsminister v. Metzsch am 27. November, daß es im wesentlichen beim Alten bleiben solle. Die Regierung werde weiter prüfen, aber keinen Entwurf einbringen, von dem sie annehme, daß er in der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Kammer abgelehnt würde. In derselben Sitzung kündigte Genosse Goldstein an, daß die Demonstrationen fortgesetzt werden, bis man dem Volke gebe, worauf es Anspruch habe. Am 3. Dezember fanden wieder große Massenversammlungen statt, die in Dresden, Chemnitz, Wurzen, Plauen, Zwickau und anderen Orten zu großen Straßendemonstrationen führten. In Dresden kam es zu Konflikten mit der Polizei, als die Massen in die Stadt einzogen.

Am 12. Dezember erklärte v. Metzsch in der zweiten Kammer: „Die Regierung ist bereit, die Wahlrechtsfrage in eingehende Erwägung zu ziehen; sie wird auch nicht ermangeln, sobald sie den Weg gefunden hat, die Initiative zu ergreifen. Sie würde aber dankbar sein, wenn sie bei diesen Bestrebungen von der Kammer unterstützt würde."

Bisher hat die Regierung noch nicht den Weg gefunden. v. Metzsch hat seinen Posten verlassen und an seine Stelle ist Graf Hohenthal getreten. Mögen die Personen im sächsischen Ministerium wechseln, so oft sie wollen, das Proletariat wird auf seinen Forderungen bestehen, bis es das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht errungen hat.

Die Wahlrechtsbewegung wurde sozusagen international. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in Oesterreich-Ungarn und Rußland gärte es. In Oesterreich kam die Wahlrechtsbewegung in gewaltigen Straßendemonstrationen zum Ausdruck. Am 29. Oktober empfing der zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte General Fejervary eine Deputation der verschiedensten Parteien und trug dieser sein Programm vor. Er erblickte in der Herrschaft der Besitzenden und dem Ausschluß der Arbeiter aus der Gesetzgebung die Ursache der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit Ungarns. Solle Ungarn in die Reihe der Kulturstaaten einrücken, dann könne es nur geschehen, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht einräume.

Diese Rede wirkte weit über die Grenzen Ungarns hinaus. Förmlich elektrisierend wirkte die Rede auf die österreichische Reichshälfte. Der bisherige Sturm gegen das bestehende Wahlunrecht wurde zum Orkan. Auch in Rußland hatte die Revolution inzwischen den Zaren zu dem bekannten Oktobermanifest gezwungen. Es war selbstverständlich, daß das preußische Proletariat mit seinen Forderungen auftrat. War schon im Wahlkampfe von 1903 und auf dem preußischen Parteitag im Dezember 1904 der Beschluß gefaßt, eine energische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten, so brach jetzt mit elementarer Gewalt eine Bewegung in diesem Sinne durch. Am 8. November wurde in Breslau beschlossen: „an den Parteivorstand das Er-

suchen zu richten, in Anbetracht der Vorgänge in Rußland und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammentritt des preußischen Landtages auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. Im bejahenden Falle sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Bußtage für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtage demonstrieren."

Soweit bei diesen Demonstrationen an Straßendemonstrationen gedacht war, stand dieser Beschluß im Widerspruch mit den Beschlüssen des preußischen Parteitages. Dort war beantragt, der Wahlrechtsresolution folgenden Zusatz zu geben: „Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstrationen größten Stils gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten."

Dieser Antrag war aber von der übergroßen Mehrheit des Parteitages abgelehnt worden. Der Parteivorstand wies in einer am 10. November veröffentlichten Erklärung auf diesen Umstand hin, er beschloß aber, nun eine Agitation im Sinne der auf dem preußischen Parteitag beschlossenen Resolution einzuleiten. In Verbindung mit den Berliner Vertrauensleuten wurde beschlossen, ein Flugblatt in ganz Preußen zu verbreiten und gleichzeitig überall Versammlungen einzuberufen, in welchen gegen das bestehende Unrecht protestiert werden sollte. Dieser Plan fand auch im ganzen Lande begeisterte Zustimmung.

Am 14. Januar wurde das Flugblatt in zirka 6 Millionen Exemplaren verbreitet. Der nächste Sonntag wurde als Tag für die Versammlungen bestimmt. Der Umstand, daß dieser Tag in der Geschichte der Revolutionen von besonderer Bedeutung ist, da am 21. Januar 1793 Ludwig XVI. in Paris hingerichtet wurde, wie es auch der Jahrestag der Metzeleien in St. Petersburg war, mochte dazu beitragen, die Herrschenden besonders nervös zu machen. Ganz planlos wurden unsere Flugblätter konfisziert. In demselben Flugblatt fanden die Staatsanwälte je nach ihrem Temperament alle erdenklichen Vergehen und Verbrechen, obwohl es doch nur sagte, was ist. Mit dürren Worten den sogenannten Rechtszustand in Preußen schildern, das ist aufreizend für die Masse. So kam es, daß die Konfiskationsbefehle als Grund zur Konfiskation Hochverrat, Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, groben Unfug usw. angaben und schließlich erklärten die Gerichte, daß weder Vergehen, noch Verbrechen vorlägen. Nur das Landgericht in Stargard hatte ein den staatsanwältlichen Anschauungen entsprechendes Rechtsempfinden und verurteilte einige Genossen, die weder das Flugblatt geschrieben noch vor der Verbreitung gelesen hatten.

Der 21. Januar wurde ein Triumphtag für die Sozialdemokratie. In tausenden Versammlungen war das Volk zusammengeströmt, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Zwar hatten die Scharfmacher gehofft, daß nun ein Tag gekommen sei, an welchem ein Aderlaß am Volke vollzogen werden könne. Die Vorbereitungen dazu waren überall getroffen worden, aber diese Pläne wurden durch die Haltung der Massen durchkreuzt. Die Arbeiter zeigten dieselbe Ruhe und Entschiedenheit, mit denen sie auch das Sozialistengesetz zu Falle gebracht haben. Einmütig waren die Parteigenossen der Ansicht, daß die Bewegung fortgesetzt werden müsse. So wurden der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht.

Das preußische Ministerium glaubte jedoch, das Volk noch verhöhnen zu müssen, denn nur als einen Hohn kann man die beiden Vorlagen, durch welche

das Dreiklassenwahlgesetz, welches noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, abgeändert wird, und die das Dreiklassenparlament, getreu seinem Charakter, annahm, bezeichnen. Aber die Bewegung ist in Fluß. Die Arbeiterklasse Preußens wird nicht ruhen und nicht rasten, bis sie ihr Staatsbürgerrecht erobert hat. Der Landtag beschließt über Fragen, welche das Interesse der Arbeiter berühren und er entscheidet immer so, wie in jedem Scharfmacherklub auch entschieden werden würde. Das hat er bei seiner Stellungnahme zum Berggesetz, zum Knappschaftsgesetz, zum Gesetz über die Unterhaltung der Volksschule usw. bewiesen.

Der Landtag hat weiter über die Lage der fiskalischen Arbeiter zu entscheiden, deren Zahl bereits auf 750 000 angewachsen ist. Aber er versucht auch auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung überzugreifen. Am 8. Februar forderten die Abgeordneten Schröder, Cassel (natl.), Schmeding vom Zentrum und die Konservativen, daß die Unfallrenten von weniger als 25 Proz. der Vollrente nicht mehr ausbezahlt und Kindern, die bei der Arbeit verunglückt sind, keine Renten zugebilligt werden sollten, und der preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen.

Die in den Versammlungen vom 21. Januar angenommene Resolution wurde von den preußischen Mitgliedern des Parteivorstandes dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus in Form einer Petition überreicht. Diese wurde durch Annahme der Gesetzesvorlagen betreffend die Aenderungen des Wahlgesetzes für erledigt erklärt.

Im Januar setzte auch in Elsaß-Lothringen eine Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesausschuß ein. Am 28. Januar fanden in allen größeren Orten des Reichslandes Versammlungen statt, in denen das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert wurde. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden dem Landesausschuß mitgeteilt. Im Mai wurde unseren Genossen der Bericht der Petitionskommission zugestellt, aus welchem hervorgeht, daß die Petitionskommission die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar forderten unsere Genossen das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen. Eine Anzahl Versammlungen, in denen die Frage erörtert werden sollte, wurde nach hergebrachter Sitte des Landes verboten. Aber die Regierung brachte eine Vorlage zum Wahlgesetz, durch welche das Wahlrecht nicht verbessert, sondern den Besitzenden das Wählen erleichtert werden und einige Aenderungen der Urwahlbezirke vorgenommen werden sollten. Am 16. Februar kam diese Vorlage im Landtage zur Verhandlung. Unsere Genossen benutzten diese Gelegenheit, das ganze reaktionäre Treiben in jenem Musterstaat zu geißeln und stellten den Antrag, daß für je 10 000 Seelen ein Abgeordneter von allen über 20 Jahr alten Staatsbürgern durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden solle. Dieser Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt und die Regierungsvorlage, die noch eine Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts enthielt, angenommen.

In Braunschweig hatten ebenfalls die Arbeiter in Versammlungen, welche am 21. Januar stattfanden, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert. Am 23. Februar hatte der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in einer Eingabe an den Landtag diesem die Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Am 31. März wurde über diese Eingabe im Landtag verhandelt, der entsprechend dem Vorschlage der Petitionskommission über die Forderungen der Arbeiter zur Tagesordnung überging.

Auch in Anhalt hatten sich unsere Genossen mit einer Petition an den Landtag gewandt, in der sie, entsprechend unserem Programm, das allgemeine,

geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen forderten. Dieſe Petition führte am 28. März zu einer großen Debatte im Landtage. Schließlich nahm aber der Landtag den Antrag ſeiner Petitionskommiſſion an, die den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hatte.

In Reuß ä. L. wurde der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag am 14. März und in Altenburg Mitte Mai eingeleitet.

Wo immer die Bewegung einſetzte, rief ſie bei den Herrſchenden Angſt hervor. Eingeleitet wurde dieſe Angſt in dem Staat, deſſen Regierungsſyſtem nur für den Geſchichtsforſcher intereſſant iſt, indem er dort am praktiſchen Beiſpiel ſtudieren kann, unter welch traurigen Verhältniſſen die Völker einſt gelitten haben. Aus Mecklenburg war die Nachricht in die Preſſe gekommen, daß das Volk am 16. Dezember den Kampf zur Erringung des Wahlrechts beginnen wollte. Da die Rechtloſigkeit des Volkes dort ebenſo groß iſt wie in Rußland, ſo fürchteten ſchon die Herrſchenden, daß nun Mecklenburg neben Rußland ſeine Revolution haben werde. Obwohl unſere Genoſſen keinerlei Vorbereitungen für Verſammlungen oder ähnliche Maßnahmen getroffen hatten, ſo wurde doch das Militär für die Revolution vorbereitet. Kein Soldat durfte die Kaſerne verlaſſen. Auch in der Nacht wurde das Militär bereit gehalten. In Schwerin wurden vier Kompagnien mit ſcharfen Patronen ausgerüſtet und die Soldaten inſtruiert, daß keiner in die Luft ſchießen dürfe, er würde ſonſt mit zehn Jahren Feſtung beſtraft werden. Die Poſten waren vom Sonnabendmittag an doppelt, zum Teil noch ſtärker beſetzt. Die ſtädtiſchen Kaſſenbeamten hatten am Sonnabend Wachdienſt. Dieſe Angſtprobe im Obotritenlande wiederholte ſich fünf Wochen ſpäter faſt überall, wo man ſich des am Volke verübten Unrechts bewußt iſt und doch nicht die Neigung hat, den Forderungen desſelben zu entſprechen.

Dieſe Angſt, gemiſcht mit Plänen beabſichtigter Grauſamkeit fehlt dort, wo man die Unterdrückung und Entrechtung der Maſſen nicht für den vornehmſten Zweck des Staatsweſens hält, in jenen Ländern, wo das rückſtändigſte Krautjunkertum infolge unſerer Agitation nicht mehr die Bedeutung hat wie in Mecklenburg und Preußen, und wo die ſcharfmacheriſchen Schlotjunker und Protzen auch noch nicht die Macht haben wie in Preußen, Hamburg Lübeck uſw.

Die bayeriſchen Landtagswahlen waren unter der Parole: „Reform des Landtagswahlrechtes“ vollzogen. Nunmehr wurde durch Geſetz das ungerechte indirekte Wahlſyſtem beſeitigt und jedem, der ſeit einem Jahr die bayeriſche Staatsangehörigkeit beſitzt, 25 Jahre alt iſt und ſeit mindeſtens einem Jahr direkte Staatsſteuern entrichtet, das Wahlrecht für den Landtag gegeben. Es iſt alſo keineswegs ein ideales Wahlrecht, aber es reichte aus, die preußiſchen Junker in förmliche Wut über dieſe „revolutionäre“ Tat zu verſetzen. Die Wut der Junker wurde noch dadurch geſteigert, daß bei Beratung des Geſetzes in der erſten bayriſchen Kammer am 17. Januar, alſo zu einer Zeit, wo in Sachſen, Preußen und Hamburg ſich Krautjunker und Scharfmacher in dem Gedanken an Maſſenmorden berauſchten, Prinz Ludwig, der zukünftige bayriſche Thronfolger, ſehr zutreffende Ausführungen zur Rechtfertigung des geheimen Wahlrechts machte. Er ſagte:

„Seiner Ueberzeugung nach ſei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. Vielfach werden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als ſie beabſichtigten. Es gäbe gewiſſenloſe Menſchen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen, als dieſe wählen möchten. Dieſe ſcheuten auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen wegen einer nicht genehmen Stimmabgabe aus dem Dienſt zu entlaſſen. Um

derartige Uebelstände zu verhüten, müsse mit allen Mitteln an der Sicherstellung des Wahlrechts gearbeitet werden."

Ferner sprach er über „Staaten, in denen verkünstelte Wahlsysteme bestehen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprechen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln."

Das war eine herbe, aber zutreffende Kritik der Wahlrechtsverböserer in Hamburg, Lübeck und Sachsen, sowie eine dringende Mahnung an die jedem Fortschritt sich entgegenstemmende preußische Regierung, mit dem alten, die Kulturentwicklung hemmenden Dreiklassenwahlrecht zu brechen.

Nachdem im Juli d. J. endlich nach neun voraufgegangenen vergeblichen Versuchen, die Verfassungsreform in Württemberg unter der tätigen Mitwirkung unserer Genossen zum Abschluß gebracht worden ist, besitzt Württemberg unter den deutschen Staaten das beste Wahlverfahren für die Zweite Kammer. Bisher saßen in der Zweiten Kammer noch 13 Vertreter der Ritterschaft, 6 evangelische Kirchenvertreter, 3 Vertreter des katholischen Klerus und 1 Vertreter der Landesuniversität Tübingen. Diese Sondervertretung hat Aufnahme in die Erste Kammer gefunden in dem Verhältnis, daß 8 Vertreter der Ritterschaft, 4 Vertreter der evangelischen und 2 Vertreter der katholischen Kirche sowie der Vertreter der Universität Tübingens den Umzug bewerkstelligen. Die anderen fallen aus. Die reaktionäre Verstärkung der Ersten Kammer verleiht der Agitation der Genossen verstärkte Kraft für die Forderung — weg mit der Ersten Kammer.

Die Wahlen zu der aus 92 Abgeordneten bestehenden Zweiten Kammer sind allgemein, direkt und geheim. Das aktive und passive Wahlrecht ist an das vollendete 25. Lebensjahr gebunden. Im ersten Wahlgang ist die absolute, bei dem zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit entscheidend. Eine weitere Verbesserung in der Zusammensetzung der Kammer besteht darin, daß die auf Stuttgart jetzt entfallenden 6 Abgeordneten mittels des Proporz gewählt werden. Das Gleiche ist für 17 Abgeordnete der Fall, für deren Wahl das gesamte Land in 2 Wahlbezirke eingeteilt wird, von denen der eine 9, der andere 8 Abgeordnete zu wählen hat.

Das Mandat des Landtages läuft im Dezember d. J. ab. Die Genossen sind eifrig mit den Vorbereitungen zu den Neuwahlen beschäftigt, dabei dem am 11. Juli veröffentlichten Aufruf des Vorstandes der Landesorganisation und der Fraktion des Landtages folgend. Mit Recht erwarten die Genossen einen verstärkten Einfluß in der neu zu wählenden Kammer zu gewinnen.

Die hochtönende Phrase von dem „Preußen in Deutschland voran" ist durch die vollzogenen Tatsachen ad absurdum geführt. Die Mainlinie hat in Deutschland wieder politische Bedeutung gewonnen. Jenseits der Mainlinie Ausbau des Wahlrechts unter Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen. Diesseit des Mains starres Festhalten der deutschen „Vormacht" Preußens an dem reaktionärsten aller Wahlsysteme, — dem Dreiklassenwahlrecht, wodurch die überwiegende Mehrzahl des Volkes, die Arbeiterklasse, zur politischen Bedeutungslosigkeit degradiert wird. „Preußen in Deutschland voran", wird von jedem die politische Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen Fordernden dahin umgemodelt, daß es heißen muß, „Ablösung vor", nachdem Rußland als der Hort der Reaktion einstweilen aus dem europäischen Staatenkonzert ausgemerzt worden ist.

* * *

Schiedsgerichte. Den Parteigenossen muß dringend empfohlen werden, bei Stellung von Anträgen auf Ausschluß von Genossen aus der Partei recht vorsichtig zu sein. In jedem Fall muß vor Stellung des Antrages genau geprüft

werden, ob eine der beiden Voraussetzungen zutrifft, bei deren Vorhandensein auf Ausschluß erkannt werden muß. Nur wenn ein grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms vorliegt oder eine ehrlose Handlung festgestellt werden kann, rechtfertigt sich die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Deshalb muß verlangt werden, daß bei der Stellung des Antrages auf Einsetzung eines Schiedsgerichts die beigegebene Begründung die Voraussetzungen des § 2 des Organisationsstatuts erläutert. Die angeratene Vorsicht ist bisher oft außer acht gelassen, wodurch unliebsame Auseinandersetzungen, verbunden mit einer Verzögerung der Erledigung des Falles verbunden waren. Wie berechtigt die Mahnung zur Vorsicht ist, beweist der Umstand, daß die Mehrzahl der abgehaltenen Schiedsgerichte nicht dazu gelangt ist, die fernere Parteizugehörigkeit dem angeschuldigten Genossen abzusprechen.

Noch ein weiterer Grund und zwar materieller Natur läßt den Rat zur Vorsicht geboten erscheinen. In den Fällen, in denen das Vergehen gegen § 2 des Organisationsstatuts nicht bestritten wird oder sonst nicht klipp und klar nachweisbar ist, sondern erst durch ein umfangreiches Beweisverfahren, Zeugenvernehmungen usw. festgestellt werden muß, gestaltet sich das Verfahren mitunter recht kostspielig. Unter der Beobachtung des Grundsatzes der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege erwächst allen Beteiligten, die bei der Einleitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens mitwirken, die Verpflichtung, größte Vorsicht und peinlichste Gewissenhaftigkeit walten zu lassen.

Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins in Offenbach vom 4. Oktober v. J. wurde das schiedsgerichtliche Verfahren gegen die früheren Genossen Fühler und Brand eingeleitet. Der erstere wurde des Streikbruchs und Brand einer ehrlosen Handlung bezichtigt. Das Verfahren erübrigte sich, da beide Angeschuldigte es unterließen, in der ordnungsgemäß festgesetzten Frist Schiedsrichter zu ernennen, wodurch der Ausschluß nach § 28 des Organisationsstatuts perfekt wurde.

Das gegen den Genossen K. Heinrich, Schneider, Mitglied des Wahlvereins des 3. Berliner Wahlkreises eingesetzte Schiedsgericht, tagte am 16. Februar unter dem Vorsitz des Genossen Molkenbuhr. Genosse Heinrich wurde des Streikbruchs beschuldigt.

Das Schiedsgericht hat den Antrag, den Genossen Heinrich aus der Partei auszuschließen, abgelehnt.

Unter dem Vorsitz des Genossen Wissell tagte am 18. Februar ein Schiedsgericht in Lübeck, vor dem gegen die Genossen F. Klever und J. Dethloff, beschuldigt des Streikbruchs, verhandelt wurde. Das Schiedsgericht hat entschieden:

> Der Antrag auf Ausschluß der Maurer Klever und Dethloff aus der sozialdemokratischen Partei wird zurückgewiesen.

Der Schlußsatz der Begründung des Urteils, der allgemeines Interesse verdient, lautet:

> Das Schiedsgericht hat nach dem Organisationsstatut keine Befugnis, Lob, Rüge oder Tadel auszusprechen. Aber den Wunsch richtet es an die Parteien, beiderseits die Hand zum Frieden bieten zu wollen.

Am gleichen Tage wurde in Magdeburg unter dem Vorsitz des Genossen Landsberg gegen die 4 Genossen Leßmann, Oelze, Niemann und Stridde, sämtlich dem Kreiswahlverein Wanzleben angehörig, verhandelt. Den Angeschuldigten wurde zum Vorwurf gemacht, durch unbegründete Angriffe auf drei Vorstandsmitglieder eine die Partei schädigende Tätigkeit ausgeübt zu haben. Die Angeschuldigten gaben befriedigende Erklärungen im versöhnlichen Sinne ab, worauf von den Vorstandsmitgliedern und der antragstellenden Organisation der Antrag auf Ausschluß aus der Partei zurückgezogen wurde.

Die Einsetzung des beantragten Schiedsgerichts gegen den früheren Genossen Wegner in Stettin erübrigt sich. Wegner unterließ es, in der ihm vorgeschriebenen Frist Schiedsrichter zu ernennen, wodurch sein Ausschluß aus der Partei nach § 28, Absatz 2, des Organisationsstatuts perfekt wurde.

Die Beschuldigung, sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht zu haben, hatte das unter dem Vorsitz des Genossen Eichhorn am 13. April in Mannheim abgehaltene Schiedsgericht zu prüfen, die gegen den Genossen Josef Friedel erhoben worden war. Der gefällte Spruch lautete:

„Die aufgeführten und gerügten Verfehlungen reichen nicht aus, dem Genossen Friedel die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei abzusprechen".

Das auf Antrag der Organisation Suhl gegen den Genossen Schnabel eingesetzte Schiedsgericht — parteischädigende Tätigkeit — trat unter dem Vorsitz des Genossen Weiß-Goldlauter am 13. April zusammen. Genosse Schnabel nahm die gegen die leitenden Genossen aufgestellten Behauptungen zurück, worauf der Ausschlußantrag von dem Sozialdemokratischen Verein zurückgezogen wurde.

In zwei Sitzungen wurde von dem gegen den Genossen Moser eingesetzten Schiedsgericht in Pinneberg am 13. und 17. April verhandelt unter dem Vorsitz des Genossen Heinrich-Hamburg. Genosse Moser war beschuldigt, sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht zu haben. Die Schuldfrage wurde zwar vom Schiedsgericht bejaht, dagegen die bewußte Absicht verneint. Dementsprechend wurde dem Genossen Moser nur der Vorwurf der groben Fahrlässigkeit gemacht, wegen der der Ausschluß aus der Partei zu verneinen sei.

Unter dem Vorsitz des Genossen Dittmann tagte in Frankfurt a. M. am 8. Mai das gegen den Genossen Lieb-Bockenheim eingesetzte Schiedsgericht. Lieb war beschuldigt, in 4 Fällen ehrlos gehandelt zu haben. Das Schiedsgericht bejahte die Schuldfrage in allen Fällen und fällte folgendes Urteil:

„Da der Austritt des Lieb aus dem sozialdemokratischen Verein Bockenheim gleichbedeutend ist mit dem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, war es zwar dem Schiedsgericht nicht mehr möglich, dem Antrage des sozialdemokratischen Vereins Bockenheim auf Ausschluß des Lieb aus der Partei noch formell entsprechen zu können; das Schiedsgericht erklärt aber Lieb wegen mehrerer ehrloser Handlungen für unwürdig, der Partei anzugehören".

Die gewählte Formulierung des Urteils, die in den §§ 2, 4 und 27 des Organisationsstatuts begründet ist, wurde von dem Schiedsgericht deshalb gewählt, weil Lieb hoffte, mit dem Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein Bockenheim den Antragstellern und dem Schiedsgericht ein Schnippchen geschlagen zu haben und sich vor wie nach als Parteigenosse aufspielen zu können.

Am 6. Mai tagte in Berlin ein Schiedsgericht gegen den Genossen Schröder unter dem Vorsitz des Genossen Ebert. Schröder wurde einer ehrlosen Handlung bezichtigt. Da diese festgestellt wurde, mußte das Schiedsgericht auf Ausschluß erkennen. Aus der Begründung des Urteils ist ersichtlich, daß wenn eine andere Form der Sühne zulässig gewesen wäre, man diese in Anwendung gebracht hätte.

In Nordhausen tagte am 27. Mai unter dem Vorsitz des Genossen Albrecht-Halle ein Schiedsgericht in Sachen des Genossen Ahlert-Nordhausen, der beschuldigt wird, durch unwahre Behauptungen über in leitender Stellung stehende Genossen ehrlos gehandelt und die Partei schwer geschädigt zu haben.

Das Schiedsgericht hat zwar die Schuldfragen bejaht, jedoch der den Antrag stellenden Organisation geraten, den Ausschlußantrag als hinfällig anzusehen, da Genosse Ahler die Beleidigungen zurückgenommen hat. Der Sozialdemokratische Verein Nordhausen hat dem Rat des Schiedsgerichts Folge gegeben.

Ein bereits eingeleitetes Verfahren gegen den früheren Genossen Eisenmenger, mit dessen Erledigung Genosse Hoch-Hanau beauftragt war, erübrigte sich, da Eisenmenger es vorzog, den Austritt aus der Partei anzuzeigen.

An drei Tagen, am 10., 11. und 12. Juni, wurden in St. Johann-Saarbrücken zwei Schiedsgerichte unter dem Vorsitz des Genossen Gerisch-Berlin abgehalten, und zwar 1. gegen die Genossen Osterroth und Seel, und 2. gegen den Genossen Berg, sämtlich in St. Johann-Saarbrücken.

Die drei Genossen waren beschuldigt, eine parteischädigende Tätigkeit ausgeübt zu haben, bei der mehr oder minder von den Antragstellern angenommen wurde, sie sei auch als eine ehrlose anzusehen. Gegen die Genossen Osterroth und Seel wurde vor dem gleichen Schiedsgericht verhandelt. Gegen Genossen Berg in besonderer Verhandlung.

Das Urteil lautet in Sachen Osterroth-Seel:

Der Ausschlußantrag wird abgelehnt; dem Genossen Seel wird eine scharfe Rüge erteilt.

Im Falle Berg lautete das Urteil:

„Der Ausschlußantrag gegen den Genossen Berg wird abgelehnt; dem Genossen Berg wird ein entschiedener Tadel ausgesprochen."

Einem ihm drohenden schiedsrichterlichen Verfahren ging der Werkmeister Müller in Offenbach dadurch aus dem Wege, daß er seinen Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein anzeigte.

Auf Antrag des Wahlvereins Stettin war gegen den Genossen Karl Schmidt, Sydowsaue, ein Schiedsgericht beantragt, das am 6. und 26. Juni in Stettin unter dem Vorsitz des Genossen Körsten-Berlin getagt hat. Der Genosse Schmidt war beschuldigt worden, ehrlos gehandelt zu haben. Das Schiedsgericht fällte folgendes Urteil:

„Der Antrag der Organisation wird abgelehnt, da eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts nicht vorliegt."

Gleichfalls zwei Sitzungstage — 29. Juni und 2. Juli — erforderten die Verhandlungen des Schiedsgerichts gegen den Genossen Wertheimer, Kaiserslautern. Vorsitzender war Genosse Profit-Ludwigshafen.

Genosse Wertheimer wird beschuldigt, erstens seine Leute von dem Anschluß an den Tabakarbeiterverband zurückgehalten, und zweitens seine Leute schlecht behandelt zu haben. Das Schiedsgericht kam zu dem Beschluß, daß Wertheimer sich nicht gegen die Grundsätze der Partei vergangen, auch sonst eine unehrenhafte Handlung nicht nachgewiesen wurde, somit Wertheimer vor wie nach als Parteigenosse zu betrachten ist. Wie um unsere an die Spitze dieses Abschnittes gestellte Mahnung zu unterstützen, kann es das Schiedsgericht nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß oft in recht leichtfertiger Weise die Ehre von Parteigenossen aus den eigenen Reihen angegriffen und beschmutzt wird.

Das auf Antrag der Forster Parteiorganisation eingesetzte Schiedsgericht verhandelte am 21. und 22. Juli in Kottbus unter dem Vorsitz des Genossen Ebert gegen die Genossen Rubenbunst-Kottbus und Perner-Forst. Beide Genossen wurden einer ehrlosen Handlung bezichtigt, begangen gegen den Genossen Marckwald. Die Entscheidung des Schiedsgerichts hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorenthaltung der Bezeichnung „Genosse" in der Notiz vom 18. Juni ist, wie festgestellt wurde, nicht absichtlich erfolgt. In der „Er-

Klärung" in Nr. 189 der „Märk. Volksstimme" sind wissentlich unwahre Behauptungen gegen den Genossen Marckwald nicht enthalten. Das Schiedsgericht hat danach dem Antrage der Forster Parteigenossen auf Ausschluß der Genossen Perner und Rubendunst nicht stattgegeben, da eine ehrlose Handlung danach nicht vorlag."

Das Schiedsgericht kennzeichnete das Verhalten Marckwalds seinem früheren Redaktionskollegen Perner gegenüber als eine maßlose Ueberhebung. Bei nur einigermaßen gegenseitigem kollegialen Verhalten hätte das Verfahren vermieden werden können.

Um die Differenzen zu beseitigen, die in der Behandlung der Angelegenheit Emmel-Mülhausen durch mehrere Parteitage und der Auffassung der Mülhäuser Genossen bestanden, fand am 18. Juni unter dem Vorsitz des Genossen Gerisch eine Besprechung in Mülhausen statt. Alle bei der Angelegenheit Beteiligten, Parteivorstand, Kontrollkommission und der Vorstand der Mülhäuser Parteiorganisation akzeptierten folgende Erklärung:

„Die Mülhauser Parteigenossen erkennen an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandsfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzusprechen."

Eine Anzahl Schiedsgerichte sind noch eingeleitet, die aber voraussichtlich vor der Abhaltung des Parteitages bezw. dem Schluß des Geschäftsjahres nicht zum Abschluß gelangen.

* * *

Wahlen.

A) Reichstagswahlen.

Eine noch nie dagewesene Höhe erreichte die Zahl der Nachwahlen in der Zeit vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906. In 17 Wahlkreisen fanden Nachwahlen statt. Dieselben wurden nötig, weil in zwei Kreisen der Reichstag das Mandat für ungültig erklärt hatte, in acht Wahlkreisen, weil der bisherige Abgeordnete verstorben war und in sieben Kreisen, weil die Abgeordneten ihr Mandat niederlegten. Hierunter befanden sich die Genossen Schippel und Cramer, die, ohne vorher mit den Genossen Rücksprache zu nehmen, plötzlich die Genossen vor eine Neuwahl stellten. Von der Absicht, das Mandat niederlegen zu wollen, erfuhren der Parteivorstand und die Genossen der Kreise erst dann, als die Niederlegung bereits vollendete Tatsache war.

Die Wahlresultate bei den Nachwahlen, die in der Zeit vom Herbst 1903 bis im Sommer 1905 stattfanden, hatten fast sämtlich weniger Stimmen für unsere Partei gebracht als die Hauptwahlen am 16. Juni 1903. Diese Tatsache gab zu vielen Erörterungen Anlaß, und wie immer bei solchen Erscheinungen, wurde die Ursache in manchen oft sehr fernliegenden Dingen gesucht. Im vorjährigen Bericht bezeichnete der Parteivorstand die mangelhafte Organisation unserer Genossen und die bessere Organisation der Gegner als hauptsächlichsten Grund für diese Erscheinung und führte zum Beweise hierfür das Resultat von Fürth-Erlangen an, wo eine gute Organisation besteht und auch das Resultat günstiger war als 1903. Diese Ansicht scheint durch die Wahlresultate der 17 Nachwahlen bestätigt zu werden. Acht Kreise ergaben höhere und neun Kreise niedrigere Stimmenzahlen für unsere

Partei als 1903. Einen Stimmenverlust brachten die Wahlen in den östlichen Landesteilen, wo unsere Organisationen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In den beiden oberschlesischen Kreisen hatten wir auch ohne gute Organisation bei den Hauptwahlen recht günstige Resultate erzielt. Aber als es den Radikalpolen gelang, weite Kreise für ihre Kandidaten zu begeistern, stimmte auch eine große Zahl von Arbeitern, die früher für einen Sozialdemokraten gestimmt hatten, für die polnischen Kandidaten.

In allen Kreisen setzten die Gegner mit großer Entschlossenheit ein. Sie waren auch nicht wählerisch in ihren Mitteln. Fast in allen Kreisen wurde mit den vom „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" vergifteten Mitteln gekämpft, aber wo unsere Genossen seit den letzten Wahlen an dem Ausbau der Organisation gearbeitet haben, halfen die schmutzigsten Mittel der Gegner nicht. In Essen, Eisenach, Kaiserslautern, Hannover, Altena-Iserlohn, Hagen und Rinteln wurden trotz der gewaltigen Anstrengung der Gegner von unseren Genossen erhebliche Fortschritte erkämpft. Die Mandate, die wir in den Wahlkämpfen zu verteidigen hatten, haben wir sämtlich der Partei erhalten, den alten liberalen Besitzstand Altena-Iserlohn erobert.

Ein typisches Vorbild für die nächsten Wahlen dürfte der Wahlkampf in Hagen sein. Trotz der scharfen Gegensätze unter den Gegnern im Kampfe vor der Hauptwahl und trotz der Vorgänge in dem Nachbarkreise, wo das Zentrum durch das Verhalten der Liberalen sehr gereizt war, fanden sich doch die Gegner alle zusammen, um geschlossen gegen unseren Genossen zu stimmen. Die Genossen müssen überall damit rechnen, daß die Wahlbeteiligungsziffer erheblich steigt und daß alle Nichtsozialdemokraten gegen unsere Kandidaten stimmen werden. Die Wahrscheinlichkeit, in Stichwahlen Mandate erringen zu können, sinkt immer mehr. Die Agitation muß darum so betrieben werden, daß wir damit rechnen können, im ersten Wahlgang eine so große Stimmenzahl zu erhalten, daß es die Mehrheit aller eingeschriebenen Wähler ist. In einer Anzahl von Wahlkreisen wurde 1908 ein solches Resultat erzielt, es gelang aber nur dort, wo die Organisation sorgfältig ausgebaut war. Hier hatte man den aktiven Genossen möglichst kleine Bezirke zur Bearbeitung übertragen. In einem Wahlbezirk waren oft zehn und mehr Genossen dauernd tätig. Jeder tätige Genosse hatte nur eine bestimmte Anzahl von Häusern, in denen er, wenn keine Wahl bevorsteht, Flugblätter verbreitet, oder für unsere Parteipresse oder die Parteiorganisation agitiert. Er lernt dann fast jeden Arbeiter seines Bezirks kennen und kann am Wahltage die Unsicheren zuerst aufs Korn nehmen. Beginnen unsere Genossen, in allen Gegenden die Organisation nach diesen Vorbildern auszugestalten, dann wird der Erfolg bei den nächsten Wahlen nicht ausbleiben. Solche gut funktionierenden Organisationen können aber nicht in wenigen Wochen geschaffen werden. Wo sie existieren, sind sie das Resultat jahrelanger ununterbrochener Arbeit.

Bei der Agitation können wir auf die unfreiwillige Hülfe der Regierung und der Gegner rechnen. Die kurzsichtige, kleinliche Klassenpolitik, durch welche den Besitzenden alle Vorteile zugewendet und den breiten Schichten der Bevölkerung alle Lasten aufgebürdet werden, das völlige Stocken der Sozialreform usw. öffnet selbst dem Indifferentesten die Augen. Es ist also nur nötig, die Massen über Ursache und Wirkung der Politik der Herrschenden aufzuklären, so daß an Stelle des Gefühls der Unzufriedenheit die Erkenntnis tritt und wir haben die Massen für uns gewonnen. Um aber ein einheitliches Zusammenwirken der Massen herbeizuführen, ist Organisation nötig.

Vergleichen wir die Resultate der Nachwahlen im Berichtsjahr mit den Resultaten der Hauptwahlen vom 16. Juni 1903, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei Nachwahlen vom 1. August 1905 bis 1. August 1906		
	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Thorn-Kulm	28 457	998	3,5	28 811	458	1,6
Essen	80 368	22 778	28,3	86 147	28 728	33,4
„ Stichwahl	71 648	32 632	45,5	79 321	37 523	47,3
Kattowitz-Zabrze	44 761	10 044	22,4	43 770	4 780	10,7
Holland-Rohrungen	10 458	706	6,8	9 902	406	4,1
Eisenach	15 143	6 018	39,7	17 434	6 799	39,0
„ Stichwahl	16 895	7 885	47,3	18 946	8 621	45,5
IX. Schleswig-Holstein	16 742	4 509	26,9	16 996	4 003	23,0
Nördlingen	17 526	206	1,2	14 635	413	2,9
Bonn-Rheinbach	20 625	1 610	7,8	17 236	1 533	8,9
Chemnitz	51 289	34 266	66,9	51 070	31 628	61,9
Sigmaringen	9 711	366	3,8	9 670	344	3,6
Kaiserslautern	25 396	7 009	27,6	25 495	7 547	29,6
„ Stichwahl	21 135	9 769	46,2	21 585	9 525	44,1
Darmstadt	27 549	14 144	51,3	29 929	13 801	46,9
„ Stichwahl	—	—	—	32 437	16 632	51,3
Beuthen-Tarnowitz	46 484	10 258	22,1	47 190	6 260	13,4
„ „ Stichwahl	40 396	12 421	30,4	—	—	—
Hannover	58 867	29 381	54,6	62 899	31 803	51,1
Altena-Iserlohn	83 394	10 146	30,4	34 160	10 546	30,9
„ „ Stichwahl	30 200	11 029	36,5	29 932	15 864	53,0
Hagen-Schwelm	36 721	13 870	37,8	39 425	16 298	41,4
„ „ Stichwahl	36 006	15 018	41,7	40 310	18 717	46,4
Rinteln-Hofgeismar	13 376	3 488	26,1	14 322	3 995	27,9
„ „ Stichwahl	13 573	4 030	29,7	13 596	4 498	33,1

B) Landtagswahlen.

Im vorjährigen Bericht hatte der Parteivorstand den günstigen Ausfall der bayerischen Landtagswahlen mitgeteilt, aber es konnten die genauen Ziffern nicht gegeben werden, weil diese noch nicht vorlagen. Daß der 10. Juli 1905 ein Siegestag für unsere Partei war, ist nun durch Zahlen festgestellt. 1899 hatten unsere Genossen für ihre Wahlmänner 215 960 Stimmen aufgebracht, bei den Wahlen 1905 waren es 325 932 Stimmen, also ein Gewinn von über 50 Proz. Die Zahl der gewählten Wahlmänner stieg aber nur von 747 auf 894.

Der Siegeszug der Sozialdemokratie im Berichtsjahr begann mit der Eroberung einer Landtagsmehrheit. Der Landtag im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt besteht aus 16 Abgeordneten. Von den 16 Mandaten hatten wir 7. Am 7. September fand eine Neuwahl statt, und nun gelang es unseren Genossen, 8 Mandate zu erobern. Von dem so zusammengesetzten Landtag verlangte man, er solle die Zivilliste des Fürsten von 268 000 auf 300 000 Mk. erhöhen. Als unsere Genossen diese Forderung ablehnten, wurde der Landtag am 2. Dezember, am Jahrestage des Staatsstreichs von Louis Bonaparte, aufgelöst. Am 16. Februar 1906 fanden dann Neuwahlen statt, bei denen unsere

Genossen zwar einen Stimmenzuwachs von 5726 auf 6521 Stimmen zu verzeichnen hatten, aber sie verloren ein Mandat und damit die Mehrheit im Landtage.

Im Großherzogtum Oldenburg, wo bei den Urwahlen eine starke Zunahme unserer Stimmen zu verzeichnen war, erlangten wir bei der am 17. Oktober stattgefundenen Abgeordnetenwahl nur vier Mandate.

Am 19. Oktober wurde in Baden zum ersten Male der Landtag mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt. Weil es ein neues Wahlrecht ist, sind die Wählerstimmen nicht mit den Stimmen bei früheren Wahlen zu vergleichen. Unsere Genossen eroberten 12 Sitze, gegen 6 Mandate, die wir in der vorigen Legislatur besaßen. Dadurch, daß sie bei den Stichwahlen die liberalen Kandidaten unterstützten, verhinderten sie, daß eine ultramontane Mehrheit den Landtag beherrschen konnte.

Am 15. November fanden Landtagswahlen in Hessen statt, wobei unsere Genossen ihren Besitzstand von sechs auf sieben Mandate erhöhte, indem das Mandat für Pfungstadt neu erobert und die bisherigen Mandate gehalten wurden.

Am 17. November wurde in Lübeck zum ersten Male auf Grund des neuen Wahlrechts gewählt. Die zweite Klasse hatte vier Bürgerschaftsmitglieder zu wählen. Diese Mandate wurden von unseren Genossen erobert und zogen damit die ersten vier Sozialdemokraten in die Gesetzgebung der Geldsacksrepublik ein. Die Wahlrechtsverschlechterung schlug also gegen ihre Urheber aus.

Besonders erfreuliche Fortschritte machten unsere Genossen bei den Nachwahlen in Württemberg. Im Bezirk Mergentheim, einem besonders rückständigen Bezirk, stiegen die Stimmen für unseren Genossen von 5 im Jahre 1900 auf 261 Stimmen, in Freudenstadt von 125 im Jahre 1900 auf 824, in Tuttlingen von 1395 auf 1716. In allen Kreisen, wo Nachwahlen stattfanden, trat dieselbe Erscheinung zutage, die bei der bereits im vorjährigen Bericht erwähnten Nachwahl in Eßlingen beobachtet worden war.

Am 8. Januar wurde bei einer Nachwahl in Ilmenau, Sachsen-Weimar, Genosse Hauwede gewählt.

Weniger erfreuliche Resultate brachten die Bürgerschaftswahlen in Bremen, die in der Zeit vom 23. November bis 21. Dezember stattfanden. Vereinzelte Bezirke brachten nicht einmal die Stimmen wieder auf, die schon im Jahre 1902 für unsere Kandidaten abgegeben waren. Eine Anzahl Bezirke brachte zwar mehr Stimmen, doch ist auch hier ein erheblicher Fortschritt seit 1902 nicht zu verzeichnen. Ein Mandat ging verloren, so daß die Wahlen eine Verminderung der Mandate von 19 auf 18 brachten.

Am 12. Januar versuchten unsere Genossen, bei den Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe Mandate zu erobern. In sechs von den zehn Kreisen des Landtages hatten sie Kandidaten aufgestellt. In zwei Bezirken kamen unsere Genossen in Stichwahl und gelang es, das Mandat für den achten Bezirk zu erobern, wo Genosse Lorenz gewählt wurde.

Am Jahresschluß war unsere Partei in folgenden Landtagen vertreten: In Bremen durch 18, in Hamburg durch 13, in Bayern und Baden durch je 12, in Rudolstadt, Württemberg, Hessen und Meiningen durch je 7, in Koburg-Gotha durch 6, in Reuß j. L. durch 5, in Oldenburg und Lübeck durch je 4, in Altenburg und Lippe durch je 3, in Weimar und Anhalt durch je 2, in Sachsen, Elsaß-Lothringen, Schaumburg-Lippe und Reuß ä. L. durch je einen Genossen. In 19 Landesgesetzgebungen des Deutschen Reiches sitzen also insgesamt 116 sozialdemokratische Abgeordnete, während in den Land-

lagen von Preußen, den beiden Mecklenburg, Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck die Sozialdemokratie, oder richtiger die Arbeiterklasse noch nicht vertreten ist.

C) Gemeindewahlen.

Es ist unmöglich, hier ein vollständiges Verzeichnis der Resultate oder auch nur der Siege unserer Partei bei Gemeindewahlen zu geben. In den Herbstmonaten, wenn die meisten Gemeindewahlen sind, bringt unsere Parteipresse in jeder Nummer eine Reihe von Siegesnachrichten, und doch sind die dort mitgeteilten Siege nur ein Bruchteil von dem, was wirklich erstritten ist. Wenn aus einem größeren Agitationsbezirk die Zahl der in Gemeindevertretungen wirkenden Parteigenossen mitgeteilt wird, dann entdeckt man immer, daß eine große Anzahl von Parteigenossen das Amt eines Stadtverordneten oder Gemeindevertreters erlangt hat, ohne daß weitere Kreise von dem Siege der Genossen des betreffenden Ortes etwas erfahren haben.

Da wir hier kein Verzeichnis sozialistischer Gemeindevertreter geben können, sondern die Wahlen nur als Gradmesser für den Stand der Parteibewegung betrachten, so wird es genügen, eine Reihe typischer Wahlen herauszugreifen, um durch Vergleich früherer Resultate mit den jetzigen das Wachstum der Partei nachzuweisen und ferner durch die geographische Verteilung der Wahlsiege den Nachweis zu bringen, daß die günstige Entwickelung sich nicht auf einige Orte oder bestimmte Gegenden beschränkt.

In Schöneberg fanden am 2. November in fünf Bezirken Neuwahlen statt. In vier Bezirken siegten unsere Genossen. In Nürnberg hatten unsere Genossen im Vergleich zu früheren Wahlen einen erheblichen Fortschritt zu verzeichnen. Sie erhielten bei der am 6. November stattgefundenen Wahl von 13 608 abgegebenen Stimmen 5508, aber keinen Sitz. Mehr Erfolg hatten unsere Genossen am 7. November in Forst i. L. 1903 war fast Stimmengleichheit gewesen, die Gegner hatten 1163 bis 1174 Stimmen gehabt, während unsere Genossen 1163 bis 1170 Stimmen erlangten. 1905 erhielten unsere Genossen 1447 bis 1460 Stimmen, während es die Gegner nur auf 1378 bis 1388 brachten. Am 8. November fanden in 16 Bezirken der dritten Klasse in Berlin Neuwahlen statt. Acht dieser Bezirke waren auch in der früheren Wahlperiode durch Sozialdemokraten vertreten. Bei der letzten Wahl 1899 hatten unsere Genossen von 83 748 abgegebenen Stimmen 18 599, also 55 von hundert, erhalten. Am 8. November erhielten wir von 41 254 abgegebenen Stimmen 30 681, also 74,6 von hundert. Die Gegner brachten also 4576 Stimmen weniger auf als im Jahre 1899, während wir 12 082 Stimmen gewannen. Im ersten Wahlgang wurden elf Mandate gewonnen und vier Genossen kamen in Stichwahl. Ein ähnlich günstiges Resultat erzielten unsere Genossen am gleichen Tage in Elbing, wo sie 783 bis 801 Stimmen erhielten, während die Gegner sich mit 579 bis 797 begnügen mußten. In Halle a. S. brachte es die Liste unserer Genossen bei dem eigenartig komplizierten Wahlsystem auf 4475 bis 4546 Stimmen, während bei den letzten Wahlen die Höchstziffer 3148 betragen hatte. Am 10. November eroberten die Genossen in Jüterbog zwei Sitze, während die Genossen in Braunschweig das Mandat, welches sie zu verteidigen hatten, hielten. In Barmen stieg die Zahl unserer Stimmen von 3547 im Jahre 1903 auf 4549 Stimmen in diesem Jahre. In Furtwangen im Schwarzwald, wo unsere Genossen die 20 Sitze der Niederstbesteuerten innehaben, hatten sich 12 Genossen der Neuwahl zu unterwerfen. Trotz des gewaltigen Ansturms des Zentrums behaupteten unsere Genossen alle Mandate. In Brandenburg a. H. übernahm der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ die

Führung, um unseren Genossen vier Mandate abzunehmen. Unseren Genossen gelang es bei der Wahl am 15. November, ihre Stimmen von 2259 im Jahre 1903 auf 2910 zu erhöhen, und sie behaupteten dadurch ihre Sitze. In Lehe eroberten unsere Genossen am 15. November zwei Sitze. Ein möglichst ungerechtes und kompliziertes Wahlsystem hat Chemnitz. Die Zahl der gegnerischen Stimmen stieg dort seit 1903 von 3583 auf 3948 und die Stimmen unserer Genossen von 4038 auf 4712. In Elberfeld steigerten unsere Genossen ihre Stimmenzahl von 1413 bis 1456 im Jahre 1903 auf 3914 bis 4121 bei der Wahl im November. In einzelnen Fällen sank der relative Anteil unserer Genossen trotz einer erheblichen Steigerung der absoluten Stimmenzahl. So in Köln, wo die Stimmen für unsere Genossen von 1250 im Jahre 1903 auf 2600 stiegen. Aber die Stimmen des Zentrums stiegen von 7300 auf 9100 und die der Liberalen von 2140 auf 2600. In Gera stieg die Wahlbeteiligung auf 82 Proz. Von den 580 Stimmen, die mehr als bei der vorigen Wahl abgegeben wurden, erhielten unsere Genossen 200 und erlangten nun für ihre Liste 2081 bis 2422 Stimmen, die Gegner hatten aber 380 Stimmen gewonnen und erlangten nun für ihre Liste 2331 bis 2680 Stimmen, so daß nur ein Kandidat von unserer Liste gewählt wurde. In Remscheid siegten 1903 unsere Genossen mit 1923 Stimmen, die Gegner hatten nur 1673 Stimmen erhalten. Am 17. November erhielten unsere Kandidaten zwar 2479 Stimmen, aber die Gegner brachten es auf 2652 Stimmen, wodurch unsere Kandidaten unterlagen. Bessere Fortschritte wurden in Bielefeld gemacht, wo unsere Genossen ihre Stimmenzahl von 2644 im Jahre 1903 auf 3398 steigerten und acht Mandate eroberten, während die gegnerischen Stimmen nur von 2276 auf 2678 stiegen. In Dortmund war ebenfalls am 17. November Stadtverordnetenwahl, dort stiegen unsere Stimmen von 609 im Jahre 1903 auf 1559. In Oberhausen bei Augsburg wurden am 17. November drei Genossen gewählt. Es sind die ersten drei Sozialdemokraten, die als Gemeindevertreter in ein Gemeindeparlament des industriereichen Kreises Schwaben einziehen. In Fürth, wo unsere Genossen bisher mit den Demokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, gingen sie jetzt selbständig vor und errangen bei der am 21. November stattgefundenen Wahl 3040 Stimmen, also 149 mehr, als sie vor drei Jahren für die gemeinsame Liste erhalten hatten. Die Demokraten hatten sich der Gesellschaft, zu der sie gehören, den Nationalliberalen und den Freisinnigen, angeschlossen. Jetzt behaupteten unsere Genossen die sechs Mandate aus eigener Kraft, die sie 1902 mit Hülfe der Demokraten erhalten hatten. Am 22. November eroberten unsere Genossen in Rathenow alle vier zur Wahl stehenden Mandate. An demselben Tage wählten die Genossen in Brakel bei Dortmund mit 375 Stimmen zwei Genossen als Gemeindevertreter, während die Zentrumskandidaten im Bunde mit der Zechenpartei nur 238 Stimmen erhielten. In Melsungen wurde am 23. November ein Genosse gewählt und ein anderer kam in Stichwahl. Weniger günstig erscheint das Resultat in Königsberg, wo 1903 2393 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben waren und am 23. November 1905 nur 2107 Stimmen erzielt wurden. Der Rückgang war aber dadurch herbeigeführt, daß man die Wähler der niedrigsten Steuerstufe aus der Wählerliste gestrichen hatte. Die Wählerliste hatte dadurch 1905 2362 Namen weniger, als sie 1903 gehabt hatte. Hätte man diesen Armen das Wahlrecht gelassen, dann wäre auf jeden Fall ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen gewesen.

Am 30. November und 1. Dezember fanden die Wahlen in Dresden statt, bei welchen für die sozialdemokratischen Kandidaten 11 800 und für die gesamten bürgerlichen Kandidaten 11 200 Stimmen abgegeben wurden. Die

Stimmenzahl für unsere Genossen ist seit einem Jahre um 1600 gestiegen, während die bürgerlichen Parteien 2800 Stimmen verloren haben. Nun hielten auch sozialdemokratische Gemeindevertreter in das Stadtparlament der sächsischen Residenzstadt ihren Einzug.

Am 30. November erhielt in Bant die Liste unserer Parteigenossen über 800 Stimmen mehr als die Liste der vereinigten Gegner. Dagegen gelang es den Gegnern, in Delmenhorst die Mehrheit zu erlangen und damit unsere Genossen aus der Stadtvertretung zu verdrängen. Als erste Sozialdemokraten wurden in Lechhausen bei Augsburg und in Borsdorf bei Leipzig unsere Genossen gewählt. Ferner siegten unsere Genossen in Oetzsch bei Leipzig, in Trebbin, in Eisenach und in Roth am Sand. In dem durch Eingemeindung von Cannstatt, Untertürkheim und Wangen vergrößerten Stuttgart fand am 11. Dezember die erste Gemeindewahl statt, in welcher die Liste unserer Parteigenossen 6698 Stimmen erhielt, wodurch die dortige Stadtverordnetenfraktion unserer Partei von fünf auf neun Mitglieder verstärkt wurde. Denselben Erfolg hatten die Gemeindewahlen in München. Die Stimmen unserer Genossen sind dort von 4920 im Jahre 1902 auf 6417 im Jahre 1905 gestiegen. Unsere Genossen gewannen fünf neue Sitze, wodurch die dortige Fraktion auch neun Mitglieder erhielt. Im Dezember und Januar wurden dann noch Wahlsiege gemeldet aus Durlach, Kaltennordheim, Ulm, Bulach, Erlenfeld bei Würzburg, Doberan, Langenbielau, Ilversgehofen, Kassel, Schmetzingen, Gräben bei Striegau, Weinheim, Rüppurr bei Karlsruhe, Obrigheim bei Mosbach usw. In Württemberg wurden in 39 Orten 69 sozialdemokratische Vertreter gewählt.

Die Unvollständigkeit dieser Liste zeigt sich jedesmal, wenn einzelne Kreise genauere Zusammenstellungen machen. Der Wahlkreis Nieder-Barnim machte eine solche Zusammenstellung. Nach dieser Tabelle waren 1902 in 12 Orten des Kreises 31 Gemeindevertreter, 1904 in 17 Orten 62 Vertreter und 1905 in 50 Orten 94 Vertreter verzeichnet. Man sieht hieran, wie unsere Partei auf dem Gebiete der Kommunalpolitik vordringt und auch Anfänge vorhanden sind, in die Kommunalverwaltung einzudringen. Hier tritt uns aber als Hindernis das sogenannte Bestätigungsrecht entgegen, wodurch oft das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden beseitigt wird. Das mußten namentlich die Genossen im Herzogtum Gotha empfinden. In Waltershausen wählten unsere Genossen den Rechtsanwalt Westphal aus Danzig zum Bürgermeister und den Genossen Jäger zum Senator, ferner wählten die Genossen in Ichtershausen den Genossen Licht zum Schultheiß. Aber die Regierung versagte die Bestätigung. Am 24. Februar beantragten unsere Genossen im gothaischen Landtag, das Ministerium wegen Verfassungsverletzung unter Anklage zu stellen. Dieser Antrag fand aber nicht die Mehrheit im Landtage, weil alle Nichtsozialisten gegen den Antrag stimmten.

In Hessen wurde in Mühlheim a. M. der Genosse Zahn zum Beigeordneten gewählt; es ist der erste sozialdemokratische Beigeordnete im Großherzogtum Hessen. Fassen wir das Gesamtbild zusammen, dann zeigt sich, daß in mehr als ¾ der Orte ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Aber auch in den Orten, wo unsere Genossen unterlegen sind, ist diese Niederlage in der Regel nur durch erhebliche Steigerung der Wahlbeteiligung herbeigeführt, so daß man früher erstrittene Siege mehr der Untätigkeit der Gegner als der eigenen Kraft verdankte. Wo aber die Sozialdemokratie eingreift, gibt es neues Leben. Die Zeiten sind vorüber, in denen die Gemeindepolitik von ein paar Spießbürgern am Biertisch gemacht und die Gemeinde selbst als

Einrichtung zur Hebung der Geſchäfte für einzelne Lieferanten betrachtet wurde.

* * *

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Die Wahlrechtskämpfe und die zahlreichen, ſich immer heftiger geſtaltenden wirtſchaftlichen Kämpfe haben begreiflicherweiſe auch unſer Strafkonto beeinflußt. Nach unſerer Aufſtellung wurden an Strafen erkannt: 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus, 66 Jahre 1 Monat 4 Wochen Gefängnis und 24 861 Mk. Geldſtrafe.

Ein erheblicher Teil der Gefängnisſtrafen entfällt auf die wegen Teilnahme an der ſächſiſchen Wahlrechtsdemonſtration Verurteilten. Die Dresdener Juſtiz hat hier nicht nur ſchnelle, ſondern auch gründliche Arbeit geliefert. Ueber 27 Angeklagte, deren Vergehen zum Teil ganz geringfügiger Natur waren, wurden 20 Jahre Gefängnis verhängt. So wurde ein Mann, der eine durchbrochene Schutzmannskette paſſierte, keinen beleidigenden Ruf ausſtieß, keinen Mann des Schutzes auch nur mit den Fingerſpitzen antaſtete, deſſen ganzes Verbrechen alſo lediglich in der Durchſchreitung der durchbrochenen Kette lag, zu der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ungefähr zur ſelben Zeit ſtanden Schüler des Technikums in Mittweida vor Gericht. Um die Schutzleute einmal gründlich zu verhauen, veranſtalteten ſie nachts eine große Zuſammenrottung, zu der brieflich und durch Anſchläge an den Plakatſäulen eingeladen worden war, mit der Weiſung, Spazierſtöcke mitzubringen. Tatſächlich ſtrömten auch etwa dreihundert Mann zuſammen, pfiffen, johlten, verhöhnten die Polizei, ja man warf die Beamten mit Steinen, ſchlug Fenſterſcheiben ein und riß Gaskandelaber um. Die Rädelsführer wurden vom Schwurgericht wegen Aufruhrs, Gefangenenbefreiung und ruheſtörenden Lärms zu — vier und fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Dieſe Parallele zeigt, wie ſehr die Dresdener Urteile der Niederringung der Wahlrechtsbewegung dienen ſollten und ſich als Klaſſenurteile qualifizieren.

Als die zum 21. Januar geplante Wahlrechtsdemonſtration in Preußen bekannt wurde, ſetzte eine ſyſtematiſche Hetze gegen die Partei ein. Am 11. Januar wurde in Breslau der Genoſſe Löbe wegen eines am 5. Dezember in der „Breslauer Volkswacht" erſchienenen Aufrufs zur Wahlrechtsbewegung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Gericht konſtruierte aus dem Aufruf eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Die Hetze gegen die Partei wurde noch verſchärft, als Bülow den Junkern verſprochen hatte, die Geſetze „rückſichtslos" und „unerſchrocken" gegen die Sozialdemokratie anzuwenden. Am 9. Februar hatte ſich der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Genoſſe Heinig, vor dem dortigen Landgericht ebenfalls wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Nicht weniger als fünfundzwanzig Artikel des Blattes ſtanden unter Anklage. Das Gericht ſchied zwar zwanzig Artikel von der Anklage aus, erblickte aber in fünf Artikeln einen Verſtoß gegen § 130 des Strafgeſetzbuches; außerdem ſollte der Angeklagte auch noch das ſächſiſche Geldſackparlament beleidigt haben, weshalb er zu einer Geſamtſtrafe von 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Eine ähnliche Aktion wurde gegen die Erfurter „Tribüne" eingeleitet, die mit der Verurteilung des Genoſſen v. Lojewski zu 8 Monaten Gefängnis endete. Auch er ſollte ſich der Aufreizung, außerdem aber auch der Verächtlichmachung ſchuldig gemacht haben.

Natürlich haben die Gerichte weder in den angeführten, noch in den übrigen Aufreizungsprozeſſen einen tatſächlichen Verſtoß gegen den § 130 nachweiſen können. Alle Angeklagten haben auch entſchieden beſtritten, zum

gewalttätigen Kampfe aufgereizt zu haben. Die Sozialdemokratie habe stets die Anwendung von Gewalt zurückgewiesen, wie in ihrer Literatur, insbesondere in den Schriften von Marx und Engels klar ausgesprochen werde. Das half aber nichts; die entsprechenden Beweisanträge wurden einfach abgewiesen. Die Gerichte waren durch die Worte „Klassenkampf" und „Revolution" hypnotisiert und erachteten die Angeklagten für überführt, weil, wie im Leipziger Urteil ausgeführt wird, in den von den Artikeln bedrohten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen wurde.

Der Krawall im Schoppenstehl zu Hamburg kam den Scharfmachern sehr gelegen und wurde von diesen recht eifrig gegen die Partei ausgeschlachtet. Das Hamburger „Echo" wies diesen Versuch entschieden zurück und führte das Verschulden für diesen Vorgang auf die Polizei zurück, die jene Gegend ohne genügenden polizeilichen Schutz gelassen habe, trotzdem sie wissen mußte, was sie von den dort hausenden Elementen zu erwarten habe. Auch wurde das im Anschluß an den Krawall erfolgte Verbot der Arbeiterversammlungen, das der Aufhebung des Versammlungsrechtes gleichkam, scharf kritisiert. Dadurch sollte sich das „Echo" der Polizeibeleidigung schuldig gemacht haben. Das Gericht faßte einen Artikel so auf, daß der Polizei der Vorwurf gemacht werden sollte: sie habe die Exzesse durch ihre Spitzel arrangiert, um sie hinterher gegen die Sozialdemokratie zu fruktifizieren und nahm hier verläumderische Beleidigung an. In Verbindung mit einer einfachen Beleidigung wurde dieserhalb der Genosse Wabersky zu 5 Monaten Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. In dem später stattgefundenen Prozeß wegen der Schoppenstehl-Krawalle ist dann zum Leidwesen aller Scharfmacher aber festgestellt worden, daß ein Zusammenhang des Krawalls mit der Wahlrechtsdemonstration nicht bestand. Selbst der Staatsanwalt mußte erklären, daß von den 28 Angeklagten nur einer politisch organisiert war

Die Bestrafungen wegen Ausübung des Koalitionsrechtes ergaben, daß durch die Praxis der Gerichte die Ausübung des Koalitionsrechts immer mehr gehemmt, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Das zeigt sich besonders bei dem Vorgehen gegen Streikposten, in der Art der Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung und in der Anwendung des Erpressungsparagraphen.

Wie sehr sich Organe des Staates als Werkzeuge der Klassenherrschaft erweisen, hat die Breslauer Polizeitat vom 19. April aufs neue bestätigt. Die Zusammenkunft einer Anzahl von brutalen Unternehmern ausgesperrter, auf die Straße geworfener Arbeiter auf dem Striegauer Platz, um auf ihre arbeitswilligen Kollegen einzuwirken, gab Anlaß zu fürchterlichem Blutvergießen. Das Vorhaben der Ausgesperrten stand mit den Gesetzen nicht im Widerspruch; terroristische Akte waren nach Lage der Verhältnisse ganz ausgeschlossen. Als jedoch der Menschenknäuel auf Aufforderung der Polizei nicht schnell genug auseinander ging und eine genügende Anzahl Schutzleute aufgeboten war, erfolgte auf Kommando der Angriff. Etwa hundert Schutzleute drangen mit blanken Säbeln in die Menge und Berittene ritten mit Pferden in den Menschenhaufen hinein. Der Striegauer Platz und die angrenzenden Straßen zeigten große Blutspuren. In blinder Wut verfolgten Polizisten die Fliehenden sogar bis in die Häuser. In einem Hause der Hildebrandtstraße wurde dem Arbeiter Franz Biewald, der an dem Vorgang auf dem Striegauer Platz gar nicht beteiligt war, von einem rasenden Schutzmann durch einen von hinten gegen ihn geführten Säbelhieb die linke Hand, mit der er das Treppengeländer erfassen wollte, glatt vom Arm abgeschlagen. Der Handabhacker verschwand schleunigst, ohne bis heute ermittelt zu werden. Der Breslauer Polizeipräsident, der der Schutzmannschaft sehr schnell öffentlich

seinen Dank und seine „besondere Befriedigung" für ihre Tat aussprach, hat noch kürzlich dem Rechtsbeistand des verletzten Bielwald mitgeteilt, daß der Täter immer noch nicht ermittelt sei. Freiwillig scheint sich die blutdürstige Kreatur nicht zu melden! Nicht nur in Breslau, sondern im ganzen Reich haben die Vorgänge tiefgehende Empörung hervorgerufen und haben manchen bis dahin gleichgültigen Arbeiter in die Reihen seiner Klassengenossen geführt. —

* * *

Die Parteipresse hat die steigende Tendenz, von der im vorigen Bericht gesprochen wurde, auch in dem abgelaufenen Berichtsjahre aufzuweisen. Nur wenige Blätter sind es, die Zuschüsse bedürfen.

Die Genossen Magdeburgs, die erst vor Jahresfrist die Druckerei, in der die „Volksstimme" hergestellt wurde, käuflich erworben und technisch vervollständigt haben, sehen sich gezwungen, Erweiterungen vorzunehmen, die in die Erwägung der Erwerbung eines eigenen Heims für die Druckerei auslaufen.

Im eigenen Heim und eigener Druckerei erscheint seit dem 1. Januar die „Freie Presse" in Elberfeld. Die Buchdruckerei des Genossen Grimpe, in der die „Freie Presse" 18 Jahre hergestellt wurde, ist von den Genossen käuflich übernommen. Die Druckerei besitzt jetzt 2 Rotationsmaschinen, wodurch jeder Eventualität bei dem Erscheinen des achtseitigen Blattes vorgebeugt ist.

Nachdem die Genossen in Hannover im vorigen Jahre ein in bester Lage der Stadt gelegenes Grundstück erworben hatten, war der Ausbau und die Einrichtung Ende März soweit gediehen, daß am 1. April der „Volkswille" in eigener Druckerei und im eigenen Heim hergestellt werden konnte. Von der Firma Dörnke u. Löber, bei der bisher der Druck des „Volkswille" ausgeführt wurde, wurde sämtliches Inventar und die Maschinen übernommen. Die Auflage des „Volkswille" beträgt über 20 000.

Am 16. April feierte das „Hamburger Echo" inklusive seiner Vorgängerin, der „Bürgerzeitung", das 25jährige Jubiläum. An diesem Tage erschien die erste Nummer der von Johannes Wedde gegründeten „Bürgerzeitung", nachdem alle früher erschienenen sozialdemokratischen Zeitungen Hamburg-Altonas unter dem Sozialistengesetz verboten worden waren. Das Blatt verfiel aber ebenfalls dem sozialistengesetzlichen Verbot wegen eines Artikels, betitelt: „Gewalt ist kein Heilmittel". Schnell folgte dem unterdrückten Blatt das „Echo", das jetzt 50 000 Abonnenten hat.

Mit den Vorarbeiten, das Blatt in eigener Druckerei herzustellen, sind die Genossen in Braunschweig beschäftigt. — Die Genossen in Mainz sind gezwungen, fast durchweg neues Betriebsmaterial für die Druckerei anzuschaffen. — Um die Herausgabe einer großen Tageszeitung zu ermöglichen, die für das Ruhrgebiet, speziell der Kreise Essen und Duisburg, eine Notwendigkeit geworden ist, werden die Genossen in Essen eine Parteidruckerei errichten. — Darüber soll durch Information an Ort und Stelle der Plan erwogen werden, ob die „Gazeta Robotnicza" dreimal wöchentlich erscheinen soll oder ob sie in ein Tageblatt umgewandelt werden kann.

Aus der Firma der „Fränkischen Verlagsanstalt und Druckerei" in Nürnberg ist Genosse Singer ausgetreten.

Die unter der Firma J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart seit 1881 bestehende Verlagsbuchhandlung wird seit dem 1. Januar auf Rechnung der Partei geführt. In der Organisation des Geschäftes ist mit der Eigentumsänderung ein Wechsel oder Aenderung nicht verbunden. Genosse Dietz widmet dem Geschäft vor wie nach seine unveränderte Unterstützung.

Vom Parteivorstand wurde der gegebenen Anregung entsprechend beschlossen, der „Gleichheit" alle 4 Wochen eine Kinderbeilage neben den regelmäßigen Beilagen beizulegen. Der Kostenpunkt wird sich jährlich auf 1500 Mk. belaufen.

Die illustrierte „Neue Welt" wird in einer Auflage von 401 500 einer Anzahl der Parteiblätter beigegeben. Eine größere Zahl der Parteiblätter stellt eigene Unterhaltungsbeilagen für ihre Auflage her.

Der im 31. Jahrgang erscheinende „Neue Weltkalender", Verlag von Auer u. Co., Hamburg, hatte im 30. Jahrgang eine Auflage von 150 000, die vollständig verkauft wurde.

Die Frage der Homogenität der Redaktion des „Vorwärts" hatte bereits im vorigen Jahre den Parteivorstand und die Preßkommission wiederholt beschäftigt. Desgleichen eine Sitzung, an der die gesamten Funktionäre Groß-Berlins teilnahmen. Die Aussprachen und Verhandlungen hatten als Folge nicht das gewünschte Resultat. Die Gegensätze in der Redaktion blieben unvermindert, ja sie spitzten sich weiter zu. Auch die vor der Fünfzehner-Kommission in Jena gepflogenen Verhandlungen in der Sache brachten keine Besserung in dem persönlichen Verhältnis der Redakteure zu einander. Dadurch mußte das in einer Redaktion notwendige kollegiale Zusammenarbeiten nicht nur schwer leiden, sondern fast unmöglich werden. Der Zustand in der Redaktion war unhaltbar geworden.

Parteivorstand und Preßkommission hielten es deshalb für ihre unabweisliche Pflicht, einen gangbaren Weg zu finden, der aus der unerquicklichen Lage herausführe. Parteivorstand und Preßkommission traten zur Beratung der Lage zu einer gemeinschaftlichen Sitzung am 2. Oktober 1905 zusammen, zu der auch Vertreter Groß-Berlins geladen waren. Da weder der Parteivorstand noch die Preßkommission in der Lage war, bestimmte Vorschläge zu machen, kam man überein, solche in der nächsten ordentlichen Sitzung der Preßkommission vorzulegen und zu beraten. Diese Sitzung der Preßkommission fand am 6. Oktober statt und war auch die Redaktion eingeladen. Der Redaktion wurde jedoch bekannt gegeben, daß Vorstand und Preßkommission allein zu verhandeln wünsche, worauf sich die anwesenden Redakteure entfernten. Vorstand und Preßkommission kamen überein, die Verhandlungen, die persönlicher Natur waren, solange diskret zu behandeln, bis man zu einer vollständigen Einmütigkeit in bezug auf den Personenwechsel in der Redaktion gelangt sei.

Gegen den Ausschluß der Redaktion von den Verhandlungen, die der Parteivorstand und die Preßkommission miteinander pflogen, wandten sich die Redakteure Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Wetzker und Schröder durch Schreiben vom 10. Oktober. Die den Genannten am 16. Oktober von den Genossen Gerisch und Pfannkuch gegebene mündliche Antwort wurde in schriftlicher Ausfertigung durch Schreiben vom 17. Oktober gewünscht. Diesem Wunsche wurde am 20. Oktober seitens des Parteivorstandes und zwar seitens sämtlicher Mitglieder entsprochen. Als Antwort auf den Brief des Parteivorstandes reichten die sechs Redakteure Sonnabend, den 21. Oktober 1905, nach 6 Uhr abends, ihre Kündigung auf dem Parteibureau ein mit dem Hinzufügen, daß sie dieselbe unverzüglich der Oeffentlichkeit unterbreiten würden. Letzteres ist in der Form geschehen, daß Sonntag, den 22. Oktober, die Kündigung im „Vorwärts" an der Spitze der politischen Uebersicht erschien.

Parteivorstand und Preßkommission nahmen am 23. Oktober die Kündigung an. Beide Körperschaften teilten mittels Schreibens vom 28. Oktober den sechs Redakteuren mit, daß vom 29. Oktober ab auf ihre fernere Tätigkeit

in der Redaktion verzichtet werde. Neu eingetreten in die Redaktion sind die Genossen Block, Davidsohn, Düwell, Stadthagen, Weber und Wermuth.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts“ bezifferte sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 112 000 Exemplare.

Ueber den Stand des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“, der „Gleichheit“ und des „Wahren Jakob“ geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnungen Auskunft:

„Vorwärts“.

1905/1906.

	Juli-September 1905	Oktober-Dezember 1905	Januar-März 1906	April-Juni 1906	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	190644 90	207613 40	213955 80	227023 35	839837 45
Abonnementsgelder durch die Post	15008 90	15729 95	16355 50	14484 80	61579 15
Inseraten-Einnahme	57696 30	82915 70	82076 85	110876 95	333565 80
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		6811 85			6811 85
Gesamt-Einnahme Mk.	263350 10	313070 90	312388 15	352985 10	1241794 25
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	9303 60	12416 75	11769 55	18256 60	51746 50
Zeitungs-Abonnement	379 90	578 20	410 —	490 80	1858 90
Feuilleton	2615 95	3110 05	3212 35	2675 10	11613 45
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde	16228 85	22514 55	15352 95	15386 75	69483 10
Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaftl., Versammlungen 2c.	11360 15	10389 55	10768 25	10490 65	43008 60
Lokales und Vororte	4481 15	5011 15	4075 65	3972 90	17540 85
Depeschen und Parlamentsberichte	780 —	1530 40	1905 —	1155 —	5370 40
Neue Welt	11409 10	12335 30	12060 50	12906 90	48711 80
Gehälter der Expedition	4617 50	4813 50	5746 20	6295 35	21472 55
Mieten	4300 —	4300 —	4300 —	4300 —	17200 —
Gerichtskosten	2391 85	4434 35	2299 95	221 —	9347 15
Redaktionsbibliothek	298 70	173 85	445 05	109 90	1027 50
Druckrechnung	169137 50	207295 05	211876 35	214489 —	802797 90
Gesamt-Ausgabe Mk.	237304 25	288902 70	284221 80	290749 85	1101178 70
Gewinn „	26045 85	24168 20	28166 35	62235 15	140615 55
wie oben unter A Mk.	263350 10	313070 90	312388 15	352985 10	1241794 25

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 140 615,55.

Berlin, den 17. August 1906.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Koenen. Clara Zetkin. Ad. Geck. Fr. Brühne.
F. J. Ehrhart. Eugen Ernst. Aug. Kaden. W. Bock.

„Die Neue Zeit".

1. Januar bis 31. Dezember 1905.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	38 143	20
Inserate	44	68
do. von J. H. W. Dietz	500	—
	38 687	88
Defizit	4 889	11
	43 576	99
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	13 585	91
Papier	4 620	55
Buchbinder	1 604	65
Redaktion	12 000	—
Mitarbeiter	7 467	60
Porti und Unkosten	2 045	—
Remittenden	2 253	28
	43 576	99

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dezember 1905 . . 6 400
am 30. Juni 1906 . . . . 7 200

„Die Gleichheit".

1. Januar bis 31. Dezember 1905.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	20 683	34
	20 683	34
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	6 221	60
Papier	3 587	25
Redaktion	3 225	—
Mitarbeiter	1 623	—
Porti und Unkosten	1 659	60
Remittenden	370	74
	16 687	19
Gewinn	3 996	15
	20 683	34

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dezember 1905 . . 28 700
am 30. Juni 1906 . . . . 44 000

Die Steigerung des Abonnentenstandes um über 15 000 Exemplare in einem Jahre ist ein schöner Erfolg und legt besonders Zeugnis ab von der Bedeutung, die die proletarische Frauenbewegung sich zu erringen verstanden hat.

„Der Wahre Jakob".

1. Januar bis 31. Dezember 1905.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	179 175	26
Inserate	26 641	02
	205 866	28
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	64 097	90
Papier	52 656	65
Redaktion	11 000	—
Mitarbeiter, Zeichnungen	16 057	64
Aetzungen und Galvanos	13 334	02
Porti und Unkosten	926	—
Remittenden	4 186	15
	162 258	36
Gewinn	43 607	92
	205 866	28

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dezember 1905 . . 193 000
am 30. Juni 1906 . . . . 205 000

Zusammenstellung.

			Mk.	Pf.
„Wahrer Jakob", Gewinn			43 607	92
„Gleichheit", Gewinn			3 996	15
			47 604	07
Defizit der „Neuen Zeit"			4 889	11
Steuer und diverse Expeditions-Spesen			3 933	88
Kassa: Januar	Mk.	2781,58		
„ März	„	5000,—		
„ Juli	„	5000,—		
„ Oktober	„	5000,—		
„ Dezember	„	5000,—		
„ per Check	„	18000,—	38 781	58
			47 604	07

* * *

Die Buchhandlung Vorwärts hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr einen gegen das Vorjahr verminderten Warenumsatz und infolgedessen auch geringeren Geschäftsüberschuß aufzuweisen. Während im Vorjahr der Warenumsatz 466 835 Mk. betrug, ging er im Berichtsjahr auf 440 283 Mk. zurück, sank also um 26 552 Mk.

Schon einmal, im Jahre 1901/02, war ein Rückgang des Warenumsatzes zu verzeichnen, der auf die damalige wirtschaftliche Krise zurückzuführen war. Auch in dem verflossenen Jahre wurden die finanziellen Kräfte der organisierten

Arbeiter in ganz besonderem Maße durch die ihnen aufgedrungenen wirtschaftlichen Kämpfe in Anspruch genommen, die sie zu Einschränkungen ihrer anderen Ausgaben, in erster Linie für ihre literarischen Bedürfnisse zwang. Dies konnte nicht ohne Einfluß auf die Parteibuchhandlung bleiben. Zum Teil ist aber der Minderumsatz auf die zeitweise Unterbrechung im Erscheinen der „Kulturbilder" zurückzuführen, durch die den Parteigenossen, die erst nach dem Erscheinen einer größeren Anzahl Lieferungen mit dem Abonnement begonnen hatten, Gelegenheit gegeben werden sollte, die ihnen fehlenden Hefte nachzubeziehen, um beim Beginn des neuen Bandes sofort mit dem Bezug beginnen zu können.

Wesentliche Ausgaben erwuchsen der Buchhandlung durch den notwendig gewordenen Umzug, der erhebliche Neueinrichtungen mit sich brachte. Die jetzt bezogenen Räume sind bedeutend größer als die früheren, so daß sie auch bei der voraussichtlich regeren Entwicklung den Ansprüchen genügen werden.

Der geringere Umsatz und die erhöhten Ausgaben hatten zur Folge, daß in diesem Jahre nur 60 000 Mk. aus dem erzielten Geschäftsgewinn dem Parteivorstand überwiesen werden konnten.

Ueber die einzelnen Erscheinungen des Verlags ist folgendes zu berichten:

Die „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek", dazu bestimmt, Zeitbilder aus dem Klassenstaat den Parteigenossen vor Augen zu führen und für besonders wichtige Fragen erhöhtes Interesse zu erwecken, wurde im Berichtsjahre um zwei neue Hefte vermehrt. „Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter" (Heft 4), enthaltend eine aktenmäßige Schilderung des vom preußischen Landtag in Gemeinschaft mit der Zentrumspartei verübten Verrats, wurde in 10 000 Exemplaren verbreitet. Das 5. Heft enthält den Sonderabdruck der Verhandlungen des Jenaer Parteitages über „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie". Der Parteitag in Jena hatte beschlossen, nur das Bebelsche Referat über dieses Thema als Broschüre herauszugeben. Bei der Ausführung dieses Auftrages glaubte aber der Parteivorstand dem Sinne dieses Beschlusses entsprechend zu handeln, wenn die ganzen Verhandlungen als Broschüre veröffentlicht und so die Anschauungen über diese Frage auch in solche Kreise dringen kann, denen das Protokoll nicht zu Gesicht kommt. Die Broschüre wurde in 29 000 Exemplaren verbreitet.

Allgemeine Agitationsschriften wurden im Berichtsjahre neu herausgegeben: Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat, eine für katholische Gegenden bestimmte Agitationsschrift (75 000 Exemplare). Die neu umgearbeitete Broschüre Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern (50 000); Parteiprogramm mit dem neuen Organisationsstatut (100 000); Stampfer, Religion ist Privatsache (25 000); Göhre, Schule, Kirche und Arbeiter (35 000); die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte, durch Gerichtsurteil freigegebene Broschüre Gegen Volksverdummung, Volksknebelung, Volksausbeutung, veröffentlicht zur Unterstützung der preußischen Wahlrechtskampfes (39 000 Exemplare); Der preußische Volksschulgesetzentwurf, Materialien zu seiner Beurteilung (3400); Der Zukunftsstaat, Thesen über den Sozialismus von J. Stern (5000); Grabnauer, Das Elend des Strafvollzugs (4000); Kampffmeyer, Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung (5000). In neuer, vollständig umgearbeiteter Auflage wurden herausgegeben: Wilhelm Liebknecht, sein Leben und sein Wirken, von Kurt Eisner (10 000) und Dietzgen, Streifzüge eines Sozialisten in das Erkenntnisgebiet (3500). Und im Auftrage des Parteivorstandes: Unter dem elendesten aller Wahlsysteme vom

P. Hirsch. Außer dieser Agitationsschrift sind im Verlage erschienen: Lassalles intime Briefe, herausgegeben von Ed. Bernstein (2000); Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen, von Julian Borchardt (5000); Sonntage eines großstädtischen Arbeiters, von dem verstorbenen Kurt Grottewitz (5000).

Von früher erschienenen Agitationsschriften wurden nachgedruckt: An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt (118 000 Exempl.); Christentum und Sozialismus, von A. Bebel (3000 Exempl.); Die wahre Gestalt des Christentums, von A. Bebel (3000 Expl.); Unsere Ziele, von A. Bebel (3000 Exempl.); Nieder mit den Sozialdemokraten, von W. Bracke (53 000 Exempl.); Du, Mutter, was läuft der Herr Gendarm so? (75 500 Exempl.); Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde, von P. Göhre (23 000 Exempl.); Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, von Kautsky und Schönlank (50 000 Expl.); Das Kommunistische Manifest, von Marx und Engels (5000 Exempl.); Wider Gottes- und Bibelglauben, von Donat (3000 Exempl.). Aufklärungsschriften über das Christentum von Losinsky: Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft (2000 Exempl.); War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? (3000 Exempl.); Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? (2000 Exempl.).

Illustrierte Zeitungen sind erschienen: Sylvester-Zeitung (Revolutionsnummer), 100 000 Exempl.; März-Zeitung (Heine-Gedächtnisnummer), 123 000 Exempl.; Maifest-Zeitung, 372 000 Exempl.

Das Protokoll des Parteitages in Jena erzielte 39 500 Auflage; der Arbeiter-Notiz-Kalender eine solche von 35 500; der Kalender für Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter 4000 Auflage.

In der „Sammlung sozialistischer Theaterstücke" wurde ein älteres, „Wieder ein Kämpfer", nachgedruckt (2000 Exemplare).

Von den „Gesetzesführern" wurden neu aufgelegt: Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz (5000); Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht (5000).

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek wurde um drei neue Hefte vermehrt: Nahrung und Ernährung von Dr. B. Chajes (5000); Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. H. Bernstein (5000); Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein (5000); während neu aufgelegt werden konnten: Der Achtstundentag von Dr. J. Zadek (5000); Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. R. Fröhlich (3000). Insgesamt sind nunmehr in dieser Bibliothek 10 Hefte erschienen.

Ein neues Unternehmen wurde im Berichtsjahre unter dem Sammeltitel Sozialdemokratische Gemeindepolitik ins Leben gerufen. In dieser Sammlung sollen in einzelnen, für sich abgeschlossenen Heften kommunalpolitische Abhandlungen veröffentlicht werden, durch die unseren, in den Gemeindeverwaltungen tätigen Genossen Material in die Hand gegeben werden soll; dann aber soll auch die breite Masse des Volkes über die kommunalpolitischen Ansichten und Forderungen der Sozialdemokratie aufgeklärt werden und ihnen ein erhöhtes Interesse beibringen. Erschienen sind bis jetzt:

Das kommunale Wahlrecht, von P. Hirsch und H. Lindemann (3500 Exempl.); Kommunale Arbeiterpolitik, von H. Lindemann (5000 Exempl.); Kommunale Schulpolitik, von

M. Quarck (5000 Exempl.); Kommunale Wohnungspolitik, von P. Hirsch (4000 Exempl.); Steuern und Gebühren, von H. Lindemann (4000 Exempl.).

Wird auch diesem Unternehmen seitens der Genossen die notwendige Beachtung und Unterstützung zuteil, so soll die Sammlung fortgesetzt werden.

Die im zehnten Jahre erscheinende illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden" hat dank der Unterstützung der Partei- und Gewerkschaftspresse und der teilweise recht regen Agitation der Parteigenossen einen kleinen Abonnentenzuwachs erhalten. Der Verlag ist auch hier bestrebt, den Wünschen auf Verbesserung nach Möglichkeit entgegen zu kommen.

Die unter dem Gesamttitel „Kulturbilder" herausgegebenen Einzeldarstellungen aus der Kulturgeschichte, deren Aufgabe es ist, die Resultate der wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Gebiete durch populäre Darstellungen der Agitation und der breiten Masse des Volkes zugänglich zu machen, ist um einen neuen Band bereichert worden: Max Maurenbrechers „Hohenzollern-Legende" liegt abgeschlossen vor. Mit dem Erscheinen des dritten Bandes wird im Herbst dieses Jahres begonnen werden.

Auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre war der Verlag bestrebt, die ihm übertragenen Aufgaben zur Zufriedenheit der Parteigenossen zu lösen. Diese Aufgabe besteht vor allen Dingen darin, durch gute Propagandaschriften, die zu möglichst billigen Preisen abzugeben sind, die Grundsätze unserer Partei in immer weitere Kreise hineinzutragen. Daneben betrachten wir es allerdings auch als Aufgabe der Buchhandlung, die Erscheinungen unseres Verlages den jetzigen künstlerischen Anforderungen entsprechend auszustatten.

Die gestellten Aufgaben können aber nur erfüllt werden, wenn der Buchhandlung auch fernerhin die regste Unterstützung unserer Presse zur Seite steht und wenn auch für die Zukunft ebenfalls auf die rührige Agitation unserer Genossen gerechnet werden kann.

* * *

Kassenbericht. Auch im abgelaufenen Berichtsjahre ist wiederum eine Steigerung der Einnahmen eingetreten. Nach Abzug eines im vorliegenden Kassenberichte in Einnahme und Ausgabe nur durchlaufenden Postens von 15 800 Mk., sind gegen das Vorjahr in runder Summe 72 000 Mk. mehr eingegangen. Die eigentlichen Parteibeiträge sind allerdings nur um wenig über 2000 Mk. gestiegen. Aber wie im Vorjahre durch die Sammlungen für die streikenden Bergleute des Ruhrgebietes, so sind im abgelaufenen Jahre unsere Parteigenossen durch die Sammlungen für die Opfer des russischen Befreiungskampfes in starker Weise in Anspruch genommen worden. Ferner haben sich auch die Wirkungen der durch das neue Organisationsstatut den einzelnen Organisationen auferlegten festen Beitragsleistung an die Zentralkasse nur erst in geringem Maße zeigen können, weil bis weit in das Berichtsjahr hinein die Organisationen mit Maßnahmen zur Anpassung an das Organisationsstatut der Gesamtpartei beschäftigt waren. Gegenwärtig können diese Umänderungen als abgeschlossen angesehen werden.

Der Ueberschuß der Vorwärts-Buchhandlung ist gegen das Vorjahr, in dem er allerdings eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatte, um 85 000 Mk. zurückgegangen. Dagegen ist der Ueberschuß des „Vorwärts" in runder Summe um 56 000 Mk., der des „Wahren Jakob" und der „Gleichheit" um 30 000 Mk. gestiegen. Dem Ueberschuß dieser Blätter ist, neben der erfolgten Rückzahlung der Reichstagsdiäten, in erster Linie die erhöhte Jahreseinnahme zu verdanken.

Ganz gewaltig gegen das Vorjahr sind die Ausgaben gestiegen. Sie ergeben, nach Abzug des bereits erwähnten Postens von 15 800 Mk., in runder Summe ein Mehr von 365 000 Mk. Neben erhöhten Ausgaben für allgemeine Agitation und Wahlagitation haben sich die Ausgaben für Unterstützungen verdoppelt. Sie sind infolge der den Opfern des russischen Befreiungskampfes und den Mai-Ausgesperrten in Deutschland gewährten Beihülfen von 62 206,20 Mk. auf 132 020,05 Mk. gestiegen. Auch die Parteipresse hat wieder erhöhte Ausgaben verursacht. Den noch schwächer fundierten Unternehmungen sind, um sie in der Entwicklung zu fördern, Zuschüsse in Höhe von 82 835,57 Mk. (im Vorjahr 86 670 Mk.) gegeben worden. Eine unverhältnismäßige Höhe hat das Darlehns-Konto mit 327 606 Mk. erreicht. Abgesehen von einem größeren Darlehen, das einer durch wiederholte Aussperrungen in Bedrängnis geratenen Gewerkschaft gegeben wurde, sowie einigen Beihülfen zur Errichtung und Erhaltung von Gewerkschaftshäusern, die zugleich Versammlungslokale unserer Partei sind, wurden auch diese Ausgaben fast ausschließlich im Interesse unserer Parteipresse gemacht.

Bei einer solchen Inanspruchnahme der Zentralkasse reichten die gesamten Einnahmen von 810 917,22 Mk. nebst dem vom vorigen Rechnungsjahr übernommenen Kassenbestand von 22 891,98 Mk. nicht aus, um den Bedarf zu decken. Es mußten noch 59 980,06 Mk. der Reserve entnommen werden, wovon am Schlusse des Rechnungsjahres noch 18 292,74 Mk. als Kassenbestand vorhanden waren. Hoffentlich gelingt es im neuen Jahre, dieses Minus wieder auszugleichen, damit die Partei mit guten Finanzen in das Wahljahr 1908 eintreten kann.

Im einzelnen verteilen sich Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung		Ueberschuß des Wahren Jakob und Gleichheit		Nordische Wasserkante A. B. C. X. Y. Z.		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1905																		
August . .	41292	14	24562	14	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16230	—
September .	21734	56	21309	56	—	—	365	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	—
Oktober . .	106765	09	21722	24	—	—	3981	—	26045	85	—	—	5000	—	50000	—	16	—
November .	20944	89	18844	89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2100	—
Dezember .	38201	74	25390	29	1030	—	8781	45	—	—	—	—	3000	—	—	—	—	—
1906																		
Januar . .	147201	04	23014	44	30	—	1725	—	24168	20	—	—	18000	—	80000	—	268	40
Februar . .	19324	76	16413	06	—	—	2824	40	—	—	—	—	—	—	—	—	87	30
März . . .	47053	65	31679	05	5050	—	164	60	—	—	10000	—	—	—	—	—	160	—
April . . .	93429	69	20993	04	—	—	4181	—	28166	35	10000	—	10000	—	20000	—	89	30
Mai . . .	53765	57	34948	37	350	—	1465	—	—	—	17000	—	—	—	—	—	2	20
Juni . . .	96010	68	25619	43	3400	—	3090	25	—	—	—	—	20000	—	—	—	43901	—
Juli . . .	125193	41	32845	34	5000	—	366	67	62235	15	23000	—	—	—	—	—	1746	25
	810917	22	297341	85	15360	—	26944	37	140615	55	60000	—	56000	—	150000[1]	—	64655[2]	45

	810917,22	Mk.
Bestand vom 31. Juli 1905	22891,98	„
Der Reserve entnommen	59980,06	„
	893789,26	Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1905																				
August . . .	38760	05	7799	30	1000	—	780	50	550	—	—	—	2833	44	5000	—	4970	—	15826	81
September . .	76577	87	14876	45	13520	80	555	50	20	—	—	—	2067	05	36000	—	8193	47	1344	60
Oktober . . .	49808	22	16560	95	12842	30	455	50	1409	85	—	—	3282	32	11000	—	4167	—	90	30
November . .	22158	27	7429	20	2167	50	696	35	176	—	—	—	1771	32	5000	—	4850	—	67	90
Dezember . .	66316	80	7757	90	250	—	26025	15	10	—	6400	—	3521	40	12906	—	9350	—	96	35
1906																				
Januar . . .	101315	10	12673	60	—	—	476	50	195	50	6200	—	2756	50	71000	—	7970	—	43	—
Februar . . .	54029	95	28659	20	600	—	916	—	764	95	7202	—	3155	20	5500	—	7149	60	83	—
März	138643	12	9352	90	2060	30	1340	50	3255	52	10100	—	2547	35	100400	—	9350	—	236	55
April	22492	90	6855	—	5000	—	1315	30	150	—	2360	—	3032	50	—	—	3350	—	430	10
Mai	146806	86	23103	50	1000	—	77126	—	3168	71	10303	50	3060	50	23000	—	5200	—	844	65
Juni	96766	79	11643	85	6500	—	21276	—	393	70	—	—	2185	50	42800	—	11915	50	52	24
Juli	66820	59	26254	77	11300	—	1056	75	2014	22	—	—	3990	55	15000	—	6370	—	834	30
	880496	52	172966[1])	62	56240	90	132020	05	12108	45	42565	50	34203[2])	63	327606	—	82835	57	19949	80

880496,52 Mk.
Kassenbestand am 31. Juli 1906 13292,74 „
893789,26 Mk.

Berlin, den 16. August 1906.

Revidiert und für richtig befunden:

August Kaden. F. J. Ehrhart. Fr. Brühne. Wilh. Bock. Eugen Ernst.
Ad. Geck. Clara Zetkin. H. Koenen.

C. Ausgaben für die Parteipresse

im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rh. Ztg."	Mk.	3000,—
Bochumer Volksblatt	„	9917,—
Casseler Volksblatt	„	9000,—
Fränkische Volkstribüne	„	1000,—
Gazeta Robotnicza	„	750,—
Königsberger Volkszeitung	„	15000,—
Kommunale Praxis	„	7250,—
Mecklenburgische Volkszeitung	„	1500,—
Saalfelder Volksblatt	„	1440,—
Saarwacht	„	12099,60
Schwäbische Volkszeitung	„	6000,—
Schweizer Preß-Union	„	815,50
Stettiner Volksbote	„	7200,—
Straßburger Freie Presse	„	7868,47
	Mk.	82835,57

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Zu dem Gesamtbetrage von 150 000 Mk. hat beigesteuert die Nordische Wasserkante 30 000 Mk.; R. B. C. 40 000 Mk., Z. V. S. 60 000 Mk.

[2]) In diesem Betrage sind auch die zurückgezahlten Reichstagsdiäten mit 44 945,50 Mk. enthalten.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter allgemeiner Agitation sind auch die ersten Ausgaben für die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz" mit 2652,52 Mk. gebucht.

[2]) In dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Gehälter und Hülfskräfte, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevisionen usw., die Miete für die Räume des Parteibureaus und des Archives, wie auch mit 6507 Mk. die sachlichen und persönlichen Ausgaben für das Fraktionssekretariat, Verwaltung des Archives, Kosten für Neuerwerbungen für das letztere usw.

Tabellarische Uebersicht der seit dem Parteitag in Jena eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1905 bis 31. Juli 1906.

A. Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstags-Wahlkreise geordnet.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Königreich Preußen.													
Provinz Ostpreußen.													
1. Kreis, R.-B. Königsberg, Memel . .	—	—	11,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,—
3. „ „ „ Königsberg	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	441,—	641,—
Provinz Ostpreußen total	—	—	111,—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	441,—	652,—
Provinz Westpreußen.													
1. Kreis, R.-B. Danzig, Danzig	—	—	—,	—	—	20,30	—	—	27,30	—	—	—	47,60
Provinz Westpreußen total	—	—	—	—	—	20,30	—	—	27,30	—	—	—	47,60
Provinz Brandenburg.													
2. Kreis, Stadt Berlin	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	12 526,39
3. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	7 000,—
4. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	49 500,—
5. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	2 600,—
6. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	61 300,—
3. „ R.-B. Potsdam, Ruppin	—	—	—	—	—	—	—	116,—	—	—	—	—	116,—
6. „ „ „ Niederbarnim	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	8 500,—
7. „ „ Osthavelland	—	—	—	—	—	182,93	—	—	194,30	—	—	212,—	589,23
8. „ „ „ Westhavelland	—	—	—	—	—	—	—	340,75	362,—	—	—	354,50	1.057,25
9. „ „ „ Luckenwalde .	50,—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	259,—	—	—	409,—
0. „ „ „ Teltow-Charl.	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	15 100,—

*) Von den Wahlkreisen der Stadt Berlin, sowie den zu Groß-Berlin gehörenden Wahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg, ad nicht die einzelnen Monatsraten, sondern nur die Jahresbeiträge angegeben.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
8. Kreis, R.-B. Frankfurt, Sorau-Forst	—	—	—	246,40	—	—	247,60	—	—	—	250,40	—	744,40
9. „ „ „ Kottbus-Spremb.	76,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	305,96	681,96
Provinz Brandenburg total	126,—	—	—	246,40	—	282,93	247,60	456,75	556,30	259,—	550,40	872,46	160124,23
Provinz Pommern.													
2. Kreis, R.-B. Stettin, Usedom-Wollin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,—	80,—
3. „ „ „ Randow-Greifenh.	—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	200,—	—	—	150,—	550,—
4. „ „ „ Stadt Stettin . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431,32	431,32
3. „ „ Köslin, Köslin-Kolberg	—	—	—	—	—	—	—	—	18,88	—	—	12,02	30,90
2. „ „ Stralsund, Greifswald-Grimmen. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,—	—	40,—
Provinz Pommern total	—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	218,88	—	40,—	673,34	1132,22
Provinz Posen.													
6. Kreis, R.-B. Posen, Rawitsch-Gostyn	—	—	3,40	—	—	—	13,—	—	5,15	—	—	6,80	28,35
1. „ „ Bromberg, Schönlanke	—	—	—	—	—	—	—	—	4,84	—	—	2,60	7,44
3. „ „ „ Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,06	16,06
Provinz Posen total	—	—	3,40	—	—	—	13,—	—	9,99	—	—	25,46	51,85
Provinz Schlesien.													
4. Kreis, R.-B. Breslau, Brieg-Namslau	15,—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	35,—
5. „ „ „ Ohlau-Strehlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,—	—	18,—
6. u. 7. Kreis, R.-B. Breslau, Breslau Ost und West	150,—	150,—	200,—	150,—	150,—	200,—	—	—	700,80	—	—	745,60	2446,40
9. Kreis, R.-B. Breslau, Striegau-Schweidnitz	85,87	—	87,75	11,—	—	—	85,80	—	—	117,75	—	126,10	514,27
10. Kreis, R.-B. Breslau, Waldenburg . .	81,95	—	—	—	—	—	95,—	—	—	45,60	—	64,40	286,95
11. „ „ „ Reichenbach-Neur.	130,55	—	99,50	22,50	—	—	154,80	—	—	130,10	—	129,27	666,72
1. „ „ Liegnitz, Grünb.-Freistadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,60	—	15,50	30,10
8. „ „ „ Glogau (Nostwitz)	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	15,—

Wahlkreis	August	Sept./Okt.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
4. Kreis, R.-B. Liegnitz Lüben-Bunzlau .	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,—	—	—	110,—
6. „ „ „ Liegnitz-Parchw.	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	46,70	66,70
7. „ „ „ Landeshut-Jauer	35,—	—	31,—	—	—	—	29,50	—	—	35,—	—	39,15	169,65
8. „ „ „ Schönau-Hirschb.	20,—	—	18,75	—	30,—	—	11,50	—	50,—	20,25	—	13,65	164,15
9. „ „ „ Görlitz-Lauban .	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—	—	46,24	246,24
10. „ „ „ Rothenburg-Hoyerswerda . .	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
3. Kreis, R.-B. Oppeln, Kosel	—	—	—	7,—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	12,—
5. „ „ „ Beuthen(Obschl.)	4,—	5,—	7,—	5,—	—	5,—	5,—	—	10,—	—	5,—	5,—	51,—
6. „ „ „ Kattowitz-Zabrze	15,—	—	15,—	5,—	5,—	—	15,—	10,—	5,—	5,—	10,—	5,—	90,—
10. „ „ „ Neustadt(Obschl.)	—	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,40	38,40
Provinz Schlesien total	567,37	155,—	491,—	213,50	205,—	205,—	416,60	30,—	865,80	548,30	33,—	1250,01	4980,58
Provinz Sachsen.													
2. Kreis, R.-B. Magdeb., Stendal-Osterb.	—	—	—	—	—	—	—	—	17,72	—	—	19,16	36,88
4. „ „ „ Magdeb.-Stadt	200,—	—	200,—	—	200,—	—	—	300,—	300,—	400,—	—	—	1600,—
7. „ „ „ Oschersl.-Kalbe	—	—	—	—	—	—	—	—	150,—	—	—	90,50	240,50
1. „ „ Merseb., Torgau	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
3. „ „ „ Bitterfeld . . .	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—
7. „ „ „ Merseburg-Querfurt	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	111,60	121,60
8. „ „ „ Zeitz-Weißenfels	—	—	—	—	300,—	—	300,—	—	—	—	400,—	—	1000,—
1. Kreis, R.-B. Erfurt, Nordhausen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	50,88	—	—	60,—	110,88
4. „ „ „ Erfurt-Schl.-Ziegenrück . . .	25,—	—	—	25,—	—	—	—	150,—	—	—	—	150,—	350,—
Provinz Sachsen total	250,—	—	210,—	25,—	500,—	—	400,—	450,—	518,60	400,—	400,—	431,26	3584,86
Provinz Schleswig-Holstein.													
1. u. 2. Kreis, Hadersleben u. Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	142,38	—	160,80	303,18
3. Kreis, Schleswig-Eckernförde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,01	41,71	71,72
4. „ Tondern-Husum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46,86	—	45,78	92,64
5. „ Itzehoe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	155,64	—	172,50	328,14

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
6. Kreis, Pinneberg-Ottensen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1054,12	—	1054,12
7. „ Kiel	700,—	—	—	—	—	—	—	500,—	—	—	—	1000,—	2200,—
9. „ Neustadt i. Holst.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33,36	—	—	33,36
8. u. 10. Kreis, Altona u. Lauenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	1096,80	1000,—	—	—	2096,80
Provinz Schleswig-Holstein total	700,—	—	—	—	—	—	—	500,—	1096,80	1378,24	1084,13	1420,79	6179,96
Provinz Hannover.													
1. Kreis, Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,54	—	28,83	48,37
8. „ Hannover Stadt	—	—	—	—	—	—	—	612,—	—	780,—	—	638,90	2030,90
12. „ Göttingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55,—	55,—
14. „ Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	78,70	—	—	144,54	223,24
17. „ Harburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	582,—	—	582,—
Provinz Hannover total	—	—	—	—	—	—	—	612,—	78,70	799,54	582,—	867,27	2939,51
Provinz Westfalen.													
3. Kreis, R.-B. Münster, Recklinghausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129,46	129,46
5. Kreis, R.-B. Minden, Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	261,92	—	295,12	557,04
4. Kreis, R.-B. Arnsbg., Hag.-Schwelm.	—	—	—	—	—	20,—	100,—	—	—	—	—	—	120,—
5. „ „ „ Boch.-Gelsenk.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	888,31	888,31
6. „ „ „ Dortm.-Hoerde	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	630,—	1330,—
7. „ „ „ Hamm-Soest	—	—	—	—	—	—	—	—	93,20	—	—	78,—	171,20
Provinz Westfalen total	500,—	—	—	—	—	20,—	100,—	—	93,20	461,92	—	2020,89	3196,01
Provinz Hessen-Nassau.													
1. Kreis, R.-B. Wiesb., Höchst-Usingen	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	420,—	620,—
6. „ „ „ Frankfurt	1500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1500,—	3000,—
2. Kreis, R.-B. Kassel, Kassel-Melsungen	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	—	—	—	—	135,84	485,84
8. „ „ „ Hanau-Gelnh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	200,—
Provinz Hessen-Nassau total	1550,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	—	200,—	—	—	2255,84	4305,84

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Rheinprovinz.													
1. u. 2. Kreis, R.-B. Köln, Köln Stadt und Land	225,—	—	—	—	—	—	—	—	—	700,—	—	—	925,—
3. Kreis, R.-B. Köln, Bergh.-Euskirchen.	—	—	4,70	—	—	1,85	—	—	7,04	—	—	16,04	29,63
5. „ „ „ Siegkr. Waldbroel	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
6. „ „ „ Müh.-Wipperfürth	—	—	—	—	—	69,74	—	—	118,28	—	—	136,30	324,32
1. „ „ Düsseld., Lennep-Remsch.	—	—	—	178,34	—	—	200,—	—	—	242,21	—	265,12	885,67
2. „ „ „ Elberf.-Barmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627,90	627,90
3. „ „ „ Solingen	—	—	120,—	—	—	—	120,—	—	—	200,—	—	200,—	640,—
4. „ „ „ Düsseldorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	489,81	—	228,86	718,67
5. „ „ „ Essen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,—	292,—	692,—
7. „ „ „ Moers-Rees	8,50	—	—	15,26	—	—	—	8,75	—	32,40	—	—	64,91
9. „ „ „ Kempen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,45	—	—	2,50	5,95
11. „ „ „ Krefeld	—	100,—	—	—	—	—	—	—	68,—	—	—	90,—	258,—
2. „ „ Koblenz, Neuwied	—	—	2,90	—	—	1,37	—	—	2,09	—	—	4,92	11,28
3. „ „ „ Koblenz	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
2. „ „ Trier, Wittlich	—	—	3,—	—	—	3,—	—	—	3,—	—	—	3,—	12,—
3. „ „ „ Trier	—	—	—	—	26,—	—	16,50	—	—	—	—	23,84	66,34
2. „ „ Aach., Aachen Land-Eupen	—	6,60	—	—	—	19,—	—	—	23,90	—	—	17,10	66,60
3. „ „ „ Aachen Stadt	—	—	—	—	—	54,—	—	—	—	—	68,—	65,36	187,36
4. „ „ „ Düren-Jülich	—	—	—	—	—	12,—	—	—	—	—	—	—	12,—
Rheinprovinz total	233,50	106,60	140,60	198,60	26,—	160,96	336,50	8,75	225,76	1664,42	468,—	1972,94	5542,63
Königreich Preußen total	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	192737,29
Königreich Bayern.													
1. Kreis, R.-B. Pfalz, Ludwigshafen	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	—	—	200,—
1. „ „ Oberfranken, Hof	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
2. „ „ „ Bayreuth	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
3. „ „ „ Kulmbach	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	50,—	70,—
5. „ „ „ Bamberg	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	10,—
1. „ „ Mittelfr., Nürnberg	500,—	—	—	—	—	—	500,—	—	—	—	—	—	1000,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
2. Kreis, R.-B. Mittelfr., Fürth-Erlangen	70,—	—	10,—	—	60,—	10,—	—	60,—	10,—	—	60,—	10,—	290,—
5. „ R.-B. Unterfr., Schweinfurt.	—	—	10,—	—	10,—	—	—	—	10,—	—	—	10,—	40,—
1. „ R.-B. Schwaben, Augsburg.	10,—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—	—	—	10,—	40,—
Gau Südbayern	—	—	146,99	—	—	—	163,90	—	197,28	—	—	—	508,17
Gau Nordbayern	268,64	—	—	—	—	1533,60	—	—	—	—	—	—	1802,24
Königreich Bayern total	848,64	—	166,99	—	95,—	1743,60	673,90	60,—	247,28	—	60,—	80,—	3975,41
Königreich Sachsen.													
4. Kreis, Dresden-Neustadt	—	1000,—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	1000,—	3000,—
5. „ Dresden-Altstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	950,—	950,—
6. „ Dresden-Land	—	—	—	1000,—	—	—	1000,—	1000,—	—	—	1000,—	—	4000,—
4., 5. u. 6. Kreis, Groß-Dresden	—	—	—	—	10000,—	—	—	—	—	—	—	—	10000,—
7. Kreis, Meißen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	680,—	—	—	680,—
8. „ Pirna	300,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—
10. „ Döbeln-Hartha	—	—	—	—	400,—	—	—	—	—	—	—	—	400,—
11. „ Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	300,—
12. u. 13. Kreis, Leipzig Stadt u. Land	—	—	—	—	2000,—	—	—	5000,—	—	3000,—	3600,—	—	13600,—
15. Kreis, Mittweida-Limbach	—	—	—	—	500,—	—	—	—	—	—	500,—	—	1000,—
16. „ Chemnitz	—	1500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—	3500,—
17. „ Meerane	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—	—	200,—
18. „ Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	320,—	620,—
19. „ Stollberg-Schneeberg	50,—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	—	200,—
22. „ Reichenbach	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—
23. „ Plauen-Oelsnitz	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—	—	—	200,—
Königreich Sachsen total	850,—	2500,—	—	1050,—	12900,—	200,—	1050,—	6000,—	300,—	4780,—	5200,—	4570,—	39400,—
Königreich Württemberg.													
1. Kreis, Stuttgart	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,—	—	250,—
2. „ Cannstatt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329,04	329,04
5. „ Eßlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—
7. „ Calw	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44,76	—	54,96	99,72

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
9. Kreis, Schwenningen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,40	—	104,40
15. „ Blaubeuren-Laupheim	—	—	—	—	—	—	—	—	2,88	—	—	2,96	5,84
Gesamt-Württemberg	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	500,—
Königr. Württemberg total	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—	—	—	—	2,88	44,76	454,40	386,96	1389,—
Großherzogtum Baden.													
1. Kreis, Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34,75	34,75
2. „ Donaueschingen	10,—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
8. „ Rastatt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,72	5,72
9. „ Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—
11. „ Mannheim	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	500,—	700,—
Großherzogt. Baden total	10,—	10,—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	640,47	860,47
Großherzogt. Hessen Gesamtbeitrag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—	500,—	—	2500,—
Großherz. Mecklenb.-Schwerin.													
5. Kreis, Rostock	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	400,—
Großherz. Mecklb.-Schwerin total	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	400,—
Großh. Sachsen-Weimar Gesamtbeitr.	99,—	—	—	—	150,—	—	—	100,—	—	—	—	—	349,—
Großherzogtum Oldenburg.													
1. Kreis, Oldenburg und Oberstein	—	—	17,24	—	—	23,56	—	—	84,34	—	—	52,80	177,94
2. „ und 2. hannov. Kreis	—	—	143,—	—	—	—	320,79	—	433,75	—	—	400,—	1297,54
3. „ Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48,—	—	48,—
Großherz. Oldenburg total	—	—	160,24	—	—	23,56	320,79	—	518,09	—	48,—	452,80	1523,48
Herzogtum Braunschweig.													
2. Kreis, Wolfenbüttel	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Gesamt-Braunschweig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,—	—	400,—
Herzogt. Braunschweig total	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,—	—	425,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Herzogtum Sachsen-Meiningen.													
1. Kreis, Meiningen-Salzungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,86	28,86
2. „ Sonnenberg-Saalfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—
Herz. Sachsen-Meiningen total	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128,86	128,86
Herzogtum Sachsen-Altenburg	—	—	—	500,—	—	500,—	—	—	—	—	—	—	1000,—
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.													
1. Kreis, Coburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	50,—
2. „ Gotha	30,—	30,—	—	60,—	30,—	—	—	—	—	—	158,16	—	308,16
Herzogt. Sachsen-Coburg-Gotha total	30,—	30,—	—	60,—	30,—	—	—	—	—	—	208,16	—	358,16
Herzogtum Anhalt.													
1. Kreis, Dessau-Zerbst	200,—	—	—	—	—	39,74	33,36	35,—	—	39,—	38,—	35,—	420,10
2. „ Bernburg-Köthen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	98,32	—	—	98,32
Herzogt. Anhalt total	200,—	—	—	—	—	39,74	33,36	35,—	—	137,32	38,—	35,—	518,42
Fürstent. Schwarzburg-Rudolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	153,26	153,26
Fürstentum Reuß j. L.	150,—	—	—	—	150,—	—	150,—	—	—	—	150,—	—	600,—
Freie u. Hansestadt Lübeck	300,—	—	—	—	350,—	—	—	350,—	—	—	—	400,—	1400,—
Freie u. Hansestadt Bremen	—	500,—	—	—	500,—	—	—	500,—	—	—	500,—	—	2000,—
Freie u. Hansestadt Hamburg.													
1. Kreis	—	3000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,—	6000,—
2. „	—	—	—	3000,—	—	—	—	3000,—	—	—	4000,—	—	10000,—
3. „	4000,—	—	—	5000,—	—	—	—	4000,—	—	6000,—	—	—	19000,—
Freie u. Hansestadt Hamburg total	4000,—	3000,—	—	8000,—	—	—	—	7000,—	—	6000,—	4000,—	3000,—	35000,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Elsaß-Lothringen.													
2. Kreis, Mülhausen i. Els.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,04	—	40,04
3. „ Colmar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,52	21,52
4. „ Gebweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,96	15,96
9. „ Straßburg-Land	—	—	—	—	—	—	—	26,12	—	—	—	—	26,12
Elsaß-Lothringen total	—	—	—	—	—	—	—	26,12	—	—	40,04	37,48	103,64

B. Sonstige Beiträge, alphabetisch geordnet.

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Beelitz	—	—	—	7,30	—	—	—	—	—	—	—	3,—	10,30
Berlin, diverse Beiträge	634,88	596,10	998,31	733,54	712,60	798,10	325,20	832,80	922,31	774,50	511,65	510,10	8350,09
Bern	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	600,—
Bernau	—	—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	1,—
Bielefeld	—	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	20,—	22,—
Bommern	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Brandenburg i. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—
Braunschweig	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Bremen	—	—	24,30	—	—	10,—	—	18,50	—	—	—	—	52,80
Brüssel	—	—	—	—	—	—	12,10	—	—	—	—	—	12,10
Butzbach i. H.	5,—	—	4,—	—	4,—	2,50	2,50	2,70	3,—	3,10	3,—	3,10	32,90
Buxtehude	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—	—	—	2,—	—	6,—
Charlottenburg	2,—	25,—	—	—	—	—	—	38,85	—	—	—	—	65,85
Chemnitz	—	1,—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	1,50	3,50
Dortmund	—	—	50,—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	100,—
Drassel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—,40	—	—	—,40

Ort oder ſonſtige Bezeichnung	Auguſt	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
D.-S.-W.-Afrika	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Düſſeldorf	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Ebersbach	—	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	2,—
Eibach	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	30,—
Elgershauſen	9,05	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,05
Erfurt	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Erlangen	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	4,—
Eſſenberg	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Falkenberg (Oberſchleſien)	3,—	2,—	3,—	20,—	3,—	4,—	3,—	3,—	18,—	3,—	3,—	3,—	68,—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	8,—
Friedrichshagen	—	—	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Gießen	50,—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	100,—
Glashütte i. S.	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	4,40	—	—	7,40
Goldbeck	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Gr.-Lichterfelde	—	—	—	4,90	—	—	—	—	—	—	—	—	4,90
Hagen i. W.	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Hamburg, diverſe Beiträge	137,50	154,66	219,45	143,65	147,50	299,75	76,75	126,—	—	359,47	164,20	81,55	1910,48
Hohenſtein-Ernſtthal	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Kattowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	5,—
Köpenick	—	—	—	—	—	—	6,—	—	5,15	—	—	—	11,15
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,—	17,—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	2,—
Luckenwalde	5,—	—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	60,—
Lyk	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Magdeburg	5,—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	15,—
Meerane	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,70	—	2,70
Meißen	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—
München	—	20,—	12,—	25,—	5,—	—	—	15,—	5,—	—	—	10,—	92,—
M.-Gladbach	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—	—	—	—	6,—
Neuminſter	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,50
New York	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Nürnberg	5,—	8,—	8,—	3,—	—	9,—	—	5,—	—	5,—	3,—	3,—	49,—
Oberlangenbielau	—	—	100,—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—	—	300,—
Ostrosnitz (Oberschlesien)	—	—	—	—	—	—	7,60	—	—	—	—	—	7,60
Oberschönetweide	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	4,—
Paris	—	—	—	—	—	1,—	20,16	—	—	20,—	2,15	—	43,31
Pleißa	—	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	2,—
Rixdorf	25,—	6,20	25,—	25,—	25,—	—	—	25,—	—	25,—	—	—	156,20
Rochester	—	—	—	—	2,80	—	—	—	—	—	2,80	—	5,10
Rummelsburg b. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	5,—
Sagan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	10,—
Schöneberg	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—
Schönheide	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	2,50
Schwerin i. M.	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Solingen	—	—	—	—	12,50	—	—	12,50	—	—	—	—	25,—
Spandau	—	—	—	—	—	—	—	60,05	—	—	—	—	60,05
Spenge	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,80	—	1,80
Staaken	—	—	—	—	—	—	—	7,53	—	—	—	—	7,53
Stettin	—	—	15,30	—	—	—	—	—	—	—	—	7,—	22,30
Strehla	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20
Stuttgart	10,—	10,—	10,—	—	10,—	10,—	10,—	—	10,—	10,—	10,—	10,—	100,—
Waldheim	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—
Zeißensee	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Zittenberge	—	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	40,—
Würzburg	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Zschorlau	—	—	2,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,15
A. B. C	—	—	—	—	—	40000,—	—	—	—	—	—	—	40000,—
Nordische Wasserkante	—	—	50000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50000,—
„Vorwärts"	—	—	26045,85	—	—	24168,20	—	—	28166,35	—	—	62235,15	140615,55
Vorwärts-Buchhandlung	—	—	—	—	—	—	—	10000,—	10000,—	17000,—	—	23000,—	60000,—
„Wahrer Jakob" u. „Gleichheit"	—	—	5000,—	—	3000,—	18000,—	—	—	10000,—	—	20000,—	—	56000,—
X. Y. Z.	—	—	—	—	—	40000,—	—	—	20000,—	—	—	—	60000,—
Diverse	—	—	—	1,—	—	3,—	3,—	3,—	—	—	—	—	10,—

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

für die Zeit von August 1905 bis Ende Juli 1906.

Die neuen Zoll- und Steuergesetze mit ihrem vielgestaltigen schlimmen Gefolge für das Proletariat in seiner Gesamtheit wie für jede einzelne Arbeiterfamilie, haben das weibliche Proletariat in hohem Grade empfänglich gemacht für unsere Propaganda. Die proletarische Hausfrau und Mutter empfindet die Not am schmerzlichsten, wenn sie ihre Lieben darben sieht. Hand in Hand mit der Aushungerungspolitik gingen Versuche, die Ausbeutung und Knechtung des werktätigen Volkes zu verschärfen. Mit gesteigerter Brutalität trat das Unternehmertum den Bestrebungen entgegen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die herrschenden Klassen scheuten in den Einzelstaaten nicht vor Wahlrechtsräubereien, Eskamotierung der Koalitionsfreiheit und Schulverpfaffung zurück. Kurz, die bürgerliche Gesellschaft verschärfte auf der ganzen Linie den Klassenkampf gegen das Proletariat. Diese Situation hat dazu beigetragen, unsere Agitation recht fruchtbringend zu gestalten.

Auch das Beispiel des heroischen Freiheitskampfes unserer Brüder und Schwestern in Rußland hat unsere Arbeit gefördert Es entzündete Begeisterung und entfachte Kampfesmut in mancher Proletarierbrust, erweckte Kampfesfreudigkeit in mancher Proletarierin.

Tausende von Versammlungen legen Zeugnis ab, wie aufrüttelnd die Tatsachen gewirkt haben. Um die Lage im Dienste der sozialistischen Idee zu nutzen, haben unsere Agitatorinnen bis zur Erschöpfung gearbeitet. In unzähligen Versammlungen haben sie die Ursachen der leiblichen und geistigen Not der ausgebeuteten Klassen dargelegt und den Weg gezeigt, der zur Erlösung führt. Die Schar unserer Anhängerinnen ist unaufhörlich gewachsen. Von der allgemeinen aufklärenden Agitation zur Verbreitung der sozialistischen Auffassung abgesehen, hat die proletarische Frauenbewegung Vorgänge des öffentlichen Lebens, charakteristische Zeiterscheinungen ausgenutzt, um die Proletarierinnen von der Notwendigkeit zu überzeugen, am Kampfe ihrer Klasse teilzunehmen. So boten ihr die Soldatenmißhandlungen und Bluturteile militärischer Gerichtshöfe Anlaß, eine kräftige Agitation gegen den Militarismus zu entfalten. Das geglückte Attentat der Reaktion in Preußen, durch das Schulverpfaffungsgesetz die geistige Unfreiheit zu steigern, in der die Kinder des Proletariats heranwachsen sollen, rief neben den Genossen die Genossinnen auf den Kampfplatz. Das um so mehr, als in ihren Kreisen seit der Frauenkonferenz in Bremen die Beschäftigung mit der Schul- und Erziehungsfrage nicht zum Stillstand gekommen

ist, sie ist fortdauernd eine sehr rege gewesen. Die ausgedehnte Diskussion über „Jugend und Sozialismus" in der „Gleichheit" wurde durch die mündliche Erörterung der Materie ergänzt. In öffentlichen wie in Vereinsversammlungen sowie in Diskussionsabenden ist die Schul- und Erziehungsfrage behandelt worden. Es wurden des weiteren mehrere Agitationstouren veranstaltet, in denen sachverständige Persönlichkeiten über die Frage sprachen. Das Interesse der Frauen an den betreffenden Veranstaltungen ist begreiflicherweise ein sehr reges gewesen. Unsere Mütter haben das brennende Verlangen, ihre Kinder im sozialistischen Geiste zu erziehen.

In innerem Zusammenhange mit der Schul- und Erziehungsfrage drängte sich den Genossinnen ein anderes Problem auf. Ich meine das der Kinderarbeit und des Kinderschutzes. Die kapitalistische Kinderausbeutung ist ein schweres Hindernis für Unterricht und Erziehung. Die Genossinnen bemühten sich, die durch das Kinderschutzgesetz geschaffene Lage nach besten Kräften im Interesse der proletarischen Kleinen auszunutzen. Volks- und Vereinsversammlungen wurden diesem Zwecke dienstbar gemacht. Als mit Ende des Jahres 1905 die bis dahin geltenden Ausnahmebestimmungen, betreffs des gesetzlichen Kinderschutzes, außer Kraft traten, wies die Unterzeichnete in einem Zirkular an die Vertrauenspersonen aufs neue auf die Pflicht der Genossinnen hin, ihr Möglichstes im Kampfe gegen die Kinderausbeutung und zur Durchführung der geringen Schutzbestimmungen des Gesetzes zu tun. Das Rundschreiben informierte gleichzeitig über die Ausnahmebestimmungen, die in Wegfall kamen, und über das etwas vermehrte Maß des gesetzlichen Schutzes der Kinder. In manchen Orten sind von den Genossinnen Kinderschutzkommissionen gebildet worden, die für die genaue Durchführung der gesetzlichen Vorschriften wirken. Die gesamte von den Genossinnen in dieser Sache entfaltete Tätigkeit hat viel dazu beigetragen, die Frauen im Proletariat über die Verderblichkeit der Kinderarbeit aufzuklären und ihnen die Erwerbsarbeit ihrer Kleinen als ein Unrecht zum Bewußtsein zu bringen, so daß sie demgemäß in der eigenen Familie auf die Heranziehung der Kinder zum Verdienen verzichten. Die Herausgabe der Broschüre über „Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung" von Käte Duncker soll dazu beitragen, den Blick der Genossinnen für ihre Aufgaben im Kampfe gegen das Kinderelend zu schärfen, sie aber auch mit Material und Schulung auszurüsten, um diese Aufgabe mit Erfolg zu lösen.

Selbstverständlich hat die proletarische Frauenbewegung pflichttreuen Anteil an allen Aktionen der Sozialdemokratie genommen. Der Jahrestag des Ausbruchs der russischen Revolution war nicht bloß einer Sympathieerklärung für dieselbe gewidmet, sondern er leitete auch einen zähen Kampf für vermehrte Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse ein. Dem reaktionären Streben der herrschenden Klassen nach stärkerer politischer Knebelung des arbeitenden Volkes wurde die Losung entgegengestellt nach Beseitigung der Klassen-, der Geldsackparlamente, nach Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Besonders kamen für diesen Kampf die Staaten des Dreiklassenwahlrechts und der Wahlrechtsattentate in Betracht: Preußen, Sachsen, Hamburg, Lübeck. Der proletarischen Frauenbewegung erwuchs durch die Wahlrechtsbewegung eine zweifache Aufgabe. Sie mußte energisch dafür arbeiten, daß die Proletarierinnen überall zielklaren Anteil an dem Kampfe nahmen. Sie mußte gleichzeitig darauf bedacht sein, daß in diesem Kampfe auch die Forderung des Frauenwahlrechts nicht vergessen, sondern gebührend vertreten wurde. Sie hat

nach beiden Richtungen hin mit Erfolg gewirkt. Die Unterzeichnete ließ sich angelegen sein, den hervorgehobenen Gesichtspunkten entsprechend eine einheitliche und planmäßige Beteiligung der Genossinnen herbeizuführen. Zuerst trat sie zu diesem Behufe an die Genossinnen in Sachsen heran, wo die spätere allgemeine Wahlrechtsaktion bereits im November 1905 in Gestalt imposanter Demonstrationsversammlungen ein Vorspiel hatte. Sie richtete ein Rundschreiben an die Vertrauenspersonen, in dem sie diese aufforderte, die Proletarierinnen zur regen Beteiligung an der Parteiaktion aufzurufen, gleichzeitig aber auch, gestützt auf die Beschlüsse des Dresdener Parteitages und des Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongresses, mit allem Nachdruck das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter zu fordern. Die sächsischen Genossinnen haben im Sinne des Zirkulars gehandelt. Ihre Beteiligung bewirkte, daß die mehrfach von den Genossen vergessene Forderung des Frauenwahlrechts noch in besonderer Resolution ausdrücklich erhoben wurde. Als die Wahlrechtsbewegung für die übrigen Teile Deutschlands vorbereitet und in Fluß gebracht wurde, wandte sich die Unterzeichnete an die Vertrauenspersonen der Genossinnen mit einem Rundschreiben, das ebenfalls die oben erwähnten Punkte hervorhob. In einem weiteren Zirkular forderte sie die sozialdemokratische Presse auf, in ihren Wahlrechtsartikeln auch die Forderung des Frauenwahlrechts zu vertreten. Ein Aufruf mahnte die Proletarierinnen daran, daß es ihre Pflicht als Frauen, Mütter und Arbeiterinnen sei, sich zahlreich an den Demonstrationen zu beteiligen und mit der Sozialdemokratie zusammen volles politisches Bürgerrecht für alle noch rechtlosen, über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen zu fordern, die Frauen dabei inbegriffen.

Soweit Berichte vorliegen, ist die Beteiligung der proletarischen Frauen an den Wahlrechtsversammlungen eine außerordentlich zahlreiche gewesen. In allen Versammlungen ist der Resolution des Parteivorstandes entsprechend ausdrücklich das Wahlrecht für beide Geschlechter gefordert worden. Außer den Genossinnen, die als Referentinnen im Wahlrechtskampfe so gut wie die Genossen vollauf ihre Schuldigkeit getan, haben zahlreiche Diskussionsrednerinnen und Redner die Forderung noch ausdrücklich begründet. Die sozialdemokratische Tagespresse hat so gut wie allgemein das Frauenwahlrecht verfochten. Allen Blättern voran hat das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", die Forderung ausdrücklich vertreten. Es ist selbstverständlich, daß das Organ der Genossinnen, die „Gleichheit", mit größter Energie den Kampf für das Frauenstimmrecht führte, und daß es der Frage fortlaufend die in der gegenwärtigen Situation gebührende Beachtung geschenkt hat. Der Wahlrechtskampf wurde von der Sozialdemokratie in den Reichstag getragen. Sie forderte in einem Antrage, in allen Einzelstaaten die gesetzgebende Gewalt in die Hände einer Volksvertretung zu legen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden solle. Die Forderung des Frauenwahlrechts wurde durch Genossen Bebel, dem bewährten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Geschlechter, überzeugend verteidigt. Der Antrag der Sozialdemokratie veranlaßte, daß auch in den bürgerlichen Kreisen die Frage des Frauenstimmrechts lebhafter diskutiert wurde, als gewöhnlich. Er zwang außerdem die bürgerlichen Parteien zur Stellungnahme. Diese haben den Forderungen gegenüber vollständig versagt; sogar die bürgerlichen Politiker, die sich im Prinzip als Anhänger des Frauenstimmrechts geberden, stimmten dagegen. Damit ist wieder einmal bestätigt, daß

die Reklame der Frauenrechtlerinnen für den bürgerlichen Liberalismus als Verfechter der Frauenrechte und ihre Hetzerei gegen die Sozialdemokratie als unzuverlässige Verteidiger derselben nichts als Aeußerungen des bourgeoisen Klasseninteresses sind. Alles in allem ist der Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie auch die umfassendste und kräftigste Aktion für das Frauenstimmrecht gewesen, die wir in Deutschland bis jetzt gehabt haben, und die insbesondere alles weit übertrifft, was die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bis jetzt an Agitation für diese wichtigste aller Forderungen einer ernsten bürgerlichen Frauenbewegung geleistet haben. Die Genossinnen sind selbstverständlich nicht bloß in den ersten, sondern auch in den folgenden Demonstrationsversammlungen vom 18. März, wie am 1. Mai auf dem Posten gewesen.

Unsere agitatorisch wie organisatorisch tätigen Genossinnen haben ebenso eifrig, wie für die politische Aufklärung der Frauen, für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen gewirkt. So führten sie den Verbänden der Fabrik- und Landarbeiter, der Textilarbeiter, Porzellanarbeiter, Holzarbeiter, Schneider und Schneiderinnen, Handlungsgehülfen, Gehülfinnen und anderen noch durch öffentliche Agitation und Kleinarbeit neue und besonders weibliche Mitglieder zu. An Werkstubensitzungen und sonstigen gewerkschaftlichen Arbeiten haben sie sich beteiligt. Daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die 1904 mehr als 48 604 betrug, nach dem Bericht der Generalkommission auf 74 411 gestiegen ist, also eine Zunahme von 53$^{1}/_{10}$ Proz. erfahren hat, dazu hat die Arbeit unserer Genossinnen mitgeholfen.

Unsere Frauenbewegung hat dank der entfalteten Agitation wiederum in neuen Gegenden festen Fuß gefaßt. So sind vor allem schöne Erfolge zu verzeichnen in Sachsen-Weimar, Anhalt, Braunschweig und in Bayern. In Bayern wird zwar seit vielen Jahren fleißig von Genossinnen agitiert, doch beschränkte sich ihre Betätigung überwiegend auf das gewerkschaftliche Gebiet. Ohne die nötige gewerkschaftliche Arbeit irgendwie zu vernachlässigen, ist nun im letzten Jahre mehr Gewicht als bisher auch auf die politische Aufklärung der Frauen gelegt worden. Mit gutem Erfolg. Wir haben in Hof, Günzburg, Penzberg, Rehau, Ingolstadt, Regensburg, Lechhausen, Augsburg, Nürnberg eifrig tätige Vertrauenspersonen. In der Hauptstadt Bayerns, in München, fehlt es dagegen noch immer an einer solchen. Seit kurzem besteht in dieser Stadt ein Frauen-Bildungsverein. Zu den Fortschritten unserer Bewegung in Bayern hat sehr viel die jahrelange geduldige und fleißige Arbeit unserer Genossin Greifenberg-Augsburg beigetragen.

Sehr vorteilhaft hat es die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in Bayern beeinflußt, daß seit einem Jahre im Nürnberger Arbeitersekretariat eine Beamtin tätig ist, deren erfolgreiches Wirken sich bereits bemerkbar macht. Wir verdanken ihm unter anderem die Gründung eines Dienstbotenvereins in Nürnberg, der im Gegensatz zu anderen Organisationen seiner Art nicht Hausangestellte und Herrschaften umschließt, sondern ausschließlich Dienende aufnimmt und nur deren Interesse vertritt. In München und Köln haben die Genossinnen tätig zur Gründung von Dienstbotenorganisationen mitgewirkt, die nach dem Muster des Nürnberger Vereins konstituiert worden sind. Auch in anderen Orten haben die Genossinnen begonnen, der Dienstbotenfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit Hülfe des Parteisekretärs für Pommern ist es gelungen, auch dort der sozialistischen Frauenbewegung Eingang zu verschaffen. Es wird in Pommern eifrig weiter agitiert, und so hoffen wir, daß der jetzt nur für die Besitzenden so gesegnete Landstrich in absehbarer Zeit auch mit Sozialistinnen reich gesegnet sein wird

Trotz allem Erreichten ist noch gar viel zu tun. Je weiter wir vordringen, desto mehr wird der Blick geschärft für das, was noch geleistet werden muß, wieviel es noch im weiblichen Proletariat zu erwecken, zu belehren und heranzubilden gilt. Unsere Genossinnen, auf welchem Posten sie immer in der Bewegung stehen, werden in Zukunft ebenso wenig ein Ermüden, ein Ausruhen kennen, wie bisher. Zu dem bisherigen tüchtigen Stamm bewährter Rednerinnen sind junge Kräfte hinzugekommen, welche sich bereits als recht wirkungsvolle Agitatorinnen erwiesen haben.

Die erfreuliche Entwicklung unserer proletarischen Frauenbewegung vermögen die Polizeischikanen nicht zu hemmen. Im Berichtsjahre hat die Polizeibehörde verschiedener Orte wiederum ihre besondere Aufmerksamkeit der öffentlichen Betätigung der Frauen zugewendet, wie auch Veranstaltungen, bei denen Frauen mit in Betracht kamen. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Behörden in Erfurt Versammlungen verboten haben, an denen teilzunehmen Frauen nach dem Gesetz berechtigt sind. In Aachen verwies die Polizei in öffentlichen Versammlungen die Frauen ins Segment. Zahlreich sind die Fälle behördlicher, gesetzwidriger Belästigungen. Hervorgehoben sei noch, daß die brave Obrigkeit auch den unpolitischen Frauenbildungsvereinen ein erhöhtes, fürsorgliches Interesse zuwendet. In Velbert z. B. wurde die Bildungsorganisation für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse polizeilich geschlossen. Ob die Verfügung bestätigt wird, bleibt abzuwarten.

Aber nicht nur von dem Wachstum unserer Bewegung kann die Unterzeichnete berichten, sondern auch von ihrer fortschreitenden Festigung und Organisation. Die Zahl unserer Vertrauenspersonen ist von 190 auf 325 gestiegen, unter denen sich für verschiedene Gegenden Kreisvertrauenspersonen befinden. An manchen Orten haben diese sich angelegen sein lassen, ihre Arbeit auf die benachbarten Kreise auszudehnen, die bisher brach lagen. Sie haben ferner in den Orten ihres eigenen Bezirks Bildungsvereine ins Leben gerufen und die Aufstellung örtlicher Vertrauenspersonen angeregt und diese eingearbeitet, die nun ihrerseits die Aufklärungsarbeit leiten.

Der Parteitag zu Jena hatte in § 8 des neuen Organisationsstatuts der Partei als Absatz 2 einen Passus eingefügt, der die Vertrauenspersonen berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren. In Preußen wie in manchen anderen Staaten Deutschlands, in denen die Frauen sich nicht politisch organisieren dürfen, ist ihnen damit ein Weg geöffnet, durch Entrichtung regelmäßiger freiwilliger Parteibeiträge ihre Parteizugehörigkeit zu dokumentieren. Ein Zirkular der Unterzeichneten forderte die weiblichen Vertrauenspersonen der besagten Länder auf, eifrig für die Ausnutzung des Rechts zu wirken und zu diesem Zwecke Karten und Marken von ihr zu entnehmen. Um einen möglichst genauen Ueberblick über die Zahl der politisch organisierten Frauen zu erhalten, versandte die Unterzeichnete an die amtierenden Vertrauenspersonen Fragebogen, von denen nur 183 beantwortet worden sind. Die nachfolgenden Zahlen, die auf Grund der erhaltenen genauen Angaben festgestellt wurden, bleiben daher hinter der wirklichen Zahl der weiblichen Organisierten zurück. 4933 Genossinnen entrichten freiwillige Parteibeiträge, während vor einem Jahre dies kaum 1000 taten. Auch die Zahl der Genossinnen, die mit den Genossen zusammen den politischen Organisationen angehören, ist gestiegen und zwar von 4000 auf 6460. Auffallend sind die Fortschritte, welche sich in dem Zuwachs der Mitglieder der unpolitischen Bildungsvereine bekunden. Diese umschlossen etwa 3000 Mitglieder im Vorjahre, gegenwärtig zählen sie deren 8890.

Infolge der Zentralisation der politischen Vereine sind in manchen Orten, wo die Frauen mit den Männern zusammen organisiert sein können, wie z. B. in Hamburg, weibliche Vertrauenspersonen nicht mehr aufgestellt worden. Dort werden Genossinnen in den Vorstand gewählt und können innerhalb seiner die besonderen Maßregeln anregen, die im Interesse der Agitation unter den Frauen nötig erscheinen. Die Neuerung bietet sicher viele Vorteile und wird dazu führen, daß Genossinnen und Genossen sich immer besser verstehen und einheitlich zusammen arbeiten lernen.

Die Umfrage erstreckte sich auch darauf, in wievielen Orten Lese- und Diskussionsabende eingerichtet und unterhalten worden sind. Diese Veranstaltungen sollen bekanntlich dazu dienen, die theoretische Auffassung der Genossinnen zu klären und zu vertiefen, ihre Kenntnisse zu erweitern, ihre geistige Gewandtheit zu fördern. Unser Programm, Broschüren, Artikel der „Neuen Zeit" usw. dienen als Grundlage. Die Aufstellung ergab, daß in 45 Orten allmonatlich, und in 32 Orten vierzehntägig Lese- und Diskussionsabende abgehalten werden. In 35 Orten wurde das Sozialdemokratische Programm behandelt, in einigen fortgeschritteneren Zirkeln die Mehrwerttheorie und andere wissenschaftliche Materien gründlich erörtert. In anderen Orten, z. B. in Hamburg, war für die vorgeschrittenen Genossinnen ein Kursus organisiert, in welchem die Gemeindevertreter unserer Partei die Teilnehmerinnen in die städtische Armen- und Waisenpflege, das Schulwesen und andere kommunale Gebiete einführten. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß unsere Genossinnen bedacht sein sollten, Frauen aus unseren Reihen in die kommunalen Armen- und Waisenkommissionen zu bringen. Die nach dieser Richtung hin an die Vertrauenspersonen ergangenen Anfragen haben ergeben, daß in 4 Orten je eine Genossin im Waisenrat tätig ist, und in 6 Orten 7 Genossinnen an der Armenverwaltung teilnehmen. Unsere Kieler Vertrauensperson gehört der städtischen Schulkommission für Mädchenfortbildungsschulen an.

Auch für das Krankenkassenwesen muß das Interesse der proletarischen Frau noch weit lebendiger werden, als es ist. Die eingelaufenen Antworten auf die einschlägigen Fragen zeigen, daß in 7 Kassen 10 Frauen in den Vorständen sind; daß in 26 Orten die Frauen sich an den Krankenkassenwahlen beteiligt haben und 19 Orte insgesamt 72 Delegierte der Generalversammlungen aufweisen. Doch sind diese Angaben wohl nicht vollständig, weil die Genossinnen vieler Orte sich leider um die Krankenkassen nicht gekümmert haben. Und doch müßte und könnte in den Krankenkassen vieles zugunsten der weiblichen Mitglieder geschaffen werden.

An dem Wachstum unserer Bewegung hat neben dem gesprochenen Worte das gedruckte seinen großen nicht zu unterschätzenden Anteil. An erster Stelle muß da unser Organ, „Die Gleichheit", genannt werden, für deren Verbreitung unsere Genossinnen unausgesetzt mit Eifer tätig gewesen sind. Die „Gleichheit" hat Klarheit und sozialistisches Wissen in die Köpfe vieler Tausende von Frauen getragen. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie beriet durch Artikel aus sachkundiger Feder die Mütter bei der Pflege und Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Arbeiterinnen, der Frauen des arbeitenden Volkes ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit" hat Eingang in die abgelegensten Gegenden, in die schwärzesten Winkel Deutschlands gefunden. Die Zahl ihrer Abonnenten ist von 23 000 im Vorjahre auf **46 000** gestiegen, und in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von mindestens 2 Personen gelesen.

In diesem Jahre hat die „Gleichheit" ihr zweites Merkblatt zur Belehrung der Proletarierinnen in praktischen Fragen herausgegeben. Es führt die Frauen in erzählender Form in die Bestimmungen der Unfallversicherung ein und ist zunächst in 50 000 Exemplaren verbreitet worden. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen beständig wächst, welche durch Berichte, Artikel, Notizen an der „Gleichheit" mitarbeiten. Es ist dies ein zu begrüßendes Anzeichen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat. Um die Agitation für die „Gleichheit" in jeder Versammlung erfolgreich zu gestalten, auch dort, wo Frauen öffentlich für sie zu sprechen nicht imstande sind, wurden 50 000 Flugblätter mit Abonnementsaufforderung von der Unterzeichneten herausgegeben. Sie werden im Bedarfsfalle unentgeltlich abgegeben; 35 000 davon sind bereits versandt.

Die Agitation durch Broschüren ist nicht verabsäumt worden. Nach Inkrafttreten des Zolltarifs wurden unter den Frauen der Provinz Posen 2000 Exemplare der kleinen Broschüre „Die Lebensmittelzölle" verteilt. Weitere 2000 gingen nach Danzig, Elbing, Memel und Kiel. Zur Benutzung bei den Leseabenden, wie für Frauenbildungs-Vereine, zum Teil auch für Referentinnen sind folgende Schriften angeschafft und versandt worden: Hirsch: „Der preußische Landtag"; Arons: „Die preußischen Landtagswahlen" in je 20 Exemplaren; Protokoll der Verhandlungen des Beirates für Arbeiterstatistik: Erhebungen über die Verhältnisse in den Fisch- und Konservenanstalten, 6 Exemplare; Gewerbeordnung 1 Exemplar; Stadthagen, Das Arbeiterrecht, 11 Exemplare; „Führer durch das Krankenversicherungsgesetz", 200 Exemplare; „Führer durch das Gewerbe-Unfall-Gesetz" und „Führer durch das Unfall-Versicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft" je 150 Exemplare. 220 Exemplare „Das Kommunistische Manifest"; Kautsky und Schoenlank: „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" 330 Exemplare; 500 Programme; Protokolle des Heimarbeiterschutz-Kongresses, 50 Exemplare; „Das preußische Vereinsgesetz", 60 Exemplare; Das „Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland", 30 Exemplare; 50 Exemplare „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht"; Protokoll des Parteitags zu Jena, 357 Exemplare; „Schulfrage", 250 Exemplare; „Zur Erkennung und Verhütung von Krebskrankheiten", herausgegeben von der Zentralkommission der Krankenkassen, 100 Exemplare, die auf Wunsch nach M.-Gladbach geschickt wurden. 1270 Hefte der Gesundheitsbibliothek; Julian Borchardt: „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen", 46 Exemplare; 50 Exemplare der Biographie Wilhelm Liebknechts; Curt Grottewitz: „Sonntage eines großstädtischen Arbeiters", 25 Exemplare. Daß den Vertrauenspersonen alles für ihre Tätigkeit nötige Material an Schriften usw. geschickt wurde, sei nebenbei bemerkt.

Den Bildungsvereinen der einzelnen kleinen Orte erwachsen zu hohe Unkosten, wenn sie Statuten und das nötige Material an Marken selbst drucken lassen. Um die Sache zu verbilligen und zu vereinfachen, hat die Zentralstelle einen größeren Posten dieses Materials anfertigen lassen und sendet es in gewünschter Anzahl den einzelnen Orten zu.

Dem Wachsen der Bewegung entsprechend ist die Korrespondenz umfangreicher geworden. An Briefen sind eingegangen 1227; ausgegangen dagegen 3634; die Zahl der eingelaufenen Postkarten betrug 835; die der ausgegangenen 474; es wurden 1422 Pakete Drucksachen versandt.

An der Aufbringung von Geldern für die Zentralkasse beteiligten sich dieses

Jahr 110 Orte gegen 54 im Vorjahre. Sie sendeten insgesamt ein 4394 Mark 76 Pfennig, dem steht eine Ausgabe von 3854 Mark 46 Pfennig gegenüber, so daß der Bestand 540 Mark 30 Pfennig beträgt. Die mündliche Agitation hat aus der Zentralkasse 1589 Mark 90 Pfennig beansprucht; für Drucksachen wurden insgesamt 1555 Mark 16 Pfennig verausgabt; für Porto sind 650 Mark 25 Pfennig aufgewendet und für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 159 Mk. 15 Pf. Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung gefunden worden. Viele Kreise haben die notwendige Agitation aus eigenen Mitteln bezahlt; auch sind in manchen Orten Schriften zur Verteilung gelangt, die auf eigene Kosten angeschafft wurden.

Zwei unserer tüchtigsten und besten Genossinnen haben im Laufe des Jahres zu spüren bekommen, daß derjenige, der das Wohl der Menschheit erstrebt, in der Klassengesellschaft gepeinigt wird. Unsere treue Rosa Luxemburg hat 4 Monate in russischen Kerkern geschmachtet. Das Bewußtsein, für etwas Heiliges, Großes zu leben, hat die starke Seele in dem schwachen Körper das Härteste ertragen lassen. Hoffentlich bleibt dem Proletariat ihre wertvolle Kraft noch lange erhalten. Im Vaterlande wurde unsere unermüdliche Louise Zietz ein Opfer des Klassenkampfes. Als sie kürzlich vor ihren Richtern stand, würden Unparteiische mit Pontius Pilatus ausgerufen haben, ich finde kein Unrecht an ihr. Trotzdem wurde sie nicht bloß verurteilt, sondern obendrein als angeblich unwahrhaftige Person in ihrer Ehre gekränkt. Sie hatte gewagt, den dreimal heiligen Kapitalismus mit scharfen Worten anzugreifen und Volksrechte zu fordern. Drei Monate soll sie eingesperrt werden, damit sie die Lichtseiten des Kapitalismus mehr schätzen lernt und künftig in ihren Reden gebührend zu feiern vermag. Der Hinblick auf die Opfer des Klassenkampfes wird die Genossinnen in ihrer Arbeit nicht entmutigen, wohl aber anspornen. Sie werden sich weiter in alter Festigkeit als unerbittliche Feindinnen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung betätigen. Sie werden alle Kräfte anspannen, um die heilbringenden Lehren des Sozialismus unter die Massen zu tragen und die Köpfe zu revolutionieren, damit das Proletariat die Reife und Kraft gewinnt, die politische Macht zu erobern und als sein eigener Erlöser seine Befreiung zu vollziehen.

Ottilie Baader.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

28. November 1905 bis 28. Mai 1906.

Ein wahrer Berg gesetzgeberischer Arbeit harrte des auf den 28. November vorigen Jahres einberufenen Reichstags, denn nicht weniger als fünfunddreißig Gesetzesvorlagen wurden ihm an den ersten beiden Sitzungstagen präsentiert; darunter die sehr umfangreichen, euphemistisch Finanzreform titulierten Steuervorlagen und die Militär-Pensionsgesetze, von denen die verbündeten Regierungen wissen mußten, daß ihre Beratung viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Um so unverantwortlicher war daher die zu späte Einberufung des Reichsparlaments, die bei der Etatsberatung auch eine scharfe Kritik erfahren hat. In der Usus gewordenen späten Einberufung scheint System zu liegen, getragen von der Absicht, sowohl die Etatskritik wie auch die gesetzgeberische Initiative des Reichstags möglichst einzuschränken, was, soweit die letztere in Betracht kommt, in der verflossenen Session in hohem Maße gelungen ist, denn sie war beinahe gleich Null, obwohl der Seniorenkonvent unter Zustimmung des Präsidenten zu Beginn der Session beschlossen hatte, die sogenannten Schwerinstage regelmäßig innezuhalten. Durch die drängenden Etats- und Steuerberatungen wurde der Beschluß jedoch in der Praxis umgestoßen, ungeachtet des Umstandes, daß der Etat nicht rechtzeitig, d. h. bis zum 1. April, fertig gestellt werden konnte.

Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1906*).

Der Reichshaushaltsetat ist im Voranschlag in Einnahme und Ausgabe auf 2406 274 999 Mk. festgesetzt, und zwar im ordentlichen Etat auf 1 898 421 152 Mk. an fortdauernden, 248 221 248 Mk. an einmaligen Ausgaben und 2 146 642 400 Mk. an Einnahmen. Im außerordentlichen Etat beziffert sich Einnahme und Ausgabe auf 259 632 599 Mk. Der Etat fordert zur Bestreitung einmaliger Ausgaben die Summe von 254,7 Millionen, die auf dem Wege des Kredits flüssig zu machen sind; ferner zur Verstärkung der Betriebsmittel des Reiches die Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage bis zu 275 Millionen Mark.

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	—	Mk.
Reichstag	760 420	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	284 510	„
Auswärtiges Amt	16 813 322	„
Reichsamt des Innern	75 562 247	„
Verwaltung des Reichsheers	615 063 178	„
Transport . .	708 528 677	Mk.

*) Die Ziffern des Berichts beziehen sich immer auf die Voranschläge, da bei der Niederschrift der wirkliche Etat noch nicht festgestellt war. Die endgültig festgestellten Etatsummen sind auf Seite 108 und 109 zu finden.

Transport	708 528 677	Mk.
Reichsmilitärgericht	570 811	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	112 802 035	„
Reichs-Justizverwaltung	2 351 705	„
Reichsschatzamt	241 665 155	„
Reichs-Kolonialamt	1 268 773	„
Reichs-Eisenbahnamt	424 700	„
Reichsschuld	127 555 500	„
Rechnungshof	1 026 700	„
Allgemeiner Pensionsfonds	91 259 149	„
Reichs-Invalidenfonds	35 316 748	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	466 669 048	„
Reichsdruckerei	5 983 620	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	80 509 900	„
Zu verschiedenen neuen Maßnahmen	8 898 757	„
Zur Verbesserung der Pensionsbezüge	13 589 874	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 898 421 152	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	—	Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	250 000	„
Auswärtiges Amt	1 174 300	„
Reichsamt des Innern	2 940 050	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	14 966 375	„
Reichsdruckerei	87 084	„
Verwaltung des Reichsheers	87 460 482	„
Reichsmilitärgericht	871 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	102 289 650	„
Reichsschatzamt	1 289 700	„
Reichs-Kolonialamt	19 765 214	„
Reichsschuld	—	„
Rechnungshof	852 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	6 722 000	„
Zur Deckung des Fehlbetrags	8 550 339	„
Zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben	1 494 054	„
Summe der einmaligen Ausgaben	248 221 243	Mk.
Hierzu Summe der fortdauernden Ausgaben	1 898 421 152	„
Summe der Ausgabe des ordentlichen Etats	2 146 642 400	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Auswärtiges Amt	—	Mk.
Reichsamt des Innern	5 000 000	„
Verwaltung des Reichsheers	32 422 127	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	51 965 000	„
Reichsschatzamt	—	„
Reichs-Kolonialamt	1 200 000	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	34 000 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	17 416 000	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	13 048 512	„
Aus Anlaß der Expedition in das südwestafrikanische Schutzgebiet	103 142 100	„
Aus Anlaß der Expedition in das ostafrikanische Schutzgebiet	1 488 860	„
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	259 082 599	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern	889 490 140 Mk.
Reichsstempelabgaben	95 971 000 „
Einnahmen auf Grund der neuen Steuergesetzentwürfe	156 000 000 „
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	544 315 500 „
Reichsdruckerei	8 988 000 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	107 882 700 „
Bankwesen	15 691 000 „
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	40 788 676 „
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	45 870 151 „
Ueberschüsse aus früheren Jahren	829 400 „
Ausgleichungsbeträge	20 182 871 „
Matrikularbeiträge	222 253 462 „
Summe der Einnahme des ordentlichen Etats	2 146 642 400 Mk.

Die Einnahmen im außerordentlichen Etat belaufen sich einschließlich einer Anleihe von 254,7 Millionen Mark auf 259 632 599 Mk.

Der Haushaltsetat für die Schutzgebiete beträgt in Einnahme und Ausgabe 149 435 424 Mk., und zwar:

für das ostafrikanische Schutzgebiet	11 717 208 Mk.
für Kamerun	5 624 995 „
für Togo	3 031 036 „
für das südwestafrikanische Schutzgebiet	111 735 300 „
für Neu-Guinea	1 504 240 „
für die Karolinen, Palau, Marianen und Marschallinseln	615 365 „
für Samoa	809 280 „
für Kiautschou	14 398 000 „
zusammen	149 435 424 Mk.

Von den Einnahmen entfallen 103 797 766 Mk. auf den Reichszuschuß. Mehrere Nachtragsetats sind hier nicht mit eingerechnet.

Mit der Generaldebatte über den Etat wurde auch die erste Lesung der neuen, in schale Friedensversicherungen eingewickelten Flottenforderungen (sechs große Kreuzer mit einem Kostenaufwand von 165 Millionen Mark), sowie der neuen Steuervorlagen verbunden; die Debatte also außerordentlich mit Material belastet. Die einleitende Rede des Reichskanzlers brachte das Geständnis, daß die Finanzverhältnisse des Reichs traurige sind, „daß es so nicht weitergeht". Sechs Jahre vorher hatte aber der damalige Reichsschatzsekretär v. Thielmann unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien den ruhmrednerischen Satz aussprechen können: „... wir schwimmen im Golde." Es galt damals, die Milliarden-Flottenvorlage durchzudrücken. Daß der Reichskanzler weder die wahren Ursachen der Finanzmisere erwähnte noch eingestand, nämlich die ungeheuren Rüstungen zu Wasser und zu Lande und die Verschleuderung der Gelder für eine wahnsinnige Kolonialpolitik, war von ihm nicht zu erwarten, und sein kategorischer Ausspruch, „daß es so nicht weitergeht", war selbstverständlich auch nicht gegen diese Politik gerichtet, vielmehr gegen die bisherigen Einnahmequellen, die erheblich vermehrt und ertragreicher gestaltet werden müssen. „Die zweckmäßigsten Objekte der Besteuerung seien die Genußmittel der Allgemeinheit, und diese Erwägung mußte die Regierungen auf die indirekten Steuern führen," erklärte Fürst Bülow am 6. Dezember vorigen Jahres im Reichstage.

Der Reichsschatzsekretär sang das von seinem Chef angestimmte Finanz-Trauerlied weiter; das Reich habe im Jahre 1905 rund 900 Millionen Mark Schatzanweisungen bei der Reichsbank diskontieren müssen, um nicht in Zahlungs-

schwierigkeiten zu kommen. Mehr Steuereinnahmen, mindestens 200 Millionen Mark, darauf waren die beiden Reden gestimmt. Und Preußens Finanzminister v. Rheinbaben versuchte zu „beweisen", daß speziell auch die Arbeiterklasse die Neubelastungen sehr wohl ertragen kann. Zu dieser famosen Behauptung hatte dem Minister irgend ein Geheimrat tolles Zeug von Angaben über das Einkommen der Arbeiter und über deren angebliche enormen finanziellen Opfer für Partei- und Gewerkschaftszwecke unterbreitet. Aber auch der steuersüchtige preußische Finanzminister hat ein mitleidiges Herz im Leibe, weshalb er mit großer Wärme gegen die Heranziehung der Deszendenten und Ehegatten bei der vorgeschlagenen Erbschaftssteuer sprach, weil es sich dabei um — ideelle Interessen handle. Wörtlich sagte der Minister in der Sitzung vom 7. Dezember 1905:

„Meine Herren! In deutschen Landen, und zwar in weitesten Teilen lebt die Auffassung, daß es dem Familiensinn, der pflichtgemäßen Fürsorge des Vaters für sein Weib und seine Kinder nicht entspricht, wenn das Wenige, was er sich in seinem Leben erarbeitet hat, nachher den Kindern wieder weggenommen wird."

So Preußens Finanzminister zum Schutze der besitzenden Klassen, zur selben Stunde, wo er an den Patriotismus des Volkes zur Behebung der Finanznot appellierte —, und zur selben Stunde, wo er im trauten Verein mit den deutschen Regierungen Schikanierungssteuern für Handel und Gewerbe vorschlug, wie z. B. die Quittungs- und Zigarettensteuern, und — eine Erhöhung der Tabak- und Brausteuer, die vorwiegend die breiten und minderbemittelten bezw. armen Volksmassen treffen; oder wie die geforderte Erhöhung der Tabaksteuer, außerdem noch den Ruin tausender kleingewerblicher und proletarischer Existenzen bedeutet haben würde. Und die Behandlung der Steuervorlagen durch den Reichstag bewies, daß die Mehrheitsparteien für eine solche Sorte Steuerpolitik Verständnisse hatte, sie auch in die Tat umsetzte.

Unser Fraktionsredner zur Generaldebatte bekämpfte aufs schärfste diese Steuerpolitik, wie die Finanzmißwirtschaft überhaupt, ebenso auch die unerträglich gesteigerten Ausgaben für den Militarismus und Marinismus und zerstörte dabei die demagogische Legende, die Vergrößerung der Flotte liege im Interesse der weiteren Entwickelung des Handels und der deutschen Industrie.

Etat des Reichskanzlers.

Bei der Beratung dieses Etats stand die Marokkoaffäre im Vordergrund. Die einleitende Rede des Reichskanzlers speiste den Reichstag ebenso notdürftig ab wie das Weißbuch, dessen inhaltliche Kläglichkeit unser Redner treffend kennzeichnete. Während dem französischen Parlament über diese Affäre, die beinahe zu einem schweren Krieg geführt hat, 366 Aktenstücke vorgelegt worden sind, mußte sich das deutsche Reichsparlament mit 27 Aktenstücken begnügen — und dazu noch den nichtssagendsten. Wie wenig rein sich die Regierung in jener Affäre weiß, geht daraus hervor, daß sie es nicht wagte, dem von den sozialdemokratischen Budgetkommissionsmitgliedern gestellten Antrag stattzugeben, eine deutsche Uebersetzung des französischen Gelbbuches anfertigen zu lassen. Der in allen Fragen der auswärtigen Politik so unendlich bescheidene Reichstag ist ja, wie die Regierung weiß, schon zufriedengestellt, wenn ihm überhaupt ein paar armselige Mitteilungen über äußere politische Situation gemacht werden. Und Fürst Bülow versteht es, in schön gedrechselten Sätzen nichts von Belang über die auswärtige Politik zu sagen.

Das Schlimmste im Verlaufe dieser Affäre, mit ihrem für die deutsche Politik so unrühmlichen Abschluß auf der Konferenz in Algeciras, war, wie unser Redner hervorhob, daß aller Welt sichtbar die isolierte Lage Deutschlands

klar vor Augen geführt worden ist. Die Politik, überall hin mit hochtönenden Worten Versprechungen zu machen, ohne sie zu halten und halten zu können, hat mit die Isolierung Deutschlands geschaffen. Mit bitterem Hohn gedachte unser Redner auch der Tatsache, daß Rußland auf jener Konferenz für alle deutscherseits ihm erwiesenen Liebedienereien mit einer moralischen Ohrfeige geantwortet habe. Als unser Redner weiter im Begriff stand, die unsäglichen Bestialitäten der russischen zaristischen Henkersknechte gebührend zu brandmarken, wurde der Reichskanzler von einem Ohnmachtsanfall betroffen, was die Abkürzung der weiteren Beratung zur Folge hatte, die auch außer einem konservativen Kriegstanz gegen das heutige Wahlrecht zum Reichstag und einer rednerischen Kosakenorgie des Antisemiten v. Sonnenberg belanglos verlief.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wurde die skandalöse Behandlung des holländischen Anarchisten Domela Nieuwenhuis verurteilt, die für Deutschland als Kulturstaat einfach eine Schmach war. Ein Geheimrat blamierte in seiner Antwort die Regierung so, daß diese Blamage als eine Art Sühne für die an Nieuwenhuis begangene Unbill betrachtet werden kann.

Etat des Reichsamt des Innern.

Die Beratung dieses Etats hat in den letzten Jahren zu steigend heftigeren Debatten geführt; einmal, weil das bißchen Sozialreform, mit der die Regierung und die bürgerlichen Parteien so marktschreierisch hausieren gehen, ziemlich zum Stillstand gekommen ist, dann aber auch, weil die schweren Mängel, die den bestehenden sozialpolitischen Gesetzen, besonders den Arbeiterschutzgesetzen, anhaften, sich immer klaffender offenbaren und Regierung und Reichstag blutwenig oder gar nichts tun, um diese Mängel zu beseitigen. Selbstverständlich muß angesichts dieser Tatsachen die sozialdemokratische Kritik eine sehr scharfe werden, wie es unsere Redner auch pflichtgemäß nie unterlassen, das Elend der deutschen Sozialreform zu zeigen und vor allem zu betonen, daß mit der von der bürgerlichen Mehrheit praktizierten sozialpolitischen Flickschusterei nie eine vernünftige Arbeiterschutzgesetzgebung geschaffen werden kann, als deren Fundament volles und freies Koalitionsrecht zu betrachten ist. Und das fehlt in Deutschland für die — Arbeiter. Den Mehrheitsparteien sind diese Tatsachen bekannt, ihre Neigung jedoch, sie im Interesse der Arbeiter zu ändern, ist noch geringer geworden, als sie ohnehin schon war. Statt beim Etat des Reichsamt des Innern ernstgemeinte und ehrliche Beratung zu pflegen, wie die Mängel beseitigt, die sehr ungenügenden Arbeiterschutzgesetze zweckmäßig ausgebaut werden können, inszenieren die bürgerlichen Wortführer alljährlich eine Sozialistendebatte niedrigster Art, und keine Verdächtigung und keine Behauptung ist ihnen dabei zu gewagt, auch wenn ihre Unwahrhaftigkeit auf der Hand liegt. Wir erinnern nur an die frivole Hetze gegen die Krankenkassenverwaltungen, die unter freisinniger Führung und dem Beifallsjubel der Mehrheitsparteien speziell im verflossenen Sessionsabschnitt betrieben worden ist, in der ausgesprochenen Absicht, das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu vernichten, die Arbeiter auch bei dieser Institution zu möglichst großer Einflußlosigkeit zu verdammen. Nicht minder frivol wurde gegen die Gewerkschaftsbewegung gehetzt, mit ebenso unwahren wie phantastisch ausgemalten Märchen über den angeblichen Terrorismus, den streikende Arbeiter ausüben sollen. Dagegen wurden die immer mehr sich häufenden wirklichen terroristischen Akte der Unternehmerverbände entweder mit beredtem Schweigen übergangen oder direkt lobend hervorgehoben; von der Rechten wurde auch der Vorstoß unternommen, das ohnehin ungenügende Unfallversicherungs-Gesetz noch zu verschlechtern, d. h. für Beeinträchtigungen der Erwerbsunfähigkeit unter 20 Proz. keine Rente mehr zu zahlen. Diesem fanatisch-arbeiterfeindlichen Kesseltreiben dienten unsere Redner nicht nur mit der gebührenden Antwort, sondern sie

betonten und vertraten um so kräftiger die Forderungen der Arbeiterschaft auf sozialpolitischem Gebiete durch die Wucht einwandsfreier Argumente. Die oft trostlosen Zustände in den Betrieben ganzer Berufe, die stiefmütterlich ausgestaltete Gewerbeinspektion, das unheilvolle Ueberstundenwesen, der fehlende Normalarbeitstag und die sonstigen Zustände in der Heimarbeit wurden dabei grell beleuchtet und mit einem umfangreichen Tatsachenmaterial bewiesen; ebenso auch die für das „Reich der Sozialreform" so blamable Tatsache, daß in den Staatswerkstätten, die ja nach einem bekannten Wort Musterbetriebe sein sollen, oftmals tief traurige Zustände existieren. Scharf wurde von unseren Rednern auch der fundamentale Unterschied zwischen der bürgerlichen sozialpolitischen Kurpfuscherei und der wirklichen, von der Sozialdemokratie betriebenen Sozialreform betont. Die bürgerliche Sozialreform will die Opfer der kapitalistischen Ausbeutung vor dem Versinken ins allerschlimmste Elend ein wenig schützen; die Sozialdemokratie aber verlangt vom Staat, von der Gesellschaft, daß zwar der kranke und invalide Arbeiter menschenwürdig versorgt werde, aber — sie verlangt in erster Linie ausreichenden Schutz des gesunden Arbeiters vor den Folgen des kapitalistischen Ausbeutungssystems; also eine gründlich vorbeugende Sozialreform. Darum die energische Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit und weitgehende Schutzmaßregeln und hygienischen Einrichtungen, zu deren Durchführung es aber nicht allein entsprechender Gesetze und ihrer scharfen Anwendung bedarf, sondern auch kraftvoller Arbeiterorganisationen. Damit der in sozialpolitischer Beziehung total unfruchtbaren Session nicht noch weitere ebenso unfruchtbare folgen, muß die klassenbewußte Arbeiterschaft mit aller Energie und Kraft von der Regierung und dem Reichsparlament Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung fordern, die nicht allein durch Parlamentsreden, sondern hauptsächlich durch den Marsch der anwachsenden Arbeiterbataillone zu erkämpfen ist. Das furchtbare Grubenunglück, das sich im Frühjahr d. J. in Courrières (Frankreich) ereignete, veranlaßte die Fraktion, diese Resolution einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch das Reichs-Versicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallverhütungsvorschriften der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Bestimmungen enthalten sind, die vorschreiben, daß auf allen Grubenbetrieben Feuerlöscheinrichtungen und Rettungsapparate vorhanden sein müssen, wodurch Katastrophen von der Art, wie die in den Schächten von Courrières verhindert werden können. Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichs-Versicherungsamt die Knappschafts-Berufsgenossenschaft im Aufsichtsweg anhalten (§ 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), schleunigst die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Die Mehrheitsparteien lehnten jedoch diese zum vorbeugenden Schutze für die Bergarbeiter eingebrachte Resolution ab, trotzdem Deutschland im Sommer 1905 ebenfalls ein — glücklicherweise nicht so entsetzliches — Courrières erlebt hat: die Katastrophe auf der Zeche Borussia. Die Mehrheitsparteien nahmen dafür eine vom Zentrum eingebrachte Resolution an, die in der Sache wesentlich abgeschwächt und die Kontrolle den Reichsbehörden entzog und sie den Bergbehörden der Einzelstaaten überläßt. Erfolg hatte dagegen die Fraktion mit dieser, von ihr ebenfalls eingebrachten Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Großeisenindustrie eingeleitet werde.

Die Untersuchung wäre unter anderem auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit oder die Dauer der Arbeitsschichten;
2. über die Ueberstunden und Ueberschichten unter Berücksichtigung der Zahl der Ueberarbeit leistenden Arbeiter für jedes einzelne Werk, sowie der auf jeden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Zahl der Arbeitsstunden;
3. über die Einwirkung der Arbeitszeit sowie der Nacht- und Ueberarbeit auf die Unfallhäufigkeit und die Erkrankungsgefahr für die Arbeiter.
4. über die Durchführung und die Wirkung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter;
5. über die von den Werksleitungen getroffenen Einrichtungen, wie Waschgelegenheit, Badeeinrichtungen, Räume zum Einnehmen von Mahlzeiten usw.

Die Annahme dieser Resolution durch die Mehrheitsparteien, die außer den Konservativen dafür stimmten, ist sicherlich der durch ein gewaltiges Material gestützten und außerordentlich wirkungsvollen Kritik eines unserer Redner an den Zuständen in der Großeisenindustrie, speziell in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien zu danken. Unter dem geradezu unwiderstehlichen moralischen Druck der von unserem Redner entrollten Bilder, sahen sich Zentrum und Nationalliberale wohl oder übel genötigt, der Resolution ihre Zustimmung zu geben.

Etat des Reichsheeres.

Die prinzipielle Bekämpfung des kulturwidrigen Militarismus, der schwer auf dem Volke lastet und ein Hindernis für die freiheitliche Entwickelung bildet, hat die Sozialdemokratie stets als eine ihrer parlamentarischen Hauptaufgaben betrachtet. Das heutige Militärsystem steht nicht zuletzt im Dienste der herrschenden und ausbeutenden Klasse, der es auch vielerlei Privilegien bietet, während die schaffende und darbende Volksmasse in der Hauptsache die ungeheuren finanziellen Opfer tragen muß, die der alles überwuchernde Militarismus erfordert, der auch ein Förderer des engherzigsten und schädlichsten Kastengeistes ist und eine stete Gefahr für den Frieden darstellt. Die Sozialdemokratie bekämpft aber auch den Militarismus, weil er die Quelle zahlreicher Mißhandlungen und Schindereien ist und von der herrschenden Gesellschaft gegebenenfalls auch dazu benutzt werden soll, mit Waffengewalt blutig die Arbeiterbewegung niederzuschlagen, wenn sie sich gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung wehrt, wie die Bereitstellung und Verwendung des Militärs selbst bei friedlichen Demonstrationen gezeigt hat. Wir fordern Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung, sinn- und vernunftgemäße Erziehung zur Wehrhaftigkeit von Jugend auf, die auch einen großen nationalen Gesundheitswert hat, während der heutige Kasernen- und Paradedrill nur zu oft gesundheitsschädigend wirkt. Diesen prinzipiellen Forderungen und Anschauungen verliehen unsere Redner beredten Ausdruck, ebenso auch der Tatsache, daß die gesunden Prinzipien, die der größte deutsche Militärreorganisator, Scharnhorst, vor hundert Jahren zu praktizieren begann, als die gedrillte preußische Paradearmee elend und jämmerlich zusammengebrochen war, längst wieder verlassen sind, dem Prunk- und Paradesoldatentum weichen mußten.

Der Kampf gegen die Soldatenschindereien, den die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten mit aller Energie führt, und sich dadurch in hohem Maße um alle die Hunderttausende verdient gemacht hat, die den bunten Rock tragen müssen, ist auch im verflossenen Sessionsabschnitt kräftig fortgesetzt worden; gleichzeitig wurde auch auf die schweren Mängel in der Militärjustiz — die wir grundsätzlich verwerfen — hingewiesen, ebenso auf das mehr als mangelhafte Be-

schwerderecht der Soldaten. Eine recht lebhafte Auseinandersetzung zeitigte die von unserer Seite an den Zuständen in den Militärwerkstätten geübte Kritik, die, weil stets mit einer Fülle von Tatsachen belegt, von der Militärverwaltung außerordentlich unangenehm empfunden wird. Die Sozialdemokratie wird natürlich, solange begründeter Anlaß zu dieser Kritik vorhanden ist, sie auch alljährlich im Interesse der Militärwerkstättenproletarier ungeschminkt ausüben.

In die Beratung dieses Etats spielte auch eine Erklärung hinein, die der Kriegsminister im Namen des Reichskanzlers am 15. Januar d. J. im Reichstage abgab, als Antwort auf eine Interpellation des Zentrums, betr. den Duellunfug und die Verabschiedung solcher Offiziere, die sich weigern, dieser barbarischen Unsitte zu huldigen. Der springende Punkt jener Erklärung ist folgender Satz:

„Solange aber der Zweikampf in weiten Kreisen noch als anerkanntes Mittel zur Wiederherstellung der verletzten Ehre gilt, **kann auch das Offizierskorps in seinen Reihen kein Mitglied dulden, welches nicht bereit ist, gegebenenfalls mit der Waffe für seine Ehre einzutreten.**"

Klipp und klar ließ hier der höchste Beamte des Reichs erklären, daß im sogenannten Staate der Gottesfurcht und frommen Sitte kein Offizier geduldet wird, der eventuell nicht bereit ist, bewußt eine ungesetzliche Handlung zu begehen. Das ist eine, wenigstens indirekte Aufforderung, bestimmte Gesetze zu mißachten, die von einem Sozialdemokraten begangen, mit schwerer Gefängnisstrafe geahndet worden wäre. Und der Kriegsminister unterstrich die Ungesetzlichkeit des modernen Faustrechts, dieses verrohenden Ueberbleibsels der Barbarei ausdrücklich durch die Worte: „**Das weiß jeder, daß er, wenn er zum Duell greift, gegen göttliche und menschliche Gesetze verstößt.**" Und trotzdem — Verabschiedung jedes Offiziers, der gegebenenfalls nicht bewußt gegen das Gesetz verstoßen will. So die Reichsregierung just zur selben Zeit, wo die Justiz des Klassenstaates exorbitante Strafen über Staatsbürger verhängte, weil sie in der Presse aufgefordert hatten, gegen die durch die Dreiklassenschmach bedingte Entrechtung großer Volkskreise energisch aber friedlich anzukämpfen. Scharf und treffend hat unser Redner die Regierungserklärung mit diesen Worten charakterisiert:

„. . . Das bleibt an der Staatsgewalt, an dem Reichskanzler haften, er kann machen, was er will . . . daß er durch seine Erklärung sich mit allen bestehenden Gesetzen der Moral, der herrschenden Religion und des Staates in Widerspruch gelegt hat. Wenn aber der oberste Reichsbeamte derartige Maßnahmen sich erlaubt, so hat jeder andere im Staate dasselbe Recht, seine Auffassung der Dinge, seine Moralbegriffe, seine Staatsbegriffe als gerechtfertigt erscheinen zu lassen und sich über das Gesetz hinwegzusetzen."

Nur daß jeder andere, besonders wenn er Sozialdemokrat ist, dann schwer bestraft wird. — Getreu der grundsätzlichen Bekämpfung des heutigen Militärsystems, lehnte die Fraktion die Forderungen im Militäretat ab.

Die Militär-Pensionsgesetze.

Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Militärpensionen ist im Reichstage von allen Parteien seit Jahren anerkannt worden, da unter den bisher bestehenden Gesetzen vornehmlich die Invaliden und Pensionäre aus dem Unteroffiziers- und Soldatenstande zu leiden hatten, weil schwere Härten vorhanden waren. Dasselbe traf für einzelne Offizierchargen zu. Unbeschadet der ablehnenden Stellung gegen das heutige Militärsystem ist die Sozialdemokratie stets für die Opfer dieses Systems eingetreten und hat auch anerkannt, daß den Militärpersonen, die sich dem Soldatenberuf gewidmet haben, eine Versorgung zugestanden werden kann, wenn sie infolge eingetretener Invalidität

oder in der Gesundheit begründeter Dienstunfähigkeit den Beruf aufgeben. Über dem Offiziers-Pensionsgesetz konnte die Fraktion nicht zustimmen, erstens weil das Recht der obersten Militärgewalt, Offiziere zu jeder Zeit aus sogenannten militärischen Gründen zu verabschieden, nicht beseitigt worden ist, dann aber auch, weil die Pensionen der höheren Offiziere mit geradezu verschwenderischer Freigebigkeit bemessen wurden; endlich auch, weil die Mehrheit unseren Antrag ablehnte, daß Offiziere, die im Rückfalle wegen Soldatenmißhandlungen, oder der Duldung solcher, oder wegen Vernachlässigung ihrer Aufsichtspflicht bestraft worden sind, der Pension verlustig gehen. Wie finanziell belastend das Pensionierungsrecht der Krone ist, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1886 die Gesamtsumme der Offizierspensionen sich auf 22,3 Millionen Mark oder 1219 Mk. pro Kopf der Offiziersetatsstärke belief; 1903 dagegen 40,2 Millionen Mark oder 1692 Mk. pro Kopf der Etatsstärke. Deutschland hat wohl das jüngste Offizierskorps. Vom Jahre 1888/89 bis 1903 wurden nicht weniger als 54 kommandierende Generale, 218 Divisionskommandeure, 550 Brigadekommandeure und 684 Regimentskommandeure pensioniert: Zahlen, die weit den *normalen* Abgang übersteigen. Da im neuen Gesetz die Offizierspensionen wesentlich höher bemessen sind, wird der Pensionsetat mächtig anschwellen, zumal die Bestrebungen, das Offizierkorps zu verjüngen, ungehemmt weiter betrieben werden können. Es erhalten nunmehr kommandierende Generale rund 17 000 Mk. Pension, Generalleutnants rund 11 500, Generalmajore rund 9000, Regimentskommandeure rund 7000 Mk. Die Pensionierten dieser Chargen leben durchschnittlich noch 8, 11, 12 und 15 Jahre, erhalten also pro Mann über 100 000 Mk. an Pension. Da durfte die Fraktion nicht zustimmen, zumal diese Summen durch indirekte Steuern, also in der Hauptsache von der breiten Masse des Volkes, aufgebracht werden müssen.

Dem *Mannschafts*-Pensionsgesetz stimmte die Fraktion zu. Trotz der Mängel, die ihm anhaften, bringt es materielle Verbesserungen und mildert bisher bestandene Härten und Ungerechtigkeiten. Wie kärglich sich die Mannschaftspensionen neben den Offizierspensionen ausnehmen, sei durch die Angabe illustriert, daß im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit Feldwebel 900, Sergeanten 720, Unteroffiziere 600 und Gemeine 540 Mk. Rente erhalten. Der sozialdemokratische Antrag, wenigstens 900, 800, 700 und 600 Mk. festzusetzen, wurde abgelehnt. Noch drastischer kommt die enorme Bevorzugung der Offiziere bei den Kriegs- und Verstümmelungszulagen zum Ausdruck. Ein Verstümmelter der Unterklassen erhält beim Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren jährlich 324 Mk. Zulage, beim Verlust beider Augen jährlich 648 Mk. Ein Offizier dagegen 900 bezw. 1800 Mk. Die Kriegszulage für die Unterklassen beträgt jährlich 180 Mk., für die Offiziere bis einschließlich der Hauptmannscharge 1200, von da aufwärts 720 Mk. Außerdem können Offiziere auch noch andere Zulagen erhalten, falls ihr Einkommen im Falle der Invalidität eine bestimmte Grenze nicht erreicht. Kurz: für die Offiziere gab die Mehrheit mit vollen Händen, knauserig sparsam war sie bei den Mannschaften. Auch beim Mannschaftsgesetz lehnte die Mehrheit unseren Antrag ab, den Soldatenschindern den Pensionsanspruch zu entziehen. Die *bürgerlichen Parteien* haben also bei dieser Gelegenheit *versagt*, bei der es möglich war, die *Soldatenmißhandlungen recht wirksam zu bekämpfen*. Wertvoll ist noch die von uns durchgedrückte Bestimmung, daß die Unteroffizierprämien für Alimentationsansprüche gepfändet werden können. Die Zahl der Fälle, wo Unteroffiziere Mädchen schwängern und sie dann im Elend sitzen lassen, ohne nur einen Pfennig zu den Unterhaltungskosten des Kindes beizutragen, sind ungemein groß. Die erwähnte Bestimmung bietet die Möglichkeit, viele der Pflichtvergessenen wenigstens

materiell zu fassen. Im übrigen spiegelt sich der Klassenstaat scharf in den Pensionsgesetzen wider, durch die krass unterschiedliche Bemessung der Pensionssätze bei Offizieren und Mannschaften.

Flottengesetznovelle — Etat der Marine.

Den beiden Milliarden-Flottenforderungen der Jahre 1898 und 1900 ist im Berichtsjahr eine neue Forderung gefolgt: sechs große Kreuzer, davon einer als Materialreserve, die insgesamt 165 Millionen Mark verschlingen werden; außerdem forderte die Regierung den Ausbau der Torpedoflottille auf 24 Bootsdivisionen. Dadurch wird der ohnehin ungeheuerlich in die Höhe getriebene Marineetat abermals gesteigert. Bis zum Jahre 1917 sollen nunmehr gebaut werden (einschließlich der früher bewilligten Forderungen) 18 Linienschiffe à 86,5 Millionen, 13 große Kreuzer à 27,5 Millionen, 24 kleine Kreuzer à 6,3 Millionen. Dazu kommen noch für 212,8 Millionen Torpedoboote, für 60 Millionen Unterseeboote, für 148,8 Millionen Reserven, so daß allein für Neubauten bis 1917 einschließlich von 118,7 Millionen Reststraten 1577,8 Millionen erforderlich sind. Insgesamt wird die Marine bis zum Jahr 1917 nicht weniger als 3711,2 Millionen erfordern; vorausgesetzt, daß nicht bis dahin neue Flottenforderungen kommen und inzwischen die Baukosten der Schiffe sich abermals enorm erhöhen. Noch vor wenigen Jahren kostete ein Linienschiff „nur" 25—30, ein großer Kreuzer 18—20 Millionen, heute aber 86,5 bezw. 27,5 Millionen. Und binnen kurzer Frist werden diese Sätze abermals umgestoßen werden, wie auch der jetzige Flottenbauplan durch die neuen Forderungen. Die aus dem Zentrum, den Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und den Freisinnigen weiblicher Linie gebildete Hurramehrheit wird auch zu weiteren Forderungen Ja und Amen sagen. Im Prinzip hat auch der „männliche" Freisinn im vergangenen Winter den Neuforderungen zugestimmt und hat nur der Deckungsfrage wegen *dieses Mal* noch nein gesagt. Der Flottentaumel hat aber bereits in seinen Reihen Einzug gehalten. Die Sozialdemokratie allein kämpft im wohlverstandenen Volksinteresse gegen die ungeheueren Rüstungen zur See, der militärischen Grundlage für eine ungemein gefährliche, plan- und uferlose Weltmachts- und Eroberungspolitik. Der Rüstungswahnsinn verschlingt die schweren Steueropfer, die vornehmlich die breiten Volksmassen aufbringen müssen; unterdessen selbst die notwendigsten Kulturaufgaben in schreiendem Maße vernachlässigt werden. Ein wahrer Flotten- und Weltmachtsrausch hat die bürgerlichen Parteien erfaßt, und sie opfern blindlings in diesem Zustande sowohl das Volkswohl wie auch die Rechte des Reichsparlaments, das durch die Bewilligung weitfristiger Baupläne und neuer indirekter Steuern immer ohnmächtiger gegen die Regierung wird.

Mit größter Schärfe bekämpfte unser Redner die Flottenforderung und beleuchtete dabei schonungslos den Umfall des Zentrums, das noch im Jahre 1898 mit hochtönenden Worten, in denen es ja Meister ist, gegen die uferlosen Flottenpläne sich gewendet hat, heute aber unter Benutzung derselben unwahren und schäbigen Argumente, die es damals noch verhöhnte, Flottenrüstungen mit Hurra bewilligt. Das Gebaren des Flottenvereins zerpflückte unser Redner ebenso wirksam, wie die unwahre Behauptung, die Flottenverstärkung diene der Ausbreitung des Handels und der industriellen Entwickelung. An der kolossalen Steigerung des deutschen Gesamthandels, der von 8300 Millionen im Jahre 1896 auf über 13 000 Millionen im Jahre 1905 angewachsen ist, hat die Flotte gar kein Verdienst, wie überhaupt Militarismus und Marinismus nie ein Verdienst an der wirtschaftlichen Entwickelung haben können, die ohne Rüstungen glänzendere, vor allen Dingen segensreichere Erfolge aufweisen

würde. — Dem freisinnigen Antrag, die Kosten der neuen Flottenforderung durch eine Reichsvermögenssteuer zu decken, stimmte die Fraktion zu; der Antrag wurde aber in namentlicher Abstimmung mit 142 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Die Flottenpatrioten belasten eben lieber den ärmsten Mann im Volke als sich und ihre Sippe.

Die Beratung des Marineetats nahmen unsere Redner wahr, um die Zustände auf den kaiserlichen Werften zu besprechen, die so wenig davon Zeugnis geben, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Es wurde nachgewiesen, daß auf den kaiserlichen Werften geringere Löhne gezahlt werden als in der Privatindustrie; haben doch auf der Kieler Werft beinahe 18 000 Arbeiter = 76,9 Proz. der überhaupt Beschäftigten, ein Einkommen von nur 1000—1500 Mk. Dabei sind in den Hafenstädten Nahrungsmittel und Wohnungen ungemein teuer. Nicht einmal der Neunstundentag ist eingeführt, trotzdem diese Arbeitszeit auf Privatwerften besteht. Die Arbeitsordnungen, das Strafgelderwesen und die Bedeutungslosigkeit der jetzigen Arbeiterausschüsse, die unter einem erzreaktionären Wahlunrecht gewählt werden, fanden gleichfalls gebührende Würdigung. Und wie antwortete die Marineverwaltung auf diese wohl substantiierten Anklagen? Sie weise „fremde" Einmischungen zurück, das Vorgehen der Sozialdemokratie mit ihrer Kritik könne nur veranlassen, daß die Verwaltung vorsichtiger werde in dem Bestreben, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Also die Arbeiter sollen es eventuell nachteilig zu spüren bekommen, wenn im Parlament Mißstände in den Staatsbetrieben pflichtgemäß kritisiert werden. Die Antwort hierauf entbehrte natürlich nicht der nötigen Schärfe und sie enthielt auch die Warnung, daran zu denken, daß die Arbeiter der Staatswerkstätten keine Kulis und keine Rekruten sind, die ruhig das ihnen Gebotene hinnehmen müssen. Die Sozialdemokratie wird sich nie davon abhalten lassen, gebieterisch zu fordern, daß die Lage der Arbeiter in Staatsbetrieben gründlich verbessert wird.

Etat der Kolonien

Ungewöhnlich umfangreich und heftig gestaltete sich die Beratung der Kolonialetats, die von einer moralischen Hinrichtung nicht mehr weit entfernt war. Immer unverhüllter zeigt sich das Fiasko, das Deutschland mit seiner Kolonialpolitik erleidet, die Unsummen schon verschlungen hat und — solange im Reichstage eine Mehrheit wie die heutige zum Schaden des Volkes und Staates existiert — noch Unsummen verschlingen wird, mit dem bisher einzigen Erfolg, daß die Kolonialpolitik kaum notdürftig einen lächerlich geringen Handel zeitigte, dafür aber Skandale und Verbrechen aller Art, die auf Deutschland Schmach über Schmach gehäuft haben. Wie rasend die Aufwendungen des Reiches (Reichszuschüsse und sonstige Ausgaben) gewachsen sind, zeigen diese Angaben: 1885 gab das Reich für die Kolonien rund 248 000 Mk. aus, 1895 bereits rund 6,1 Millionen, 1904 rund 149,4 Millionen. Allein für die famose chinesische Pachtung Kiautschou sind bisher 85,9 Millionen verausgabt worden. Der Kreuzzug nach Ostasien hat bisher 274,1 Millionen, der Aufstand in Südwestafrika über 300 Millionen verschlungen. Bald wetterleuchtet es in dieser, bald in jener Kolonie, und die Gefahr, daß neue, schwere Aufstände ausbrechen, ist drohend nahe. Nicht weniger als 753 Millionen Mark sind in den unseligen 20 Jahren deutscher Kolonialpolitik verschleudert worden, während der Gesamthandel in dieser Zeit sich auf rund 320 Millionen Mark berechnet, wobei besonders zu beachten ist, daß diese Ziffer auch nur durch die Einrechnung der Lieferungen für Militär, Beamte usw. erreicht worden ist. In den deutschen Kolonien lebten bis 1904 kaum 6000 Deutsche; von einer späteren starken Ansiedelung kann nie die Rede sein. Mußte doch selbst der als Kolonialschwärmer bekannte Hänge-Peters noch im November 1905 zugeben, daß Süd-

westafrika kaum an die ärmsten Teile Britisch-Südafrikas heranreicht. Und der Afrikaforscher v. Nettelbladt, eine genauer Kenner dieser Kolonie, die einen anderthalbmal so großen Flächeninhalt wie das Deutsche Reich hat, erklärte, daß Südwestafrika höchstens 40 000—50 000 Menschen zu ernähren vermag. Welche Flächen notwendig sind, um ein Stück Rindvieh oder Kleinvieh zu ernähren, darüber mußte der Besiedelungskommissar Dr. Rohrbach Angaben machen, die bei jedem Landwirt Entsetzen hervorrufen. Und dabei wird die Zukunft und der „Wert" dieser famosen Kolonie neuerdings mit dem phantastischen Hinweis auf die dort angeblich mögliche große Viehzucht gepriesen. In anderen deutschen Kolonien sollen der unermeßliche Holzreichtum, große Mineralienlager, die Möglichkeit der Anlegung großer Baumwollkulturen usw. es „lohnen", daß alljährlich Unsummen aufgewendet werden, trotz der Finanzmisere, in der sich das Reich befindet.

Aber Wahrheit werden alle diese Phantasiekolonialschätze niemals werden, weil sie eben nur in der Phantasie, aber nicht in deutschen Kolonien vorhanden sind, wenigstens nicht in dem Maße, daß sie nur ein Viertel all der Geldaufwendungen lohnten. Trotzdem: nicht eine der bürgerlichen Parteien ist bereit, dem deutschen Kolonialaberwitz ein Ende zu bereiten, der jetzt schon resigniert mit dem famosen-Argument verteidigt wird: Wir haben einmal die Kolonien, es ist um sie deutsches Blut geflossen, ergo müssen wir sie um der Ehre Deutschlands halber halten, die — wie nochmals betont werden soll — beinahe tagtäglich in den Kolonien in schwerster Weise ramponiert wird. Nur die sozialdemokratische Fraktion bekämpfte die Kolonialpolitik grundsätzlich, die nichts gemein hat mit der Kulturentwickelung, nicht der Zivilisation dient, sondern der brutalsten und blutigsten Abenteurerlust und einem rücksichtslosen, von wildester Profitgier beseelten Ausbeuter- und Spekulantentum auf Kosten der Steuerzahler Riesengewinne zuschanzt. Welche Blüten die deutsche Kolonialpolitik gezeitigt hat, haben mit erschreckender Deutlichkeit wiederum die Verhandlungen des verflossenen Sessionsabschnittes gezeigt. Für einen halben bis zwei Pfennig pro Tag mußten in Ostafrika die Eingeborenen schwere Arbeit verrichten; dabei sollen sie eine vier Mark hohe Hüttensteuer zahlen, oder sie müssen für diesen Betrag Zwangsarbeit verrichten. Die Behandlung der Eingeborenen ist nur zu oft eine skandalöse; ihre Frauen und Mädchen werden nicht selten Opfer der Begierden der christlichen „Zivilisatoren". Barbarische Strafen harren bei den geringsten Vergehen der Eingeborenen, denn in Ostafrika, Togo und Kamerun sind neben der Kettenhaft auch Rutenhiebe zulässig. Im Jahre 1903/04 erhielten in Ostafrika 2293 Eingeborene amtlich Prügel, in Kamerun 293, in Togo 194. Außerdem erhielten noch 2494 Eingeborene Prügel als Zusatzstrafe. Grell wurde die Kolonialjustiz durch die Verurteilung von 30 Akwahäuptlingen zu rund 70 Jahren Gefängnis nebst Zwangsarbeit beleuchtet. Die Häuptlinge haben sich entgegen einem sinnlosen Verbot des Gouverneurs v. Puttkamer bei der Regierung und dem Reichstag beschwert und sie sollen dabei Beamtenbeleidigungen begangen haben. Dieser ungeheuerliche Justizakt wurde von unserer Seite in denkbar schärfster Weise verurteilt und gleichzeitig wurde auch gefordert, daß die Häuptlinge auf freien Fuß gesetzt werden. Die Kolonialverwaltung hatte das Urteil aufgehoben und an ein anderes Gericht verwiesen. Unser Antrag wurde abgelehnt; später jedoch setzte man die Häuptlinge in Freiheit.

Daß dem Reichstage selbst auf Anfragen wichtige Dinge vorenthalten, andere sehr entstellt, ungenau, ja auch der Wahrheit zuwider von amtlicher Seite mitgeteilt werden, dafür sind vollgültige Beweise erbracht worden; endlich auch dafür, daß Kolonialbeamte, die den schimpflichen Abschied verdient haben, sogar mit Pension entlassen worden sind. So der Hauptmann Besser (Kamerun), der 60—70 eingeborene Träger verhungern ließ und auf die Vor-

stellungen eines Offiziers die bestialische Antwort gab: „Ich will gerade, daß die Schweine verrecken." Der Unmensch erhielt ganze sieben Monate Festungshaft. Ein Hauptmann Kannenberg, der eine ahnungslose Frau aus purem Mutwillen angeschossen hatte, wurde mit einer geringen Gefängnisstrafe belegt und mit Pension entlassen. In diesem Fall, wie in einem anderen (Hauptmann Thierry, der einen Mann vom Baume heruntergeschossen hatte), mußte der Kolonialverwaltung nachgewiesen werden, daß dem Reichstage nicht die volle Wahrheit gesagt worden ist. Und wie versucht wurde, die Puttkameraffäre als möglichst harmlos darzustellen, ist noch in frischer Erinnerung. Die Verträge mit den Land- und Eisenbahngesellschaften, die Abkommen mit Syndikaten lieferten den Beweis, daß die Kolonialverwaltung nicht einmal die Fähigkeit hat, die Tragweite der von ihr getroffenen Vereinbarungen zu überschauen. So sind Landkonzessionen erteilt worden, die die Eingeborenen den Gesellschaften auf Gnade und Ungnade ausliefern; die Landstrecken werden Objekte der wildesten Bodenspekulation. Neben der oftmals grausamen Behandlung ist es nicht zuletzt auch der konzessionierte Landraub an den Eingeborenen, der sie zu Aufständen treibt, die dann blutig auf Kosten der Steuerzahler niedergeschlagen werden. In Südwestafrika hat man die Aufständischen überhaupt ihres Landes beraubt, so daß die sozialdemokratische Fraktion diesen, vom Reichstag dann angenommenen Antrag einbrachte:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle dafür sorgen, daß in der Kolonie Südwestafrika den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt in selbständigen Wirtschaftsbetrieben ausreichender Landbesitz zugesichert werde, um auf dieser Grundlage die Rückkehr friedlicher Zustände in der Kolonie und die schleunige Zurückziehung der dort bisher zu kriegerischen Operationen erforderlichen Truppen zu ermöglichen.

An dem ungeheuerlichen Erlaß des früheren Generalissimus in Südwestafrika, v. Trotha, an das Hererovolk übten unsere Fraktionsredner schneidende Kritik und legten dabei eingehend die Begriffsverwilderung dar, die die koloniale Eroberungspolitik gezeitigt hat, wofür auch die Tatsache spricht, daß der Erlaß Trothas im Reichstage Verteidiger fand. Wie die Kolonialverwaltung die von ihr so gern betonte „zivilisatorische und kulturelle Aufgabe" der deutschen Kolonialpolitik auffaßt, das hat der in der Puttkameraffäre mehrfach genannte und einflußreiche Geheimrat Rose am 15. März d. J. im Reichstage durch diese Aeußerung verraten:

„. . . Ich kann Ihnen offen sagen: es ging nicht in meinen Kopf als praktischer Verwaltungsbeamter hinein, daß Herr Brandeis (Landeshauptmann auf den Marschallinseln) nicht berechtigt gewesen sein sollte, den Leuten da mal eine Tracht Hiebe aufzählen zu lassen. (Große Unruhe und vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Wie die Vollziehung der Prügelstrafe gerade auf den Marschallinseln wirkt, das schilderte Generalkonsul Knappe in Shanghai wie folgt:

„Ich habe sowohl in Samoa wie auf den Marschallinseln die Vollziehung der Prügelstrafe mit angesehen. Der Eindruck war ein widerwärtiger für die Weißen sowohl wie für die Farbigen. Die letzteren gerieten in die höchste Aufregung, und auf den Marschallinseln war es nur dem Zufall der Anwesenheit eines Geschwaders zu danken, daß nicht eine offene Empörung aus Anlaß dieser Prügelstrafe eingetreten ist."

Daß die Anwendung der Prügelstrafe, mag sie amtlich verhängt oder von sogenannten Kolonisatoren eigenmächtig ausgeübt worden sein, mit zu den bisherigen Aufständen in deutschen Kolonien beigetragen hat, ist unbestreitbar. Trotzdem: Sehr gut! schreit der nationalliberale Chorus zu dieser Barbarei,

und bewilligt dann im trauten Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien auf Kosten der Steuerzahler die Millionen, die die blutige Niederwerfung der durch Landraub, Prügel und Ausbeutung zur Empörung getriebenen Naturvölker erfordert.

Von einer Ausnahme abgesehen, einer Forderung für eine weiße Simultanschule in Ostafrika, lehnte die Fraktion alle Kolonialforderungen ab, auch die Mittel bezw. die Zinsgarantie für eine Eisenbahn von Lüderitzbucht nach Kubub und die ad hoc vor den Reichstag gebrachte Fortsetzung bis Keetmanshoop (Südwestafrika), sowie die Eisenbahn Duala-Manengubaberge. Energisch bekämpfte die Fraktion die geforderte Errichtung eines Kolonial-Staatssekretariats, das schwere, heute ganz unübersehbare Folgen in politischer und finanzieller Beziehung haben muß. Daß die Etablierung eines solchen Staatssekretariats, mit einem Prinzen an der Spitze, zu neuen enormen Kolonialforderungen führen wird, hat auch ein Mitglied der Rechten verraten. Das Sekretariat wurde erst in zweiter Lesung mit 127 gegen 110 Stimmen angenommen, es fiel aber in dritter Lesung mit 142 gegen 119 Stimmen, dafür wurde mit 117 gegen 64 Stimmen und 91 Enthaltungen ein Unterstaatssekretär bewilligt, während bisher dem Amt ein Direktor vorstand. Die deutsche Kolonialpolitik mit ihrer Sinn- und Systemlosigkeit, mit ihrer Begünstigungs- und Protektionswirtschaft, ihren großen Ungerechtigkeiten gegen Eingeborene, hat im verflossenen Sessionsabschnitt wenigstens teilweise eine arge Bloßstellung erfahren. Den Versuchen, die Kolonialkritik und die Aufdeckung der zahllosen Mißstände einzuschränken, wird die Sozialdemokratie energisch entgegentreten, ohne die grundsätzliche Bekämpfung der kapitalistischen kolonialen Eroberungs- und Ausbeutungspolitik nur einen Augenblick zu unterlassen.

Etat der Reichs-Justizverwaltung.

Bei der Beratung dieses Etats nahmen unsere Redner Veranlassung, auch die stetig wachsenden politischen Tendenzprozesse mit ihren zum Teil direkt drakonischen Urteilen gegen Angehörige der modernen Arbeiterbewegung hinzuweisen, wobei natürlich diese Art Handhabung der Rechtsprechung einer scharfen Kritik unterworfen wurde. An Stelle eines Ausnahmegesetzes scheint der weiße Schrecken treten zu sollen, wie die ungeheuerlichen Urteile in Breslau, Leipzig und anderen Orten offenbaren, mit denen die Justiz des Klassenstaates auf die Wahlrechtsforderung und Propaganda in Preußen und Sachsen antwortete. Die immer mehr einreißende Gepflogenheit der Staatsanwälte, politische Angeklagte als beinahe vogelfrei bei den Gerichtsverhandlungen zu behandeln, wurde ebenso kritisch beleuchtet wie die sichtbare Tendenz, die Ausübung des Koalitionsrechtes durch juristische Interpretationen zu erschweren, die, wenn sie gang und gäbe werden sollten in Deutschland, wozu man auf dem besten Wege ist, einen Zustand schaffen müssen, daß, ohne bestraft zu werden, kein Arbeiter, keine Arbeiterorganisation mehr die letzte Konsequenz aus dem Koalitionsrecht ziehen kann, nämlich das Recht des Streiks. Für die Berechtigung des harten und schneidenden Vorwurfs, daß Klassenjustiz geübt werde, hat die deutsche Justiz besonders in den letzten Jahren zu den vielen alten unzählige neue Belege erbracht. Die beabsichtigte Verböserung der ohnehin schon sehr rückständigen Strafprozeßordnung wurde von einem unserer Redner in wirkungsvollster Weise behandelt und gleichzeitig ließ dieser Redner, unter Berufung auf seine praktischen Erfahrungen, den Reichstag einen Blick hinter die Kulissen der Justiz tun, indem er zeigte, daß auch manchmal Urteile wie Zeugenvernehmungen schon vor der Verhandlung fertig gestellt werden. Der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes bebte förmlich vor Zorn und Entrüstung, ohne jedoch die Wucht dieser Anklagen entkräften zu können. Die Unsinnigkeit

der heute üblichen Gefängnisarbeit wurde ebenfalls dargelegt; ebenso auch die Nadelstichpolitik, die durch Strafverfügungen von Polizei- und Justizbehörden gegen die Sozialdemokratie praktiziert wird. Die Justizkritik wird auch in Zukunft bei den Etatsberatungen einen breiten Raum und scharfen Charakter annehmen, nicht weil die Sozialdemokratie daran Gefallen findet, vielmehr weil die Justiz sich immer mehr zu einer Institution der Sozialistenbekämpfung entwickelt, damit aber auch das Fundament zerstört, auf dem sie steht: nämlich das Vertrauen des Volkes. — Die Fraktion stimmte der freisinnigen Resolution zu, die Preßdelikte den Schwurgerichten überweisen will, ebenso auch der Zentrumsresolution, die eine Vereinfachung des Wechselprotestverfahrens forderte und endlich auch den von den Freisinnigen und dem Zentrum eingebrachten Resolutionen, die für Geschworene und Schöffen eine Vergütung ihrer Zeitversäumnis, und die Heranziehung von Angehörigen aus den unbemittelten Klassen zu diesen Aemtern verlangen. Der Reichstag nahm alle diese Resolutionen an

Das Diätengesetz.

Seit ungefähr einem Menschenalter ist beinahe in jeder Session von der Mehrheit des Reichstages vergeblich die Zahlung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten gefordert worden. Die Sozialdemokratie stellte und unterstützte die Forderung, weil sie eine gerechte ist und eine notwendige Ergänzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die zustimmenden bürgerlichen Parteien traten aus Parteizweckmäßigkeitsgründen für die Forderung ein, während die Regierung in der Diätenlosigkeit ein Korrelat zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht sah, vor allem aber, getreu nach Bismarck und der ultrareaktionären Rechten, durch die Diätenlosigkeit anfangs verhindern wollte, daß Angehörige der Arbeiterklasse, schließlich auch des sogenannten Mittelstandes, in das Reichsparlament ihren Einzug halten. Diese schlaue Spekulation erwies sich aber, soweit die Sozialdemokratie in Frage kam, sofort als verfehlt, weil die Partei an Stelle der fehlenden Reichsdiäten *Parteidiäten* zahlte, die allerdings das Minimum einer Entschädigung für den täglichen Lebensunterhalt in Berlin waren. Aber es ging, und die später genährte Hoffnung der Gegner, die Parteikasse werde die finanzielle Last der stetig wachsenden Mandatszahl nicht ertragen, erwies sich als ebenso trügerisch wie die schoflen Versuche, die Arbeiter gegen die von ihren Groschen sich „mästenden" Führer aufzuhetzen. Die sonst den Ausgaben gegenüber ebenso sparsam wie kritisch veranlagten Genossen lachten nur höhnisch über die durchsichtigen gegnerischen Versuche. Das Wachstum der Sozialdemokratie nötigte die Parteien der bürgerlichen Linken und des Zentrums, um das immer mehr mißtrauisch gewordene Kleinbürgertum und die stutzig werdende Arbeiterschaft bei Wahlen wieder einzufangen, sogenannte Mittelstandskandidaten aufstellen, die aber neben den Agrar- und Industriemagnaten im allgemeinen zu den fleißigsten — — *Schwänzern* der Sitzungen gehörten, teilweise deshalb, weil sie die finanziellen Opfer der pflichtgemäßen Mandatsausübung nicht zu tragen vermochten. Die Agrar- und Industriemagnaten schwänzten natürlich aus anderen, *jeder* Entschuldigung baren Gründen. Monatelang wies der Sitzungssaal eine trostlose Leere auf; die Arbeitsfähigkeit des Reichsparlaments litt außerordentlich unter diesem Zustand. Gebieterisch stellte sich die Notwendigkeit der Diätenzahlung ein, *im Interesse der — — bürgerlichen Parteien* und des bürgerlichen Parlamentarismus. Und speziell der Gang der parlamentarischen Geschäfte der letzten zwei Jahre ließ der Regierung gar keine andere Wahl mehr übrig, als der Forderung des Reichstages Rechnung zu tragen, die im Januar dieses Jahres aufs neue von ihm erhoben worden ist. Und man darf ruhig

behaupten: ohne die Diätenvorlage wären, wenigstens im verflossenen Sessionsabschnitt, weder die famose Finanzreform noch die Militärpensionsgesetze zur Verabschiedung gelangt.

Streng genommen, erhalten die Reichstagsabgeordneten auch jetzt keine Diäten, sondern eine Aufwandsentschädigung, wie die Formel lautet. Ob diese deshalb gewählt worden ist, um nicht das unwidersprochen gebliebene Wort zu desavouieren: „den Kerls auch noch Diäten," oder aus anderen Gründen, oder vielleicht aus beiden, soll hier nicht näher untersucht werden. Die Entschädigung beträgt 3000 Mk. pro Kalenderjahr, zahlbar in fünf Monatsraten, deren erste 200 Mk. beträgt und dann um je 100 Mk. steigt, sowie in einer Schlußsumme von 1000 Mk., die gleichsam eine Art Akkordprämie ist. Das Gesetz enthält noch einige Schikanierungsbestimmungen, z. B. daß für jede versäumte Sitzung 20 Mk. abgezogen werden; das gleiche gilt, wenn ein Abgeordneter eine namentliche Abstimmung versäumt, sonst aber der Sitzung beigewohnt hat. Die Ursache der Versäumnis kommt nicht in Betracht. In ihrer Vorlage forderte die Regierung ziemlich kategorisch reaktionäre Kompensationen; nämlich die Abänderung des Artikels 28 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß zur Beschlußfassung die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Reichstagsmitglieder notwendig ist, das sind 199 Abgeordnete. Die Regierung wollte, daß Beschlüsse über die Geschäftsordnung bezw. den Geschäftsgang von jeder Teilnehmerzahl gefaßt werden können. Absicht und Zweck dieser Forderung war, die Annahme von Schlußanträgen zu erleichtern und dadurch die der Regierung sehr verhaßte umfangreiche sozialdemokratische Etatskritik einzuschränken, wie die sozialdemokratische Kritik überhaupt. Schlußanträge sind zwar auch heute, wie bisher und in Zukunft zulässig, aber mindestens 199 Abgeordnete müssen bei der Beschlußfassung zugegen sein, weil sonst der von einem Abgeordneten geäußerte Zweifel der Beschlußfähigkeit der Sitzung sofort ein Ende bereitet. Wenn die Regierungsforderung schließlich abgelehnt worden ist, trotz der großen Sympathien, die ihr die meisten bürgerlichen Parteien entgegenbrachten, so nur deshalb, weil die wuchtige Kritik unseres Fraktionsredners nicht ohne nachhaltigen Eindruck blieb und — das ausschlaggebende und hervorragend an der Diätenzahlung interessierte Zentrum doch nicht den Mut besaß, die Diäten mit der von der Regierung beabsichtigten parlamentarischen Knebelung der Sozialdemokratie zu erkaufen. Mit der Ablehnung dieser Regierungsforderung fiel auch das entscheidende Hindernis für die Zustimmung unserer Fraktion zum Gesetz, das in namentlicher Abstimmung mit 238 bezw. 211 gegen 41 bezw. 52 Stimmen angenommen worden ist und das gleichzeitig auch verfassungsmäßig die Freifahrt der Reichstagsmitglieder auf allen deutschen Eisenbahnen während der Sitzungsperiode festlegt. Bisher war die Fuhrtberechtigung beschränkt und von der Beschlußfassung durch den Bundesrat abhängig. Die sozialdemokratische Fraktion sah, wie kurz noch bemerkt sei, der ganzen Diätenaktion mit heiterster Ruhe zu. Gegen sie vornehmlich hat man seinerzeit die Diätenlosigkeit eingeführt, die bürgerlichen Parteien aber getroffen, während die Sozialdemokratie auf diese Maßregel einfach gepfiffen hat.

Das Gesetz gegen die Hülfskassen.

Die reaktionäre, jeder selbständigen Regung und Betätigung der Arbeiterschaft feindliche Tendenz, die wie ein roter Faden auch die sozialpolitische Gesetzgebung durchzieht, lebt neuerdings mit besonderer Lebendigkeit auf. Schwer bedroht ist das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen, zuvor aber sollen die freien und eingeschriebenen Hülfskassen möglichst stranguliert werden, wie das dem Reichstag vorliegende Hülfskassengesetz beweist, das die Hülfskassen unter das Privatversicherungsgesetz stellen will. Das sehr durchsichtige Vor-

gehen wird mit der Notwendigkeit motiviert, die — — Schwindelkassen zu bekämpfen. Daß die Hülfskassen mit diesen aber nichts gemein haben, vielmehr durchaus einwandsfrei ihre Aufgabe erfüllen, steht erfahrungsgemäß fest. Die Fraktion bekämpfte daher das Hülfskassengesetz ganz energisch. Unser Redner bei der ersten Beratung führte die Begründung der Regierung für das Gesetz gründlich ad absurdum und wies nach, daß bei der Buntscheckigkeit und den niedrigen Leistungen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung die Existenz der gut und vertrauenswürdig geleiteten und gestellten Hülfskassen geradezu eine Notwendigkeit ist, die auch der großen, großen Zahl der Nichtversicherungspflichtigen die Möglichkeit einer soliden Versicherung bieten. An schlagenden Beispielen wies unser Redner die Schädigung nach, die der sehr großen Zahl der in Hülfskassen Versicherten zugefügt wird, wenn das Gesetz Annahme findet. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, da der Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen worden ist, die ihre Beratungen noch nicht zum Abschluß gebracht hat.

Aenderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Ein grelles Schlaglicht auf die Habgier der Junker und die Folgsamkeit der Regierung warf ein kleiner Gesetzentwurf. § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen."

Auf Grund dieses Paragraphen sind in den fünf Jahren 1900 bis 1904 in ganz Deutschland 855 Personen von den Landgerichten und Oberlandesgerichten zu Schadensersatz verurteilt. Nicht mitgezählt sind die kleinen Schäden, die von Amtsgerichten erledigt wurden, wo der Schadensersatz also keine 300 Mk. betrug. Will sich ein Tierhalter vor großen Ausgaben bewahren, so kann er sich gegen Haftpflichtschäden versichern. Die meisten großen Tierhalter sind auch bei sogenannten Gegenseitigkeitsversicherungen versichert. Kapitalistische Versicherungsgesellschaften nehmen für die Haftpflichtversicherung von ein Pferd 8 Mk. pro Jahr. In den Gegenseitigkeitsversicherungen ist es erheblich billiger. Die Junker hatten sich nun ausgerechnet, daß sie es noch einige Pfennige billiger haben könnten, wenn sie nicht jeden durch ein Tier zum Krüppel gewordenen Menschen zu entschädigen brauchten. Sie beantragten daher, dem Paragraphen folgenden Zusatz zu geben: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird und derjenige, welcher das Tier hält, bei dessen Beaufsichtigung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet, oder wenn der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde."

Hat der Herr seinem Knecht eingeschärft, er soll gut aufpassen und wenn dann ein leicht scheuendes Pferd dennoch durchgeht und Menschen zu Krüppeln stampft, dann sollen die Krüppel weder Anspruch auf Kurkosten noch auf sonst einen Schadensersatz haben. Der Tierhalter hat die nötige Sorgfalt beobachtet. Durch einen Geschäftsordnungstrick gelang es im vorigen Jahre unseren Genossen, diesen Antrag die Form einer Resolution zu geben, wodurch die direkte Aenderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs verhindert war.

Die Regierung, die sonst die Resolutionen wenig beachtet, wagte aber nicht eine Resolution, in der die Junker einen Profit von wenigen Pfennigen auf Kosten von Krüppeln und Witwen und Waisen forderten, unbeachtet zu lassen. Schon am 24. Februar kam eine Regierungsvorlage, die den Wünschen der Junker Rechnung trug.

Die jetzige Fassung des § 833 ist dem code civil, also jenem vor mehr als 100 Jahren geschaffenen bürgerlichen Gesetzbuch Frankreichs entnommen und in den linksrheinischen Bezirken seit mehr als 100 Jahren geltendes Recht gewesen. Der soziale Grundgedanke, daß der an Leben und Gesundheit Geschädigte nicht verhungern soll, widerstrebt den Auffassungen ostelbischer Junker und einer Reihe von Zentrumsagrariern und Juristen. Kann man die Agrarier um einige Pfennige bereichern, dann nimmt man selbst dem Krüppel sein Stück Brot. Dieses Streben wird von der Regierung unterstützt. Noch ist die Aenderung nicht beschlossen, aber es wird sich dieselbe Mehrheit, die schon so viel zur Bereicherung der Agrarier getan hat, auch hier zusammen finden. Die Junker gewinnen nur wenige Pfennige, aber die Krüppel verlieren ihre Existenz. Diese Vorlage ist ein drastischer Beleg für die Sozialpolitik des Fürsten Bülow.

Kleinere Gesetzesvorlagen.

Von den kleineren Gesetzesvorlagen und der Stellungnahme der Fraktion dazu sei das folgende erwähnt: Die Fraktion stimmte der Erhöhung der Naturalverpflegungssätze bei Einquartierungen zu, weil angesichts der Steigerung der Lebensmittelpreise die bisherigen Sätze nicht mehr haltbar waren und besonders die ärmere Bevölkerung, die mit Einquartierung bedacht wird, hart belastete. Weiter stimmte die Fraktion einem Gesetze zum erhöhten Schutze der Sing- und Nutzvögel zu, wobei unser Redner betonte, daß auch der erhöhte Schutz noch ungenügend ist. Für das Gesetz betr. die Haftpflicht beim Betrieb von Kraftfahrzeugen sprach sich die Fraktion aus, wie sich ja auch aus dem von ihr eingebrachten Initiativantrag ergibt. Der Entwurf befindet sich in der Kommissionsberatung. Bei Beratung des Gesetzes betr. die Maß- und Gewichtsordnung forderte die Fraktion, daß die Arbeiterinteressen berücksichtigt werden, z. B. ist notwendig die Eichung der Förderwagen in den Bergwerken, sowie der Längenmaße in den Textilfabriken, die zum Messen der von den Arbeitern angefertigten Webwarenstücke benutzt werden. Ueberzeugend wies unser Redner nach, daß heute sowohl in Bergwerken wie in Textilfabriken die Arbeiter durch unrichtige Maße schwer geschädigt werden. Beim Streik im Ruhrrevier sind ja diese Klagen massenhaft von den Arbeitern erhoben worden. Der Eichzwang wird also für die Arbeiter wertvoll sein. Der Gesetzentwurf befindet sich noch in der Kommissionsberatung. — Weiter stimmte die Fraktion dem Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Schweden zu, der provisorischen Verlängerung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten, der Verlängerung des Handelsprovisoriums zum Britischen Reich, dem Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden, sowie dem deutsch-äthiopischen Handelsvertrag. Unsere Zustimmung fand auch das Gesetz betr. den Servistarif und die anderweitige Klasseneinteilung der Orte, wobei unser Redner die Regierung aufforderte, für die nächste Zukunft eine gerechtere Einteilung der Orte vorzubereiten.

Interpellationen — Initiativanträge.

Sofort nach dem Zusammentritt des Reichstages richtete die Fraktion an den Reichskanzler diese Interpellation:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Höhe der Fleischpreise, die seit geraumer Zeit eine Kalamität für weite Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung geworden ist, entgegenzuwirken? Gedenkt der Herr Reichskanzler insbesondere eine Aufhebung der Fleisch- und Viehzölle und eine Aufhebung der Vorschriften herbeizuführen, die die Einfuhr lebenden Viehes und zubereiteten Fleisches aus dem Ausland erschweren?“

In der eingehenden Begründung brandmarkte unserer Redner die Politik, durch hohe Zölle die notwendigsten Lebensmittel künstlich zu verteuern, durch Grenzsperren und Einfuhrerschwerungen vorhandenen Mangel an Schlachtvieh zu vergrößern, also eine weitere Teuerung herbeizuführen im Interesse der unersättlichen Profitgier der Agrarier. Unser Redner wies auch auf die enorme Schädigung der Volkskraft und Gesundheit hin, die durch die agrarische Liebesgabenpolitik eintritt, weil die ohnehin vorhandene Unterernährung großer Volksmassen erheblich verschlimmert wird. Abschaffung der Zölle, Aufhebung der Grenzsperre unter Beobachtung vernünftiger Vorsichtsmaßregeln war unsere Forderung, die der preußische Landwirtschaftsminister in seiner Beantwortung mit Argumenten bekämpfte, die die zollwucherische Reichstagsmehrheit entzückten, weil sie offenbarten, daß die Regierung mit Volldampf im Fahrwasser der Agrarier und Lebensmittelverteuerer segelt.

„Boruſſia"-Interpellation. Im Juli 1905 ereignete sich auf der Zeche „Boruſſia" (Ruhrgebiet) ein Zechenbrand, dem 39 Bergleute zum Opfer fielen; nur die Leichen von 14 der Toten konnten geborgen werden, die übrigen lagen noch viele Monate in der Grube. Bei der späteren Bergung glaubte man Merkmale für die entsetzliche Annahme gefunden zu haben, daß von den 25 Verunglückten ein Teil nicht den Tod in dem unterirdischen Feuermeer, sondern durch Verhungern erlitten hat.

Die Fraktion richtete an den Reichskanzler diese Interpellation:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Boruſſia" bei Dortmund ein Schachtbrand eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden sind? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt wird?"

Was angesichts der Größe und des entsetzlichen Charakters jener Katastrophe selbst von der deutschen Regierung nicht zu erwarten war, geschah: sie lehnte die Beantwortung ab, weil — — die Untersuchungen keine Verletzung reichsgesetzlicher Vorschriften ergeben hätten. Und auf die zweite Frage unserer Interpellation, was die Regierung zu tun gedenkt, um ähnlichen Katastrophen vorzubeugen, hatte sie nicht einmal ein Wort übrig, so redefreudig sie sonst ist, z. B. bei Agrariern, Flottenpatrioten usw. Die Fülle des von unseren Rednern bei der Interpellationsbesprechung vorgebrachten Materials illustrierte das Elend des deutschen Bergarbeiterschutzes drastisch und erbrachte den zwingenden Beweis für die Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes und der Anstellung von Bergarbeitern bei der Berginspektion. Nicht unerwähnt bleibe die Rolle, die der nationalliberale Abg. Beumer bei dieser Debatte spielte, als Rausreißer des Grubenkapitalismus, dessen Raubbau und unersättliche Profitsucht die ungeheueren Menschenopfer im Bergbau mit verschuldet. Vom Jahre 1886 bis 1904 sind im deutschen Bergbau 102 252 Proletarier verunglückt; 19 407 davon blieben tot auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Von einer unermeßlichen Summe von Schmerzen und Leiden, Elend und zerstörtem Familienglück reden diese grausigen Zahlen. Mögen sie in ihrer vollen erschütternden Wucht den Bergarbeitern sagen und lehren, daß diesem industriellen Massenmord nur durch energische organisatorische Betätigung und durch Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise Einhalt getan werden kann. Was die Bergarbeiter von der Regierung zu erwarten haben, hat ihnen aufs neue ihr Verhalten bei der „Boruſſia"-Interpellation gelehrt —, und welche Sorte Freunde die Bergarbeiter an den bürgerlichen Parteien haben, ist ihnen durch die Verhunzung der ohnehin kraftlosen Berggesetznovelle im preußischen Dreiklassenparlament klar demonstriert worden. Die Sozialdemokratie allein vertritt ehrlich und energisch die Interessen aller Arbeiter.

Interpellation betr. die Russenausweisungen.

Massenhaft wurden im April d. J. aus Berlin russische Staatsangehörige ausgewiesen, ohne daß die geringste Veranlassung zu dieser willkürlichen, in ihrer Form und Wirkung ungemein brutalen Maßnahme vorhanden war. Die Fraktion interpellierte deshalb den Reichskanzler wie folgt:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preußischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 28. Juli 1904 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen zu tun?"

Die Reichsregierung wählte der Tapferkeit besseren Teil und lehnte die Beantwortung ab, indem sie vorschützte, die Handhabung der Fremdenpolizei unterstehe der Machtsphäre der Einzelstaaten, das Reich könne da nicht hineinreden. Die Besprechung der Interpellation führte zu einer Bloßstellung der Berliner politischen Polizei, wie sie blamabler gar nicht gedacht werden kann. Aktenmäßig wies unser Redner nach, daß einer der bekanntesten Berliner Kriminalkommissare (Schöne) einen russischen Staatsbürger zum Landesverrat gegen Rußland anzustiften versuchte, daß das Berliner Polizeipräsidium, um die landesverräterische Handlung zu ermöglichen, dem Manne einen falschen Paß ausstellte und ihm baren Judaslohn noch extra versprach. Diese Enthüllungen über das Gebahren der politischen Polizei schlugen wie eine Granate ein; ebenso auch der Nachweis, daß bei den Ausweisungen teilweise mit der größten Rücksichtslosigkeit verfahren worden ist. Schlimmer hat die politische Polizei, die ja schon vielfach schwer bloßgestellt werden konnte, noch nie am Pranger gestanden, als wie am 8. Mai d. J., dem Tage der Interpellationsbesprechung. Die Wucht der Tatsachen ließ selbst bei den in Fragen des Polizeiregiments so dickfelligen bürgerlichen Parteien das Gefühl der Beschämung aufkommen. Nur der erzreaktionären Rechten blieb es vorbehalten, durch den Junker v. Oldenburg-Januschau diese Polizeitaten verteidigen, ja selbst loben zu lassen, womit die Junker und ihr Anhang wiederum gezeigt haben, welch eine erschreckend rückständige und gemütsrohe Gesellschaft sie sind.

*

Außer diesen drei Interpellationen hat die Fraktion sechzehn Initiativanträge eingebracht, die folgende Materien betreffen:

1. Versammlungs- und Koalitionsrecht; 2. Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages; 3. Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Bergwerksbesitzern und den Bergleuten, auf das lediglich reichsgesetzliche Vorschriften Anwendung finden sollen, die auch gleichzeitig die Arbeitszeit gesetzlich festlegen; 4. Einheitliche Regelung des Knappschaftskassenwesens; 5. Einführung eines Reichsberggesetzes; 6. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes wie folgt: „Der Absatz 3 des § 74 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 erhält folgende Fassung: „Die Vorschriften des § 26 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1, § 37 Absatz 3, §§ 56a und 57a finden auch auf Knappschaftskassen Anwendung."; 7. Gesetz zum Schutze der Arbeiter im Baugewerbe; 8. Errichtung von Gerichten für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und Arbeitgebern; 9. Reichsgesetzliche Vorschriften für die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, unter gleichzeitiger Aufhebung der Gesindeordnungen und Gewährung des Koalitionsrechts; 10. Regelung des Wohnungswesens durch Erlaß eines Wohnungsgesetzes; 11. Aufhebung der Nahrungs- und Futtermittelzölle; 12. Forderung betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten, mit folgender Maßgabe: „In

jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich"; 13. Einsetzung einer Reichstagskommission zur Untersuchung von Tatsachen; 14. Ausdehnung der Immunität der Reichstagsabgeordneten auf die Strafhaft; 15. Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen; 16. Haftung der Eigentümer von Automobilen und Eisenbahnen für den durch ihr Eigentum angerichteten Schaden.

Infolge des häufigen Ausfalls der Schwerinstage kam nur der unter Ziffer 12 genannte Antrag zur Verhandlung. Die aus Nationalliberalen, Konservativen und dem Zentrum gebildete Mehrheit lehnte unseren Antrag ab, wodurch die Nationalliberalen wiederum bewiesen haben, daß ihr Liberalismus ebenso unwahr ist, wie die Zentrumsdevise: Für Wahrheit, Freiheit und Recht. Bei der Beratung wurde von unserer Seite mit allem Nachdruck und voller Schärfe der ebenso erzreaktionäre, wie schreiend ungerechte Zustand bekämpft, daß in Mecklenburg und Elsaß-Lothringen gar keine Volksvertretung existiert, in vielen anderen Bundesstaaten nur das Zerrbild einer Volksvertretung. Daß diese, auf Grund ungerechtester Wahlsysteme gewählten „Volksvertretungen" Tummelplätze der Reaktion sind, auf denen sich nur zu oft wahre Orgien der Arbeiterfeindlichkeit und Volksentrechtung abspielen, hat die Erfahrung genügsam gelehrt.

Der Umstand, daß z. B. das Erziehungswesen, das Vereins- und Versammlungsrecht, Erlaß von Gemeindeordnungen usw. der gesetzgeberischen Tätigkeit der bundesstaatlichen Parlamente unterliegt, beweist genügsam, wie dringend notwendig es ist, daß diese Parlamente auf Grund eines vernünftigen und gerechten Wahlsystems gewählt werden. Aber die bürgerlichen Parteien, die ja die einseitigste Interessenpolitik zum Vorteil der besitzenden Klassen betreiben, fühlen sich hinter den Wahlunrechtsschanzen in den Bundesstaaten so wohl, daß sie freiwillig nie in eine Aenderung einwilligen werden. Je brennender sich aber das Bedürfnis nach einer gesunden Aenderung fühlbar macht, desto schärfer werden die Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten werden, worüber unsere Redner auch gar keinen Zweifel gelassen haben.

*

Von den Initiativanträgen der bürgerlichen Parteien sind zu erwähnen: der alte Agitationsantrag des Zentrums betr. die Freiheit der Religionsübung, bei dessen Beratung unsere Redner dem Toleranz fordernden Zentrum ein mächtiges Sündenregister kirchlicher Intoleranz vorhielten und dabei auch scharf den Mißbrauch der Schule für die kirchlich-dogmatischen Bestrebungen und Lehren bekämpften. Die Sozialdemokratie ist für volle Freiheit der Religionsübung, die aber nur möglich ist, wenn die Kirche vom Staate getrennt und der Konfessionsunterricht aus den Schulen verbannt wird, wohin er vernünftigerweise auch gar nicht gehört. Die sozialdemokratische Forderung, den Zentrumsantrag einer Kommission zu überweisen, um ihn umarbeiten zu können, wurde abgelehnt. — Die Fraktion erklärte sich auch dafür, daß den hülfsbedürftigen Kriegsteilnehmern eine erhöhte Beihülfe gewährt wird, die auf mindestens 1 Mk. pro Tag festzusetzen ist, also nicht nur, wie die konservativen Antragsteller forderten, eine kleine Erhöhung der jetzt 120 Mk. jährlich betragenden Beihülfe eintritt. Unser Redner wies dabei auf die das Deutsche Reich so beschämende armselige Abspeisung der hülfsbedürftigen Veteranen hin, währenddem Offizieren hohe Pensionen und Dotationen zuteil geworden sind. — Auch dem freisinnigen Antrag, Be-

seitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechts für Frauen, stimmte die Fraktion zu und vertrat dabei gegen den schwächlichen freisinnigen Antrag die viel weitergehenden sozialdemokratischen Forderungen, die auch für die Frauen volle politische Freiheiten und Rechte verlangen. — Der Antrag der Polen, der die Beseitigung des § 130 (Aufreizungsparagraph) aus dem Strafgesetzbuch fordert, fand unsere Unterstützung. Unser Fraktionsredner wies bei der Beratung auf die ungeheuerlichen, das Rechtsempfinden des Volkes tief verletzenden Urteile hin, die auf Grund dieses Paragraphen schon gefällt worden sind. Aber nicht nur die Beseitigung dieses und ähnlicher Paragraphen ist eine dringende Notwendigkeit, sondern eine Reform der Strafjustiz an Haupt und Gliedern und die Wahl der Richter durch das Volk. — Eine Beschränkung der Versammlungsfreiheit forderten die Antisemiten, die sie allerdings unter dem Deckmantel angeblichen Schutzes der Versammlungsfreiheit präsentierten. Dieselben Antisemiten, die durch ihre wüsten Radauversammlungen geradezu berüchtigt geworden sind und Angehörige anderer Parteien, die ihnen eventuell entgegentreten, mit der größten Unduldsamkeit, ja Brutalität begegnen, fordern schikanöse Polizeibestimmungen, die das bißchen Versammlungsfreiheit in Deutschland noch mehr einschränken würden. Die Sozialdemokratie, die für wirkliche Freiheit ist und in ihrem Versammlungsleben mustergültige Ruhe und Ordnung aufrecht erhält, stimmte natürlich gegen den antisemitischen Antrag, der auch von der Mehrheit abgelehnt wurde. — Dem nationalliberalen Antrag, der eine rechtliche Besserstellung der Handlungsgehülfen und technischen Angestellten forderte und gemeinsam mit einer ähnlichen Gesetzesvorlage beraten wurde, stimmte die Fraktion zu. Unser Redner beleuchtete dabei die traurigen sozialen und rechtlichen Verhältnisse, unter denen die Angehörigen der genannten Berufsgruppen zu leiden haben. Die Materie wurde einer Kommission überwiesen, die ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen hat. —

Finanzreform — Steuervorlagen — Steuergesetze.

Was die Sozialdemokratie im Reichstag bei den häufigen, steigend größere Unsummen erfordernden Marine-, Militär- und Kolonialvorlagen vorausgesagt hat, ist bittere Wahrheit geworden: die blinde Hurrabewilligungslust der bürgerlichen Parteien hat das Reich in eine schwere Schuldenlast gestürzt, die im Jahre 1905 sich auf 3 543 500 000 Mk. bezifferte; außerdem ist die Reichsfinanzgebahrung eine in schwerster Weise bedenkliche geworden. Bis vor etwa drei Jahren brachten es aber trotzdem Regierung und Reichstagsmehrheit fertig, bei jeder neuen Vorlage den Stand der Finanzen als glänzend zu bezeichnen; es sei da nur an die direkt gewissenlosen Schönfärbereien der Regierung bei der Flottenvorlage im Jahre 1900 erinnert. Die sozialdemokratischen Warnungen schlug man leichtfertig in den Wind, bis jetzt die bittere Notwendigkeit die Regierung zwang, einzugestehen, daß die Finanzlage eine ungemein traurige ist. Dem Reichskanzler entschlüpfte in seiner Etatsrede am 6. Dezember 1905 das Geständnis, die Schulden des Reiches hätten sich in kurzer Zeit so entwickelt, „daß man es nicht für möglich halten sollte". Die Entwickelung stellt sich kurz so dar: 1877 schuldenfrei, 1881/82 319 Millionen Schulden, 1891/92 1686 Millionen, 1896/97 2141 Millionen, 1901 2813 Millionen, 1905 über 3½ Milliarde, sodaß derzeitig über 100 Millionen Mark alljährlich allein zur Verzinsung dieser Schuld von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Wohin diese Anleihesummen und der Löwenanteil der dauernd gesteigerten Einnahmen geflossen sind, verraten diese Angaben: für Heeres- und Marinezwecke wurden 1873 rund 333 Millionen ausgegeben, 1891/92 rund 561 Millionen; im Jahre 1902 hatte sich diese Aus-

gabe schon beinahe verdoppelt, sie war auf rund eine Milliarde gestiegen und beziffert sich im Jahre 1906, die Pensionen mit eingerechnet, auf rund 1245 Millionen Mark. Die Ausgaben für die Kolonien sind hier nicht eingerechnet. Trotzdem im Jahre 1906 im ordentlichen Etat 160 Millionen Mehreinnahmen veranschlagt sind als im Jahre 1905 (2146 gegen 1986 Millionen), macht sich laut Etatsanschlag zur Deckung des Fehlbetrages und für neue Ausgaben eine Anleihe von 254 Millionen notwendig, wovon etwa 75 Millionen durch Mehreinnahmen aus den Zöllen gedeckt werden. Der Etat enthält also ein Defizit von rund 180 Millionen Mark. Heer und Marine verschlingen allein im ordentlichen Etat zusammen 46 Millionen mehr als im Vorjahr. Nun steht das Reich aber weiter vor diesen neuen Ausgaben:

a)	Beseitigung der ständigen Unterbilanz im eigenen Haushalte des Reichs . . . . . 80 bis	90 000 000 Mk.
b)	Tilgung der Reichsanleiheschuld mindestens	21 260 000 „
c)	weitere Entlastung des Reichs-Invalidenfonds mindestens	10 900 000 „
d)	Beseitigung des Personalservises mindestens	1 480 000 „
e)	Regelung des Militär-Pensionswesens mindestens .	18 000 000 „
f)	Erhöhung der Sätze der Naturalverpflegung etwa . .	1 580 000 „
g)	Erhöhung des Natural-Quartierservises in den unteren Ortsklassen etwa	232 000 „
h)	Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten mindestens	6 240 000 „
i)	Durchführung der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke sowie der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit etwa	80 000 000 „
k)	Verstärkung der Wehrkraft des Reichs zur See etwa	76 240 000 „
	zusammen	245 932 000 Mk

Um diese Summe sollen nun die Einnahmen gesteigert werden, zu welchem Behufe die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegte betr. die Ordnung im Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschuld: die neuen Steuerforderungen, die wie folgt formuliert waren:

1. Erhöhung der Brausteuer, 67 Millionen Mehreinnahmen;
2. Erhöhung der Tabaksteuer, 26 Millionen Mehreinnahme;
3. Besteuerung der Zigaretten, 15 Millionen;
4. Aenderung des Reichsstempelgesetzes, insgesamt 72 Millionen Mehreinnahme, mit folgender Verteilung: Frachturkundenstempel 41 Millionen, Fahrkartenstempel 12 Millionen, Erlaubnisscheine für Kraftfahrzeuge 3 Millionen, Quittungsstempel 16 Millionen;
5. Erbschaftssteuer 72 Millionen, wovon das Reich 48 Millionen erhalten sollte, den Rest die Bundesstaaten.

Von dieser Steuervorlage, die durch die geforderte Erhöhung der Brau- und Tabaksteuer wiederum die breiten Massen des Volkes in erster Linie belasten wollte, außerdem im Falle der Annahme der Tabaksteuer auch noch den Ruin tausender selbständiger Existenzen und die Brotlosmachung vieler tausender Arbeiter in der Tabakindustrie zur Folge haben mußte, oder — durch die Fahrkarten-, Frachturkunden- und Quittungssteuer speziell den Handel und den Mittelstand traf, und ihm steuertechnische Schikanen aller Art bereitete, wagte es die Regierung, auf Seite 12 ihrer schriftlichen Begründung wörtlich das Folgende zu sagen:

„. . . Daß diese hohe Summe (220—230 Millionen) nicht durch einen einzelnen Steuerzweig erbracht werden kann, wird keines weiteren Nachweises bedürfen. Es galt daher, sie möglichst vielen und möglichst leistungsfähigen Schultern aufzuerlegen, um die nun einmal nicht mehr vermeidbare erhebliche neue Belastung der Steuerzahler tunlichst gerecht zu verteilen. Zu ihrer Aufbringung bedarf es aber der Opferwilligkeit auf allen Seiten der Reichsbürger, sowohl bei den besitzenden Klassen wie bei der großen Masse des deutschen Volkes. Denn auch die Wirkungen der neuen Aufgaben des Reichs kommen allen Angehörigen des Reichs zugute."

Diese Sätze, die beinahe einer Verhöhnung der Steuerzahler gleichen, sind wohl so ziemlich das stärkste Stück, das sich je eine Regierung des Deutschen Reiches zur „Begründung" einer Steuervorlage geleistet hat, deren kraß einseitig belastende Wirkung sofort von Konsumenten und Interessenten schlagend nachgewiesen werden konnte. Wie es um die Gerechtigkeitsliebe der Reichsregierung in bezug auf die Steuerpolitik bestellt ist, beweisen sowohl der schreiend ungerechte Zolltarif vom Jahre 1902 wie auch die Tatsache, daß die Einnahmen des Reichs in der Hauptsache aus Zöllen und Steuern auf die wichtigsten Lebens- und Genußmittel kommen. Zum Ueberfluß hat ja selbst der Reichskanzler in der Sitzung vom 6. Dezember 1905 die „gerechten" Steuergrundsätze der Regierung durch den Hinweis charakterisiert, daß die Genußmittel der Allgemeinheit die zweckmäßigsten Steuerobjekte seien, was ihn aber nicht hinderte, mit seinem Namen auch die oben zitierten Sätze zu decken.

Bei der Generaldiskussion über die Steuervorlage, die, wie schon bemerkt, mit der allgemeinen Etatsdebatte verbunden wurde, bekämpfte unser Fraktionsredner die neuen Steuern aufs energischste und erklärte, daß die Fraktion bei jedem einzelnen Steuergesetz scharf den Kampf aufnehmen werde; was natürlich auch geschehen ist. Die Steuervorlage wurde einer 28gliedrigen Kommission überwiesen, deren bürgerliche Mehrheit bei den wochenlangen Beratungen dem Volke ein geradezu abschreckendes und klägliches Bild bürgerlich-parlamentarischer Halbheit, brutal-egoistischer Vertretung der Interessen der besitzenden Klassen und finanzpolitischer Flickschusterei bot. Es ist hier — leider — ganz unmöglich, ein auch mit nur groben Strichen gezeichnetes Bild von den Kommissionsverhandlungen und den ihnen folgenden Plenumsberatungen zu geben. Die Situation war für die bürgerlichen Parteien so scheußlich wie nur möglich. Die von ihnen betriebene Defizit- und Finanzmißwirtschaft grinste sie an; der Moloch stellte neue Anforderungen, die zu verweigern diese Parteien ebensowenig Mut wie Neigung besaßen, geschweige denn, am Militär-, Marine- oder Kolonialetat Abstriche vorzunehmen. Also mußten sie neue Einnahmen schaffen, wobei natürlich in erster Linie auf die Schäbigkeit und die Interessen der besitzenden Klasse die größte Rücksicht genommen werden mußte. Auf der anderen Seite fürchteten sie die Empörung des mittelständischen Bürgertums und der bisher politisch noch indifferenten oder bürgerlich gesinnten Arbeiterkreise; drittens war die Opposition der Tabak- und Brauindustriellen sehr unbehaglich, schon wegen der nächsten Wahlen. Weiter aber bereitete den bürgerlichen Parteien die schonungslose, auf wuchtiges Material gestützte sozialdemokratische Kritik, die die Widersinnigkeit und Ungerechtigkeit der neuen Steuerforderungen unbarmherzig zerpflückte, ebenso schwere wie konfus-hülflose Stunden. Es bedürfte der Feder eines Satirikers, um das Tohuwabohu gebührend zu geißeln, das Anfangs in der Kommission herrschte. Neue Steuervorschläge aus der Mitte der Kommission heraus wirbelten förmlich durcheinander wie Wehrsteuer, Inseratensteuer, Plakatsteuer, Ausfuhrzölle auf Lumpen, Kohlen, Kali usw. Dann wieder stürzte sich die Kommissionsmehrheit auf die Regierungsvorlagen und knetete diese

ohnehin an Formenschönheit so armen Vorlagen zu wahren Häßlichkeitsgebilden um, ohne mehr zu erreichen, als den bestehenden Wirrwarr noch zu erhöhen. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder brachten diesen Antrag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuern eingeführt werden."

Mit den fadenscheinigsten Ausreden drückten sich die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen und Polen, um den Antrag herum, obwohl sie wußten, daß seine Durchführung mit einer scharfen Progression die Reichsfinanzen auf eine solide Grundlage stellt, die indirekten Steuern und die Liebesgabenwirtschaft beseitigt. Aber gerade deshalb, und weil die Einführung direkter Reichseinkommen- und Vermögenssteuern endlich die besitzenden Klassen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit treffen würde, lehnte die bürgerliche Mehrheit den Antrag ab; ebenso auch einen freisinnigen Antrag, der die Branntwein-Liebesgabe abschaffen wollte. Unverhüllt zeigten bei dieser Gelegenheit die „staatserhaltenden" Parteien ihren volksfeindlichen Charakter.

Im Verlaufe der Kommissionsverhandlungen schlossen sich die Konservativen, Reichsparteiler, Nationalliberalen, ein Teil der wirtschaftlichen Vereinigung und das Zentrum — also die Zollwucherparteien — zu einem Steuerblock zusammen, der dem Plenum schließlich dieses Steuerbukett präsentierte: Ablehnung der Tabaksteuererhöhung und der Quittungssteuer; dafür aber die nachstehenden Steuererhöhungen bezw. neuen Steuern im Schätzungsbetrage von 180 Millionen Mark, die sich wie folgt verteilen sollten: Braustenererhöhung 29 Millionen, Zigarettensteuer 14 Millionen, Frachturkundenstempel 14 Millionen, Fahrkartensteuer 50 Millionen, Automobilsteuer 8 Millionen, Tantiemensteuer 10 Millionen, Erbschaftssteuer 48 Millionen. Weiter unterbreitete die Kommission dem Plenum diese Resolution:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Erhöhung der Einnahmen der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung durch Maßnahmen Bedacht zu nehmen, welche

1. die Beseitigung der im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten und Drucksachen,
2. die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen

zum Gegenstand haben."

Diese Resolution war unterzeichnet von den Abgeordneten: Gröber, Zentrum; Becker (Hessen), nationalliberal; Dietrich, konservativ; Bokelmann, Reichspartei; Held, nationalliberal; Herold, Zentrum; Dr. Jäger, Zentrum; v. Maltzan, konservativ; Müller (Fulda), Zentrum; Racken, Zentrum; v. Oertzen, Gutsbesitzer, Reichspartei; Speck, Oberzollrat, Zentrum; Westermann, nationalliberal und Dr. Wolf, Wirtschaftliche Vereinigung. Die finanzielle Wirkung der Annahme dieser Resolution wurde auf 12 Millionen Mark geschätzt. Sie ist am 1. Juli d. J. in Kraft getreten und damit ist das Zugeständnis beseitigt, das seinerzeit die Regierung bei der Aufhebung der Privatposten machen mußte. Der Verrat, den die bürgerliche Mehrheit speziell mit der obenstehenden Resolution an der Bevölkerung begangen hat, darf ihr nicht vergessen werden.

•

Die neuen Steuergesetze sehen in ihren wichtigsten, grundlegenden Bestimmungen wie folgt aus:

a) Brausteuererhöhung.

An Stelle der bisherigen Brausteuer, die im Norddeutschen Brausteuergebiet (umfaßt alle Bundesstaaten mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen) 4 Mk. pro Doppelzentner Malz betrug, treten diese Sätze:

von den ersten	250	Doppelzentnern	4,00	Mk. pro	Doppelzentner,
von den folgenden	250	„	4,50	„ „	„
„ „ „	500	„	5,00	„ „	„
„ „ „	1000	„	5,50	„ „	„
„ „ „	1000	„	6,00	„ „	„
„ „ „	1000	„	6,50	„ „	„
„ „ „	1000	„	7,00	„ „	„
„ „ „	1000	„	8,00	„ „	„
„ „ „	1000	„	9,00	„ „	„
von dem Reste			10,00	„ „	„

Die Brausteuer wird von dem zur Bierbereitung verwendeten Malze und Zucker erhoben. Unter Malz wird alles künstlich zum Keimen gebrachte Getreide verstanden. Der Bundesrat ist befugt, den Zucker von der Brausteuer gänzlich frei zu lassen.

Die Brausteuer kann auch von dem zur Bereitung bierähnlicher Getränke verwendeten Malze und Zucker erhoben werden. Die Herstellung solcher Getränke kann unter Steueraufsicht gestellt, auch kann die Verwendung von anderen Malzersatzstoffen als Zucker verboten werden.

Zur Bereitung von untergärigem Biere darf nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden (Surrogatverbot). Die Bereitung von obergärigem Biere unterliegt derselben Vorschrift, es ist jedoch hierbei auch die Verwendung von anderem Malze und von technisch reinem Zucker aller Art (Stärke-, Trauben- usw. Zucker) zulässig. Für die Bereitung besonderer Biere sowie von Bier, das nachweislich zur Ausfuhr bestimmt ist, können Abweichungen gestattet werden.

Die Regierungsvorlage hatte diese Staffelung im Entwurf vorgesehen:

von den ersten	250	Doppelzentnern	7,00	Mk. pro	Doppelzentner,
von den folgenden	250	„	8,00	„ „	„
„ „ „	500	„	10,00	„ „	„
„ „ „	2000	„	11,00	„ „	„
„ „ „	2000	„	12,00	„ „	„
von dem Reste			12,50	„ „	„

Die übrigen Bestimmungen im Gesetz entsprechen im allgemeinen dem Regierungsentwurf.

Um die Wirkung der erhöhten Brausteuer wenigstens etwas abzuschwächen, stellte die sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag:

„Für Rechnung von Kommunen oder Korporationen dürfen vom 1. April 1910 ab Abgaben auf Bier und die zur Bierbereitung dienenden Stoffe nicht erhoben werden."

Der Steuerblock lehnte aber den Antrag ab, mit der heuchlerischen Begründung, die Gemeinden, die Bierabgaben erheben, können auf deren Ertrag nicht verzichten. Die Doppelbesteuerung des Bieres bleibt also aufrecht erhalten. — Erfolg hatte dagegen die Fraktion mit dem folgenden Antrag:

„Der dem obergärigen Biere nach Abschluß des Brauverfahrens zugesetzte Zucker unterliegt nicht der Brausteuer."

Die Staffelsätze wurden in namentlicher Abstimmung mit 146 gegen 118 Stimmen angenommen.

Die Wirkung der Brausteuererhöhung ist so eingetreten, wie die Sozialdemokratie vorausgesagt hat. die Brauereien haben den Bierpreis erhöht, ihnen

nach die Gastwirte, und die Konsumenten bezahlen die Zeche, wofür sie in zwei Jahren bei der Reichstagswahl der Reichstagsmehrheit und der Regierung hoffentlich die verdiente Quittung ausstellen werden.

b) Zigarettensteuer-Gesetz.

Der Eingangszoll beträgt für feingeschnittenen Tabak und Zigaretten 700 Mk. für einen Doppelzentner.

Außer den Abgaben von dem Tabak unterliegen der im Inlande geschnittene Zigarettentabak und die im Inlande hergestellten Zigaretten sowie die ungefüllt zum Verkaufe gelangenden Zigarettenhülsen (Hülsen und Blättchen) einer besonderen Steuer, die beträgt:

1. Für Zigaretten: a) im Kleinverkaufspreise bis zu 15 Mk. das Tausend 1,50 Mk. für 1000 Stück; b) über 15 bis 25 Mk. das Tausend 2,50 Mk. für 1000 Stück; c) über 25 bis 35 Mk. das Tausend 3,50 Mk. für 1000 Stück; d) über 35 bis 50 Mk. das Tausend 5 Mk. für 1000 Stück; e) über 50 bis 70 Mk. das Tausend 7 Mk. für 1000 Stück; f) über 70 Mk. das Tausend 10 Mk. für 1000 Stück.
2. Für Zigarettentabak: a) im Kleinverkaufspreise über 3 bis 5 Mk. das Kilogramm 0,80 Mk. für ein Kilogramm; b) über 5 bis 10 Mk. das Kilogramm 1,60 Mk. für ein Kilogramm; c) über 10 bis 20 Mk. das Kilogramm 3 Mk. für ein Kilogramm; d) über 20 bis 30 Mk. das Kilogramm 4,80 Mk. für ein Kilogramm; e) über 30 Mk. das Kilogramm 7 Mk. für ein Kilogramm.
3. Für Zigarettenhülsen und zugeschnittene Zigarettenblättchen 2 Mk. für 1000 Stück.

Der gleichen Besteuerung unterliegen (neben dem festgesetzten Eingangszoll) auch die aus dem Auslande eingeführten Erzeugnisse. Als Zigarettentabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingeschnittene Tabak, der im Kleinverkaufe mehr als 3 Mk. das Kilogramm kostet. Ausgenommen sind diejenigen vom Bundesrate zu bezeichnenden feingeschnittenen Tabake der angegebenen Art, die zur Herstellung von Zigaretten nachweislich nicht verwendet werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakerzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierdeckblatt fehlt oder durch eine andere Decke ersetzt ist, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

In namentlicher Abstimmung wurden diese Steuersätze mit 180 gegen 112 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen. — Der Regierungsentwurf hatte für Zigaretten einen Zoll von 1200 Mk. pro Doppelzentner vorgesehen, sowie folgende Art der Besteuerung:

Das zur Herstellung von Zigaretten bestimmte Papier (Zigarettenpapier) unterliegt einer Steuer (Zigarettensteuer) und zwar gleichviel, ob das Papier zur gewerbsmäßigen oder zur nichtgewerbsmäßigen Herstellung von Zigaretten verwendet werden soll. Unversteuertes Papier darf zur Herstellung von Zigaretten nicht verwendet werden. Von dem aus dem Ausland eingeführten Zigarettenpapier und den eingeführten Zigarettenhülsen wird die Steuer neben dem Zolle erhoben. Der Bundesrat ist befugt, Zigarettenumhüllungen, die als Ersatz für das Zigarettenpapier anzusehen sind, ebenfalls der Zigarettensteuer zu unterwerfen. Die Steuer beträgt für jede zur Herstellung von tausend Zigaretten mittlerer Größe erforderliche oder für die genannte Zahl und Größe von Zigaretten zugeschnittene oder in Hülsenform gebrachte Papiermenge 3 Mk. Die einer Zigarette mittlerer Größe entsprechende Papierfläche bestimmt der Bundesrat. Der Bundesrat ist ferner befugt, für die im Handel mit Zigarettenpapier üblichen Formen und Einheitsmengen (Rollen, Hefte, Büchelchen, Packungen von Hülsen usw.) die Steuersätze festzustellen.

In einer Menge von Bestimmungen enthält das Zigarettensteuergesetz Vorschriften, die für Fabrikanten und Händler gleich quälend und schikanös sind; außerdem wird dem diskretionären Ermessen der Steuerbehörden der weiteste Spielraum eingeräumt.

Im Interesse der ohnehin schwer geschädigten Arbeiter der Zigarettenindustrie beantragte die sozialdemokratische Fraktion, im § 7 des Gesetzes das Verbot der Heimarbeit auszusprechen. Der Antrag lautet:

„Die Anfertigung und Verpackung von Zigarettentabak, Zigaretten, Zigarettenhülsen oder -Blättchen durch Personen, welche allein oder mit Familienangehörigen oder mit fremden Personen in der eigenen Wohnung oder in Arbeitsstätten von Zwischenunternehmern im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern gewerblich tätig sind und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hülfsstoffe selbst beschaffen, ist verboten."

Ueber das Elend und die lohndrückende Wirkung der Heimarbeit braucht hier kein Wort gesagt zu werden, trotzdem lehnten die Parteien des Steuerblocks den Antrag ab. Dadurch haben sie den Fabrikanten auch fernerhin die Mittel gegeben, mit Hülfe der Heimarbeit die Löhne und die Lebenslage der Zigarettenarbeiter herabzudrücken. Das ist eben bürgerliche Sozialpolitik, die auch illustriert wurde durch die Ablehnung dieses sozialdemokratischen Antrages zum § 32 des Gesetzes:

„Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Zigarettenindustrie gearbeitet haben und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Zigarettensteuer-Gesetzes durch Einschränkung der Produktion, oder durch Verlegung der Fabriken, oder durch Uebergang vom Handbetrieb zur Fabrikation vermittels Maschinen arbeitslos werden, erhalten Entschädigungen, und zwar, wenn sie zur Zeit des Eintritts der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr, aber nicht länger als zwei Jahre sich als Zigarettenarbeiter oder -Arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber fünfhundert Mark; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als zehn Jahre als Zigarettenarbeiter oder -Arbeiterin ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber eintausend und fünfhundert Mark; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zehn Jahre als Zigarettenarbeiter oder -Arbeiterin ernährt hat, den fünffachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber zweitausend und fünfhundert Mark."

Die Ablehnung ist um so verurteilenswerter, weil auch bürgerliche Redner zugestanden haben, daß die neue Steuer Arbeiter brotlos machen werde und — die bürgerliche Reichstagsmehrheit in anderen Fällen, wo es sich allerdings um Angehörige der besitzenden Klassen handelte, Entschädigungen gewährte, z. B. beim Süßstoffgesetz an die Saccharinfabrikanten, bei der Aufhebung der Privatposten an die Unternehmer. Die eventuell brotlos werdenden Zigarettenarbeiterinnen verwies man geradezu höhnisch auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft. Unverhüllter konnten die bürgerlichen Parteien ihre Arbeiterfeindlichkeit nicht zur Schau stellen, als durch ihr Gebahren beim Zigarettensteuergesetz.

Reichsstempelgesetze.

Nach dem neuen Gesetze sind zu zahlen an Stempelsteuern: a) für Frachturkunden, wenn sie im Inlande ausgestellt oder vorgelegt werden, im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Häfen 1 Mk. pro Stück; im Verkehr mit ausländischen Häfen der Nord- und Ostsee, des Kanals und der norwegischen Küste 10 Pf. pro Stück; für Urkunden über ganze Schiffs-

ladungen je nach dem Frachtbetrage und Raumgehalt 20, 50 und 100 Pf. pro Urkunde. In bestimmten Fällen treten Ermäßigungen auf die Hälfte ein. — b) Fahrkartenstempel. Es sind Stempelsteuern zu zahlen für: Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenfahrgeldes im Eisenbahnverkehr auf inländischen Bahnlinien

bei einem Fahrpreise von							In III. Wagenklasse		In II. Wagenklasse		In I.	
		0,60 Mk.	bis	2 Mk.			5	Pf.	10	Pf.	20	Pf.
mehr als		2	"	5	"		10	"	20	"	40	"
"	"	5	"	10	"		20	"	40	"	80	"
"	"	10	"	20	"		40	"	80	"	160	"
"	"	20	"	30	"		60	"	120	"	240	"
"	"	30	"	40	"		90	"	180	"	360	"
"	"	40	"	50	"		140	"	270	"	540	"
"	"	50	"				200	"	400	"	800	"

Fahrkarten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, welche getrennte Wagenklassen nicht führen, werden wie Fahrkarten dritter Klasse behandelt.

Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise im Dampfschiffsverkehr auf inländischen Wasserstraßen und Seen, sowie im Dampfschiffsverkehr der Nord- und Ostsee unterliegen den für die dritte Wagenklasse festgesetzten Steuersätzen.

Befreit von der Steuer sind: Militär-, Schüler- und Arbeiterfahrkarten; ferner Fahrkarten der dritten Klasse, wenn eine vierte Klasse nicht geführt und der Kilometerpreis 2 Pf. nicht übersteigt. — c) Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge (Automobilsteuer) zur Beförderung von Personen werden wie folgt besteuert: 1. Krafträder mit 10 Mk., Kraftwagen bis 6 Pferdekräfte mit 25 Mk., von 6—10 Pferdekräften mit 50 Mk., von 10—25 Pferdekräften mit 100 Mk., über 25 Pferdekräfte mit 150 Mk. pro Wagen und Jahr. Außerdem sind zu zahlen für Kraftwagen von jeder Pferdekraft oder einem Teile einer Pferdekraft, falls das Fahrzeug nicht mehr als 6 Pferdekräfte hat, 2 Mk., über 6, jedoch nicht mehr als 10 Pferdekräfte 3 Mk., über 10, jedoch nicht mehr als 25 Pferdekräfte 5 Mk., im übrigen 10 Mk. Die Abgabe ermäßigt sich um die Hälfte, wenn die Ausstellung der Erlaubniskarte für einen vier Monate nicht übersteigenden Zeitraum beantragt wird. Ausländer bezahlen 3 Mk. für ein Rad auf 30 Tage, 15 Mk. für einen Kraftwagen auf 5 Tage, 40 Mk. für 30 Tage. Kraftfahrzeuge, die der gewerbsmäßigen Personenbeförderung dienen, sind von der Steuer befreit. — d) Die Tantiemensteuer beträgt 8 Mk. vom Hundert der Tantiemen, Gewinnanteile und Gehälter, die an Aufsichtsratsmitglieder von Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung gewährt werden. Die Steuer wird nicht erhoben, wenn die Gesamtsumme der Vergütungen an sämtliche Mitglieder eines Aufsichtsrats 5000 Mk. nicht übersteigt; bei mehr als 5000 Mk. nur dann, wenn die Steuer aus der Hälfte des übersteigenden Betrages gedeckt werden kann. Werden Tagegelder im Betrage von mehr als 50 Mk. für den Tag gezahlt, so ist der Mehrbetrag als versteuerbare Tantieme zu betrachten. Reisegelder, die den Betrag der baren Auslagen übersteigen, werden ebenfalls als Tantiemen betrachtet.

Die Steuersätze in der Regierungsvorlage zum Reichsstempelgesetz waren kurz die folgenden: Für die Frachturkundensteuer war eine Steuer von 5, 10 und 100 Pf. vorgesehen. Der Reichstag ließ also eine Verschärfung eintreten. — Die Fahrkartensteuer sollte ohne Beachtung des Preises der einzelnen Karten mit festen Beträgen von der Wagenklasse erhoben werden, und zwar für Fahrkarten der 1. Klasse 40 Pf. pro Karte, 2. Klasse 20 Pf., 3. Klasse 10 Pf., 4. Klasse 5 Pf. Von Schiffskarten sollten

10 und 20 Pf. erhoben werden. — Die Sätze der Automobilsteuer lauteten: Für Krafträder 10 Mk. pro Jahr, Kraftwagen bis 2 Sitzplätze 100 Mk., über 2 Sitzplätze 150 Mk. Für ein Kraftvehikel bis 4 Pferdekräfte sollte noch von jeder Pferdekraft extra 2 Mk. gezahlt werden, bei mehr als 4 Pferdekräfte pro Pferdekraft 5 Mk. Die Sätze für Ausländer gleichen denen im angenommenen Gesetz. — Die von der Regierung geforderte Quittungssteuer fiel, neu geschaffen wurde die Tantiemesteuer. Namentliche Abstimmungen fanden über die Fahrkarten- und Tantiemesteuer statt, bei der ersteren über den § 2, der die Steuersätze enthält. Er wurde mit 150 gegen 118 Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen; die Tantiemesteuer mit 250 gegen 18 Stimmen.

c) Erbschaftssteuergesetz

Die räumlichen Grenzen, die dem schriftlichen Bericht gesteckt sind, nötigen uns, nur die allerwichtigsten Angaben zu machen. Die Steuer beträgt nach dem Gesetz:

1. vier vom Hundert: für leibliche Eltern; für voll- und halbbürtige Geschwister und für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
2. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwieger- und Stiefeltern, Schwieger- und Stiefkinder; für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern; für uneheliche, von dem Vater anerkannte Kinder und deren Abkömmlinge; für an Kindesstatt angenommene Personen und deren Abkömmlinge, soweit sich auf diese die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken;
3. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern; für Verschwägerte im zweiten Grade der Seitenlinie;
4. zehn vom Hundert in den übrigen Fällen.

Die Erbschaftssteuer ist auch progressiv. Uebersteigt der Wert der Erbschaft 20 000 Mk., so wird der $1^1/_{10}$fache Betrag der angeführten Steuersätze erhoben; übersteigt der Wert 30 000 Mk. der $1^2/_{10}$fache Betrag, übersteigt er 50 000 Mk. der $1^3/_{10}$fache Betrag, über 75 000 Mk. der $1^5/_{10}$fache Betrag, über 100 000 Mk. der $1^8/_{10}$fache Betrag usw. bis zum $2^5/_{10}$fachen Betrag bei einem Wert von 1 Million und mehr. Befreit von der Steuer sind Erbschaften unter 500 Mk., die Erbschaften der Kinder, der unehelichen Kinder aus dem Vermögen der Mutter oder mütterlicher Voreltern, der Ehegatten, der Personen, die zum Erblasse in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden haben, sofern der Betrag 3000 Mk. nicht übersteigt, ferner sind auch die Familienstiftungen zufallenden Erbschaften von der Steuer befreit. Die Vermächtnisse an Kirchen, kirchliche Gesellschaften und Stiftungen werden nur mit fünf vom Hundert besteuert.

Mit dieser von der Steuerkommission vorgeschlagenen Gestaltung der Erbschaftssteuer konnte sich die Fraktion nicht zufrieden geben. Unser Redner erklärte namens der Fraktion folgendes:

„Wir beantragen, in die Steuer hineinzunehmen die Deszendenten und die Ehegatten. — Zweitens beantragen wir eine volle Gleichstellung in der Besteuerung zwischen unehelichen Kindern, Stiefkindern und im unmündigen Alter adoptierten Kindern und ehelichen Kindern, indem wir alle die ersteren Kinder nur mit 2 Proz. statt, wie die Vorlage will, mit 6 Proz. besteuern wollen. — Ferner beantragen wir die steuermäßige Gleichstellung der Schwiegerkinder mit den Geschwistern. — Viertens beantragen wir, daß für Erbschaften der Geschwisterkinder 6 Proz. Steuern zu zahlen sind statt 4 Proz. nach der Kommissionsvorlage. — Dann beantragen wir, sämtliche Intestaterben über die hier aufgezählten Kategorien hinaus, die insgesamt vielleicht mit der einen oder anderen Ausnahme unter die drei ersten Ord-

nungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs fallen, welcher Art sie auch seien, mit 16 Proz. zu besteuern. — Sechstens beantragen wir, alle Legatäre, welcher Art sie auch seien, über die aufgezählten Verwandten, die bei Intestaterbschaften geringere Steuer zu bezahlen haben, mit 10 Proz. gleichmäßig zu besteuern. Und dann beantragen wir im zweiten Absatz höhere Zuschlagsätze für die größeren Erbsummen, als wie die Kommissionsvorlage sie vorsieht, eine Staffelung, die statt bis nur 2½ Proz. bis zu 8 Proz. geht. Weiter beantragen wir noch die Befreiung von der Erbschaftssteuer bei einem Erwerb von nicht mehr als 8000 Mk. und, wo es sich um Dienstboten oder Arbeiter des Erblassers handelt, bei einem Erwerb von unter 8000 Mk."

Gemäß dieser Erklärung brachte die Fraktion diesen Antrag ein:

„Die Erbschaftssteuer beträgt:

1. zwei von Hundert: für Ehegatten, Kinder, Stiefkinder, uneheliche Kinder und im unmündigen Alter adoptierte Kinder;
2. vier vom Hundert: für leibliche Eltern, Stiefeltern, Schwiegerkinder, voll- und halbbürtige Geschwister;
3. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwiegereltern, Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
4. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern;
5. zehn vom Hundert: für testamentarisch bedachte Personen, die nicht unter Nummer 1 bis 4 fallen, sowie für Körperschaften;
6. sechzehn vom Hundert: für nicht unter 1 bis 4 aufgeführte Intestaterben.

Uebersteigt der Wert des Erwerbs den Betrag von 20 000 Mk., so wird vom Ueberschuß

zwischen	20 000	Mk.	und	40 000	Mk.	das	$1\frac{1}{4}$fache
„	40 000	„	„	80 000	„	„	$1\frac{1}{2}$ „
„	80 000	„	„	160 000	„	„	$1\frac{3}{4}$ „
„	160 000	„	„	240 000	„	„	2 „
„	240 000	„	„	600 000	„	„	$2\frac{1}{4}$ „
„	600 000	„	„	1 000 000	„	„	$2\frac{1}{2}$ „
„	1 000 000	„	„	2 000 000	„	„	$3\frac{3}{4}$ „
über	2 000 000	„				„	3 „

der Steuersätze erhoben.

Von der Erbschaftssteuer befreit bleiben: ein Erwerb von nicht mehr als 2000 Mk.; ein Erwerb von nicht mehr als 8000 Mk., welcher Personen zufällt, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben."

Der Uebersichtlichkeit halber müssen wir auch die Sätze angeben, die in der Regierungsvorlage enthalten waren. Sie lauteten:

1. vier vom Hundert: für leibliche Eltern, Schwieger- und Stiefkinder, voll- und halbbürtige Geschwister, uneheliche, von dem Vater anerkannte Kinder und deren Abkömmlinge, für an Kindesstatt angenommene Kinder und deren Abkömmlinge;
2. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwieger- und Stiefeltern, Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
3. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern, für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern, für Verschwägerte im zweiten Grade der Seitenlinie;
4. zehn vom Hundert in den übrigen Fällen.

Uebersteigt der Wert des Erwerbes den Betrag von 50 000 Mk., so wird das $1\frac{1}{4}$fache, übersteigt er den Betrag von 100 000 Mk., so wird das $1\frac{1}{2}$fache,

übersteigt er den Betrag von 300 000 Mk., so wird das 1½fache und übersteigt er den Betrag von 500 000 Mk., so wird das Doppelte der Steuersätze erhoben.

Ueber die Besteuerung der Vermächtnisse an Kirchen usw., über die Befreiungen, stimmte die Regierungsvorlage im wesentlichen mit dem angenommenen Gesetz überein; dagegen wollte der Regierungsentwurf schon Erbschaften über 800 Mk. besteuern.

Der Antrag unserer Fraktion hebt sich somit äußerst vorteilhaft vom jetzigen Gesetz und vom Regierungsentwurf ab. Unser Antrag wollte die kleinen Erbschaften ganz befreien, die großen aber schärfer treffen, einmal aus Gründen der Gerechtigkeit, dann aber auch, um die Erbschaftssteuer viel ertragreicher zu gestalten. Beide Gründe waren auch maßgebend für die Forderung, die Erbschaften leiblicher Kinder und Ehegatten zu besteuern. Unser Antrag schloß aber auch die kraß ungerechte steuerliche Begünstigung der Vermächtnisse an Kirchen, Stiftungen usw. aus. Leider hatte er keinen Erfolg. Die Parteien des Steuerblocks verschlossen sich der großzügigen und überzeugend beweiskräftigen Kritik, die unsere Redner an dem Entwurf der Steuerkommission übten. War ihnen doch die Erbschaftssteuer ohnehin aufs bitterste verhaßt, so geringfügig sie in ihrer jetzigen Gestalt die besitzenden Klassen trifft. Die Erbschaftssteuer sollte nur eine Art Anstandssteuer sein, mit der man vor dem aufs neue schwer geschröpften Volke, das alte würdelose Vertuschungsspiel weiter zu spielen gedachte. Schon der Gedanke, die Erbschaftssteuer ordentlich ertragfähig zu gestalten, rief bei den Blockparteien wahres Entsetzen hervor. Den tollsten Streich leisteten sich aber die Mehrheitsparteien, indem sie dem § 13 ihre Zustimmung gaben, der diesen Wortlaut hat:

„Von der Erbschaftssteuer befreit sind der Landesfürst und die Landesfürstin. Das Gleiche gilt von den Mitgliedern des landesfürstlichen Hauses in Ansehung eines Erwerbes aus dem Vermögen anderer Mitglieder des Hauses."

Damit nicht genug. Diese Bestimmung findet auch noch auf eine Anzahl anderer fürstlicher Familien Anwendung. Hierzu vergleiche man das Eingangs dieses Kapitels wiedergegebene Zitat aus der Begründungsschrift der Regierung zu den neuen Steuervorlagen.

Die Beratung des Gesetzes zeitigte mehrere Abstimmungen mit folgendem Ergebnis: Der grundlegende § 12, der die Steuersätze enthält, wurde mit 210 gegen 40 konservative Stimmen angenommen. In diesem Falle splitterten sich die Konservativen vom Block ab. Ein freisinniger Antrag, die Steuerbegünstigung für Erbanfälle an Kirchen usw. aufzuheben, wurde mit 169 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten Freisinnige und Sozialdemokraten. Die Steuerbefreiung der Landesfürsten wurde mit 143 gegen 75 sozialdemokratische und freisinnige Stimmen beschlossen.

Die Anträge unserer Fraktion wurden sämtlich abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das neue Steuer- und Schuldentilgungsgesetz mit 149 gegen 95 Stimmen angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen. Sie hat trotz Ablehnung ihrer Anträge der Reichserbschaftssteuer zugestimmt, ebenso auch der Tantiemesteuer, weil diese beiden Gesetze den Anfang zu direkten Reichssteuern bilden. Dagegen mußte die Fraktion den übrigen Steuergesetzen ihre Zustimmung versagen, weil sie teils eine indirekte Besteuerung darstellen oder in hohem Maße verkehrs- und handelsfeindlich sind, wie z. B. die Fahrkarten-, Automobil- und Frachturkundensteuer. Die Fraktion hat bei der ganzen Steuerkampagne mit größter Energie gegen die Neubelastungen der Konsumenten durch die anfänglich drohende Tabaksteuer gekämpft, wie denn auch gegen die Zigarettensteuer und Brausteuererhöhung. Sie hat versucht, vom Handel und Verkehr die neuen

Schikanierungssteuern abzuwenden, ist aber an den staatserhaltenden Parteien gescheitert; ebenso auch mit dem Bestreben, durch eine vernünftige Gestaltung der Erbschaftssteuer die Wege für eine gesunde Finanzreform zu ebnen und endlich den Besitz gerecht zu belasten. Die Fraktion hat alles aufgeboten, die neuen Steuerbelastungen wenigstens gerecht zu verteilen, da an ihre Ablehnung bei der heutigen Reichstagsmehrheit nicht zu denken war. Umsonst. Die Ordnungsparteien häuften zu dem Berg alter Sünden neue schwere. In zwei Jahren hat das Volk Gelegenheit, Abrechnung zu halten; möge sie gründlich ausfallen.

*

Wir sind mit unserem Bericht zu Ende. Es drängt uns aber, zum Schluß zu sagen, daß der verflossene Sessionsabschnitt für die Arbeiterklasse auch nicht einen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet gebracht hat, dafür aber schwere Neubelastungen, die in Verbindung mit dem Zolltarif vom Jahre 1902 und den Handelsverträgen, die in der vorhergehenden Session abgeschlossen worden sind, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter folgenschwer benachteiligen werden. Nur widerwillig beschäftigt sich die bürgerliche Reichstagsmehrheit ernsthaft mit den Fragen des Arbeiterschutzes, wie mit der gesamten Sozialpolitik überhaupt. Der Sozialdemokratie erwächst deshalb schärfer denn je die Aufgabe, vorwärtsdrängend das Gebiet der Sozialpolitik im Reichsparlament zu behandeln und gebieterisch mehr Arbeiterschutz zu fordern. Im übrigen ist der Fraktion die Richtschnur ihres parlamentarischen Handelns durch das Parteiprogramm gegeben. Auf ihm und seinen Grundsätzen fußend, hat die Fraktion ihre Aufgabe erfüllt, treu dem Ziel: die privatkapitalistische Gesellschaft zu beseitigen, sie durch die sozialistische Gesellschaftsform zu ersetzen, die keine Klassenherrschaft, keine Ausbeutung und Unterdrückung kennt.

Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1906

nach der endgültigen Feststellung.

Fortdauernde Ausgaben.

		Mk.
Bundesrat	—	„
Reichstag	4 500	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	284 510	„
Auswärtiges Amt	17 456 795	„
Reichsamt des Innern	75 562 247	„
Verwaltung des Reichsheers	616 177 342	„
Reichsmilitärgericht	570 811	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	112 774 188	„
Reichs-Justizverwaltung	2 351 705	„
Reichsschatzamt	254 005 155	„
Reichs-Eisenbahnamt	424 700	„
Reichsschuld	127 555 500	„
Rechnungshof	1 026 700	„
Allgemeiner Pensionsfonds	98 420 807	„
Reichs-Invalidenfonds	36 661 748	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	466 669 048	„
Reichsdruckerei	5 988 620	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	80 509 900	„
Zu verschiedenen neuen Maßnahmen	10 899 004	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 908 097 775	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	—	Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	250 000	„
Auswärtiges Amt	20 393 479	„
Reichsamt des Innern	3 040 050	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	14 966 375	„
Reichsdruckerei	87 034	„
Verwaltung des Reichsheers	87 521 672	„
Reichsmilitärgericht	13 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	101 813 150	„
Reichsschatzamt	44 700	„
Reichsschuld	—	„
Rechnungshof	852 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	6 722 000	„
Zur Deckung des Fehlbetrags für 1904	8 559 389	„
Zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben	1 494 054	„
Summe der einmaligen Ausgaben	245 256 903	Mk.
Hierzu Summe der fortdauernden Ausgaben	1 908 097 775	„
Summe der Ausgabe des ordentlichen Etats	2 153 354 678	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Auswärtiges Amt, Kolonial-Abteilung	1 200 000	Mk.
Reichsamt des Innern	5 000 000	„
Verwaltung des Reichsheers	88 752 627	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	50 815 000	„
Reichsschatzamt	—	„
Reichs-Kolonialamt	1 200 000	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	88 610 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	17 416 000	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	8 477 500	„
Aus Anlaß der Expedition in das südwestafrikanische Schutzgebiet	88 392 900	„
Aus Anlaß der Expedition in das ostafrikanische Schutzgebiet	305 400	„
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	243 969 427	Mk.
Hierzu die Ausgabe des ordentlichen Etats	2 153 354 678	„
Gesamt-Ausgabe	2 397 324 105	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern	908 682 220	Mk.
Reichsstempelabgaben	103 311 000	„
Einnahmen auf Grund der neuen Steuergesetzentwürfe	61 660 000	„
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	551 815 500	„
Reichsdruckerei	8 933 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	107 882 700	„
Bankwesen	15 691 000	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	40 783 676	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	46 715 151	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	329 400	„
Ausgleichungsbeträge	20 356 183	„
Matrikularbeiträge	287 744 848	„
Summe der Einnahme des ordentlichen Etats	2 153 354 678	Mk.
Dazu die Einnahmen des außerordentlichen Etats	243 969 427	„
Summe der Einnahme	2 397 324 105	Mk.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Verden, Lüneburg, Friedrichstadt und Genosse Feltzer in Rixdorf: „Die Alkoholfrage" auf die Tagesordnung zu setzen.

2. Wahlverein für den dritten sächsischen Wahlkreis: „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung" auf die Tagesordnung zu setzen.

3. Potsdam-Osthavelland: „Partei und Gewerkschaft" auf die Tagesordnung zu setzen.

4. Potsdam-Osthavelland: Zu Punkt 4 der Tagesordnung, „Maifeier", den Genossen Bömelburg als zweiten Berichterstatter zu wählen.

5. Dresden, Hanau, Mühlhausen in Thüringen, Plauen, Nieder-Barnim, Bochum, Breslau und Potsdam-Osthavelland: Zu Punkt 5 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu stellen. Als zweiten Berichterstatter entweder den Genossen Legien oder ein anderes Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften zu wählen.

Bericht des Parteivorstandes.

6. München: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um einige Genossen zu vermehren und diese Stellen sind mit hervorragenden Gewerkschaftsführern zu besetzen.

7. Straßburg (Stadt): Der Parteivorstand ist zu verstärken. — Um eine dauernde Verbindung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu erreichen, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Bildung eines Aktionsausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden Körperschaften, in Verbindung zu treten und das Ergebnis der Verhandlungen dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Die Mitglieder eines eventuell zu bildenden Aktionsausschusses werden vom Parteitag aus dem Parteivorstand gewählt. Der nächste Gewerkschaftskongreß wird ersucht, zu dieser Frage ebenfalls Stellung zu nehmen.

8. Magdeburg und Bochum: Der Vorstand ist um zwei Sekretäre zu verstärken.

9. 11. badischer Reichstagswahlkreis: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes so zu vermehren, daß in agitatorischer Hinsicht mehr geschehen kann, als bisher.

10. 1. badischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, alljährlich Agitationstouren zu veranstalten, bei welchen an jedem Orte, wo ein Lokal aufzutreiben ist, Versammlungen abgehalten werden sollen.

11. Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg: (Resolution.) In Anbetracht, daß der Parteivorstand bisher nichts getan hat, um den Beschluß des Jenaer Parteitages betreffend des Antrages 19 zu verwirklichen, verlangt der Parteitag, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse auch durchgeführt werden und fordert nochmals zur regen Agitation gegen den Militarismus im Sinne des Antrages 19 von 1905 auf.

12. Frankfurt a. M.: Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes hat derselbe über die ihm überwiesenen Anträge Bericht zu erstatten, inwieweit Ablehnung oder Durchführbarkeit vorhanden war.

13. Recklinghausen: Für sämtliche sozialdemokratische Kreisvereine Deutschlands wird ein einheitliches Mitgliedsbuch angefertigt, in dem das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei abgedruckt ist. Die Kreisvereine beziehen das Buch zum Selbstkostenpreise.

14. 8. badischer Reichstagswahlkreis: Die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher sowie einheitlicher Beitragsmarken mit Wertangabe nicht unter 25 Pf. monatlich ist mit 1. Januar 1907 für das ganze Reich vorzunehmen. Lokalzuschläge zu erheben bleibt den Mitgliedschaften überlassen.

15. Altenburg: Die Mitgliedsbücher der sozialdemokratischen Organisationen sind für ganz Deutschland einheitlich herzustellen.

16. Bant: Dem Parteivorstande aufzugeben, einheitliche Mitgliedsbücher für ganz Deutschland einzurichten und anfertigen zu lassen. Dieselben müssen enthalten: den Vermerk für An- und Abmeldung und Rubriken für Wochenbeiträge sowie das Parteiprogramm und das Organisationsstatut.

17. Ruhrort: Der Parteitag möge dahin wirken, daß in allernächster Zeit die einzelnen Kreisorganisationen zu einer geschlossenen Landesorganisation zentralisiert werden, sowie die Mitgliedsbücher einheitlich herauszugeben. Die Beiträge setzt jedoch jeder Kreis für sich fest.

18. Eßlingen: Daß für das ganze Reich ein einheitliches Mitgliedsbuch geschaffen wird, in welchem die Felder zum Einkleben der Beitragsmarken derart gleichmäßig sind, daß sie für alle Markensysteme benutzt werden können. Des weiteren soll das Mitgliedsbuch nur das Programm der Gesamtpartei, Geschäftsordnung usw. usw., aber nicht die Satzungen der Parteien der verschiedenen Bundesstaaten enthalten. Zusatzantrag: Der Parteitag möge sich im Prinzip für die Einführung der Wochenbeitragsmarke an Stelle der verschiedenen Beitragssysteme erklären.

19. Bochum: Der Parteivorstand ist verpflichtet, alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden bezw. Parteisekretäre der Provinzialkomitees nebst den politischen Redakteuren der Parteipresse zu einer Konferenz zusammenzuberufen. Auch bei größeren Aktionen, z. B. Wahlrechtsbewegung, ist, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, eine derartige Konferenz einzuberufen.

20. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verständigung über innere Organisationseinrichtungen die Leiter resp. Geschäftsführer der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzuberufen.

Als nächste Aufgaben in organisatorischer Hinsicht betrachtet der Parteitag u. a. die Schaffung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich und einheitlicher Perioden für die Parteiberichterstattung aller Organisationskörperschaften.

21. Heidelberg: Die ärmeren Wahlkreise entschieden besser mit Geldmitteln zu unterstützen, um die Agitation nachhaltiger betreiben zu können.

22. Rohrbach (Pfalz): Der Parteitag macht dem Parteivorstand zur Pflicht, alljährlich Reichstagsabgeordnete zu gewinnen, die nach Schluß des Reichstages in allen rückständigen ländlichen Wahlkreisen in öffentlichen Volksversammlungen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zu erstatten haben.

23. Neustadt in Holstein: Der Parteivorstand muß alljährlich mindestens einmal auf seine Kosten eine Agitationstour durch einen Reichstagsabgeordneten in den schwachen Wahlkreisen vornehmen lassen.

24. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschands in Verbindung zu treten, daß letztere die Führer der Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mitglieder entschiedener auf die politische Organisation und die Parteipresse hinzuweisen.

25. Breslau: Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volkskreisen zu entfalten. Zu diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Rekrutenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Thematas diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.

26. 10. württembergischer Reichstagswahlkreis: Den Parteivorstand zu beauftragen, das Deutsche Reich in Agitationsbezirke einzuteilen und je nach Bedürfnis besoldete Agitationsleiter anzustellen.

Presse.

27. Stuttgart: In Erwägung, daß die Zentralorganisation heute allgemein als die allein zweckmäßige Form der gewerkschaftlichen Organisation betrachtet werden kann, möge der Parteitag beschließen, daß die Parteipresse weder Anzeigen noch für den redaktionellen Teil bestimmte Publikationen der lokalistischen oder anderen Sonderorganisationen, die nicht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, aufnehmen darf.

28. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Persönliche Polemiken sind in der Parteipresse möglichst zu vermeiden.

29. Ruhrort: Dem Wahlkreise „Duisburg-Mülheim-Oberhausen-Ruhrort" ist eine einmalige Pauschalsumme zum Preßfonds zur Errichtung der eigenen Presse zu bewilligen.

30. Lüneburg: Eine alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung herauszugeben. Dieselbe darf nicht zu reichlich illustriert sein und nicht über 25 Pf. pro Heft kosten.

31. Niederbarnim: Der „Vorwärts" wird den Abonnenten von Groß-Berlin im Wochenabonnement für 25 Pf. abgegeben.

32. Münchenbernsdorf (3. weimar. Wahlkreis): Die Zänkereien innerhalb der Partei, wie sie in letzter Zeit die Zeitungen geführt haben, sind aus der Welt zu schaffen, weil dieselben den Genossen auf dem Lande zu Wahlzeiten den Kampf erschweren.

33. Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz, Kattowitz-Zabrze und Gleiwitz-Lublinitz: In Berücksichtigung der Notwendigkeit, die polnischen Proletarier im oberschlesischen Industriebezirk aus den Netzen des National-

polonismus zu befreien und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe der polnisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza" in Kattowitz als täglich erscheinendes Blatt die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

34. Hanau: Den Parteivorstand zu beauftragen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Tätigkeit des Reichstages während der letzten Session kritisch beleuchtet wird.

35. Pfungstadt: Die Delegierten zum Parteitag zu beauftragen, auf dem Parteitag zu verlangen, daß die unfruchtbaren Zänkereien zwischen den einzelnen Parteiorganen aufhören müssen.

36. Uetersen: Daß die in Parteigeschäften hergestellten Drucksachen, namentlich was die „Maizeitung" anbetrifft, eine bessere Ausstattung erhalten.

37. Hamburg III: Die Genossen protestieren gegen die illustrative Mißgestaltung der Festzeitungen 1906 und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Herstellung verwendet wird.

38. Genosse Strummacher-Essen: Die sozialdemokratische „Partei-Correspondenz" wird zu einem angemessenen Abonnementspreis durch Vermittelung der Partei- beziehungsweise Kreisorganisation an die Genossen, die ein Interesse daran haben, abgegeben.

39. Heidelberg: Die neu herausgegebene „Partei-Correspondenz" ist allen Ortsvereinsvorsitzenden unentgeltlich zuzustellen.

40. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Eppendorf): Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zeitung für die Landarbeiter herauszugeben und alle Monate gratis zu verteilen.

41. Hamburg II: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine leichtverständlich abgefaßte Broschüre herauszugeben, in welcher in kurzen Zügen auf die Ziele des Sozialismus sowie auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen hingewiesen und zum Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine aufgefordert wird.

Diese Broschüre ist in einer Massenauflage herzustellen und zum Druckkostenpreis von den Vertrauensleuten der Partei sowohl wie auch der Gewerkschaften zur Agitation für die Partei zu verwenden.

42. Crefeld: Eine billige Ausgabe des Parteitagsprotokolles zu veranlassen, um dasselbe weiteren Genossenkreisen zugänglich zu machen.

43. Durlach: Den Parteivorstand zu ersuchen, erstens die Vollendung des 1895 begonnenen Werkes: „Der Sozialismus" in Einzeldarstellungen in die Wege zu leiten; zweitens die eventuelle Umarbeitung und Weiterführung des 1900 erschienenen Reichstagshandbuches von M. Schippel zu veranlassen.

44. Genossin Altmann-Wilmersdorf: Der für die Beilage der Arbeiterinnenzeitung der Partei unpassende, ja unsinnige Titel „Frauenbeilage wird beseitigt, und wenn dieser betreffende Teil der „Gleichheit" einen besonderen Titel führen soll, wird ein sinngemäßer dafür gewählt, etwa derart, daß darin der hauswirtschaftliche Inhalt oder die Hausfrauentätigkeit betont wird.

45. Essen: Alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Verhandlungen über die Arbeiterschutzgesetzgebung, Handelsvertragspolitik, Heer- und Marineforderungen nach den stenographischen Berichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abzugeben.

46. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Gleich den meisten Gewerkschaften den Arbeiter-Notizkalender für 50 Pf. zum Verkauf zu bringen; ferner in demselben keine Inserate mehr aufzunehmen.

Tätigkeit des Reichstages.

47. Heidenheim: Die Reichstagsfraktion soll im Reichstage einen Antrag einbringen, wonach die Mannschaften des Beurlaubtenstandes für den Tag der Kontrollversammlung, nachdem sie sich für den ganzen Tag als Soldat zu betrachten haben, Anspruch auf Löhnung, volle Verpflegung und etwaige Marschkompetenzen zu beanspruchen haben.

48. Hamburg II: Der Parteitag mißbilligt entschieden die schlechte Besetzung der Fraktion anläßlich der Besprechung der Interpellation des „Borussia"-Unglücks im Reichstage, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner weist der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in vielen Fällen auch bei der Beratung des „Etats des Innern" sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Etats für die Arbeiterschaft entschieden zum Nachteil ist.

49. Berlin III: Der Parteitag bedauert auf das lebhafteste die schwache Besetzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anläßlich der „Borussia"-Interpellation, durch die eine sofortige Besprechung unmöglich wurde. Es wird erwartet, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion so vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt.

50. 8. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Die Genossen ersuchen den Parteitag, Stellung zu nehmen zu der Teilnahme von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion an der Weinprobe im Reichstage. Sie erachten es als nicht der Würde und den Aufgaben unserer Abgeordneten entsprechend, wenn diese sich zu Reklamezwecken mißbrauchen lassen.

51. Genosse Hoch-Hanau: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegen die freien Hülfskassen nicht zu geben.

Maifeier.

52. Bielefeld-Wiedenbrück: Der auf dem Parteitage in Jena zur Frage der Maifeier beschlossenen Resolution folgendes hinzuzufügen:

In Erwägung jedoch, daß im wirtschaftlichen Kampfe die gewerkschaftlichen Organisationen die Verantwortung nur allein zu tragen und dafür zu sorgen haben, daß sie stets kampfbereit dem Unternehmertum gegenüber stehen, und der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai wiederum nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen mit dauerndem Erfolg geführt werden kann, es ferner in der Natur der Sache liegt, daß dieser Kampf leicht zu weiteren Komplikationen mit dem Unternehmertum führen kann, und endlich der Erfolg des Kampfes um die Arbeitsruhe am 1. Mai von der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur (eines oder mehrerer Berufe, eines Ortes oder ganzer Industriezentren) und der damit verbundenen Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, erachtet es der Parteitag als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefaßten Beschlüssen unterzuordnen.

Ebensowenig wie durch die direkte Aktion ohne entsprechende Machtstellung des klassenbewußten Proletariats in der Organisation der Achtstundentag erobert werden kann, ebensowenig ist es möglich, die Arbeitsruhe am 1. Mai durch planloses Einstellen der Arbeit an diesem Tage diese selbst der Verwirklichung näher zu bringen. Wie es eine geschichtliche Tatsache ist, daß planlose Putsche der Unterdrückten nur die Machtposition derselben schwächen und die der

Unterdrücker ſtärken, ebenſo kann die planloſe, die vorhandenen Machtfaktoren nicht abwägende Einſtellung der Arbeit am 1. Mai ſehr leicht zur Erſchütterung der eroberten Machtſtellung des organiſierten Proletariats führen, zum Vorteil der Kapitaliſtenklaſſe. Nur durch tiefgreifende Organiſation der Arbeiterklaſſe und eingehende Schulung derſelben im Kampfe iſt es möglich, allen politiſchen wie gewerkſchaftlichen Forderungen, und damit auch der Arbeitsruhe am 1. Mai, Geltung zu verſchaffen.

53. 17. ſächſiſcher Reichstags-Wahlkreis: Den Parteivorſtand zu beauftragen, ſich mit der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften in Verbindung zu ſetzen, um Mittel und Wege zu finden, der Maifeier mehr als bisher den Charakter zu verleihen, der ihrer würdig iſt.

54. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge den Parteivorſtand beauftragen, ſich mit der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften ins Einvernehmen zu ſetzen über die Art der Maifeierbeſchlüſſe, damit Differenzen, wie in dieſem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Maifeier der Zukunft einheitlicher und machtvoller geſtalten zu können.

b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorſtände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkſchaftskommiſſionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

c) Diejenigen Genoſſen, welche am 1. Mai trotz eines regelrecht gefaßten Gewerkſchaftsbeſchluſſes arbeiten, ſind auf Antrag aus der Partei auszuſchließen.

55. Hanau: Der Parteivorſtand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften rechtzeitig in Verbindung zu treten.

56. Nieder-Barnim: Die Verſammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutſche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongreß 1889 zu Paris beſchloſſenen Form der Maifeier feſthält und energiſch Propaganda für die Maifeier zu machen hat. Ferner ſoll jeder Parteigenoſſe verpflichtet ſein, ſolchen Beſtrebungen, wie ſie in dem Antrage (51 a) des Genoſſen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkſchaftskongreß gekennzeichnet ſind, auf das entſchiedenſte entgegenzutreten.

57. Stuttgart: Alle redegewandten Parteigenoſſen haben ſich zur Maifeier der Partei und den Gewerkſchaften als Referenten unentgeltlich zur Verfügung zu ſtellen.

Maſſenſtreik.

58. Teltow Beeskow-Storkow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag erkennt an, daß eine zunehmende Verſchärfung der Gegenſätze zwiſchen Bourgeoiſie und Proletariat beſteht und daß es mehr denn je der Mittel bedarf, um den Klaſſenkampf zu führen.

Eines der wichtigſten Mittel iſt die Waffe des politiſchen Maſſenſtreiks. Dieſes Kampfmittel zu einem wirkſamen zu geſtalten, muß Aufgabe der politiſchen und gewerkſchaftlichen Organiſation ſein. Mit Rückſicht darauf, daß eine große und gut disziplinierte Organiſation erſte Vorbedingung für das Gelingen des politiſchen Maſſenſtreiks iſt, wird es allen Parteigenoſſen zur Pflicht gemacht, für Partei und Gewerkſchaft unabläſſig zu agitieren.

Der Parteitag wolle dahin wirken, die Meinungsdifferenz zwiſchen Partei und Gewerkſchaften zu klären, um gemeinſam den Kampf gegen politiſche Unterdrückung und ökonomiſche Ausbeutung zu führen.

Das Proletariat betrachtet den politischen Massenstreik als eine Waffe, die die Arbeiterschaft ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näher bringen kann.

b) Der Parteivorstand möge die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages über die Fragen „Massenstreik" und „Partei und Gewerkschaften" als Agitationsbroschüre zum Massenvertrieb herausgeben.

59. Nieder-Barnim:

a) 1. Angesichts der verunglückten Wahlrechtsaktion des letzten Winters fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, außergewöhnliche Aktionen, die über den Rahmen der gewöhnlichen Agitation hinausgehen, in Zukunft nur dann zu beginnen, wenn er sich vorher entschlossen hat, sie gegebenenfalls auch mit den stärksten Mitteln (Demonstrationen, Massenstreiks usw.) durchzuführen.

2. Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Zusage der Generalkommission der Gewerkschaften, daß sie im Falle eines Massenstreiks der politischen Bewegung nicht hindernd in den Weg treten und sich an der Unterstützung der eventuell Gemaßregelten nach Kräften beteiligen wird.

Er erwartet daraufhin, daß der Parteivorstand in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinleitet.

b) Der Parteitag möge beschließen, in ganz Deutschland eine Agitationsbroschüre, welche den politischen Massenstreik behandelt und zum Beitritt in die politische Organisation auffordert, herauszugeben.

Dieselbe soll in Werkstellen, Fabriken und auf den Bauplätzen zur Verbreitung gelangen.

60. Hamburg II: In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitag gefaßten Resolution. Wir protestieren darum auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse in sophistischer Weise zu deuteln, wie dies in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen der betreffenden genügen uns in keiner Weise, sie liefern vielmehr den Beweis, daß derartige Verhandlungen resp. Abmachungen zwischen diesen beiden Körperschaften sehr leicht dazu führen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu stören und zu schwächen, sowie Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Wir stellen darum den Antrag:

Alle Fragen, den politischen Massenstreik betreffend, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, sind in voller Oeffentlichkeit zu erledigen.

61. Berlin VI: Die Generalversammlung des Wahlvereins steht nach wie vor bezüglich des politischen Massenstreiks auf dem Standpunkt der Resolution von Jena. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag in Mannheim an den grundlegenden Fragen der Bebelschen Resolution festhält, und erwartet von allen Parteigenossen, insbesondere von denen, welche ein Reichstagsmandat innehaben, daß die Beschlüsse der Parteitage in jeder Beziehung als maßgebend betrachtet werden. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß die Vorbedingungen für den Erfolg des politischen Massenstreiks durch festgefügte politische wie gewerkschaftliche Organisationen gegeben sind, und sind dieselben von jedem Parteigenossen zu fördern, gleichfalls ist jeder Zersplitterungsversuch, von welcher Seite er kommen möge, energisch zu bekämpfen.

62. Straßburg-Stadt: Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg (Kreisfiliale Straßburg-Stadt) ist der

Meinung, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat seit dem Parteitage in Jena in keiner Weise gemildert haben; sie hält im Gegenteil dafür, daß die Kämpfe zwischen der ausbeutenden und der ausgebeuteten Klasse sich von Tag zu Tag schärfer gestalten und daß die Reaktion auf allen Gebieten kühner denn je ihr Haupt erhebt. Deshalb erklärt auch die Versammlung, daß keinerlei Veranlassung besteht, auf das von dem Jenaer Parteitag in das Arsenal proletarischer Waffen aufgenommene Kampfmittel des politischen Massenstreiks zu verzichten, sondern daß es im Gegenteil dringende Aufgabe der Parteileitung ist, im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks durch rege und energische Propagierung desselben nach Kräften vorzubereiten.

63. Elberfeld-Barmen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen hat aus dem Protokoll über die Verhandlungen der Zentralvorstände der Gewerkschaften nicht die Erkenntnis gewonnen, daß Bebel bezw. der Parteivorstand in der gemeinschaftlichen Sitzung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, in welcher die Frage des politischen Massenstreiks erörtert wurde, sich in Widerspruch zu dem diesbezüglichen Beschluß des Jenaer Parteitages gesetzt habe. Die Versammlung ist der Meinung, daß die gegenteilige Ansicht auf eine irrtümliche Auffassung der Generalkommission zurückzuführen ist, die ihrerseits wohl ihre Erklärung in den verschiedenen Standpunkten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des politischen Massenstreiks findet.

Die Versammlung erklärt, an der Jenaer Resolution festhalten zu wollen.

64. Mülhausen i. E.: Angesichts der trotz aller Ableugnungen auf eine bewaffnete Einmischung Preußen-Deutschlands in den bewunderungswürdigen Befreiungskampf des russischen Volkes gerichteten Hetze der preußischen Junkerpresse — einer Hetze, die bei den gewohnheitsgemäßen Plötzlichkeiten und Unbesonnenheiten des Zickzackkurses ernste Gefahren in sich schließt — erklärt der Parteitag: Es ist die dringende Aufgabe der Parteileitung, im Einvernehmen und zusammenwirkend mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des allgemeinen Massenstreiks ins Auge zu fassen und vorzubereiten.

65. Fünfter sächsischer Reichstagswahlkreis: Die Ereignisse des letzten Frühjahrs haben in eindringlichster Weise die Notwendigkeit erwiesen, daß die Arbeiterklasse alle Vorbereitungen trifft, um das in Jena zum Beschluß gehobene Kampfesmittel der umfassendsten Massenarbeitseinstellung wirklich zur Anwendung bringen zu können. Da eine Massenarbeitseinstellung aber nur durch gemeinsame Vorbereitungen und gemeinsame Beschlüsse der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen möglich ist, so wird der Parteivorstand ersucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zur Beratung dieser Frage wie auch aller anderen beide Zweige der Arbeiterbewegung berührenden Fragen in regelmäßige und dauernde Fühlungnahme zu treten.

66. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: Die heutige Parteiversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Propagierung des Massenstreiks eine unbedingte Notwendigkeit ist. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig der Versuch gemacht wird, die Idee des Massenstreiks illusorisch zu machen, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, nur solche Genossen zum Parteitag zu delegieren, die sich unbedingt auf den Boden der Massenstreikidee stellen.

67. 8. und 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Der sozialdemokratische Verein von Altona steht auf dem Boden der Jenaer Resolution

und ersucht den Parteitag in Mannheim, in der Frage des politischen Massenstreiks eine ganz präzise Stellung einzunehmen, um den falschen Auslegungen der Jenaer Resolution vorzubeugen.

68. Berlin V: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im fünften Berliner Reichstagswahlkreise erachtet es infolge der widerspruchsvollen Auslegung der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik durch die Vertreter der Partei einerseits und eines großen Teiles der Gewerkschaftsführer andererseits für notwendig und zweckdienlich, die Frage des Massenstreiks auf dem Parteitage nochmals zur Beratung kommen zu lassen und bei dieser Gelegenheit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Die Versammlung ist der Meinung, daß in dieser wie in allen anderen Fragen der Arbeiterbewegung das engste und einheitlichste Zusammenarbeiten der beiden mächtigsten Zweige der Arbeiterbewegung notwendig ist.

So wie in der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik jeder Parteigenosse verpflichtet wird, sobald für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation besteht, derselben beizutreten, oder zu helfen eine solche ins Leben zu rufen, erachtet es die Generalversammlung für die Pflicht eines jeden Gewerkschaftsgenossen, für die Ausbreitung der politischen Organisationen der Sozialdemokratie gleichermaßen Sorge zu tragen.

Sie bezeichnet ausdrücklich im Interesse gegenseitiger, schnellerer und besserer Verständigung sowie größerer Schlagfertigkeit bei gemeinsamen Aktionen jede Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung als für die Arbeiterschaft durchaus schädlich und erklärt insbesondere den in Berlin noch vorhandenen lokalistischen Gewerkschaften gegenüber die Notwendigkeit der einheitlichen zentralistischen Organisationsform.

In Erwägung aber, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse notwendig ein politischer ist, der gewerkschaftliche Kampf ihn wohl begleitet und unterstützt, nicht aber die Endziele der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, herbeiführen kann, betrachtet die Versammlung einzig die Parteitage der sozialdemokratischen Partei, der politischen Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft, als ausschlaggebende Instanz für jeden sich zur Partei Zählenden. Sie verpflichtet jeden Parteigenossen, diesen Beschlüssen jederzeit und in jeder Situation Folge zu leisten und weitere Geltung zu verschaffen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftsvorständekonferenz durchaus einverstanden, weil nur hierdurch eine aufklärende und durch keinerlei Mißtrauen vergiftete Diskussion ermöglicht wurde. Ferner erwartet die Versammlung vom Parteitage, daß er Mittel und Wege finde, um durch engeres Zusammenwirken der leitenden Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ein gedeihlicheres, die Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung mehr förderndes Verhältnis herbeizuführen.

Der 5. Berliner Wahlkreis ersucht den Mannheimer Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, eine leicht verständliche Broschüre herauszugeben, die den Zweck hat, die Arbeiterklasse über die Bedeutung des Massen- resp. Generalstreiks aufzuklären und die geeignet erscheint, unter Hinweis auf die durch den Materialismus erzeugte Energielosigkeit der Masse die Arbeiterklasse dem Idealismus zuzuführen und zu energievollen Klassenkämpfern zu erziehen. Die Broschüre muß zur Verbreitung allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

69. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Es darf nicht gestattet werden, daß Genossen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages, „politischer Massenstreik" betreffend, umgehen, indem dieselben sich nach den entgegengesetzten Beschlüssen des Kölner Kongresses richten.

70. 8. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hohenfelde): In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitage gefaßten Resolution. Wir protestieren darum auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse zu deuteln, wie dies in einer Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen genügen uns in keiner Weise, da derartige Verhandlungen und Abmachungen sehr leicht dazu beitragen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu hemmen und abzuschwächen sowie Mißtrauen in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Wir stellen daher den Antrag, der Parteitag wolle beschließen:

Alle den politischen Massenstreik betreffenden Fragen, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, sind in voller Oeffentlichkeit zu erledigen.

71. Hamm-Soest: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Hamm-Soest erkennt die Gründe, die den Zentralvorstand zu seinem Verhalten gegenüber der Jenaer Massenstreikresolution geführt haben, an und billigt sie, fordert aber für die Zukunft ein strenges Festhalten an dieser Resolution und verlangt vom Parteivorstand, den politischen Massenstreik in Zukunft in der Presse und in Versammlungen als Mittel zur Erlangung der politischen Macht durch das Proletariat zu propagieren; desgleichen den Kreiswahlvereinen die Pflicht aufzuerlegen, in den Versammlungen den politischen Massenstreik zu diskutieren.

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

72. Genosse Schulz und Genossin Zetkin:

Leitsätze zum Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie".

I. Das Ziel der Erziehung ist nicht ein absoluter Begriff religiöser oder moralischer Art, sondern es ist den im Flusse der gesellschaftlichen Entwickelung maßgebenden Faktoren, in letzter Linie den ökonomischen Triebkräften der betreffenden Zeit unterworfen.

Da die bisherige menschliche Geschichte sich in Form von Klassengegensätzen vollzog, so fehlte es bisher an einer einheitlich organisierten öffentlichen Erziehung für die Gesamtheit des Volkes, die öffentliche Erziehung war vielmehr stets und überall Klassenerziehung. Während die jeweilig herrschenden Klassen für sich eine verhältnismäßig gute Bildung, und zwar sowohl eine hohe Allgemeinbildung als auch eine für die Beherrschung der Produktion und des Staates notwendige technische Bildung zu monopolisieren wußten, haben sie die unterdrückten Klassen stets entweder ohne jegliche Bildung gelassen oder ihnen doch nur das bescheidenste Maß einer für die jeweilige Produktionsform unerläßlichen technischen Bildung eingeräumt.

So ist auch die Volksschule in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart weit davon entfernt, ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein, nur ein Hülfsmittel der kapitalistischen Produktion zum Zwecke einer elementaren technischen Abrichtung der Arbeitermassen. Eine planmäßige Hebung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwickelung liegt, fortwährend an dem durch Militarismus, Kolonialpolitik und ähnliche kostspielige Interessen der herrschenden Klasse bewirkten ständigen Geldmangel des Staates. Außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitsteilung und die dadurch entstehende Schablonisierung und Geistlosigkeit der Arbeit in vielen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule.

Aber die Volksschule ist nicht nur ein Mittel zum Zwecke des kapitalistischen Profits, sie ist auch ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals. Während ein mannigfaltig gegliedertes und reichdotiertes höheres Bildungswesen der Jugend der herrschenden Klassen die Erwerbung einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden allgemeinen Bildung ermöglicht und den herrschenden Klassen dadurch ein geistiges Uebergewicht über die arbeitenden Klassen verschafft, wird die Arbeiterjugend in der Volksschule zum Glauben an ein künstlich zurecht gestutztes, gefälschtes Bild der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der kulturellen Entwickelung gedrillt. Insbesondere sollen durch dogmatischen Religionsunterricht und byzantinischen Geschichtsunterricht in der Arbeiterjugend frühzeitig die Eigenschaften geistiger Demut und patriotischer Unterwürfigkeit gezüchtet werden, Tendenzen, die mit der Verschärfung der Klassengegensätze an Intensität zunehmen.

II. Der Sozialismus, der die Abschaffung der Klassenunterschiede will, beseitigt damit auch die Klassenerziehung. Er bricht zu diesem Zwecke mit den geltenden Prinzipien der gegenwärtigen öffentlichen Erziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich im gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind.

Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation erblickt, da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erheben und zu einer Quelle des Glücks und der Freude gestalten will, so wird auch für die Erziehung in der sozialistischen Zukunft die „Arbeit" die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebenerweckende und zu sozialer Gesinnung erziehende Element bilden. In dem kindlichen Spiel der ersten Lebensjahre kommt der allgemein menschliche Drang nach Betätigung zuerst zum Ausdruck. Die zukünftige öffentliche Erziehung wird daher — ohne die kindliche Lebensfreude zu beeinträchtigen — beim Spiel anknüpfen und von hier aus Knaben und Mädchen in gemeinsamer Erziehung und in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wachstums geleiten, bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle.

III. Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Hebung der öffentlichen Erziehung zunächst:

Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens.

Organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihülfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern.

Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung. Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Fachschulaufsicht.

Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schul-

heimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. Gründung von Sanatorien für schwächliche und kränkliche Kinder.

Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.

Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit. Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.

Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, vierfinnige, epileptische usw.). Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Ferienkolonien.

Bau und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst.

Errichtung von Bädern, Schwimm-, Wärme- und Speisehallen in den Schulen.

Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und Instituten für Volksbelehrung und -Unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen usw.).

Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen, entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

IV. Der geschichtlichen Entwickelung eignet nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuschalten, sondern sie zu vertiefen. Die Erziehung im Heim hat das Wirken der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu vervollständigen. Sie soll nicht bloß Mutterwerk, sie muß gemeinsames Elternwerk sein. Die Sozialdemokratie fordert ihre Angehörigen auf, soweit sie als Eltern, Vormünder oder auf andere Weise berufen sind, die Erziehung von Kindern zu leiten oder zu beeinflussen, sich dieser wichtigen Aufgabe mit dem liebevollsten Ernst und der größten Gewissenhaftigkeit anzunehmen. Sie erklärt es für die selbstverständliche Pflicht der Parteiangehörigen, daß sie die Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erziehen. Solange aber der Klassenstaat besteht und die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht wird, kann sich die häusliche Erziehung nicht harmonisch an den Schulunterricht angliedern, sie muß vielmehr im großen Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegenwirken, welche diesen verfälschen und vergiften. Das gilt in erster Linie und im besonderen Maße von dem Religions- und Geschichtsunterricht. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolgt nicht dadurch, daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt. Sie fordert aber, daß diese durch die zweckentsprechende Geistes- und Charakterpflege für das Verständnis der sozialistischen Theorien und die Betätigung sozialistischer Gesinnung vorbereitet werden. Dazu gehört, daß man die Kinder in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens und seine Triebkräfte einführt, so daß sie den Menschen als ein Glied in der unendlichen Kette alles natürlichen und sozialen Seins erfassen lernen; daß man sie zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit erzieht; daß man in ihnen die Gefühle der Brüderlichkeit, der Liebe zur Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Schönheit erweckt und pflegt. Das lebendige persönliche Beispiel der Erziehenden ist dabei ein Faktor von größter Wichtigkeit.

Damit die Parteigenossen ihre verantwortungsreiche Aufgabe erfüllen können, müssen sie mit Eifer auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein, sie müssen in strenger Selbstzucht an ihrer Charakterbildung arbeiten.

Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschulwesen wie den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Beachtung schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft.

V. Das Proletariat ist der Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwickelung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit ist, aber in scharfem Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und damit auch zu der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst unserer Tage steht, die einen ausgeprägten Klassencharakter tragen. Im Hinblick auf seine geschichtliche Mission kann daher das Proletariat die bürgerliche Geisteskultur nicht einfach übernehmen, es muß sie vielmehr seiner eigenen Weltanschauung gemäß umwerten. In diesen Tatsachen ist der relative Wert begründet, den auch die wohlmeinendsten und an sich verdienstlichen Bestrebungen bürgerlicher Kreise zur Hebung der wissenschaftlichen und künstlerischen Volksbildung haben. Die Sozialdemokratie kann daher an solchen Bestrebungen keinen Anteil haben; angesichts der schreienden Bildungsbedürftigkeit der breitesten Massen steht sie ihnen jedoch sympathisch gegenüber, soweit sie nicht bewußt zu Mitteln entwürdigt werden, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu trüben und die Energie seines Klassenkampfes abzuschwächen.

Ihr selbst aber erwächst die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiter-Bildungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Lese- und Diskussionsabenden, beziehungsweise die Ausgestaltung der Zahlabende zu solchen; die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Festschriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur, durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Museumsbesuchen usw., durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 25 Mitgliedern, bestehend aus Theoretikern und Praktikern, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuß wird auf Grund einer Vorschlagsliste der Landes- bezw. Bezirksorganisationen alljährlich von Parteivorstand und Kontrollkommission gewählt; der Parteivorstand ist in ihm durch zwei Delegierte vertreten. Eine ständige Geschäftsstelle des Bildungsausschusses vermittelt den Verkehr mit den Parteiorganisationen im Reiche.

VI. Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit

der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewußte Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampf vorzubereiten.

Zur Lösung dieser Aufgabe sind von den Parteigenossen geeignete Jugendorganisationen zu schaffen bezw. Vertrauenspersonen aufzustellen, die sich ihr widmen. Es sind Vorträge, Vortragszyklen und Unterrichtskurse zu veranstalten; das Lesebedürfnis ist zu wecken und zu fördern, gesellige Zusammenkünfte und die Feste der proletarischen Organisation sind dem erstrebten Ziele nutzbar zu machen.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der schulentwachsenen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwickelung die Charakterbildung fördert.

73. Genosse Hoch-Hanau:

Zu den Leitsätzen über: Volkserziehung und Sozialdemokratie:

I. Unter Ziffer 1 im Absatz 8 den zweiten Satz dahin zu ändern: Eine planmäßige Hebung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwickelung liegt, zunächst daran, daß die Arbeiterkinder in einem Maße, das mit den Rücksichten auf die Volkserziehung nicht zu vereinbaren ist, zur Erwerbsarbeit herangezogen werden. Außerdem fehlen der herrschenden Klasse infolge der stetig wachsenden Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik die nötigen Geldmittel zur planmäßigen Hebung der Volksschule.

II. Unter Ziffer 1 im Absatz 8 den letzten Satz zu streichen.

III. Unter Ziffer 8 dem Absatz 2 zuzufügen: unter Heranziehung des Reiches zur Deckung der Kosten.

IV. Unter Ziffer 8 zwischen Absatz 5 und 6 folgenden Absatz einzuschalten: Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, Kontrolle und Einschränkung der Kinderarbeit im Haushalte der Eltern unter Mitwirkung der Schule.

V. Unter Ziffer 8 zwischen Absatz 6 und 7 folgenden Absatz einzuschalten: Aufsicht der Fortbildungsschule über die Beschäftigung der Schüler in den Fabriken, Werkstätten usw., Pflicht der Arbeitgeber, der Fortbildungsschule die verlangten Mitteilungen über die Beschäftigung der Arbeiter unter 18 Jahren zu machen. Einspruchsrecht der Fortbildungsschule gegen eine solche Beschäftigung der jungen Arbeiter, welche deren Fortschritte in ihrer Ausbildung nicht entspricht. Recht der Eltern zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses in dem Fall, daß der Arbeitgeber nicht sofort auf Anweisung der Fortbildungsschule den jungen Arbeiter so beschäftigt, wie es mit Rücksicht auf seine Ausbildung notwendig ist.

VI. Unter Ziffer 8 nach dem vierten Satze einzuschalten: Dieser Aufforderung werden die Eltern um so besser nachkommen können, je günstigere Arbeits- und Lebensverhältnisse sich die Arbeiter dank der Erstarkung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation erringen, je weniger sie auf das Mitverdienen ihrer Kinder angewiesen sind, je gründlicher sie ihre eigene Ausbildung betreiben, je mehr Zeit ihnen für die Erziehung ihrer Kinder bleibt.

74. Hannover-Stadt: In Erwägung, daß mit dem Wachstum der Partei die theoretische Ausbildung der Parteigenossen nicht gleichen Schritt gehalten hat, dem Bildungsbedürfnis der Parteigenossen aber mehr entgegengekommen werden muß, beschließt der Parteitag:

1. Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorschule zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Bildungsschule zu gelten haben.

2. Den örtlichen Organisationen ist zu empfehlen, mehr wie bisher für das elementare Wissen der Genossen Sorge zu tragen.

75. Brandenburg a. H.: Der Parteitag beauftragt den auf Grund der Leitsätze zum Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie" eventuell zu wählenden Bildungsausschuß mit der Zusammenstellung eines Verzeichnisses guter Jugendschriften. Der Bildungsausschuß hat die Grundsätze, die für seine literarische, künstlerische und wissenschaftliche Wertung von Büchern usw. besonders für die Jugend maßgebend sein sollen, möglichst bald zu formulieren und in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen. Das Verzeichnis ist, mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteiblättern wird zur Pflicht gemacht, dieses Jugendschriftenverzeichnis, das fortlaufend zu erweitern ist, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

76. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, der Vereinheitlichung und Vertiefung der Erziehungs- und Bildungsbestrebungen praktisch näher zu treten unter besonderer Berücksichtigung folgender Einzelfragen: Kinder- und Jugendliteratur, Jugendorganisationen, Jugendorgan, Orts- und Bezirksbildungsausschüsse, Zentral-Bildungsausschuß, Arbeiterbildungsschulen, Zentralbildungsschule.

77. Recklinghausen: Die Partei richtet mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Jugenderziehung. Dort, wo es irgend möglich ist, sind Jugendorganisationen zu errichten. Letztere sollen bemüht sein, auf allen Gebieten des Wissens nachzuholen, was die Volksschule vernachlässigt hat, und die Jugend mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

78. Pfungstadt: Die Delegierten zu beauftragen, die Frage der Jugendorganisation in Anregung zu bringen.

79. Breslau: In der Erwägung, daß die herrschenden Klassen mehr wie bisher darangehen, den Schulunterricht für die Kinder des arbeitenden Volkes derartig zu beeinflussen (preußisches Volksschulunterhaltungs-Gesetz), daß die Folgen nur eine geistige Knechtschaft für das Proletariat bedeuten können, beschließt der Parteitag: Es ist jedes überzeugten Parteigenossen Pflicht, aus der Landeskirche auszuscheiden und im weiteren zu verhindern, daß seine Kinder irgendwelchen dogmatischen Religionsunterricht erhalten.

80. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

a) Nach dem Attentat auf die Volksschule ist es Pflicht der Sozialdemokratie geworden, ihrerseits eine Volkserziehung auf Grundlage der Naturwissenschaften in die Wege zu leiten, um den Massen den Erwerb einer geklärten Weltanschauung zu ermöglichen. Die Organisation dieses Unterrichts hat auf einheitlicher Grundlage für ganz Deutschland von der Partei als solcher zu geschehen.

b) Zwecks Propaganda unter der proletarischen Jugend ist der Parteivorstand zu beauftragen, die Jugendbeilage der „Gleichheit" sämtlichen Parteiblättern beizugeben und sie nach Bedarf zu erweitern.

c) Resolution: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend selbst herausgewachsenen Bestrebungen, die proletarische Jugend in einer Organisation zusammenzuschließen, welche geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen zu wecken, die geistige Weiterbildung zu fördern. Er betrachtet die freie Jugendorganisation als Glied der modernen Arbeiterbewegung, welches die weitgehendste Unterstützung der erwachsenen Arbeiter fordert. Der Parteitag sagt aus diesem Grunde derselben seine vollste moralische und materielle Unterstützung zu.

81. Stuttgart: Der Parteitag verpflichtet die Kreisorganisationen, soweit es im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, durch Gründung von Jugendorganisationen für Schutz und Aufklärung der arbeitenden Jugend zu sorgen.

82. Berlin V:

a) Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend herausgewachsenen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Arbeiterjugend, ohne Unterschied des Geschlechts, in Organisationen zusammenzufassen, die die wirtschaftlichen Interessen der Jugend wahrnehmen, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen wecken und stärken und die Aufklärung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung betreiben. Der Parteitag sagt den Bestrebungen der Jugend in jeder Beziehung seine vollste Unterstützung zu.

b) Die Generalversammlung beauftragt die Delegierten zum Mannheimer Parteitag beim Punkt 7 der Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Volksbildung" ihre Stimme in Einklang mit den bereits veröffentlichten Resolutionsgrundlagen der Genossen Zetkin und Schulz abzugeben.

83. Meißen: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Jugendschrift herauszugeben, welche den zu Ostern aus der Schule entlassenen Kindern von den Parteiorganisationen unentgeltlich überreicht werden kann.

84. Elberfeld-Barmen: Die Buchhandlung Vorwärts wird beauftragt, recht bald eine wöchentlich erscheinende Jugendzeitung ins Leben zu rufen. Dieselbe soll zum denkbar billigsten Preise abgegeben werden.

85. Pirna: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Jugendschrift herauszugeben, welche den zu Ostern aus der Schule entlassenen Kindern unentgeltlich überreicht werden kann.

86. Jena: In Erwägung, daß die Gesetze und Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten verschiedenartig sind und diese Verschiedenartigkeit der Gesetze bei der Agitation berücksichtigt werden muß, beschließt der Parteitag: Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorschule zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Bildungsschule zu gelten haben.

Sonstige Anträge.

Organisation.

87. Berlin VI:

§ 11 Absatz 1 erster Satz erhält folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß bis zu 1000 Mitgliedern der Kreis durch zwei, auf je weitere 3000 Mitglieder einen Delegierten mehr vertreten sein darf."

88. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:

§ 27 des Organisationsstatuts folgenden Absatz hinzuzufügen: „Den Wahlvereinen steht das Recht zu, Mitglieder wegen Verstoßes gegen die Zwecke des Wahlvereins, die nicht unter § 2 fallen, aus den Mitgliederlisten zu streichen. Die Wiederaufnahme des Mitgliedes kann jederzeit auf Antrag erfolgen, aber nur unter Zustimmung der Instanz, die den Ausschluß vollzogen hat. Die Streichung aus den Listen ist nicht dem Ausschluß aus der Partei gleich zu erachten."

Im § 26 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluß: „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf" zu streichen.

89. Recklinghausen: Zu den Verhandlungen der Parteitage entsendet die Reichstagsfraktion eine Abordnung in der Höhe des zehnten Teiles seiner Mitglieder.

90. Hattingen-Witten: Der § 27 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei erhält folgende Fassung: „Im Fall des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei der Gesamtvorstand des Wahlkreisvereins auf Antrag der örtlichen Organisation. Dem Ausgeschlossenen steht die Berufung an die Generalversammlung zu. In letzter Linie entscheidet der Parteitag."

91. Genosse Braun-Königsberg: Der § 11 Abs. I Ziffer 1 des Organisationsstatuts soll lauten: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 zwei Delegierte, über 2500 bis 5000 drei Delegierte, über 5000 bis 10 000 vier Delegierte, über 10 000 fünf Delegierte entsenden dürfen. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

92. Kaiserslautern: § 27 Abs. 1 des Organisationsstatuts wird dahin abgeändert: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann sowohl durch eine Parteiorganisation als durch einen jeden einzelnen Parteigenossen gestellt werden.

93. Bochum-Gelsenkirchen: Der § 27 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei erhält folgende Fassung: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei der Gesamtvorstand des Wahlkreisvereins auf Antrag der örtlichen Organisation. Dem Ausgeschlossenen steht die Berufung an die Generalversammlung zu. In letzter Linie entscheidet der Parteitag.

94. Ruhrort: Die Abgeordneten oder Kandidaten eines jeden Wahlkreises sind zum deutschen Parteitag mit Sitz und Stimme neben den zu wählenden Delegierten zuzulassen. Die Kosten für die ersteren trägt die Parteihauptkasse.

95. Brandenburg a. H.: Die Delegation des Kreises wird ersucht, den Parteitag aufzufordern, die Möglichkeit zu schaffen, Genossen auszuschließen, die bei kommunalen Wahlen der Wahl fern bleiben oder die Gegner wählen.

96. Bant: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgenden Absatz anzufügen: „Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch anzusehen, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes und Koalitionsrechtes hinzielen oder im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechtes behindert werden."

97. Straßburg (Stadt): Kreisversammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins: Den Parteivorstand zu beauftragen, eine einheitliche Regelung der Unterstützung mittelloser reisender Parteigenossen in die Wege zu leiten.

98. Genosse Thiele, Halle a. S.:

Zur Herbeiführung einer engeren und dauernden Fühlungnahme zwischen dem Parteivorstand und den Parteiorganisationen sowie zwischen den letzteren hat der Parteivorstand jährlich drei Konferenzen einzuberufen, von denen je eine gegen Jahresschluß, Anfang April und Anfang Juli stattfinden soll.

Zweck dieser Konferenzen ist, allgemeine Agitationen in die Wege zu leiten, über die zweckmäßigste Durchführung von Parteitagsbeschlüssen zu verhandeln, die provisorische Tagesordnung für die Parteitage aufzustellen und sich über alle schwebenden Parteifragen auszusprechen.

Die Konferenzen setzen sich zusammen aus dem Parteivorstande, der die Konferenzen leitet und 60 bis 75 Delegierten. Die Abgrenzung der Wahlbezirke für je einen Delegierten erfolgt erstmalig durch den Parteivorstand; spätere Aenderungen nehmen die Parteitage vor.

Die Wahl der Delegierten erfolgt auf ein Jahr und wird nach jedem Parteitage durch Urabstimmung in den Parteiorganisationen der einzelnen Bezirke vorgenommen.

Die Dauer einer Konferenz soll in der Regel zwei Tage nicht überschreiten.

Die Kosten der Delegationen trägt die Parteihauptkasse.

99. Genosse R. Halfter-Berlin VI: In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Namen, Wohnort, Wahlkreis und Parteistellung auch der jeweilige Beruf der Gewerbe (Parteibeamter, Gewerkschaftsbeamter, Kaufmann, Tischler usw.) der Delegierten möglichst genau angegeben.

100. Ober-Langenbielau und Jauer-Bolkenhain-Landeshut: Die Parteitage sind regelmäßig in Berlin abzuhalten.

101. Ober-Langenbielau: Delegierte zum Parteitag dürfen in Wahlkreisen, in denen eine Organisation besteht, nur von dieser gewählt werden. In Kreisen ohne Organisation beschließt über die Delegation eine Parteiversammlung.

102. Konstanz: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, eine sozialdemokratische Parteizeitung zu abonnieren.

Partei und Gewerkschaft.

103. Potsdam-Spandau-Osthavelland:

Im Anschluß an die vom Jenaer Parteitage dem Parteivorstand überwiesene Resolution 143 beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand hat unverzüglich in Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treten zur Herbeiführung einer dauernden Fühlung und Verbindung zwischen der politischen und der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere ist anzustreben:

a) die Ergänzung des Parteivorstandes durch einige Mitglieder der Generalkommission und die Hinzuziehung einiger Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission;

b) Bildung eines aus Vertretern beider Organisationen bestehenden Aktionsausschusses;

c) regelmäßige gemeinschaftliche Sitzungen des Parteivorstandes und der Generalkommission;

d) beiden Organisationen wird zur Pflicht gemacht, in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, nicht selbständig, sondern nur unter gegenseitiger Verständigung oder nach dem vergeblichen Versuch einer solchen Verständigung vorzugehen;

e) in solchen Fragen ist auch erforderlichenfalls die Abhaltung gemeinschaftlicher Partei- und Gewerkschaftskongresse — nach Art der internationalen Kongresse — zu erwägen.

104. Berlin VI: Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten zum Mannheimer Parteitag, folgenden Antrag zu vertreten: Die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz hat aufs neue bewiesen, daß zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationsinstanzen der Arbeiterschaft bedauerliche Unstimmigkeiten vorherrschen. Um diesen Unstimmigkeiten in Zukunft nach Möglichkeit vorzubeugen und um auch nach außen hin die Einigkeit der beiden Instanzen zum Ausdruck zu bringen, wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften dahin zu

verständigen, daß sämtlichen Beratungen des Parteivorstandes Delegierte der Generalkommission und umgekehrt den Beratungen der Generalkommission Delegierte des Parteivorstandes beizuwohnen haben.

105. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Nach dem Programm der Sozialdemokratischen Partei ist der Kampf der Arbeiter gegen die herrschenden Klassen einheitlich zu gestalten. Dieses ist jedoch bis zu einem gewissen Grade in den Reihen der organisierten Arbeiter noch nicht voll zur Durchführung gelangt, vielmehr steht sich ein Teil der auf dem Boden der Sozialdemokratie organisierten Gewerkschaften noch feindlich und gespalten gegenüber in Zentral- und Lokalorganisationen zum Schaden der Arbeiterbewegung. Da hierdurch ein erfolgreicher Kampf gegen die herrschenden Klassen in überflüssiger Weise erschwert und sogar verzettelt wird, „erwartet der Parteitag im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung auf das bestimmteste, daß dieser Programmsatz von den Beteiligten in der entschiedensten Weise zur Anerkennung und Verwirklichung gebracht wird. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Initiative zu ergreifen, um erneut einer Einigung die Wege zu ebenen."

106. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand ist um mehrere Mitglieder zu verstärken. Dabei ist der Frage näher zu treten, ob durch eine Personalunion oder auf anderem Wege eine ständige enge Verbindung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften herbeizuführen ist.

107. Köln-Stadt:

1. In Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Zentralorganisation heute allgemein als die einzig richtige Gewerkschaftsform anerkannt wird, ist in Zukunft der redaktionelle Teil der Parteipresse den lokalistischen Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen und ebenso solchen Zentralorganisationen zu verschließen, die nicht der Generalkommission angeschlossen sind.

2. Parteigenossen dürfen nur den der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Zentralorganisationen angehören.

108. Heidenheim: Es ist dahin zu wirken, daß der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften aus gleichviel Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche in strittigen Fällen mit einfacher Stimmenmehrheit bezw. durch Durchzählung der Stimmen ihre Beschlüsse fassen.

109. Jena. Die gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III, Ortsgruppe Jena, stimmt der Tagesordnung des Parteitages in Mannheim zu. Sie hält die Punkte der Tagesordnung: Volkserziehung und Sozialdemokratie und ebenso Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug für so wichtig, daß sie auf einem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie erörtert werden.

Die Versammlung bedauert außerordentlich, daß von seiten einzelner Gewerkschaftsvorstände wiederholt abfällig über die Arbeitsruhe am 1. Mai sowie über die Anwendung des politischen Massenstreiks geurteilt wird. Und darum hält die Versammlung es für richtig, daß auch diese beiden Punkte in Mannheim nochmals gründlich erörtert werden. Sie erwartet aber, daß in Zukunft derartige Ausfälle und Entgleisungen, wie sie sich auf der Konferenz der Zentralvorstände in Berlin bei dem Punkte „Partei und Gewerkschaften" abgespielt haben, unterbleiben. Differenzen zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung werden nie gänzlich zu vermeiden sein, jedoch können dieselben so erledigt werden, ohne persönlich ausfällig zu werden. Das Vermeiden von Differenzen wird am besten dadurch geschehen, daß man nicht bloß die praktische Gegenwartsarbeit im Auge behält, sondern mehr wie bisher sich mit Studium der sozialistischen Literatur befaßt.

Parteiprogramm.

110. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein London: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer und ökonomischer Kampf. Politisch, weil die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln kann ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Oekonomisch, weil die Arbeiterklasse kein Mittel unversucht lassen darf, um seine soziale Lage nach Kräften zu heben.

Verschiedenes.

111. Heidelberg: Doppelmandate zum Reichs- und Landtag sind in Zukunft nicht mehr zuzulassen.

112. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag erhebt schärfsten Protest gegen jedwede Einmischung der preußischen oder Reichsregierung in die russische Angelegenheit. Er beauftragt den Parteivorstand, erforderlichenfalls jedes geeignete Mittel schärfster Abwehr anzuwenden.

113. Pfungstadt: Die Kreiskonferenz ersucht den Parteivorstand in eine Prüfung der Frage einzutreten, in welcher Weise eine Regelung der Legitimationsfrage bezüglich der flüchtenden russischen Revolutionäre möglich ist. Zweck dieses Antrages ist, die örtlichen Parteikassen vor Schädigung durch unwürdige Elemente zu bewahren.

114. Potsdam-Osthavelland: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zwecke ist ein ständiger Ausschuß zu bilden.

115. Kaufbeuren: Es ist auf dem internationalen Kongreß 1907 zu beantragen, eine Weltsprache anzustreben, und soll als solche, um internationalen Streitigkeiten vorzubeugen, die am meisten gesprochene Sprache gelten, und müßte dieselbe in allen Ländern und Schulen neben der jeweiligen Landesresp. Muttersprache obligatorisch eingeführt werden.

116. Berlin III: Trotz des bereits bestehenden Beschlusses, im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in gröblichster Weise verstoßen worden. Der Parteitag zu Mannheim bringt deshalb dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht es dem politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten Freisinnigen Volkspartei irgendwelche Wahlhülfe zu leisten. Diese Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie die Zügel schießen zu lassen, sie hat bei allen Wahlen selbst dem krassesten Reaktionär gegen unseren Genossen zum Siege verholfen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei je eher je besser vom politischen Schauplatz verschwinden zu lassen, muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden.

117. Heidelberg: Angesichts der immer stärker sich erhebenden Reaktion der Kirchengemeinschaften ist die Agitation für Trennung von Staat und Kirche energischer zu betreiben.

Wiederaufnahme in die Partei

beantragen die ausgeschlossenen früheren Parteigenossen

118. Gustav Wegner, Stettin,

119. Emil Schröder, Berlin.

Tagesordnung des Parteitages 1907.

120. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: „Die Landarbeiterfrage" ist auf dem nächsten Parteitage zu behandeln.

121. Ober-Langenbielau, Teltow-Beeskow, Frankfurt a. M., Nieder-Barnim, Hamburg II, Dresden-A., Pfungstadt, München, Freiburg i. B., Waltershausen, Kiel, Guben, Hannover, Jena, Breslau, Apenrade, Kiel-Gaarden, 8. und 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Hahn, Berlin III und Berlin VI, 16 Parteigenossen in Erfurt, 9 in Ilversgehofen, 88 in Husum, 6 in Pfungstadt, 26 in Görlitz, 12 in Schöneberg, 81 in Berlin VI, 6 in Berlin III, 88 in Leipzig-Stadt:

Auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 ist „Die Alkoholfrage" zu setzen.

122. Berlin III: Der Parteitag beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten" zu setzen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlung gestellte Anträge.

123. Neumünster, Kiel, Schleswig, Itzehoe, Chemnitz, Hannover und 13 Parteigenossen in Mannheim beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages „Die Alkoholfrage" zu setzen.

124. Offenbach: Den nächstjährigen Parteitag in Offenbach abzuhalten.

125. Stettin: Den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

126. Stettin: Zu Punkt 5 der Tagesordnung möge die Generalkommission den zweiten Referenten stellen.

127. Chemnitz: Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

128. Chemnitz: Die Parteiversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises beantragt, dem Verlag und Herausgeber der Mai-Zeitung einen Tadel für die ganz unwürdige Ausstattung dieser Zeitung auszusprechen und den Parteivorstand aufzufordern, für eine der Partei würdigere Ausgestaltung der Mai-Zeitung besorgt zu sein.

129. Landeskonferenz für das Großherzogtum Hessen: „In der Erwägung, daß zur Anwendung und erfolgreichen Durchführung eines politischen Massenstreiks die Mitwirkung der Gewerkschaften ganz unentbehrlich ist, spricht die hessische Landeskonferenz die Erwartung aus, daß die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages zu Beschlüssen führen möchten, die eine Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erleichtern.

Um für die Zukunft in allen die Partei und die Gewerkschaften berührenden Fragen von vornherein Gegensätze möglichst auszugleichen und einheitliches Handeln zu sichern, hält es die Landeskonferenz für notwendig, daß eine ständige Verbindung zwischen den obersten Leitungen von Partei und Gewerkschaften hergestellt wird."

130. Dortmund: Einheitliche Mitgliedsbücher herauszugeben, welche Ortsstatuten nicht enthalten.

131. Cassel-Melsungen:

1. Der Parteivorstand ist angesichts der Tatsache, daß die Aufgaben der Partei fortgesetzt größere werden und namentlich auch im Hinblick auf die 1908 bevorstehenden Reichstagswahlen um zwei Sekretäre zu verstärken.

2. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Flugschrift herauszugeben, in der die Tätigkeit des Reichstags während der letzten Session kritisch besprochen wird.

3. Die Generalversammlung beantragt folgenden Zusatz zur Maifeierresolution: „Veranstaltungen, die den Charakter der offiziellen Maifeier tragen, dürfen nach dem ersten Sonntag im Mai nicht mehr stattfinden."

4. Die Generalversammlung beantragt: zu Punkt 5 der Tagesordnung des Parteitages ist neben Genossen Bebel um ein zweites Referat Genosse Legien zu ersuchen.

132. Rohrbach: Daß die Parteisekretäre zu den Parteitagen mit beratender Stimme zugezogen werden.

133. Ingolstadt:

1. Um die ideelle Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft zu möglichst unzweideutigem Ausdruck zu bringen und in allen wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung ein einheitliches Handeln zu sichern, ist eine ständige Instanz zu schaffen, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Generalkommission und des Parteivorstandes besteht.

Ferner ist die Partei- und Gewerkschaftspresse ernstlich darauf hinzuweisen, daß alle sachlichen Differenzen in parteigenössischer Weise zum Ausdruck gebracht werden.

2. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist das Verhältnis von Partei und Genossenschaften zu setzen.

134. Hannover:

In Erwägung, daß mit dem Wachstum der Partei die theoretische Ausbildung der Parteigenossen nicht gleichen Schritt gehalten hat, dem Bildungsbedürfnis der Parteigenossen aber mehr entgegengekommen werden muß, beschließt der Parteitag:

1. Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorschule zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Bildungsschule zu gelten haben.

2. Den örtlichen Organisationen ist zu empfehlen, mehr wie bisher für das elementare Wissen der Genossen Sorge zu tragen.

135. Deutscher Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Kottbus: Die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 zu setzen.

136. Resolution Bebel zu: „Der politische Massenstreik":

I.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Jenaer Parteitages den politischen Massenstreik betreffend.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

137. Der Pommersche Parteitag, 1. und 2. Schleswig-Holsteinische Wahlkreis, Solingen, 11 Genossen in Arnstadt beantragen: Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages „Die Alkoholfrage" zu setzen.

138. Landesorganisation für Hessen-Nassau: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: 1. „Die Landarbeiterfrage", 2. „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten".

139. Hessen-Nassau: Der Parteivorstand ist angesichts der Tatsache, daß die Aufgaben der Partei fortgesetzt größere werden und namentlich auch im Hinblick auf die im Jahre 1908 bevorstehenden Reichstagswahlen, um zwei Sekretäre zu verstärken.

140. Hessen-Nassau: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Flugschrift herauszugeben, in der die Tätigkeit des Reichstags während der letzten Session kritisch besprochen wird.

141. Sozialdemokratischer Verein Zschopau-Marienberg: In ärmeren, noch rückständigen Wahlkreisen, in welchen infolge Laufung der Parteiarbeiten und der weiten Ausdehnung der Kreise die Agitations- und Organisationsarbeiten nicht mehr nebenamtlich bewerkstelligt werden können, sind nach Lage der Verhältnisse vom Parteivorstand besoldete Agitationsleiter anzustellen, damit die Agitation und Organisation in jeder Beziehung intensiver und nachhaltiger betrieben werden kann.

142. Pommerscher Parteitag: In Erwägung, daß die Wahlrechtsaktion vom 21. Januar und 18. März nur einen vollen Wert gehabt hätte, wenn sie in dem unerschütterlichen Entschluß, auch schärfere Mittel als Volksversammlungen und Flugblattverbreitungen zur Anwendung zu bringen, unternommen worden wäre, fordert der Pommersche Parteitag den Parteivorstand auf, in Zukunft mit größerer Energie den politischen Massenstreik zu propagieren und zwar im Sinne einer Verwirklichung desselben zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den deutschen Bundesstaaten.

Der Pommersche Parteitag erwartet vom Parteivorstand, daß er schon der nächsten Wahlrechtsdemonstration einen Charakter gibt, der geeignet ist, die Massen auf die Verwirklichung des politischen Massenstreiks vorzubereiten.

Mit aller Entschiedenheit spricht sich der Parteitag insbesondere gegen das Bestreben aus, den politischen Massenstreik als ein Kampfmittel hinzustellen, das erst in ferner Zukunft in Frage kommen kann.

143. Solingen: Den nächstjährigen Parteitag in Solingen abzuhalten.

144. Resolution Singer zu: „Der internationale Kongreß 1907." Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum erstenmal in Deutschland stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschicken.

Um eine Ueberfüllung des Kongresses deutscherseits zu vermeiden, beschließt der Parteitag, die Höchstzahl der deutschen Delegierten auf 150 Personen festzusetzen, überläßt dem Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission die Verteilung der Mandatszahl auf die Landes- bezw. Provinzialorganisationen und ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften dafür zu wirken, daß die Gewerkschaften auch keine höhere Anzahl Delegierte nach Stuttgart entsenden.

145. Resolution Friedrich-Darmstadt: Die heutige Parteiversammlung erklärt hinsichtlich des politischen Massenstreiks, an der Resolution von Jena festzuhalten. Sie erwartet ferner von dem Parteitag in Mannheim, daß er seine Stellung in dieser Frage so präzisiere, daß eine Umdeutung ausgeschlossen ist. Sollte es dennoch von einzelnen Partei- und Gewerkschaftsgenossen versucht werden, so ist dem mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

146. Sparr in Darmstadt: Die heutige Parteiversammlung beantragt: Die gemeinsamen Konferenzen der Partei- und Gewerkschaftsvorstände, im Interesse beider Teile, zu einer dauernden Institution zu machen.

147. Resolution von Elm und 27 Genossen: Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftlichen Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gehässigsten Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarchistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarchistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigung" interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit" veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben,

erklärt der Mannheimer Parteitag:

daß diese anarcho sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Preßorganen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Der anarcho sozialistischen „Freien Vereinigung" ist der redaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

148. Genosse Schulz und Genossin Zetkin zu: „Sozialdemokratie und Volkserziehung"

Leitsätze zum Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie".

1. Das Ziel der Erziehung ist nicht ein absoluter Begriff religiöser oder moralischer Art, sondern es ist den im Flusse der gesellschaftlichen Entwicklung maßgebenden Faktoren, in letzter Linie den ökonomischen Triebkräften der betreffenden Zeit unterworfen.

Da die bisherige menschliche Geschichte sich in Form von Klassengegensätzen vollzog, so fehlte es bisher an einer einheitlich organisierten öffentlichen Erziehung für die Gesamtheit des Volkes, die öffentliche Erziehung war vielmehr stets und überall Klassenerziehung. Während die jeweilig herrschenden Klassen für sich eine verhältnismäßig gute Bildung, und zwar sowohl eine hohe Allgemeinbildung als auch eine für die Beherrschung der Produktion und des Staates notwendige technische Bildung zu monopolisieren wußten, haben sie die unterdrückten Klassen stets entweder ohne jegliche Bildung gelassen oder ihnen doch nur das bescheidenste Maß einer für die jeweilige Produktionsform unerläßlichen technischen Bildung eingeräumt.

So ist auch die Volksschule in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart weit davon entfernt, ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein, nur ein Hülfsmittel der kapitalistischen Produktion zum Zwecke einer elementaren technischen Abrichtung der Arbeitermassen. Eine planmäßige Hebung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwickelung liegt, fortwährend an dem durch Militarismus, Kolonialpolitik und ähnliche kostspielige Interessen der herrschenden Klasse bewirkten ständigen Geldmangel des Staates. Außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitsteilung und die dadurch entstehende Schablonisierung und Geistlosigkeit der Arbeit in vielen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule.

Aber die Volksschule ist nicht nur ein Mittel zum Zwecke des kapitalistischen Profits, sie ist auch ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals. Während ein mannigfaltig gegliedertes und reichdotiertes höheres Bildungswesen der Jugend der herrschenden Klassen die Erwerbung einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden allgemeinen Bildung ermöglicht und den herrschenden Klassen dadurch ein geistiges Uebergewicht über die arbeitenden Klassen verschafft, wird die Arbeiterjugend in der Volksschule zum Glauben an ein künstlich zurecht gestutztes, gefälschtes Bild der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der kulturellen Entwickelung gedrillt. Insbesondere sollen durch dogmatischen Religionsunterricht und byzantinischen Geschichtsunterricht in der Arbeiterjugend frühzeitig die Eigenschaften geistiger Demut und patriotischer Unterwürfigkeit gezüchtet werden, Tendenzen, die mit der Verschärfung der Klassengegensätze an Intensität zunehmen.

2. Der Sozialismus, der die Abschaffung der Klassenunterschiede will, beseitigt damit auch die Klassenerziehung. Er bricht zu diesem Zwecke mit den geltenden Prinzipien der gegenwärtigen öffentlichen Erziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich im gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind.

Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation erblickt, da er aus diesem

Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erheben und zu einer Quelle des Glücks und der Freude gestalten will, so wird auch für die Erziehung in der sozialistischen Zukunft die „Arbeit" die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebenerweckende und zu sozialer Gesinnung erziehende Element bilden. In dem kindlichen Spiel der ersten Lebensjahre kommt der allgemein menschliche Drang nach Betätigung zuerst zum Ausdruck. Die zukünftige öffentliche Erziehung wird daher — ohne die kindliche Lebensfreude zu beeinträchtigen — beim Spiel anknüpfen und von hier aus Knaben und Mädchen in gemeinsamer Erziehung und in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wachstums geleiten, bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle.

III. Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Hebung der öffentlichen Erziehung zunächst:

Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens.

Organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihülfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern.

Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung. Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Fachschulaufsicht.

Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. Gründung von Sanatorien für schwächliche und kränkliche Kinder.

Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.

Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit, sowie Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.

Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, viersinnige, epileptische usw.). Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Ferienkolonien.

Bau und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst.

Errichtung von Bädern, Schwimm-, Wärme- und Speisehallen in den Schulen.

Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und Instituten für Volksbelehrung und -Unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen usw.).

Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen, entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

IV. Der geschichtlichen Entwickelung eignet nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuschalten, sondern sie zu vertiefen. Die Erziehung im

Heim hat das Wirken der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu vervollständigen. Sie soll nicht bloß Mutterwerk, sie muß gemeinsames Elternwerk sein. Die Sozialdemokratie fordert ihre Angehörigen auf, soweit sie als Eltern, Vormünder oder auf andere Weise berufen sind, die Erziehung von Kindern zu leiten oder zu beeinflussen, sich dieser wichtigen Aufgabe mit dem liebevollsten Ernst und der größten Gewissenhaftigkeit anzunehmen. Sie erklärt es für die selbstverständliche Pflicht der Parteiangehörigen, daß sie die Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erziehen. So lange aber der Klassenstaat besteht und die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht wird, kann sich die häusliche Erziehung nicht harmonisch an den Schulunterricht angliedern, sie muß vielmehr im großen Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegenwirken, welche diesen verfälschen und vergiften. Das gilt in erster Linie und im besonderen Maße von dem Religions- und Geschichtsunterricht. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolgt nicht dadurch, daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt. Sie fordert aber, daß diese durch die zweckentsprechende Geistes- und Charakterpflege für das Verständnis der sozialistischen Theorien und die Betätigung sozialistischer Gesinnung vorbereitet werden. Dazu gehört, daß man die Kinder in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens und seiner Triebkräfte einführt, so daß sie den Menschen als ein Glied in der unendlichen Kette alles natürlichen und sozialen Seins erfassen lernen; daß man sie zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit erzieht; daß man in ihnen die Gefühle der Brüderlichkeit, der Liebe zur Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Schönheit erweckt und pflegt. Das lebendige persönliche Beispiel der Erziehenden ist dabei ein Faktor von größter Wichtigkeit.

Damit die Parteigenossen ihre verantwortungsreiche Aufgabe erfüllen können, müssen sie mit Eifer auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein, sie müssen in strenger Selbstzucht an ihrer Charakterbildung arbeiten.

Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschulwesen wie den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Beachtung schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft.

V. Das Proletariat ist der Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwickelung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit ist, aber in scharfem Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und damit auch zu der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst unserer Tage steht, die einen ausgeprägten Klassencharakter tragen. Im Hinblick auf seine geschichtliche Mission kann daher das Proletariat die bürgerliche Geisteskultur nicht einfach übernehmen, es muß sie vielmehr seiner eigenen Weltanschauung gemäß umwerten. In diesen Tatsachen ist der relative Wert begründet, den auch die wohlmeinendsten und an sich verdienstlichen Bestrebungen bürgerlicher Kreise zur Hebung der wissenschaftlichen und künstlerischen Volksbildung haben. Die Sozialdemokratie kann daher an solchen Bestrebungen keinen Anteil haben.

Ihr selbst aber erwächst die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiterbildungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Lese- und Diskussionsabenden, beziehungsweise die Ausgestaltung der Zahlabende zu solchen: die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Festschriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur, durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Museumsbesuchen usw., durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 7 Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuß wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes.

VI. Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewußte Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampfe vorzubereiten.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der schulentwachsenen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwickelung die Charakterbildung fördert.

149. Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses. (Anlage zu Nr. 4 der Tagesordnung).

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruht und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgabe zu erfüllen, nach besten Kräften zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich genau so, wie jede andere Taktik, nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten.

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

150. L. Kahn und 15 Genossen: Den Beitrag an die Zentralkasse in Berlin auf mindestens 5 Pf. pro Mitglied und Monat festzusetzen.

151. G. Hennig und 84 Genossen: Den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.

152. David und 21 Genossen zu Antrag 72: Die in Ziffer II. im Eingang des zweiten Absatzes stehenden Worte: „da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt," — sind zu streichen.

153. Dabid und 21 Genossen zu Antrag 72: Der erste Absatz von Ziffer V. ist zu streichen.

Danach ist der Eingang des folgenden Absatzes wie folgt zu fassen: „Der Sozialdemokratie erwächst die Aufgabe," usw.

154. Lily Braun und 26 Genossen zu Antrag 72: In der dritten These, letzter Absatz, ist vor dem letzten Satz einzufügen: Aufhebung des Lehrerinnenzölibats.

155. J. Honrath-Aachen: Als Mindestbeitrag, den jeder Parteigenosse zu der Parteiorganisation zu leisten hat, 10 Pf. wöchentlich festzusetzen.

156. Feldmüller und 19 Genossen: Nachdem die nachteiligen Wirkungen des Zolltarifs auf die Volkswirtschaft Deutschlands in ein derartiges Stadium getreten sind, daß es an der Zeit ist, diese Wirkungen vor dem ganzen Volke einer Kritik zu unterwerfen und die in dem zollwucherischen Gebahren der reaktionären Parteien liegenden Sünden und deren Folgen zu brandmarken, wird der Parteivorstand beauftragt, ein Flugblatt oder Broschüre, in welcher diese Materie behandelt wird, zur Massenverbreitung herauszugeben.

157. Kautsky und 32 Genossen: Abänderung der Resolution Bebel zum Massenstreik (Nr. 136):

1. In der Resolution Bebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben statt:

Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück

zu sagen:

Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei.

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzuschließen:

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geist der Sozialdemokratie erfüllt ist.

158. C. Legien: Abänderung der Resolution Bebel zum Massenstreik: Der Resolution Bebel (Nr. 136) im ersten Absatz folgende Fassung zu geben:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht."

159. Fischer-Berlin: Resolution zur Maifeier. (Jenaer Resolution.) Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung

der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier.' Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

160. Unter Zurückziehung der Resolution 147 beantragen die Unterzeichneten folgende Resolution:

Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", sich immer bewußter in den Dienst anarchosozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gehässigsten Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarchistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarchistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen" interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit" veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitages:

> Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.
>
> Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren

und erklärt,

> daß diese anarchosozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Preßorganen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarchosozialistischen „Freien Vereinigungen" ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarchosozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

A. von Elm; Th. Bömelburg; Jul. Koch; Wilh. Fritzsch; Eugen Brückner; A. Körsten; J. Efftinge; Mattutat; Fr. Fischer; C. Winkelmann; August Beck; Peus; Heinrich Marx; F. Bellin; Sidow; H. Sachse; O. Hue; W. Rußler; Limbertz; Paul Runge; Bühler; Hoch; G. Reichel; Severing; C. Hoffmann; J. Adameck; Dr. Alberty; R. Horter; Adolf Braun; J. Simon; A. Brandes; Paul Müller; L. Jahn; J. Bruhns.

161. Bühler und 24 Genossen: Den nächstjährigen Parteitag in Essen abzuhalten.

162. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution zur Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisationen:

In den in der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewußter Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarchosozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie geflissentlich bekämpfende und schmähende Bewegung stellen, ja die eine anarchistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Und da durch dieses Treiben auch die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

„Die anarchosozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarchosozialistische Bewegung auf das Entschiedenste zu bekämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarchosozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschließen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht die Parteileitung, in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitages, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen."

163. Quarck und 20 Genossen: Im Amendement Kautsky (Nr. 157) zur Resolution Bebel (Nr. 136) im 2. Absatz am Schluß des ersten Satzes an Stelle: „beherrscht werden", „erfüllt werden" zu setzen.

164. Hoch: Zu der Resolution Kautsky (Nr. 157), Ziffer 2, Zeile 6, nach dem Wort „fühlen" hinzuzufügen die Worte:

„und demgemäß dahin zu streben, daß Partei und Gewerkschaft im Sinne der Parteibeschlüsse zusammenarbeiten."

165. Hoch: Zum Antrag Kautsky (Nr. 157): in Ziffer 2, Zeile 3 von unten, die Worte „höchste und" zu streichen.

166. Adolf Braun und 19 Genossen: Zu Antrag 136: Der erste Satz ist folgendermaßen zu formulieren:

„Der Parteitag beharrt auf der Ueberzeugung, daß der Massenstreik ein wichtiges und unter Voraussetzungen, zu denen die Reaktion führen kann, unentbehrliches Kampfmittel nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist."

167. Resolution Haase zu: Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug:

I. Die Strafrechtssatzungen entspringen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und wechseln mit der Gesellschaft. Alle bisherigen Gesellschaften haben durch die Strafe ihre Lebensinteressen zu schützen gesucht. Im Klassenstaat betrachtet die herrschende Klasse ihre Interessen als besonders schutzwürdig und schutzbedürftig. Sie gestaltet danach das Strafrecht.

II. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist sie bestrebt, jede auf Fortentwickelung der Gesellschaft gerichtete Tätigkeit, soweit dadurch ihre Klasseninteressen bedroht werden, mit Strafe zu belegen. In dieser Richtung wirkt namentlich auch das Polizeistrafrecht, das seine Grenzen immer weiter ausdehnt. Je mehr die unterdrückte Klasse an Einfluß gewinnt und ihren Klasseninteressen Geltung verschafft, desto krasser wird der Widerspruch zwischen den Strafrechtsnormen und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes.

III. Die Justiz als Organ der herrschenden Klasse hat die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen. Je schärfer die Klassengegensätze werden, desto brutaler wird das Bestreben der herrschenden Klasse, die Justiz als Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter zu verwenden und diese so unter dem Schein von Recht zu vergewaltigen.

Die von der Regierung des Klassenstaates ernannten, bureaukratisch vom Volke abgeschlossenen Strafrichter, stehen, befangen in den Anschauungen der Klasse, aus der sie stammen, den Bestrebungen der Arbeiterklasse verständnislos, ja mit instinktiver Abneigung gegenüber; und die Rechtsprechung tritt in immer schneidenderen Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des Volkes. Dehnbare Bestimmungen im Strafgesetzbuch erleichtern eine solche Rechtsprechung. So wird die Justiz in immer größerem Maße als Klassenjustiz empfunden, die die Empörung der breiten Volksmassen gegen sich wachruft.

IV. Auch die Gerichtsverfassung und die Gestaltung des Strafverfahrens werden von den Interessen der herrschenden Klasse beeinflußt. Die Justizbureaukratie ist bestrebt, ihre Macht zu verstärken. Die Rechtsgarantien der Angeklagten werden gekürzt. Die bürgerliche Freiheit wird dem diskretionären Ermessen der Justiz, das sich leicht zur Willkür steigert, preisgegeben.

V. Die wachsende Zahl der gerichtlichen Verurteilungen stellt auch für die Sozialdemokratie ein ernstes Problem dar.

Seit dem Erstarken der Arbeiterklasse und mit der Ausbreitung der sozialistischen Ideen hat auch unter den Vertretern der Rechtswissenschaft immer mehr die Einsicht Platz gegriffen, daß das Verbrechertum seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen hat. Aber sie ziehen nicht die letzte Konsequenz. Das Verbrechertum in seiner heutigen Gestalt und Zusammensetzung ist eng verwachsen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und saugt aus ihr immer neue Nahrung. Es kann deshalb nur schwinden mit der Gesellschaftordnung, in der es wurzelt. Und es ist eine Illusion, anzunehmen, daß es durch ein — wie immer geartetes — Strafrecht in erheblichem Maße bekämpft werden könne. Wohl aber kann auch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das Verbrechen vermindert werden, wenn die Ursachen, aus denen es entsteht, vermindert werden. Dies kann aber nur erzielt werden durch eine entschiedene Sozialpolitik, insbesondere durch gesetzliche Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages, durch Sicherung des Koalitionsrechtes und Ausdehnung auf die Landarbeiter, durch Verbesserung und Verbilligung der Arbeiterwohnungen, durch Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, durch eine auf die Erziehung selbständiger Charaktere gerichtete weltliche Volksschulbildung.

Grausame Strafen haben erfahrungsgemäß weder abschreckend noch bessernd gewirkt. Ein modernes Strafrecht muß von dem Geiste der Humanität erfüllt sein. Die Gesetzesverletzer, die die Gesellschaft infolge ihrer ökonomischen Struktur notwendig erzeugt, sind milde zu beurteilen. Obdachlosigkeit, Betteln, Landstreichen sind nicht zu bestrafen. Jugendliche Personen dürfen bis zu dem Alter, in welchem ihre Entwickelung so weit vorgeschritten ist, daß sie den Antrieben zum Verbrechen genügenden Widerstand entgegensetzen können, nicht dem Strafrecht unterworfen werden.

VI. Die Gefängnisse und Zuchthäuser haben als Mittel zur Verringerung der Verbrechen, wie allgemein anerkannt wird, vollständig versagt. Sie sind mit Recht als eine „Hochschule des Verbrechens" bezeichnet worden: sie haben tatsächlich zur Vermehrung des Verbrechertums, namentlich durch die ungünstige Beeinflussung der jugendlichen Verurteilten, beigetragen. Dennoch sieht sich die herrschende Gesellschaftsklasse außerstande, auf sie zu verzichten. Es muß jedoch die Verhängung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen in

weitem Umfange eingeschränkt, und es muß die Behandlung in ihnen so gestaltet werden, daß die Verurteilten für das Leben in der Gesellschaft tauglich bleiben oder gemacht werden.

Von diesem Standpunkte aus fordert die Sozialdemokratie bei der Regelung des Strafrechts, des Strafprozesses und des Strafvollzugs zunächst:

A) Auf dem Gebiete des Strafrechts.

1. Eintritt der Strafmündigkeit frühestens mit dem vollendeten sechzehnten Lebensjahre.

2. Beseitigung aller dehnbaren Begriffe aus dem Strafgesetzbuch und scharfe Präzisierung der Strafvorschriften.

3. Beseitigung aller Strafbestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung und das freie künstlerische Schaffen, sowie gegen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse.

Dagegen Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung und Erweiterung des Notstandsrechtes.

4. Aufhebung des Landesstrafrechts (der landesgesetzlichen Forst- und Felddiebstahlsgesetze, der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und Gesinde).

Reichsgesetzliche Regelung des Polizeistrafrechts unter genauer Begrenzung der Polizeibefugnisse und Eindämmung der Polizeiwillkür.

Abschaffung der Strafen wegen Bettelns, Landstreichens, Nichtbeschaffung eines Obdachs.

Anerkennung und Sicherung des Rechts auf Streikpostenstehen.

5. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller Mindeststrafmaße. Zulassung mildernder Umstände bei allen strafbaren Handlungen. Mildere Bestrafung der Eigentumsvergehen. Bestrafung der Entwendung von Gebrauchsgegenständen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse sowie von Arbeitsmaterialien von nicht erheblichem Wert nur als Uebertretung. Weitgehende Zulassung der bedingten Verurteilung. Zulässigkeit der Geldstrafe für alle strafbaren Handlungen an Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe. Unzulässigkeit der Umwandlung einer uneinziehbaren Geldstrafe in Freiheitsstrafe. Festsetzung einer mäßigen Maximalhöhe für die Geldstrafe bei Uebertretungen; Bemessung nach der Höhe des Einkommens bei allen anderen strafbaren Handlungen.

Beseitigung des Rechts auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

B) Für den Strafvollzug.

1. Der Strafvollzug ist durch Reichsgesetz einheitlich so zu gestalten, daß er nicht zur Niederdrückung und Peinigung der Verurteilten, der Opfer der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern zur Stärkung ihrer körperlichen, geistigen, sittlichen Widerstandskraft im Kampf ums Dasein führt. Abzuschaffen sind das Schweigegebot und die brutalen Disziplinarstrafen.

2. Für Jugendliche bis zum vollendeten 20. Lebensjahre sind besondere Anstalten unter pädagogischer Leitung, für geistig Minderwertige unter pädagogischer und ärztlicher Leitung zu errichten.

3. Ist der Zweck des Strafvollzugs erreicht, so ist der Verurteilte auch vor Ablauf der Strafzeit zu entlassen.

4. Dem Entlassenen gegenüber hat der Staat eine Fürsorgepflicht zur Beschaffung von Arbeit.

C) Auf dem Gebiet des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafprozesses.

1. Wahl der Richter ohne Unterschied des Geschlechts durch das Volk mittels des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts. Bis zur Durchführung dieser Forderung Aufrechterhaltung der Schwurgerichte unter Erweiterung ihrer Zuständigkeit.

2. Einführung besonderer Jugendgerichte.

3. Beseitigung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft.

4. Volle Verantwortlichkeit der Beamten für Verschulden bei der Strafrechtspflege unter Mithaftung des Staates.

5. Beseitigung des geheimen inquisitatorischen Vorverfahrens.

6. Beseitigung der Untersuchungshaft wegen Kollusionsgefahr. Einschränkung der Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts auf bestimmte schwere Verbrechen beim Vorhandensein konkreter den Fluchtverdacht rechtfertigender Tatsachen. Beiordnung eines Verteidigers für den Verhafteten. Beseitigung aller über die Freiheitsentziehung hinausgehenden Beschränkungen des Verhafteten, insbesondere Gewährung unbeschränkten freien Verkehrs mit dem Verteidiger. Schleunige kontradiktorische Verhandlung über die Verhaftung.

7. Unzulässigkeit des freien Ermessens des Gerichts gegenüber dem Umfang der Beweisaufnahme.

8. Berufung zugunsten des Verurteilten.

9. Entschädigung aller Verhafteten und Sistierten, die ungerechtfertigt festgenommen sind, sowie derjenigen, die freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt werden.

168. Fr. Fischer und 22 Genossen: Im Antrag 148V, letzter Absatz, den Satz: „der Ausschuß wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt" zu ersetzen durch den Satz: „Der Ausschuß wird auf Grund einer Vorschlagsliste der Landesorganisationen bezw. Bezirksorganisationen alljährlich vom Parteitag gewählt.

169. Ad. Thiele: Amendement zur Resolution 162. Im zweiten Absatz, zweite Zeile, sind die Worte: „den Zielen und" zu streichen.

170. Karl Kautsky und 32 Genossen: (Zu „Massenstreik").

1. In der Resolution Bebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben statt: „Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück" zu sagen: „Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei".

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzuschließen:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht wird. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen in dem Sinne, wie es Genosse Bömelburg definiert hat. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geist der Sozialdemokratie erfüllt ist.

171. Legien, Bebel: Der Resolution Bebel (Nr. 136) im ersten Absatz folgende Fassung zu geben:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt."

172. Resolution der Frauenkonferenz: „Die Frauenkonferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen und der Genossinnen auf die

erschreckend hohe Zahl von Fällen entsetzlicher Mißhandlung, Verwahrlosung und Aussaugung von Kindern durch die eigenen Eltern, Pfleger oder Erzieher. Sie fordert alle Parteiangehörigen und alle Arbeiterorganisationen auf, solchen Unmenschlichkeiten aufs kräftigste entgegenzutreten und durch die Organe der Arbeiterschaft (Arbeiterpresse, Gewerkschaften, Krankenkassen) auf deren Verhütung planmäßig hinzuarbeiten. Die Konferenz protestiert ferner gegen die heute herrschende Ausgestaltung der Zwangserziehung, die das verwahrloste Kind der planmäßigen Verwilderung und oft der schmählichsten Ausbeutung überliefert. Sie fordert eine wirkliche Fürsorgeerziehung, die eine wahrhafte Zuflucht für mißhandelte Kinder schaffen und diese dem kindlichen Wesen gemäß zur Selbständigkeit heranbilden soll. Die Konferenz erwartet von den Arbeitervertretern in allen öffentlichen Körperschaften, daß sie ständig und planmäßig den Kampf führen auch für diesen Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung und Mißhandlung."

178. Aubeil: Resolution: Es treten bedauerlicherweise immer bewußter Tendenzen hervor, die die gewerkschaftlichen Organisationen in den Dienst anderer, die deutsche Sozialdemokratie geflissentlich bekämpfenden Bewegungen stellen und eine Agitation gegen die Partei fördern wollen.

In durch dies Treiben die Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

Die anarchosozialistischen Bestrebungen sind mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie ebenso unvereinbar wie politische Bestrebungen anderer Parteien. Die Parteigenossen haben daher die Pflicht, die anarchosozialistische Bewegung wie jede andere der Sozialdemokratie feindliche Bestrebung auf das entschiedenste zu bekämpfen, und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, welche für diese anarchosozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, ebensowenig wie die Anhänger anderer Parteien in ihren Reihen zu dulden. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht der Parteitag in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.

179. Bebel: Resolution: Der Parteitag bestätigt die Resolution des Jenaer Parteitages, durch die derselbe seine freudige Genugtuung über das größte weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, aussprach und seine tiefste Sympathie und Bewunderung für die Kämpfer der russischen Revolution Ausdruck gibt.

Der Parteitag spricht angesichts der Fortdauer der russischen Revolution, in der die Gewalt- und Unterdrückungsmaßregeln seitens des russischen Despotismus einen immer brutaleren und barbarischeren Charakter angenommen haben, aber auch die Tüchtigkeit, aufopfernde Hingabe und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution, insbesondere unserer Genossen und Genossinnen in Sibirien ohne Unterschied der Nationalität und Religion, die immer glänzender bewährten, aufs neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung aus, den Trägern des russischen Despotismus aber, die sogar nicht davor zurückschrecken, die von ihnen selbst eingeführte Duma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung.

Der Parteitag erklärt im Namen der Partei auch fernerhin sich bereit, die Genossen Rußlands in ihrem furchtbar schweren und opferreichen Kampfe moralisch und tatkräftig zu unterstützen und jeder kriegerischen Einmischung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Der Parteitag drückt schließlich die feste Hoffnung aus, daß es den Kämpfern der russischen Revolution, trotz des organisierten Widerstandes, den

das herrschende System ihren Anstrengungen entgegensetzt, gelingen möge, einen vollen Sieg zu erringen, durch den das große Ostreich in die Reihe der modernen Staatswesen einrückt.

175. K. Göbecke und 20 Genossen: Das Gehalt der Provinzial- und Landesparteisekretäre wird wie folgt festgesetzt:

Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mk. Hat der Gewählte ein höheres Gehalt in seiner bisherigen Stellung, so ist dieses Gehalt zu bezahlen, jedoch nicht über das Höchstgehalt hinaus.

Die jährliche Steigerung beträgt 100 Mk. bis zur Höchstgrenze von 3600 Mk.

176. Dr. Liebknecht und 22 Genossen: Der Resolution 148 in Ziffer VI folgenden Absatz 2 einzufügen:

Zur Lösung dieser Aufgabe sind Vorträge, Vortragszyklen und Unterrichtskurse zu veranstalten; das Lesebedürfnis ist zu wecken und zu fördern, gesellige Zusammenkünfte und proletarische Feste sind dem erstrebten Ziel nutzbar zu machen.

Ferner ist ebendort folgender Absatz 4 zuzusetzen.

Das allerwärts sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung wird begrüßt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, überall, wo die Vereinsgesetze es gestatten, die Gründung und Weiterentwickelung von Jugendorganisationen zu fördern.

177. Jasper und 20 Genossen: Zum Antrag Haase (167) C 1, Satz 2 zu streichen und statt dessen zu sagen:

Bis zur Durchführung dieser Forderung Beseitigung der Strafkammern und weitgehendste Heranziehung aller Volksklassen, insbesondere der Arbeiterklasse zur Strafrechtspflege.

178. Adelung: Der Parteivorstand soll künftig den alljährlichen Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion sämtlichen Parteiblättern als Beilage liefern.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 23. September 1906, abends 7 Uhr.

Der Parteitag wurde um 7 Uhr mit einer Begrüßungsfeier eröffnet, die in dem grandiosen Nibelungensaal des Rosengartens stattfand. Der herrliche Raum, der fast 7000 Personen faßt, war bis zum letzten Platze gefüllt und doch mußten viele Hunderte, die bei dieser majestätischen Demonstration der Mannheimer Partei nicht fehlen wollten, vor den wegen Ueberfüllung gesperrten Türen kehrt machen. Das Parterre des Saales war in seinem vorderen Teil für die Delegierten bestimmt, die, fast 400 an der Zahl, diesen Parteitag zu dem am stärksten besuchten seit Halle machen.

Eröffnet wurde die Feier durch Männergesang. Die vereinigten Mannheimer Arbeitergesangvereine trugen das dem Parteitag gewidmete Lied Robert Seidels: „Deutsches Volk und deutsche Freiheit" vor, das Wendelin Weißheimer in Musik gesetzt hat und selber dirigierte. Ein Lorbeerkranz ehrte außer dem stürmischen Beifall, der dem Dichter und allen Mitwirkenden galt, den Komponisten.

Hierauf nahm zur Begrüßung des Parteitages das Wort

Dreesbach-Mannheim: Hochverehrte Festversammlung! Werte Genossen, Delegierte und Delegiertinnen! Im Namen des Lokalkomitees habe ich die Ehre, Sie heute in unserem Rosengarten, dem Nibelungensaal, auf das allerherzlichste zu begrüßen. Ich freue mich mit meinen Kollegen in Mannheim, daß Sie unserem Rufe so zahlreich gefolgt sind und sich in einer so stattlichen Anzahl hier versammelt haben. Schon lange war es der Wunsch der Mannheimer Genossen, den Deutschen Parteitag auch einmal hier in ihren Mauern versammelt zu sehen, und als nun dieses herrliche Lokal durch die Stadt erbaut worden, da glaubten wir, es sei an der Zeit, daß nun auch Mannheim einmal die Ehre habe, das Deutsche Arbeiterparlament in seiner Mitte beherbergen zu können. (Bravo!) Lange ist der Wunsch, wie gesagt, gehegt worden, oft haben wir auf Parteitagen um die Gunst nachgesucht, auch Mannheim einmal als Parteitagsort zu erküren. Leider stets vergeblich, bis im letzten Jahre der Jenaer Parteitag mit übergroßer Mehrheit beschlossen hat, den nächsten Parteitag nach Mannheim zu verlegen. Wir sind Ihnen dafür außerordentlich dankbar, wir erkennen darin eine Ehre, die uns zuteil geworden ist, und auch eine Anerkennung für die Arbeit, für unser Streben, daß auch hier in der südwestdeutschen Ecke für das allgemeine Prinzip der Menschenrechte gefochten wurde. Wir quittierten dankbar jenen Beschluß und wir haben uns alle Mühe gegeben, unsere werten Gäste so herzlich und gut zu empfangen, wie es irgend möglich war. Wenn dennoch mancher Wunsch nicht erfüllt werden konnte, wenn es uns nicht möglich war, für alle die Tausende, die der Eröffnung des Parteitages beiwohnen wollten,

den nötigen Raum zu schaffen, so liegt das an der Tatsache, daß auch das größte Lokal Deutschlands zu klein ist, um die Gäste des sozialdemokratischen Parteitages aufzunehmen.

Immerhin ist es für uns weit ehrenvoller, wenn auch mancher Verdruß, manches harte Wort von jenen, die vor den Toren dieses Lokals stehen und keinen Einlaß finden können, an unser Ohr schallt, daß das Lokal sich als zu klein, als wenn es sich als zu groß erwiesen hätte. Leider ist es uns nicht möglich, die Parteitagsverhandlungen ebenfalls im städtischen Rosengarten abzuhalten. Mißliche Verhältnisse, die zu beseitigen wir nicht in der Lage waren, zwingen uns dazu, die Verhandlungen selbst in einem anderen Lokale, nicht in unserem wunderhübschen Musensaale hier nebenan abhalten zu können. (Ruf: Pfui!) Wir sind wenigstens froh, daß es uns gelungen ist, den heutigen Abend nun in diesem Lokale zu feiern. Ich hätte wirklich nicht gewußt, wo wir die Tausende untergebracht hätten in dem Lokale, das wir nachher als Ersatz für den städtischen Rosengarten genommen haben.

Werte Anwesende, wenn Mannheim auch nicht ein parteihistorischer Platz ist, wenn wir auch nicht wie viele Städte aus dem roten Königreiche Sachsen, nicht wie in den Städten Berlin, Hamburg, Hannover usw. auf eine reiche proletarische parteigenössische Vergangenheit blicken können, wenn keine großen Marksteine der Parteigeschichte hier zu verzeichnen sind, so glaube ich doch darauf Anspruch erheben zu können, daß Mannheim immerhin ein Ort ist, in dem sich auch die Vertreter der Sozialdemokratie wohl fühlen können. Mannheim hat, so lange es steht, in den Kämpfen um die Volksrechte niemals an letzter Stelle gestanden. In Mannheim haben sich für die Volksfreiheit bedeutungsvolle Ereignisse abgespielt. Wie es in unserem Festgesang heißt, war es Mannheim, wo unser unvergeßlicher Friedrich Schiller seine „Räuber", sein revolutionärstes Werk, zum erstenmal über die Bretter, die die Welt bedeuten, führen konnte. Auch andere politische Ereignisse haben Mannheim einen ehrenvollen Platz in der Periode des Kampfes um die Volksrechte angewiesen. (Sehr richtig!) Wenn Sie Ihre Schritte hinauslenken jenseits des Neckars, um die Stätte des Todes von Mannheim zu besuchen, so finden Sie dort das Denkmal des George Sand, der den Zarensöldling Kotzebue ermordet hat, ein Zeichen des freien Burschensinnes, der schon zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in Mannheim gelebt hat. Weiter finden Sie einen Gedenkstein dort, unter dem die Gebeine von fünf Männern ruhen, die im Jahre 1849 auf Befehl des damaligen Kommandierenden, des Prinzen von Preußen, standrechtlich erschossen wurden. Das Jahr 1848/49 ist mit unauslöschlichen Zügen in die Geschichte von Mannheim eingetragen. Sie sehen also, daß auch Mannheim in der allgemeinen Volksbewegung um Freiheit und Volksrechte sich einen Namen errungen hat. Aber auch unsere Partei hat hier festen Fuß gefaßt. Wenn ich Ihnen sage, daß wir hier in Mannheim die Reichstags- und Landtagssitze bis zu den letzten Wahlen sämtlich in unseren Händen hatten, und daß nur durch die Vermehrung der Landtagssitze von drei auf fünf und durch andere Einteilung der Wahlkreise zwei von bürgerlichen Parteien gewonnen wurden, daß wir aber unsere drei erhalten haben; wenn ich Ihnen weiter sage, daß in der städtischen Verwaltung Mannheims die sozialdemokratische Partei sich einen achtunggebietenden Besitzstand errungen hat, daß wir ein Drittel des städtischen Verwaltungskörpers einnehmen, dann glaube ich damit den Beweis erbracht zu haben, daß auch die Parteigenossen Mannheims verdienen, mitgenannt zu werden, wenn es sich darum handelt, diejenigen hervorzuheben, die für die sozialdemokratische Partei ihr Bestes eingesetzt haben.

Vor 15 Jahren zählten wir in Mannheim nur etwa 900 politisch organisierte Arbeiter, am 1. Juli dieses Jahres hatten wir bereits 4600 eingeschriebene Mitglieder der politischen Partei und daneben noch 12 500 gewerkschaftlich organisierte

Arbeiter. (Beifall.) Sie befinden sich also nicht allein dem Namen nach, sondern in der Tat in der roten Pfälzer Stadt am Rhein, und wenn auch kein Kanonendonner und kein Glockengeläut ertönt und wenn keine bunten Wimpel heute zu Ihren Ehren flattern, so dürfen Sie doch stolz darauf sein, daß die Herzen der übergroßen Mehrheit der hiesigen Bevölkerung Ihnen freudig entgegenschlagen (lebhafter Beifall) und daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung mit Aufmerksamkeit und Spannung den Debatten des Arbeiterparlaments folgt. (Erneuter Beifall.) Die Arbeiter Mannheims schwören zur roten Fahne; sie werden sie nun und nimmer treulos verlassen. (Lebhafter Beifall.) Und wenn es oftmals so scheint, als ob zwischen Nord und Süd ein gewisser Unterschied in der Partei herrscht, wenn man manchmal glaubt, daß in Süddeutschland der sogenannte Revisionismus vorherrscht, so ist das nur eine trügerische Annahme. Wir müssen hier kämpfen unter den Verhältnissen, unter denen die Arbeiterbevölkerung groß geworden ist, wenn es sich aber darum handelt, unsere letzten Ziele zu erstreben, dann werden Sie nicht vergebens an das Ehrgefühl der Mannheimer Sozialdemokraten appellieren. (Bravo!)

Wir befinden uns in einer sehr bewegten, politisch sehr erregten Zeit. Fern im Osten sehen wir ein Volk ringen um Freiheit und Menschentum, sehen wir ein Volk kämpfen gegen den reaktionärsten Zarismus, der glaubt, daß er allein zu befehlen und zu herrschen habe, der das große und unermeßliche Reich lediglich als seine Domäne betrachtet. Wir lesen und hören, wie Hunderttausende hingemordet werden, aber wir erfahren auch, daß unsere Genossen dort in Rußland sich nicht zurückschlagen lassen, und wir haben die felsenfeste Ueberzeugung, daß aus dem Kampfe, der nun schon $1^3/_4$ Jahre dauert, sich die Freiheit des Volkes emporringt. (Lebhafter Beifall.) Wir sehen ferner in Oesterreich unsere Parteigenossen kämpfen um das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht, um das Recht, ihre Geschicke mitbestimmen zu können. Wir hoffen, daß dieser Kampf kein vergeblicher sein wird, sondern daß unsere Genossen in allernächster Zeit einen großen Erfolg erringen werden. (Bravo!) Wir sehen dann im Westen, wie die französische Republik, allerdings eine Bourgeois-Republik, sich aufgerafft hat, um endlich die unwürdige Herrschaft des Pfaffentums zu brechen, wie man dort die Trennung des Staates von der Kirche und der Schule von der Kirche durchgeführt hat. (Beifall.) In Deutschlands größtem Staat aber wird zu derselben Zeit die Schule an das Pfaffentum ausgeliefert. (Pfui!) In derselben Zeit, in der man in Oesterreich um die Erringung des allgemeinen Wahlrechts kämpft, müssen wir in Deutschland fort und fort auf Posten stehen, um das allgemeine Reichstagswahlrecht zu erhalten. Man würde gar zu gern durch einen Staatsstreich uns heute zu Anfang des 20. Jahrhunderts das wieder nehmen, was wir nunmehr seit 36 Jahren besitzen. Angesichts dieser Tatsachen und angesichts des Umstandes, daß unser Bürgertum nicht imstande ist, dem Ansturm der Reaktion erfolgreich Widerstand zu leisten, ist es doppelt notwendig, daß eine große, kraftvolle, mächtige Arbeiterpartei da ist, die für das eintritt, was wir besitzen, und für die Erringung neuer Volksrechte kämpft. Diese kraftvolle und mächtige Partei ist die Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie, die in dieser Woche, der roten Woche, in Mannheim tagt. Ich begrüße Sie mit dem Wunsche, daß der Mannheimer Parteitag sich den übrigen würdig anreihen und ein Markstein in der Geschichte unserer Bewegung sein möge. (Beifall.) Wir haben wichtige Fragen zu lösen. Unsere Gegner prophezeien immer, wenn sie in unserer Presse Meinungsverschiedenheiten lesen, die Partei werde auseinanderfallen. Sie werden sich auch hier wieder als die falschen Propheten erweisen. Wir sind keine Freunde des Vertuschens, wir lieben es nicht, Meinungsdifferenzen geheim zu halten, wir sind gewohnt, offen auszusprechen, was ist. Aber wenn auch die Klingen sich scharf kreuzen, so wissen wir doch immer, daß es sich um die Sache handelt und nicht um die Person. Auch diesmal werden wir wahrscheinlich hitzige

Debatten bekommen, es wird manch scharfes Wort gesprochen werden, aber der Parteitag wird reine Luft schaffen; er wird das Band, das die politische Bewegung mit der gewerkschaftlichen verknüpft, aufs neue befestigen. (Beifall.) Fürchten wir uns also nicht vor Meinungsdifferenzen! Das ist eben der Unterschied zwischen unserer Partei und allen übrigen. Wir können die gegenteiligen Meinungen in unseren eigenen Reihen hören, wir fürchten uns nicht, sie auszusprechen, wir machen nichts hinter verschlossenen Türen, sondern wir sprechen uns offen aus, und wenn die Vertreter der Partei ihre Beschlüsse gefaßt haben, dann wird danach gehandelt. (Beifall.) Der Streit ist der Vater aller großen Dinge. Deshalb werden wir Meinungsverschiedenheiten durchfechten, und wenn wir dann vom Parteitag in unsere Heimat zurückkehren, dann werden wir aufs neue das Evangelium der Menschwerdung, der Befreiung der Menschheit predigen. Mit dem Wunsche, daß der Parteitag erfüllen möge, was von ihm erwartet wird, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift hierauf

Bebel (von stürmischem, minutenlangem Beifall begrüßt): Verehrte Anwesende und Parteigenossen! Wir sind allesamt dem Rufe der Mannheimer Genossen mit Freuden gefolgt, wir wußten, daß uns ein warmer Empfang bereitet werden wird. Aber ich glaube im Namen aller Delegierten sagen zu müssen, daß wir überrascht sind über den glänzenden Empfang. (Sehr richtig!) Zeugnis dafür ist nicht nur diese gewaltige Versammlung, sind nicht nur die Tausende und Abertausende, die leider in diesem mächtigen Saale keinen Platz mehr finden konnten, Zeugnis dafür ist vor allem die mächtige, begeisterte Stimmung. Im Namen aller Delegierten danke ich den Mannheimer Parteigenossen für die herzlichen Begrüßungsworte von Dreesbach. Wir alle sind davon überzeugt, daß seine guten Wünsche und frohen Hoffnungen in bezug auf den Verlauf des Parteitages ihre volle Bestätigung finden werden. Es mag richtig sein, daß Mannheim für die Sozialdemokratie keine besondere historische Bedeutung hat, aber gleichwohl ist Mannheim eine Stadt, in der sich die Entwicklung der Sozialdemokratie deutlich ausprägt, im Zusammenhang mit der Entwicklung der Partei im gesamten Deutschland. Im Jahre 1867, also wenige Jahre nach dem Auftreten Lassalles, ist hier in Mannheim die erste Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegründet worden, die selbstverständlich verhältnismäßig klein war. Aber Mannheim, das damals eine kleine Mittelstadt mit unentwickelter Industrie war, ist mittlerweile eine bedeutende Großstadt geworden, die Metropole des südwestdeutschen Handels und Verkehrs, eine Stadt, in der auch eine gewaltige Industrie entstanden ist. In dem Maße, wie sich diese ökonomische Entwickelung der Dinge vollzog, gewann selbstverständlich die Partei mehr und mehr an Bedeutung und Anhang, so daß heute die sozialdemokratische Partei die stärkste dieser Stadt geworden ist. Wir können nur wünschen, daß die Entwickelung, die Mannheim in den letzten 40 Jahren genommen hat, weiter fortschreitet, das wird nicht nur dem gesamten Vaterlande, sondern speziell auch der gesamten Sozialdemokratie zum größten Erfolge gereichen.

Dreesbach hat auf die Opfer hingewiesen, die vor nahezu 60 Jahren hier in Mannheim geblutet haben im Kampfe für die deutsche Einheit und Freiheit. Das badische Bürgertum stand in jener Zeit an der Spitze des deutschen Bürgertums, Baden war dasjenige Land, in dem bereits in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts die parlamentarischen Kämpfe einen äußerst heftigen Charakter erlangten, in dem 1848/49 die revolutionäre Bewegung Deutschlands am meisten aufflammte. Hier ist der Boden, auf dem deutsche Freiheitskämpfer standrechtlich erschossen wurden. Aber noch unendlich viel mehr ließen auf den Schlachtfeldern Badens ihr Leben. Im Gegensatz zu allen übrigen Ländern Deutschlands hat in Baden die revolutionäre Bewegung Erfolge davon-

getragen. Lange Zeit galt Baden als das liberale Musterländle; mit Stolz wiesen seine Bewohner auf die inneren Zustände des Landes, mit Stolz wies man auf das Zusammengehen von Volk und Regierung hin, und allüberall strebte das Bürgertum danach, die badischen Zustände auf ganz Deutschland zu übertragen. Das ist freilich in keiner Weise gelungen. Ja, selbst in Baden sind diese Hoffnungen und Wünsche unerfüllt geblieben, hauptsächlich deshalb, weil die Sozialdemokratie durch ihre Entwicklung die Zirkel so mancher Leute gestört hat. Es ist der badische Nationalliberale Bassermann, der vor einigen Jahren auf einer Generalversammlung der nationalliberalen Partei in Eisenach den Ausspruch getan hat, das deutsche Volk hungere nach Liberalismus, und derselbe Mann, der diesen charakteristischen Ausspruch getan hat, war es, der im deutschen Reichstage mit an der Spitze der Reaktion stand, als es galt, die geringen Rechte und Freiheiten der Vertreter des deutschen Volkes gegen die Uebermacht der Majorität zu verteidigen. (Pfuirufe.) Bassermann war es in erster Linie, der an der Spitze der Zollmajorität stand, die verfassungsmäßigen Rechte mit Füßen trat, der es durchgesetzt, daß es unserer Partei unmöglich gemacht wurde, den Kampf gegen die Aushungerung des Volkes in der Weise zu führen, wie wir es für notwendig erachteten. Heute sehen wir das, was wir damals vorausgesagt haben, im vollsten Maße eingetreten. Heute leidet die deutsche Bevölkerung, nicht nur die Arbeiterklasse, auf das allerschwerste unter der Verteuerung der Lebensmittel, welche jene fluchwürdige Zoll- und Handelspolitik uns gebracht hat, die es dahin gebracht hat, daß heute tatsächlich ein großer Teil des Volkes an Unterernährung leidet. (Sehr richtig.) Wir haben auf diesem Gebiete in Deutschland Zustände, wie sie entsetzlicher in keinem Lande der Welt existieren. Wir sind zu Verhältnissen gekommen, die, wenn sie weiter fortdauern, das Verderben Deutschlands notwendigerweise mit sich bringen müssen. Man entsetzt sich in bürgerlichen Kreisen über die Lohnkämpfe, über die Kämpfe zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, die im Laufe der letzten Jahre an allen Ecken und Enden Deutschlands ausgebrochen sind. Ja, ist es denn ein Wunder, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen diese dauernde Aussaugung durch das deutsche Agrariertum sich mit Händen und Füßen wehrt? Die deutsche Sozialdemokratie verdiente nicht den Namen, den sie hat, wenn sie nicht alles aufböte, um diesem System mit aller Energie entgegenzutreten. Und für uns Vertreter der Sozialdemokratie wird es eine der ersten Aufgaben sein, in dem nächstens zusammentretenden Reichstag die Frage aufzuwerfen, ob man in den entscheidenden Kreisen gewillt ist, dieses fluchwürdige System aufrecht zu erhalten. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß, wenn nicht von Grund aus Wandel geschaffen wird, wir nicht nur in einem permanenten Zustande der Teuerung verbleiben, sondern daß dieser Zustand sich fortgesetzt verschlimmert, und damit die soziale Not der großen Massen, und dabei befinden wir uns in diesem Augenblick noch in einer Periode der Prosperität. Aber wenn in dem Gange der Entwickelung der Gesellschaft eine Periode der absteigenden Konjunktur kommt, wenn die Löhne sinken und Arbeitslosigkeit Platz greift, dann werden wir in Deutschland Zuständen entgegengehen, die geradezu entsetzlich genannt werden müssen und die es den herrschenden Klassen und der Regierung geraten erscheinen lassen sollten, beizeiten zuzusehen, ob sie glauben, daß auf die Dauer ein solcher Zustand der Dinge aufrecht erhalten werden kann. Hand in Hand mit diesem materiellen Druck geht der geistige Druck. Das letzte Jahr hat uns wie kein anderes eine ganze Masse von Polizeibrutalitäten der niederträchtigsten Art gebracht; wir haben Dinge erlebt, die wir in Deutschland nicht für möglich gehalten hätten. Vor sechs Jahren wurde einmal der Ausspruch getan: „Schutz den Arbeitswilligen!" Heute müssen wir sagen: „Schutz dem, der es für notwendig hält, im Interesse seiner Person und seiner Angehörigen den Kampf um eine bessere Lebenshaltung zu führen!" (Sehr richtig!)

Statt dessen haben wir gesehen, wie in diesem Jahre an allen Ecken und Enden Deutschlands Klassenurteile gefällt wurden, wie wir sie kaum in ähnlicher Weise in früheren Jahren erlebt haben. Charakteristisch an diesen Urteilen ist ihre Härte. Das zeigt, daß in unseren rechtsprechenden Kreisen ein Geist der Unduldsamkeit, des Mißverständnisses, ein Geist der Feindseligkeit in bezug auf alles herrscht, was sich gegen die bestehende Ordnung wendet, der für die Zukunft Deutschlands die größten Gefahren in sich birgt. Ferner sehen wir ganz im Gegensatz zu unserem Nachbarland Frankreich, daß in unserem größten Bundesstaat, in Preußen, ein Schulgesetzentwurf die Zustimmung der großen Majorität des Dreiklassenparlamentes gefunden hat, wie ihn ähnlich noch vor 15 Jahren die Regierung angesichts der Unmöglichkeit, ihm zur Annahme zu verhelfen, zurückziehen mußte. Nicht mit Unrecht ist gesagt worden: „Zentrum ist Trumpf", vielleicht etwas weiter ausgedehnt: „Pfaffentum ist Trumpf". (Heiterkeit.) Wir haben in Preußen einen Kultusminister namens Studt (Lachen). Wir hatten in Preußen vor vier Jahrzehnten auch einen Kultusminister mit Namen Mühler. Mühler galt damals als Ausbund aller Reaktion, und es erschien damals kein Witzblatt, in dem diesem Mühler nicht in der schauderhaftesten Weise mitgespielt worden wäre. Aber alles, was Mühler erstrebt hat, aber nicht durchsetzen konnte, hat Studt leicht durchgesetzt und zwar mit Zustimmung jener Partei, deren Vertreter vor vier Jahren den Ausspruch tat, das deutsche Volk hungere nach Liberalismus. Derselbe Studt hat die öffentliche Erklärung abgegeben, als es sich darum handelte, einen Turnlehrer, der die erfreuliche Eigenschaft besaß Sozialdemokrat zu sein, zu bestätigen, er könne das bei seinen Begriffen von Staatsräson nicht tun, denn dem betreffenden Manne fehle bei seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat die nötige sittliche Qualität (Heiterkeit) —, ein Ausspruch so ungeheuerlich, daß man hätte annehmen müssen, auch die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie noch auf Freiheit und Liberalismus Anspruch erhebt, hätte dagegen auf das allerentschiedenste protestiert. Zum Dank für diese und ähnliche Taten bekam Studt den Schwarzen Adlerorden. Derselbe Herr v. Studt — denn durch den Schwarzen Adlerorden ist er nunmehr geadelt worden — ist es auch, der der Lehrerschaft in ihrem Bestreben auf Verbesserung der Gehälter entgegentritt, der alles aufbietet, um die Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten zu hintertreiben. Das muß mit Notwendigkeit die Wirkung haben, daß die besseren Kräfte sich vom Lehrerstande zurückziehen und daß infolge dessen die Schul- und Bildungsverhältnisse auf das traurigste beeinflußt werden. Wir haben keine Ursache, irgendwie freudig der nächsten Zukunft entgegen zu sehen, was uns freilich nicht veranlassen kann, deshalb uns zu den Schwarzsehern zu rechnen. (Große Heiterkeit.) Zu den Schwarzsehern gehören wir nicht; wir malen schwarz dort, wo schwarz vorhanden ist, aber wir haben zugleich das Vertrauen zu der Zukunft des deutschen Volkes, daß es die Mittel finden wird, um diesen schwarzen Zuständen in der einen oder anderen Weise früher oder später ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wir sehen ferner, wie in Preußen die berüchtigte Polenpolitik vollständigen Bankrott gemacht hat, wir sehen, daß alle Maßnahmen, die das Preußentum unternimmt, um dem Polentum entgegenzutreten, gescheitert sind, wir sehen, daß die karnickelhafte Vermehrung des Polentums (Heiterkeit) — um mit Bülow zu reden — nach wie vor anhält, wir sehen das Unerhörte, daß jetzt das Bürgertum, für welches das Eigentum als das heiligste gilt, was es gibt, sich mit dem Gedanken trägt, um dem Polentum entgegenzutreten, müsse man zur Expropriation der polnischen Grundbesitzer schreiten. Wir haben keine Macht, das zu verhindern; es gibt uns im höchsten Falle ein schönes Beispiel dafür, wie wir es einstmals zu machen haben, wenn wir die Macht haben. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir sehen auch weiter, wie die Reaktionsgelüste das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für

den Reichstag in Frage stellen. Es war außerordentlich bemerkenswert zu hören, wie ein hervorragendes Mitglied der Zentrumspartei, Graf Strachwitz, vor einigen Monaten öffentlich die Ansicht proklamierte, daß das unselige Wahlrecht zum Reichstag auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden dürfe, wenn nicht der gegenwärtige Kulturzustand in Frage gestellt werden solle. Wenn irgendwo der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland in der eklatantesten Weise hervorgetreten ist im Laufe der letzten Jahre, so darin, daß es den verschiedenen süddeutschen Staaten gelungen ist, das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erhalten. Im Gegensatz dazu haben in den norddeutschen Staaten, in erster Linie im verjunkerten Preußen und im industriell hoch entwickelten Sachsen, die herrschenden Klassen unter Führung des Junkertums alles aufgeboten, um dem Volke das allgemeine, gleiche Wahlrecht vorzuenthalten. Es wird in den nächsten Tagen unsere Aufgabe sein zu beraten, welche Schritte zu ergreifen sind, um diesen auf die Dauer unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Zu allem Ueberfluß aber hat uns der letzte Sommer eine Fülle von Kolonialskandalen gebracht, wie sie selbst die ärgsten Pessimisten nicht für möglich gehalten haben. Ich will hier nicht auf die Tatsachen eingehen, daß ein Podbielski bis heute auf seinem Ministerposten hat aushalten können. Wenn die Regierung, wenn die herrschenden Klassen es fertig bringen, so schwer kompromittierte Leute als leitende Beamte des Staates zu halten, so kann uns das nur recht sein, weil es in höchstem Maße zur Diskreditierung des Systems beitragen muß. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite muß es auffallen, daß, soweit ich die öffentliche Meinung verfolgen konnte, nirgends Andeutungen gemacht werden, daß dieser Zustand der Dinge, der durch das System Podbielski sofort der Welt in bengalischer Beleuchtung erschienen ist, in Deutschland, speziell in Preußen durchaus nicht neu ist. Dasselbe, was man heute Herrn von Podbielski mit Recht als unmoralisch, als verwerflich, als in Widerspruch stehend zu seiner Stellung vorwirft, dasselbe hat der große Heros des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, in der ausgiebigsten Weise getrieben. (Hört! hört!) Als Bismarck 1866 das nötige Geld geschenkt bekam, um Varzin zu kaufen, war das erste, was er tat, daß er eine kleine Papierfabrik ins Leben rief und deren Fabrikate an die Reichspostverwaltung zu Monopolpreisen verkaufte. Und als er 1870 den großen Sachsenwald geschenkt bekam, da legte er auch dort neue Fabriken an, er schlug ungeheure Holzbestände nieder und verkaufte die Fabrikate wieder zum größten Teil zu Monopolpreisen an verschiedene Verwaltungen des Deutschen Reiches. (Hört! hört!) Daran hat, mit Ausnahme von uns, öffentlich niemand etwas auszusetzen gehabt. Ich begreife es, daß ein Podbielski nach dem glorreichen Beispiel eines Bismarck handelt und sich sagt: Ja, was bei dem nicht als Verbrechen angesehen wurde, das kannst du auch tun. Wir, die wir jahrzehntelang die einzige Partei waren, die das bekämpft hat, verurteilen selbstverständlich das System Podbielski auf das schärfste; aber über Korruption brauchen wir uns nicht so sehr aufzuregen, denn von Korruption lebt der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig.) Es versteht sich von selbst, daß alle diese Dinge lebhafte Erbitterung hervorgerufen haben, und zu allem Ueberfluß hat die Reichstagsmehrheit selbst dafür gesorgt, daß eine Masse von Erbitterung in weite Kreise getragen ist. Wir haben das Steuerbukett, das der letzten Session vorgelegen hat, nach allen Richtungen hin auf das entschiedenste bekämpft, wir haben seine Verwerflichkeit, seine Unwahrhaftigkeit, seine volkswirtschaftlichen Schädlichkeiten nachgewiesen, wir haben vor allem hervorgehoben, daß es wiederum die Arbeiterklasse ist, die vorzugsweise durch diese neuen Steuern belastet wird, aber zu gleicher Zeit — und das ist eben die Ironie der Geschichte — hat die staatserhaltende Mehrheit des Reichstages durch die Bewilligung des Steuerbuketts auch in weiten bürgerlichen Kreisen Anstoß zur größten Unzufriedenheit gegeben.

Es ist ein echt nationalliberales Blatt, das „Leipziger Tageblatt", das auf Grund dieser Mißstimmung den charakteristischen Ausspruch tat: Wenn wir jetzt zu einer Reichstagswahl kämen, so würden die Steuerbewilliger finden, daß so mancher, der jetzt auf dem kuruliſchen Sessel sitzt, nicht wiederkommt. (Sehr wahr!) Aber es war nicht nur die nationalliberale Partei, deren Führer Büsing die Bewilligung des Steuerbuketts als nationale Tat gepriesen hat, sondern es waren auch Zentrum und Konservative, die den Steuern zustimmten. Wir haben alles aufzubieten, um das Volk darüber aufzuklären und dafür einzutreten, daß es bei der nächsten Wahl die entsprechende Quittung erteilt. (Lebhafter Beifall.)

So wie im Innern von Deutschland sind auch die Verhältnisse Deutschlands zum Auslande nichts weniger als erfreulich. Wir haben im letzten Frühjahr die Abwickelung der Marokkoangelegenheit durch die Konferenz von Algeciras erlebt. Wir waren Zeuge im Reichstage, wie Fürst Bülow durch einen Krankheitsanfall außerstande gesetzt wurde, sich zu rechtfertigen, aber wie immer die Rechtfertigung hätte ausfallen mögen, heute kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Konferenz von Algeciras gezeigt hat, daß Deutschland in der Welt vollständig isoliert steht, und das hat wesentlich zur Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit in bürgerlichen Kreisen beigetragen. Daran ändern all die Reden und Deklamationen nichts, die wir im Laufe der letzten Jahre zu hören bekommen haben. Das ist das Resultat der Konferenz, ein Resultat, wie es beschämender und trauriger nicht gedacht werden kann. So also ist das Fazit der Zustände im Innern und Aeußern.

Die jetzt bereits ins dritte Jahr gehende russische Revolution nimmt fortdauernd das allgemeine Interesse in Anspruch und liegt zweifellos den herrschenden Klassen schwer im Magen. Es war ein sehr bezeichnendes Wort, das der preußische Justizminister im Reichstage anläßlich unserer Interpellation über den Königsberger Prozeß gesprochen hat, als er sagte: „Tua res agitur" (Um deine Sache handelt es sich!) Wir regierenden Kreise haben in Deutschland dafür zu sorgen, daß das böse Beispiel von Rußland nicht zu uns hinüber kommt. — Tua res agitur! so sagen auch wir. Wir haben den dringenden Wunsch, wir haben das lebhafte Verlangen, daß unseren russischen Brüdern und Schwestern, die jetzt so kolossale Opfer an Gut und Blut gebracht haben, die den furchtbarsten Grausamkeiten ausgesetzt sind, ihr Kampf gegen den russischen Despotismus gelingen möge, damit endlich auch im großen Ostreich Europas Zustände herbeigeführt werden, die eines Kulturstaates würdig sind. (Lebhafter Beifall.)

Ein seltsamer Widerspruch ist es, daß derselbe Mann, der die kaum zusammengetretene Duma durch einen niederträchtigen Staatsstreich aufgelöst hat, in diesen Tagen dem finnländischen Volke durch eine Proklamation das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom 21. Jahre ab bewilligt hat, so daß Finnland augenblicklich in bezug auf das Wahlrecht der vorgeschrittenste Staat ist. Diese Widersprüche lassen sich nur erklären aus dem eigenartigen Verhältnis zwischen Finnland und Rußland, das zu erörtern jetzt nicht der geeignete Moment ist, aber wie immer die Dinge sich im großen Ostreich Europas gestalten, wie sehr wir alle wünschen, daß es unseren Genossen in ihrem außerordentlich schwerem Kampfe, der mit bewunderungswürdiger Zähigkeit und Opferwilligkeit geführt wird, gelingt, den Sieg davonzutragen, uns muß dies Beispiel aufs neue anfeuern, daß wir auch unsererseits alles aufbieten, um auch in Deutschland kulturwürdigere Zustände zu schaffen. (Beifall!) So werden wir auch insbesondere in den nächsten Tagen die Mittel zu prüfen haben für die Aufgaben, die wir in nächster Zukunft lösen müssen. In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich.

Zu Vorsitzenden werden einstimmig Singer-Berlin und Dreesbach-Mannheim gewählt.

Singer: Ich spreche Ihnen herzlichen Dank aus für die Ehre, die Sie uns erwiesen haben, indem Sie uns mit der Leitung des diesjährigen Parteitages betraut haben. Wir werden selbstverständlich alles aufbieten, um die Geschäfte des Parteitages in einer Weise zu führen, die mit der Zufriedenheit der Delegierten gleichzeitig eine geordnete Verhandlung gewährleistet. Wir können das aber nur, wenn wir der Unterstützung aller Delegierten teilhaftig werden. Wir haben eine Tagesordnung, die uns ernsthaft und sehr eingehend beschäftigen wird. Wir sind selbstverständlich alle der Meinung, daß die für die Entwickelung der Partei wichtigen Fragen mit dem Ernste und der Gründlichkeit behandelt werden, den sie verdienen. Ich habe keinen Zweifel darüber, daß dieser Parteitag sich in der Würde und in dem Ernst seiner Verhandlung angemessen anreihen wird den Parteitagen, die wir bisher gehabt haben. Wie die prächtigen Chöre diese mächtige Festversammlung begrüßt haben „Zu der Arbeit Heil und Frommen", so darf ich die Ueberzeugung aussprechen, werden auch die Arbeiten dieses Parteitages ausfallen zu Heil und Frommen für die Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir nun dazu kommen, die Sitzungszeit des Parteitages festzusetzen, so habe ich bei dieser Gelegenheit dem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß wir mit Rücksicht auf gewisse Vorkommnisse unsere gewöhnte Arbeitszeit etwas verlegen müssen. Wir dürfen es mit Fug und Recht bedauern, daß wir dazu gezwungen sind, da wir nach den Mitteilungen der Mannheimer Genossen zu der Annahme berechtigt waren, daß wir fest und sicher darauf rechnen könnten, in diesem Hause auch unsere Parteitagsverhandlungen führen zu können. Die zuständige Gemeindeverwaltung hat anders beschlossen, wir sind nicht in der Lage daran etwas ändern zu können, wir müssen uns damit begnügen, unser Bedauern darüber auszusprechen, nicht so sehr und nicht allein darüber, daß es uns nicht vergönnt ist, in diesem prächtigen Hause die ganze Woche verweilen zu können, sondern mehr noch darüber, daß wir durch die Stadtverwaltung gezwungen wurden, uns nach einem anderen Lokal umzusehen. Die Abmachungen mit den Inhabern dieses Lokals gehen nun dahin, daß unsere Verhandlungen jeden Tag so zeitig geschlossen werden müssen, daß der Erwerbsbetrieb, also die Vorstellungen nicht gestört werden. Wir müssen infolgedessen die Verhandlungen um 6 Uhr schließen. Daher schlage ich vor, daß wir, um die 8 Stunden Tagesarbeit doch leisten zu können, für diesen Parteitag den Beginn der Verhandlungen auf morgens $8^1/_2$ Uhr ansetzen, bis $12^1/_2$ Uhr tagen, dann $1^1/_2$ Stunden Mittagspause machen und von 2—6 Uhr weiter tagen. (Zustimmung.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Frl. Baader-Berlin, Bartels-Altona, Schütz-Breslau, Schmitt-München, Brandes-Magdeburg, Dörnke-Hannover, Ulrich-Offenbach, Fleißner-Dresden u. Wollermann-Teltow-Beeskow.

In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert: Frau Zietz-Hamburg, Feldmann-Langenbielau, Buhl-Leipzig, Braun-Königsberg, Stengele-Hamburg, Leopold-Zeitz, Knieriem-München, Sindermann-Dresden und Wels-Berlin.

Auf Vorschlag Singers wird hierauf in der Tagesordnung der Punkt 4 „Maifeier" hinter die Punkte 5 (Der politische Massenstreik) und 6 (Der internationale Kongreß 1907) gesetzt.

Singer: Mit der Tagesordnung des Parteitages beschäftigen sich die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 126 und 131 Absatz 4. Ich stelle die Unterstützungsfrage.

Die Unterstützung zu 1 reicht nicht aus.

Vor der Stellung der Unterstützungsfrage zu 2 bemerkt

Singer: Ich möchte vermeiden, daß aus der eventuellen Ablehnung der Unterstützung irgend welche falschen Schlüsse gezogen werden. Die bisherige

Parteileitung ist unter voller Würdigung der Bedeutsamkeit der angeregten Frage doch der Ansicht, daß die Einschiebung eines neuen Punktes in die an sich schon stark belastete Tagesordnung nicht wünschbar ist. Der Parteitag wird deshalb doch Gelegenheit finden, seine Sympathie für die russische Revolution auszudrücken. (Beifall.)

Duncker-Dresden: Ich wollte berichtigen, daß nicht der dritte, sondern der vierte sächsische Wahlkreis beantragt hat, „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung" auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Singers Erklärung ziehe ich aber diesen Antrag zurück.

Die Unterstützung zu 3 reicht nicht aus.

Antrag 4 wird ohne Debatte abgelehnt.

Zu Antrag 5 bemerkt Singer, daß der Parteivorstand mehrfachen Anregungen aus den Kreisen der Parteigenossen folgend, sich mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt habe. Diese habe erklärt, Genosse Legien sei bereit, falls der Parteitag es beschließe, das zweite Referat zu übernehmen.

Antrag 5 wird angenommen, Legien also zum Mitberichterstatter zu dem Punkt 4: „Der politische Massenstreik" bestellt.

Die Anträge 126 und 131, Absatz 4 sind damit erledigt. Als definitive Tagesordnung wird aufgestellt:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Parlamentarischer Bericht.
4. Der politische Massenstreik.
5. Der internationale Kongreß.
6. Die Maifeier.
7. Sozialdemokratie und Volkserziehung.
8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Singer: Die Anträge 118 und 119 verlangen die Wiederaufnahme zweier früher ausgeschlossener Genossen. Der Parteivorstand hat die Organisationen geladen, das Material liegt vor. Ich möchte nun bitten, daß die Mandatsprüfungskommission die Vorbereitung dieser Angelegenheit übernimmt.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Der geschäftliche Teil der Vorversammlung ist erledigt.

Vor Schluß teilt Singer ein Telegramm mit, das den Sieg bei der Stichwahl in Gebweiler zum Bezirksausschuß mit 2100 gegen 1600 Stimmen meldet. (Lebhafter Beifall.) Dieser Sieg ist um so bedeutungsvoller, als es sich um ein neugewonnenes Mandat handelt, um das Mandat, das in der letzten Session der frühere Landesausschußpräsident Geheimrat v. Schlumberger inne hatte. Wir danken im Namen des Parteitages den wackeren elsaß-lothringischen Genossen und sehen in der Nachricht ein gutes Omen für den Parteitag und für die weitere Tätigkeit der Partei. (Stürmischer Beifall.) Unsere heutigen Verhandlungen wollen wir mit unserem alten Rufe schließen, der der Leitstern unseres Lebens ist: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten und die Zuhörer erheben sich und stimmen dreimal in das Hoch ein. Die vereinigten Männerchöre Mannheims und Ludwighafens singen Freiligraths „Gruß an die Reaktion: Trotz alledem!"

Schluß der Versammlung 8¾ Uhr.

Nach einer Pause beginnt dann das Fest, das unter Leitung des Genossen Dr. Frank-Mannheim steht.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 24. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet

Singer die Verhandlungen und teilt mit, daß als Vertreter ausländischer Bruderparteien folgende Genossen erschienen sind: A. Rappaport für die Parti socialiste; Georg Maes für die belgische Arbeiterpartei; Franz Fischer für die Redaktion des „Peuple"; Eduard Anseele für die Redaktion des „Vooruit"; Josef Wauters für die Lütticher Gewerkschaften; Camille Huysmans für das Internationale Sozialistische Bureau; Ernst Söderberg für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden; Ignaz Rotter-Warschau, für die polnische sozialistische Partei (P. P. S.); J. B. Askew für die Social-Demokratic Federation, England; Adelheid Popp-Wien für die sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs; Anton Hueber-Wien und Anton Schäfer für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Singer: Die Genossen sind uns herzlich willkommen, wir wissen die Ehre zu schätzen, die Sie uns durch Ihren Besuch erwiesen haben und wir hoffen, daß Sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie auch in dieser Woche ihre eigenen Geschäfte erledigt, doch niemals das Gefühl der Solidarität und der Brüderlichkeit gegen die Arbeiterparteien aller Länder vergessen wird. Mit besonderer Genugtuung haben wir in diesem Jahre den Besuch unserer Brüder vom Auslande zu verzeichnen. Allüberall in der Welt weht die Sturmfahne der revolutionären Bewegung. In Rußland wird die Revolution hoffentlich das Volk aus den Banden des Zarismus befreien. Wenn wir auf den Kampf in Rußland blicken, wenn wir sehen, wie unsere Brüder in Frankreich sich geeinigt haben zum gemeinsamen Vorgehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie unsere Brüder in Oesterreich im Kampfe stehen und uns dabei klar machen, daß dieser Kampf, der hoffentlich den Arbeitern das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bringen wird, wesentlich ein Werk unserer Genossen ist, dann dürfen wir mit um so größerer Freude sie unter uns begrüßen. Ebenso erfüllt es uns mit hoher Genugtuung, daß eine Vertretung der russischen Partei unter uns weilt. Alle die Genossen und die Parteien, die mit uns gemeinsam den Kampf um die Befreiung des Proletariats führen, Sie alle begrüße ich, wir drücken Ihnen freudig die Hand und heißen Sie herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Huysmans-Brüssel: Werte Genossen! Es war mir eine sehr große Freude, als Mitglied der Kommission des internationalen Bureaus nach Mannheim kommen zu dürfen und Sie zu begrüßen, umsomehr, als ich mit dem Parteivorstand einige provisorische Maßregeln besprechen muß über die Organisation des internationalen Kongresses in Stuttgart. Die Blicke aller angeschlossenen sozialistischen Parteien sind heute auf Mannheim gerichtet, weil die deutsche Partei in der neuen Internationalen eine der Musterorganisationen bildet. Das Proletariat hat verstanden, daß es eine nationale Politik haben muß, aber auch eine internationale Politik. Darum ist es notwendig, daß mehr und mehr diese internationale Politik des Proletariats an Realität gewinnt. Die Geschichte der internationalen Kongresse kennen Sie ja und wie das internationale Bureau fungiert, wissen Sie auch, und Sie wissen auch, daß es in den letzten Jahren vieles verwirklicht hat. Sie wissen, was wir getan haben am 22. Januar. Sie wissen auch, daß eine Resolution angenommen wurde von dem Genossen Vaillant, welche Bezug hat auf die Kriegstreibereien der internationalen Bourgeoisie. Genossen! Die sozialistische Lage ist heute gekennzeichnet bei den

verschiedenen angeschlossenen Parteien durch stetige Ausbreitung und auch durch feste Vereinigung. Stetige Ausbreitung wie in Norwegen und bei den letzten Wahlen in Dänemark und hoffentlich auch bei den nächsten Wahlen in Oesterreich. In Frankreich hat das Proletariat die Resolution des Amsterdamer Kongresses verwirklicht, und auf diesem Wege marschieren auch die Genossen aus Bulgarien und auch die Genossen aus England, welche diese Woche eine Proposition zur Einigung an das Sekretariat einschickten. (Lebhafter Beifall.) Auch in den Vereinigten Staaten wird dies geplant. Und wir hoffen, daß der internationale Kongreß in Stuttgart denselben Einfluß auf diese Partei haben wird, wie der internationale Kongreß in Amsterdam auf die Genossen in Frankreich. Das größte Ereignis in den letzten Monaten ist der langsame aber sichere Zusammenbruch des Zarismus und, wie uns schon Marx sagte, je mehr der Zarismus zurückweicht, desto mehr herrscht in Europa, auch Deutschland inbegriffen, die Freiheit. (Beifall.) Dies danken wir den russischen Genossen, welche gezeigt haben, wie sich theoretische Bildung mit der Aktion vereinigen kann. Zu diesem Resultat haben auch die deutschen Genossen mitgewirkt durch die reichliche Unterstützung der russischen Revolution. Sie sind so ein Muster gewesen für die ganze Internationale. Auch die belgischen Genossen haben mich ersucht, Ihnen ein Wort über die spezielle Lage ihres Landes zu sagen. Die belgische politische Gruppe, die Gewerkschaften und Genossenschaften bilden nur eine Partei und darum wird über ihr Verhältnis zu einander in unserem Lande nur akademisch gestritten, weil die politische Gruppe sich auf die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation stützt und weil die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer politischen Aktion einsehen und keiner doppelten politischen Organisation benötigen. Man hat gesagt, wir sind stärker als politische Organisation als wie als gewerkschaftliche Organisation. Dies ist Wahrheit. Aber es wird nicht mehr lange dauern: je mehr unsere kapitalistische Organisation entwickelt ist, desto mehr wird sich auch die belgische Gewerkschaft entwickeln und stärken müssen. Im Jahre 1894 haben wir die Bürgerlichen überrumpelt. Aber seitdem haben die Bürgerlichen begriffen, daß sie sich auch organisieren müssen und sperrten uns so auf eine Zeitlang den politischen Weg. Aber nun hat die Arbeiterklasse verstanden, daß es auch noch einen anderen Weg gibt, und sie entwickelt sich auf dem gewerkschaftlichem Wege. So haben sich bereits 50 Proz. der belgischen Bergarbeiter organisiert. Von den Metallarbeitern mehr als 14 Proz. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, und so werden die belgischen Genossen weiter vorwärtsschreiten. Das Proletariat Belgiens geht vom politischen zum gewerkschaftlichen Weg über, umgekehrt ist es in England. Wenn auch in den letzten Jahren ein'ge kleinbürgerliche Elemente aus unserer Organisation ausgetreten sind, so hat sich dieselbe doch wieder durch tüchtige, gesinnungstreue, proletarische Elemente verstärkt. Die Zahl ist dieselbe geblieben, aber die Organisation ist stärker geworden, was das proletarische Klassenbewußtsein angeht. Gestern noch war die französische Nation die älteste und schönste Tochter der römischen Kirche. Müssen wir Dreesbach glauben, so hat die Heimat Luthers diese wenig beneidenswerte Rolle übernommen. Aber hat die römische Kirche ihre älteste Tochter verloren, so hat die rote Internationale ihre älteste und schönste Tochter behalten und das ist und bleibt die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Hueber-Wien: Im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, deren Parteivertretung ich als Gewerkschaftssekretär angehöre, erlaube ich mir, Sie herzlich zu begrüßen. Gestatten Sie, daß ich im Namen der von unserer Parteiorganisation hierher delegierten Genossen in wenigen Worten die Empfindung unserer brüderlichen Solidarität, die uns von jeher verknüpft, zum Ausdruck bringe. Wir Oesterreicher haben ein Jahr heißer Kämpfe hinter uns, und nur die Anspannung aller Kräfte des politisch und gewerkschaftlich organisierten

Proletariats, die energische und schlagfertige Ausnützung aller Umstände, vermochte uns den Erfolg zu bringen, daß unser mehr als zwanzigjähriger Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht heute zwar noch nicht abgeschlossen ist, aber nicht mehr verloren werden kann. In wenigen Wochen, so hoffen wir, wird das alte, kulturwidrige Privilegienparlament Oesterreichs für alle Zeiten beseitigt sein (Bravo!) und wir werden ein Parlament auf demokratischer Grundlage haben, so wie Sie im Deutschen Reiche es schon lange besitzen. Wir wissen, Genossen, daß Sie den Kämpfen des österreichischen Proletariats mit größter Freude folgen, daß Sie den Fortschritt würdigen werden, den die Sozialdemokratie Oesterreichs ausnützen wird, um den proletarischen Klassenkampf auf allen Gebieten der Politik und Gewerkschaft zu führen. Wir unsererseits sind ja gewohnt, an allem teil zu nehmen, was unsere deutsche Bruderpartei, die uns in so vielen Dingen Vorgängerin und Lehrmeisterin war, betrifft und so verfolgen wir mit regstem Interesse die Arbeiten des Parteitages. Wir wünschen herzlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages dazu führen mögen, die schwierigen Aufgaben, die bei den glänzenden Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie unvermeidlich immer neu erwachsen, zu lösen, zu lösen im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des organisierten Proletariats aller Länder. Es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhaftes Bravo!)

Askew-London überbringt die herzlichen Grüße und Glückwünsche der englischen Parteigenossen. (Bravo!)

Rappaport-Paris: Werte Genossen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der französischen sozialistischen Partei hier auf das wärmste zu begrüßen. Die Einigung der französischen Genossen hat uns bereits schöne Siege gebracht: Während der letzten Monate hat sich die Zahl der Parteimitglieder verdoppelt. Die Einigung hat einen gesunden sozialistischen Boden für die Weiterentwickelung der Partei, für weitere, noch größere Siege geschaffen. Es könnte scheinen — und es ist auch zum großen Teile richtig — als ob die französische Partei unter ungemein günstigeren Verhältnissen kämpft als die sozialistischen Parteien mancher anderen Länder. Steht doch an der Spitze der Regierung ein Minister des Innern, der sich unlängst in einer großen politischen Rede zum sozialistischen Ideal bekannte. Dies Bekenntnis verhinderte freilich nicht, daß der Demokrat Clemenceau gegen streikende Arbeiter Soldaten ausschickte. An der Seite dieses Ministers haben wir einen sehr geschickten ehemaligen Genossen, den Kultusminister Briand. Ich will gegen den ehemaligen Genossen nichts Schlechtes sagen, aber er wird selbst zugeben müssen, daß er als Minister den Generalstreik nur mit bezug auf seine sozialistischen Ueberzeugungen verwirklichen kann. (Heiterkeit.) Man darf auch nicht vergessen, daß die Regierung Clemenceaus und Briands dem Henkerregime in Rußland die Millionen bewilligt hat. (Sehr richtig!) Sogar die vorhergehende Regierung hatte ein gleich unverschämtes Attentat auf die französischen Taschen und Ehre aus einfacher Klugheit und nationalem Selbsterhaltungstrieb mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die französische Partei steht jetzt im offenen Kampfe mit dieser bürgerlichen Scheindemokratie. 18 Jahre nach dem Deutschen Reichstag hat auch die französische Kammer eine Zukunftsstaatsdebatte gehabt, und sie ist noch nicht beendet. Ich begrüße Sie nochmals herzlichst. Wenn einmal deutsche Gründlichkeit mit französischer Schlagfertigkeit sich zur rechten Stunde vereinigen werden, dann gibt es in der Welt einen guten Klang. Es lebe die internationale siegreiche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Soederberg-Stockholm überbringt die Grüße der Sozialdemokratie Schwedens. Ich bin gern nach Mannheim gekommen, denn wir Schweden sehen immer auf die deutsche Partei, um von ihr zu lernen. Auch in Schweden werden die sozialdemokratischen Ideen mehr und mehr von den Arbeitern erfaßt. Ich danke Ihnen herzlichst für die Einladung. (Beifall.)

Ignaz Kotter-Warschau: Es ist das erstemal, daß die Polnische Sozialistische Partei die Möglichkeit hat, Sie auf einem Parteitage zu begrüßen. Ich fühle die Ehre und Wichtigkeit dieser von mir zu erfüllenden Mission. Ich komme aus einem Lande, in dem die blutrünstigsten Maßregeln der Regierung in schärfster Form zur Anwendung kommen, aber trotzdem ist dort das Proletariat, nicht nur das städtische, sondern auch das ländliche, am meisten revolutioniert worden; die Wogen der Revolution gehen dort am höchsten. Wir hatten am 23. August ein eigenartiges Jubiläum zu begehen. Am 23. August vorigen Jahres wurde über Warschau der Kriegszustand verhängt, um nach kurzer Zeit aufgehoben, aber dann wieder von neuem in noch schärferer Form verhängt zu werden. Die Resultate dieser Maßnahmen sind wunderbar. Unsere Anhängerschar, die vor Verhängung des Kriegszustandes kaum nach Tausenden zählte, zählt heute nach Millionen. Während wir früher froh waren, daß unser Zentralorgan monatlich einmal erscheinen konnte, gaben wir das Blatt während des Kriegszustandes vier Monate hindurch täglich heraus, und heute erscheint es mindestens dreimal wöchentlich. Ungezählt sind dabei die Kreisorgane und die Broschüren, die täglich von uns herausgegeben werden. Heute sind wir nicht mehr darauf angewiesen, unsere Flugblätter im Auslande drucken zu lassen, heute haben wir eine Spezial-Preßfreiheit: wir drucken was wir wollen und unser Zentralorgan wird überall verkauft. (Bravo!) Ich weiß wohl, daß manche von Ihnen mit unserer Taktik nicht ganz einverstanden sind, aber trotzdem will ich einige Erfolge dieser Taktik aufzählen. Bis zum vorigen Jahre war bei uns eine Waffe eine Seltenheit, heute haben wir eine nach Tausenden zählende bewaffnete Organisation, die die Polizei von ihren schädlichsten Elementen gereinigt, sie aufgeschreckt und eingeschüchtert hat wie nie zuvor. (Beifall.) Wir haben in dem Moskauer Aufstand die Erfahrung gemacht, daß der Zarismus nur durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt werden kann. Wir haben die ersten Fundamente zu einer allgemeinen Volksmiliz gelegt und es wird nicht lange dauern, bis alle organisierten Arbeiter Warschaus bewaffnet sein werden. (Beifall.) Das haben wir fertig gebracht, trotz der ungezählten Galgen. Während wir voriges Jahr unter den Soldaten nur vereinzelte Anhänger hatten, haben wir heute mehr Agitatoren unter ihnen, wie früher organisierte Soldaten. (Bravo.) Das Regiment Ostorolenka beweist, welche Fortschritte wir unter den Soldaten gemacht haben. Wir reden uns nicht ein, daß wir jemals die ganze zarische Armee organisieren würden. Nein, immer wird noch ein Teil übrig bleiben, der dem Zaren treu ist, aber der Teil ist so demoralisiert und erschreckt, daß er zu einem revolutionären Kampf unfähig ist. Ich weise ferner darauf hin, daß wir im Frühjahr in Polen 2000 Feldarbeiterstreiks organisiert und durchgeführt haben, und in diesem Herbst weitere 8000, durch die über $1^1/_3$ Millionen Rubel Lohnerhöhung erzielt sind. Mit anderen Worten: wir haben das Landvolk, das früher vom Klerikalismus beherrscht und vom Chauvinismus verwüstet war, organisiert. Auch die gewerkschaftliche Arbeit haben wir nicht vernachlässigt. Wir haben in Warschau allein 18 gewerkschaftliche Verbände, in Lodz haben wir einen Textilarbeiter-Verband, der nach dreimonatlichem Bestehen bereits 15 000 Mitglieder zählte. (Bravo!) Daß wir gut gearbeitet haben, sehen wir auch an dem Programm des Minister-präsidenten. Wenn es mit Gewalt nicht möglich sein wird, die Revolution zu ersticken, dann wird man es mit sogenannten liberalen Reformen versuchen müssen, die aber nur wieder von der Revolution ausgenutzt werden. Im Auslande herrschen irrtümliche Auffassungen über uns. Man wirft uns vor, daß wir eine nationalistische Partei sind. Nein, auch wir treiben Klassenpolitik; unser Programm ist sozialistisch, unsere Taktik eine proletarische. Die russischen Parteien haben den Ernst der Lage begriffen und den Grundstein zu einer Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien Russisch-Polens gelegt. Es ist eine gemeinsame Körperschaft geschaffen worden und in dieser wird gemeinsame

Aktionen beraten und durchgeführt werden. Ueber die, die ein Interesse daran haben, daß das nicht geschieht, wird man zur Tagesordnung übergehen. Euch deutschen Parteigenossen hat die russische Revolution sehr viel zu danken. Darum haben wir uns verpflichtet gefühlt, einen Delegierten hierher zu schicken, um die Gefühle größter Bewunderung auszudrücken. Im Namen des polnischen, jüdischen und deutschen Proletariats Polens begrüße ich Sie und wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Im Anschluß an diese Ausführungen begrüße ich die Genossin Rosa Luxemburg auf das herzlichste und freue mich, daß es ihr wieder möglich ist, in Deutschland in unseren Reihen tätig zu sein. (Beifall.) Ich spreche ihr den Dank der Partei für ihre tapfere Haltung und für die Energie aus, mit der sie versucht hat, der russischen Bewegung zu Hülfe zu eilen, ich danke ihr für die Opfer, die sie persönlich dabei durch ihre lange Haft gebracht hat. Ich hoffe, daß ihre Gesundheit es ihr gestattet, in alter Tapferkeit und Treue der deutschen Partei nach wie vor wertvolle Dienste zu leisten. (Lebhafter Beifall.) Genossin Luxemburg hatte den Auftrag, sie hat ihn mir übertragen, mitzuteilen, daß die Parteileitung der Sozialdemokratie Polens und Litauens dem Parteitag herzlichste Grüße sendet. (Bravo!) Was der Vorredner von den Verdiensten seiner Partei anführen konnte, darf die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens mit Recht von sich sagen. Sie steht vom Anfang der Revolution an an der Spitze der klassenbewußten polnischen Arbeiterschaft, sie hat in der revolutionären Bewegung so tapfer und treu für die Befreiung des Proletariats gekämpft, daß auch ihr, wie allen anderen Genossen, die diesen Kampf geführt haben, unsere Bewunderung und Sympathie zuteil wird. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Balabanoff (mit stürmischem Beifall begrüßt): Sie werden es wohl ohne weiteres verstehen, warum die russische sozialdemokratische Partei das Bedürfnis empfindet, gerade in diesem Jahre Ihnen ein „Glück auf!" zu ihrer Arbeit zuzurufen und Dank auszusprechen für das, was Sie für die russische Revolution getan haben. Leider ist es den würdigeren Vertretern der russischen Sozialdemokratie nicht gegeben, persönlich hier zu erscheinen, aber Sie werden trotzdem diesen Gruß und diesen Ausdruck des Dankes wohl in Empfang nehmen, um so mehr als er von denjenigen kommt, die sich in diesem Moment in einem so schweren aber entscheidenden Kampf befinden. Sie werden es verstehen, warum wir das Bedürfnis haben, gerade der deutschen Sozialdemokratie unsere Solidarität zu erklären und unseren Dank auszusprechen. War doch die deutsche Sozialdemokratie von jeher unsere treue Leidens- und Kampfgenossin! Die deutschen Genossen haben schon zu einer Zeit, wo die Existenz des russischen Proletariats als Klasse noch bestritten wurde, den Kampf des russischen Proletariats verstanden, sie haben ihm schon damals diejenige historische Rolle und Mission zugetraut, die es endlich in diesem Moment in so glorreicher Weise erfüllt (Bravo!) Die russische Sozialdemokratie kann Ihre intellektuelle, moralische und finanzielle Hülfe in Anspruch nehmen, weil diese Hülfe nicht als Almosen gedeutet werden kann, sondern weil sie von Gleichberechtigten zu Gleichberechtigten kommt.

Ich brauche hier nicht an die Leiden, die Unterdrückungen und die tiefen Demütigungen des russischen, jüdischen, polnischen, finnländischen und litauischen Volkes zu erinnern. Sie kennen diese Leiden. Ich brauche auch nicht die einzelnen Phasen unserer Bewegung zu schildern. Sie haben sie verfolgt und stets gewürdigt. Sie wissen, in welch schwerer Lage sich das russische Proletariat befindet, nicht nur, weil es mit dem bestialischsten System zu tun hat, das es gibt, nicht nur, weil dieses System viel mehr Alliierte hat, als man gewöhnlich denkt, sondern auch, weil das russische Proletariat eine ganz besondere Mission zu erfüllen hat. Es hat noch nie eine Klasse gegeben, die mit solcher Selbstverleugnung

und solchem Zielbewußtsein gekämpft hat. (Lebhafter Beifall.) Das russische Proletariat weiß genau, daß es in diesem Moment noch nicht für das Endziel kämpft, sondern daß es sich niedermetzeln lassen muß, um für Rußland überhaupt erst mal eine konstitutionelle Verfassung zu schaffen, damit sich dort die Klassenkämpfe entwickeln können. Aber dessen ungeachtet kämpft das russische Proletariat in vollem Bewußtsein dessen, was es tut. Unsere Genossen kämpfen und sterben in dem Bewußtsein, daß Rußland die konstitutionelle Verfassung braucht, um das sozialdemokratische Endziel anstreben zu können. (Stürmischer Beifall.) Und wenn die russischen Proletarier soviel Widerstandskraft und Stolz besitzen, und wenn sie so kämpfen und so widerstehen und so ringen können, so tun sie es in dem Bewußtsein, daß diese Revolution die Revolution des ganzen Proletariats ist. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Gestern hat Bebel gesagt, Deutschland wäre nicht das, was es ist, wenn es nicht eine mächtige revolutionäre sozialdemokratische Partei besäße. Das wissen wir russischen Revolutionäre am allerbesten; wir haben es in der Vergangenheit gespürt, wir spüren es in der Gegenwart, und wir hoffen es noch viel mehr in der Zukunft zu spüren. In diesen Tagen hat in Mailand eine Versammlung stattgefunden, die vielleicht einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die Ereignisse haben kann. Seit dem Ausbruch der glorreichen Revolution in Rußland haben in Italien zwar Tausende und Tausende von Versammlungen stattgefunden, in denen das italienische Proletariat dem russischen Proletariat seine Solidarität ausgesprochen hat, aber hiervon wurde nicht Notiz genommen, weil es sich um proletarische Meinungsäußerungen handelte. In diesem Falle aber handelte es sich um etwas anderes. Es war eine parlamentarische Versammlung, Vertreter der verschiedensten Fraktionen des italienischen Parlaments haben eine Resolution beschlossen, in der dem Parlament zur Pflicht gemacht wird, einen Druck auf Rußland auszuüben. Die Vertreter der äußersten Linken des italienischen Parlaments haben sich verpflichtet, auch auf die anderen Parteien einzuwirken, damit die Oeffentlichkeit endlich einmal einschreitet.

Wir Sozialdemokraten wollen uns auch keine Illusionen machen darüber, welche Motive die bürgerlichen Parteien dazu gezwungen haben, endlich gegen die Reaktion Front zu machen. Aber das ist schon ein gutes Symptom für uns. Denn wir wissen, daß das russische Proletariat gezwungen ist, den Kampf so scharf zu führen, daß der Despotismus endlich zeigen mußte, was er eigentlich ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn dieser Beschluß der italienischen Fraktion an Sie kommt, daß diesem Beschluß auch bei Ihnen beigepflichtet wird und seine Erfüllung finden wird, soweit es in Ihrer Macht liegt. Wir müssen Ihnen außerdem sagen, daß Ihre Verhandlungen auf diesem Parteitage von Rußland aus mit dem größten Interesse verfolgt werden. Und wenn auch auf dieser Tagesordnung nicht speziell die Behandlung der russischen Revolution steht, so wissen wir doch, daß die Vorgänge in Rußland alle ihre Verhandlungen beseelen und beeinflussen werden; so wissen wir doch, daß auf Ihrem Parteitag die Waffen geschmiedet werden, die uns zum Siege verhelfen werden. Sie streben unserem glorreichen und stolzen Endziel zu. Es gilt, in dem Menschen, und im Proletarier insbesondere, das Bewußtsein der menschlichen Würde und das stolze Klassenbewußtsein zu erwecken. Und dieses Bewußtsein ist ein Faktor, der uns alle im Kampf gegen den Despotismus anspornen muß. (Stürmischer Beifall.)

Genossin **Wibaut-Holland**: Eben erhielt ich die Nachricht aus Holland, daß Genosse Troelstra leider verhindert ist, dem Parteitag beizuwohnen. Unser Parteivorstand bedauert es sehr, auf diesem höchst wichtigen Kongreß nicht repräsentiert zu sein und hat mich beauftragt, die deutschen Genossen und Genossinnen herzlichst zu grüßen. Unsere Genossen in Holland werden mit großem Interesse den Diskussionen folgen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die

Beschlüsse, die hier gefaßt werden, nicht nur für das deutsche Proletariat von Gewicht sein werden, sondern für die ganze internationale Bewegung. (Bravo!)

Vorsitzender Singer teilt sodann eine Reihe von Begrüßungstelegrammen mit.

Hierauf erhält als Vertreter der organisierten „Jungen Garde" das Wort

Wagner-Mannheim: Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Grüße und Glückwünsche unserer jüngsten Organisation, des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands zu übermitteln. Wir alle blicken erwartungsvoll auf den Mannheimer Parteitag, weil er uns die Wege zeigen wird für unsere zukünftige Agitation; weil er uns die Wege zeigen wird für unsere wichtigste Aufgabe, die Erziehung der heranwachsenden Jugend zum Sozialismus. Auch wir müssen den Weg finden, den unsere Gegner schon längst erkannt haben, und den Wert und die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend für die Ideale unserer Partei begreifen. Gerade wir, denen die Zukunft gehört, sind verpflichtet, die Jugend heranzubilden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß aus den Reihen des heranwachsenden Geschlechts Leute herangebildet werden, die in der Lage sind, die Lücken, die in die Reihen der Genossen gerissen werden, auszufüllen. Und wir hoffen, daß uns die Parteigenossen die Hand dazu bieten werden, und daß auch die Genossinnen uns unterstützen werden in unseren Bestrebungen. Es sind sechs Monate her, seit wir unsere Organisation gegründet haben. Leider ist es uns nicht möglich gewesen, in ganz Deutschland die Agitation zu entfalten, die wir in Süddeutschland entfalten konnten vermöge freierer Vereinsgesetze. Aber ich glaube, die Partei, die schon so viel Hindernisse überwunden hat, wird auch den Weg finden, dieses Hindernis zu überwinden, um auch der norddeutschen Jugend, die nicht das Koalitionsrecht besitzt, die Ideen des modernen Sozialismus beizubringen. Als wir unsere Organisation am 11. Februar 1906 in Karlsruhe gegründet haben, waren es acht Vereine; den Grundstein dazu legte Genosse Dr. Frank, der als erster den Ideen der sozialistischen Jugenderziehung praktische Formen gegeben hat, der sich mit größter Begeisterung der heranwachsenden Jugend annahm. In kurzer Zeit sind weitere Gründungen in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches, besonders in Süd- und Mitteldeutschland erfolgt. Am 11. Februar 1906, als wir die Organisation zusammenfaßten, und trotzdem wir nur 600 junge Genossen waren, sagten wir, es muß auch uns gelingen, ein geistiges Bindemittel zu schaffen. Da haben wir die „Junge Garde" geschaffen. Auch hier war es Dr. Frank, der in dankenswerter Weise die Redaktion übernommen hat. Nun ist es bereits gelungen, unsere Organisation auf 8000 Mitglieder, die Anzahl der Abonnenten der „Garde" auf 4000 zu bringen. Wenn die Erfolge nicht besser sind, so ist, wie schon gesagt, das reaktionäre Vereinsgesetz in Preußen und verschiedenen anderen Bundesstaaten daran schuld, welches uns verhindert, die Agitation unter der Jugend zu betreiben.

Ich will Sie nicht aufhalten mit den Einzelheiten unseres Verbandes. Bei dem Punkt Volkserziehung wird Gelegenheit gegeben sein, das Nähere über unsere Organisation zu erfahren. Wir alle von der jungen Garde wünschen und hoffen, daß Ihre Verhandlungen von Erfolg begleitet sein mögen, daß Sie aber auch uns den Weg zeigen werden zur Ausbildung der heranwachsenden Jugend, damit wir Schulter an Schulter überall mit der alten Garde kämpfen können und endlich wieder ein Geschlecht ersteht, dessen Jugend von der blühenden und goldenen Zeit singen kann. Heute ist dies noch nicht möglich, weil schon der jüngste Bürger im Dienste des Kapitalismus in der Fabrik frondet. Wir hoffen bestimmt, daß der Sieg des Sozialismus auch die Jugend befreien wird, und in diesem Sinne begrüße ich den

Parteitag und wünsche, daß die Verhandlungen der gesamten Partei aber auch der Jugendorganisation zum Erfolge gereichen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt die weiteren Erfolge der elsaß-lothringischen Genossen bei den Bezirkswahlen mit. Es sind zwei weitere Mandate erobert worden und das dritte Mandat ist mit so geringer Stimmenmehrheit von den Gegnern gehalten worden, daß man mit Zuversicht darauf rechnen könne, daß nächstens auch dieser Kreis in den Besitz der Partei kommt. (Bravo!)

Als Gäste sind ferner außer Frau Wibaut (holländische sozialdemokratische Partei), die bereits gesprochen hat, noch erschienen Nemec (Parteiexekution der tschechoslavischen Sozialdemokratie), Heysmans (belgische Fraktion) und Bar (Genfer sozialdemokratischen Gewerkschaften).

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein. Zum Bericht des Vorstandes

liegen die Anträge 6, 7, 8, 9, 11, 12, 19, 20, 21, 24, 131 Abs. 1 und 139 vor, von denen die Anträge 8, 131 Abs. 1 und 139 unterstützt werden.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Pfannkuch: Genosse Huysmans hat der deutschen Sozialdemokratie bezüglich ihrer Organisation ein besonderes Lob ausgesprochen. Dies ist um so bemerkenswerter, als er als Sekretär des Internationalen Bureaus die Organisationen aller anderen Länder kennt. Uns wird dieses Lob nicht in den Kopf steigen. Wir sind nicht der Meinung, daß unsere Organisation mustergültig sei. Gerade der Streit zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Richtung hat seine Grundlage in Mängeln der Organisation. In Jena haben wir der Partei eine festere Organisation gegeben. Dadurch ist es möglich geworden, die Kräfte der Partei mehr und mehr zusammenzufassen und wir können nach der bisherigen halbjährigen Praxis nur sagen, daß wir gute Erfahrungen mit der neuen Organisationsform gemacht haben. Der vermeintliche Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft ist meistenteils nur ein eingebildeter. Einzelne Aeußerungen werden mißverstanden und rufen dann noch zugespitztere Aeußerungen von der Gegenseite hervor. Ein Beispiel für meine Behauptung. Der Genosse v. Elm wird in der Debatte immer als derjenige aufgeführt, der der Meinung Ausdruck gegeben habe, man brauche nur seitens der Gewerkschaften ernstlich zu wollen und es wäre möglich, die Auffassungen der Gewerkschaften auf die Partei zu übertragen, ja, die Parteileitung selbst nach der Richtung hin zu reformieren. Ich habe das nicht aus seiner Aeußerung herauslesen können. Ich bin im Gegenteil der Meinung, Genosse Elm wollte damit nur alle Gewerkschaftsmitglieder anspornen, auch ihrerseits sich mehr um die Sozialdemokratie, um die politische Organisation zu bekümmern; dann würden all die Klagen, welche die Gewerkschaften heute der Partei gegenüber vorbringen, auf ein Mindestmaß reduziert. Genosse Elm nickt mir zu; es freut mich, daß ich ihn richtig verstanden habe. In derselben Debatte, wo Genosse Elm den ihm so viel verdachten Ausdruck gebraucht hat, hat Genosse Silberschmidt dem Genossen Simon von Nürnberg den Vorwurf gemacht, er sei einer derjenigen, die noch die altväterliche Ansicht vertreten, die Gewerkschaften sollten und müßten nur Rekrutenschulen der Sozialdemokratie sein. Ich nehme an, daß der Genosse Silberschmidt dieses „nur" nicht so kraß gemeint hat, und daß Genosse Simon nur dem Gedanken hat Ausdruck geben wollen, daß die Gewerkschaften neben der Erfüllung ihrer Aufgaben im heutigen wirtschaftlichen Leben auch die andere Aufgabe erfüllen müßten, Kräfte für die Sozialdemokratie zu werben und auszubilden und daß das ein Stück ihrer Aufgabe sei, dem sie sich nicht entziehen sollten und wollten. Ein Streit darüber, ob der Partei oder den Gewerkschaften der Vorrang gebühre, oder ob sie gleichberechtigt seien, sollte unter Parteigenossen eigentlich überhaupt nicht geführt werden. Es ist selbstverständlich, daß jeder Genosse die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der

politischen Partei will. Wenn aber eines bei der ganzen Diskussion über diese Frage fruchtbringend gewirkt hat, so der Hinweis darauf, daß für die Zusammenfassung beider Bewegungen mehr als bisher zu geschehen hat. Ich kann erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Parteileitung jede möglichste Förderung jederzeit erfahren wird, erfahren muß und erfahren soll. Speziell hat im Parteivorstand auch nicht einen Augenblick eine Meinungsverschiedenheit darüber bestanden, wie die Form der Organisation der Gewerkschaften beschaffen sein müsse. Ich komme darauf, weil in der letzten Zeit der Kampf zwischen den Gewerkschaften eine Form angenommen hat, die die Partei und die Gewerkschaften in gleicher Weise in Mitleidenschaft gezogen hat. Aber nicht etwa erst das Eintreten dieser Kampfesart hat die Auffassung der Parteileitung beeinflußt, nein, diese Auffassung ist bereits wiederholt auf den verschiedensten Parteitagen ausgesprochen worden. Es ist betont worden, daß im Parteivorstand nicht ein einziger Genosse sitzt, der nicht ein Anhänger der Organisationsform der Zentral-Verbände der deutschen Gewerkschaften wäre. Wir beklagen es auf das tiefste, daß Zersplitterungsversuche unternommen sind, unter denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute noch zu leiden hat. Schon vor zwei Jahren hat sich der Parteivorstand der Aufgabe unterzogen, zu versuchen, eine Einigung zwischen den Zentralverbänden und den sogenannten Lokalisten herbeizuführen. Der Versuch ist damals gescheitert. Eine gleiche Anregung ist jetzt wieder an den Parteivorstand herangetreten; aber sowohl er wie auch die Gewerkschaftsorgane, mit denen er Rücksprache genommen hat, sind einmütig der Auffassung, daß ein derartiger Versuch heute ein vollkommen verfehltes Unternehmen wäre. Wenn aber etwas dazu beitragen könnte, eine solche Verschmelzung möglichst bald herbeizuführen, ist die Parteileitung bereit, dabei mitzuwirken. Jederzeit hat der Parteivorstand die einmütige Auffassung vertreten, daß eine erfolgreiche Führung der wirtschaftlichen Kämpfe mit der geschlossen dastehenden Unternehmerklasse nur denkbar ist mit einer geschlossenen starken einheitlichen Gewerkschaftsorganisation (sehr richtig!) und das können, mögen auch über einzelnen Einrichtungen in den Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten bestehen, die innerhalb der Organisation ausgefochten werden können, das können nur die Zentralverbände sein. (Sehr richtig!)

Was nun die Veröffentlichung eines Teiles des Protokolls der bekannten Gewerkschaftskonferenz durch den Parteivorstand gegen den Willen der Generalkommission anbetrifft, so erkenne ich rückhaltlos an, daß die Generalkommission formell durchaus im Rechte war, dem Wunsche der Parteileitung nicht stattzugeben. Der Parteivorstand hat deshalb auch zum zweiten Male an die Generalkommission das Ersuchen auf Freigabe dieses Teiles des Protokolls gestellt: in so dringlicher Weise, daß die Generalkommission sich veranlaßt sah, da sie glaubte aus eigener Machtvollkommenheit nicht handeln zu können, die Vorstände der Zentralverbände zu fragen. Auch hier kam ein ablehnendes Votum zu stande. Der Parteivorstand hat das bedauert. Er ist selbstverständlich nicht in leichtfertiger Weise etwa, wie man das auch hingestellt hat, dazu gekommen, trotz dieses Votums den betreffenden Teil des Protokolls zu veröffentlichen. Wie lagen denn die Dinge? Ein Teil der Gewerkschaftspresse, geführt durch das leitende Organ der unter dem System der Vertrauensmänner organisierten Gewerkschaften, die „Einigkeit", hatte die gravierenden Bruchstücke aus diesem Protokoll veröffentlicht. Es lag nichts näher, als daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", dazu nicht schweigen konnte. Die Redaktion des „Vorwärts" trat an den Parteivorstand mit der Frage heran: Was sollen wir tun? Wir können nicht einen Tag mehr länger warten; jeder Tag, den wir schweigen, vermehrt die peinliche Verlegenheit, in der wir uns befinden, und die von den Gegnern in der rücksichtslosesten Weise ausgeschlachtet wird. Ich betone diesen Umstand, um den Vorwurf der Generalkommission zurückzuweisen, daß sie auf

die Mitteilung hin, daß die Zentralvorstände der Gewerkschaften unser Verlangen abgelehnt hätten, keine Antwort mehr erhalten habe. Dazu war keine Zeit mehr. Die Redaktion war so in Verlegenheit, daß sie nicht mehr warten konnte. Genosse v. Elm hat selbst neulich in einem ähnlichen Falle erklärt, es gibt Momente, wo man sich entscheiden muß, wo man handeln muß. In dieser Situation befanden wir uns damals, als wir die Einwendungen der Redaktion als berechtigt anerkennen mußten, die sagte: Der Teil muß veröffentlicht werden, um den Gegnern die Angriffswaffen aus der Hand zu schlagen. — Ich will noch weiter betonen, und das wird die Sache in noch milderem Lichte erscheinen lassen und den Parteivorstand völlig entlasten, die Redaktion hätte bei einem ablehnenden Votum des Parteivorstandes die Preßkommission des „Vorwärts" vollzählig auf ihrer Seite gehabt. Ich glaube, ich begehe keine Indiskretion, wenn ich das sage. Der Parteivorstand wäre damit in Gegensatz zu ihr geraten, und da sagten wir uns doch, auf einen Kompetenzkonflikt, der schließlich noch der Kontrollkommission zur Entscheidung zu unterbreiten gewesen wäre, wollten wir es im gegenwärtigen Augenblick nicht ankommen lassen. Dazu drängte die Entscheidung zu sehr. Dazu kam, daß wir die Diskussion über dies Thema in dem Rahmen halten konnten, den wir für den angemessenen erachteten. Die fünf Artikel, die der „Vorwärts" unter Zustimmung des Parteivorstandes zu der Sache brachte, haben wohl, glaube ich, wegen ihrer Gründlichkeit und Sachlichkeit allgemeine Zustimmung gefunden. Wenn also auch die Generalkommission formell im Rechte war, so hat doch der Parteivorstand unter zwingenden Verhältnissen gehandelt, wie er nicht anders handeln konnte, und ich glaube, daß der Effekt seiner Handlung ein derartiger ist, daß er sich der Zustimmung aller Parteigenossen erfreut und daß Befriedigung innerhalb der Parteikreise darüber besteht.

Verschiedene Anträge bringen zum Ausdruck, daß der Parteivorstand im letzten Jahre nicht alles getan habe, was im Interesse der Agitation notwendig gewesen wäre. Eine Uebersicht über das Schicksal aller angenommenen und dem Vorstand zur Erwägung überwiesenen Anträge, wie ihn ein Antrag wünscht, ist bereits in diesem Berichte gegeben und wird von jetzt ab eine ständige Rubrik im Vorstandsberichte bilden.

Der uns in Jena erteilte Auftrag, einen erneuten Verständigungsversuch mit den polnischen Genossen zu unternehmen, ist ausgeführt und hat zu einem erfreulichen Resultat geführt. Die Verhandlungen zwischen der P. P. S. und dem Parteivorstand haben sich zuerst ziemlich lange hingezogen. Erst als drei polnische Delegierte auf unsere Einladung nach Berlin kamen, wurde die Verständigung schnell erreicht. Die Grundlage der Einigung finden Sie in dem Vorstandsbericht (Seite 17). Ich erwähne das hier nur, um einem Wunsche der polnischen Genossen nachzukommen, damit auch der Parteitag diesen Abmachungen durch die Decharge-erteilung seine Sanktion erteilt. Weiter wünschen die polnischen Genossen dann eine nochmalige Veröffentlichung der Einigungsgrundsätze mit den Unterschriften des deutschen und polnischen Vorstandes. Das wäre zwar überflüssig, aber wir können es ja tun, um zu beweisen, daß wir selbstverständlich alles Vergangene vergessen haben und bereit sind, gemeinsam zu arbeiten.

Der Parteivorstand erhält aus den Kreisen der Genossen recht viele Anregungen, dies und jenes zu tun. Das ist gewiß sehr rühmlich, aber man darf nicht glauben, wenn diesen Anregungen einmal nicht nachgegeben werden kann, daraus das Recht herleiten zu können, nun auf den Parteivorstand loszuschlagen. Das ist kein parteigenössisches Verhalten. Von einer Pfennigfuchserei des Parteivorstandes, die ihm sogar vorgeworfen wird, ist nicht die Rede. Bei der Ausgabe für Agitation knickerig zu sein, ist nicht Gepflogenheit des Parteivorstandes. Es ist das Wort von der Knickerigkeit besonders deswegen geprägt worden, weil die Parteipresse und besonders die Provinzpresse in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht den Aufgaben in dem Maße gewachsen ist, wie es allgemein ge-

wünscht wird. Niemand ist mehr von dieser mißlichen Lage überzeugt, wie der Parteivorstand und aus diesem Grunde, daß bisher nicht die Möglichkeit vorlag, gründliche Abhülfe zu schaffen, ist die Entschließung des Parteivorstandes hervorgegangen, für die Leute, die Parteipropaganda und Agitation betreiben wollen, sowie für die Redakteure, die wir für unsere Parteipresse heranbilden wollen, Kurse einzurichten, in denen fähige Parteigenossen herangebildet werden sollen. Wir alle sind der Meinung, daß unsere Provinzpresse einer besseren Ausstattung ihrer Redaktionen notwendig bedürfe. Die Bearbeitung von Gebieten, die bisher brach lagen oder nicht in dem Maße ausgebeutet werden konnten, wie es wünschenswert wäre, ist erst möglich, wenn eben die Kräfte aus dem in Vorbereitung befindlichen Institute hervorgegangen sind. Ich kann dabei nicht unterlassen, den Vorwurf zurückzuweisen, als ob die Partei geistig verarme. Welche Unsumme von geistiger Kraft hat die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht, die sich heute auf den vier großen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung, der Parteipolitik, den Gewerkschaften, den Krankenkassen und den Genossenschaften betätigt. Ich behaupte, keine andere Bewegung, die erst mehr als vier Dezennien existiert, hat dieselbe Summe von Intelligenz hervorgebracht wie die sozialdemokratische. Ich bin der festen Ueberzeugung, die Partei verfügt über einen großen Fond von geistigen Kräften, der in ausgedehnten Gebieten Verwendung findet. Wegen dieser Ausdehnung aber entsteht ein Mangel in der Bearbeitung der immer größer werdenden Aufgaben. Um diesem Bedürfnisse zu genügen, hat sich der Parteivorstand entschlossen, die Kurse einzurichten, in denen in sechsmonatlicher Dauer den Parteigenossen die Grundlagen gegeben werden sollen, die sie dann durch Selbststudium bezw. einen Vorbereitungsdienst in großen Partei-Redaktionen erweitern können. Wir hoffen, daß unsere Erwartungen nicht getäuscht werden. Dem Parteivorstand sind bei Gründung des Instituts Vorwürfe gemacht worden, er habe sich in der einen oder anderen Form vergriffen. Das kann möglich sein; aber ein Beweis dafür liegt nicht vor. Alle jene, die alles besser wissen wollen, haben auf die Frage, wie es anders zu machen sei, die Antwort nicht geben können, und so lange diese Antwort nicht gegeben werden kann, sollte man abwarten, was die nächste Zukunft bringt. Durch die Kritik wird höchstens erreicht, daß derartige Einrichtungen schon von vornherein ungünstig beeinflußt werden.

Die Parteileitung hat auch die Parteikorrespondenz errichtet, von der Ihnen bereits neun Blatt vorliegen. Sie ist ein wesentliches Unterstützungsmittel für die Genossen, die agitatorisch tätig sein sollen. Wenn daran Kritik geübt worden ist, so ist dies das gute Recht der Genossen. Auch wir in der Parteileitung sind der Meinung, der Inhalt des Blattes bedarf noch der Ausgestaltung. (Zuruf: Sehr richtig.) Es fällt eben ein Baum nicht auf den ersten Hieb. Verbesserungen werden Schritt für Schritt, so es sich notwendig erweist, vorgenommen werden. Das Blatt soll eine Fundgrube darstellen, aus der die agitatorisch tätigen Genossen das Material schöpfen können, um unseren Gegnern in der öffentlichen Diskussion entgegentreten zu können und um selber angriffsweise vorzugehen. Wir hoffen, daß wir das Blatt so gestalten werden, daß es die Hoffnungen und Wünsche der Genossen erfüllt.

Wir haben auch anderweitig zur Förderung der Agitation den Genossen Material an die Hand gegeben, um die Wahlrechtsbewegung zu betreiben, um die März- und Maifeier einheitlich zu gestalten und die entsprechenden Reden halten zu können. Wir haben selbstverständlich dabei uns nicht von denen leiten lassen, die heute noch der Meinung sind, eine derartige Bewegung müsse mit den stärksten Mitteln fortwährend gesteigert werden. Man ist im Irrtum, wenn man der Auffassung huldigt, es bedürfe nur von der einen oder anderen Richtung her irgend einer Anregung und der Parteivorstand müsse der Anregung Folge geben. So wurde beispielsweise an uns die Forderung gestellt, wir sollten aus Anlaß

der Nürnberger Vorkommnisse Protestversammlungen gegen die Polizeiwillkür entrieren. Das ist nicht schwierig; aber es muß doch auch eine ordentliche Unterlage für derartige Dinge vorhanden sein. Um aber nichts zu versäumen, nahm der Parteivorstand Veranlassung, bei unseren Nürnberger Genossen, die sich ganz ruhig verhielten, indem sie vernünftigerweise mit den Tatsachen rechneten, anzufragen, und wir erhielten die Auskunft, daß unsere Taktik die richtige sei. Andere Genossen waren der Ansicht, man könne den Sterbetag Lassalles zum Anlaß einer erneuten Demonstration zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts machen. Auch dieser Anregung hat der Parteivorstand nicht Folge geleistet, und es hat sich gezeigt, daß er recht hatte. Es wird dem Parteivorstand weiter vorgeworfen, daß er in der Wahlrechtsfrage gebremst hat. Aber man muß doch die reellen Faktoren in Rechnung ziehen. Es ist jetzt Gepflogenheit geworden, auf der einen Seite die schärfsten Mittel zu fordern, um zu beweisen, daß die, welche sie früher forderten, unrecht haben, daß sie sie heute nicht mehr fordern. Das ist keine Art und Weise, wie man Parteiagitation betreibt. Man sollte immer die Zukunft im Auge haben und das tun, was möglich ist.

Für die agitatorisch tätigen Genossen hat der Vorstand die Herausgabe eines Leitfadens beschlossen, der alles enthält, was für die Agitation wichtig ist. Der Auftrag ist noch in Arbeit. Genosse David, der damit betraut ist, wird sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise entledigen.

Wir haben noch ein weiteres getan und eine Zusammenstellung aller von der Sozialdemokratie im Reichstage eingebrachten Anträge und die Art, wie dieselben erledigt worden sind, in Auftrag gegeben. Genosse Katzenstein, der damit betraut ist, wird diese Arbeit zum Heil und Nutzen der Partei ausführen.

Noch einige Worte zu den Anträgen auf Aenderung der Organisation. Es hat mich gefreut, daß die meisten dieser Anträge nicht unterstützt sind. Das beweist, daß die Delegierten nicht deshalb Anträge einbringen, um das Wort zu ihrer Begründung ergreifen zu können, sondern daß sie praktische Arbeit zu leisten gesonnen sind. Es ist unnötig, über die Anträge noch etwas zu sagen. Nur einige Worte zu den genügend unterstützten Anträgen auf Vermehrung der Zahl der auf dem Parteibureau tätigen Sekretäre. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission schlagen ihnen nach gründlicher Erwägung einstimmig vor, den Parteivorstand um einen weiteren Sekretär zu vermehren. Außerdem erbitten wir die Sanktion zur Anstellung von Hülfskräften. Wir wollen vorläufig zwei intelligente Parteigenossen zur Erledigung der mechanischen Arbeiten anstellen, die naturgemäß einen immer größeren Umfang annehmen. Ich glaube, der Parteitag wird dem einmütigen Wunsche des Vorstandes und der Kontrollkommission zustimmen. Dann wird die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Leitung die Organisation haben, die allen Aufgaben gerecht werden kann. Wir dürfen uns nicht dadurch beirren lassen, daß hier und da der Vorwurf erhoben wird, die deutsche Sozialdemokratie sei bedeutungslos. Ein solcher Vorwurf ist begreiflich, wenn er von außerhalb Stehenden erhoben wird. Aber es gibt auch Genossen in den eigenen Reihen, die das behaupten. Um so mehr hat es mich gefreut, daß heute morgen die fremdländischen Delegierten einer nach dem anderen das Lob der deutschen Sozialdemokratie aussprachen. Nach meiner Meinung waren das nicht nur Höflichkeitsphrasen; das Lob kam aus dem Herzen, es war der Ausdruck der in den betreffenden Ländern herrschenden Anschauungen. Wenn dem aber so ist, dann können wir auf die Leistungen des verflossenen Jahres mit Stolz blicken. Wir können getrost in die Zukunft schauen, wir sind stark genug, um unser Ziel mit gewohnter Energie weiter zu verfolgen. Ob, wann und wie wir es erreichen, ist eine andere Frage, die jetzt nicht zur Diskussion steht. Wir sind bis jetzt immer kampfbereit gewesen, wir werden es auch in Zukunft sein. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch erstattet den

Kassenbericht.

In dem gedruckten Berichte sind die Einnahmen nach Provinzen und Staaten geordnet. Das Gegenstück zu dieser Tabelle, eine Uebersicht über die Zuwendungen, die aus der Zentralkasse in die einzelnen Provinzen und Staaten geflossen sind, konnte nicht mehr aufgenommen werden. Ich teile sie deshalb an dieser Stelle mit. Allerdings schicke ich voraus, daß sie naturgemäß nicht ganz erschöpfend sein kann. Oft kommt das, was der einen Provinz überwiesen wird, auch einer anderen Provinz zugute. Eine ganz scharfe Trennung ist nicht möglich. Man darf auch nicht vergessen, daß eine solche Tabelle noch kein erschöpfendes Bild gibt. Die Bedürfnisse der einzelnen Landesteile sind in den einzelnen Jahren sehr verschieden. Erst eine auf Grund wiederholter Aufstellungen gewonnene Uebersicht kann zu einem abschließenden Urteil darüber führen, ob die Verwendung der Gelder zweckmäßig und gerecht war. Im einzelnen stellt sich das Verhältnis zwischen den Beitragsleistungen der einzelnen Provinzen und Bundesstaaten an die Zentralkasse und den Zuwendungen aus der letzteren an die Landesteile folgendermaßen:

	Beiträge Mk.	Zuwendungen Mk.
Ostpreußen	652,—	29 700,35
Westpreußen	47,60	2 878,40
Brandenburg (darunter in Form v. Darlehen 10 000,—, Unterstützung Maiausgesperrter 90 000,—) . .	160 124,24	102 528,80
Pommern	1 132,22	15 814,20
Posen	51,85	2 049,40
Schlesien	4 980,58	25 051,42
Sachsen (darunter in Form eines Darlehens 20 000,—)	8 584,86	24 666,55
Schleswig-Holstein	6 179,96	16 000,—
Hannover (darunter in Form von Darlehen 55 000,—)	2 989,51	58 972,—
Westfalen	8 196,01	41 054,75
Hessen-Nassau	4 305,84	20 841,40
Rheinprovinz (darunter in Form v. Darlehen 90 000,—)	5 542,63	141 614,96
Königreich Preußen insgesamt (dar. in Form v. Darl. 175 000,—)	192 787,29	490 667,23
Königreich Bayern (dar. in Form v. Darlehen 6000,—)	8 975,41	16 780,—
Königreich Sachsen (dar. in Form von Darlehen 46 000,—) . . .	89 400,—	50 781,60
Königreich Württemberg	1 889,—	100,—
Großh. Baden (dar. in Form von Darlehen 5000,—)	860,47	12 400,—
Großh. Hessen	2 500,—	9 020,80
Großh. Mecklenburg	400,—	4 060,—
Großh. Sachsen-Weimar	849,—	6 171,10
Großh. Oldenburg	1 523,48	1 544,40
Großh. Braunschweig	425,—	482,—
Herzogtum Sachsen-Meiningen . .	128,86	800,—

	Beiträge Mk.	Zuwendungen Mk.
Herzogtum Sachsen-Altenburg . . (Zuwendungen für die thüringische Staatengruppe: Sachsen-Weimar, S.-Meiningen, die beiden Schwarzburg sowie die beiden Reuß und S.-Altenburg insgesamt. . . .	1 000,— —	4 116,—
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha (darunter in Form von Darlehen 2000,—, die bereits zurückgezahlt sind)	858,16	2 791,65
Herzogtum Anhalt (Zuwendung nicht erhalten)	518,42	—
Fürstentum Schwarzb.-Rudolstadt	153,26	—
Fürstentum Reuß j. L.	600,—	—
Freie und Hansastadt Lübeck (Zuwendung nicht erhalten) . . .	1 400,—	—
Freie und Hansastadt Bremen (Zuwendung in Form eines Darlehens)	2 000,—	12 800,—
Freie und Hansastadt Hamburg (Zuwendung Mai-Ausgesperrte)	35 000,—	6 000,—
Elsaß-Lothringen (darunter in Form eines Darlehens 60 000,—) . .	103,64	74 278,47

(Lebhaftes Hört! hört!)

Auch im abgelaufenen Jahre haben sich die Organisationen, die von jeher vorangingen, diesen Ruhm nicht streitig machen lassen. An erster Stelle stehen die Genossen von Groß-Berlin. Nach dem Statut hätten sie 25 020 Mk. abliefern müssen; abgeliefert haben sie aber ihre gesamten Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen bis zum letzten Pfennig in Höhe von 125 100 Mk. (Lebhaftes Bravo.) Dann haben sie noch extra 31 420,39 Mk. abgeliefert und außerdem 8350,09 Mk., die am Biertisch, auf Bauten, bei Geburtstagsfesten usw. gesammelt sind. (Hört! hört!) Ueber solche Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit braucht man wirklich kein Loblied mehr zu singen. Die Tatsachen sprechen eine beredte Sprache. Unsere Hamburger Genossen haben auch weit, weit über ihr Pflichtteil hinaus gezahlt. Diese leuchtenden Vorbilder haben wir ja allerdings im Laufe der Jahre außerordentlich oft unseren übrigen Genossen vorgehalten und sie ermahnt, ein gleiches zu tun. Genützt hat es nicht viel. Dann sind wir endlich dazu übergegangen, die Beiträge im Organisationsstatut festzulegen. An der Schaffung dieses Organisationsstatuts hat sich die ganze Partei beteiligt. Verschiedene Kommissionen und zwei Parteitage haben sich damit beschäftigt und endlich ist im vorigen Jahre das Statut mit großer Mehrheit angenommen worden. Da hatte man wohl erwarten können, daß nunmehr wirklich jede einzelne Parteigenossenschaft es sich zur Ehre rechnen würde, dieses selbst geschaffene Parteigesetz zu beachten und danach zu handeln. (Sehr richtig!) Ich bedaure, daß ich das Gegenteil konstatieren muß! (Hört! hört!) Für die Partei ist das nicht schmeichelhaft. Nur einige Stichproben: Wir haben z. B. in der Provinz Sachsen zwei Agitationskomitees, das eine mit dem Sitz in Halle. Die Hallenser Genossen haben also den Vorzug, Vorort zu sein. Sie sollen auf die Genossen in der Provinz belehrend und anfeuernd wirken und darüber wachen, daß die Parteigesetze beachtet werden; sie sollen aber auch zugleich Vorbild sein und zu Nacheiferung anspornen. Der Wahlkreis Halle ist so gut gestellt, daß er sich einen Parteisekretär halten kann. Außerdem sitzt dort auch noch ein von der

Partei besoldeter Sekretär für den betreffenden Agitationsbezirk. Es ist dort ferner die Redaktion eines ziemlich bedeutenden Parteiblattes vorhanden. — Man sollte doch meinen, daß unter diesen hervorragend tätigen Genossen einige sind, die darauf achten, daß die Parteigesetze befolgt werden. Nun schlagen Sie einmal den Bericht nach und suchen Sie unter Provinz Sachsen den vierten Wahlkreis des Regierungsbezirks Merseburg! Selbst mit dem schärfsten Mikroskop werden Sie von diesem Wahlkreis nicht die Spur finden. (Lebhaftes Hört! hört!). Der Wahlkreis hat auch nicht einen Pfennig an die Zentralkasse abgeführt. (Hört! hört!) Allerdings, nachdem die Hallenser gehört haben, daß sie hier als abschreckendes Beispiel genannt werden sollen, ist mir heute morgen durch Eilbrief die Nachricht geworden, daß nunmehr Geld unterwegs sei. (Große Heiterkeit.) Wenn ein Vorort so handelt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es anderweitig nicht besser aussieht. Die Provinz Sachsen hätte das Doppelte von dem abliefern müssen, was sie abgeliefert hat, und ich weiß nicht, wie lange das Spiel noch fortgesetzt werden wird. Zum Ansehen der Partei trägt es nicht bei, wenn wir alljährlich solche unerquicklichen Sachen zu erörtern haben. (Sehr wahr.) Die Genossen können sich nicht beklagen, wenn einmal schärfere Saiten aufgezogen werden, wenn die Partei sich dazu entschlösse, die Delegierten aus solchen Kreisen, die ihre Pflicht grundsätzlich vernachlässigen, nach Hause zu schicken. Ich bin der Ueberzeugung, die Partei brauchte nur einmal ein solches Exempel zu statuieren, das würde auf alle Zeiten nachwirken. Noch ein weiteres unangenehmes Kapitel! Bayern hat 8975,41 Mk. abgeliefert; aber allein die Organisationen von München und Nürnberg hätten das Doppelte abliefern müssen von dem, was ganz Bayern abgeliefert hat. (Hört! hört!) Dabei befinden sich außerdem noch eine ganze Anzahl sehr leistungsfähiger Organisationen in Bayern. Es werden nun die Genossen mit großem Pathos erklären, daß sie das Geld, was sie nicht an die Parteikasse abgeliefert haben, auch gut verwendet haben. Das bezweifelt auch niemand. Aber wenn sich niemand an die allgemeine Richtschnur halten will, dann brauchen wir eben keine Organisation und keine Zentralkasse. (Sehr richtig!) Dabei kommen gerade derartige Organisationen, die kein oder wenig Geld an die Zentralkasse abliefern, am ehesten um Unterstützung an die Zentralkasse. Also die Bestimmungen des Organisationsstatuts sind vorhanden und müssen eingehalten werden. Aber neben dieser bedauerlichen Nichtachtung unserer Parteisatzungen geht noch eine Strömung einher, die ich für höchst verderblich halte: ich meine das Bestreben, die Leistungen an die Partei zwar in legalisierter Form, aber in schroffstem Gegensatz zu dem Sinn und Geist des Organisationsstatuts und entgegen allen Parteitraditionen auf das äußerste Minimum herabzudrücken. (Sehr richtig!) Bei Beratung unseres Organisationsstatuts haben gerade darüber die längsten Verhandlungen stattgefunden, welchen Anteil wohl die einzelnen Genossenschaften an die Zentralkasse abzuliefern hätten. Ursprünglich wurde ein Drittel vorgesehen, das aber heftig bekämpft wurde. Als nun ein Viertel festgesetzt wurde, wurde ebenfalls noch geschrien, die Last ist zu groß und das Ende der Verhandlungen war, daß ein Fünftel festgesetzt wurde. Nun wird aber dieses Fünftel, das durch die Reichsgesetzgebung festgesetzt ist, auch noch auf dem Wege der Landesgesetzgebung eliminiert. (Zurufe: Bayern!) Unsere bayerischen Parteigenossen haben in ihr Organisationsstatut eine Bestimmung aufgenommen, die im Effekt darauf hinausgeht, daß die leistungsfähigen Organisationen zwar 30 Pf. Beiträge zahlen, daß davon aber 15 Pf. als Lokalzuschlag erklärt wird, während 15 Pf. als wirklicher Parteibeitrag gelten. (Hört! hört!) Dadurch ist erreicht, daß der Beitrag der bayerischen Genossen von 6 auf 8 Pf. pro Monat herabgedrückt worden ist. (Hört! hört!) Wenn wir es bei Beratung unseres neuen Organisationsstatuts auch nur für denkbar gehalten hätten, daß Parteigenossen auf solche Tricks verfallen könnten, dann wäre eine Bestimmung hinein-

gekommen, daß Lokalzuschläge erst von einer gewissen Beitragshöhe, etwa 25 Pf. an, erhoben werden könnten. Denn es war doch der Gedanke des Organisationsstatuts, daß die Partei mit regelmäßigen Beiträgen versehen werden sollte. (Sehr richtig!) Die Partei wird es sich überlegen müssen, ob sie nicht noch nachträglich eine solche Bestimmung in das Statut aufnehmen solle. (Sehr richtig!) Die Anhalter Genossen haben es unter Führung des Genossen Peus noch kecker gemacht. Während die bayerischen Genossen pro Mitglied und Monat noch 8 Pf. der Zentralkasse zukommen lassen, erhält die letztere von den Anhalter Genossen nur noch 2 Pf. Und da schlechte Beispiele gute Sitten verderben, ist zu befürchten, daß es noch schlimmer kommt, daß sich Leute finden werden, die noch schlauer sind, die die Bayern überbayern und den Peus noch überpeusen. (Große Heiterkeit.) Das wird das Ende der Entwickelung sein. Nun glaube ich ja, daß sich die Genossen, speziell die bayerischen, wie ich zu ihrer Ehre annehmen muß, die außerordentlich ernsten Folgen gar nicht überlegt haben. In unserem Organisationsstatut ist es mit vollster Ueberlegung vermieden worden, eine bestimmte Beitragshöhe festzusetzen. Die Parteigenossen der einzelnen Provinzen und Städte sollten sich selbst einschätzen, was sie nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse leisten könnten. Deswegen stehen die Parteigenossen in ärmeren Gegenden, die nur 20 Pf. zahlen, also nur 4 Pf. an die Parteikasse abliefern, nicht hinter den Genossen zurück, die 40 Pf. Beitrag zahlen, also 8 Pf. an die Parteikasse abliefern, denn die 4 Pf. haben sich die ärmeren Genossen oft viel schwerer am Munde absparen müssen, als die, welche 8 Pf. zahlen. Trotz tatsächlich verschiedener Beitragsleistungen ist also doch eine, dem Rechte und der Billigkeit entsprechende Einheitlichkeit vorhanden. Gerade in diesem entscheidendsten Punkte haben die bayerischen Genossen den Grundgedanken unseres Organisationsstatuts durchbrochen. Hier müssen wir den bayerischen Genossen und auch den anderen den Vorwurf machen, daß sie sich in schwerster Weise gegen die Intentionen des Organisationsstatutes vergangen haben. Denn es kommt nach den Bestimmungen im bayerischen Organisationsstatut gar nicht mehr darauf an, was die Parteigenossen tatsächlich leisten. Es kann sich da um eine Organisation handeln, die wirtschaftlich vorzüglich dasteht, und die Gesamtpartei bekommt doch nur 8 Pf. Dadurch ist für die Partei ein geradezu unmöglicher Zustand geschaffen worden, denn wenn er aufrecht erhalten bliebe, würde die Gleichheit der Pflichten und darum auch die gleiche Berechtigung in der Partei aufgehoben, und es müßte notwendigerweise an Stelle der Gleichberechtigung die Klassifizierung treten. Wenn wir neben Organisationen, die dauernd hohe Beiträge zahlen, auch solche haben, die dauernd niedrige Beiträge leisten, nur weil sie keine höheren zahlen *wollen*, nicht weil sie nicht *können*, dann ist es gar nicht anders möglich, als daß auch bei der Geldbewilligung von der Gesamtpartei nach dem Grundsatz verfahren werden muß: „Mit dem Maße, mit dem Ihr meßt, werdet Ihr auch wieder gemessen werden." (Sehr richtig!) Die Partei käme in die wenig angenehme Lage, bei jedem Gesuch erst nachschlagen zu müssen, in welcher Servisklasse der betreffende Ort rangiert, um danach die Entscheidung zu treffen. Das wäre ein Hohn und Spott auf unsere obersten Grundsätze, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem aber eine große Organisation, wie die bayerische, die über 48 Wahlkreise verfügt, uns in eine so böse Lage gebracht hat, gibt es nur drei Möglichkeiten, um aus ihr herauszukommen. Entweder die unqualifizierbaren Bestimmungen verschwinden wieder aus dem bayerischen Statut, und ebenso aus den anderen Statuten, in die sie in gleicher Weise hineingekommen sind, oder die gesamte Partei akzeptiert einen festen Beitrag von 8 Pf. für den Monat und Mitglied, oder aber die Gesamtpartei läßt es bei dem bisherigen Zustand bewenden, revidiert aber wieder das Statut und stellt gleiches Recht für Deutschland — *zwangsweise* — her. (Sehr richtig!)

Wenn wir uns über die Nützlichkeit der zweiten Maßregel klar werden wollen, d. h. ob die Einführung eines Einheitssatzes von 3 Pf. im Interesse der Partei gelegen ist, müssen wir uns über die finanzielle Wirkung klar werden. Erheben wir einen festen Einheitssatz, dann haben wir für die Zentralkasse nach dem bisherigen Stand der Organisation aus den Mitgliederbeiträgen auf einen Zufluß von 138 240 Mk. zu rechnen; aber nur dann, wenn jede Organisation prompt ablieferte, bliebe es bei den bisherigen Maximen, dann könnten wir von Glück sagen, wenn wir 80 000 Mk. aus Parteibeiträgen bekämen. Ob es möglich sein wird, mit einer solchen Summe all den Aufgaben gerecht zu werden, die täglich an unsere Partei herantreten, muß wirklich sehr bezweifelt werden. Es ist kein schöner Zustand, daß die Partei mit ihrem Etat von dem guten Willen einzelner Parteigenossenschaften abhängt. Wenn morgen schon die Berliner Parteigenossen beschließen, wir halten uns an die Norm, alle übrigen Gelder verwenden wir im Interesse unseres speziellen Agitationsgebietes, der Provinz Brandenburg, in der noch außerordentlich viel Parteiarbeit zu leisten ist, können wir gar nichts dagegen machen. Darum können wir auch nur den Pflichtteil unserer Kalkulation zugrunde legen. Es liegt also nicht die Möglichkeit vor, daß wir für ganz Deutschland mit einem Einheitssatz von 3 Pf. auskommen können und es bleibt nur bei der Möglichkeit, die betreffenden Landesorganisationen ändern freiwillig ihre Statuten oder die Gesamtpartei muß die ihrigen ändern. Natürlich müssen wir den Landesorganisationen dazu Zeit lassen, aber wenn die Gesamtpartei in die Lage gebracht wird, ihre Statuten zu revidieren, dann fällt die Revision gründlich aus. (Sehr richtig!) Wir sind auch mit unseren Leistungen außerordentlich hinter denen der Gewerkschaften zurückgeblieben; teilweise liegt das in der Natur der Sache, aber doch ist der Abstand nach und nach zu groß geworden. Nach der soeben gemachten Rechnung würde die Partei eine Jahreseinnahme von 138 000 Mk. haben. Zum Vergleich will ich von 84 Gewerkschaften nur eine, und von dieser wieder nur eine Zahlstelle anführen. Diese eine Filiale hat im Monat August dieses Jahres 165 700 Mk. an reinen Mitgliederbeiträgen eingenommen. Wir haben im letzten Jahr laut der vorliegenden Rechnung an Beiträgen der Organisationen, Einzelbeiträgen und freiwilligen Sammlungen eingenommen 297 841 Mk. (Seite 54). Die gleiche Filiale einer Gewerkschaft, die ich zum Vergleiche herangezogen habe, hat im letzten Vierteljahre 886 000 Mk. eingenommen. Nun weiß ich sehr gut, daß ganz andere Motive die Mitglieder an die Gewerkschaft fesseln, daß es stark materielle Interessen sind, ist zweifellos (sehr richtig!), aber trotzdem ist der Kontrast immer noch recht bedenklich. Wir hätten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Grundgedanke, der die Partei beseelte bei der Aufstellung des Organisationsstatuts, nämlich die Schaffung größerer Einnahmen für die Parteikasse, zur Wirklichkeit wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Redner bricht hier seine Rede ab. — Die Weiterberatung wird auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Vorsitzender Singer teilt noch einige Begrüßungstelegramme mit, ferner einen zu diesem Gegenstande der Tagesordnung eben eingegangenen Antrag von Adelung und Genossen. (Nr. 178.)

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Dreesbach, der die Sitzung um 2 Uhr eröffnet.

Seitens des sozialdemokratischen Vereins Ingolstadt, der Genossen des 21. sächsischen Wahlkreises und des sozialdemokratischen Vereins Rothenburg o. d. Tauber sind Glückwunschtelegramme eingegangen.

Gerisch setzt seinen am Vormittag abgebrochenen Bericht fort. Seit Jahren wünschen die Parteigenossen einen Ueberblick über die Stärke der Parteiorganisationen. Daher waren sie enttäuscht, als im Bericht erklärt wurde, sie könne erst im Laufe des nächsten Jahres gegeben werden. Inzwischen sind die Hauptresultate doch zusammengestellt worden. Nur einige Vorbemerkungen. Die lose, lockere Form der Organisation, die früher allein bestand, hatte sich so in die Parteikreise eingelebt, daß die große Menge der Parteigenossen sich nur sehr schwer davon trennen konnte. Die Vorstellung, daß diese alte Organisationsform die allein richtige sei, saß so fest, daß es in Berlin z. B. beim Uebergang zu der neuen, straffen Organisation zu den ernstesten Konflikten kam. Noch heute steht Berlin in bezug auf die Organisation durchaus nicht auf der Höhe. Es bleibt mit einem Zehntel unter dem Reichsdurchschnitt zurück. Die Berliner werden ja sonst immer so viel gelobt, daß man auch diesen Tadel ruhig aussprechen kann, sie werden sonst zu übermütig. (Heiterkeit.) Nur mit dem psychologischen Moment der Anhänglichkeit an das Alte, was so lange bestanden hat, ist diese Rückständigkeit der Berliner in bezug auf die Organisation zu erklären. Draußen im Reiche kommen ja dazu die Schwierigkeiten politischer Art. Die Vereinslisten kommen leicht in die Hände der Unternehmer. In bestimmten sozialen Stellungen befindliche Parteigenossen können sich überhaupt nicht offen als Mitglieder bekennen usw. Auch die schlechte materielle Lage der Arbeiter, die ihrer Gewerkschaft ohnehin angehören müssen, kommt dazu. Sie hängen vielleicht mit allen Fasern an der Partei, aber die verschiedensten Gründe hindern sie doch, eingeschriebene Mitglieder der Wahlvereine zu werden. Alle diese Umstände müssen wir uns, wenn wir die Ergebnisse dieser ersten Statistik richtig würdigen wollen, stets vor Augen halten. Wir haben zurzeit in Deutschland 33 Wahlkreise, in denen die Organisation noch sozusagen auf dem Nullpunkte steht, aber selbst in diesen Kreisen sind bis auf 8 bereits sozialdemokratische Stimmen abgegeben und zwar im ganzen 16 249 Stimmen. Die Zahl schwankt zwischen 31 und 1353. In 48 Wahlkreisen haben wir noch das Vertrauensmännersystem. In einem davon sind noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben. In den 47 anderen 85427 Stimmen. Die geringste Zahl betrug 67, die höchste, 13 893, ist in Mecklenburg abgegeben. Sie wissen ja, daß unsere Genossen in Mecklenburg infolge der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen sind, das Vertrauensmännersystem beizubehalten. Dann kommen 88 Wahlkreise, in denen bereits Vereine vorhanden sind, wo aber aus irgend welchen Gründen noch kein Zusammenschluß zu einer Kreisorganisation im Sinne des Statuts stattgefunden hat. Darunter befinden sich zwei schlesische Kreise, von denen der eine 1264, der andere 2200 organisierte Genossen hat. Von zwei Kreisen am Rhein hat der eine 2351, der andere 888 organisierte Genossen. Dieser Kreis ist augenblicklich dabei, die Kreisorganisation einzuführen. Im allgemeinen sind natürlich die Kreise, wo nur Vereinsorganisationen bestehen, schwächer als die mit Kreisorganisationen. Es befindet sich darunter sogar einer, in dem 1903 noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben sind, in dem aber gegenwärtig 108 organisierte Genossen sind.

Nach diesen Kreisen kommen diejenigen, welche wirklich zur Kreisorganisation übergegangen sind. Abschließende Zahlen, wieviel das sind, können nicht gegeben werden, weil in Bayern die Umwandlung noch nicht ganz vollzogen ist. Unter der Voraussetzung, daß mindestens 30 von den 48 bayrischen Kreisen die Kreisorganisation durchführen, würden wir im ganzen Deutschen Reiche 278 Wahlkreise haben, die die Kreisorganisation durchgeführt haben. Darunter sind allerdings 15, die nur 20—50 Mitglieder haben, 21 haben zwischen 50 und 100 Mitglieder, 24 zwischen 100 und 200, 53 zwischen 200 und 500 und 44 zwischen 500 und 1000. Es zählen also 118 Wahlkreise unter 500 Mitglieder, 157 unter

1000 Mitglieder. In den einzelnen Provinzen ist die Stärke unserer Organisation im Verhältnisse zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen folgende: Provinz Ostpreußen 3575 Organisierte, 6,4 Proz. der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen, Provinz Westpreußen 706 Organisierte = 3,5 Proz., Provinz Brandenburg 57 888 Organisierte = 12,5 Proz., Provinz Pommern 5051 Organisierte = 9,0 Proz., Provinz Posen 255 Organisierte = 3,1 Proz., Provinz Schlesien 17 208 Organisierte = 9,8 Proz., Provinz Sachsen 20 575 Organisierte = 10,5 Proz., Provinz Schleswig-Holstein 23 567 Organisierte = 21,4 Proz., Provinz Hannover 20 665 Organisierte = 15,8 Proz., Provinz Westfalen 13 150 Organisierte = 9,4 Proz., Provinz Hessen-Nassau 11 960 Organisierte = 13,2 Proz., Rheinprovinz 20 315 Organisierte = 9,9 Proz. Das macht für das ganze Königreich Preußen 194 910 Organisierte = 11,2 Proz. Weiter hat Königreich Bayern 35 000 Organisierte = 10,4 Proz., Königreich Sachsen 58 305 = 13,1 Proz., Königreich Württemberg 13 400 = 13,4 Proz., Großherzogtum Baden 10 608 Organisierte = 14,6 Proz., Großherzogtum Hessen 14 404 Organisierte = 20,9 Proz., Großh. Sachsen-Weimar 3756 Organisierte = 10,5 Proz., Großh. Oldenburg 3594 Organisierte = 20 Proz., Herzogtum Braunschweig 2679 Organisierte = 7,3 Proz., Herzogtum Sachsen-Meiningen 1822 Organisierte = 10,9 Proz., Herzogtum Sachsen-Altenburg 3500 Organisierte = 18,7 Proz., Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha 2097 Organisierte = 10,8 Proz., Herzogtum Anhalt 3420 Organisierte = 12,3 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 668 Organisierte = 12,7 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt 800 Organisierte = 10,0 Proz., Fürstentum Waldeck 66 Organisierte = 3,6 Proz., Fürstentum Reuß ä. L. 332 Organisierte = 12,1 Proz., Fürstentum Reuß j. L. 2732 Organisierte = 20,6 Proz., Fürstentum Lippe 385 Organisierte = 10,3 Proz., Hansastadt Lübeck 2064 Organisierte = 18,5 Proz., Hansastadt Bremen 5420 Organisierte = 21,6 Proz., Hansastadt Hamburg 21 902 Organisierte = 21,8 Proz., Elsaß-Lothringen 1963 Organisierte = 2,9 Proz.

Für ganz Deutschland macht das 384 327 Organisierte = 12,76 Proz. Bei einigen süddeutschen Staaten habe ich freilich die Vermutung, daß sie eine ganze Anzahl Restanten mitgeschleppt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Ich habe ja diesen Widerspruch erwartet, und da ich keine Beweise hatte, habe ich mich wohlweislich gehütet, an den Zahlen etwas zu ändern. Zum Beispiel stände Hessen dann allerdings mit 20 Proz. außerordentlich hoch da. (Zuruf bei den Hessen: Wir haben ja auch die höchsten Beiträge!) Für Schwarzburg-Rudolstadt lagen keine Angaben vor. Ich habe aber wahrscheinlich die geschätzte Zahl von 800 Organisierten nicht zu hoch gegriffen, da bei den letzten Reichstagswahlen dort über 8000 Stimmen abgegeben worden sind. Nun ist keine Frage, daß, wenn alle die Parteigenossen, die jetzt durch die Landesgesetzgebung, wie z. B. in Mecklenburg und Schaumburg-Lippe verhindert sind, die Kreisorganisation durchzuführen, sich organisieren könnten, wie sie wollten, wir ziemlich an 400 000 organisierte Parteigenossen herankommen würden. Die Reihenfolge der Einzelstaaten nach der Stärke der Organisation im Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl ist folgende: Obenan steht Hamburg mit 21,8 Proz. (Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo kein Zwang zur polizeilichen Anmeldung vorhanden ist, die höchste Zahl der Organisierten vorhanden ist). Es folgen Bremen mit 21,6 Proz., Hessen mit 20,1 Proz., Reuß mit 20,6 Proz., Oldenburg mit 20,0 Proz., Sachsen-Altenburg mit 18,7 Proz., Lübeck mit 18,5 Proz., Württemberg mit 13,4 Proz., Sachsen mit 13,1 Proz. Schwarzburg-Sondershausen mit 12,7 Proz., Anhalt mit 12,3 Proz., Reuß mit 12,1 Proz., Preußen mit 11,2 Proz., Sachsen-Meiningen mit 10,9 Proz., Coburg-Gotha mit 10,8 Proz., Sachsen-Weimar mit 10,5 Proz., Lippe-Detmold mit 10,3 Proz., Schwarzburg-Rudolstadt mit 10,0 Proz., Braunschweig mit 7,3 Proz., Waldeck mit 3,6 Proz., Elsaß-Lothringen mit 2,9 Proz. Für Deutschland ins-

gesamt ist die Zahl also 12,76 Proz. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß diese Zahlen Sie nicht voll befriedigen; sie sind auch nicht befriedigend. Um so erfreulicher ist der Stand unserer Parteipresse. Im letzten Jahre hat kein Parteiblatt Verluste an Abonnenten erlitten; alle haben zugenommen. (Bravo!) Vor zwei Jahren betrug die Zunahme im ganzen 47 880, vor einem Jahre 58 870, im abgelaufenen Jahre 158 638. (Bravo!) Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 100 000. Hieran hat allerdings auch die unermüdliche fleißige Agitation unserer sozialistischen Frauen einen großen Anteil, denn dadurch ist die Auflage der „Gleichheit" gewaltig gestiegen. Die „Neue Zeit" und einzelne kleine Wochenblätter, die der Agitation dienen, fehlen in diesen Zahlen. Der jetzige Abonnentenstand unserer Parteipresse beträgt insgesamt 837 790. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 4 151 000 Mk. im Vorjahre auf 4 833 460 Mk. im abgelaufenen Jahre gestiegen, also eine Zunahme von 682 460 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten sind gestiegen von 2 537 000 auf 2 871 076, das heißt um 334 076 Mk. Insgesamt hatte unsere Parteipresse eine Mehreinnahme aus Abonnements und Inseraten von 1 016 536,98 Mk. (Bravo!) Dieser Erfolg zeigt, was durch rastlose Arbeit geleistet werden kann. Diese Zahlen zeigen uns aber auch, welche Arbeit noch zu leisten ist. Was uns bei der Presse gelungen ist, muß uns auch bei der Parteiorganisation gelingen. (Sehr richtig!) Bedenken wir immer, Parteigenossen, wir haben nur noch ein Jahr der Ruhe, dann wird die Partei wieder im Feuer exerzieren und einen schweren Wahlkampf ausfechten müssen. Wir kennen jetzt den schwachen Punkt in unserer Gefechtsstellung: die Organisation. Da kann es für uns nur eine Parole geben: Bis zum nächsten Jahre müssen wir eine Million Abonnenten und eine halbe Million organisierter Kämpfer haben. Setzt in dem Arbeitsjahr, das wir noch vor uns haben, die Partei ihre ganze Kraft an diese Aufgabe, dann erreicht sie das gesteckte Ziel und dann können wir wohlgerüstet und wohlgemut in das Kampfjahr eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattet Baden-Dresden den

Bericht der Kontrollkommission

und führt aus: Der Bericht der Kontrollkommission fällt diesmal etwas größer aus als früher, wenn er auch nicht so groß werden wird wie der des Genossen Gerisch. Das liegt zum Teil an der Organisation und teils daran, daß durch vermehrte Ausschlüsse mehr Rekurse an die Kontrollkommission eingelaufen sind. Zunächst haben wir die Berufung des Vorstandes des Lübecker sozialdemokratischen Vereins gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Januar 1906, weil das Schiedsgericht den Ausschluß der Genossen Kleber und Detlow aus der Partei wegen Streikbruchs abgelehnt hat. Beide führten während eines Streiks den Umbau eines Ladens aus. Als Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hätten sie, weil sie nicht in den Streik eingetreten sind, die bei Streiks erhöhten Beiträge zu zahlen gehabt, was für Lübeck pro Tag 60 Pf. betragen hätte. Nun erklärten jene, daß sie den erhöhten Beitrag nicht zahlen könnten, weil sie unter der Materialsperre litten. Sie würden denselben aber gerne bezahlen, wenn ihnen die Streikleitung das Material liefere. Weil nun jene den Beitrag nicht zahlten, wurden sie aus dem Verband ausgeschlossen. Zum Streikbruch wegen Umbau des Ladens erklärten sie, sie seien vom Inhaber dieses Ladens aufgefordert worden, einen Anschlag einzureichen, worin sie 400 M. gefordert hätten. Daraufhin hätten sie die Arbeit erhalten, aber nach dem Zuschlag sei ihnen vom Bauherrn mitgeteilt worden, da er sie wenig kenne und er deshalb nicht wisse, ob sie die Arbeit richtig ausführten, so wäre er gezwungen, ihre Arbeit überwachen zu lassen und diese Ueberwachung werde durch den Bauunternehmer Cords in Lübeck ausgeübt. Ihrem Einwand dagegen, daß dies nicht

ginge, da sie ja dann der Leitung des Baumeisters Cords unterstünden, wurde entgegengehalten, es handele sich nur um eine bestimmte Arbeit, deren Ausführung jener überwachen müsse. Nun erblickt der sozialdemokratische Verein von Lübeck darin, daß sie diese Arbeit ausgeführt hätten, einen Streikbruch und behauptet, daß die beiden nur Mittelspersonen zwischen Cords und dem Ladeninhaber gewesen seien; in Wirklichkeit hätte Cords die Arbeit ausgeführt, und sie hätten als Arbeiter des Cords den Lohn bezahlt erhalten. Man konnte nun aber auch die Behauptung Klebers und Detlows, sie hätten am Anfang der Arbeit 100 Mk. und am Ende 300 Mk. erhalten, nicht widerlegen. Kleber und Detlow hätten wissen müssen, so sagte der sozialdemokratische Verein, daß es sich hier um eine Schiebung handle, denn daß Cords der Unternehmer gewesen sei, gehe daraus hervor, daß derselbe nach Beendigung des Streiks die Arbeit hätte fertig machen lassen. Dazu komme, daß Kleber und Detlow die Arbeit als Akkordarbeit unternommen hätten. Diese Arbeit sei bei den Maurern und Zimmerleuten in Norddeutschland verboten. Kleber und Detlow bestreiten alles, was von dem sozialdemokratischen Verein Lübeck vorgebracht wurde. Sie behaupten, daß sie den Lohn nicht in Lohndüten alle Wochen empfangen hätten, sondern am Anfang der Arbeit 100 Mk. und am Ende derselben 300 Mk. in einem versiegelten Papier erhalten hätten. Ferner bestreitet Kleber, den Ausspruch getan zu haben, der ihnen zum Vorwurf gemacht wird: Jagt doch die Bande zum Teufel. Die Sache bleibt auch unaufgeklärt, da Behauptung gegen Behauptung steht, und der Beweis nicht erbracht werden konnte. Darum stellte sich auch die Kontrollkommission auf den Standpunkt, daß der Nachweis einer ehrlosen Handlung nicht erbracht sei, und daß die Vermutung, daß eine ehrlose Handlung vorliege, zum Ausschluß nicht genüge. Auf Grund dessen verwarf die Kontrollkommission die Berufung des Sozialdemokratischen Vereins Lübeck. Wegen des Verstoßes gegen die Akkordarbeit hatte die Kontrollkommission gar keine Ursache einzuschreiten, weil damals schon die beiden Maurer nicht mehr im Verband waren, als sie die Arbeit ausführten.

Eine andere Beschwerde ging von Grimpe-Elberfeld aus. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand. Im August 1888 hatte Grimpe die „Dortmunder Arbeiterzeitung" gegründet. Sein Verleger löste die Geschäftsverbindung mit ihm und blieb ihm 887 Mk. schuldig. Aehnlich war das Verhältnis in Köln, wo der Rest 624 Mk. beträgt. Diese Summen wollte Grimpe von der Partei erstattet haben. Der Parteivorstand hat das abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich auf denselben Standpunkt gestellt. Grimpe hatte früher seine Einkünfte als Drucker des Blattes. Er hat die dabei erzielten Ueberschüsse auch nicht an die Partei abgeliefert, obwohl die Blätter eigentlich Parteizeitungen waren. Für ein persönliches Unternehmen könne doch nach 16—18 Jahren die Partei in ihrer Allgemeinheit absolut nicht aufkommen, namentlich nicht, da Grimpe, als die Partei seinerzeit die Blätter übernahm, nach Ansicht der Kontrollkommission genügend abgefunden ist. Deshalb hat die Kontrollkommission die Beschwerde zurückgewiesen. Die dritte Angelegenheit betrifft Saarbrücken. Hier war unter den Genossen ein heftiger Streit entbrannt. Es war gegen die Genossen Osterroth, Seel und Berg der Ausschluß beantragt. Das Schiedsgericht hat die Ausschlußanträge abgelehnt und statt dessen dem einen Genossen eine Rüge, dem anderen einen scharfen Tadel ausgesprochen. Hiergegen ist Berufung an die Kontrollkommission ergangen und diese ist dem Urteil des Schiedsgerichts beigetreten. Die Berufungsschrift bot auch nicht eine neue Tatsache; es zeigte sich deutlich, in wie fahrlässiger Weise Anklagen erhoben werden. Der ganze Streit stellte sich als Klatsch heraus. Ich will den Parteitag damit nicht belästigen.

Dann hat sich die Kontrollkommission mit den Streitigkeiten in Forst zu befassen gehabt. Genosse Markwald, zugleich namens des Ortsvereins Forst, wandte sich an die Kontrollkommission, weil das Schiedsgericht die Genossen Perner

und Rubendunst nicht ausgeschlossen hatte. Die Kontrollkommission ist nach genauer Prüfung der Akten zu der Ueberzeugung gelangt, daß absolut kein Grund zum Ausschluß vorlag, sie ist einstimmig dem Urteil des Schiedsgerichts beigetreten. Die Ursache zu dem Streit war die Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. Im September 1905 war vom Zentralvorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Sorau-Forst und von den Ortsvorständen eine dreigliedrige Kommission gewählt, die Vorschläge für die Besetzung des Postens machen sollte. Bevor die Kommission zu einem Resultat gelangte, wurde die Kandidatenfrage in einigen Bezirksvereinen des Forster Wahlvereins erörtert, und einer davon beantragte, Markwald in Aussicht zu nehmen. Dieser Antrag sollte sofort in einer Versammlung am 12. Mai 1906 zur Verhandlung kommen. Die Kommission hatte aber noch nicht berichtet; ihr Vorsitzender saß im Gefängnis, und infolgedessen wurde die Versammlung vertagt. Am 7. Juni fand eine neue Versammlung statt. Die Kommission hatte ihre Arbeit beendet und schlug als Kandidaten den Genossen Koblenzer vor. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Perner und Markwald. Markwald beschuldigte Perner, er habe über ihn unwahre Behauptungen aufgestellt, und auf Zurufe aus der Versammlung antwortete Perner: „Nun, wenn das Mandat käuflich ist, brauche ich nichts mehr zu sagen." Perner teilte am 9. Juni der Preßkommission mit, daß er auf Grund dieses Zusammenstoßes seine Tätigkeit in der Redaktion bis auf weiteres einstelle. Markwald legte der Preßkommission seine Stellung zum Konflikt dar. In einem Briefe vom 8. Juni schrieb er: „Sollte ich in den Reichstag gewählt werden, so hätte ich auch während der parlamentarischen Session nach Möglichkeit für das Blatt zu arbeiten, aber kein Gehalt zu beziehen. Hätte ich ein Mandat bekommen, dann würde ich durchschnittlich nur mein halbes Gehalt beziehen und trotzdem quantitativ für die „Märkische Volksstimme" täglich mindestens so viel leisten, wie Mehring für die „Leipziger Volkszeitung". Ueber Perner schreibt er: „Ich persönlich bin bereit, ob ich nun bleibe, ob ich gehe, ihm, soweit es mit meiner Ehre irgend zu vereinbaren ist, goldene Brücken zu bauen, wenn er Brot braucht." (Lachen.) Infolge dieses Briefes beschloß die Preßkommission am 12. Juni Markwald unter Fortbezahlung seines Gehaltes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist sofort seines Amtes als Redakteur zu entsetzen. Aber Markwald hatte schon vorher erklärt, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen ausscheiden werde und auch die weitere Verfolgung seiner Kandidatur aufgebe. Der Beschluß der Preßkommission wurde in der nächsten Nummer der „Märkischen Volksstimme" bekannt gegeben; in dieser Bekanntmachung fehlte vor dem Namen Markwald das Wort Genosse. Markwald fühlte sich hierdurch in den Augen der Parteigenossen herabgesetzt. Die Erklärung war von Rubendunst als Vorsitzenden der Preßkommission unterzeichnet. Markwald glaubte nun, daß darin wissentlich unwahre Behauptungen aufgestellt seien, die geeignet wären, ihn in seiner Ehre und in seinem Ansehen in der Partei zu schädigen. Hierbei komme Rubendunst als Verfasser und Perner insofern in Betracht, als er die Notiz und die Erklärung aufgenommen habe. Darin erblickt Markwald eine ehrlose Handlung im Sinne des Statuts und stellte den Antrag auf Ausschluß von Perner und Rubendunst. Das Schiedsgericht sprach die Genossen frei. Markwald wandte sich an die Kontrollkommission, diese aber hat seinen Einspruch verworfen, da auch nicht das geringste neue Material vorgebracht war. In Hamburg hatte der 2. Wahlkreis den Ausschluß des Genossen Töteberg wegen Streikbruch beantragt. Er hatte 1905 in einem durch den Metallarbeiterverband gesperrten Betrieb Arbeit angenommen. Er war nicht gewerkschaftlich, sondern nur politisch organisiert. Bis zum März 1906 hatte man sich mit der Sache gar nicht befaßt, erst dann beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein Hamburg II mit dieser Angelegenheit. Ein Schiedsgericht sprach ihm nur einen scharfen

Tadel aus. Der Wahlkreis legte Berufung ein. Die Kontrollkommission wies die Berufung zurück, da kein neues Material vorlag, der Sperrbruch lange zurück lag und der Metallarbeiterverband sich bereit erklärt hatte, Töteberg aufzunehmen wenn er sich melden sollte. Außerdem hatte Töteberg ein volles Jahr gearbeitet, bis man gegen ihn vorging. Der Metallarbeiterverband sieht die Sache als verjährt an, da konnte auch die Kontrollkommission nicht zu einer schärferen Maßnahme greifen.

Eine andere Beschwerde ist die des ehemaligen Mitgliedes Siebel in Dortmund. Er ist vor Jahren aus dem Dortmunder Verein ausgeschlossen worden, wurde dann wieder aufgenommen, brachte aber bei Gelegenheit eines Vortrages die alten Streitigkeiten wieder zur Sprache, worauf er aufs neue ausgeschlossen wurde. Es wurde ihm auch vorgehalten, daß er wiederholt die gegnerische Presse zu Angriffen auf die Partei benutzt habe. Die Kontrollkommission, die sich schon vorigesmal mit Siebel beschäftigt hatte, legte ihm anheim, seine Wiederaufnahme bei dem Parteitag zu beantragen. Auch die alte Angelegenheit Mühlhausen im Elsaß beschäftigte wiederum die Kontrollkommission. Da die Mühlhauser Parteiorganisation dieselbe als noch nicht erledigt betrachtete, kam es in einer Sitzung, an der Kontrollkommission, Parteivorstand und Vorstand der Mühlhauser Parteiorganisation sich beteiligten, zu folgender Erklärung:

Die Mühlhauser Parteigenossen erkennen an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandsfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzusprechen.

Dieser Beschluß ist im „Vorwärts" veröffentlicht worden. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Als achter Beschwerdeführer erscheint der Genosse Druckereibesitzer Günther in Braunschweig. Er hat es den Genossen verübelt, daß sie seine Druckerei nicht übernommen, sondern eine eigene gegründet haben. Er verlangte 21 000 Mk. für seine Druckerei, die Genossen wollten nur 15 000 Mk. zahlen. Jetzt verlangt er 6000 Mk. als Ersatz für einen früher von ihm selbst übernommenen Fehlbetrag bei dem „Braunschweiger Volksfreund". Der Vorstand hat das abgelehnt, und auch die Kontrollkommission hat die Ablehnung ausgesprochen, weil Günther vor zehn Jahren selbst auf die 6000 M. verzichtet hatte, um den Druckauftrag für den „Volksfreund" noch zehn Jahre zu behalten. — In Heidelberg sind zwei Genossen Brecht und Spinger ausgeschlossen worden, weil sie an das dortige Zentrumsblatt Artikel gesandt hatten, die interne Parteizustände geißelten. Der Genosse Brecht gibt zu, das getan zu haben, behauptet aber, das sei geschehen, um die verrotteten Parteizustände in Heidelberg zu beseitigen. Genosse Spinger hat dies Vorgehen ausdrücklich gebilligt. Die Kontrollkommission ist dem Beschluß auf Ausschluß beigetreten. Die letzte Beschwerde, welche uns beschäftigte, ging aus von den Genossen Wiesenthal und Cordts in Berlin. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand und die Berliner Preßkommission wegen Verweigerung der Aufnahme von Sperre- und Streikannoncen im „Vorwärts". Es wurde behauptet, daß der „Vorwärts" z. B. dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Maschinenbauer seine Spalten geöffnet habe und es wurde eine solche Annonce vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß diese Annonce nur aus Versehen in dem „Vorwärts" aufgenommen worden ist, ebenso wie auch eine Annonce betr. den „Allgemeinen Metallarbeiterverband". Der „Allgemeine Metallarbeiterverband" ist bekanntlich eine Abspliterung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes". Um eine genauere Kenntnis von dieser Angelegenheit zu erhalten und weil Wiesenthal und Cordts nach

Mannheim gekommen waren, um hier ihre Sache zu vertreten, zog die Kontrollkommission zu der Besprechung mit ihnen auch ein Mitglied des Parteivorstandes sowie die Genossen Wels und Grauer von der Berliner Preßkommission hinzu. Die Kontrollkommission hat schließlich die Beschwerde des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Sitz Berlin, zurückgewiesen, und zwar mit folgender Motivierung: „Die Partei kann sich in gewerkschaftliche Streitfälle nicht einmischen, solange nicht allgemeine Parteiinteressen dabei berührt werden. Sie kann daher auch ein Urteil über den Streit des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes resp. des Genossen Wiesenthal mit dem Deutschen Metallarbeiterverband (Sitz Stuttgart) nicht abgeben, umsoweniger, als die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben. Die Partei muß aber jeden Absplitterungsversuch in der modernen Arbeiterorganisation, als welchen sich die Gründung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes darstellt, entschieden zurückweisen. In dem angenommenen Antrag 102 des Parteitages zu Lübeck ist die Stellung der Partei auch klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Die Kontrollkommission ist in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Preßkommission der Meinung, daß dem Absplitterungsversuche Vorschub geleistet würde, wenn der „Vorwärts" für Publikationen des neu gegründeten Verbandes geöffnet ist. Die Spruchpraxis des Parteivorstandes und der Preßkommission, den „Vorwärts" nur den Organisationen zur Verfügung zu stellen, welche bei der Berliner Gewerkschaftskommission oder dem Kartell angeschlossen sind, hat sich als praktisch und zutreffend bewährt und kann sich die Kontrollkommission dem nur anschließen. Die (versehentliche) Aufnahme eines Inserats des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter kann diese unsere Auffassung nicht beeinträchtigen.

Unberührt bleibt durch diesen Urteilsspruch die persönliche Auffassung der einzelnen Genossen über den Streitfall selbst, wie er sich zwischen dem Allgemeinen und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgespielt hat."

Wir haben die uns überwiesenen Revisionen eingehend vorgenommen: ich kann erklären, daß wir nicht das geringste auszusetzen haben.

Auch im Geschäft in Stuttgart haben wir alles in bester Ordnung befunden, und daher beantrage ich im Namen der Kontrollkommission, dem gesamten Vorstand für seine Tätigkeit nach allen Richtungen hin Decharge zu erteilen. Ehe ich schließe, kann ich nicht unterlassen, auch hier auf dem Parteitag auszusprechen, daß wir in der Kontrollkommission in diesem Jahre wiederum einen schweren Verlust zu beklagen haben: Heinrich Meister ist uns durch den Tod entrissen worden. (Die Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Wir verlieren in Meister einen unserer besten und tätigsten Genossen. Heinrich Meister war einer von der alten Garde. Seit mehr denn vierzig Jahren hat er unter der Fahne des Proletariats politisch und gewerkschaftlich in den ersten Reihen gekämpft. Seit dem Berliner Parteitag war er Vorsitzender der Kontrollkommission. Wir können am besten ermessen, was wir an Heinrich Meister verloren haben. Sein Name hatte einen guten Klang in der Partei wie auch in der Gewerkschaft. Denn wo der Kampf am stärksten tobte, da fanden wir seit Jahrzehnten unseren Heinrich Meister mit an der Spitze, wo er mit frohem Kampfesmut, verbunden mit einem freundschaftlichen und kameradschaftlichen Wesen, sich die Herzen und die Freundschaft aller erwarb, die mit ihm zusammenkamen. Er war der Kämpfer und Proletarier im besten Sinne. Als Proletarier geboren ist er auch als Proletarier gestorben. Sein Leben war ein Leben des Kampfes und der Arbeit. Nichts hatte er errungen, was ihm in seinen alten Tagen ein sorgenfreies Leben gestattet hätte. Aber was er errungen, das ist die Liebe des Proletariats und das war das Höchste und Schönste für ihn. In Hannover zeigten es Partei und Gewerkschafter an seinem Begräbnis-

tage, was ihnen Heinrich Meister war, und so hoffe auch ich, daß die Gesamtpartei das Andenken unseres Meister stets in Ehren halten wird, denn er war einer unserer Besten. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Singer: Der soeben eingelaufene Antrag 189, der zu dem Bericht des Vorstandes gehört, berührt eine Materie, die bereits in Anträgen behandelt ist. Ich glaube deshalb annehmen zu dürfen, daß er genügend unterstützt ist.

Zur Diskussion werden gestellt die Anträge 8, 131, Absatz 1, 189 und 178.

Runge-Bochum (zur Begründung der Anträge 8, 131 und 139): Ich glaube mir eine längere Begründung der Anträge ersparen zu können und bin der Ueberzeugung, daß aus den Ausführungen des Vorstandes hervorgeht, daß eine Ueberlastung des Vorstandes vorhanden ist. Wenn Genosse Pfannkuch heute morgen sagte, der Vorstand habe nicht überall seine Pflicht erfüllt, so ist das zum Teil zutreffend. Aber man kann nicht ein böswilliges Verschulden annehmen. Wir sind eben der Meinung, daß innerhalb des Parteivorstandes zu wenig Personen vorhanden sind. Sie können die durch die festere Organisation vermehrte Arbeit nicht bewältigen. Wir halten es für notwendig, daß die Mitglieder des Parteivorstandes des öfteren hinausgehen und gewisse Situationsreisen vornehmen (Zuruf: Revisionsreisen), um draußen in der Provinz manche Aenderungen zu treffen. Ich bin überzeugt, die bitteren Klagen des Genossen Gerisch, daß in puncto Finanzen nicht alles in Ordnung ist, könnten durch öftere Fühlungnahme aus der Welt geschafft werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung die Vorstände der Gewerkschaften manches erledigen, was uns hier Anlaß zur Kritik gibt. Was die Zahl von zwei Personen anlangt, so haben wir keineswegs die Absicht, daran festzuhalten. Das mag dem Parteitag überlassen sein und es mag vielleicht auch die Anregung des Vorstandes angenommen werden. Uns geht es lediglich darum, daß der Parteivorstand vermehrt wird, damit es einmal möglich ist, bessere Fühlung mit den Genossen zu nehmen. Es wird vielleicht auch der Wunsch des Parteitages sein, mehr Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen (Zuruf: Geschieht ja schon!) und daß deshalb die Sekretäre aus den Reihen der aktiven Gewerkschaftler genommen werden.

Adelung-Mainz (zur Begründung des Antrages 178): Wir wissen, wie schwer es den kleinen Parteiblättern gemacht wird, drei Wochen lang in ständiger Reihenfolge die Berichte des Parteivorstandes abzudrucken, und wir wissen, daß im Augenblick, wo die Berichte erscheinen, die bürgerlichen Blätter bereits in die Polemik eingetreten sind, so daß es den Lesern unserer Provinzpresse schwer wird, die Sache zu beurteilen, weil sie die Berichte noch nicht gelesen haben. Es könnten diese Berichte mit geringen Kosten den kleinen Blättern als Beilage zur Verfügung gestellt werden. Die größeren Parteiblätter sind in der Lage, dieses aus eigenen Mitteln schon jetzt zu tun und tun es auch. Warum sollen die Leser der kleineren Blätter denn auch hierin benachteiligt sein?

Hierauf wird in die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die obengenannten Anträge eingetreten.

Honrath-Aachen (Stadt): Im äußersten Westen haben wir selten einen Bericht des Parteivorstandes mit einer solchen Genugtuung begrüßt wie den diesjährigen, und zwar deswegen, weil er die wichtigen Fragen der Rednerschule, der Parteikorrespondenz und der Sammlung der von der Fraktion im Laufe der Jahrzehnte gestellten Anträge enthält. Ich bin der Meinung, daß mit diesen Arbeiten namentlich uns in den westlichen Bezirken, wo wir in der Hauptsache noch einen sehr erbitterten Kampf gegen unsere eigenen Klassengenossen, die in völliger Verkennung ihrer Interessen noch in den Reihen des Zentrums stehen, zu führen haben, sehr wesentliche Dienste geleistet werden. Ich bin ja freilich mit der Absicht hierher gegangen, ganz energisch den Parteitag zu bitten, für uns im äußersten Westen noch ein Uebriges zu tun. Ich bin der Meinung, daß

die Endschlacht zwischen Kapitalismus und Arbeitern in den westlichen Industriegebieten geschlagen werden wird, darum müssen wir uns darauf verlegen, besonders kräftig dort einzugreifen, um eben diese Bewegung möglichst zu beschleunigen. Nachdem aber Genosse Gerisch in seinem Berichte die Rheinprovinz als das teuerste Kind hingestellt hat, müssen wir unsere Anforderungen etwas tiefer herabsetzen. (Rufe: Sehr richtig!) Aber die Tatsachen an sich reden eine so deutliche Sprache, daß man auch dann noch nicht unverschämt wäre, wenn wir auf der Forderung beständen und sagten, man möge den westlichen Provinzen noch mehr unter die Arme greifen. (Heiterkeit.) In bezug auf die Parteikorrespondenz hätte ich den Wunsch, daß diese namentlich auch den in der gewerkschaftlichen Organisation tätigen Genossen zugängig gemacht wird (Zuruf: Geschieht ja!), es wird mitunter lebhaft beklagt, daß unsere gewerkschaftlich tätigen Leute mit der Zeit die richtige Fühlung mit der Partei verlieren. Namentlich die in den Ortsgruppen angestellten Beamten sind derartig mit Arbeit überlastet, daß es ihnen an der notwendigen Zeit fehlt für ihre weitere geistige Ausbildung. Wenn man diesen durch die Zustellung der Korrespondenz unter die Arme greifen würde, würden die Referate und das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften viel besser werden, weil diesen Beamten dann leichter Agitationsmaterial zur Verfügung steht. Wenn wir dies tun, würde manche Versammlung ein anderes Gesicht bekommen, wie es heute der Fall ist. Ferner sollte die Sammlung der Anträge eine Statistik darüber enthalten, welche Parteien regelmäßig die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zu Fall bringen, und zwar hätten wir deshalb diesen Wunsch, weil wir es vornehmlich mit der Zentrumspartei zu tun haben, die es mitunter so schlau versteht, Anträge zu stellen, weil sie weiß, die Anträge werden nicht Gesetz werden. Bei anderen Gelegenheiten wiederum, wo es ihr möglich wäre, solche Anträge zu stellen, tut sie es nicht, um so zu verhindern, daß der Arbeiterschutz weiter ausgedehnt wird. Wenn wir also in einem Quellenwerke eine solche Zusammenstellung hätten, dann könnte man diese sehr gut in der Agitation gegen die Zentrumspartei verwenden. Genosse Gerisch ist der Meinung, daß es nicht angängig erscheine, einen einheitlichen Parteibeitrag festzulegen, wir sind aber zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. Wir haben bei uns sicherlich nicht goldene Gefilde für die Arbeiter, aber seitdem wir im oberrheinischen Organisationsbezirk beschlossen haben, 10 Pf. Parteibeitrag zu zahlen, hat sich unsere Organisation in Stadt und Land um das Dreifache gehoben. Ich meine, wenn die Gewerkschaftler so hohe Beiträge bezahlen, können auch wir dazu kommen, 10 Pfennig als Beitrag festzusetzen. Es muß schließlich den Organisationen am Ort überlassen bleiben, ob sie noch höhere Beiträge nehmen wollen. An der Höhe der Beiträge scheitert die Organisation nicht. Dafür haben wir den lebendigsten Beweis in der Gewerkschaftsorganisation. Durch höhere Beiträge wird die Organisation leistungsfähiger werden. Ferner bin ich der Meinung, daß der Anregung etwas mehr Nachdruck gegeben wird, daß die einzelnen Parteiorte auch dem nachkommen, was der Parteitag beschließt, denn sonst können wir uns die Kosten für den Parteitag sparen. Wofür fassen wir denn die Beschlüsse, wenn sie nicht ausgeführt werden? (Sehr richtig! Beifall.)

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag Scheibe-Dortmund eingelaufen, wonach neben der Resolution des Jenaer Parteitages auch die des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik den Delegierten vorgelegt wird.

Scheibe-Dortmund: Eine nähere Begründung des Antrages könnte ich mir ersparen. (Sehr richtig!) Ich halte es für selbstverständlich, daß die Kölner Resolution gleichzeitig mit der Jenaer vorgelegt wird. Gerade im Punkte des Massenstreiks wird sie eine gewichtige Rolle in der Debatte spielen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen und in der Diskussion fortgefahren.

Reuß-Anhalt: Genosse Gerisch hat uns Anhalter Genossen als recht große Sünder hingestellt. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Sehr unrichtig, wie ich Ihnen nachweisen werde. Wir haben uns nur erlaubt, das gesetzliche Minimum an den Parteivorstand zu zahlen. (Zuruf: Sehr nobel!) Es heißt im Parteistatut: Die Festsetzung der Beiträge ist den Bezirksorganisationen überlassen. Wenn Sie dies nicht gewollt hätten, dann hätten Sie diesen Satz überhaupt nicht beschließen dürfen. (Sehr richtig!) Wir stehen also durchaus auf dem Boden des Parteistatuts. (Zuruf: Das hat niemand bestritten.) Dann weiß ich nicht, warum wir überhaupt getadelt werden. Durch die Gründung eines Wahlkreisvereins wurden wir vor die Frage gestellt, welche Beiträge der Wahlkreisverein erhält, wenn die Lokalbeiträge beibehalten werden. Wir haben nun für den Wahlkreis 10 Pfennig erhoben und den Ortsvereinen überlassen, die örtlichen Beiträge zu erheben. Dabei haben wir gar nicht die Absicht gehabt, bei dem Minimum zu bleiben. Wenn im ganzen Reich so viel bezahlt würde, als wir in Anhalt zahlen, so würde man nicht 130 000 Mk. für die Zentralkasse einnehmen, sondern 200 000 Mk. Ich bedauere aber bei der Gelegenheit besonders, daß das, was Genosse Gerisch uns vorgetragen hat, nicht schon vorher gedruckt mitgeteilt worden ist, wir hätten dann besser Kritik üben können. (Sehr richtig! Widerspruch.) Wir hätten ebenfalls das Bedürfnis nach Zuschüssen von der Zentralkasse gehabt, aber wir haben die 60000 Mk., die wir für unsere Druckerei benötigten, aus eigenen Mitteln aufgebracht, und darauf sind wir stolz. Wir behalten das Geld für uns und liefern nur das Minimum ab, weil wir es für die nächste Reichstagswahl notwendig brauchen, so daß wir dann auch nicht um einen Parteizuschuß einzukommen brauchen. Heute haben wir in Dessau 4500 Mk., bis zur Wahl hoffen wir 8000 Mk. zu haben. So sammeln wir für unsere eigenen Zwecke. Ich meine, das ist doch vernünftig. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Auf diese Weise wird der Parteivorstand schließlich auch mehr Gold erhalten als er sonst bekommen würde. Wir haben auch einen Sekretär für unseren Wahlkreis anzustellen beschlossen. Wir sind der Meinung, daß es viel zweckmäßiger ist, wenn in einem Wahlkreise ein Sekretär eine intensive Agitation besorgt, als wenn ein Dutzend Wahlkreise durch einen Parteisekretär versorgt werden. Hätten wir das Geld über das gestattete Minimum hinaus nach Berlin geschickt, müßten wir's für den Parteisekretär zurück erbitten. Was hätte das für einen Zweck? Darum sehe ich nicht ein, warum die Anhaltiner, die doch ihre Pflicht getan haben, hier lächerlich gemacht werden. Ich protestiere entschieden dagegen. Bedauert habe ich, daß Genosse Gerisch in gewissem Maße der Angst vieler Genossen, sich politisch zu organisieren, das Wort geredet hat. Wir müssen die ganz überflüssige Angst und Sorge der Genossen bekämpfen. Es können sehr viel mehr Genossen, die sich abhängig fühlen, für die Organisation gewonnen werden. Je stärker die Organisationen sind, desto geringer wird die Angst vor Maßregelungen sein. (Sehr wahr!) Stellen Sie möglichst viele Parteisekretäre an, die eigens nur dazu da sind, um für die Entwickelung der Parteiorganisationen tätig zu sein, dann werden wir tüchtig vorwärts kommen.

Groth-Stettin: Ich begrüße mit Freuden den Antrag 8. Es ist nötig, mehr Sekretäre für das Parteibureau anzustellen. Die Korrespondenz war in der letzten Zeit etwas saumselig. Unserer Ansicht nach sind die Sekretäre mit Arbeiten überlastet. Man dürfte deshalb den anzustellenden Sekretären keine Reichstagskandidaturen übertragen. Zu unserem Provinzialparteitage hatte der Parteivorstand einen Vertreter zugesagt, aber nachher hat er geschrieben, daß niemand abkommen kann. Wir bedauern das, denn der Parteivorstand hätte sich auf diese Weise leicht informieren können. Unser Wunsch geht dahin, daß der Parteivorstand auf den Provinzialparteitagen vertreten ist. Den Wünschen des Vorredners über die Parteikorrespondenz kann ich mich nur anschließen. Den Leitern der Gewerkschaften sollte die Korrespondenz ebenfalls zugestellt werden. Die

Berichterstattung der Landessekretäre müßte im Bericht des Parteivorstandes mehr zur Geltung kommen, so daß man sich im Geschäftsbericht der Parteileitung über die Tätigkeit der Parteisekretäre mehr informieren kann. Die Masse der Parteigenossen müsse informiert werden, wie die von der Gesamtheit bezahlten Sekretäre arbeiten.

Scheibe-Dortmund: Ich möchte die Kontrollkommission dringend ersuchen, dem früheren Genossen Siebel aus Dortmund überhaupt nicht mehr zu antworten. Er hat mit Hülfe Lütgenaus uns vor der letzten Wahl zu schädigen versucht. Solchen Leuten gebührt überhaupt keine Antwort mehr. (Sehr richtig!) Es ist wahr, daß wir zu den Leuten gehören, die wenig an die Zentrale abliefern, aber viel erhalten. Das meiste Geld haben wir für das Ruhrbecken gebraucht. Die Agitation ist da sehr teuer. Die Fluktuation ist groß. Um diese Kreise zu erhalten, bedarf es großer Arbeit. Wir haben infolge der Zentralorganisation und der Anstellung von Sekretären bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Wir sind im letzten Jahre von etwas über 1500 Mitglieder auf über 4000 Mitglieder gestiegen, allein in den letzten zwei Monaten hatten wir über 500 neue Aufnahmen. (Sehr wahr!) Sie dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Hagen und Iserlohn Nachwahlen hatten, die viel Geld kosteten. Dazu kommt, daß infolge des Borussiaunglücks die Reichstagsreden von Hue und Sachse gedruckt verbreitet wurden. Das kostete 12000 Mk. Zu bedauern ist die schwache Besetzung der Fraktion bei der Besprechung der Interpellation. Das erregte Unwillen im Ruhrrevier und da mußte der Parteivorstand ein Pflästerchen von 12000 Mk. auf die Wunde legen. (Heiterkeit.) Sie können sicher sein, daß das Geld wieder einkommt. Das Ruhrbecken wird schließlich ebenso rot werden, wie das Königreich Sachsen. (Bravo!) Einige Worte über die Veröffentlichung des Protokolls der Zentralvorstände. Wir haben uns in unseren Kreisen formell mit der Generalkommission einverstanden erklärt, aber materiell dem Parteivorstand recht gegeben. Die Veröffentlichung war notwendig. Ich erinnere nur daran, daß vor Veröffentlichung der Maurer Gehl aus Berlin in öffentlichen Versammlungen unseres Kreises behauptete, Bömelburg habe die Demonstration vom 21. Januar als Protestrummel bezeichnet, über den er gelacht habe. Wir waren baff darüber, daß unser Abgeordneter so etwas sagen konnte; wir haben ihn sofort zur Rechenschaft gezogen und da hat er bewiesen, was wir heute alle wissen, daß er damit die Protestbewegung im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongreß gemeint habe. In dieser Weise einzelne Genossen, die im Vordergrunde stehen, angreifen, das heißt, die Partei auf das infamste schädigen. (Sehr richtig!) Als wir das zurückwiesen, da erklärte das Organ der Anarcho-Sozialisten, Ihr könnt ja wegen ehrloser Handlungsweise einen Ausschlußantrag stellen. (Lachen.) Auf diese Weise ist gearbeitet worden vor der Veröffentlichung des Protokolls. Wir können dem Parteivorstand nur dankbar sein, daß er durch die Veröffentlichung Klarheit geschaffen hat. (Beifall.)

Ehrhart-Ludwigshafen: Ich liebe es sonst nicht, die kostbare Zeit des Parteitags in Anspruch zu nehmen, aber Genosse Gerisch hat heute morgen Angriffe auf Bayern gemacht, die ich zurückweisen muß. Ich weiß nicht, was unserm Finanzminister in die Krone gefahren ist, daß er hier eine solche Sprache führt. (Heiterkeit.) Er hat ganz unverantwortliche Angriffe gegen die Bayern gerichtet. Er sagte, Bayern hätte durch die Art, wie es das deutsche Gesetz in seinen Landesgesetzen ausgelegt habe, einen Treubruch begangen. In Jena aber hat Genosse Gerisch den Bayern selbst gesagt: „Seid ruhig, seid ruhig; es geht ja doch seinen Gang. Es wird nicht so gehandhabt werden." (Zuruf.) Hast Du es nicht gesagt? Du kannst es nicht bestreiten. (Große Heiterkeit.) Daraufhin haben wir klein beigegeben und haben gesagt: „Wir machen keine Opposition". Es wird auch Wasser in den Wein gegossen. (Bebel: Mutzbachwasser! Große Heiterkeit.) Gerisch

hat auf die versumpften Bayern hingewiesen. Er hätte vielmehr Ursache gehabt, in Preußen an verschiedenen Ecken und Kanten seine Stimme recht kräftig zu erheben. Er verweist auf Berlin, schmeichelt und lobt unsere Berliner (Mit Recht!). Ich kann mir ja denken, welche Absicht er dabei hat. (Große Heiterkeit.) Ich will bemerken: wir alle in Süddeutschland sind einer Stimme des Lobes über die Berliner mit ihrer mustergültigen Opferwilligkeit. Darin sind wir ganz einig, aber die Berliner Genossen haben für ihren Opfermut auch große Vorteile. Zunächst hat das Rentamt bei ihnen seinen Sitz. Alle Parteianstalten kommen nach Berlin. Alle unsere Kräfte, die sich in der Provinz entwickelt haben, streben nach Berlin; alle Agitatoren sucht man möglichst nach Berlin zu ziehen. (Bebel: I bewahre!) Du sagst: „I bewahre!" Du bist ja selbst nach Berlin gegangen. (Stürmische Heiterkeit.) Für ihre Opferwilligkeit erhalten die Berliner also auch Gegenleistungen. Es darf Maifeier oder sonst etwas sein, bei ihrer Zahlungsfähigkeit können die Berliner viel zuversichtlicher mit ihren Forderungen an das Rentamt treten, als wir arme Teufel in der Provinz. Das dürft Ihr nicht vergessen. Man hat gesagt, wir Bayern seien der Peus-Schule gefolgt. Ich muß wiederholen, was wir bereits in Jena ausgesprochen haben, daß wir die neue Organisation unseren Verhältnissen anpassen müssen. Was für Berlin, für Leipzig, für Hamburg und andere große Städte praktisch ist, ist noch lange nicht auf alle Bezirke im Deutschen Reiche anwendbar. Mit der Uniformierung richtet man nur Schaden an. Ich halte das Zentralisieren für ein Unglück und bekämpfe es auf das allerentschiedenste, jedenfalls werden Sie auch auf dem Wege, wie Gerisch hier aufgetreten ist, Ihre Absicht nicht erreichen. Wir haben die Gesetze nicht umgangen; wir sind nicht der Schule von Peus gefolgt, obwohl ich zugeben muß, daß Peus zeitweilig auch ganz gute Gedanken hat, welche von anderen zu befolgen sind. (Heiterkeit.) Wir verlangen, daß unser Parteivorstand kein Rentamt sei, sondern ein Parteivorstand mit Initiative, der das innere Leben der Partei beeinflußt; aber mit dem System, das Ihr verlangt, stempelt Ihr den Parteivorstand zum Rentamt. Ich bedaure, daß Bebel sich so wenig um die Organisation kümmert, oder wenigstens von seinem Einfluß so wenig Gebrauch macht. (Hört! hört!) Würde er das tun, so würde er im Vorstand längst dafür gesorgt haben, daß man nicht so einseitig vorgeht und daß man nicht mit dem Geldsack droht, wie das Gerisch getan hat. Wir dürfen auch keinen Funken von Kapitalismus in unserem inneren Parteiwesen dulden. (Widerspruch.) Unterbrecht mich doch nicht immer, denn währenddessen gehen meine zehn Minuten dahin. (Heiterkeit.) Bayern ist durchaus nicht versumpft. Denken Sie daran, welche Schwierigkeiten und Kosten wir bei den Landtagswahlen haben. Ich weise auch auf die letzten Reichstagsnachwahlen hin, wo wir ungemein hohe Ausgaben hatten. Wir haben sie selbst gedeckt. Wir stehen auf dem Standpunkte: wenn die Partei Geld braucht, dann soll und kann sie es holen. Sie wissen, schon seit vielen Jahren hatten wir kolossale Ausgaben für unsere Parteipresse. Ich bin dafür, daß der Zehnte für die gesamte Presse eingeführt wird. Die rentablen Unternehmen sollten einen Teil ihrer Erträgnisse an die Gesamtpartei leisten, das würde sie nicht schädigen. Wenn wir in der Provinz unsere Agitationskosten durch die von Berlin geleisteten Zuschüsse bestreiten wollen, dann wird die Agitation sehr teuer werden. Gerisch ist auch illoyal, indem er auf die Bayern lospaukt. Er weiß ganz gut, daß das sogenannte Reichsgesetz für Bayern erst mit dem 1. Juli in Kraft getreten ist, es konnte deshalb auch noch keine Wirkung haben. (Sehr richtig!) Die meisten werden glauben, was aus Bayern kommt, ist ein Werk des Genossen Vollmar. Nein, ich kann Ihnen mitteilen, allerdings sehr vertraulich will ich das sagen (Große Heiterkeit), daß gerade Vollmar uns am allerentschiedensten bekämpft. Die eigentlichen Urheber der Satzungen sind die Pfälzer. Du kennst sie doch, mein lieber Gerisch. (Heiterkeit.) Bei uns besteht keine Animosität gegen den Parteivorstand. Wir haben, um das Rentamt an unserer Presse teilnehmen

zu lassen, einen vom Rentamt als Teilhaber mit einbezogen. Seht, Ihr habt keinen Pfennig geopfert und seid zu einem Fünftel sogar Teilhaber. (Große Heiterkeit.) Wie kann man da von Versumpfung reden und davon, daß wir unsere Pflicht nicht erfüllen. Für die Aeußerung von Gerisch habe ich nur eine einzige Erklärung, er weiß, der Parteivorstand hat seine Pflicht und Schuldigkeit nicht in dem Maße getan, wie er es hätte tun sollen; er erwartet große Vorwürfe und als geschickter Taktiker denkt er: Du drehst den Spieß um, nimmst einen Sündenbock und leitest die ganze Diskussion auf den ab. Wen soll er nehmen als die guten bescheidenen Bayern. (Große Heiterkeit.) Sie haben ja bereits gesehen, alles wirft sich darauf und darüber werden die anderen Dinge vergessen, aber zehn Minuten habe ich ja nur; somit werde ich gleich den Anfang machen und dort hineinbohren, wo hineingebohrt werden muß.

Singer: Ich habe mit Rücksicht auf die Unterbrechungen drei Minuten zugegeben (Heiterkeit), bitte aber nun zum Schluß zu kommen.

Ehrhart (fortfahrend): Sie sehen also, wie unglücklich ich bin. (Große Heiterkeit.) Da unten rufen Sie mir „Auspacken!" zu, und da oben ruft man, ich soll ruhig sein. (Heiterkeit.) Nur das eine noch: Gerisch schmeichelt den preußischen Genossen. Er hat vielleicht Ursache, das zu tun; aber er soll es nicht tun auf Kosten der Bayern. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Gewehr-Elberfeld: Nach der Sarkastik unseres Pfalzgrafen muß ich das trockenere Gebiet wieder beschreiten. Den Vorwurf der Pfennigfuchserei dem Vorstand gegenüber halte ich für nicht berechtigt. Wenn der Vorstand nicht alles bewilligt, was die Wahlkreise fordern, ist das ein Stachel für die einzelnen Orte, selbst mehr zu tun. Die Statistik, die uns Genosse Gerisch über die Stärke der Organisationen brachte, ist sehr zu begrüßen, aber nur der Anfang der notwendigen umfangreichen Parteistatistik. Damit wir diese bekommen, ist es notwendig, daß der Parteivorstand verstärkt wird. In bezug auf die weitere Entwickelung der Organisation hat sich leider der Parteivorstand zu sehr schieben lassen. Ich halte die Anstellung von zwei neuen Sekretären für durchaus geboten. Arbeit ist in Masse vorhanden. Was die Vorwürfe Ehrharts gegen Gerisch anbelangt, so mag Gerisch in der Form etwas zu kraß gewesen sein. Das macht sein Amt als Kassierer; aber in der Sache ist wohl die Mehrheit des Parteitages auf seiten von Gerisch. (Sehr richtig!) Ich weiß, wie die Süddeutschen sich gegen das Wichtigste in dem neuen Organisationsstatut gewandt haben, offenbar aus Besorgnis, abhängig von Berlin zu werden. Eine Abänderung beziehungsweise Weiterbildung des Organisationsstatuts wird sich sicher bald notwendig machen. Die Einführung eines einheitlichen Beitrages halte ich durchaus für durchführbar. Die Parteikorrespondenz sollte uns vor allem auch wichtiges Material aus den Reichstagskommissionen, auch der früheren, übermitteln. (Sehr richtig.)

Thiele-Halle: Daß Gerisch im heiligen Kassiererzorn uns sündige Hallenser mit der Posaune etwas kräftig angeblasen hat, müssen wir uns gefallen lassen. Daß er uns aber auch die Posaune wiederholt gründlich an den Kopf geschlagen hat, dazu lag kein Grund vor. Auch andere Großstädte haben nichts abgeliefert. Lieber Erzengel Gabriel-Gerisch, was Halle recht ist, ist Karlsruhe billig. Wir haben stets unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt, haben jedes Jahr, als ein Zwang noch nicht bestand, reichlich Geld abgeführt und auch dieses Jahr große Mittel für Nachbarleise aufgewendet, die wir der Hauptkasse hätten in Rechnung stellen können. Wir haben noch niemals Mittel der Allgemeinheit gebraucht und werden sie auch in Zukunft nicht brauchen. — Der Aufschwung unserer Presse ist erfreulich, aber leider verfügen die Parteiblätter der Provinz über einen zu kleinen Etat. Unsere Redakteure müssen weit mehr arbeiten, als die an bürgerlichen Blättern, aber leider stehen ihnen nicht die genügenden Mittel zur Verfügung. So erfreulich die Entwickelung der Partei-

presse ist, so gibt es doch viel unangenehme und höchst verwerfliche Vorkommnisse. Ich will nicht auf alles eingehen, sondern nur hinweisen auf die Art wie der „Vorwärts" noch in voriger Woche einen unserer Kollegen behandelt hat. Ich meine den Artikel gegen Stampfer „Eine täppische Bübereі"? (Sehr richtig! und Widerspruch.) Dazu lag kein sachlicher Grund vor. (Zuruf: Nanu?) Der „Vorwärts" brauchte sich nur der verschiedenen Parteitagsbeschlüsse zu erinnern, daß in Polemiken zwischen Parteigenossen ein anständiger Ton herrschen soll. Was würde der „Vorwärts" sagen, wenn die Provinzpresse, die er in diesem Falle nur zum ganz geringen Teile auf seiner Seite hat, ihm die Ueberschrift als „Journalistische Flegelei" heimgezahlt hätte? Mit Recht würde er sich darüber beschweren. Aber dann hat er vor allen Dingen als Zentralorgan die Pflicht, Preßpolemiken nicht in der Art zu führen, die jedem Parteigefühl Hohn spricht. Ich mag nicht, daß die Redaktion geschulmeistert wird, aber hier wäre es Aufgabe des Parteivorstandes gewesen, zu erklären, daß er sich nicht identifizieren mag mit diesen Ausschreitungen des „Vorwärts", die nicht bloß in diesem einen Falle vorgekommen sind. Wie sind andere Genossen im Laufe des Jahres behandelt worden! Das gehört jetzt geradezu zum Wesen des „Vorwärts". Das muß anders werden. Das sind wir unserer Partei, das sind wir uns selbst schuldig. — Den Vorschlag des Parteivorstandes, nur einen neuen Sekretär und im übrigen Hülfskräfte anzustellen, halte ich für richtig. Mit einer Vermehrung der Zahl der Sekretäre wird nichts erreicht, so lange wir nicht ein Verbindungsglied zwischen Parteivorstand und der großen Masse der Parteigenossen haben. Lehnen Sie deshalb die Anträge auf Anstellung weiterer Sekretäre ab und nehmen sie den Antrag 98 an! (Singer macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag nicht zur Debatte steht.) Der dort vorgeschlagene Weg, die Einführung eines Parteiausschusses, führt eher zum Ziel als der Vorschlag auf Vermehrung der Zahl der Sekretäre.

Simon-Nürnberg: Ehrhart hat die Angriffe von Gerisch bezüglich der Beitragsleistung einzelner Bezirke, darunter auch bayerische, zurückgewiesen. Ich kann seine Gründe nicht voll anerkennen. Ich stehe auf dem Standpunkt, und mit mir ein sehr großer Teil der Bayern — wie der Parteitag bewiesen hat, die Hälfte der bayerischen Genossen —, daß wir nicht auf solche Art und Weise, wie es in Dessau und wie es auch in Bayern geschehen ist, handeln sollen. (Sehr richtig!) Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die kräftigen Kreise die schwächeren zu unterstützen haben, daß aber ein Sammelpunkt da sein muß, wohin die Gelder der stärkeren Kreise fließen und von wo aus sie an die ärmeren verteilt werden. (Sehr richtig!) Ehrhart sprach davon, daß Wasser in den Wein gegossen würde, das sind wir von den Pfälzern ja gewöhnt. (Heiterkeit.) Auf dem bayerischen Parteitag haben Sie uns etwas viel Wasser in den Wein gegossen. Die Hälfte der Delegierten war dafür, daß der Grundbeitrag unter allen Umständen 20 Pf. betragen muß und daß davon ein entsprechender Prozentsatz nach Berlin abzuführen ist, die andere Hälfte stand auf dem gegenteiligen Standpunkt. Wir mußten versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Wir haben uns gefügt, aber die Erklärung abgegeben, daß wir alles daransetzen werden, um auf dem nächsten bayerischen Parteitag eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen. (Beifall.) Wir hatten in der letzten Zeit sehr große Ausgaben. Nun sagen wir uns aber, weil wir infolge des Beschlusses des bayerischen Parteitages nicht den Prozentsatz abführen können, den wir für richtig halten, wollen wir auch nicht ohne zwingende Notwendigkeit mit Forderungen an die Parteikasse herantreten. Ein erheblicher Teil der bayerischen Genossen gibt Gerisch sachlich recht. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine Aenderung in Bayern herbeizuführen. (Beifall.)

Däumig-Halle: Gerisch hat den Kreis Halle als abschreckendes Beispiel von Pflichtvergessenheit hingestellt. Gewiß, Halle hat keine Beiträge abgeführt,

aber die Ursachen sind auf verschiedene Vorgänge zurückzuführen, die sich in Halle abgespielt haben. Wir sind im Begriff, einen Saal zu ⅔ Million zu bauen, ohne daß wir dazu Mittel der Allgemeinheit verwenden wollen. Es kommt hinzu, daß infolge eines Personenwechsels das Geld erst heute abgesandt ist. Wir sind nicht so pflichtvergessen, wie es scheinen könnte. Halle arbeitet für die zurückgebliebenen Kreise des Regierungsbezirks Merseburg. Wir tragen die Kosten für den Bezirkssekretär, ohne ihn in Anspruch zu nehmen. Das „Volksblatt" wird zum größten Teil von Genossen aus Halle unterhalten. Die anderen Kreise arbeiten mit Unterbilanz, die wir Hallenser decken. Unser „Volksblatt" hat noch nie Zuschüsse aus den Parteikassen gebraucht. Der Kreis Halle wird niemals wieder zu so scharfen Vorwürfen Anlaß geben, dafür werden wir sorgen.

Schmitt-München: Wenn Gerisch sich darauf beschränkt hätte, seiner Unzufriedenheit über die Bayern formell Ausdruck zu geben, so hätte er vielleicht bei manchem Bayern Widerhall gefunden. So aber ist es leider notwendig, daß wir mit allem Nachdruck gegen die Absichten protestieren, die Gerisch uns unterschoben hat. Gerade Gerisch hat in Jena die Genossen zu beschwichtigen gesucht, indem er sagte, es komme nicht auf die Höhe des Beitrages an, sondern darauf, daß überhaupt etwas abgeführt wird. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Neuorganisation in Bayern erst in diesem Sommer in Kraft treten konnte. Die Beiträge, die im Bericht angegeben sind, stammen noch von der alten Organisation. In Zukunft wird es besser werden. Es hat sich gezeigt, daß die Befürchtungen derjenigen richtig waren, die es als falsch bezeichneten, daß man auf der einen Seite etwas gibt und auf der anderen Seite es wieder nimmt. Wir haben in München unsere Pflicht erfüllt; wir sind auch in der Provinz ununterbrochen tätig gewesen. Auch die Gemeindewahl im vergangenen Jahre in München hat Tausende verschlungen und die Landtagswahlen des nächsten Frühjahrs stellen wieder große Anforderungen an uns. Es lag also kein Grund vor, so über die Bayern zu reden. Ich glaube, Gerisch ist nur die Zunge durchgegangen.

Leinert-Hannover: Genosse Gerisch hat darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Nachwahlen nur in 5 Kreisen gering waren, während für 12 Kreise außerordentliche Aufwendungen, im Durchschnitt 6000 Mk. erforderlich waren. Ich finde es nicht gerecht, daß Gerisch dabei nicht erwähnt hat, daß dem Parteivorstande die Nachwahl in Hannover keinen Pfennig gekostet hat. (Bravo!) [Pfannkuch: Ich bestätige das, lieber Genosse Leinert.] Leinert fortfahrend: Auch mit der Statistik, die Gerisch über Parteibeiträge und Aufwendungen der Zentralkasse vorgetragen hat, bin ich, soweit dabei Hannover in Frage kommt, nicht einverstanden. Hannover figuriert darin mit einer Leistung von 2900 Mk. und mit einer Zuwendung von 58 972 Mk. Aber diese 2900 Mk. beziehen sich nur auf ein halbes Jahr und verschiedene Beiträge sind auch nach dem 31. Juli, wo die Hauptkasse abschließt, eingegangen. Die Zahlen, die Gerisch vorgetragen, könnten in Hannover irrtümliche Ansichten über unser Wachstum erwecken. Unsere Mitgliederzahl steht wesentlich über dem Durchschnitt des Reiches und Preußens. Wir haben ein außerordentliches Wachstum zu verzeichnen. Zu Anfang der Neuorganisation am 1. Januar d. J. hatten wir 3500 Mitglieder, jetzt haben wir 10 000 (lebhaftes Bravo!) und es sind zahlende Mitglieder (erneutes Bravo!), die nicht nur auf dem Papiere stehen. Auch gegen die Aeußerungen des Genossen Gerisch muß ich mich wenden, daß die Wahlkreise, die keine Beiträge zahlen, das Recht der Delegation zu den Parteitagen verlieren. (Widerspruch von Gerisch.) Das wäre ja die Einführung des Klassenwahlrechts nach dem Geldsack, nach preußischem Muster. Wenn davon gesprochen wird, daß wir Hannoveraner 58 972 Mk. von der Zentralkasse entliehen hätten, so darf dabei nicht übersehen werden, daß 55 000 Mk. davon Darlehen waren. Diese Dar-

leben mußten ganz aus den Leistungen der Zentralkasse für die Wahlkreise ausscheiden, weil der Vorstand sein Geld ja zu einem hohen Zinsfuße verliehen hat. (Heiterkeit.) Das ist keine besondere Leistung, die uns als Unterstützung in Anrechnung gebracht werden darf. Wir hätten das Geld auch wo anders her borgen können (Heiterkeit), daß wir es vom Parteivorstande nahmen, ist ein besonderes Entgegenkommen von unserer Seite. (Große Heiterkeit.) Wir haben in Hannover ein Geschäft errichtet, das 250 000 Mk. gekostet hat. Der wesentlichste Teil der Summe ist von Hannover allein aufgebracht, der Rest ist entliehen worden. Nicht einverstanden bin ich mit der Ausführung, die der Parteivorstand dem Bremer Beschluß über das Gehalt der Landessekretäre gegeben hat. In Bremen wurde das Anfangsgehalt auf 2000 Mk. festgesetzt, aber Genosse Hoffmann sagte unter allgemeiner Zustimmung: wenn die Genossen aus einer anderen Stellung kommen, wo sie mehr Gehalt bezogen haben, sollen sie natürlich dieses Gehalt weiter beziehen. Der Parteivorstand sagt nun, das soll auch geschehen. Ich zahle 2000 Mk. und was in der anderen Stellung darüber hinaus gezahlt worden ist, das muß aus der Provinz, aus der der Landessekretär stammt, gedeckt werden. Es ist aber doch höchst unangenehm, daß man sich mit den Forderungen auf Erhöhung des Gehalts gemäß der Besoldung in der alten Stellung wieder an eine andere Stelle wenden muß, als an den Parteivorstand. Redner hebt zum Schluß den außerordentlichen Nutzen, den die Landessekretäre gebracht haben, hervor, im Gegensatz zu Peus, der da gemeint hat, daß ein Parteisekretär, der ein Dutzend Wahlkreise besorgt, völlig zwecklos ist. Das sage Genosse Peus jedenfalls nur, weil Anhalt nicht ein Dutzend Wahlkreise habe. (Heiterkeit.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 8½ Uhr vertagt.

Singer: Ich habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen. Der Parteivorstand und das Lokalkomitee sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die räumlichen Verhältnisse dieses Lokals die weitere Abhaltung des Parteitages wenn nicht zur Unmöglichkeit machen, so doch so erschweren, daß die Verhandlungen außerordentlich beeinträchtigt werden. Ich bemerke, daß diese Auffassung nicht etwa entstanden ist aus irgend einer Unzufriedenheit mit den Leistungen der Inhaber dieses Lokals, sondern einfach die tatsächlichen Verhältnisse haben uns zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß die Größe der Säle überschätzt worden ist. Daher sind Verhandlungen eingeleitet worden, die zu dem Resultat geführt haben, daß dem Parteitag von morgen ab der Nibelungensaal, in dem wir neulich tagten, zur Verfügung steht. (Lebhaftes Bravo!) Ich entnehme aus ihren Beifallsäußerungen, daß wir die Empfindungen des Parteitages richtig taxiert haben. Ich spreche den Herren, die bisher den Parteitag behaust haben, den Dank des Parteitages aus. Wir bedauern, daß es uns nicht möglich ist, diese Räume weiter zu benutzen. Also morgen im Rosengarten! (Bravo!) Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 25. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Zunächst erstattet die

Mandatsprüfungskommission

ihren Bericht.

Berichterstatter Sindermann-Dresden: Es sind im ganzen 318 Delegierte mit 335 Mandaten anwesend, außerdem 52 Vertreter der Partei im Reichstag, 20 Parteifunktionäre und 19 Gäste, die ebenfalls mit Mandaten versehen sind das macht zusammen 404 Teilnehmer des Parteitages.

Die Kommission hatte über drei eingelaufene Proteste zu befinden. Der erste Protest richtete sich gegen das Mandat des Genossen Krohn in Constanz. Es wurde betont, daß die Bezirkskonferenz, die sich mit dieser Wahl beschäftigt hätte, nicht auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen wäre, weil das Statut des Wahlkreises nicht in Uebereinstimmung stände mit dem allgemeinen Parteiorganisationsstatut. Wir konnten uns durch Auskunftserteilung der Leitung der badischen Landesorganisation davon überzeugen, daß das Statut des ersten badischen Reichstagswahlkreises sich in voller Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Organisationsstatut befindet. Die anderen Protestpunkte waren mehr persönlicher Natur und konnten gar nicht berücksichtigt werden, weil auch ein Schiedsgericht in dieser Angelegenheit eingesetzt wird. Daher ging die Kommission über diese Punkte zur Tagesordnung über und beschloß die Gültigkeitserklärung der Wahl.

In dem zweiten Protest gegen die Wahl des Genossen Hamm-Saarbrücken wurde behauptet, daß an der Kreiskonferenz, die von drei Wahlkreisen beschickt war, auch Vertreter von anderen Wahlkreisen teilgenommen haben. Es wurde festgestellt, daß diese anderen Vertreter aus dem Oldenburger Wahlkreise ein Recht zur Teilnahme an dieser Konferenz hatten. Die Kommission beantragt also, auch diese Wahl für gültig zu erklären.

Der 3. Protest richtete sich gegen die Wahl der Genossin Niendorf in Kiel. Eine Frauenversammlung in Gaarden bei Kiel hatte beschlossen, daß der Parteitag der Genossin das Mandat aberkennen solle, zunächst, weil die Bezirkskonferenz der Frauen im 7. Schleswig-Holsteiner Reichstagswahlkreis nicht ordnungsgemäßig zustande gekommen sei. Das Gegenteil wurde festgestellt. Weiter war behauptet worden, daß die Delegiertenkonferenz nicht öffentlich bekannt gemacht worden wäre, und daß der Punkt: „Delegiertenwahl" nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Festgestellt wurde, daß die Konferenz bereits drei Wochen vor ihrem Stattfinden durch Inserat in der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung" angekündigt war, und der zweite Einwand wurde deswegen für unbeachtlich erklärt, weil als fünfter und sechster Punkt die Frauenkonferenz in Mannheim und der deutsche Parteitag auf der Tagesordnung gestanden hatten. Außerdem haben wir in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Organisationsstatut festzustellen, daß die Beschlüsse einer Kreis-Konferenz **über** die Beschlüsse einer einzelnen Gruppen-Versammlung zu stellen sind, weil auf solchen Kreiskonferenzen der Wille aller Organisierten im Kreise zum Ausdruck gebracht wird. Die Kommission kam um so mehr zur Ablehnung auch dieses Protestes, weil dieselben Frauen, die den Protest erhoben haben, auch mit Vorschlägen an die betreffende Frauenkonferenz gekommen, aber mit ihren Vorschlägen nicht durchgedrungen waren.

Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt Ihnen daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Grünig-Kiel bittet das Mandat der Genossin Niendorf für ungültig zu erklären. Die Konferenz, in der sie gewählt sei, könne nicht als eine Versammlung angesehen werden, wie sie das Organisationsstatut vorschreibt. Er sei von den Frauen in Gaarden bei Kiel beauftragt, gegen das Mandat Protest zu erheben. Dieselben haben in den letzten Jahren eine so rege Agitation zugunsten der Parteipresse, namentlich der Gleichheit, betrieben, daß wir alle Ursache hatten, zufrieden zu sein. Ich bitte Sie, Parteigenossen, diese organisierte Frauen nicht mutlos zu machen und das zu Unrecht ausgestellte Mandat für ungültig zu erklären.

Rindfleisch-Kiel: Ich ersuche, das Mandat für gültig zu erklären. Der Protest dagegen beruht auf rein persönlichen Momenten, die Wahl der Genossin Niendorf ist ordnungsmäßig erfolgt, aber die Genossinnen aus Gaarden glaubten, daß ihnen auf Grund ihrer Zahl das Mandat zusteht. Die Konferenz ist regelrecht einberufen und öffentlich abgehalten worden. Infolgedessen ist das Mandat gültig.

Hiermit schließt die Debatte.
Sämtliche Mandate werden als gültig anerkannt.
Hierauf wird die am Montag abgebrochene Debatte über den

Geschäftsbericht des Vorstandes

und der Kontrollkommission in Verbindung mit den dazu vorliegenden Anträgen fortgesetzt.

Ulrich-Offenbach: In dem Bericht des Parteivorstandes ist besonders bekämpft worden, wie die einzelnen Landesorganisationen die Frage der Beitragszahlung reguliert haben. Das ist vom Standpunkte des Finanzministers aus vollständig erklärlich und in gewissem Sinne auch berechtigt; aber er hat eine Beurteilung unterfließen lassen, die mit den Tatsachen gar zu wenig übereinstimmt, die gar zu wenig berücksichtigt, was die einzelnen Landesorganisationen tun müssen. Nachdem der Jenaer Beschluß vorlag, war für die Bezirksorganisationen die Pflicht erwachsen, ihrerseits die Höhe der Beiträge zu bestimmen. Bei uns in Hessen ist ausschlaggebend gewesen — die Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Situation der in Frage kommenden ärmeren Landesteile. Wir haben Bezirke wie den Odenwald und den Vogelsberg, in denen wir eine ganze Anzahl zahlende Parteimitglieder haben, deren Verhältnisse es bedingen, daß die Beiträge nicht erhöht wurden. Wir mußten also im Rahmen des Gegebenen die Beitragszahlung regulieren. Und diese Regulierung ist so ausgefallen, daß nicht etwa der Parteivorstand um sein Einkommen gebracht werden sollte, sondern derart, daß wir an Stelle der in diesem Jahre an Beiträgen abgelieferten 2500 Mk. in der Lage sind, bei derselben Anzahl Mitglieder auf 4000—4500 Mk. zu kommen. Ich wollte mit diesen Ausführungen nur die vom Berichterstatter geäußerten Ansichten zurückweisen. Was die allgemeine Situation anlangt, so kann man mit Recht sagen, daß von einem Bericht bis zum anderen eine ganz auffällige Besserung unserer Verhältnisse eingetreten ist. Die Partei hat sich in allen Bezirken in einer Weise entwickelt, daß wir wohl sagen können, die Parteifunktionäre in den einzelnen Bezirken können die ihnen zufallenden Arbeiten nicht mehr im Ehrenamt über Feierabend erledigen, ohne befürchten zu müssen, daß die Bewegung zurückgeht. In den fortgeschrittenen Wahlkreisen macht sich das Bedürfnis geltend, Funktionäre zu erhalten, die ihre ganze Zeit darauf verwenden, die Geschäfte der Partei zu besorgen. Nur durch die Anstellung solcher Funktionäre in den einzelnen Landesteilen können wir unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllen. (Sehr richtig!) Auch ich stand im Anfang der Einrichtung der bezahlten Funktionäre sehr skeptisch gegenüber. Allein im Laufe dieses Jahres habe ich aus der Entwickelung der einzelnen Bezirke gesehen, daß die Anstellung solcher Funktionäre notwendig ist. Daher bin ich der Meinung, daß wir das Institut der Bezirks- bezw. Landes- oder Kreissekretäre ausbilden müssen.

Was aber den Antrag auf Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre betrifft, so bitte ich denselben abzulehnen, weil durch diese Vermehrung die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes nicht gebessert wird. (Sehr richtig!) Je mehr Leute im Parteivorstande sind, desto langsamer kommen die Beschlüsse zustande, die dann trotzdem nicht besser werden. Was die Beilegung der Berichte des Vorstandes usw. in der Provinzpresse betrifft, so sollte man diesen Antrag annehmen, schon deshalb, um das in der Masse der Parteigenossen vorhandene Interesse für die Berichte zu befriedigen und auszudehnen. Gerade eine große Anzahl der Parteigenossen, die am notwendigsten die Berichte lesen sollten, können sie nicht lesen. Jede Kundgebung der Partei wird von der gegnerischen Presse sofort bearbeitet, aber wenn unsere Leute die Berichte nicht lesen, dann sind sie auch nicht in der Lage, die Bedeutung der gegnerischen Artikel beurteilen zu können. Was die Frage anlangt, ob es opportun gewesen, die Protokolle über die Gewerk-

schaftskonferenz zu veröffentlichen, so sage ich kurz und bündig: Nachdem der Alarmschuß durch die Veröffentlichung in der „Einigkeit" gefallen war, mußte das Protokoll veröffentlicht werden. (Sehr richtig! Beifall.)

Paul Hoffmann-Hamburg: Auf dem vorigen Parteitag erhoben die Süddeutschen Widerspruch gegen die Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Beitragszahlung. Aber niemand hätte wohl geglaubt, daß nach Inkrafttreten des Statuts so sehr dagegen verstoßen werden würde. Wenn man es billigt, daß die Beiträge so herabgesetzt werden, wie es vielfach geschieht, dann könnte schließlich eine Organisation den Beitrag auch auf fünf Pfennige herabsetzen. Da wäre es wohl angebracht, der Frage der Einführung eines Minimalbeitrages näher zu treten. (Sehr gut!) Solche jesuitischen Kniffe, daß man sagt, wir brauchen den Parteivorstand nicht, deshalb brauchen wir auch nichts abzuliefern, sollte man lieber unterlassen. Wer soll die Kosten der Agitation in jenen Landesteilen, wo wir noch wenig Genossen haben, bestreiten, wenn sich alle Parteiorganisationen auf denselben Standpunkt stellen würden. Ich kann die Entrüstung des Genossen Gerisch verstehen und möchte sie nachdrücklich unterstreichen, wir haben das Organisationsstatut nicht geschaffen, um es zu umgehen, sondern um es durchzuführen. (Sehr wahr!) In dem Fall Töteberg kann ich mich der Entscheidung der Kontrollkommission nicht anschließen. Die Kontrollkommission hat sich einfach die Begründung des Schiedsgerichts zu eigen gemacht, in welcher erstens auf den Umstand, daß es schon lange her sei, und daß der Metallarbeiterverband bereit sei, den T. wieder aufzunehmen, Gewicht gelegt wird. Es handelt sich nicht um die Person des Töteberg, sondern um ein Prinzip. Sollen wir deshalb, weil der Metallarbeiterverband die Sache als erledigt betrachtet und weil der Fall schon lange zurückliegt, von einem Ausschluß Abstand nehmen? Es handelt sich um eine ehrlose Handlung, und die wird dadurch nicht besser, daß sie längere Zeit zurückliegt. Gewiß, man kann einen Ausgeschlossenen wieder aufnehmen, aber doch nur, wenn man sich durch sein späteres Verhalten dessen würdig erwiesen hat. Ein solcher Fall liegt aber hier nicht vor. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Grimpe-Düsseldorf wendet sich gegen die Darstellung seiner Beschwerde durch die Kontrollkommission. Er habe nicht die Parteikasse in Anspruch nehmen, sondern nur die Vermittelung des Parteivorstandes anrufen wollen, um einige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Der Parteivorstand habe die Voraussetzung hierfür, das Vorliegen eines höheren Parteiinteresses, verneint, dagegen habe er sich an die Kontrollkommission gewandt. Wenn nun Kaden in seiner erneuten Ablehnung von „Entschädigung" und „Abfindung" spräche, so sei das ein Irrtum, eine solche habe nicht stattgefunden. Er beantrage daher Rückverweisung der Sache an die Kontrollkommission oder Ueberweisung an die Neunerkommission zur Nachprüfung und nochmaligen Berichterstattung.

Peirotes-Straßburg: Unser Antrag, der nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, ist doch sehr wohl überlegt und irgend etwas wird sicher in der Richtung desselben geschehen müssen. Genosse Gerisch, der mit seinen Unterstützungszahlen für Elsaß-Lothringen großes Hallo hervorrief, sollte sich nicht allzu absprechend über die kleineren Orte äußern; auch ein Provinzwurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Das hat sich im Verlaufe der Debatte ja gezeigt. Für die 74 000 Mk., die wir bekommen haben, ist auch eine Gegenleistung erfolgt, denn der größte Teil der Summe wurde verwandt für den Ankauf des Preßunternehmens. Also die Gelder sind nicht nur für die Agitation ausgegeben worden. Ich möchte Sie bitten, uns in Elsaß-Lothringen etwas kräftiger zu unterstützen, als bisher. Wir, die wir im Schattenreiche Köllers leben, haben bekanntlich unter besonders schwierigen Verhältnissen zu arbeiten. Ich erinnere daran, daß man erst vor wenigen Wochen seitens der

Eisenbahnverwaltung eine blühende Organisation mit nahezu tausend Mitgliedern vernichtet hat. Es muß ja anerkannt werden, daß der Parteivorstand uns bisher kräftigst unter die Arme gegriffen hat, jedoch bedürfen wir zur Betreibung der Agitation auch der rednerischen Unterstützung führender Parteigenossen mehr als bisher. Hoffentlich wird diesem unserem Wunsche in möglichst ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Hoch-Hanau: Ich möchte den Parteivorstand ersuchen, seine Aufmerksamkeit besonders dem Teil des „Vorwärts" zu widmen, der die Parteinachrichten bringt. Gewiß ist dieser Teil in der letzten Zeit verbessert; aber er genügt noch lange nicht. Wiederholt sind Anregungen in der Parteipresse im „Vorwärts" nicht erwähnt. Natürlich müssen die Berichte objektiv und ruhig gehalten werden. Dazu ist aber nötig, daß auch genug Personen für diese ausgedehnte Arbeit angestellt werden, und daß ihnen die nötigen Ferien gewährt werden. Wie sehr Ruhe und Selbstbeherrschung bei dieser Arbeit notwendig ist und wie leicht dabei Anstoß erregt werden kann, hat uns die Rede des Genossen Thiele gestern bewiesen. Er hat sich darüber beschwert, daß der „Vorwärts" in einer Polemik mit dem Genossen Friedrich Stampfer von einer „täppischen Büberei" geschrieben hat. Nun ist das ja noch gar nicht das schlimmste, was in diesem Artikel gesagt ist. Ich erinnere Sie an die Schlußworte, in denen Stampfer für ein Fälschergenie und einen dunklen Ehrenmann erklärt wird. Es ist überaus bedauerlich, daß es zu derartigen Auseinandersetzungen in unserer Presse wieder einmal gekommen ist, aber ich halte es denn doch für sehr ungerecht, wenn man nur diese Ausdrücke des Artikels anführt und nicht eingeht auf den Umstand, der den „Vorwärts" zu einem solchen Vorgehen veranlaßt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wie liegt die Sache? Stampfer hat einen Artikel veröffentlicht, der nicht etwa eine sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und anderen Parteigenossen zum Austrag bringt, sondern sich bemüht, den Nachweis zu liefern, daß die jetzige Redaktion des „Vorwärts" nicht recht wisse, was sie schreibe, oder, wenn sie es wisse, dann bald so, bald so schreiben könne, wie es ihr in den Kram passe. Das sucht Genosse Stampfer dadurch zu beweisen, daß er einige Stellen des „Vorwärts" einander gegenüberstellt. So sollte man nicht vorgehen, wenn man nicht die Absicht hat, zu stänkern. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist überhaupt sehr mißlich mit einem derartigen Artikel, deshalb, weil die allermeisten Leser gar nicht in der Lage sind, zu kontrollieren, ob die Zitate auch richtig sind. Sie müssen sich darauf verlassen, daß der Parteigenosse, der das geschrieben hat, so ehrlich ist, die Wahrheit zu schreiben. Nun hat aber der „Vorwärts" in dem Artikel, über dessen Ueberschrift Genosse Thiele sich so sehr entrüstet hat, klipp und klar und für mich in durchaus durchschlagender Weise zweierlei nachgewiesen. Einmal, daß die Zitate dem Sinne nach gefälscht sind, daß sie so abgebrochen sind, daß aus ihnen ganz etwas anderes herausgelesen werden mußte, als was wirklich aus den Artikeln im vollen Zusammenhange bei ehrlicher Lektüre herauszulesen ist. (Sehr richtig!) Aber es geht noch weiter. Der „Vorwärts" hat sogar eine böswillige, absichtliche Fälschung auch des Wortlautes nachgewiesen. Böswillig deshalb, weil es kein Versehen sein kann. (Stampfer: Oh! oh! oh!) Es dreht sich um folgende Stelle: „In diesem Augenblick heißt es für das klassenbewußte Proletariat im Zarenreiche wie für das kämpfende Proletariat überall: Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen." So wie sie Stampfer verwertet hat, sollte die Stelle besagen, der „Vorwärts" habe geschrieben, jetzt müsse eine ganz besondere Taktik eingeschlagen werden und auf den sofortigen Massenstreik hingearbeitet werden. Das ist ja das ganze, was er beweisen will. Wenn Sie aber die Stelle so lesen, wie sie im „Vorwärts" steht, sehen Sie, daß der ganze Artikel das mit keinem einzigen Worte gesagt hat. Auch aus dem Zitat hätte man es nicht

herauslesen können, wenn das Zitat vollständig gebracht worden wäre. Vollständig heißt es: „In diesem Augenblick heißt es für das klassenbewußte Proletariat im Zarenreiche wie für das kämpfende Proletariat stets und überall usw." Es wird also gesagt, was wir immer tun, haben auch unsere russischen Parteigenossen zu tun. Wenn Stampfer den ganzen Wortlaut zitiert hätte, hätte jeder Leser sich sagen müssen, da steht etwas ganz anderes drin als Stampfer behauptet. Er konnte den Satz nur verwerten, wenn er ihn so kürzte, wie er es getan hat. Deshalb muß jeder sagen: das ist eine beabsichtigte böswillige Fälschung des Wortlautes. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn so etwas geschieht, und das weitere, was der „Vorwärts" anführt, entspricht nur der Probe, die ich zitiert habe, so müssen wir uns doch fragen: Wogegen haben wir uns in erster Linie zu wenden? Ich will nicht untersuchen, ob der „Vorwärts" andere Ausdrücke hätte wählen können. Ich bin aber der Ansicht, das schärfste Wort war noch gar nicht scharf genug, um solche Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit zu geißeln. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Dazu kommt, daß wir in der letzten Zeit wohl zu unserer aller Freude die Beobachtung gemacht haben, daß der Wille der großen Masse der Parteigenossen endlich mehr zur Geltung kommt, daß nämlich die persönlichen Gehässigkeiten aus den Preßerörterungen fortbleiben. Das ist durch das Eingreifen der Preßkommission erreicht. Es ist nun bezeichnend, daß dieser Artikel in einem Blatte erschienen ist, das nicht der Kontrolle der Parteigenossen unterstellt ist. In einem anderen Blatte, meine ich, hätte er auch gar nicht erscheinen können. (Sehr richtig!) Er ist erschienen im Blatte des Genossen Dr. Heinrich Braun. Dieser hat den Artikel uns gestern verteilen lassen, zugleich aber auch die neueste Nummer der „Neuen Gesellschaft". Man konnte annehmen, er habe ungeprüft jenen Artikel übernommen, und würde nun, da klipp und klar die Beweise der böswilligen Fälschung in dem Artikel vorliegen, in der neuesten Nummer seine Pflicht und Schuldigkeit tun, diese Fälschungen zu berichtigen und um Entschuldigung bitten, daß er sich eine Störung der Parteiinteressen geleistet hat. Er schreibt aber, daß der „Vorwärts" den Feststellungen Stampfers nichts als leere Ausreden und törichte Schimpfworte entgegengestellt habe. Das ist eine schamlose Täuschung der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erwarte, daß der Parteivorstand diese Sache gründlich untersucht und uns Auskunft gibt. Sollte alles so liegen, wie es bis jetzt den Anschein hat, daß Stampfer und Heinrich Braun wider besseres Wissen mit Fälschungen sich bemüht haben, persönliche Stänkereien hineinzubringen in die Mannheimer Verhandlungen, dann haben sie eine ehrlose Handlung begangen, und dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Alberty-Ingolstadt: Ich habe zunächst an den Parteitag die Beschwerde zu richten, daß die im Auftrage des Parteivorstandes erschienene Bernsteinsche Broschüre über die Reichsfinanzreform zu spät erschienen ist. Dadurch setzte die Agitation über diese wichtige Frage viel zu spät ein. Für die agitatorisch tätigen Genossen, denen es ja nicht möglich ist, Einsicht in die Protokolle der Kommissionen zu erhalten, ist es fast eine Unmöglichkeit, in die schwierige Materie der Reichsfinanzreform sich vollständig einzuarbeiten. Ich möchte noch weiter darauf hinweisen, daß von nationalliberaler Seite, vom Redakteur der „Köln. Ztg.", Brunnhuber, schon vorher, vor dem Erscheinen der Bernsteinschen Broschüre, ein Buch über die Finanzreform erschienen ist.

Dann möchte ich mir erlauben, eine Anregung an die Redaktion der „Neuen Zeit" zu geben. Durch das bedauerliche Eingehen der Bernsteinschen „Dokumente des Sozialismus" ist zweifellos eine Lücke entstanden, die besonders von den an der Parteigeschichte interessierten Genossen unangenehm empfunden wird. Ich möchte also anregen, daß die „Neue Zeit" mit einer gewissen Regelmäßigkeit wichtige Zeitdokumente publiziert.

Die „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz" ist an sich zu begrüßen, aber ich möchte wünschen, daß sie allen agitatorisch tätigen Genossen in höherem Maße zur Verfügung gestellt wird, und daß sie mehr die bayerischen Verhältnisse berücksichtigt.

Noch einige Worte zu den Angriffen Gerischs auf die bayerischen Genossen. Wir Südbayern stehen auf dem Standpunkt Ehrharts. Unsere Bedenken gegen das zentralistische Organisationsstatut bestehen nach wie vor. Wir haben uns ja dem Parteitagsbeschluß in Jena gefügt, aber nun soll man uns Zeit lassen. Gerisch möge erst das erste Jahr des neuen Statuts abwarten, ehe er uns so heftige Vorwürfe macht. Die norddeutschen Genossen können die bayerischen Verhältnisse nicht beurteilen. Interessant war der Gegensatz zwischen Gerisch und Simon. Gerisch meinte, es sollten 30 Pf., Simon, daß 20 Pf. zugrunde gelegt werden sollen. Das bayerische Statut hat 15 Pf. zugrunde gelegt. Also wegen eines Unterschiedes von 5 Pf. — nach Simon — Räuber und Mörder! Solche leeren Drohungen, wie sie Genosse Gerisch vorgebracht hat, unterbleiben besser. Thiele hat ganz recht, ihre Verwirklichung würde die Zugehörigkeit zum Parteitag von einem Zensuswahlrecht abhängig machen. Das ist gegen unsere Prinzipien.

Ich stimme auch Thiele in seiner Beurteilung des jüngsten „Vorwärts"-Artikels gegen Genossen Stampfer völlig bei, in direktem Gegensatz zu Genossen Hoch. Darüber sollten wir überhaupt nicht diskutieren müssen, daß, so lange noch irgend jemand zur Partei gehört, Ausdrücke wie „dunkler Ehrenmann" und dergleichen unter gar keinen Umständen geduldet werden dürfen. (Zuruf: Da sollte die „Münchener Post" erst mit gutem Beispiel vorangehen!) In der „Münchener Post" ist während des „Vorwärts"-Konflikts nur sachlich gekämpft worden und in einer Weise, daß die Ehre eines Parteigenossen niemals irgend wie angegriffen worden ist. Ich will hier jedes scharfe Wort gegen die Redaktion des „Vorwärts" unterlassen, aber ich will nur sagen, daß der Parteitag energisch dagegen protestieren müßte, daß in dieser Weise mit der Ehre eines Parteigenossen herumgesprungen wird. (Lebhafter Widerspruch und Beifall.) Gerade so, wie es unerhört ist, daß von einer Instanz, die in keiner Weise dazu berechtigt ist, einem Parteigenossen der Ehrentitel „Genosse" abgesprochen wird. So lange wir an der Bezeichnung „Genosse" festhalten, und ich denke, das wird für immer sein, so lange, meine ich, hat diese Bezeichnung erst dann aberkannt zu werden, wenn der Betreffende von der Partei durch die maßgebenden Instanzen ausgeschlossen worden ist. Vor kurzem hat der Parteivorstand an uns die Aufforderung gerichtet, in Vorbereitung zu treten für die Reichstagswahlen. Wir Bayern folgen allen Anregungen, die von seiten des Parteivorstandes kommen, sofort, und wir haben diese Vorbereitung auf die kommenden Wahlen vor allen Dingen so aufgefaßt, daß wir mit allen Mitteln dahin wirken, daß dieser höchst überflüssige und der Partei schädliche und unglaubliche Ton in der Polemik unserer Parteipresse unterbleibt. Ich kann nur das eine sagen, und weiß mich darin eins mit der ganz überwältigenden Mehrheit der bayerischen Parteigenossen, daß geradezu eine Sehnsucht besteht, daß endlich einmal die Debatten sachlich geführt werden, wie es im Interesse der Parteigenossen notwendig ist. (Widerspruch und Beifall.)

Quessel-Stettin: Die Parteibeschlüsse müssen unter allen Umständen respektiert werden. Wiederholt haben Parteitage erklärt, daß solche Ausdrücke, wie sie der Artikel des „Vorwärts" gegen Stampfer enthält, in der Polemik gegen Genossen nicht fallen dürfen. Nun werden Sie vielleicht sagen, daß die Redaktion schutzlos den Fälschungen gegenüberstand. Aber das trifft nicht zu. Mit jemand, der absichtlich meine Ausführungen fälscht, diskutiere ich nicht, sondern ich unterbreite die Fälschung einem Schiedsgericht. Ich überhäufe aber nicht meinen Gegner mit ungehörigen Ausdrücken. Soviel darüber.

Es ist beantragt, die Zahl der Beamten des Parteivorstandes zu vermehren. Ehe wir diese Frage entscheiden, müssen wir wissen, ob die jetzigen Beamten bei treuer Pflichterfüllung ihre Aufgaben nicht mehr zu erfüllen imstande sind. Auf dem Bureau trifft man oft statt der fünf nur zwei Sekretäre. Woher kommt das? Auch die Korrespondenz mit den Parteigenossen wird nicht so erledigt, wie es sein sollte, ebenso verschaffen sich die fünf Beamten nicht die nötigen Informationen. Der Parteivorstand bewilligt den zurückgebliebenen Provinzen Agitationsgelder, aber wie die Gelder verwendet werden, darum kümmert er sich nicht; auf dem Pommerschen Provinzialparteitag erschien trotz unserer wiederholten Bitten kein Vertreter des Parteivorstandes. Diese Mißstände kommen daher, daß unsere Sekretäre im Hauptberuf Parlamentarier und nur im Nebenberuf Parteisekretäre sind; das Parlament nimmt ihre Arbeitskraft zu sehr in Anspruch. Die Beamten, die wir neu anstellen, dürfen nicht Parlamentarier sein, sondern müssen ihre Arbeitskraft voll ihrem Amt als Parteisekretär widmen. Wir können doch nicht besoldete Parlamentarier anstellen. Mit der Anstellung von Schreibkräften, wie sie von anderer Seite empfohlen ist, ist es nicht getan.

Hug-Bant verzichtet aufs Wort.

Dißmann-Frankfurt a. M.: Wir dürfen den Mitgliedern des Parteivorstandes nicht das Recht beschneiden, Mandate für den Reichstag anzunehmen. Ich bin für die Bestellung weiterer Sekretäre, die Befürchtungen von Ulrich, daß darunter die Aktionsfähigkeit leidet, teile ich nicht. Die Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls war unter allen Umständen notwendig, der Parteivorstand war dazu verpflichtet. Die Genossen hatten ein Recht, zu erfahren, was die Gewerkschaftsvorstände besprochen. Die Zentralvorstände waren ja gegen die Veröffentlichung; aber ich bin überzeugt, hätte man die Gewerkschaftsmitglieder gefragt, sie hätten sich einmütig für die Veröffentlichung erklärt. (Sehr richtig!) Hierin geht die Meinung der Mitglieder der Gewerkschaften auseinander von der der Generalkommission. Der Anregung, daß der Parteivorstand die Funktionäre vor der ersten Wahldemonstration zu einer gemeinsamen Versammlung einberufe, ist leider nicht stattgegeben worden. Ich möchte wünschen, daß in Zukunft bei ähnlichen Angelegenheiten man dazu übergehen möchte, um den einheitlichen Schritt der Bewegung im ganzen Reiche herbeizuführen. Darum bedauere ich es, daß Sie den Antrag Frankfurt nicht genügend unterstützt haben. Was die Frage betrifft, die Genosse Thiele angeschnitten hat, so unterschreibe ich Wort für Wort, was Genosse Hoch gesagt hat. Es gibt Erscheinungen in der Arbeiterbewegung, wo es nicht anders geht, als nach dem Sprichwort zu handeln: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. (Sehr richtig!) Wenn ich auch bedauere, daß solche scharfe Ausführungen gemacht werden, so gibt es doch Momente, die diese Art von Verkehr notwendig machen, und deshalb muß man dem zustimmen, was der „Vorwärts" geschrieben hat. Ich bin der Meinung, daß es den Gegnern gerade gepaßt hätte, wenn der „Vorwärts" nicht geantwortet hätte. (Sehr richtig!) Der Stampfer-Artikel war auf den Parteitag zugeschnitten, und wir mußten sagen, was gesagt werden mußte. Ehe Sie dem „Vorwärts" diesen Ton vorwerfen, müssen Sie sich an die Seite wenden, die stets gegen den „Vorwärts" ausfällt. (Sehr richtig!) Wenn dies geschieht, dann wird die Zukunft lehren, daß solch scharfe Ausführungen nicht mehr notwendig sind; es ist notwendig, daß nicht die „Vorwärts"-Redaktion die Grenzen zieht, sondern die andere Seite. (Lebhafter Beifall.)

Berten-Düsseldorf: Mit der Zustellung der Parteikorrespondenz wird sehr sparsam umgegangen. (Sehr richtig.) Wenn den Gewerkschaftsbeamten die Parteikorrespondenz zugestellt werden und ein Bindeglied zwischen Partei und Gewerkschaften bilden soll, so müßte sie besser ausgestaltet werden. Ich meine ferner auch, daß wir in Zukunft dazu übergehen müssen, mehr Mittel für die Agitation bereit zu haben. Wenn die Anregung des 10 Pfennig-Bei-

trages gerade aus dem Westen kommt, so kommt es daher, weil wir gerade im Westen mit einem sehr beachtenswerten mächtigen Gegner zu tun haben, mit dem auch die Behörden sympathisieren. (Sehr richtig!) Eben weil wir mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, haben wir diese Anregung gegeben, desgleichen haben wir den Antrag auf Verstärkung des Parteivorstandes zu unterstützen. Wir sind nicht der Meinung, daß dadurch der Parteivorstand schwerfälliger wird. Mit der Einführung von Bureaupersonal für den Parteivorstand kann ich mich aber nicht befreunden.

Heinrich Braun-Berlin: Ich bedauere, daß auf dem Parteitag sich ein Ton geltend machte, den der Parteivorstand gewissen Preßpolemiken gegenüber scharf verurteilt hat. (Vorsitzender Singer: Es muß dem Bureau überlassen werden, zu befinden, ob der Ton unziemlich ist!) Ich überlasse es dem Parteitag, zu beurteilen, ob das der Ton ist, der in der Polemik zwischen Parteigenossen angemessen ist, der Ton, den Genosse Hoch gegen mich und Stampfer angeschlagen hat. Genosse Hoch hat sich auf ein einziges Wörtchen bezogen oder genauer gesagt auf zwei Wörtchen, die die schamlose Fälschung des Genossen Stampfer beweisen sollen, weil sie in einem Zitat aus dem „Vorwärts" fehlen. Und er hat mir gegenüber behauptet, daß ich diese schamlose Fälschung wiederholt begangen habe, indem ich in der auf den Artikel Stampfers folgenden Nummer der „Neuen Gesellschaft" erklärt habe, daß die Redaktion der „Neuen Gesellschaft" sich mit dem Inhalt dieses Artikels einverstanden erkläre. Wie steht es nun damit. Parteigenossen! Es handelt sich um eine Stelle, in der der „Vorwärts" gesagt hat: In diesem Augenblick heißt es für das klassenbewußte Proletariat überall: Das Pulver trocken und das Schwert geschliffen. Es fehlen hier zwei Worte. Es hat nämlich derjenige, der für Genossen Stampfer die Zitate abgeschrieben hat, oder auch Stampfer selbst vergessen, hinzuzufügen: „stets". Es mußte heißen: „stets und überall: das Pulver trocken und das Schwert geschliffen". Vom Genossen Hoch ist behauptet worden, der grundstürzende Sinn der Auslassung dieser Worte bestehe darin, daß es sich in den Worten des „Vorwärts" darum handle, etwas zu konstatieren, was unserer Klassenkampftaktik eigentlich entspreche. Die Fälschung Stampfers aber bestehe darin, daß dem „Vorwärts" die Aufforderung insinuiert worden ist, daß das Proletariat jetzt das Pulver trocken und das Schwert geschliffen halten solle und daß das etwas ganz anderes sei, als was der „Vorwärts" ausgeführt habe. Ich bestreite das. (Lebhafter Widerspruch.) Ich lasse ganz dahingestellt, ob dieses einzelne Zitat dadurch irgendwie verändert wird. Das bleibe dahingestellt, weil es darauf nicht im allerminoesten ankommt, und weil der „Vorwärts" und Hoch lediglich in der Verlegenheit, gegen diesen Artikel etwas einzuwenden, sich auf die Weglassung dieser vollkommen harmlosen, den Sinn gar nicht verändernden Wörtchen stützen. (Widerspruch.) Wenn Sie die „Neue Gesellschaft" zur Hand nehmen und den Artikel Stampfers lesen, werden Sie finden, daß das, was aus dem „Vorwärts" zitiert wird, nicht einmal, sondern öfters in den folgenden Zitaten aus dem „Vorwärts" zu finden ist. Es war am 2. November, als der „Vorwärts" das vom Genossen Hoch angefochtene Zitat gebracht hat. Tags darauf schon heißt es im „Vorwärts": „Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen: das alles aber sind nur die Anfänge des Zeitalters der Revolution, das nunmehr begonnen hat." (Sehr richtig!) Am 24. November heißt es im „Vorwärts" wieder: „Man dürfe weit zurückgehen in der Geschichte, um ein Jahr zu finden, das so auf Sturm deutet, wie das Jahr 1905". Also immer ist von diesem Jahr die Rede. Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von übereinstimmend lautenden Stellen anführen. Gegen diese Zitate an und für sich polemisiert Stampfer gar nicht; das ist eine Fälschung der Ansicht Stampfers. Er polemisiert gegen die Widersprüche.

in die sich der „Vorwärts" verwickelt, gegen seine Haltlosigkeit, die bald kalt, bald warm bläst, je nach Umständen oder Weisungen; gegen den Mangel an Einheitlichkeit der Redaktion des „Vorwärts" und gegen den Mangel an Konsequenz hat er sich gewendet. Welche der wechselnden Stellungen, die der „Vorwärts" den politischen Fragen gegenüber eingenommen hat, als die richtige angesehen werden mag, unter allen Umständen wirkt es auf eine Partei wie die unserige äußerst verderblich, daß das Zentralorgan, das der Partei Direktiven geben soll, selbst vollkommen direktionslos ist. (Widerspruch.) Das war zu beweisen, und das ist in diesem Artikel bewiesen worden in zirka 40 Zitaten. Und nun wird ein einziges herausgegriffen und darin werden zwei Worte bemängelt, die infolge eines Versehens fehlen. Das soll den Beweis liefern, daß der „Vorwärts" nicht so haltlos und direktionslos sei, wie er es tatsächlich ist. Genossen! Der Vorwurf, der gegen den Genossen Stampfer erhoben worden ist, ist ein ganz und gar ungerechter; ebenso der Vorwurf gegen mich. Hoch hat zudem verschwiegen, daß Stampfer eine Erwiderung im „Vorwärts" veröffentlicht hat, die klipp und klar beweist, daß die Vorwürfe gegen ihn ungerechtfertigt sind. Ich sage nur noch eins: Ich bedaure auf das tiefste, daß es möglich geworden ist, eine Polemik gegen Parteigenossen zu führen, wie sie Hoch geführt hat. (Lebhafter Widerspruch.) Wir haben uns im Unterschied vom „Vorwärts" in der „Neuen Gesellschaft" stets bemüht, auch dann sachlich und ohne persönliche Gehässigkeit (Lachen) zu diskutieren, wenn wir von ihm auf das brutalste angegriffen worden waren. —

Für die Beschimpfungen, zu denen sich Hoch erniedrigt hat, habe ich nicht einmal ein Wort der Verachtung. (Lachen und Unruhe.)

Ströbel (in Vertretung des „Vorwärts"): Die Behauptung von Braun, daß die Weglassung des Wörtchens „stets" nur auf Zufall beruht, könnte glaubhaft klingen, wenn nicht der ganze Inhalt des Artikels bewiese, daß es auf bewußte Fälschung abgesehen war. (Sehr richtig!) Nachdem alle Artikel des „Vorwärts" systematisch durch willkürliche Herausreißung von Zitaten entstellt waren, nachdem man das ganze System kennen gelernt hatte, mußte man zu dem Resultat gelangen, daß die Weglassung des Wörtchens „stets" kein Zufall war, sondern eine Korrektur der Wahrheit sein sollte. Wer den Artikel im „Vorwärts" gelesen hat, kann gar nicht im Zweifel darüber sein, daß alle Zitate den Sinn der verschiedenen Artikel vollständig entstellen. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn man das Zitat ohne das Wort „stets" liest, so erscheint es als eine Anfeuerung auch an die deutsche Arbeiterschaft im Sinne einer Revolutionsromantik. (Sehr richtig!) Wenn man aber das Wörtchen „stets" hinzunimmt, dann klingt aus dem Ganzen lediglich eine Proklamierung des Klassenkampfstandpunktes heraus. (Sehr wahr!) Es kommt hinzu, daß der Artikel des „Vorwärts" von der russischen Revolution handelt und sich speziell gegen das „Berliner Tageblatt" wandte, worin erklärt war, Rußland brauche jetzt nach der Berufung von Witte vor allem Ruhe. Gegen diese liberale Jämmerlichkeit hat sich der Artikel des „Vorwärts" gewandt und die Notwendigkeit des Klassenkampfes betont. Dem Inhalte des ganzen Artikels entsprach auch der letzte Satz. Genau so verhält es sich mit folgendem Zitat: „Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen. Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen, das nunmehr begonnen hat." Was stand denn in dem Artikel? Es war ein durchaus ruhig und objektiv gehaltener Artikel, der von den österreichischen Verhältnissen handelte. Nachdem die besonderen Verhältnisse Oesterreichs gewürdigt waren, hieß es: „Das ist eine Situation, in der ein Massenstreik vollen Erfolg verspricht. Damit soll nicht gesagt sein, daß es ihm gelingen muß, auf den ersten Hieb das Wahlunrecht zu fällen." Dann hieß es zum Schluß: „Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen,

das nunmehr begonnen hat". Ja, ist das vielleicht nicht richtig? Existiert in Rußland keine Revolution? Ist in Oesterreich nicht der Wahlrechtskampf geschürt worden? Sind das nicht die Anfänge einer revolutionären Bewegung? Oder glauben wir vielleicht, daß in Deutschland die Zustände ewig so bleiben werden wie jetzt? Kein Mensch glaubt das. (Sehr richtig!) Es stimmt auch nicht, daß der „Vorwärts" früher anders geschrieben habe. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir in Deutschland zu Revolutionen, natürlich im marxistischen Sinne, nicht im Heugabelsinne, kommen werden, daß aber gegenwärtig in Deutschland ein Massenstreik, namentlich zur Erreichung des preußischen Wahlrechts, unmöglich sei. Das war von je die Meinung der Redaktion. Aber Stampfer will durch seine aus dem Zusammenhang gerissenen und den Sinn der Artikel entstellenden Zitate beweisen, daß die Meinung des „Vorwärts" sich geändert habe, daß seine Anschauungen hin und her schwanken; daß der „Vorwärts" unfähig sei, seine Rolle als Zentralorgan zu führen. Die Meinung könnte Stampfer ja haben, das kann ihm niemand verargen. Wäre in sachlicher Weise gegen den „Vorwärts" polemisiert worden, so hätte dieser sachlich geantwortet, wie auch sonst. Denn das wird man nicht sagen können, daß der „Vorwärts" in der Polemik mit der Parteipresse über die Stränge geschlagen hat. Meinungsverschiedenheiten müssen in ruhiger, ehrlicher und vernünftiger Weise ausgefochten werden. Wenn man aber mit einem System gefälschter Zitate kämpft in einer Weise, wogegen der selige Puttkamer mit seinem Zitatensack nur ein Waisenknabe ist, so muß das aufs schärfste gebrandmarkt werden. (Sehr wahr!) Das ist eine Art, die jede Polemik vergiften muß. Einer solchen unehrlichen, von Grund aus unehrlichen Methode des Kampfes muß mit aller Energie entgegengetreten werden. (Sehr richtig!) Sie wissen ja, aus welchem Grunde der Artikel gerade vor dem Parteitage erschien. (Sehr gut!) Das war natürlich derselbe Zufall, der bei dem Nichtbringen des Wörtchens „stets" vorhanden war. Man weiß ja, daß in der „Neuen Gesellschaft" seit Monaten heftige Angriffe gegen den „Vorwärts" gerichtet worden sind, auf welche dieser meist gar nicht reagiert hat. Wenn ihm gelegentlich vorgeworfen ward, daß die Redakteure „schwache Köpfe" seien, wenn es da beispielsweise heißt: „Unsere Parteischriftsteller, die, wie es der Zufall der kapitalistischen Welt fügt, gelegentlich auch von höherer Warte reden dürfen", ja, ist das nicht ein schlimmerer Ton, als wenn ich sage: Das ist eine unehrliche Handlung das ist eine Fälschung? (Sehr richtig!) Dieser hämische, herabsetzende Ton könnte erbittern; wir haben ihn aber ignoriert. Wir wußten ja, woher er kam. (Lebhafte Zustimmung.) Ich führe das nur an, um zu zeigen, wie von gewisser Seite gegen den „Vorwärts" polemisiert wird. Es heißt weiter in einem Artikel der „Neuen Gesellschaft": „Ist es da angebracht, zur Erklärung der Erscheinung die unsinnigen Marotten einer verantwortungslosen unklaren Literatengruppe auch nur einen Augenblick zu dulden?" Ja, wenn man in diesem schönen Ton redet, darf man sich nicht wundern, daß es aus dem Walde etwas kräftig zurückschallt! (Sehr richtig!) Darauf haben wir aber gar nicht einmal geantwortet. Wir haben gesagt: Laßt den Leuten doch das harmlose Vergnügen. Wenn man aber unmittelbar vor dem Parteitag zur Täuschung der Meinung der Delegierten einen Artikel veröffentlicht, der von Fälschungen strotzt, und ich will vor jeder Kommission und vor jedem Ehrengericht nachweisen, daß alle Zitate gefälscht sind, wenn man in der Weise vorgeht, so bleibt weiter nichts übrig, als diese infame Methode des Kampfes zu brandmarken und das Ding beim richtigen Namen zu nennen. (Lebhaftes sehr richtig!) Wenn eine Fälschung vorliegt — und sie liegt vor — dann muß man den Fälscher auch Fälscher nennen! Wir sind herzlich gern bereit, einen guten Ton zu pflegen. Gerade die neue Redaktion hat es peinlich empfunden, daß vielfach die Parteipolemiken persönlich geführt wurden. Wir

haben immer versucht, das Sachliche herauszuschälen und das Persönliche fortzulassen. Aber wir können den Kampf nicht in dem ruhigen Tone führen, wie es gewünscht wird, wenn die Angriffe der anderen Seite einen so infamen Charakter tragen. Ich hoffe aber, daß die Worte von Braun, daß künftig die Polemiken in ruhiger, sachlicher und anständiger Form geführt werden möchten, auch von ihm selbst und seinen Freunden beherzigt werden! (Lebhafter Beifall.)

Ledebour-Berlin: Den Bemerkungen des Genossen Ströbel in bezug auf den Stampferschen Artikel habe ich nur wenige Worte hinzuzufügen. Genosse Heinrich Braun hat sich ebenso wie Genosse Thiele über den Ton des „Vorwärts"-Artikels beschwert. Aber sie haben den sachlichen Inhalt der Stampferschen Artikel in keiner Weise zu rechtfertigen gewußt. Es war ganz zweifellos für jeden, der Dresden mit erlebt hat, daß, als der Stampfersche Artikel unmittelbar vor dem Parteitage erschien, damit geplant war, Stimmung gegen den „Vorwärts" zu machen, um der Redaktion des „Vorwärts" ein ähnliches Schicksal zu bereiten, wie es vergeblich bei früheren Gelegenheiten von Braun und seinen Genossen anderen Parteigenossen gegenüber versucht worden war. Unter solchen Umständen mußte der „Vorwärts" mit aller Entschiedenheit darauf antworten und ich finde es unglaublich kleinlich, daß man dann hierher kommt und sich über den Ton dieser Antwort auf einen so durch und durch gehässigen Angriff, wie er von Stampfer versucht worden ist, beschwert. Die ganze Methode Stampfers in seinem Artikel ist von Ströbel hinlänglich gekennzeichnet worden. Ich weise nur darauf hin, daß die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" ganz richtig bemerkt hat, daß, wenn man so verfährt, wie Stampfer mit den Artikeln des „Vorwärts" verfahren ist, man jeder Zeitung, jedem Parteigenossen scheinbare Widersprüche nachweisen kann (Sehr richtig!), weil ja die einzelnen Artikel von verschiedenen Personen mit verschiedenem Temperament bei verschiedenen Veranlassungen, bald in der Polemik mit einem Reaktionär, bald in der Polemik gegen einen Anarchisten, bald zur Anfeuerung von Parteigenossen, bald zur Mahnung in einer anderen Richtung geschrieben sind. Jeder Artikel muß aus sich heraus und aus der Situation heraus als Ganzes beurteilt werden. Und daß die Redaktion des „Vorwärts", daß alle Redakteure und Mitarbeiter so unfehlbar und treffsicher im Ausdruck sein sollten, daß niemals auch nur ein Ausdruck, eine Wendung in einem einzelnen Artikel sich etwas bemängeln ließe, wäre etwas Uebermenschliches. Das wird auch die Redaktion des „Vorwärts" gar nicht beanspruchen. Aber wenn man objektiv als Ganzes die Haltung des „Vorwärts" betrachtet, so sind die Vorwürfe Stampfers durchaus ungerechtfertigt, und die Methode, wie sie vorgebracht werden, verdient allerdings eine solche Bezeichnung, wie die, die der „Vorwärts" gewählt hat. Das Verfahren Stampfers hat mir ein Exempel in die Erinnerung gebracht, das gewissermaßen als Parallele dazu angeführt werden kann, wie Stampfer sich bemüht, die Drohungen mit der Revolution aus einzelnen herausgerissenen Sätzen herauszulesen. Vor einigen Jahren wurde die Parteigenossin Ottilie Baader angeklagt, weil sie in Bernau in einer Volksversammlung die Männer zum Ergreifen der Waffen aufgefordert habe. Der Gendarm sagte aus, sie hätte ausgerufen: „Auf, ihr Männer, zu den Waffen!" Er hätte sich dadurch sehr beunruhigt gefühlt und geglaubt, es werde nun gleich losgehen. (Heiterkeit.) Genossin Baader erklärte ganz glaubhaft: Ich habe vom Kampfe mit geistigen Waffen geredet. Wer sie kennt, wird ihr ja alle möglichen Schandtaten zutrauen (Große Heiterkeit), aber daß sie nach Bernau geht und da plötzlich die Männer von Bernau auffordern sollte, mit Flinte und Säbel gegen Staat und Gendarmerie vorzugehen, wird ihr niemand zutrauen. (Große Heiterkeit.) Selbst das Gericht traute ihr das nicht zu. Es sagte aber, der Gendarm hat das so aufgefaßt, und da er ungefähr auf demselben Bildungsniveau steht

wie die Volksversammlung, so kann auch die Volksversammlung das so aufgefaßt haben, und deshalb wurde Genossin Baader verurteilt. Genosse Stampfer hat nun genau die Methode jenes Gendarmen eingeschlagen (Heiterkeit), nur wird ein Parteitag sich nicht auf den Standpunkt des betreffenden Landgerichts stellen, und unser Literaturgendarm (Heiterkeit) Stampfer wird deshalb in diesem Falle nicht seinen Zweck erreichen. Die Befürchtungen, die der Genosse Ulrich bei einer Vermehrung des Parteivorstandes hegt, teile ich nicht. Der beste Beurteiler ist hierüber zweifellos der Parteivorstand selbst, und wenn er eine Vermehrung um einen Sekretär und zwei Hülfskräfte für notwendig hält, so könnte sich auch Genosse Ulrich damit einverstanden erklären. Daß diese in den Vorstand neu gewählten Genossen nicht nebenbei noch mit einem parlamentarischen Mandat behaftet sind, das liegt ja in ihrer Hand; sie können sich ja die Personen selbst auswählen. Es können aber immer wieder Gründe auftauchen, die es ratsam machen, einen solchen Mann nachträglich in den Reichstag zu wählen. Eine strikte Vorschrift, die das verbietet, können wir hier nicht erteilen. (Bravo!)

Geißler-Hof: Genosse Gerisch hätte mit seinen Anklagen gegen die Bayern noch ein Jahr warten müssen. Wir bedauern selbst, daß die Entwickelung in Bayern in bezug auf die Organisation noch nicht weiter fortgeschritten ist. Im Gegensatz zu Ehrhart halte ich einen einheitlichen Beitrag für angebracht, damit solche Schiebungen wie in Dessau nicht vorkommen. Wir waren auch gegen die Schiebungen in Bayern, aber wir mußten uns der Majorität fügen. Gewundert hat mich die Erklärung Ehrharts, daß Bebel seine Machtstellung nicht genug ausnutzt. Das war sehr undemokratisch. Den Ton des „Vorwärts" bedauern auch wir, aber wenn man die Ursachen des Tones betrachtet, kann man es den Genossen nicht verübeln, wenn sie sich auch mal als Menschen fühlen und den Angreifern in ihrem Tone antworten. — Eine Ausgestaltung der Parteikorrespondenz halte ich auch für sehr notwendig. Den Parteigenossen, die agitatorisch tätig sind, muß auch durch Lieferung alles nötigen Materials die Arbeit erleichtert werden. Für die Erweiterung des Parteivorstandes bin auch ich.

Vorsitzender Singer: Der nächste Redner würde Genosse Stampfer sein. Bei der Erteilung des Wortes an Nichtdelegierte hat der Parteitag die Entscheidung zu treffen. Ich meinesteils empfehle Ihnen, dem Genossen Stampfer das Wort zu geben, damit nicht aus der Verweigerung des Wortes Schlüsse gezogen werden können, die der Parteitag nicht wünscht und die ihm vielleicht unangenehm wären. (Zustimmung.)

Stampfer-Berlin: Parteigenossen! Ich sehe mich in die ganz sonderbare und merkwürdige Lage versetzt, die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts" gegen den Genossen Hoch ernstlich in Schutz nehmen zu müssen. (Lachen.) Er war es, glaube ich, der meinte, wie immer die Dinge lägen, so hätte doch der „Vorwärts" diesen Ton nicht anschlagen sollen. Das sage ich durchaus nicht, sondern ich sage: Wenn der „Vorwärts" sachlich recht hätte, wenn ich wirklich bewußt gefälscht, wenn ich ohne sachliche Absicht aus persönlicher Ranküne auf die „Vorwärts"-Redaktion einen Ueberfall verübt hätte, dann wäre das, was der „Vorwärts" geschrieben hat, vollkommen am Platze. Für den Fall, daß er recht hat, erkläre ich, daß ich ganz gewiß ein „Fälschergenie" und ein „dunkler Ehrenmann" bin. Und das Schiedsgericht — an dem wird es ja nicht fehlen — hätte vollständig recht, wenn es mich mit Schimpf und Schande aus der Partei hinausjagte: denn bewußte Fälscher und dunkle Ehrenmänner gehören nicht in die Partei. Ob der „Vorwärts" damit, daß er diese Kennzeichnung gebraucht hat, recht gehabt hat, wird also erst die ruhige und sachliche Feststellung des Schiedsgerichts entscheiden. Aber nehmen wir einmal den Fall an, das Schiedsgericht würde finden, vielleicht ich hätte recht, vielleicht ich wäre in gutem Glauben gewesen, wie liegt die Situation dann? Dann bin ich Parteigenosse, und der

„Vorwärts" hat mich für ein „Fälschergenie" und einen „dunklen Ehrenmann" erklärt. Wie geht nun die Geschichte weiter: Ich schreibe einmal eine Broschüre — sie wissen, ich schreibe ziemlich fleißig und habe auch im Auftrage des „Vorwärts"-Verlages Broschüren geschrieben. Vielleicht werde ich dann nach einiger Zeit, wenn sich der Groll wieder gelegt hat, wieder einmal beauftragt, eine solche Broschüre zu schreiben. Ich schreibe gegen die Gegner, ich zitiere da, was die „Freie deutsche Presse", was die „Germania" schrieb. Ja, sagen die Leute, der Stampfer kommt uns da, der Mann, den sein eigenes Zentralorgan für ein „Fälschergenie" und einen „dunklen Ehrenmann" erklärt hat; natürlich hat er gegen uns genau so gehandelt, wie damals gegen den „Vorwärts" und auf das, was der Mann sagt, ist nicht das mindeste zu geben. In diesem Falle wird sich dann zeigen, daß der „Vorwärts" nicht recht gehabt hat, diese Bezeichnungen zu gebrauchen, daß er dadurch etwas getan hat, was der Partei in keiner Weise nützlich sein kann. Ich sage also, wenn der „Vorwärts" in der Sache recht hat, hat er auch mit allen Bezeichnungen gegen mich recht. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Man soll immer die Wahrheit sagen; man soll aber nicht nur schimpfen. Wir wissen ja, wohin das in der Partei geführt hat. Ich sehe hier unten „Lauscher an der Wand", „tote Stuten" und ähnliche Gestalten. Eine Menge Leute sind in diesem Saale, die nach Meinungen, die in der Partei ausgesprochen worden sind, die schurkischsten Handlungen begangen haben, und die alle sitzen in unserer Partei, sind uns liebwerte Freunde und Mitkämpfer, wir decken sie selbstverständlich, wie wir einander immer gegen die Gegner decken. Wir haben nicht den einzelnen Parteigenossen dadurch geschadet, die bleiben, die behaupten sich, die haben angesehene Stellungen; aber wir haben der Partei geschadet. Nun wird, wie gesagt, erst das Schiedsgericht nach sachlicher Prüfung entscheiden können, wie die Dinge wirklich liegen, was meine Absichten waren, was meine Methoden waren, ob mich irgend welche Vorwürfe treffen oder gar der schwere Vorwurf, daß ich bewußt unwahr gewesen sei. Die Frage, ob ich sachliche Absichten verfolgt habe, können sie in einem großen Teil der Parteipresse beantwortet finden. Es wird ihnen wohl bekannt sein, daß ich zu denen gehöre, die von allem Anfang, noch ehe die erste offizielle Parole ausgegeben worden war, in der Parteipresse, ich kann wohl sagen mit einem gewissen Fanatismus, mit einer großen Leidenschaftlichkeit darauf gedrungen habe: „Wahlrechtsbewegung! Wahlrechtsbewegung! Wir müssen in Preußen eine Wahlrechtsbewegung haben! Das ist die wichtigste Entscheidung für Deutschland, das ist die politische Weltwende für Deutschland, wir müssen die Agitation steigern und es schließlich soweit bringen, daß wir auch zu den letzten Mitteln schreiten können." Ich bin, weil ich das tat, von einem Mann, um ein Scherzwort Ledebours zu gebrauchen, von einem Parteigendarmen, beim Genick gepackt worden, der sagte: „Du bist ja ein Putschist, du willst mit dem Kopfe durch die Wand, du bringst die Partei dadurch um, du bist ein Most und ein Hasselmann." Dieser Parteigendarm war wie sie wissen, der Genosse Kautsky. So standen die Dinge. Aber es begab sich noch etwas anderes. Als ich mich auf den Standpunkt des in der „Frankfurter Volksstimme" entwickelten Planes stellte, über die noch in einer anderen Debatte gesprochen werden wird, wurde mir im „Vorwärts" gesagt: „Du bist ein verworrener Kopf, ein konfuser Mensch, du schwankst zwischen Anarchosozialismus und Revisionismus haltlos hin und her." Da sagte ich mir, das geht doch über die Hutschnur; das ist nicht richtig. Ich bin immer meinen geraden Weg gegangen. Ich habe immer dieselbe Linie eingehalten. Wie kommt nun der „Vorwärts" zu seiner Auffassung? Wollen mal nachsehen. So nahm ich meine „Vorwärts"-Bände her — ich lasse den „Vorwärts" seit Anfang dieses Jahrhunderts binden und nicht etwa erst seit der Zeit der neuen Redaktion (Heiterkeit) — und sah nach, wie es damals war, was er damals schrieb und was er ein paar Tage darauf schrieb. Ich saß von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens daran, und

mein Erstaunen wuchs von Augenblick zu Augenblick, und als ich dann fertig war, war es mir ganz klar, wie der „Vorwärts" dazu kam zu glauben, daß ich schwankte. Sein eigenes Schwanken hatte er eben nicht bemerkt, und darum glaubte er, ich sei es, der schwankte. (Lachen.) Wenn einem in einer solchen Situation solche Vorwürfe gemacht werden, wie sie der „Vorwärts" gegen mich erhob, soll man da nicht schließlich mit der Hand auf den Tisch schlagen? Ich heiße nicht August Bebel, aber mir kann doch auch einmal eine Laus über die Leber laufen (Heiterkeit; sehr gut!). Ich bin nach wie vor der sicheren Ueberzeugung, daß ich in meinem Artikel klipp und klar nachgewiesen habe, daß der „Vorwärts" in der Wahlrechtsbewegung ganz haltlos und inkonsequent gehandelt hat, zum großen Schaden für die Sache. Hätte ich mich auf den Standpunkt gestellt, wie es in der „Leipziger Volkszeitung" früher hieß: „Der „Vorwärts" schwankt haltlos hin und her, da muß Ordnung geschaffen werden, weg mit diesen Leuten," so hätte man gesagt, ich sei ein Krakeeler, ich verleumde, beweislos, und vielleicht nicht ganz mit unrecht. (Sehr gut.) Das durfte ich nicht. Es hätte dann geheißen: „Beweise, Beweise!" Nun, Parteigenossen, ich begreife es ja, wenn Sie das Bedürfnis haben, das Zentralorgan zu decken. Daß aber meine Beweise so ganz haltlos wären, das werden Sie beim besten Willen nicht behaupten können. Man sagt, ich hätte abgerissen zitiert; wer zitiert denn nicht abgerissen? (Sehr richtig!) Zitiert der „Vorwärts" nicht auch abgerissen? Das ist ja etwas ganz Selbstverständliches, daß man eben die wichtigsten Sätze zitiert. Was müßte das für eine tolle Redaktion sein, die hinter solche Sätze, wie ich sie zitierte, direkt andere Sätze stellen würde, wodurch der Sinn des Zitats sofort wieder ins Gegenteil verkehrt wird? Was schließlich die Auslassung des Wortes „stets" anlangt, so bitte ich Sie, das Wörtchen in meinen Artikel hineinzuschreiben und dann den Artikel nochmals zu lesen. Wenn Sie dann meinen, daß ich wegen des zufällig ausgelassenen Wortes „stets" ein Fälscher bin, dann in Gottes Namen, werfen Sie mich aus der Partei hinaus!

Kolb-Karlsruhe: Wir wünschen, daß Süddeutschland in der Parteikorrespondenz etwas mehr berücksichtigt werden möge. Gerisch hätte bei seinen Vorwürfen gegen die Süddeutschen die ganz besonderen Verhältnisse in Süddeutschland berücksichtigen müssen. Wenn die Organisation sich entwickeln soll, dann müssen die Leiter von Agitationsbezirken vor allem nicht mit Mandaten überlastet werden. — Die Empfindung, daß der „Vorwärts" in der Generalstreiksfrage und in anderen Fragen eine schwankende Haltung eingenommen hat, ist draußen im Reich sehr weit verbreitet. Ich bin nicht der Meinung, daß Stampfer absichtlich gefälscht hat. Auch wenn man die Zitate im Zusammenhang liest, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß der „Vorwärts" eine ganz verschiedene Haltung zu einer und derselben Frage zu verschiedenen Zeiten eingenommen hat. Etwas anderes ist es, ob es gerade notwendig war, direkt vor dem Parteitag, nachdem der „Vorwärts" es verstanden hatte, so schön einzulenken, diese Dinge aufzuwärmen, so daß sie hier zur Sprache kommen mußten. Es wäre viel besser gewesen, man hätte, nachdem einmal der „Vorwärts" einen Anlauf genommen hatte, sachlich zu diskutieren, die Geschichte auf sich beruhen lassen und den Streit vermieden. Welches die Absichten Stampfers waren, weiß ich nicht. Jedenfalls steht ihm das Recht zu, wenn er der Meinung ist, daß diese Dinge zur Sprache gebracht werden müssen, das zu tun. Aber in der Partei liegt es so, daß es gar nicht mehr darauf ankommt, was einer schreibt, sondern vor allem, wer es schreibt. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Art, wie hervorragende Genossen behandelt werden, gereicht der Partei zweifellos nicht zum Nutzen. Wenn Leuten in hervorragender Stellung Unkenntnis der elementarsten Prinzipien vorgeworfen wird, dann werden sich die einfachen Genossen fragen, wie man solche Leute jahrelang auf ihren Posten belassen konnte. Das erleben wir aber jeden Augenblick, daß ein Genosse, der an

hervorragender Stelle steht, geschildert wird als jemand, der noch nicht einmal etwas von der materialistischen Geschichtsauffassung versteht. Ich habe mich schon gefragt, wer versteht denn noch etwas davon. Wenn man Mehring, Kautsky und ihren Anhang abzieht, dann verstehen alle übrigen nichts davon. (Sehr gut und Heiterkeit.) Haben wir es doch erleben müssen, daß ein Mann, den der Parteivorstand zum Vorsteher der Parteischule ausersehen hat, hingestellt wird als einer, der die elementarsten Kenntnisse der materialistischen Geschichtsauffassung noch nicht habe! Wenn sich solche Dinge fortwährend wiederholen, so entstehen Stimmungen, die sehr dazu angetan sind, die Vergiftung in der Partei zu fördern, anstatt sie zu beseitigen! Die Redaktion des „Vorwärts" hatte gar keine Ursache in den Ton gegen Stampfer zu verfallen. Sie konnte ganz ruhig und sachlich debattieren und gegen Stampfer einen Ausschlußantrag stellen; aber sie durfte nicht diesen Ton anschlagen, welcher in der bürgerlichen Presse und in den gegnerischen Versammlungen gegen uns ausgeschlachtet wird. Wir in Süddeutschland, die wir mit den katholischen Geistlichen zu kämpfen haben, spüren das am allermeisten. Das sind Dinge, die man ganz gut vermeiden kann. Ist einer ein „dunkeler Ehrenmann", dann darf er nicht Parteigenosse sein, dann heraus mit ihm, dann hat man es aber auch gar nicht nötig, gegen einen derartigen Mann in solchem Tone vorzugehen! (Bravo!)

Honrath-Aachen: In den westlichen Bezirken haben wir vor allem unter den Streitigkeiten innerhalb der Partei zu leiden. Die „Sozialistischen Monatshefte" und die „Neue Gesellschaft" werden uns von den Gegnern fast jeden Tag vor die Nase gehalten; in der nächsten Woche wird uns vielleicht wieder der „Vorwärts" vor die Nase gesetzt werden. Aber das Verhältnis steht wie 10:1. Ich habe in der letzten Zeit die prinzipielle Haltung des „Vorwärts" geradezu bewundert. Das Schwergewicht sollten die Parteischriftsteller nicht darauf legen, immer innerhalb der Partei zu kritisieren, sondern sie sollten ihren Scharfsinn lieber gegen die Gegner richten. (Sehr richtig!) Ich habe mich gewundert, wie Stampfer seine jüngste Leistung verteidigen konnte. Er wohnt doch in Berlin und könnte sich mit seinen Beschwerden über die Haltlosigkeit an die Preßkommission, an den Parteivorstand wenden, damit die Remedur schaffen. Er hätte aber nicht gleich an die Oeffentlichkeit gehen brauchen. Man scheint sich in Berlin nicht mehr anders interessant machen zu können, als daß man die Partei in dieser pfäffischen Art und Weise angreift. Unsere Agitation in der Provinz leidet am meisten darunter. Darum bitte ich Sie, dafür zu sorgen, daß denen der Mund mehr gestopft wird, die den Beruf fühlen, immer an der Partei herumzudoktern. (Lebhafte Zustimmung.)

Wels-Berlin: Genosse Kolb hat gesagt, es komme nicht mehr darauf an, was gesagt werde, sondern wer etwas sage. Allerdings ist es ganz gleich, was der „Vorwärts" sagt. Wenn es nur der „Vorwärts" sagt, so wird es sicher nicht den Beifall des Karlsruher „Volksfreund" und Kolbs finden. (Sehr richtig!) Genosse Kolb müßte doch wissen, daß die Zahl der Parteigenossen nicht gering ist, die gerade ihm und dem Karlsruher „Volksfreund" eine ganz unbestimmte Haltung in der wichtigen Frage des Massenstreiks vorwerfen. Die Haltung Kolbs in dieser Frage nach dem Amsterdamer Kongreß und seine gegenwärtige Haltung vertragen sich ganz und gar nicht miteinander. Ueber das Auftreten des Genossen Alberty habe ich mich gewundert. Als er vor zwei Jahren in Berlin tätig war, hat man von seiner oppositionellen Stellung gegen die Anschauungen der Berliner nichts gemerkt. Wenn er sagte, uns, die wir draußen in der Agitation stehen, wird das Leben so außerordentlich schwer gemacht durch den „Vorwärts", so mag es ja sein, daß er das vor zwei Jahren noch nicht merken konnte. Damals war seine Haupttätigkeit das Auftreten in Kunstabenden und seine wirksamste Rolle war die Vorführung von Max und Moritz. (Heiterkeit.) Wenn man sagt, der „Vorwärts" liefere Material für die Pfaffen, so sage ich,

daß gerade der Stampfersche Artikel vom Reichsverband und von den Pfaffen genügend ausgenützt wird. (Sehr richtig!) Man sollte beinahe meinen, er sei eine Korrespondenz aus der München-Gladbacher Jesuitenschule, eigens zu dem Zweck geschrieben, um die Partei zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Beweis dafür, daß es nicht wahr ist, daß der „Vorwärts" hin und her schwankt, führe ich folgendes an: Stampfer schreibt: „Einstweilen war die Erkenntnis des beginnenden Wahlrechtskampfes auch dem Zentralorgan aufgegangen. Schon mitten im Massenstreiksturm des deutschen Revolutionsjahres 1905 leuchtete ein erstes Morgenrot voll rosigstem Optimismus: Hieß es doch am 14. November: „Noch ist die innere Politik Deutschlands in einem Stadium, in dem die Regierung durch rechtzeitiges Entgegenkommen dem anschwellenden Strom ein ruhiges Bett anweisen kann. Eine proletarierfreundliche Zollpolitik, ein Aufgeben der Polenhetze, ein weitgehendes Arbeiterschutzgesetz, das zum gesetzlichen Achtstundentage führt, das Koalitionsrecht für die Landarbeiter, und endlich und nicht zum mindesten das gleiche und geheime Wahlrecht zu den Landtagen, das sind Maßregeln, durch deren Gewährung die Regierungen sehr wohl bewirken können, daß die verschärften Klassengegensätze in Deutschland in weniger erregten Formen ausgekämpft werden als in unseren Nachbarstaaten." Nun, schon am 14. November schreibt der „Vorwärts" in demselben Artikel, daß die Art und Weise, wie der Kampf in Deutschland sich abspielen wird, nicht von uns abhängt, daß darüber noch kein Urteil gefällt werden könne. Ich zitiere den Satz vom 14. November, auf den es ankommt: „Je länger sie (die Bewegung) aber dauert, desto mehr muß sie auch das übrige Europa in Bewegung versetzen. Vor allem die Nachbarländer. Oesterreich, innerlich völlig zerklüftet, mit einer haltlosen Regierung und einem feurigen Proletariat, kam zuerst dran. Wird aber die Bewegung vor Deutschland Halt machen? Sicher nicht: So ungeheure Umwälzungen wie in Rußland können im Zeitalter des Weltverkehrs nicht spurlos an Nationen vorübergehen, in denen die Klassengegensätze ohnehin schon aufs höchste gespannt sind. Daß auch Deutschland sich regt, ist unausbleiblich. Aber damit ist noch nichts darüber gesagt, welche Formen die Bewegung annehmen wird. Nicht von uns hängt das ab, sondern von zahlreichen Verhältnissen, die wir nicht beherrschen." — Ich bin der Ueberzeugung, daß das der Gedankengang war, der auch gegenwärtig in der Stellung des „Vorwärts" sich ausdrückt, daß aber von einer Schwenkung des „Vorwärts" nicht die Rede sein kann. Darüber will ich nicht sprechen, ob nicht in Berlin unter einigen Parteigenossen die Ansicht vorhanden war, daß der Wahlrechtskampf vielleicht in anderer Art und Weise noch hätte fruktifiziert werden können. Allein, das gehört nicht hierher; hier ist die Stellung des „Vorwärts" zu beachten und die ist — ich bin als Vorsitzender der Preßkommission verpflichtet, ihn besonders aufmerksam zu lesen, — nach meiner Meinung immer die gleiche geblieben. Wenn Heinrich Braun mit der sittlichen Entrüstung, die ihn so ausgezeichnet kleidet, sich zum Hohenpriester der Parteisittlichkeit aufwirft, so ist wohl durch die Lachsalve, die seinem Abgehen folgte, die Wichtigkeit, die er sich selbst beilegte, als er den Genossen Hoch nicht einmal des Ausdrucks der Verachtung für würdig hielt, doch genügend beleuchtet worden. (Sehr richtig!) Wenn Braun dem „Vorwärts" vorwirft, er sei direktionslos, so kann man das von der „Neuen Gesellschaft" allerdings nicht sagen. Sie hat eine bestimmte Direktion. Aber diese dient nicht dazu, die Partei zu stärken, sondern nur Parteigegensätze hervorzurufen, die Parteidisziplin zu untergraben. (Lebhafte Zustimmung.) Die „Neue Gesellschaft" ist ein Organ, dem wir nimmermehr Heimatsrechte in unserer Partei, jedenfalls nicht unter der Direktion, wie sie sie jetzt hat, einräumen können. (Sehr richtig!)

Daß im „Vorwärts" einmal grob zugehauen wird, darüber zu klagen, fällt uns nicht ein. Wir freuen uns, wenn wir mal einen recht kräftigen Artikel sehen. Es geht uns so wie Ihnen in der Provinz, die sich wohl entrüsten, wenn

der „Vorwärts" kräftig zuhaut, die aber ein Schmunzeln nicht unterdrücken können, wenn dem „Vorwärts" in Ihren Blättern einmal gehörig übers Ohr gehauen wird. Wir haben uns nicht zu entrüsten über den Ton. Auf dem Münchener Parteitage hat Kautsky unter dem lebhaften Beifall der Parteigenossen ausgeführt, daß eine gewisse Greisenhaftigkeit dazu gehört, immer wieder über den Ton zu jammern. Als der Liberalismus noch jung und lebenskräftig war, legte er auch auf den guten Ton wenig Wert und da hatte er noch Anklang beim Publikum. Wir sind die Partei des Klassenkampfes, die sich zusammensetzt aus den Tiefen des Volkes und unser Organ muß in einer Sprache geschrieben sein, die das Volk versteht. Ueberfeinerte Sitten und verzuckerte Redensarten dringen nicht in das Herz des Volkes. (Lebhafter Beifall.) Man soll aussprechen, was auszusprechen ist. Die politische Arena ist kein Altjungfernspital, wo man jedes Wort auf die Goldwage legen muß. Ich kann erklären, daß der „Vorwärts" gegenwärtig prinzipiell so redigiert wird, daß er voll und ganz der Ueberzeugung der Berliner Parteigenossen entspricht. Daran wird auch nichts geändert, wenn irgend ein Bäckerdutzend in der Provinz anderer Meinung ist. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Hanau: Auf mich kann der Eindruck Kolbs, als ob es nicht darauf ankommt, was einer schreibt, sondern wer etwas schreibt, nicht zutreffen, denn ich habe mit Stampfer niemals etwas, weder im günstigen noch im ungünstigen Sinne, zu tun gehabt. (Sehr richtig! Widerspruch.) Ich bin nicht eingeschworen auf diese oder jene Auffassung. Ich habe mir die vollständigste Unabhängigkeit in meiner Stellung gewahrt. Deshalb kann es bei mir auch nur darauf ankommen, wie etwas gesagt worden ist, und das habe ich mit der nötigen Deutlichkeit ausgedrückt. Nun wirft man die Frage auf, war es notwendig, diese Angelegenheit überhaupt ins Rollen zu bringen? Da soll sich Stampfer bei seinem Freunde Thiele erkundigen. Denn dieser hat durch sein ungerechtes Vorgehen uns dazu gezwungen, dagegen Stellung zu nehmen. Nun sagt Stampfer, es soll ein Schiedsgericht darüber urteilen, ob Fälschungen vorliegen, und wenn Stampfer ein Fälscher ist, dann soll er aus der Partei hinaus und dann ist die Sache erledigt. Aber, frägt Stampfer weiter, wie ist es nun, wenn sich herausstellt, daß er kein Fälscher sei. Dann kommen wir in eine böse Lage durch die Geschichte. Ja, das hat Stampfer sich selbst zuzuschreiben, meine ich. (Sehr richtig!) Wäre Stampfer nur im Interesse der Partei vorgegangen, dann hätte er diesen Weg nicht einschlagen dürfen. So unschuldig, meine ich, ist Stampfer nicht, daß er dies nicht selber gewußt hätte, und daß er sich nicht genau der Tragweite seiner Handlung bewußt sein mußte. Wenn er vermeiden wollte, daß wir in eine so unangenehme Diskussion hineinkommen, dann wäre der Weg, den Genosse Honrath vorgeschlagen hat, der richtige gewesen, nämlich, daß der Preßkommission und dem Parteivorstand das Material unterbreitet worden wäre. Und wenn diese zu einem Resultat gekommen wären, das ihm, Stampfer, nicht behagte, dann hätte er weiter gehen können. Dieser Weg, der den Parteigenossen vorgeschrieben ist, gilt ebenso für die Schriftsteller. (Lebhaftes sehr richtig!) Wir haben keine Parteigenossen, die über dem Organisationsstatut stehen. (Erneute Zustimmung.) Braun hat gemeint, ich hätte dem Genossen Stampfer bitter unrecht getan und es wäre auch eine Fälschung gewesen, daß ich nicht vorgebracht hätte, daß Stampfer mit der ersten Stelle des „Vorwärts" einverstanden gewesen sei. Ich bin ja nicht der berufene Interpret der Anschauung Stampfers, doch habe ich ausdrücklich erklärt, daß der sachliche Standpunkt Stampfers nicht hierher gehöre; das, worauf es ankam, waren Fälschungen, die gemacht worden sind, und deshalb mußte ich mich einzig und allein darauf beschränken. Nun sagt Braun — und das ist dasselbe, was Stampfer dem „Vorwärts" erwidert hat —: Mein Artikel enthält so und so viel Zitate

aus dem „Vorwärts", und Ihr habt nur einen Teil derselben erledigt. Ich kann mich nicht in den Gedankengang Brauns hineinversetzen. Als ob die vorgenommenen Fälschungen dadurch abgeschwächt werden, daß auch andere ehrliche Stellen vorkommen! (Sehr richtig!) Der „Vorwärts" hatte damals eine ganze Seite darauf verwendet, um nur einen Teil der Fälschungen nachzuweisen und ich bin deshalb hier so vorgegangen, weil ich aus dem Material, das der „Vorwärts" vorgelegt hat, die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Absicht in der Fälschung vorliegt. Ich wollte nicht den Stampfer bereits auf diesem Parteitage ausgeschlossen wissen, sondern nur den Stein ins Rollen bringen, damit auf einem Schiedsgericht die Sache genau untersucht wird. Wenn Stampfer ein Fälscher ist, gehört er nicht mehr in die Partei hinein. (Stampfer: Was ist aber, wenn es umgekehrt ist? Glocke des Präsidenten.) Braun erklärte, er hätte noch nicht einmal ein Wort der Verachtung gegen mich. Daß ich vor Dr. Heinrich Brauns feinem moralischen Empfinden keine Gnade gefunden habe, bedauere ich aufs tiefste. (Große Heiterkeit.) Aber selbst das soll mich nicht abhalten, zu sagen, was ich für notwendig halte. (Erneute Heiterkeit und Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Jasper-Braunschweig dafür und Braun-Königsberg dagegen gesprochen, angenommen.

Pfannkuch (Schlußwort): Der Wunsch, den Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Fraktion den Parteiblättern zur Verfügung zu stellen, kann erfüllt werden. Allerdings wird es nicht möglich sein, die ganze Auflage in Berlin drucken zu lassen. Es können den Parteidruckereien die Platten geliefert werden, wodurch eine wesentliche Verbilligung der Beilage erzielt wird. Die Art und Weise, wie Quessel den Klagen der Pommern Ausdruck gegeben hat, verdient den schärfsten Widerspruch; seine Vorwürfe gegen die Parteisekretäre sind nicht begründet. Es ist nicht wahr, daß die Sekretäre sich ihrer Pflicht nicht bewußt sind oder daß sie ihre Aufgabe vernachlässigen. (Quessel: Zugunsten des Parlamentarismus!) Auch das bestreite ich. Daß kein Mitglied des Parteivorstandes auf den pommerschen Parteitag ging, kam daher, weil ich damals von allen Sekretären allein in Berlin war. Die anderen waren durch Parteiarbeiten gehindert, in Berlin zu bleiben. Ich gebe gern zu, ein Parteisekretär braucht nicht Abgeordneter oder Stadtverordneter zu sein. Aber es liegt in der Hand der Genossen, dem abzuhelfen. Unter der Belastung der Sekretäre durch Mandate ist jedoch bisher noch keine einzige Parteiarbeit unterblieben. (Quessel: Oho!) Ich bitte um Beweise. Solange die nicht vorliegen, bestreite ich das. Wir erledigen alles, wozu es keines Beschlusses des Parteivorstandes bedarf, umgehend. Aber wir müssen sehr oft auf Antwort der Genossen warten. Die Wünsche auf bessere Ausgestaltung der Parteikorrespondenz teilen wir. Wir haben selbst das Bedürfnis, Abhülfe zu schaffen. Die Broschüre über die Reichsfinanzreform war rechtzeitig in Auftrag gegeben. Genosse Bernstein, der sie ausarbeitete, hatte unter den Folgen einer Gasvergiftung mehrere Wochen zu leiden und auch seine Frau war aufs Krankenlager geworfen. Daher die Verspätung. Stampfer, Braun und Thiele haben sich über die Tonart des „Vorwärts" beklagt. Braun hat sich als unschuldiges Lämmlein hingestellt, das kein Wässerchen trübt. Man muß doch die Leute kennen und wissen, welch eifrige Betriebsamkeit sie entwickeln und danach ihre Tätigkeit würdigen. Wäre das rein zufällig gewesen, hätte Stampfer den Artikel zu einer anderen Zeit geschrieben, so hätte man sich selbstredend sehr ruhig darüber auseinandergesetzt, aber, so wie ich die Personen und die Umstände kenne, nehme ich an, daß der Artikel Kollektivarbeit ist. (Stampfer: Nein!) Ich glaube gern, daß kein anderer Genosse auch nur eine Zeile daran geschrieben hat. Braun ist nach der Richtung hin ein ausgezeichneter Redakteur, der sehr gut weiß, was er für seine Zeitschrift braucht. (Sehr

wahr!) Er weiß sehr gut, woher er die Artikel, die er für seinen Zweck notwendig hat, bekommt, er kennt sehr gut die Leute, die sie schreiben können, und weiß auch zu beurteilen, wer sie schreiben will. (Sehr wahr!) Dies Zusammenwirken ist es, was ich als Kollektivarbeit bezeichnet habe. Da muß man sich doch vergegenwärtigen, warum das geschehen ist gerade vor dem Parteitage. Es geschah, um die Verlegenheit auf dem Parteitage wenn nicht zu schaffen, so doch zu vergrößern. Das ist es, wogegen sich die Genossen auflehnen; das ist es, wogegen sie sich sträuben, womit sie nicht mehr behelligt werden wollen. (Zustimmung.) Aus dem Grunde heraus hat auch Hoch in der Art, wie es ihm richtig erschien, seiner Meinung Ausdruck gegeben. Ob der Vorschlag, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen, ein glücklicher Ausweg ist, ist mir außerordentlich zweifelhaft. Ich weiß überhaupt nicht, ob ein Schiedsgericht wirklich zustande kommen würde; denn nach unserem Organisationsstatut kann das nicht von einem einzelnen, sondern nur von einer Organisation beantragt werden. Mir ist es sehr zweifelhaft, ob bei einem schiedsgerichtlichen Verfahren etwas anderes herauskommt, als daß verschiedene Sitzungen abgehalten werden. (Sehr richtig!) Stampfer fragt, ja was wird denn nun, wenn das Schiedsgericht nicht zu einem Ausschluß kommt und ich soll dann nachher wieder eine für die Partei nützliche Tätigkeit entfalten? Würde mir dann nicht vorgeworfen werden, daß ich mir die Belegung mit allerhand Titulaturen habe gefallen lassen müssen? Ja, Stampfer, wenn man sich in solche Verlegenheiten nicht setzen will ... (Stampfer: Nicht ich komme in Verlegenheiten, sondern die Partei!) Die Partei käme um die Verlegenheit, Ihnen einen Auftrag zu geben, herum. Ich glaube, auch der Parteivorstand hat Ihnen in den letzten Monaten überhaupt keinen Auftrag gegeben; die Aufträge haben Sie von der Buchhandlung Vorwärts erhalten. Selbstverständlich wäre es möglich, daß sich der Parteivorstand einmal mit der Frage befassen müßte, ob Sie, je nach dem der Spruch des Schiedsgerichts ausfällt, noch mit Arbeiten für den Verlag betraut werden könnten, ebenso wie Sie darüber zu befinden hätten, ob Sie einen Auftrag ausführen oder aus beleidigtem Ehrgefühl heraus ablehnen wollen. Aber wenn man solche Situationen nicht schaffen will, dann darf man die Vorbedingungen dazu nicht provozieren. Darin liegt das Gefährliche der Handlungsweise. Das ist gefährlicher als die Tatsache der Handlung selbst. Es war eine Provokation und sollte eine Provokation sein. (Sehr richtig!) Mich persönlich läßt es ganz kalt, ob die Zitate vollständig zutreffen, ob ein Wort ausgelassen, und damit der Sinn entstellt ist oder nicht. Mit Zitaten kann man bekanntlich alles anfangen. (Sehr richtig!) Sollen die Genossen in die Lage versetzt werden, solche Vorgänge richtig zu beurteilen, dann muß ihnen das gesamte Material vorgelegt werden. So aber geht es nach dem Grundsatz: Gebt mir drei Worte, und ich bringe jeden an den Galgen! (Sehr gut!) Das Kompliment, lieber Stampfer, mache ich Ihnen: Sie haben die Zitate mit dem Ihnen angeborenen Geschick zusammengestellt. Es war Ihre Absicht, den Effekt zu erzielen, der erzielt ist. (Zustimmung.) Das hätten Sie vermeiden können, Sie hätten den ordnungsmäßigen Instanzenweg beschreiten können, wenn Sie sich durch den „Vorwärts" beschwert fühlten. Ich glaube, ich habe nicht falsch gehört; als diese Meinung von einem anderen Genossen geäußert wurde, haben Sie dazwischen gerufen: „Leipziger Volkszeitung". Die „Leipziger Volkszeitung" glaubt allerdings, ihr stehe ein Aufsichtsrecht zu. Aber sie ist kein Aufsicht führendes Organ der Partei. Das Recht, das sie beansprucht, kann jedes andere Parteiblatt für sich beanspruchen, und die gesamte Parteipresse übt dies Recht gleich der „Leipziger Volkszeitung" aus. Wenn solche Diskussionen Formen annehmen, die das Parteigefühl und die parteigenössische Ehrlichkeit verletzen, dann machen unsere Genossen jedesmal dagegen Front. Mag das Vorgehen Stampfers auch noch so sehr von dem guten Willen diktiert sein, der Partei zu dienen, die Genossen

empfinden das Schädliche eines solchen Vorgehens, sie sind der Meinung, es ist besser, wenn mal ein Parteischriftsteller ein vermeintliches oder wirkliches Unrecht verkneift, als daß er die ganze Partei zum leidenden Teil macht. (Sehr gut!) Wenn nach dieser Richtung die Debatte über den Vorstandsbericht eine gute und heilsame Wirkung ausübt, so ist sie nicht umsonst gewesen. Hoffen wir, daß der Streit nicht nach dem Parteitag mit ungeschwächten Kräften weitergeführt wird, sondern daß Ruhe eintritt, damit wir unsere Tätigkeit den Gegnern gegenüber in voller Kraft zu entfalten vermögen. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch wird mit Rücksicht darauf, daß er längere Ausführungen zu machen hat und daß die Mittagspause bevorsteht, erst am Nachmittag das Schlußwort ergreifen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält sodann das Wort

Stampfer: Zunächst möchte ich feststellen, daß dieser Artikel in keiner Weise Kollektivarbeit ist. Er entsprang völlig meiner eigenen Initiative. Weiter will ich sagen, daß der Weg, der mir angegeben wurde, zu den Instanzen zu gehen, für mich nicht gangbar ist, weil ich als Journalist freie Kritik üben muß. Ich hätte wie ein Revolverjournalist gehandelt, wäre ich vor den Parteivorstand getreten und hätte gesagt: „Ich habe Material und werde es veröffentlichen, wenn ihr meinen Willen nicht tut."

Kaden führt hierauf in seinem Schlußwort zu dem Bericht der Kontrollkommission aus: Der Genosse Hofmann hätte gewünscht, daß die Kontrollkommission zu einer prinzipiellen Festlegung der Streitfälle, die zwischen Partei und Gewerkschaften vorgekommen sind, gekommen wäre. Uns wäre das auch recht gewesen, aber die Kontrollkommission konnte das nicht. Die Kontrollkommission hat diese Fälle nur nach den vorgelegten Akten zu prüfen und danach zu entscheiden. Grimpe hat gemeint, daß die Kontrollkommission bei Prüfung seiner Angelegenheit wohl andere Motive gehabt habe. Wir haben, nachdem uns das Material vorgelegt worden war, die Sache geprüft und ich gestehe, daß mir das eine unterlaufen ist, daß ich gesagt habe, er wolle das Geld von der Parteikasse haben, anstatt von den jetzigen Blättern in Dortmund und Köln. Habe mich aber sofort auf den Zwischenruf des Genossen Gerisch dahin korrigiert. Die Kontrollkommission wird sich damit einverstanden erklären, daß diese Angelegenheit an die Revisionskommission überwiesen wird.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt auf nachmittags 2 Uhr.

Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen kommt noch zur Verlesung, darunter ein solches vom allrussischen Bauernbund im Namen der revolutionären russischen Bauern. (Bravo!)

Schluß der Vormittags-Sitzung 12½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Singer.

Das Schlußwort zum Kassenbericht erhält

Gerisch: Es sind verschiedene Wünsche vorgebracht, auf die ich eingehen muß. Eine Reihe von Genossen war durch die Statistik nicht befriedigt, aber allzusehr können wir dabei nicht spezialisieren. Peirotes meinte sogar, ich hätte nicht die volle Wahrheit gesagt. Dabei habe ich mit Bezug auf Elsaß-Lothringen ausdrücklich gesagt, daß für das gewährte Darlehen sehr reale Werte in Maschinen usw. vorhanden sind. Die Darlehen habe ich natürlich überall mit angegeben, denn sonst wäre uns wieder vorgeworfen worden, daß der Bericht nicht vollständig sei. Leinert hat den Parteivorstand sogar als so eine Art Wucherinstitut

hingestellt. Er meinte, wir nehmen gepfefferte Zinsen. (Heiterkeit.) Nein, wir sagen den Genossen immer: „Wenn ihr Zinsen bezahlen könnt, müßt ihr es tun, wenn ihr nicht zahlen könnt, bleibt es.“ (Leinert: Das ist uns nicht gesagt!) Das ist doch ganz selbstverständlich. Es ist doch nicht unbillig, wenn wir von den Parteigeschäften, die dazu in der Lage sind, Zinsen verlangen. (Sehr wahr!) Ein Klassenparlament wollen wir nicht werden; im Gegenteil, ich will verhindern, daß die Dinge einen solchen Verlauf nehmen, daß wir zur Klassifizierung kommen. Wenn wir verlangen, daß die einzelnen Genossen die Partei dauernd finanziell unterstützen, so müssen wir das Gleiche auch von den Organisationen fordern. Auf allen Provinzialparteitagen kann der Vorstand nicht vertreten sein, das ist einfach unmöglich; aber überall, wo es sich um wichtige Dinge handelt, informieren wir uns sehr genau. Ich selbst bin voriges Jahr zu diesem Zweck 6 Wochen von Ort zu Ort gezogen und habe dem Vorstand sehr genauen Bericht erstattet. Alle Wünsche kann man selbstverständlich nicht befriedigen. Den Hallensern kann ich es nachfühlen, wie sie empört waren, daß sie einmal vor die Klinge genommen wurden. Ich habe aber gesagt, daß es an anderen Orten ebenso ist wie in Halle. Ich habe früher keine Namen angeführt. Das hat nichts genutzt. Dann bin ich deutlicher geworden, die Wirkung war wieder gleich Null. Da mußte ich endlich Namen nennen. Die Hallenser müssen sich damit trösten, daß sie das Opferlamm gewesen sind, das für die ganze Partei bluten mußte. (Heiterkeit.) Ich habe absichtlich die Hallenser genannt, weil die sich noch am ehesten wehren können. Für die Zukunft kann man den Wünschen der Hallenser, daß die anderen, ebenso schuldigen Parteigenossen gleichfalls nicht geschont werden, in der Weise entgegen kommen, daß man alle Wahlkreise, die notorisch in der Lage sind, zahlen zu können, es aber unterlassen, in die Tabelle mit aufnimmt, die Beitragsrubriken aber mit lauter Nullen ausfüllt. Ich wollte bereits in diesem Jahre so verfahren — die Listen waren schon fertig — habe aber doch Gewissensbisse bekommen und mir gesagt, daß man eine solche Maßregel auch erst dann ausführen darf, wenn sie vorher angekündigt wurde.

Ehrhart hat mich mißverstanden. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, jemals in bezug auf die Finanzen Konzessionen zu machen, das widerstreitet der innersten Natur jedes Kassenmenschen. (Heiterkeit.) Nun hat sich Ehrhart gewundert, was mich denn eigentlich veranlaßt hat zu meinem Vorgehen gegen die Bayern. Das ist außerordentlich einfach zu erklären. In dem Hefte der „Neuen Gesellschaft“, das gestern hier verbreitet worden ist, und das nebenbei gesagt die bösartigsten Angriffe gegen Partei und Parteivorstand enthält, steht ein so schöner Artikel über die verschiedensten Arten der Zuneigung, daß ich es schöner gar nicht sagen könnte: Die eine Liebe will die Fehler des Freundes vertuschen, das ist die falsche Liebe; die andere, richtige Liebe sucht die Fehler nur auf, um sie abzustellen, damit die Tugend sich desto besser entfalten kann. Nun, aus dieser Liebe heraus habe ich mir die Bayern einmal vorgenommen. (Heiterkeit.) Daß diese Zuneigung ganz ehrlich gemeint ist, will ich dem Genossen Franz damit beweisen, daß ich ihm die Unterstellung, als hätte ich aus schoflen Motiven, weil der Vorstand selbst ein großes Schuldregister hat, so um mich gehauen und die Bayern als Prügelknaben erküret, in alter Kameradschaft gern verzeihe. Im übrigen aber steht es mit der Ludwigshafener Geschäftserrichtung durch die bayerischen Genossen genau so, wie Ehrhart gestern ausgeführt hat, und ich stehe nicht an zu erklären, daß der bayerische Geschäftsanteil, den ich trage, mir immer der liebste gewesen ist, weil ich vor der Gesamtpartei dabei nichts zu verantworten habe. In den anderen Fällen, wo ich Firmeninhaber oder Mitinhaber bin, ist es nicht so gewesen; da hat der Firmenträger und Buchdruckereibesitzer Gerisch beim Kassierer Gerisch manchmal bös in der Kreide gestanden. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Aber was wollten wir denn machen, das Parteiinteresse erforderte es, daß wir uns der Bewegung in den großen Industrie-

zentren annahmen. Die äußeren Schwierigkeiten für die Entwickelung der Presse waren immens, die inneren Parteiverhältnisse an manchen Orten trostlos, da konnte nur die Gesamtpartei mit ihren starken Mitteln die Sache vorwärts bringen; allerdings die Verantwortung dafür, daß die vielen Zehntausende, die hingegeben wurden, im Interesse der Partei Segen stiften würden, mußte ich persönlich tragen. Diese Verantwortung hat mir manchmal bittere Stunden und schlaflose Nächte bereitet. Diese Sorgen haben mir die Ludwigshafener nicht gemacht. (Heiterkeit.) So sehr ich bereit bin, die übrigen Geschäftslasten, nachdem alles sich so gut entwickelt hat, abzulegen, bayerischer Firmenträger werde ich trotz alledem noch bleiben, wenn die Bayern mich noch haben wollen. (Große Heiterkeit. Lebhafter Beifall.) Ich habe anderen Parteigenossen gegenüber gerade die Pfälzer unzählige Male als Muster hingestellt, die in geradezu vorbildlicher Weise als einsichtige, wohldisziplinierte, das Interesse der Gesamtpartei stets im Auge behaltende Genossen die Errichtung eines eigenen Geschäfts betrieben haben. Und nachdem ich die bayerischen Genossen so oft hinter ihrem Rücken gelobt habe, glaubte ich, ihnen auch mal ins Gesicht einen Tadel aussprechen zu dürfen. (Heiterkeit.)

Wir mußten einmal zu diesen Dingen prinzipiell Stellung nehmen. Bereits kochte es überall in der Partei. Das Grollen in der Parteipresse bewies es. Ueber kurz oder lang hätten wir den schönsten Krach bekommen, und der wäre vielleicht zu recht ungelegener Zeit eingetreten. Deshalb war es besser, die Sache wurde sofort beim Schopfe gefaßt. Wird doch dem Vorstand ohnehin schon der Vorwurf gemacht, daß er alles verkleistere und beschönige. Lesen Sie nur den von mir bereits zitierten Artikel in der „Neuen Gesellschaft", wo es heißt, daß der Vorstand in seinem Bericht an den Parteitag über die Partei nur Anerkennendes zu sagen wisse, wie er vor allen Schäden und Gebrechen die Augen zudrücke. Wie diesem Gebahren gegenüber die Männer von der „Neuen Gesellschaft" noch die einzig wirklichen Genossen seien, die Kritik übten, und den Uebelständen in der Partei furchtlos zu Leibe gingen. (Heiterkeit.) Dieser Sorte von Kritikern bin ich einen Posttag zuvorgekommen. Ich habe mir gesagt, es ist besser, ich setze mich mit den bayerischen Genossen auseinander, als wenn es von anderer Seite geschieht. Und nach den Ausführungen, die wir gestern gehört haben, hege ich keinen Zweifel, daß die bayerischen Genossen auf ihrem nächsten Parteitage Mittel und Wege finden werden, die Steine des Anstoßes zu beseitigen. Mit diesem Erfolge bin ich völlig zufrieden, und ich hoffe, daß die gestrige Aussprache auch nach anderen Seiten hin gute Früchte tragen wird. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstand und der Kontrollkommission Decharge erteilt. Der Antrag Grimpe, seinen Fall zur nochmaligen Prüfung einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt.

Der Antrag 178, daß der Bericht des Parteivorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion in Zukunft sämtlichen Parteiblättern beigelegt wird, gelangt mit der Einschränkung zur Annahme, daß der Parteivorstand nur die Matern den Parteiblättern zur Verfügung stellt. Die Anträge 8, 181,1 und 139, die die Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre wünschen, werden abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, daß der Parteivorstand um einen Sekretär vermehrt wird. Das Anfangsgehalt soll 3000 Mk. betragen, es sei denn, daß der Gewählte in seiner bisherigen Stellung schon ein gleiches Gehalt hatte, in welchem Falle die Höhe des Anfangsgehalts mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vereinbart wird.

Singer: Ich bemerke, daß es zur Anstellung von Hülfskräften eines Beschlusses des Parteitages nicht bedarf, da der Parteivorstand diese Befugnis bereits hat. Wir haben nur geglaubt, die Sache sei wichtig genug, um sie dem Parteitage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten; da sich kein Widerspruch erhoben hat, ist ein besonderer Beschluß darüber nicht nötig. (Zustimmung.)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.
Dreesbach übernimmt den Vorsitz. Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstags-Fraktion.

Dazu liegen vor die Anträge: 47, 48, 49, 50, 51, die sämtlich unterstützt werden.

Große Heiterkeit erweckt die Unterstützung des Antrages 50.

Berichterstatter Schöpflin: Die Tätigkeit der Fraktion wurde vor allem in Anspruch genommen durch die Reichsfinanzreform, die Kolonialforderungen und die Militärpensionsgesetze. Bei der Reichsfinanzreform hat die Partei versucht, durch Anträge auf Reichsvermögenssteuern usw. die Finanzen des Reiches auf eine gesunde Basis zu stellen, vor allem aber auch die indirekten Steuern zu beseitigen; aber die Zolltarifmehrheit setzte allen unseren Verbesserungsanträgen ein „Nein" entgegen. Die Fraktion hat dann versucht, wenigstens die übrigen den Massenkonsum belastenden Steuern, wie die Brausteuer, zu Fall zu bringen. Es ist ihr nicht gelungen. Die Folge ist wieder eine große Belastung der breiten Volksmassen. Bei der Kolonialpolitik haben wir nicht nur die ungeheuerlichen Mißstände, die zutage getreten sind, gegeißelt, sondern auch unsere prinzipielle Stellungnahme zu der Kolonialpolitik überhaupt wieder betont. Die Gründe, die uns veranlaßten, gegen das Offizierspensionsgesetz zu stimmen, sind im Berichte näher dargelegt. Das Mannschaftspensionsgesetz haben wir vergebens versucht, wesentlich zu verbessern. Ueberhaupt ist auf dem Gebiete der Sozialpolitik so gut wie nichts geleistet. Die bürgerlichen Parteien sind der Meinung, die Kompottschüssel sei gefüllt, und diesem Widerwillen der bürgerlichen Parteien gegenüber, weiter ernsthafte Sozialpolitik zu treiben, haben wir uns darauf beschränken müssen, beim Etat des Reichsamt des Innern auf das entschiedenste die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Im übrigen verweise ich auf den Bericht. Die Fraktion hat ihre Aufgabe, für des Volkes Wohl und die Interessen der Arbeiter im Reichstage zu wirken, voll und ganz erfüllt. Den Antrag 47 bitte ich Sie der Fraktion zu überweisen. Was den Antrag 48 betrifft, so ist jener Vorgang bei der „Borussia"-Interpellation von niemand mehr bedauert worden als von der Fraktion. Aber ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen. Das Vorkommnis ist verursacht worden durch eine Reihe von Zufällen; ein auch nur fahrlässiges Versehen der Fraktion liegt nicht vor. Lassen Sie es genug sein mit den Angriffen in der Presse und mit den Anträgen selbst. (Bebel: Sagen Sie es doch, wie es kam!) Es tagten an jenem Tage viele Kommissionen, die bis zum Beginn des Reichstags dauerten. Bis zum Beginn des Referats des Genossen Bömelburg waren die meisten essen gegangen, und als nun ganz unerwartet die Beantwortung der Interpellation abgelehnt wurde, waren noch nicht genug Abgeordnete unserer Fraktion anwesend. (Hue: Die Nationalliberalen haben dagegen gestimmt; sonst wäre die Besprechung trotzdem beschlossen!) Danach bitte ich Sie also, die Anträge 48 und 49 abzulehnen. Den Antrag 50 kann man nicht ernst nehmen. Bisher hat die Fraktion noch immer selbst gewußt, was der Würde der Partei entspricht. Ich halte es für selbstverständlich, daß dieser Antrag abgelehnt wird. Zu Antrag 51 kann ich nur erklären, daß, soviel ich weiß, die Fraktion gegen das Hülfsklassengesetz stimmen wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Hoffmann-Hamburg spricht zu den Anträgen 48 und 49. Der Genosse Schöpflin hat den Zufall als Entschuldigungsgrund angeführt. Das war aber gerade das Tadelnswerte, daß die Genossen bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht früher anwesend waren. Sie kennen doch die Gegner und mußten erwarten, daß die Besprechung abgelehnt wurde. Von den Gegnern

werden solche Vorgänge natürlich noch verdreht und uns in der Agitation alle Augenblicke vorgehalten. Ich darf erwarten, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt.

Leinert-Hannover: In der „Borussia"-Affäre hat Schöpflin um mildernde Umstände gebeten. Die können wir in diesem Falle der Fraktion wohl zubilligen. Aber bei der Steuerdebatte haben wir den nötigen Schwung vermißt, der beim Zolltarif die Agitation für die Partei besonders begünstigte. Es herrschte eine unverständliche Unsicherheit in der Haltung der Fraktion bei der Stellung zur Tantiemesteuer. In der Kommission stimmten unsere Genossen gegen diese Steuer und im Plenum haben sie dafür gestimmt. Aber erst dann wurde erklärt, die Ablehnung sei erfolgt, weil man die Erbschaftssteuer mehr belasten wolle, während wir glaubten, es sei geschehen aus dem Grundsatz heraus: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Mit diesem Grundsatze hat man also gebrochen. Das hätte besser motiviert werden müssen. Die Freisinnigen waren uns manchmal voraus; so blieb es ihnen vorbehalten, einen Antrag auf Reichseinkommensteuer einzubringen. Ganz unverständlich war es mir, daß die Fraktion keine Anträge zum Mannschaftsgesetz stellte, sondern sich auf ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien eingelassen hat. Wenn derartige Abmachungen getroffen werden, verliert die Tribüne des Reichstages ihre Bedeutung, die sie jetzt für uns hat. In Zukunft gibt es im Reichstag Diäten. Da wollen nun die bürgerlichen Parteien Sonnabend und Montag immer sitzungsfrei haben und es ist dann nicht ausgeschlossen, daß Abmachungen getroffen werden, um unsere Partei zu verhindern, Anträge zu den Gesetzen einzubringen. Da muß vom Parteitage ganz entschieden ausgesprochen werden, daß solche Abmachungen von den Parteigenossen nicht gebilligt werden. Ich will ja zugeben, daß wir draußen die parlamentarische Praxis zu wenig kennen, sonst würde uns vielleicht das eine oder andere in anderem Lichte erschienen sein. Aber das muß verlangt werden, daß unserer Fraktion nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie sich die Hände binden läßt, wenn es auf die Abstimmung ankommt. Ferner hätte auch im Fraktionsbericht die verschiedene Stellungnahme der Fraktion zur Tantiemesteuer motiviert werden müssen.

Fuchs-Straßburg: Es wäre erwünscht, daß die Fraktion die elsaß-lothringischen Verhältnisse etwas mehr berücksichtigen möchte, so lange wir keinen eigenen Vertreter von Elsaß-Lothringen im Reichstage haben. Der Reichstag habe für Elsaß-Lothringen eine noch höhere Bedeutung als für andere deutsche Gebietsteile, weil er unter Umständen auch auf die Landesgesetzgebung einwirken könne. Die Fraktion sollte immer und immer wieder durch direkte Anträge das allgemeine Wahlrecht für den Landesausschuß fordern. Speziell auch sollten die Arbeitsverhältnisse der dortigen Eisenbahnarbeiter, deren Koalitionsrecht so brutal unterdrückt wird, mehr berücksichtigt werden. Für den Antrag 50, der den Tavel wegen Teilnahme an der Weinprobe ausspricht, sind wir ja nicht (Heiterkeit), wir wünschten nur, daß man nicht nur für die elsässischen Weine, sondern auch für andere elsässische Verhältnisse Interesse beweist. (Sehr gut!)

Hoch-Hanau: Auch ich war der Ansicht wie der Referent, daß unsere Fraktion gegen das Hülfskassengesetz stimmen werde. Nun hat aber Genosse Fräßdorf eine Erklärung abgegeben, welche darauf schließen läßt, daß die Fraktion unter gewissen Umständen für den Gesetzentwurf stimmen werde. Dies begründete er damit, daß die dem neuen Gesetz entgegengebrachten Befürchtungen teilweise zerstreut seien. Es sei nicht zu erwarten, daß die Behörden die Hülfskassen zu Tode rechnen würden. Nun ist dies aber durchaus nicht das wesentliche Bedenken gegen den Entwurf. Entscheidend ist vielmehr, daß die Kassen unter die unbeschränkte Vormundschaft der Behörden gestellt werden. So lange diese Bestimmungen in dem Entwurf bleiben, muß die Fraktion gegen den Entwurf stimmen. Das wichtigste ist aber, daß die Fraktion vor den Sommerferien

zu diesen und anderen wichtigen Entwürfen gar keine Stellung genommen hat. Ebenso steht es in bezug auf den Entwurf für das Baugewerbe, bei dem es sich um eine wichtige Aktion für den Bauarbeiterschutz handelt. Hier mußte durch eine Massenagitation das Zentrum gezwungen werden, sein Versprechen, die Bautenkontrolle auch durch Beamte aus den Reihen der Arbeiter durchzuführen, endlich erfüllen. Die Fraktion schließt sich zu sehr im Parlamente ab und hält nicht die nötige Fühlung mit der großen Masse der Arbeiter aufrecht. (Sehr richtig!). Gerade in der Sozialpolitik räche es sich, daß nicht Gewerkschaften und Partei genügend zusammenarbeiten. Auch beim Heimarbeiterschutz hätte man die durch die Heimarbeitausstellung herbeigeführte besonders günstige Situation für einen praktischen Fortschritt ausnützen müssen. Ich habe das Empfinden, daß das richtige Zusammenarbeiten in der Fraktion nicht mehr vorhanden ist. Ich bin der Ansicht, daß es gut war, dies hier zur Sprache zu bringen, um unserer Fraktion ein wenig das Gewissen zu schärfen. Ich hatte die Absicht, mich über den ungenügenden Inhalt des Berichtes zu beschweren. Da ich aber gehört habe, daß der Berichterstatter durch Krankheit behindert gewesen sei, den Bericht weiter auszuführen, so sage ich kein Wort darüber. Indes hoffe ich, daß der Bericht im nächsten Jahre besser sein wird.

Scheibe-Dortmund: Mit Recht hat Schöpflin gesagt, daß es den bürgerlichen Parteien zu verdanken sei, daß unsere Sozialreform auf den Hund gekommen ist. Das dürfte die Ursache mit sein, daß gerade jetzt über die Versäumnisse der Fraktion bei der „Borussia"-Affäre so heftige Worte gefallen sind. Es ist lediglich der Entschuldigung Schöpflins zu verdanken, daß hier nicht noch erheblicher über die Fraktion zu Gericht gesessen worden ist. Tatsächlich handelte es sich darum, daß die Fraktion nicht stark genug anwesend war, um die Besprechung der Interpellation durchzusetzen. Bedauerlich ist es, daß unsere Fraktion es nicht für notwendig gehalten hat, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Besprechung unsere Leute auf ihrem Platze waren. Wenn man aber die Entschuldigungsgründe hört, muß man zu einem anderen Urteil kommen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Aber ich muß doch fragen, ob es denn der Fraktion so ganz unerwartet gekommen ist, wie die Sache hier hingestellt wird. Es wäre vielleicht die Möglichkeit vorhanden gewesen, wenn man etwas mehr auf dem Posten gewesen wäre und nicht so viel Vertrauen in die Regierung und in die bürgerlichen Parteien gesetzt hätte. Man mußte sich von vornherein darüber klar sein, daß die bürgerlichen Parteien bei dieser Gelegenheit unsere Fraktion im Stich lassen würden. Daß die Fraktion trotz alledem so lax gewesen ist, verdient entschieden unseren Tadel. und wir Dortmunder haben in der Richtung Stellung genommen, daß wir unsere Stimmung in einer Protestresolution zum Ausdruck gebracht haben. Schöpflin hätte diese Resolution in seinem Berichte mit erörtern können. Wer die westdeutsche Zentrumspresse gelesen und gesehen hat, wie unerhört über die Fraktion hergezogen worden ist, der weiß, wie man gerade diesen Anlaß dazu benutzt hat, zu zeigen, daß man da, wo es sich darum handelt, solch erschütternde Dinge zu besprechen, sehr bedauert, daß unsere Fraktion nicht am Platze war. Daß man dem Zentrum im Rheinland diese Waffe in die Hand gegeben hat, hat unserer Parteikasse 12 000 Mk. gekostet, und ich hätte gute Lust, diese 12 000 Mk. der Fraktion aufzubürden. (Heiterkeit.) Ich möchte doch an die Fraktion die Frage stellen, ob unsere Fraktion bei der Weinprobe ebenso lax gewesen ist wie hier. (Heiterkeit.) Für uns im Ruhrbecken ist die Frage heute erledigt, weil die Sache eine andere Wendung genommen hat, hauptsächlich durch die Reden unserer Fraktionsredner im Reichstage und durch die laxe Stellung des Zentrums im Landtag, so daß die Frage für uns nicht mehr brennend ist. Aber in Zukunft müssen derartige Dinge verhindert werden, und wenn notwendig, muß der Parteitag nach dieser Richtung hin sein Votum abgeben. Der Antrag 48 bedeutet eine etwas zu

große Härte, wenn man die ganzen Umstände ins Auge faßt, aber wenn Sie den Antrag 48 nicht annehmen wollen, dann nehmen Sie den Antrag 49 an. Genosse Hue wird zwar dann sagen, die Sache sei von uns zu schwarz angesehen worden, aber die Dinge liegen so, daß diejenigen, die Sonntag für Sonntag in den Dörfern draußen agitieren, die Stimmung im Volke besser kennen. Hue kannte sie in diesem Falle bei uns nicht genug. (Lachen.) Ich wollte mit diesen Ausführungen ihm im vornherein die Waffe aus der Hand schlagen und bitte Sie nochmals, den Antrag 49 anzunehmen. Die Fraktion aber bitte ich, etwas mehr unter das Volk zu gehen. (Beifall.)

Hue-Bochum: Wenn Scheibe sagt, die schwache Besetzung der Fraktion bei der Beratung der „Borussia"-Interpellation habe uns 12 000 M. gekostet, die eigentlich die Fraktion bezahlen müßte, so möchte ich ihn zuerst einmal bitten, das, was er uns durch seine Rede verdorben hat, aus seiner Tasche zu zahlen. (Sehr gut.) Scheibe hätte sich mit der sachlichen Darstellung von Schöpflin zufrieden geben sollen, umsomehr, als er auf einer Konferenz von Parteifunktionären anwesend war, wo man sich gründlich ausgesprochen und dann geeinigt hat, über diese Sache nicht mehr zu sprechen. (Hört! hört!) Scheibe sagte, ich kenne die Stimmung im Ruhrrevier nicht, während er selbst anscheinend nicht einmal die Stimmung derer kennt, mit denen er im vertrauten Kreise zusammengesessen hat. (Sehr richtig!) Wir mußten annehmen, daß die Regierung die Interpellation beantworten würde, zumal, da auch ein Vertreter des preußischen Handelsministers anwesend war. Die Sitzung wurde sehr pünktlich eröffnet. Das Haus war schwach besetzt, und infolgedessen wird die Regierung sich wohl plötzlich entschlossen haben, die Interpellation nicht zu beantworten. Es stimmt nicht, daß unsere Fraktion an dem Tage überhaupt nicht stark vertreten war. Eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung waren genug sozialdemokratische Abgeordnete da. Daß die Interpellation nicht besprochen wurde, verdanken wir in erster Linie den Nationalliberalen, die den Antrag auf Besprechung nicht unterstützten, obwohl unter ihnen Leute sind, die Berginduſtriegebiete vertreten. Das Zentrum brauchen wir ja nur an die Mitteilung der „Kölnischen Volkszeitung" zu erinnern, wonach diese Fraktion in der Regel so schwach vertreten sei, daß nicht einmal ein formeller Fraktionsbeschluß zustande kommen könne. Ich stelle das fest angesichts der Verdächtigungen, die vom Zentrum gegen uns geschleudert werden, als ob wir unsere parlamentarischen Pflichten schlecht erfüllen. Nachträglich, im Anschluß an die Courrières-Affäre, haben wir übrigens die reichsgesetzliche Regelung der Grubenkontrolle beantragt, und dieser Antrag, der der Stimmung aller Bergarbeiter entspricht, wurde durch das Zentrum unter Führung von Giesberts durchkreuzt. (Hört! hört!) Auf den Vorwurf, daß ich die Stimmung im Ruhrrevier nicht kenne, brauche ich nicht zu antworten. Aus meinem Wahlkreise ist mir noch nie vorgeworfen, daß ich meine Pflichten im Reiche vernachlässige. Von einer großen Erregung gegen die Fraktion ist im Ruhrrevier nichts zu merken, eine solche Animosität zu entdecken, ist das Verdienst von Scheibe gewesen. Die Arbeiterschaft im Ruhrrevier ist mit der Tätigkeit der Fraktion durchaus einverstanden. (Sehr richtig.) Auch die Arbeiter, die dem Zentrum angehören, haben uns wiederholt ihre Anerkennung über unser zielbewußtes Vorgehen im Interesse der Arbeiter ausgesprochen. (Beifall.)

Bebel: Zur „Borussia"-Affäre nur einige Worte. Schon der Referent hat erklärt, daß die gesamte Fraktion die unglückseligen Umstände, die er schilderte, bedauert. Die Fraktion hat auch in ihrer nächsten Sitzung diesen Gegenstand zum Anlaß einer Debatte gemacht. Es ist in der schärfsten Weise das Fehlen so vieler Genossen gerügt worden, und es ist der Beschluß gefaßt, daß, wenn künftig ähnliche Vorgänge zu erwarten sind, der Fraktionsvorstand die fehlenden Fraktionsmitglieder telegraphisch einzuladen habe. Danach haben Sie wohl die Gewähr, daß künftig derartige Vorgänge nicht mehr vorkommen werden. Wollen

Sie Ihr Bedauern über das Vorkommnis aussprechen, so stimme ich auch dafür, aber zur Mißbilligung liegt kein Grund vor.

Wenn Genosse Scheibe ausgeführt hat, die Fraktion habe die Ausgabe von 12 000 Mk. verschuldet, so ist diese Anklage von dieser Stelle aus vor der weiten Oeffentlichkeit ausgesprochen doch etwas ganz Unerhörtes. (Sehr richtig!) Es ist beschlossen worden auf Antrag der Parteigenossen des Ruhrreviers, daß der Verhandlungsbericht über diese Interpellation, die nachher beim Etat des Reichsamts des Innern in ausführlichster Weise erörtert worden ist, in möglichster Massenhaftigkeit im Ruhrrevier verteilt werden sollte, und als wir uns wehrten, die kolossalen Ausgaben, die die Massenherstellung verursacht, allein aus der Parteikasse zu zahlen, haben sich Gewerkschaftsorganisationen bereit erklärt, die Kosten zu tragen, die nachher, ich weiß nicht aus welchen Vorwänden, sich geweigert haben, das zu tun. Daß die Parteikasse die ganzen 12000 M. zu tragen hatte, wäre noch nicht so schlimm, wenn auch bei der Verteilung dieser Masse von Broschüren mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen worden wäre. Genosse Hoch hat gefordert, daß wir namentlich beim Befähigungsnachweis im Baugewerbe eine Massenagitation hätten betreiben müssen. Wenn wir bei jeder derartigen parlamentarischen Forderung Massenagitation betreiben wollten, dann kämen wir gar nicht aus ihnen heraus. (Sehr richtig!) Das schlimme ist, daß, wenn wir einmal Anregungen zu einer solchen Massenagitation geben, die Antwort ist: „Kommt Ihr Abgeordneten vor allem als Redner her." So sollen wir während des Reichstages in Berlin unsere Schuldigkeit tun, und zu gleicher Zeit kommt von hunderten von Orten aus dem ganzen Reiche die Aufforderung an uns, Versammlungen abzuhalten. Das sind zwei Pflichten, die sich nicht mit einander vereinbaren lassen. Außerdem sind wir uns in bezug auf die Forderung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe vollständig klar. Wir haben ein großes Material darüber, haben bereits genügend Stellung genommen, und es sind bereits die Redner bestimmt, die dazu zu reden haben. Wie ich betonen will, gibt es keinen einzigen sozialreformatorischen Vorschlag, für den nicht zwei und drei Redner von der Fraktion bereits vorgemerkt sind, die sich also darauf vorbereiten können. Speziell der Heimarbeiterschutzentwurf kommt, wie der Präsident versprochen hat, im Winter in erster Linie an die Reihe. Es ist unrecht, wenn Genosse Hoch — er kann es ja nicht wissen — behauptet, es sei auch in der Heimarbeitersache von seiten der Fraktion ungenügendes geschehen. Wenn je der Fraktion ein ungerechter Vorwurf gemacht worden ist, dann durch diese Behauptung. Die Heimarbeiterfrage hat die Fraktion seit zwei Jahren beschäftigt. Wir haben nicht weniger wie drei Gesetzentwürfe beraten. Wir haben Kommissionen niedergesetzt. Wir haben die Gewerkschaften eingeladen. Wir haben uns mit den Heimarbeitern in ganz Deutschland in Verbindung gesetzt, und es ist nach vielen Mühen der Gesetzentwurf zustande gekommen, der nun dem Reichstag vorliegt.

Wenn über ein mangelhaftes Zusammengehen der Fraktion mit den Gewerkschaften gesprochen wird, so haben wir doch eine ganze Anzahl Leiter großer Gewerkschaften in der Fraktion. Besser wie die sozialdemokratische Fraktion ist keine andere Fraktion in bezug auf die Personenverhältnisse für sozialreformerische Fragen ausgestattet. Wir haben auch wiederholt selbst von seiten der Gegner die Anerkennung zu hören bekommen, daß, wenn es sich um derartige Fragen handelt, wir immer die besten Fachleute ins Feld schicken können. Einige Worte zur Steuerfrage. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß sich da zum Teil eine schwankende Haltung bemerkbar gemacht habe. Es ist richtig, daß z. B. in der Kommission für die Beratung der Pensionsgesetze konstatiert wurde, daß das Offizierspensionsgesetz einstimmig angenommen worden sei. Wir haben uns bei den Kommissionsmitgliedern — ich habe nicht dazu gehört — erkundigt, ob das wahr sei, und da wurde uns gesagt, es sei ähnlich verfahren worden, wie so

vielfach in anderen Fällen. Am Schlusse der Beratung habe der Vorsitzende gesagt: „Ich darf wohl annehmen, daß das Gesetz angenommen ist", daß also eine formale Abstimmung nicht stattgefunden habe. Das ist eine Art der Abstimmung, die sehr häufig vorkommt, sogar auch im Plenum, wobei es keinem einfällt, weil ein Antrag oder Gesetz in dieser Form angenommen wurde, daß damit ausgesprochen wird, das ganze Haus habe ihm seine Zustimmung erteilt. Natürlich war es unsere Aufgabe, unseren ablehnenden Standpunkt im Plenum klarzustellen. Es wurden Kommissionsmitglieder beauftragt, bei der Generaldebatte klipp und klar den ablehnenden Standpunkt der Fraktion gegenüber diesem Offizierspensionsgesetz klarzulegen. Ich möchte hierbei noch eins bemerken, das namentlich auch für die Tantiemesteuer gilt. Wir haben ein für allemal in der Fraktion festgelegt, daß, wenn es nicht möglich ist, eine Detailberatung eines Gesetzes in der Fraktion vorzunehmen, unseren Kommissionsmitgliedern ein für allemal zu sagen: wir nehmen an, daß Ihr wißt, was Ihr zu tun habt; aber Ihr dürft durch Eure Abstimmung die Fraktion in keiner Form binden. (Sehr richtig!) Nach Beendigung der Kommissionsberatung berät dann die Fraktion das Gesetz und fällt ihre Entscheidung, ohne Rücksicht auf die Stellung der Kommissionsmitglieder. Nun muß ich aber zur Entschuldigung der Genossen, die in der Kommission gegen die Tantiemesteuer stimmten, hervorheben, daß anfangs in der Fraktion allgemein die Meinung vorhanden war, wir hätten gegen diese Steuer zu stimmen, weil dieser ganze Gesetzentwurf eine Halbheit sei, da er aus den besitzenden Klassen eine kleine Schicht in willkürlicher Weise herausnehme, die man im Interesse der sogenannten Mittelstandspolitik auf dem Altar des Vaterlandes etwas rupfen wolle, indem man nur die Aufsichtsräte der verhaßten Aktiengesellschaften heranziehen wollte, während man die große Masse der besitzenden Klassen mit ihren Millioneneinkommen steuerfrei ließ. Unsere Kommissionsmitglieder haben also die Anschauung vertreten, dieser Gesetzentwurf ist ein Nonsens, wenn ihr die besitzenden Klassen heranziehen sollt, dann dürftet ihr nicht derartige Ausnahmen machen, denn unter den 8—10 000 Repräsentanten der Aktiengesellschaften, die besteuert werden, sind eine Anzahl, die jährlich nur 500, 1000, 3000 Mk. als Aufsichtsrat beziehen, allerdings gibt es wieder andere, die 30 000, 40 000 und 160 000 Mk. beziehen, aber die ganze Bourgeoisklasse mit ihren vielen Millioneneinkommen wird davon nicht getroffen. Diese Stellungnahme war also ganz begreiflich. Nachher haben wir uns gesagt: die Tantiemesteuervorlage ist zwar ein verpfuschtes Ding; aber sie ist doch das erste Keilchen in die bestehende Steuerordnung. Sie ist ein Schritt auf dem Wege der direkten Besteuerung und von diesem Gesichtspunkt aus hat sich nachher die Fraktion entschlossen, für diese Steuer zu stimmen, obwohl der Steuerertrag höchstens 6 bis 8 Millionen Mark beträgt. Was das Pensionsgesetz betrifft, so hat man der Fraktion einen Vorwurf daraus gemacht, daß ihre Vertreter im Seniorenkonvent den Abmachungen zugestimmt haben, daß im Plenum keine Anträge mehr zum Pensionsgesetz gestellt werden dürften. Die Sache lag folgendermaßen: wir waren am Ende unserer Beratungen, die Pensionsgesetze waren Jahr und Tag verschoben worden, das Mannschaftspensionsgesetz war eine dringende Notwendigkeit bei den elenden Pensionsverhältnissen, unter denen Zehntausende und Abertausende unserer Parteigenossen leiden, die ihr Blut für das Vaterland haben verspritzen müssen, oder im Militärdienst invalide geworden sind; die Verabschiedung des Gesetzes war also auch von unserem Standpunkt aus wünschenswert. Nun sind die beiden Gesetze ein so außerordentlich kompliziertes Werk, daß es nicht ausführbar ist, an irgend einer Stelle einen Stein herauszunehmen, ohne daß eine ganze Reihe anderer Bestimmungen im Gesetz ebenfalls geändert werden müßte. So sagte man sich: von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wollen wir zustimmen, keine Anträge mehr zu stellen; aber es bleibt der Partei selbstverständlich überlassen, ihren prinzipiellen Standpunkt dem Gesetze gegenüber

klarzustellen, alle die Mängel hervorzuheben, die sie an dem Gesetze sieht und zu proklamieren, welche Verbesserungsanträge sie gestellt hat, überhaupt der Oeffentlichkeit ihre Stellung zu dem Gesetz darzulegen. Das ist geschehen. Sollte es nicht in genügendem Maße nach Meinung der Genossen geschehen sein, dann bedauere ich das. Auf der einen Seite war an eine Aenderung nicht zu denken, auf der anderen Seite aber sind zur Genüge und in scharfpointierter Weise die Gesichtspunkte entwickelt worden, die wir für maßgebend erachteten. Den Genossen aus Elsaß-Lothringen möchte ich erwidern, daß uns jahrelang in der Budgetkommission Dutzende von Petitionen aus Elsaß-Lothringen, aus der Eisenbahnverwaltung, zugegangen sind, niemals aber ist ein einziger der elsaß-lothringischen Bahnarbeiter an uns herangetreten. Wir können jedoch in der Kommission nicht für Dinge eintreten, von denen wir nichts wissen. Ich kann also nur die elsaß-lothringischen Genossen bitten, daß sie dafür sorgen, daß die Bahnarbeiter ihre Beschwerden formulieren und an uns bringen, und dann können sie versichert sein, daß wir dieselben auch wahrnehmen werden. (Bravo!)

Stadthagen-Berlin: Nur einige Worte zum Antrag 51. Schöpflin hat bereits erklärt, daß innerhalb der Fraktion niemals eine Meinungsverschiedenheit darüber bestand, daß in der Tat auf das allerschärfste gegen dieses Gesetz Stellung genommen werden müsse. Ich bedauere, daß Fräßdorf — ich weiß nicht wodurch — verhindert ist, anwesend zu sein. Mit seiner von Schöpflin erwähnten Aeußerung kann er nur gemeint haben, daß einige Bedenken auf rein pekuniärem, finanziellem, bureaukratischem Gebiet weggeräumt sind, keineswegs kann er gemeint haben, daß irgend welche Hauptbedenken weggeräumt sind. Fräßdorf war mit mir in der ersten Lesung in dieser Kommission und hat dort mit aller Energie den Standpunkt vertreten, daß das Gesetz unannehmbar ist. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Arbeiterklasse aufs allertiefste berührt. Angeblich soll es gegen die Schwindelkassen eine Handhabe bieten. Davon kann aber keine Rede sein. Den Schwindelkassen würde im Gegenteil durch Annahme des Gesetzes freieste Bahn geschaffen, und ferner würden die Arbeiter auf dem Gebiete des Versicherungswesens zurückgedrängt sein auf die Lage, in der sie sich vor 1869 befunden haben, an Stelle des Rechts, Hülfskassen zu errichten, tritt die Willkür von Behörden. Es gibt Mittel zur Eindämmung der Schwindelkassen. Dahin zählen: Schutz der freien Kritik, Beseitigung des Anklageprivilegs auf diesem Gebiete, Ausdehnung des Kreises der Versicherten, Beseitigung der Zersplitterung des Kassenwesens, der Schädigung der Versicherten durch Innungs-, durch Knappschafts-, durch Betriebskassen usw., Beseitigung anderer Mängel im Kassengesetz, wie z. B. der Erschwerung einer Doppelversicherung. Nach all diesen Richtungen haben wir Anträge gestellt. Sie sind abgelehnt. Abgelehnt wurde auch, objektive Merkmale für Schwindelkassen, z. B. Höhe der Verwaltungskosten, chikanöse Handhabung der Statuten, Generalversammlungen unter Ausschluß demokratischer Selbstverwaltung. Nach allen diesen Richtungen hat man unsere Anträge abgelehnt. Das Gesetz soll in Wahrheit keineswegs den Schwindelkassen entgegentreten. Ausbau der sozialen Zwecke der Krankenversicherung wäre ein Schutz gegen Krankenkassen; das Gesetz geht den umgekehrten Weg: es sucht soziale Zwecke zu unterdrücken. Das hat die Ablehnung so ziemlich aller von uns gestellten Anträge gezeigt. Es will die Hülfskassen von dem Belieben der Behörden abhängig machen. Aber ich bezweifle nicht im geringsten, daß das Hülfskassengesetz nicht nur den Zweck hat, den Krankenkassen die Selbstverwaltung zu nehmen, sondern auch den Gewerkschaften, denen Sozialdemokraten angehören, Schwierigkeiten zu bereiten, sie als nicht gestattete Versicherungsvereine zu erklären usw. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Sie, falls Sie überhaupt sich hierüber noch ausdrücklich äußern wollen, erklären, daß ein derartiges Ausnahmegesetz selbstverständlich abzulehnen ist. (Bravo!) Ich will nur auf einige Punkte eingehen, die Ihnen zeigen, von welchem antisozialen Geiste diese

Novelle durchdrungen ist. Es soll den Krankenkassen danach nicht gestattet sein, Versammlungen zu beschicken, die über Prophylaxe beraten; bei Gewährung der erforderlichen Hebammendienste soll keine freie ärztliche Behandlung, Familienunterstützung usw. gewährt werden können. Ausdrücklich abgelehnt worden ist, daß § 20 in der Art ausgelegt werden soll, daß es einzelnen Kassen gestattet ist, an Krankenkassenkongressen und hygienischen Kongressen und dergleichen teilzunehmen. Außerdem geht das Gesetz nicht nur gegen die Krankenkassen, sondern es ist auch direkt gegen die Berufsvereine wie die Gewerkschaften gerichtet. Das ersehen Sie daraus, daß z. B. alle Anträge abgelehnt sind, die darauf abzielten, Berufsvereine nicht etwa als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes gelten zu lassen, wenn sie soziale Zwecke durch Zahlung von Zuschüssen zu Krankengeldern, Invaliden- und Sterbegeldern oder durch Errichtung von Witwen-, Waisen- oder Arbeitslosenunterstützung und dergleichen erfüllen. Die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Kampfesnatur des Gesetzentwurfs geht auch daraus hervor, daß selbst der Antrag abgelehnt ist, der erklärte, daß wegen politischer oder religiöser Ueberzeugung oder Betätigung der Kassenmitglieder, des Kassenvorstandes oder der Kassenbeamten einer Hülfskasse die Genehmigung zur Errichtung nicht versagt oder die Kasse nicht gar aufgelöst werden dürfe.

Hoch-Hanau: Die Gründe, die Bebel gegen meine Ausführungen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Solche Massenagitation, wie ich sie angeregt habe, haben wir seit Jahren leider gar nicht mehr gehabt. Wir hätten auf Grund der Vorarbeiten der Zentral-Kommission für Bauarbeiterschutz sehr wohl unter den Bauarbeitern agitieren und ihnen zeigen können, daß die bürgerlichen Parteien sie mit einer bloßen Resolution abspeisen. Auch für den Heimarbeiterschutz hätte die Situation besser ausgenützt werden können, ich habe ja entsprechende Anregungen in der Presse gemacht. Unsere Fraktion hätte die bürgerlichen Parteien festnageln und sie anstoßen müssen, wirklich etwas für die Heimarbeiter zu tun. Hier könnten Partei und Gewerkschaften gemeinsam arbeiten. Ich wollte der Fraktion nur mal den Kopf waschen, hoffentlich wird es nutzen. (Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann ruft: Du kommst ja das nächste Mal wieder! (Große Heiterkeit.)

Pfannkuch: Bauarbeiterschutz und Heimarbeiterschutz sind bekanntlich Spezialitäten von Hoch. Hoch hat aber nicht das entkräftet, was Bebel gesagt hat, daß nämlich für eine umfassende Agitation doch wieder zum größten Teil die Reichstagskollegen in Anspruch genommen wären. Hoch weiß doch aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter, daß auch er oft aus triftigen Gründen den Anforderungen nicht entsprechen konnte. Wird aber eine Agitation mit unzureichenden Kräften entriert und tritt ein Fehlschlag ein, dann setzt die Kritik erst recht ein. Bebel hatte dem Genossen Fuchs aus Elsaß-Lothringen den Rat gegeben, sein Material einzusenden. Tatsächlich hatte Fuchs mich gebeten, im Reichstag die Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten im allgemeinen und besonders die der Eisenbahnarbeiter zur Sprache zu bringen. Er hat auch das Material rechtzeitig an das Parteibureau gesandt. Ich persönlich hatte mich verpflichtet, es im Reichstag vorzubringen: aber man ist nicht immer Herr seines Geschickes. Ich schleppte mich, trotzdem ich sterbenskrank war, bis vor den Reichstag, mußte mich aber wieder ins Bett legen, weil ich mich nicht aufrechthalten konnte, so gern ich wollte. Ich konnte den Auftrag nicht ausführen, ich war an die Grenze meiner physischen Leistungsfähigkeit gekommen. Ich verspreche aber dem Genossen Fuchs, daß das, was in der vorigen Session nicht möglich war, in der nächsten Session nachgeholt wird. Noch ein Wort über die Ausgabe von 12 000 Mk. anläßlich der „Borussia"-Affäre. Die Ausgabe war nicht deshalb nötig, weil die Interpellation nicht an dem ersten zur Beratung angesetzten Tage zur Besprechung gekommen ist, sondern weil die beteiligten Verbände, der

Metallarbeiterverband und der Bergarbeiterverband, die Veröffentlichung des gesamten Materials im vollen Umfange verlangten. Die Organisationen erklärten sich bereit, je ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Demnach wäre also nur ein Drittel auf die Parteikasse gefallen. Der Metallarbeiterverband hat sich von der Verpflichtung zurückgezogen, indem er selbständig das Material veröffentlichte; der Bergarbeiterverband wird sich hoffentlich seiner Verpflichtung, zu zahlen, nicht entziehen. Der Parteivorstand ist also auch da mit aller Vorsicht vorgegangen. Aber da das Dortmunder Geschäft auf Realisierung seiner Forderung drang, hat der Vorstand das Geld vorläufig verauslagt. Das Dortmunder Geschäft ist also nicht zu kurz gekommen.

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich bemerkt

Scheibe: Es hat mir vollständig ferngelegen, Hue vorzuwerfen, daß er agitatorisch nicht tätig sei, ich wollte das nur gesagt haben mit Bezug auf seine politische Betätigung. Die Herausgabe der Reichstagsverhandlungen über die Borussiaaffäre halte ich für überflüssig, wenn die Fraktion auf dem Posten gewesen wäre, daher meine Stellungnahme.

Hue: Der Vorredner meint, ich hätte nicht genügend politisch agitiert. Ich stelle fest, daß es im Wahlkreise Bochum nicht einmal im dritten Teil der Orte möglich ist, Versammlungen abzuhalten, weil das „tolerante" Zentrum uns systematisch die Säle abtreibt. (Hört! hört!)

Schöpflin (Schlußwort): Ich habe keineswegs eine Schuld der Fraktion zugegeben und um mildernde Umstände gebeten. Das Lob, das Leinert den Freisinnigen gezollt hat, trifft nicht zu. Die Freisinnigen beantragten zwar eine Vermögenssteuer, aber zur Deckung der Kosten der Flottenvorlage. Bei den Militärpensionsgesetzen haben wir wichtige Aenderungen durchgesetzt. Daß die Fraktion sich zu sehr abschließt, weise ich zurück. Wir müssen sogar in ganz außerordentlichem Maße agitatorisch tätig sein, so daß unsere Arbeit im Parlament oft darunter leidet. Die Fraktion hat ihre Schuldigkeit in vollem Maße getan. Die Debatte hat ja auch gezeigt, daß der Parteitag im allgemeinen damit zufrieden war.

Der Antrag 47 wird der Fraktion zur Erledigung überwiesen, Antrag 48 abgelehnt, Antrag 49 angenommen, Antrag 50 unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt, Antrag 51 gleichfalls abgelehnt.

Auf Vorschlag des Bureaus tritt der Parteitag in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Der internationale Kongreß 1907.

Hierzu liegt außer der Resolution 144 nur der Antrag 115 vor, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Berichterstatter **Singer**: Ich glaube, ich werde mit meinem Referat den Parteitag nicht lange Zeit in Anspruch zu nehmen brauchen. Ich habe die Ueberzeugung, daß über meinen Antrag, den Internationalen Kongreß zu beschicken, absolut keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ebenso wenig wird darüber eine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß, seitdem der Internationale Kongreß beschlossen hat, ein internationales Bureau zu schaffen, um die der Arbeiterklasse aller Länder gemeinsamen Aufgaben auch international zu behandeln, dadurch der Arbeiterklasse aller Länder wesentliche Dienste geleistet worden sind. (Zustimmung.) Das internationale Bureau hat die ersten Jahre benutzen müssen, die Organisation von Land zu Land zu vereinbaren und zu stärken, und wenn bei Eröffnung des Parteitages mit Freude darauf hingewiesen werden konnte, daß es gelungen ist, die französischen Genossen zu einer Einigung zu veranlassen, wenn ferner in Aussicht gestellt werden konnte, daß auch die englischen Genossen die Einigung vollziehen werden, und wenn wir zu unserer

besonderen Genugtuung gehört haben, daß in Rußland die verschiedenen Gruppen sich zusammengeschlossen haben (Beifall), dann müssen wir der Tätigkeit des internationalen Bureaus, des Exekutivkomitees und seiner Sekretäre den Hauptanteil an diesen erfreulichen Erfolgen zuschreiben, und wir können nur dankbar diese Tätigkeit konstatieren, weil auch wir gewillt sind, die internationale Solidarität, die Brüderlichkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Das Proletariat hat die Gründung des internationalen Bureaus nicht nur nicht zu bedauern, sondern wir können erfreulicherweise von Erfolgen berichten. (Beifall.) Die Tätigkeit des internationalen Bureaus wird auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß zur Kenntnis aller Beteiligten gebracht werden. Soweit es möglich war, hat bereits unsere Parteipresse von den Tagungen des internationalen Bureaus Mitteilung gemacht, und ich kann es mir daher ersparen, heute im einzelnen darauf einzugehen. Als in Amsterdam auf dem letzten Kongreß beschlossen wurde, den nächsten Kongreß in Deutschland abzuhalten, da war die deutsche Partei darüber auf das höchste erfreut. Es könnte ja verwunderlich erscheinen, daß Deutschland so spät an die Reihe kommt, aber ich brauche hier keine Erörterung darüber zu pflegen, aus welchen Gründen man bisher davon abgesehen hat. Nun aber, nachdem der Kongreß diesen Beschluß unter der warmen Befürwortung der deutschen Vertreter gefaßt hat, bin ich überzeugt, daß die deutsche Partei alles aufbieten wird, um den zum erstenmal in Deutschland tagenden Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß zu fördern und seine Arbeit nach Möglichkeit zu unterstützen. (Beifall.) Wenn der nächste Internationale Kongreß in Stuttgart stattfindet, werden die Vertreter der Arbeiter aller Länder sich einfinden, um auf deutschem Boden darzutun, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt sich nicht getrennt fühlt durch Grenzpfähle. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, daß der Kongreß in Stuttgart eine Tätigkeit entfalten wird, die aller Welt den Beweis liefert, daß der gewaltige und mächtige Bund der Arbeiterklasse aller Länder auch in Deutschland zur vollen Wirkung und zum Ausdruck kommen wird. (Bravo.) Darüber also, daß dieser Kongreß von Deutschland beschickt wird, herrscht kein Zweifel, und daß es notwendig ist, daß die Solidarität des internationalen Proletariats durch die Aussprache der Vertreter der verschiedenen Länder gefördert wird, und daß es dazu keine bessere Gelegenheit gibt, als die Internationalen Kongresse, auch darüber besteht unter uns keine Meinungsverschiedenheit. (Sehr richtig!) Wenn ich Ihnen also empfehle, daß der Parteitag die Genossen auffordert, den 1907 zum erstenmal in Deutschland stattfindenden sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung der Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschicken, wird der Parteitag einmütig diesem Vorschlag zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Ich wende mich nun dem zweiten Teil der Resolution zu. Es ist ganz erklärlich, daß die Tatsache, daß im nächsten Jahre zum erstenmal ein Internationaler Kongreß auf deutschem Boden tagen wird, die Neigung zur Beschickung dieses Kongresses in Deutschland wesentlich stärken wird. Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß Deutschlands Arbeiterklasse mit großem Interesse diesem Kongresse entgegensieht, und daß die deutschen Arbeiter, sowohl die politisch, wie die gewerkschaftlich organisierten, sehr geneigt sein werden, die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften möglichst stark vertreten zu lassen. (Sehr richtig!) Nun aber glaube ich, daß wir durch eine zu große Zahl der deutschen Delegierten die Arbeit des Kongresses eher beeinträchtigen als fördern würden. (Sehr richtig!) Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß der Kongreß seine Arbeit vollkommen und unbeeinträchtigt erfüllen kann, und unsere Wünsche auf starke Beschickung des Kongresses in einem gewissen Umfang einschränken.

Ich glaube daher, daß die Parteileitung, welche durch mich diesen Vorschlag machen läßt, in Ihrem Sinne handelt, wenn sie vorschlägt, die Zahl der

deutschen Delegierten auf eine bestimmte Höchstziffer festzulegen. Ein solcher Vorgang ist nicht neu in der Geschichte der Internationalen Kongresse. Ich weise darauf hin, daß die Schweizer Genossen, als der Internationale Kongreß in Zürich tagte, in derselben Weise verfahren sind, ebenso die französischen Genossen in Paris, und die belgischen in Brüssel. Ich glaube, die Zahl, welche wir gegriffen haben, reicht aus, um auch das höhere Interesse, welches der Kongreß bei den deutschen Genossen erregen wird, zu befriedigen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei den bisherigen internationalen Kongressen die Deutschen gewöhnlich, Gewerkschaft und Partei zusammen, etwa 70—80 Personen stark waren, so glaube ich, daß wir mit der Gesamtzahl von 300, die wir Ihnen vorschlagen, alle Ansprüche zu befriedigen imstande sind. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird also kaum jemand, der von seinen Genossen für würdig erachtet wird, auf den internationalen Kongreß geschickt zu werden, Einbuße zu erleiden brauchen. (Sehr richtig!) Aber selbst wenn das der Fall wäre, würde es unsere Pflicht als Vertreter des Landes, in dem der Kongreß tagt, sein, uns eine gewisse Einschränkung und Bescheidenheit aufzuerlegen, weil wir den ausländischen Delegierten in keiner Weise irgendwelche Unbequemlichkeiten machen wollen. Dasselbe Interesse, welches wir an der Einschränkung der Delegiertenzahl haben, wird auch bei den Gewerkschaften vorhanden sein, und da wir den Wunsch haben, auch auf diesem Gebiet mit den Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen und hoffen wir, daß die Gewerkschaften sich ebenfalls dieser Kontingentierung anschließen. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, einen die Gewerkschaften verpflichtenden Beschluß zu fassen. Es fällt uns auch gar nicht ein, so anmaßend zu sein, daß wir den Gewerkschaften vorschreiben wollen, was sie zu tun haben; davon kann gar keine Rede sein. Aber ich glaube den Wunsch aussprechen zu dürfen, daß die Generalkommission bei den Verbänden unseren Vorschlag befürwortet. Das ist unser gutes Recht und in dem vorliegenden Falle unsere Pflicht, und wir dürfen uns um so mehr der Hoffnung hingeben, daß auch die Gewerkschaften dieser Auffassung beitreten, als ich mitteilen kann, daß die Generalkommission, an die wir uns gewendet haben, prinzipiell dem von uns vertretenen Standpunkt beitritt, aber noch nicht in der Lage ist, einen definitiven Beschluß zu fassen, weil sie den Vorständen der Verbände diese Frage zur endgültigen Entscheidung vorlegen muß. Wir müssen uns für heute damit begnügen, den Wunsch auszusprechen, daß auch die Generalkommission unserer Auffassung beitritt, und die Schritte tut, die notwendig sind, um einen solchen Beschluß der Gewerkschaftsverbände herbeizuführen. Ich empfehle Ihnen also auch den zweiten Teil der Resolution zur Annahme. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß ich das feste Vertrauen habe, daß die deutsche Arbeiterklasse, die im nächsten Jahre zum erstenmal einen internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß im Reiche sehen wird, alles aufbieten wird, unseren ausländischen Brüdern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind in der glücklichen Lage, an dem Ort, wo der Kongreß tagt, eine Mitgliedschaft zu haben, die schon oft bewiesen hat, daß sie es versteht, große Tagungen zu arrangieren. Das internationale Bureau wird selbstverständlich noch in diesem Jahre eine Sitzung abhalten, in der die Einzelheiten für den Kongreß vorbereitet werden, es wird die provisorische Tagesordnung festgestellt, und dafür Sorge getragen werden, daß die Berichte der einzelnen Länder zeitig genug eingehen, damit die Delegierten bereits Kenntnis von dem Inhalt dieser Berichte vor Beginn des Kongresses haben, um dann um so fruchtbarer diese Fragen bearbeiten zu können. Der Parteivorstand in Verbindung mit dem internationalen Bureau und den Genossen Stuttgarts wird alle Vorbereitungen treffen, um ein glückliches Gedeihen des Kongresses zu ermöglichen. Wir wollen aber auch an dieser Stelle bekunden, daß wir die internationalen Kongresse als ein Mittel zur Stärkung der Brüderlichkeit,

Solidarität und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse aller Länder für durchaus notwendig erachten. Und gerade bei der gegenwärtigen Weltlage ist es Aufgabe und Pflicht des internationalen Proletariats, Wacht zu halten, und dafür zu sorgen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats, ungestört durch etwaige dem Kapitalismus und dynastischen Interessen dienende Kriege, propagiert werden kann. (Beifall.) Wie Sie aus den Ansprachen der Genossen aus dem Auslande gesehen haben, haben dieselben der deutschen Sozialdemokratie sehr hohe Anerkennung gezollt. (Beifall.) Diese stete Anerkennung hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, unsere Agitation zu fördern, da sie uns doch gezeigt hat, mit welchem Interesse unsere Arbeit von den Bruderparteien verfolgt und begleitet wird. (Sehr richtig!) Zeigen wir uns daher dankbar, indem wir dazu beitragen, daß der nächste internationale Kongreß erfolgreich arbeiten kann und versprechen Sie, daß jeder sein möglichstes tut, damit der Kongreß in Stuttgart sich würdig seinen Vorgängern anreihen kann. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die von Singer vorgeschlagene Resolution (144) ohne Debatte einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag von Singer berät der Parteitag nunmehr die Anträge, die sich mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen: 120, 121, 122, 123, 133 Abs. 2, 135, 137 und 138.

Den Antrag 120 begründet

Zubeil-Berlin: Es gibt wohl kaum eine wichtigere Frage, als die Landarbeiterfrage, diese Frage muß auf dem nächsten Parteitag ausgiebig erörtert werden, damit die Genossen, die auf dem Lande agitieren, einheitlich vorgehen können. Ich habe mich gefreut, daß die Frage auf der Frauenkonferenz eingehend behandelt ist. Das sollte auch der Parteitag tun, um Mittel und Wege zu finden, wie wir die Landarbeiter zu Sozialdemokraten erziehen können. Die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sind verschieden, um so notwendiger ist es, daß wir gegenseitig unsere Erfahrungen austauschen. Deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Pfannkuch: Es tut mir leid, daß ich gegen den Antrag sprechen muß, aber ich halte es nicht für ratsam, schon jetzt die Tagesordnung des nächsten Parteitages festzulegen. Der Parteivorstand könnte dadurch in eine Zwickmühle geraten, er müßte sich unter Umständen über den Beschluß hinwegsetzen. Es ist ratsamer, solche Anträge dem Vorstand zu überweisen. Ich kann konstatieren, daß diesmal die provisorische Tagesordnung allgemeine Zustimmung fand. Schreiben Sie dem Parteivorstand keine Marschroute vor, sondern überweisen sie ihm diesen und ähnliche Anträge. Auf dem nächsten Parteitag müssen vor allem die Reichstagswahlen behandelt werden. Wir werden es uns sehr überlegen müssen, ob wir da die Tagesordnung noch mit anderen Dingen bepacken dürfen.

Rubeil beantragt nunmehr im Einverständnis mit den Antragstellern, den Antrag dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Molkenbuhr: Ob wir den Antrag annehmen oder zur Berücksichtigung überweisen, kommt schließlich auf dasselbe hinaus. Wir werden uns auf dem nächsten Parteitage außer mit den laufenden Angelegenheiten und den Reichstagswahlen auch mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses zu befassen haben. Das für die Landarbeiter erforderliche Agitationsmaterial kann nicht der Parteitag liefern. Das müssen die Genossen sich selbst verschaffen unter Berücksichtigung der Verhältnisse der verschiedenen Landesteile. Worauf es ankommt, das sind unsere Forderungen. Bisher haben wir für die Landarbeiter das gleiche gefordert, wie für die Industriearbeiter. So brennend ist die Frage nicht, obwohl es ganz gut wäre, wenn einmal das Elend der Landarbeiter in der breiten Oeffentlichkeit geschildert würde.

Hierauf wird der Antrag 120 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen

Schulz-Bremen begründet den Antrag 121: Die Vertreter des Parteivorstandes werden wohl auch diesem Antrag widersprechen, aber trotzdem können wir davon nicht absehen. Eigentlich hatte ein nichtabstinenter Genosse die Begründung unseres Antrages übernommen, um dadurch zu bekunden, daß ein solcher Antrag nicht nur die Abstinenten angeht. Da der Genosse nicht anwesend ist, muß ich für ihn einspringen. Wenn Sie den Antrag annehmen, so führen Sie damit lediglich einen Beschluß des Bremer Parteitags aus, daß die Presse sich mehr mit der Alkoholfrage beschäftigen und auf die Schäden des Alkoholgenusses hinweisen soll. Das ist bisher nicht in genügendem Maße geschehen. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, so verpflichten Sie sich damit nicht etwa, Abstinenten zu werden. Wir wollen nur die Massen mehr als bisher auf die Gefahren des Alkohols hinweisen, und das kann am besten durch ein Referat nebst der vorhergehenden und der nachfolgenden Diskussion geschehen. Veröffentlicht der Referent vorher seine Resolution, so wird sich daran eine lebhafte Diskussion in der Presse anknüpfen, und das ist von hoher Bedeutung. Ich bitte Sie, es mit dem Antrag nicht wieder so zu machen, wie im Vorjahre, wo Sie diesen Antrag in Verbindung mit dem Antrag, die Erziehungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, dem Parteivorstand überwiesen haben; ich bitte Sie vielmehr, unseren Antrag ohne Einschränkung anzunehmen.

Bruhns-Kattowitz: Als ich mich vor fünf Jahren zuerst ernstlich mit der Alkoholfrage beschäftigte — sie ist wirklich nicht mit einigen trivialen Redensarten und mehr oder minder schlechten Witzen zu erledigen — habe ich, wie bei allen Fragen des öffentlichen Lebens, mich gefragt: Kann dabei für die Arbeiterbewegung ein Vorteil herauskommen? Und ich bin nach reiflichster Ueberlegung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Alkoholismus ein gewaltiges Hindernis der Aufklärungsarbeit und unserer organisatorischen Bestrebungen ist und daher von den Parteigenossen entschieden bekämpft werden muß. Daß ich dann, einmal entschlossen, diesen gefährlichen Schädiger der Arbeiterbewegung zu bekämpfen, selbst Alkoholabstinent wurde, ist selbstverständlich. Wenn mich irgend etwas in meiner Ueberzeugung festigen konnte, so waren das die Erfahrungen, die ich in den nun drei Jahren meiner Tätigkeit im oberschlesischen Industriebezirk gemacht habe. Dort feiert der Alkoholismus seine furchtbarsten Triumphe, insbesondere an Lohn- und Vorschußtagen, — die Gruben- und Hüttenbarone zahlen ihren Arbeitern am Ersten des neuen Monats gnädigst einen Teil des im vorhergehenden Monat verdienten Lohnes und nennen das — Vorschuß geben, den Rest zahlen sie dann am 15. des anderen Monats. Da sieht man jeder Beschreibung spottende Szenen. In den zahllosen Schnapsspelunken stehen die Armen dichtgedrängt bis in die fernsten Ecken der schmutzigen Räume — Tische und Stühle gibt es meist nicht — und trinken den entsetzlichen Fusel oft bis sie sinnlos zusammensinken. Weiber und Kinder zerren und schleppen die Männer unter Schimpfen und Heulen aus den Kneipen und von den Straßen nach Hause, um wenigstens einen kleinen Teil des ohnehin jämmerlichen Lohnes für die kommenden zwei Wochen elendesten Lebens zu retten. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun. Es ist nicht möglich, all' das Elend und Unglück in wenigen Worten zu schildern. Es ist so groß, daß in Oberschlesien ein großer Teil der katholischen Geistlichen, daß auch die Polenpartei durch Förderung der Abstinenzbewegung demselben entgegenzuwirken sucht. Auch Staat und Gemeinden suchen neuerdings zu wirken, allerdings nur mit rohen mechanischen, nur erbitternd wirkenden Polizeimaßregeln. Wie unter solchen Verhältnissen die Arbeiterbewegung steht, kann man sich denken. Wir kommen sehr viel langsamer fort, wie anderswo. Es liegt mir nun fern, zu sagen, daß hier eine Agitation für Alkoholabstinenz das erste Hülfsmittel wäre, nein, zunächst wäre das ein Grund, die Leute noch schwerer zu gewinnen. Erst wenn der Organisationsgedanke in seinen einfachsten Formen in die Köpfe gebracht ist, sollten durch die Aufklärung über den furchtbaren Feind der Arbeiter

die Gewonnenen rascher und sicherer wie heut, zu brauchbaren, klaren und opferwilligen Mitkämpfern gemacht werden. Und noch eins kommt hier in Betracht: Wir gewinnen durch Bekämpfung des Alkoholismus die Frauen, die willigen Werkzeuge der Pfaffen, die gerade in Oberschlesien unsere zähesten Gegner sind, viel leichter für die Bewegung. Die Frauen leiden am schwersten unter dem Alkoholismus der Männer, und sie werden um so sicherer Freunde einer Bewegung, die ihnen bessere Männer gibt. Auch das habe ich in Oberschlesien erfahren. In unseren oberschlesischen Versammlungslokalen gibt es nur ein Getränk: Wasser. Hunderte von Frauen aber haben den zunächst heftigen Widerstand gegen den Besuch des Lokals durch ihre Männer aufgegeben, lediglich mit der Begründung, „von dort kommt der Mann nicht betrunken nach Hause." Wir werden Sorge tragen, daß auch in den weiter zu errichtenden Versammlungslokalen dort keine alkoholischen Getränke zu haben sind und hoffen dabei auf Verständnis bei der beteiligten Generalkommission der Gewerkschaften. Ich bin aus meinen einbringlichen Erfahrungen heraus zu der Erkenntnis gekommen, daß es von großem Nutzen ist, die Alkoholfrage von Partei wegen einmal gründlich zu erörtern und bitte daher um Annahme des Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Engler-Freiburg: Ich weiß aus eigener Erfahrung bei der Kleinagitation, welchen Schaden der Alkohol anrichtet und wie er unser Vorwärtsdringen hemmt. Den Satz eines Oesterreichers, daß der Alkohol der beste und zuverlässigste Bundesgenosse des Kapitals ist, kann ich nur unterschreiben. Jetzt trinken sogar schon Kinder Alkohol. Hier müssen wir aufklärend wirken. Mit Polizeigesetzen werden wir da nichts machen, sondern nur durch Aufklärung. Ich halte es für nötig, daß wir die Frage auf dem nächsten Parteitag erörtern. Allzulange Zeit werden wir dazu nicht brauchen. Die vorausgehende Diskussion in der Presse wird ihre Wirkungen nicht verfehlen. Genosse Bruhns hat von den schlimmen Wirkungen des Alkohols in Oberschlesien gesprochen, aber nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Süddeutschland zeigen sich die üblen Folgen des Alkoholismus. (Zustimmung.)

Pfannkuch: Wenn ich gegen den Antrag spreche, so geschieht es aus den gleichen Gründen, die ich vorher bereits geltend machte. Der Parteivorstand erkennt die Schäden des Alkoholismus vollkommen an. Von dem, was die Mitglieder des Parteivorstandes das Jahr über für Getränke ausgeben, kann ein Wirt nicht einmal eine Woche lang leben. (Hört! hört!) Der Erörterung der schädlichen Wirkung des Alkohols in der Presse steht nichts im Wege. Es ist durchaus nicht nötig, daß hierzu ein Parteitagsbeschluß vorliegt. Die erzieherische Tätigkeit der Partei in bezug auf den Alkoholismus äußert sich jetzt schon. An Orten, wo die Sozialdemokratie einen erzieherischen Einfluß ausübt, ist die Kriminalität bedeutend zurückgegangen. Ich habe nichts dagegen, daß der Parteitag sich einmal mit der Frage des Alkoholismus beschäftigt, wenn er Zeit dazu hat. Aber im nächsten Jahre wird es nicht möglich sein. Ich warne davor, dem Parteivorstand einen strikten Auftrag zu erteilen, den er unter Umständen gar nicht ausführen kann. Die diesjährige Tagesordnung beweist ja, wie wenig wir die Tagesordnung eines Parteitages im voraus feststellen können. Wir glaubten, im vorigen Jahre die Frage des Massenstreiks erledigt zu haben, aber es hat sich gezeigt, daß wir verpflichtet sind, diese Frage heute nochmals zu behandeln, und wer weiß, was uns das nächste Jahr bringt. Man soll sich auch nicht fortwährend drängen und treiben lassen von einzelnen Leuten an diesen oder an jenen Orten, die humane Bestrebungen fördern, so sehr ich ihnen dazu Erfolg wünsche. Mit demselben Recht könnte auch einmal verlangt werden, die Folgen der Kaffeetrinkerei auf die Tagesordnung zu setzen. (Widerspruch.) Ich kenne Parteigenossen, die Abstinenzler sind und Kaffee in Qualitäten und Quantitäten verzehren, daß die Wirkung noch schlimmer ist, als die des Alkohols. Dagegen, daß sie den Antrag dem Parteivorstande zur Erledigung überweisen,

wäre nichts einzuwenden, aber wenn man den Parteivorstand zwingen will, so sträube ich mich mit Händen und Füßen dagegen, solange ich Mitglied des Parteivorstandes bin. Ich bitte, die Anträge abzulehnen. (Beifall.)

Ehrhart-Ludwigshafen: Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich weder selbst zu den Antialkoholikern gehöre, noch eine Verbindung mit ihnen unterhalte. (Heiterkeit.) Ich schätze ein gesundes Glas Wein, besonders wenn es ein Pfälzer ist. (Große Heiterkeit.) In richtigem Maße genossen, ist das gut (Erneute Heiterkeit); ich bedauere, daß auf so viele Abstinenten das Wort paßt: „Junge . . . .“ (Stürmische Heiterkeit), ich will lieber sagen, daß so viele, die früher im Trunke etwas zu viel getan haben, später glauben Buße tun zu müssen (Heiterkeit), die die Erfahrung, die sie an sich gemacht haben, anderen ersparen wollen; sie sind dadurch etwas verdächtige Agitatoren der Sache. (Erneute Heiterkeit.) Es ist hier nicht der Platz, auf die Frage selbst einzugehen, Sie wissen ja, daß die Glocke des Präsidenten und die Beschränkung der Redezeit uns zwingt, immer dann aufzuhören, wenn es am schönsten ist. (Große Heiterkeit.) Wir müssen zu der Frage einmal Stellung nehmen. Im Anfang war es nur ein kleiner Kreis, der das verlangt hat; er wurde immer größer und mir wurde ganz bange, als in diesem Jahre aus allen Ecken und Kanten Deutschlands die dringende Aufforderung kam, die Frage zu besprechen. Wenn wir das tun, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir nun stets nur Mineralwasser trinken müssen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls ist es von Vorteil, die Frage zu erörtern. Es ist sehr gut, wenn Pfannkuch sagt, die Frage kann in der Presse diskutiert werden, auch ohne daß beschlossen wird, sie auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Aber Sie sollten stolz darauf sein, daß die Antialkoholiker so viel Wert auf einen Parteitagsbeschluß legen. Ich ziehe die Konsequenzen, die Ihr zieht, nicht, denn ich brauche noch kein Kuratel, ich weiß zur rechten Zeit beim Trinken aufzuhören. (Heiterkeit.) Ich gebe zu, es ist beschämend, wenn Arbeiter trinken, bis es oben herauskommt, und wenn sie dann in ihrem Dunst die Marseillaise plärren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir dagegen etwas tun können, so leisten wir der Partei einen großen Dienst. (Sehr richtig!) Wir werden die Frage nicht so lösen können, wie es Katzenstein will. Denn wir müßten erst Ersatz für das Bier haben. Das Mineralwasser ist viel zu teuer. Es müßte verbilligt werden. (Sehr richtig!) Wir können sehr wohl die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen. Wir wollen den Parteivorstand aber nicht vergewaltigen. Wenn zwingende Gründe da sind, gut, dann setzt die Frage als letzten Punkt auf die Tagesordnung! (Große Heiterkeit.) Sie brauchen darüber nicht zu lachen. Wenn der Punkt erst einmal auf der Tagesordnung steht, dann kommt er, wenn er nicht mehr erledigt werden kann, das nächste Mal ganz gewiß heran. Vielleicht könnten wir den Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung überweisen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Alberty-Ingolstadt: Ich muß meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß von so autoritativer Stelle wie durch Pfannkuch Anschauungen geäußert werden, die wissenschaftlich nicht haltbar sind und deshalb entschieden zurückgewiesen werden müssen. Pfannkuch zog einen Vergleich zwischen der Schädlichkeit des Alkohols und des Kaffees. Er vergißt, daß Kaffee, Tabak usw. ihre schädliche Wirkung stets nur individuell, nie aber sozial äußern. Man sollte sich also hüten, über eine solche Sache mit einem solchen Mangel an Sachkenntnis zu reden, wo es sich um eine Bewegung handelt, die nicht bloß von bedeutenden bürgerlichen Gelehrten — ich nenne bloß den ersten Psychiater Deutschlands, Professor Kraepelin-München —, sondern auch von hervorragenden außerdeutschen Parteigenossen, wie Adler, Vandervelde, Lang u. a. getragen wird. Ich möchte Sie bitten, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, nicht in dem Sinne, wie

Ehrhart meint, daß er an den Schluß einer Tagesordnung gesetzt wird, sondern daß er tatsächlich zu einer weiten und gründlichen Beratung gelangt.

Bebel: Ich bin kein Gegner der Antialkoholbewegung, und wenn etwa der Glaube herrschen sollte, daß der Vorstand aus irgend welcher Animosität gegen diese Bewegung den Gegenstand nicht auf die Tagesordnung setzen wolle, so müßte ich das auf das allerentschiedenste bekämpfen. Ich erkenne an, daß wir um die Erörterung der Frage früher oder später auf einem Parteitage nicht herumkommen. Ich erkenne weiter an, daß es bei dem Umfange, den die Bewegung angenommen hat, dringend notwendig ist, die Frage einmal zu erörtern. (Sehr richtig!) Aber ich wehre mich allen Ernstes und zwar im eigenen Interesse der Partei dagegen, daß Sie den Antrag in der Form annehmen, wie er gestellt ist, das heißt, mit der Verpflichtung, die Frage im nächsten Jahre zu erörtern. Schulz hat vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß in Bremen der Antrag gleichfalls dem Vorstande überwiesen, aber dennoch nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist. Glaubt Schulz, daß irgend ein Punkt der diesmaligen Tagesordnung zurückgestellt werden konnte? Die Tagesordnung ist diesmal so belastet, daß wir froh sein können, wenn wir dieselbe erledigen. Das war voriges Mal auch der Fall. Auch voriges Mal sind verschiedene Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung gestellt, aber von der großen Mehrheit des Parteitages abgelehnt worden, und die Erörterungen haben bewiesen, daß das ein guter und vernünftiger Beschluß war. Wir leben in einer Zeit, wo wir keinen Tag wissen, was der nächste Tag an großen Ereignissen bringen wird. (Sehr richtig!) Wir wissen daher nicht, was für außerordentlich wichtige Fragen im nächsten Jahre auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Wenn Sie uns aber jetzt die Verpflichtung auferlegen, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen, so wird der neue Parteivorstand dem wohl oder übel nachkommen müssen, und das Ende vom Liede wird sein, daß dieser Antrag an den Schluß kommt oder gar nicht erörtert wird, und dann ist die Mißstimmung größer wie je. (Widerspruch.) Es herrscht im Vorstande keine Animosität gegen den Antrag. Sind die Zeitläufte im nächsten Jahre so, daß wir den Punkt auf die Tagesordnung setzen können, so erkläre ich für meine Person, daß ich dafür eintreten werde. (Bravo!) Liegen aber die Ereignisse so, daß eine Reihe anderer wichtiger Fragen erörtert werden muß, sodaß dieser Punkt zurückgesetzt werden muß, so müssen wir in der Lage sein, das zu tun, ohne gegen einen Parteitagsbeschluß zu verstoßen. Denn es ist immer unangenehm, wenn Parteitagsbeschlüsse nicht befolgt werden können. Als vernünftige Leute sollten wir uns in eine derartige Lage nicht bringen. Ich bitte Sie, hier eine ähnliche Entscheidung wie in der Landarbeiterfrage zu treffen.

Lehmann-Altona: Ich bin erfreut, daß Bebel den nötigen Ernst bei der Behandlung dieser Frage gefunden hat im Gegensatz zu einigen anderen Rednern. Wenn aber wirklich im nächsten Jahre besonders wichtige Fragen aufgetaucht sind, wird man sicher auch bei den Freunden dieses Antrages verstehen, daß die Frage noch zurückgestellt wird. Die bisherige Haltung des Parteivorstandes, insbesondere des Genossen Pfannkuch, war freilich eine so unsachgemäße, daß wir auf Entgegenkommen des Parteivorstandes nicht rechnen konnten. Genosse Pfannkuch wies auf den Kaffeegenuß und das Rauchen hin. Der Raucher, der Kaffeetrinker schädigt nur sich selbst, der Alkoholist dagegen auch die Gesellschaft. Der Säufer ersticht Menschen, es dürfte aber noch nicht vorgekommen sein, daß einer, weil er zu viel Kaffee getrunken hat, einen Menschen erstochen hat. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 133 Abs. 32 wird zurückgezogen.

Die Anträge 123, 135, 137 werden mit großer Mehrheit dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Hierauf werden die Anträge 122 und 133 Abs. 2 beraten.

Ehrmann-Berlin: Wir haben unseren Antrag Nr. 122 eingebracht, damit auf dem nächsten Parteitag die Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien einheitlich festgelegt wird. Der Parteitag muß endlich einmal sein Veto einlegen gegen die Bündnisse mit den schwarzen Raben und den Freisinnigen in einzelnen Bundesstaaten. Ich will anerkennen, daß die Gründe, die die Genossen Bebel sowie Pfannkuch gegen die Festlegung der Tagesordnung zum nächstjährigen Parteitag anführen, ihre Berechtigung haben. Wir sind daher bereit, unseren Antrag insoweit zu ändern, als wir den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung unseres Antrages stellen.

Dieser Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 8½ Uhr vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 26. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Es ist noch ein Gast eingetroffen. Der Sekretär des Schweizer Textilarbeiterverbandes aus Zürich, Genosse Jenny, ist vom Zentralkomitee des Verbandes als Delegierter hergeschickt. Ich heiße ihn herzlich willkommen.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt IV der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik.

Hierzu liegt die von dem Berichterstatter Bebel vorgeschlagene Resolution 136, ferner die Anträge 58 bis 71, 142, 145, 157 vor.

Singer: Alle diese Anträge betrachte ich als Amendements zu der Resolution Bebel. Infolgedessen werden die Antragsteller nicht das Wort zur Begründung, sondern nur das Wort in der Diskussion erhalten. Ich schlage vor, für alle Anträge auf einmal die Unterstützungsfrage zu stellen. Die Antragsteller werden dann in der Diskussion über ihre Anträge sprechen können. (Zustimmung.)

Alle Anträge werden genügend unterstützt.

Berichterstatter Bebel: Als wir im vorigen Jahre in Jena auseinandergingen, hat wohl niemand geahnt, daß wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Wie das gekommen ist, ist Ihnen allen bekannt. Die Art, wie diese Diskussion provoziert wurde, muß allerdings auf das entschiedenste verurteilt werden. Sie wissen, daß auf Grund einer vertraulichen Besprechung durchaus unverbindlicher Art, die Generalkommission und Parteivorstand im Februar hatten, und über welche die Generalkommission in der kurz darauf folgenden Konferenz der Zentralvorstände berichtete, ein Protokoll aufgenommen wurde, das allerdings — wie ich nachweisen werde — die Verhandlungen zum Teil unrichtig wiedergibt. Durch die Indiskretion der sogenannten „Einigkeit" in Berlin ist es dann zu großen Debatten gekommen. Ich finde, daß der Titel „Einigkeit" in diesem Falle der reinste Hohn ist. (Sehr richtig!) Wenn man loyal zu Werke gehen wollte, und wenn die betreffenden Redakteure sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, da aus dem Protokoll klar hervorging, daß der Parteivorstand bei diesen Verhandlungen nicht vertreten war, zunächst einmal bei diesem anzufragen, ob das Protokoll in Wahrheit das wiedergibt, was in der vertraulichen Besprechung verhandelt worden war. (Sehr richtig!) Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, mochten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde ich die Veröffentlichung als Treubruch charakterisieren müssen. (Sehr richtig!) Doch trifft vielleicht auch hier das Wort zu von der Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

Nach einer Richtung hin muß ich meine lebhafte Verwunderung aussprechen, nämlich darüber, daß als jene tendenziöse Entstellung des Protokolls veröffentlicht wurde, ein Teil der Parteipresse ohne weiteres diese Dinge als wahr und richtig unbesehen hinnahm und sich in der schärfsten Kritik gegen Parteivorstand und speziell gegen meine Person erging. Man nahm unbesehen an, daß das, was da berichtet sei, auf Wahrheit beruht. Ich stehe nicht an, zu erklären: Wenn das wahr wäre, was damals durch die „Einigkeit" veröffentlicht wurde und was bis zu einem gewissen Grade im Protokoll der Generalkommission seine Bestätigung findet, dann gäbe es keine Verurteilung scharf genug gegen diejenigen, die sich das erlaubten. Denn dann wäre unsere Handlungsweise, speziell die meinige, nichts mehr und nichts weniger als Parteiverrat. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß eine Behörde wenige Monate nach einem Parteitage, auf dem eine bestimmte Resolution, von ihr selbst eingebracht, angenommen wurde, die die Richtschnur für die Parteipolitik bilden soll, entgegen einer solchen sich in eine Verhandlung mit einer Körperschaft einläßt, die bezwecken soll, einen vom Parteitag gefaßten Beschluß nichtig zu machen. Man hätte doch erwarten dürfen, daß wenigstens die betreffenden Parteiblätter sich die Frage vorgelegt hätten, ob einem Manne, der ein volles Menschenalter lang für die Partei gekämpft hat, ob dem eine derartige Felonie und Niedertracht zugetraut werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich auch billige, daß Mißtrauen beobachtet wird, daß man die Behörden der Partei, die eine leitende Gewalt haben, beobachtet und ich Mißtrauen für eine demokratische Tugend ansehe, so ist doch die Art, wie diesmal das Mißtrauen in der Partei zum Ausdruck gekommen ist, eine so starkes Stück, wie ich es noch nicht kennen gelernt habe.

Wir im Parteivorstand waren selbstverständlich durch die Veröffentlichungen der sogenannten „Einigkeit" in eine unangenehme Lage versetzt. Die Verhandlungen hatten in einer Versammlung der Zentralvorstände der Gewerkschaften stattgefunden, man hatte diese Verhandlungen für geheim erklärt, das Protokoll war nur an eine beschränkte Zahl von Personen hinausgegeben und allen zur Pflicht gemacht worden, den Inhalt desselben streng vertraulich zu behandeln, und nun erscheint auf einmal durch die Indiskretion eines angeblichen Parteiblattes ein Teil aus diesen Verhandlungen, der sie obendrein noch in ein falsches Licht setzt. Der Parteivorstand, der der Hauptangeklagte ist, ist gezwungen, auf Grund der Tatsache, daß jene Verhandlungen für geheim erklärt worden sind, zu schweigen. Ich glaube niemals, so lange wir eine sozialdemokratische Partei in Deutschland haben, ist eine Parteileitung in einer so unangenehmen Lage gewesen, wie wir damals im Parteivorstand. (Sehr richtig!) Wir mußten damals alle Angriffe über uns ergehen lassen und mußten uns darauf beschränken, einige Richtigstellungen vorzunehmen, auf den Inhalt der Verhandlungen aber konnten wir nicht eingehen. Dabei verstand es sich von selbst, daß, nachdem einmal die Indiskretion begangen war, sowohl unter den Parteigenossen, wie unter den Gewerkschaftsmitgliedern das dringende Verlangen bestand, nunmehr klar zu sehen, und genau zu wissen, was verhandelt worden sei, um ein endgültiges Urteil in der Sache zu haben und danach ihre Stellung einnehmen zu können. Es war daher selbstverständlich, daß wir uns an die Generalkommission wandten, sie möge, soweit die Verhandlungen über Partei und Gewerkschaft in Frage kämen, das Protokoll frei geben, um auf diese Weise der gesamten Partei und der Oeffentlichkeit Einblick in die Verhandlungen zu ermöglichen. Die Generalkommission hat dies abgelehnt und hat sich an den Beschluß der Konferenz gebunden erachtet. Damit konnten wir uns jedoch nicht einverstanden erklären, denn die Kritik in der Presse wurde immer schärfer, die Unzufriedenheit der Genossen immer größer und in zahlreichen Zuschriften an den Parteivorstand gaben die Genossen ihrem Unwillen entschiedensten Ausdruck und verlangten unter allen

Umständen, daß der Parteivorstand dafür einzutreten habe, daß das Protokoll der Oeffentlichkeit übergeben werde. Wir stellten darauf an die Generalkommission das Verlangen, sie möchte die Umfrage an die Teilnehmer der Konferenz richten, ihnen die Sachlage darlegen und sie ersuchen, die Erlaubnis zur Veröffentlichung zu geben. Das Abstimmungsresultat ist so gewesen, daß die große Mehrheit der Vertreter auf jener Gewerkschaftskonferenz diese Veröffentlichung abgelehnt hat. Wir waren dadurch in eine noch schlimmere Lage versetzt als vordem. Wir schritten schweren Herzens zu dem Vorgehen, das allen bekannt ist. Wir sind der Meinung gewesen, daß höhere Interessen auf dem Spiele stehen und daß es unmöglich sei, die Sache länger zu vertuschen, weil notwendig mit jedem Tag der Unwillen und die Unzufriedenheit in der Partei und den Gewerkschaften immer größer wurde und allen möglichen Verdächtigungen Tür und Tor geöffnet bleibe. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verstehen, daß die Generalkommission über den Beschluß des Parteivorstandes, das Protokoll zu veröffentlichen, auf das äußerste erbittert war. Aber wir müssen doch auch bitten, daß die Mitglieder der Generalkommission sich einmal in unsere Lage versetzen und sich die Frage vorlegen, was sie getan haben würden an der Stelle des Parteivorstandes. Die Generalkommission würde in einem solchen Falle zu keiner anderen Handlungsweise gekommen sein wie der Parteivorstand. Wir haben lange über diese Frage diskutiert, wir haben alle möglichen Fälle in Erwägung gezogen, aber die Gründe für die Veröffentlichung waren so stark, daß wir glaubten, es wagen zu müssen, im Widerspruch mit der Generalkommission die Veröffentlichung vorzunehmen. Und ich glaube, die Veröffentlichung hat keinen Schaden gestiftet. (Sehr richtig!) Jedenfalls wäre der Schaden, der ohne die Veröffentlichung eingetreten wäre, ein weit größerer gewesen. Auch die Generalkommission sagt in einer Erklärung, es sei durch die Veröffentlichung erwiesen, daß auf der Konferenz nichts geäußert worden sei, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Ist das der Fall, so muß um so mehr der Schritt, zu dem wir uns in der äußersten Not — von allen Seiten gedrängt — entschlossen, auch auf billige Berücksichtigung von jener Seite stoßen und die Sache als unumgänglich hingenommen werden, weil auf andere Weise eine gründliche Aussprache nicht möglich gewesen wäre. (Lebhaftes sehr richtig!) Ich habe bereits erklärt, daß diese Besprechung, die im Februar dieses Jahres zwischen Generalkommission und Parteivorstand stattgefunden hat, eine durchaus unverbindliche war, so unverbindlich, daß wir im Parteivorstand, als wir den Beschluß zu dieser Einladung gefaßt hatten, uns nicht einmal unter u n s verständigt haben, was wir der Generalkommission in der Zusammenkunft sagen wollten. Wir haben es jedem einzelnen Vorstandsmitglied überlassen, welche Mitteilungen, Anschauungen und Aeußerungen er in dieser vertraulichen Besprechung machen wolle. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, nach irgend einer Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen. Das finden Sie auch bestätigt in dem Protokoll der Generalkommission auf Seite 6, wo Legien wiederholt erklärt, daß die am Freitag abgehaltene Besprechung über die Stellung der Generalkommission zu der Frage des politischen Massenstreiks eine durchaus u n v e r b i n d l i c h e gewesen sei — eine Abmachung, die nach keiner Richtung hin, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu bestimmten Beschlüssen drängen sollte. Wir sind zu dem Beschlusse, diese Verhandlung zu führen, gekommen, als sich gleichzeitig für uns die Notwendigkeit herausstellte, mit der Generalkommission über die oberschlesischen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse Rücksprache zu nehmen.

Das war die erste Veranlassung zu einer Besprechung, und diese Verhandlungen haben einen Tag völlig ausgefüllt. Dann kam die zweite Verhandlung, in der wir in unverbindlicher Weise die Situation besprachen und unsererseits erklärten, daß die Lage nach unserer Auffassung derart sei, daß

unter den dermaligen Verhältnissen unter keinen Umständen an einen Generalstreik zu denken sei, weil er unrettbar mit einer glänzenden Niederlage der Partei endigen würde. (Hört! hört!) Aus dem Protokoll soll auf Seite 7 und 8, wo das Referat des Genossen Silberschmidt steht, der Gedankengang hervorgehen, den ich in meiner Rede entwickelt habe. Nun habe ich die erste Rede in jener vertraulichen Besprechung gehalten, und diese Rede hat nach meiner Auffassung sicherlich eine Stunde gedauert, nach der Auffassung der Genossen im Parteivorstande war sie von noch längerer Dauer. Jedenfalls war es eine Rede, die mit dem Inhalt einer Druckseite im Protokoll nicht erschöpfend wiedergegeben werden konnte. (Sehr richtig!)

Also, wenn schon an sich der Rauminhalt in dem Silberschmidtschen Referate zeigt, daß unmöglich der Inhalt meiner Rede auch nur annähernd wiedergegeben sein kann, so kommt hinzu, daß die verschiedenen Gedankengänge derart ineinander und aneinander geschoben worden sind, daß sie notwendigerweise zu einem durchaus falschen Bilde führen mußten. Ich habe in der Konferenz meine Anschauung, wie ein Massenstreik zu inszenieren ist, auseinandergesetzt. Ich habe dabei ausführlich Veranlassung genommen, die ganze innere Situation, speziell die des Königreichs Preußen, einer Kritik zu unterziehen. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreik in Deutschland beziehungsweise in Preußen etwas anderes bedeuten würde, als in irgend einem anderen Lande der Welt, daß die Gewalten und die Organisation, die uns hier gegenüberstehen — auf der einen Seite das preußische Königtum und Junkertum, auf der anderen Seite die stramm organisierten Industriebarone —, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegentreten könnten, daß, wenn wir zu jenem schreiten wollten, wir weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt und auf lange Zeit hinaus sein könnten. Es wäre die Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen Umständen daran zu denken, einen derartigen Massenstreik in Szene zu setzen, es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten, daß der Massenstreik fehlgehen würde und daß auch das Scharfmachertum sofort die Gelegenheit ergreifen werde, zu Ausnahmemaßregeln zu schreiten. Dabei sei es ganz sicher zu erwarten, daß diese Ausnahmegesetze die nötige Berücksichtigung an den maßgebenden Stellen im Reichstag und in anderen Körperschaften finden würden. (Sehr richtig!)

So haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße gewissenlos, wenn wir in einer solchen Situation einen derartigen Schritt täten. Wir müssen protestieren gegen die Aeußerung einiger Parteigenossen in der Presse, wir hätten den Massenstreik riskieren müssen, selbst in der sicheren Voraussicht, dabei zu unterliegen. (Sehr richtig!) Freilich gibt es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: „coûte que coûte" (koste es was es wolle), wo der Kampf bis zum äußersten aufgenommen werden muß, selbst in der Voraussicht einer sicheren Niederlage. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß in jenem Moment die Situation in Preußen so beschaffen war, daß ein derartiger Kampf aufgenommen werden durfte. Man würde jeden General, der seine Armee in eine Schlacht führt, in der der Untergang des Heeres sicher ist, für wahnsinnig halten, ihn sofort vor ein Kriegsgericht stellen und innerhalb 24 Stunden erschießen. In einer ganz ähnlichen Situation würde sich der Parteivorstand befinden. Eine solche Aktion wäre nichts als eine Kopflosigkeit und müßte mit einer furchtbaren Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die den Vorstand jetzt heftig kritisieren, die ersten sein würden, die alsdann mit ihrer Kritik gegen uns vorgingen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Haltung, die ein Teil der Parteipresse gegen den Parteivorstand bei dieser Gelegenheit eingenommen hat, muß mich zu diesem Urteil führen.

Es ist nun aber begreiflich, daß die Gewerkschaftsführer, als ich diese Gesichtspunkte entwickelte, hierin nicht nur eine Bestärkung ihres Standpunktes erblickten, sondern mit Genugtuung auch noch weitergehende Schlüsse zogen, als sei ich überhaupt gegen jeden Massenstreik und gegen jede Massenstreikpropaganda.

Daß diese meine psychologische Erklärung von der Auffassung der Gewerkschaftsführer richtig ist, geht daraus hervor, daß unmittelbar auf der Konferenz selber derartige Anschauungen zu Tage traten, so daß ich genötigt war, auf das entschiedenste zu erklären, ich stünde nach wie vor auf demselben Standpunkt wie in Jena und hätte von meiner Jenaer Rede kein Wort zurückzunehmen. Es ist eine falsche Auffassung der Jenaer Resolution, als verlangte sie, daß wir bei nächster Gelegenheit ohne weiteres in einen Massenstreik eintreten sollten. Ich will nachweisen, daß diejenigen, die da sagen, den großen Worten von Jena sei keine Tat gefolgt, die Jenaer Verhandlungen, wie ich zu ihrer Ehre annehme, vergessen haben. Von ihrer Gewissenhaftigkeit hätte ich allerdings erwartet, daß sie, ehe sie ein solches Urteil fällten, das Protokoll von Jena zur Hand genommen und geprüft hätten, was Bebel und die anderen dort gesagt haben. (Sehr richtig!) Wäre das geschehen, so hätten sie in meiner ganzen Rede nicht einen Satz gefunden, der so ausgelegt werden könnte. Ich habe das Protokoll über die Verhandlung über den Massenstreik in Jena zweimal Wort für Wort durchgelesen und war überrascht, wie korrekt der Standpunkt war, den wir dort eingenommen haben. Daß ich selbst schon auf der Konferenz mich gegen mißverständliche Aeußerungen von Mitgliedern der Generalkommission gewendet habe, erklärt Silberschmidt selbst in einer Bemerkung gegen Geyer auf Seite 47 des Protokolls der Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände. Dort heißt es: Allerdings hat Bebel erklärt, daß er das, was er in Jena gesagt, auch heute noch Wort für Wort aufrecht erhält. Das steht aber im schärfsten Widerspruch zu der Mitteilung Silberschmidts auf Seite 7 des Protokolls. Ich erkläre mir diesen Widerspruch, wie gesagt, aus dem angeführten psychologischen Momente heraus.

Ein Blick auf die bisherige Massenstreikdebatte zeigt, daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und -Mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen nur 400 000 beträgt, muß jeden vernünftigen Menschen überzeugen, daß die Arbeitseinstellung dieser, selbst wenn auch ein gewisser Anhang dazu gerechnet wird, wirkungslos sein muß. Es ist überhaupt undenkbar, einen Massenstreik durchzuführen, ohne daß in den breitesten Massen die Gesamtstimmung dafür vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben wir gesehen, als Mitte August d. J. die Führer der russischen Sozialdemokratie mit zwei Drittel Mehrheit den Massenstreik beschlossen. Dieser Massenstreik aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterorganisationen erklärten, sie machten nicht mit. Das sollte eine sehr bemerkenswerte Lehre für diejenigen sein, die da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreik zu machen. (Sehr richtig!)

Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß die Situation in Rußland mit der in Deutschland nicht zu vergleichen ist. Rußland ist ein ökonomisch und politisch sehr rückständiges Land. Rußland wird despotisch regiert, die Bevölkerung hat nicht die geringsten politischen Rechte. Was sie sich erobert hat, ist dem Zarat abgerungen, aber noch nicht gesetzlich sanktioniert. Der Kampf in Rußland ist ein revolutionärer Kampf, bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des modernen staatlichen Lebens erst zu erobern. (Sehr richtig!)

Es ist natürlich, daß die Arbeiter, die diesen Kampf führen, dabei auch soziale Verbesserungen ihrer Lage herbeizuführen suchen. Selbstverständlich nimm

dieser Kampf Formen an, die wir bisher in keiner Revolution gekannt haben. Die Arbeiterklasse greift natürlich zu der Waffe des Massenstreiks, weil es in Rußland die einzig mögliche Waffe für sie ist. (Sehr richtig!) In jedem revolutionären Kampfe werden stets neue Kampfmethoden angewandt, die der ökonomischen Struktur der Länder entsprechen. Aber auch in Rußland, wo der Massenstreik naturgemäß eine große Rolle in der Revolution spielen muß, scheitert er, wenn die Massen in einer gegebenen Situation keine Stimmung dazu empfinden. Das hat die russische Sozialdemokratie erfahren. In Rußland wird der Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber sind seit einer längeren Reihe von Jahren die Vorbedingungen, um die man in Rußland noch kämpfen muß, bereits erkämpft. (Sehr richtig!) Deshalb ist die Situation in Deutschland nicht mit der in Rußland zu vergleichen. Soviel wir an der Ordnung der Dinge auch auszusetzen haben, niemand wird doch behaupten, daß wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu ähnlichen Methoden zu greifen hätten wie unsere russischen Genossen. (Sehr richtig!) Wir haben im Deutschen Reiche das allgemeine Stimmrecht. Dabei will ich einfügen: Wenn Genosse Maurenbrecher gegen unsere Taktik auf den Wahlrechtskampf in Oesterreich verweist, so sollte ein Mann, der auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen und tiefe historische Studien gemacht haben will, doch wissen, daß die Oesterreicher um ein Wahlrecht kämpfen, das bei uns seit fast 40 Jahren verwirklicht ist. Die österreichischen Arbeiter kämpfen in diesem Augenblick um das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Reichsrat, also für eine ähnliche Institution wie bei uns der Reichstag. Den Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Landtage mit Massenstreiks zu führen, ist den österreichischen Arbeitern nicht eingefallen. Sie sagten sich: Wir können nicht an der Spitze anfangen, ehe die Grundlage geschaffen ist. Der Vergleich mit Oesterreich trifft also in keiner Weise zu. Billigerweise sollte man erwarten, daß ein Mann, der sich als Politiker aufspielt, der Historiker sein will, diese Tatsachen kennt, um solche Vergleiche zu unterlassen. (Sehr richtig!)

Lange vor Rußland sind Massenstreiks von den Arbeitern in Belgien, Holland, Schweden und Italien geführt worden. Diese sind aber in ihrem Wesen und in ihrem Ziel mit dem russischen Massenstreik nicht zu vergleichen. In Rußland handelt es sich um einen großen revolutionären Kampf, der um die primitivsten staatlichen Existenzbedingungen geführt wird, auf der anderen Seite aber nur um Kämpfe, um ganz bestimmte Ziele und bestimmt abgegrenzte Zwecke. 1893 hat es sich in Belgien um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt. Der Massenstreik hatte unzweifelhaft Erfolg, insofern als die Klassenwahl abgeschafft und das allgemeine Wahlrecht allerdings mit dem Pluralsystem gegeben wurde. Im Gegensatz zu früher, wo sie nicht einen Vertreter in der Kammer hatten, haben die belgischen Genossen jetzt über 30 Vertreter in der Kammer. Dagegen ist der zweite Massenstreik in Belgien im Anfang dieses Jahrhunderts gegen das Pluralsystem mißlungen. Vielleicht deshalb, weil beim ersten Male die belgische Bourgeoisie überrumpelt wurde und sich ins Bockshorn jagen ließ, das zweite Mal aber nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz ähnlich liegt es mit den Massenstreiks in Holland, Schweden und Italien. In Italien z. B. waren die Massenstreiks spontane Ereignisse, die aus dem Naturell des Volkes erklärlich sind. Die Frage liegt bei uns insofern ähnlich, als wir eventuell mit dem Massenstreik einen bestimmt umgrenzten Zweck erreichen wollen. Es handelt sich bei uns nicht um die Umgestaltung des ganzen politischen Oberbaues der bürgerlichen Gesellschaft. Zudem ist bei uns der Massenstreik, soweit es sich dabei um Eroberung eines politischen Rechtes handelt, im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt. Die süddeutschen Staaten sind bereits Besitzer des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtage. Es ist also selbstverständlich, daß, wenn

die Norddeutschen als letztes Mittel zur Eroberung des Landtags-Wahlrechts zum Massenstreik greifen, die Süddeutschen dabei nicht mitmachen. Sie können uns nur moralisch und materiell unterstützen. Eine Hoffnung auf einen allgemeinen Sympathiestreik der Süddeutschen wäre auf Sand gebaut. Das müssen wir uns sagen, wenn wir die Situation kalt und nüchtern betrachten. Und gerade bei dieser Frage ist eine solche Betrachtungsweise vor allem angebracht.

Ob es im Falle eines Massenstreiks zu Blutvergießen kommen müßte, ist nicht meine Ansicht. Hier weichen meine Anschauungen von denen anderer ab. Jedenfalls darf man nicht sagen, weil in Rußland die Revolution mit dem Massenstreik eingesetzt hat, wird ein Massenstreik bei uns ebenfalls den Beginn einer Revolution bedeuten. Die Dinge wiederholen sich nicht nach derselben Schablone. Der wiederholt ausgesprochene Gedanke, daß ein Massenstreik die Revolution bedeute, und diese uns nicht erspart werde, hat ja neulich die Mainzer Genossen unter Führung des Genossen Dr. David veranlaßt, zu erklären, daß unter keinen Umständen an eine blutige Revolution bei uns gedacht werden dürfe. Der Massenstreik könne zwar einmal als letzte Waffe dienen, aber immer nur als friedliches Kampfesmittel. Nun, Parteigenossen, welche Wirkungen von einer unzufriedenen Masse eventuell ausgehen werden, entzieht sich jeder Berechnung. Wir haben nie erklärt, daß wir eine Revolution machen wollen, wir haben immer erklärt, daß Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den berechtigten Wünschen des Volkes nicht nachkommen. Diese Auffassung haben auch die alten bürgerlichen Staatsrechtslehrer allezeit vertreten und wir mit ihnen. Daß aber, wenn das Maß der Unzufriedenheit im Volke den höchsten Grad erreicht hat, es zu explosiven Ausbrüchen kommen kann, ist niemals ausgeschlossen. Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gefeit, die irren sich gewaltig. (Sehr richtig!) Ich kann also nicht das Gegenteil behaupten. Das hängt von den Verhältnissen und den daraus resultierenden Stimmungen ab, die künstlich nicht gemacht werden können. Ebensowenig wie man sagen kann, es wird zur Revolution kommen, kann man sagen, es wird auf keinen Fall zu gewaltsamen Eruptionen in Deutschland kommen. (Sehr richtig!) Für uns kommen für die Anwendung des Massenstreiks bestimmte Voraussetzungen in Frage. In der Jenaer Resolution heißt es, daß es im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes Mittel anzuwenden und als ein solches Mittel bezeichnen wir die Massen-Arbeitseinstellung. Nun stehe ich nicht an, zu erklären, daß, wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht geplant wird, oder wenn den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen werden soll, gar nicht mehr die Frage entstehen kann, ob wir wollen, sondern dann müssen wir. (Sehr richtig!) Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmliche, elende Kerle. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist der Punkt, wo es kein Feilschen und kein Besinnen mehr gibt. Alsdann haben wir allesamt ins Feuer zu gehen, und wenn wir auf der Strecke bleiben. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wenn die Gegner das versuchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen. Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschenrechte verteidigen, Rechte, ohne die kein Volk mehr existieren kann, gezwungen, alles aufzubieten, um ein solches Attentat zurückzuweisen, koste es, was es wolle. (Sehr richtig!) Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß alsdann auch weit über den Rahmen der deutschen Sozialdemokratie, weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus die gesamte Arbeiterklasse, soweit sie politisch denkt und fühlt, soweit sie überhaupt eine Idee von dem Werte dieser Rechte besitzt, sich einmütig diesem Kampf anschließen wird. (Sehr richtig!) Ganz anders, wenn es sich um ein Recht handelt, das man erst erobern muß.

Wir müssen uns klar machen, daß die Kraft für Eroberung von Rechten, die in den Einzelstaaten wurzeln, durch Gründung des Deutschen Reichs bedeutend geschwächt ist. Ich glaube nicht, daß ein süddeutscher Genosse behaupten will, es sei ausschließlich unserer Partei zu danken, daß sie das allgemeine Wahlrecht besitzen. Nein, das ist die Folge einer ganz anderen historischen Entwicklung, der ganz anders gearteten ökonomischen und politischen Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, insbesondere der grundverschiedenen Stellung der verschiedenen bürgerlichen Parteien untereinander. In keinem dieser Staaten hat man das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Sozialdemokraten zuliebe gegeben, sondern die bürgerlichen Parteien glauben nur dadurch die Herrschaft erlangen beziehentlich sich erhalten zu können. (Sehr richtig!) Daß auch die Sozialdemokratie dadurch gewann, ist eine sehr unangenehme Beigabe für die bürgerlichen Parteien. Hätten sie das vermeiden können, dann hätten sie es getan. Man hat auch nach anderer Richtung hin merkwürdige Exkurse in der Partei gemacht; man hat die Dinge vollständig auf den Kopf gestellt, als man so tat, als wenn die Agitation Lassalles das allgemeine Reichstagswahlrecht herbeigeführt hätte. Zu einer Zeit, wo Lassalle mit seiner Forderung noch gar nicht aufgetreten war, bestand in den konservativen Kreisen Preußens, besonders in den Kreisen, die sich damals um Wagener gruppierten, die Idee, auf Grund der Erfahrungen, die die Konservativen in der Konfliktszeit mit dem Dreiklassenwahlsystem gemacht hatten, das allgemeine Wahlrecht für Preußen zu gewähren, in der Hoffnung, daß es dadurch möglich wäre, die oppositionelle Dreiklassenmajorität zu stürzen. Das ist historische Wahrheit, und von diesem Gedankengang ist auch Bismarck beeinflußt gewesen. Es gab für Bismarck bei Schaffung des Reichstages des Norddeutschen Bundes gar keine andere Möglichkeit, als die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. So sehr ich bereit bin, unsern Einfluß auf die öffentlichen Dinge nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen, so muß ich doch auf der anderen Seite sehr nachdrücklich gegen eine derartige Geschichtsfälschung mich wenden, die die Dinge so darstellt, als wären wir damals schon wer weiß wie mächtig gewesen, und wir heute, im Vergleich zu damals, schwach. (Sehr richtig!)

Nun ist zweifellos durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag und der dem Reichstag überwiesenen Kompetenz, zu der z. B. das große Gebiet der sozialen Gesetzgebung, der Gesetzgebung für Handel und Verkehr, Militär, Marine usw. gehört, das Interesse der Arbeiter für den Reichstag in Anspruch genommen worden, während sie für den Landtag kein oder doch nur geringes Interesse hatten. Sagte doch Liebknecht noch vor acht Jahren: „Was geht uns der preußische Landtag an. Lassen wir ihn verfaulen." Ich selbst habe vor 13 Jahren, als Bernstein die Beteiligung an den Landtagswahlen anregte, in Köln eine donnernde Philippika gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen gehalten. Fast 50 Jahre haben wir uns nicht um den Landtag gekümmert. Es wäre eine psychologische Ueberraschung, wenn bei der langen Tradition, die uns als eine Kugel am Beine hängt, plötzlich in den Massen große Begeisterung für den Massenstreik gegen das Dreiklassenwahlrecht erwerben wollten. Wenn sich auch die Gegner über mein Zugeständnis freuen, so muß ich doch sagen, es ist noch nicht der Moment gekommen, daß wir in den Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzutreten vermöchten. Nun ist gesagt worden: „Ihr habt früher anders geredet. In Sachsen und Preußen wurde vielfach der Massenstreik geplant." Derartige Anschauungen soll ich nach Silberschmidt auch auf jener Konferenz geäußert haben. Das ist ein arges Mißverständnis. In Hamburg wurden zum Protest gegen die neue Wahlrechtsvorlage im Mai vorigen Jahres eine große Zahl von Protestversammlungen arrangiert, die aber zur unangenehmsten Ueberraschung der

dortigen Parteileitung außerordentlich schwach besucht waren. Es war in der Hamburger Arbeiterschaft gegenüber dem Wahlrechtsattentat des Senats anfangs keine Stimmung vorhanden. Der Parteivorstand schrieb nach Hamburg, er wäre bereit, mit den Hamburger Genossen zu beraten, was in der gegebenen Situation zu tun wäre. Ich habe hier eine Richtigstellung zu machen. Ich habe in einer Polemik, die ich im Frühjahr mit dem „Echo" hatte, behauptet, daß damals die Anregung zu weiteren Schritten in Hamburg von seiten des Parteivorstandes ausgegangen sei, ehe noch die Hamburger Genossen daran gedacht hätten, sich weiter ins Benehmen zu setzen, was sie nach jenem Sonntag tun sollten. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Am 22. Mai hatte bereits die Hamburger Parteileitung diese Frage erörtert und beschlossen, die drei sozialdemokratischen Vertreter von Hamburg im Reichstage, Metzger, Dietz und mich, nach Hamburg zu berufen, um in der Sache weitere Schritte zu beraten. Mittlerweile war allerdings der Brief des Parteivorstandes unterwegs, traf aber erst Dienstag ein. Es gebührt also zweifellos den Hamburger Genossen der Vorrang der Initiative. Nun ist in jener Zusammenkunft allerdings auch der Massenstreik erörtert worden; aber nicht eine Stimme erklärte, sich auf denselben einlassen zu wollen. Wir waren alle überzeugt, daß es wahnsinnig sei, in diesem Moment in Hamburg an einen Massenstreik zu denken. Es kam hinzu, daß die Vorlage des Senats bekanntlich nicht beabsichtigte, den Arbeitern überhaupt das Wahlrecht zu nehmen, sondern daß sie ein anderes System bezweckte, um den angeblich übermäßigen Einfluß der Sozialdemokratie unter dem alten Zensuswahlrecht nach Möglichkeit zu verhindern. Also weder damals noch später war in Hamburg vom Massenstreik die Rede.

Genau dasselbe war in Sachsen der Fall. Dort ist der Parteivorstand wiederholt veranlaßt worden, Konferenzen der sächsischen Parteivertreter über den Wahlrechtskampf beizuwohnen. Ich habe aus verschiedenen Gründen an keiner dieser Konferenzen teilgenommen, kann aber auf Grund von Berichten meiner Vorstandsgenossen erklären, daß allerdings im Gegensatz zu Hamburg eine Minorität der Vertretung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie für die Inszenierung von Massenstreiks war, während die große Mehrheit, und darunter auch die Vertretung des Parteivorstandes, sich energisch gegen den Massenstreik unter den damaligen Verhältnissen ausgesprochen hat. Wäre er dennoch eingetreten, so wäre der Parteivorstand natürlich der letzte gewesen, der öffentlich dagegen aufgetreten wäre. In einem solchen Falle ist er verpflichtet auch gegen seine bessere Ueberzeugung dafür einzutreten. Soviel Solidaritätsgefühl müssen Sie Ihrem Parteivorstand zutrauen, sonst täten Sie am besten, ihn lieber heute als morgen zum Teufel zu jagen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es ist aber auch nicht wahr, daß in Preußen die Frage des Massenstreiks irgendwo in nennenswerten Kreisen erörtert worden wäre. Die gesamten 78 Abgeordneten waren damals im Reichstag versammelt. Aber von keiner Seite ist dieser Gedanke zur Debatte gebracht worden. Von der Kontrollkommission, die im Januar in Berlin versammelt war, ist ebenfalls niemand an uns herangetreten, es ist auch von keiner Organisation in Preußen ein solcher Antrag gestellt worden, nicht einmal ein Brief mit diesem Wunsche ist an den Vorstand gekommen. Ich kann weiter erklären, daß alle Schritte, die damals beraten worden sind, in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern der Parteileitung in Berlin vereinbart wurden, denn wie Sie wissen, ist laut Beschluß des preußischen Parteitags zu Weihnachten 1904, der Parteileitung von Groß-Berlin die Leitung der Geschäfte für Preußen übertragen worden, sie war also an erster Stelle berufen, ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Allerdings ist auch im Laufe der Diskussionen das Wort Massenstreik gefallen, aber ernsthaft ist von keiner Seite dieser Gedanke vertreten worden. Nun bin ich im höchsten Grade erstaunt gewesen, in einigen Preßäußerungen der letzten Wochen die

Anschauung zu hören, daß in erheblichen Kreisen auch der preußischen Partei der Gedanke des Massenstreiks Wurzel gefaßt habe und daß — das hat man nicht gesagt, aber das lag darin — der elende Parteivorstand mit seiner Feigheit und Superklugheit das hintertrieben habe. So wird in einem Artikel des Genossen Stampfer in Nr. 49 der „Neuen Zeit" vom 1. September „Wahlrechtsbewegung und Massenstreik" mit aller Entschiedenheit betont, daß in den Massen der Genossen der Gedanke des Massenstreiks tiefe Wurzel geschlagen habe, und daß es nur eines entscheidenden Schrittes von seiten der Leitung bedurft hätte, um denselben zum Ausbruch zu bringen. Nebenbei möchte ich den Genossen doch raten, zu bedenken, daß wir eine demokratische Partei sind und nicht eine Regierung haben, die mit ihrer alles umfassenden Weisheit zu beschließen hat, während Sie nur als Schachfiguren zu betrachten sind, wollte also der Parteivorstand nicht parieren, warum hat man ihn nicht gezwungen? (Heiterkeit und Zustimmung.) Das erste muß also sein, daß wirklich in den Massen der Genossen Stimmung für den Massenstreik vorhanden ist, und diese Stimmung muß ihrerseits den Vorstand vorwärtstreiben. Von alledem haben wir nicht das geringste gemerkt. In dem Artikel Stampfers wird Bezug genommen auf die Versammlungen am 21. Januar, 18. März und 1. Mai und die vielfach darin gehaltenen Reden. Es mag sein, daß der eine oder der andere Redner in der Hitze des Gefechtes eine Drohung mit dem Massenstreik ausgesprochen hat; aber daraus kann man doch noch nicht schließen, daß die Masse der Genossen für den Massenstreik war. Gewiß wäre es keine Kunst, ein paar hunderttausend Mann in den Massenstreik zu bringen, aber ihre Niederlage wäre totsicher. Der Parteivorstand darf aber auf keinen Fall leichtsinnig eine Niederlage herbeiführen. Die ganze Hoffnung der Gegner geht dahin, daß wir uns leichtfertig eine Niederlage holten, um unsere Kampfesfähigkeit auf alle Zeit zu vernichten. (Lebhafte Zustimmung.) Daß man das schließlich für alle Zeit nicht fertig bringt, das weiß ich, das haben wir unter dem Sozialistengesetz bewiesen. Aber wir wären Toren und Narren, wenn wir uns zum zweiten Male eine derartige Situation und nunmehr durch eigene Schuld auf den Hals laden wollten. (Sehr richtig!) Die ganzen Darlegungen Stampfers mögen der ehrlichen Ueberzeugung des Schreibers entsprungen sein, aber es fehlt ihm vollständig der Kontakt mit der großen Mehrheit der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es wurde ferner in dem Artikel Stampfers und in anderen Preßerzeugnissen bemängelt, daß wir unsere Petition an das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus wie üblich mit „Hochachtungsvoll ergebenst" unterschrieben. (Heiterkeit.) Darüber auf jener Seite Empörung. Das war ein Haupt- und Kardinalverbrechen. Nun, wir alle sind ja schon in der Lage gewesen, an höher gestellte Personen, Korporationen usw. schreiben zu müssen und dabei die üblichen Floskeln zu gebrauchen, die mit dem inneren Gefühl sehr wenig zu tun haben. Es ist eben eine der konventionellen Lügen, an denen die bürgerliche Gesellschaft so außerordentlich reich ist. Oder meinen Sie etwa, wir hätten in der Tat diese so fürchterlich erscheinenden Gefühle gehabt. (Heiterkeit.) Ich habe manchen der Kritiker in Verdacht, daß er sogar in Briefen an einen oder den anderen Parteigenossen am Schluß eine Floskel gebraucht hat, die mit seinen inneren Gefühlen gegen denselben sehr wenig zusammen traf. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Daraus dem Parteivorstand einen Strick drehen zu wollen, ist lächerlich kleinlich. (Sehr wahr!) Was war der Zweck dieser Petition? Wir wollten auf diesem Wege erreichen, daß diese Körperschaften noch einmal ihr Urteil über diese Wahlrechtsfrage abgeben sollten. Freilich kam dann die sogenannte Wahlkreisreform des Ministers des Innern, und durch deren Beratung wurde die Petition einfach für erledigt erklärt, so daß unser Zweck nicht erreicht wurde. Ein weit stärkeres Stück wie der Artikel von Stampfer ist derjenige des

Genossen Maurenbrecher. Ich bedauere außerordentlich, daß ich mich mit diesem Genossen auseinandersetzen muß. Der Artikel der „Neuen Gesellschaft", Heft 34, ist betitelt: „Die nächste Aktion". Ich habe schon vorhin meine Verwunderung über eine politische Auffassung Maurenbrechers ausgesprochen. Ich persönlich habe dazu um so mehr Ursache, als ich es gewesen bin, der im Parteivorstand angeregt hat, daß Genosse Maurenbrecher in die neue Parteischule als Lehrer aufgenommen wurde und das Fach Geschichte zugewiesen bekam. Ich stehe aber gar nicht an zu erklären, daß, wenn ich diesen Artikel gekannt hätte, ich wahrscheinlich anders gehandelt hätte. Nicht, daß Genosse Maurenbrecher zu dem Parteivorstand in Opposition tritt — das wäre ja Wahnsinn, wenn ein derartiges Motiv für uns maßgebend sein sollte! Er kann so scharf schreiben wie er will — aber was er schreibt, muß Hand und Fuß haben. Es müssen Gründe sein und nicht Behauptungen, von denen ich sagen muß, daß wenn ein Quartaner eine derartige historische Auffassung verrät, ich das begreife, nicht aber von einem 30jährigen Mann, der Lehrer der Geschichte werden soll. Er schreibt: „Die Kraftlosigkeit und Aktionslosigkeit der Partei kontrastiert zu stark mit den großen Worten, die wir im letzten Winter an manchen Stellen gehört haben." Und nachdem er über die angeblich vorhandene Stimmung in weiteren Parteikreisen gesprochen, fügt er hinzu: „Aber zugrunde liegt überall das Gefühl: Wir wollen endlich einmal einen Fortschritt sehen." Dann kommt er auf die historische Auffassung, die ich vorhin bereits widerlegte, und schreibt weiter: „Es muß ein Erfolg errungen werden, sonst gräbt sich die Unlust, das Gefühl der Unfruchtbarkeit, der Sackgasse, der falschen Leitung noch tiefer ein als bisher." Und an einer anderen Stelle seines Artikels heißt es: „Wir müssen das Vertrauen der Masse wieder gewinnen, indem wir ihnen Ziele zeigen, die zu erreichen heute schon möglich sind, und für die es sich lohnt, zu kämpfen." Ich fordere Sie hiermit allesamt auf, wenn einer von Ihnen aus seiner eigenen Erfahrung imstande ist zu bestätigen, daß das Bild, das hier Maurenbrecher von der Parteistimmung entwirft, richtig ist, dann will ich pater peccavi sagen. Aber es ist nicht wahr; nirgends ist das vorhanden. (Sehr richtig!) Wie in aller Welt kann vor allem ein Historiker sagen: „Wir müssen einen Erfolg haben?" Wie kann man einer Partei, die in der Minorität ist, die nicht über die Staatsgewalt verfügt — wie kann man der zumuten: Du mußt einen Erfolg haben? Ich freue mich ja über diesen Durst nach Taten, den Genosse Maurenbrecher zeigt. Er ist drei Jahre in der Partei — das soll kein Vorwurf für ihn sein — wir aber stehen in der Mehrzahl bereits vier-, fünf-, ja mehr als zehnmal länger in der Partei, und da können Sie wohl glauben, daß wir, die wir mit der Zahl der Jahre auch dem Ende unseres Lebens entgegen gehen, allesamt das dringende Verlangen haben, nicht nur einen Erfolg, sondern hundert Erfolge, ja den ganzen Erfolg zu haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir arbeiten alle mit Leibeskräften daran, um ihn zu erzielen; aber zu sagen: jetzt müssen wir einen Erfolg haben, oder wir sind verloren, ist einfach eine naive Auffassung von den Entwickelungsmöglichkeiten der Geschichte eines Volkes. (Lebhafte Zustimmung.)

Und wo haben wir denn das Vertrauen der Massen verloren, daß wir es wiedergewinnen müssen, wo, irgend wo? — Zeigt das mangelnde Vertrauen der Massen zu uns etwa die gewaltige Zunahme der organisierten Genossen, die steigende Abonnentenzahl der Parteipresse, zeigen das unsere Erfolge bei den Landtags-, bei den Gemeindewahlen oder bei den Reichstagswahlen? Genau das Gegenteil ist der Fall. (Lebhaftes sehr richtig!)

Genosse Hilferding, der unseren preußischen Verhältnissen fernsteht, hat ein viel richtigeres Urteil über die Situation der Partei in Preußen und über den Massenstreik abgegeben als Maurenbrecher. Es denkt niemand

von uns daran, die Jenenser Beschlüsse aufzuheben oder irgendwie zu beschränken. Nicht ein Wort der Jenenser Resolution entspricht der Auffassung, die die Gegner der Taktik des Vorstandes geäußert haben. Ebensowenig nehme ich ein Wort meiner damaligen Rede zurück. Ich möchte hier nur eine charakteristische Stelle hervorheben. Nachdem ich die verschiedenen Massenstreiks in den verschiedenen Ländern besprochen habe, komme ich auf Deutschland, und da sage ich: Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: Ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Masse selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: „Du hast Dein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für Dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht."

Wenn ich in Jena mit großer Begeisterung für den Massenstreik eingetreten bin, als eventuelles Kampfmittel, so kann man doch aus keinem Worte herausnehmen, daß ich bereits im nächsten Jahre für einen Massenstreik eingetreten sei. Gerade weil es sich für uns nach der ganzen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland um ganz bestimmte Rechte handelt, für die der Massenstreik gegebenen Falles inszeniert werden soll, und weil wir in unser aller Interesse den Wunsch haben müssen, eine solche Demonstration vollständig in der Hand zu haben, verlangen wir, daß noch in viel höherem Maße agitiert und aufgeklärt wird, damit wir im gegebenen Moment unsere disziplinierten Massen, die die undisziplinierten fortreißen sollen, in der Hand haben, so daß keine Dummheit gemacht wird. (Sehr richtig!) Ich erkläre Ihnen im Namen des gesamten Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die wir darüber beraten haben, wir stehen auf dem Boden, daß zwar der Massenstreik notwendig sei, aber wir lassen uns nicht wider unsere Ueberzeugung in einen Massenstreik hineinhetzen, einerlei von welcher Seite das geschieht. (Lebhafter Beifall.) Ich betrachte den Massenstreik als die ultima ratio, das letzte und zwar friedliche Mittel unserer Partei, als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anwenden müssen, um es so zu gestalten, wie wir es im Interesse der Partei und des Volkes für notwendig halten. (Sehr richtig!) Das können wir mit unserer jetzigen Organisation noch nicht riskieren. Hier optimistisch sein zu wollen, halte ich für falsch. Wir haben nach jeder Richtung hin unsere Tätigkeit zu entfalten. Die Anregung in Jena hat bereits in der kurzen Frist von einem Jahre sehr schöne Erfolge gebracht. Aber die Agitation und Organisation muß noch ganz anders entwickelt werden, und wenn das geschieht, wollen wir sehen, was wir weiter tun können.

Mir ist in der gegnerischen Presse, zuerst in der „Frankfurter Zeitung", nachgesagt worden, daß ich hin und her geschwankt hätte in der Frage des Massenstreiks, ja, daß ich mich in Bremen gegen denselben erklärt hätte. Das ist einfach nicht wahr. In Amsterdam haben wir alle für die Massenstreik-Resolution gestimmt. In Bremen habe ich nichts weiter über den Massenstreik gesagt, als daß man bis zum nächsten Parteitag, auf dem er erörtert werden solle, ihn in der Presse und Versammlungen gründlich besprechen möge.

Es entsteht nun die Frage: Wie stehen unsere Gewerkschafter zum Massenstreik? Sie wissen alle, daß bei den Debatten, die wir voriges Jahr in Jena gehabt haben, vielfach auf die Kölner Resolution Bezug genommen worden ist und die Meinung vertreten wurde, daß jene Resolution mit der Jenaer im Widerspruch steht. Ich will mich hier über diese Frage nicht weiter aussprechen. Ich möchte aber doch das eine konstatieren, und zwar tue ich es mit Freuden, daß, soviel Unangenehmes in bezug auf die Partei aus den

Reden einzelner Redner auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin ausgesprochen worden ist, die Verhandlung im großen und ganzen gezeigt hat, daß wir uns trotz alledem bedeutend *näher* gekommen sind als das noch in Jena der Fall zu sein schien. (Sehr richtig!) Darüber kann kein Zweifel bestehen. Es hat mir insbesondere eine große Genugtuung bereitet, in der Rede des Genossen *Bömelburg* auf jener Konferenz zu lesen, daß er die Ansicht ausspricht: wenn es sich einmal darum handele, daß das für die Arbeiter und speziell die Gewerkschaften unentbehrliche Koalitionsrecht in Frage gestellt werde, alsdann die Gewerkschaften gar nicht erst die Initiative der Partei abzuwarten hätten, sondern sie müßten dann selbst auftreten und mit dem Massenstreik ins Zeug gehen. Das ist eine erfreuliche Uebereinstimmung. Ich habe auch aus einer anderen Bemerkung in jenem Protokoll ersehen, daß ein ausgesprochener Gegner des Massenstreiks in jener Versammlung sagte: „Ich habe an mir gemerkt, daß man nach und nach anfängt, sich an den Gedanken des Massenstreiks zu gewöhnen." Das beweist, daß durch die Erörterungen in Köln und Jena und nachher in der Presse doch eine große Anzahl Genossen zu tieferem Nachdenken veranlaßt worden ist und daß die Ergebnisse ihres Nachdenkens erheblich abweichen von ihrem früheren Gedankengang. Daß wir die Gewerkschaften für die Idee des Massenstreiks gewinnen müssen, erscheint mir zweifellos. Ebenso, daß der Massenstreik ohne Mitwirkung der Gewerkschaften nicht durchführbar ist. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite allerdings ist in den Gewerkschaftskreisen durch eine Reihe von Aeußerungen in Artikeln und Reden und namentlich auch bei den Verhandlungen der Gewerkschaftskonferenz in diesem Frühjahr der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß man in der sozialdemokratischen Partei geneigt wäre, mit dem Massenstreik zu spielen. Für diese Ansicht spricht z. B. auch die Nieder-Barnimer Resolution, die das wunderbarste leistet, was in dieser Hinsicht geleistet werden kann. Parteigenossen! Weiß denn der Nieder-Barnimer Wahlkreis, der mit Mehrheit diese Resolution angenommen hat, nicht, was der Parteitag für Preußen über die Straßendemonstrationen beschlossen hat? Weiß er denn nicht, daß, wenn wir nach dem Wortlaut der Resolution Straßendemonstrationen inszenierten, das zu einem Blutbad führt, ohne daß wir die Garantie haben, aus dem Blutbad als Sieger hervorzugehen? Es wird nicht bloß von Demonstrationen gesprochen, sondern gleich in der Mehrzahl auch von Massenstreiks. Die Massenstreiks werden danach als ein alle Augenblicke anwendbares Agitationsmittel dargestellt. Heute machen wir einen Massenstreik, morgen machen wir einen und übermorgen wieder einen. Derartige Auffassungen müssen wir entschieden ablehnen. Ich kann den Parteitag nur bitten, die gesamten Resolutionen, die zu diesem Kapitel gestellt sind, abzulehnen und die Resolution anzunehmen, die *wir* Ihnen vorschlagen. Ich bemerke dabei, daß der übergroße Teil dieser Resolutionen schon in diesem Augenblick erledigt ist. Denn sie verlangen, man solle das Mittel des Massenstreiks nicht preisgeben. Dazu war man gekommen durch die Veröffentlichungen der „Einigkeit", die den Anschein erweckten, im Parteivorstand sei der Gedanke vorhanden, man wolle die Jenaer Resolution preisgeben.

Es wird weiter verlangt, man solle eine Broschüre über den Massenstreik veröffentlichen. Das ist schon in Jena beschlossen worden und dieser Beschluß wird auch ausgeführt werden. Da aber seine Ausführung nicht sofort möglich war, veranlaßten wir, daß zunächst die gesamten Verhandlungen des Parteitages über den Massenstreik gedruckt und veröffentlicht wurden. Es wird ferner in einer Resolution verlangt, wir sollten auch die jetzigen Verhandlungen über den Massenstreik veröffentlichen. Ich für meine Person habe nichts dagegen. Ist das aber der Fall, dann glaube ich kaum, daß noch jemand in einer Broschüre etwas Neues über den Massenstreik wird sagen können. Dann wird es sich nur

um eine Broschüre für jene Kreise handeln, die bisher der Partei fernstanden, und das halte ich für nützlich. In Stettin auf dem Parteitag für Pommern hat man sich mit einer ähnlichen Resolution befaßt wie in Niederbarnim. Es wurde zugunsten derselben gesagt, ich stünde im Parteivorstand allein und bedürfe einer Rückenstärkung. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind im Parteivorstand in der Frage des Massenstreiks eins, so daß ich gar nicht notwendig hatte, irgendwie den Dränger und Schieber zu machen, ja daß sogar in einem Punkte ich für meine Kollegen zu konservativ gewesen bin. (Hört, hört!) Ich hatte nämlich in dem Entwurf meiner Resolution den Vorschlag, daß, sobald der Parteivorstand sich von der Notwendigkeit des Massenstreiks überzeugt habe, er sofort einen außerordentlichen Parteitag einberufen müsse, der darüber Beschluß zu fassen habe. Diesen Vorschlag hielt man im Parteivorstand für kaum ausführbar und so ließ ich ihn fallen. Im übrigen betone ich noch einmal, ist die Parteileitung in der Auffassung einig.

Ich habe mich nun noch mit wenigen Worten gegen eine Resolution zu wenden, die die Mühlhauser Genossen gefaßt haben. Die Resolution steht unter Nummer 64 und bezieht sich darauf, daß Gefahr bestehe, daß in dem großen Befreiungskampfe Rußlands die preußische Regierung Gelüste bekommen könnte, preußische Truppen nach Rußland einrücken zu lassen, um die Revolution mit Hülfe deutschen Blutes zu ersticken. Der Genosse Maurenbrecher hat denselben Gedanken in einem Artikel geäußert. Auch im Auslande war diese Meinung weit verbreitet. Aus den verschiedensten Kreisen der russischen Genossen wurden Anfragen an mich gestellt, ob es wahr sei, daß Deutschland intervenieren wolle und wie sich die deutschen Sozialdemokraten dabei verhalten würden. Darauf habe ich geantwortet: Es sei nicht daran zu denken, daß Deutschland intervenieren werde. Habe man auch eine noch so schlechte Meinung von der Leitung unserer auswärtigen Politik, so müsse man doch sagen, eine solche Intervention ist undenkbar. Der Reichskanzler selbst hat auch die erste Gelegenheit wahrgenommen und im Reichstag erklärt, daß diese Gerüchte unwahr seien, daß in Deutschland-Preußen kein Mensch daran denke, sich Rußlands anzunehmen. Es ist nicht zu leugnen, daß das Herz des deutschen Kaisers, der Regierung und der Bourgeoisie auf seiten des Zaren sind. Selbstverständlich wünscht man in allen diesen Kreisen, daß es gelingen möge, die russische Revolution niederzuzwingen; aber bis zur Tat, deutsche Truppen in Rußland einmarschieren zu lassen, ist noch ein großer Schritt. (Sehr wahr.) Man exemplifizierte dabei auf das Jahr 1792. Aber damals war ganz Europa der Feind der französischen Revolution. Damals konnte eine europäische Koalition geschaffen werden, damals konnte man hoffen, die Revolution im Blute zu ersticken. Und doch ist der Versuch mißglückt.

Die Situation von 1792 und 1906 ist eine total verschiedene. Heute gibt es keine europäische Koalition, die gegen Rußland mobil zu machen bereit wäre, heute steht Deutschland infolge seiner ungeschickten auswärtigen Politik isoliert da. Die österreichische Presse aller Parteien hat sofort in der energischsten Weise dagegen protestiert, daß man an ein solches Einschreiten denken könne. Das Einschreiten Deutschlands in Rußland würde einen europäischen Krieg bedeuten. (Sehr wahr!) Man wird sich also in Deutschland hüten, eine solch ungeheure Gefahr hervorzurufen. (Sehr wahr!) Was ist das, was die Mühlhauser Genossen beantragt haben, anderes, als der auf dem Züricher Kongreß durch Nieuwenhuis befürwortete Generalstreik um den Frieden im Falle des Ausbruchs eines Krieges? Ja, Genossen, die wenigsten von Ihnen haben einen großen Krieg erlebt. Sie haben keine Ahnung von der Situation, die 1870 bei Ausbruch des Krieges bestand. Mittlerweile sind wir freilich viel stärker geworden; aber auch die Machtmittel der Gegenseite sind gewaltig gewachsen. (Sehr richtig!) Vor allem ist die militärische Rüstung ganz anders geworden. Wer glaubt denn, daß man in einem Moment, wo eine gewaltige Aufregung, ein

Fieber die Massen bis in die tiefsten Tiefen aufrüttelt, wo die Gefahr eines ungeheuren Krieges mit seinem entsetzlichen Elend uns vor Augen steht, wer glaubt, daß es in solchem Augenblick möglich ist, einen Massenstreik zu inszenieren? (Sehr richtig!) Das ist eine kindliche Idee. Bei Ausbruch eines solchen Krieges marschieren vom ersten Tage ab in Deutschland 5 Millionen unter den Waffen, darunter viele hunderttausend Parteigenossen. Die ganze Nation steht unter den Waffen! Furchtbares Elend, allgemeine Arbeitslosigkeit, Hunger, Stillstand der Fabriken, Sinken der Wertpapiere — glaubt man, man könne in einem solchen Moment, wo jeder nur an sich denkt, einen Massenstreik inszenieren? (Sehr gut!) Würde eine Parteileitung so kopflos sein, an einem solchen Tage einen Massenstreik zu inszenieren, so würde sofort mit der Mobilmachung der Kriegszustand über ganz Deutschland verhängt werden, und dann haben nicht mehr die Zivilgerichte, sondern die Militärgerichte zu entscheiden. Ich habe schon läuten hören, und das halte ich für wahrscheinlich, weil man in den entscheidenden Kreisen glaubt, die Sozialdemokratie könnte so töricht sein und einen solchen Beschluß fassen, daß man sich an maßgebender Stelle schon lange mit dem Gedanken trägt, allen Führern der Sozialdemokratie dasselbe Schicksal zu bereiten, wie 1870 den Mitgliedern unseres Parteiausschusses. Wenn Sie glauben, daß in einem solchen Falle die Gegner irgend welche Nachsicht üben würden, so irren Sie sich; ich halte auch für unbegreiflich, daß man das in einem solchen Falle erwartet. Es ist eben bei uns anders, als in anderen Ländern. Deutschland ist ein Staatswesen, wie es zum zweiten Male nicht existiert. Man mag das oben als Kompliment ansehen, es ist aber Wahrheit und diese Wahrheit müssen wir uns vor Augen halten und danach unser Handeln einrichten. (Sehr richtig.) Ich kann Sie nur dringend bitten, auch die Resolution Mühlhausen abzulehnen. — Nehmen Sie die von uns vorgeschlagene Resolution an, damit ist der Weg gegeben, auf dem die Partei siegreich ihr Ziel verfolgen kann. (Stürmischer Beifall!)

Singer teilt mit, daß inzwischen zu der Resolution **Bebel** (138) der Abänderungsantrag 158 eingegangen ist.

Korreferent **Legien**: Es mag richtig sein, daß der Parteivorstand sich, als er das Protokoll veröffentlichte, in einer sehr unangenehmen Lage befand. Aber man darf nicht übersehen, daß er sich selbst diese Lage geschaffen hat. Er hat selbst im gegebenen Moment nicht den richtigen Weg eingeschlagen. Ob die Veröffentlichung von seiten der Anarchosozialisten oder vom Parteivorstand geschah, ist gleichgültig. Es bleibt eine Indiskretion, ein Weg, der sehr wenig zu empfehlen ist, was vielleicht dem Parteivorstand noch einmal recht unangenehm in Erinnerung kommen dürfte. Ich sage, der Parteivorstand hat selbst zur gegebenen Zeit nicht den richtigen Weg eingeschlagen und sich so in die unangenehme Lage gebracht. Nicht beim Parteivorstand war die Neigung vorhanden zur Veröffentlichung, sondern die Redaktion des „Vorwärts" hat ihn dazu gedrängt. Erst nachdem die Redaktion sich ein Protokoll von uns erbeten hatte mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß der Inhalt veröffentlicht werden sollte und wir die Erlaubnis zur Veröffentlichung verweigerten, hat sich der Parteivorstand mit der Frage der Veröffentlichung beschäftigt. Die ganze Art seines Vorgehens war nicht richtig. Es gewinnt den Eindruck, als wenn der Parteivorstand nur unter dem Einfluß der Berliner Parteigenossen gehandelt habe. (Zustimmung und Widerspruch.) Hat doch besonders **Pfannkuch** am Montag in seinem Geschäftsbericht erklärt, der Vorstand wäre sich bewußt, daß die Redaktion des „Vorwärts" bei ihrer Forderung die Preßkommission geschlossen hinter sich hatte. Genossen! Ja, was geht denn die Stellungnahme der Preßkommission und ihre Geschlossenheit den Parteivorstand an, wenn es sich darum handelt, in einer so wichtigen Frage eine Entscheidung zu treffen? Wir haben den Eindruck, als wenn der Parteivorstand sich bei seinen Entscheidungen übermäßig von den Berliner

Parteivertretern beeinflussen läßt. Das darf nicht sein. Der Parteivorstand steht über den Berliner Organisationen; er steht über der Redaktion des „Vorwärts" und er hat sich von dieser Seite nicht drängen zu lassen. Nachdem die Redaktion erklärt hat, die Generalkommission habe ihr zwar ein Protokoll überwiesen, sie habe es aber nichtachtend zurückgeschickt, weil ihr nicht das Recht eingeräumt worden war, es zu veröffentlichen, erst da schrieb der Parteivorstand an die Generalkommission, es sei der Wunsch nach Veröffentlichung vorhanden. Und es ist eigentümlich, ehe der Brief des Parteivorstandes an uns kam, las ich ihn schon gedruckt im „Vorwärts". (Hört! hört!) War es taktisch richtig, von vornherein durch diese Publikation sich in eine Zwangslage bringen zu lassen, die Veröffentlichung vornehmen zu müssen, gleichviel, ob die Generalkommission zustimmte oder nicht? War das der richtige Weg, um eine Verständigung zu erzielen? Die Indiskretion, die sehr richtig von der Redaktion des „Vorwärts" als eine Infamie bezeichnet worden ist, ging von Gegnern aus, denn diese lokalistischen Gewerkschaften gehören nicht zur sozialdemokratischen Partei (Sehr richtig!), sie stehen zur sozialdemokratischen Partei genau in dem gleichen politischen Gegensatze wie die Konservativen oder das Zentrum oder irgend eine andere politische Partei. (Sehr richtig! Zuruf: Redet doch keinen Unsinn!) Ich werde Ihnen das sofort beweisen, Genossen aus Berlin. Diese lokalistischen Organisationen haben auf ihrem ersten Kongreß im Jahre 1897 in Halle eine Resolution angenommen, in der es heißt: „8. daß dieser notwendige und unvermeidliche Klassenkampf nur unter engem und bewußtem Anschluß an die Grundsätze und Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann." Weiter wird in einer besonderen Resolution gesagt: „Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung aussichtslos zu machen und zu lähmen." Weiter heißt es, daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen bestrebt sind, als arbeiterfeindlich zu betrachten sind. Und was beschloß diese Gruppe auf ihrem letzten Kongreß 1906? „Wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, dann ist es notwendig, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird. Dazu gehört die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung des Lebensunterhaltes und der Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung, und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks." (Hört! Hört!) Also des anarchistischen Generalstreiks! 1897 in Halle und die ganzen Jahre hindurch erklärt die Gruppe, sie stehe auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei. 1906 erklärt sie, nicht mehr zu ihr zu gehören, sondern daß für sie maßgebend ist der Klassenkampf im Sinne des „revolutionären Sozialismus". Unter dieser Bezeichnung segelt bei uns die Gruppe der Anarchisten. Diese Organisation hat mit der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun.

Wollen Sie noch ein Urteil darüber hören, ob meine Auffassung richtig ist, dann hören Sie einen von denen, die dieser Gruppe nahestehen. Dr. Michels, der für die „Einigkeit" geschrieben hat, sagt in dem neuesten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft": „Sie (die lokalistische Gruppe) verwerfe die Neutralität und bekenne sich zum revolutionären Sozialismus. Zwar sind auf dem letzten Kongreß, der im April 1906 in Berlin stattfand, die Statuten insofern modifiziert worden, als man das Wort sozialdemokratisch hat fallen lassen, und, um den

anarchistischen Elementen in der Arbeiterschaft den Eintritt nicht zu erschweren, dafür das Bekenntnis der Einzelmitglieder zum Boden des Klassenkampfes als conditio sine qua non gesetzt hat." Glauben Sie jetzt nach diesen Feststellungen noch, daß diese Gruppe zu uns, zur sozialdemokratischen Partei gehört? Sie hat sich selbst außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Sie steht uns gegenüber wie jeder andere Gegner, ja dadurch, daß sie sich auf dem Boden des Klassenkampfes zu stehen den Anschein gibt, ist sie uns vielleicht gefährlicher als diejenigen, die sich offen als unsere Gegner bekennen. Und wenn nun eine solche Indiskretion begangen wird von Leuten, die mit uns nichts zu tun haben, so ist doch deshalb nicht irgend eine Instanz in der Partei berechtigt, die ganzen vertraulichen Verhandlungen preiszugeben. Ich glaube nicht, daß sich der Parteivorstand, wenn die Indiskretion von einer konservativen oder einer Zentrumszeitung begangen wäre, verpflichtet gefühlt hätte, den Teil des Protokolls, den er veröffentlicht hat, zu veröffentlichen. Wohin das führt, sehen wir ja. Der Parteivorstand hält diesen Teil des Protokolls für so wichtig, daß er veröffentlicht werden muß. Die Anarchisten halten einen anderen Teil für wichtig. Sie veröffentlichen die Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände darüber, ob die Organisationen heute fähig sind, in einen Abwehrkampf gegen die Unternehmer eintreten zu können, also den Teil, der am allerwenigsten den Gegnern bekannt gegeben werden sollte. (Sehr richtig!) Das hätte sich der Vorstand überlegen sollen; er hätte sich sagen sollen, daß es nicht möglich ist, das Protokoll im Gegensatz zu denen zu veröffentlichen, die darüber zu bestimmen haben. Der Parteivorstand wird hoffentlich doch wenigstens vor der Veröffentlichung von dem Inhalt des Protokolls Kenntnis genommen haben. Lange genug war es ja in seinen Händen. Ich will mit dem Parteivorstand nicht darüber rechten, warum er von einem Protokoll, dem er nachher eine solche Wichtigkeit beimißt, nicht früher Kenntnis nimmt. Jedenfalls mußte er davon Kenntnis haben zu der Zeit, wo dieser Teil des Protokolls durch den „Vorwärts" veröffentlicht wurde. Er mußte wissen, daß es zur Klärung der Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik nicht notwendig war, das Protokoll zu veröffentlichen. Erst durch das Vorgehen des Parteivorstandes ist die Spannung in den Parteikreisen hervorgerufen. Wäre es bei richtiger Ueberlegung nicht vollständig ausreichend gewesen, wenn der Parteivorstand erklärt hätte: Wir können den Parteigenossen nach Kenntnisnahme des Protokolls mitteilen, daß in ihm nichts enthalten ist, was sich gegen die sozialdemokratische Partei richtet. (Sehr gut!) Durch eine solche Erklärung wäre die ganze Frage aus der Welt geschafft. (Zustimmung und Widerspruch.) Oder haben Sie nicht das Zutrauen zu unserem Parteivorstand, daß eine solche Erklärung, wenn er sie abgibt, wahr ist? Hat man das Zutrauen, dann muß man sich mit einer solchen Erklärung zufrieden geben. Der Weg, den der Vorstand hätte einschlagen können, war sehr leicht und einfach. Nach meiner Ueberzeugung fehlt es im Vorstand an dem einheitlichen geschlossenen Willen, und es ist ein übermäßiger Einfluß der Berliner Gruppen und der Redaktion des „Vorwärts" vorhanden. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist bedauerlich, das konstatieren zu müssen. Wie wäre es denn sonst möglich, daß in dieser strittigen Frage ein Mitglied des Parteivorstandes ganz auf eigene Faust vorgehen konnte. Es ist ja bekannt, daß, bevor der Parteivorstand Stellung nahm, Bebel sofort mit der Erklärung hervortrat, daß die Sache nicht stimme mit Silberschmidts Wiedergabe der Bebelschen Thesen. Bevor man eine solche Behauptung in die Welt setzt, hätte sich doch erst einmal der Gesamt-Parteivorstand über die Sache klar werden müssen. Als die Indiskretion der „Einigkeit" erschien, hatte die Generalkommission gerade Sitzung. Wir sagten uns, es ist überflüssig, mit dem Parteivorstand zu verhandeln, denn das, was die „Einigkeit" veröffentlicht hat, widerspricht ja nicht dem Jenaer Beschluß, insbesondere auch nicht den Ausführungen von Bebel,

(Sehr richtig!) Wir dachten uns, der Vorstand wird erklären: Selbstverständlich haben die Verhandlungen stattgefunden. Und das, was da gesagt ist, deckt sich vollständig mit der Auffassung, die in Jena zutage getreten und gegenwärtig in der Partei vorhanden ist. Ganz im Gegensatz zu unserer Annahme aber kommt mit einem Male die Erklärung von Bebel, daß das im Protokoll wiedergegebene Referat von Silberschmidt voller Mißverständnisse ist und daß namentlich die sechs Thesen, die Silberschmidt dem Sinne nach wiedergegeben hat, stark entstellt seien. Ja, ist denn Bebel nicht zum Bewußtsein gekommen, als er seine Zeilen niederschrieb, daß er dadurch unbedingt den Widerspruch der Generalkommission hervorrufen müßte. (Bebel: Selbstverständlich!) Hier handelt es sich nicht um Meinungsäußerungen von Silberschmidt. Die von ihm niedergeschriebenen Thesen waren nicht Thesen von ihm oder Bebel, sondern es waren Thesen, die als richtig anerkannt worden sind von den Vertretern, die an der Sitzung vom 16. Februar teilgenommen haben. Die einstündige Rede gab Silberschmidt und nicht Bebel Veranlassung, die wichtigsten Punkte kurz zu skizzieren. Wir sollten die Vereinbarung der Konferenz der Zentralvorstände vorlegen. Silberschmidt hat infolgedessen die Sätze skizziert. Es ist falsch, daß uns von dem Parteivorstand oder von Bebel irgendwie bestimmte Sätze oder Thesen vorgelegt sind. Die Sätze sind einfach von Silberschmidt niedergeschrieben. Sie sind nach der Rede von Bebel verlesen, von Bebel und anderen kritisiert, sie sind abgeändert worden, wurden wieder verlesen und dann ist gesagt: Schön. Nun wollen wir in den beiderseitigen Körperschaften weiter über diese Sätze verhandeln. Wenn es so ist, Genosse Bebel, wie können Sie da öffentlich erklären, daß die Sätze stark entstellt wiedergegeben worden seien? Nein, das sind die Sätze, denen Sie am 16. Februar zugestimmt haben! (Bebel ruft wiederholt: Das ist nicht wahr!) Dann bitte ich Sie, uns zu beweisen, daß Sie uns etwas vorgelegt haben. Umbreit als Teilnehmer hatte bei Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, einen Protokollführer zu bestellen. Es wurde von Pfannkuch oder von Bebel erklärt: das ist nicht nötig, und uns ist nichts Schriftliches von Bebel vorgelegt worden. Beweisen Sie doch, daß die Dinge sich anders abgespielt haben! Bebel hätte es sich sehr überlegen müssen, bevor er die Erklärung abgab, daß die Sätze stark entstellt sind. Gewiß, die Wiedergabe eines Referates kann voller Mißverständnisse sein. Darüber streiten wir uns nicht. Wir streiten uns nicht darüber, ob Silberschmidt das wiedergegeben hat, was Bebel in seiner Rede gesagt hat. Wir hatten die Empfindung, als ob er das tatsächlich wiedergegeben hat. Aber das ist auch nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß man uns den Vorwurf gemacht hat, daß die Thesen entstellt sind. War sich Bebel denn nicht bewußt, was er damit den Vertretern der Generalkommission sagte? Entweder ihr seid Schafsköpfe oder Gauner! Schafsköpfe wären wir dann gewesen, wenn wir das nicht verstanden hätten, und Gauner, wenn wir zugelassen hätten, daß Silberschmidt etwas anderes, als in der Konferenz vorgekommen, berichtet hätte. Also, so leicht ist die Sache nicht zu nehmen. Der Parteivorstand hätte sich mit der Generalkommission verständigen müssen, bevor er seine Publikationen veröffentlichte. Aber es fehlt eben im Parteivorstand an der Einheitlichkeit. Bebel hatte nicht das Recht, über diese Verhandlungen eine Publikation zu erlassen (Bebel: da hört doch alles auf!), ohne sich mit dem Parteivorstand vorher zu verständigen. Die Publikation enthielt nur die Unterschrift von Bebel. Nachher in den weiteren Publikationen des Parteivorstandes kommt das, was Bebel gesagt hat, nicht mehr in dieser Weise zum Ausdruck. Bebel sagt, das Protokoll gibt die Verhandlungen nicht richtig wieder. Silberschmidt soll sich in Widersprüchen ergangen haben. Ich finde keinen Widerspruch, denn in dem einen Falle handelte es sich um theoretische Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreik, in dem anderen Falle um Beratungen über

die praktische Durchführung. Bebel behauptet weiter, es sei bei den Beratungen im Parteivorstand nicht auf die Stimmung hingewiesen worden, die sich in Hamburg, Sachsen und Preußen, besonders in Berlin geltend machte. In der Rede von Bebel ist das allerdings nicht gesagt, aber zu Anfang der Sitzung meinte Pfannkuch: wir halten uns für verpflichtet, mit der Generalkommission eine Beratung zu pflegen. Die Stimmung in Hamburg, Sachsen, Preußen und besonders in Berlin, wo gedrängt wird, veranlassen uns dazu. Silberschmidt hat also durchaus nicht falsch berichtet. Man kann sehr wohl annehmen, daß auf den politischen Massenstreik hingedrängt wurde, so heißt es z. B. in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" vom 4. Dezember 1905:

„Von der Erbitterung, von der Empörung der Arbeiterschaft kann sich nur der einen Begriff machen, der sie erlebt, der sie mitempfindet! Vor den blitzenden Klingen der Polizei wurde der Ruf ausgestoßen: Jetzt kommt der Massenstreik! Und wer die Stimmung des Proletariats kennt, der weiß, daß dieser Schrei nicht eine leere Drohung ist! Der weiß, daß Massen von Arbeitern heute auf diesen Ruf warten! Noch hat es die Regierung in der Hand, das äußerste zu verhüten, noch können die Nationalliberalen durch tätiges Einwirken auf die Regierung die drohende Schädigung, die ihnen die Arbeitseinstellung verursachen würde, verhindern, vermeiden. Mögen die Herrschenden handeln, ehe es zu spät ist. Denn das steht fest, das wirft keine Macht um: der Wahlrechtskampf des sächsischen Volkes geht weiter, geht weiter in verschärfter Form." Wenn man das liest, muß man allerdings zu der Meinung kommen, daß es dort nahe beim Massenstreik war. (Sehr richtig!) Also, der Parteivorstand hat nicht richtig gehandelt, und wenn er sagt, er befand sich in einer unangenehmen Lage, so hätte er dafür sorgen müssen, daß diese Lage nicht geschaffen wurde. Der Parteivorstand wird wohl zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Generalkommission eine verhandlungsfähige und auch vertragsfähige Körperschaft ist. Da war die Veröffentlichung des Protokolls doch mindestens — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — eine sehr unfreundliche Handlungsweise, und Sie können es wohl verstehen, wenn ich erkläre, daß unter den Mitgliedern der Generalkommission sehr wenig Neigung für weitere Verhandlungen mit dem Parteivorstand besteht. (Hört, hört!) Denn wer weiß, ob wir nicht wieder in dieselbe Situation kommen. Man muß zum mindesten wünschen, daß der Parteivorstand erklärt: Wir sehen ein, daß die Publikation ein Fehler war! Erst dann wird das volle Vertrauen, das die ganzen Jahre hindurch zwischen Parteivorstand und Generalkommission geherrscht hat, in ganzem Umfang wiederkehren. Der Parteivorstand sollte sich zu dieser Erklärung verstehen, dann dürfte die Differenz bald verschwinden.

Nun zu der Frage des politischen Massenstreiks. Wenn je der Beweis dafür geliefert ist, daß es unpraktisch ist, für eine rings von Feinden umgebene, vorwärts strebende Partei die Kampfmittel von vornherein zu bestimmen, die in einem gegebenen Moment angewandt werden sollen, dann ist der Beweis dafür durch das geliefert, das wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat dort den politischen Massenstreik empfohlen. Mit Begeisterung ist seine Forderung akzeptiert worden, und was haben wir heute? Nahezu die Hälfte der Rede von Bebel war eine Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand gerichteten Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegt, ohne die Ueberzeugung zu haben, daß es in allernächster Zeit sich wird anwenden lassen. Vielleicht sieht Bebel heute ein, daß mein Antrag in Jena auf Streichung dieses Satzes durchaus nicht unbegründet war. Ich erklärte damals, daß dieser Satz ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus sei. Wie recht ich hatte, dürfte Bebel wohl jetzt eingesehen haben. Die Anarchosozialisten haben tatsächlich den Jenenser Beschluß als ein Zugeständnis, als eine Abschlagszahlung angesehen auf den von ihnen propagierten Generalstreik. Als

sie sahen, daß sich ihre Hoffnungen nicht erfüllten, richteten sie ihren Angriff nicht etwa gegen die Generalkommission, denn sie hatten die Kommission schon vorher als eine nichtsnutzige Institution und die Führer als jämmerliche feige Kerle bezeichnet, sondern gegen den Parteivorstand, namentlich gegen Bebel. In der Publikation der „Einigkeit", die von sämtlichen Vertretern der Lokalorganisationen unterzeichnet war, heißt es: „Wenn die Angaben Silberschmidts in bezug auf die Ausführungen des Genossen Bebel in einer Sitzung der Generalkommission mit dem Parteivorstand auf Wahrheit beruhen, so bedeutet das einen Gesinnungswechsel Bebels seit dem Jenaer Parteitag, den wir ihm nicht zugetraut hätten. Entweder ist dann die deutsche Arbeiterschaft auf dem Jenaer Parteitag schon getäuscht worden, oder die Macht der Generalkommission, fußend auf dem Kölner Gewerkschaftskongreßbeschluß betr. den Massenstreik, ist so groß, daß nachträglich Parteitagsbeschlüsse illusorisch gemacht und die deutschen Arbeiter düpiert werden können. Unterzeichnete Organisationsleiter erklären demgegenüber auf das nachdrücklichste, unbekümmert jener geheimen Abmachungen, die Propaganda des Generalstreiks resp. Massenstreiks, wie dies im Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften niedergelegt ist, weiter eifrig zu betreiben, und halten es für ihre Pflicht, wie bisher, so auch ferner das Proletariat bei jeder Gelegenheit auf die Bedeutung jenes wirtschaftlichen Kampfmittels hinzuweisen!" Weiter heißt es an einer anderen Stelle: „Keine Geheimpolitik darf in einer so großen Partei wie die unserige getrieben werden, sondern offen müssen wir kämpfen. So Bebel in Jena am 22. September 1905. Und am 16. Februar das diametrale Gegenteil von ein und demselben Bebel. These 1: Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen." Am Schluß heißt es: „Hieraus ist zu ersehen, daß mit dem Vertrauen des organisierten Proletariats schon seit langer Zeit der ärgste Mißbrauch getrieben worden ist, den wir für unsere Pflicht halten aufzudecken. So wird es auch verständlich, daß seit geraumer Zeit in den sonst radikalen Parteiblättern ein ganz anderer Wind weht, als kurz nach dem Kölnischen Kongreß. Arbeiter Deutschlands! Wenn jemals geflügelte Worte Sinn und Bedeutung haben, dann dürfte es jetzt mehr denn je am Platze sein, sich des Ausspruchs zu erinnern: Achtet auf Eure Tribunen!" Die Anarchosozialisten waren nicht auf ihre Rechnung gekommen, daher die Angriffe. Was der Parteivorstand getan hat, war nichts anderes, was Bebel zur Begründung seiner Resolution in Jena ausgeführt hat. Deshalb konnten die Anarchosozialisten nicht auf ihre Rechnung kommen. Aber man sieht, daß sie tatsächlich den Jenenser Beschluß als Abschlagszahlung auf den anarchistischen Generalstreik betrachtet haben. Nun kann man allerdings sagen: Diese Leute stehen außerhalb der Partei.

Aber auch aus Aeußerungen unserer Parteipresse konnte man die Auffassung gewinnen, als stände man in kurzer Zeit vor der Durchführung eines politischen Massenstreiks, als sei es besonders notwendig, zu diesem Mittel zu greifen, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erringen. Auch diese Preßorgane sahen sich in ihren Hoffnungen getäuscht, weil sie ihre Erwartungen zu hoch gespannt hatten. Wenn man die Jenenser Resolution objektiv und ruhig durchliest, so hat man eigentlich die Empfindung, daß der Satz vom politischen Massenstreik völlig da hinein gequält ist. Entgegen aller Tradition der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat man hier ein Kampfmittel von vornherein festgelegt. Bisher pflegten wir den Gegnern nicht zu verraten, was wir im gegebenen Moment tun würden. Dies Abweichen von der alten Tradition hat eine ganze Reihe von Genossen sehr unangenehm berührt. Dazu kam, daß wir mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland in der Auffassung erzogen sind, die Auer so formuliert hat: „Generalstreik ist Generalunsinn?" Da sollen wir mit einem Male unsere

Meinung ändern? Zwischen dem in Jena vorgeschlagenen Massenstreik und dem Generalstreik, wie er auf internationalen Kongressen, besonders in Frankreich, gepredigt wird, besteht doch kein so großer Unterschied. Sollen wir all das, was wir Jahrzehnte lang für richtig gehalten haben, was uns von unseren ersten Führern gepredigt ist, mit einemmal über den Haufen werfen? (Ruf: Warum denn nicht?) Nicht jeder kann seine Meinung von einem Tag auf den andern ändern. Das mag man andern zumuten, uns nicht. Man hat ja auch zehn Jahre hindurch in der Partei gelehrt, daß Revolutionen im alten Sinne nicht mehr gültig sind. Man hat immer gesagt: Auf dem Boden der Gesetzlichkeit gedeihen wir am besten. Man hat immer und immer wieder gesagt: Wir können keinen gewaltsamen Widerstand leisten. Als wir dann bei den Wahlen von 1903 die meisten Stimmen aufbrachten und die zweitstärkste Fraktion des Reichstags wurden, da hätte sich unser Einfluß auf die Gesetzgebung zeigen müssen, aber da gab die Tatsache, daß wir trotzdem äußerlich einen sehr geringen Einfluß haben, einem Teile unserer Genossen Anlaß zu erklären, so geht es nicht weiter, es müssen andere Saiten aufgezogen werden. Dazu kamen die Vorgänge der russischen Revolution, und all das erklärt, daß man nach neuen Kampfesmitteln suchte und es für notwendig hielt, den politischen Massenstreik als ein solches durch Beschluß anzuerkennen.

Es ist auf die Erfolge des Massenstreiks in verschiedenen Ländern hingewiesen worden. In Italien hatte der Massenstreik keinen Erfolg, in Holland war er verfehlt. Die Folge davon waren Streikgesetze. Und einen Streik, wie wir ihn in Schweden gehabt haben, können wir in Deutschland alle Tage herbeiführen. Die Zustände in Oesterreich vollends sind mit denen in Deutschland gar nicht zu vergleichen. Dort herrscht der Nationalitätenhader, die Regierung selbst will dort das Wahlrecht ändern, und man könnte fast sagen, die österreichische Sozialdemokratie handelt mit dem Willen der Regierung. Man erblickt in Oesterreich in der Arbeiterschaft heute geradezu den Retter des Staates. Die Arbeiter stehen nicht so im Gegensatz zur Regierung und einem Teile der herrschenden Klassen wie in Preußen. Trotzdem würde Ihnen, wenn Sie unsere österreichischen Vertreter fragen würden, was eingetreten wäre, wenn es zum politischen Massenstreik gekommen wäre, genau dieselbe Antwort zuteil, wie mir: „Blutvergießen!" Wenn man damit schon dort rechnet, wo man das Recht auf die Straße besitzt, das wir uns erst erkämpfen müssen, wie will man dann Vergleiche ziehen zwischen den Vorgängen in diesen Ländern und bei uns? Und wenn man nun gar mit Rußland kommt und sagt, daß dort zum erstenmal der politische Massenstreik als revolutionäres Kampfmittel angewandt ist, so stimmt das nicht. Die ersten Kämpfe in Rußland waren genau solche Lohnkämpfe, wie wir sie in Deutschland mit wechselnden Erfolgen führen. Es wurden Forderungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gestellt. Um diese Forderungen ist gekämpft worden. Später waren es nicht mehr einfache Arbeitseinstellungen zur Erreichung bestimmter Forderungen, sondern revolutionäre Ausbrüche. Da setzte das russische Volk für seine Freiheit alles aufs Spiel. Wie kann man da sagen, daß sich das, was sich dort vollzogen hat, in gleicher Weise in Deutschland vollziehen kann. Ich stimme mit Bebel vollkommen überein, derjenige irrt sich, der da meint, daß es in Deutschland oder Preußen zu einer revolutionären Periode wie in Rußland nicht kommen kann. Ich bin überzeugt, wir kommen in eine solche Periode hinein. Es wird die Stunde schlagen, wo wir alles einsetzen müssen, um die alten Rechte zu erhalten oder neue Rechte zu erwerben. Aber man soll nicht sagen: wenn die Stunde kommt, dann muß das und das geschehen; kommt die Stunde, dann ist die Entscheidung schnell getroffen, dann werden die Massen, wenn konservative Leute an der Spitze stehen, einfach über die Köpfe der Führer hinweg entscheiden. Dann gibt es kein Beschließen über den politischen Massenstreik mehr, dann ist der politische Massenstreik da. Glauben

Sie, daß dann unsere politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeitermassen in der Fabrik stehen bleiben werden? (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist in Deutschland über den politischen Massenstreik schließlich auch eine ganz andere Auffassung vorhanden, wie das Genosse Bebel jetzt in seinem Referate auch wieder zum Ausdruck gebracht hat, nämlich die, daß der politische Massenstreik zur Erreichung bestimmter politischer Ziele in Szene gesetzt werden kann, ohne daß er den Charakter eines revolutionären Ausbruches erhält. Das ist so die allgemein herrschende Auffassung, die allerdings in neuerer Zeit sich zu wenden scheint. Neuerdings finden wir, daß die Stimmen sich mehren, die den politischen Massenstreik gewissermaßen als den Anfang der Revolution betrachten. Bebel sagte freilich heute, ob diese Auffassung richtig sei oder nicht, wolle er dahingestellt sein lassen, es sei jedenfalls ungeschickt, solche Auffassungen auszusprechen. Für noch viel ungeschickter halte ich es aber, wenn man dem Gegner sagt, welches Kampfesmittel man zu gegebener Zeit anwenden will. Wenn man es für ungeschickt hält, eine solche Meinung auszusprechen, dann soll man diese Frage nicht erst zur Diskussion stellen, denn Einmütigkeit herrscht doch über die Frage, ob der Massenstreik in absehbarer Zeit durchführbar ist oder nicht, keinesfalls. Wenn man die Durchführbarkeit und Wirkung des politischen Massenstreiks untersucht, so kann man nur von zwei Voraussetzungen ausgehen: entweder man sucht durch den politischen Massenstreik das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen und dadurch die herrschenden Klassen zu zwingen, den Anforderungen des Proletariats nachzugeben, oder man betrachtet einen solchen politischen Massenstreik als Demonstration nach außen, um zu zeigen, welche Massen heute für die Forderungen des Proletariats eintreten. Daß wir das erstere wenigstens in der gegebenen Situation nicht können, darüber sind wir uns wohl klar. Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation. Und glaubt man denn wirklich — daran möchte ich besonders erinnern — daß, nachdem wir uns Jahrzehnte lang vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, nachdem wir ihnen jahrzehntelang vor Augen geführt haben, wie durch die Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen gefördert werden, glaubt man wirklich, daß nun diese Leute sich durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Bewegung gewinnen lassen? Ich glaube es nicht. Es fehlen uns also die Arbeitermassen, die in der Lage wären, das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen. Andererseits soll als Demonstration der politische Massenstreik nicht benutzt werden, das hat ja besonders Bebel erklärt, indem er sagte: „Wir dürfen unter keinen Umständen auf die Straße gehen, wir dürfen uns nicht zeigen." Das war ja ein besonderer Teil seiner Rede in Jena. Dort sagte er: „Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Bergarbeiter haben einen großen Streik geführt, der bedeutender war als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewunderungswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals von Brüssel, von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne, von der Sonne freundlich beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschicht, die politisch und kulturell rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen: Was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelten Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussieht." Also Bebel bringt hier klipp und klar zum Ausdruck: Demonstrativ soll der Massenstreik nicht wirken, es soll niemand sich auf der Straße zeigen, ja, was soll uns dann aber dieses Kampfmittel des politischen Massenstreiks? Was

wollen wir dann damit erreichen? Können wir ihn nicht durchführen, um das Getriebe des Staates lahm zu legen, und wollen wir ihn nicht benutzen als Demonstration, was nützt er uns dann noch? Wie liegen denn die Dinge heute? Ich kann wohl ohne weiteres sagen, in der Metallindustrie und Holzindustrie, in dem ganzen Baugewerbe und auch in einem Teile der Bekleidungsindustrie würde eine Massenarbeitseinstellung durchgeführt werden können. Bei der Nahrungsmittelindustrie würde die Sache schon schwieriger stehen, da mangelt es an der ausreichenden Organisation. Ja aber, Parteigenossen, was wäre denn nun erreicht, wenn wirklich die genannten Gewerbe der Parole folgen und die Arbeit einstellen würden? Glauben Sie denn, daß durch einen solchen Streik das Unternehmertum oder die Regierung sich zu bestimmten Zugeständnissen zwingen lassen würde? In einer solchen Situation handelt es sich doch für unser Unternehmertum und für die herrschenden Klassen um Sein oder Nichtsein. Da wird ein Kampf geführt um die Existenz und um die Vorrechte dieser Klasse. Glauben Sie denn, daß diese Klasse in einer solchen Situation nicht 14 Tage oder 4 Wochen lang die Betriebe der Metallindustrie, Holzindustrie und des Baugewerbes ruhen lassen würde? Das tun sie doch heute schon! (Sehr richtig!) Schon heute sperren sie die Arbeiter wochenlang aus, um ganz andere, minderwertige Zwecke zu erreichen. Und was werden sie erst tun, wenn es sich darum handelt, die Vorrechte, die sie besitzen, zu verteidigen? Machen Sie sich doch die Situation einmal klar! Anders liegt es, wenn wir den politischen Massenstreik als Demonstration benutzen wollen und wenn dann diese Hunderttausende, vielleicht mehr als eine Million Arbeiter der genannten Gewerbe als Masse zusammentreten und nach außen hin zeigen: hier stehen wir und können nicht anders, diese Forderungen stellen wir. Sie bewegen sich auf einer vollständig irrigen Bahn, wenn Sie auf der einen Seite sich bewußt sind: wir können als Pressionsmittel den politischen Massenstreik nicht anwenden und auf der anderen Seite sagen, als Demonstrationsmittel wollen wir ihn nicht anwenden, weil wir da Gefahr laufen, mit den Staatsgewalten in Konflikt zu kommen. Sie sehen also, daß die Dinge durchaus nicht so einfach zu entscheiden sind, und daß es mit einem Parteitagsbeschluß in dieser Frage noch lange nicht getan ist. Da ist noch sehr viel zu erwägen und zu prüfen, ehe man zu diesem letzten Mittel greift, als welches Bebel den politischen Massenstreik bezeichnet hat und als welches ich ihn auch betrachte. In dieser Beziehung gibt es keine Differenz zwischen uns. Als letztes Mittel wird uns die allgemeine Arbeitseinstellung dienen, darüber sind wir uns einig. Aber man soll von der Auffassung abgehen, daß man einen solchen Streik als Demonstration durchführen könnte, ohne auf die Straße zu gehen. In einem solchen Falle muß man eben eventuell sich das Recht auch auf die Straße erkämpfen. Da müssen wir Leben und Blut eventuell preisgeben. Dann handelt es sich nur darum, zu prüfen: Ist das Objekt die Opfer wert, die wir zu bringen genötigt sind? Ist es das Blut und Leben der Arbeitermassen wert? Das ist die einzige Frage. Kommen wir zu einer solchen Entscheidung, dann können wir nicht sagen: setzt Euch in Eure Dachkammer, bleibt zu Hause und wartet ruhig ab, bis die Regierung bewilligt, was Ihr fordert. So gehen die Dinge nicht. (Sehr richtig.) Um auf die Regierung Pression auszuüben, brauchen wir auch nicht den Generalstreik, da haben wir noch andere Mittel, die wir aber auch in der nächsten Zeit noch nicht anwenden können. Es würde vollständig genügen, wenn die Bergarbeiter einmal 10 Wochen oder ein Vierteljahr die Arbeit einstellen. Bei den internationalen Verbindungen der Bergarbeiter, die sich immer weiter und weiter ausdehnen, würde auch mit der Gefahr nicht zu rechnen sein, daß vom Auslande Zufuhr kommt. Wenn wir dann einig und geschlossen dastehen und sie materiell unterstützen, dann, Genosse Bebel, brauchen wir nicht den politischen Massenstreik, dann führen wir mit dem Bergarbeiterstreik die Forderungen durch, die wir an die Regierung zu stellen haben. Aber dazu bedarf

es auch erst des Ausbaues der Organisation. Auch die Bergarbeiter beginnen erst wieder ihre Bataillone zu formieren. Ein solcher allgemeiner Streik der Bergarbeiter, der gewiß auch dazu führen könnte, einen Teil der Staatsbetriebe lahm zu legen, ist aber nicht das, was wir unter politischer Massenarbeitseinstellung verstehen, sondern der Kampf einer Organisationsgruppe zur Erreichung politischer Zwecke. Sie sehen also, daß wir uns mit der Frage, was wir als Kampfmittel anwenden können, durchaus beschäftigt haben, daß alle Möglichkeiten schon abgewogen sind, was geschehen kann, für den Fall, daß die Situation sich noch schlimmer gestaltet als bisher. Aber um diese von mir angeführten Mittel anzuwenden, dazu bedarf es der politischen Spannung. Dafür müssen die Voraussetzungen gegeben sein, man muß sich klar darüber sein, daß die Forderungen, die gestellt werden, unter allen Umständen durchzuführen sind. Kommt diese Spannung, dann wird es keinen Streit darüber geben, in welcher Art wir kämpfen und wie das Kampfmittel heißt, das angewendet werden soll.

In gewisser Beziehung betrachte ich die Diskussion über den politischen Massenstreik für gefährlich, nicht für gefährlich etwa nach der Richtung hin, daß ich fürchte, wir könnten durch die Diskussion über den politischen Massenstreik in nächster Zeit gegen unseren Willen zu einem solchen Massenstreik gedrängt werden. Wir glauben doch, daß das Verantwortungsgefühl der obersten Instanzen groß genug ist, um im letzten Augenblick zu erklären: Nein, zu dem Mittel kann nicht gegriffen werden, und daß die Disziplin der Massen groß genug ist, um den Weisungen der leitenden Stelle zu folgen. — Aber nach einer anderen Richtung sehe ich eine Gefahr, wenn wir dieses Kampfmittel propagieren, darüber diskutieren. Dann kann es leicht dahin kommen, daß die Massen glauben, es können mit diesem Kampfmittel in absehbarer Zeit bestimmte Forderungen durchgedrückt werden und wenn dann in kritischen Situationen, wie sie bei uns am 21. Januar gegeben waren, von oben von der leitenden Stelle erklärt wird: wir können dieses Kampfmittel nicht anwenden, dann tritt Enttäuschung bei den Massen ein und es wird schwer sein, die Massen wieder für unsere Kampforganisation zu gewinnen. Von diesen Gesichtspunkten ging der Kölner Gewerkschaftskongreß bei seinem Beschluß über den Generalstreik aus. Es ist nun gefragt worden, hatte der Gewerkschaftskongreß überhaupt Ursache zur Beratung des politischen Massenstreiks? Es ist ihm vielfach vorgeworfen worden, daß er vor dem Parteitage diese Frage verhandelt und entschieden hat. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, sich gegen den Kölner Beschluß zu wenden, ohne ihn in seinen Einzelheiten zu prüfen. Demgegenüber behaupte ich, daß das Recht zur Beratung des politischen Massenstreiks unbedingt dem Gewerkschaftskongreß zustand. Sie dürfen nicht vergessen: Kommt es zur Anwendung dieses Kampfmittels, dann sind die Gewerkschaften die ausführenden Organe. (Sehr richtig!) Und sie sind es, die auch den größten Teil der Führer zu stellen haben werden. (Sehr richtig!) Denn es wird ganz selbstverständlich auch bei Anwendung dieses Kampfmittels der Zusammenhalt der Arbeiter in den Berufen sich als das allerbeste erweisen.

Weiter kommt in Betracht, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks bei uns in Deutschland zuerst von den Lokalisten, also einer Gewerkschaftsgruppe, ausgegangen ist, und gerade deshalb hatte der Kongreß nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich mit dieser Frage zu befassen. (Sehr richtig!) Denn wir haben die Erfahrung doch in anderen Ländern gemacht und machen sie jetzt auch in Deutschland, wohin es führt, wenn in Gewerkschaftskreisen der Generalstreiksgedanke Wurzel faßt. Bei der Confédération générale in Frankreich, bei den Arbeiterkammern in Italien, bei dem nationalen Arbeitersekretariat in Holland ist, wie bei den Lokalisten in Deutschland, der Generalstreik als Kampfmittel anerkannt, und sie werden mir zugeben, gewerkschaftlich haben diese Organisationen wenig geleistet, haben sie geringe Bedeutung, und zwar gerade

aus dem Grunde, weil man dort glaubt, im politischen Massenstreik das Kampfmittel gefunden zu haben. Nach diesen Erfahrungen war es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des deutschen Gewerkschaftskongresses, die Arbeiter zu warnen vor der Idee des Generalstreiks. Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir auf unserem Kongreß es verhindert haben, daß auch bei uns der antiparlamentarische Standpunkt unter den Arbeitern sich ausbreitet wie bei den Lokalisten und den genannten Gewerkschaftsgruppen in Italien, Holland und Frankreich. (Sehr gut!) Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir die Gewerkschaftsgenossen warnten, der Idee des anarchistischen Generalstreiks zuliebe die notwendige Kleinarbeit hintanzusetzen. Zur Entschuldigung derjenigen, die sich gegen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses gewandt haben, kann ich nur annehmen, daß sie entweder den Kölner Beschluß nicht gelesen haben, oder daß sie nicht begriffen haben, was er in erster Linie bezweckte. Wenn die Parteipresse, anstatt die Führer der Gewerkschaften und den Kongreß in einer Weise anzugreifen, wie es geschehen ist, lieber die Gründe, die den Gewerkschaftskongreß zu seiner Stellungnahme geführt haben, geprüft hätte, dann bin ich überzeugt, hätten wir die heutigen Auseinandersetzungen, die ich mehr als irgend ein anderer gern vermieden gesehen hätte, erspart. (Sehr richtig!) Denn was kommt denn bei dieser Diskussion des politischen Massenstreiks heraus, zu der Sie uns gezwungen haben? Was heißt denn diskutieren? Diskutieren heißt, sich darüber auseinandersetzen, ob ein in Vorschlag gebrachtes Kampfesmittel anwendbar ist oder nicht. Bei einer solchen Diskussion müssen wir dann selbstverständlich auch dazu kommen, unsere Schwächen darzulegen. (Sehr richtig!) Das habe ich heute auch getan. Ich habe vor aller Welt gezeigt, wie schwach wir eigentlich sind, wie schwach es mit unserer Organisation noch bestellt ist, wie wenig wir in der gegenwärtigen Situation in der Lage sind, dies Kampfmittel anzuwenden. Ist das der Partei dienlich? Nein. Die Diskussion über den politischen Massenstreik, die uns so sehr empfohlen wird, hat ihre zwei Seiten. (Sehr richtig!)

Leider haben sich die Dinge ja nun so gestaltet, daß jetzt in dieser Diskussion an der ganzen Sache nichts mehr zu verderben ist. Die Gegner wissen jetzt ohnehin unsere Schwäche ganz genau einzuschätzen und wissen, daß sie uns in der gegenwärtigen Situation nicht zu fürchten brauchen. Das ist der Erfolg, den diejenigen, die die Diskussion empfohlen haben, herbeigeführt haben. Aus dem Grunde hatte ich in Jena beantragt, den betreffenden Satz zu streichen. Er hätte sehr gut herausfallen können, ohne irgend etwas an unserer Stellung zu ändern, und es wäre diese Streichung sehr erwünscht gewesen, weil dann die Kölner und Jenaer Resolution sich vollständig gedeckt hätten. Ich bin genötigt, Ihnen wenigstens einige Sätze der beiden Resolutionen zu zitieren, um die Richtigkeit dieser meiner Behauptung zu beweisen, die ich aufstelle, um Sie zu veranlassen, den von mir gemachten Vorschlag auf Aenderung der Resolution Bebel zu akzeptieren. Es heißt in der Kölner Resolution: „Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern und alle Versuche, die bestehenden Vollsrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen." Damit deckt sich ein Teil der Jenaer Resolution. Da heißt es: „Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden." Diese beiden Sätze lassen die Frage, was im entscheidenden Moment zu geschehen hat, offen. (Sehr richtig!) In beiden herrscht der Gedanke vor: Kommt es zu der entscheidenden Stunde, dann werden wir jedenfalls das Kampfmittel des

politischen Massenstreiks anwenden. Nun kommt aber der Satz, von dem ich erst sagte, daß er entgegen aller Tradition der Partei, ein Kampfmittel von vornherein zu bestimmen, in die Resolution, wie ich meine, nahezu hineingequält ist. Wäre er nicht hineingekommen, so gäbe es gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften. Denn es kommt ja nicht allein auf den Wortlaut der Resolution an, sondern auch auf ihre Begründung. Und nun hören Sie einmal, was Bömelburg als Referent über diese Frage ausgeführt hat. Er sagte: „Einer Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks zur Erweiterung oder Erhaltung der Volksrechte braucht man nicht aus dem Wege zu gehen. Aber ich würde es für einen entschiedenen Fehler halten, wollte man den politischen Massenstreik als ein neues Kampfmittel gegen die Reaktion im voraus bestimmen. Die Taktik im Kampfe gegen Unternehmertum und Reaktion kann man nicht ganz beliebig im voraus bestimmen, sondern sie hat sich nach den Verhältnissen zu richten. (Sehr richtig!) Ich habe in meiner Resolution ausgesprochen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, jeden Versuch der Reaktion, die Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen; aber welche Mittel zu diesem Kampfe angewandt werden sollen, das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Es wäre ein Fehler, wollten wir irgendwelche Grundsätze für Kämpfe der Zukunft festlegen. Denn einmal kann man die Taktik nicht im voraus bestimmen und zweitens ist der politische Massenstreik ein Kampfmittel, bei dessen Anwendung man sehr vorsichtig sein soll." An einer anderen Stelle heißt es: „Trotzdem haben wir heute keine Ursache zu sagen, solche Mittel sollen nicht angewandt werden. In solchen Fragen entscheidet man von Fall zu Fall." Und an einer weiteren Stelle: „Die Arbeiter wissen, was sie für Menschenrechte haben, und keine Reaktion ist mehr imstande, diesen Gedanken aus der Bevölkerung herauszubringen. Wenn man uns auf diese Weise niedertreten wollte, dann würden wir andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreicher gegen die Reaktion zu führen. (Sehr richtig!) Wenn wir dafür sorgen, daß die Arbeiterorganisationen stärker und stärker werden, daß die Arbeiter zu klassenbewußten Kämpfern erzogen werden, dann können wir ruhigen Mutes der Zukunft entgegensehen, wir werden dann, wenn es einmal zu kämpfen gilt, am Platze sein und die Arbeiterschaft — das wird keiner verhindern können — sie wird siegen, sie wird das Ziel erreichen, das sie sich gesteckt hat." In diesen Ausführungen liegt nicht eine Spur von Pessimismus oder Mißtrauen auf die eigene Kraft. So reden die Gewerkschaftsführer, von denen sich Parteigenossen erlaubt haben als von bornierten Leuten zu sprechen. Das sind Worte, die sich diejenigen, welche solche Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer gerichtet haben, hinter die Ohren schreiben sollten. Dann sagte Bömelburg im Schlußwort: „Davon, daß der Kongreß sich ein für allemal gegen den politischen Massenstreik erklärt, steht nichts in der Resolution. Es ist nur gesagt, daß wir uns nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen wollen. Die Frage, ob man event. von dem politischen Massenstreik Gebrauch machen will, läßt die Resolution offen. Sie steht also nicht im Widerspruch zu der Amsterdamer Resolution".

Diese Ausführungen zeigen klipp und klar, daß der Beschluß des Kölner Kongreß sich nicht gegen den politischen Massenstreik richten sollte. Weiter sagte Bömelburg in Jena: „Soweit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt. Nur

darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll." In der gleichen Weise habe ich in Jena in einer persönlichen Bemerkung am Schlusse der Verhandlungen erklärt, daß ich nicht die Auffassung habe, daß die Jenaer Resolution irgendwie im Widerspruch zu der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses steht. Der Unterschied ist vorhanden, daß die Jenaer Resolution ein Kampfmittel festlegt, während in der Kölner Resolution die Frage vollständig offen gelassen wird. Ich kann Ihnen des weiteren noch erklären, daß bei den Vorberatungen über die Resolution, welche die Generalkommission mit dem Genossen Bömelburg hatte, ausdrücklich erklärt worden ist, daß wir nicht die Absicht haben, mit dieser Resolution uns gegen den politischen Massenstreik zu wenden. Der dritte Teil unserer Resolution, der von dem anarchistischen Generalstreik handelt und von dem ich sagte, daß für seine Annahme uns die Partei eigentlich dankbar sein sollte, ist in seinem Wortlaut nahezu der Amsterdamer Resolution entnommen. In Köln hieß es: „Der Kongreß warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Vertretung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen", und in Amsterdam warnte der Kongreß die Arbeiter davor, „sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen." Wenn die Kölner Resolution die Frage der Anwendung des Generalstreiks vollständig offen ließ, so deckt sie sich mit der Auffassung des internationalen Kongresses in London 1896 wie auch des internationalen Kongresses in Paris 1900. Offen gelassen ist die Frage auch in der in Jena zitierten Resolution, die dem Züricher Kongreß 1893 unterbreitet worden ist. Also gegen den Kölner Beschluß ist absolut nichts einzuwenden. Aber eins steht fest: weder in Amsterdam noch in Jena ist in den Resolutionen irgend etwas davon gesagt, daß nach ihrer Annahme nun der politische Massenstreik propagiert werden solle. Wo steht denn das? Es heißt in der Resolution Bebel: „Damit die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig." Aufklärung der Arbeitermassen, aber nicht Propagierung des Massenstreiks! Und so kann ich auch Bebel vollständig begreifen, wenn er uns damals in der Sitzung vom 16. Februar erklärte: Ich habe alle die zahlreichen Aufforderungen, die nach Jena an mich gestellt sind, über den politischen Massenstreik zu reden, ihn zu propagieren, rundweg von der Hand gewiesen. (Hört! hört!) Die Jenaer Beschlüsse sind eben nur von einem Teil der Parteigenossen, insbesondere der Parteiredaktionen so gedeutet worden, als müsse nach dem Jenaer Beschluß nun der Massenstreik propagiert werden. (Sehr gut!) Und Parteigenossen, wenn Sie nun den Gewerkschaftsvertretern den Vorwurf machen, daß sie nach Jena den politischen Massenstreik nicht propagiert hätten, dann müssen Sie diese Vorwürfe auch gegen Bebel erheben, der rundweg eine solche Propagierung ablehnte. Was den Befürwortern der Aufnahme eines solchen Kampfmittels in die Resolution recht ist, das ist denen, die diese Aufnahme nicht wollten, jedenfalls billig. (Sehr richtig!) Wenn derjenige, der diesen Antrag eingebracht hat, erklärt, er halte keine Versammlung ab, in der über den politischen Massenstreik geredet werden soll, dann bitte sparen Sie sich Ihre Vorwürfe gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften.

Wenn wir nun beide Resolutionen von Köln und Jena vergleichen, so müssen wir zu der Ueberzeugung kommen, daß zwischen Partei und Gewerkschaft eine vollständige Uebereinstimmung besteht. Es wäre töricht, heute zu sagen,

wir wollen dieses Kampfmittel aus der Resolution von Jena wieder streichen. Das ist gar nicht notwendig, denn die Diskussion, wie sie sich jetzt über den politischen Massenstreik gestaltet hat, die überaus vernünftige Haltung, die besonders der „Vorwärts" in seinen jetzigen Artikeln eingenommen hat, beweist, daß wir in der Auffassung über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels vollständig einig sind. (Sehr richtig.) Wir wenden uns ja nur dagegen, daß man es so hinstellt, als sollte dies Kampfmittel in den nächsten vier Wochen zur Anwendung kommen. (Zurufe.) Ja, wenn Sie die „Leipziger Volkszeitung" nach Jena lesen, dann sah es tatsächlich so aus, als wenn es gleich losginge. Was soll ich da viel zitieren. Wenn ich ganze Leitartikel aus der „Leipziger Volkszeitung" vorlesen wollte, da würde man einfach sagen: in einem anderen Artikel hat etwas ganz anderes gestanden. (Heiterkeit.) Sie müssen doch mit unserem Verständnis und unserem Empfinden auch rechnen, und das ging eben dahin, als wenn die Geschichte nun sofort losgehen sollte. Etwas anderes aber muß geschehen. Ich will auf dem Parteitage zum Ausdruck gebracht wissen, daß tatsächlich diese einheitliche Auffassung über die Anwendung des politischen Massenstreiks vorhanden ist. Man könnte ja sagen: warum habt ihr nicht früher klargelegt, daß diese Uebereinstimmung besteht? Das haben wir einfach aus dem Grunde nicht getan, weil wir die Diskussion über den politischen Massenstreik für nicht nutzbringend erachteten, weil sie doch nur unsere Schwäche vor aller Welt dokumentieren muß. Nachdem aber nun von anderer Seite durch die Diskussion zur Genüge festgestellt ist, wie schwach wir sind, haben wir heute keine Veranlassung mehr, mit dieser offenen Erklärung nicht hervorzutreten. Und so meine ich, können wir durch die Annahme des von mir gestellten Amendements, von dem ich hoffe, daß auch Genosse Bebel, der Parteivorstand und die Kontrollkommission nach meiner Begründung ihm zustimmen werden, nach außen hin dokumentieren, daß Partei und Gewerkschaften vollständig einig sind. Ich sage, nach außen hin dokumentieren, denn innerlich gibt es doch zwischen uns keine Differenzen. Die Differenzen, die sich zeigen, sind kleinlicher Natur. Streit um Worte, weiter ist es nichts. Ich habe schon gesagt: Lieber Umbreit, schreibe Du doch ruhig 7 Artikel und laß Kautsky 10 Artikel dagegen schreiben, es bleibt doch alles beim alten. (Heiterkeit und sehr richtig!) Partei und Gewerkschaften gehören zusammen, weil dieselben Personen die Träger der Bewegung sind. (Sehr richtig!) Wie sollen wir uns denn teilen. Ich kann doch nicht mit einem Teile meiner Person für die Partei und mit dem andern dagegen sein. Ich habe doch nur einen Mund, einen Verstand, eine Ueberzeugung. Es handelt sich lediglich um Literatenstreitigkeiten. Da findet einer den Satz, der andere den für unrichtig und dann wird darauf losgehauen. Es werden Artikel in die Welt gesetzt, daß einem die Haare zu Berge stehen. (Heiterkeit.) Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht, auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewandt werden müssen, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirklich zum Massenstreik, dann stehen die Gewerkschaften an erster Stelle. (Bravo!) Es wäre ja Unsinn, wenn wir dann erklären wollten: Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreik. Daß man auf uns in einem solchen Falle mit aller Bestimmtheit rechnen kann, das haben wir in den engeren Beratungen mit dem Parteivorstande und auch sonst wiederholt erklärt. Es kommt jetzt schließlich nur noch darauf an, nach außen hin diese Einheitlichkeit zu dokumentieren, und das soll durch Annahme meines Amendements geschehen. Dann wird die Resolution Bebel voraussichtlich einstimmig angenommen werden und der Parteitag wird damit dokumentieren: Handelt es sich um die heiligsten Rechte der Arbeiterklasse, dann sind wir einig, den Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und dann werden wir auch zum Siege gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen mit Rücksicht darauf, daß eine Anzahl Genossen sich über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung noch zu besprechen wünschen, auf 1/2 3 Uhr nachmittags vertagt. Es sind noch einige Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Singer: Es wird für den Parteitag von Interesse sein, das Urteil im Breslauer Prozeß zu erfahren. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, darunter Frau Feist. Die Hebamme Hase hat 15 Mk. Geldstrafe erhalten, Leuschner und Schneider jeder 6 und 5 Monate (Entrüstungsrufe), alle anderen Angeklagten Gefängnis, bis zu 8 Tagen herabgehend.

Schluß 12 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über Punkt 4 der Tagesordnung wird eröffnet.

Vor Eintritt in die Diskussion wird dem ersten Berichterstatter das Wort gegeben zu folgender Erklärung:

Bebel: Parteigenossen! Die Resolution, die mit meinem Namen dem Parteitag zur Annahme vorgeschlagen wird, ist eine Resolution, die Parteivorstand und Generalkommission gemeinsam beraten haben. Nachdem nun heute der zweite Referent, Genosse Legien eine Resolution begründet hat, die als Amendement der von uns vorgeschlagenen Resolution angehängt werden soll, und nachdem Genosse Kautsky und 31 Genossen ebenfalls ein Amendement zu dieser Resolution eingebracht haben, die mir heute morgen bei Beginn des Referates im Wortlaut noch nicht bekannt sein konnte, so hat sich der Parteivorstand und die Kontrollkommission veranlaßt gesehen, heute nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten, um ihrerseits Beschluß darüber zu fassen, welche Stellung sie diesen Amendements gegenüber einnehmen wollen. Ich bin beauftragt, namens der genannten Parteikörperschaften zu erklären, daß Parteivorstand und Kontrollkommission bereit sind, das Amendement des Genossen Legien zu akzeptieren unter der Voraussetzung, daß in der zweiten Zeile statt: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht in Widerspruch steht", gesetzt wird: „zu dem die Kölner Gewerkschaftskongreßresolution nicht in Widerspruch steht." (Rufe: Einverstanden!)

Des weiteren habe ich zu erklären: Daß Parteivorstand und Kontrollkommission mit dem ersten Teil des Antrages Kautsky einverstanden sind, weil es sich hier nur um eine formelle Aenderung handelt. Was den zweiten Teil der Resolution anlangt, haben wir beschlossen, demselben unsere Zustimmung nicht zu geben. Eine Begründung kann ich jetzt an dieser Stelle nicht geben. Ich behalte sie mir für das Schlußwort vor.

Nunmehr wird die Diskussion eröffnet.

Zubeil-Berlin: Legien hat sich darüber beklagt, daß das Protokoll vom Vorstand veröffentlicht worden sei infolge des Einflusses von Groß-Berlin. Ich weiß nicht, ob dieser Einfluß auf den Vorstand so groß ist. War er aber so groß, so können sich alle Genossen nur darüber freuen, daß das Protokoll infolgedessen veröffentlicht worden ist, denn diese Veröffentlichung war notwendig. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir tun alle unsere Schuldigkeit für die Gewerkschaften, alle in Groß-Berlin Tätigen lassen es an Eifer nicht fehlen, kein Vertrauensamt in der politischen Organisation wird einem Parteigenossen übertragen, und sei es das eines Bezirksführers, der nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Würden die Gewerkschaften ebenso handeln, dann stände es besser um die Partei. (Sehr richtig!) In Berlin ist im Buchdruckerverband ein Mann in hervorragender Weise tätig, der nicht politisch organisiert ist (hört! hört!), ebenso ein Rexhäuser,

der aus der Partei ausgeschlossen, und andere entscheiden mit über das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie! (Sehr richtig!) Die Aeußerung des Seemanns Müller auf der Konferenz von den „Genossen zweiter Güte" ist wirklich nicht dazu angetan, ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen. Ich glaube, manchem Redner ist die Schamröte ins Gesicht gestiegen, als er seine Ausführungen auf der Konferenz protokollarisch festgehalten las. (Oho!) Was soll man dazu sagen, wenn Bömelburg über die Protestversammlungen und Bewegung gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Köln seine Glossen reißt. Ich lese die Stelle aus dem Konferenzprotokoll vor: „Ein Wort über die Protestbewegung —". (Rufe: Welche? Vorsitzender Singer bittet die Zwischenrufe zu unterlassen.) „Wie habe ich doch gelacht, als ich von diesem Protestrummel hörte". Wenn man über so ernste Fragen lacht, dann kann man sich nicht wundern, wenn der Spieß umgedreht wird. Auf dieser Konferenz wurde auch erklärt, daß die Gewerkschaften sich nicht den Beschlüssen der Gesamtpartei unterordnen könnten. Aber auf der anderen Seite verlangt man, daß sich die Partei den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses unterordnen soll. (Sehr wahr!) Man hätte vor Köln sich mit der Partei über die Maifeier und den Massenstreik verständigen sollen. (Sehr wahr!) Wenn Legien auf einen Bergarbeiterstreik hinweist, so darf nicht übersehen werden, daß ein solcher auch Hunderttausende in anderen Berufen zum Feiern zwingt und nicht ausgeschlossen ist, daß einmal ein derartiger Streik sich auch zum politischen Massenstreik auswachsen kann. (Bravo!)

Kautsky: Zunächst habe ich zwei Tatsachen zu konstaneren. Bebel hat bedauert, daß ihm unser Antrag nicht vorgelegt worden ist. Daran sind wir vollkommen unschuldig. Die Resolution war gestern nachmittag 4 Uhr bereits in Händen des Bureaus. Zweitens konstatiere ich: Genosse Bebel hat mitgeteilt, daß Parteivorstand und Kontrollkommission einen Teil, und zwar den wichtigsten unseres Antrages ablehnen. Ich muß konstatieren, daß sie dies getan haben, ohne die Gründe zu kennen, die uns veranlaßt haben, unseren Antrag einzubringen. (Sehr richtig!) Ich kenne aber leider auch nicht die Gründe, welche den Parteivorstand veranlaßt haben, unsere Resolution abzulehnen. Ich muß also versuchen, auf gut Glück sie zu begründen. Ob es mir gelingt, das zu entkräften, was der Parteivorstand dagegen eingewendet hat, weiß ich nicht. Am leichtesten wird es mir sein, den ersten Teil des Antrages zu begründen, dem der Parteivorstand selber zugestimmt hat. Der Antrag lautet, daß an Stelle der gleichen „Wichtigkeit" die „gleiche Notwendigkeit" der Gewerkschaften betont werden soll. Auch in der ersten Form hat der Antrag Bebel seine Berechtigung. Man kann sagen, daß die Gewerkschaften ebenso wichtig sind wie die sozialdemokratische Partei, aber der Begriff der Partei ist ein engerer und ein weiterer, und je nach der Auffassung kann der Satz richtig oder falsch sein. Man kann die Sozialdemokratie auffassen als politischen Apparat zur Leistung gegenwärtiger parlamentarischer Arbeit, als politischen Apparat zur Eroberung von Mandaten und zur Benützung der Mandate im Parlament, zur Vertretung der gegenwärtigen Interessen des Proletariats. Faßt man die Sozialdemokratie in diesem engen Sinne auf, dann kann man sagen, daß die Gewerkschaften von gleicher Bedeutung sind wie die Sozialdemokratie, faßt man aber den Begriff Sozialdemokratie in einem weiteren Sinne, als Vertreterin der gesamten Emanzipationskämpfe des Proletariats, als Vertreterin des Programms, das eine Erneuerung der Gesellschaft anstrebt, dann sind von diesem Standpunkte aus Parlament und Gewerkschaften nur Mittel zum Zweck, und deshalb sind wir dafür, daß nicht die gleiche Wichtigkeit, aber die gleiche Notwendigkeit der Gewerkschaften betont wird, und daß das völlig genügt. Nun aber zu unserem Zusatz, den der Parteivorstand abgelehnt hat. Ich muß gestehen, daß mich das sehr überrascht hat. Ich dachte, daß wir in diesem Zusatz nichts anderes sagen, als was jedem Partei-

genossen selbstverständlich sein müßte (Widerspruch), und daß man Selbstverständliches auch nicht ablehnen kann. Ich glaube, daß die Resolution notwendig ist als Konsequenz der Resolution, die Bebel begründet hat. (Sehr richtig!) Ich halte diese Resolution für unvollständig. Wenn unser Zusatz nicht angenommen wird, was sagt die Resolution Bebels? Sie erkennt an, daß es notwendig ist, daß von Zeit zu Zeit gemeinsame Aktionen zwischen Partei und Gewerkschaften durchgeführt werden. Ich bin fest überzeugt, daß die gemeinsame Aktion zwischen Partei und Gewerkschaften immer mehr die zukünftige Aktionsform werden muß. Bebel erkennt auch, daß Form dieser Zukunftsaktion nun die ist, daß die Funktionäre der Partei und die der Gewerkschaften untereinander von Fall zu Fall sich verständigen. (Sehr richtig!) Hier hört aber die Resolution auf. Hier beginnt jedoch erst die Schwierigkeit. Dann entsteht die Frage, was geschieht dann, wenn es zu dieser Verständigung nicht kommt? Die Antwort ist eine sehr einfache. Wenn es zu einer Verständigung nicht kommt, dann kommt es auch nicht zur Aktion. Wie soll man denn zur Aktion kommen? Unsere eigene Partei ist aber, je größer sie geworden ist, in gewissem Sinne ein etwas schwerfälliger Apparat geworden. Es ist nicht so leicht, neue Ideen und Aktionen in diesen Apparat zu bringen. Sollte es nun der Fall sein, daß die Gewerkschaften der Ruhe bedürftig werden, welche Perspektive eröffnet sich uns damit, wenn die Gewerkschaften dem ohnehin so schwerfälligen Parteikörper als Bremse angehängt werden. Gerade dadurch, daß wir anerkennen, daß wir von Fall zu Fall mit den Gewerkschaften agieren müssen, gerade daraus entspringt die Notwendigkeit, dahin zu trachten, daß die Gewerkschaften einen solchen Inhalt haben, daß es unmöglich ist, daß sie jemals als Bremse fungieren können. (Sehr richtig!) Und deshalb ist es die Pflicht der Partei, in einer Weise in den Gewerkschaften zu agitieren, daß sie die Partei nicht hemmen. Daß das im Interesse der Partei liegt, bedarf gar keiner Auseinandersetzung. Es kann sich bloß fragen, und ich glaube das ist der Grund, warum man dagegen aufgetreten ist, ob nicht die Gewerkschaften durch diese Tätigkeit geschädigt werden, ob nicht die sozialistische Propaganda die Gewerkschaften beeinträchtigen kann? Ich bin der Anschauung, daß die Gewerkschaften dadurch nichts verlieren, sondern nur gewinnen, sie dadurch besser in den Stand gesetzt werden, ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Ich komme jetzt erst zur Sache, die ich eigentlich begründen wollte. Indes meine Zeit ist um.

Vorsitzender Singer: Das Bureau ist der Anschauung, daß es die Interessen der Gesamtheit der Partei wahren muß. (Sehr gut.) Ich bin der Meinung, daß wir keinerlei Vorzug gewähren können und daß diejenigen, die in zehn Minuten nicht fertig werden, sich an die Bestimmungen der Geschäftsordnung halten und sich noch ein zweites Mal zum Wort melden müssen. Wenn ich auch gerne zu längerer Rede einer einzelnen Person, deren Ausführungen so wichtig sind, wie die vorliegenden, das Wort erteilen möchte, so wäre dies doch eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung und schließlich leidet das Gros der Genossen darunter, weil doch der Parteitag zu einer bestimmten Zeit mit dem Gegenstand fertig sein soll. Deshalb bin ich entschlossen, soweit der Parteitag keine andere Entscheidung fällt, jeden der Genossen an die vorgeschlagene Redezeit zu binden. (Beifall.)

Wels (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Sie bitten, ausnahmsweise dem Vorschlag des Genossen Singer nicht Folge zu geben. Wir haben auf dem Parteitag immer den Gebrauch gehabt, für Begründung von Anträgen 20 Minuten Redezeit zu geben, besonders, wenn es sich wie hier, um eine Resolution von fundamentaler Wichtigkeit handelt. Ich bitte, dem Genossen Kautsky die Redezeit um 10 Minuten zu verlängern.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird angenommen.

Kautsky (fortfahrend): Ich fasse diesen Beschluß nicht als einen Gefallen auf, den man mir persönlich erweisen wollte, sondern als eine Anerkennung der Wichtigkeit des vorliegenden Punktes der Tagesordnung. Es handelt sich darum ob die Gewerkschaften geschädigt werden, wenn sie in sozialdemokratischem Geiste wirken werden. Das bestreite ich auf das lebhafteste. Worauf beruht denn eigentlich die Werbekraft der Gewerkschaften? Erstens auf dem Unterstützungswesen und zweitens auf dem Charakter als Kampforganisation. Nun ist das Unterstützungswesen ein solches, daß es die Werbekraft der Gewerkschaften sehr enge begrenzt. Durch das Unterstützungswesen können die Gewerkschaften keine allzu großen Kreise erobern. Das beweist das Beispiel Englands. Die Unterstützung der Gewerkschaften, die Höhe der Leistungen und der Beitrag hängt ab von den Löhnen. Je höher die Leistung, desto mehr verengert sich der Kreis der Gewerkschaften auf die, welche hohe Löhne bekommen. Das beweisen die Gewerkschaften Englands, die seit zehn Jahren in einer Stagnation sind, während sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sprungweise vermehrt haben. (Hört! hört!) Worauf beruht das? Die englischen Arbeiter haben das selbst erkannt. Sie haben selbst gesagt, daß die englischen Gewerkschaften versumpfen, weil ihnen eine Sozialdemokratie fehlt, welche die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste erfüllt. Wodurch unterscheidet sich die englische Arbeiterbewegung von der deutschen? Die englische Arbeiterbewegung hat das Unterstützungswesen viel besser organisiert wie die deutschen Arbeiter, weil die Versicherungsgesetzgebung in England fehlt, und trotz der verbesserten Unterstützung sind die englischen Gewerkschaften stagnierend. In England hatten wir eben die Neutralität der Gewerkschaften. Es fehlte ihnen die Sozialdemokratie, und damit ist der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie es ist, welche den deutschen Gewerkschaften ihren Aufschwung verschafft hat. (Zustimmung.) Sozialdemokraten waren es, die die deutschen Gewerkschaften gegründet haben, Sozialdemokraten sind es, die die deutschen Gewerkschaften leiten, die Sozialdemokratie ist es, die den Gewerkschaften ihre Kraft verleiht. Keine Partei Deutschlands hat ein solches Ansehen wie die Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie ist die Vertreterin aller Ausgebeuteten, aller, welche sich gegen die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse erheben. Und die freien Gewerkschaften, sie mögen sich noch so frei, noch so neutral geben, werden von der Volksmasse als sozialdemokratisch betrachtet. (Sehr richtig!) Das ist ein Glück für die Gewerkschaften, denn das ganze Vertrauen, welches die Volksmasse der Sozialdemokratie entgegenbringt, bringt sie darum auch den Gewerkschaften entgegen, und darin beruht die Hauptstärke der Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Wenn wir das mehr in den Vordergrund stellen, werden wir die Werbekraft der Gewerkschaften nur vermehren. Mit der Werbekraft hängt aber die Frage der Parteidisziplin auf das engste zusammen. Wenn wir eine Klasse von Genossen schaffen, für die die Disziplin nicht gilt, dann schwächen wir das, was die größte Triebkraft des proletarischen Klassenkampfes, was die beste Hülfe der Gewerkschaften selbst ist. Auf Parteidisziplin müssen wir unter allen Umständen dringen. Die Gewerkschaften werden dabei nicht schlecht fahren. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie hat noch nie einen Beschluß gefaßt, der die Gewerkschaften verletzt oder ihre Agitation erschwert hätte. Es handelt sich doch nur um Fragen, die sowohl das Gebiet der Gewerkschaften, als auch das der Partei berühren. Wenn aber einmal der Fall eintreten sollte, daß die Gewerkschaften sich durch einen Beschluß der Partei auf diesem Gebiete verletzt fühlen, so könnte es nur dann sein, wenn die Gewerkschaften die Sonderinteressen ihrer eigenen Mitglieder höher stellen, als die Gesamtinteressen, und dann müßte die Partei erst recht darauf bestehen, daß die Gesamtinteressen höher gestellt werden und zum Siege gelangen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weise auf Frankreich hin, wo auch eine Zeitlang eine Reihe von Genossen von der Partei-

disziplin befreit waren. Als Millerand Minister wurde, wurde erklärt: Ein Minister wirkt unter so eigenartigen Verhältnissen, er steht außerhalb der Parteidisziplin. Es wurde die Kategorie eines Genossen auf Urlaub (Heiterkeit) geschaffen, für den die Parteidisziplin nicht gilt. Bald fanden auch die Parlamentsmitglieder Freude daran. Auch sie wollten nicht mehr der Parteidisziplin unterliegen. Dann erklärten ihre Wähler, dann brauchen auch wir uns nicht zu fügen, und so kam es, daß die Geschlossenheit der Partei nur mit Mühe und Not durch verschiedene Amputationen, durch den Ausschluß von $1^1/_2$ Dutzend Abgeordneten wieder hergestellt werden konnte. Dies Beispiel sollte warnen. Wir dürfen auf keinen Fall zugeben, daß eine besondere Klasse von Genossen mit eigener Disziplin geschaffen wird. Ich gebe zu, daß ein Genosse, der gleichzeitig Gewerkschaftler ist, dadurch in einen argen Gewissenskonflikt kommen kann, aber wir wollen das ja dadurch unmöglich machen, daß wir darauf hinwirken, daß Partei und Gewerkschaften, daß Parteitag und Gewerkschaftskongresse von demselben Geiste erfüllt sind. (Zustimmung.) Was mein Zusatzantrag fordert, wird in Deutschland schon in einer Reihe von Städten geübt. In einer Reihe von Städten sind die Parteigenossen aufs eifrigste in den Gewerkschaften tätig, z. B. in Hamburg, und gerade dort besteht das harmonischste Verhältnis. Dort gedeihen Partei und Gewerkschaften am besten. Der Zusatzantrag ist nicht etwa eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften, im Gegenteil, er will erst die Basis schaffen, auf der allein ein fruchtbares und einheitliches Wirken zwischen Partei und Gewerkschaft möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz: Ich habe selten eine Rede von Bebel gehört, der ich in allen wesentlichen Teilen zustimmen kann, wie der von heute morgen. Ich bin auch mit ihm der Meinung, daß kein Widerspruch besteht zwischen seinen Ausführungen in Jena und seiner späteren Haltung. Trotzdem hat man innerhalb und wohl auch außerhalb die Empfindung gehabt, daß Jena in bezug auf den Massenstreik eine Fanfare war, und daß die Thesen eine Schamade genannt werden müssen. (Sehr richtig!) Das lag nicht an der Begründung der Resolution durch Bebel, sondern an den Nebenumständen, die in der Debatte hindurch klangen und der Musik den Charakter gaben. (Sehr richtig!) Heute hat sich Bebel sehr scharf dagegen gewandt, daß man Deutschland mit Rußland verwechselt und das, was dort gut und taktisch wirksam ist, auf uns überträgt. Es ist niemand in diesem Saale, der nicht heiß wünscht, daß in Rußland der Kampf damit endet, daß dieses Schandregime in den Abgrund geschleudert wird. Aber man hat in Jena nicht nur diese Sympathie bekundet, sondern auch aus den russischen Vorgängen Schlüsse auf die Taktik gezogen, die wir in Deutschland befolgen sollten. (Sehr wahr!) Da lag es sehr nahe anzunehmen, daß der Massenstreikbeschluß die Einleitung zu dieser Taktik sein sollte. Man hat dort unter anderem gesagt, wir seien jetzt auf dem Punkte angekommen, wo die „Evolution in die Revolution" umschlägt. Später hatte man den Eindruck, jetzt wird zurückgeblasen. Sehr richtig erklärt Bebel, nach seiner Meinung brauche der Massenstreik nicht der Anfang von Straßenkämpfen zu sein. Das habe ich in Jena auch betont. Das ist der eigentlich springende Punkt: Was haben wir zu tun, um zu verhindern, daß, wenn wir das Mittel der Arbeitsverweigerung anwenden, es in einen Straßenkampf ausartet. (Sehr richtig!) Denn in dem Moment, wo wir dem Gegner Gelegenheit geben, die Kriegsmaschine gegen uns operieren zu lassen, ist der Massenstreik verloren. Wir setzen doch immer voraus, daß wir ihn eventuell unternehmen, so lange wir die Minderheit sind. — Bebel hat die Mainzer Resolution angezogen; er hat sich nicht in Gegensatz dazu gestellt, aber gemeint, es sei selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie unter Revolution nicht die Straßenrevolution, sondern die allmähliche Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips versteht. Er hat mit

recht erklärt, daß wir ja stets betont hätten, daß wir, was an uns liegt, ernstlich den Weg der Reformen zu gehen versuchen wollen. Die Mainzer Resolution setzt sich ja auch zusammen aus Erklärungen von Bebel. Ich hielt es aber für nötig, das gerade jetzt in einer Zeit auszusprechen, wo man den Massenstreik diskutiert. Ich habe in der Resolution keineswegs mit apodiktischer Gewißheit sagen wollen, es wird niemals zu einer gewaltsamen Entwickelung kommen. Auch ich übernehme keine Zusage für die Zukunft. Wir wollen aber aussprechen, daß wir unter Revolution jene organische Entwickelung verstehen (Sehr gut!), daß wir, was an uns liegt, keine Gewalt provozieren wollen. — Kautsky verspottet die Genossen, die glauben, daß es auf dem Wege der organischen Entwickelung mit dem Mittel der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfweise gehen könne; er meint, wir kommen nicht darum herum, und deshalb muß das der maßgebende Gesichtspunkt für unsere Taktik sein. Das ist jene Auffassung, gegen die ich mich wende. Wir müssen daran festhalten, daß die Erreichung unserer Ziele auf friedlichem Wege möglich ist, wenn nur unsere Gegner ernstlich entschlossen sind, den Weg der Reformen zu betreten. Aber jeder, der nicht der Auffassung von Kautsky ist, wurde ja kaum noch als echter Parteigenosse betrachtet. — Ganz in Konsequenz dieser Auffassung hat man das getrieben, was man mit Recht Revolutionsromantik nannte. Heute will es keiner mehr getan haben. (Heiterkeit.) So finde ich z. B. im „Vorwärts" vom 28. Januar 1906 einen Artikel gezeichnet K. K. (Hört! hört!) Das ist Kautsky. Da wird über die Lehren der russischen Revolution gesprochen und gesagt, daß die Moskauer Barrikadenkämpfe uns zwingen, unsere Taktik zu revidieren. Das ist der „revolutionäre Revisionismus". (Große Heiterkeit.) Kautsky nimmt dort Bezug auf Engels, der 1895 schrieb, die Zeit der Barrikadenkämpfe sei vorbei, mit den gesetzlichen Mitteln fahren wir besser als mit dem ungesetzlichen Umsturz und erklärt: „Insofern haben wir die Anschauung zu revidieren, die Friedrich Engels in seinem Vorwort zu den Marxschen Klassenkämpfen niedergelegt hat, die Anschauung, als sei die Zeit der Barrikadenkämpfe endgültig vorbei: Nur die Zeit der alten Barrikadentaktik ist vorbei." (Sehr richtig!) Ja, wenn man das glaubt, dann muß man allerdings ein hoffnungsloser Illusionist sein, dann muß man niemals die Wirkung der Maschinengewehre erfahren haben. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich möchte das Ausnahmerecht einer verlängerten Redezeit für mich nicht reklamieren. (Sehr gut!) Deshalb zum Schluß noch eins. Die Beweisführung, die Gewerkschaften seien nur Mittel und die Sozialdemokratie Zweck, ist ganz hinfällig. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie als politische Partei ist auch nur ein Mittel. Daß die Gewerkschaften mit sozialistischem Geist erfüllt werden müssen, ist selbstverständlich. Die Tendenz, die sich zugleich mit diesem „revolutionären Revisionismus" kundgetan hat, die Tendenz, die Partei zu verengen, gewissermaßen nur den Lohnarbeiter als den eigentlichen Arbeiter und Kämpfer hinzustellen, wirkt auch aufs schädlichste und verhindert die erfolgreiche Durchführung eines Massenstreiks. Lassen Sie mich schließen mit dem Wort von Liebknecht: „Auf die Lohnarbeiter beschränkt, wäre die Sozialdemokratie unfähig zu siegen; von dem gesamten arbeitenden Volk und den Edelsten der Nation begriffen und umfaßt, hat sie gesiegt. (Beifall).

Rosa Luxemburg: Die Rede von Legien war geradezu ein klassisches, typisches Muster für die Haltung, die gewisse Gewerkschaftsführer in der letzten Zeit gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber den wichtigsten Parteifragen eingenommen haben. Erst hat er eine ganze Stunde lang die Jenaer Resolution aufs schärfste kritisiert und die Unmöglichkeit und die Verderblichkeit der Idee des Massenstreiks nachgewiesen, uns davor gewarnt, und am Schlusse kam dann natürlich die herzerquickende und beruhigende Versicherung: Wir sind ja alle ein

Herz und eine Seele! Also wir haben gar nicht nötig, irgendwie Streitigkeiten auszutragen; wir können uns vereinigen auf eine Resolution. Und diese Einigkeit wird in der merkwürdigen Weise hergestellt, daß man die Kölner Resolution, die schon die bloße Diskussion des Massenstreiks als verderblich hinstellt, mit der Resolution von Jena für identisch erklären soll. Als ich hörte, daß Legien diesen Antrag gestellt hat, sagte ich mir, es gehört eine gehörige Portion Mut und Dreistigkeit dazu, uns zuzumuten, wir hätten dem Antrag zuzustimmen. Und ich war nicht wenig erstaunt zu hören, daß der Parteivorstand darauf eingegangen ist. (Hört! hört! Sehr richtig!) Einige Worte über die Kritik von Legien an dem Jenaer Beschluß! Charakteristisch ist sein Appell an die Tradition: Wir seien alle in dem Begriff aufgewachsen, daß der Generalstreik, den er ohne weiteres mit dem Massenstreik identifiziert, Generalunsinn sei. Ja, wir wären schöne Sozialdemokraten, wenn wir es nicht verständen, uns von Ideen zu emanzipieren, die man als kleines Kind hat. Wir sind doch dazu eine Partei der historischen Entwickelung, damit wir aus der Geschichte lernen. (Sehr richtig!) Wenn man heute angesichts der großartigen russischen Revolution, die auf Jahrzehnte hinaus die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegungen des Proletariats sein wird, das Problem des Massenstreiks hauptsächlich an der Hand der Vorgänge in Italien und Frankreich studiert, so beweist man damit, was eben Legien mit seinem Appell an die Tradition bewiesen hat, daß man nichts zu lernen und nichts zu vergessen versteht. (Unruhe. — Zustimmung.) Jawohl, Sie verstehen nichts zu lernen aus der russischen Revolution. (Legien: Sehr richtig!) Sonst würden Sie nicht den Mut haben zu behaupten, die Massenstreikbewegung wäre die äußerste Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften. Sie haben offenbar keine Ahnung davon, daß die gewaltige russische Gewerkschaftsbewegung ein Kind der Revolution ist. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das russische Proletariat ist in die Revolution ohne die Spur einer Organisation eingetreten, und heute ist das ganze Land mit kräftigen Organisationsansätzen bedeckt. Das ist eben die alte verknöcherte englische Auffassung, daß die Gewerkschaften nur bei ruhiger Entwickelung gedeihen können. Die russische Revolution hat bewiesen, daß vielfach aus dem Kampf die kräftigsten proletarischen Organisationen geboren werden und gedeihen können. David hat wiederum von seinem speziellen Mainzer gesetzlichen Standpunkt aus an der Idee des Massenstreiks Kritik geübt. Er hat uns als Popanz die Maschinengewehre vorgeführt. Auch er hat keine Ahnung davon, was in Rußland vorgeht (Lachen), er vergißt, daß die Maschinengewehre von lebendigen Leuten, von Soldaten bedient werden, und daß sie, wenn die Zeit reif ist, ihre Wirksamkeit nicht verlieren. Sie bleiben ebenso tödlich, sie werden nur angelegt gegen das herrschende Regime. (Lebhafter Beifall.) Ein letztes Argument von Legien war so beschaffen, daß es beweist, daß Legien wirklich in manchen Beziehungen in den Begriffen der Kindlichkeit geblieben ist. (Lachen.) Er sagte, wir hätten durch die Annahme der Jenaer Resolution eine unvorsichtige Handlung begangen; wir hätten den Feinden unsere Pläne verraten. Seit wann werden denn große geschichtliche Bewegungen, große Volksbewegungen auf dem Wege heimlicher Abmachungen in geschlossenem Zimmer abgewickelt? (Sehr gut!) Das ist eine kindliche Vorstellung vom Generalstreik, wenn man glaubt, sein Schicksal hänge davon ab, was die Generalkommission sogar mit dem Parteivorstand in stiller Kammer beschließen. (Lebhafte Zustimmung und Lachen.) Ich wollte noch ein paar Worte zur Rede Bebels äußern, nur bin ich nicht sicher, daß ich sie richtig erfaßt habe, denn ich saß auf der linken Seite, und er hat heute immer nach rechts gesprochen. (Große Heiterkeit.) Einen markanten Widerspruch habe ich aber doch entdeckt. Er sagte einmal: es bleibt selbstverständlich bei der Jenaer Resolution. Wenn uns das allgemeine Wahlrecht genommen werden sollte, dann müßten wir es selbstver-

ständlich mit allen Mitteln verteidigen und sollten wir auf der Strecke bleiben. Die Worte habe ich mir gemerkt, sie haben mein Herz erquickt und erfrischt, dann aber zum Schluß kam das, was in Deutschland geschehen könnte und müßte, wenn wir durch eine Intervention Preußens in einen Krieg mit Rußland gebracht würden. Ich bin mir nicht sicher, ob ich Bebel da richtig verstanden habe, und ich würde es für gut halten, wenn er im Schlußwort allen Mißdeutungen vorbeugen würde. Soviel ich ihn verstehen konnte, war der Sinn der, falls wir vor den Krieg gebracht werden, können wir nichts machen. Unsere Freunde in Frankreich wären in schöner Verlegenheit, wenn die Bebelsche Rede so gedeutet werden könnte, denn dort haben unsere tapferen und mutigen Genossen durch Vaillant erklärt: wenn es zum Krieg mit Rußland käme, dann würden sie ihr Veto einlegen. Von unseren Freunden ist das geflügelte Wort geprägt: plutôt l'insurrection que la guerre. Lieber einen Volksaufstand als den Krieg. — Das war die männliche Sprache des französischen Proletariats und ich hoffe, auch das deutsche wird Mut genug finden, zu sagen: „Es darf nichts gegen unseren Willen geschehen." (Lebhafter Beifall.) Bebel hat gesagt: „Denkt Ihr, der Massenstreik könne vom Parteivorstand gemacht werden? Nein, der Parteivorstand muß von der Masse geschoben werden." Nun, wenn der Parteivorstand seine Rolle nicht anders auffaßt, soll und wird er geschoben werden und ich bitte Sie, in diesem Sinne die Abmachungen des Vorstandes mit der Generalkommission, die hinter unserm Rücken getroffen sind, abzulehnen und dem Antrag Kautsky zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Wenn Bebel nach Ansicht der Vorrednerin so sehr nach rechts gesprochen hat, so wird es wohl gut sein, wenn ich etwas mehr nach links spreche. (Heiterkeit.) Bebel hat mit Recht betont, daß es sich in der letzten Zeit in der Massenstreikdebatte gezeigt hat, daß wir einander näher gerückt sind, und ich glaube, es verlohnt sich, die Frage zu stellen: Woher kommt es, daß gewisse Differenzen, die anscheinend schwer überbrückbar schienen, mehr und mehr zurückweichen und nicht mehr so scharf in die Erscheinung treten? Das kommt daher, daß beide Korporationen von verschiedenen Standpunkten aus ihre Argumente für und gegen den Generalstreik geltend machten; Bebel auf dem Parteitage in Jena mit seiner glänzenden Zeichnung der politischen Lage und, daran anknüpfend, als einziges wirksames Mittel in entscheidenden schwierigen politischen Situationen den Massenstreik empfehlend. Auf der anderen Seite Gewerkschaftsführer, die die Frage erörtern, wie weit es möglich ist, den Streik durchzuführen. Der eine empfiehlt mit Begeisterung für den entscheidenden Augenblick die Anwendung dieses Kampfmittels, ohne die praktische Durchführung im Vordergrunde zu stellen, der andere warnt gerade von diesem Gesichtspunkt vor der Gefahr seiner gegenwärtigen Anwendung. Heute, wo Bebel sich mehr als in Jena mit der Frage der praktischen Durchführung beschäftigt, klingt seine Rede etwas anders, daher trat auch heute ein gemeinsamer Klang so außerordentlich stark in die Erscheinung. Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaften sich in ihrer Presse viel weniger mit dieser Frage befaßt haben, während die politische Partei fortgesetzt hin und her schwankte. Bebel hat richtig darauf hingewiesen, daß Bömelburg schon auf der Konferenz der Vorstände mit aller Entschiedenheit betont hat, daß im entscheidenden Augenblick eventuell auch vom politischen Massenstreik Gebrauch gemacht wird. Wenn heute eine gewisse Uebereinstimmung vorhanden ist, wenn der Parteivorstand den Antrag Legien unterstützt, so deshalb, weil im Prinzip der Massenstreik ja weder von der Partei noch von der Gewerkschaft abgelehnt ist, auch nicht in Köln. Es handelt sich nur um eine Nuance in der Beurteilung. Wir sagen, wir wollen uns nicht festlegen, während die Partei sagt: wenn das und das geschieht, dann wollen wir schließlich auch dies Kampfmittel anwenden. Es ist nicht zu bestreiten, daß nach Jena in der Parteipresse in überaus überschwenglicher Weise für den Generalstreik und den Massen-

streik eingetreten wurde und daß tatsächlich eine Massenstreikromantik in Erscheinung trat. Wie ist es sonst zu erklären, daß nach der Veröffentlichung der Thesen ein großes Hallo entstand und von Verrat durch den Parteivorstand gesprochen wurde. Da zeigt sich eben die Rückwirkung. Es gab viele Genossen, die glaubten, daß tatsächlich von diesem Kampfmittel schon hätte Gebrauch gemacht werden müssen. Daher auch die Entrüstung in der Parteipresse und in Versammlungen über die Ablehnung des anarchistischen Massenstreiks in Köln. Als dann der Parteivorstand sagte: Wir wollen gegenwärtig den Massenstreik nicht propagieren, da erklärte eine ganze Anzahl von Genossen: Das ist ganz vernünftig, das ist ja das, was wir auch wollen. Wenn das aber der Fall ist, dann besteht eben kein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften. Genau so wie der Parteivorstand hielt auch die Generalkommission einen Massenstreik in Sachsen nicht für angebracht. Wäre er aber ausgebrochen, so hätten auch wir ihn nicht verhindert. Wenn man uns gefragt hätte, dann hätten wir gemeinsam mit dem Parteivorstand gewarnt, dies Mittel gegenwärtig anzuwenden. Wir hätten die Verantwortung dafür nicht tragen können. Aber in ernsten Zeiten heißt es auch einmal entgegen seiner Ueberzeugung, entgegen seinen eigenen Wünschen, einen Beschluß durchführen, damit wir nicht noch größeren Schaden anrichten als es sonst geschehen würde. Ich begrüße es mit Freuden, daß der Parteivorstand dem Antrag Legien zugestimmt hat. Ich betrachte das als gute Aussicht, daß wir auch für die Zukunft auf den gemeinsamen Boden der Verständigung treten werden. (Beifall.) Ich betrachte diese Zustimmung als gutes Omen, daß in Zukunft nicht mehr so bedauerliche Differenzen vorkommen. (Lebhafter Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Genosse **Wels** hat gestern auf eine Bemerkung meinerseits, daß es oft weniger darauf ankomme, was einer, als vielmehr wer es geschrieben habe, erklärt, das treffe auch auf mich zu; der „Vorwärts" könne schreiben, was er wolle, ich sei doch nicht damit einverstanden. Genosse Wels befindet sich hier in einem großen Irrtum. Ich habe in Jena gegen die Resolution Bebel gestimmt. Wenn ich heute für seinen Antrag bin, so ist daran in der Hauptsache der „Vorwärts" mit seinen Artikeln nach der Veröffentlichung des Protokolls schuld. (Sehr gut!) Der „Vorwärts" hat einen wesentlichen Teil des Verdienstes, daß die Revolutionsromantik aus manchen Köpfen verschwunden ist. In der Diskussion der letzten Monate hatte ich oft das Gefühl, daß die Dinge auf den Kopf gestellt sind, als ob die Revisionisten von früher auf einmal die größten Revolutionsromantiker und die Revolutionsromantiker von ehemals die ausgewachsensten Revisionisten wären. (Heiterkeit.) Daß wir heute und in absehbarer Zeit in Deutschland keinen Massenstreik inszenieren können, darüber sind wir uns einig. Frau Rosa Luxemburg hat allerdings eine andere Auffassung, die meint naiv, daß man vor den Maschinengewehren keine große Angst zu haben brauche, denn man brauche sie ja nur umzudrehen, „gegebenenfalls" natürlich. (Heiterkeit.) Ja, wenn wir erst so stark sind, daß wir uns auf das Militär verlassen können, dann haben wir das nicht mehr nötig, denn dann ist die Schlacht für uns gewonnen. (Sehr gut.) In Dresden hat **Kautsky** betont, daß die Gegensätze sich immer mehr zuspitzen und daß wir um den letzten entscheidenden Kampf doch nicht herumkommen. Wer diese Ueberzeugung hat, der müßte auch den Mut haben, die letzte Konsequenz zu ziehen und zu sagen, dann bereiten wir uns auf diesen letzten entscheidenden Kampf vor. (Zuruf: Das tun wir ja!) Dann dürften wir auch unsere Zeit nicht mehr im Parlament und in Kommissionen vertrödeln. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Ich stehe auf dem Standpunkt von **Engels**: Solange wir die Möglichkeit der gesetzlichen Aktion haben, dürfen wir den Weg der Gewalt nicht beschreiten. Gewiß, die Gegensätze spitzen sich zu. Aber damit ist doch nicht gesagt, daß sich auch die Formen des Kampfes zuspitzen. Das Gegenteil ist der Fall. (Zuruf: Breslau!)

Daß hin und wieder andere Dinge vorkommen, ändert an der allgemeinen Entwickelung nichts. Genau so wie die Nationen sich gegenseitig immer mehr rüsten, wie sie aber, je mehr sie gerüstet sind, desto weniger Courage haben, von den Rüstungen Gebrauch zu machen, genau so ist es auch sonst. Je größer und infolgedessen mächtiger die Arbeiterorganisation ist, desto weniger wird es die Gesellschaft darauf ankommen lassen, einen gewaltsamen Kampf zu provozieren, bei dem sie unter Umständen den kürzeren ziehen muß. Die ganze Taktik der Scharfmacher läuft darauf hinaus, uns zu provozieren, so lange sie die Macht haben, damit sie uns niederwerfen können. Wir werden diesen Provokationen keine Folge leisten. Aber wir würden unsere Position gefährden in dem Augenblick, wo wir fort und fort den Massenstreik propagieren würden, denn die Folge davon wäre, daß die Massen dann auch einmal von diesem Mittel Gebrauch machen wollen. Nach der Rede von Bebel, nach den Artikeln des „Vorwärts" sind wir vollständig einig über den Massenstreik, so daß es eigentlich gar nicht nötig wäre, noch länger darüber zu diskutieren. Daß wir „gegebenenfalls" davon Gebrauch machen, ist selbstverständlich. „Gegebenenfalls" machen wir nicht nur vom politischen Massenstreik, sondern unter Umständen auch noch von anderen Mitteln Gebrauch. Darüber waren wir uns aber stets einig. Aber dieser Fall ist noch nicht gegeben. Wir in Süddeutschland haben das allergrößte Interesse daran, daß unsere preußischen Genossen endlich ein besseres Wahlrecht bekommen. Denn unser Wahlrecht nützt uns verdammt wenig, so lange in Preußen die Junkerherrschaft am Ruder ist. Wir würden alle Aktionen unterstützen, die geeignet sind, den Zuständen in Preußen ein Ende zu machen. Aber daß wir in dem Augenblick, wo wir den Wahlrechtskampf in Preußen begannen, die Frage des Generalstreiks hineingeworfen haben, hat die Situation nur verschlechtert. Ich hoffe, daß die Resolution Bebel mit dem Amendement Legien angenommen und die Resolution Kautsky abgelehnt wird. Der Antrag Kautsky würde nur die Ursache neuer Konflikte sein. (Beifall.)

Molkenbuhr: Einige Aeußerungen Legiens haben meine Wortmeldung verursacht. Er sagt, der Parteivorstand solle erklären, daß er mit der Veröffentlichung des Protokolls ein Unrecht begangen habe, er solle also gewissermaßen Abbitte leisten. Ich persönlich kann mich nicht zu einer solchen Erklärung entschließen. Es ist eine sonderbare Zumutung, irgend jemand solle erklären, er habe bewußt Unrecht getan. Wie würde es denn die Generalkommission empfinden, wenn man ihr zumuten wollte, zu erklären, sie habe dumm gehandelt, als sie auf dem Verbot der Veröffentlichung bestand. Die Nicht-Veröffentlichung hätte ja nur den Anarchosozialisten oder richtiger Anarchisten Vorschub geleistet, die ihr Partei und Gewerkschaft schädigendes Treiben dadurch ermöglichten, daß sie nur Bruchstücke aus dem Protokoll veröffentlichten und sagten: Was wir nicht veröffentlichen, das ist noch viel schlimmer! Damit mußten sie einen gewissen Eindruck machen. Ich stelle eine solche Forderung nicht an die Generalkommission, muß aber auch meinerseits die verlangte Erklärung ablehnen. Die zweite Aeußerung Legiens, mit der ich nicht einverstanden bin, ist die: wir dürften die Mittel nicht nennen, die wir gegebenenfalls in Anwendung bringen. Das tun die Gewerkschaften doch alle Tage. Die Kapitalisten wissen, daß ihnen Streik und Boykott drohen. Daß die Gewerkschaften diese Mittel vorher nennen und nennen können, ist ein Beweis ihrer Stärke. In derselben Lage ist die Partei. Was ist von der Propagierung des Massenstreiks für ein Erfolg zu erwarten! Das eine tönt doch nur aus dieser Propaganda heraus: Rüstet euch, laßt euch nicht von Phrasen berauschen, sondern schafft starke Organisationen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der festen Ueberzeugung, ob wir nun vom Massenstreik reden oder nicht, um den Massenstreik kommen wir nicht herum, sei es der politische, sei es der wirtschaftliche. Die starken Unternehmerkartelle werden versuchen, wenn es nicht auf dem Wege der Gesetzgebung

geht, durch ihre Macht den Gewerkschaften das Koalitionsrecht zu nehmen. Dann kommt der Massenstreik, um zu erzwingen, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern gesetzlich sichergestellt wird. Der Redner wendet sich gegen die pommersche Resolution 142. Ein künstlich hervorgerufener Streik hat keinen Wert. Das deutsche Volk leidet am meisten unter der Junker- und Protzenpolitik, die im Deutschen Reiche herrscht. Hätten wir nach dem Vorschlage Stampfers und der pommerschen Resolution gehandelt, dann hätten wir die Aufmerksamkeit des Volkes von den Steuergesetzen abgelenkt. Ich bin der Ansicht, auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung wird derartig viel gesündigt, daß das Volk über kurz oder lang eine Reichstagsmehrheit wählen wird, die damit aufräumt. Dann tritt die Reichspolitik mit der preußischen und sächsischen Politik in Gegensatz und der Augenblick ist gekommen, die Wahlvorrechte dort zu stürzen. Wir sollen den Gegner dort angreifen, wo er am schwächsten ist. Die Junkerpolitik ist aber dort am schwächsten, wo ihre krasse Ausbeutung am deutlichsten zum Ausdruck kommt und das ist im Reichstage. (Lebhafte Zustimmung.)

Dißmann-Frankfurt a. M.: Legiens Ausführungen kranken an dem Widerspruch, daß er den Massenstreik im ersten Teile seiner Rede lebhaft bekämpft und am Schluß gesagt hat, wir sind uns ja einig. Das begreife ich nicht recht. Wir haben alle Ursache, den Massenstreik zu diskutieren, um seine Wirkung vorher beurteilen zu können. Nach dem klipp und klaren Wortlaut der Jenaer Resolution verstehe ich nicht, wie man den Antrag Legien vertreten will, wonach die Kölner Resolution nicht im Widerspruch zu Jena stehe. Aber dieser Widerspruch ist doch da, denn in Köln wurde die Propagierung des politischen Massenstreiks abgelehnt. Legien behauptete, daß die „Leipziger Volkszeitung" wenige Wochen nach Jena den sofortigen Massenstreik empfohlen habe. Ich lese doch auch die „Leipziger Volkszeitung", habe aber nichts derartiges darin gefunden. Der Frankfurter Vorschlag geht nicht von der Gesamtheit der Parteigenossen, sondern lediglich von der Frankfurter „Volksstimme" aus. Mögen die Vorschläge gut gemeint sein, so halte ich sie doch nicht für durchführbar. Wir können nicht den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt festlegen, eine solche Taktik würde, weil sich nachher als undurchführbar erweisend, die Massen kopfscheu machen. Ich begrüße es, daß der Vorstand das Protokoll veröffentlicht hat. Auch die gewerkschaftlichen Massen verstehen die Weigerung der Vorstände nicht; es ist nicht richtig, daß die Schuld an den Streitigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaft bei einigen Literaten liege; ein gewisser Teil der Gewerkschaftsführer trägt die meiste Schuld! Der Geist des Sozialismus soll in den Gewerkschaften herrschen, dann werden die Beschlüsse des Parteitags auch den nötigen Respekt bei den Gewerkschaften finden. (Bravo!)

Sachse: Genossin Luxemburg hat über das Zimmerchen gehöhnt, in dem Parteivorstand und Generalkommission künftig zusammen beschließen würden. Ich hätte gar nichts dagegen einzuwenden, wenn Genossin Luxemburg mit in diesem Zimmer wäre; ich hoffe, daß sie da die nötige Besonnenheit lernen würde, wenn es gilt, wichtige Entscheidungen zu treffen. (Sehr gut!) Kautskys Amendement können die Gewerkschaften unmöglich ihre Zustimmung geben. Alle Gewerkschaftsführer haben einmütig erklärt: Wenn eine wirkliche Veranlassung zum Massenstreik da ist, werden auch sie keine Opposition machen. Kautsky meinte weiter, die Gewerkschaften müßten sich unter allen Umständen der Partei fügen. Ja, dann sollte man doch noch einen Schritt weiter gehen und sagen, daß die Gewerkschaften ganz überflüssig sind (Sehr richtig!) und nur eine Partei bilden, die die Gewerkschaftsfragen mitregelt. Dieser Standpunkt ist aber doch seit Jahrzehnten überlebt. Wo führt uns die Resolution Kautsky hin? Zur Vernichtung der Arbeiterinnen-Organisationen in Preußen! (Widerspruch und Lachen.) Sind die Gewerkschaften rein politische Organisationen, dann darf ihnen keine Frau angehören. In Sachsen darf kein jugend-

licher Arbeiter einer politischen Organisation angehören, oder auch nur eine Versammlung besuchen, in der politische Gegenstände erörtert werden. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt der Neutralität, den Bebel auf Seite 18 in seiner Broschüre Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien niedergelegt hat. Ein Bergarbeiterstreik wäre noch lange nicht ein politischer Massenstreik, wie Zubeil meinte. Die Reaktion möchte den Bergarbeitern überhaupt das Koalitionsrecht rauben. Meint Bebel, daß der Massenstreik eintreten soll, wenn das Koalitionsrecht überhaupt bedroht ist, oder genügt es, wenn das Koalitionsrecht schon den Bergarbeitern geraubt werden soll? Ich denke, daß wir dann schon den äußersten Widerstand leisten müßten. Selbst christliche Arbeiterkreise würden sich, wie ein Artikel im „Bergknappen" vom 28. September 1899 gelegentlich der Beratung der Zuchthausvorlage beweist, einem solchen Streik anschließen. (Bravo!)

Quessel-Stettin: Bebel hat seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß seine Jenaer Resolution so verschieden verstanden ist. An der bedauerlichen Massenstreikwirrnis in den letzten Monaten trägt er selbst Schuld. Hätte er die praktische Bedeutung der Sätze erklärt, die den Generalstreik als taktisches Problem behandeln, so hätte man gewußt, der Parteitag hat sich dieser Deklaration angeschlossen und dem müssen wir uns als gute Demokraten fügen. Das hat er heute zum Teil nachgeholt. Er hat klipp und klar ohne Einschränkung erklärt, daß wir zum politischen Massenstreik als Abwehr gegen einen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht greifen werden. Diese Klarheit hörte auf, sobald es sich um die Frage handelte, ob der Massenstreik als Angriffsmittel dienen könne. Ich gebe zu, daß wir noch viel in der Organisation zu tun haben, aber sie ist doch heute viel stärker, als in den Ländern, wo ein Massenstreik siegreich zur Ausführung gekommen ist. Richtig ist auch nicht, daß in den Massen keine Stimmung für den Massenstreik war. Speziell an dem glorreichen 21. Januar dachte man sehr wohl daran. Es ist auch nicht wahr, daß die Partei 50 Jahre nicht an den Landtag gedacht hat. Lassalle hat seine Agitation damit angefangen, daß er zu der Erringung des allgemeinen Wahlrechts zum Landtag aufrief. Erst durch die Gründung des Deutschen Reiches trat der Landtag in den Hintergrund. Um dem Massenstreik als Angriffswaffe jede praktische Bedeutung zu nehmen, hat Bebel darauf verwiesen, daß man ja auch in Oesterreich nicht daran denke, das Wahlrecht zu den Landtagen zu erringen. Ich war ganz starr, als ich das hörte. Weiß Bebel nicht, daß in Oesterreich die Landtage nur die Bedeutung unserer Provinziallandtage haben, daß dort alle Bedeutung beim Reichsrat liegt. Schließlich ist auch nicht richtig, daß die Junkerklasse bei uns so kolossal mächtig sei. Wir haben häufig genug in der „Neuen Zeit" gelesen, daß unserer Junkerklasse das Wasser bereits an den Hals reiche. (Sehr gut!)

Freiwaldt-Pankow: Der Antrag Nieder-Barnim ist gegen alle Tradition dort zustande gekommen. Er erklärt sich aus der Stimmung, die in dem Kreise herrschte. Man hatte etwas anderes von der Wahlrechtsbewegung erwartet. Der geistige Urheber der Resolution ist übrigens der Genosse Maurenbrecher, der auf Grund der Stellung, die ihm der Parteivorstand eingeräumt hat, durch ein ganz sonderbares Referat die Versammlung hypnotisiert hat. Wenn der Parteivorstand Genossen, die erst eben aus den bürgerlichen Parteien zu uns gekommen sind, zu Lehrern der Geschichte für die Parteigenossen macht, so sind solche Folgen nicht zu vermeiden. Bebel meinte, der Parteivorstand müsse geschoben werden. Ich habe allerdings die Auffassung, daß er geschoben ist, und zwar durch die Generalkommission. Diese ist augenblicklich Herr der Situation, und der Parteitag wird erklären müssen, daß er sich in dieser Weise nicht schieben lassen will. Ich habe die feste Zuversicht, daß Sie die Jenaer Resolution und den Antrag Kautsky annehmen. Die Nieder-Barnimer stehen auch auf diesem Standpunkte.

Frau Zietz-Hamburg: Wenn irgend jemand den Wunsch hat, daß Partei und Gewerkschaften einig sind und einheitlich handeln, so gewiß ich. Dafür zeugt meine ganze Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung. Aber ich meine, dieses einheitliche Handeln muß auch basieren auf gleichen Grundanschauungen. Wenn Sie dieser Auffassung sind, Genossen, dann können Sie aber unmöglich die Resolution Kautsky ablehnen, wie es Ihnen der Vorstand vorgeschlagen hat. Wir alle haben mit Jubel den Ausspruch Bömelburgs: „Partei und Gewerkschaften sind eins," begrüßt. Dieser Ausspruch fiel auf einem Gewerkschaftskongreß, und wir sollten auf einem sozialdemokratischen Parteitage den Zusatzantrag Kautsky ablehnen? Dieser Zusatz, der nichts weiter besagt, als daß wir die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß in den Gewerkschaften sozialistischer Geist herrscht, daß unsere Gewerkschaftler dahin wirken und arbeiten sollen, daß dort auch die Beschlüsse, denen wir als Parteigenossen unterstehen, respektiert und durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Wenn Sie heute diesen Zusatzantrag ablehnen, dann versetzen Sie damit unserer Gesamtpartei einen Faustschlag ins Gesicht. (Lebhafte Zustimmung.) Sie erklären dann, daß Sie als Sozialdemokraten Angst haben vor dem sozialistischen Geist. (Zustimmung und Lachen.) Ich bin auch der Meinung, daß es unmöglich ist — und ganz besonders nach dem heutigen Vortrag Legiens —, daß wir erklären können, die Resolutionen von Jena und Köln seien gleichbedeutend. (Lachen.) Genosse Legien hat gerade die Probe aufs Exempel gegeben, wie notwendig es war, über den Massenstreik eingehend zu debattieren, um Klarheit über das Wesen desselben und über die Bedeutung der Jenaer Resolution zu schaffen. Er hat gesagt, wie man ihm zumuten könne, nachdem so lange die Auffassung vertreten sei: Generalstreik ist Generalunsinn, nun eine andere Anschauung zu vertreten. Was sei denn inzwischen geschehen! Damit hat Genosse Legien bewiesen, daß er in das Wesen des politischen Massenstreiks, wie wir Sozialdemokraten es verstehen, absolut nicht eingedrungen ist, daß er tatsächlich noch heute in ihm den anarchistischen Generalstreik sieht. Er hat damit bewiesen, daß er absolut nicht geneigt ist, den lebendigen Anschauungsunterricht, den wir erhalten durch die russische Revolution und die daraus resultierenden Anschauungen für sich akzeptieren zu können. (Legien: Sehr richtig.) Ich kann das im einzelnen jetzt nicht näher begründen. Wenn Genosse Legien aus den Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung", des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", die auf die russische Revolution hinwiesen und betonten, daß wir mit derselben Energie und Leidenschaftlichkeit, derselben Hingabe für die Arbeiterbewegung tätig sein müssen — wenn er da herauslieſt, daß die Absicht vorhanden war, bei den Wahlrechtskämpfen in Preußen und Sachsen den politischen Massenstreik anzuwenden, so ist damit bewiesen, daß Genosse Legien und alle die ihm zustimmen, auf dem ganz ungeschichtlichen und ideologischen Standpunkt stehen, daß nur der Wille und unsere Wünsche einzig und allein in erster Linie entscheidend seien und nicht die jeweilig gegebene Situation. Es ist zum Ausdruck gekommen, daß Legien und seine Anhänger tatsächlich der Anschauung gewesen sind, daß der Massenstreik in dem Sinne propagiert werden sollte, wie die Anarchosozialisten verstehen, die ihn nicht als ein Mittel ansehen zur Abwehr reaktionärer Anschläge, sondern als das Allheilmittel, um von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit einem Kopfsprung in den Sozialismus hineinzukommen. Er war offenbar der Meinung, daß der Generalstreik von der Partei in dem Sinne propagiert werde, daß zu seiner Durchführung nicht erst die geeignete wirtschaftliche und politische Situation gegeben sein müsse, sondern daß es nur nötig sei, den Massen zu suggerieren: Hier habt ihr ein Allheilmittel, das ihr an Stelle der Gewerkschaftskämpfe, des parlamentarischen Kampfes der Agitation unter den Massen und der täglichen Kleinarbeit gebrauchen könnt, um euch ein für allemal vom Kapitalismus zu befreien. Legien frägt ferner, was den Massenstreik,

wie wir ihn propagieren, denn unterscheide von dem anarchosozialistischen Generalstreik? Nachdem Legien hier heute morgen in der ersten Hälfte seines Vortrages also geradezu den politischen Massenstreik, wie wir als Sozialdemokraten ihn vertreten, verhöhnt hat, und wenn er dann nachher sagt, wir sind uns ja vollständig einig — das verstehe ich dann allerdings nicht, das kann ich nicht begreifen. Ich bin der Meinung, es muß hier Klarheit geschaffen werden, und das tun Sie, wenn Sie den Antrag Legien ablehnen und den Zusatzantrag Kautsky annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Stelling-Lübeck: Der politische Massenstreik ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck zur Erreichung bestimmter Ziele. Die andere Auffassung ist die anarchistische, für die leider auch von Parteiblättern Propaganda gemacht worden ist. Man darf nicht mit dem Feuer spielen. Ehe wir an den Massenstreik denken können, müssen die Massen weit mehr aufgeklärt sein. — Widersprechen muß ich der Anschauung Kolbs, daß der Klassenkampf mildere Formen annehme. Breslau ist wieder ein Beweis, daß er schärfere Formen annimmt. (Sehr richtig!) Desto mehr ist es notwendig, daß Partei und Gewerkschaft nicht nur dem Worte, sondern auch der Tat nach einig sind. Dazu haben die Ausführungen auf der Konferenz nicht beigetragen. Dort ist das einigende Moment nicht hervorgehoben. (Sehr richtig!) Ich begrüße es, wenn der Parteitag einen Weg findet, eine praktische Einigung herbeiführen. Ob das aber möglich ist auf der Grundlage des Vorschlages, den der Vorstand vorlegt, bezweifle ich. Es darf nicht bei den Gewerkschaften der Glaube platzgreifen, als ob sie zu bestimmen hätten, sondern wir wünschen, daß beide Teile der Arbeiterbewegung das gleiche Recht haben. (Bravo!)

Quarck-Frankfurt a. M.: Was die Genossen draußen erwarten, das ist eine größere Annäherung der Gewerkschaften und der Partei in bezug auf den Massenstreik. Ich habe den Eindruck, daß wir uns bereits auf diesem Wege zur Annäherung befinden. Wir sind auf dem Wege, daß einerseits die mehr hysterisch veranlagte Auffassung des Massenstreiks (Heiterkeit) zurückgedrängt, andererseits die schläfrige Auffassung vom Massenstreik verschärft wird. Aus den Worten Bebels, denen ich auch fast ganz zustimmen kann, geht diese Annäherung ja deutlich hervor; die Worte, die Legien in demselben Sinne sprach, waren so übereinstimmend, daß man nicht notwendig hat, diese Uebereinstimmung durch einen gelehrten Schriftvergleich von Jena und Köln zu stören. (Heiterkeit.) Ich bin im Gegensatz zu den beiden Vorrednern der Meinung, daß das Gros der Partei und der Presse in der Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls nicht irgend etwas gesehen hat, was den Gewerkschaftsführern zu Schaden gereichen könnte, sondern die Partei war einig darin, daß die Verhandlungen in der Gewerkschaftskonferenz getragen war von sozialistischem Geist (Sehr richtig!) und daß sie getragen waren von dem Bestreben, der Partei und der Gewerkschaft zu dienen. Daß einige scharfe Dinge bei der Gelegenheit unterlaufen sind, erklärt sich aus den Sünden der anderen Seite. (Sehr richtig!) Wenn das aber der Fall ist, dann begreife ich eins nicht: daß noch kein Wort gesagt worden ist über den einen Punkt der Vereinbarung auf der Gewerkschaftskonferenz, ich glaube den Punkt 2, daß die Gewerkschaften sich nicht offiziell beteiligen sollen an Massenstreiks. Der Punkt muß allerdings fallen. Wie ist es möglich, einen Massenstreik jemals so durchzuführen und wie hat Genosse Bebel nur daran denken können, daß der Punkt aufrecht zu erhalten wäre? (Widerspruch Bebels.) Die Partei darf nicht sagen, wir haben den Vortritt und die Gewerkschaften müssen folgen. Nein, die Gewerkschaften müssen gleichberechtigt sein, das ist erfreulicherweise in der Resolution Bebels enthalten, die sich wesentlich von dem unterscheidet, was Kautsky vorbrachte. Denn während Kautsky die Gewerkschaften erfüllen will mit sozialistischem Geiste, betrachtet er andererseits noch immer die gewerkschaftliche Bewegung als eine

Art untergeordneter Bewegung gegenüber der politischen. (Widerspruch.) Doch! Es muß einmal gesagt werden, daß dies lange Zeit der Grund gewesen ist, warum es Reibereien gegeben hat. Wenn von Kautsky gesagt worden ist, die Gewerkschaften dürften die Interessen ihrer Mitglieder nicht über die allgemeinen Arbeiterinteressen stellen, so unterschreibe ich das vollkommen. Aber wo in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist das geschehen? Wohl aber ist umgekehrt öfters in der politischen Bewegung nicht der richtige Wert auf die gewerkschaftliche gelegt worden. (Widerspruch.) Noch 1896 wurden die Vorschläge von Parteiseite lebhaft bekämpft, daß die Gewerkschaften Sozialpolitik treiben sollen. Heute üben die Gewerkschaften längst die sozialpolitische Tätigkeit im weitesten Sinne aus. Ich erinnere ferner nur an Köln und die Klagen im letzten Gewerkschaftsprotokoll. Also, wie gesagt, es sind auch Mißverständnisse auf der Parteiseite gewesen. Was ich deshalb vermisse an den Beratungen über das Zusammenarbeiten das ist, daß wir wünschen, daß ebenso, wie in den lokalen Organisationen heutzutage gewerkschaftliche Kartelle und sozialdemokratische Vereine, wenn auch nicht statutenmäßig, so doch praktisch Hand in Hand arbeiten, daß das endlich übertragen wird auf die Gesamtorganisation, daß gesagt wird, wir beraten nicht von Fall zu Fall, wir beraten immer zusammen. Denn ich behaupte, es gibt keine Parteiangelegenheit, zu der wir nicht die Gewerkschaften brauchen, und die aus der gewerkschaftlichen Praxis heraus nicht gefördert werden könnte. Wenn das geschieht, und dies die Folge der Massenstreikdebatte ist, dann wird der Massenstreik selber gut dabei fahren. Es wird auch unsere Partei außerordentlich dabei gewinnen. Wichtiger als alle Resolutionen ist dieser Punkt, durch dessen Erfüllung Sie sich den heißen Dank der ganzen deutschen Proletarierwelt verdienen werden! (Lebhafter Beifall.)

Kiesel-Berlin: Genosse Quarck wird nicht den Beweis führen können, daß die politische Partei die Gewerkschaften jemals vernachlässigt hätte. Ein Mann, der die Gewerkschaftsbewegung negieren wollte, wäre in unserer Partei unmöglich. Die Diskussion über den Massenstreik ist nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in Fluß gekommen, der sie gerade verhindern wollte. Es war sicher kein Fehler, daß diese Frage diskutiert wurde, wir haben nachweisen können, daß wir noch nicht stark genug sind, den Massenstreik sofort anzuwenden, daß er aber ein geeignetes Abwehrmittel gegen Attentate auf Volksrechte ist. Gegen die Behauptung des Genossen Kolb, daß die Klassengegensätze milder werden, muß ich ebenfalls entschieden protestieren. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und daher gilt es vor allem die Gewerkschaften mit sozialistischem Geist zu durchdringen. (Bravo!)

Ströbel-Berlin: Genosse Kolb hat erklärt, der „Vorwärts" habe in den letzten Monaten eine sehr verständige Haltung eingenommen. Das ist nicht erst in den letzten Monaten der Fall gewesen, sondern die ganze Auffassung des „Vorwärts" deckt sich durchaus mit der Auffassung, welche Kautsky und die Genossin Roland-Holst vertreten haben. Diese ging gerade dahin, daß der politische Massenstreik in der gegenwärtigen Situation in Deutschland nicht angewendet werden könne, weil die politische Situation nicht danach angetan ist. Es sei von vornherein ausgeschlossen, mit einiger Aussicht auf Erfolg den Massenstreik zur Verschärfung der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung in Anwendung zu bringen. Aus diesen Anschauungen heraus konnten wir uns auch mit den Ideen, wie sie unlängst von Stampfer und der „Frankfurter Volksstimme" vertreten wurden, nicht einverstanden erklären. Nun darf man aber auch nicht sagen, der politische Massenstreik darf nicht diskutiert und propagiert werden, weil man gar nicht weiß, ob er einmal zur Anwendung kommen kann. Auch heute ist wieder die Auffassung vertreten worden von Legien, daß der politische Massenstreik erst dann erfolgreich angewendet werden könne, wenn wir die Majorität besäßen und dann brauchten wir ihn nicht. Bebel hat schon

früher in Jena darauf hingewiesen, daß alle Anzeichen bei uns auf Sturm deuten, daß sich die herrschenden Klassen auf die Dauer nicht das langsame, ruhige, energische Vordringen der Arbeiterbewegung gefallen lassen, daß sie versuchen würden die Arbeiter zu knebeln, so lange sie die Macht noch in Händen hätten. Dann sind wir vor die Frage gestellt, was tun wir dem gegenüber, lassen wir uns das gefallen? Dazu müssen wir eben den Massenstreik erörtern und propagieren. Die Vorbereitung zum politischen Massenstreik besteht im Ausbau unserer Organisationen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete, wie das schon in der Amsterdamer Resolution der Genossin Roland-Holst so unzweideutig ausgesprochen ist. Aber die Vorbereitung besteht auch darin, daß diese erstarkten ausgebauten Organisationen vom Geiste des Sozialismus beseelt sind, und dem Zwecke dient ja gerade die Resolution Kautsky, damit dies in noch höherem Maße erreicht wird als bisher. Man hat gesagt, wenn wir diesen Antrag annehmen, so werden die Gewerkschaften terrorisiert von der Partei, sie sind aber ein gleichberechtigter Faktor. Selbstverständlich wird es der Partei niemals einfallen, in spezifischen Gewerkschaftsfragen den Gewerkschaften irgend welche Vorschriften machen zu wollen, so wenig wie das bisher der Fall gewesen ist. Wenn es sich aber um allgemeine politische Fragen handelt, wie die Verteidigung des Wahlrechts usw., dann muß allerdings die Partei als die führende Instanz das Recht haben, den Weg und die einzuschlagenden Mittel für den Kampf zu beschließen. Die Gewerkschaften werden nicht terrorisiert, weil die führenden Gewerkschaftler als Parteigenossen auch in ihrer politischen Organisation ihren Einfluß geltend machen können, wenn sie nur recht zahlreich zu uns kommen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber auch betonen, daß es ganz selbstverständlich ist, daß für Sozialdemokraten die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage geltend sein müssen. Es ist unmöglich, daß irgend einer Kategorie von Genossen ein Ausnahmerecht eingeräumt werden kann, wie das ja schon Kautsky ausgeführt hat. Wenn die sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften dahin wirken, daß niemals Beschlüsse gefaßt werden, die Parteitagsbeschlüssen zuwiderlaufen, so ist jede Möglichkeit von Konflikten und Kollisionen ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Es ist ganz unrichtig, daß der radikale Flügel der Partei die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung irgendwie unterschätzt. Speziell ich bin 1893 für den Antrag Arons eingetreten und stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften Fleisch vom Fleische der sozialdemokratischen Partei sind. Auch Legien hat ja betont, daß geistig Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins sind. Dann kann man aber auch für die Resolution Kautsky eintreten. (Widerspruch.) Würde diese Resolution abgelehnt, so würde das ein allgemeines Kopfschütteln erregen nicht nur in den Kreisen der Parteigenossen, sondern auch in den breitesten Kreisen der Gewerkschaften. (Bravo!)

Grunow-Niederbarnim: Die übergroße Mehrzahl der Genossen unseres Kreises sind mit der Resolution 59 nicht einverstanden. Sonderbar finde ich es, daß der Parteivorstand heute in der Mittagspause zu der Erkenntnis gekommen ist, daß zwischen den Resolutionen von Jena und Köln kein Unterschied besteht. Ich kann dieser Ansicht nicht zustimmen. Deshalb bin ich für die Resolution Kautsky, die den Widerspruch, der tatsächlich besteht, beseitigt. (Sehr richtig!)

Hoffmann-Hamburg: Die Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände war eine Notwendigkeit; das ist die Ansicht nicht nur der politisch, sondern auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hamburgs in ihrer großen Mehrzahl. Der Parteivorstand hat keinen Grund, um Entschuldigung zu bitten, ich erwarte auch von dem Solidaritätsgefühl der Gewerkschaftsführer, daß sie die angedeutete Drohung, es in einem ähnlichen Fall ähnlich zu machen, nicht erfüllen. Wenn, wie der Genosse Legien sagt, der Genosse Pfannkuch die Notwendigkeit der Beratung zwischen Parteivorstand und General-

kommission zur Frage des politischen Massenstreiks mit der Stimmung in Hamburg begründet hat, so ist dabei folgendes zu beachten: Als im Mai 1905 die Vorlage des Senats erschien, hatte die Masse noch nicht empfunden, welcher Schlag der Arbeiterschaft durch den Wahlrechtsraub zugefügt werden sollte, später stieg dann die Begeisterung. Daß das geschah, verdanken wir der fortgesetzten agitatorischen Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften. Das war der Erfolg von Jena. Der 17. Januar 1906 hat gezeigt, daß die Voraussetzungen von den Verfassern des Hirtenbriefes gar nicht zutrafen. Will man die Massen begeistern, dann muß man sagen, was ist. Wenn Genosse Legien sagt, wir sind uns einig, es ist nur ein Streit um Worte, der dadurch entstehe, daß oft Artikel abgefaßt und veröffentlicht werden, daß einem die Haare zu Berge stehen, so trifft die Schuld beide Teile. Was ist nicht anläßlich des „Vorwärts"-Konfliktes alles von Gewerkschaftsführern geschrieben worden! statt die Austragung dieses Streites denen zu überlassen, die dazu berufen waren. So hat Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit" einen Artikel veröffentlicht, worin er die Gewerkschaften auffordert, für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu agitieren. Was soll man aber dazu sagen, wenn das „Correspondenzblatt" in dem Artikel einen Kampf gegen die Gewerkschaftsführer erblickt und sich dagegen wendet! Das ist eine Unterstellung, die nicht am Platze war. Unbegreiflich ist es, wie Legien und andere gegen die Jenaer Resolution stimmen konnten, wenn sie dasselbe besagt wie die von Köln. (Sehr richtig!) Genosse David hat wieder einmal die Gesetzlichkeit unserer Mittel betont. Gewiß bewegen wir uns im Rahmen der bestehenden Gesetze. Aber angesichts der fortwährenden Ungesetzlichkeit der Machthaber ist es unangebracht, unsererseits immer die Gesetzlichkeit der Mittel zu betonen. (Sehr wahr!) Wenn wir mit unserer parlamentarischen Tätigkeit so weit sein werden, die Mehrheit zu erhalten, wird auch das Zentrum bereit sein, uns das Wahlrecht und das Koalitionsrecht zu rauben. Wir Genossen aus dem ehemaligen nördlichen Belagerungsgebiet sind mit einer Ausnahme der Meinung, daß die Resolution Bebel nur dann Wert hat, wenn das Amendement Kautsky angenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Gewehr-Elberfeld: Bebel hat in seinem Referat allen Gegenausführungen von Legien von vornherein die Spitze abgebrochen. Legien bewegt sich in Widersprüchen, er erklärt den Massenstreik für überflüssig und ist trotzdem damit einverstanden. Ich bedauere den Standpunkt des Parteivorstandes, der sich mit dem Zusatz Legien einverstanden erklärt. Kautsky und seine Anhänger werden immer als Dogmatiker hingestellt, aber die das tun, sind in der Regel die größten Dogmatiker, indem sie meinen, die Entwickelung gehe von selbst, ohne die Pflege der Theorie, den gewünschten Gang. Legien hat uns keinen Weg angegeben, was wir tun sollen, wenn das eintritt, was Bebel und andere uns vorgeführt haben. Was sollen wir tun, wenn uns das Wahlrecht genommen wird? Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß wir in Deutschland keinen Einfluß haben. Eine Eventualität, wo wir den Massenstreik anwenden, könnte ich mir sehr wohl denken. Wenn uns infolge unserer Fortschritte bei den Reichstagswahlen das Wahlrecht genommen werden soll, dann werden wir die christlichen Gewerkschaftler, die heute dem Zentrum nachlaufen, gewonnen haben, und dann ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen. Wie man immer und immer sagen kann, die Gewerkschaften werden zurückgesetzt, begreife ich nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wir sollten uns mit der Theorie mehr beschäftigen, dann werden wir nicht zum Irrlichterieren kommen, denn das führt in den Sumpf. Wir sollten die Resolution Kautsky annehmen, nicht weil wir Gegner, sondern weil wir die wärmsten Freunde der Gewerkschaften sind. (Lebhafter Beifall.)

Wels-Berlin: Legien sagt, der Parteivorstand habe sich von den Berliner Genossen schieben lassen. Allerdings haben die gesamten Parteifunktionäre Berlins die Veröffentlichung des Protokolls als im Interesse der Arbeiter-

bewegung unbedingt notwendig erachtet und die Folge hat uns ja recht gegeben. Mag auch die Generalkommission formell im Recht sein, das Interesse der Partei steht höher. (Sehr wahr!) Mit einer bloßen Erklärung des Parteivorstandes wäre es nicht abgetan, die Genossen hatten ein Recht, die volle Wahrheit zu erfahren. Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, und nichts wäre mehr geeignet, die Partei vom Grund aus zu erschüttern als wenn wir ein übermäßiges Vertrauen zu denen hätten, die einen Posten bekleiden; auch sie müssen kontrolliert werden. (Sehr richtig!) Die Resolution Kautsky verlangt, daß die Beschlüsse der Parteitage von jedem, der zur Partei gehört, an jeder Stelle befolgt werden. Es geht nicht, daß man sagt, für uns sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und nicht die des Parteitages maßgebend. (Sehr richtig!) Wohin würden wir dann kommen? Hue hat auf der Konferenz gesagt: „Wohin die gewerkschaftliche Neutralität der Arbeiter politisch führt, das kann und muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein. Ist es ihm nicht gleichgültig, so zeigt er damit, daß er den Berufsverband nicht um seiner selbst willen fördert." (Hört! hört! Zuruf: Das hat er ja gar nicht gesagt!) Ja, dann ist das Protokoll nicht zutreffend. (Ruf: Es steht ja auch nicht im Protokoll!) Es steht in der Broschüre von Hue, „Neutrale und parteipolitische Gewerkschaften"; ist also seine Ansicht. 1894 hatte er noch andere Ansichten, damals ging er mit Bebel scharf ins Gericht, weil er außerordentlich nach rechts geschwenkt sei. Solche Ausführungen, wie in der Broschüre, müssen starkes Mißtrauen hervorrufen. Nur im Interesse der Selbsterhaltung fordern wir das Amendement Kautsky. (Sehr wahr!) Ohne das Amendement hat die Resolution Bebel keinen Wert. Ich persönlich bin bereit, auch das Amendement Legien mit zu schlucken, wenn nur auch das Amendement Kautsky mit angenommen wird, um so einen möglichst einheitlichen Beschluß herbeizuführen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie verschieden die Führer der Partei und der Gewerkschaften zu der Frage der Anwendung des Massenstreiks stehen. Bebel sagt, im Falle eines Wahlrechtsraubes müssen wir alle daran, und wenn wir auf der Strecke bleiben. Legien sagt, er glaubt nicht, daß auch bei einem Wahlrechtsraub die Vorbedingungen für einen Massenstreik gegeben sind. — Den Beschlüssen des Parteitages hat sich jeder zu fügen. Deshalb bitte ich nochmals, die Resolution Kautsky anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Gradnauer-Dresden: Der Delegierte unserer französischen Bruderpartei äußerte am ersten Sitzungstage, daß man im Auslande den Wunsch habe, die deutsche Sozialdemokratie möge zu der Gründlichkeit, die sie schon habe, auch noch die Schlagfertigkeit erwerben. Ich meine, daß dieser bei den ausländischen Bruderparteien viel verbreitete Wunsch große Berechtigung hat. Die politische Schlagfertigkeit ist bei uns nicht in dem Maße vorhanden, wie es wünschenswert und nötig wäre. Wir müssen Einigkeit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei für die künftigen Bewegungen sichern. Wenn unter diesem Gesichtspunkt die Resolutionen betrachtet werden, so bin ich der Auffassung, daß uns die Resolution Bebel ein gutes Stück vorwärts zu bringen imstande ist. Dadurch wird erreicht, was schon längst hätte geschehen müssen, daß ein gutes Zusammenarbeiten zwischen den beiden Hauptinstanzen der Arbeiterbewegung herbeigeführt wird. Das begrüße ich auf das lebhafteste, denn ich habe es niemals billigen können, daß diese Verständigung nicht schon früher gesucht worden ist. Welche Wirrnisse, welche Konflikte hätten wir uns ersparen können! Aber ich kann mich aus demselben Grunde gar nicht befreunden mit dem Amendement Kautsky. Ich bedauere zwar sehr, daß die Parteileitung hier mit autoritativer Wucht, ohne die Diskussion abzuwarten, die Stellung gegen Kautsky zum Ausdruck gebracht hat. Durch diese Methode sind die Genossen nur gereizt worden. (Sehr richtig.) Die Resolution Kautsky wirkt wie ein Zankapfel, der hereingeworfen wird. (Sehr wahr!) Wir wollen, daß Partei

und Gewerkschaften sich vertragen und zusammenarbeiten können. Das erwarten die deutschen Arbeiter von uns, aber nicht, daß wir Schritte tun, die geeignet sind, die Streitigkeiten, wenn wir von hier auseinandergehen, von neuem zu entfachen. Das aber ist die Wirkung der Resolution Kautsky, (Sehr wahr! Widerspruch.) Nicht Selbstverständlichkeiten bringt die Resolution, sondern Mißverständlichkeiten. Bedeutet es nicht einen ausdrücklichen Tadel, wenn jetzt den Genossen zur Pflicht gemacht wird, sich bei ihrer gewerkschaftlichen Betätigung an die Beschlüsse des Parteitages gebunden zu halten? Weiter wird dann die Sozialdemokratie als die höchste Form des Klassenkampfes bezeichnet. In der Situation, in der wir uns befinden, kann das nur das eine bedeuten, daß man den Gewerkschaften sagen will: „Ihr steht doch unter uns". Kautsky hat, um diese Vorherrschaft der Partei doch weiter einzuführen, eine seltsame Unterscheidung zwischen Sozialdemokratie in engerem und weiterem Sinne gemacht. Ebenso könnte man die Gewerkschaftsbewegung in eine engere und weitere teilen. Nein, die Gewerkschaftsbewegung muß als vollständig gleichberechtigt angesehen werden. (Sehr wahr!) Die Aufgabe aber der Partei ist, die Gewerkschaften stets sozialistisch zu beeinflussen und zu durchdringen. Ich will nun auf Bebels Referat eingehen. Ich kann nicht verhehlen, daß auch ich den Eindruck gewonnen habe, daß Bebel sich heute ebenso defensiv verhalten hat, wie er in Jena aggressiv vorgegangen ist. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Damals hat er gesagt, wir können all die Schmach, die uns gerade seitens des preußischen Junkerregiments auferlegt wird, nicht mehr ertragen. Heute hat er uns dagegen nur die Schwierigkeiten vorgemalt, fast ähnlich, wie vor Jahresfrist es Heine tat, der deswegen heftig bekämpft wurde. Das hat vieles Unheil gebracht, daß man nicht die nötige einheitliche und klare Politik befolgte, sondern sich immer in Superlativen bewegt hat. Zuerst himmelhoch jauchzend und dann zum Tode betrübt. Ich halte es z. B. für falsch, daß man die preußische Bewegung mit dem 21. Januar und dem 18. März in Verbindung gebracht hat. Dadurch mußte bei den Massen der Eindruck entstehen, als sollte auch bei uns etwas ernsteres geschehen, und heute erklärt man, man habe daran gar nicht gedacht. In dasselbe Kapitel gehört auch die Petition. Gewiß haben wir solche Schritte schon früher getan, aber in einer Situation, wo man die russische Revolution verherrlichen will, zugleich an das preußische Herrenhaus petitionieren, harmoniert nicht zusammen. (Sehr richtig!) Es ist aber andererseits nicht wahr, daß im Anfange dieses Jahres nicht eine große Stimmung unter der Arbeiterklasse vorhanden gewesen wäre. Erst hat man in revolutionären Anspielungen geschwelgt und jetzt will man wieder leugnen, daß überhaupt eine gewaltige Bewegung vorhanden gewesen ist. Wir haben auch in Sachsen eine Bewegung gehabt, wie wir sie vorher nicht gesehen haben, eine große nachhaltige Begeisterung unter den Massen. Wir haben auch in Sachsen damals wenigstens die Zusage einer Wahlrechtsreform erreicht. Was die Genossen aus Hamburg erzählen, beweist dasselbe. Und wie stand es in Berlin? Ich habe selbst im Friedrichshain den Redner auf den Massenstreik verweisen gehört und Genosse Freiwaldt hat uns zugestanden, daß die Arbeiter über den späteren Verlauf sehr enttäuscht waren. Bebel aber sagt, es war keinerlei Neigung vorhanden, die Bewegung weiter zu steigern. Niemand hat ja einen Massenstreik verlangt, aber was wir kritisieren, das ist, daß man zuerst tat, als sollte die Revolution kommen, daß man dann aber die Begeisterung so sehr abflauen und so schnell zurückgehen ließ. (Sehr richtig!) Nun also, ich halte es für das wichtigste im Referat Bebels, daß er den Zweck der Wahlrechtsbewegung klar und bestimmt umgrenzt auf das Reichstagswahlrecht und auf die Eroberung von Wahlrechten in den Einzelstaaten. Dadurch wird allen unmöglichen Revolutionsspekulationen, die die Bewegung erschwert haben, ein Riegel vorgeschoben; damit erhalten wir klare Bahn, und durch gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaften hoffe ich, daß

wir durch den jetzigen Beschluß schlagfertiger werden, als wir bisher waren, und besser befähigt, die Feinde des Proletariats aufs Haupt zu schlagen! (Lebhafter Beifall.)

Duncker-Dresden: Als wir am Sonntag auf Anraten Singers den Antrag des vierten sächsischen Wahlkreises zurückzogen, da dachten wir nicht daran, daß wir in dem Referate Bebels Worte finden würden, die nicht die Zustimmung des Parteitages finden können. Ich will nicht darauf eingehen, wie weit eine deutsche Intervention unmöglich ist. Ich meine, sie ist nicht absolut unmöglich und immerhin ist kein Schaden, wenn man sich auf alles einrichtet. (Sehr richtig!) Von verschiedenen Rednern ist in den Parteiversammlungen der letzten Zeit auf diese Möglichkeit hingewiesen worden, so auch hier von Rosa Luxemburg, die gesagt hat, das deutsche Proletariat müsse gegen eine solche Intervention Front machen und dies muß auch vom Parteitag zum Ausdruck gebracht werden. Die großen Ereignisse, denen wir entgegengehen, müssen auch bei uns ein starkes Geschlecht finden. (Sehr richtig!) Ich möchte auch dem Wunsche der Genossin Luxemburg beitreten, daß Bebel in seinem Schlußwort sich etwas energischer ausspricht. Er weiß, wie die russischen Genossen zu uns herüberblicken und er weiß es, was es bedeutet, wenn in Mannheim ein entscheidendes Wort gesprochen wird. Bezüglich der Massenstreiksstimmung trete ich dem Vorredner bei. In Leipzig und Dresden war die Stimmung eine sehr starke und wurde noch energisch gesteigert. Man war der Meinung, daß ein Demonstrationsstreik diese Stimmung der sächsischen Regierung gegenüber zum Ausdruck bringen könnte. Bebel möge in seinem Schlußwort zeigen, inwieweit unter Umständen ein Demonstrationsstreik für die Arbeiter von Bedeutung sein kann. Es gibt Momente, wo wir auf einen solchen Demonstrationsstreik nicht verzichten dürfen. Den Zusatz Kautsky zur Resolution bitte ich anzunehmen. Sie alle sind nach Mannheim gekommen, um gerade gegenüber den Erscheinungen in Breslau und Nürnberg geschlossen zusammen zu stehen. Aber diese Einigkeit kann nur erzielt werden durch offene Aussprache. Wir müssen zu der Anschauung gelangen, daß wir in den Gewerkschaftlern gleichberechtigte Genossen erblicken. (Sehr richtig!) Etwas anderes wird in der Resolution gar nicht verlangt. Der Zusatz ist ja auch ganz selbstverständlich. So etwas sagt man nicht, aber man tut es. (Sehr wahr! Hört! hört!) Aber wenn man sieht, daß nicht überall so getan wird, muß man es sagen. Ich möchte bitten, daß durch möglichst einstimmige Annahme bewiesen wird, daß wir alle zusammenstehen, daß es nicht möglich ist, daß Parteigenossen als Gewerkschaftler erklären, für uns ist nur der Beschluß von Köln bindend. (Lebhafter Beifall.)

Liepmann-Berlin: Legien hat behauptet, die wenig freundliche Haltung des Parteivorstandes gegenüber den Gewerkschaften wäre auf das Betreiben der Berliner Genossen zurückzuführen. Das ist total unrichtig und durch nichts begründet. Gegenüber der Behauptung, daß die anarchosozialistische Schieberkolonne in Berlin einen ungebührlichen Einfluß habe, verweise ich darauf, daß unter den Funktionären des Zentralvorstandes in Groß-Berlin sich auch nicht ein einziger Genosse befindet, der lokalorganisiert wäre. Die Zentralverbände sind zum größten Teil von uns gegründet. Wir werden doch nicht unsere eigenen Kinder verspeisen. (Große Heiterkeit.) Sassenbach wurde gerade als Gewerkschaftler von der anarchosozialistischen Schieberkolonen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und als Robert Schmidt Zentralarbeitersekretär wurde, baten wir ihn, trotzdem das Mandat im 5. Wahlkreise anzunehmen, es wäre für die Gewerkschaften von immensem Nutzen, wenn er Reichstagsabgeordneter wäre. Das war auch eine solche anarchosozialistische Schieberei. (Sehr gut!) Als sich Berlin zentralisierte, wurde Böske aus dem Deutschen Holzarbeiterverband zum Beamten gewählt, weil man eben einen Gewerkschaftler wollte, von meiner Person ganz ab-

gesehen. Und weiter! Von Personenfragen abgesehen! Als der neue Zentralverband für Groß-Berlin sein Statut annahm, wurde jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, sich der Gewerkschaft seines Berufes anzuschließen. Wer also behauptet, die Berliner Genossen ständen den Zentralverbänden nicht freundlich oder nicht mit vollem Verständnis gegenüber, der behauptet Unwahres. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter daran, daß jetzt in Berlin den Lokalisten keine eigenen Kandidaten für die Gewerbegerichtswahlen mehr eingeräumt werden. So sieht die anarchosozialistische Schieberkolonne aus. (Hört! hört!) Sie sind nun wohl überzeugt, daß Legien etwas über die Berliner Funktionäre behauptet hat, was er nimmermehr beweisen kann. Die knappe Zeit erlaubt mir keine weiteren Ausführungen. Die Resolution Kautsky drückt das Richtige aus, ich bitte, ihr zuzustimmen. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 27. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8½ Uhr.

Den Vorsitz führt **Singer**.

Die Debatte über den politischen Massenstreik mit den dazu vorliegenden Anträgen wird fortgesetzt. Neu eingegangen sind die Anträge 163, 164, 165.

Leber-Jena: Ich habe nicht zu denen gehört, die im Januar dieses Jahres den politischen Massenstreik erwarteten, aber ich habe doch einen gewaltigen Unterschied gefunden zwischen den vorjährigen und diesjährigen Ausführungen Bebels. Es ist ja richtig, auf dem Parteitag in Jena handelte es sich für den Genossen Bebel darum, den Massenstreik zu empfehlen, bezugsweise zu verteidigen, damit er als Kampfmittel in das Waffenarsenal des Proletariats eingereiht wurde, während in diesem Jahre eine Klärung über die verschiedenen Meinungen in Frage kommt und daher schließlich die veränderte Stellung des Genossen Bebel begründet zu sein scheint. Uebrigens wird hier Genosse Bebel in seinem Schlußwort noch näher darauf eingehen. Legien hat verlangt, daß der Parteivorstand gewissermaßen um Entschuldigung bitten soll für die Veröffentlichung des Protokolls. Es kommt etwa darauf hinaus, daß die Gewerkschaften die Einigkeit mit der Partei darin verstehen, daß sie die Oberhand haben. (Widerspruch.) Die Ansichten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, die sogenannte Neutralitätsfrage, haben ja im Laufe der Zeit sehr gewechselt. Ich halte die Taktik des Zusammengehens aller Gewerkschaften, wie sie namentlich für das Rheinland verlangt wird, nicht für richtig. Es hat sich gezeigt, daß die freien Gewerkschaften dabei immer den kürzeren ziehen. Genosse Sachse steht ja jetzt auch auf dem Neutralitätsstandpunkt; das rührt aber erst seit der Zeit, daß er mit Hue zusammenarbeitet. (Heiterkeit.) — Wir sind gewiß nicht für den anarchistischen Generalstreik, den Legien als Generalunsinn bezeichnete, sondern für die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung bestimmter politischer Ziele. Legiens Rede hatte eine große Aehnlichkeit mit Bömelburgs Rede in Köln. Er sprach hauptsächlich gegen den Massenstreik, griff die verschiedensten Parteigenossen an und erklärte dann zum Schluß: Partei und Gewerkschaften sind eins. Ich meine, wir kommen nicht zur Einigkeit, wenn wir die Resolution Bebel mit dem Zusatzantrag Legien annehmen, sondern ich bitte Sie, der Resolution Bebel mit dem Antrag Kautsky zuzustimmen. (Bravo!)

Bömelburg-Hamburg: Die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks, das Referat Bebels und die Ausführungen Legiens haben nach meiner Auffassung in der Sache ziemlich Klarheit geschaffen. Darüber besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr in Partei und Gewerkschaft, daß, wenn einmal die herrschenden Klassen versuchen sollten, das Koalitionsrecht zu verschlechtern oder das Wahlrecht zu schmälern oder gar zu beseitigen, daß dann Partei und Gewerkschaften, wenn die Stimmung in den Massen vorhanden ist, ohne weiteres von dem Mittel des politischen Massenstreiks Gebrauch machen. Meinungsverschiedenheit konnte bis zum heutigen Parteitag nur noch darüber bestehen, ob der Massenstreik eventuell auch in der Angriffsposition angewendet werden kann. Aber auch diese Meinungsverschiedenheit ist durch die Erörterungen auf dem Parteitag und in der Presse beseitigt worden. Ich war gerade nicht sehr erfreut, als die Frankfurter „Volksstimme" den berühmten Artikel veröffentlichte, aber als später die Antwort des „Vorwärts" kam, habe ich mich doch über die Frankfurter „Volksstimme" gefreut, weil wir ohne ihren Artikel vielleicht die gute Antwort des „Vorwärts" nicht erhalten hätten. Der „Vorwärts" stellt sich in diesem Artikel auf den Standpunkt, den Genosse Hilferding im vorigen Jahre in der „Neuen Zeit" einnahm, nämlich daß der politische Massenstreik, wenn er in der Angriffsposition angewendet wird, nur ein letztes Mittel sein kann, und auch Kautsky hat sich in der „Neuen Zeit" ähnlich ausgesprochen. Auch Bebel hat hier erklärt, daß der politische Massenstreik nur in der Angriffsposition als letztes Mittel in Frage kommen könnte. Und Genossin Luxemburg sagt in ihrer Broschüre, die uns jetzt zugegangen ist, auf Seite 23: Aehnlich zeigen uns die Vorgänge in Rußland, daß der Massenstreik von der Revolution unzertrennlich ist. (Hört! hört!) Ganz meine Meinung. Dasselbe habe ich bereits auch in Köln auf dem Gewerkschaftskongreß ausgedrückt, wo ich sagte, daß wir, wenn wir zur Revolution kommen, den Massenstreik anwenden. In der Sache selbst besteht heute nach meiner Auffassung eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr, und sie hat auch wohl kaum geherrscht. Genosse Zubeil hat gestern hier an dieser Stelle gesagt, ich hätte auf der Gewerkschaftskonferenz die Wahlrechtsbewegung in Preußen verhöhnt. Genosse Zubeil hat damit etwas behauptet, was der Wahrheit nicht entspricht, und ich setze voraus, daß er das Gesagte wieder zurücknimmt. Ich glaube, daß Zubeil das Protokoll nicht gelesen hat, sonst könnte er die Behauptung nicht aufstellen. Und wenn er es gelesen, dann hat er es nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Was die Veröffentlichung des Protokolls betrifft, so bin ich für meine Person der Meinung, daß es niemals wieder vorkommen darf in der Arbeiterbewegung, daß unter solchen Umständen Protokolle von internen Sitzungen veröffentlicht werden. (Sehr richtig! und Widerspruch.)

Wenn das Grundsatz werden sollte, würde das für die Arbeiterbewegung sehr gefährlich sein. Jedoch bin ich der Meinung, daß es nach Lage der Verhältnisse im Interesse der Partei und der Gewerkschaften notwendig war, daß der Inhalt des Protokolls bekannt wurde. (Lebhafter Beifall.) Aber mit den Umständen, wie es veröffentlicht worden ist, bin ich nicht einverstanden. Der Veröffentlichung selbst konnten wir nicht mehr aus dem Wege gehen, um eine schädliche Legendenbildung hintanzuhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Jedoch bin ich der Anschauung, daß, wenn in der Leitung der Arbeiterbewegung von jeher die nötige Harmonie bestanden hätte, auch die Differenzen über die Veröffentlichung nicht entstanden wären. Der „Vorwärts" wendet sich an den Parteivorstand, der Parteivorstand schriftlich an die Generalkommission. Parteivorstand und Generalkommission haben beide ihre Sitze in Berlin. Statt nun einen Brief zu schreiben, wäre es einfacher gewesen, wenn der eine den anderen zu einer Sitzung eingeladen hätte. Das gesprochene Wort ist etwas anderes, als das geschriebene. (Sehr richtig!) Und wenn sie sich in der Sitzung richtig aus-

einandergesetzt hätten, dann wäre nicht einmal die Anfrage an die Zentralvorstände gekommen, man hätte einfach gesagt, die Generalkommission veröffentlicht das Protokoll. Aus den Umständen, aus denen diese Differenz entstanden ist, ist in der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre manch andere Differenz entstanden. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn Parteivorstand und Generalkommission schon seit Jahren in gemeinsamen Sitzungen die Fragen, welche die Bewegung gemeinsam angehen, erörtert hätten, dann wären auch die Differenzen in bezug auf den politischen Massenstreik niemals entstanden. Da hätten sich die Dinge von vornherein anders gestaltet, wie auch vielleicht die ganze Regelung der Fragen auf dem heutigen Parteitag einen anderen Verlauf genommen hätte. Durch die Verhältnisse sind wir in der Arbeiterbewegung zu ganz unhaltbaren Zuständen gekommen. So lange ich Mitglied der Arbeiterbewegung bin, die Fähigkeit besitze, die Dinge zu beobachten, kann ich sagen, daß noch niemals ein solcher Wirrwarr vorhanden war wie im Laufe der letzten Zeit. (Sehr gut!) Wo sind da eigentlich die geschlossenen Meinungen in bezug auf den politischen Massenstreik? So viel Redner, so viel Versammlungen, so viel verschiedene Meinungen. Der eine will gelegentlich mit dem Massenstreik auf einige Tage einmal demonstrieren, der andere will den Massenstreik, um in dem einen oder anderen Ländchen die politischen Freiheiten zu erweitern, der dritte wieder will durch den politischen Massenstreik eine Desorganisation des Staates herbeiführen. Und Leute, die das sagen, gehören nicht etwa zu denen, die auf tiefer Stufe der Bildung stehen. Leute, die geistig sehr hoch stehen, haben diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht.

Vorsitzender **Singer**: Eigentlich ist die Redezeit zu Ende, da wir aber dem Begründer des Abänderungsantrages, dem Genossen Kautsky, die Redezeit verlängert haben, so schlage ich vor, daß wir auch dem Vertreter der gewerkschaftlichen Anschauungen die Redezeit verlängern. Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen, der Parteitag ist also damit einverstanden.

Bömelburg (fortfahrend): Wirrwarr an allen Ecken und Enden! Vergegenwärtigen Sie sich nur den ungeheueren Wirrwarr, der entstanden ist durch die Kölner Beschlüsse und durch die Jenaer Beschlüsse. In der einen Versammlung wird gesagt, ja die Kölner Beschlüsse stehen im Widerspruch mit den Jenaer Beschlüssen; anderswo hört man wieder das Gegenteil. Die Revisionisten sind auf einmal hier die Radikalen geworden, die Radikalen die Revisionisten. (Sehr gut!) Das ist ein Zustand, wie er unmöglich auf die Dauer fortbestehen darf, die Massen, die nicht in jedem Falle die Fähigkeit besitzen, die feinen Unterschiede zu ziehen, wie etwa Redakteure und Referenten, wissen schließlich gar nicht mehr, was sie eigentlich sollen. Daher sage ich, daß diese Differenzen unter allen Umständen im Interesse der Bewegung beseitigt werden müssen, und darum möchte ich den Parteitag dringend bitten, der Sache endlich einmal ein Ende zu machen, dadurch, daß nicht nur der Resolution Bebel, sondern auch den Amendements Legien die Zustimmung erteilt wird. (Sehr gut!)

Ich weiß, daß mancher dagegen ernsthafte Bedenken hat. Man hat nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in den Parteizeitungen bei jeder Gelegenheit gesagt, die Beschlüsse von Köln decken sich nicht mit denen der Partei. Ja, man hat in der Masse den Gedanken wachgerufen, als wenn man in Köln die Diskussion des Massenstreiks verboten habe. Gestern sagte mir noch ein Genosse: Ja wie kommt Ihr dazu, die Diskussion zu verbieten. Ich möchte den sehen, der uns nachweisen wollte, daß wir die Diskussion verboten haben. Legien hat Ihnen gestern das genaue Gegenteil nachgewiesen. Aber ich weiß, daß die Parteipresse sich in mancher Beziehung festgelegt hat; allein dieser Umstand sollte Sie nicht dazu führen, heute durch die Ablehnung des Amendements dazu beizutragen, daß schließlich der heute bestehende Zustand noch länger weiter bestehe. (Sehr richtig!) Wenn Kautsky wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften

mit sozialistischem Geist durchtränkt werden, so befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meinigen im Einklang. (Lebhaftes Bravo!) Darin gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, das habe ich wiederholt ausgesprochen, und ich kann von mir mit gutem Gewissen sagen, daß ich, so lange ich an der Spitze meiner Gewerkschaft stehe, in diesem Sinne gearbeitet habe. Aber wenn Kautsky meint, daß er jetzt mit seinem Antrage dieses Ziel erreicht, dann verkennt Kautsky die Verhältnisse vollständig. (Sehr richtig!) Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir Hand in Hand arbeiten. Die Personen, die die Fähigkeit besitzen, der Masse in den Gewerkschaften den Gedanken des Sozialismus klar zu machen, das sind die Personen, die heute in der Gewerkschaft eine führende Stellung einnehmen. (Sehr richtig!)

Genosse Kautsky fordert in der „Neuen Zeit" zum Kampf für den Sozialismus in der Gewerkschaft auf. Aber wer kann außer den Führern diese Aufgabe erfüllen? Schon heute stehen den führenden Genossen der Partei die Gewerkschaften vollständig offen. Ich habe gestern privatim gesagt, wenn Kautsky in einer Mitgliederversammlung bei uns sprechen wollte, er würde mit offenen Armen empfangen. Sie konnten bisher kommen, und Sie können auch in der Folgezeit kommen. Aus rein taktischen Erwägungen, nicht aus prinzipiellen Gründen muß ich gegen den Antrag Kautsky stimmen. Es ist gesagt worden, daß eigentlich der letzte Teil des Antrages Kautsky Bömelburg auf den Leib zugeschnitten sei. Ich soll das Karnickel sein, das Kautsky veranlaßt haben soll, den letzten Teil seines Antrages zu schreiben. Dies soll ich herbeigeführt haben durch die Erklärung, die ich im vorigen Jahre in Jena abgegeben habe. Die Erklärung lautet: „Der Gewerkschaftskongreß hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Kautsky will nun durch seinen Antrag herbeiführen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder, die zugleich auch Parteigenossen sind, unter allen Umständen an die Beschlüsse der Partei halten sollen. Ich gebe Kautsky zu, daß meine Ausführungen zu Zweifel Anlaß geben können und korrekt sind sie auch nicht. Ich habe gesagt: „So bleibt für mich als Gewerkschafter der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen." Das ist nicht richtig, was ich da gesagt habe. Wenn die Partei einen Beschluß faßt, so ist dieser Beschluß selbstverständlich für jeden einzelnen Parteigenossen maßgebend. (Lebhafter Beifall.) So habe ich die Sache auch aufgefaßt. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn es sich um Dinge handelt, für deren Durchführung die Gewerkschaften als Korporationen in Frage kommen, die Gewerkschaften nur dann eingreifen brauchen, wenn in der Sache vorher zwischen beiden Teilen ein Einvernehmen herbeigeführt ist. (Sehr richtig!) Das habe ich bereits vor einigen Wochen auf einer Wahlkreiskonferenz zum Ausdruck gebracht. Meine damalige Erklärung lautete:

„Ich betrachte es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Beschlüsse der Parteitage, für deren Durchführung die Partei allein in Frage kommt, auch von jedem einzelnen Mitgliede der Partei gehalten werden müssen. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkt, daß für gemeinsame Aktionen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nur solche Beschlüsse maßgebend sein können, die in gegenseitiger Uebereinstimmung gefaßt sind."

Ich glaube, das ist eine Erklärung, wie sie korrekter gar nicht sein kann. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auf eins muß ich noch aufmerksam machen. Wenn wir in Partei und Gewerkschaft gemeinsame Aufgaben zu erfüllen haben, dann ist es sehr unangenehm, daß in bezug auf diese gemeinsamen Arbeiten jede Seite für sich entscheidet. Dadurch kommen wir in eine

unglückliche Lage. Wir sind auch nur Menschen und können uns nicht so bald anders erklären. Darum ist es im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig, daß Beschlüsse, die miteinander im Widerspruch stehen, nicht mehr gefaßt werden und so die Einigkeit der Partei gesichert wird. Heute ersuche ich Sie, dafür zu sorgen, daß wir einig auseinandergehen können, und hoffentlich gelingt es uns auch in der Frage der Maifeier einen einigenden Beschluß herbeizuführen. Dann werden wir Ruhe in Partei und Gewerkschaft haben. Und diese Beschlüsse werden nicht wenig zur Förderung unserer Bestrebungen beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Reichel-Stuttgart: Bömelburg hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß der Antrag Kautsky uns über die bestehende Mißstimmung nicht hinweg hilft. Dazu gehört, daß unter uns selbst der Geist der Einigkeit und ein versöhnender Ton lebendig wird und auf die Massen der Genossen in Partei und Gewerkschaften zurückwirkt. Es ist gesagt worden, wir brauchen mehr Theorie. Ich verkenne durchaus nicht, daß es notwendig ist, die theoretische Aufklärung im Geiste des Sozialismus unter die Massen zu tragen, aber neben der Theorie brauchen wir auch ein großes Stück versöhnlichen Geistes in unseren Organisationen. Wir dürfen nicht bei jeder Gelegenheit einander zerfleischen. Bei aller Hochachtung der Meinungsfreiheit meine ich doch, daß es hier und da zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man etwas zurückgehalten hätte. Kautsky befürchtet, daß mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaften dieselben zu einer Bremse der gesamten proletarischen Klassenbewegung werden können. Diese Befürchtung halte ich nicht für zutreffend, sie wird durch die bisherigen Erfahrungen widerlegt. Wie liegen denn die Dinge? Die Gewerkschaften halten Jahr für Jahr Tausende von Versammlungen und Sitzungen ab, in denen den Arbeitern gesagt wird: Ihr müßt einig sein, es gibt nur eine Lösung Eurer wirtschaftlichen Lage, wenn Ihr neben der Betätigung der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit zugleich auch für politische Aufklärung sorgt Also die Gewerkschaften lassen es an Aufklärung ihrer Mitglieder durchaus nicht fehlen. Aber es wäre ein Fehler, wenn wir beschließen würden, daß nunmehr die Gewerkschaftsführer, die zugleich Parteigenossen sind, verpflichtet werden sollen, unter allen Umständen die sozialistische Aufklärung in den Gewerkschaften zu betreiben. Ich meine, wir haben es gar nicht nötig, das besonders in einem Antrag zu verlangen. Es genügt, wenn die Gewerkschaftsführer freiwillig erklären, daß, wie sie es schon bis dato getan haben, auch fernerhin es an der nötigen Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder nicht fehlen lassen wollen, daß sie noch mehr als bisher sich auf diesem Gebiete betätigen wollen, daß sie es ebenfalls für notwendig halten, die sozialistischen Anschauungen in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen. — Kautsky sagte aber dann: „Die Werbekraft der Gewerkschaften beruht auf den Unterstützungen und auf ihrem Kampfescharakter. Je höher die Unterstützungsleistungen werden, desto enger wird der Kreis derer, die die Beiträge aufbringen können, nur eine Elite bleibt noch als Gewerkschaftsmitglieder übrig, wie in England." Ich muß demgegenüber betonen, daß Kautsky hier die Tatsachen unrichtig darstellt. Nach unseren gewerkschaftlichen Erfahrungen wirken unsere Kämpfe gerade dahin, die Lage der schlechtgestelltesten Arbeiter vor allen Dingen zu heben. Nach dieser Richtung besteht zwischen den deutschen und den englischen Gewerkschaften ein geradezu fundamentaler Unterschied. Ich erinnere daran, daß beispielsweise unser Verband, der Metallarbeiterverband, im letzten Halbjahre allein 60 000 neue Mitglieder gewonnen hat. Dadurch ist schon bewiesen, daß die Gewerkschaft vor den Hütten der Aermsten der Armen ebenso wenig Halt macht, wie vor den Riesenbetrieben der Großeisenindustrie, daß im Gegenteil, je größer ihr Körper wird, dies geradezu wie ein Naturgesetz wirkt. Dieser große Körper zieht die Massen

der Arbeiter um so stärker an und erfüllt sie mit wirklich sozialem Geist. Bei der verflossenen Formerbewegung, welche sich zu einer gewaltigen Aussperrung auszuwachsen drohte, sind die Löhne derer am meisten aufgebessert worden, die am schlechtesten gestellt waren; damit werden diese Arbeiter in die Lage versetzt, sehr wohl die Beiträge an die Organisation entrichten zu können. Es liegt also auch nach dieser Richtung hin keine Ursache vor, den Antrag Kautsky anzunehmen. Was er will, das wollen wir nicht beschließen, das wollen wir uns alle miteinander geloben. Wir wollen versprechen, gemeinschaftlich zu arbeiten, in unseren Organisationen versöhnlichen Geist walten zu lassen und alle unsere Maßnahmen von diesem versöhnlichen Geiste diktieren zu lassen. (Bravo!) Dann kommen wir viel weiter, als wenn wir nur den toten Buchstaben des Gesetzes beschließen, der dann vielleicht ganz das Gegenteil dessen bewirkt, was er bewirken soll. (Sehr richtig!) Wenn wir nicht selbst alle das Gefühl haben, wir müssen zusammengehen, so nützt der tote Buchstabe nichts, ebenso wie der tote Buchstabe des Gesetzes nicht wirkt, wenn hinter ihm nicht machtvolle wirtschaftliche Organisationen stehen. (Sehr richtig!) So liegen die Dinge, und ich bitte Sie daher, den Antrag Kautsky abzulehnen. Noch besser wäre es freilich, wenn Kautsky sich mit unseren Erklärungen zufrieden geben und den Antrag zurückziehen würde. (Sehr richtig!)

Honrath-Aachen: Wir im Rheinland haben das Protokoll nicht aus der „Einigkeit", sondern aus der Zentrumspresse kennen gelernt. (Hört! hört!) Da mußten wir mit Recht die Veröffentlichung verlangen. Und es ist nur zu billigen, daß das geschehen ist. Unglaublich ist es mir, wie Legien sagen kann, daß in der Generalkommission jetzt wenig Neigung besteht, wieder mit dem Parteivorstand zu verhandeln, und es freut mich, daß Bömelburg, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach das Gegenteil behauptet hat. Der Streit zwischen Legien und Liepmann im „Vorwärts" war schließlich, wie es bei solchen Diskussionen immer geht, nur noch ein Streit um Worte. Gegen solche langen unfruchtbaren Auseinandersetzungen besteht mit Recht ein Widerwillen in den Reihen der Genossen. Quessel sprach von schärferen Mitteln. Ich bitte ihn, diese Mittel auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Heiterkeit.) Die Erfolge der Wahlrechtsbewegung zeigen sich in der Stärkung der Organisationen, das muß doch genügen. Oder denkt man vielleicht an Erfolge im Heugabelsinne? (Heiterkeit!) Es wundert mich, daß niemand die Methode von Müller auf der Vorstandskonferenz gekennzeichnet hat; es war das dieselbe Methode wie in Dresden. Man sucht ganz Deutschland nach Sündenböcken ab, um dann die Sünden auf der Konferenz vorzubringen. Die Theorie, die Bringmann dann vorgetragen hat, läuft darauf hinaus, daß man nur ja nicht zu oft die sozialistische Theorie betont. Und Deinhardt sagte sogar, man müsse sich gegen die Partei zur Wehr setzen. Nun, wer die Geschichte der Partei kennt, der hat alle Ursache, stolz darauf zu sein, daß die Partei so mit jeder Faser für die Gewerkschaften eintritt. (Sehr richtig!) Seit 1898 hat sich die Partei derartig mit ihrem ganzen Können, mit ihrer ganzen Beamtenschar, mit ihren Redaktionen in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, daß die Parteiorganisationen darunter gelitten haben. Die Partei hat alles für die Gewerkschaften getan. Ich bedauere die gegenteiligen Ausführungen von Quarck, denn die werden uns wieder in die Suppe gebrockt. Es ist geradezu erstaunlich, wie ein tätiger Genosse so etwas behaupten kann. Mit Reichel bin ich darin einverstanden, daß es im Interesse der Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft am richtigsten wäre, Kautsky zöge seine Resolution zurück. (Beifall.)

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Parteigenossen! Wenn Bömelburg bemerkt hat, innerhalb der Partei bestehe über den politischen Massenstreik eine große Unklarheit, ein Wirrwarr, so würde aus einer solchen Auffassung nur mit besonderer Deutlichkeit die Notwendigkeit einer möglichst intensiven Diskussion dieses Kampf-

mittels zu folgern sein. Wenn er aber als Beweis für diesen Wirrwarr auch darauf hingewiesen hat, daß ein Redner auch die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines eventuellen Demonstrationsstreiks hat erörtert wissen wollen, so befindet er sich im Irrtum. Der politische Massenstreik kann eben verschiedene Formen annehmen, zu denen auch die des Demonstrationsstreiks gehören. (Sehr richtig!) Es ist unmöglich, sich von vornherein ausschließlich auf die Möglichkeit einer einzigen Form festzulegen. Legien hat gemeint, der Massenstreik müsse unbedingt in Straßenschlacht und Blutvergießen enden. Daß dies nicht richtig ist, ist bereits mit Recht hier und in Jena hervorgehoben worden. Zu beachten ist besonders die wichtige Rolle, die die stete und proklamierte Bereitschaft zum politischen Massenstreik besitzt. Sie wird wesentlich bestimmend sein für den Zeitpunkt, an dem die Reaktion ihre entscheidenden Attacken gegen das organisierte Proletariat unternehmen wird. Es kommt nicht nur darauf an, ob die Reaktion solche Attacken unternehmen wird — denn daß sie sie unternehmen wird, ist mir klar —, sondern auch wann eine solche Attacke erfolgt. Je weiter dieser Zeitpunkt hinausgeschoben wird, um so günstiger wird unsere Lage. Schon aus diesem Grunde muß es für uns heißen: Stets das Gewehr in Anschlag!

Legien hat die Meinung geäußert: Ein verlorener Massenstreik bedeute eine Vernichtung der Organisation. Das ist nicht nur durch die Vorgänge in Rußland widerlegt, auf die bereits die Genossin Luxemburg hingewiesen hat, sondern auch durch die jüngsten österreichischen Ereignisse, wo der Massenstreik, obwohl er nicht zum Ziele geführt hat, einen gewaltigen Aufschwung aller Organisationen geschaffen hat. Daß es andererseits in Belgien anders war, ist bekannt. Daraus müssen wir folgern, daß die Rückwirkung eines nicht erfolgreichen Massenstreiks auf die Organisationen je von der Spannung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation abhängt, daß ein Verallgemeinern hier unmöglich ist und es Sache der Taktik ist, die Möglichkeiten der jeweiligen Lage richtig zu erkennen. (Sehr richtig!) Nicht mit Unrecht ist schon verschiedentlich betont worden, daß die Rede Bebels von gestern gegenüber seiner Jenenser Rede fast wie eine Schamade geklungen hat. Aber Genosse Bebel wird gewiß selbst noch Gelegenheit nehmen zu erklären, daß dieser Eindruck nur durch die polemische Stellung hervorgerufen ist, die er in seinem gestrigen Referat nach einer gewissen Seite hin glaubte einnehmen zu müssen. Es ist von größtem Werte, daß gerade aus den Reihen der Delegierten heraus mit fast völliger Einmütigkeit einer solchen vermeintlichen schwachmütigeren Auffassung mit allem Nachdruck entgegengetreten ist. (Sehr richtig!) Damit ist bewiesen, daß der Massenstreikgedanke in den Massen lebendig geworden ist und daß er durch nichts mehr aus den Herzen der deutschen Arbeiter herausgerissen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stellungnahme zu Legiens Antrag ist schwierig. Ich für mein Teil glaube nicht an die Identität der Kölner und der Jenaer Resolution, wenigstens nicht, wenn die Auslegung der ersteren, wie sie bisher zumeist gegeben worden, richtig ist. Auch die Ausführungen Legiens hierzu waren ganz und gar nicht geeignet, diese Bedenken zu beseitigen. Nach den vortrefflichen Ausführungen Bömelburgs aber scheint es mir möglich zu sein, diesen Antrag mit einer gewissen Abänderung zu akzeptieren. Kautskys Amendement, gegen das ich die formal-juristischen Bedenken des Genossen Sachse nicht habe, scheint mir aber wenigstens in dem Teile, gegen den sich auch Bömelburg gewandt hat, unannehmbar. Es sucht in einem Relativsatz eine grundlegende Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft zu entscheiden, und zwar in einem Sinne, der mit der bisher überall nahezu allgemein vertretenen Auffassung über dieses Verhältnis in striktem Widerspruch steht. Dieser Teil des Amendements, der in der Tat nur zu neuen unerträglichen Reibungen führen müßte, ist zudem nach den heutigen Erklärungen Bömelburgs überflüssig.

Nun noch eines. Bebel hat in seinem Referat unter anderem bemerkt: „Es gibt im Leben der Parteien wie der Völker Situationen, in denen sie den Kampf aufs äußerste aufnehmen müssen, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin". Wie stehen wir nun zur russischen Revolution, in der gerade jetzt wieder von der Konterrevolution Orgien der Grausamkeit und Gemeinheit gefeiert werden, die in der Weltgeschichte ohnegleichen sind. Das Blut, das unsere Brüder drüben vergießen, vergießen sie für uns, für das Proletariat der ganzen Welt (Bravo!) und was immer wir für unsere kämpfenden russischen Brüder von hier aus getan haben, ist nichts als ein kleines Scherflein, mit dem wir uns von den Blutopfern loskaufen, die im Osten auch für uns gebracht werden. Wir stehen trotz allem, was wir bisher getan haben, unendlich tief in der Schuld gegenüber unseren russischen Brüdern und Schwestern. Kein Zweifel, auch für uns deutsche Sozialdemokraten muß das Wort gelten und gilt das Wort: Lieber von den Henkern des Zarismus und seinen Helfershelfern gehenkt, als Helfershelfer der Henker des Zarismus sein. (Bravo!) Darüber darf weder in Deutschland, noch in Rußland ein Zweifel sein. Das wird auch Bebel, aus dem gestern mehr seine grauen Haare, als sein immer junges Herz gesprochen, dennoch mit aller unzweideutigen Schärfe dorthin rufen, wo man es zu hören hat. Auf die Stellung des deutschen Proletariats zu dieser Frage blickt nicht nur die deutsche und die russische Regierung, sondern auch die gesamte russische Freiheitsbewegung. (Zwischenruf.) Bebel hat gestern von der Möglichkeit einer Intervention gesprochen. Die von mir angegriffenen Ausführungen handeln gerade von diesem möglichen Falle, dessen äußerste Unwahrscheinlichkeit allerdings außer Zweifel steht. Wir müssen daher einmütig betonen, daß uns kein Opfer zu groß ist für unsere russischen Freunde. Sollte versucht werden, das deutsche Volk zum Scharfrichter an der russischen Freiheit zu machen, was gleich sein würde einer Selbstschändung und kulturellen Selbstvernichtung des deutschen Volkes, so würde einfach alles aufhören, so würde eine von jenen Situationen vorliegen, von denen Bebel gestern in dem oben von mir zitierten Satz sprach. Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen: die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk, das zugleich die größte und stärkste Organisation des internationalen Proletariats besaß, niedergeworfen worden. Vor dieser Todsünde müssen wir uns bewahren. Wir wären erbärmliche Kerls und der Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion enden würde. (Lebhafter Beifall.)

Schrader-Osnabrück: Legien sagte, der Parteivorstand habe die Lage, in die er bei der Veröffentlichung des Protokolls kam, selbst verschuldet. Ich bitte ihn, das näher zu erklären. Wäre eine bessere Harmonie zwischen Parteivorstand und Generalkommission vorhanden gewesen, dann wäre wahrscheinlich die ganze Diskussion über den Massenstreik hier überflüssig gewesen. Ich glaube nicht daß die Mitglieder der Generalkommission sich gegen die Veröffentlichung gesträubt hätten, wenn der Parteivorstand ihnen seine Gründe mündlich auseinandergesetzt hätte. Sowohl die Kölner, als die Jenaer Resolution ist mißverstanden. Wo steht denn in der Kölner Resolution, daß der politische Massenstreik nicht diskutiert werden kann? Die Stimmung, die sich in manchen Anträgen äußert, ist die Folge der Debatten von Jena. Der Ton ist es, der die Musik macht. Legien verlangt, daß der Parteivorstand sein Vorgehen für unrecht erklärt. Er meint, das Vertrauen der Generalkommission zum Parteivorstand sei erschüttert. Ich erwarte, daß Legien in seinem Schlußwort es als notwendig bezeichnet, daß nicht nur das alte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wieder eintritt, sondern daß unter allen Umständen zwischen Parteivorstand und Generalkommission noch inniger zusammen gearbeitet wird als bisher. (Sehr gut!)

Hoch-Hanau: Wenn wir die Resolution Kautsky so, wie sie vorliegt, annehmen, so fassen wir wieder mal einen sehr zweifelhaften Beschluß, und wir werden dann nach langen Debatten auf einem späteren Parteitage wieder gezwungen sein zu sagen, was damit eigentlich gemeint sei. Die Bedeutung der Resolution geht aus der Begründung derselben durch Kautsky hervor. Er meint: Was soll geschehen, wenn keine Uebereinstimmung herbeigeführt wird? Und er antwortet: Dann soll die eine Seite dem folgen, was die andere beschließt. Das ist unmöglich. Ein solches Verlangen ist undurchführbar, nicht nur mit Rücksicht auf die Gewerkschaften, sondern auch mit Rücksicht auf die Partei. Es ist auch ganz unnötig, so etwas zu diktieren, denn wenn keine Verständigung zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Parteifunktionären zustande kommt, dann werden schon die Genossen im Lande einen Zwang ausüben, damit die Verständigung erzielt wird. (Sehr wahr!) Eine Verständigung ist immer möglich. Die ganze Schwierigkeit besteht doch nur darin, die richtige Formel dafür zu finden. Ob sie gefunden wird von den Parteifunktionären oder den Gewerkschaftsfunktionären, das ist ganz gleich. Also wir brauchen ein solches Zwangsmittel gar nicht, sondern wir haben nur im Geiste der Sozialdemokratie nach dieser Verständigung zu streben, und deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten uns mit der Erklärung von Bömelburg begnügen. (Sehr richtig!) Wenn wir aber der Meinung sind, es müßte das, was Bömelburg und die anderen als selbstverständlich erklären, festgelegt werden, so nehmen Sie nicht die Resolution in der Form an, wie sie Kautsky beantragt hat. Für diesen Fall habe ich mein Amendement eingereicht, das jedes Mißverständnis beseitigen soll.

Der diesjährige Parteitag charakterisiert sich gerade dadurch, daß allseitig das Streben nach Einigkeit zutage tritt und deshalb sollten wir auch in unseren Beschlüssen vor allem das Einigende betonen. Das würden wir aber durch Annahme der Resolution Kautsky nicht tun, denn dadurch würden wir das Einigende nur stören. Ich bitte dringend, dafür zu sorgen, daß der Zug nach Einigkeit, der unter den Parteigenossen im Lande besteht, auch hier in den Beschlüssen des Parteitages zum Ausdruck kommt. (Beifall.)

Paul Müller-Hamburg: Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Ich muß es zurückweisen, daß ich auf der Konferenz der Zentralvorstände als Referent aufgetreten bin. Es war von der Generalkommission und der Konferenz weder ein Referent noch ein Referat vorgesehen. Deshalb muß ich auch den Vorwurf des „Vorwärts", daß ich das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nicht eingehend dargelegt hätte, zurückweisen. Ich habe in jener Konferenz 32 Minuten geredet und jeder Parteitagsteilnehmer dürfte zugeben, daß man in der kurzen Zeit nicht das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften erklären kann. Damals konnte und sollte es sich darum auch gar nicht handeln. Der Punkt der Tagesordnung, wie er von mir für die Konferenz beantragt war, sollte gelten als eine Art Abwehrmaßregel gegenüber Angriffen auf die Gewerkschaftsführer, die insbesondere nach Köln und vor Jena in der Parteipresse und in Versammlungen erhoben worden waren. Meine Absicht war, durch die Erörterung dieser Vorgänge die Generalkommission zu bestimmen, mit dem Parteivorstand dahin Verhandlungen zu pflegen, ob es nicht möglich sei, diesen ewigen Schimpfereien, dieser Hetze — wie ich wiederhole — gegen die Gewerkschaftsführer ein Ende zu machen. Daß ich bei der Erörterung dieser Frage Angriffe gegen uns zitieren mußte, war selbstverständlich. Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Zentralverbänden halte ich überhaupt für geregelt. Ich will Ihnen diesbezügliche grundsätzliche Auseinandersetzungen aus einem Gewerkschaftsblatte vorlesen, die diese meine Auffassung nur bestätigen: „Wir sind stets der Meinung gewesen, daß die beiden großen Armeen der deutschen Arbeiterbewegung Partei und Gewerkschaft nicht nur

von einem Freundschaftsband eng umschlungen werden, sondern, daß zwischen beiden eine geistige und sachliche Verwandtschaft das Bindeglied bildet und dieses Bindeglied heißt Klassenkampf." (Bravo!) Die Gewerkschaft hat die Aufgabe, durch ihre Aktion für die Erhöhung der Lebenslage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen d. h. der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Produktionsweise einzutreten. Die Partei erfüllt bis zu einem gewissen Grade dieselbe Aufgabe, die eine auf gewerkschaftlichem, die andere auf politischem, d. h. in diesem Falle auf parlamentarischem Gebiete. Aber darin erblicken wir nur eine Teilaufgabe der Partei. Ihr endgültiges Ziel ist die Sozialisierung der Gesellschaft, also die Aufhebung aller Klassenherrschaft, Klassenunterschiede, Klassenvorrechte, die ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise, also im Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratie die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, will also mit der Ursache das Uebel selbst ausrotten. Erst durch die Erreichung dieses Zieles wird die volle Befreiung des Proletariats von den Banden der Lohnsklaverei, also von der kapitalistischen Ausbeutung, wird die volle Menschwerdung, d. h. die unbeschränkte Anerkennung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, garantiert und möglich werden. Wir haben uns diese kurze Gegenüberstellung der Aufgaben von Gewerkschaft und Partei gestattet, um Wesen und Ziel beider richtig zu würdigen. Wir wollen damit aber auch unsere Ueberzeugung dahin zum Ausdruck bringen, daß jedes denkende, das Wesen der heutigen Gesellschaft und den Zusammenhang der Dinge, die dieses Wesen ausmachen, voll und ganz erkennende Gewerkschaftsmitglied ganz von selbst zum Sozialismus, zum sozialistischen Denken, Fühlen und Handeln gedrängt wird. Indem wir dem Arbeiter den ganzen Jammer seiner heutigen Lage vor Augen führen, indem wir ihm die wahren Ursachen dieses Jammers ständig klarlegen, indem wir ihn von der Notwendigkeit des Kampfes gegen unsere Ausbeuter und Bedrücker überzeugen, erziehen wir ihn zur Solidarität, mithin zum Sozialismus." — Diese Ausführungen stehen im Verbandsorgan meiner Organisation, dem „Seemann", und sind von mir geschrieben. (Hört! hört!) Ich erhebe deshalb Einspruch dagegen, daß man in der Presse behauptet hat, ich wollte die Gewerkschaftsmitglieder vom Sozialismus abführen, wollte Disharmonie zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen. Hat man doch sogar behauptet, Rexhäuser und Müller stehen in dieser Frage auf einer Linie. Davon kann keine Rede sein. Ich stehe bezüglich der Frage des Massenstreiks durchaus auf dem Boden der gestrigen Ausführungen Bebels. Ich erkläre aber auch, daß dieselben Ausführungen wiederholt von hervorragenden, einflußreichen Gewerkschaftsführern genau in demselben Sinne nach Köln, vor und nach Jena erfolgt sind. Wie man es aber in Parteiversammlungen treibt, dafür nur einen Beweis. In einer Versammlung des ersten Hamburger Wahlkreises am 4. September hat die Genossin Zietz unwidersprochen und unwiderrufen nach einem offiziellen Bericht des „Hamburger Echo" folgendes ausgeführt: „Mit dem Massenstreik wären auch heute schon Erfolge zu erzielen, ohne die Bremserei der Gewerkschaftsvorstände. (Hört! hört!) In Sachsen, ja selbst in Hamburg seien die Vorbedingungen gegeben gewesen, um mit begeisterten Gewerkschaftsmitgliedern etwas erreichen zu können. Aber die Antipathie der Gewerkschaftsvorstände hat uns an der Ausnützung der Situation verhindert." (Hört! hört!) Diese Ausführungen der Genossin Zietz in Hamburg stehen in striktestem Gegensatz zu dem Referat des Genossen Bebel und zu der Auffassung der erdrückenden Mehrheit des Parteitages. So wird Stimmung gemacht, so wird Mißtrauen hervorgerufen, so wird eine Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführern und Mitgliedern herbeigeführt. (Sehr richtig!) Dagegen habe ich mich gewandt, dagegen mußte ich mich wenden. Wenn die Resolution Bebel mit dem Amendement Bebel-Legien zur

Annahme gelangt, dann ist die Vorbedingung für eine bessere Verständigung zwischen beiden Machtfaktoren der Arbeiterschaft gegeben. Das Amendement Kautsky ist seinem ideellen Inhalte nach für jeden Gewerkschaftsleiter selbstverständlich. Trotzdem aber ist es für die gewerkschaftlichen Organisationen unannehmbar und undurchführbar, weil es eine programmatische Forderung an die Gewerkschaften ist, die die Partei den Gewerkschaften aufzwingen will. Dagegen müssen wir uns wehren, weil die Annahme dieses Antrages eine programmatische Umwälzung in den Gewerkschaften, soweit die Statuten in Frage kommen, herbeiführen müßte. Nicht um einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft zu konstruieren, sondern weil es nicht im Interesse von Partei und Gewerkschaften liegt, wenn wir ein derartiges Amendement annehmen, bitte ich es abzulehnen. (Beifall.)

Herbert-Stettin: In den Wein der Begeisterung für den Massenstreik ist viel Wasser gegossen worden. Formell soll zwar die Jenaer Resolution noch bestehen bleiben, aber durch die Interpretation des Genossen Bebel erhält sie einen anderen Sinn. Wenn bei der Wahlrechtsbewegung in Preußen keine anderen Mittel angewandt werden sollen als Versammlungen, so kann man sie ruhig einstellen. Versammlungen imponieren der Regierung nicht, auch nicht Straßendemonstrationen; diese wären ihr vielleicht sogar lieb, um der Arbeiterbewegung Blut abzuzapfen. Wir in Pommern sind nicht gewillt, die Flinte ins Korn zu werfen. Wir müssen versuchen, die Junker am Lebensnerv zu treffen und die Landarbeiter für den Massenstreik gewinnen. Die Resolution auf unserem Parteitage ist mit großer Mehrheit angenommen worden; von 57 stimmberechtigten Teilnehmern haben 40 dafür gestimmt. Das Junkertum ist durchaus nicht unüberwindlich. Marx sagt, daß eine politische Gewalt eine ökonomische Basis haben muß, sonst bricht sie zusammen; ohne ökonomische Basis kann sich die politische Gewalt nicht dauernd aufrecht erhalten. Durch die zunehmende Industrialisierung wird dem Junkertum der Boden abgegraben. Vor etwa 50 Jahren wohnten 70 Proz. der Bevölkerung auf dem Lande, heute nur noch 40 Proz. Dabei ist das Land zum Teil schon industriell. Ich sehe nun nicht ein, warum die Bourgeoisie Süddeutschlands der Prügelknabe für die preußische Junkerreaktion sein soll; ein Massenstreik zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen braucht nur das norddeutsche Bundesgebiet zu umfassen. Wir haben es hier mit einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet und einer Bevölkerung von 40 Millionen zu tun. England hat ohne Irland 36 Millionen, Frankreich 39 Millionen, Oesterreich 30 Millionen, Italien 32 Millionen Einwohner. Die Bourgeoisie steht nicht auf seiten der Junker. Die Bourgeoisie ist eher geneigt, Konzessionen zu machen, schon aus Furcht vor einer Empörung; sie betrachtet die Konzessionen als Sicherheitsventil. Die Bourgeoisie sichert sich nur mehr Rechte, die kompakte Majorität aber, sie läßt die Arbeiter eher mitreden. Selbst ein Vertreter des sozialpolitisch-reaktionären Handelskapitals, wie Herr Brömel, war für eine Erweiterung des Wahlrechts in Preußen. Freilich, ein Streik der Landarbeiter kostet Geld; wenn man das aber nicht riskieren will oder kann, so soll man auch nicht mehr vom Massenstreik reden. Machtlos sind wir gegen das Junkertum nicht; wir haben uns in Pommern überzeugt, daß ein Massenstreik der Landarbeiter möglich ist. — Den Antrag Kautsky bitte ich abzulehnen. Wenn wir vorwärts kommen wollen, so müssen wir Frieden haben zwischen Partei und Gewerkschaft. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin: Nachdem Genosse Bebel im Gegensatz zu der Erklärung, die er im „Vorwärts" veröffentlicht hat, gestern nicht mehr gesagt hat, daß eine absichtliche Entstellung seiner Ausführung im Protokoll enthalten sei, und nachdem Legien in seinem Referate noch einmal chronologisch dargelegt hat, wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, kann ich mir ersparen, darauf noch einmal einzugehen. Was den Generalstreik anbelangt, darf nicht vergessen

werden, daß zwischen dem, was in dem Referate Bebels dargelegt wurde, und dem, was nach dem Jenaer Parteitage öffentlich diskutiert worden ist, ein kolossaler Abstand besteht. Damals wurde angedeutet, daß bei einer Wahlrechtsbewegung der politische Massenstreik in Anwendung kommen solle. Das Ablehnen des politischen Massenstreiks hat dann in den Kreisen der Parteigenossen ein besonderes Gefühl, das Gefühl der Enttäuschung hinterlassen. Es ist erfreulich, daß Bebel nun diesmal in der präzisesten Form gesagt hat, daß der Massenstreik als Waffe zur Eroberung weiterer Volksrechte nur als sogenanntes letztes Mittel in Frage kommen kann. Aber was ich nicht verstehen kann und was die große Menge draußen nicht versteht, ist, daß man sie so lange in der falschen Auffassung gelassen hat. Genosse Bebel und andere hätten längst zur Klärung der Situation das aussprechen müssen, was hier ausgesprochen worden ist. Aber sie haben geduldet, daß nach Jena in einem der Begründung der Resolution ganz entgegengesetzten Sinne für den Massenstreik gewirkt worden ist. Das ist ein Versehen, das nicht scharf genug gemißbilligt werden kann. (Sehr richtig!) Genosse Kautsky glaubt sicher, daß er mit seiner Resolution der Partei und den Gewerkschaften einen Dienst erweist. Ich glaube aber nicht, daß er diese Absicht erreicht. Der erste Teil seiner Resolution sagt absolut nichts Neues. So haben bisher die deutschen Gewerkschaften immer gehandelt. Kein Gewerkschaftsführer wird eingehender als bisher sozialistischen Geist propagieren können. Mir ist von den Vorständen bis zu den Funktionären und Gauleitern herab kein Genosse bekannt, der nicht jede Gelegenheit benutzte, in diesem Sinne zu wirken. Diese ausdrückliche Festlegung in der Resolution Kautskys kann deshalb nur einen tieferen Sinn haben. Und dieser kommt im nächstfolgenden Satze zum Ausdruck, wo es heißt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung sich an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Das ist eigentlich des Pudels Kern. Kautsky will hier eine obere Instanz für die Beschlüsse der Gewerkschaften bilden und degradiert damit die Gewerkschaften zu Filialen der Parteiorganisation, von der die Direktive ausgehen soll. (Sehr richtig! und Widerspruch.) So gut gemeint das sein mag, so geht es doch nicht. Beide Organisationen müssen ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit der Entschließung behalten. Das ist doch ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer als Sozialdemokraten niemals auf Gewerkschafts-Kongressen etwas tun werden und dürfen, was einer der beiden Bewegungen schädlich wäre. Aber zu erklären: ihr habt euch zu fügen, ihr habt die Direktionen von dieser Stelle zu empfangen, das muß zur Folge haben, daß die christlichen, die polnischen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften uns vorhalten, wir stünden im Abhängigkeitsverhältnis zur Partei. Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, dem Antrag Kautsky Ihre Zustimmung nicht zu geben und es dem gesunden Sinn der Führer beider Bewegungen zu überlassen, daß sie bei jeder strittigen Frage sich gegenseitig verständigen. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Es handelt sich in der Debatte um zwei Fragen: erstens die Stellung der Partei zum Massenstreik und zweitens um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Ueber den ersten Punkt ist, soweit ich das zu beurteilen vermag, praktisch schon so ziemlich eine Verständigung herbeigeführt worden. Daß die Gewerkschaftler, die noch auf dem Parteitag in Jena gegen die Resolution Bebel gestimmt haben, allerdings in etwas gewundenen Ausführungen, aber doch tatsächlich in dieser Debatte erklärt haben, daß sie sich künftig auf den Standpunkt der Jenaer Resolution stellen werden, das ist zweifellos das erfreuliche Ergebnis der bisherigen Debatten in der Presse, in Versammlungen und auf dem Parteitag. Wir können das alle mit Genugtuung registrieren und brauchen uns nicht auf Auseinandersetzungen darüber einzulassen, ob früher auf der einen oder anderen Seite Fehler gemacht worden sind. Vor

allem ist es ganz gleichgültig, ob bei der Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz ganz korrekt das bureaukratische Verfahren eingehalten worden ist. Daß mit der Erörterung darüber soviel Zeit vergeudet ist, finde ich sehr bedauerlich.

Nun noch ein paar Bemerkungen über den Massenstreik. Genosse Silberschmidt hat es für nötig befunden, gegen die Parteileitung einen Tadel auszusprechen, weil sie geduldet haben soll, daß der Massenstreik nicht als eins der Mittel in den letzten Stadien des Kampfes, sondern als sofortiges Mittel propagiert worden ist. Davon, daß das geschehen ist, habe ich niemals etwas gehört. Es haben sich lediglich nachträglich einige der Genossen darüber beklagt, daß die Anberaumung des Massenstreiks bei der preußischen Wahlrechtsbewegung nicht erfolgt ist. Sie stehen aber ganz vereinzelt da und haben bisher und wohl auch auf die Beschlüsse dieses Parteitages gar keinen Einfluß gehabt. Nun haben die Gewerkschaftler bei dem anerkennenswerten Wunsch, sich auf den Standpunkt der Jenaer Resolution zu stellen, die Taktik befolgt, ein Amendement einzubringen, in welchem sie die Identität der Jenaer und Kölner Resolutionen behaupten. Wenn die Genossen selber sich das so zurechtlegen, ist ja nichts dagegen einzuwenden, wir vermögen aber diese Identitätserklärung nicht mitzumachen. (Sehr richtig!) Das Amendement muß in irgend einer Weise so modifiziert werden, daß es als die Ansicht der Antragsteller Legien und Genossen erscheint. Der Parteitag als solcher, ich für meine Person auch, vermag diese intellektuelle Konstruktion nicht nachzudenken. Was die Resolution Bebel anlangt, so stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß wir sie mit dem Amendement Kautsky annehmen müssen! Wir verlangen in der Resolution aber durchaus nicht, daß die Gewerkschaften als Organisation und daß jeder einzelne Gewerkschaftler sich an die Beschlüsse des Parteitages gebunden fühlt, aber von jedem Parteigenossen verlangen wir das allerdings. Ich begreife nicht, wie Parteigenossen dagegen überhaupt Widerspruch erheben können. Wenn ich den Genossen Bömelburg richtig verstanden habe, erkennt er prinzipiell das auch an. Ich konstatiere also mit Befriedigung, daß Sie im Gegensatz zu Silberschmidt diese Fassung für richtig halten, Sie haben nur taktische Bedenken. Zu meinem Bedauern ist auch mein lieber Freund Karl Liebknecht gegen den Antrag Kautsky aufgetreten. Auch Liebknecht hat prinzipielle Einwände gegen den Antrag Kautsky erhoben im Gegensatz zu Bömelburg. Er hat sich also päpstlicher gezeigt als der Papst, oder gewerkschaftlicher als ein bekannter Führer der Gewerkschaften. Nun, die prinzipielle Anschauung Silberschmidts, der den Antrag so auffaßt, als sollte dadurch den Gewerkschaften ein Programm aufoktroyiert werden, ist durchaus falsch. Die Notwendigkeit des Antrages Kautsky ergibt sich daraus, daß wir es erlebt haben, daß einzelne Parteigenossen es für richtig befunden haben, zu erklären, sie würden sich in solchen Fragen nicht an die Beschlüsse der Parteitage gebunden erachten. — Wenn ich recht unterrichtet bin, waren darunter sogar Reichstagsabgeordnete. Dem gegenüber muß der Parteitag ein entscheidendes Wort sprechen und in Erinnerung bringen, daß jeder Genosse an Parteitagsbeschlüsse gebunden ist, überall, in allen Situationen des Lebens. Davon, daß die Gewerkschaften untergeordnet werden sollen, liegt nichts in der Resolution Kautsky. In ihren eigenen Angelegenheiten sollen sie selbständig sein, aber in politischen Angelegenheiten hat die Partei zu entscheiden und gerade die sogenannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind im Kern ihres Wesens politische Angelegenheiten. Da muß es eine Instanz zur endgültigen Entscheidung geben. (Sehr richtig!)

Adolf Braun-Nürnberg: Es ist mir peinlich, daß ich mich zu einem der ältesten und mir am nächsten stehenden Parteigenossen, zu Kautsky in starken Widerspruch setzen muß. — Ich bin der Meinung, daß wir auf keinem Parteitag, am allerwenigsten in Mannheim etwas beschließen dürfen, was der Gewerkschaftsbewegung schaden könnte. Wir können deshalb nicht dem Wunsch von Ledebour

nachkommen, der uns sagt, wir müssen die Resolution Kautsky annehmen. Dieses Muß wird es auf diesem Parteitage nicht geben. Wir dürfen aber auch nichts beschließen, was irgendwie der politischen Arbeiterbewegung schaden könnte. Deshalb ist es ungeheuer erfreulich, daß eine Form gefunden wurde, die jedem von uns annehmbar ist; ein derartiger Antrag wird sofort verteilt werden. Und ich glaube deshalb im Einverständnis mit meinen Freunden erklären zu können, daß wir unseren Antrag 166 zurückziehen zugunsten dieses Antrages, der zweifellos die Zustimmung der großen Mehrzahl der Delegierten finden wird. In der Resolution Kautsky finden sich eine Reihe von Bemerkungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, die wir, ganz abgesehen, wie wir sonst dazu stehen, schon aus reinen vereinsgesetzlichen Rücksichten nicht annehmen können. Die Maurer, die Dachdecker, die Bierbrauer könnten der Resolution ganz anstandslos zustimmen, aber unmöglich ist das für den Buchbinderverband, für die Textilarbeiter, die Holzarbeiter, die Metallarbeiter. Diese Verbände haben erfreulicherweise in den letzten Jahren Zehntausende von weiblichen Mitgliedern gewonnen, diesen würden wir die Türe verschließen, wenn wir in dieser Form die Gewerkschaften zu politischen Organisationen stempeln würden. (Sehr richtig!) Das dürfen wir nicht und deshalb müssen wir es unterlassen. Nach den wertvollen Erklärungen von Bömelburg und Reichel glaube ich, ist auch diese zwangsmäßige Gesetzmacherei nicht nötig, denn wenn Kautsky sagt: Disziplin ist das stärkste Rückgrat des proletarischen Klassenkampfes, so darf das nicht eine aufgezwungene Disziplin sein, sondern eine, der wir uns freiwillig unterwerfen. (Sehr richtig!) Die freiwilligen Erklärungen von Bömelburg und Reichel sind uns viel wertvoller, als die allerlängste Resolution. (Sehr wahr!) Das sind wichtige Aktenstücke. Bei einer Resolution sagt man: Ach, es sind schon 52 gefaßt, man kennt sie nicht alle, man weiß ja, daß der Parteivorstand sie nicht einmal alle gekannt hat. (Heiterkeit.) Kautsky sagte am Schluß: Unsere Resolution soll die Grundlage schaffen, um vereint dem Feinde Widerstand zu leisten, dem wir nur vereint zu widerstehen vermögen, dem Kapital. Aber gerade deshalb müssen wir eine Resolution fassen, die nicht mit 170 gegen 165 Stimmen angenommen wird (Sehr gut!), sondern eine Resolution, für die alle stimmen können, eine solche Resolution wird Ihnen gleich vorgelegt werden. Wir werden dadurch das Ziel erreichen, daß dem Mannheimer Parteitag eine historische Bedeutung geben wird, nämlich die Schaffung der Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft. (Beifall.)

v. Elm: Ich bin in der erfreulichen Lage, meine Zustimmung zu dem Referate Bebels geben zu können. Dasselbe habe ich auch in Jena getan. Wenn Frohme, Lesche und ich seinerzeit nachträglich eine Erklärung in der Parteipresse erlassen haben, so geschah dies, weil sich in derselben und in der Partei wesentliche Abweichungen von der Auffassung Bebels in Jena ergeben hatten. Es war nun unsere Absicht, unsere Parteigenossen auf die Bedeutung der Jenaer Resolution aufmerksam zu machen und zu verhindern, daß ihr eine vollständig andere Deutung gegeben werde. Heute ist die Auffassung der sogenannten Hirtenbrieferlasser von der Jenaer Resolution die Auffassung der Mehrheit der Partei. Der Referent hat dies zum Ausdruck gebracht und auch zahlreiche Redner. Nur die Genossin Luxemburg war gegenteiliger Anschauung. Ihre Auffassung stützt sich im wesentlichen auf die russischen Verhältnisse, die für uns nicht in Frage kommen können. Deshalb ist ihre Schlußfolgerung für Deutschland auch vollständig falsch. Worauf es heute ankommt, ist, daß wir durch die Annahme der Resolution Bebel-Legien bekunden, daß eine gegensätzliche Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaft nicht besteht, daß Gewerkschaft und Partei einig sind, wenn es gilt, Vollsrechte zu verteidigen. Das soll durch irgend eine Fassung ausgedrückt werden. Die Deklaration Legiens ist be-

mängelt worden. Eine Reihe von Genossen glaubt, derselben nicht zustimmen zu können. Ich weiß, daß eine Fassung vorgelegt werden wird, von der wir annehmen, daß sie allseitige Zustimmung findet. Es muß uns daran liegen, diesen Streit, der seit den Kölner Beschlüssen tobt in der Partei und Gewerkschaft, mit diesem Parteitag endgültig zu beseitigen. Meine Auffassung der Kölner Resolution habe ich nach dem Kölner Kongreß kundgegeben, aber nach der Feststellung der Antragsteller selbst und der Verfasser der Resolution glaube ich, daß wir keine Veranlassung haben, den Sinn, der von ihnen der Resolution beigelegt wird, zu bestreiten, denn wir müssen ihnen ohne weiteres auf das Wort glauben, daß sie das so gemeint haben und können dem zustimmen, um zu verhindern, daß nochmals ein Beschluß gefaßt wird, der zu neuen Differenzen Veranlassung geben könnte. Die Resolution Kautsky bitte ich Sie, unter allen Umständen abzulehnen. Es ist schon von Bömelburg betont worden, daß die Gewerkschaftsführer aus taktischen Erwägungen heraus sich unter allen Umständen gegen die Resolution Kautsky erklären müssen. Wenn die Gewerkschaftsführer sagen, wir müssen dagegen sein, dann muß Kautsky einsehen, daß wir solche Beschlüsse nicht fassen dürfen. Jedoch bin ich mit Kautsky in bezug auf den geistigen Inhalt der Resolution vollkommen einverstanden. Ich habe das auch in Köln betont. Wenn jedoch die Resolution Kautsky zum Beschluß erhoben wird, so bedeutet das etwas anderes, als wenn jeder Parteigenosse für sich in diesem Sinne innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wirkt. Es ist absolut unnötig, der Resolution Bebel noch irgend ein anderes Amendement zu geben. (Sehr richtig!) Es steht schon in der Resolution Bebel, daß das Ziel der Partei auch von jedem klassenbewußten Arbeiter erstrebt werden müsse. Mehr wird doch in der Resolution Kautsky auch nicht ausgedrückt, als daß die endliche Befreiung von der Lohnsklaverei auch von den klassenbewußten Gewerkschaftlern erstrebt werden muß. Wozu das noch wiederholen und außerdem eine Verpflichtung festlegen für die Parteigenossen, in erster Linie die Beschlüsse der Partei für sich als maßgebend zu betrachten. Wenn ich auch glaube, daß unser Parteivorstand sich von ruhiger Einsicht immer leiten läßt, so liegt doch die Möglichkeit vor, daß einmal ein Beschluß gefaßt wird, mit dem sich die einzelnen Gewerkschaftler nicht einverstanden erklären können. Darum dürfen wir eben eine solche Verpflichtung nicht aussprechen. Wir haben schon bisher gesehen, daß das ideale Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, so wie wir es wünschen, noch nicht besteht, nämlich, daß Parteivorstand und Generalkommission sich immer vorher verständigen. (Sehr richtig!) Nicht Unterordnung des einen Teiles unter den anderen, sondern gegenseitige Verständigung muß unsere Losung sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Von den Antragstellern der Resolution Kautsky wird eine Aenderung dieser Resolution vorgeschlagen: Im ersten Satz soll in der dritten Zeile das Wort „Gewerkschaft" durch die Worte „gewerkschaftliche Bewegung" ersetzt werden, im zweiten Satze der zweiten Zeile die Worte „in den Gewerkschaften" gestrichen werden und in der vierten Zeile des zweiten Satzes soll hinter dem Worte „Gefühl" eingefügt werden „in dem Sinne, wie Bömelburg es definiert hat".

Es ist ferner der Antrag eingegangen und zwar im Einverständnis mit dem Antragsteller, daß über den zweiten Punkt der Resolution Kautsky getrennt abgestimmt wird. Ferner ist ein Antrag (171) eingegangen von Legien und Bebel, der das Amendement Legiens abändert.

Richard Fischer-Berlin: Genosse Elm hat seine Ausführungen mit der Mahnung geschlossen, wir sollten bestrebt sein, die Einigung zu erzielen und nicht die Unterwerfung einer Minderheit. Auch ich schließe mich diesem Wunsche an und bin der Meinung, daß die Parteitage keine Konzile sind, auf denen Glaubenssätze festgelegt und die Genossen auf Buchstaben verpflichtet werden sollen. (Sehr

richtig!) Unsere Parteitage sind Zusammenkünfte, bei denen wir Gegenwartspolitik treiben und uns über den besten Weg verständigen, der im Interesse der Arbeiterklasse zu beschreiten ist, um die Anschläge unserer Gegner vereiteln zu können. Darüber sind wir aber alle einig, daß das nur möglich ist, wenn Partei und Gewerkschaft geschlossen in Gedanken und einig im Handeln sind. Der Antrag Kautsky ist, wenn auch unbeabsichtigt, geeignet, diese Aktionskraft, dies gemeinsame Fühlen und Denken zu hindern und zu stören. (Sehr richtig!) Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß es eigentlich am zweckmäßigsten wäre, die Resolution Kautsky überhaupt auszuscheiden. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Was sie uns sagt, ist selbstverständlich und Selbstverständlichkeiten beschließt man nicht, aber nach den Darlegungen von Kautsky und namentlich nach den Worten von Frau Zietz könnte man draußen glauben, daß mit der Ablehnung des Antrages Kautsky auch der Sinn dieses Antrages abgelehnt sei, und das müssen wir vermeiden. Ich glaube, wir können das erreichen, wenn wir den ersten Teil des Antrages Kautsky annehmen und den letzten Teil ablehnen. Er selbst hat schon, beeinflußt durch die Beweggründe der Gewerkschaftsleiter, sich damit einverstanden erklärt, daß das Wort Gewerkschaften ersetzt wird durch „gewerkschaftliche Bewegung", und daß in dem Satz „es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken", die Worte „in den Gewerkschaften" gestrichen werden. Wir können diese Aenderungen nur begrüßen. Weshalb wenden sich die Gewerkschaftsvertreter aber trotzdem noch weiter gegen die Resolution Kautsky? Nicht, weil sie sagen: Wir wollen nicht, daß die Gewerkschaften vom Geiste der Sozialdemokratie getragen werden, daß der sozialistische Geist in den Gewerkschaften herrscht, nein, denn so lange wir in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung haben, ist sie im Geiste der sozialdemokratischen Partei und mit der Partei getrieben worden. (Sehr richtig!) Nun fragen sich die Gewerkschaftsführer aber — und auch wir müssen uns fragen — ob denn die Resolution Kautsky geeignet ist, die gewerkschaftliche und die Partei-Propaganda zu fördern, und da sagen sie: Nein, wir haben uns an die indifferentesten der indifferenten Arbeiter zu wenden, wir haben die Leute zu gewinnen, die eigentlich politisch noch ganz im Banne unserer Gegner stehen. Zu diesem Zwecke müssen wir frei sein in der Aktion, man darf uns nicht entgegenhalten: Ach was, Ihr Gewerkschaftler betreibt nur angeblich gewerkschaftliche Zwecke, Ihr agitiert nur angeblich für Beseitigung der Mißstände im Gewerbe, für Besserung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, im Grunde seid Ihr doch nichts anderes als Sozialdemokraten, die sich eine gewerkschaftliche Maske umgelegt haben, im Grunde betreibt Ihr nur sozialdemokratische Partei-Propaganda, Ihr müßt das tun, was der sozialdemokratische Parteitag Euch vorschreibt. Man muß diese München-Gladbacher Jesuitenzöglinge kennen. (Sehr gut!) Man muß alle die Vorurteile dieser politisch unaufgeklärten und wirtschaftlich unerfahrenen Arbeiter kennen; und wenn man sich das alles vor Augen führt, dann muß man sich fragen, ob es notwendig ist, die Schwierigkeiten noch zu vermehren. Wird denn durch die Resolution Kautsky etwas an dem gegenwärtigen Zustand geändert? Wollen wir, daß die Gewerkschaftsbewegung sich abzweigt von der politischen? Und weiter. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben sich bereits gegen die Resolution Kautsky ausgesprochen. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsleiter nach den Erklärungen, die wir gehört haben — und loyaler als Bömelburg kann man den Parteistandpunkt nicht definieren (sehr richtig!), und ebenso hat Reichel gesprochen — ich sage, es ist selbstverständlich, daß eine große Anzahl von Parteigenossen, die ebenso gute Genossen sind wie die anderen, gegen den Antrag Kautsky stimmen werden. Was für einen Wert hätte denn eine Resolution, die der Parteitag gegen den Willen derer, um die es sich handelt, annimmt (sehr richtig!), wenn diese

Leute dann sagen könnten: Gegen diese Resolution hat sich sogar die Parteileitung gewendet. Man erreicht auch praktisch nichts, wenn man die Resolution Kautsky in der vorliegenden Form gegen den Widerstand der tätigen Gewerkschaftler annimmt. (Sehr richtig!) Nun hat Kautsky geglaubt, er könne die Resolution mildern, indem er hinzufügt, daß dies Sichgebundenfühlen nur zu verstehen sei im Sinne der Ausführungen von Bömelburg. Schön! Aber dadurch wird doch nach außen hin nichts an den genannten Schwierigkeiten geändert, höchstens, daß die moralische Ohrfeige, die den Gewerkschaften erteilt wird, nicht offen ausgesprochen wird. Empfinden werden sie sie trotzdem. Aber auch sinnlich ist die Resolution Kautsky in ihrem zweiten Teile falsch. Wie kann man von dem Parteigenossen zuerst verlangen, daß er im Sinne der Sozialdemokratie wirkt, und hintendrein sagen, er soll sich an die Parteibeschlüsse gebunden fühlen? Wenn ich es als selbstverständlich voraussetze, daß jemand in diesem Sinne wirke, dann brauche ich doch nicht nochmals zu verlangen, daß er sich gebunden fühlt. (Sehr gut!) Das Fühlen kann der Parteitag doch nicht vorschreiben. (Heiterkeit.) Dann der Schlußsatz, worin wieder die Partei als die allein seligmachende Form der Arbeiterbewegung hingestellt wird! Das ist ein Widerspruch zu dem Gedanken von Bebel, daß beide Richtungen gleichberechtigt und gleich notwendig sind. Wenn das der Fall ist, dann können wir nicht einen Zusatzantrag annehmen, worin es heißt: Aber die einzig richtige Form ist die sozialdemokratische Partei! (Zuruf: „Das schließt sich doch nicht aus!") ... Aber das kann man daraus folgern, und wir dürfen keine Beschlüsse fassen, die erst in jeder Versammlung erklärt werden müssen. Ich möchte Ihnen einen anderen Vorschlag machen, für den die Vertreter der Gewerkschaften stimmen werden und den sie als annehmbar bezeichnen. Der Antrag geht dahin, daß wir die Resolution Kautsky bis zu dem Worte „wirken" akzeptieren und die Schlußsätze ablehnen. (Sehr richtig!) Wir sagen also: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht wird. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken." Ich glaube, dieser Antrag enthält alles, was die Resolution Kautsky an Gedanken enthält, und sie sagt das, was notwendig ist. Es ist ein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis, das hiermit abgelegt wird. Es wird damit den Gewerkschaftsführern, die ja dafür stimmen, die Verpflichtung auferlegt, im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken. Alles andere ist nur die Wiederholung desselben Gedankens, ist nur seine Schlußfolgerung, aber es wird damit gleichsam ein bißchen bittere Medizin in den Löffel gegossen und damit den Gewerkschaftlern das Schlucken erschwert. Wir aber wollen nichts verschluckt haben von den Gewerkschaftlern, sondern wir, die wir jahraus jahrein Schulter an Schulter mit den Gewerkschaftlern kämpfen, die wir mit ihnen arbeiten müssen und die wir an Zahl und Einfluß geschwächt würden, wenn wir nicht in allen Kämpfen die gewerkschaftlichen Organisationen mit dem sozialdemokratischen Geiste hinter uns hätten, wir müssen, meine ich, eine Resolution fassen, die es uns ermöglicht, gemeinsam in den Kampf zu ziehen. Ich nehme an, daß die angekündigte namentliche Abstimmung nicht als Abschreckungsmittel dienen soll. (Zuruf: „Im Gegenteil!") Ich fürchte es auch nicht. Ich bitte Sie also, für den von mir angekündigten Antrag zu stimmen, dann wird die Gemeinsamkeit der Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaften in der Frage des Massenstreiks nach außen zum Ausdruck kommen. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich bitte darum, daß der Vorsitzende den Genossen Bömelburg auffordert, seine Definition der Kautskyschen Resolution hier noch einmal zu geben, so daß sie stenographisch protokolliert werden kann.

Wenn wir aufgefordert werden, für eine Resolution zu stimmen, die sich auf den Wortlaut der Bömelburgschen Erklärung bezieht, so müssen wir die Erklärung gegenwärtig haben, sonst können wir nicht darüber abstimmen.

Vorsitzender Singer: Ich habe keine Veranlassung dem Wunsche Lebedours stattzugeben. Ich bin der Meinung, Bömelburg wird die Erklärung im Protokoll festlegen. Ob er sie noch einmal wiederholt, ist gleichgültig. (Sehr richtig Widerspruch.) Jedenfalls möchte ich nicht eine Aufforderung an den Genossen stellen, die von dem Geiste des Mißtrauens durchweht ist. (Beifall.) Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingelaufen. Nachdem

Kimmel-Hamburg den Antrag begründet hat und Fleißner-Dresden, der mit Fischer-Berlin getauscht hatte, und so ums Wort zu kommen fürchtet, sich gegen die Annahme dieses Schlußantrages ausgesprochen hat, da die letzten Phasen der Diskussion eine andere Wendung gegeben hätten und so eine heillose Verwirrung in die ganze Situation hineingetragen worden sei, wird mit großer Mehrheit der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Frau Zietz-Hamburg: Der Genosse Paul Müller hat nach einem Zeitungsbericht meine Aeußerungen, die ich in einer Mitgliederversammlung des ersten Hamburger Wahlkreises getan haben soll, berichtet. Ich hätte gesagt: „Wenn die Gewerkschaftsführer nicht gebremst hätten, so hätte in Sachsen und Hamburg bei den Wahlrechtskämpfen etwas erreicht werden können. Durch das Bremsen der Führer sei das verhindert worden." Ich erkläre, daß das unrichtig ist, (hört, hört!) und rufe meine Hamburger Mitdelegierten zum Zeugnis dafür auf. Ich habe im ersten Hamburger Wahlkreise lediglich die Chancen erörtert, die ein eventuell ausgebrochener Massenstreik für uns beim Wahlrechtskampf hätte haben können und habe darauf hingewiesen, daß für Sachsen und Hamburg allerdings mehr Chancen für den Erfolg gewesen wären, wie für Preußen; wobei ich hinzusetzte: „Aber allerdings unter gewissen Voraussetzungen". Und zu diesen Voraussetzungen habe ich unter anderem gerechnet die Beseitigung der Antipathie, die in den Kreisen der Gewerkschaftler nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß gegen den Massenstreik vorhanden gewesen ist. Ich erkläre also, daß meine Ausführungen absolut nicht in Widerspruch stehen zu der Meinung, die hier zum Ausdruck gebracht worden ist, und die auch in Jena ausgesprochen worden ist.

Vorsitzender Singer: Das ist keine persönliche Bemerkung.

Frau Zietz (fortfahrend): Ich muß dem Genossen Singer widersprechen, Müller hat erklärt, daß diese Ausführungen . . .

Vorsitzender Singer: Das ist seine Ansicht und daran können Sie keine persönliche Bemerkung knüpfen. (Heiterkeit.) Eine persönliche Bemerkung kann nur die Richtigstellung enthalten von dem, was ein bestimmter Redner von einer Person sagt.

Frau Zietz (fortfahrend): Müller hat behauptet, daß ich die unrichtige Wiedergabe meiner Rede im „Hamburger Echo" nicht berichtigt hätte und jetzt erkläre ich, daß ich sie berichtigt habe. (Sehr richtig! Glocke des Präsidenten.) Das muß mich doch Genosse Singer erst entwickeln lassen. (Große Heiterkeit). Ich erklärte also, daß ich diese unrichtige Wiedergabe berichtigt habe, und zwar in der kombinierten Versammlung der drei Hamburger Wahlkreise, die sich mit der Frage: „Partei und Gewerkschaften" beschäftigt hat. (Sehr richtig!) Und diese Berichtigung ist auch in das „Hamburger Echo" übergegangen. Und so gut wie Müller den ersten Bericht gelesen hat, wird er auch den zweiten gelesen haben. Aber das paßte ihm nicht in den Kram und darum wird er es weggelassen haben. (Lebhafter Beifall.)

Sachse (persönlich): Genosse Leber behauptet, ich hätte in bezug auf die Neutralität früher einen anderen Standpunkt eingenommen wie gestern. Das entspricht nicht den Tatsachen. Genosse Goldstein ist Zeuge, daß ich diesen

Standpunkt schon im Jahre 1897 in Zwickau eingenommen habe. Es trifft also nicht zu, daß mich Genosse Hue erst eines Besseren belehrt hat.

Hue: Genosse Leber hat behauptet, ich hätte eine Reihe von Genossen im Sinne der gewerkschaftlichen Neutralität belehrt. Ich habe dazu zu sagen, daß es mir nicht eingefallen ist, Bekehrungsversuche zu machen. Doch wenn die Parteigenossen und die Gewerkschaftsführer, die mit mir in Berührung gekommen sind, sich von meinen Anschauungen haben überzeugen lassen, so ist das ein Beweis dafür, daß unter Umständen auch ein Neutralitätsduseler einmal vernünftige Anschauungen haben kann. (Hört! hört! Große Heiterkeit.)

Zubeil (persönlich): Ich erkenne an, daß ich mich geirrt habe, und daß sich das Lachen Bömelburgs in der Berliner Konferenz nicht auf die Demonstrationen vom 21. Januar bezogen hat, sondern auf die Protestbewegung gegen den Kölner Gewerkschaftskongreß. (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller (persönlich): Genossin Zietz hat ausgeführt, daß ich Unwahres auf dem Parteitage berichtet hätte. Frau Zietz hat auf die kombinierte Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine hingewiesen, und behauptet, diesen Bericht im „Hamburger Echo" richtig gestellt zu haben. Ich habe auch diesen Versammlungsbericht gelesen, aber aus den dort wiedergegebenen Ausführungen der Genossin Zietz entnehme ich eine Berichtigung nicht. Sie hat ihre Ausführungen in der Versammlung nur etwas deklariert.

Singer will nunmehr Legien das Schlußwort erteilen.

Legien: Zuerst muß doch der Referent sprechen.

Vors. Singer: Es ist parlamentarischer Brauch, den Korreferenten zuerst das Schlußwort zu geben.

Legien: Auf dem Kölner Tag hat auch zuerst der Referent und dann erst der Korreferent das Schlußwort gehabt. Das wäre eine ganz neue Art der Geschäftsordnung, wenn nicht der Referent zuerst spricht, dann verzichte ich auf das Schlußwort.

Singer: Wir können ja den Parteitag entscheiden lassen.

Hierauf beschließt der Parteitag, daß zuerst der Korreferent sprechen soll.

Legien verzichtet auf das Schlußwort.

Bebel: Zu meinem Bedauern muß ich auf eine Reihe von Aeußerungen eingehen, die über meine Rede in Jena zum Ausdruck gebracht wurden. Zu meinem noch größeren Bedauern muß ich mich mit dem Anfange der Ausführungen Legiens beschäftigen, in denen er ausführlich und aggressiv namentlich gegen meine Person sich gewandt hat. Es handelt sich zunächst um die Vorgänge innerhalb der Konferenz im Februar zwischen Parteivorstand und Generalkommission und um die Erklärungen, die angesichts und infolge jener Vorgänge sowohl von seiten des Parteivorstandes als auch der Generalkommission veröffentlicht worden sind. Legien hat gestern mit lebhafter Entrüstung hervorgehoben, daß es eigentlich eine Kühnheit von mir gewesen sei, ohne Rücksicht auf den Parteivorstand, nachdem die „Einigkeit" einzelne Teile jenes Protokolls veröffentlicht hatte, gegen die Ausführungen des Protokolls und namentlich gegen die 6 Thesen, die Silberschmidt formuliert hatte, Stellung zu nehmen. Wenn ich jemals in meinem Leben Ursache hatte, mich persönlich gegen Unterstellungen, die in der Art, wie sie veröffentlicht wurden, die schwersten Beleidigungen gegen mich enthielten, zu wehren, so war das bei jener Gelegenheit der Fall. (Lebhafter Widerspruch.) Und als meine Auffassung des Vorganges von seiten der Generalkommission mit einer Gegenerklärung beantwortet wurde, mußte ich dringend wünschen, daß der Parteivorstand seinerseits erklärte, wie er die Sachlage auffaßte. Jene Verhandlungen waren unverbindlich. Was von den einzelnen Rednern vorgeschlagen worden ist, war ihre persönliche Anschauung. Und nun die sechs Thesen Silberschmidts, deren erster Punkt eine Darstellung meiner Auffassung gibt, die, wenn sie richtig wäre,

mich nicht nur unwürdig machte, Mitglied des Parteivorstandes zu sein, sondern auf Grund deren ich aus der Partei herausfliegen müßte. (Hört! hört!) Ich hatte also alle Ursache zu einer Richtigstellung, in der ich ausführte, daß der erste Satz in der allgemeinen Form, die Silberschmidt ihm gegeben hatte, unmöglich Geltung haben könne, da doch niemand glauben könnte, daß ich gegen meine eigene Resolution handele, sondern daß es sich nur um einen gegenwärtigen Massenstreik anläßlich der preußischen Wahlrechtsbewegung handelt. (Zuruf Silberschmidts: Anderes haben wir ja nicht behauptet.) Was Sie weiter noch behauptet haben in der Konferenz, das weiß ich nicht, aber der Wortlaut dieser sechs Thesen stimmt mit den Ausführungen Ihres Referats überein, und daraus geht allerdings hervor, daß in der Tat diese Darstellung einen vollständigen Frontwechsel meinerseits nicht nur, sondern einen direkten Verrat an meiner früheren Auffassung bedeutete. (Zuruf Silberschmidts: Das ist niemand eingefallen.) Sie würden dem Parteivorstand und mir große Verlegenheiten erspart haben, wenn Sie das, was Sie mir jetzt eben zugerufen haben, damals sofort in einer öffentlichen Erklärung gesagt haben würden. Eine Masse von Streit, Bitternis und Enttäuschung wäre mit einer Zeile aus der Welt geschafft worden. (Sehr richtig!) Sie begreifen also, daß ich in dieser Situation jene Erklärung abgeben mußte, da ich nur für meine Person die Ausführungen gemacht hatte. Noch eins: Legien hat selbst, bevor er gestern seine Angriffe gegen meine Person richtete, am Abend des vorhergehenden Tages all seine Beredsamkeit aufgeboten, um mich zu bestimmen, daß ich in der gestrigen Parteitagssitzung ohne Rücksicht auf den Parteivorstand und die Kontrollkommission, die meine Resolution mit verfaßt haben, eine persönliche Erklärung abgeben sollte, daß ich mit seinem Amendement einverstanden sei. (Hört! hört!) Dieses Ansinnen steht im stärksten Widerspruch zu der Anklage, die er gestern gegen mich geschleudert hat. (Lebhafte Zustimmung.) Legien hat dann von uns verlangt, daß der Parteivorstand öffentlich vor dem Parteitag zugebe, daß er mit der Veröffentlichung des Protokolls ein schweres Unrecht begangen habe. Er verlangt also nicht mehr und nicht weniger von uns als einen Fußfall vor der Generalkommission. (Sehr wahr!) Darauf lassen wir uns nicht ein. Ich habe selber ausgeführt, daß wir einen Schritt getan haben, der sich mit den strengen Formen des Rechts nicht in Einklang bringen läßt, aber auch zu gleicher Zeit auf die Umstände hingewiesen, die uns genötigt haben, dem allgemeinen Drängen aus der Partei heraus nachzugeben und angesichts der großen Verwirrung, die durch die Veröffentlichungen der „Einigkeit" hervorgerufen wurde, diesen Teil des Protokolls der gesamten Partei und auch den Gewerkschaften mitzuteilen, damit sie aus dem Inhalt desselben sich ein wahres Bild von den Vorgängen machen könnten. Ich setze hinzu, wenn wir nicht so gehandelt hätten, wären die Verhandlungen, die wir gestern und heute über diesen Gegenstand gepflogen haben, gar nicht möglich gewesen. (Sehr wahr!) Ich behaupte, daß die Veröffentlichung auch im Interesse der Generalkommission lag, weil aus den Bruchstücken, die die „Einigkeit" veröffentlichte, allgemein der Glaube entstehen mußte, daß noch viel Schlimmeres im Protokoll stehen müßte. Die „Einigkeit" hat auch durch allerlei dunkele Andeutungen dazu reichlich Veranlassung gegeben. Ich habe mir freilich gesagt, das sage ich offen, nachdem ich zufälligerweise Gelegenheit gehabt hatte, von dem Zirkular Einsicht zu nehmen, das die Generalkommission an die Mitglieder jener Konferenz schickte, in dem sie ihnen unseren Antrag zur Kenntnis brachte, daraufhin wird die große Mehrheit der Verbände die Veröffentlichung ablehnen. Ich glaube aber, daß nunmehr die große Mehrheit der Mitglieder jener Konferenz, die gegen die Veröffentlichung sich ausgesprochen hat, jetzt auch erkennt, daß diese Veröffentlichung ein Akt der Klugheit nicht nur, sondern der Notwendigkeit war für sie selbst. (Sehr richtig!) Ich will nicht längere persönliche Ausführungen machen,

soviel Grund ich dazu auf die Angriffe Legiens hätte. Ich will auch keine Ausführungen machen über die Lokalisten und ihr Verhalten der Generalkommission, dem Parteivorstand und speziell mir gegenüber. Ich gehe auf all diese Dinge nicht ein, weil sie nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung gehören, sondern zu den Anträgen, die uns im weiteren Verlauf der Debatten noch beschäftigen werden und die sich speziell mit den Lokalisten befassen. Ich kann nur erklären: Wenn irgendwo auf dem Parteitag der Glaube vorhanden sein sollte, daß der Parteivorstand irgendwelche Sympathien nach irgend welcher Richtung mit den Lokalisten habe oder ihnen irgend eine moralische oder sonstige Unterstützung in ihrem Treiben habe angedeihen lassen, so ist das eine durchaus falsche und irrige Meinung. Wenn wir das getan hätten, hätten wir in schwerer Weise die Parteiinteressen verletzt.

Wie der Parteivorstand und die einzelnen Mitglieder desselben über diese lokalistischen Organisationen denken, ganz abgesehen von dem anarchosozialistischen Charakter, den sie erst in den letzten Jahren angenommen haben, das haben wir wiederholt in Resolutionen und Erklärungen zum Ausdruck gebracht, so auf dem Parteitag in Halle a. S., auf dem Parteitag in Lübeck und in verschiedenen Resolutionen zur Maifeier. Wir sind einstimmig der Ansicht, daß eine lokalistische Organisation vom Standpunkt der heutigen ökonomischen und sozialen Entwickelung einfach ein Nonsens ist, daß, wenn die Arbeiterklasse Erfolge im Kampf gegen den Kapitalismus erringen will, es des Zusammenfassens aller Kräfte bedarf. Es ist das immanente Gesetz der kapitalistischen Entwickelung, daß alles auf Konzentration hinausläuft. Wir sehen die gewaltige Entwickelung des Großkapitals, wie es sich immer mehr konzentriert nicht nur national, sondern auch international, wir sehen diese Gestaltung des ökonomischen Entwickelungsprozesses innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in allen Staaten der Welt, in denen moderne Kultur und damit moderne Industrie vorhanden ist, wir sehen, wie die Unternehmer auf nationaler und internationaler Grundlage gegen die Arbeiter sich organisieren. Konzentration und Zentralisation ist auch das immanente Gesetz, das die Staatswesen beherrscht und zur Einheit drängt. Nationalstaat mit einer Zollgrenze, einer Armee und Marine, mit gleichem Gelde, gleichem Maß und Gewicht, gleichem Recht. Wie man angesichts einer solchen Entwicklung und einer solchen Macht der Unternehmerklasse gegenüber der Arbeiterklasse durch lokalorganisierte Gewerkschaften etwas ausrichten zu können glaubt, das verstehe, wer mag. Jedenfalls ist der Parteivorstand und die Partei in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß diese lokalistischen Gewerkschaften vollständig ohnmächtig sind, die Aufgaben der Arbeiterklasse zu erfüllen. (Lebhafte Zustimmung.)

Legien hat weiter gemeint, wir seien zur Veröffentlichung des Protokolls ganz wesentlich durch den moralischen Druck der Berliner veranlaßt worden; er meint, es scheine ihm überhaupt, daß der Parteivorstand gar zu sehr dem Druck von außen folgt. Soll damit gesagt sein, daß der Parteivorstand aufmerksam die Stimmungen in der Partei verfolgt und danach seine Maßnahmen trifft, so erkläre ich, daß der Parteivorstand das allerdings bisher getan hat und daß er es für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit hält, das auch weiter zu tun. (Sehr gut!) Und wenn speziell eine so gewaltige Parteiorganisation wie die von Berlin mit einer so großen Zahl intelligenter nnd bewährter Genossen mit Wünschen an den Parteivorstand herantritt, haben wir allerdings die Pflicht, die Wünsche zu prüfen und, wenn sie berechtigt sind, zu erfüllen. (Sehr richtig!) Es war also eine selbstverständliche Pflicht des Parteivorstandes, dem Wunsche der Berliner Genossen auf Veröffentlichung des Protokolls nachzukommen; das war aber nicht nur Wunsch der Berliner, sondern der Wunsch der ungeheueren Mehrheit der Genossen in ganz Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Damit verlasse ich die persönlichen Auseinandersetzungen, obwohl ich noch manches zu

sagen hätte. Ich möchte im Interesse des Zieles, das uns alle vereinigt, nicht das Trennende hervorheben, sondern möglichst das Einigende. (Sehr richtig!) Ich werde aus diesem Grunde auch nicht auf die Begründung des Amendements durch Legien eingehen. Wenn diesen seinen Ausführungen nicht andere Reden seiner Gewerkschaftskollegen gegenüber ständen, und wenn ich nicht wüßte, daß sein Amendement nicht von ihm persönlich, sondern von fast allen Gewerkschaftlern ausgeht, die hier im Saale anwesend sind, dann wäre uns das Stimmen für sein oder ein ähnliches Amendement außerordentlich schwer gefallen. Legien hat gestern in so polemischer Weise gegen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages über den Massenstreik gesprochen, daß ich mich wiederholt gefragt habe, wie er seine Rede mit seinem eigenen Antrage in Einklang bringt. (Sehr gut!) Der weitaus größte Teil seiner Rede war voll von Widersprüchen und eine fortgesetzte Polemik dagegen, daß man den Massenstreik als Kampfmittel für die Partei gegebenenfalls öffentlich proklamiert. Dagegen mache ich kein Hehl daraus, daß seine weiteren Ausführungen in einem erfreulichen Gegensatz zu dem übrigen Inhalt seiner Rede standen, und daß auch die Ausführungen Bömelburgs und Reichels uns klar die Absicht und den Willen gezeigt, der unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften beseelt, über den wir uns nur freuen können. (Sehr richtig!)

Der erste Absatz meiner Resolution ist nunmehr durch ein von Legien und mir gemeinsam beantragtes Amendement verändert. Wir haben den dringenden Wunsch, daß Sie dem zustimmen. Ich gebe zu, daß die Zustimmung zu dem Amendement Legien, wie es gestern vorlag, weiten Kreisen des Parteitages sehr bedenklich sein konnte, denn es läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Kölner Resolution in Jena von einer Anzahl Gewerkschaftlern so verteidigt wurde, daß allgemein die Ueberzeugung zutage trat, daß zwischen den Beschlüssen von Köln und Jena ein scharfer Gegensatz besteht. Es ist ferner unbestreitbar, daß in der Polemik, die sich nach Jena über die Frage des Massenstreiks entspann und auch in der Gewerkschaftspresse selbst fast allgemein die Anschauung vertreten wurde, daß sich schwer zu vereinbarende Gegensätze zwischen dem Kölner und dem Jenaer Beschluß herausstellten, sodaß die Gewerkschaftler nicht in der Lage seien, mit der Resolution von Jena übereinzustimmen. Nachdem nun aber die Vertreter der Gewerkschaften und auch Legien dargelegt haben, daß nach ihrer Auffassung und Interpretation des Kölner Beschlusses ein wirklicher Widerspruch zwischen diesem und dem Jenaer Beschluß nicht besteht, und da ferner die Antragsteller die besten Interpreten eines von ihnen gestellten Antrags sind, so hat meines Erachtens der Parteitag nicht die geringste Ursache, fernerhin zu bestreiten, daß ein Gegensatz nicht vorhanden ist. Sind die Interpreten der Ansicht, daß in der Tat ein Widerspruch zwischen Köln und Jena nicht besteht, und haben sie selbst Veranlassung genommen, das ausdrücklich hier zu erklären und werden sie auch nicht anstehen, weiter draußen vor ihren eigenen Freunden dieselbe Erklärung abzugeben, so hat auch der Rigoroseste unter uns keine Veranlassung, diese Auffassung zu bekämpfen. (Sehr richtig!)

Ich kann deshalb nur dringend wünschen, daß Sie unserem Amendement zustimmen. Ich betrachte es als einen ungeheuren moralischen Gewinn, wenn nach dieser Richtung hin endlich zwischen Partei und Gewerkschaften volle Einigkeit und Frieden herrscht. (Beifall.) Es ist ein ungeheurer moralischer Gewinn, wenn durch Annahme des Amendements zugleich ausgesprochen wird, daß damit der Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses ein für allemal beendet ist. (Sehr richtig.) Dieser moralische Gewinn ist so groß, ist nach meiner Auffassung für die gesamte Partei- und gewerkschaftliche Entwicklung so erfreulich, daß die Genossen ihre Bedenken fallen lassen und dem Amendement zustimmen sollten, damit ein möglichst einstimmiger Beschluß zustande kommt.

(Beifall.) Ich glaube erklären zu dürfen, daß auch die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unser Amendement für besser und einwandfreier halten als das ursprüngliche Amendement.

Nun habe ich schon gestern erklärt, daß die Parteileitung nicht in der Lage ist, der Resolution Kautsky in ihrem zweiten Teil zuzustimmen. Wir haben keinerlei prinzipielle Bedenken gegen den Sinn und den Wortlaut der Resolution Kautsky, aber wir müssen uns die Aufgaben vergegenwärtigen, die wir hier zu erfüllen haben. Wir sollen vor allem Frieden und Eintracht zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen, und deshalb muß alles vermieden werden, was mit Recht oder Unrecht so ausgelegt werden könnte, als sollte der eine Teil auf Kosten des anderen benachteiligt werden. (Sehr richtig.) — Es kommt hinzu, daß nach unserer Ueberzeugung der erste Wortlaut der Resolution Kautsky geeignet war, die Gewerkschaften gegenüber den Behörden in allerlei bedenkliche Situationen zu bringen und wir halten es für eine der größten Unklugheiten, die ein Parteitag begehen könnte, eine solche Handlung auszuüben und sich des Fehlers erst später bewußt zu werden, wenn eine Reparierung nicht mehr möglich ist. Wir sind weiter der Meinung, daß der zweite Teil der Resolution Kautsky die Gewerkschaften gegenüber der Partei in eine Situation bringt, die notwendigerweise ein Gefühl der Verbitterung, ja noch mehr, ein Gefühl der Zurücksetzung bei den Gewerkschaftsführern hervorruft. (Sehr richtig!) Wir müssen alles vermeiden, was einer derartigen Stimmung Vorschub leisten könnte. Dazu kommt, daß die Erklärungen von Bömelburg und Reichel die denkbar befriedigendsten sind, die wir verlangen können. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß diese Genossen im Sinne ihrer Gewerkschaftsfreunde gesprochen haben, und daß sie als ehrliche Männer alles tun werden, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Andererseits bin ich überzeugt, daß selbst die Annahme der Resolution Kautsky an dem tatsächlichen Zustand nichts ändern würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können als Partei keine Macht auf die Gewerkschaften ausüben. Wir müssen von der freiwilligen Betätigung der Genossen erwarten, daß sie das tun, was ihre parteigenössische Pflicht ist. Wenn man glaubt, daß der eine oder der andere das bisher nicht getan hat, so mag man das tadeln, aber eine Rüge zu erteilen und eine Direktion zu geben, die wieder gegen die Gewerkschaften ausgenutzt werden könnte, dazu sollte sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie unter keinen Umständen hergeben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bedenken, die wir bisher gegen den ersten Absatz der Resolution Kautsky hatten, sind durch die von ihm vollzogenen Aenderungen beseitigt. Dagegen muß ich Sie auf das nachdrücklichste bitten, gegen den zweiten Absatz zu stimmen und dadurch einen Stein des Anstoßes zu beseitigen, denn dadurch werden unsere ganzen Verhandlungen einen unangenehmen und bitteren Beigeschmack erhalten, und das sollte im Interesse der Einheit und des Friedens zwischen Partei und Gewerkschaften, den wir mit unserer Resolution besiegeln wollen, vermieden werden.

Eine Reihe von Rednern hat die Anschauung vertreten, daß zwischen meinen gestrigen Ausführungen und meinen Ausführungen in Jena ein gewisser Widerspruch besteht. Meine Rede in Jena soll eine Fanfare, meine gestrige Rede eine Chamade gewesen sein. Nichts falscher als das. (Sehr richtig!) In Jena mußte ich die Gründe darlegen, die dafür sprechen, unserem Waffenarsenal eine neue und, wie ich glaube, gegebenenfalls sehr wirksame Waffe zu liefern. Es versteht sich von selbst, daß eine Natur wie die meinige, die hundertmal mehr zum Angriff als zur Verteidigung neigt, mit dem ganzen Feuer ihres Temperaments eine derartige Angriffswaffe zu rechtfertigen sucht. Nun sind aber eine Reihe von Auslegungen der Jenaer Resolution und eine Reihe von Ausführungen gegen meine Rede von Jena gemacht, die mich in eine Verteidigungsstellung nötigten. Ich habe es schon gestern erklärt, ich habe es in der Konferenz mit

der Generalkommission erklärt, und ich kann es heute nur wiederholen, daß zwischen meinen Ausführungen in Jena und meiner gestrigen Rede nicht der geringste innere Gegensatz besteht. (Sehr richtig!) Ich hätte dringend gewünscht, daß die Genossen, die anderes behaupteten, es auch bewiesen hätten. Ich bin leider zu meinem Bedauern, aber doch in berechtigter Selbstverteidigung genötigt, einige entscheidende Sätze aus meiner Rede in Jena vorzulesen, die sich insbesondere auf die Frage der Propagierung des Massenstreiks zum Zwecke der Eroberung des Wahlrechts beziehen. Auf Seite 307 des Jenaer Protokolls sage ich: „Wir wollten nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden." (Zuruf.) Heine fragt: „Werdet Ihr sie im Zügel haben?" Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen, und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich, keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution: was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschaffen werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, sie darüber aufklärt, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welch ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht hat, dann werden die Vorbedingungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden." Wer unter Ihnen kann auf Grund dieser Rede behaupten, daß nun auf Grund der Beschlüsse vom September bis Mitte März dieses Jahres die von mir als für den Massenstreik notwendigen Vorbedingungen geschaffen worden seien? (Sehr richtig!) Am Schlusse meiner Rede, indem ich meinen Gedankengang zusammenfasse, sage ich weiter: „Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden." (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Dies auch zu gleicher Zeit zur Charakterisierung meiner Neutralitätsauffassung. Ich habe allerdings die Anschauung, daß wir die Gewerkschaften nicht zu Parteiinstitutionen machen können und dürfen. (Sehr richtig!) Aber ich bin auch der Meinung, daß jeder, der für die Aufklärung der Arbeiter zu wirken hat, ihnen klar machen muß: Ihr seid Arbeiter nicht bloß, sondern auch Staatsbürger, Ihr könnt Eure Forderungen nur dann erreichen, wenn Ihr zugleich völlig gleichberechtigte Staatsbürger seid. (Sehr richtig!) Das ist der Gedanke, den ich auch in meiner Berliner Rede und meiner Broschüre über die Neutralität der Gewerkschaften vertreten habe. (Hue: Den vertreten wir auch!) Ich stehe noch auf diesem Standpunkt, und wenn die Gewerkschaftsagitatoren und die Presse in diesem Sinne handeln, so werden nach und nach alle Gewerkschafter Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf: „Das muß aber auch gemacht werden!") Das steht auf einem anderen Blatt. Wenn Ihr glaubt, daß das nicht gemacht wird, müßt Ihr, wo das der Fall ist, Eure Stimme dagegen erheben. (Sehr richtig!) Wir haben das Vertrauen zu der Masse, daß es sehr leicht ist, ihr beizubringen, daß die Taktik des einen oder anderen Führers nicht richtig ist. (Sehr wahr!)

Wenn Ihr diese Ueberzeugung nicht habt, müßtet Ihr überhaupt am Erfolg verzweifeln. Wir brauchen nicht pessimistisch zu sein. Ich sage mit diesen Worten nichts anderes wie: Ihr habt zu agitieren, aber so, daß Ihr die, die noch nicht auf unserem Standpunkt stehen, nicht vor den Kopf stößt: Ihr sollt geschickte Leute sein. (Sehr gut!) Ich fahre nunmehr fort, aus meiner Jenaer Rede zu zitieren. Dort heißt es weiter: „Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wiederum das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften mindestens um 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständliches nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zuzustimmen. In diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist."

Wer, Parteigenossen, frage ich wieder, kann aus diesen Worten irgend einen Satz herleiten, der auch nur entfernt den Schluß zuläßt, als wenn ich zur Anschauung hätte kommen müssen, es sei eine Notwendigkeit, bereits in der diesjährigen preußischen Wahlrechtsagitation mit der Möglichkeit eines Massenstreiks zu rechnen? Das Gegenteil ist der Fall und ich meine, was uns Gerisch in seinem Berichte über die Ausbreitung und die Entwickelung unserer Organisation auseinandergesetzt hat, das sollte auch dem optimistischsten Parteigenossen die Ueberzeugung wachrufen, daß wir noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten haben, ehe wir die Macht besitzen, um mit Erfolg in einen Massenstreik eintreten zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Soweit mein persönliches Urteil und meine persönlichen Empfindungen in Betracht kommen, würde ich gegenwärtig unter keinen Umständen einen politischen Massenstreik mitzumachen geneigt sein. Und weil ich meine Auffassung und Empfindung in der Jenaer Rede und in meiner Resolution zum Ausdruck gebracht habe, und in dem halben Jahr seit jener Zeit in keiner Weise die Bedingungen, die danach für einen Generalstreik vorhanden sein müßten, erfüllt waren, daher die Stellungnahme, die ich dem Verlangen nach dem Massenstreik gegenüber damals eingenommen habe. Ich muß also mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit zurückweisen, daß man mir aus meiner Rede und meiner Resolution in Jena im gewissen Sinne einen Strick glaubt drehen zu können. Ich kann nicht zugeben, daß der Ton meiner Rede diesmal ein anderer gewesen wäre, wie in Jena. Inhalt und Gedankengang meiner Rede in Jena und hier decken sich vollständig. Dem Genossen Quessel gegenüber, der gestern hier behauptete, daß die Jenaer Rede in ihrem zweiten Teile an Unklarheiten leide, oder ich manches nicht gesagt hätte, was gesagt werden sollte, bemerke ich, daß es im höchsten Grade unklug gewesen wäre, in einer Rede mit Situationen zu rechnen, von denen man gar nicht weiß, ob und wann und in welcher Gestalt sie eintreten werden. Damit käme man auf das Gebiet der Spekulation. Einem Doktor der Philosophie kann es wohl anstehen (Heiterkeit), derartige Betrachtungen zu machen, aber Politiker müssen sich damit begnügen, die allgemeinen Richtlinien anzudeuten, sie können und müssen sich beschränken, die all-

gemeine Perspektive zu geben, wenn gewisse Situationen eintreten. Wie dann im einzelnen gehandelt wird, das muß für den gegebenen Fall vorbehalten bleiben. (Sehr richtig!) Anders zu handeln würde sehr unklug sein. Weiter hat Duesssel mich gefragt, ob ich denn nicht wüßte, daß Oesterreich ein Einheitsstaat sei. Nun, ein Einheitsstaat, wie England, Frankreich und Italien ist Oesterreich nicht: die Einheit dokumentiert sich nur in der österreichischen Monarchie; aber es besteht ein äußerst scharfer Gegensatz zwischen Cisleithanien und Transleithanien. Wenn nun die österreichischen Genossen mit vollem Recht daran gegangen sind, für die cisleithanische Reichshälfte das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu erobern, so schließt das nicht aus, daß die einzelnen Länder und Provinzen in ähnlicher Weise wie bei uns eine hochgradige Selbständigkeit besitzen, so daß mein Gleichnis berechtigt war. Wenn auch Oesterreich nicht so wie Deutschland ganz selbständige Einzelstaaten hat, so haben die einzelnen Länder und Provinzen Oesterreichs doch eine große Selbständigkeit. Es gehört z. B. zu den Kompetenzen dieser Provinzen, daß sie für die Landtags- und Gemeindewahlen sich das Wahlrecht selber schaffen, und dies ist bis heute nirgends das demokratische Wahlrecht, daß sie zugleich das Recht haben, für alle übrigen Körperschaften das Wahlrecht festzusetzen; also eine vollständige Autonomie. Ferner liegt bei ihnen die ganze Ausführung des vom Reiche gegebenen Schulgesetzes. Sie haben die innere Steuergesetzgebung, die Volksgesundheitspflege, die Kranken- und Armenpflege, den Straßenbau, das Recht zum Bau eigener Landesbahnen, zu Kanalbauten usw. in der Hand. Nun haben eine Reihe von Rednern, namentlich Freiwaldt, erklärt, die Mehrheit der Nieder-Barnimer Genossen sei zur Annahme der dortigen Resolution veranlaßt worden, weil nach ihrer Meinung der Wahlrechtskampf nicht in geeigneter Weise geführt worden sei. Das höre ich und meine Kollegen im Vorstande hier zum ersten Male. Die Genossen hätten doch als Mitglieder der Organisation von Groß-Berlin die Möglichkeit gehabt, ihre Anschauungen zu vertreten oder mit Anträgen an den Parteivorstand zu kommen. Aber sie hatten nicht das Recht, für eine Resolution zu stimmen, die sie innerlich selbst für einen Unsinn ansehen. Die Genossin Luxemburg sowie die Genossen Duncker und Liebknecht haben in meinen Ausführungen eine Stellungnahme zu einer event. Intervention Deutschlands in die russischen Angelegenheiten vermißt. Ich will zugeben, daß ich in der Hitze des Gefechts es unterlassen habe, hierüber eine Erklärung abzugeben. Aber es versteht sich doch von selbst, daß, wenn eine derartige ungeheuerliche Aktion wie eine Intervention der deutschen Regierung in Rußland geplant werden sollte, wir alles aufbieten müssen, um einen solchen Schritt zu verhüten. (Bravo!) Was wir dann alles tun werden und tun können, das müssen Sie unserem eigenen Ermessen überlassen, da können wir heute keinerlei Versprechungen und Zusagen geben. Aber daß wir einer solchen Handlungsweise nicht stillschweigend, gewissermaßen Gewehr bei Fuß zusehen, das ist doch so selbstverständlich wie etwas. Die Regierung müßte doch, wenn sie etwas derartiges unternehmen wollte, zunächst den Reichstag zusammenberufen, um die nötigen Kredite zu erhalten. (Hoffmann-Berlin: Das macht sie auch ohnedem!) Wie ein Abgeordneter so etwas behaupten kann, verstehe ich nicht, wo die deutsche Reichskasse leer bis auf den Boden ist! Gewiß, in einem gewissen Moment wird eine Regierung, wenn es sich um ihren eigenen Kopf und Kragen handelt, alles machen, aber darum handelt es sich für sie in diesem Falle nicht. Daß aber selbst die Mehrheit dieses Reichstages, die nicht die unsere ist, einen Einmarsch in Russisch-Polen dulden werde, ohne daß der Reichstag in Form der Mittelbewilligung seine Zustimmung gibt, das traue ich diesem Reichstag und dieser Regierung trotz alledem nicht zu. (Oh! Oh! und sehr richtig!) Das wäre ein revolutionärer Akt, der alsbald andere revolutionäre Akte zur notwendigen Folge hätte und rechtfertigte. (Sehr richtig!)

Nun sind mir — ich habe das gestern vergessen — zahlreiche Briefe seitens russischer Freunde vor einem Jahre zugegangen, die auf die starken deutschen Garnisonen in den Ostseeprovinzen hinwiesen. Darauf habe ich geantwortet, es wäre unrecht zu glauben, daß diese starken militärischen Ansammlungen zum Zwecke der Bekämpfung der russischen Revolution eingetreten seien. Nein, diese Massenansammlungen im Osten und auch im Westen sind als notwendige Folgen der internationalen Situation anzusehen. Seit 1887, wo Bismarck die berühmte Rede im Reichstage hielt, in der er dem Gedanken Ausdruck gab, daß alle seine Versuche, Rußland für sich zu gewinnen, nichts genützt hätten, also seit der französisch-russischen Freundschaft haben wir diese militärischen Dislokationen. Genau so wie Rußland in Russisch-Polen 800 000 Mann seit jener Zeit angesammelt hat, so hat die deutsche Regierung, um im Kriegsfalle vor einer Ueberrumpelung sicher zu sein, ihrerseits große Truppenansammlungen sowohl im Osten und Westen veranlaßt. Selbstverständlich wünschen unsere Staatsleiter lieber heute als morgen die russische Revolution zum Teufel, selbstverständlich haben sie die deutsche Bankierwelt zu bestimmen versucht, dem russischen Despotismus mit Anleihen unter die Arme zu greifen, selbstverständlich haben sie ihre Truppen etwas mehr als bisher an der Grenze zusammengezogen, um dort einen Kordon zu bilden gegen Ueberläufer; aber an eine bewaffnete Intervention ist nach meiner Ueberzeugung nicht zu denken. Sollte sie dennoch eintreten, so ist es ganz selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie kraft ihrer internationalen Beziehungen und ihrer internationalen Solidarität sowie aus dem Interesse heraus, einem Volke die Möglichkeit zu geben, für seine Befreiung aus den Banden des Despotismus zu kämpfen, alles aufbieten wird, um derartige Pläne der deutschen Regierung zu durchkreuzen. (Lebhafte Zustimmung.) Dasselbe gilt auch für den Fall eines anderen europäischen Krieges. Auch da werden wir natürlich nicht mit Hurra! Hoch! in den Krieg hineingehen, sondern unsere Kulturmission für den Frieden zu erfüllen suchen. Nun hat zuletzt noch Genosse Liebknecht sich dazu verstiegen, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu sagen, wir müßten doch unter allen Umständen vermeiden, die Meinung aufkommen zu lassen, daß wir dem russischen Proletariat in den Rücken fallen wollten. (Zuruf: Er meinte das Deutsche Reich.) Dann ist das ein Mißverständnis von mir. Ich denke, er wird alsdann mit den Erklärungen, die ich eben abgegeben habe, einverstanden sein.

Damit bin ich fertig. Ich kann nur noch den Wunsch aussprechen: Stimmen Sie im Sinne der Ausführungen, die ich zu der vorgelegten Resolution gemacht habe, derselben zu. Sie tun ein gutes Werk damit, ein Werk, das nicht nur bei der ganzen deutschen Partei und den deutschen Gewerkschaften, sondern auch weit darüber hinaus — das beweist Ihnen die zahlreiche Anwesenheit ausländischer Vertreter, welch lebhaftes Interesse sie gerade an dieser Frage nehmen — bei der ganzen internationalen Sozialdemokratie nur freudigen Widerhall wecken wird. (Lebhafter Beifall.)

Zu einer persönlichen Bemerkung erzält das Wort

Silberschmidt: Ich muß den Vorsitzenden bitten, bei meiner persönlichen Bemerkung etwas loyal zu verfahren.

Singer: Ich glaube, daß ein Appell an meine Loyalität nicht notwendig ist.

Silberschmidt: Ich bin in der unangenehmen Lage, hier eigentlich für eine Körperschaft eine persönliche Bemerkung zu machen.

Singer: Dann hätten Sie vielleicht besser gesagt „tolerant"!

Silberschmidt: Gut, dann will ich sagen: etwas tolerant. (Heiterkeit.) Bebel hat ausgeführt, die Generalkommission hätte erklären sollen, daß die von Bebel geäußerte Ansicht in bezug auf die Durchführung des politischen Massenstreiks im Februar sich nur auf die gegenwärtige Situation bezogen hat. Ich bemerke hierzu im Einverständnis mit allen Konferenzteilnehmern,

gemeine Perspektive zu geben, wenn gewisse Situationen eintreten. Wie dann im einzelnen gehandelt wird, das muß für den gegebenen Fall vorbehalten bleiben. (Sehr richtig!) Anders zu handeln würde sehr unklug sein. Weiter hat Quessel mich gefragt, ob ich denn nicht wüßte, daß Oesterreich ein Einheitsstaat sei. Nun, ein Einheitsstaat, wie England, Frankreich und Italien ist Oesterreich nicht: die Einheit dokumentiert sich nur in der österreichischen Monarchie; aber es besteht ein äußerst scharfer Gegensatz zwischen Cisleithanien und Transleithanien. Wenn nun die österreichischen Genossen mit vollem Recht daran gegangen sind, für die cisleithanische Reichshälfte das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu erobern, so schließt das nicht aus, daß die einzelnen Länder und Provinzen in ähnlicher Weise wie bei uns eine hochgradige Selbständigkeit besitzen, so daß mein Gleichnis berechtigt war. Wenn auch Oesterreich nicht so wie Deutschland ganz selbständige Einzelstaaten hat, so haben die einzelnen Länder und Provinzen Oesterreichs doch eine große Selbständigkeit. Es gehört z. B. zu den Kompetenzen dieser Provinzen, daß sie für die Landtags- und Gemeindewahlen sich das Wahlrecht selber schaffen, und dies ist bis heute nirgends das demokratische Wahlrecht, daß sie zugleich das Recht haben, für alle übrigen Körperschaften das Wahlrecht festzusetzen; also eine vollständige Autonomie. Ferner liegt bei ihnen die ganze Ausführung des vom Reiche gegebenen Schulgesetzes. Sie haben die innere Steuergesetzgebung, die Volksgesundheitspflege, die Kranken- und Armenpflege, den Straßenbau, das Recht zum Bau eigener Landesbahnen, zu Kanalbauten usw. in der Hand. Nun haben eine Reihe von Rednern, namentlich Freiwaldt, erklärt, die Mehrheit der Nieder-Barnimer Genossen sei zur Annahme der dortigen Resolution veranlaßt worden, weil nach ihrer Meinung der Wahlrechtskampf nicht in geeigneter Weise geführt worden sei. Das höre ich und meine Kollegen im Vorstande hier zum ersten Male. Die Genossen hätten doch als Mitglieder der Organisation von Groß-Berlin die Möglichkeit gehabt, ihre Anschauungen zu vertreten oder mit Anträgen an den Parteivorstand zu kommen. Aber sie hatten nicht das Recht, für eine Resolution zu stimmen, die sie innerlich selbst für einen Unsinn ansehen. Die Genossin Luxemburg sowie die Genossen Duncker und Liebknecht haben in meinen Ausführungen eine Stellungnahme zu einer event. Intervention Deutschlands in die russischen Angelegenheiten vermißt. Ich will zugeben, daß ich in der Hitze des Gefechts es unterlassen habe, hierüber eine Erklärung abzugeben. Aber es versteht sich doch von selbst, daß, wenn eine derartige ungeheuerliche Aktion wie eine Intervention der deutschen Regierung in Rußland geplant werden sollte, wir alles aufbieten müssen, um einen solchen Schritt zu verhüten. (Bravo!) Was wir dann alles tun werden und tun können, das müssen Sie unserem eigenen Ermessen überlassen, da können wir heute keinerlei Versprechungen und Zusagen geben. Aber daß wir einer solchen Handlungsweise nicht stillschweigend, gewissermaßen Gewehr bei Fuß zusehen, das ist doch so selbstverständlich wie etwas. Die Regierung müßte doch, wenn sie etwas derartiges unternehmen wollte, zunächst den Reichstag zusammenberufen, um die nötigen Kredite zu erhalten. (Hoffmann-Berlin: Das macht sie auch ohnedem!) Wie ein Abgeordneter so etwas behaupten kann, verstehe ich nicht, wo die deutsche Reichskasse leer bis auf den Boden ist! Gewiß, in einem gewissen Moment wird eine Regierung, wenn es sich um ihren eigenen Kopf und Kragen handelt, alles machen, aber darum handelt es sich für sie in diesem Falle nicht. Daß aber selbst die Mehrheit dieses Reichstages, die nicht die unsere ist, einen Einmarsch in Russisch-Polen dulden werde, ohne daß der Reichstag in Form der Mittelbewilligung seine Zustimmung gibt, das traue ich diesem Reichstag und dieser Regierung trotz alledem nicht zu. (Oh! Oh! und sehr richtig!) Das wäre ein revolutionärer Akt, der alsbald andere revolutionäre Akte zur notwendigen Folge hätte und rechtfertigte. (Sehr richtig!)

Nun sind mir — ich habe das gestern vergessen — zahlreiche Briefe seitens russischer Freunde vor einem Jahre zugegangen, die auf die starken deutschen Garnisonen in den Ostseeprovinzen hinwiesen. Darauf habe ich geantwortet, es wäre unrecht zu glauben, daß diese starken militärischen Ansammlungen zum Zwecke der Bekämpfung der russischen Revolution eingetreten seien. Nein, diese Massenansammlungen im Osten und auch im Westen sind als notwendige Folgen der internationalen Situation anzusehen. Seit 1887, wo Bismarck die berühmte Rede im Reichstage hielt, in der er dem Gedanken Ausdruck gab, daß alle seine Versuche, Rußland für sich zu gewinnen, nichts genützt hätten, also seit der französisch-russischen Freundschaft haben wir diese militärischen Dislokationen. Genau so wie Rußland in Russisch-Polen 800 000 Mann seit jener Zeit angesammelt hat, so hat die deutsche Regierung, um im Kriegsfalle vor einer Ueberrumpelung sicher zu sein, ihrerseits große Truppenansammlungen sowohl im Osten und Westen veranlaßt. Selbstverständlich wünschen unsere Staatsleiter lieber heute als morgen die russische Revolution zum Teufel, selbstverständlich haben sie die deutsche Bankierwelt zu bestimmen versucht, dem russischen Despotismus mit Anleihen unter die Arme zu greifen, selbstverständlich haben sie ihre Truppen etwas mehr als bisher an der Grenze zusammengezogen, um dort einen Kordon zu bilden gegen Ueberläufer; aber an eine bewaffnete Intervention ist nach meiner Ueberzeugung nicht zu denken. Sollte sie dennoch eintreten, so ist es ganz selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie kraft ihrer internationalen Beziehungen und ihrer internationalen Solidarität sowie aus dem Interesse heraus, einem Volke die Möglichkeit zu geben, für seine Befreiung aus den Banden des Despotismus zu kämpfen, alles aufbieten wird, um derartige Pläne der deutschen Regierung zu durchkreuzen. (Lebhafte Zustimmung.) Dasselbe gilt auch für den Fall eines anderen europäischen Krieges. Auch da werden wir natürlich nicht mit Hurra! Hoch! in den Krieg hineingehen, sondern unsere Kulturmission für den Frieden zu erfüllen suchen. Nun hat zuletzt noch Genosse Liebknecht sich dazu verstiegen, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu sagen, wir müßten doch unter allen Umständen vermeiden, die Meinung aufkommen zu lassen, daß wir dem russischen Proletariat in den Rücken fallen wollten. (Zuruf: Er meinte das Deutsche Reich.) Dann ist das ein Mißverständnis von mir. Ich denke, er wird alsdann mit den Erklärungen, die ich eben abgegeben habe, einverstanden sein.

Damit bin ich fertig. Ich kann nur noch den Wunsch aussprechen: Stimmen Sie im Sinne der Ausführungen, die ich zu der vorgelegten Resolution gemacht habe, derselben zu. Sie tun ein gutes Werk damit, ein Werk, das nicht nur bei der ganzen deutschen Partei und den deutschen Gewerkschaften, sondern auch weit darüber hinaus — das beweist Ihnen die zahlreiche Anwesenheit ausländischer Vertreter, welch lebhaftes Interesse sie gerade an dieser Frage nehmen — bei der ganzen internationalen Sozialdemokratie nur freudigen Widerhall wecken wird. (Lebhafter Beifall.)

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Silberschmidt: Ich muß den Vorsitzenden bitten, bei meiner persönlichen Bemerkung etwas loyal zu verfahren.

Singer: Ich glaube, daß ein Appell an meine Loyalität nicht notwendig ist.

Silberschmidt: Ich bin in der unangenehmen Lage, hier eigentlich für eine Körperschaft eine persönliche Bemerkung zu machen.

Singer: Dann hätten Sie vielleicht besser gesagt „tolerant"!

Silberschmidt: Gut, dann will ich sagen: etwas tolerant. (Heiterkeit.) Bebel hat ausgeführt, die Generalkommission hätte erklären sollen, daß die von Bebel geäußerte Ansicht in bezug auf die Durchführung des politischen Massenstreiks im Februar sich nur auf die gegenwärtige Situation bezogen hat. Ich bemerke hierzu im Einverständnis mit allen Konferenzteilnehmern,

daß keiner von uns das anders aufgefaßt hat, als daß die ganzen Verhandlungen sich auf die gegenwärtige Situation bezogen. (Hört! hört!) Das geht aus dem ganzen Passus 1, wie aus allen folgenden der sechs Thesen hervor. Eine Erklärung hierzu wäre auch von mir oder besser gesagt von der Körperschaft erfolgt, wenn die Veranlassung dazu nicht eine ganz komische wäre und die hat Bebel gegeben. Nachdem Bebel am 27. Juni erklärt hatte, daß die Darstellung des Protokolls stark entstellt sei, nachdem der gute Glaube genommen war und an dessen Stelle die böswillige Absicht von uns behauptet wurde, da hätte ich persönlich und auch die anderen Vertreter der Körperschaft erwartet, daß Genosse Bebel, ehe er diese Erklärung, die uns in der öffentlichen Achtung herabsetzen mußte, abgab, uns gefragt hätte, wie die Dinge stehen. Dann hätte sich mit Leichtigkeit ein Weg gefunden, alle Irrtümer auszuschließen. Ich bitte ihn, in Zukunft den Satz zu beherzigen: Was Du nicht willst, daß man Dir tu — in bezug auf die Achtung im öffentlichen Leben — das füg' auch keinem andern zu.

Liebknecht bestätigt, daß Bebel seine Bemerkung mißverstanden habe, und akzeptiert den Sinn seiner Ausführungen, wie er durch den Zwischenruf wiedergegeben wurde.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf Freitag 8½ Uhr vertagt.

Singer: Zu unserer großen Freude ist Genosse Plechanow, ein Mitglied des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie, auf unserem Parteitage eingetroffen. (Bravo!) Ich heiße auch diesen Genossen herzlich willkommen. Plechanow ist vielen der Delegierten durch seine Anwesenheit auf den internationalen Kongressen bekannt. Aber auch, wer ihn nicht persönlich kennt, weiß, was Plechanow für die Sozialdemokratie bedeutet. Ich möchte das kurz dahin aussprechen: Plechanow ist der russische Kautsky. (Heiterkeit.) Er kommt nicht als offizieller Delegierter — das offizielle Mandat hat ja die Genossin Balabanoff — aber ich darf im Namen aller Teilnehmer des Parteitages aussprechen, daß er darum ein nicht minder gern gesehener Gast ist. Ich heiße ihn nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Telegramm, wonach eine Mitgliederversammlung des Berliner Kürschnervereins vom 26. September gegen die Versuche, wie sie durch den Antrag Elm und Genossen gemacht seien, der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften die Parteipresse zu sperren, Protest erhebt. Weiter sind einige Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 28. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8½ Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.

Zunächst wird folgende Erklärung Adolf Hoffmann-Berlin verlesen:

Als Genosse Bebel in seiner gestrigen Schlußrede darauf hinwies, daß die deutsche Regierung, wenn sie in die russische Revolution militärisch eingreifen will, die Zustimmung des Reichstages brauchen und den Reichstag einberufen würde, machte ich den Zwischenruf: „Die macht's auch ohne das!" worauf Bebel erwiderte: „Das sagt ein Reichstagsabgeordneter!" Um jeder falschen Auslegung des Zwischenrufes vorzubeugen, erkläre ich, daß gerade meine Erfahrung als Abgeordneter (Truppensendungen nach Südwestafrika usw.) die Veranlassung zu diesem Zwischenruf gab, da ich bei dem persönlichen Regiment und seiner

Plötzlichkeit es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich halte, daß die jetzige Majorität des Reichtages die später nachgesuchte Indemnität erteilt, wenn der Vertreter der Regierung selbstverständlich erklärt: es war zum Schutze deutscher Interessen und deutschen Kapitals notwendig.

Also nicht die mangelnde Kenntnis der Verfassung sondern das mangelnde Vertrauen zur Regierung und zur Majorität des Reichstages war die Ursache des Zwischenrufes. (Lebhafter Beifall).

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein.

Singer: Wir kämen zunächst zur Abstimmung über die zum Punkt „Massenstreik" gestellten Resolutionen und Amendements. Ich schlage Ihnen vor, die Resolution 136 als Grundlage für die Abstimmung zu nehmen, zu deren ersten und zweiten Teil die Amendements gestellt sind. Ich schlage weiter vor, daß diese Resolution 136 durch Vorabstimmung über die Amendements den Wortlaut erhält, den der Parteitag für richtig befindet.

Zum ersten Teil der Resolution liegen vor: das Amendement Legien-Bebel (Nr. 171) und der Antrag 166. Zum zweiten Teil der Resolution liegt vor der Antrag 170 mit den dazu gestellten Amendements Nr. 163, 164 und 165.

Wenn die Resolution in der Form, wie sie durch die Vorabstimmung sich ergeben wird, angenommen wird, würde ich sämtliche dazu sonst noch vorliegenden Anträge: 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 142, 145, 157 und 166 für erledigt erklären. Im anderen Falle würde der Reihe nach über sie abgestimmt werden.

Auf Grund genügend unterstützter Anträge würde die Abstimmung über das Amendement Legien-Bebel (171), über das Amendement Kautsky (170) und über die Gesamtresolution eine namentliche sein.

Kautsky (zur Geschäftsordnung): Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu der Abstimmung zu machen. Wir haben unsere Resolution eingebracht — den Schlußsatz — weil wir es für notwendig hielten, daß diese Grundsätze klipp und klar von dem Parteitag angenommen würden. Nun hat sich aber im Laufe der Diskussion das Sonderbare herausgestellt, daß eine ganze Reihe von Rednern, darunter der Referent selbst, erklärt haben, diese Grundsätze seien selbstverständlich, sie müßten aber abgelehnt werden aus gewissen taktischen Rücksichten der Zweckmäßigkeit. Wenn wir nun jetzt über unseren Antrag abstimmen, so stimmen wir nicht darüber ab, ob diese Grundsätze richtig sind, sondern ob diese Gründe der Opportunität maßgebend sind. (Unruhe und Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich habe mit dem Genossen Kautsky ausdrücklich verabredet, als er mir mitteilte, er wolle den Antrag zurückziehen und verlange das Wort dazu, daß er auf eine Begründung seines Antrages auf Zurückziehung nicht eingehen könne. Ich habe ihn einige Sätze sprechen lassen, um den Sinn der Zurückziehung klarzulegen, aber ich möchte bitten, keine längeren Ausführungen zu machen.

Kautsky: Ich glaube, der Sinn ist ganz klar. Nach den voraufgegangenen Ausführungen wäre die Abstimmung gefälscht gewesen und hätte nicht die richtige Stimmung des Parteitages wiedergegeben. Um dem zu entgehen und eine einstimmige Annahme der Resolution zu ermöglichen, ziehen wir unseren Antrag, das heißt den Schluß desselben zurück. (Bravo!)

Singer: Damit würden wohl auch selbstverständlich die zu diesem Teile der Resolution gestellten Amendements 164 und 165 zurückgezogen sein. Auch Antrag 166 ist zurückgezogen.

Stadthagen: Darf ich fragen, von wo an die Nummer 170 zurückgezogen sein soll? Hier wird angenommen, lediglich von den Worten: „Dies ist geboten" an. (Widerspruch.)

Singer: Ich habe die Erklärung nicht anders auffassen können, als daß Kautsky seine Resolution aufrechterhält bis zu den Worten: „Vom Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden".

Kautsky: Nein, wir halten die Resolution aufrecht bis zu den Worten: „In diesem Sinne zu wirken".

Singer: Danach bleiben doch die zum zweiten Teil der Resolution gestellten Amendements zurückgezogen. Ich möchte nun meinen, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über die früher bestandene Resolution Kautsky nur den Sinn hatte, die jetzt zurückgezogenen Sätze zur besonderen Abstimmung zu bringen, während ja über die ersten Sätze Einmütigkeit in der Diskussion geherrscht hat. Wenn das der Fall ist, würde sich diese namentliche Abstimmung erübrigen (Zustimmung der Antragsteller).

Wir kommen nun zu der Resolution 186, hierzu liegt vor das Amendement 171 (Legien-Bebel). Die Abstimmung über dieses Amendement 171 wird namentlich sein.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist die Annahme des Amendements Legien-Bebel mit 823 gegen 62 Stimmen.

Mit Ja stimmten: Ackermann, Adelung, Albert, Dr. Alberty, Albrecht, Armbrust, Adamek, Auer Augustin, Baader, Bahrdt, Bartel, Alb. Bartels, Fr. Bartels, Baerer, Linch. Baumann, Bamert, Baudert, Bäumler, Bebel, Bechtold, Beck, Beeck, Beier, Bellin, Bérard, Bergemann, Berten, Berthold, Alfr. Bernstein, Blos, Bock, Böcker, Bömelburg, Bonack, Borgmann, Bormann, Bosse, Brand, Brandes, Dr. A. Braun, Dr. H. Braun, Lily Braun, Brey, Bruhns, Brückner, Brüggemann, Brühne, Bruns, Buchner, Bühler, Buhl, Busold, Crispien, Datz, Däumig, David, Deuper, Demtröder, Dickreiter, Dieseler, Dietz, Dippel, Dißmann, Dobrohlaw, Dörnke, Dunker, Dreesbach, Drescher, Dubber, Ebert, Eberhardt, Erhart, Ehrler, Ehrlich, Efftinge, Eilken, Eitzerodt, Ad. von Elm, Engelmann, Engler, Ermischer, Ernst, Fauth, Feldmann, Feldmüller, Fentz, Findewirth, Edm. Fischer, Friedr. Fischer, Rich. Fischer, Fleißner, Folge, Foerster, Förster, Freiwaldt, Friedrich, Fritzsch, Fröhlich, Frölich, Frohme, Freythaler, Fuchs, Galke, Ad. Geck, Gebres, Gehrmann, Geißler, Gerisch, Gödecke, Gradnauer, Grahl, Greifenberg, Grimpe, Groth, Grumbach, Grünberg, H. Haase, W. Haase, Hackelbusch, M. Hagen, Hahn, Hamm, Hartmann, Haupt, Haverkamp, Hänsch, Hänchen, Hein, Heinze, Hennig, Hengsbach, Herbert, Hensgen, M. Hernowsky, Fr. Hernowsky, Herzfeld, Hensel, Heymann, Hildenbrandt, Hoch, Hofer, Hofmann, Ad. Hoffmann, Jos. Hoffmann, K. Hoffmann, P. Hoffmann-Berlin, Höhne, Horn, Herm. Holzapfel, Friedr. Holzapfel, Hölzer, Höllerich, Honrath, Horn, Hornung, Horter, Hus, Hug, Hugel, Hünecke, Heer, L. Jahn, Jansen, Iseler, Jungnickel, Dr. Jasper, Kaden, Kahnt, Keil, Keip, Kiesel, Killinger, Kirchpfennig, Kirchmayer, Kleemann, Knieriem, Jul. Koch, W. Koch, Kolb, Koenen, Koersten, Krasemann, Kronshage, Kröger, Krüger, Kurz, Lange, Laubsch, Leber, Legien, Aug. Lehmann, Leinert, Leopoldt, Leutert, Dr. Liebknecht, Liepmann, Limbertz, Linde, Dr. Lindemann, Litzinger, Löwenstein, Ludwig, Mahlke, Mahn, Marx, Matschke, Mattutat, Mehrens, Meist, Menge, Merges, Merkel, Meyer, Mollenbuhr, H. Müller, P. Müller, Münzer, Neumann, Niebuhr, Nitsch, Nitschke, Noske, Notwag, Notwagraßl, Obst, Oppel, Paetzel, Pauler, Paulisch, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pfeiffle, Pickelmann, Plum, Pohl, Preßmar, Profit, Dr. Quarck, Quessel, Rauch, Reichel, Rink, Rössel, Runge, Ruppenstein, Rupprecht, Rißler, Sachse, Schadow, Scheibe, Scheidemann, Schinkel, Schlegel, Schmitt, R. Schmidt-Schwedt, R. Schmidt-Berlin, A. Schmidt, R. Schmidt, W. Schmidt, Schmitz jr., Schnabrich, H. Schneider, Schnettler, A. Schön, L. Schön, Schönfelder, Schöpflin, Schrader, Schubert, R. Schulz, Frau Schulze, H. Schulze, Schütz, Säckler, Seelmann, Seidel, Sennhold, Seufert, Severing, Sidow, Silberschmidt, Simon, Singer, Sippel, Sörensen, Spaniol, Stadthagen, Staiger, Stegen, Stelling, Stelzer, Stolpe, Stuck, Strehl, Ströbel, Trabalski, Treu, Thiele, Trott, Ulrich, Voigt, Wetterlein, Veith, Wald,

Winkelmann, Wels, Wuttke, Walther, Wiesner, Wicklein, Wohack, Winkler, Wolf, Wasser, Wick, Frau Wengels, Wengels, Wehmann, Zahn, Zickler, Zucht, Zorn.

Mit Nein stimmten: Baumert, Otto Braun, Eckardt, Eichhorn, H. von Elm, Ewald, Faas, Marie Geck, Gewehr, Geyer, Goldstein, Grauer, Grenz, Grunow, Grünig, Gündel, Haberland, Hagen, Häuser, Heinrichs, Henning, Hoffmann-Hamburg, Kahle, Kautsky, Kimmel, Kitz, Knauf, Krohn, Ledebour, Lipinski, G. Lehmann, Lohmann, Luxemburg, Maaß, Martin, Mucker, R. Müller, Niendorf, Pollender, Raute, Reißhaus, Rindfleisch, Rönnau, Schneider, H. Schulz, K. Schulz, Schwartz, Sasse, Seige, Seikel, Stengele, Stolle, Störtz, Stubbe, Süßkind, Thiel, Winter, Wimmer, Wollermann, Warttig, Zietz und Zubeil.

Nunmehr wird die Abstimmung über das Amendement Kautsky Nr. 170 vorgenommen: Zum ersten Teile dieses Amendements sind Abänderungsanträge nicht gestellt, zum zweiten Teil erster Satz liegt das Amendement 168 vor.

Dieses Amendement wird angenommen. In der Abstimmung wird die so gestaltete Resolution Kautsky (170) angenommen.

Damit hat die Resolution Bebel (136) folgende Gestalt erhalten:

I.

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."

II.

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken."

Die so geänderte Resolution wird in namentlicher Abstimmung mit 388 gegen 5 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmten: Ackermann, Adelung, Albert, Albrecht, Armbrust, Adamek, Auer, Auguſtin, Baader, Bahrdt, Bartel, Alb. Bartels, Fr. Bartels, Barrer, Linchen Baumann, Wilh. Baumann, Baumert, Baudert, Bäumler, Bebel, Bechtold, Beck, Beeck, Beier, Bellin, Bérard, Bergemann, Berten, Berthold, Bernſtein, Bock, Böcker, Bömelburg, Bonack, Borgmann, Bormann, Boſſe, Brand, Brandes, Dr. A. Braun, Dr. H. Braun, Lily Braun, Otto Braun, Bretz, Bruhns, Brückner, Brüggemann, Brühne, Bruns, Büchner, Bühler, Buhl, Buſold, Crispien, Datz, Däumig, David, Deuper, Demtröder, Dickreiter, Dieſeler, Dietz, Dippel, Ditzmann, Dobrohlaw, Dörnle, Dunker, Dreesbach, Dreſcher, Dubber, Ebert, Eberhardt, Ehrhart, Ehrler, Ehrlich, Elchhorn, Efftinge, Eilken, Eitzerodt, Ad. v. Elm, Engelmann, Engler, Ermiſcher, Ernſt, Ewald, Faatz, Fauth, Feldmann, Feldmüller, Fentz, Findewirth, Friedr. Fiſcher, Edm. Fiſcher, Rich. Fiſcher, Fleißner, Folge, Foerſter, Förſter, Freiwaldt, Friedrich, Fritſche, Fritzſch, G. Fröhlich, M. Frölich, Frohme, Dr. Frank, Freythaler, Fuchs, Galke, Marie Geck, Adolf Geck, Gehres, Gehrmann, Geißler, Geriſch, Gewehr, Geyer, Göbecke, Goldſtein, Gradnauer, Grahl, Grauer, Greifenberg, Grenz, Grimpe, Groth, Grumbach, Grünberg, Grünig, Gundel, Hugo Haaſe, Wilh. Haaſe, Haberland, Hackelbuſch, Ant. Hagen, Magda Hagen, Hahn, Hamm, Hartmann, Haupt, Haverkamp, Hänſch, Häncken, Häuſer, Hein, Heinrichs, Heinze, Hengsbach, Hennig, Henning, Hensgen, Herbert, Marie Hernowsky, Fritz Hernowsky, Herzfeld, Henſel, Heymann, Hoch, Hofer, Hofmann, Ad. Hoffmann, Joſ. Hoffmann, Steſ. Hoffmann, Paul Hoffmann-Hamburg, Paul Hoffmann-Berlin, Karl Hoffmann, Höhne, Horn, Herm. Holzapfel, Friedr. Holzapfel, Hölzer, Höllerich, Honrath, Horn, Hornung, Horter, Hug, Hugel, Hünefe, Heer, L. Jahn, H. Jahn, Janſen, Iſeler, Jungnickel, Dr. Jasper, Kaden, Kahla, Kahnt, Kähler, Kautsky, Keil, Keip, Kieſel, Killinger, Kimmel, Kirchpfennig, Kirchmayer, Kitz, Kleemann, Knauf, Knieriem, Jul. Koch, Wilh. Koch, Kolb, Koenen, Körſten, Kraſemann, Krohn, Kronshage, Kröger, Krüger, Kurz, Lange, Laubſch, Leber, Ledebour, Legien, Aug. Lehmann, Guſt. Lehmann, Leinert, Leopoldt, Leutert, Dr. Liebknecht, Liepmann, Limbertz, Linde, Dr. Lindemann, Lipinski, Litzinger, Lohmann, Löwenſtein, Ludwig, Luxemburg, Maaß, Mahlke, Mahn, Martin, Marx, Matſchke, Mattutat, Mehrens, Meiſt, Menge, Merges, Merkel, Meyer, Mollenbuhr, Mucker, Kath. Müller, Herm. Müller, Paul Müller, Rob. Müller, Ad. Müller, Neumann, Niebuhr, Niendorf, Nitſch, Nitſchke, Noske, Nowag, Nowagratzki, Obſt, Oppel, Paetzel, Pauler, Pauliſch, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pfeiffle, Pickelmann, Plum, Pohl, Pollender, Preßmar, Proſtt, Dr. Quarck, Dr. Queſſel, Rauch, Raute, Reichel, Reißhaus, Rindfleiſch, Rink, Rönnau, Röſſel, Runge, Ruppenſtein, Rupprecht, Rußler, Sachſe, Schadow, Scheibe, Scheidemann, Schinkel, Schlegel, Schmitt, Rob. Schmidt-Schwedt, Rob. Schmidt-Berlin, Alb. Schmidt, Rich. Schmidt, Wilh. Schmidt, Schmitz jr., Schnabrich, Ernſt Schneider, H. Schneider, Schnettler, Alb. Schön, Ludw. Schön, Schönfelder, Schöpflin, Schrader, Schradin, Schubert, Reinh. Schulz, H. Schulz, Karl Schulz, Frau Schulze, Herm. Schulze, Schwartz, Schütz, Saſſe, Säckler, Seelmann, Seidel, Seige, Seikel, Sennhold, Seufert, Severing, Sidow, Silberſchmidt, Simon, Singer, Sippel, Sörennſen, Spaniol, Spindler, Stadthagen, Staiger, Stegen, Stelling, Stelzer, Stengele, Stolle, Stolpe, Störtz, Stubbe, Stuck, Strehl, Ströbel, Süßkind, Trabalski, Treu, Thiel, Thiele, Trott, Ulrich, Voigt, Vetterlein, Veil, Wald, Winkelmann, Wels, Winter, Wimmer, Wuttke, Walther, Wollermann, Wartig, Wiesner, Wicklein, Woyack, Winkler, Wolf, Waſſer, Zick, Frau Wengels, Wengels, Wehmann, Zahn, Zietz, Zickler, Zubeil, Zucht, Zorn.

Mit Nein stimmten: Dr. Alberty, Eckardt, H. v. Elm, Grunzel und Heu.

Das Resultat der Abstimmung wird mit Beifall begrüßt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Singer: Es ist wünschenswert und würde zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen, wenn wir im Anschluß an diese Diskussion die Anträge verhandeln würden, die sich noch auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei beziehen. Eine Behandlung dieser Anträge unter dem Eindruck der vorhergehenden Diskussion würde sehr nützlich sein.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Es handelt sich um den Antrag 160, der an Stelle des zurückgezogenen Antrages 147 steht, ferner um die Anträge 162, 108 und 107, die sämtlich genügend unterstützt werden. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 104, 105, 129, 133 Absatz 1 und 146.

Außerdem liegt vor ein genügend unterstütztes Amendement Duncker-Dresden, dem Antrag 162 hinzuzufügen: „und erwartet, daß ihrem Eintritt dort nichts in den Weg gelegt wird".

Gleichfalls genügend unterstützt ist Resolution Zubeil (Nr. 178), die an Stelle der Anträge 160 und 162 treten soll.

Singer: Ich nehme an, daß das Amendement Duncker auch für diese Resolution gelten soll. (Zustimmung.)

Endlich steht noch das Amendement 169 zur Resolution 162 zur Debatte.

Das Wort zur Begründung der Resolution 160 erhält

v. Elm: Wenn es auf meine Person allein ankäme, würde ich den Antrag 160 zurückziehen. Dazu bin ich aber nicht in der Lage, da der Antrag von einer größeren Zahl von Genossen unterschrieben ist. Der Unterschied zwischen unserem Antrage und dem Antrag 162 des Parteivorstandes ist kurz folgender: Zunächst wird in unserem Antrage die Veröffentlichung von Teilen des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz durch die „Einigkeit" verurteilt. Nachdem dies bei den vorausgegangenen Debatten von allen Seiten, auch vom Parteivorstand, mit aller Entschiedenheit geschehen ist, können wir es damit vollständig genügen lassen.

Dann wird in dem Antrag vom Parteivorstand und der Kontrollkommission verlangt, daß die Anarchosozialisten aus unseren Reihen ausgeschlossen werden. Ich will dazu bemerken, daß ein Teil meiner Mitantragsteller, als wir die Resolution berieten, sich für einen direkten Ausschluß nicht ohne weiteres erwärmen konnte. Die neueste Nummer der „Einigkeit" erklärt nun aber folgendes: „Unser Weg ist vorgezeichnet. Allen revolutionären Geistern innerhalb der deutschen Proletarierklasse sind die Türen unserer Organisation geöffnet. Wir werden trotz Parteitagsbeschlüssen als gewerkschaftliche Klassenkampforganisation den Beschlüssen folgen, die auf unseren Kongressen gefaßt werden. (Hört, hört!) Als Gewerkschaft gelten für uns die Beschlüsse des siebenten Kongresses der vereinigten deutschen Gewerkschaften." Nachdem so die „Einigkeit" erklärt hat, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen Parteitagsbeschlüssen Rechnung tragen wollen, glaube ich, muß die notwendige Konsequenz unsererseits sein, daß wir erklären: Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit den Leuten, sie haben sich selbst außerhalb des Rahmens der Parteiorganisation gestellt. (Sehr richtig!) Wenn sie trotzdem innerhalb derselben bleiben wollen, so nur deshalb, um unsere Organisationen zu ihren Zwecken auszunutzen. Um das unmöglich zu machen, müssen wir heute für den Ausschluß eintreten. Die Resolution ihres letzten Kongresses, die nun für sie für maßgebend erklärt wird, sagt, daß der Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt werden muß. Revolutionärer Sozialismus ist aber in ihrem Sinne etwas anderes,

als im Sinne der Sozialdemokratie. Das kommt ausdrücklich in dem zweiten Passus der Resolution zum Ausdruck, wo es heißt, daß dieser revolutionäre Sozialismus zum Ausdruck gebracht werden muß in der Propaganda für die Idee des Massen- und Generalstreiks. Das sind anarchistische Tendenzen, wie sie bei den Lokalisten schon früher zutage getreten sind. So in der Versammlung der Lokalisten im August 1904, in der Dr. Friedeberg über Parlamentarismus und Generalstreik referierte. Seine Ausführungen, die allseitige Zustimmung fanden, gingen dahin: wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nachweinen. Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen und hat uns keinen Vorteil gebracht. Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit man den Klassenstaat tödlich treffen kann. Die damals angenommene Resolution lautete in dem gleichen Sinne, daß mit dem Parlamentarismus eine Verschleierung der Ziele des Sozialismus verknüpft sei. Ebenso wurde im September 1905 in der bekannten Feenpalastversammlung eine Resolution angenommen, nach welcher der Generalstreik das einzige Mittel zum Sturz des Kapitalismus sei.

Während nun die Gewerkschaften von vornherein die anarchosozialistische Bewegung im Interesse der Partei bekämpft haben, hat leider dieselbe energische Abschüttelung in den Kreisen der Parteigenossen in Berlin nicht stattgefunden. Der „Vorwärts" brachte nach der Feenpalastversammlung einen geharnischten Artikel gegen die Anarchosozialisten. Damals aber war es Stadthagen, der indirekt im „Vorwärts" das Vorgehen der Anarchosozialisten entschuldigte und die Hauptschuld auf die nicht genügende prinzipielle Aufklärung durch die Redaktion des „Vorwärts" schob. Auch die „Leipziger Volkszeitung" hat damals das Vorgehen entschuldigt, sie schrieb: „Die weltpolitische Krisis, die von dem Umsturz in Ostasien sich herleitet und die gesamten Verhältnisse Europas wie der neuen Welt erschüttert, erstreckt sich auch auf die deutsche Arbeiterklasse. Man fühlt instinktiv, wenn man es auch nicht klar erkennt, daß man großen welthistorischen Konflikten und Entscheidungen entgegengeht und daß für den bevorstehenden Kampf die bisher gebrauchten Waffen nicht genügen. In solchen Perioden klappt nicht alles wie auf dem Exerzierplatz. In dem Schieben und Drängen der Massen geht es mal auch ein wenig drunter und drüber. Das schadet auch schließlich nicht so viel. Das Schwergewicht der Massenbewegung bringt das doch alles wieder in Ordnung." Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß noch im letzten Jahre drei „Vorwärts"-Redakteure die Anarchosozialisten indirekt dadurch unterstützten, daß sie bei ihnen die Mairede hielten. Noch ist einer von den Lokalisten heute Stadtverordneter in Berlin. Bei diesen Konfusionsräten ist eben alles möglich. Während Friedeberg es für richtig hielt, sein Mandat niederzulegen, hat es dieser Genosse nicht getan. Bezeichnend ist dabei nur, daß die Berliner Parteigenossen die anarchosozialistischen Bestrebungen dadurch indirekt fördern, daß sie solche Leute zu ihren Vertrauensmännern machten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Bezeichnend ist auch, daß sämtliche Drucksachen dieser Leute vom Parteiverlag gedruckt werden. Erst kürzlich hat die bekannte Absplitterung vom Metallarbeiter-Verband stattgefunden. In der ersten Nummer des Organs der neuen Organisation hieß es: „So sieht der größte deutsche Verband — der Metallarbeiter-Verband — aus, ein hohler in sich kranker Koloß auf tönernen Füßen, vor dem zurzeit niemand Respekt hat. (Heiterkeit.) Wäre die Organisation gesund, so könnte sie mit 800 000 Kämpfern unter kluger Leitung ganz Deutschland in die Schranken rufen. (Heiterkeit.) Jede Aussperrung, ja die Androhung einer solchen muß mit Massenstreiks beantwortet werden." (Heiterkeit.) Mit derartig konfusen Ideen ist das ganze Organ gedüngt, und diese Zeitung wird gedruckt in der Vorwärtsdruckerei. (Hört! Hört!) Ebenso die hier verteilte Broschüre: Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterklasse? (Hört! Hört!)

Singer: Ich möchte nur gleich bemerken, daß diese Broschüre von Parteitags wegen nicht verteilt worden ist.

v. Elm: Nein, aber sie ist am Eingang verteilt. Wenn solche Broschüren in Parteidruckereien gedruckt werden, so wird ihnen dadurch der Stempel der Partei aufgedrückt, und sie erscheinen der Masse weniger gefährlich, als wenn sie anderswo gedruckt werden. Die Leute werden natürlich auch über die Knebelung der Meinungsfreiheit schreien, aber wenn sie sich direkt außerhalb der Partei stellen, haben wir keine Veranlassung, ihnen unsere Institutionen, die von den Geldern der organisierten Arbeiter erhalten werden, zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Parteitagsbeschlüsse haben diese Leute nie respektiert. (Hört! hört!) Der Hallesche Parteitag hat erklärt, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich in Zentralverbänden organisieren sollen, auch die Lübecker Resolution hat sich nach dieser Richtung geäußert. Aber jeder Appell an ihre Genossenehre ist bisher vergeblich gewesen. Und alle Einigungsversuche sind nichts weiter als Zeitvergeudung. Als direktes Verbrechen an der Arbeiterbewegung muß ich es bezeichnen, wenn diese Leute nicht nur ihre Tätigkeit auf die Großstädte beschränken, sondern nach Oberschlesien, Rheinland und Westfalen gehen und die rüdeste Agitation gegen die Zentralverbände betreiben. In Oberschlesien hat die Generalkommission mit großen Kosten Stützpunkte für die Arbeiterorganisation geschaffen. Dorthin kommen nun diese Leute und suchen gerade jetzt, wo der Kampf für die Gewerkschaften ohnehin schwer ist, Zersplitterung hervorzurufen. Und wenn man ihre Agitation ansieht, so ist sie nichts weiter als ein Schimpfen auf die Zentralverbände. So heißt es in der letzten Nummer der „Einigkeit" in einem Bericht aus Düsseldorf: „Kollegen, wenn es Euch nun ernst ist mit Eurem Bestreben, die elenden Verhältnisse innerhalb unseres Gewerbes zu bessern, dann nehmt Abkehr von jenen Verbandspfaffen, welche kein Interesse daran haben, Eure elende Lage zu verbessern, denn für dieselben ist ja die soziale Frage längst gelöst. Eure Führer haben das eigenste Interesse daran, mit den Unternehmern in Harmonie zu leben, um ihr ruhiges, beschauliches, geldeinnehmendes Dasein weiterführen zu können. Bricht irgendwo ein Kampf aus, dann fahren sie wie die aufgescheuchten Raben auseinander, aber nicht um Eure Führer in diesem Kampfe zu sein, sondern um Euch möglichst wieder in das alte Elend zurückzuführen." Mit der Wiedergabe dieser Probe dürfte die Agitationsweise dieser Leute genügend gekennzeichnet sein. In Oberschlesien haben die Zentralverbände gegen die Hirsch-Dunckerschen, christlichen und polnischen Organisationen zu kämpfen. Durch die Agitation der Anarchosozialisten gegen die Zentralverbände werden die Arbeiter von unserer Bewegung überhaupt abgehalten, die polnische Agitation hat den Vorteil davon. Das beweisen auch die Wahlen in Beuthen und Kattowitz, wo durch die Zersplitterung die Polen an Stimmenzahl ganz erheblich gewonnen haben. Weiter haben diese Herrschaften indirekt und direkt Verrat an der Arbeitersache geübt, indem sie den Kapitalisten Material gegen die Gewerkschaften geliefert haben.

So hat die „Einigkeit", als seinerzeit der Maurer Machate zu L...lau im Oktober 1908 zu $1^1/_2$ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er zwei Kollegen zum Eintritt in die Organisation aufgefordert und sie dabei auf die Zehen getreten haben soll, die Strafe gebilligt und gemeint, wenn man sich der Zentralverbändler absolut nicht erwehren könne, müsse man sich an den Staatsanwalt wenden. (Hört! hört!)

Ueber die Veröffentlichung des Protokolls will ich weiter nicht reden. Aber doch noch eins! Auf der Konferenz, die hier besprochen worden ist, ist von den Gewerkschaftsführern beraten worden über Abwehrmaßregeln gegen die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber. Die „Einigkeit" hat diesen Teil des Protokolls nicht veröffentlicht, aber das anarchistische Blatt der „Freie Arbeiter" brachte diesen Teil des Protokolls, und was das bedeutet, weiß jeder von Ihnen.

(Sehr richtig.) Denn wenn man das, was in internen Kreisen beraten wird, den Unternehmern verrät, so ist das eben so gemein, daß kein Wort scharf genug ist, um ein solches Vorgehen zu verurteilen. (Sehr richtig!) Woher hat nun der „Freie Arbeiter" das Material genommen? Die Protokolle sind nur in wenigen Exemplaren verteilt worden. Ausgeschlossen ist, daß außer dem einen Exemplar, welches die „Einigkeit" sich widerrechtlich verschafft hatte, auch dem „Freien Arbeiter" noch ein zweites in die Hände gefallen sein sollte. Daraus sehen Sie, wie die Anarchisten mit den Anarchosozialisten Hand in Hand arbeiten und direkt Verrat an der Arbeitersache üben. Darum ist es notwendig, daß wir diese Gesellschaft von unseren Rockschößen abschütteln. Ihre Auffassung über den Massenstreik kennen wir. Aus den wenigen Proben, die ich gegeben habe, ersehen Sie, daß sie den Massenstreik und den Generalstreik nicht nur anwenden wollen, um politische Volksrechte zu erobern oder zu verteidigen, sondern sie wollen ihn bei jeder Gelegenheit anwenden, um den Achtstundentag zu bekommen, zur „Desorganisation der heutigen Gesellschaft" und stellen sich damit vollständig auf den Boden des Anarchismus. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir uns das nicht mehr gefallen lassen. Die Leute haben sich durch ihre Agitation und ihre Beschlüsse längst außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Sie sind die zersetzenden Elemente in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, und darum müssen wir einmütig gegen sie Stellung nehmen. Ich ersuche Sie deshalb, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Nachdem Elm unsere Resolution (162) selbst zur Annahme empfohlen hat, brauche ich auf den Unterschied zwischen seiner und unserer Resolution nicht mehr einzugehen. Aber wir können nicht, wie es Elm durchblicken ließ, ohne weiteres alle Leute ausschließen, die Mitglieder einer lokalen Organisation sind. Wir sind durch das Organisationsstatut gebunden. Hiernach kann zur Partei nicht gehören, wer sich einen groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Zweifellos bildet die Agitation für die anarchosozialistischen Grundsätze einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm. (Sehr richtig!) Die Lokalistenorganisationen an sich sind ja genau genommen Rudimente aus früherer Zeit, deren Gründung wesentlich veranlaßt ist durch die früheren vereinsgesetzlichen Bestimmungen. Das Inverbindungtreten politischer Vereine war verboten. Die Gewerkschaften waren durch die bekannten von Tessendorf eingeleiteten Prozesse als politische Vereine und jede Mitgliedschaft einer Zentralorganisation für einen selbständigen Verein erklärt worden. Daher mußten selbstverständlich die Lokalorganisationen entstehen. Aber es gibt auch andere Zentralisationen, die durch die örtlichen und besonderen Verhältnisse einzelner Gewerbe bedingt sind, z. B. den Schleiferverband in Solingen. Ich glaube nicht, daß wir soweit gehen können, auch darüber ganz bestimmte Vorschriften zu machen. Wenn aber diese Organisationen zu einer direkten Agitation gegen die Partei benutzt werden, wie es ja zum Teil in Berlin geschehen ist, wo man einfach das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als vollkommen wertlos für die Arbeiterschaft erklärte, so liegt darin zweifellos ein grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogrammms und in diesen Fällen reicht unser Organisationsstatut aus. Die Veröffentlichung des Protokolls durch die „Einigkeit" und die sich daran anschließende Diskussion war doch viel weniger darauf berechnet, für die Lokalorganisationen, die ja an ständigem Mitgliederschwund leiden, neue Mitglieder zu werben, als vielmehr einen Verstoß gegen Partei und Gewerkschaften zu unternehmen. (Sehr richtig!) Also: soweit die Mitglieder der Lokalorganisationen dazu übergehen, die Grundsätze des Parteiprogramms als wertlos zu bezeichnen, die Partei anzugreifen, Zersplitterung in die

Reihen der Arbeiter hineinzutragen, liegen zweifellos die Voraussetzungen für einen Ausschluß vor. Und wenn er bisher nicht erfolgt ist, so deshalb, weil noch keine Organisation einen Antrag gestellt hat. Nun bin ich keineswegs der Meinung, daß wir ohne weiteres in der Allgemeinheit erklären sollen, jedes Mitglied einer freien Vereinigung soll ausgeschlossen werden, sondern wir haben uns darauf zu stützen, daß gegen die Personen, welche im anarchosozialistischen Sinne agitieren und dadurch die Partei schädigen, mit dem Ausschlußverfahren vorgegangen wird.

Die Resolution 103 will nichts mehr und nichts weniger, als gewissermaßen eine Verschmelzung der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung. Der Parteitag soll über diese Dinge beschließen, über die die Gewerkschaften selbst ein völlig freies Bestimmungsrecht haben und haben müssen. Wir können doch nicht ohne weiteres bestimmen, daß Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission hinzugezogen werden sollen oder daß gemeinschaftliche Sitzungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission abgehalten werden und dergleichen. Alles das liegt außerhalb der Kompetenz des Parteitages. Und was will man tun, wenn man wirklich einige Mitglieder des Parteivorstandes in die Generalkommission wählen und diese es ablehnen würde, die Mitglieder des Parteivorstandes an ihren Sitzungen teilnehmen zu lassen oder umgekehrt? Meiner Ansicht nach haben Partei und Gewerkschaften ganz getrennte Gebiete in der Arbeiterbewegung, auf denen sie vorgehen. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Lage der Arbeiterklasse innerhalb der heutigen Gesellschaft zu verbessern. Die Partei hat auf politischem Gebiete alles das zu erringen, was durch die Gesetzgebung errungen werden muß, um gleichzeitig die Sozialisierung der Gesellschaft anzustreben. Das Arbeitsgebiet ist geteilt, und es ist dringend notwendig, daß die Organisationen sich dem anpassen. Die Gewerkschaften haben infolgedessen die Organisation nach Berufsklassen eingeteilt. Würden wir aber Partei und Gewerkschaften verschmelzen, dann würden wir auch die Partei in Berufsgruppen zersplittern und ihre Aktionsfähigkeit schwächen. In der Partei haben wir alle zusammenzuwirken; eine Trennung nach Berufen wäre schädlich. Wir dürfen nicht den Gewerkschaften über ihre Köpfe hinweg Vorschriften machen; denn dann könnten schließlich auch die Gewerkschaftskongresse der Partei die Marschroute vorschreiben wollen. Man hat darauf zu achten, daß die Kompetenzen nicht überschritten werden. Da auch die erste Resolution von Elm gewissermaßen eingreift in die mehr internen Angelegenheiten der Gewerkschaften, haben wir uns veranlaßt gesehen, die Resolution 162 einzubringen, die nach unserer Ansicht vollkommen ausreicht. Daß in der Parteipresse die anarchosozialistischen Bestrebungen bekämpft werden, halte ich für ganz selbstverständlich. Die Parteipresse hat selbstredend immer den Standpunkt der Sozialdemokratie zu vertreten. Dazu brauchen wir keine besonderen Resolutionen. Sowie die Parteipresse die anarchosozialistischen Bestrebungen unterstützen würde, wäre es Aufgabe des Parteivorstandes, die betreffenden Preßkommissionen darauf aufmerksam zu machen. Was sich von selbst versteht, braucht man nicht erst zu beschließen, sondern das kann man ruhig dem Gange der Dinge überlassen. Ich möchte Sie also bitten, alle Anträge bis auf die Resolution 162 abzulehnen. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin begründet den Antrag 103. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich näher darlegen, daß ein Bedürfnis nach Herbeiführung einer engeren Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften besteht; es fragt sich nur, in welcher Weise dies Ziel zu erreichen ist. Die Vorschläge unseres Antrages zu a, b und c sind nicht von den Osthavelländern entdeckt worden, sondern nichts weiter, als was von Richard Fischer,

von Elm, von Poetzsch und anderen bei verschiedenen Gelegenheiten bereits in Vorschlag gebracht worden ist. Das einzig Neue in dem Antrag sind die Punkte d und e; d eigentlich auch nicht recht, denn der Sinn dieses Teiles ist auch bereits tausendfältig von den Genossen akzeptiert worden.

Der Gedanke einer organisatorischen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft ist nicht nur ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, sondern auch in anderen Ländern bereits realisiert. Ich weise nur hin auf Dänemark, Oesterreich, Belgien, Holland, Schweden. Da sind Partei und Gewerkschaften zu einer höheren Einheit, zu einer Synthese zusammengefaßt und zwar, ohne daß dadurch die Bewegungsfreiheit einer der beiden Organisationen gestört wäre. Denn natürlich kann keine Rede davon sein, daß die eine Organisation zu Gunsten der anderen abdankte, gebunden oder geknebelt, oder auch nur in der Ausübung der ihr wesentlichen Funktionen gehemmt werde. Selbst in Frankreich wird trotz des dort verbreiteten antiparlamentarischen Syndikalismus neuestens eine solche Annäherung erstrebt. Wir sehen also die Verwirklichungsmöglichkeit vor uns. Und wir dürfen es nicht bei allgemeinen Sympathiekundgebungen bewenden lassen, sondern müssen den Gedanken der Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft organisatorisch, durch Schaffung dauernder Einrichtungen verwirklichen. Das ist aber nur möglich auf Grundlage der Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationen. Diese Gleichberechtigung, die gegenwärtig fast ein Dogma in der deutschen Sozialdemokratie ist, muß dazu führen, daß eine Verbindung in Form eines Kartellverhältnisses hergestellt wird. Natürlich bleiben hierbei sowohl Gewerkschaften wie Partei im wesentlichen selbständig, sie dürfen sich nicht gegenseitig verschlucken. Es gilt also, ständige Einrichtungen zur Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft zu schaffen, und an solchen Einrichtungen kommen in Frage z. B. ein Aktionsausschuß, regelmäßige Konferenzen und eine Art Personalunion zwischen beiden Zentralleitungen, und schließlich vor allem der vereinigte Partei- und Gewerkschaftskongreß, als gemeinschaftliche höchste Instanz in gewissen Fragen für beide Organisationen. Wenn wir das nicht beschließen, dann laufen wir einfach auseinander, und unsere ganzen Debatten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft haben zu keinem klaren Erfolg geführt. In kritischen Zeiten besteht stets eine Konfliktsmöglichkeit. Und wenn dann der Gewerkschaftskongreß „hü" und der Parteitag „hott" sagt, dann weiß niemand, wohin er laufen soll. Wir müssen den Mut haben, die Konsequenzen aus der gegenwärtigen Lage zu ziehen und insbesondere eine gemeinschaftliche höchste Instanz schaffen. Es bestehen gegen unseren Vorschlag, wie die internationalen Kongresse beweisen, weder juristische noch praktische Bedenken. Daß Zweckmäßigkeitsgründe dafür sprechen, ist selbstverständlich. Jedes Argument, das man etwa gegen die von uns vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Partei- und Gewerkschaftskongresse vorbringen könnte, könnte sofort totgeschlagen werden mit dem Hinweis auf die internationalen Kongresse. (Sehr richtig!) Molkenbuhr meinte: Ja, Ihr wollt über den Kopf der Gewerkschaften hinweg resolvieren, daß Organisationen geschaffen werden, die doch nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften geschaffen werden können. Das stimmt nicht. In der Einleitung unseres Antrages ist ausdrücklich davon die Rede, daß der Parteivorstand nur als unser Beauftragter die organisatorischen Vereinbarungen mit den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen herbeiführen soll. Ebenso hinfällig ist der andere Einwand Molkenbuhrs. Er hat Punkt d nicht beachtet. Nur in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, sollen beide Organisationen nicht selbständig vorgehen. Damit erledigt sich also ohne weiteres das zweite und letzte Argument Molkenbuhrs. Ich wiege mich keineswegs in dem Köhlerglauben, daß man durch organisatorische Bestimmungen alles machen kann.

Solche Einrichtungen können ebenso wertlos sein wie Beschlüsse; aber der Kitt zur Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften ist dann doch vorhanden, es ist nur nötig, ihn richtig anzuwenden. Wir müssen dem unerträglichen Uebergangsstadium, in dem sich augenblicklich die deutsche Arbeiterbewegung befindet, so schnell wie möglich ein Ende machen. Alle Beschlüsse, die wir bisher auf diesem Gebiet gefaßt haben, werden ein Schlag ins Wasser sein, wenn wir nicht die Konsequenzen ziehen, wie sie der Antrag 103 zieht. Nehmen Sie den Antrag an; er bietet die beste Grundlage zur Herbeiführung der Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft, die wir alle erstreben.

Singer teilt mit, daß zu der Resolution 162 noch ein Amendement Scheibe-Dortmund eingegangen ist, im letzten Absatz an Stelle der Worte „ersucht die Parteileitung" zu setzen: „haben die Pflicht".

Zur Geschäftsordnung erklärt

v. Elm: Nach Beendigung meiner Ausführungen haben mir eine Reihe von Genossen, die meinen Antrag mit unterschrieben haben, ihr Einverständnis damit kundgetan, daß ich denselben zurückziehe. Sollte keiner der Antragsteller Widerspruch erheben, dann ziehe ich die Resolution zugunsten der Resolution der Parteileitung hiermit zurück.

Da sich kein Widerspruch erhebt, ist die Resolution 160 und damit auch die dazu vorliegenden Amendements zurückgezogen.

Den Antrag 107 begründet

Fröhlich-Köln: Dieser Antrag bezweckt, endlich den Quertreibereien ein Ende zu machen. So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Die Waffen der Partei sind den Lokalisten zur Verfügung gestellt. Der „Vorwärts" hat diesen Zwitterorganisationen seine Spalten geöffnet, hervorragende Parteigenossen haben in ihren Versammlungen Reden gehalten. (Sehr gut!) Das ist eine indirekte Förderung jener Organisationen. (Sehr wahr.) Der Kampf der Lokalorganisationen richtet sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die eigenen Klassengenossen und dem muß ein Ziel gesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht gegenseitig zerfleischen, sondern die Arbeiter müssen sich einmütig gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Sehen Sie nur, wie sogenannte Genossen nach dem Rheinland kommen und dort unsere Gewerkschaften mit Koth bewerfen! Dagegen müssen wir einschreiten. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen. Der Antrag wird den Gewerkschaften und nicht in letzter Linie der Partei zum Segen gereichen. (Lebhafter Beifall.)

Zubeil-Berlin führt zur Begründung der Resolution 178 aus: Nachdem Elm seinen Antrag zurückgezogen hat, braucht man auf diesen Antrag nicht mehr einzugehen. Ich persönlich hätte gewünscht, daß auch der Vorstand seine Resolution zurückgezogen hätte. (Sehr richtig!) Dann hätten auch wir unsere Resolution zurückgezogen. Eine Frage von so hochwichtiger Bedeutung wie die vorliegende, die vor allen uns in Berlin eine ungeheuere Flut von Mißhelligkeiten und Streitigkeiten bringt (sehr richtig!), eine Frage, die uns zwingen würde, einen Teil unserer besten Parteigenossen in Berlin aus der Partei auszuschließen, da sie zum Teil auf einer anderen gewerkschaftlichen Basis stehen, hätte man uns nicht so unvorbereitet auf dem Parteitag bringen dürfen. (Sehr richtig!) Solche tiefeinschneidende Fragen sollte man so rechtzeitig zur Debatte stellen, und die Resolution so frühzeitig fassen, daß die Parteigenossen in den einzelnen Orten zu ihr Stellung nehmen können. (Sehr wahr!) Wir haben unsere Resolution gestellt, weil wir nicht nur nach links treffen wollen, sondern auch nach rechts. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Teil der Parteigenossen ist jeden Augenblick bereit, Leute von rechts mit vollen Armen aufzunehmen, nach links aber mit der größten Strenge vorzugehen. Wir haben daher diese Form gewählt. Wir sind nicht einverstanden mit der Resolution des Parteivorstandes,

die auch nur eine Seite trifft, die andere aber unbehelligt läßt. Wir haben es im Wahlkampfe 1908 erlebt, daß Leute, die in der Gewerkschaftskommission standen, aber unserer Partei nicht zugehörten, die Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpft haben, aber in der Gewerkschaftskommission in Berlin über tief einschneidende Fragen urteilen, die auch die Sozialdemokratie betreffen. (Sehr wahr!) Wenn etwas geschieht, muß es nach beiden Seiten geschehen. Dann würde eine Verständigung in der Zukunft zu erzielen sein, die heute, nach meiner Ueberzeugung nicht erzielt werden kann, weil kein Delegierter, ohne seine Parteigenossen zu hören, endgültig über diese Frage entscheiden kann. Deshalb bitte ich Sie, über die gestellten Resolutionen und Amendements, auch über die des Parteivorstandes, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Puttlitz-Berlin hat sich als Vertreter der „Einigkeit" zum Worte gemeldet. Der Parteitag beschließt, ihm vor Eintritt in die Diskussion das Wort zu gewähren.

Puttlitz: Genossen! Ich bin zu langen Ausführungen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vorbereitet und habe auch nicht die Absicht, Ihre Geduld sehr lange in Anspruch zu nehmen. Ich spreche Ihnen vor allen Dingen meinen Dank aus, daß Sie mir als Nichtdelegierten gestatten, mich zu äußern. Es ist von seiten des Genossen Elm unsere Organisation, die Organisation der Freien Vereinigung Deutschlands, in unverantwortlicher Weise angegriffen worden. Genosse Elm hat alle Gewerkschaften, die sich der Freien Vereinigung angeschlossen haben, ohne weiteres in einen Topf mit den Anarchisten geworfen. Wir sind damit nicht ganz einverstanden (Hört, hört! Widerspruch), daß man uns ohne weiteres aus den Reihen der Parteigenossen zu streichen sucht. Als Redakteur der „Einigkeit" nehme ich nach wie vor das Recht für mich in Anspruch, als demokratischer Sozialist zu gelten (Hört! hört! Lachen), weil ich davon durchdrungen bin, daß der Sozialismus in der nächsten Etappe die kapitalistische Gesellschaftsordnung ablösen wird. Die Momente, die Genosse Elm zur Begründung seines Antrages angeführt hat, kann ich auch nicht so ohne weiteres durchgehen lassen. Er zitiert die von einer letzthin gegründeten Arbeiterorganisation herausgegebene Broschüre: „Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterschaft?" Diese Broschüre hat mit unserer Organisation oder die „Einigkeit" hat mit dieser Broschüre absolut nichts zu tun. (Hört! hört!) Diese Sache wurde in solchem Zusammenhange gebracht, daß man auf den Gedanken kommen konnte, wir stünden hinter dieser Broschüre. Weiter ist von dem Genossen Elm gesagt worden, daß die „Einigkeit" harte Urteile, die über kämpfende Proletarier gefällt worden sind, gutgeheißen hätte oder damit einverstanden gewesen wäre. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Wie kann denn ein Arbeiterblatt dazu kommen, wenn in einem Lohnkampf jemand denunziert wird und wenn ein Urteil über diesen Genossen gefällt wird, das gutzuheißen. Das ist in unserer Zeitung niemals geschehen. (Oho! Hört! hört!) Wenn nun weiter gesagt wird, unsere Agitation bedeutet geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterorganisation (sehr richtig!), so ist gewiß, daß wir unsere Agitation für unsere Ansichten betreiben und daß wir dahin gehen, wo wir Anhaltspunkte für unsere Agitation finden. Wird es nicht von anderer Seite gerade so gemacht? Auch der Vorhalt, daß wir in irgend einer Weise in der Agitation von dem Parteivorstand Nachhülfe bekommen hätten, ist schon von Bebel und Liepmann zurückgewiesen worden. Wenn wir ohne die Hülfe des Parteivorstandes und trotz der Bekämpfung durch alle Zentralverbände nicht verschwunden sind, so zeigt dies doch von einer inneren Berechtigung unserer Organisation. (Lachen, Widerspruch.) Glauben Sie denn, daß in Berlin 2000 Mitglieder aus dem Metallarbeiterverband ausgetreten sind bloß um der schönen Augen Wiesenthals willen und gegen die scheelen Augen Cohens? Da müssen Gründe vorhanden sein, und

die liegen in den inneren Einrichtungen der Verbände. Selbstverständlich sind bei uns ebensogut Anarchisten wie in den Zentralverbänden. In letzteren sogar in leitender Stellung. Wenn sie dort später ihre Ansicht änderten und Sozialdemokraten wurden, so ändert dies jedoch nichts an der Tatsache, daß sie als Anarchisten eingetreten sind. Dies tut auch gar nichts zur Sache. Wenn Friedeberg das Wort von den Anarchosozialisten geprägt hat, so verlangt auch Friedeberg nicht, daß jeder, der der Freien Vereinigung der deutschen Gewerkschaften angehört, sich mit seinen Grundsätzen identifiziert. Friedeberg hat das Recht, bei uns seine Meinung zu äußern, so gut wie jeder andere. Wir wollen selbstverständlich alle revolutionären Elemente, die mit den heutigen Zuständen nicht einverstanden sind, in unserer Organisation vereinigen. Wir wollen die Anarchisten so wenig von uns abstoßen, wie es bisher die Zentralverbände getan haben. Wenn sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen wollen, dann nehmen wir sie auf. Wenn es nun als unerhört bezeichnet wurde, daß einem Lokalisten in Berlin ein Stadtverordnetenmandat übertragen wurde, so muß nach meiner Ansicht den Berliner Genossen das Recht zustehen, darüber zu entscheiden, ob sie ihn für würdig halten oder nicht. Ich glaube, daß Sie unsere Organisationen einseitig beurteilen. Wenn Sie sich von unseren grundlegenden Prinzipien und unserer Taktik informieren wollen, so müssen Sie dies auf unseren Kongressen und in unserer Presse versuchen und sich nicht nur nach einem einzelnen herausgerissenen Zitat ein Urteil bilden.

Singer: Es ist folgender Antrag Fischer-Berlin eingegangen:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Lübeckschen Resolution zu regeln und geht damit über die zur Frage der lokalorganisierten Gewerkschaften gestellten Anträge zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag charakterisiert sich als motivierte Tagesordnung. Er steht also mit zur Diskussion und kommt nach Schluß derselben zuerst zur Abstimmung.

Rosa Luxemburg: Parteigenossen! Ich glaube, es wird sich unter uns wohl keiner finden, der nicht mit dem Grundgedanken der Resolution des Parteivorstandes einverstanden wäre. Wir stehen ja hoffentlich allesamt auf dem Standpunkt, daß die Zentralorganisation die geeignetste Form für den modernen gewerkschaftlichen Kampf ist, und daß der Anarchismus heutzutage in Deutschland wie in der gesamten kapitalistischen Welt höchstens als eine Folge der geistigen Verirrung und geistigen Dekadenz der Arbeiter betrachtet werden muß. Trotz alledem aber würde ich die Annahme der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution als einen großen Mißgriff betrachten. (Sehr richtig!) Vor allem kann ich mir in meinem beschränkten Untertanenverstand (Heiterkeit) nicht klar machen, wie die Stellungnahme der Vertreter der Zentralverbände zu dieser Resolution mit ihrer Haltung zu der vorhergehenden Resolution Kautsky in Einklang gebracht werden kann. Dort, wo es sich um die selbstverständlichste Sache in der Welt handelte, daß jeder Sozialdemokrat auch innerhalb der Gewerkschaft als Sozialdemokrat handeln und die Beschlüsse der Parteitage respektieren soll, sträubte man sich mit Gewalt dagegen, weil das nach außen hin den Eindruck hervorrufen müßte, die Gewerkschaften wären ganz am Gängelbande der Sozialdemokratie. Hier aber ist man ganz damit einverstanden, daß die Sozialdemokratie eine scharfe Aktion zugunsten einer bestimmten Organisationsform der Gewerkschaft unternimmt. Ich befürchte, daß bei einer solchen Doppelstellung das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie sich etwa im Sinne jenes bekannten bäuerlichen Ehevertrages gestaltet, wo die Frau dem Manne sagte: „Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll Dein Wille geschehen; wenn wir auseinander gehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden." (Heiterkeit.) Ferner finde ich es unverantwortlich, wenn hier die

Partei gewissermaßen als Zuchtrute gegen eine bestimmte Gruppe von Gewerkschaftlern gebraucht werden soll; daß wir uns damit innerhalb der Parteireihen Zank und Zwist auf den Hals laden sollen. Es ist doch kein Zweifel, daß unter den Lokalorganisierten sehr viele brave Genossen vorhanden sind, und es wäre unverantwortlich, wenn wir, um den Gewerkschaften in dieser Frage direkt zu dienen, den Zwist in unsere Reihen hineintrügen. Wir respektieren die Ansicht, daß die Lokalisten nicht den Zwist in den gewerkschaftlichen Organisationen soweit treiben sollen, daß sie die gewerkschaftliche Organisation dadurch unterbinden; aber im Namen der soviel gepriesenen Gleichberechtigung muß man doch mindestens dasselbe für die Partei anerkennen. Wenn wir die Anarchosozialisten, wie der Parteivorstand vorschlägt, aus der Partei direkt ausschließen, so geben wir damit ein trauriges Beispiel dafür, daß wir nur Energie und Entschlossenheit finden, um unsere Partei nach links abzugrenzen, daß wir nach rechts aber die Tore nach wie vor sehr weit offen lassen. (Sehr richtig!) von Elm hat hier angeführt als ein Beispiel des anarchistischen Unsinns, daß in der „Einigkeit" oder in einer Konferenz der Lokalorganisierten ausgesprochen sei: „Der Generalstreik wäre als das einzige Mittel des wirklichen revolutionären Klassenkampfes zu betrachten". Nun ist das selbstverständlich ein Unsinn und nichts anderes. Aber, werte Anwesende, es steht genau so weit entfernt von der sozialdemokratischen Taktik und von unseren Prinzipien, wenn David erklärt, die gesetzlichen, parlamentarischen Mittel sind die einzigen Mittel der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Man sagt uns, die Lokalisten, die Anarchosozialisten untergraben auf Schritt und Tritt durch ihre Agitation die sozialdemokratischen Grundsätze. Aber es ist genau ebenfalls eine Untergrabung sozialdemokratischer Grundsätze, wenn einer von den Zentralverbänden, wie Bringmann auf Eurer Konferenz im Februar, sich gegen das Prinzip des Klassenkampfes erklärte. (Widerspruch.) Der Anarchismus ist in unseren Reihen nichts anderes, als eine Reaktion nach links gegen die Ausschreitungen nach rechts. (Sehr richtig!) Wenn Sie den Anarchismus bekämpfen wollen, so bleiben Sie dabei doch treu unserem altbewährten Prinzip: wegen Ansichten wird bei uns niemand ausgeschlossen. Wir wollen die Leute dadurch unschädlich machen, und die ganze anarchosozialistische Bewegung dadurch untergraben, daß wir gegen den Opportunismus Front machen, denn er ist der eigentliche Nährvater der anarchistischen Seitensprünge. Wenn wir keinen von der äußersten Rechten ausgeschlossen haben, so haben wir jedenfalls auch kein Recht, die äußerste Linke auszuschließen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Scheibe-Dortmund: Die Anträge gegen die Lokalisten sind die notwendige Konsequenz der Beschlüsse, die wir bei dem vorherigen Punkte der Tagesordnung gefaßt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir den Zentralverbänden die Beschlüsse der Parteitage aufoktroyieren wollten, so dürfen wir nicht den Lokalisten eine Hintertür lassen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Parteivorstandes zuzustimmen mit der Abänderung, die ich beantragt habe, daß die Lokalisten nicht nur aufgefordert werden, sondern daß es ihnen zur Pflicht gemacht wird, sich zentralistisch zu organisieren. Was das ewige Ersuchen nützt, haben wir ja seit Lübeck gesehen. Die Ausführungen von Puttlitz klangen ja etwas versöhnlicher. Aber, wenn man das Organ der Lokalisten, dessen Redakteur er ist, liest, dann pfeift es aus einem ganz anderen Loch. (Sehr richtig!) Da werden ständig die schmählichsten Angriffe auf Parteigenossen verübt. Wie kommt es denn, daß gerade die Berliner Parteigenossen sich so gegen die Annahme der Resolution des Parteivorstandes sträuben. Ich möchte fast sagen, daß hier wohl ein persönliches Freundschaftsverhältnis mit vielen Lokalisten besteht. Wir haben uns oft genug gefragt, wie es möglich ist, daß die Lokalisten in Berlin es so treiben können und daß trotzdem Redakteure des „Vorwärts" in Versammlungen der Lokalisten Vorträge halten. (Hört! hört!) Ich habe schon am ersten Ver-

Handlungstage die Art und Weise kritisiert, wie der sich als Sozialdemokrat hinstellende Maurer Gehl unsere Partei in ziemlich täppischer und einfältiger Weise herumtergerissen hat, so daß die „Tremonia", das Zentrumsorgan, ihre helle Freude daran hatte, und der Bericht in der „Einigkeit" stimmt beinahe überein in Schimpfereien über die Sozialdemokratie mit dem, was christliche und Hirsch-Dunckersche Blätter damals schrieben. (Hört! hört!) Den Zentralverbänden wirft man ihre Neutralität vor, Gehl aber hat selbst erklärt, daß die lokalistischen Gewerkschaften von jeder Partei unabhängig sein müßten, das heißt nichts anderes, als daß die Lokalisten mit der Sozialdomokratie nichts zu tun haben wollten, sondern ihre anarchistischen Tendenzen in die Arbeiter hineintragen wollten. Auf der letzten Versammlung des Berliner Gewerkschaftskartells erklärt Kluge: „Bei uns sind Revisionisten, Radikalisten und Anarchisten vertreten. Die letzteren überwuchern aber bald. (Hört, hört!) Wir müssen jetzt unter allen Umständen tabula rasa mit den Leuten machen!" Wir appellierten in den letzten Tagen an das Gefühl der Zentralverbände; jetzt wollen wir an das Ehrgefühl der Lokalisten appellieren. Diejenigen, die es ehrlich mit der Sozialdemokratie meinen, mögen zu uns herüberkommen und die anderen, die es nicht sind, die sollen bleiben wo der Pfeffer wächst. (Lebhafter Beifall.)

Körsten: Genosse Zubeil hat sich wieder einmal geirrt. Was er hier behauptet hat, liegt lange zurück. Tischendörfer ist vor drei Jahren von seiner Organisation nicht mehr wieder gewählt worden und sitzt nicht in der Berliner Gewerkschaftskommission. (Hört! hört!)

Dem Vertreter der Lokalisten, welcher soeben sprach, möchte ich einiges in Erinnerung bringen.

In der Nummer 44 der „Einigkeit" vom Jahre 1908 hieß es: „Zur Warnung an diejenigen, die es angeht! Es ist in letzter Zeit mehrfach uns gemeldet worden, daß einzelne fanatisierte Verbändler, aufgeregt durch gewissenlose Hetzerei, an Mitglieder der der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen herantreten und sie durch Bedrohung mit Gewalt, Maßregelung und Boykottierung zwingen wollen, den Zentralverbänden beizutreten oder ihre Marken zu kaufen, und es versuchen und teilweise auch erreichen, sie aus der Arbeit zu vertreiben, wenn sie ihren Zweck nicht erreichen. Diese Fanatiker wissen sehr gut, welche schwere Strafe sie trifft, wenn ihr Tun zur Kenntnis der Behörde kommt. Zur Belehrung teilen wir folgenden Fall mit. (Hört! hört!) Und nun kommte der Fall Machate. Weiter heißt es: „Wir bitten unsere von den Verbandsfanatikern so mißhandelten Genossen also, solange sie sich nicht anders helfen können, und das wird ihnen in der Regel nicht schwer werden, diesen Schritt nicht zu unternehmen". Das heißt also: wenn es irgend möglich ist, denunziert nicht, wenn es aber nicht anders geht, dann ist auch die Denunziation erlaubt. Der „Vorwärts" sagte dazu: „Diese schofle Denunziation von Arbeitsbrüdern bei den Scharfmachern, die Aufforderung, die Klassenjustiz auf unliebsame Kollegen zu hetzen, steht in einem Arbeiterblatt, das sich immer noch bis jetzt gerühmt hat, den Klassenstandpunkt schärfer zu vertreten, als irgend ein anderes Gewerkschaftsblatt. Ein Arbeiterblatt trägt Material herbei zur Zuchthausvorlage." So der „Vorwärts" seinerzeit, und da hat man den Mut hier hinzutreten und zu erklären: „Wir haben es niemals getan. Nachdem der Antrag Elm zurückgezogen ist, kann ich mich zur Sache kurz fassen. Der Antrag des Parteivorstandes ist eigentlich nur eine Wiederholung dessen, was in Lübeck und Jena beschlossen ist. Würden Sie diesen ablehnen, dann heißt das, die gegenwärtige Situation noch zugunsten der Lokalisten verbessern. (Sehr richtig!) Ich kann daher nur dem Antrage 107 zustimmen. Der Antrag des Parteivorstandes trifft noch lange nicht, was getroffen werden soll. Es sollen die Anarchosozialisten getroffen

werden, wo sind denn die? Sie entweichen überall da, wo man zugreifen will. Heute sind sie hinter Friedeberg, morgen heißen sie einen Artikel von Kleinlein gut. Wenn der „Vorwärts" heute einen Artikel schreibt, dann kommt sofort ein Artikel von anderer Seite: das geht uns gar nichts an, was der geschrieben hat, wir sind gute brave Parteigenossen. Es ist eben zuviel Liebe in Berlin für diese „alten braven Genossen". (Sehr richtig!) Was trennt denn die Zentralverbände noch von den Lokalisten? Das Vereinsgesetz nicht; und die Unterstützungseinrichtungen machen sie heute auch mit. Sie haben zwar formell die Wiesenthal-Organisation abgelehnt mit drei Stimmen Mehrheit, aber Tatsache ist heute, daß die Gewerkschaft der Metallarbeiter ihre Aufträge an Herrn Wiesenthal zur Abfertigung gibt. Die letzten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den lokalistischen Arbeitern sind teilweise von Wiesenthal bearbeitet worden. (Hört! hört!) Das zur Steuer der Wahrheit. Dann sagen die Lokalisten, sie gehen nicht mit uns, wegen der langfristigen Tarife. Ich habe aber hier ein Tarifexemplar der Lokalisten, da heißt es sogar: Die lokalistischen Fliesenleger in Berlin wollen einen Tarifvertrag abschließen, der unkündbar ist. (Große Heiterkeit.) Nur der Einwand der Unternehmer, daß man doch nicht auf ewige Zeit einen Tarif abschließen könne, hat sie davon abgehalten. So blieb den Lokalisten nur noch die Neutralität als trennender Punkt übrig. Bebel hat auch auf diesem Parteitag wiederholt, was man darunter versteht, und anders haben wir es nie verstanden. (Sehr richtig!) Nachdem der Parteitag so einig auch in dieser Frage ist, wird nun ja abzuwarten sein, was die Lokalisten weiter machen, nachdem ihnen auch dieser letzte Punkt weggenommen ist. Darüber besteht ja kein Zweifel, daß sie heute rein gewerkschaftlich keine Bedeutung haben, aber sie benutzen die Partei, um immer wieder einen Keil in die Bewegung zu treiben. Sie denunzieren, brauchen die ruppigsten Schimpfwörter, die sie schon in Anbetracht der Gegner unterlassen sollten. (Sehr richtig!) Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn sie nur einen Keil in die Arbeiterbewegung treiben können. Sie stecken sich hinter die Partei, um da Hülfe zu haben, daher dieser unsaubere Zustand in Berlin. Ich bitte Sie, einmal praktisch zu arbeiten und nicht wieder Beschlüsse zu fassen, die nichts besagen. Stimmen Sie dem Antrag 107 zu, damit jenen unsauberen Elementen das Handwerk gelegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Mit Einzelbeschwerden, die hier vorgetragen sind gegen die Lokalisten und Anarchosozialisten können wir, mit den meisten wenigstens, durchaus einverstanden sein. Zum Beispiel erkläre ich es auch für eine schofle Handlungsweise, was Körsten aus der „Einigkeit" vorgelesen hat, aber bei den Anträgen, die hier vorliegen, wird der Kardinalfehler gemacht, das Vorgehen gegen die Lokalisten und gegen die Anarchosozialisten zu konfundieren, von dem Parteitage den Ausschluß von Parteigenossen zu fordern, weil diese Parteigenossen irgend einer anderen gewerkschaftlichen Formation angehören. Das ist ganz unmöglich. Wir können die Lokalisten nicht als Lokalisten ausschließen, das wäre direkt ein Eingriff in die gewerkschaftliche Organisation. (Zuruf: „Wo steht denn das? Wer verlangt das?") Das ist beständig gewünscht. Haben Sie nicht die Rede von Körsten gehört? Dann müßten wir auch umgekehrt fordern, daß die Zentralverbände alle Nichtsozialdemokraten ausschließen. (Widerspruch.) Wenn einzelne sich als Anarchosozialisten erklärende Personen noch der Partei angehören und trotzdem gegen die Partei einen Kampf führen, wie z. B. Kleinlein, so kann man gegen diese Ausschlußanträge stellen. Es ist aber verkehrt, die gesamten Lokalisten als Antisozialdemokraten anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist gerade Theodor Fischer, der Stadtverordneter in Berlin ist und meinem Wahlkreise angehört. Er hat in einer Versammlung der lokalistischen Zimmerer erklärt, daß sie die anarchosozialistischen Theorien ver-

werfen und auch den von Kleinlein ergangenen Aufruf, wo die Lokalisten aufgefordert werden, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Also wie kann man Fischer als Anarchosozialisten denunzieren? Das ist ein Beweis dafür, wie beständig die Fragen durcheinander geworfen werden. Wenn Elm behauptet, daß wir in Berlin die Anarchosozialisten nicht abgeschüttelt haben, so kennt er die Vorgänge in Berlin nicht, denn nach jenem Pronunziamento Friedebergs für die Idee des Anarchosozialismus im Feenpalast, wo er auch die Lokalisten für seine Resolution gewann, sind wir in unserem Wahlkreis als erste sehr energisch dagegen vorgegangen, haben drei Tage lang mit Friedeberg darüber diskutiert und schließlich mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, die die anarchosozialistischen Bestrebungen auf das entschiedenste verurteilt. (Hört! hört!) Also wir haben den Anarchosozialisten so entschieden die Tür gewiesen, wie man das nur tun kann. Wenn man aber einen moralischen Ausschlußantrag annimmt für alle Lokalisten, so müßten alle diese Lokalisten als Organisation sich für die neue Parteibildung des Anarchosozialismus erklärt haben. Das liegt nicht vor. Gegen einzelne Personen wie Kleinlein würde auch ich einen Ausschlußantrag für gerechtfertigt halten, falls er noch Parteigenosse ist. Aber im übrigen würde es vollkommen den Traditionen der Partei und der Gerechtigkeit widersprechen, wenn wir einen moralischen Ausschlußantrag für alle diese Leute annehmen. Deshalb möchte ich bitten, nur den Antrag auf Tagesordnung anzunehmen. Sollten Sie den Vorstandsantrag annehmen, dann jedenfalls mit dem Amendement Duncker, daß den Lokalisten bei ihrem Uebertritt in die Zentralverbände keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. (Bravo.)

Kutteriem-München: Durch die Annahme der Resolution Bebel-Legien hat die Arbeiterbewegung Deutschlands einen mächtigen und erfreulichen Schritt zum Zusammenschluß der beiden Kampfesorganisationen gemacht. Wir dürfen aber dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen suchen, daß die Abtrennungsbestrebungen der Anarchosozialisten und Lokalisten nicht gefördert, sondern gehindert werden. (Sehr richtig!) Es ist nahezu unglaublich, daß es noch immer Leute gibt, die sich durch die Angriffe der Lokalisten auf die Unterstützungseinrichtungen der Zentralverbände beeinflussen lassen. Auch den Parlamentarismus wollen die Lokalisten nicht. Kater hat selbst gesagt, daß die Leute die Zeit für den Parlamentarismus und das Geld für die Zentralverbände mit ihren großen Unterstützungen sich sparen sollten. Ich betrachte die sogenannte Freie Vereinigung der Gewerkschaften als nichts anderes, als eine Gegenorganisation zur Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter. Diese Zersplitterungsversuche von Auchsozialdemokraten müssen ebenso energisch bekämpft werden, wie die Organisationen der Christlichen! Wer verbürgt uns, daß diese freien Organisationen bei den bevorstehenden Kämpfen nicht auch ebenso arbeiterverräterisch vorgehen, wie die Christlichen? Wie können diese Organisationen ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen unterstützen, wenn sie kein Geld in den Taschen haben? Ich konnte es in München erleben, daß Leute, die schon zehn Jahre im Metallarbeiterverband organisiert waren, durch diese Leute so verdreht gemacht wurden, daß sie aus dem Verband austreten wollten. Ich kann auch nicht dem Standpunkt der Rosa Luxemburg beitreten, die da sagte, daß diese Leute ebenso gut organisieren, wie wir. In dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gilt für uns das Wort: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns! (Sehr richtig!) Leute, die gewerkschaftlich auf einem anderen Standpunkt stehen, gehören nicht zur Partei. (Sehr richtig!) Annäherungsversuche, wie sie der Antrag Fischer will, kann ich dagegen begrüßen. Dem Antrag 107 kann ich zustimmen. Ein großer Teil unserer Genossen begreift es nicht, daß in unseren Blättern vorn auf die Anarchosozialisten losgehauen wird und hinten stehen ihre Annoncen. (Sehr richtig!) Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist nicht scharf genug.

Ein von Ring-Offenbach begründeter und von Koch-Remscheid damit bekämpfter Schlußantrag, daß die Verhältnisse in Solingen noch nicht erörtert seien, wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Puttlitz-Berlin bestreitet die Behauptung Körstens, daß die Freie Vereinigung der Berliner Fliesenleger einen unklindbaren Tarifentwurf vorgeschlagen habe. Ein solcher Entwurf sei von den Unternehmern vorgelegt worden.

Körsten-Berlin beruft sich auf Mitteilungen, die ihm von zentralorganisierten Fliesenlegern geworden seien.

Stadthagen: Es ist unrichtig, wenn Elm behauptet, ich hätte im „Vorwärts" Friedebergs Vorgehen und das der Anarchosozialisten entschuldigt. Meine damalige Erklärung im „Vorwärts" beweist das Gegenteil. Ich habe darin erklärt, daß der Anarchosozialismus auf ganz unklaren Theorien aufgebaut sei, die dieselbe Wurzel hätten, wie der Revisionismus. Ferner habe ich ausdrücklich gesagt, es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes zwischen Zentralverbändlern und Lokalorganisierten fehlgeschlagen seien. Seitdem habe die Verbitterung bei den lokalorganisierten Genossen so stark Platz gegriffen, wie nie zuvor. Aber diese Verbitterung darf nicht so weit gehen, daß die Lokalorganisierten nicht in die Zentralverbände hineingehen wollten. Diese Erklärung ist von v. Elm also vollständig verfälscht und verdreht worden. (Sehr richtig!)

v. Elm: Nach der Erklärung Stadthagens nehme ich meine Behauptung zurück. Wir haben hier eine Reihe Kongreßteilnehmer gesagt, Stadthagen habe das Vorgehen der Anarchosozialisten indirekt entschuldigt, indem er für die konfusen Ideen der Anarchosozialisten in erster Linie die Vorwärtsredaktion verantwortlich machte. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Sache damit erledigt. Gegen Puttlitz stelle ich fest, daß die „Einigkeit" doch denunziert hat. Wenn Ledebour behauptet, Fischer sei nicht Anarchosozialist, so erkläre ich einfach, daß Fischer die Kongreßresolution als Ausschußmitglied der Lokalorganisierten mit verfaßt hat.

Stadthagen: Ich bedauere, daß v. Elm nicht einfach erklärt hat, daß das, was er behauptet hat, falsch ist. Er hat sich auf Hintertreppenerzählungen von Kongreßteilnehmern berufen. Ich bin dadurch gezwungen, den entsprechenden Satz aus meiner längeren Erklärung zu verlesen, dann mag der Parteitag entscheiden, ob auch nur die Möglichkeit eines Irrtums vorlag. An einer Stelle der Erklärung heißt es: „Ihnen hilft man nicht durch Fernbleiben, sondern durch Propagandierung der Einheitlichkeit von Gewerkschaft und Partei innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ab. Das ist in Berlin und der Provinz Brandenburg dringend erforderlich". Weiter heißt es zum Schluß: „Möge die bellagenswerte Annahme der Feenpalast-Resolution zu einer Stärkung der Ueberzeugung beitragen, daß zur Beschleunigung des Emanzipationskampfes der Arbeit dringend erforderlich Vertiefung der Erkenntnis des Zusammenhanges der Dinge, Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete ist. Hält man sich diese Ziele vor Augen, so kann auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete Zentralisation unter gleichzeitiger freier Entfaltungsmöglichkeit der einzelnen agitatorischen Kräfte und ein in Unterordnung unter den Willen der Partei vom Klassengefühl zum Klassenbewußtsein leitendes Organ in Berlin vor mancherlei Erschwerung der Aufklärungsarbeit, die unter so unendlichen Opfern nach vorwärts drängenden Genossen und die Partei bewahren." (Hört! hört!)

Buhl-Leipzig (zur Geschäftsordnung): Durch den Schluß der Debatte sind wir Leipziger verhindert, dem Genossen von Elm zu antworten und seine Angriffe auf die „Leipziger Volkszeitung" zurückzuweisen.

Es folgt die Abstimmung. Sie ergibt die Annahme des Antrages Fischer-Berlin auf motivierte Tagesordnung mit großer Mehrheit. (Beifall.)

Damit sind alle anderen Anträge erledigt; ebenso dieser ganze Punkt der Tagesordnung.

Auf Vorschlag Bebels wird die Zeit für die Einbringung von Vorschlägen zur Wahl der Parteileitung bis nach Schluß der Nachmittagssitzung verlängert.

Eine Reihe Begrüßungstelegramme ist eingelaufen, darunter eines von blinden Parteigenossen Berlins. (Bravo!)

Der Gauleiter Schlüter-Bielefeld vom Tabakarbeiterverband teilt die Absicht der dortigen Unternehmer mit, 10000 Tabakarbeiter auszusperren. (Entrüstungsrufe.)

Die Mannheimer und Ludwigshafener Arbeitergesangvereine laden die Delegierten für nächsten Sonntag zu einer Fahrt nach Worms ein.

Schluß 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2½ Uhr. Den Vorsitz führt Dreesbach.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung:

Maifeier.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen vor die Anträge: 52—57, 181 Abs. 8, und die Resolution (159) des Berichterstatters.

Sämtliche Anträge sind genügend unterstützt; sie gelten als Amendements zur Resolution 159.

Berichterstatter Richard Fischer: Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Maifeier besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Maifeier und ihren Charakter Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Wir haben deshalb auch in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehabt. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution, die ja einstimmig angenommen wurde, beseitigt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkte standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Maifeierfrage solange bedingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongreß zu einer neuen Form der Maifeier definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden, nach ihren bisherigen Absichten zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gesagt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obwalten, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, die Jenaer Resolution unverändert wieder anzunehmen. Deshalb glaube ich heute von einer besonderen Begründung absehen zu können. Die vorliegenden Amendements bitte ich sämtlich abzulehnen. Der Antrag 52 besagt zwar, man solle nur der Jenaer Resolution bestimmte Sätze zufügen; aber diese Sätze stehen in einem Gegensatz zu der Jenaer Resolution. (Sehr richtig!) Das wäre das gleiche als wenn man einem Glas Zuckerwasser eine Portion Essig hinzufügen und dann sagen wollte: das ist das richtige Zuckerwasser. (Heiterkeit.) Der Antrag würde geradezu den alten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorrufen. Wenn es in dem Antrage heißt: die Gewerkschaften allein haben die Verantwortung zu tragen, so stimmt das nicht. In Jena hat die Partei sich bereit erklärt, eventuell für die durch

die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai entstehenden Kosten mit aufzubringen, und wir haben es ja in diesem Jahre gesehen, daß da, wo die Gewerkschaften aus eigener Kraft nicht imstande waren, die Opfer der Maifeier zu tragen und sich an die Parteikasse wandten, allen diesen Gesuchen ohne Einschränkung Rechnung getragen ist. Berlin z. B. hat 100 000 Mk., Hamburg 6000 Mk. für die Opfer der Maifeier aus der Parteikasse empfangen. Der Antrag ist auch deshalb unannehmbar, weil er einen Unterschied macht zwischen den gewerkschaftlich und den politisch organisierten Genossen. Bisher suchten wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Form zu befinden haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müssen. Wie aber, wenn zwei verschiedene Beschlüsse vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. Wenn weiter darin die Rede ist von planlosen Putschen usw., so braucht man darüber auf einem Parteitage nicht zu reden, sondern geht am besten zur Tagesordnung über. (Sehr richtig!) Den Antrag 53 halte ich für so selbstverständlich, daß es geradezu als Beleidigung aufgefaßt werden muß, wenn man verlangt, daß Parteivorstand und Generalkommission sich noch mehr als bisher bemühen sollen, um der Maifeier einen würdigeren Charakter zu verleihen. Auch der Antrag 54 muß kurzerhand abgelehnt werden. Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Berliner; der Parteitag hat sich damit nicht zu befassen. Ueber Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkte entsprechende Diskussionen gepflogen und Punkt c wirft ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihren Beschlüssen nicht Folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht und glauben sie dazu der Unterstützung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wir können nicht beschließen, daß jemand, der einen Beschluß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, einfach auf bloßen Antrag hin aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden hat. (Sehr richtig!) Er ist auch formell unannehmbar, weil wir im Statut genaue Bestimmungen darüber haben, daß Ausschluß nur erfolgen kann auf dem Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens. Der Antrag 55 ist ebenso selbstverständlich wie der Antrag 53. Der Antrag 55 spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag zum Ausdruck bringt, daß die Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongreß zu Paris 1889 beschlossenen Form der Maifeier festhält und energisch Propaganda für die Maifeier zu machen hat. Das haben wir getan, indem wir in Jena die Resolution faßten, die ich ihnen heute abermals unterbreite. Zu dem, was der zweite Teil des Antrags fordert, liegt gar kein Anlaß vor. Der Jenaer Beschluß hat alle Gegeneinwendungen beseitigt. Es hat sich dabei auch nicht um Bestrebungen gehandelt, sondern um die Auffassung eines einzelnen Genossen und es ist nicht Aufgabe des Parteitages, über eine persönliche Auffassung zu entscheiden, ein Jahr nachdem ein Parteitag dazu Stellung genommen hat. (Sehr richtig). Den Antrag 57 endlich halte ich gleichfalls für selbstverständlich. Die Sache ist zu kleinlich, als daß ein Parteitag erst darüber Beschluß zu fassen braucht. Wir würden der Partei damit geradezu ein Armutszeugnis ausstellen. Ich bitte Sie also, unter Ablehnung aller Amendements den Beschluß von Jena zu wiederholen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Severing-Bielefeld: Die Anregung zu dem Antrag 52 kann nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in hervorragender Stellung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der

Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen Gewissenskonflikt hineinzutreiben. Daß es an Entschlossenheit zu kämpfen für die Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptsache ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht. Vor unbesonnenen Putschen muß ganz entschieden gewarnt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin: Die Partei hat niemals beansprucht, daß diese Frage von der politischen Organisation entschieden werde, sondern sie hat das den Gewerkschaften überlassen und deshalb sind alle Schlußfolgerungen des Vorredners hinfällig. Ich kann nur wiederholen: Nehmen Sie einstimmig die Vorschläge meiner Resolution an und überlassen Sie es dem Internationalen Kongreß, das weitere zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution 159.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

Hierzu liegen vor die Anträge: 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 142, 143, 144, 152, 153, 154, 168 und die Leitsätze der Berichterstatter (Nr. 148). Nr. 72 ist zurückgezogen. Nicht unterstützt werden die Anträge 78, 82 und 83. Alle übrigen Anträge werden unterstützt.

Berichterstatter Heinrich Schulz-Bremen: Wir beiden Referenten, Genossin Zetkin und ich, haben uns in die Arbeit so geteilt, daß mir die Schul- und Erziehungsfrage im engeren, mehr fachtechnischen Sinne zugefallen ist, während Genossin Zetkin die Anwendung unserer pädagogischen Grundsätze auf das proletarische Elternhaus und auf die Selbsterziehung, ferner die praktischen Aufgaben der Partei in bezug auf die Bildung und die theoretische Festlegung den Genossen darzustellen übernommen hat. Den Leitfaden meiner Ausführungen bilden deshalb die ersten drei der Ihnen vorliegenden Leitsätze. Genossin Zetkin wird hernach die übrigen drei Leitsätze begründen.

Zum erstenmal beschäftigt sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Erziehungsfrage. Wohl ist auf früheren Parteitagen gelegentlich über die eine oder die andere Nebenfrage pädagogischer Art gesprochen worden; auch ist natürlich in den Programmdebatten in Erfurt und Halle die Schulfrage gestreift worden. Aber selbst hier nur recht flüchtig. So beschränkte sich Liebknecht 1890 in Halle auf die lakonische Bemerkung: „Die allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat ist selbstverständlich, ebenso der unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten." In Erfurt (1891) ging Liebknecht zwar etwas näher auf die im praktischen Teile des dort beschlossenen Programms entfalteten Schulforderungen ein, begnügte sich aber auch hier mit einem kurz gehaltenen Kommentar der Forderungen der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen, der Verpflegung und des Aufrückens in höhere Schulen. Grundsätzliches zur Erziehungsfrage sagte er nicht. Auch bei den späteren gelegentlichen kurzen Debatten, die sich meistens um Anträge zum Parteitag, besonders um die stetig wiederkehrenden Wünsche nach Schaffung einer sozialistischen Kinderliteratur drehten, kam man kaum über einige mehr oder weniger wichtige oder unwichtige Nebendinge hinaus.

Wesentlich besser sind die mannigfachen Schulangelegenheiten auf den zahlreichen Landeskonferenzen und Zusammenkünften von Gemeindevertretern, die in den letzten Jahren in zunehmendem Maße stattgefunden haben, davongekommen. Weil die Schule in Deutschland Landessache, nicht Reichssache ist, sind die parteigenössischen Abgeordneten in den bundesstaatlichen Parlamenten vor die Aufgabe gestellt, sich mit den Schulangelegenheiten zu befassen und

sie aus diesem Grunde auch auf ihren Landesparteitagen zur Sprache zu bringen. Aehnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der Gemeindevertreter. Die Aktionsprogramme unserer Parteigenossen in einzelnen Bundesstaaten und Provinzen enthalten deshalb auch weit mehr einzelne Forderungen in bezug auf die Schule als das Erfurter Programm.

Aber auch bei diesen Debatten und den daraus entstandenen Programmen ist man selten bis auf den grundsätzlichen, sozialistischen Kern der Erziehungsfrage gedrungen. Wie das übrigens in der Natur der Sache liegt! Die Landtagsabgeordneten und noch mehr die Gemeindevertreter haben es in der Hauptsache mit den praktischen Schulangelegenheiten zu tun. Wohl können sie gelegentlich in Anknüpfung an den Religionsunterricht eine grundsätzliche Debatte über diese Seite des Schullebens herbeiführen, aber in der Hauptsache beherrschen praktische und äußere Schulfragen — Schulbauten, Subsellien, Klassenfrequenz, Lehrerbesoldung und ähnliche Dinge — die Debatten bei der Beratung der Schuletats. In solchen Fragen haben sich zahlreiche sozialdemokratische Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete im Laufe der Zeit und bei dem lebhaften Interesse der Sozialdemokraten für alle Schulangelegenheiten eine hervorragende Sachkenntnis angeeignet, die mit Freuden zu begrüßen ist, und für deren Förderung und Ausbreitung wir nach wie vor bestrebt sein müssen.

Aber als Gegengewicht und auch zugleich als Richtschnur für diese Fülle praktischer Detailarbeit ist es je länger je mehr zur dringenden Notwendigkeit geworden, wieder einmal bis auf den Grund des Erziehungsproblems vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus aus zu steigen.

Wieder einmal! Denn es hat schon sozialistische Kongresse gegeben, auf denen die prinzipielle Seite der Erziehungsfrage mit einer so intuitiven Sicherheit und mit einer durchdringenden theoretischen Klarheit dargelegt worden ist, daß man heute darüber erstaunen muß und nicht umhin kann, sich darauf zu stützen, sofern man das Erziehungsproblem mit den Mitteln des historischen Materialismus erfassen will. Ich denke hierbei nicht an den internationalen Sozialistenkongreß in London im Jahre 1896, wo auch über die Erziehung und über die körperliche Entwickelung gesprochen und beschlossen worden ist, aber weniger vom grundsätzlich-sozialistischen, als mehr vom sozialpolitischen Standpunkte aus. Die Kongresse, die ich im Auge habe, liegen viel weiter zurück. Es sind die ersten sozialistischen Kongresse überhaupt, die Kongresse der internationalen Arbeiterassoziation, die vom Jahre 1866 an mehrere Jahre hintereinander stattfanden. Damals, als noch die internationale Arbeiterassoziation das organisatorische wie geistige Zentrum des jugendlich-tatendurstigen Sozialismus bildete mit Marx als dem eigentlichen Kopf der Bewegung, damals haben sich die Arbeiter mit großem Eifer und großer Lebhaftigkeit mit den theoretischen Fragen der Jugenderziehung beschäftigt. Schon auf dem ersten Kongreß in Genf 1866 bildete der Punkt: „Die Arbeit von Frauen und Kindern" einen Hauptteil der Verhandlungen, und ganz im Sinne der Marxschen Anschauungen über den Zusammenhang auch der Erziehungsfrage mit den ökonomischen Faktoren der betreffenden Zeit wurde diese scheinbar ökonomische Frage zum Anlaß sowohl einer scharfen Kritik des herrschenden Schulsystems als auch einer klareren Formulierung des sozialistischen Schulideals. Man hat sich auf den beiden nachfolgenden Kongressen in Lausanne 1867 und Brüssel 1868 wiederum mit der Erziehungsfrage beschäftigt. Doch ist man auf die grundsätzliche Höhe der Genfer Entschließung, deren Text zweifellos von Marx stammte nicht wieder gelangt.

Ich will jetzt auf diese Beschlüsse in ihrem sachlichen Inhalt nicht eingehen; das soll in einem späteren Abschnitte meiner Ausführungen geschehen. Es kam mir vorläufig nur auf die Konstatierung des nicht uninteressanten Gegensatzes an, daß die Partei in früheren Jahren, als sie an Zahl noch klein

war und sich die praktische Mitarbeit in den Parlamenten noch nicht erzwungen hatte, um so eifriger in der Diskutierung unserer theoretischen Grundsätze war, während in späteren Zeiten mit dem Wachstum der praktischen Kleinarbeit die theoretische Diskussion in den Hintergrund gedrängt worden ist. Aber wie ganz allgemein in der Partei neuerdings ein höchst erfreuliches Wiederbesinnen auf den fördernden Wert theoretischer Klarheit gerade auch für das Vielerlei der praktischen Kleinarbeit platzgegriffen hat, so ist auch für jedwede praktische Tätigkeit auf dem Gebiete der Erziehung, sei es der Kleinkindererziehung, sei es der Schulerziehung, sei es der Erziehung im schulentwachsenen Alter, sei es schließlich der Selbsterziehung, die Kenntnis der durch den wissenschaftlichen Sozialismus geschaffenen Grundlagen und Wegweiser von größter Bedeutung.

Die praktische Beschäftigung der Parteigenossen und Genossinnen mit den Erziehungsaufgaben ist aber in den letzten Jahren erheblich gewachsen, und sie wird in den nächsten Jahren noch außerordentlich zunehmen. Das wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß eine neue Generation von sozialdemokratischen Eltern herangewachsen ist, die ihren Kindern die an ihnen selbstgemachten Erfahrungen zu gute kommen lassen wollen. Wer als Kind eines Nichtsozialdemokraten herangewachsen ist, wird das Bedürfnis haben, seinen Kindern die viele Mühe zu ersparen, die er selbst daran setzen mußte, um sich gegen den Willen seiner Eltern zum Sozialdemokraten durchzuringen. Wer schon sozialdemokratische Eltern gehabt hat, wird trotzdem auf manche trübe Erfahrung zurückblicken, die er seinen eigenen Kindern ersparen möchte. Oder aber, wenn er mit Freude auf seine eigene Kindheit zurückblicken kann, wird er seinen Kindern die gleiche liebe Erinnerung möglich machen wollen.

Doch wir wären ungerecht, wenn wir nicht auch unserer lieben Freunde, unserer Feinde, in diesem Zusammenhange gedenken wollten. Auch die politischen Reaktionäre, insbesondere die von den verbündeten konservativen Krautjunkern, freikonservativen Schlotbaronen und nationalliberalen Scharfmachern unter dem zwiefachen Segen der Gescheiterten und Geschworenen siegreich vorgedrungene preußische Schulreaktion, haben ihr vollgerüttelt Maß Anteil an dem gesteigerten Interesse der Arbeiterschaft an den Schul- und Erziehungsfragen. Die Arbeiter haben es bisher noch zu vermeiden gesucht, den latenten Konflikt zwischen klassenstaatlicher Volksschule und sozialdemokratischem Elternhaus zum offenen Ausbruch gelangen zu lassen. Bei dem großen Respekt der Arbeiter vor dem Wissen haben sie selbst der heutigen unzulänglichen und oft genug arbeiterfeindlichen Volksschule vieles passieren lassen, was sie auf Grund besserer Ueberzeugung lieber bekämpft hätten. Nachdem aber die Schulreaktion ihre in Preußen unbeschränkte Macht zu einer skandalösen Herabwürdigung der Volksschule noch unter ihr bisheriges niedriges Niveau ausgenützt hat, nachdem sie vor der Volksschule und den auf sie angewiesenen Volksschichten nicht die geringste Achtung bekundet hat, da verdiente die klassenbewußte Arbeiterschaft fürwahr die ihr widerfahrene Schmach, wenn sie sie sich widerstandslos gefallen ließe. „Tu l'as voulu, George Dandin", so rufen wir der preußischen und der sich anderswo spreizenden Schulreaktion zu. Ihr habt es gewollt! Wohlan! Wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Aber seid überzeugt, wir setzen auf euren eisernen Schelmen mindestens anderthalbe!

Und so wollen wir auf diesem Parteitag denn den Anfang machen zu einer dauernden großen Aktion im Interesse unserer Jugend, so wollen wir den Kampf mit den Mächten des Klassenstaats beginnen um den Besitz unserer Kinder. Das Kapital, das den Arbeitern das Mark aus den Knochen saugt und ihnen das Gehirn ausdörrt, das ihnen jedes Familienglück vorenthält, das dem Mann die Frau, der Frau den Mann, den Kindern die Mutter, der Mutter die Kinder streitig macht, dieses Kapital verfälscht und vergiftet von jeher in unerhörter Vermessenheit die Denkweise und das Gemüt der wehrlosen heran-

wachsenden Generation der arbeitenden Klasse und es hat neuerdings Vorsorge getroffen, daß diese Verfälschung und Vergiftung in Zukunft noch gründlicher und rücksichtsloser vor sich gehen kann. Dieser skrupellosen Versündigung der herrschenden Klasse an dem werdenden Geschlecht gilt es entgegenzutreten. Dem Sozialismus und der Jugend gehört die Zukunft. Je inniger beide Hand in Hand arbeiten, um so besser für die sozialistische Zukunft.

Das Ziel der Erziehung.

Die erste Frage bei einer grundlegenden Durchforschung des weiten Gebietes der Erziehung im herkömmlichen Sinne ist die Frage nach dem Ziel der Erziehung. Die Teleologie, die Lehre vom Zweck der Erziehung, bildet darum auch den ersten Hauptteil der wissenschaftlichen Pädagogik, wie sie heutzutage an Seminarien und Universitäten gelehrt wird. Aber über das Ziel der Erziehung sind sich die bürgerlichen Theoretiker bis auf den heutigen Tag nicht einig geworden. Der eine bekämpft den andern. Die Stellungnahme hängt auf beiden Seiten von den philosophischen Systemen ab, denen die betreffenden Theoretiker angehören. Die Philosophie, und zwar die Ethik, soll das Ziel der Erziehung bestimmen, wobei wiederum die Verschiedenartigkeit der Ethik und ihrer Postulate oder doch deren abstrakte begriffliche Formulierung eine Einigung der theoretischen Pädagogen über das Ziel der Erziehung verhindert.

In einem Punkte freilich herrscht eine gewisse Uebereinstimmung bei allen bürgerlichen Pädagogen: die Erziehung soll religiös-sittlicher Natur sein, ihr Ziel soll von sittlichen und religiösen Faktoren bestimmt werden. Diese Abhängigkeit der Pädagogik von religiösen und zwar christlichen Tendenzen ist begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß das ganze offizielle Geistesleben seit beinahe 2000 Jahren sich unter dem Zeichen des Kreuzes vollzogen hat, und daß auch die bedeutendsten vorchristlichen Philosophen, besonders Plato, von der christlichen Theologie umgemünzt und für sich mit Beschlag belegt worden sind. Kautsky zeigt in seiner Schrift über „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung" die Beziehungen zwischen der antiken und der christlichen Ethik auf, und er weist nach, wie diese Verschmelzung auch die bis heute währende gegenseitige Durchdringung von Ethik und Religion im Gefolge hatte, wie seitdem jede ethische Frage zu einer Frage der Theologie wurde.

Dadurch ist es auch zu erklären, daß gut christliche Pädagogen bis auf den heutigen Tag vor dem „Heiden" Plato eine höfliche Verbeugung machen, freilich, um im nächsten Augenblicke einen Haufen von Vorbehalten gegen den kommunistischen Charakter des Platoschen Staatsideals und des von ihm für seine Staatszwecke vorgeschlagenen Erziehungsideals aufzutürmen. Plato will durch die Erziehung gute Staatsbürger schaffen; der Staatszweck ist für ihn zugleich der Erziehungszweck.

Das Christentum als Weltreligion konnte mit diesem Staatszweck nichts anfangen. Sein Ideal war nicht der Staat auf Erden, sondern das Reich Gottes im Himmel. Als deshalb die Kirchenväter in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung sich mit der Theorie der Pädagogik zu beschäftigen begannen, stellten sie als Ziel der Erziehung das „Ebenbild Gottes" auf. Dieses Ziel ist eigentlich im Grunde bis heute das herrschende geblieben, wenn es in der Auslegung sich auch die verschiedenartigsten Formulierungen hat gefallen lassen müssen. Am schroffsten galt dieses Ideal im Mittelalter während der unumschränkten Herrschaft des Katholizismus, und es erzeugte, wie Dittes („Geschichte der Erziehung und des Unterrichts", 10. Auflage, Seite 90) sich ausdrückt, „in seiner Ueberspannung jene Karikatur der christlichen Erziehung, die in absoluter Weltverachtung und in Ertötung des Fleisches das Radikalmittel zur Beseitigung alles menschlichen Elends erblickte". Als die Reformation die katholische Auffassung zurückdrängte und die christliche Kirche aus der Umklammerung des inter-

nationalen Papsttums befreite, damit jeder Staat seine eigene Religion haben und jeder Fürst zugleich der Papst für seine „Landeskinder" sein konnte, wurde dem rein kirchlichen Zweck der Erziehung auch ein Staatszweck beigemischt. Die Kinder sollten nicht nur zu frommen Kindern Gottes, sondern auch zu gehorsamen Untertanen ihres leiblichen Herrn erzogen werden. Die bedeutendsten Theoretiker der Pädagogik während der Reformation und in den darauf folgenden zwei Jahrhunderten wenden sich mit ihrer Theorie und Praxis fast stets an die „gnädigen Herren und Frauen", an die Fürsten und Fürstinnen, und bitten um deren Unterstützung, wofür sie ihnen wiederum mit ihrer Pädagogik zu Hülfe kommen wollen. Und alle Schulordnungen werden im Auftrage der Landesfürsten ausgearbeitet, von ihnen bestätigt und erlassen.

Eine energische Ablehr von diesem engen und beschränkten Ziel der Erziehung brachte die Aufklärungsphilosophie im 18. Jahrhundert. Zwar hält selbst Comenius formell noch an dem „Ebenbilde Gottes" fest, doch in seiner humanistischen Auslegung dieses Ideals wird es gleichbedeutend mit dem Ideal allseitiger und harmonischer Menschenbildung. Das Kind soll nach Comenius seiner irdischen und himmlischen Bestimmung entgegengeführt, es soll auf Erden brauchbar und glücklich sein und im Himmel selig werden. Man erkennt sehr leicht den großen Fortschritt, den mit Comenius die pädagogische Theorie gemacht hat. Es liegt nahe — ich muß aber leider in diesem Zusammenhange davon absehen, näher darauf einzugehen — die Beziehungen Comenius zum Kommunismus der böhmischen Brüder nachzuweisen und daraus seine hochfliegenden erzieherischen Ideale — wenn auch in der christlich-mythischen Verbrämung seiner Zeit — abzuleiten. Rousseau predigte die Rückkehr zur Natur. Wenn der Zögling aus seiner Hand geht, „wird er weder Ratsperson noch Soldat, noch Priester sein: er wird zuerst Mensch sein. Die natürliche Erziehung muß den Menschen für alle Verhältnisse geeignet machen." Aehnlicher Art waren die pädagogischen Ziele der deutschen Aufklärer, die sich an Rousseau anlehnten, insbesondere der Philanthropisten. Basedow lud zu seinem Philanthropinum in einem Aufruf (1770) ein, in dem es hieß: „Der Zweck der Erziehung muß sein, einen Europäer zu bilden, dessen Leben so unschädlich, so gemeinnützig, so zufrieden sein möge, als es durch die Erziehung veranstaltet werden kann." Ihr philosophisches Ziel, dem auch das pädagogische entsprechen sollte, war das Streben nach Glückseligkeit. Weit über sie hinaus ragt Pestalozzi, der nicht nur die natürlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen will, sondern der auch den Zusammenhang der Erziehung mit den sozialen Zuständen zu erkennen beginnt. Er wollte die harmonische Ausbildung aller Kräfte und Anlagen des Menschen und zwar sollte „die Ausbildung der Menschheit durch das Wesen ihrer Natur selber" bestimmt werden. In verstandesmäßiger Nüchternheit formuliert Kant zu abstrakten philosophischen Begriffen, was Pestalozzi im Ueberschwang des Gefühls und in glühender Begeisterung anstrebte. Kant schätzt die Erziehung sehr hoch, er wollte, daß die Kinder nicht nach bloßem Herkommen für den gegenwärtigen, sondern gemäß der „Idee der Menschheit" für einen künftigen besseren Zustand der Gesellschaft erzogen werden. Aber selbst Kant, der Gott aus seinem System durch die Haupttür hinauskomplimentiert hatte, um ihn durch die Hintertür wieder einzuschmuggeln, konnte sich nicht völlig von der religiösen Tradition freimachen. So war er auch für einen Religionsunterricht, wenn er ihm auch einen reinen Moralunterricht voranstellen wollte.

Kant ist für die wissenschaftliche Pädagogik, die eigentlich erst im vergangenen Jahrhundert geschaffen worden ist, von großer Bedeutung geworden. Seine idealistische Ethik ist in der bürgerlichen Pädagogik noch heute fast unumstritten. Auch Herbart, der als der eigentliche Begründer der wissenschaftlichen Pädagogik betrachtet wird, kommt nicht darüber hinaus. Er hat Kant höchstens, wenn man will, ins Spießbürgerliche übersetzt. Beiden kommt es an auf die

Bildung des sittlichen Willens. Dieser Wille muß, wie Rein, einer der bedeutendsten noch lebenden Theoretiker und Herbartianer, es ausdrückt, „der eigne Wille der Person sein, hervorgegangen aus der Einsicht in die absolut bindende Gültigkeit des sittlichen Gesetzes". Dieses Sittengesetz ist aber nach Kant über Raum und Zeit erhaben, es ist absolut, für alle Zeiten gültig, und — darin kommt auch der individualistische Grundcharakter der Kantschen Philosophie wieder zum Durchbruch — es stellt seine Forderungen an den Einzelnen, nicht an die Gesellschaft. Wenn die menschliche Gesellschaft besser werden soll, so muß zunächst der Einzelne besser werden. Zu diesem Zweck muß die Erziehung den Willen der Einzelnen bilden.

Am schroffsten kommt die individualistische Grundtendenz der idealistischen Ethik Kants in ihrer Anwendung auf die Erziehung zum Ausdruck bei Ziller, einem häufig mit Herbart zusammengenannten Pädagogen und Schüler Herbarts. Er sagt in seiner „Einleitung in die allgemeine Pädagogik": „Wir denken nicht daran, den Zweck der Erziehung außerhalb des einzelnen zu suchen. Wir wollen diesen nicht dazu benützen, um aus der Familie, aus dem Staat, aus der Menschheit etwas zu machen, um sie bestimmten Zielen entgegenzuführen. Die erziehende Tätigkeit muß in dem einzelnen ihren Ausgangspunkt, ihren Verlauf und ihr Ende haben. Eine Tätigkeit, die durch den einzelnen hindurch auf die Gesellschaft zu wirken sucht, ist keine erziehende. Den Erzieher als solchen geht es gar nichts an, daß die Bildung, die der einzelne in sich trägt und der Gesellschaft zugute kommt, ja, daß die Erhebung der letzteren von dem einzelnen auszugehen hat. Es sind das politische Reflexionen, die außerhalb des pädagogischen Gesichtskreises liegen. Die Sorge um die Menschheit sollte der ohnehin beschränkte Menschengeist dem höchsten Wesen überlassen." Diese Worte sind in den Jahren um 1857 herum, in den Jahren nach der 48er Revolution, also in einer Zeit der schwarzen Reaktion geschrieben. Das mag ihren reaktionären, unsozialen und politikfeindlichen Charakter erklären.

Gelangt so Ziller auf der Grundlage der Kantschen Ethik zum krassesten Individualismus, so bemüht sich eine moderne und an sich nicht unsympathische Richtung in der wissenschaftlichen Pädagogik, aus derselben Kantschen Ethik die Notwendigkeit einer sozial gerichteten Erziehung, der Sozialpädagogik, abzuleiten. Natorp, Universitätsprofessor in Marburg, hat mit viel Scharfsinn die von ihm anerkannte soziale Bedingtheit der Erziehung mit dem Kantschen Sittengesetz in organischen Zusammenhang zu bringen versucht. Er hat dabei manche trefflichen Resultate im einzelnen zutage gefördert, aber die eigentliche Aufgabe, die er sich gestellt hat, löst er nicht. Es gelingt ihm nicht, Kant und den Sozialismus durch die Sozialpädagogik zum unlöslichen Bunde zu vereinigen. Man fühlt bei ihm immer wieder heraus, daß seine „Idee" auch nur sozial und historisch bedingt ist, daß sie lediglich seinem heißen Wunsch entspringt, aus der heutigen materiell gerichteten Zeit heraus zu kommen und in ein Reich der Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit zu gelangen. Nur glaubt Natorp anscheinend nicht, daß ihm der Sozialismus diesen Wunsch restlos erfüllen kann, und darum tröstet er sich, wie ein echter und rechter Idealist, mit der Unendlichkeit und Unausschöpfbarkeit der „Idee", dem „unbedingt Gesetzlichen". Damit hat es wie ein echter Philosoph, die Welt wieder einmal interpretiert. Es kommt aber nach Marx darauf an, sie zu verändern.

Die materialistische Geschichtsauffassung, die uns hierfür die Mittel in die Hand gibt, ist in den Kreisen der Berufs- und Zunftpädagogen noch fast ganz unbekannt. Natorp hat zwar von ihr gehört, er streift sie im Vorbeigehen und ist auch klug genug, sie nicht in Bausch und Bogen zu verwerfen. Aber außer Natorp hat sich kaum ein bürgerlicher Pädagoge mit dem Wesen dieser auch für das Verständnis der Pädagogik so außerordentlich wichtigen Methode je beschäftigt, geschweige denn sie anzuwenden versucht. Wohl aber gibt es Gelehrte mit

berühmten Namen, die über die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialdemokratie und das sozialistische Bildungsideal so jämmerlich unterrichtet sind, daß es einen Hund erbarmen könnte. So hat der bekannte Professor Paulsen, Philosoph und Pädagog seines Zeichens, in dem von dem Jenenser Professor Rein herausgegebenen „Enzyklopädischen Handbuch der Pädagogik" (Band I S. 667) einen Artikel über die Bildung geschrieben, in dem es u. a. heißt: „Das alte Ideal der Demokratie ist: gleiche Erziehung, wenigstens gleicher Schulunterricht für alle, ohne Unterschied des Berufes und der wirtschaftlichen Lebensstellung. Gegenwärtig hat sich die Sozialdemokratie diese Forderung angeeignet; sie verspricht sich seine Erfüllung allerdings erst von der Aufhebung der Klassenunterschiede selbst und ist so konsequent, zugleich die Berufsunterschiede als künftig wegfallend anzusehen: in der vollkommenen Gesellschaft der Zukunft wird jeder zu allen Aufgaben geschickt sein und je nach Bedarf auf Zeit verwendet werden. Das gilt insbesondere von den bisherigen Regierungsberufen; die Aufgabe der Leitung bedarf besonderer und besonders vorgebildeter Personen nicht mehr, sie wird — so versichern die Zukunftsphilosophen — bei allen der Reihe nach umgehen können." Und auf welch grundlegenden Theoretiker des Sozialismus beruft sich Paulsen dabei? Etwa auf Marx oder Engels oder Kautsky? O nein! Auf — Bellamy, den phantasiefrohen Utopisten aus dem Jahre 2000.

Wir wollen Bellamy einen guten Mann sein lassen und uns dafür an diejenigen halten, die wissen müssen, was der historische Materialismus, diese unübertroffene und wohl auch unübertreffliche Methode sowohl zur dialektischen Erforschung der Vergangenheit, als auch zur praktischen Arbeit in der Gegenwart und zur klaren Erkenntnis der Zukunft für die Zielbestimmung der Pädagogik zu sagen hat.

Die materialistische Geschichtsauffassung geht von dem Satz aus, so erklärt Engels in seinem Anti-Dühring das Wesen dieser Geschichtsauffassung kurz und präzis, „daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen und Stände sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie der betreffenden Epoche." Darum sind auch die Mittel zur Beseitigung entdeckter Mißstände und zur Hebung der menschlichen Gesellschaft „nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken".

Wir haben also nicht spekulativ nach einem Ziel der Erziehung auszuschauen, sondern wir müssen die Tatsachen des ökonomischen Lebens zu begreifen und aus ihnen sowohl die gegenwärtigen als auch die zukünftigen Wege der Erziehung zu erkennen suchen. Aus dem zeitlich begrenzten ökonomischen Ziel ergibt sich auch in entsprechender Ableitung das pädagogische Ziel.

Die Klassenerziehung der Vergangenheit.

Diese materialistische Betrachtung macht auch erklärlich, warum wir in der menschlichen Geschichte bisher noch nie — allen Philosophen und ihren Theorien zum Trotz — eine allgemeine und gleiche Volkserziehung hatten. Die bisherige gesellschaftliche Produktion hat sie noch niemals gefordert. Es lag ein wirtschaftliches Bedürfnis für sie nicht vor. Um Theorien hat sich die wirtschaftliche Entwicklung aber bisher noch nie gekümmert, wenn diese Theorien nicht auf ihrem Wege lagen.

In den Urzeiten der menschlichen Geschichte, als die Menschen in verschiedenen Formen kommunistischer Gemeinschaft lebten, zu der die geringe Produktivität der Arbeit sie nötigte, gab es kaum eine gesellschaftliche Erziehung. Soweit man von einer solchen reden konnte, muß sie kommunistischer Art gewesen sein, wie auch die Rinder in jenen vorgeschichtlichen Zeiten in gewissem Sinne kommunistisches Eigentum waren. In den Zeiten der alten Familienformen, über die Näheres bei Morgan und Engels nachzulesen ist, herrschte ungebundener Geschlechtsverkehr; wenn er sich auch allmählich verengte, so war doch nur die Mutter eines Kindes, nicht aber der Vater genau festzustellen. Ein Kind konnte also nicht wie heute von seinen Eltern erzogen werden, sondern höchstens von der Mutter; wahrscheinlich aber wurde es durch die Gesamtheit erzogen, soweit in jener primitiven Zeit von Erziehung überhaupt die Rede sein konnte. Sie wird darin bestanden haben, daß die Knaben sich zu den Männern und die Mädchen sich zu den Frauen hielten und durch Nachahmung allmählich die Fertigkeit der Erwachsenen zu erlangen suchten. Denn es handelte sich damals nur um Fertigkeiten, die durch Uebung der Hand oder des Körpers zu erlangen waren. Geistige Bildung gab es noch nicht. Für sie wurden erst die Bedingungen geschaffen, als die Menschheit den großen Schritt vorwärts aus der Zeit des Urkommunismus in die Zeit der Sklaverei getan hatte. Durch die Sklaverei konnte die allmählich entwickelte größere Produktivität der Arbeit, die schon zu mehrfacher Teilung der Arbeit geführt hatte, besser ausgenützt werden. Es trat jetzt die große Teilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein, durch die den Massen die Handarbeit, die körperliche Arbeit zufiel, während die durch die Entwickelung ausgeschiedenen Bevorrechteten die Leitung dieser Arbeit, den Handel und die Staatsgeschäfte besorgten. Diese bevorrechtete Klasse schuf auch für ihre Angehörigen die Möglichkeit, Kunst und Wissenschaft aus ihrer Mitte heraus zu entwickeln. Hier beginnt die bis heute währende unnatürliche Trennung von Theorie und Praxis, die auf der einen Seite eine scheinbar um ihrer selbst willen vorhandene Wissenschaft und Kunst schuf, deren Vertreter sich naserümpfend über die gemeine Arbeit erheben, während dadurch auf der anderen Seite die körperliche Arbeit zu einer geistlosen, rohen, mühevollen Tätigkeit degradiert wurde, gut genug, von Sklaven und — Lohnarbeitern vollführt zu werden.

Mit dieser Bildung von Klassen beginnt auch die Klassenerziehung, und mit dem gleichzeitigen Aufkommen des Privateigentums und der damit zusammenhängenden Einehe die Familienerziehung. Aber die Klassenerziehung wie die Familienerziehung gab es eigentlich nur bei der herrschenden Klasse, denn für die zu geistloser Teilarbeit zerlegte Sklavenarbeit bedurfte es keiner besonderen Vorbildung des Geistes; es genügte die mechanische Nachahmung, der in Notfällen die Peitsche zu Hülfe kam. Die Sklaven bekamen ihre Arbeit zugewiesen. Ueber das Warum, Woher und Wohin hatten sie sich keine Gedanken zu machen. Dafür waren ihr Herr und seine Beamten da; aber eben dieser Notwendigkeiten wegen mußten die herrschenden Klassen darauf bedacht sein, ihren Nachwuchs von vornherein planmäßig zu erziehen. Der Vater wollte seinem Sohne sein Eigentum vererben. Der Sohn mußte darum in den Stand gesetzt werden, dieses Erbe sachgemäß verwalten zu können. Er mußte, wenn auch mit Hülfe von Beamten, die Produktion leiten, den Kauf und Verkauf von Produkten nutzbringend bewirken können; er mußte gemeinsam mit seinesgleichen innerhalb des Staates die Geschäfte der herrschenden Klasse zu besorgen verstehen. Aus allen diesen Gründen sehen wir die Gesetzgeber, Staatslenker und Denker bei den alten Griechen eifrig um die öffentliche Erziehung bemüht. Von der gefühlsrohen Methode des Aussetzens der Kinder (wenn sie schwächlich waren) bis zu den prunkvollen olympischen Spielen, diente alles der planmäßigen Ausbildung der hellenischen Jugend der herrschenden Klasse,

wie immer betont werden muß, damit sie gesund an Körper und Geist, geschickt zu Kampf und Spiel und klug im Verkehr mit Freund und Feind heranwachsen konnte. Zum ersten Male trennte sich hier eine Klasse los aus der Allgemeinheit, ließ diese für sich arbeiten, während sie selbst den Produktionsprozeß geistig leitete und für diesen Zweck sich auch eine besondere geistige Bildung aneignete. Es ist selbstverständlich, daß diese geistige Bildung sich nicht erschöpfte in mittelbarer Tätigkeit für materielle Interessen, sondern daß sie auch Zeit und Muße zur Pflege der Wissenschaft und Kunst fand.

Dieser Zustand hat, von äußeren Unterschieden abgesehen, Tausende von Jahren gedauert. Auch im alten Rom war es ähnlich. Und das Christentum, das sich zwar der Sklaven annahm, sorgte doch nicht für deren geistige Bildung, sondern sagte ihnen im Gegenteil: „Selig sind, die da geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer". Für die herrschenden Klassen freilich wandte das Christentum diese Formel nicht an. Es hat sich ja stets den wechselnden Bedürfnissen anzuschmiegen gewußt, und Moral mit doppeltem Boden war den christlichen Priestern niemals ein Stein des Anstoßes. So kam es, daß das Christentum, als es erst zur herrschenden Religion sich durchgerungen hatte, auch in geistiger Beziehung die Führung übernahm. Die Klöster wurden zu den Stätten von Kunst und Wissenschaft, Geistliche wurden die Lehrer von Fürsten und Adeligen.

Die soziale Struktur hatte sich durch das Eingreifen der Germanen in die geschichtliche Entwickelung geändert. Sklaverei im antiken Sinne gab es nicht mehr. An ihre Stelle war die Hörigkeit getreten. Der Feudaladel ist im Besitze der wirtschaftlichen Macht, des Grundes und Bodens. Er hat die Bauern zinspflichtig gemacht; er bildet die weltliche Vorsehung für die Bauern; er zwingt die Bauern zu mühseliger Fron. Da die Kirche der größte Feudalherr jener Zeit ist, so arbeitet sie mit dem Feudaladel Hand in Hand. Ritter und Fürsten kämpfen für die Kirche mit dem blanken Schwerte, die Kirche tritt für die Vorrechte der Ritter und Fürsten mit dem „Schwerte des Geistes" ein, indem sie die geistige Bildung des Rittertums übernimmt und zugleich — die Massen der unfreien Bauern in Unwissenheit und geistiger Anspruchslosigkeit erhält. Im Mittelalter gibt es auf dem Lande noch keinerlei Ansätze zu Schulen für die breite Masse des Landvolkes, wohl aber gibt es Schulen unter geistlicher Leitung an den Fürstenhöfen, auf den Ritterburgen und hauptsächlich in den Klöstern. Aber auch in den Städten des späteren Mittelalters, wo die herrschende Klasse des städtischen Patriziats sich Schulen schuf, um sich zur Leitung der Städtepolitik, des Handels und der Produktion zu befähigen, waren Kleriker die Leiter und Lehrer. Aber im Mittelalter treten doch auch schon die ersten Anfänge der Volksschule auf. Als sich in den Städten im Gegensatz zum Patriziat ein gesundes, tatkräftiges Kleinhandwerkertum entwickelte, das selbsttätig und mit eigener Verantwortung in die Produktion eingriff, brauchte es auch geistige Bildung für diese Aufgaben. So entstanden in den großen mittelalterlichen Handels- und Handwerksstädten wie Lübeck, Nürnberg, Augsburg, Bremen allmählich die dudeschen scryffscholen (deutschen Schreibschulen), in denen besonders das Schreiben und Rechnen gelehrt wurde. Das Schreiben war die Hauptsache, einmal weil der Kleinhandwerker für seine Berufstätigkeit des Schreibens bedurfte, sodann auch, weil in jenen Zeiten die Buchdruckerkunst noch nicht erfunden war, also alles geschrieben werden mußte, was gelesen werden sollte. Hier zeigt sich wiederum die Erscheinung, daß eine Klasse nach mehr Bildung verlangt, sobald ihre einzelnen Glieder selbsttätig in den Produktionsprozeß eingreifen und die Klasse selbst auf die gesellschaftliche Arbeit Einfluß gewinnt.

Dieser Einfluß des Kleinhandwerkertums dauerte aber nicht lange, und ebensowenig hatte die wirtschaftliche Blüte des mittelalterlichen Handwerks

Bestand. In der Reformation rangen unter religiösem Deckmantel neue Kräfte um die politische und wirtschaftliche Machtstellung; durch das Eingreifen des Kapitals in die Produktion verdrängt der Manufakturbetrieb allmählich den Zwergbetrieb des Mittelalters, in politischer Beziehung riß der Absolutismus mit seinen Anhängseln die Macht an sich. Dadurch wurden die Ursachen, die zur Gründung der Volksschule in den Städten geführt hatten, in den Hintergrund gedrängt. Die Lahmlegung der Volksschule, die im Mittelalter die Kirche vergeblich angestrebt hatte, wurde unter dem Drucke der wirtschaftlichen Entwickelung n a c h der Reformation spielend besorgt.

Das steht im Gegensatz zu der beliebten Behauptung, daß die Reformation die Volksschule gegründet oder doch gefördert habe. Aber die bürgerliche Geschichtsklitterung verwechselt hier Volksschule mit höherer Schule. Die Reformatoren, Luther an der Spitze, haben für Hebung der Volksschule nichts getan; sie haben die Volksschule nur verschlechtert, indem sie in die religionslosen Volksschulen des Mittelalters den Religionsunterricht als oberstes und wichtigstes Unterrichtsfach einführten und die Schule damit zur Dienerin der Kirche degradierten. Da die Reformatoren außerdem die Kirche in den Dienst des Staates stellten, so wurde somit die Volksschule durch die Reformation dem doppelten Zwecke gewidmet, für Staat und Kirche niedere Magddienste zu leisten, dem ersteren gehorsame Untertanen zu schaffen, und der zweiten demutvolle Gläubige zu züchten. Dagegen hat die Reformation sich der höheren Schulen mit Eifer angenommen. Luthers Schulschriften handeln sämtlich nur von den höheren Schulen, denen die Aufgabe zugewiesen wurde, brauchbare Leute für das geistliche und weltliche Regiment heranzubilden. Luther lag diese Sorge im Interesse seiner fürstlichen Gönner um so mehr am Herzen, als durch die Aufhebung zahlreicher Klöster ebensoviele alte Bildungsstätten aufgehoben und unzählige geistliche Lehrkräfte ihres Amtes entsetzt worden waren. Die Kirche verteilte also auch unter den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Licht und Schatten in bezug auf die Volksbildung in der hergebrachten Weise, indem sie dem Machtspruche der wirtschaftlichen Faktoren entsprechend den Herrschenden alle Bildungsmöglichkeiten eröffnete, die Beherrschten dagegen mit dem Auswendiglernen von geistlichen Gesängen und Bibelsprüchen und mit dem lutherischen Katechismus abspeiste. An dieser traurigen Tatsache vermochten weder die humanistischen Bildungsziele eines Comenius, noch der mutige Ueberschwang der Philanthropisten, noch das revolutionäre Pathos eines Pestalozzi etwas zu ändern. Selbst als unter dem Drucke der Schande von Jena, unter dem Einfluß der aufpeitschenden Reden Fichtes, in Preußen ein zaghafter Versuch zu einer großzügigen Schulpolitik gemacht wurde, blieb dieser Versuch doch in den allerersten Anfängen stecken.

Erst die hochkommende Bourgeoisie, erst das siegreiche Vordringen des Kapitalismus in Deutschland zwang die Staaten und Städte, ihrem Schulwesen in seiner Quantität und Qualität mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, und selbst die eisige Decke reaktionärster Schulpolitik, die in Preußen eine Serie der volksschulfeindlichsten Kultusminister ängstlich zu erhalten bestrebt war und ist, wurde wenigstens vorübergehend ein wenig durchbrochen. Wir sind damit an die Schwelle der Gegenwart gelangt.

Die Klassenerziehung der Gegenwart.

Wenn es nach den Theoretikern der Bourgeoisie ginge, ja, wenn man nur das Manchestertum sinngemäß auf die Erziehung anwenden wollte, so müßte das Zeitalter des Kapitalismus die besten Schulen geschaffen haben. Der Wettbewerb im freien Spiel der Kräfte sollte eo ipso voraussetzen, daß die Kräfte jedes einzelnen Wettbewerbers vorher voll zur Entwickelung gebracht werden müßten. Darum verlangt auch die die wirtschaftlichen und politischen Revolu-

tionen der Bourgeoisie begleitende pädagogische Theorie — man denke an Pestalozzi und Diesterweg — „die harmonische Ausbildung aller Kräfte des Menschen", darum enthalten auch die politischen Programme der liberalen Parteien in ihres Daseins Maienblüte die allgemeine Volksschule und ähnliche weitgehende schulpolitische und pädagogische Forderungen.

Aber Theorie und Praxis befinden sich leider noch im Gegensatz zu einander, und so ist von dem schönen Schulideal, das auch im bürgerlichen Staat verwirklicht sein könnte, nichts verwirklicht, als hier und da einige mehr oder weniger wesentliche Anfänge und hier und da fratzenhafte Karikaturen. Die Gründe hierfür zeigt uns eine materialistische Betrachtung der Sachlage auf.

Bedarf der Kapitalist, der Fabrikant, der Großindustrielle gebildeter Arbeiter zum Betriebe seiner Produktion? Die Frage läßt sich nicht mit einfachem Ja oder Nein beantworten. Es kommt zunächst darauf an, was man unter „gebildetem Arbeiter" versteht, ob man seine Allgemeinbildung oder seine Fachbildung im Auge hat. Es liegt auf der Hand, daß dem Kapitalisten in wirtschaftlicher Beziehung eine noch so hohe Allgemeinbildung des Arbeiters nicht von Schaden sein könnte. Aber es liegt ebenso sehr auf der Hand, daß sie ihm in wirtschaftlicher Beziehung auch von keinerlei Nutzen ist. Die praktische Tätigkeit eines Arbeiters im ganzen Betriebe einer Fabrik stellt keine Anforderungen an seine Allgemeinbildung. Es kann einem Hüttenbesitzer gleichgültig sein, ob seine Arbeiter Verständnis für Tizianische Gemälde, Beethovensche Sinfonien und Goethesche Gedichte haben. Die Allgemeinbildung kann seinetwegen fehlen, wenn dadurch Kosten gespart werden. Der verstorbene Miquel, der es auf Grund seiner Vergangenheit und seiner vielfachen Beziehungen wissen mußte, hat es einmal ehrlich eingestanden (am 10. Dezember 1896 im preußischen Landtage): „Die sogenannte allgemeine Bildung, so unentbehrlich sie auch ist, ist für diese Massen, wenn man aufrichtig sein will und sich nicht davor fürchtet, es auszusprechen, doch weniger wichtig als die fachliche Ausbildung. (Sehr richtig! rechts.)" — Ein ungemein bezeichnendes Wort! Man macht die Mode der „allgemeinen Bildung" mit, weil es anstandshalber nicht anders geht; aber im Grunde seines Herzens wünscht man diese Mode zum Teufel, denn sie kostet Geld.

Und wie steht es mit der fachlichen Ausbildung? Ist sie für den kapitalistischen Produktionsprozeß vonnöten? Auch nur zum Teil. Es gibt natürlich bei der technischen Leistungsfähigkeit moderner Großbetriebe eine ganze Reihe von Spezialberufen, in denen die Arbeiter Tüchtiges leisten müssen. Aber es handelt sich nur um verhältnismäßig wenige Arbeiter im Verhältnis zum großen Ganzen, und zum Teil sind es Arbeiter, die eigentlich keine Arbeiter mehr sind: Techniker, Zeichner, Modelleure, Meister, Vorarbeiter. In einzelnen Industrien und einigen Arbeitszweigen mag auch noch für viel größere Arbeiterschichten die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit in einem Spezialberuf notwendig sein; aber für die große Masse der industriell beschäftigten Arbeiter liegt ein Zwang zur speziellen Berufsbildung kaum oder überhaupt nicht mehr vor. Durch die stetige Teilung der Arbeit, durch die fortwährende Ausschaltung der menschlichen Hand und ihre Ersetzung durch die Maschine, durch die riesigen Fortschritte der Technik ist die Arbeit in einem großindustriellen Betriebe dermaßen in Hunderte und Tausende einzelner und an sich einfacher Bestandteile zerlegt worden, daß jeder ungelernte Arbeiter den schließlich noch von der menschlichen Hand zu besorgenden Antrieb der Maschine und ihre weitere Bedienung übernehmen kann. Der Unternehmer wird aber um so lieber zu dem ungelernten Arbeiter greifen, als dieser sich billiger anbietet. Die weitere Folge dieser Entwickelung der Technik und des kapitalistischen Arbeitsprozesses ist die Einstellung von Frauen und schließlich gar von Kindern, da selbst diese einen Teil der einfachen Handgriffe, die in einer Fabrik zu machen sind, übernehmen können und dabei außerdem den Vorzug größerer Billigkeit und Willigkeit haben. Neuerdings, da durch gesetzliche Eingriffe

die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit ein wenig eingeengt worden ist, sucht der Fabrikant billige Arbeitskräfte von außerhalb her zu bekommen. Ohne Bedenken werden in zahlreichen Betrieben polnische, russische und galizische Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt, unbekümmert darum, ob sie Analphabeten sind. Für die mechanische geistlose Tätigkeit in der Fabrik sind sie nach einigen Stunden, Tagen oder Wochen hinlänglich eingedrillt, so daß sie an der Stelle, an die sie gestellt worden sind, dem Fabrikanten ebenso viel Mehrwert erschanzen, wie es ein gebildeter deutscher Arbeiter tun würde.

Was folgt daraus für das kapitalistische Schulideal in der Praxis? Ganz ohne Bildung kann man die Massen heute nicht mehr lassen. Schulen müssen sein, zumal sie schon seit Jahrhunderten gewesen sind. Außerdem ist es für die meisten Zweige der kapitalistischen Produktion von Wert, wenn der Arbeiter wenigstens die Elemente des Wissens, Lesen, Schreiben und etwas Rechnen beherrscht; auch liegt dies noch aus anderen Gründen im Interesse der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation. Aus diesen Gründen ist das Kapital schulfreundlich, aus diesen Gründen fabrizieren die Landtage Schulgesetze und erledigen die Gemeindevertretungen die ihnen übertragenen Aufgaben der Schulverwaltung und -unterhaltung. Aber man sucht doch die Leistungsfähigkeit der Volksschule auf einem möglichst niedrigen Stand zu halten, und darum schränkt man sie innerlich und äußerlich nach Möglichkeit ein. Das jüngste gesetzgeberische Monstrum in Preußen, das Schulunterhaltungsgesetz, ist dafür ein charakteristischer Beleg: nach innen wird die Volksschule durch die schroffere Konfessionalisierung und durch die darin zum Ausdruck kommende höhere Wertung des Religionsunterrichts geschädigt, äußerlich schadet der Volksschule die als Folge des Gesetzes eintretende Zunahme leistungsfähiger Zwergschulen in Preußen. Die chronische Ueberfüllung der Schulklassen, der skandalöse Zustand vieler „Schulpaläste" in Preußen, in denen nach einem Wort des verstorbenen Kultusministers Bosse „Leben und Gesundheit der Lehrer und Schüler gefährdet sind", die jämmerliche Besoldung der Lehrkräfte und manches andere sind ebenfalls Beweise hierfür.

Man hat den hierauf bezüglichen Passus unserer Leitsätze:

> „außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitsteilung und die dadurch entstehende Schablonisierung und Geistlosigkeit der Arbeit in vielen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule",

bestritten und ihn als unrichtig hingestellt. Ein Antrag verlangt darum auch seine Streichung. Ich kann mich diesem Antrage nicht nur nicht anschließen, sondern muß dringend vor ihm warnen und um die Beibehaltung der Fassung unserer Leitsätze in diesem Punkte bitten. Genosse Hoch, der Einbringer dieses Antrages, hat ihn in einem Artikel der Mannheimer „Volksstimme" zu begründen versucht mit der Behauptung, daß das kapitalistische Interesse eine umso intelligentere Arbeiterschaft braucht, je länger die kapitalistische Wirtschaft dauere.

> „In der letzten Zeit", so heißt es in dem Artikel, „klagen die beteiligten Unternehmer ganz besonders häufig über die ungenügende Anstelligkeit und Zuverlässigkeit gerade der ungelernten Arbeiter. Dabei wird vielfach als Grund für die verminderte Leistungsfähigkeit der Arbeiter der Umstand angegeben, daß ein immer größerer Teil der Arbeiter aus ländlichen Gemeinden stammt, in denen die Volksschule noch mehr als in den Städten vernachlässigt wird. So wirkt auch jetzt noch das kapitalistische Interesse als eine Mahnung zur Besserung der Volksschule, freilich eine Mahnung, die gegenüber den anderen volksschulfeindlichen Interessen des Kapitalismus nicht stark genug ist, um zur vollen Geltung zu gelangen."

In dem letzten Satz liegt die Möglichkeit einer Einigung zwischen uns und dem Genossen Hoch. Wir bestreiten gar nicht, daß es nicht Industrien und Unternehmer gibt, die besser gebildete Arbeiter brauchen könnten, als sie die heutige Volksschule liefert, aber andererseits halten wir auch an unserer Auf-

fassung fest, daß, wie es in unseren Leitsätzen heißt, „in vielen Industriezweigen" das Interesse des Kapitalismus für die Volksschule erlahmt. Man denke an Ziegeleien, Spinnereien, Webereien, an gewisse Industriezweige im Ruhrrevier, selbst auf den Werften werden viele ausländische Arbeiter eingestellt, die weder lesen noch schreiben noch deutsch sprechen können. Mag sein, daß die betreffenden Fabrikanten gebildete Arbeiter ebenso gern nähmen, wenn sie sie ebenso billig und willig bekämen, aber da dieses nicht der Fall ist, so „erlahmt" eben das Interesse der Kapitalisten an der Volksschule. Gerade diese Tatsache deckt auch die tiefer liegenden ökonomischen — neben anderen — Ursachen auf, die die nationalliberalen Fabrikanten entgegen ihrer früher (1892) bekundeten Feindschaft gegen die Klerikalisierung der Volksschule zu Freunden der jüngsten preußischen Schulverschlechterung machten. Engels drückt in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England" sich so aus: „Wenn die Bourgeoisie ihnen (den Arbeitern) zum Leben so viel läßt als eben nötig ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie ihnen auch nur soviel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt. Und das ist soviel wahrlich nicht .... Es kann aber nicht anders sein; die Bourgeoisie hat wenig zu hoffen, aber manches zu fürchten von der Bildung der Arbeiter."

Es ist selbstverständlich, daß die ökonomischen Interessen des Kapitals sich nicht überall gleich schroff und nicht immer in voller Stärke durchsetzen können. So ist auf Amerika und Frankreich verwiesen worden, wo der Kapitalismus ebenso oder noch stärker herrsche als in Deutschland; trotzdem seien dort die Volksschulen weit besser als in Deutschland. Das trifft zu. Es ist naturgemäß, daß dort, wo freiere politischere Verhältnisse sind und der Volkswille sich ungehinderter durchsetzen kann, auch bessere Volksschulen sind. Im kleinen haben wir auch in Deutschland ähnliche Gegensätze. In Preußen, dem Land der unbegrenzten reaktionären Möglichkeiten, dem Land der unbeschränkten Herrschaft der Junker und der volksfeindlichen Bureaukratie und Hierarchie, konnte die Schulverpfaffung gegen den laut und vernehmlich bekundeten Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden. In der kleinen Republik, wo Junker und Pfaffen „nix to seggen" haben — die Pfeffersäcke dafür freilich um so mehr — und wo eine einheitlichere Bevölkerung vorhanden ist als in dem vielgestaltigen Preußen, wurden schon die ersten geheimen Versuche eines Schulbureaukraten, preußische Schulsitten und preußische Orthodoxie einzuführen, durch einhellige Empörung der Bevölkerung zunichte gemacht. Die tapferen bremischen Volksschullehrer setzten außerdem auf den einen Schelmen des Schulvogtes anderthalbe, indem sie die Abschaffung des Religionsunterrichtes überhaupt verlangten, weil nur auf diese Weise jede mißbräuchliche Ausnutzung des Religionsunterrichts wirklich erfolgreich vermieden wird. Es ist unnötig, zu sagen, daß wir den bremischen Lehrern in dieser Beziehung durchaus zustimmen. In Frankreich und Amerika mit ihren viel freieren demokratischen Einrichtungen kann eine Schulreaktion wie in Preußen überhaupt nicht aufkommen. Aber man darf sich auch auf der anderen Seite durch die begeisterten Berichte einiger Schulmänner und Sozialpolitiker über amerikanisches Schulwesen nicht irreführen lassen. Es ist auch in Amerika nicht alles Gold, was glänzt, und von dem sozialistischen Schulideal, von der Allgemeinheit und Einheitlichkeit des Schulwesens, von einer systematischen Organisierung des ganzen Bildungswesens nach pädagogisch-sozialen Rücksichten statt nach dem Geldbeutel des Vaters, ist man auch in Amerika und ebenso in Frankreich noch weit entfernt.

Sodann aber muß man sich vor der falschen Schlußfolgerung hüten, als ob der höhere Stand der Volksschule in demokratisch organisierten Staatswesen und ebenso die gelegentlichen vereinzelten Fortschritte im deutschen Schulwesen auf den guten Willen der herrschenden Klassen zurückzuführen sind. Wo immer Fortschritte im Schulwesen sich zeigen, sind sie direkt oder indirekt der modernen

Arbeiterbewegung, dem klassenbewußten Proletariat geschuldet. Es äußert sich darin eine Wirkung der zunehmenden Macht des Proletariats. Ich habe schon früher gelegentlich darauf aufmerksam gemacht, daß eine nach ökonomischer Befreiung und Selbständigkeit strebende Klasse auch stets das Bedürfnis nach geistiger Aufklärung und Weiterbildung hat, daß es diese Bildung im Interesse seiner wachsenden ökonomischen Macht verlangt und sie sich auch zu verschaffen weiß. So war es bei den Griechen, so war es bei dem Feudaladel des Mittelalters, so war es bei den städtischen Patriziern, so war es bei dem Handwerkertum im Mittelalter. Heutzutage bei der Aufwärtsbewegung des Proletariats handelt es sich zwar nicht um die Erlangung der individuellen ökonomischen Selbständigkeit des Arbeiters, die zu erlangen angesichts der kapitalistischen Riesenbetriebe ein aussichtsloses Beginnen, ein törichter Wahn wäre. Aber individuelle Produktion zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse ist auch nicht das Ziel der Zukunft und des Sozialismus, sondern gemeinsame Produktion, planmäßige Organisierung der Produktion. So wie aber der Kapitalismus selbst schon in der Gegenwart durch Schaffung von Riesenbetrieben und auf andere Weise dem kommenden Sozialismus ungewollt Vorarbeit leistet, so übt auch das organisierte Proletariat schon heute einen in der Richtung zum Sozialismus liegenden, mehr oder minder starken ökonomischen und politischen Einfluß aus. Wo die Bewegungsfreiheit des Proletariats eine größere ist, ist auch dieser Einfluß äußerlich ein größerer; wo man dem Proletariat jegliche Bewegungsfreiheit zu unterbinden versucht, wie in Preußen-Deutschland, tritt der Einfluß des Proletariats weniger auffällig in die Erscheinung, hier wirkt er mehr nach innen auf das Proletariat zurück und verstärkt dessen Geschlossenheit, Kraft und revolutionäre Energie. Während deshalb in außerdeutschen Ländern die klassenbewußte Arbeiterschaft sich mehr positiv an dem freiheitlichen Ausbau des Schulwesens beteiligen kann, wie in England und Amerika, oder durch Abwehr der klerikalen Reaktion die freie Schule, wie in Frankreich, schützen kann, ist die deutsche Arbeiterschaft in bezug auf ihr Bildungsbedürfnis vorwiegend auf die Selbsthülfe angewiesen. Der stets in der deutschen Arbeiterschaft vorhanden gewesene Drang nach theoretischer Aufklärung und Weiterbildung, der besonders in den letzten Jahren einen erneuten und starken Anstoß erhalten hat, ist dafür ein sprechender Beweis.

Aber selbst wenn die Bourgeoisie mehr Interesse an einer gut organisierten leistungsfähigen Volksschule hätte, als sie in Wirklichkeit besitzt, so würde es um das Volksschulwesen nicht viel besser bestellt sein als heute. Jede Hebung des Schulwesens kostet Geld; jede neue Schulklasse, die eine überfüllte Klasse beseitigt, jeder neue Lehrer, der angestellt wird, um dem schreienden Lehrermangel abzuhelfen, jedes neue Lehrmittel, das die ärmliche Ausstattung der Volksschule bereichert, alles, das eine wie das andere, kostet Geld. Geld ist aber ein rarer Artikel im heutigen Klassenstaate. Freilich, die Steuerzahler müssen Jahr für Jahr ungeheure Summen aufbringen, und die Staaten und besonders das Reich wissen diese Summen auch unter die Leute zu bringen. Aber für Kulturaufgaben, besonders für die Volksschule, fällt dabei sehr wenig ab. Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Liebesgabenpolitik und ähnliche kulturfeindliche Zwecke verschlingen jährlich die Hunderte und Aberhunderte der Millionen von Reichseinnahmen und bringen dadurch die Budgets der Einzelstaaten in Unordnung. Die Einzelstaaten wiederum haben für alle möglichen Dinge Gelder zur Hand, sei es für die Kirche, sei es für einen neuen Gestütshengst; aber für die Bedürfnisse der Volksschule wird jeder Pfennig zehnmal in der Hand herumgedreht, ehe er zur Ausgabe gelangt.

An dieser beschämenden Tatsache ändert auch der Umstand nichts, daß die Summen, die die Schuletats beanspruchen, absolut genommen, ziemlich hoch erscheinen. Bei der großen Zahl von schulpflichtigen Kindern kommen selbst bei

geringen Leistungen im einzelnen doch insgesamt ganz erkleckliche Summen zusammen. Sodann muß man diese Zahlen im Verhältnis zu anderen Ausgabeposten prüfen, besonders muß man die Aufwendungen des Staats für die höheren Lehranstalten gegen die für die Volksschulen halten. Nur einige Zahlen aus dem jüngsten preußischen Schuletat: der Staat verausgabt für zirka 19 000 Studenten 12,68 Millionen Mark, d. h. für den Kopf 650—700 Mark; für 170 000 Schüler höherer Lehranstalten zahlt der Staat 14,58 Millionen Mark, d. h. für den Kopf durchschnittlich 85—90 Mark; für über 6 Millionen Volksschüler 85 Millionen Mark — scheinbar viel! — auf den Kopf berechnet aber nur durchschnittlich 14 Mk. Der Staat gibt also für die Ausbildung eines höheren Schülers, also vielleicht eines künftigen Technikers oder Verwaltungsbeamten, ungefähr 6mal und für die Ausbildung eines Studenten, also vielleicht eines künftigen Staatsanwalts oder Seelsorgers, ungefähr 50mal so viel aus, wie für die Ausbildung eines Volksschülers. Ich beschränke mich auf diese wenigen Zahlen, da sie nach meiner Meinung hinreichen, um den Klassencharakter des heutigen öffentlichen Schulwesens zu erweisen.

Es liegt auf der Hand, daß der Staat mit den wesentlich höheren Summen, die er für das höhere Schulwesen aufwendet, dieses auch mannigfaltiger gliedern und besser ausrüsten kann. So wie sich die höheren Lehranstalten meistens schon in der inneren und äußeren Einrichtung von den Volksschulen unterscheiden, so wird auch für die Lehrkräfte und Lehrmittel der höheren Schulen mehr aufgewendet. Hier sind akademisch gebildete Lehrer die Regel, seminaristisch gebildete werden nur in untergeordneten Fächern beschäftigt. Die Laboratorien, Apparate und Instrumente an den höheren Lehranstalten sind aufs beste eingerichtet. Und den wissenschaftlichen Unterrichtsfächern zuliebe wird sogar der Religionsunterricht beschnitten — was viel besagen will.

Wie aber sieht es demgegenüber in der Volksschule aus! Nach den allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 sollen an Lehrmitteln in jeder Volksschule vorhanden sein: 1. Ein Exemplar des in der Schule eingeführten Lehr- und Lernbuches. 2. Eine Wandkarte der Provinz. 3. Dito von Preußen. 4. Dito von Deutschland. 5. Dito von Europa. 6. Dito von Palästina. 7. Ein Globus. 8. Ein Alphabet weithin erkennbarer auf Holz oder Papptäfelchen geklebter Buchstaben. 9. Eine Geige. 10. Ein Lineal und Zirkel. 11. Eine Rechenmaschine. In evangelischen Schulen kommen außerdem noch hinzu 12. Eine Bibel. 13. Ein Gesangbuch. Für die Lehrer an den Volksschulen hält man eine wissenschaftliche Ausbildung nicht für notwendig. Zwar jeder Pfarrer, und wenn er in der kleinsten und entlegensten Dorfpfarre sitzt, muß ein jahrelanges Studium durchgemacht haben, ehe er für seine seelsorgerischen Aufgaben geeignet erachtet wird. Ein Volksschullehrer dagegen, dem die Jugend anvertraut wird, damit er sie zu tüchtigen Bürgern dieser Welt erziehe, wird mit der rückständigen verfilzten Seminarbildung abgespeist. Und wenn in einem erheblichen Teil der deutschen Volksschullehrerschaft nicht ein echt proletarischer Drang nach aufwärts ans Licht und an die Freiheit lebte, der sie durch eigenes Studium über die Niederungen der Seminarbildung hinwegtrüge, so stände es um die Volksschuljugend noch schlimmer, als es heute schon der Fall ist. Von den großen, weltbewegenden Errungenschaften der Naturwissenschaften, von Darwin und der auf ihn zurückgehenden Entwicklungslehre erfahren die Seminaristen nichts; von noch größeren Ereignissen und bedeutungsvolleren Lehren der neuen Zeit auf historischem und sozialem Gebiet erst recht nicht. Dafür wird ihnen aber — wie einst durch die Regulative die „sogenannte klassische Literatur" für die Lektüre verboten wurde — neuerdings durch Herrn Studt die Lektüre moderner Dichter, wie Hauptmann und Sudermann, verboten. Umso fleißiger müssen die Seminaristen die Bibel, den Katechismus, Kirchengeschichte und ähnliche verstaubte Dinge studieren, um so eifriger wird ihnen patriotische

Geschichtsliteratur, flotten- und kolonialschwärmerische Lektüre empfohlen. Auf diese Weise will man den gesunden proletarischen Sinn der Volksschuljugend aus seiner geraden Bahn ablenken und ihn für die Nebenzwecke der herrschenden Gesellschaft einfangen. Der Religionsunterricht nimmt den sechsten Teil des gesamten Volksschulunterrichts ein; statt Darwin führt Moses die Jugend in die Weltanschauung ein; der Deutschunterricht kommt über die Elementarfächer kaum hinaus; ähnlich steht es mit den übrigen Unterrichtsfächern; im Geschichtsunterricht wird in schamloser Weise der Verlauf der Weltgeschichte dynastischen Interessen zuliebe verdreht und verfälscht dargestellt. Die Volksschule soll auf diese Weise den Herrschaftszwecken der kapitalistischen Gesellschaft dienstbar gemacht werden, man will die Proletarierkinder, in denen das Elend ihrer Umgebung schon in früher Jugend Erbitterung erweckt, durch ein Uebermaß an orthodoxer Religiosität, durch verlogene Geschichten über edle und volksfreundliche Herrscherhäuser, durch Vorenthaltung der wissenschaftlichen Wahrheit, durch lügnerische Entstellung der Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung, durch eine heuchlerisch-sentimentale und überlebte Moral und nicht zuletzt durch rücksichtslose, kasernenmäßige Disziplin unter Zuhülfenahme des Prügels von der im Proletarierhause herrschenden revolutionären Grundstimmung ablenken und statt dessen frühzeitig in ihnen die Gefühle des widerspruchslosen Gehorsams gegen göttliches und weltliches Gebot, der frommgläubigen Demut, der untertänigsten Treue gegen Kaiser und Reich züchten. Im Religions- und im Geschichtsunterricht der Volksschule treten diese Tendenzen am unverhülltesten in die Erscheinung; aber auch in den anderen Unterrichtsfächern, im Deutschunterricht, im Geographieunterricht, selbst im Gesang- und Turnunterricht, ferner bei den Schulfesten und Andachten treten diese arbeiterfeindlichen Bestrebungen auf. Wenn sie nicht den erwarteten Erfolg haben, so ist das neben anderen Gründen besonders auf die Gegentendenzen des proletarischen Elternhauses zurückzuführen, Tendenzen, die angesichts der in der preußischen Schulvorlage neuerdings und in verstärktem Maße bekundeten reaktionären Pläne der herrschenden Klasse zu vertiefen und zu verstärken sind. Hoffentlich gelingt es uns auf unserem jetzigen Parteitage, diesen Gegentendenzen mehr Einheitlichkeit und Kraft zu verleihen.

Die Erziehungsideale des Sozialismus.

Der Sozialismus wird die Klassenerziehung aufheben.

Das ist nicht eine beweislose, arrogante Behauptung, sondern eine Selbstverständlichkeit, die sich mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Sozialismus ergibt. Der Sozialismus will die Beseitigung der Klassengegensätze, und mit der Beseitigung der Klassenherrschaft fällt auch die ihr adäquate Klassenerziehung.

Aber auch die Aufhebung der Klassengegensätze ist nicht ein Postulat, das wir uns von moralischen oder ähnlichen spekulativen Erwägungen haben diktieren lassen, ebensowenig wie wir die bisherigen Klassengegensätze der menschlichen Geschichte vom Standpunkt ethischer Reflexionen aus verdonnern oder vom sentimentalen Standpunkt aus tränenden Auges beweinen. Wir suchen die menschliche Geschichte als einen dialektischen Prozeß zu begreifen; wir suchen durch die ethischen und ästhetischen Begleiterscheinungen hindurch auf den ökonomischen Kern der Erscheinungsformen zu gelangen. Und da ergibt sich, daß die Klassengegensätze im Flusse der sozialen Entwickelung ihre Berechtigung hatten, daß sie notwendig waren, wenn die gesellschaftliche Arbeit bis zu der Produktivität geführt werden sollte, die sie heute erreicht hat.

Als die Menschheit aus dem Stadium des urwüchsigen Kommunismus heraustrat, wurde sie dazu gedrängt durch die ersten Formen der Arbeitsteilung, die die Einfügung fremder Arbeitskräfte gestattet. Diese Möglichkeit führte zur Einführung der Sklaverei, die wiederum weitere mannigfaltige Teilung der Arbeit gestattete. Die bedeutungsvollste bestand darin, daß den Sklaven die

rohe Handarbeit aufgebürdet wurde, während die Bevorrechteten, wie schon früher ausgeführt, die mehr geistigen und angenehmeren Arbeiten besorgten. Diese Teilung der Arbeit, diese Trennung von Theorie und Praxis war, so unheilvolle Folgen sie in anderer Beziehung gehabt hat, für die ökonomische Entwickelung unvermeidlich. „So lange die wirklich arbeitende Bevölkerung", sagt Engels im „Anti-Dühring", „von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft — Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft usw. — übrig bleibt, so lange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte... Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft — theoretisch wie praktisch — zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwickelung geworden, und erst jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch so sehr im Besitz der unmittelbaren Gewalt sein."

Heute haben die Produktivkräfte eine solche Stärke erreicht, daß sie je länger je ungestümer mit der herrschenden Produktionsweise in Konflikt geraten. Heute ist die Produktivität der Arbeit so immens entwickelt, daß nur noch die Vergesellschaftlichung der Produktion imstande ist, die heutige Verschleuderung von Produktivkräften auf der einen und die Massenarmut auf der anderen Seite aufzuheben. Zugleich aber wird durch die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel die Gewähr einer ununterbrochenen stets fortschreitenden Entwickelung der Produktivkräfte und einer unbegrenzten Steigerung der Produktion selbst gegeben. „Die Möglichkeit, vermittelst der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie ist da". (Engels „Anti-Dühring".)

Bei diesem „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit" werden die bisherigen Klassenunterschiede aufgehoben. Es gibt dann nur noch eine einzige Klasse gleicher und freier Arbeiter am sozialen Arbeitsprozeß, nicht mehr eine besondere „Arbeiterklasse", auf die wie heute alle Arbeit im heutigen Sinne mit ihrer Mühsal und ihrem Schmutz abgewälzt werden kann. Aber diese Arbeiten selbst bleiben, wenn eine weitere Entwickelung der Technik auch vieles von der heutigen Qual und dem Schmutz der Arbeit beseitigen wird. Diese Arbeiten müssen also gemacht werden. Ihre ordnungsmäßige, prompte Erledigung wird aber keinerlei Schwierigkeiten verursachen, da dann der heutige Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen schöner und schlechter, zwischen nützlicher und unnützer, zum größten Teil auch zwischen spezifisch männlicher und spezifisch weiblicher Arbeit hinwegfallen wird. Es gibt dann nur noch gesellschaftlich notwendige Arbeiten, die — eine wie die andere — für die Existenz und die gesunde Fortentwickelung der Gesellschaft gleich unerläßlich und darum gleich achtungswert sind. Und nicht mehr wird ein Arbeiter sein Leben lang als Zubehör eines Maschinenteils an eine geistig abstumpfende Teilarbeit gestellt werden, sondern es wird ein geistig und körperlich erfrischender Wechsel der Arbeit eintreten. Dieser Wechsel der Arbeit wird von der heutigen großen Industrie schon vorbereitet, nur äußert er sich vorläufig in einer für den Arbeiter wenig erfreulichen Art. Der Arbeiter wird heute nicht mehr ausgebildet, der ungelernte Arbeiter

ist die Parole. Selbst gelernte Arbeiter müssen oft jahrelang in den verschiedensten Industriezweigen als ungelernte Arbeiter tätig sein, ehe sie wieder einmal vorübergehend an ihrer gelernten und inzwischen vielleicht schon verlernten Arbeit tätig sein können. Der Arbeiter zieht aus diesem Hin und Her, aus diesem Durcheinander von Arbeiten in den verschiedensten Betrieben, deren innere Zusammenhänge er bei der mangelnden Vorbildung und bei der Eile des Wechsels nicht kennen lernen kann, nicht nur keinen geistigen und körperlichen Gewinn, sondern er stumpft ab und lernt die Arbeit nur noch intensiver hassen als Mühe und Qual. Aber dieser Wechsel der Arbeit wird doch durch den Zwang der wirtschaftlichen Kräfte zu einem gesellschaftlichen Produktionsgesetz, das in einer planmäßig organisierten sozialistischen Gesellschaft zum Segen des Arbeiters ausschlägt. Und auch zum Segen der gesellschaftlichen Arbeit selbst. Hören wir darüber Engels (Anti-Dühring, Seite 212): ...„die Produktion wird gefördert am meisten durch eine Verteilungsweise, die allen Gesellschaftsmitgliedern erlaubt, ihre Fähigkeiten möglichst allseitig auszubilden, zu erhalten und auszuüben. Der dem Herrn Dühring überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen muß es allerdings als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen, daß es einmal kein Karrenschieber, keine Architekten von Profession mehr geben soll, und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird. Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschieber von Profession verewigt!" Leider scheinen bis auf den heutigen Tag sehr gelehrte Genossen so sehr in der „überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen" befangen zu sein, daß wir dem von Engels mit Recht verspotteten „schönen Sozialsmus" noch heute das Wort reden. Marx drückt diesen Gedanken (im „Kapital" I, S. 458) so aus: „Sie (die große Industrie) macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion — durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind."

Marx spricht hier von einem „total entwickelten Individuum", Engels sprach ebenfalls davon, daß die sozialistische Gesellschaft die „vollständige freie Ausbildung und Betätigung der körperlichen und geistigen Anlagen" garantiere. Wir stoßen damit direkt auf den Kern des sozialistischen Erziehungsideals, wie denn auch Marx nach den soeben von ihm zitierten Sätzen ganz konsequent fortfährt, aus dieser Entwicklung der Industrie die Notwendigkeit von „polytechnischen und agronomischen Schulen" zu folgern; es unterliege keinem Zweifel, „daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird". Schon vorher hatte Marx aus den von ihm festgestellten Tatsachen der Kinderausbeutung und den dagegen getroffenen Maßnahmen der englischen Gesetzgebung unter Berufung auf Robert Owen den „Keim der Erziehung der Zukunft" abgeleitet, „welcher für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit, mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen". Näher ausgeführt sind diese Ideen, die in der Tat den „Keim der Erziehung der Zukunft" enthalten, die in genialer Vorausbestimmung das Ziel und die Wege der sozialistischen Erziehung in wenigen aber richtigen und sicheren Strichen entwerfen, in der Resolution, die der eingangs erwähnte Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1866 annahm. In dieser Reso-

lution lauten die wesentlichsten für uns in Betracht kommenden Partien: „Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen, von beiden Geschlechtern, zur Mitwirkung an dem Werke der sozialen Produktion herbeizuziehen, als eine progressive, heilsame und rechtmäßige Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine abscheuliche ist. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft sollte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Jahre an ein produktiver Arbeiter werden; auf gleiche Weise sollten keine erwachsenen Personen dem allgemeinen Gesetz der Natur ausgenommen sein: nämlich zu arbeiten, um imstande zu sein, zu essen, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirn, sondern auch mit den Händen .... Von diesem Standpunkt ausgehend, sagen wir, daß keinen Eltern und Arbeitgebern durch die Gesellschaft Erlaubnis gegeben werden darf, die Arbeit von Kindern oder jungen Personen zu gebrauchen, außer unter der Bedingung, daß jene produktive Arbeit mit Bildung verbunden wird. Unter Bildung verstehen wir drei Dinge: 1. geistige Bildung; 2. körperliche Ausbildung, solche, wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Uebungen gegeben wird; 3. polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilt, und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementarischen Instrumente aller Geschäfte. Mit der Einteilung der Kinder und jungen Personen vom 9. bis 17. Jahre in drei Klassen sollte ein allmählicher und progressiver Lehrlauf der geistigen, gymnastischen und polytechnischen Erziehung verbunden sein. Mit Ausnahme vielleicht der ersten Klasse sollen die Kosten der polytechnischen Schulen teilweise gedeckt werden durch den Verkauf ihrer Produkte. Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Bildung, körperlicher Uebung und polytechnischer Abrichtung wird die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben."

Gehen wir von den nebensächlichen Einzelheiten ab, so ergibt sich als das eigentliche charakteristische Kennzeichen der sozialistischen Erziehung die Arbeit, die körperliche Arbeit als Grundlage der Erziehung, auch der geistigen und sittlichen. Dieses Kennzeichen unterscheidet die sozialistische Erziehung grundsätzlich von der bürgerlichen, die den Begriff der Arbeit nicht kennt und darum auch nicht aus der Arbeit, sondern aus der Spekulation ihrer Moralbegriffe herleitet. Wohl hat man neuerdings hier und da den sogenannten Handarbeitsunterricht in die Schulen eingeführt, der aber in gar keinem Verhältnis zu der von uns angestrebten Erziehung durch Arbeit zur Arbeit steht. Wohl ist auch dem einen und dem anderen bürgerlichen Pädagogen eine Erkenntnis von der großen sozialen Bedeutung der Arbeit für die Jugenderziehung aufgegangen, so u. a. dem Leiter des Seminars für Knabenhandarbeit in Leipzig, Dr. Pabst und dem hessischen Schulrat Scherer. Aber die zünftige Pädagogik steht dem Arbeitsunterricht kühl und verständnislos gegenüber. Ist doch noch vor einigen Jahren, 1900, auf der deutschen Lehrerversammlung in Köln, die Einführung des Handarbeitsunterrichts mit übergroßer Mehrheit und mit Gründen, die die Verständnislosigkeit gegenüber diesem Problem grell beleuchteten, abgelehnt worden. Dabei findet die bürgerliche Pädagogik bei den größten und besten unter ihren Theoretikern und Begründern ein erfreuliches Verständnis für den Wert der körperlichen Arbeit in der Erziehung. Comenius, Locke, Rousseau, Pestalozzi, Fröbel, sie alle haben mit mehr oder weniger klarer Erkenntnis der Handarbeit das Wort geredet, wobei allerdings betont werden darf, daß bei den meisten von ihnen diese besonderen sozialistischen Anklänge auch auf sozialistische Veranlagung im allgemeinen zurückzuführen sind, so besonders bei Comenius, Pestalozzi und Fröbel. Auch Goethe, zwar kein Zunftpädagoge, aber ein universaler Denker und Künstler, dessen Wort auch bei den Pädagogen Geltung beanspruchen darf, hat in seiner prächtigen Erziehungsutopie, in „Wilhelm Meisters Wanderjahren",

den Wert der produktiven körperlichen Tätigkeit für die körperliche, geistige, sittliche und ästhetische Ausbildung der Kinder in einer ebenso schönen wie überzeugenden Weise dargestellt. Bestimmter und mit bewußt sozialistischer Begründung wird der Einführung der Arbeit in die Jugenderziehung das Wort geredet von den großen Utopisten, besonders von Fourier und Robert Owen. Besonders der letztere ist durch seine praktischen Versuche, die sich glänzend bewährten, in gewissem Sinne bahnbrechend auf diesem Gebiete geworden.

Aber das Fundament für die sozialistische Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus hat Marx gelegt, und auf diesem Fundamente hat bisher erst ein berufener Pädagoge von Bedeutung mit Verständnis und Erfolg zu bauen begonnen. Dieser Pädagoge ist freilich kein bürgerlicher Gelehrter, es ist unser schweizerischer Genosse Robert Seidel, der im Jahre 1885 eine ziemlich umfangreiche Schrift über den „Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit", herausgab, die in einer bisher unübertroffenen, schlagkräftigen, eindrucksvollen Weise und mit sicherer Begründung den Arbeitsunterricht vom sozialistischen und zugleich pädagogischen Standpunkte aus würdigte.

„Arbeit heißt der Heiland der neueren Zeit", so ruft Dietzgen aus, und schlägt damit alle die frechen Verleumder zu Boden, die der Sozialdemokratie Liebe zur Faulheit unterstellen. Arbeiten wollen wir auch in Zukunft, denn die Arbeit gehört zum Menschen wie das tägliche Brot. Es gibt für einen eingesperrten Verbrecher keine quälendere Strafe, als wenn man ihm die Arbeit entzieht. Die Arbeit hat die Menschheit zu dem gemacht, was sie heute ist, sie steht am Anfang der kulturellen Entwickelung, sie hat die Kultur bis auf die heutige Höhe geführt. Die Arbeit wird auch die Erlösung der Menschheit aus ihrer heutigen ökonomischen und geistigen Unfreiheit bewirken. Aber die Arbeit, die Praxis, muß von der künstlichen Trennung von ihrer geistigen Wesenheit, von der Theorie, zu der sie jahrtausendelang gezwungen worden ist, befreit werden. „Wissenschaft und Handwerk," heißt es bei Dietzgen, „Kopf- und Handarbeit sind nur zwei verschiedene Gestalten derselben Wesenheit". Im Kind ist die Trennung noch nicht vorhanden. Für das Kind ist sein scheinbar müßiges Spiel eine wichtige, ernste Arbeit, und bei diesem Spiel, bei dieser Arbeit, arbeiten Kopf und Hand, Theorie und Praxis, gemeinsam. Später erst tritt durch die heutige unnatürliche Erziehungsmethode die Trennung ein. Die Schule stopft den Kopf mit abstraktem Wissen voll, die Hand und der Körper werden entweder frühzeitig durch die Fron des Kapitalismus zermürbt und einseitig verbildet, oder diese Ausbildung bleibt völlig dem Zufall überlassen. Das bißchen an Turnunterricht, das im Lehrplan der heutigen Schule enthalten ist, ersetzt nicht im entferntesten die durch einen Arbeitsunterricht, der nach Möglichkeit im Freien stattfindet, und durch einen planmäßigen gymnastischen Unterricht bewirkte allseitige körperliche Ausbildung. Die sozialistische Erziehung wird bei dem Spiel der ersten Kinderjahre anknüpfen und von hier aus die Jugend — ohne Trennung der Geschlechter — planmäßig in den Gebrauch der Werkzeuge, von den einfachsten bis zu den komplizierten einführen. Sie wird dadurch den Kindern eine Art ABC der Arbeit beibringen, durch das sie — wie das übliche ABC die Fähigkeit des Lesens, Lernens, Studierens erschließt — die Fähigkeit der „Arbeit" in allen Produktionszweigen erlernen, durch das sie die soziale Arbeit in ihrer Bedeutung „lesen", d. h. in ihrer Bedeutung erkennen lernen, so daß sie sich nach freier Wahl auf Grund genauer Kenntnis ihrer Leistungsfähigkeit in einem Produktionszweige oder in mehreren seßhaft machen können. Jeder wird den Platz innerhalb der sozialen Arbeitsgemeinschaft einnehmen, der seiner körperlichen und geistigen Veranlagung am besten entspricht. Das „Verfehlen" des Berufes ist dadurch ausgeschlossen. Die Verachtung des einen durch den anderen Beruf ist unmöglich, da jeder Beruf nützlich ist und ein jeder Mensch auf Grund seiner Erziehung die Schwierigkeiten, Vorzüge und Nachteile des anderen Berufes zu würdigen weiß.

Dadurch wird aber auch das Kind planmäßig in das Wesen und in den Zusammenhang des gesamten Produktionsprozesses, der Grundlage der sozialen Organisation, eingeführt, und es vermag auch das ihm heute den Sinn verwirrende Räderwerk des sozialen Organismus zu übersehen. Außerdem lernt das Kind nur durch die praktische Arbeit das Wesen der Dinge kennen, wie Robert Seidel ganz zutreffend in seiner erwähnten Schrift ausführt: „Wir lernen nämlich einen Gegenstand nicht recht durch bloßes Anschauen kennen; wir lernen ihn nicht einmal dann kennen, wenn wir ihn außerdem noch befühlen, beriechen, beschmecken und behorchen. Wollen wir ihn gründlich kennen lernen, so müssen wir ihn zerschlagen, zerstoßen, zerschneiden, in ihn eindringen, ihn zusammendrücken, ihn ausdehnen, ihn erhitzen, ihn abkühlen, ihn der Kälte, der Wärme, der Sonne, dem Wasser, der Luft aussetzen, kurz, wir müssen ihn formieren oder deformieren oder beides mit ihm vornehmen, d. h. wir müssen ihn bearbeiten. Die meisten und wichtigsten Eigenschaften der Dinge sind der Menschheit nicht durch die Anschauung, sondern durch die Bearbeitung klar geworden." Auf diese Weise, durch Arbeitsunterricht, durch das allmähliche Kennenlernen der Werkzeuge, durch das Ableiten der geistigen Tätigkeit aus der körperlichen, durch das Tätigsein des Geistes für materielle Dinge wird auch das Kind noch einmal, entsprechend dem biogenetischen Gesetz der Naturwissenschaft, in Kürze die Stadien der Gesamtentwickelung der Menschheit durchlaufen, und es lernt auf diese Weise die Kulturarbeit der Jahrtausende besser und richtiger würdigen, als durch den heutigen fratzenhaften Geschichtsunterricht, nach dem angeblich einige „große Männer", nicht die Gesamtheit des Volkes, in fleißiger Arbeit die Geschichte „gemacht haben".

Nur ungern widerstehe ich der Versuchung, dieses Kapitel noch ausführlicher zu behandeln; aber ich bin mir bewußt, Ihre Aufmerksamkeit schon über Gebühr in Anspruch genommen zu haben und deshalb bescheide ich mich. Nur eine kurze Betrachtung zu diesem Kapitel gestatten Sie mir noch.

Wenn der Sozialismus die Erziehung in der dargestellten Weise umformen will, so geht daraus hervor, daß er der Erziehung eine weit höhere Bedeutung einräumt, als ihr bisher zuerkannt worden ist. Sie wird für ihn zu einer der vornehmsten Pflichten der Gemeinschaft freier Arbeiter, die die zukünftige sozialistische Gesellschaft darstellt, zu einer Pflicht, für die die besten Mittel der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Aber es handelt sich dabei nicht etwa um einen unnatürlichen Zwang, der auf die Kinder ausgeübt wird, sondern im Gegenteil werden die Kinder niemals so froh und frei geatmet haben, wie dies in der zukünftigen Gesellschaft möglich sein wird. Indem sie durch ihre Arbeit schon Werte für die Gesellschaft produzieren, werden in ihnen sogar frühzeitig die Gefühle der Selbstachtung und der Unabhängigkeit erwachen, Gefühle, die wir wünschen; denn wir wollen nicht die Jugend zu gehorsamen und willenlosen Subjekten einer ihnen gewaltsam aufgedrängten Autorität erziehen, sondern schon im Kinde achten wir den Menschen, der das Recht hat, sich im Rahmen der sozialen Gemeinschaft zu seiner vollen und schönen Individualität zu entwickeln. (Beifall.)

Unsere nächsten Forderungen.

Ich komme zum letzten Abschnitte meines Referats, zu den pädagogischen und schulpolitischen Forderungen, die wir auf Grund unserer prinzipiellen Ansichten an die heutige Gesellschaft stellen. Aber erschrecken Sie nicht. Dieser Teil wird nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Ich habe keineswegs die Absicht, diese Forderungen der Reihe nach ausführlich zu begründen, ich bin vielmehr der Meinung, daß die meisten Forderungen so selbstverständlich und den Parteigenossen so vertraut sind, daß sie einer besonderen Begründung gar nicht bedürfen. Sollte eine solche doch für die eine oder andere Forderung

gewünscht werden, so bin ich gern bereit, das im späteren Verlauf der Debatte oder im Schlußwort nachzuholen. Vorläufig will ich mich darauf beschränken, nur einigen weniger geläufigen Forderungen und den bestrittenen Forderungen einige Worte zu widmen. Die Forderung eines Reichsschulgesetzes haben wir an die Spitze gestellt. Sie ist zwar nicht neu, aber doch erst wenig bekannt und den Massen wenig vertraut. Heute gibt es keine schulgesetzlichen Bestimmungen, die einheitlich für das ganze Reich gelten. Die Schulgesetzgebung ist Sache der Einzelstaaten. So ungleich wie diese in ihrer Gesetzgebung und Verwaltung und in ihrem ganzen politischen Habitus sind, so ungleich sind sie auch in bezug auf ihr Schulwesen. Selbst innerhalb der einzelnen Bundesstaaten ist nicht einmal Einheitlichkeit in Schulangelegenheiten herbeigeführt worden. Der größte Bundesstaat, der leider auf Grund seiner vorherrschenden Stellung im Reiche den anderen, kleineren Brüdern in vielen Dingen als Muster gilt, Preußen, besitzt bis heute noch kein Schulgesetz, obwohl seit über 100 Jahren Versuche dazu gemacht worden sind und seit mehr als 50 Jahren ein durch die Verfassung gegebenes Versprechen vorliegt. Mehrere Spezialgesetze, zahlreiche Erlasse, Verordnungen und Reskripte, die sich teils widersprechen, teils aufheben, teils in den einzelnen Landesteilen verschiedenartig wirken, bringen in das preußische Volksschulwesen die Zerfahrenheit, Ungleichmäßigkeit und Leistungsunfähigkeit, unter denen es leidet. In den anderen Bundesstaaten gibt es zwar Schulgesetze, aber sie weichen von einander wesentlich ab. Die Unzuträglichkeiten, die diese Verschiedenartigkeit der Schulgesetzgebung mit sich bringt, liegen auf der Hand und werden von manchen Arbeitern schon unangenehm empfunden worden sein, wenn er aus einem Bundesstaat in einen anderen verzogen ist und stets andere Beschulungsverhältnisse vorfand. Die Ungleichartigkeit der Volksschulbildung — man denke an einen Volksschüler einer Hamburgischen Volksschule und an den Sohn eines armen Tagelöhners in einem entfernten Dorfe Ostelbiens ohne eigene Schule — führt auch zu großen geistigen Ungleichheiten der Erwachsenen. Die Bildungsziele, die Lehrkräfte, die Schulräume, alles ist heute sehr ungleichmäßig und hindert dadurch die Ausbildung der Proletarierjugend. Durch ein Reichsschulgesetz könnte auf diesem wichtigen Gebiete Wandel geschaffen werden. Gewisse einheitliche Gesichtspunkte könnten festgelegt werden; als wichtigste nähmen — von anderen Spezialforderungen sehen unsere Leitsätze ab — die Prinzipien der Weltlichkeit, also Beseitigung des Religionsunterrichts und der Einheitlichkeit des Aufbaues vom Kindergarten bis zur Hochschule bei Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Schulkörpern, in Betracht. Eine erfreuliche Nebenwirkung der Schaffung eines Reichsschulgesetzes, ja schon der von uns zu stellenden Forderung im Reichstage, wäre die Heraushebung der wichtigen Schulfrage aus den Dunkelkammern der einzelstaatlichen Parlamente, besonders aus der preußischen Hochburg des Junker- und Pfaffentums, in das hellere Licht und die freiere Atmosphäre des Reichstags.

Die zweite Gruppe unserer praktischen Forderungen enthält Wünsche, die eigentlich als Spezialbestimmungen in einem Reichsschulgesetz gelten könnten. Aber solange wir ein solches Gesetz noch nicht haben, müssen wir versuchen, sie in den Einzelstaaten durchzusetzen. Die schulorganisatorische Möglichkeit einer organischen Gliederung des gesamten Schulwesens, der Schaffung von Uebergängen aus den niederen in die höheren Stufen steht außer Zweifel. Die Notwendigkeit brauche ich vor Ihnen nicht erst zu betonen. Daß diese organische Gliederung trotzdem nicht herbeigeführt wird, selbst nicht in den „liberal“ regierten Staaten, beweist wieder den Klassencharakter des heutigen Schulwesens. Die Herrschenden wollen ihre Monopolstellung in bezug auf die Bildung nicht aufgeben. Zur Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel brauche ich nichts zu sagen. Nicht minder wichtig ist die unentgelt-

liche Verpflegung in allen öffentlichen Schulen, da nur bei genügend genährtem Körper ein körperliches und geistiges Arbeiten möglich ist. Auch die Einbeziehung der Kinder der Wohlhabenden in die schlichte, aber nahrhafte öffentliche Verpflegung ist für diese Kinder körperlich und seelisch nur von Vorteil und bewahrt außerdem die öffentliche Verpflegung vor dem Odium des Almosens.

Die Schulverwaltung wird heute, und in Zukunft wird es voraussichtlich auch so bleiben, von der Kommune ausgeübt. Aber die breiteren Schichten der Bevölkerung werden heute noch daraus ferngehalten. Auch die als fachmännische Mitarbeiter berufensten Elemente, die Lehrer und Lehrerinnen, ferner die Frauen, werden zum Werk der Schulverwaltung, das heute zumeist eine volksfremde Bureaukratie im Bunde mit der Kirche ausübt, nicht herangezogen. Wir fordern die Demokratisierung der Schulverwaltung in der angedeuteten Richtung. Wenn wir die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern verlangen, so ist es selbstverständlich, daß damit auch die Aufhebung des Zölibats für Lehrerinnen gefordert wird, ganz abgesehen davon, daß wir diese Aufhebung schon auf Grund unserer allgemeinen Grundsätze über die Gleichberechtigung der Geschlechter fordern.

Bei der stetig steigenden Beschäftigung von Frauen in der Industrie, ferner im Hinblick auf die unzulänglichen Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klasse, sind Kindergärten und Schulheime, die von der Gemeinde zu errichten sind, eine dringende Notwendigkeit. Aber auch für diese Bewahrungsanstalten muß die Weltlichkeit verlangt werden, wie bei den öffentlichen Schulen. Der vielen derartigen Instituten heute anhaftende Geruch der Frömmelei und Duckmäuserei macht sie für proletarische Eltern unbrauchbar. Auch bei ihrer Verwaltung muß der Einfluß der Eltern in erster Linie gelten.

Die Errichtung von Fach- und Fortbildungsschulen und ihr obligatorischer Besuch durch beide Geschlechter, ist eine alte Forderung, zu deren Begründung ich nichts zu sagen brauche. Genosse Hoch beantragt hierzu eine ziemlich umfangreiche Ergänzung, die mir aber vorzugsweise Ausführungsbestimmungen und Details zu enthalten scheint, wie sie in eine knapp und präzis zu fassende Resolution nicht hineingehören. Aehnliche Bestimmungen hätten wir bei fast allen anderen Punkten angeben können, wodurch die Forderungen ebenso umfangreich wie unübersichtlich gestaltet worden wären. Ich glaube deshalb, wir können das Hochsche Amendement getrost ablehnen, ohne der betreffenden Forderung zu schaden.

Die Bedeutung des Arbeitsunterrichts habe ich in meinen theoretischen Darlegungen ausführlich begründet. In der mannigfaltigen abwechslungsreichen Form, wie wir ihn uns für die sozialistische Zukunft denken, wird er zwar innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft und ihrer Schulen nicht zu verwirklichen sein. Aber daß die Einführung des Handarbeits- und des Haushaltungsunterrichts schon heute möglich ist, daß sich Lehrwerkstätten mit den Schulen und Fortbildungsschulen verbinden lassen, ist schon heute durch zahlreiche gelungene Versuche erwiesen. Durch diese Einführung würde zugleich der neuerdings viel befürworteten Pflege der ästhetischen Bildung die beste Grundlage gegeben.

Bei der inneren Schulorganisation müssen in erster Linie pädagogische, nicht etwa finanzielle, religiöse und verwandte Motive maßgebend sein; und die Lehrer, nicht Pfaffen und Bureaukraten — man denke nur an Stadt und seinen Schwartzkopff — müssen das bestimmende Wort haben, vielleicht in der in Hamburg bereits vorhandenen und in Bremen beantragten Form der Schulsynode, einer demokratisch organisierten Vertretung aller Lehrer.

Die Forderungen der Errichtung von Spezialklassen und -Schulen für abnorme Kinder, der Anstellung von Schulärzten, der Berücksichtigung schul-

hygienischer Notwendigkeiten beim Bau und bei der Ausstattung der Schulgebäude und die damit zusammenhängenden Forderungen, sind den Kommunalpolitikern in unserer Partei, den Stadtverordneten und Gemeindevertretern seit langem vertraut, ebenso die auf die Weiterbildung der Erwachsenen berechneten Forderungen der Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und ähnlichen Einrichtungen. Es ist selbstverständlich, daß wir derartige Institute von der herrschenden Klasse verlangen, und es ist keineswegs ein Widerspruch, wenn wir die von uns selbst errichteten Anstalten zur Weiterbildung der klassenbewußten Arbeiter nicht auf der hier verlangten neutralen Grundlage schaffen.

Die letzte Gruppe unserer Forderungen an die heutige Gesellschaft betrifft den Lehrerstand, für den wir eine erhebliche Besserung seiner sozialen und damit auch finanziellen Lage verlangen, damit sich die Lehrer und Lehrerinnen ihrem wichtigen Berufe mit der vollen Hingebung und Liebe widmen können, die er erfordert. Wir machen dabei keinen Unterschied zwischen Lehrern und Lehrerinnen, wie der Münchener Lehrertag. Wir wollen nicht Unterschiede des Geschlechts, sondern allein die Tüchtigkeit für die Anstellung des Lehrerpersonals gelten lassen. Für die Ausbildung der Lehrer verlangen wir die Universitätsbildung, die nach unserer Auffassung weit notwendiger einem Lehrer als einem Pfarrer taugt. In welcher Weise dabei die Vorzüge der bisherigen seminaristischen Lehrerbildung gegenüber der Ausbildung akademischer Lehrer, nämlich die intensivere Beschäftigung mit der pädagogischen Theorie und Praxis und die engere Fühlung mit der Schule selbst, beibehalten werden kann, kann dabei ruhig der besonderen Beratung überlassen bleiben, sobald die Forderung ihrer Verwirklichung näher geführt wird. Vorläufig wollen wir durch unsere Forderung grundsätzlich die Gleichberechtigung aller Lehrer, ob sie an höheren oder niederen Schulen unterrichten, zum Ausdruck bringen, weil wir auch den heutigen Gegensatz zwischen höheren und niederen Schulen zugunsten eines planmäßigen Zusammenwirkens beseitigen wollen. Nicht nach Klassen geschiedene Bildung, sondern eine nach methodischen Erwägungen, ohne Nebenrücksichten auf höhere und niedere Schulen, planmäßige und einheitliche Bildung streben wir an. Dazu gehört auch ein einheitlich gebildeter Lehrkörper und darum Universitätsbildung für alle Lehrer, für den Hochschulprofessor wie für den letzten Dorfschullehrer!

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt. Wenn sie diesem oder jenem zu lang erschienen sind, so möge er sich mit mir trösten: mir sind sie noch lange nicht lang genug erschienen. Ich glaube Ihnen das meiste schuldig geblieben zu sein. Ich habe bei der Ausarbeitung meines Referates in allen Partien so gebremst, und schweren Herzens so vieles unberücksichtigt gelassen, oder doch nur in knappster Form skizziert, daß ich befürchte, nicht überall die nötige Klarheit, wie sie größere Ausführlichkeit und ein reicheres Herantragen der Gründe ermöglicht hätten, geschaffen zu haben. Ich bitte zu berücksichtigen, daß es ein außerordentlich umfangreiches Gebiet zu bearbeiten galt, und daß deshalb bei denkbar größter Beschränkung im einzelnen doch ein ausführliches Referat zustande kommen mußte.

Gestatten Sie mir im Anschluß an die zuletzt von mir behandelten pädagogischen schulpolitischen Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie noch ein kurzes Schlußwort. Diese Forderungen würden, wenn sie verwirklicht würden, die heutige klassenstaatliche Schulmisere beseitigen, und Deutschland würde mit Recht den ihm jetzt mit Unrecht zugelegten Titel „Land der Schulen" verdienen. Diese Forderungen sind auch sämtlich zu verwirklichen innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung. Zum Teil sind die Forderungen alte Forderungen der bürgerlichen Demokratie, die von ihr in den Glasschrank gestellt worden sind. Trotzdem wird keiner im Saale anwesend sein, der sich der Hoffnung hingibt, daß wir in absehbarer Zeit auch nur einen wesentlichen Teil, geschweige

die ganzen Forderungen durch die bürgerliche Gesellschaft verwirklicht sehen werden. Jede einzelne der Forderungen beansprucht zu ihrer Durchführung Geld, zum Teil sehr viel Geld. Kautsky hat sich einmal die Mühe gemacht, die für die Errichtung einer Neuschule in unserem Sinne notwendigen Kosten zu berechnen. Sie würden sich auf $1^1/_2$ bis 2 Milliarden jährlich belaufen. Man komme den preußischen Junkern mit dem auf sie, auf Preußen entfallenden Löwenanteil dieser Summe! Mit brüllendem Lachen würden sie einen solchen Narren heimschicken. Für solche Kulturaufgaben hat diese Sorte Staatsbürger kein Geld. Schon Pestalozzi hat auf das klassenstaatliche Institut hingewiesen, das der Schule Licht und Luft raubt. Er sagt: „Europens Volk genießt in keinem Stücke eine öffentliche Bildung zu Fertigkeiten, ausgenommen zu dem Menschenmord, dessen militärische Organisation alles verschlingt, was man dem Volke oder vielmehr was das Volk sich selbst schuldig ist."

Der Militarismus ist das kultur- und schulwidrige Element, der Militarismus in seiner Eigenschaft als Bollwerk der herrschenden Klasse, gegen den äußeren, aber auch gegen den inneren Feind! Auf den Militarismus setzt sie ihre letzte Hoffnung gegenüber dem machtvoll aufwärts und vorwärts drängenden Proletariat. Eine Verbesserung der Volksschule aber — so kalkuliert die herrschende Gesellschaft mit brutaler Rücksichtslosigkeit — würde dem Proletariate nur zugute kommen und seine revolutionäre Einsicht und Kraft erhöhen. Darum ist ihre Parole: *Für den Militarismus und gegen die Schule!*

Seien wir uns darüber klar, daß wir von der herrschenden Klasse aus diesen Gründen wenig oder gar nichts für die Volksschule zu erwarten haben. Aber wir brauchen darüber nicht verzagt zu sein; es gibt Mittel und Wege, dem Proletariat an Einsicht und Wissen das zu vermitteln, was ihm die Volksschule des Klassenstaates schuldig bleibt. Und außerdem ist das sattsam bekannte Wort Schmollers nicht richtig, daß der soziale Gegensatz in erster Linie ein Bildungsgegensatz ist, und daß die Beseitigung der Bildungsdissonanzen der Beseitigung der sozialen Dissonanzen vorangehen müsse. Wir könnten lange warten, ehe die herrschende Klasse den Gegensatz der Bildung beseitigt. *Umgekehrt* ist es richtig: erst die Beseitigung des Klassengegensatzes beseitigt auch die klaffenden Gegensätze im geistigen Leben des Volkes. So sehr wir deshalb auch darauf bedacht sein müssen, überall, wo wir nur können, den Klassenstaat zur Erfüllung der von ihm vernachlässigten Schulpflichten zu zwingen, so sehr wollen wir doch auch stets der Tatsache eingedenk sein, daß wir die volle Erfüllung unserer Schul- und Erziehungsforderungen erst in der von Klassengegensätzen freien sozialistischen Gesellschaft erwarten können, daß wir deshalb unablässig und mit stets wachsender Energie für die Herbeiführung dieser Gesellschaftsordnung tätig sein müssen; daß wir den bildungsfeindlichen Stützen der heutigen Gesellschaft, den Junkern, der Kirche und dem Geldsack, die politische Macht entreißen müssen; daß wir — um es mit *einem* Wort zu sagen — *Sozialdemokraten* sein müssen, Sozialdemokraten mit Leib und Seele, Sozialdemokraten mit Herz und Hirn, Sozialdemokraten, die ihr alles freudig setzen an ihre Ideale. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Singer: Bevor die Genossin *Zetkin* das Wort zu ihrem Referat, erhält, möchte ich Ihnen mitteilen, daß Genosse Hermann *Precht* gegen den Beschluß der Kontrollkommission Beschwerde an den Parteitag eingelegt hat. Ich schlage vor, diese Beschwerde der Mandatsprüfungskommission zu überweisen. — Damit ist der Parteitag einverstanden.

Das Wort erhält hierauf die

Korreferentin Klara Zetkin:

Genossen! Ehe wir daran gehen, eine Antwort auf die Frage zu geben, was sollen die sozialistischen Eltern auf Grundlage der von *Schulz* entwickelten prinzipiellen Auffassung innerhalb des Rahmens der Familie für

die Erziehung ihrer Kinder tun, müssen wir eine Vorfrage beantworten. Wenn wir die Gegner hören, so konstatiert die Sozialdemokratie nicht nur die Auflösung der Familie, sondern sie will die Auflösung der Familie. Es versteht sich aber, daß die Antwort ihrer Frage, was soll die Familie zur Erziehung ihrer Kinder im Geiste des Sozialismus tun, mit der Frage steht und fällt, ob die Familie überhaupt als eine erziehungsfähige Einheit besteht oder nicht. Es ist gar kein Zweifel, daß wir in der sozialistischen Theorie bis jetzt mehr und mit größerem Nachdruck auf öffentliche Erziehung hingewiesen haben, als wie auf die Erziehung durch die Familie. Das hat seinen guten Grund. Zunächst einen individuellen und theologischen. Ein großer Teil derjenigen, die als literarische Vorkämpfer des Proletariats im Vordertreffen stehen, ist aufgewachsen im Kampfe gegen die in der Auflösung begriffene bürgerliche Familie und im Zwang, den sie auf die gesunde Entwickelung der Individualität ausübt. Er ist aufgewachsen unter dem Eindruck des sittlichen Verfalles, den wir in sehr vielen bürgerlichen Familien finden, der aber durch die materielle Not auch in Kreise des Proletariats hineingetragen wird. Infolge des Drucks der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere infolge der kapitalistischen Ausbeutung der Frau sind zahlreiche Proletarier außerstande, ihre Pflichten als Eltern so zu erfüllen, wie es sein müßte. (Sehr richtig!) Noch ein anderer Grund, ein allgemeiner historischer, bedingt den hervorgehobenen Umstand. Wir sind die Erben der Theorien des Utopismus gewesen, und in den Theorien des Utopismus hat immer die gemeinsame öffentliche Erziehung an erster Stelle gestanden und den breitesten Raum eingenommen. Das aber nicht etwa aus Lust und Liebe zu Phantastereien, sondern aus ganz anderen Gründen. Einmal, weil der sozialistische Utopismus in der Hauptsache ausgegangen ist von einer Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer Schäden. Zu den besonders hervorstehenden Schäden, die das Auge auf sich zogen, gehören aber unstreitig alle jene körperlichen, geistigen und sittlichen Uebel, welche die Vernachlässigung der Jugend erzeugt. Da aber, weil der sozialistische Utopismus eben Utopismus war, weil er die Verwirklichung seiner Ziele nicht von der geschichtlichen Entwickelung und dem von ihr erzeugten und getragenen Klassenkampfe des Proletariats erwartete sondern von der Verwirklichung bestimmter Ideale. Gerade weil für ihn im letzten Grunde Erziehung die soziale Tat war, welche die Revolution der Gesellschaft, den Aufbau einer neuen Gesellschaft bedingte, mußte er die gemeinschaftliche Erziehung durch die Gesellschaft in den Vordergrund aller seiner Theorien stellen. Wir haben uns wirklich dessen nicht zu schämen, was die sozialistischen Utopisten in punoto Erziehung geschrieben und getan haben. Ich erinnere an Owens geradezu bahnbrechende Kleinkinderschule, an seine fruchtbaren Gedankengänge über die Arbeit als Erziehungsmittel, über seine Wertung von Lohn und Strafe. Abgesehen von Uebertreibungen, von paradogalen Einzelheiten, hat z. B. auch Fourier in seinen Ausführungen über die Erziehung der Kinder Gedankengänge entwickelt, zu denen sich die wissenschaftliche Pädagogik heute bekennt. Was er geschrieben hat über den Wert der Arbeit als Erziehungsmittel, die alle körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Menschen zur Entfaltung bringt, deckt sich mit der Auffassung der besten Theoretiker der Pädagogik. Ebenso das, was er über die Notwendigkeit und Bedeutung des Wechsels der Arbeit sagt. Hier liegen in seinen Theorien Auffassungen vor, die wir bei Pestalozzi finden, und was Fourier über die Bedeutung des kindlichen Spiels als Vorbereitung auf die Erziehung der Arbeit geschrieben hat, das entspricht im Wesen durchaus dem Prinzip, das Fröbel für die Erziehung aufgestellt hat.

Nun zu der Frage: Welche Auffassung haben wir von der Entwickelung und dem Wesen der Familie? Sind wir der Ansicht, daß die geschichtliche Entwickelung zu einer Aufhebung der Familie überhaupt führt, oder sind wir der Auffassung, daß die geschichtliche Entwickelung nur auf eine Umwandlung der

Form, aber zugleich auch auf eine Revolutionierung, auf eine Hebung des Inhalts und Wesens der Familie, auf eine vollkommenere gesellschaftliche Institution hinzielt? Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob wir der Familie überhaupt Erziehungsaufgaben zuweisen können. — Die kapitalistische Produktionsweise ist zweifellos die Trägerin eines tiefgehenden Umgestaltungsprozesses der vaterrechtlichen Familie, der bürgerlichen Familie, wie wir sie kennen. Dieser Prozeß setzt sich in engster Verbindung mit der Umgestaltung der Arbeit und ihrer Bedingungen durch, wie sie durch die kapitalistische Produktion gegeben werden. Von der durch die Revolutionierung der Arbeit bedingten Gestaltung der Frauenarbeit hängt im letzten Grunde die Gestaltung des Haushalts, die Gestaltung des Familienlebens und damit auch die Gestaltung des Rahmens ab, innerhalb dessen der erzieherische Einfluß von seiten der Eltern auf die Kinder geltend gemacht wird. Die kapitalistische Produktion zielt im allgemeinen darauf hin, die Familie aus einer wirtschaftlichen Einheit in eine sittliche Einheit zu verwandeln. Sie beseitigt mehr und mehr die Naturalwirtschaft, welche die Vorbedingung für die alte hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frau gewesen ist. Aber der gleiche Prozeß der Vertreibung der Naturalwirtschaft aus der Familie und damit die Entlastung der Frau von produktiver wirtschaftlicher Tätigkeit im Rahmen des Hauses, für den Bedarf des Hauses, wirkt in den verschiedenen Klassen verschieden. In den oberen Zehntausend führt dieser Prozeß nicht nur zur Entlastung der Frauen von den Arbeiten des Haushalts, sondern, da dort Besitz die Grundlage der Familie ist, zur Entlastung der Frauen von jeglicher produktiven Tätigkeit überhaupt. Dem Umwandlungsprozeß eignet die Tendenz, die Frauen der besitzenden Klasse in bloße Parasiten zu verwandeln, auch in geistiger Beziehung. (Sehr richtig!) Die Geschichte zeigt uns, daß da, wo die Frau von der produktiven Tätigkeit emanzipiert wird, sie nach und nach überhaupt jeder Arbeit enthoben wird. Infolgedessen wird in den Kreisen der oberen Zehntausend das Verhältnis zwischen den Gatten und das Verhältnis zwischen Eltern nud Kindern aus einem persönlichen Verhältnis mehr und mehr in ein Sachverhältnis verwandelt. (Sehr richtig!) Weniger und weniger sind sowohl für den Familienschluß wie für die Familiengestaltung die persönlichen Eigenschaften der Gatten maßgebend, als vielmehr die Besitzverhältnisse. Die Gatten schließen die Ehe nicht auf Grund dessen, was sie sind, sondern auf Grund dessen was sie haben. (Sehr richtig!) Ebenso wird das Verhältnis der Eltern zu den Kindern nach und nach zu einem Sachverhältnis. Der Besitz ermöglicht es sowohl dem Vater, wie der Mutter, die Pflichten der Erziehung Mietspersonen zu übertragen, und die persönliche Anteilnahme an dem Erziehungswerk beschränkt sich sehr oft darauf, daß die Eltern die Direktive geben und in ihren Geldbeutel greifen und Mietskräfte zahlen. Des Besitzes wegen wird die äußere Form der Familie aufrechterhalten und äußerlich respektiert, aber ihr Inhalt ist zersetzt und korrumpiert. Anders vollzieht sich der Umwälzungsprozeß der Familie im Proletariat. Hier wird die äußere Form der Familie zersetzt und aufgelöst — zumal die kapitalistisch ausgebeutete Frauenarbeit spielt dabei eine bedeutsame Rolle — aber der Inhalt, das Wesen der Familie wird versittlicht und gehoben. Im Proletariat kann, dank der Klassenlage, die Frau nach der Entlastung von der alten hauswirtschaftlichen Arbeit nicht als Parasitin leben. Die Familie sinkt deshalb auch nicht zu einer Gemeinschaft im Genuß herunter, sie bleibt vielmehr eine Gemeinschaft in der Arbeit. Die Frau muß die Arbeit, die produktive, die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die sie nicht mehr im Rahmen der Familie zu leisten vermag, auf dem gesellschaftlichen Markt als Berufsarbeit leisten. (Sehr richtig!)

Damit ist die Vorbedingung für die Umgestaltung der Familie auf einer neuen sittlichen Grundlage gegeben. Denn es werden von vornherein sowohl

für die Gründung, als auch für die Weiterführung und Gestaltung der Familie die Besitzverhältnisse ausgeschlossen, die persönlichen Beziehungen zwischen den Gatten, sittliche Werte zur Grundlage erhoben. Aber wir dürfen hierbei verschiedenes nicht übersehen. Vor allem müssen wir die Auffassung preisgeben, als ob das proletarische Familienverhältnis, wie es sich auf der Grundlage der veränderten wirtschaftlichen Tätigkeit der Frau herausbildet, etwas gemein hätte mit der alten kleinbürgerlichen Idylle vom Familienleben, wie sie etwa durch die Titelbilder vom „Daheim" oder der „Gartenlaube" illustriert wird. (Heiterkeit und sehr gut!) Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats." Der Proletarier ist eigentumslos; sein Verhältnis zu Weib und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältnis.

Das trifft durchaus zu. Das alte bürgerliche Familienverhältnis ist seinem Wesen nach darauf gegründet, daß der Mann als Erhalter und Ernährer der Familie gilt und der Herr der Familie ist, während die Frau in seinem Privatdienste innerhalb der Familie wirkt und unter dem Manne steht. Dadurch aber, daß infolge der Umwälzung im Produktionsleben die Frau als Berufsarbeiterin ökonomisch auf eigene Füße gestellt wird, stehen sich beide Gatten als gleichberechtigt gegenüber. Auf dieser Gleichberechtigung bauen sich die neuen sittlichen Beziehungen zwischen Mann und Weib in der Familie auf. Auf dieser Grundlage erwachsen aber auch die Bedingungen, unter denen Mann und Weib in der proletarischen Familie als Eltern walten, denn auch betreffs der Pflege und Erziehung der Kinder liegen die Verhältnisse anders als in den bürgerlichen Kreisen. Wenn die Bourgeoisdame aus irgendwelchem Grunde ihre Kinder nicht selbst erziehen kann oder will, so wird deshalb noch lange nicht an ihrer Stelle der Mann als Pfleger und Erzieher einspringen. Wenn dagegen im Proletariat die Frau durch ihre Einbeziehung in das Heer der Industriearbeiterinnen ganz oder zum großen Teil außer stande gesetzt wird, ihren Pflichten als Erzieherin der Kinder so nachzugehen, wie es in Rücksicht auf das Erziehungsresultat der Fall sein sollte, dann bedingen es die Umstände ganz von selbst, daß nicht bezahlte Mietlinge nur Pflichten übernehmen, sondern daß der Mann ohne Rücksicht auf männliche und weibliche Arbeit ihr helfend zur Seite tritt. (Sehr richtig!) Wir haben in dem Umstand, daß die Not den Mann hierzu zwingt, einen Fortschritt zu begrüßen, der planmäßig und bewußt weiter geführt werden muß. Es ist ein Ansatz dazu, daß der Mann seine Aufgabe als Genosse der Frau bei dem verantwortungsreichen Erziehungswerk zu übernehmen beginnt. Diese Entwickelung der Dinge, die darauf abzielt, allmählich den Mann wieder in das Heim zur Erziehung der Kinder zurückzuführen, tritt auf als eine Begleiterscheinung des Hinausschreitens des Weibes als Berufsarbeiterin in die Gesellschaft. Sie ist die Vorbedingung dafür, daß das Weib in der Gesellschaft als gleichberechtigte Genossin des Mannes auf allen Gebieten produktiver, gesellschaftlich notwendiger Arbeit tritt. Aber wir dürfen den Umgestaltungsprozeß nicht nur begrüßen im Hinblick auf die Entlastung der Frau, wir müssen ihn auch fordern im Hinblick vollkommener Erziehungsresultate in der Familie. Mann und Weib sind ihrer geistigen und sittlichen Eigenart nach so wenig völlig gleich, als sie ihrer körperlichen Art nach gleich sind. Und in dieser Verschiedenheit liegt ein äußerst wichtiges und wertvolles Moment für die Erziehung der Kinder. Wie Mann und Weib zusammengehören als Zeugende, so gehören sie auch zusammen als Erzieher des Kindes, denn die Erziehung ist eine zweite Schöpfung des Kindes und in vielfacher Beziehung oft genug die wichtigste Schöpfung, darum ist es notwendig, daß bei der Erziehung die geistige und sittliche Kraft, welche der Mann auf der einen Seite und das Weib auf der andern Seite einzusetzen

haben, sich in freier Entfaltung harmonisch zusammenfügen. Wir erklären deshalb grundsätzlich, daß das Erziehungswerk nicht einseitig Mutterwerk sein soll, sondern daß es gemeinsames Elternwerk sein muß. Eine ganze Reihe hervorragender Pädagogen hat jederzeit mit aller Schärfe betont, wie notwendig und wichtig es ist, daß der Vater vollen Anteil an dem Werk der Erziehung der Kinder nimmt. Wir können es nur beklagen, wenn durch die berufliche Tätigkeit, durch den Kampf um die Existenz draußen auf dem Wirtschaftsmarkt der Gesellschaft, die Kraft des Mannes so aufgesaugt wird, daß er die Erziehung des Kindes vollständig der Frau überlassen muß. Diese Einseitigkeit liegt nicht im Interesse einer gedeihlichen Erziehung. Wir müssen deshalb darauf hinwirken, daß der Mann immer besser seinen Aufgaben als Miterzieher der Kinder genügen kann.

Die Erziehung des Hauses, die das gemeinschaftliche Werk der Eltern sein soll, steht unseres Erachtens nicht im Gegensatz zur öffentlichen Erziehung: Sie muß vielmehr ergänzend und vervollständigend neben die öffentliche Erziehung treten. Welches sind die Gründe, die uns bestimmen, mit großem Nachdruck nicht nur die jetzige öffentliche Aufrechterhaltung der Erziehung zu fordern, sondern ihre Ausdehnung zu befürworten? Wenn es nur der Hinblick wäre auf die Schäden, die heutzutage im Proletariat infolge der Erziehungsunfähigkeit seitens vieler Familien hervortreten, so müßten wir für die Zukunft darauf hinarbeiten, alle diese Schäden zu beseitigen, die Frau dem Hause zurückzugeben und die Erziehung einzig und allein das Werk des Hauses sein zu lassen. Aber das Ziel der Erziehung soll nicht bloß das sein, die Persönlichkeit zu erziehen, sondern die Persönlichkeit im Bewußtsein ihres Zusammenhanges mit der Allgemeinheit zu erziehen; sie im Bewußtsein dessen zu erziehen, was sie der Gemeinschaft dankt, und was sie ihr schuldet. Wir bedürfen der öffentlichen Erziehung, damit in der Brust des Kindes von zartester Jugend an alle jene Gefühle entwickelt werden, welche Wurzeln der sozialen Tugenden sind, der die Gesellschaft bedarf. Aber während die öffentliche Erziehung immer den Schwerpunkt des Wirkens der körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Individualität im Hinblick auf die Gemeinschaft findet, während in der öffentlichen Erziehung die Berücksichtigung der individuellen Eigenart zurücktreten muß, da ist es Aufgabe der Familie, der Individualität ihr Recht werden zu lassen. Die Berechtigung und Bedeutsamkeit dieser Aufgabe erhellt aus den Ergebnissen der Psychologie, welche notwendig bedingt zu einer Grundlage der Pädagogie geworden ist. Die Psychologie weist mit aller Schärfe nach, wie bedeutsam es ist für das höchstmögliche Erziehungsresultat, daß die individuelle Veranlagung die weitgehendste Berücksichtigung findet. Wenn wir die öffentliche Erziehung brauchen, um Bürger zu erziehen, so bedürfen wir der häuslichen Erziehung, um starke Persönlichkeiten zu erziehen. Das liegt im letzten Grunde im Interesse der Gemeinschaft selbst, in die wir die Jugend geistig und sittlich hineinerziehen wollen. Was der einzelne der Gemeinschaft zu geben hat, das wird um so wertvoller, um so reicher sein, je reicher und kraftvoller er seine Persönlichkeit ausgestaltet hat. Aber, werte Anwesende, wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus die Erziehung zur Individualität ins Auge fassen, so muß dos immer geschehen, getragen von der Ueberzeugung, daß die Individualität sich nicht im luftleeren Raume entwickelt, daß sie im innigsten Zusammenhange mit der Gemeinschaft steht, daß sie aus ihr kommt und daß sie für sie erzogen werden soll. Pestalozzi, der der Erziehung zur Individualität die größte Bedeutung beigemessen hat, erachtet gerade die Familie als die Gemeinschaft, welche die Verbindung zwischen der einzelnen Persönlichkeit und der Gesellschaft vermittelt.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erklärt z. B. der Pädagoge Professor Rein: „Durch den Einfluß der Familien werden auf dem Grunde von

Individualitäten die feinen Linien in der Gefühls- und Denkweise gezogen, in der Anschauung und im Urteil, in der Sprache und in der Gesinnung, in den Neigungen, Gewohnheiten, Affekten, Leidenschaften, im Wünschen, Fürchten und Hoffen, im Sehen, Hören und Angreifen der Dinge, in der Beachtung der Naturerscheinungen und in der Wertschätzung der Gesinnung und Handlungen der Menschen, in den Sympathien und Antipathien, im Wählen und Verwerfen, in der Beschäftigung und im Handeln. Diese Linien frühzeitig angelegt, werden allmählich immer tiefer ausgefurcht, bis sie diesen und keinen anderen Menschen mit ganz bestimmten Zügen aus dem heranwachsenden Kinde gemacht haben. Der Berücksichtigung der Individualität kommt gerade bei der Familienerziehung die höchste Bedeutung insofern zu, als in der vorschulpflichtigen Zeit ohne Zweifel das Kind betreffs seiner Entwickelung die größten Leistungen zu vollbringen hat. Was in körperlicher, in geistiger, in sittlicher Beziehung im Kinde in den ersten sechs bis sieben Jahren seines Lebens gepflegt, entwickelt und gestaltet wird, das bleibt meist grundlegend für das ganze spätere Leben: Die Eindrücke, die Richtlinien, die in jener Zeit gegeben werden, lassen sich schwer verwischen.

Was kann nun die Familie tun, um auf der Grundlage dieser Auffassung das Kind zur Individualität für die Gesellschaft zu erziehen? Da möchte ich in erster Linie der Familie die Aufgabe stellen, das Kind zum richtigen Wollen zu erziehen, zum Wollen, das unter Umständen in sich begreift ein Sichfügen, Sichunterwerfenkönnen und das im Hinblick auf die Gemeinschaft, in der das Kind lebt. Weiter tut not die Erziehung zum Gebrauch der Freiheit, die nun und nimmermehr erwachen kann, wenn die Eltern den Kindern gegenüber im Verhältnis starrer Autorität stehen, wenn sie diese zwingen, statt sie zu führen und zu überzeugen. Es gilt in dem Kinde schon den heranwachsenden Menschen, den Bürger der Gemeinschaft respektieren. Die ersten Ansätze für die gesunde Bildung des Willens und des Intellekts, die stecken meiner Meinung nach in der Gewöhnung des eben geborenen Kindes zur Reinlichkeit, zur Regelmäßigkeit. Denn in dieser Gewöhnung haben sie die Grundlagen einer gesunden körperlichen und zeitig sittlichen Entwickelung; diese Gewöhnung enthält die Keime wertvoller individueller und sozialer Tugenden, die sich später entfalten müssen. Wenn wir nun an das Werk der Erziehung des Willens und des Intellekts von unserer sozialistischen Auffassung aus herangehen, daß sie für die Gemeinschaft geschehen soll, so ist es die Pflicht der sozialistischen Eltern, ihre Kinder auf der Grundlage ihrer Weltanschauung allmählich in das sozialistische Fühlen und Denken einzuführen. Nicht in der groben Weise, daß die Eltern das Kind zwingen, tendenziöse politische, sozialistische Formen auswendig zu lernen und nachzuplappern. Das ist ganz verkehrt. (Sehr richtig!) Und genau so verderblich für Geist und Charakter des Kindes wie die Aufzwingung irgend welcher religiöser oder bürgerlich politischer Formeln. (Sehr wahr!) Aber, geehrte Anwesende, wenn wir auch diesen Unfug an dem Kinde zurückweisen, so ist damit keineswegs gesagt, daß wir nicht auf andere Weise auch schon das Kind in die Gefühle und Gedankenwelt der sozialistischen Weltanschauung einführen können. Das geschieht nach der einen Seite hin dadurch, daß wir das Kind lehren, allmählich in der Betrachtung der Natur und aller natürlichen Dinge jeden übersinnlichen außerhalb der natürlichen Welt stehenden Einfluß auszumerzen und auszuscheiden. Daß wir es gewöhnen, in allen natürlichen Vorgängen und Erscheinungen natürliche Prozesse zu sehen, die sich nach bestimmten, den Dingen selbst immanenten Gesetzen vollziehen. Von der Art und Weise, wie sich die Eltern allem Natürlichen gegenüber stellen, hängt in hohem Maße die Stellungnahme ab, die das Kind von seiner zartesten Jugend an zu den Problemen des natürlichen Seins einnehmen wird. Besondere Pflicht der

Eltern ist es, nie ohne Not natürliches Sein zu töten, zu vernichten, zu zerstören; daß sie nie ohne Not in der Zerstörung oder Vernichtung natürlichen Seins Grausamkeit betätigen. Dadurch legen sie die ersten Grundlagen in dem Gemüt des Kindes, sich selbst zu erkennen als ein Glied in der langen Kette des organischen Seins. Ebenso haben es die Eltern in der Hand, ohne Zwang das Kind allmählich auf der Grundlage unserer Anschauungen in das soziale Sein einzuführen. Als wichtigstes Mittel der häuslichen Erziehung zu diesem Zwecke erscheint mir die Erziehung zur produktiven Arbeit, der selbstverständlich zuerst eine zweckmäßige und verständnisvolle Anlage zum Spiel im Geiste Fröbels voranzugehen hat, denn für das Kind ist auch das Spiel eine Arbeit, eine Aeußerungsform des inneren Tätigkeitsdranges, der nach Ausdruck bringt. Sehr bald geht das Kind vom Spiel zur produktiven Arbeit über. Das Kind kennt gar kein größeres Vergnügen als das, was uns seinerseits noch als Spiel erscheint, als zweckmäßige, als produktive Arbeit zu empfinden. Es sind die größten Kinderseligkeiten, die aus dem Gefühl herauswachsen, in freier, schöpferischer Tätigkeit etwas nützliches, wertvolles getan zu haben, (sehr gut!) mag es vielleicht auch einem Erwachsenen als ganz verkehrt oder überflüssig erscheinen.

Die Eltern können in dieser Weise das Kind durch die Erziehung zu Spiel und Arbeit zur sozialen und sozialistischen Wertschätzung der Arbeit und zur Freude an ihr erziehen. Die häusliche Erziehung zur Arbeit ist aber weiter ein Mittel, um den sozialen Vorurteilen entgegen zu arbeiten, die durch die Verhältnisse außerhalb der Familie in die Seele des Kindes hineingetragen werden könnten. Ich kenne kein besseres Mittel, um den Keim solcher Vorurteile zu vernichten, als daß die Eltern bei den Verrichtungen, die im Hause notwendig sind, nie eine sozial geringere Wertschätzung der einen oder anderen Tätigkeit angedeihen lassen. Sei es Handarbeit oder Kopfarbeit, Frauenarbeit oder Männerarbeit. Durch die Art, wie die Eltern sich zu der Arbeit stellen, können sie schon dem zartesten Kind die Auffassung fest einpflanzen, daß es für die soziale Wertung nur eine Art der Arbeit gibt, gesellschaftlich notwendige, gesellschaftlich nützliche Arbeit. In diesem Zusammenhang möchte ich ganz besonders auf die Pflicht der Eltern aufmerksam machen, ihre Knaben und Mädchen nicht in den Vorurteilen aufzuziehen, daß es Arbeiten gibt, die des Mannes unwürdig sind, die aber dem Weibe geziemen. Knaben und Mädchen sollen alle Vorrichtungen, die das häusliche Leben mit sich bringt, mit gleich großer Geschicklichkeit und Freudigkeit verrichten können. Ich will dadurch keineswegs die Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern beseitigt wissen, soweit dieselbe sozial notwendig ist, und im Hinblick auf das Ergebnis der Arbeit durch vererbte Disposition und Geschicklichkeit geboten erscheint, mag auch an dem vererbten das unter sozialen Einflüssen geschichtlich Gewordene ein gut Teil haben. Ich will nur dem alten Vorurteil von höherwertiger Männerarbeit und minderwertiger Frauenarbeit entgegen zu wirken suchen. Was bedeutet denn im letzten Grunde diese Scheidung zwischen höherwertiger Männerarbeit und minderwertiger Frauenarbeit. Dieser Unterschied ist im letzten Grunde weiter nichts als ein Reflex der verschiedenen sozialen Bewertung von Kopf und Handarbeit. Gehen Sie den Dingen auf den Grund, so werden Sie finden, daß, den bürgerlichen Vorurteilen entsprechend, Männerarbeit, und mag sie auch noch so mechanisch sein, der Frauenarbeit gegenüber noch als eine höhere, als eine qualifiziertere Art der Arbeit, als Kopfarbeit gilt. Um diesen Vorurteilen entgegenzuwirken, soll man Knaben und Mädchen ohne Unterschied gewöhnen, allen häuslichen Verrichtungen ohne Vorurteil nachzugehen. Wenn Sie das befolgen, so werden Sie sehr viel dazu beitragen, die Vorurteile zwischen den Geschlechtern zu beseitigen. Der Knabe wird

mit einer gerechten spezialen Wertung des Weibes und seiner Leistungen in das Leben hinausgehen. Dem Weibe aber, der Mutter, dem Mädchen, wird in der Familie wie draußen in der Gesellschaft eine reichere Lebensmöglichkeit, eine reichere Entwicklungsmöglichkeit geschaffen. Der Mann wird von seiner Ungeschicklichkeit und seiner Unbehülflichkeit in seinen sogenannten weiblichen Verrichtungen emanzipiert, und das Vorurteil von dem verschiedenen sozialen Wert der Hand- und Kopfarbeit wird zerstört. (Sehr gut!)

Werte Anwesende! Ich will noch auf eine ganz besondere Aufgabe der Familie hinweisen, die in enger Beziehung steht mit der Einführung des Kindes in die Welt des natürlichen Seins. Das ist die Aufklärung in geschlechtlichen Dingen. Meiner Meinung nach gibt es keine größere Sünde wider den heiligen Geist der Wahrheit, gegen die geschlechtliche Reinheit, die wir unseren Kindern erhalten sollen, als wenn wir sie durch Märchen vom Storch und ähnliches über die menschliche Entwicklung täuschen. (Sehr richtig!) Durch diese Märchen, durch die Geheimnistuerei veranlassen wir nur die Kinder, mit roten Köpfen einander Geschichtchen in die Ohren zu flüstern, Geschichtchen, die sie recht oft in der Gasse aufgehoben haben, die sie einem entarteten, frühreifen Kameraden verdanken, kurz Geschichten, die in den seltensten Fällen Ausfluß seelischer und körperlicher Reinheit sind. Wir können nur bedauern, daß die Unwissenheit, in welcher große Kreise der proletarischen Eltern sich befinden, recht viele Mütter und auch Väter außerstande setzt, ihre Kinder in der geeigneten keuschen, ich möchte sagen, heiligen Weise in die Geschichte der Entwickelung menschlichen Lebens einzuführen. Die Familie kann daher meist nur im bescheidenen Maße die vorliegende Aufgabe erfüllen, sie muß zum großen Teile durch die Schule weitergeführt und vervollständigt werden. Aber ich wollte wenigstens mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Eltern, wenn sie körperlich und sittlich reine Kinder in die Welt hinaussenden wollen, die Pflicht haben, nicht eine krankhafte und ungesunde Phantasie bei ihren Kindern durch die Heimlichtuerei in den Dingen des sexuellen Lebens zu reizen.

Was den Hauptgrundsatz anbelangt, die Einführung der Kinder in das soziale Leben durch die häusliche Erziehung zur produktiven Arbeit, so hat auch Pestalozzi die häusliche Erziehung der Kinder zur Arbeit, zur Grundlage der sozialen Pädagogik gemacht. In seinem berühmten Roman „Lienhard und Gertrud" läßt er die sittliche Erneuerung eines Dorfes von der Erziehung zur Arbeit ausgehen, die Gertrud im Hause ihren Kindern angedeihen läßt, eine Erziehung zur Arbeit, die auf jenen Grundsätzen beruht, die Genosse Schulz Ihnen vor mir dargelegt hat. Und Pr. Natorp weist ausdrücklich darauf hin, daß gerade die Familie die erste, die berufene Gemeinschaft ist, um das Kind durch Erziehung zur Arbeit in das Wirken für die Gemeinschaft einzuführen, weil das natürliche sinnliche Band des Wohlwollens, das zwischen Eltern und Kindern besteht, alle jene Härten, die nach der Gewöhnung und Anlehnung zu systematischer Arbeit verbunden sind, mildert und erleichtert. So wird es ermöglicht, daß die Arbeit zu einer Quelle der Freude und des Genusses sich gestaltet und das prachtvolle Wort seine Erfüllung findet, das Pestalozzi von den Kindern der Gertrud sagt: Sie taglöhnerten, aber ihre Seelen taglöhnerten nicht. So weit wir Eltern sind, haben wir alle die Pflicht, unsere Kinder zu einer Arbeit in der Familie zu erziehen, bei welcher ihre Seele nicht tagelöhnern, sondern emporblühen, genießen, und sich zu fruchtbarem Schaffen entfalten kann. Aber eins ist selbstverständlich. Von dem Augenblick an, wo wir die Erziehung im Hause darauf hinauszielen lassen, alle sozialen Vorurteile der bürgerlichen Ordnung zu vernichten, das Kind schon in die sozialistische Gefühls- und Gedankenwelt einzuführen, langsam, stufenweise, schrittweise, in einer Auffassung heimisch zu machen,

die im Widerspruch steht zur bürgerlichen Weltanschauung: von diesem Augenblick an geraten wir in Gegensatz mit demjenigen, was die Schule des Kindes lehrt. Ich hatte eingangs gesagt, daß die häusliche Erziehung sich harmonisch ergänzend anschließen soll an die öffentliche Erziehung. So lange aber die Schule ein Instrument der Klassenherrschaft ist, so lange sie in erster Linie das Ziel verfolgt, nicht Menschen zu bilden, sondern geschickte Produktionswerkzeuge und demutsvolle Untertanen für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, so lange wird auch die häusliche Erziehung die Kinder und die Eltern im Konflikt mit der Schule bringen. Was können wir tun, um den Einflüssen planmäßig entgegenzuwirken, welche aus der Schule in das geistige und seelische Leben des Kindes hineingetragen werden. Ich bin folgender Ueberzeugung: Wenn die Eltern im Sinne der sozialistischen Weltanschauung von klein an einwirken, so ist bei dem Eintritt des Kindes in die Schule bereits ein gewisser Fond sozialistischen Fühlens und Denkens vorhanden, der groß genug ist, daß das Kind alles, wenigstens das wichtigste, was der Lehrer im Gegensatz zu unserer Anschauung sagt und in das Kind hineinerziehen will, als etwas Fremdes, wenn nicht gar als etwas Feindseliges empfindet. Wir haben gar nicht notwendig, das Kind von vornherein mit Mißtrauen gegen den Lehrer zu erfüllen (sehr richtig!), nicht notwendig, ihm zu sagen: Sei auf deiner Hut, du wirst manches hören, was du zu Hause nicht gehört hast, manches wird gelobt werden, was wir verurteilen, manches wird verdammt werden, was uns heilig ist. Nein, das wäre unpädagogisch und ist meiner Ansicht nach auch ganz überflüssig, wenn die Eltern in der vorschulpflichtigen Zeit mit Liebe und Verständnis das ihrige getan haben, um die Ansätze ihres sozialistischen Denkens und Empfindens in das Kind zu pflanzen. Aber ich bin auch persönlich der Meinung: Wenn der Lehrer in taktloser Weise die Anschauungen der Kinder in der Schule verletzt, wenn er mit Gewalt ihre Gedanken und Empfindungen unter die bürgerlichen Dogmen beugen will, dann haben die Eltern die Pflicht, den Kampf gegen die Taktlosigkeit und Uebergriffe des Lehrers aufzunehmen. (Sehr wahr!) Zunächst dadurch, daß sie in persönlicher Aussprache ihr Recht und das Recht ihres Kindes verteidigen, und wenn das nicht hilft, dann müssen sie den Kampf dafür in der Oeffentlichkeit aufnehmen. Ich verurteile es auch nicht, wenn ältere Kinder unter Umständen, falls sie in grober Weise in der Schule provoziert werden, öffentlich sich zu ihrer Meinung bekennen und den Lehrern entgegentreten. (Bravo!) Dadurch lernen sie, sich zu ihrer Ueberzeugung bekennen, zu ihr zu stehen, und, wenn es sein muß, für sie zu leiden. Das Entscheidende bei dem aufgenommenen Eintreten für die Ueberzeugung und ihr Recht ist, daß Kinder wie Eltern mit dem nötigen Takt handeln. Die Disharmonie zwischen Schule und Haus kann uns leid tun, aber die Zukunft unserer Kinder ist uns so heilig, daß wir um ihretwillen den Krieg mit dem Lehrer durchfechten müssen. Wenn ich vor der Wahl stehe, mit einem Lehrer oder einem Schulkollegium einen unangenehmen Konflikt zu bekommen, oder die Seele meines Kindes dauernd vergiften zu lassen, dann trete ich als Mutter oder Vater mit ganzer Energie für das Recht meines Kindes ein.

Wenn wir aber den Eltern so hohe Aufgaben zuweisen, wird sich sofort die Frage aufdrängen, wie sie heutzutage unter dem Drucke der proletarischen Klassenlage gelöst werden sollen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es für Hunderte und Tausende von Familien schwer, ja vielleicht unmöglich wird, ihnen auch nur annähernd gerecht zu werden; jedoch ehe ich mich dieser Seite des Problems zuwende, drängt sich mir eine Erwägung auf. Die Arbeiterbewegung hat im allgemeinen mit den gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen die verhältnismäßig besser gestellten Schichten des Proletariats erfaßt. Innerhalb dieser Schichten kann in punkto der Erziehung noch weit

mehr geschehen als heute geschieht. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist gewissenhafte Selbsterziehung, die geistige Fortbildung inbegriffen.

Sie werden wahrscheinlich sagen: „Wir sind Produkte unseres Milieus; wir können nicht über die materiellen und geistigen Schranken hinaus, die uns verhindern, mit Takt und Verständnis an der Erziehung unserer Kinder, mit Strenge an unserer Selbsterziehung zu arbeiten.“ Ich warne Sie davor, dieser Auffassung zu huldigen. Das ist kein historischer Materialismus, das ist ein verderblicher Fatalismus. Wer hat Ihnen gesagt, wo die Schranke ist, über die Sie nicht mehr hinwegkommen. Wie weit die Kraft reicht, das kann man mit ernstem Streben erproben. Die fatalistische Auffassung übersieht völlig, daß der Wille auch ein Faktor in der Gestaltung des Milieus ist. Dieser Fatalismus dient nur als Ruhekissen für alle Feigen, Faulen, für alle Zweideutigen. (Bravo!) Man soll nicht vergessen, daß der Mensch mit seinen höheren Zwecken wächst. Wir wollen es mit den Worten Rückerts halten:

Vor einem jeden steht ein Bild des was er werden soll;
So lang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll.

Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, unsere Kinder im Geiste unserer Weltanschauung zu erziehen, wir dürfen uns dadurch nicht schrecken lassen. Wenn wir alle unsere Energie und Kraft einsetzen, so ist gar kein Zweifel, daß Tausende und Zehntausende proletarischer Familien unendlich viel mehr für die Erziehung ihrer Kinder zum Sozialismus tun können, wie sie heute tun. (Bravo!) Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß es bestimmte materielle und geistige Schranken gibt, über welche auch bei dem besten Willen innerhalb der kapitalistischen Ordnung große Kreise des Proletariats nicht hinwegkommen, wenngleich sie die glühende Sehnsucht haben, ihre Kinder gut zu erziehen. Da fragt es sich nun, was tun? Und da hat zunächst meines Erachtens einzusetzen die Sozialpolitik als Grundlage einer gesunden Hauspädagogik. (Sehr richtig!) Eine gute häusliche Erziehung hat zur Voraussetzung gründliche soziale Reformen, wie sie erstrebt werden von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. In den Mittelpunkt einer gesunden Sozialpolitik, welche die proletarische Familie erziehungsfähig machen soll, stelle ich den Achtstundentag und eine durchgreifende Wohnungsreform. Die Forderung des Achtstundentages bedeutet meiner Meinung nach nicht zum mindesten den gewaltigsten Schrei nach dem Recht der Erfüllung von Elternpflicht, der durch die Welt hallt. (Lebhafter Beifall.) Der Achtstundentag gibt Mann und Weib im Proletariat die Möglichkeit, in gemeinsamem Lebenswerk sich einige Stunden des Tages der Erziehung ihrer Kinder widmen zu können. Ebenso bedeutungsvoll ist eine gründliche Wohnungsreform. Die traurigen Wohnungsverhältnisse sind nicht nur die Ursachen, aus denen eine Fülle geistigen und sittlichen Elends emporquillt, welche proletarische Kinder in körperlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht dem Verkommen überliefert, sondern sie setzen auch viele Eltern in die Unmöglichkeit, einsichtsvolle Pfleger und Erzieher der Kinder zu sein. Eine ganze Menge angeblicher Unarten der Kinder würden sie gar nicht als solche empfinden, sondern als natürliche Aeußerung der kindlichen Lebenskraft, wenn sie nicht in so erbärmlichen engen Räumen eingepfercht wären. (Sehr gut!)

Also, eine gesunde Sozialpolitik hat wichtige materielle Grundlagen für eine gesunde Hauspädagogik der proletarischen Eltern zu schaffen. Deshalb müssen die Eltern alle ihre Kräfte anspannen im politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf, um die Klassenlage des Proletariats zu heben. Aber noch ein anderes Hülfsmittel kommt in Frage, um den Kleinen das an Erziehung und Fürsorge zu bieten, was die einzelne Familie nicht zu bieten vermag,

was aber die Gesellschaft noch vorenthält oder in gefälschter Weise gewährt. Ich erinnere an die verpfafften Kindergärten. (Sehr wahr!) Da gibt es einen Weg, der unter Umständen zu beschreiten ist, den Weg der genossenschaftlichen Selbsthülfe. Die Gründung von Kinderheimen, Kindergärten und dergleichen haben wir meines Dafürhaltens nicht grundsätzlich zu verwerfen. Nichts scheint mir verfehlter, als wenn unter dem Impuls, der durch die Diskussion über die Erziehungsfrage gegeben wird, auf einmal Männer und Frauen des Proletariats in leidenschaftlich begeisterter Weise die Gründung solcher Kinderheime, Kinderhorte usw. in Angriff nehmen wollen. Nein, derartige Gründungen haben alle mit der größten Vorsicht zu erfolgen. Und zwar nicht bloß im Hinblick darauf, daß die Gesetzgebung des Klassenstaates, daß die Praxis dieser Gesetzgebung in jedem Augenblick dazwischen fahren kann. Vielmehr auch mit Rücksicht auf die inneren Schwierigkeiten, die betreffs der Gründung, Leitung und dem zweckmäßigen Funktionieren der entsprechenden Institutionen vorliegen. Nichts wäre verkehrter, als wenn Leute mit gutem Willen, aber ohne pädogogische Begabung und Schulung, nur aus Begeisterung für die sozialistische Jugenderziehung auf diesem Gebiet herumexperimentieren wollten. So sehr ich es begrüße, wenn Einrichtungen entstehen, die im Sinne unserer Weltanschauung mit pädagogischem Takt geleitet werden, so bedauerlich wäre ein plan- und pädagogikloses Herumexperimentieren.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur die Aufgabe, durch den Kampf für eine gesunde Sozialpolitik die häusliche Erziehung zu unterstützen und zu fördern, sondern ihr erwächst auch die Aufgabe, die Eltern durch entsprechende Aufklärung und Schulung besser für ihre Pflichten als Erzieher vorzubereiten. Zunächst hat unsere Presse eine hervorragende Aufgabe dadurch zu erfüllen, daß sie den Schulfragen, den pädagogischen Problemen überhaupt, die gebührende Beachtung schenkt. Dann aber muß sie das Streben der Eltern nach Fortbildung und Selbsterziehung fördern. Schließlich gilt es, die sozialistische Jugenderziehung durch eine entsprechende Literatur anzustreben.

Es ist ja von vielen Seiten beantragt worden, die Partei solle eine Kinderzeitung schaffen; den Anfang zu einer solchen haben wir in der allmonatlich einmal erscheinenden Beilage der „Gleichheit". Wer die Schwierigkeiten kennt, welche die Herausgabe und die Verbreitung einer solchen Kinderzeitung mit sich bringt, der wird aus Zweckmäßigkeitsgründen dafür stimmen müssen, daß das zunächst einmal schon Vorhandene weiter ausgebaut wird. Ich möchte deshalb, anstatt die Gründung einer weiteren Kinderzeitschrift zu befürworten, lieber einen Ausbau der Beilage der „Gleichheit" empfehlen. Aber damit sind die Pflichten der Partei zur Schaffung einer Kinderliteratur noch nicht erfüllt worden. Sie hat die Pflicht, auch für eine geeignete sozialistische Buchliteratur zu sorgen. Versuche nach der Richtung sind ja schon wiederholt gemacht. Ich erinnere an die Kinderbücher, die im Verlage von Dietz erschienen sind, an das bekannte Kinderbuch unserer Genossin Emma Adler, an die Märchensammlungen von Karl Ewald. Ich will in diesem Augenblick nicht in eine Kritik dieser ernsthaften und beachtenswerten Versuche, eine sozialistische Kinderlitratur zu schaffen, eintreten. Ich will nur konstatieren, daß diese Versuche beim Proletariat durchaus nicht die Berücksichtigung und Unterstützung gefunden haben, die sie verdienen. Die Verlagsinstitute der Partei haben von neuerlichen Versuchen in dieser Richtung abgesehen, nachdem sie die Erfahrung gemacht, daß unsere Literatur die Konkurrenz nicht bestand mit der ganz minderwertigen, billigen, bürgerlichen Kinderliteratur, die auf den Markt geworfen wird. Es ist eine grobe Pflichtvernachlässigung der Eltern, wenn sie ihren Kindern, um etliche Pfennige zu sparen, eine Literatur geben, die im schroffsten Gegensatz steht zu allen Ideen, zu denen sie sich bekennen und die sie in

Ihre Kinder hineinzutragen vermöchten, wenn sie diesen eine von sozialistischem Geiste erfüllte Literatur bieten könnten. Trotz der gemachten Erfahrungen muß ein neuer Versuch unternommen werden, und die seither erweckte Erkenntnis in großen Kreisen der Partei verbürgt dem Vorstoß zur Schaffung sozialistischer Kinderbücher Erfolg. Die vorliegende Aufgabe ist schwer, aber ich erinnere Sie daran, daß von bürgerlicher Seite uns bereits in der dankenswertesten Weise vorgearbeitet worden ist. Der Verein in Hamburg für die Herausgabe von guten Jugendschriften, ferner der Verlag vom Kunstwart, der Verlag Schafstein in Köln und eine Reihe anderer bürgerlicher Verläge, haben eine Kinderliteratur geschaffen, die, alles in allem genommen, vom pädagogischen Standpunkt aus, einen kolossalen Fortschritt bedeutet, eine Kinderliteratur, die geeignet ist, das Kind geistig und künstlerisch zu entwickeln und zu fördern. Aber, Genossen, wir als Sozialisten können diese Kinderliteratur nicht ohne weiteres für unsere Kinder übernehmen. Diese Literatur, so vortrefflich sie zum großen Teil künstlerisch und literarisch ist, steht in Widerspruch mit unserer Weltanschauung, in ihr werden hier und da Militarismus, Chauvinismus, Krieg, Gläubigkeit usw. einer Auffassung entsprechend behandelt, die unseren eigenen Anschauungen von Krieg, Vaterlandsliebe, Militarismus usw. geradezu ins Gesicht schlägt. Aber, Genossen, schwerer noch fast als das Gegensätzliche, was in dieser Hinsicht auch die gute bürgerliche Literatur enthält, fällt ins Gewicht, was sie nicht enthält, und was sie nicht kennt. Sie schweigt von den Idealen der Brüderlichkeit, der Solidarität der Arbeits- und Kampfgenossen, der proletarischen Freiheitsliebe, kurz, sie kennt nicht die sozialen Tugenden, welche der proletarische Klassenkampf gebiert und bedarf, und die auf der Grundlage unserer sozialistischen Weltanschauung entstehen. So hat z. B. der Verlag Callwey eine vortreffliche Sammlung von Gedichtbüchern herausgegeben, die Weberschen „Spielmannsbücher", die vom „Kunstwart" empfohlen worden sind, und die auch ein sozialdemokratisches Blatt ohne Einschränkung kritiklos gelobt hat. Einige Hefte davon sind vom pädagogischen Standpunkt aus wahre Juwelen. Nun nehmen Sie aber einmal die Hefte her, die für uns besonders in Betracht kommen, „Arbeit" und „Helden". In den Gedichten „Helden" werden Helden aller Art gefeiert, Helden, die den Tod sterben für das Vaterland, Helden der Pflichttreue usw. Aber ein Held fehlt darin, der Held, der für die Freiheit kämpft und stirbt. In dem Buch „Arbeit" lernen Sie in künstlerischer, prachtvoller Form den Arbeiter von den verschiedensten Seiten kennen; Sie lernen ihn aber nicht kennen als einen Mann, der sich mit seinen Genossen organisiert und mit ihnen zusammen kämpft. Sie lernen den leidenden Proletarier kennen, den nach Auffassung der bürgerlichen Gesellschaft pflichttreuen Proletarier, aber nicht den Arbeiter als Rebell, als Kämpfer gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung. (Sehr gut!) Das zeigt klar, warum wir die anerkennenswerten, zum Teil vom pädagogischen und künstlerischen Standpunkt aus vollendeten Erzeugnisse der Bourgeoisie für unsere Kinder nicht unbesehen übernehmen dürfen. Wohl aber können wir das von bürgerlicher Seite geschaffene als wertvolle Vorarbeit würdigen und nutzen und als Beispiel nehmen, in welcher Weise und nach welcher Richtung wir weiter zu schaffen haben.

Genossin Zetkin hat bereits 1½ Stunden gesprochen. Im Verlauf ihrer Rede sah man wiederholt, daß ihr das Reden äußerst schwer fiel. An dieser Stelle macht sie eine längere Pause; es hat den Anschein, als ob sie infolge von Ermattung überhaupt nicht weiter reden kann. Dreesbach und nach ihm Singer begeben sich zu ihr, wie es scheint, um sie zu ersuchen, daß sie ihr Referat abbricht.

Hierauf erklärt Singer: Genossen, wir haben alle mit großem Interesse das Referat der Genossin Zetkin bis hierher gehört, und ich bin überzeugt, daß der noch fehlende Teil das gleiche Interesse finden wird. (Sehr richtig!) Der gesundheitliche Zustand der Genossin Zetkin macht es uns aber geradezu zur

Pflicht, sie zu schonen. Der Parteitag wird die Verantwortung nicht übernehmen wollen, den Gesundheitszustand der Genossin noch zu verschlimmern, indem er darauf besteht, das Referat zu Ende zu hören. Ich schlage vor, daß wir die Genossin Zetkin ersuchen, ihr Referat und den noch fehlenden Teil im Druck zu veröffentlichen. Es liegen ja bereits Anträge vor, beide Referate als Broschüre zur Massenagitation im Druck erscheinen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß es ihr sehr schmerzlich ist, das Referat nicht beendigen zu können; aber ihr Gesundheitszustand verlangt dringende Schonung. Ich bitte Sie, meinen Vorschlag anzunehmen und dadurch zu bezeugen, einen wie großen Wert der Parteitag darauf legt, das Referat der Genossin Zetkin vollständig kennen zu lernen. (Lebhafte Zustimmung.)

(Clara Zetkin verläßt hierauf unter stürmischem Beifall die Tribüne.)

Entsprechend dem Vorschlag beschließt der Parteitag, beide Referate, und zwar das der Genossin Zetkin in vervollständigter Form, als Broschüre zur Massenverbreitung herstellen zu lassen.

Vorsitzender Dreesbach: Einige Mitteilungen über die Vorschläge zur Wahl der Parteileitung! Genosse Dittmann-Frankfurt a. M. ersucht mich, zu erklären, daß er unter keinen Umständen ein Mandat als Kontrolleur annimmt. Er verzichte zugunsten von Brühne; ferner erklärt Bömelburg, daß es ihm unmöglich sei, ein Mandat als Kontrolleur anzunehmen, da ihm die Zeit dazu fehlt. Ebenso bittet Hue, von seiner Wahl Abstand zu nehmen. Genosse Mattutat ist irrtümlich auf die Liste der Kontrolleure gekommen, er sollte als Parteisekretär vorgeschlagen werden.

Hug-Bant: Ich sehe zu meinem Erstaunen, daß ich als Parteisekretär vorgeschlagen bin. Ich bedauere ganz außerordentlich, daß der, der mich vorgeschlagen hat, sich nicht vorher mit mir in Verbindung gesetzt hat. Es wäre mir unmöglich, das Amt anzunehmen.

Vorsitzender Dreesbach teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, die beiden Referate und alle hierzu gestellten Anträge einem Bildungsausschuß von 7 Personen zu überweisen.

Ulrich-Offenbach begründet diesen Antrag. Sowohl die Leitsätze als besonders die beiden Referate haben gezeigt, daß die Erziehungsfrage außerordentlich wichtig ist, und daß es ein großer Fehler sein würde, sie heute nach kurzer Debatte zu erledigen. Es sind Probleme aufgerollt von solcher Bedeutung, daß ich es im Interesse unserer Sache, im Interesse der Frage selbst für notwendig halte, daß, bevor wir eine materielle Entscheidung treffen, eine allgemeine Diskussion in der Presse und in Parteiversammlungen stattfindet. Um aber doch in der Lage zu sein, ein Organ zu haben, welches auf Grund der vorliegenden Referate und Thesen arbeiten und das Material sammeln kann, müssen wir einen Bildungsausschuß einsetzen. Im nächsten Jahre können wir dann vielleicht eine Entscheidung in der Sache treffen. Eine weitere Begründung ist überflüssig, sie liegt in der Sache selbst. Ich bitte, den Antrag anzunehmen. (Zustimmung.)

Lehmann-Mannheim: Ueber die Wichtigkeit der vorliegenden Materie sind wir uns einig, aber es dürfte kaum ein Gebiet geben, auf dem so wenig Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei bestehen. Das Resultat der Arbeiten eines Bildungsausschusses würde auch nicht wesentlich anders sein als das, was die Referenten vorgeschlagen haben. Die Folge des Antrages würde die sein, daß wir einen neuen Parteitag nochmals mit einer Frage belasten, über die Differenzen innerhalb der Partei nicht bestehen. Wir haben in den verschiedensten Landtagen in Süddeutschland alljährlich über die Schulfrage zu verhandeln und die Stellungnahme der süddeutschen Abgeordneten hat noch niemals Anlaß zu Monitas gegeben.

Dr. Frank-Mannheim: Ich habe nichts dagegen, daß die verschiedenen Anträge in den großen Korb versenkt werden, den sich der neu zu bildende Bildungsausschuß anschaffen soll, aber ich bitte, daß Sie die Anträge, die sich auf die Frage der Jugendorganisation beziehen, aus dieser allgemeinen Versenkung herausnehmen und morgen unter den allgemeinen Anträgen behandeln. Es ist notwendig, daß hier etwas geschieht, und so sehr ich die künftigen Mitglieder dieses Bildungsausschusses schätze, ohne sie zu kennen, so würde ich es doch für besser halten, daß der Parteitag über die Frage der Jugendorganisation seine Meinung morgen zum Ausdruck bringt. Wenn Sie diese Anträge von dem allgemeinen Kindermord ausnehmen (Heiterkeit), bin ich mit dem Antrage Ulrich völlig einverstanden.

Der Parteitag beschließt im Sinne der Anregungen von Frank und überweist alle Anträge, mit Ausnahme derer, die sich auf die Jugendorganisation beziehen, dem einzusetzenden Bildungsausschusse.

Hiermit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Singer: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Anträge 85, 109 und 113 sich nicht zur Verhandlung auf dem Parteitage eignen, denn das sind gar keine Anträge, sondern Aufträge an die Delegierten, diese oder jene Materie hier zu vertreten.

Schluß: 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 29. September 1906. — Vormittags-Sitzung

Vorsitzender Singer eröffnet um 8½ Uhr die Sitzung.

Der Parteitag tritt in die Beratung des Punktes 8 der Tagesordnung:

„Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug" ein.

Hierzu liegen vor die Resolution des Berichterstatters (Nr. 167) und Antrag 177.

Berichterstatter Haase-Königsberg: Das Thema enthält so wichtige Probleme, daß es eine gründliche Erörterung verdient. Leider läßt das aber die Geschäftslage des Parteitages nicht mehr zu, was um so bedauerlicher ist, als auch die Thesen in ihrer prinzipiellen Seite kurz gefaßt werden mußten, und daher einer eingehenden Erläuterung bedürfen. Es scheint mir notwendig, gerade gegenwärtig gegenüber den Bestrebungen auf Revision des Strafrechtes, des Strafprozesses und des Strafvollzuges unseren Standpunkt darzulegen, und vor allem klipp und klar auszusprechen, wie unsere Justiz ist. Die Strafrechtsnormen sind nicht ewig, sind nicht unwandelbar, sondern wechseln mit Zeit und Raum. Selbst Mord, sogar Elternmord, und Diebstahl wurden keineswegs überall als strafbar angesehen. In Polynesien ist die Tötung der Greise erlaubt und sogar sittlich geboten; es erklärt sich diese Maßregel daraus, daß dort ein Mangel an Lebensmitteln vorhanden ist, daß die Ernährung der Greise die größten Schwierigkeiten macht. Es gilt deshalb als eine sittliche Pflicht, die Greise zu töten, bevor sie selber den langsamen und grausamen Tod des Verhungerns erleiden. Es ist Ihnen bekannt, daß bei den Spartanern Diebstahl gestattet war und daß nur der Dieb bestraft wurde, der dabei ertappt wurde. Auch das erklärt sich aus den sozialen Zuständen des Landes, weil Geschicklichkeit und Schlauheit als wichtige Eigenschaften erachtet wurden, während die Gegenstände, welche gestohlen werden konnten, nur einen geringen Wert hatten. Bei den Scythen dagegen galt Diebstahl als das schwerste Verbrechen, weil die Scythen ein Hirtenvolk waren und der Diebstahl der Herden für sie deshalb einen ganz besonderen Verlust darstellte. So ist es klar, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse den Inhalt

der Strafgesetze bestimmen. Das Strafrecht erscheint deutlich als der Ueberbau, der sich auf der Basis der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse erhebt. Ich will mich heute nicht in eine metaphysische Spekulation über das dem Strafrecht zugrunde liegende Prinzip vertiefen. Nur so viel: Die Strafe ist ein Ausfluß des Selbsterhaltungstriebes. Alle bisherigen Gesellschaften haben die Strafe gegen solche Taten angewendet, welche das gesellschaftliche Zusammenleben, den Bestand der Gesellschaften gefährdet haben. Es ist Ihnen bekannt, daß im Klassenstaat die herrschende Klasse ihre Interessen mit den allgemeinen Interessen identifiziert, daß sie deshalb ihre Interessen als die besonders schutzbedürftigen ansieht. Unsere herrschende Klasse erklärt die bestehende Ordnung als göttliches Recht und alle Bestrebungen auf Umwälzung der Gesellschaft für strafwürdig. Diesem Verhalten gegenüber, das den Fortschritt hemmt, das deshalb kulturwidrig ist, haben wir die Pflicht, immer und immer wieder danach zu trachten, daß zunächst alle diejenigen Strafbestimmungen beseitigt werden, welche die freie Meinungsäußerungen hemmen, welche die Bestrebungen der unterdrückten Klasse auf Verbesserung ihrer Lage und auf Machtentfaltung hindern. Aus diesem Gesichtspunkte heraus verlangen wir insbesondere Abschaffung der Strafbestimmungen wegen Majestätsbeleidigung, wegen Aufreizung zum Klassenhaß, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, wegen Beschimpfung der Kirchen, ihre Einrichtungen und Gebräuche. In England wird Majestätsbeleidigung nicht bestraft, und es wird niemand behaupten wollen, daß England deswegen nicht ein Kulturstaat sei oder nicht den genügenden Schutz der Gesellschaft garantierte. Der Majestätsbeleidigungs-Paragraph dient bei uns dazu, die freie Kritik an Aeußerungen des Staatsoberhauptes zu unterbinden, er ist oft ein Mittel der Rachsucht, indem die harmlosesten Aeußerungen, welche in den vertrautesten Kreisen gefallen, von einem boshaften Denunzianten dazu benutzt werden, einen mißliebig Gewordenen auf die Anklagebank zu bringen. Wir haben es in Leipzig erlebt, daß dort lediglich deswegen, weil in der „Leipziger Volkszeitung" eine historische Darstellung über frühere Mitglieder des sächsischen Königshauses gegeben wurde, das Gericht auf dem Wege der Interpretation dazu kam, daß der jetzt herrschende König habe beleidigt werden sollen und den Redakteur, der diese Absicht bestritt, mit harter Strafe belegte. Im Reichstag hat ein konservativer Abgeordneter den Paragraphen damit verteidigt, daß er erklärte, er sei der eigentliche Revolutionsparagraph. In Wahrheit, Genossen, zielt diese Strafbestimmung ebenfalls darauf hin, Angriffe abzuwehren, welche gegen die bestehenden Zustände sich richten. Auf Grund dieses Paragraphen ist es möglich gewesen und kommt es seit langen Jahren vor, daß irgendwie lebhaft geäußerte Bedenken gegen staatliche und soziale Einrichtungen diejenigen, welche sie äußern, auf die Anklagebank bringen und schwerer Strafe aussetzen. Wir haben es erlebt, daß sogar derjenige, welcher lediglich darstellte, wie der Grundbesitz schädigend wirkt und wie deshalb alle Kraft angestrengt werden muß, um die Zahl der übermächtigen Vertreter des Grundbesitzers zu mindern, auf Grund dieses Paragraphen bestraft worden ist. In der gleichen Reihe findet sich die Strafbestimmung gegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Auch dieser Paragraph hat wiederholt dazu gedient, diejenigen auf die Anklagebank zu bringen, welche an den bestehenden Zuständen Kritik üben. Freilich, nach dem Wortlaut dieses Paragraphen ist es erforderlich, daß jemand Staatseinrichtungen verächtlich macht durch Erfindung oder Entstellung von Tatsachen und daß dies wissentlich geschieht. Aber bei der herrschenden Justiz wird vielfach dann, wenn ein Sozialdemokrat sich diese Kritik erlaubt, von vornherein angenommen, daß dasjenige, was er ausspricht, wider besseres Wissen ausgesprochen sei, und daß sein Urteil eine Tatsache enthalte. So wird jede Grenze zwischen Kritik und Darstellung von tatsächlichen Vorgängen verwischt. Wir haben es erlebt, daß in Hannover noch vor kurzem Genosse Rauch auf Grund des Ver-

ächtlichmachungsparagraphen angeklagt wurde, weil er die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer, die Arbeiterschutzgesetze und die Versicherungsgesetze kritisiert hatte, und die Kritik als wissentliche Entstellung von Tatsachen angesehen wurde. Wir verlangen außerdem, daß vor allem diejenigen Bestimmungen aus den einzelstaatlichen Vereinsgesetzen beseitigt werden, welche das Volk hindern, in Versammlungen sich zusammenzuschließen und seine Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Ebenso verlangen wir die Beseitigung aller Strafrechtsnormen, welche die Freiheit der Presse bedrohen. Wir fordern, daß man das Koalitionsrecht sicher stellt, und nicht durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen aufhebt. § 153 der Gewerbeordnung, auf den ich noch komme, ist ja ein Mittel, um die Arbeiterklasse an dem Streben nach Hebung ihrer Lage zu verhindern. Wir verlangen natürlich auch die Beseitigung von Ausnahme-Bestimmungen in den einzelnen Landesstaaten, welche die Landarbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes verhindern, so wie alle anderen Bestimmungen, die sich in derselben Richtung bewegen. Die herrschende Klasse sieht durch alle Bestrebungen auf Hebung der Lage der Arbeiterklasse ihre eigenen Klasseninteressen bedroht und wird um so hartnäckiger darauf bedacht sein, gerade diese Strafbestimmungen aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterklasse muß daher ihren ganzen Einfluß geltend machen und ihn bis zur Reform des Strafrechts möglichst vermehren, um wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchzuführen. Die Strafrechtsnormen haben durchweg das Bestreben, sich zu erhalten, auch wenn die gesellschaftlichen Bedürfnisse, aus denen heraus sie entsprungen sind, bereits einem Wechsel unterworfen gewesen sind

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort.

und es empfinden deswegen immer größere Massen, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden ist. Je mehr die Arbeiterklasse an Einfluß gewinnt, je mehr deshalb die große Masse des Volkes in eine andere Gedanken- und Gefühlswelt eingelebt ist, als die herrschende Klasse, um so krasser wird der Widerspruch empfunden werden zwischen den bestehenden Strafrechtsnormen und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes. Die Justiz, als Organ der herrschenden Klassen, hat, wie sich das im Klassenstaat von selbst versteht, die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu stützen. Wie sie diese Aufgabe auffaßt und durchführt, darüber hat sich einmal unumwunden ausgesprochen der frühere Reichsgerichtsrat Mittelstädt, der zwar durch und durch Reaktionär war, aber von Zeit zu Zeit das Bedürfnis fühlte, das ungeschminkt auszusprechen, was er in der Justiz erkannte. Er sagt über die häufige Anwendung des Groben Unfugsparagraphen, die ja in früheren Jahren gegenüber den Sozialdemokraten stets dann erfolgte, wenn sonst die Strafrechtsnormen nicht ausreichten: „Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke des drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben zu der gewünschten Fesselung darbieten. Da das gemeine Strafrecht aber nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, so muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen dazu brauchbar machen. Noch haben wir, die Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen, machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen den Todfeind unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, ehe die soziale Revolution über uns kommt. So etwa fühlen, so denken die bewußtesten und ehrlichsten Köpfe des deutschen Richterstandes, denen die übrigen wohl oder übel nachgiebig folgen." Parteigenossen, wenn irgend ein Sozialdemokrat es wagen würde, eine solche Behauptung gegenüber dem deutschen Richterstande auszusprechen, wie viel Jahre Gefängnis würde er wegen Beleidigung der Richter erhalten! (Sehr wahr!) Ich erinnere Sie daran, daß in Deutschland die bloße Behauptung, daß bei uns eine Klassenjustiz existiert, die gar nicht den Vorwurf in

sich schließt, daß die Richter, welche die Justiz ausüben, wider besseres Wissen das Recht anwenden, sondern lediglich die Erklärung, daß auch die Richter als Menschen nicht aus ihrer Haut heraus können, als Mitglieder einer bestimmten Schicht in den Anschauungen dieser Schicht befangen sind und deswegen das Recht auslegen im Geiste dieser ihrer Klassengenossen, als strafbar angesehen worden ist. Wie oft sind nicht Sozialdemokraten lediglich wegen dieser Behauptung bestraft worden. (Sehr wahr!) So wurde Genosse Seeger in Leipzig vor kurzem deswegen, weil er in einem Gerichtsbericht über eine Verhandlung, in der ein Inspektor, der einen Arbeiter in Ostpreußen nach der heute üblichen Art einfach getötet hatte, freigesprochen wurde, die Entscheidung als Klassenjustiz glossiert hatte, mit einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten belegt. (Hört! hört!)

Daß tatsächlich bei unserer Regierung die Auffassung besteht, daß die Gerichte gegen die Sozialdemokraten die Gesetze mit aller Strenge anwenden und sie anders behandeln sollen wie die übrigen Staatsbürger, dafür gibt es sehr erhebliche Beweise. Der frühere Minister Bosse hat ein Tagebuch hinterlassen, worin er den Hergang bei einer Ministersitzung am Tage vor Erlaß des Sozialistengesetzes mitteilte. Es wurden damals die richterlichen Mitglieder für die in dem Gesetz vorgesehene Beschwerdekommission gewählt. Bismarck erklärte, daß ihm eine Anzahl Mitglieder des Obertribunals als politisch nicht vollkommen zuverlässig bezeichnet seien. Der preußische Justizminister schlug einen anderen Obertribunalsrat vor und benutzte die Gelegenheit, um, wie Bosse schien, „in wenig geschickter und taktvoller Weise" zu erklären, die preußischen Richter seien überhaupt alle als zuverlässig anzusehen. Bezeichnend dabei ist, daß man richterliche Mitglieder zunächst auf ihre politische Zuverlässigkeit prüft und noch bezeichnender ist es, daß der preußische Justizminister alle Richter bei dieser Gelegenheit als politisch zuverlässig bezeichnet. Bismarck erwiderte, daß er davon nicht ganz durchdrungen sei. Er erwiderte: „Ja, wenn die preußischen Juristen alle so wären, wie der Staatsanwalt Tessendorf, dann könnten wir zufrieden sein." (Hört! hört!) Ich glaube, der preußische Justizminister hat im großen und ganzen bessere Kenntnis gehabt von dem Seelenzustand der Richter, wie Bismarck. Wie will man es da wagen, uns glauben zu machen, daß, wenn der preußische Minister selbst die Richter als „politisch zuverlässig" bezeichnet, sie dann imstande seien, in dem Augenblick, wo sie von ihren Sesseln herab Recht sprechen, sich von ihren politischen Anschauungen völlig frei zu machen, entrückt dem sozialen Gefühlsleben und den politischen Einflüssen, zu urteilen? Uns allen ist ja bekannt, wie später der Minister Schönstedt in einer programmatischen Rede den Grundsatz vertrat: si duo faciunt idem, non est idem, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Und der gegenwärtige preußische Justizminister hat sich nicht besser beim Parlament einführen zu können geglaubt, als daß er erklärte, er halte es für die Aufgabe der Justiz, daß gegen die Sozialdemokratie mit aller Strenge vorgegangen und ihr nichts nachgesehen werde. Das bedeutet aber nichts anderes, wie das Messen mit zweierlei Maß. Der Richter hat die Verpflichtung, einen jeden Angeklagten, gleichviel welcher Partei er angehört, gleichmäßig zu behandeln, sich die Straftat genau anzusehen und nur dann mit Strenge zu verfahren, wenn die Straftat eine solche Strenge verdient. (Sehr richtig!) Durch die Aeußerung des Ministers wird jedoch der Staatsanwalt geradezu genötigt, über alle mildernden Umstände bei Sozialdemokraten hinwegzusehen. Der gegenwärtige Minister hat es ja auch für seine Aufgabe gehalten, in dieser Richtung noch etwas mehr zu tun, er hat eine Neuerung eingeführt. Er lud an einem Abend zu sich den berühmten Strafrechtslehrer Gierke und den deutschen Kaiser, und ließ durch Gierke einen Vortrag halten über die gegenwärtigen Justizzustände. Bei dieser Gelegenheit machte Gierke gegen die Sozialdemokratie scharf; er erklärte insbesondere: „Die deutsche

Rechtsprechung darf keinen Schritt zurückweichen vor dem neuerdings immer lauter erschallenden und sogar im Reichstage sich immer kühner hervorwagenden Vorwurf der Klassenjustiz." Wenn in Gegenwart des preußischen Justizministers und des deutschen Kaisers so die herrschende Justiz verteidigt, wenn ausdrücklich nach außen hin der gesamten Juristenwelt, den Staatsanwälten und den Richtern erklärt wird, der Vorwurf der Klassenjustiz sei ungerecht, die Richter sollen fortfahren, in demselben Geist zu urteilen, so muß das von Einfluß auf die ganze Rechtsprechung sein. (Sehr richtig.)

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben, und diese Klassenjustiz wird in einer Weise ausgeübt, daß die Empörung immer breiterer Massen wachgerufen wird, ja, daß von Zeit zu Zeit selbst bürgerliche Kreise von dieser Empörung in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich hatte ursprünglich die Absicht, aus dem bergehohen Material eine große Zahl charakteristischer Fälle vorzutragen. Allerdings war ich mir darüber klar, daß, soviel Fälle ich auch vortrage, die meisten in diesem Saal erklären würden: Ja, bei uns ist mindestens ebenso schlimmes vorgekommen! Je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen, je mehr die politische Leidenschaft erregt wird, desto krasser fallen die Urteile aus, und wenn wir es auch begreifen, daß die Richter aus den Anschauungen ihrer Klasse heraus denken und fühlen, so müssen wir doch den entschiedensten Protest dagegen erheben, daß die Justizverwaltung alles tut, um die Richter in dieser Anschauung noch mehr zu befestigen, die „Reizbarkeit" zu erhöhen, während es ihre Pflicht wäre, gerade in erregten Zeiten der politischen Leidenschaft auf dem Richterstuhl Zügel anzulegen. (Sehr wahr!)

Bei uns liegen die Dinge allmählich so, daß es kaum mehr möglich ist, das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht auszuüben, ohne mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen. Ich erinnere an die zahlreichen Verurteilungen wegen Erpressung. (Hört, hört!) Noch vor gar nicht langer Zeit wurde ein Beamter des Verbandes der Steinarbeiter in Leipzig wegen Erpressung verurteilt. Und was war der Tatbestand? Er hatte in einer Unterredung mit einem Unternehmer erklärt: Falls die Maßregelung, die der Unternehmer vorgenommen hatte, nicht rückgängig gemacht würde, müßten Gegenmaßregeln ergriffen werden. (Hört, hört!) Weiter wurde gegen eine Anzahl von Dachdeckern wegen versuchter Erpressung deshalb eingeschritten, weil sie gefordert hatten, ihr Arbeitgeber solle einen christlich Organisierten entlassen, falls er nicht dem Zentralverband beitrete. Andernfalls würden sie selbst die Arbeit niederlegen. (Hört, hört!) So werden Hunderte ehrenwerte Leute mit dem Makel eines gemeinen Vergehens belegt, obwohl ursprünglich der Strafparagraph, aus dem die Verurteilung erfolgt, für ganz anders geartete Fälle bestimmt war. Weshalb wird nicht in derselben Weise gegen Unternehmer vorgegangen? Passiert es denn nicht tagein, tagaus, daß die Unternehmer in ihren Verbänden ebenso verfahren? Sie verlangen, daß die Unternehmer ihrer eigenen Branchen sich ihren Koalitionen anschließen, und mehr als einmal drohen sie, daß, wenn das nicht geschieht, der Widerstrebende Schaden erleiden, daß ihm das Material nicht geliefert oder daß er in Verruf erklärt würde. (Sehr richtig!)

Aber wann erleben wir es einmal, daß gegen die Unternehmer eingeschritten wird? Wie oft verlangen nicht die Unternehmer, daß die Arbeiter aus ihren Organisationen austreten, daß sie in eine bestimmte christliche Organisation eintreten? Wie oft wird ihnen nicht mit Entlassung gedroht, wenn sie das nicht tun? Wo sind da die Staatsanwälte, die gegen die Unternehmer Anklage erheben? In dem Breslauer Prozeß kam es wieder zur Sprache, daß die Metallindustriellen Klipp und Klar gegen § 158 der Gewerbe-Ordnung verstoßen hatten. Aber es ist nicht gelungen, sie in Anklagezustand zu versetzen, man hat vergeblich beim Staatsanwalt angeklopft und vergeblich Beschwerde beim Ober-

staatsanwalt eingelegt. Dagegen sind in Breslau ausgesperrte Arbeiter auf Grund einer unerhörten Rechtskonstruktion verurteilt worden. Wenn die Arbeiter merken, daß selbst da, wo die gesetzlichen Bestimmungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen sind, gegen die Arbeitnehmer eingeschritten wird, gegen die Arbeitgeber aber nicht, so müßten sie ja geradezu Fischblut haben, wenn sie nicht mit aller Entschiedenheit gegen diese Art von Justiz Front machen würden. Mir selbst hat ein Staatsanwalt vor gar nicht langer Zeit, als ich ihn auf diese widersprechende Praxis aufmerksam machte — und es war ein kluger Staatsanwalt —, gesagt: Ja, was wollen Sie denn? § 153 der Gewerbe-Ordnung ist doch seinem ganzen Geist nach nur gegen die Arbeiter gerichtet. (Lebhaftes Hört, hört!) Dieser Staatsanwalt hatte aus dem Geiste der herrschenden Klasse heraus die Situation ganz richtig beurteilt. (Sehr richtig!) Und wenn schon alle Tatbestandsmerkmale gegeben sind, daß der Staatsanwalt nicht mehr ausweichen kann, dann heißt es wie in Breslau: Die Unternehmer haben nicht die rechtswidrige Absicht gehabt. (Heiterkeit.) Wenn man doch mal bei den Arbeitern die rechtswidrige Absicht verneinen wollte! Aber nein, die einfachen, durch die Volksschule gegangenen Arbeiter müssen das Recht kennen, die in den höheren Schulen wohl vorgebildeten Unternehmer haben keine Ahnung vom Recht, ihnen mangelt das Rechtsbewußtsein! (Sehr gut!) In immer weiteren Kreisen greift daher die Anschauung Platz, die der große Britte in die Worte kleidete:

Lackier die Sünde nur mit Gold,
Gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit
Ohnmächtig ab. Bekleide sie mit Lumpen,
Und eines Narren Strohhalm sticht sie durch.

(Lebhafte Zustimmung.)

Eine ganz besondere Ausnahmestellung in unserem Staatsleben nehmen die sogenannten „nützlichen Elemente" ein. Der Begriff der Ehrverletzung auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wird von unseren Gerichten weiter ausgedehnt als selbst der Begriff der Beleidigung. Einen Arbeitswilligen anzusprechen, ohne seine Ehre zu verletzen, dies Kunststück sollte mir mal jemand vormachen. Wenn man einem Arbeitswilligen sagt: Schließe Dich doch unserer Organisation an, Du müßtest Dich schämen zu arbeiten, während wir im harten Kampfe stehen, so ist der Erfolg eine Anklage und Verurteilung auf Grund des § 153. In Breslau haben wir es ja sogar erlebt, daß schon der Ruf: Hoch lebe der katholische Arbeiterverein! als eine Ehrverletzung der katholisch-organisierten Arbeitswilligen angesehen wurde, weil dieser Ruf mit einem ironischen Lächeln begleitet gewesen sein soll. (Heiterkeit.) Ja, das Lächeln Arbeitswilligen gegenüber ist schon wiederholt von Gerichten als Ehrverletzung angesehen worden. Schon die bloße Erklärung: Es ist doch nicht schön von Dir, daß Du noch weiter arbeitest, während wir uns im Lohnkampf befinden, wurde als Ehrverletzung angesehen. Es ist zuweilen leichter, eine Freisprechung wegen Majestätsbeleidigung zu erzielen, als wegen Ehrverletzung eines Streikbrechers. Denn zum Begriff der Majestätsbeleidigung ist mehr erforderlich als die bloße Verletzung der Ehrfurcht. Die Ehre der Arbeitswilligen dagegen ist bei uns so fein, so zart geworden, daß der leiseste Lufthauch, namentlich wenn er von einem Streikenden kommt, sie zu verletzen geeignet ist. Daß diese nützlichen Elemente infolgedessen mehr und mehr an Uebermut gewinnen, daß sie sich mehr und mehr erlauben, daß sie sich einbilden, sie könnten den Streikenden als Privilegierte gegenübertreten, dafür sind ja die Vorgänge in Nürnberg, Berlin, Magdeburg die eklatantesten Beweise. (Sehr richtig!) In Nürnberg wurde von einem solchen Arbeitswilligen ein Streikender niedergeschossen, und der Arbeitswillige läuft nach einigen Stunden wieder frei umher. (Hört! hört!) In Berlin befindet sich ein Messerstecher, der einen Streikenden niedergestochen hat, in Freiheit. In Magdeburg wird ein Kutscher während des Kutscherstreiks

ohne jede Ursache von einem Arbeitswilligen durch zwei Kugeln niedergestreckt, der Attentäter wird zwar angeklagt, der Staatsanwalt beantragte auch vier Monate Gefängnis, das Gericht sprach ihn aber frei, da es möglich sei, daß er von anderen nicht genannten Personen mit Steinen geworfen sei und in vermeintlicher Notwehr gehandelt habe. (Bewegung.) Ja, wenn doch andere Arbeiter, die sich dieses Schutzes der Behörden nicht erfreuen, jemals so beurteilt würden! Wenn der Arbeiter, der erklärt: ich habe geglaubt, daß man auf mich einen Angriff macht und infolgedessen nach meinem Stock gegriffen und geschlagen, einmal wegen vermeintlicher Notwehr freigesprochen würde! (Sehr gut!) Ich glaube nicht, daß man einen Arbeiter findet, dem dieses Glück zuteil geworden ist. Die Anschauungen in den Richterkreisen sind eben infolge ihrer Klassenlage derart, daß sie den Streikenden von vorn herein, sich selbst gar nicht bewußt, mit ganz anderen Gefühlen entgegentreten wie den Arbeitswilligen. Das Wort Puttkamers, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution, spukt in den Köpfen der Richter. (Sehr richtig!)

Soll es so weiter gehen? Kann die Arbeiterklasse dulden, daß sie tagaus, tagein in den Formen des Rechts auf das schwerste in ihrem Rechtsbewußtsein gekränkt wird? Der Breslauer Prozeß hat in einem bürgerlichen Blatt, das sich sonst nicht durch Entschiedenheit auszeichnet, eine Beurteilung erfahren, die ich kurz wiedergeben will. Es heißt da, daß dieser Prozeß so ziemlich allem die Krone aufsetzt, was bisher an tendenziöser Rechtspflege in Deutschland geleistet worden ist. (Hört! hört!) Es ist ja auch gar nicht anders möglich, als daß solche Prozesse sich schließlich zu Tendenzprozessen auswachsen, wenn man von den Richtern das verlangt, was die verschiedenen preußischen Justizminister von ihnen verlangt haben. Die ganze Rechtsprechung steht im schneidenden Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit. Diesen Bestrebungen leistet Vorschub unser Strafgesetzbuch, das sich durch die mangelnde Präzision, durch Kautschukbestimmungen an vielen Stellen auszeichnet. Die Partei hat deshalb die Pflicht, bei Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches dahin zu wirken, daß diese Begriffe schärfer gefaßt werden. Gewiß ist das nur ein geringer Schutz; aber wir sollten auch auf diesen Schutz nicht verzichten. Und was die Gerichte mit Hülfe des Strafgesetzbuches machen, das macht in noch empfindlicherer Weise die Polizei mit Hülfe des ihr eigenen Polizeistrafrechts. Der grobe Unfugsparagraph kommt nicht mehr wesentlich zur Anwendung. Man hat es verstanden, durch eine andere Bestimmung dasselbe oder noch mehr zu erreichen. Das Streikpostenstehen, welches, wie auch das Reichsgericht in der Entscheidung gegen Molkenbuhr festgestellt hat, durchaus erlaubt ist, wird illusorisch gemacht durch Polizeivorschriften, die verordnen, daß die Polizeibeamten die Pflicht haben, für die Aufrechterhaltung des Verkehrs und der öffentlichen Sicherheit zu sorgen und daß das Publikum dem Befehle unbedingt Folge leisten muß. Es ist nun merkwürdig, daß der öffentliche Verkehr durch einen Passanten stets dann gestört wird, wenn in der Straße sich eine Fabrik befindet, in der gestreikt wird, und daß der Verkehr immer nur gestört wird durch Leute, die zu den Streikenden gehören. Früher war es wenigstens noch möglich, bei den Gerichten, wenn die Fälle gar zu kraß lagen, einige Remedur zu erzielen, bis das Kammergericht in Preußen als höchste Instanz erklärt hat, der Richter habe gar nicht das Recht, nachzuprüfen, ob die Anordnung der Polizeibeamten notwendig und zweckmäßig ist. Wenn die Polizeibeamten auch die unzweckmäßigsten Maßregeln angeordnet haben, so muß eine Bestrafung eintreten, sobald sie bekunden, sie hätten die Anordnung im Interesse des öffentlichen Verkehrs oder der öffentlichen Sicherheit getroffen. Die Rechtsprechung ist eine derartige, daß sie selbst in Preußen bei verschiedenen Richtern ein Kopfschütteln erregte, daß diese Richter fragen, wohin soll das führen? Das muß aufreizen, wenn die Arbeiter sehen, wie man ihnen bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse in den

Rücken fällt, wie die Unternehmer begünstigt, sie selbst aber benachteiligt werden; wenn sie sehen, wie jeder andere sich frei auf der Straße bewegen kann, nur nicht der streikende Arbeiter. Die Praxis des Kammergerichts bringt geradezu den Richter unter die Polizei, deren Macht in dem Staate, der sich Rechtsstaat nennt, ins Unerträgliche gesteigert wird. Das Landgericht Köln hat in einer Entscheidung, in der es durch das Kammergericht genötigt war, Streikposten zu verurteilen, keinen Zweifel gelassen, daß dieses Urteil dem Rechtsbewußtsein und der Rechtsgleichheit einen Faustschlag versetzt.

Es heißt darin: Nach den Bekundungen der Polizeibeamten hat irgend eine Belästigung des Publikums oder einzelner nicht stattgefunden, die Streikposten gingen einzeln auf der Venloerstraße, die eine erhebliche Breite besitzt, so daß das Streikpostenstehen den Verkehr nicht behindert hat. Auf Grund dieses Sachverhalts hegt das Berufungsgericht keinen Zweifel darüber, daß die Polizeibeamten zu der Zeit, wo sie die Angeklagten zum Fortgehen aufforderten, einen begründeten Anlaß zu der Aufforderung nicht hatten. Das Gericht ist sich auch bewußt, daß durch solches Vorgehen der Polizei die gesetzlichen und gewerblichen Rechte der Arbeiter ihre Bedeutung verlieren. Denn wenn eine unterschriftslose Anzeige und die Mitteilung, daß zwei oder drei Personen von den Streikenden nach ihrem Beruf gefragt worden seien, genügt, um die Polizeibehörde zum Einschreiten gegen das Streikpostenstehen überhaupt zu veranlassen, so wird sie in der Lage sein, das Postenstehen bei jedem Streik zu verbieten. Gerade in den vorliegenden Fällen waren aber Ausschreitungen um so weniger zu erwarten, als es sich um ruhige, zu Gewalttätigkeiten nicht geneigte, bis zu einem gewissen Grade gebildete Arbeiter handelte. Wenn unter diesen Umständen die Polizeibehörde sich zum Verbot des Streikpostenstehens veranlaßt gesehen hat, so mag sie zwar nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen gehandelt haben, doch lag ein ausreichender Grund zu ihrem Einschreiten nicht vor. Unbedenklich hätten diese Erwägungen zu der Freisprechung des Angeklagten führen müssen und geführt, wenn nicht der oberste Gerichtshof der Monarchie die Nachprüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit polizeilicher Anordnungen der hier fraglichen Art in ständiger Rechtsprechung unterbunden hätte. (Urteile des Kammergerichts vom 23. September 1899 und vom 28. September 1903.) Es erklärte also das Landgericht, daß die Streikposten anständig, wie gebildete Leute ihres Weges gegangen sind, keine Passanten belästigten, daß die Straße eine große Breite hatte, so daß der Verkehr sich bequem abwickeln konnte. Dennoch wurden sie im Interesse des Verkehrs und der Sicherheit von der Straße gewiesen und bestraft, weil sie dasselbe Recht auf Benutzung der Straße für sich in Anspruch nahmen, wie andere. Wenn die Unternehmer auf der Straße stehen und sich über Aussperrungen unterhalten, dann wollte ich einmal sehen, welcher Sturm sich erheben würde, wenn ein Schutzmann in der gleichen Weise vorgehen wollte, wie gegen die Streikposten. Dann würde man von Polizei-Willkür und Bureaukratismus sprechen. Heute liegt die Sache so: wie die Arbeitec sich drehen und wenden, immer wieder müssen sie sich verfangen in den Maschen des Gesetzes. Erklären die Arbeiter: Wenn unsere Forderungen nicht bewilligt werden, dann legen wir die Arbeit nieder, dann heißt es, sie versuchen Erpressung. Ist der Streik ausgebrochen, und gehen sie ruhig ihres Weges, und wollen sie die Arbeitenden durch ruhige Aussprache auf ihre Seite bringen, so werden sie ebenfalls bestraft, und zwar wegen Gewerbevergehens. Wenn die Streikenden in die Wohnung der Arbeitswilligen gehen, in ruhiger Weise mit ihnen sprechen und sie zum Anschluß an den Streik bestimmen wollen, dann werden sie oft wegen Hausfriedensbruch bestraft, nachdem man die Wirte, bei denen arbeitswillige Arbeiter wohnen, angehalten hat, sie sollten den Streikenden das Betreten des Hauses verbieten. Wenn es dennoch Personen gibt, die von einer Licht und Schatten gleichmäßig verteilenden Justiz gegenüber Arbeitern

und Unternehmern sprechen, so ist das ein Maß von Selbsttäuschung, das geradezu unverständlich ist. Und es besteht vorläufig keine Hoffnung, daß irgend eine Aenderung dieser Rechtsprechung eintritt bei der Art wie unsere Gerichte zusammengesetzt sind, denn auf das Gerichtsverfassungsgesetz wirkt der Einfluß von Interessen der herrschenden Klasse. Recht wird bei uns nicht gesprochen von Richtern, die das Volk aus seinen Kreisen herausgewählt hat, nicht von Richtern denen das Volk sein Vertrauen entgegen gebracht hat, sondern von Richtern, die die Regierung des Klassenstaats ernennt und die außerdem als eine Bureaukratenkaste sich vom Volk abschließen. So erleben wir, wie diese Gelehrtenrichter jede Fühlung mit dem Volke verloren haben. Die sozialdemokratische Partei hat deswegen die Aufgabe, immer wieder zu verlangen, daß die Gerichte zusammengesetzt werden aus Richtern, die das Volk selbst auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt hat. Es versteht sich für uns von selbst, daß die Wahl ohne Rücksicht auf das Geschlecht zu erfolgen hat. Ja, wir bedauern es im hohen Grade, daß in vielen Prozessen gegenüber namentlich Jugendlichen und Sittlichkeitsverbrechern nicht Frauen als Richter mitwirken, sind sie doch in vielen dieser Fälle in besonderem Maße befähigt, die Tat und den Täter richtig zu beurteilen. Bis unsere Forderung der Wahl der Richter durch das Volk durchgeführt ist, müssen wir an den Schwurgerichten festhalten, aber darauf drängen, daß mit dem herrschenden System der Ausstebung der Geschworenen aufgeräumt wird, daß insbesondere überall in Deutschland auch die Arbeiter als Geschworene zugezogen werden, haben sie doch längst bei den Gewerbegerichten den Befähigungsnachweis erbracht. Die Ueberhebung mancher gelehrten Gerichte über die Geschworenengerichte ist durchaus unbegründet. Gewiß kommen bei den Schwurgerichten Fehlsprüche vor, aber keinesfalls häufiger, als bei den Strafkammern, mit dem Unterschied freilich, daß sie bei den Schwurgerichten eher zugunsten des Angeklagten, bei den Strafkammern eher zu seinem Nachteil erfolgen. Wir verkennen nicht, daß auch die Geschworenen sich nicht von ihren Klassenvorurteilen und ihren politischen Leidenschaften frei machen können, namentlich wenn sie vom Staatsanwalt gegen den Angeklagten geradezu aufgestachelt werden. Aber ihr Vorzug besteht darin, daß sie dem Leben nicht fremd gegenüberstehen, daß sie von der handwerksmäßigen Routine frei bleiben, daß sie den Angeklagten menschlich beurteilen und nicht nur in einen Strafgesetzparagraphen einzwängen.

Genossen! Unsere Bureaukratie ist immer mehr und mehr bestrebt, ihre eigene Macht zu verstärken. Sie wissen ja selbst wie ängstlich die Richter darüber wachen, daß nicht ihre Würde irgendwie angegriffen oder verletzt wird. Dagegen werden die Rechtsgarantien der Angeklagten verkürzt. Unsere Pflicht ist es, dafür einzutreten, daß die individuelle Freiheit mehr geachtet und daß der Angeklagte mit stärkeren Rechtsgarantien versehen wird. Vor allem wenden wir uns dagegen, daß das Vorverfahren geheim geführt wird, daß der Angeklagte nicht in der Lage ist, von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis zu nehmen, daß die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in seiner Abwesenheit stattfindet. Erst wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, geht man öffentlich gegen den Angeklagten vor. Wir haben vor allen Dingen zu verlangen, daß die Bestimmungen über die Untersuchungshaft geändert werden. Das heutige Strafprozeßrecht erlaubt, einen Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der Tat vernichten oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugenschaft zu entziehen.

Wie leicht es für das Gericht ist, solche „Tatsachen" aktenkundig zu machen, illustriert sehr deutlich der Königsberger Hochverratsprozeß. Dort wurde der Umstand, daß die Beschuldigten der sozialdemokratischen Partei, also derselben durch Solidarität ihrer politischen Ansichten fest zusammengefügten Partei an-

gehören, schon als eine solche Tatsache angesehen. In Amerika und England kennt man die Kollusionshaft nicht, und kein Mensch kann behaupten, daß dadurch dort irgendwie die Strafjustiz gelitten habe. Alle namhaften Vertreter der deutschen und österreichischen Rechtswissenschaft haben sich gegen die Kollusionshaft ausgesprochen und sie als ein Ueberbleibsel alter Barbarei bezeichnet. Sie steht im Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des modernen Strafprozesses, der eine Verpflichtung des Angeklagten, zu seiner Ueberführung beizutragen, nicht kennt. Die Kollusionshaft verführt geradezu den Untersuchungsrichter, einen Geständniszwang gegen den Angeklagten zu versuchen. Wer von Ihnen im Gefängnis in Kollussionshaft gewesen ist, weiß, wie von Zeit zu Zeit der Staatsanwalt oder der Untersuchungsrichter erklärt: „Ja, wollen Sie jetzt nicht gestehen? Wenn Sie gestehen, dann wird sofort die Haft aufgehoben." Daß die Gefahr besteht, daß der Angeklagte, durch die Qual der Untersuchungshaft mürbe gemacht, erklärt: „Jawohl, ich gestehe!" liegt klar auf der Hand. Im Königsberger Hochverratsprozeß verlangte man von den Angeklagten, sie sollten gestehen, daß eine geheime Verbindung zur Verbreitung hochverräterischer Schriften nach Rußland bestehe. Das konnten sie unmöglich gestehen, denn ihnen war nur bekannt, was der ganzen Welt und insbesondere der preußischen und der deutschen Regierung bekannt war. Und weil sie das nicht gestanden, saßen sie monatelang in Haft. Von der Kollusionshaft gilt, was von jeder Untersuchungshaft gilt: sie ist quälender wie die Strafhaft. Bei dieser weiß der Gefangene, wann seine Leidenszeit abläuft, er rechnet mit diesem Tage, seine Zuversicht stärkt sich, je näher der Termin heranrückt. In der Untersuchungshaft dagegen weiß er nicht, wann sie ihr Ende nimmt, er wird mürbe gemacht, und deswegen ist sie mit Recht als Tortur bezeichnet worden. Wir müssen uns aber auch wenden gegen die Ausdehnung, die die Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts genommen hat. Sowie ein Mensch in dringenden Verdacht gerät — und dringend ist jeder Verdacht — ein sogenanntes Verbrechen verübt zu haben, wird er regelmäßig in Untersuchungshaft genommen. Die Begründung ist sehr einfach; sie beschränkt sich auf die schablonenhafte Bemerkung: Da ein Verbrechen vorliegt, ist der Angeklagte fluchtverdächtig. Mit dieser Schablone wird tagaus, tagein im Deutschen Reiche das Glück vieler Menschen vernichtet. (Sehr wahr). Die Untersuchungshaft wird bei uns oft ausgesprochen gegen Kinder von 14 Jahren, die etwa verlockt durch das Naschwerk, das sie bei Kindern wohlhabender Leute sehen, einen Automaten erbrechen, um aus ihm einige Groschen zu nehmen. Das ist ein Verbrechen, und sie können wegen Fluchtverdachts ins Gefängnis geworfen werden. Auf der deutschen Tagung der internationalen kriminalistischen Vereinigung, die in Deutschland vor einigen Wochen stattfand, hat ein Rechtsanwalt beantragt, daß eine Statistik aufgenommen werden solle über die Zahl der Fälle, in welchen Untersuchungshaft bei uns in Deutschland verhängt wird.

Wir haben eine solche Statistik nicht, aber ich kann aus meiner Erfahrung bestätigen, was dort der Antragsteller sagte, daß man erst aus einer solchen Statistik ersehen würde, in einer wie großen Zahl von Fällen diese Haft verhängt wird über Personen, die nachher freigesprochen werden. Der Hinweis darauf, daß das Rechtsgefühl verletzt werden könnte, wenn ein Verbrecher die Flucht ergriffe, kann für uns nicht maßgebend sein. Wenn es in Deutschland keine stärkere Verletzung des Rechtsgefühls gäbe, als diese, dann könnten wir wirklich froh sein. (Sehr wahr.) Dazu kommt, daß die moderne Schule davon ausgeht, daß die Richter nicht etwa gleichsam als Stellvertreter Gottes auf dem Richterstuhl Vergeltung zu üben hätten, daß die Strafe vielmehr die Anpassung des Verbrechers an die Gesellschaft durch Warnung und Besserung oder seine Unschädlichmachung durch Internierung in der Gesellschaft oder Ausstoßung aus ihr bezwecke. Nun, wenn es ein Zweck der Strafe ist, den Verbrecher aus der

Gemeinschaft auszustoßen, was ist es dann für ein großes Unglück, wenn er selbst aus der Gemeinschaft hinausgeht? Wir gehen natürlich nicht so weit, zu fordern, daß jede Untersuchungshaft aufgehoben werde, denn es ist allerdings notwendig, daß man sich der Subjekte, welche brutale Instinkte haben und dadurch zu einer schweren Gefahr für die Gesellschaft geworden sind, versichert. Das ist um so wichtiger, weil, wenn es gar keine Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts gäbe, die Reichen und Wohlhabenden sich vor dem Termin drücken könnten, während die Armen, die nicht die Mittel haben, das Land zu verlassen, bestraft würden. Aber das Gesetz soll dem Richter nicht die Möglichkeit geben, schablonenhaft und nach diskretionärem Ermessen zu handeln, sondern es soll diejenigen Verbrechen, welche als schwer, als gemeingefährlich angesehen werden, genau bezeichnen und nur in diesen Fällen, wenn der Fluchtverdacht gerechtfertigt ist, die Untersuchungshaft zulassen. Heute findet das Gericht immer einen Grund für die Untersuchungshaft. Hat der Angeklagte Geld, dann heißt es: „Weil der Angeklagte Mittel besitzt, besteht die Gefahr, daß er flieht." Hat er kein Geld, so heißt es: „Weil er arm ist, so fesselt ihn nichts an die Scholle, er verliert nichts, wenn er nach dem Auslande geht." Und wenn diese Gründe nicht beliebt werden, so wird mit der Formel operiert: „Mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe ist der Angeklagte fluchtverdächtig und deshalb in Untersuchungshaft zu bringen." In dieser Beziehung erlebten wir vor kurzem einen charakteristischen Fall. Unser Königsberger Partei-Blatt hatte genau so wie die anderen Zeitungen aller Parteien einen korrekten, objektiven Bericht über die öffentliche Gerichtssitzung der Strafkammer in Breslau gebracht, in der unser Genosse Loebe zu der horrenden Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Der Bericht stimmt zum Beispiel wörtlich mit demjenigen der „Frankfurter Zeitung" überein. Der Staatsanwalt in Königsberg — und zwar er allein in Deutschland — entdeckte nun, daß die Wiedergabe der Gerichtsverhandlung auch ohne jeden kritischen Kommentar den Tatbestand der Aufreizung zum Klassenhaß enthalte. Ueber diese gewaltsame Konstruktion verliere ich kein Wort. Aber was geschah weiter? Der Redakteur wurde auf der Redaktion plötzlich verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt, weil bei der Art der Straftat eine hohe Strafe zu erwarten sei. — Diese hohe Strafe bestand in 200 Mk.! (Hört, hört!) Der Redakteur wäre monatelang in Untersuchungshaft geblieben, wenn es nicht mit Ueberwindung großer Schwierigkeiten gelungen wäre, seine Entlassung durch Hinterlegung von 6000 Mk. zu bewirken. Hier müssen unbedingt schärfere Rechtsgarantien gegeben werden. Mir liegt nun daran, heute vor diesem Parteitag besonders einen Fall genau vorzutragen und damit der Oeffentlichkeit zu übergeben, der am allerschärfsten die Art unserer Klassenjustiz und die von mir eben gerügten Mißstände beleuchtet. Es war vor zwei Jahren, als bei einem Maurerstreik in Marienburg zwei Maurer, Dombrowski und Lange, angezeigt wurden, weil sie einem vorübergehenden Arbeitswilligen, namens Schloßmann, zugerufen haben sollten: „Warte nur, wir werden die Lümmels schon kriegen!" Das genügte, daß der Amtsrichter Haftbefehl gegen beide erließ, und zwar mit der Begründung, daß sie dringend verdächtig seien, den Schloßmann durch Drohung zu bestimmen versucht zu haben, einer Verabredung zwecks Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutreten, und daß sie bei der hohen zu erwartenden Strafe fluchtverdächtig seien. Die höchste Strafe aus § 153 G.-O. ist bekanntlich drei Monate Gefängnis. Und dieses Strafmaß soll Fluchtverdacht rechtfertigen! Als die Beschuldigten gegen den Haftbefehl Beschwerde einlegten, schrieb nun — und das bitte ich zu beachten — der Richter in die Akten hinein, bevor er die Beschwerdeschrift abgab: „Dombrowski ist der Leiter des Ausstandes. Sein Name ist bei den Exzessen, die hier verübt worden sind, häufig genannt worden. Die Verhaftung mehrerer Maurer hat schon mehrere fremde Maurer, die

augenscheinlich hierher zur Aufwiegelung gekommen waren, zur Abreise veranlaßt, hat also sehr zum guten gewirkt. Wenn Dombrowski entlassen wird, ist zu befürchten, daß er sich verborgen halten wird, da er doch nicht arbeitet und von den hiesigen Arbeitgebern als Leiter der Streikbewegung auch wohl kaum beschäftigt werden dürfte." Parteigenossen, der wahre Grund und Zweck der Verhaftung war damit offen gelegt. (Sehr richtig!) Es handelte sich also nicht um Fluchtverdacht, sondern darum, den Streikleiter unschädlich zu machen. (Sehr wahr!) Der Richter rühmt sich sogar — ein seltener Fall, daß das in den Akten festgelegt ist — daß er durch seine Verhaftungen bereits mehrere fremde, mit den Streikenden sympathisierende Arbeiter zur Abreise bestimmt hat, und er ist stolz auf das gute Werk, das er damit vollbracht zu haben wähnt. (Hört! hört!) Es war also die Verhaftung geradezu als Einschüchterungsmittel gegen die Streikenden bestimmt.

Und welche Tiefe der Logik bekundet das Gericht, wenn es annimmt, daß der Streikleiter sich verborgen halten wird, weil er doch nicht arbeitet. Wie mag sich ungefähr das Gericht die Funktion eines Streikleiters, der sich im Verborgenen hält, vorstellen? Der Staatssekretär im Reichsjustizamt wird gegenüber diesen und ähnlichen Fällen zu dem bekannten Beruhigungsmittel greifen, es handle sich um einen einzelnen Richter, der einmal einen Mißgriff begangen habe. Aber Parteigenossen, eine solche Entschuldigung wird durch folgende Tatsachen ad absurdum geführt: Auch der Staatsanwalt bei dem übergeordneten Landgericht schloß sich der Auffassung des Amtsrichters an, und die Strafkammer bestätigte den Haftbefehl. (Hört, hört!) Die Staatsanwaltschaft, die ja sonst — namentlich gegen Preßsünder — so schnell arbeitet, kam hier mit dieser so einfachen Sache gar nicht von der Stelle. Am 9. Juli beantragte der Staatsanwalt Haftfristverlängerung um eine Woche, dann wieder um eine neue Woche, dann noch um zwei Wochen. Endlich hatten die Beschuldigten einen Verteidiger in der Nachbarstadt gefunden, der dann weitere Beschwerde gegen den Haftbefehl einlegte. Der Oberstaatsanwalt beantragte aber Aufrechterhaltung des Haftbefehls, indem auch er sich auf den Standpunkt des Amtsgerichts stellte, und erst am 27. Juli wurde der Haftbefehl durch Beschluß des Oberlandesgerichts Marienwerder aufgehoben, welches erklärte, es sei nicht zu erwarten, daß gegen den bisher unbestraften Dombrowski auf die Höchststrafe von 8 Monaten Gefängnis erkannt werden würde; die Höhe der Strafe könne die Annahme nicht rechtfertigen, daß der Angeklagte sich der Strafe durch die Flucht entziehen würde. Zu dieser Annahme liege um so weniger Veranlassung vor, als er der Vater eines kleinen Kindes sei; nichts spreche dafür, daß er seine Familie im Stich lassen werde. Derartige Erwägungen, so heißt es in diesem Beschluß, wie sie anscheinend für das Amtsgericht für die Verhaftung des Beschuldigten bestimmend seien, wären nach der Strafprozeßordnung als eine gesetzlich zulässige Rechtfertigung der Untersuchungshaft nicht anzuerkennen. (Hört, hört!) Um welche Bagatelle es sich in der Tat handelte, geht daraus hervor, daß von demselben Amtsgericht der eine Angeklagte freigesprochen werden mußte, und der zweite auf Grund eines höchst bedenklichen Urteils eine Woche Gefängnis erhielt. Damit ist aber dieser an charakteristischen Momenten so reiche Fall noch keineswegs erschöpft. Der Verteidiger des Angeklagten lehnte in der Hauptverhandlung den Amtsrichter wegen Befangenheit ab, indem er auf die erwähnten Vorgänge hinwies, und weil ihm zu Ohren gekommen war, daß der Richter sich zu dem Landrat begeben hatte und zu diesem gesagt hatte: „Schicken Sie mir recht viele streikende Maurer, wir werden dann schon das weitere veranlassen." (Hört hört!) Sie werden es für unglaublich halten, daß ein Richter von seiner sella curulis herunterſteigt und zu dem Polizeibeamten mit einer solchen Aufforderung geht. Der Richter hat sich aber darüber selbst geäußert mit folgenden Worten: er gäbe zu,

„daß er zu dem Landrat gegangen sei und daß er gebeten habe, die Polizeiverwaltung zu veranlassen, energisch gegen die Exzedenten vorzugehen und Leute, welche strafbare Handlungen begangen, hierher einzuliefern." (Hört, hört!) Weiß denn der Richter nicht, daß nicht jeder Exzedent in Untersuchungshaft gebracht werden darf, sondern daß der dringende Verdacht eines Verbrechens oder Vergehens vorliegen und der „Exzedent" außerdem der Flucht verdächtig sein muß? Auch hier handelt es sich wieder nicht um die Auffassung eines vereinzelten Richters, sondern der Staatsanwalt erklärte, daß der Richter zu einem solchen Schritt nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei. Wir haben uns gewiß alle längst das Erstaunen gegenüber der Justiz abgewöhnt. Aber Sie werden dennoch glauben, daß ein Richter, wie der vorher durch seine eigene Erklärungen charakterisierte, wenigstens so viel Selbsterkenntnis besitzen werde, um sich für befangen zu halten. Aber weit gefehlt! Der Richter erklärte sich für nicht befangen, und das Landgericht bestätigte ihm, daß er nicht befangen sei, wenn es auch seine Handlung gegenüber dem Landrat als „ungewöhnlich" bezeichnete und damit einen „milden Ausdruck der Mißbilligung" zum Ausdruck bringen wollte. Dies alles ist gar nicht zu verstehen, wenn man sich nicht von vornherein klar macht, wie die Richter gar nicht imstande sind, leidenschaftslos und völlig unbefangen, losgelöst von ihrer Erziehung, von den Anschauungen ihrer Klasse, zu urteilen.

In einem zweiten Falle, der juristisch noch viel schlimmer ist, wurde ein Maurer, der lediglich auf den Trottoir stehen geblieben, also eine Polizei-Uebertretung verübt haben sollte, in Untersuchungshaft genommen, mit der Begründung „daß er in den Streik eingetreten sei — das ist das wahre Verbrechen — und auch einer von den Maurern sei, welche andere von der Arbeit zurückhielten". Da bei einer bloßen Uebertretung nach § 118 der Straf-Prozeß-Ordnung die Untersuchungshaft nur gegen Landstreicher, Heimatlose oder unter Polizeiaufsicht stehende Personen verhängt werden darf, so wurde der beschuldigte Maurer, obwohl er verheiratet war, Kinder hatte, einen festen Wohnsitz hatte und in Arbeit stand, flugs zu einem domizillosen gestempelt und er wurde wegen angeblichen Stehenbleibens auf dem Trottoir 23 Tage in Haft behalten! (Hört, hört!)

Diese Beispiele, die ich allein aus meiner Praxis um hunderte vermehren kann, schreien zum Himmel. (Sehr richtig!) Wir müssen zur Sicherstellung der Staatsbürger — und auch der Arbeiter ist ein Staatsbürger — verlangen, daß ihnen sofort, wenn sie verhaftet werden, ein Verteidiger gestellt wird. Der Verteidiger darf nicht, wie es heute vielfach aus fiskalischen Gründen oder aus Mißachtung der Verteidigung geschieht, aus der Zahl der unerfahrenen Referendare genommen werden, die noch nicht ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wenn der Staat einen bloß Verdächtigen plötzlich aus seinem Beruf reißt, von seiner Familie trennt, hinter Kerkermauern verschließt, oft dadurch physisch und psychisch bricht und dem Ankläger gegenüber kampfesunfähig macht: so versteht es sich von selbst, daß er ihm wenigstens einen des Rechts kundigen Verteidiger zur Seite stellen muß, der das Entlastungsmaterial zur Stelle schaffen kann. Und der Verhaftete darf mit Recht beanspruchen, daß nicht ein geheimes, schriftliches Verfahren, sondern in schleuniger, kontradiktorischer Verhandlung der Grund der Verhaftung nachgeprüft wird. Wir müssen auch dagegen protestieren, daß über den Zweck der Haft hinaus unter bequemer Berufung auf die „Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnisse" die Bewegungsfreiheit des Verhafteten eingeschnürt wird. Wir fordern insbesondere, daß ihm unbeschränkter Verkehr mit dem Verteidiger und unbeschränkter brieflicher Verkehr mit der Außenwelt gestattet werde. Das Gesetz über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vom 24. Juli 1904 ist nur ein Scheingesetz. Wenn der Staat im Interesse der Strafrechtspflege die individuelle

Freiheit eines Staatsbürgers, gegen den nur ein Verdacht einer strafbaren Handlung besteht, vernichtet, so muß er ohne alle Verklausulierung verpflichtet werden, den Verhafteten, dessen Festnahme sich als ungerechtfertigt herausstellt, sowie denjenigen, der außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen wird, zu entschädigen. Wird diese Forderung verwirklicht und werden die Beamten für ihr Verschulden bei der Strafrechtspflege unter Mithaftung des Staats haftbar gemacht, so wird es kaum noch vorkommen, daß Angeklagte 15 Monate in Untersuchungshaft gehalten werden, die freigesprochen oder mit geringen Geldstrafen belegt wurden. Parteigenossen! Nach unseren Erfahrungen können wir die Staatsanwaltschaft nicht als die „objektivste Behörde" bezeichnen. Wir haben oft beobachtet, daß unsere Justiz langsam arbeitet oder versagt, wenn es sich um die Verfolgung von strafbaren Taten in höheren Sphären handelt, daß sie insbesondere Unternehmer frei von Schuld und Fehle erachtet, wo sie gegen Arbeiter einschreitet. Wir müssen deshalb das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft ablehnen.

Auf die übrigen strafprozessualen Forderungen, welche ich in den Thesen aufgestellt habe, kann ich bei der vorgerückten Zeit nicht mehr eingehen. Wir wollen die Freiheit des Angeklagten schützen gegenüber der übermäßigen Strafgewalt des Staates.

Ich will mich nun noch kurz der Frage zuwenden, wie wir uns gegenüber der wachsenden Zunahme der gerichtlichen Verurteilungen auf allen Gebieten zu verhalten haben. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich sind im Jahre 1904 innerhalb des Deutschen Reiches 516 976 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze rechtskräftig verurteilt worden. Unter diesen befanden sich 50 028, also fast 10 Proz. die bei Begehung der strafbaren Tat noch nicht 18 Jahre alt waren. 225 326, d. h. annähernd die Hälfte aller Verurteilten waren bereits vorbestraft. Zu diesen Verurteilten tritt die noch weit größere Zahl derjenigen Personen, welche auf Grund von Landesgesetzen zum Beispiel des Vereinsgesetzes oder auf Grund von Uebertretungen, so wegen Bettelns, Landstreichens, groben Unfugs oder wegen Polizeiübertretungen bestraft worden sind. Diese Zahlen liefern ein erschreckendes Bild der „Kriminalität". Sie umschließen eine unsagbare Fülle von Leiden und Elend. Und die Verurteilungen treten alljährlich mit einer in die Augen springenden Regelmäßigkeit ein. Die Zahl der verurteilten Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze hat vom Jahre 1899 bis 1904 mit unerheblichen Schwankungen sich von 477 807 auf 516 976 gesteigert. Zu diesem Heer des Verbrechertums liefert die nicht herrschende unbemittelte Klasse den größten Teil. Und schon aus diesem Grunde muß die sozialdemokratische Partei sich eindringlich mit diesem Problem beschäftigen. Von allen Kriminalpolitikern wird anerkannt, daß gegenüber den Verbrechen unser geltendes Strafrecht machtlos ist. Aber die Vertreter der modernen kriminalsoziologischen Schule nehmen an, daß durch ein neues, ihren Anschauungen Rechnung tragendes Strafrecht das Verbrechertum wirksam bekämpft werden könne. Diese Annahme ist eine durchaus trügerische. Das Verbrechertum hat, wie gerade diese Schule anerkennt, seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Als soziale Erscheinung kann es nicht losgelöst von den anderen sozialen Fragen betrachtet werden. In seiner heutigen Gestalt und Zusammensetzung ist es eng verwachsen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und schöpft aus ihr immer neue Nahrung. Von den im Jahre 1904 verurteilten Personen waren 121 310 allein wegen Diebstahls und Unterschlagung verurteilt worden, 25 788 wegen Betruges, 7440 wegen Hehlerei, ferner 125 741 wegen Körperverletzung. Der Zusammenhang des Verbrechertums mit den sozialen Zuständen tritt in diesen Zahlen deutlich in die Erscheinung. Daß die Kriminalität von der wirtschaftlichen Lage eines Volkes abhängt, ist längst bekannt und wird heutzutage von keiner Seite bestritten.

Man hat einen Parallelismus zwischen der Höhe der Getreidepreise und der Zahl der Verbrechen nachzuweisen gesucht. Man hat darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren sich nicht auf eine, sondern auf mehrere Generationen bezieht. Professor Liszt hat in seinem Vortrage: „Die Zukunft des Strafrechts" ausgeführt: „Das Elend, das den Vater und die Mutter gebeugt und gebrochen hat, das den Vater dem Alkoholismus und die Mutter der Prostitution in die Arme getrieben hat, äußert sich in der geschwächten Lebenskraft des Kindes, das seinerseits wieder in denselben ungünstigen Verhältnissen aufwächst und der gesteigerten Einwirkung der gesellschaftlichen Faktoren unterliegt." Ausdrücklich bezeichnete er in diesem Vortrage die wirtschaftliche Depression als den Faktor, der die Zahl der Verbrechen überhaupt, der Diebstähle insbesondere erhöht. Und aus ihr erklärte er es, daß die Diebstahlsziffer, die bis zum Jahre 1888 abnahm, seitdem in lebhaftem Steigen begriffen war. Aber diese Erklärung konnte nicht ausreichen, da auch in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs eine Zunahme der Verbrechen erfolgte und so bezeichnete er in seinem Vortrage, den er 1899 zu Dresden über das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung hielt, bereits die Gesamtlage der arbeitenden Klassen, ihrer Lage, nicht nur in finanzieller, sondern auch in körperlicher, geistiger, sittlicher und politischer Beziehung als den entscheidenden Faktor für die Entwickelung der Kriminalität. Wenn man bis zu dieser Erkenntnis vorgedrungen ist und in der Gesamtlage der arbeitenden Klassen einen wesentlichen Faktor erblickt für die Kriminalität, so muß man auch folgerichtig dahin kommen, daß die Kriminalität bedingt ist durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Nicht — wie zuweilen angenommen wird — die wirtschaftlichen Faktoren im engen Sinn bieten eine ausreichende Erklärung für die Kriminalität, nicht die individuelle Not, sondern die ökonomische Struktur der Gesellschaft und die sich aus dieser Struktur ergebende Gliederung der ganzen Gesellschaft in Klassen, die mit dieser Gesellschaftsordnung verbundenen Erscheinungen des Massenelends, des Alkoholismus, der Prostitution, die Hereinziehung der Frauen und Kinder in den Produktionsprozeß, die Auflösung der Familie, die Unsicherheit der Existenz, insbesondere auch die dem Untergang geweihten Mittelschichten der Bevölkerung. Mit diesen Ursachen schwindet auch das Verbrechertum.

Der Einwand, daß es auch in der sozialistischen Gesellschaft Leidenschaftsverbrecher geben werde, daß auch dort — um das viel zitierte Beispiel anzuführen — ein Liebhaber aus Eifersucht einen Mord begehen werde, ist schon deshalb hinfällig, weil schon heute diese Verbrecher für die Kriminalität kaum in Betracht kommen, nur Ausnahme-Erscheinungen bilden. Unter den mehr als eine halbe Million betragenden Personen, die im Jahre 1904 im Deutschen Reiche wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt sind, sind wegen Mordes und Totschlages 278 verurteilt worden. Nur 0,05 Proz. aller Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze entfallen auf Mord und Totschlag. Aber auch die Leidenschaftsverbrecher werden unter anderen sozialen Verhältnissen nicht die Antriebe zum Verbrechen finden und bei einer sorgfältigen Erziehung eine größere Widerstandskraft gegenüber dem Verbrechen erlangen. Die Kriminalsoziologen, welche die Wurzel des Verbrechens in den sozialen Verhältnissen erblicken, werden von ihrem Standpunkt dazu getrieben, eine entschiedene Sozialpolitik zu fordern. Aber die platonische Liebe zur Sozialpolitik verhindert kein Verbrechen. Es wäre besser, wenn sie, statt ihren Fleiß und Scharfsinn nur auf die Schaffung von Paragraphen zu verwenden, ihren ganzen Einfluß und ihre ganze Kraft darauf richten, daß im Deutschen Reiche eine wirksame Sozialpolitik durchgeführt wird. Unsere Aufgabe ist es, ganz besonders in dieser Richtung tätig zu sein. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kommt das Verdienst zu, daß die Zahl der Verbrechen heute nicht noch größer ist (sehr richtig!), denn wenn die Gewerkschaften nicht die Lebenshaltung der Arbeiter heben, nicht im Falle der

Arbeitslosigkeit ihnen beistehen würden, so würde die Zahl der Verbrecher noch mehr gesteigert. Und wenn gegenüber den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich nicht bemühen würden, die Arbeiterklasse physisch, geistig, moralisch, finanziell emporzuheben, so würde das Verbrechertum noch mehr auswachsen. (Sehr richtig!)

Wir verlangen infolgedessen, daß diejenigen, die ernstlich eine Minderung der Kriminalität herbeiführen wollen, eintreten für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages, damit die physische Kraft der Arbeiter nicht untergraben wird, damit sie Zeit gewinnen für ein geregeltes Familienleben, für ihre geistige Ausbildung, für die Teilnahme an den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Damit werden die Ursachen vieler Verbrechen beseitigt. Wir verlangen vor allem, daß alle Fesseln, welche den Arbeiter an der freien Ausübung seines Koalitionsrechts und an der Hebung seiner Lebenslage verhindern, beseitigt werden. Wir verlangen eine Verbilligung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen, weil eine große Zahl der Sittlichkeits-Verbrechen mit dem heutigen Wohnungselend zusammenhängen. (Sehr wahr!) Wir verlangen eine Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, also eine Beseitigung der heutigen Zollpolitik. Wer diese Zollpolitik betreibt, fördert das Verbrechen. (Sehr wahr!) Wir verlangen, daß an Stelle der verkrüppelten Schulen, wie sie durch die Studtsche Schulpolitik gefördert werden, Verweltlichung der Volksschulen und eine derartige Ausgestaltung, daß sie geeignet sind, auf Gemüt und Verstand der Schüler veredelnd einzuwirken. Wenn es Personen gibt, die man verantwortlich machen kann für die gegenwärtige Zunahme der Verbrechen, so sind es diejenigen Politiker, welche die Sozialpolitik hemmen, welche das Schulgesetz geschaffen haben und die Zollpolitik betreiben. (Sehr richtig!)

Wir vergessen nicht, daß es die Gesellschaft ist, die den Armen schuldig werden läßt. Wir wollen nicht, daß er der Pein überliefert werde.

Wir sind Gegner der Todesstrafe. Wir lehnen es ab, daß für einzelne strafbare Handlungen Mindeststrafmaße festgesetzt werden, wie eine Woche Gefängnis bei gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch, drei Monate Gefängnis bei Rückfalldiebstahl, unter die der Richter nicht gehen darf. Tagaus, tagein führen die Mindeststrafmaße zu den größten Härten.

Die vielen kleinen Freiheitsstrafen, auf die heutzutage bei geringfügigen Vergehen oft erkannt werden muß, müssen durch Geldstrafen ersetzt werden. Gar mancher ist erst bei Verbüßung einer solchen Freiheitsstrafe durch die schlechte Gesellschaft im Gefängnis auf die Bahn des Lasters geführt worden. Gar mancher hat durch die Gefängnisstrafe seine Arbeit verloren und über seine Familie große Not gebracht. Die Geldstrafe darf nicht im Falle des Unvermögens des Verurteilten in Freiheitsstrafe umgewandelt werden; sie muß nach der Höhe des Einkommens bemessen werden, darf jedoch bei bloßen Uebertretungen eine geringfügige Höhe nicht überschreiten.

Die Gesetzesverletzer, die die Gesellschaft infolge ihrer Struktur mit Notwendigkeit immer wieder erzeugen muß, müssen milde beurteilt werden. Obdachlose, Bettler, Landstreicher zu bestrafen ist ebenso roh wie unnütz. Die Schilderungen Gorkis und Ostwalds über diese Opfer unserer Gesellschaft sollten von der herrschenden Klasse beherzigt werden. Die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde muß abgeschafft werden, da das Arbeitshaus dem Zuchthaus gleichkommt. Die Stellung unter Polizeiaufsicht ist zu verwerfen, weil sie meistens nur dahin führt, den Verurteilten nach Verbüßung der Strafe an ehrlichem Erwerb zu hindern.

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen die harte Bestrafung der Eigentumsvergehen. Wir können es kaum verstehen, daß ein Mann, der eine Wurst stiehlt, zu ein Jahr Gefängnis verurteilt wird, daß Frauen, die kleine Kohlen-

stücke auflesen, im Falle des wiederholten Rückfalls mit drei Monaten, ja sechs Monaten Gefängnis und darüber bestraft werden. Wer in bitterer Not zur Erhaltung seines oder seiner Angehörigen Leben dazu getrieben wird, sich an fremdem Gut zu vergreifen, muß straflos bleiben.

Wird ein neues Strafgesetzbuch geschaffen, so sollen auch diejenigen Güter, welche für die Arbeiterklasse von Wert sind, strafrechtlich geschützt werden, so vor allem die Arbeitskraft gegen Ausbeutung. Im Jahre 1904 sind in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben 137 673 Arbeiter verletzt, 8752 getötet worden. Wo sind in der herrschenden Klasse die Kriminalisten, welche strenge Strafen für diejenigen fordern, welche durch mangelnde Schutzvorrichtungen die Körperverletzung und die Tötung dieser vielen tausend Arbeiter verschuldet haben!

Ueber unseren Strafvollzug zu sprechen, würde allein einen mehrstündigen Vortrag fordern. Ein großer Teil von Ihnen ist ja auf diesem Gebiete in hohem Maße sachverständig. (Sehr richtig!) Bei uns hat die Strafvollstreckung in keiner Weise dazu beigetragen, Verbrechen zu verhindern. Alle Kenner unserer Gefängnisse und Zuchthäuser stimmen darin überein. Vor kurzem hat sogar der Minister des Innern in Preußen in einem Erlaß erklären müssen, daß man sorgfältig prüfen solle, ob jugendliche Personen Einsicht in die Strafbarkeit haben und daß, wenn sich Zweifel darüber ergeben, man sie nicht mit Strafe belegen soll, weil sie durch die Haft „einer schweren moralischen Gefährdung ausgesetzt würden". Wie die Jugend des arbeitenden Volkes heutzutage vor Gericht behandelt wird, das erfüllt uns alle, die wir es kennen, mit tiefstem Schmerz. Jeder von uns weiß, daß entweder er selbst oder viele seiner Bekannten, die heutzutage in den angesehensten Stellungen sich befinden, als junge Burschen etwas getan haben, was nach unserer Strafgesetzgebung eine strafbare Handlung ist. Die sittlichen Vorstellungen sind sehr oft noch nicht mit 14 Jahren zur Reife gelangt. Der Charakter kann regelmäßig in diesem Alter noch nicht genügend gestählt sein, um den Versuchungen zu widerstehen.

Die Kinder reicher Leute werden, wenn sie gegen das Strafgesetz verstoßen, auf Betreiben der Eltern ärztlich untersucht, und es kann — mit Recht — meistens dargetan werden, daß sie nicht die „Einsicht in die Strafbarkeit" ihres Tuns gehabt haben. Aber bei den Arbeiterkindern werden diese Umstände nicht gemacht. Wir fordern, daß die Strafbarkeit erst mit dem Abschluß einer gewissen körperlichen, geistigen und sittlichen Entwickelung, nicht vor dem 16. Lebensjahr eintritt. Unsere Gerichte sehen nicht auf die Motive der Tat, sie fragen nicht danach, welches die individuellen Faktoren gewesen sind, welche die Tat bestimmt, ob krankhafte Veranlagung oder geistige Minderwertigkeit vorhanden ist. Unsere Forderungen müssen dahin gehen, daß die Personen, welche zum erstenmal in das Gefängnis kommen — das wird nicht nur von uns Sozialdemokraten, sondern auch von einsichtigen bürgerlichen Kreisen verlangt — nicht mit erfahrenen Verbrechern zusammengebracht werden dürfen, werden doch die Gefängnisse von allen Kennern als die Pflanzstätten des Lasters bezeichnet. Namentlich die jugendlichen Personen werden erst dadurch, daß sie mit Verbrechern zusammenkommen, oft selber zu Verbrechern gemacht. Wir verlangen deshalb, daß die jungen Personen abgetrennt werden von erwachsenen Verbrechern. Alle Gefangenen müssen so behandelt werden, daß sie wieder taugliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Sie dürfen nicht gequält und mit brutalen Körperstrafen diszipliniert werden, sondern man muß versuchen, ihnen eine körperliche, geistige und sittliche, von allen muckerischen Bestrebungen freie Ausbildung zu geben, damit sie besser ausgerüstet werden für den Kampf ums Dasein. Man soll ihnen eine Arbeit geben, durch die sie wieder in die Höhe kommen. Die Arbeit soll nicht darin bestehen, Erbsen zu lesen und Werg zu zupfen; die Arbeiten sollen so sein, daß sich womöglich jeder in seinem Beruf weiter entwickeln kann. Es muß die Brutalität aufhören, daß Personen, welche vorher lediglich geistige

Arbeit geleistet hatten, im Gefängnis mit geisttötenden körperlichen Arbeiten gequält werden. Gerade die sozialdemokratischen Redakteure hat man vielfach in dieser Weise behandelt. Einer unserer gestrigen Referenten hat monatelang trotz seiner Vorbildung als Lehrer Erbsen lesen müssen. Der Staat muß den Personen, die er aus den Strafanstalten entläßt, seine Fürsorge zuwenden. Wenn die Personen wieder aus dem Gefängnis hinaus ins Leben treten und keine Arbeit finden, dann müssen sie notwendigerweise wieder auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden.

Das sind in gedrängter Kürze ungefähr die Richtlinien für uns bei den Bestrebungen für neue Strafgesetze. Weniger Strafbestimmungen und mehr Sozialpolitik! Das ist in erster Linie unsere Losung.

Glaubt die herrschende Klasse durch Vermehrung und Verschärfung der Strafbestimmungen unserer Bewegung Einhalt tun zu können, so irrt sie. Mögen die Strafbestimmungen noch vermehrt werden, mag man die Rechtsprechung noch ärger gegen die Arbeiter anwenden, die Wirkung ist eine ganz andere als die beabsichtigte. Alle, die wegen ihrer Ueberzeugung in die Gefängnisse gebracht werden, vermehren die Stimmen des organisierten Proletariats und führen zu einer Stärkung unseres Emanzipationskampfes. Durch die Verurteilung unserer Kämpfer wird nur noch mehr Groll und Erbitterung gegen die herrschende Gesellschaftsordnung erzeugt.

Die Herrschenden sollten sich gesagt sein lassen, was der bereits erwähnte ehemalige Reichsgerichtsrat Mittelstädt ausgeführt hat: „Welche Befangenheit polizeilicher Weltanschauungen muß die Köpfe beherrschen, die des guten Glaubens sind, mit Hülfe des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs mit einer Uebertretungsstrafe die Sozialdemokratie wirklich in die Enge treiben zu können. Was mit all den kleinlichen Plackereien dieser aus dem Unfugsparagraphen geschöpften Haft- und Geldstrafen erzielt wird, sind lediglich fortgesetzte Aufreizungen des Rechtsgefühls durch kleinliche Nadelstiche. Jedermann muß sich schließlich sagen, daß das, was heute der Sozialdemokratie geschieht, morgen jeder anderen politischen, wirtschaftlichen oder kirchlichen Parteibildung widerfahren kann. Im übrigen könnte man von dieser gesamten Unfugsjurisprudenz sagen, nicht, daß sie mit Kanonenkugeln gegen Spatzen schieße, sondern, daß sie mit kümmerlichen von einer schwächlichen Juristenlogik zusammengedrehten Papierkügelchen eine elementare Volksbewegung zu erschüttern sich bemühe." Genossen! Kein Strafgesetzparagraph wird die elementare Volksbewegung der deutschen Arbeiter irgendwie in ihrem Laufe aufzuhalten vermögen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag, das Referat des Genossen Haase als Broschüre drucken und veröffentlichen zu lassen und zur Massenverbreitung zu bringen, wird einstimmig angenommen.

Weiter ist ein Geschäftsordnungsantrag eingelaufen vom Genossen Jasper:

„Der Parteitag überweist die Resolution Haase nebst Amendements dem Parteivorstand als Material mit dem Auftrag, nach Beratung durch eine Kommission einem späteren Parteitag Bericht zu erstatten."

Dr. Jasper (zur Begründung): Wir sind einverstanden, daß bei der gegenwärtigen Geschäftslage eine gründliche Erörterung des Referates nicht möglich ist. Ohne eine solche Erörterung ist es unmöglich, über die Thesen abzustimmen, die uns der Referent vorgelegt hat. Es würde den Ueberlieferungen unserer Partei widersprechen und auch unzweckmäßig sein, weil uns die Thesen erst gestern nachmittag zugegangen sind. Wir können die Thesen auch nicht etwa mit Vorbehalt annehmen, weil uns manche nicht zusagen und einzelne wohl unrichtig sind. In den Thesen ist manches nicht erwähnt, woran die Arbeiter ein großes Interesse haben. Des weiteren sind manche Thesen schief oder unrichtig gestellt. Andererseits scheinen mir aber auch die Ausführungen

des Referenten nicht dazu angetan, daß wir sie ohne weiteres ablehnen, weil Sie eben durch die Zustimmung zur Veröffentlichung des Referats gezeigt haben, daß Sie seine Bedeutung erkennen. Ich möchte daher vorschlagen, daß das Referat nebst Resolution und Amendement dem Parteivorstande als Material überwiesen wird, der die Sache gründlich durch eine Kommission vorberaten läßt, in der ich nicht nur Juristen, sondern auch Redakteure, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsführer usw. sehen möchte, und daß einem späteren Parteitage darüber Bericht erstattet wird, mit einer nunmehr grundlegenden Thesensammlung. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender Singer: Ich verkenne durchaus nicht, daß die Begründung des Geschäftsordnungsantrages manches für sich hat. Wenn wir nicht in einer besonderen Lage wären, würde ich gegen den Antrag kaum etwas einzuwenden haben. — So liegt aber die Situation nicht. Daß der Parteitag mit den Thesen des Referenten einverstanden sein muß, ergibt sich aus dem Umstande, daß das Referat, welches diese Thesen begründet hat, mit großem Beifall entgegengenommen worden ist. Wenn ich auch nicht bestreiten will, daß man vielleicht im einzelnen irgend eine Einwendung machen kann, so haben Sie doch durch die Aufmerksamkeit, mit der Sie dem Referat gefolgt sind, und durch Ihren Beifall bewiesen, daß der Referent nach Ihrer Ueberzeugung einen richtigen Standpunkt eingenommen hat. (Sehr richtig!) Nun komme ich zu dem Antrag selbst. Wenn wir Zeit hätten, die von den Antragstellern vorgeschlagene umfangreiche Prozedur vorzunehmen, so würde ich nichts dagegen haben. Aber die Reform des Strafrechts steht jetzt im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung. Die Kommission, die eingesetzt worden ist, hat getagt und ihre Beschlüsse gefaßt, und es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich der Reichstag in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der Sache beschäftigen wird. Wenn wir nun den Parteivorstand beauftragen wollten, auf einem späteren Parteitage entsprechende Thesen oder Resolutionen diskutieren und beschließen zu lassen, dann können wir mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß wir mit unserer Auffassung gerade dann eintreffen, wenn die Angelegenheit bereits in der öffentlichen Meinung, oder gar gesetzgeberisch festgelegt ist. (Sehr richtig!) Der nächste Parteitag ist sehr belastet. Wir werden daher kaum imstande sein, diese Angelegenheit auf demselben zu erledigen. Aber in einer Zeit, wo die ganze öffentliche Meinung nach einer Reform des Strafrechtes, des Strafprozesses und der Strafvollstreckung drängt, halte ich es für unbedingt notwendig, daß die sozialdemokratische Partei, die von seiten der bürgerlichen Gesellschaft zum Objekt dieses Strafprozesses und -Vollzuges gemacht wird, offen ausspricht und begründet, wie sie das Strafrecht, den Strafprozeß und Strafvollzug gestaltet haben will. Ich bin daher der Meinung, daß unbeschadet der Möglichkeit an einzelnen Bestimmungen zu ändern, wir mit gutem Recht diese vom Referenten vorgeschlagenen Thesen als den Ausdruck der Meinung der sozialdemokratischen Partei ansehen können. Da nach unserer Geschäftslage eine eingehende Erörterung der Thesen nicht mehr möglich ist, bitte ich Sie, dieselben en bloc anzunehmen und damit auszusprechen, daß sie mit dem Geist und dem Inhalt der Thesen einverstanden sind, ohne daß der einzelne gezwungen ist, jeden Buchstaben der Thesen zu vertreten. Wenn wir so die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen, dann können sich die Vertreter im Reichstag auf den Willen der Partei berufen, dann ist dafür gesorgt, daß das Referat als Richtschnur für die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag angesehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Geschäftsordnungsantrag Jasper wird hiernach mit großer Mehrheit abgelehnt, und nach dem Antrag Singer die Thesen en bloc mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf folgt der Bericht der Neunerkommission.

Berichterstatter Leopold-Zeitz: Die Kommission hat diesmal sehr wenig Arbeit gehabt und ist schon nach kurzen Verhandlungen zu den Beschlüssen gekommen, die dem Parteitage vorliegen.

Es liegen drei Gesuche von früheren Parteigenossen um Wiederaufnahme vor. Erstens das des Gustav Wagner aus Stettin. Wagner hat in Stettin Verleumdungen schwerster Art gegen Parteigenossen an leitender Stelle ausgesprochen. Auf wiederholte Aufforderung hin hat er sich nicht herbeigelassen, sie zu beweisen. Danach ist der Ausschlußantrag gestellt worden und der Parteivorstand hat den Wagner aufgefordert, seine Schiedsrichter zu ernennen. Dies hat er aber nicht getan, worauf der Ausschluß perfekt wurde. Jetzt reicht er das Gesuch um Wiederaufnahme ein. Jedoch nach den Erklärungen Molkenbuhrs sind wir zu dem Resultat gekommen, dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches zu empfehlen. — Zweitens das Gesuch des Herrn Schröder in Berlin IV. Ein Schiedsgericht tagte unter dem Vorsitze Eberts, und es ist bereits in dem Berichte angegeben, daß das Urteil gegen Schröder, wenn sich mildernde Umstände hätten finden lassen, diese mildernde Umstände auch in Berechnung gezogen hätte. Es sind aber dem Schröder Handlungen nachgewiesen, die von uns als ehrlos bezeichnet werden. Der Mann soll angeblich damals in Not gewesen sein. Die Kommission ist zuerst geneigt gewesen, dem Schröder zu empfehlen, nach gewisser Zeit von neuem ein Aufnahmegesuch zu stellen; nach den neuerdings aber gewordenen Aufklärungen müssen wir dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches empfehlen. — Es folgt sodann das Gesuch des Hermann Precht-Heidelberg. In dem Schiedsgericht wurden dem Prest Verleumdungen schwerster Art nachgewiesen und deshalb sein Ausschluß beantragt. Auch erschien ein Artikel in einer gegnerischen Zeitung über interne Verhandlungen der Partei. Das Schiedsgericht ist zu der Anschauung gekommen, daß das ehrlose Handlungen sind und daß demgemäß der Ausschluß Prechts gerecht ist. Precht will sich nicht mit dem Urteil zufrieden geben und wendet sich deshalb an uns. Auch hier empfiehlt die Kommission die Ablehnung der Aufnahme.

Die drei Gesuche werden nach dem Antrage der Kommission ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Beratung der sonstigen Anträge.

Singer: Ich schlage vor, zunächst die Resolution 174 zu erledigen, der sich der Parteivorstand in seiner Gesamtheit anschließt. Es ist zu ihr das Amendement eingegangen, im dritten Absatz hinter „tatkräftig zu unterstützen" die Worte einzufügen: „alle Versuche einer direkten oder indirekten finanziellen Unterstützung des Zarismus durch das Ausland nach Kräften energisch zu bekämpfen." Ich glaube, es würde die Bedeutung dieser Resolution, in der eine neue Demonstration gegen den russischen Despotismus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthalten ist, abschwächen, wenn wir es noch für nötig erachteten, ein Wort zur Begründung derselben zu vernehmen. (Sehr wahr!) Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Resolution ohne Diskussion einstimmig anzunehmen und damit aufs neue der Empörung der deutschen Sozialdemokratie über den fluchwürdigen Zarismus und der Sympathie der deutschen Sozialdemokratie für unsere russischen Genossen Ausdruck zu geben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Resolution wird mit dem Amendement ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Beratung der weiteren Anträge erfolgt nach Gruppen, und zwar werden zunächst die Anträge beraten, die sich auf die Jugendorganisation beziehen. Antrag: 77, 78, 81, 85 und 176.

Dr. Frank-Mannheim: Ich bedaure zunächst, daß wir nicht gestern das Vergnügen hatten, von der Genossin Zetkin die Grundsätze dargelegt zu sehen, die uns im Süden in der Frage der Jugenderziehung geleitet haben. Ich muß

deshalb kurz darauf eingehen. Man könnte sagen, daß es aus pädagogischen Gründen besser ist, die Politik bei der Jugenderziehung aus dem Spiele zu lassen. Das wäre vielleicht begründet, wenn nicht die Gegner, namentlich auch gerade die Ultramontanen die Beeinflussung der Jugend in ihrem Sinne so betreiben würden. (Sehr richtig!) Wir halten es für außerordentlich wertvoll, daß die jungen Leute, wenn sie aus der Schule entlassen sind, die ganze Entwickelung durchmachen, welche die Partei selbst seinerzeit durchgemacht hat. Wie bei der Partei im Anfang die Arbeitsteilung noch nicht so durchgeführt war, wie damals politische, gewerkschaftliche, allgemein aufklärende Tendenzen in der Partei vereinigt waren, so soll jetzt jeder junge Mensch eine Zeitlang dieselbe Entwickelung durchmachen in einer Organisation, die alle diese Aufgaben in sich vereinigt, so wie das Kind im Mutterleibe nach dem biogenetischen Gesetz die ganze Entwickelung der Gattung durchmacht. Notwendig ist auch die Mischung der Berufe. Die jungen Leute sollen sich zuerst als Arbeiter fühlen, wenn sie in den gesonderten Berufsorganisationen die speziellen Interessen ihres Arbeitszweiges als Schlosser, Schuster oder Schreiner vertreten. So entsteht das Klassenbewußtsein. Die Aufgaben, die sich die Jugendorganisationen steckten, sind dreierlei Art. Es soll die Durchführung der zum Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erlassenen Bestimmungen überwacht werden durch besondere Schutzkommissionen, es soll aufklärend gewirkt werden auf den Gebieten der Geschichte, der Naturwissenschaft und Volkswirtschaft, und für besonders notwendig halten wir auch die Aufklärung der Jugend, bevor sie zum Militär einberufen wird. Wir sollten uns da zum Beispiel ein Muster an den böhmischen Genossen nehmen. Diese haben es durchgesetzt, daß während früher Tausende von jungen Leuten mit Sträußen geschmückt, singend und johlend am Tage der Einberufung und der sogenannten Rekrutenverabschiedung durch die Straßen zogen, diese jungen Leute jetzt im Trauerflor und in ernster Haltung, ohne zu singen zur Musterung ziehen. Diese stumme Demonstration hat einen außerordentlich tiefen Eindruck auf die jungen Leute und auch auf die Außenstehenden gemacht. Wir wünschen nur, daß der deutsche Parteitag erklären möge: wir halten die Organisation der deutschen Jugend für notwendig, und betrachten sie als einen Bestandteil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Abgesehen von Norddeutschland, wo die Vereinsgesetze zum Teil ein Hindernis bilden, ist es sehr wohl möglich, die Jugend zu organisieren. Heute schicken noch viele Eltern ihre Söhne in die Jünglingsvereine und die katholischen Gesellenvereine. Wenn aber diese Resolution vom Parteitag angenommen wird, so wird das für uns ein mächtiger Ansporn sein zur weiteren Arbeit, und Sie können sicher sein, daß es auch für die Entwickelung der allgemeinen Arbeiterbewegung von außerordentlichem Nutzen sein wird. Es schadet nichts, wenn junges Blut in die Bewegung hineinkommt und wenn andererseits die jungen Leute, die mit ihrem Tatendrang überall mitreden wollen, in der Partei dorthin verwiesen werden, wo sie Gelegenheit haben, gegenseitig von einander zu lernen. Die so herangebildeten Kräfte werden wiederum befruchtend auf die Partei einwirken. Alle Zeichen der Begeisterung, wie sie im Heroenzeitalter der Partei vorhanden waren, von denen die Alten heute immer schwärmen, die sind jetzt wieder lebendig unter der Jugend. Die neue Bewegung wird Großes leisten, wenn die jungen Leute die Gewißheit haben, daß hinter ihnen die ganze Arbeiterschaft steht, und daß man sie nicht mit scheelen Augen ansieht. Die Bewegung ist vorhanden und wird nicht verschwinden. Was auch der Parteitag tut, es handelt sich nur darum, ob wir eine Jugendbewegung haben wollen, die uns eine Stütze wird; ob wir sie regulieren wollen in dem Sinne, wie wir sie brauchen, oder ob wir sie wild wachsen lassen. Ich will nicht verschweigen, daß eine solche Jugendbewegung auch gewisse Gefahren hat. Wenn sich aber die

alten Parteigenossen rechtzeitig um die Jugend kümmern, so werden die Auswüchse vermieden werden. Ich bitte Sie, die Generalversammlung der jungen Garde, die morgen stattfindet, zu besuchen. Sie werden sehen, daß die jungen Menschen von ernstem Streben und von Begeisterung erfüllt sind. Ich hoffe, daß der Mannheimer Parteitag für die Entwickelung der Jugendbewegung in Deutschland einen Markstein bedeuten wird. Ihr Ziel ist, die jungen Leute vor der Ausbeutung und die jungen Köpfe vor der Verdummung zu schützen. Dazu erbitten wir Ihre Hülfe. (Lebhafter Beifall).

Liebknecht-Berlin: In Norddeutschland können die Jugendorganisationen infolge der vereinsgesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich mit der Partei nichts zu tun haben, sie müssen sich auf gewerkschaftliche und Bildungsbestrebungen beschränken. Aber auch dort, wo die Jugendorganisationen nicht politische sind, sollte die Partei erklären, daß sie ihnen sympathisch gegenüber steht. Es ist Pflicht des Parteitages auch nach Norddeutschland den jungen Leuten zuzurufen: „Wir sind mit Eurer Tätigkeit einverstanden!" Das würde die jungen Leute anspornen. Die deutschen Jugendorganisationen, auch in Norddeutschland, sind heute bereits unbesiegbar. Die Erfahrungen, die wir in der kurzen Zeit gemacht haben, sind die denkbar besten. Ich bitte Sie um ein einmütiges Sympathievotum für die Jugendorganisationen. Damit nützen Sie der deutschen Arbeiterbewegung! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird der Antrag 176 einstimmig angenommen. Die Anträge 77, 78, 81 und 85 werden dem Bildungsausschuß überwiesen.

Damit sind die Anträge, die sich auf die Jugendorganisationen beziehen, erledigt.

Auf die Organisationen der Partei beziehen sich die Anträge 13, 14, 15, 16, 17, 18, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 96, 106, 130, 132, 150 und 155.

Hiervon sind die Anträge 90 und 93 zurückgezogen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Pfannkuch: Ich bitte alle diese Anträge von der Tagesordnung abzusetzen. Wir haben uns erst im vorigen Jahre ein neues Organisationsstatut gegeben, das das Produkt langer Vorberatungen der dafür eingesetzten Kommission war, die auch alle die Materien beraten hat, die die anliegenden Anträge behandeln. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier und da einzelne Unebenheiten sich geltend machen, aber man darf nicht aus örtlichen Verhältnissen heraus generalisieren. Ein Antrag von Teltow-Beeskow z. B. will, daß die Preßkommission des „Vorwärts" eine andere Organisation erhält. Wenn Groß-Berlin in seiner Gesamtheit ein solches Bedürfnis hätte, so könnte man ja der Erörterung dieser Frage näher treten, aber daß man dem Antrag eines einzelnen Kreises von Groß-Berlin nachkommt, das würde nur in Berlin selbst den Grund zu Unstimmigkeiten legen. Das neue Statut besteht erst so kurze Zeit, daß man seine Wirkungen noch gar nicht übersehen kann. Ich bitte Sie deshalb, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen und noch ein weiteres Jahr der Entwickelung abzuwarten. Es geht nichts verloren, wenn die Anträge heute abgesetzt werden.

Hug-Bant: Ich bitte, den Antrag Pfannkuch abzulehnen. Es haben sich, wie die Anträge beweisen, schon jetzt fühlbare Mängel im Organisationsstatut herausgestellt, die man mit Leichtigkeit beseitigen kann.

Entsprechend dem Antrag Pfannkuch werden die auf die Organisation bezüglichen Anträge von der Tagesordnung abgesetzt.

Mit der Parteipresse beschäftigen sich die Anträge 27, 28, 80, 81, 86, 87, 44, 128. — Antrag 27 ist zurückgezogen. — Die Anträge 28, 80, 81, 44 werden nicht unterstützt. Es stehen also nur die Anträge 86, 87 und 128 zur Debatte.

Antrag 86 wird ohne Debatte angenommen. — Den Antrag 87 begründet

Kimmel-Hamburg: Nach Annahme des vorigen Antrages kann ich ganz kurz sein. Die Ausstattungen der letzten Festzeitungen haben in Hamburg geradezu verblüffend gewirkt. Obwohl Genosse Fischer seinerzeit erklärte, man werde etwas vorsichtiger sein, scheint man sich geradezu bemüht zu haben, noch etwas Minderwertigeres zu schaffen. (Sehr richtig!) Daher muß endlich entschieden ausgesprochen werden, daß die Parteigenossen in künstlerischer Hinsicht etwas höhere Ansprüche stellen. (Lebhafter Beifall.)

Pfannkuch: Auch der Parteivorstand ist von der Notwendigkeit überzeugt, den in diesem Antrage ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen. (Bravo!) Es wäre das bereits früher geschehen, wenn die engagierten Kräfte nicht versagt hätten. Es ist Vorsorge getroffen, daß in Zukunft den berechtigten Wünschen der Genossen in dieser Beziehung Rechnung getragen wird. (Bravo!) Der Antrag 87 wird hierauf angenommen. Damit ist Antrag 128 erledigt.

Singer: Um die kurze Zeit vor der Mittagspause auszunutzen, wollen wir jetzt die Anträge vornehmen, die sich mit dem Ort des nächsten Parteitages beschäftigen. Von allen Anträgen unterscheidet sich der Antrag 100 dadurch, daß er eine dauernde feste Praxis für die Abhaltung der Parteitage festlegen will und zwar dahin, daß sie regelmäßig in Berlin stattfinden. Dieser Antrag wird nicht unterstützt. Ebenso werden nicht unterstützt die Anträge 124, 125, 127 und 148. Zur Begründung des Antrages 151 erhält das Wort

Hennig-Leipzig: Schon des öfteren haben die Leipziger Delegierten auf den Parteitagen diesen Antrag gestellt. Leider ist er immer abgelehnt worden. Leipzig ist die einzige Großstadt, die bis jetzt den Parteitag nicht gehabt hat. Weiter hieße es Wasser in den Rhein tragen, wenn ich auf die historische Bedeutung Leipzigs und seine Bedeutung für die Parteigeschichte hinweisen wollte. Dazu kommt, daß Leipzig in bezug auf Organisation sehr hoch steht. Es zählt 17 400 organisierte Parteigenossen und 54 000 Gewerkschaftler. Ich erinnere weiter an die bedeutenden Konsumvereine in Leipzig und an die großen Bildungsbestrebungen, die dort gepflegt werden. Die Lokalverhältnisse liegen sehr günstig: Wir haben uns durch zähe Arbeit schöne, große Räume zu verschaffen gewußt, und wir würden alles aufbieten, um Ihnen die acht Tage so angenehm wie möglich zu machen. Sie würden sicher alle sagen: Mein Leipzig lob' ich mir. (Heiterkeit und Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 125, den Parteitag in Stettin abzuhalten, zwar nicht genügend unterstützt wurde, daß aber ein gleichlautender, bereits genügend unterstützter Antrag vorliege.

Zur Begründung dieses Antrages erhält das Wort

Groth-Stettin: Ich bitte Sie, einmal in Pommern, in dem Bereiche des Junkertums, den Parteitag abzuhalten. Unser Antrag hat schon in Bremen und Jena eine große Stimmenzahl erhalten. Die Lokalverhältnisse in Stettin sind natürlich nicht so hervorragend wie hier, aber wir würden doch den Ansprüchen des Parteitages voll genügen können. Haben wir doch auch in diesem Jahre den Genossenschaftstag beherbergt.

Den Antrag 161, den Parteitag in Essen abzuhalten, begründet

Limbertz-Essen: Wir stellen zum erstenmal den Wunsch an den Parteitag, nach dort zu kommen und zwar vor allem mit Rücksicht auf die politische Konstellation. Es würde auf die Wahlen im Jahre 1908 ungeheuer belebend wirken, wenn wir der schwarzen Woche im Jahre 1906 eine rote Woche im Jahre 1907 folgen lassen könnten. (Lebhaftes Bravo!) Leipzig braucht den Parteitag nicht so nötig wie das Ruhrgebiet. Die Unterbringung des Parteitages in Essen würde keine Schwierigkeiten machen. Die Schwarzen haben

5 bis 6000 Menschen dort anständig untergebracht. Eine so große Empfangshalle wie in Mannheim freilich gibt es in ganz Deutschland nicht mehr. Wir werden uns aber überlegen, ob wir nicht dem Beispiel der Schwarzen folgen und eine besondere Festhalle zum Empfang des Parteitages bauen. Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen, Sie würden damit die Agitation in diesem schwarzen Winkel unseres Vaterlandes ungeheuer fördern. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion über die Anträge verzichtet Bühler-Essen mit Rücksicht auf den Beifall, den die Ausführungen des Vorredners gefunden haben, auf das Wort. (Bravo!)

Es wird hierauf mit großer Mehrheit und unter lebhaften Bravorufen beschlossen, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten.

Der Verband jugendlicher Arbeiter ladet die Delegierten zum Besuch seiner am Sonntag stattfindenden ersten Generalversammlung ein.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet um 1 Uhr die Sitzung.

Der Parteitag berät die Anträge, die die Agitation betreffen. Von den hierzu vorliegenden Anträgen werden genügend unterstützt 25, 33, 45, 114 und 156.

Die Anträge 10, 22, 23, 26, 34, 40, 41, 42, 117, 131 Abs. 2, 134, 140, 141 werden nicht unterstützt.

Den Antrag 114 begründet

Dr. Liebknecht-Berlin: Auf dem Pariser Internationalen Kongreß von 1900 ist nach einem Referat der Genossin Luxemburg beschlossen, den Parteien aller Länder einen besonderen energischen Kampf gegen den Militarismus zur Pflicht zu machen. Dieser Beschluß ist damals einstimmig gefaßt, also auch mit Zustimmung der deutschen Delegierten.

Wie steht es aber mit der Ausführung des Beschlusses?

Daß der Militarismus nicht identisch ist mit der bewaffneten Macht, dem stehenden Heer, daß er vielmehr — von seiner internationalen Bedeutung ganz abgesehen — eine höchst verwickelte und verzweigte Erscheinung ist, die alle möglichen Gebiete unseres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens durchtränkt, braucht in dem Jahre des Marokkokonflikts, des 1200 Millionen-Militärtetats, in dem Jahre, das den 21. Januar, das Nürnberg, Magdeburg und jüngst noch Landau gesehen hat, am wenigsten betont zu werden. (Sehr gut!) Ebensowenig bedarf es der Hervorhebung, daß der Militarismus das wichtigste derjenigen brutalen Machtmittel ist, durch die sich die herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft einen organischen Fortentwicklung gewaltsam entgegenzustellen sucht, und durch die sie eine solche Entwickelung in einem gewissen Sinne und Umfange zu hemmen vermag gegen die Demokratie, gegen den Willen der Mehrheit des Volkes. Die Bekämpfung dieser komplizierten und gefährlichen Erscheinung ist natürlich auch kompliziert und gefährlich. Ich mache keinen Hehl daraus und täusche mich nicht darüber. Die Empfindlichkeit unseres Klassenstaats in dem Punkte Militarismus ist naturgemäß außerordentlich. Sie steht in direktem Verhältnis zu dem bösen Gewissen der herrschenden Klassen gegenüber dem Proletariat, und zu der Angst um den Verlust ihrer Machtstellung. Mit allgemeinen Redensarten und Anfeuerungen ist da nicht genug getan. Die notwendige Agitation ist zu schwierig, eigenartig und verwickelt, als daß sie innerhalb der allgemeinen Agitation genügend wirksam würde betrieben werden können. Sie bedarf eines besonderen Plans, einer besonderen Beweglichkeit und Aktivität. Daher ist eine besondere Agitation

nötig, und damit diese besondere Agitation erfolgreich betrieben werde, muß sie durch eine besondere Zentralinstanz geleitet werden.

Es ist Ihnen allen wohlbekannt, in welchem Umfange unsere Bruderparteien, besonders in Frankreich und Belgien, sich mit der antimilitaristischen Propaganda befaßt haben, und mit welchem Erfolg. In Deutschland sind wir auf diesem Gebiete noch weit zurück und haben zur Ausführung des Pariser Beschlusses so gut wie nichts getan.

Unser Antrag schlägt Ihnen nur die Einsetzung eines Ausschusses vor, über dessen Konstituierung näheres nicht gesagt zu werden braucht. Ebenso ist es unmöglich und überflüssig, das Einzelne seiner Obliegenheit hier festzulegen; das wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein und bedarf einer genauen Ueberlegung und Prüfung. Selbstverständlich gedenken wir uns sorgfältig innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu halten.

Daß der Ausschuß, wenn er klar und verständig ist, keine nennenswerten Gefahren zu besorgen hat, unterliegt für mich kaum einem Zweifel. Der Antrag 114 ist so vorsichtig gefaßt, daß ihm gegenüber alle die Aengstlichkeiten und Besorgnisse, die in Deutschland gegenüber dem Antimilitarismus geradezu traditionell sind, in die Luft verfliegen müssen. Sie haben gestern die Einsetzung eines Bildungsausschusses beschlossen, der da sein soll ein Generalstab im Kampf gegen den Unverstand der Massen, den Feind, den wir am meisten hassen. (Sehr gut!) Beschließen Sie, so bitte ich Sie jetzt noch, die Schaffung dieses antimilitaristischen Ausschusses als eines Generalstabs gegen den Militarismus, das heißt gegen das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch lange widerstehen kann, wenn wir den Unverstand der großen Masse längst überwunden haben werden (lebhafte Zustimmung), gegen den Militarismus, durch den der Kapitalismus sich vor der demokratischen Entwickelung verschanzt, sie verfälscht, und der unser Volk aufs schlimmste brutalisiert und barbarisiert. Wenn Sie den Antrag annehmen, erfüllen Sie damit nicht nur Ihre Pflicht gegenüber dem Pariser internationalen Kongreß, sondern Sie tun damit für die deutsche Arbeiterbewegung auch einen guten Schritt vorwärts. Ich bitte Sie, ihm möglichst einmütig zuzustimmen. (Beifall.)

Bebel: Gegen den Antrag 25 haben wir keine Bedenken, da er einfach bestätigt, was im vorigen Jahre beschlossen worden ist. Ich möchte nur wünschen, daß die Parteigenossen es sich künftig mehr überlegen, ehe sie Anträge einreichen, damit sie uns nicht mit Anträgen kommen, die schon erledigt sind. (Sehr gut!) Infolge des Beschlusses des vorigen Parteitages hat der Vorstand ein Flugblatt ausgearbeitet. Wir werden ähnlich auch in künftigen Jahren vorgehen. Sache der Parteigenossen wird es sein, ihrerseits die Agitation weiter zu betreiben. Gegen den Antrag 114 erklären wir uns auf das entschiedenste, selbst auf die Gefahr hin, daß wir als Schwarzseher oder für noch schlimmeres angesehen werden. (Heiterkeit!) Wir sind es ja gewohnt, daß kein Jahr vergeht, wo aus dem Wahlkreise Potsdam-Osthavelland nicht derartige Anträge kommen. (Heiterkeit.) Wir sind es auch gewohnt, daß dann regelmäßig zur Begründung auf die Vorgänge im Ausland hingewiesen wird, wobei nur der kleine Unterschied übersehen wird, daß die Verhältnisse in Frankreich und Belgien ganz andere sind, wie in Deutschland, daß dort viel geredet und getan werden kann, was in Deutschland nicht möglich ist. Nun verlangt man heute sogar einen besonderen Ausschuß für antimilitaristische Agitation. Wie er gewählt wrd, aus wie viel Personen er bestehen soll, welche Kompetenzen er haben soll, davon ist in dem Antrag keine Rede. Er tritt zusammen, macht seine Propagandapläne, kommt mit seinen Beschlüssen: und wir vom Parteivorstand haben nichts weiter zu tun, als die Mittel der Partei zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen; ein Recht zu prüfen, ob die Arbeiten des Ausschusses auch im Interesse der Partei liegen, haben wir nach dem Antrage nicht. (Zuruf: Selbstverständlich!) Auf

etwas derartiges wird sich der Parteivorstand niemals einlassen, und wenn Sie das beschließen, dann bitte, wählen Sie ihre besonderen Organe dazu. Wir machen das nicht mit; dazu haben wir ein viel zu großes Verantwortlichkeitsgefühl. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist auch falsch, wenn Liebknecht sagt, selbst wenn wir die allgemeine Aufklärung haben, sind wir immer noch nicht so weit, daß wir mit dem Militarismus fertig werden können. Das ist die reine Ideologie von Liebknecht. Wenn das Maß der Kenntnisse im deutschen Volke vorhanden ist, das er voraussetzt, dann räumen wir allerdings auch mit dem Militarismus auf. (Sehr richtig!) Lehnen Sie den Antrag ab. Wir haben gar nicht nötig, einen solchen Ausschuß einzusetzen. Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt, wie gerade die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die seit 30, 40 Jahren so systematisch das Budget für militärische, koloniale und Marinezwecke abgelehnt hat, wie in Deutschland. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Da sollte man uns doch nicht weiter in eine Agitation hineindrängen wollen, während wir durch unsere bisherige Agitation auch das erreichen, was erreicht werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Bedenken von Bebel sind nicht stichhaltig. Ich habe nicht bestritten, daß die Partei ihre Schuldigkeit im Kampfe mit dem Militarismus im Parlament und Presse tut. Aber das genügt gegen diesen Feind nicht. Selbstverständlich soll der Ausschuß unter Kontrolle der Parteileitung stehen. Die Interessen der Partei dürfen durch seine Wirksamkeit in keiner Weise geschädigt werden. Er soll nur ein besonderes Organ sein, das eine besondere Funktion innerhalb der Propaganda auszuführen hat, und ein solches Organ brauchen wir, wenn wir unsere Schuldigkeit tun wollen. Dabei bleibe ich, trotz aller Ausführungen Bebels.

Ehrlich-Breslau: Ich habe bisher überhaupt noch kein Flugblatt des Parteivorstandes gegen den Militarismus gesehen. (Hört! Hört!) Ich gebe zu, daß wir den Kampf gegen den Militarismus führen, aber wir müssen ihn in verstärktere Bahnen lenken. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, der heutigen Gesellschaft ihre größte Stütze zu entziehen; denn das Militär steht ihr jederzeit zur Verfügung. Die Schwierigkeiten des Kampfes sind die denkbar größten. Wir dürfen uns nicht auf große Aktionen verlegen, sondern wir müssen uns auf unablässige Erziehungs- und Kleinarbeit beschränken. Wir müssen den Kindern zeigen, wie die Lesebücher schon verpestet sind, und wie das Soldatentum dazu bestimmt ist, aus den Menschen eine Bestie zu machen, die mit blinder Wut alles Menschliche zerstört. (Zustimmung.) Ich erinnere an die kolonialen Greuel. Ganz systematisch muß unsere Aufklärung vor sich gehen. Wir müssen den Leuten auch das Wahnsinnige eines Krieges vor Augen führen. Reißen wir dem Militarismus die Larve vom Gesicht, zeigen wir dem Volke seine wahre Gestalt. Erziehen wir die Jugend zur Menschlichkeit und unsere mühsame Erziehungsarbeit wird in der Zukunft belohnt werden. (Bravo!)

Molkenbuhr: Ich halte es für eine vollständig falsche Auffassung, wenn man glaubt, daß man innerhalb des kapitalistischen Staates den Militarismus so vollkommen beseitigen kann, daß der kapitalistische Staat fortbesteht oder umgekehrt, daß man den kapitalistischen Staat beseitigen kann und daß schließlich der Militarismus fortexistiert. Beide sind Glieder eines einzigen Körpers. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen, wenn wir den Sozialismus verbreiten, die ganze Grundlage, auf welcher der Militarismus gedeihen und blühen kann. (Sehr richtig!) Ich halte es für verfehlt, Einzelerscheinungen herauszu-

greifen. Der weitaus größte Teil unserer ganzen Aktion wendet sich ja gegen den Militarismus, und da wollen Sie nun noch eine ganz besondere Agitation dagegen allein schaffen. Wie will man das überhaupt anfangen? Will man ebenso wie 1848 gegen die Soldateska in recht großen Kraftausdrücken sich ergehen, ohne ihre Grundlage anzugreifen? Das könnte leicht dabei herauskommen. Wir bekämpfen fortwährend den Militarismus, wir bewilligen nicht das Geld, das dafür gefordert wird, und gerade damit treffen wir ihn an der empfindlichsten Stelle. Daß der Vorredner kein Flugblatt gesehen hat, ist eine Seltenheit. Ich glaube, es wird in diesem Saale außer den Breslauer Genossen niemand sein, dem das Flugblatt noch nicht zu Gesicht gekommen ist. (Sehr wahr!) Der Ausschuß, der beantragt ist, würde wahrscheinlich die gleiche Agitation entfalten, die wir schon bisher seit Jahrzehnten entfaltet haben. Wenn man lediglich die Agitation auf einen einzelnen Punkt konzentriert, würde die sozialdemokratische Agitation darunter leiden. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Wir haben noch niemals verkannt, daß der Militarismus eine Begleiterscheinung des Kapitalismus ist und daß es keine bessere Bekämpfung des Militarismus gibt, als den Kampf gegen den Kapitalismus. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß das Wesen des kapitalistischen Militarismus wandlungsfähig ist. Ebenso wie wir unsere Agitation in bezug auf die Verhältnisse derer, die nicht im bunten Rock stecken, vielfach spezialisieren, ebenso berechtigt ist eine besondere Bekämpfung des Militarismus. Ich gebe zu, daß wir vorzügliches Material zu diesem Kampfe haben, aber dieses Material wird nicht an die richtige Stelle gebracht. (Widerspruch.) Die Schwierigkeit der Agitation liegt nicht so sehr in der Beschaffung des Materials, als vielmehr in der Zuleitung desselben, dorthin, wohin es in erster Linie gehört. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so wird Potsdam-Osthavelland trotzalledem alle Jahre damit wiederkommen. (Heiterkeit.) Nach den Worten Molkenbuhrs darf ich aber wohl darauf rechnen, daß Sie beide Anträge annehmen und damit ein Werk vollenden, das den Parteitag würdig abschließt.

Schütz-Breslau: Nach den Ausführungen Ehrlichs konnte es so scheinen, als ob die Partei in Breslau keine Ahnung von dem Flugblatt hat. Die Parteileitung hat ein solches erhalten. Sie hat sich damit beschäftigt, eine große Anzahl bestellt, und wahrscheinlich ist die Verbreitung bereits erfolgt.

Bebel: Daß ich Liebknecht von seinen Anschauungen über die Agitation gegen den Militarismus nicht abbringen kann, davon bin ich überzeugt. Was alles hier über die moralische, politische und soziale Verderblichkeit des Militarismus gesagt worden ist, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit unter uns, auch über die Notwendigkeit, die Jugend über den Militarismus und seine Scheußlichkeit aufzuklären, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Wohl aber gehen wir auseinander über die Mittel der Aufklärung und Bekämpfung. Wir können uns nicht auf eine einseitige antimilitaristische Agitation festlegen. Haben wir nicht eine Literatur, stärker als in irgend einem anderen Lande, die darüber Aufklärung schafft? Man soll das Material zusammentragen, es steckt in den parlamentarischen Handbüchern, in Parlamentsreden, in jedem Bericht an den Parteitag, in zahllosen Flugblättern usw. Wir können doch die Partei nicht mit Material gegen den Militarismus überfüttern, dann würde die ganze übrige Agitation in den Hintergrund treten. (Sehr richtig!) Es ist mir unverständlich, wie man uns Belgien vorhalten kann. Ein Land, das militärisch gar nichts bedeutet und dessen Armee sich mit der preußischen Heeresorganisation gar nicht vergleichen kann. In Frankreich ist es ganz ähnlich. Dort ist die antimilitaristische Agitation erst in den letzten zwei Jahren betrieben worden. (Liebknecht: Ganz vortrefflich!) Nein, so einseitig und übertrieben (Lebhafte Zustimmung), daß ich mich bedanken würde, wenn man in

Deutschland das gleiche täte. (Bravo!) Und in Deutschland liegen die Dinge nach dieser Richtung hin etwas anders. Ueber alles, was mit dem Militarismus zusammenhängt, seine Wirkung auf das Materielle, auf das Moralische, auf das soziale Leben, über all das bestehen unter uns gar keine Meinungsverschiedenheiten. Darüber mag jeder reden und schreiben, soviel er will. Aber diese spezielle, einseitige Hervorhebung einer antimilitaristischen Agitation würde unserer Partei einen ganz anderen Charakter verleihen. Der Breslauer Genosse sagt, er hat das Flugblatt des Parteivorstandes nicht gesehen. Ja, wie kann er dann zu dem Antrag kommen, in dem ausdrücklich davon die Rede ist, daß der Parteivorstand ein Flugblatt herausgegeben hat? Wenn Sie das nicht gelesen haben, so haben Sie sich einer Pflichtvergessenheit schuldig gemacht. Dafür kann doch der Parteivorstand nichts. (Heiterkeit. Sehr gut!) Aber so leichtfertig werden Anträge eingereicht. Der Breslauer Vertreter müßte über seine Rede, die zeigt, das er den Inhalt des von ihm vertretenen Antrages nicht kennt, selbst erröten. (Heiterkeit.)

Der Antrag 114 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag 25 wird ebenfalls abgelehnt.

Den Antrag 33 begründet

Bruhns-Kattowitz: Der Antrag 33 fordert vom Parteitag die Ermächtigung für den Parteivorstand, die Mittel zur täglichen Herausgabe der jetzt zweimal wöchentlich in kleinstem Formate erscheinenden polnisch-sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza" herzugeben. Dieser Antrag kommt von den deutschen Genossen Oberschlesiens und ist in allen Orten einstimmig angenommen. Sie ersehen daraus, welche Bedeutung die deutschen Genossen dieser Forderung beilegen. Wir wissen sehr wohl, daß wir damit außerordentlich große Mittel der Gesamtpartei beanspruchen, aber die Verhältnisse zwingen uns zu dieser Unbescheidenheit. Die beiden oberschlesischen Reichstagsnachwahlen haben gezeigt, daß die zu 80 Prozent polnische Arbeiterbevölkerung in ihrer großen Mehrheit sich einer rein nationalen Bewegung zuwendet. Die Politik der Unterdrückung und Entrechtung, die in Preußen gegen die Polen geübt wird, hat die nationalen Instinkte der bisher Indifferenten, ihr Rechtsgefühl entflammt, und ein gewandtes nationales Demagogentum weiß diese Situation auszunutzen. Es kommt dem langsam erwachenden Klassengefühl der Arbeiter entgegen, indem es sich als die Vertreterin nicht nur der nationalen, sondern auch der besonderen Arbeiterinteressen darzustellen weiß. Im Grunde sind diese radikal schillernden polnischen Volksretter durchaus reaktionär, trotz des fadenscheinigen demokratischen Mantels, den einige umhängen. Uns Sozialdemokraten hassen sie als gefährlichste Konkurrenten in der Gunst der Arbeiter und sie verleumden uns in der perfidesten Weise, obwohl sie wissen, daß den Polen in Preußen erst dann ihr Recht werden wird, wenn die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat. (Zustimmung.) Die Mittel zur systematischen Verleumdung unserer Bestrebungen bietet den Polen ihre weitverbreitete Presse. Im oberschlesischen Industriebezirk erscheinen nicht weniger wie fünf national-polnische Blätter, drei davon täglich, zwei dreimal wöchentlich. Gewiß wird das oberschlesische Zentrum von den Polen abgewürgt, diese Arbeit ersparen sie uns. In den Polen aber ist uns ein viel gefährlicherer Gegner entstanden, den wir selbst zur Strecke bringen müssen, und dazu ist eine gute Presse das beste Mittel. Oberschlesien ist ein Land unbegrenzter politischer Möglichkeiten. Das Volk ist dort noch sehr der Kirche zugetan, aber es ist trotzdem revolutionär, richtiger vielleicht rebellisch gesinnt. Schauen Sie auf den dicht an unserem Bezirk liegenden russisch-polnischen Industriebezirk. Die dortige stammverwandte Bevölkerung ist ebenso fromm wie unsere, aber dort lodern die revolutionären Flammen hoch empor. Dort drüben zieht das Arbeitervolk am 1. Mai in Scharen mit der roten Fahne hinaus, aber auf diese Fahne ist ein weißes Kreuz geheftet, und mit dieser Fahne zieht man zunächst in die Kirche, um sie

vom Pfaffen segnen zu lassen. Welche hohe politische Bedeutung die Eroberung des gewaltigen oberschlesischen Industriebezirks für die Sozialdemokraten schon jetzt hat, brauche ich hier nicht zu sagen. Wohl aber will ich hinweisen auf die in naher Zukunft noch riesenhaft wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Bezirks. Wenn in Rußland die Revolution gesiegt haben wird, wird Rußland sich auch wirtschaftlich ungeheuer entwickeln. Das aber wird von gewaltigem Einfluß auch auf den oberschlesischen Industriebezirk sein. Kann und darf da der oberschlesische Bezirk bleiben, was er jetzt noch ist, eine unerschöpfliche Quelle von Arbeitswilligen? Last not least noch ein Hinweis auf die vollzogene Einigkeit mit unseren polnischen Genossen. Wir haben in Oberschlesien allerseits erkannt, daß wir die großen Aufgaben dort nur in einiger, gemeinsamer Arbeit erfüllen können. Wenn Sie die tägliche Herausgabe des Blattes beschließen, dann geben Sie damit den polnischen Genossen eine schneidige Waffe in die Hand, die diese führen werden im Kampfe für die gemeinsame Sache. Sie geben ihnen aber damit zugleich einen Beweis für die Brüderlichkeit, die unser aller Herzen erfüllen soll, Sie drücken das Siegel auf den neugeschlossenen Bund der polnischen und deutschen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Adamek-Kattowitz: Ich kann mich dem Antrage nur anschließen. Der oberschlesische Industriebezirk ist nach dem Ruhrrevier der größte. Die Proletarier werden da so ausgebeutet, wie in keinem anderen Bezirke Deutschlands. Die 150 000 Proletarier der Montanindustrie haben im vorigen Jahre für 582 Millionen Mark Werte geschaffen, während sie an Lohn nur 143 Millionen Mark erhielten; aber nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Pfaffen beuten sie aus. Die oberschlesischen Proletarier sind den Ideen des Sozialismus sehr wohl zugänglich, und dazu soll der Ausbau des Blattes dienen. Wir müssen auch diesen Genossen die Möglichkeit geben, mitzukämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Notwendigkeit einer täglich erscheinenden polnischen Zeitung liegt auf der Hand. (Beifall.)

Pfannkuch: Gegen das, was Bruhns über die Verfassung des oberschlesischen Industriebezirkes gesagt hat, läßt sich nichts einwenden. Ich bitte aber trotzdem, den Antrag hier nicht anzunehmen, sondern ihn dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Hier im Plenum können wir einen solchen Antrag nicht annehmen.

Gerisch und ich waren vor wenigen Wochen in Kattowitz, um uns über die Vorbedingungen zu informieren. Sie können sicher sein, daß wir den Antrag nicht begraben. Aus begreiflichen Gründen unterlasse ich es, das Resultat unserer Untersuchungen hier mitzuteilen. Die oberschlesischen Genossen polnischer und deutscher Zunge können sich über den Parteivorstand nicht beschweren. Wir haben reichliche Mittel für sie aufgewandt. Leider bisher nicht mit dem nötigen Erfolge. Sie wissen aber, wie reiflich man die Vorbedingungen für das Erscheinen eines Blattes prüfen soll. Ueber die Notwendigkeit der Herausgabe von Blättern in allen Kreisen, wo noch keine vorhanden sind, streiten wir nicht. Diese Notwendigkeit erkennen wir stets an. Es fragt sich nur, ob die Möglichkeit gegeben ist. Die Parteileitung muß doch am besten wissen, welche Verpflichtungen sie in dem nächsten Jahre zu erfüllen hat. Haben wir uns in Oberschlesien erst einmal engagiert, dann gibt es kein Zurück mehr, dann muß der Kelch bis zur Neige geleert werden. Der Parteivorstand wird nach wie vor alles tun, was im Interesse der Agitation in Oberschlesien notwendig ist. Er wird, wenn sie den Antrag ihm überweisen, ihn dann ausführen, wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Auf Antrag Honrath-Aachen wird die Debatte geschlossen. Der Antrag 88 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 45 wird auf Antrag Bühler-Essen, der mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf die Begründung verzichtet, ohne Debatte dem Parteivorstand-überwiesen.

Den Antrag 156 begründet

Feldmüller-Pirmasens: Die Parteien, die den Zollraub verübt haben, müssen noch vor den nächsten Wahlen vor dem ganzen Lande gebrandmarkt werden. Wir haben ja auch eine ganze Reihe Agitationsschriften, aber keine derselben behandelt die Wirkungen des Zolltarifs, wie sie sich jetzt äußern. Diese Lücke muß ausgefüllt werden. Wir müssen dem Volk die Augen öffnen und es aufklären über die Sünden der Zollwucherer. (Sehr richtig!) Darin liegt eine gute Agitation für die nächsten Wahlen. (Bravo!)

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Resolutionen 102, 110, 116 und 172.

Bei der Unterstützungsfrage für die Resolution 102 vermerkt

Singer: Gewiß, solch Antrag muß unterstützt werden; aber wenn etwas überflüssig ist, so ist es dieser Antrag. (Sehr richtig!) So viel wissen die Genossen doch schon, daß sie verpflichtet sind, eine Parteizeitung zu abonnieren. (Sehr wahr!) Diejenigen, welche das nicht tun, werden sich auch durch Parteitagsbeschlüsse nicht dazu bewegen lassen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zum Antrag 110 bemerkt

Singer: Wir sind jetzt nicht in der Lage, eine Programmänderung vorzunehmen. Ich schlage vor, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

Es wird so beschlossen.

Den Antrag 116 begründet

Gehrmann-Berlin: Zweck des Antrages ist, Fingerzeige zu geben für die Stellung der Partei gegenüber den anderen Parteien. Die Resolution Bebel in München ging dahin, daß wir bei Stichwahlen für diejenigen eintreten, die für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sind. Inzwischen haben die Freisinnigen gezeigt, daß ihnen die Konservativen lieber sind als die Sozialdemokraten. Das haben sie bei den preußischen Landtagswahlen gezeigt. Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen, damit dem Parteivorstand und den Genossen im Lande die Möglichkeit gegeben wird, auf dem nächsten Parteitage ihre Meinung zur Geltung zu bringen.

Bebel: Gehrmann hätte nach seinen Ausführungen eigentlich beantragen müssen, die Resolution dem Vorstand zu überweisen. Er verlangt eine bestimmte Stellungnahme, und das können wir heute unmöglich beschließen. Ich bitte Sie daher, den Antrag, falls er nicht zurückgezogen wird, von der Tagesordnung abzusetzen, weil wir auf dem nächsten Parteitag sowieso Stellung zu dieser Frage nehmen müssen. (Sehr richtig.)

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt Resolution 172.

Frau Zietz führt zur Begründung aus: Die Resolution spricht eigentlich für sich selbst. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nur wenige Worte. Sie alle sind davon unterrichtet, daß fortgesetzt die Zahl der Fälle von grausamer Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung der Kinder zunimmt. Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung nicht nur durch fremde Personen, sondern auch durch die eigenen Eltern und Pfleger. Wir sehen ferner, daß die Rechtsprechung in solchen Fällen Urteile fällt, die genau so im strikteſten Gegensatz zum Rechtsbewußtsein des Volkes stehen, wie jene harten und grausamen Urteile gegen Arbeiter, die im Kampfe um Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Klassengenossen stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kinder, die so be-

handelt werden, dann den Eltern oder Pflegern genommen werden, werden sie der Zwangserziehung überwiesen und hier verbindet sich das vermuckernde Pfaffentum mit der Ausbeutung, um diese zarten Menschenpflanzen von vornherein der weiteren Verrohung in die Arme zu liefern. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß man diese Kinder von vornherein nicht betrachtet als Kinder, die eine liebevolle Pflege notwendig haben, sondern als Kinder, die ihrer Veranlagung und Erziehung nach Verbrecher sind, die man mit möglichster Strenge und Härte erziehen muß. (Sehr richtig!) Wenn diese Kinder dann später ins Leben hinaustreten, dann sind sie nicht nur mit dem Makel behaftet, daß sie der Zwangserziehung überwiesen waren, daß sie so und so lange unter Polizeiaufsicht standen, sondern die Erziehung ist auch so, daß sie sehr oft auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. (Sehr wahr!) Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen, unserer Resolution zuzustimmen und in ihrem Sinne zu wirken. Wir alle sind überzeugt, daß durch eine gute Erziehung, wie wir sie fordern, der junge Menschengeist geformt werden kann. (Sehr richtig!) Wenn wir aber von dieser Ueberzeugung durchdrungen und wenn wir empört sind über die Behandlung, die den Kindern zuteil wird, dann müssen wir aber auch im Sinne der Resolution wirken. Die Kinder müssen so erzogen werden, daß man die heranwachsenden Menschen in ihnen achtet, und daß sie brauchbare Mitglieder der Gesellschaft werden. (Lebhafter Beifall.)

Krasemann-Neuruppin: Wenn wir die Ausbeutung der der Fürsorgeerziehung überlieferten Kinder auf dem Lande betrachten, so müssen wir die Resolution unbedingt annehmen. Um dem ländlichen Arbeitermangel abzuhelfen, nimmt man kindliche Arbeitskräfte auf das Land. Ich bin wegen eines ähnlichen Ausspruches ja einmal unter Anklage gestellt und auch verurteilt worden, aber die Tatsache der Kinderausbeutung ist vor Gericht durch Zeugen erhärtet worden. Es gibt Gegenden, wo schon Kinder von 7 bis 8 Jahren auf dem Lande helfen müssen. Redner führt einzelne Fälle von Kinderausbeutung an. Bedauerlich ist es, daß auf dem Lande immer die Geistlichen die Waisenräte sind, denen die Aufsicht über die Kinder übertragen wird. Die Ausbeutung wird systematisch betrieben. Die Genossen, die in den Gemeindevertretungen sitzen, müssen vor allem dahin wirken, daß diese Ausbeutung aufhört, daß die Kinder wirklich erzogen und nicht den Pfaffen überwiesen werden. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Ich halte die Annahme der Resolution gleichfalls für nötig. Die Fälle von Kinderausbeutung sind viel zahlreicher, als man glaubt, und die Genossen, die als Krankenkassenkontrolleure oder in ähnlicher Stellung tätig sind, sollten derartige Fälle feststellen und veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Singer: Die Resolution enthält ja eigentlich keinen Antrag an den Parteitag, sondern nur eine Aufforderung an die Parteigenossen. Es genügt also wohl, wenn wir der Resolution beitreten und die Genossen auffordern, in ihrem Sinne zu handeln. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt im Sinne der Anregung von Singer.

Die nächste Gruppe von Anträgen besteht aus den Anträgen 29, 82, 88, 89, 40, 46; 79, 86, 95, 97, 98, 99, 101, 111, 175. Hiervon werden nur unterstützt die Anträge: 88, 89, 98 und 175.

Zu diesem Antrage ist noch ein Amendement eingegangen: statt 2000 Mk. zu sagen 2400 Mk.

Die Anträge 88 und 89 begründet

Frank-Mannheim: Zweifellos haben auch die Leiter der Organisationen ein Recht auf die Parteikorrespondenz. Es würde sich empfehlen, dem Antrage Rechnung zu tragen.

Ebert: Der Parteivorstand beschäftigte sich bereits mit der Frage. Er ist bereit, in Zukunft auch den Leitungen der Ortsvereine die Parteikorrespondenz zuzustellen. Den Antrag 88 dagegen bitte ich abzulehnen. Es ist nicht zweck-

mäßig, die Korrespondenz im Abonnement abzugeben; dann würde die gegnerische Presse über die Korrespondenz herfallen. Diese müßte erwidern und sie würde dadurch einen mehr polemischen Charakter erhalten und sich so allmählich zu einer Zeitung auswachsen. Das wollen wir verhindern.

Die Anträge 88 und 89 werden zurückgezogen.

Zur Begründung des Antrages 98 bemerkt

Thiele-Halle: Die Funktionen des hier verlangten Parteiausschusses sollen nur administrative sein. Eine gründliche Aussprache ist bei unserer Geschäftslage undenkbar. Ich ziehe den Antrag deshalb zurück, zumal da mir zugesichert ist, daß der Parteivorstand, wo es notwendig ist, mit einzelnen Gruppen Konferenzen abhalten will.

Schrader-Osnabrück befürwortet den Antrag 175. Seit der Festsetzung der Gehälter der Provinzial- und Landesparteisekretäre sind zwei Jahre verflossen. Wir haben nun die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer ist, zu dem jetzigen Gehalt geeignete Personen zu bekommen. Es müssen vielfach Genossen aus besser dotierten Stellungen geholt werden. Diesen muß natürlich das Gehalt bezahlt werden, das sie bis dahin bezogen haben. Jetzt ist das nicht möglich, da der Parteivorstand durch den Bremer Beschluß gebunden ist. Für das Amendement bin ich für meine Person bereit zu stimmen.

Bebel: Ich kann selbstverständlich nicht im Namen des Parteivorstandes reden, da er keine Gelegenheit hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen. Ich bitte aber dringend, nicht jetzt schon wieder Aenderungen vorzunehmen. Ich gebe gern zu, daß häufig der Fall eintreten kann, daß man für 2000 Mk. nicht den geeigneten Mann bekommen kann, aber dann muß die Organisation selbst einen entsprechenden Zuschuß geben. (Sehr richtig!) Daß, falls der Gewählte in seiner früheren Stellung ein höheres Gehalt hatte, ihm das gleiche bezahlt wird, halte ich für selbstverständlich und ich bin nicht wenig überrascht gewesen, aus den Ausführungen des Genossen Leinert entnehmen zu müssen, daß man in Hannover anders gehandelt hat. Aber mit Rücksicht darauf, daß wir noch gar nicht wissen können, wie groß die Zahl der Sekretäre werden wird, bitte ich Sie, den Antrag in seinen ersten beiden Teilen anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen. Es wird überhaupt einmal notwendig sein, auf dem Gebiet der Gehaltsfrage eine gewisse Ordnung und Regelung zu schaffen. Man hält ein Anfangsgehalt von 2000 Mk. für zu niedrig. Der Verein Arbeiterpresse fordert aber ein Minimalgehalt von 1800 Mk. Es geht nicht, daß solche Differenzen vorhanden sind. Der Parteivorstand muß sich einmal mit den verschiedenen Organisationen in Verbindung setzen, um etwas Einheitliches zu schaffen. (Sehr richtig!) Dieselbe Verschiedenartigkeit besteht auch in bezug auf die Zeiträume, innerhalb deren die Gehaltserhöhung eintreten soll. Der Verein Arbeiterpresse fordert eine Erhöhung von zwei zu zwei Jahren. In Berlin haben wir eine Erhöhung von drei zu drei Jahren beschlossen und hier wird alljährlich eine Erhöhung gefordert. Das muß einmal ausgeglichen werden. Der Parteivorstand wird dazu übergehen müssen, eine Gleichheit auf diesem Gebiete herbeizuführen. Nehmen Sie also die ersten Sätze an. Ueberweisen Sie das übrige dem Vorstande als Anregung.

Das Amendement wird abgelehnt. Die ersten Sätze des Antrages werden angenommen, der letzte Satz abgelehnt. Noch nicht erledigt ist der Antrag 43, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Singer teilt das Wahlresultat mit. Bei der Wahl des Vorstandes wurden abgegeben 352 Stimmzettel. Davon waren 350 gültig und zwei ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen als Vorsitzenden auf Bebel 350 Stimmen, als Vorsitzenden auf Singer 349 Stimmen, als Kassierer auf Gerisch 350, als Sekretär auf Ebert 344 Stimmen als Sekretär auf Ayer

843 Stimmen, als Sekretär auf Mollenbuhr 842 Stimmen, als Sekretär auf Pfannkuch 829 Stimmen, als Sekretär auf Müller 248 Stimmen, als Sekretär auf Zietz 89 Stimmen, als Sekretär auf Mattutat 23 Stimmen, als Sekretär auf Hug 15 Stimmen, als Sekretär auf Keil 1 Stimme. Es sind demnach gewählt: Zu Vorsitzenden: Bebel und Singer, zum Kassierer Gerisch, zu Sekretären Auer, Ebert, Pfannkuch, Mollenbuhr und Müller.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 852 Zettel abgegeben. Davon waren 842 gültig und 10 ungültig. Gültige Stimmen wurden abgegeben für: Bock-Gotha 817, Kaden-Dresden 816, Zetkin-Stuttgart 284, Ehrhart-Ludwigshafen 273, Brühne-Frankfurt a. M. 271, Ernst-Berlin 259, Könen-Hamburg 257, Geck-Offenburg 194, Braun-Königsberg 128, Kleemann-Leipzig 113, Ulrich-Offenbach 76, Sachse-Bochum 73, Kühn-Langenbielau 56, Meist-Köln 51, David-Mainz 49, Schmidt-Berlin 38, Gewehr-Elberfeld 34, Brey-Hannover 30, Hildenbrand-Stuttgart 29, Stolten-Hamburg 29, Herbert-Stettin 27, Böhle-Straßburg 25, Bömelburg-Hamburg 24, Thiele-Halle 19, Hug-Bant 18, Schütz-Breslau 18, Stubbe-Hamburg 18, Hue-Essen 8, Dittmann-Frankfurt 7, Mattutat 5, Rudolf 1, Scheidemann 1.

Es sind demnach Bock, Kaden, Zetkin, Ehrhardt, Brühne, Ernst, Könen, Geck und Braun zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt worden. Die Kontrollkommission hat die bisherigen Beisitzer des Parteivorstandes Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin wiedergewählt.

Damit ist die Parteileitung konstituiert. Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London. Die Geschäfte des Parteitages sind erledigt.

Singer: Werte Genossen! Ich bin überzeugt, daß ich im Sinne aller Delegierten spreche, wenn ich zunächst unseren Mannheimer Genossen, die die äußeren Arrangements für den Parteitag getroffen und während den Verhandlungen schwere anstrengende Arbeit geleistet haben, unseren wärmsten Dank ausspreche. (Beifall.) Die Genossen haben diese Arbeiten in so erfreulicher Weise verrichtet, daß es uns möglich war, in diesem schönen Raume unsere Verhandlungen fortzusetzen. (Lebhafter Beifall.) Vor allem danke ich Dreesbach, der, kaum von schwerer Krankheit genesen, mit Energie und Eifer sich an diesen Arbeiten beteiligt hat, um den Parteitag nach außen hin würdig zu gestalten. (Beifall.) Wir wissen diese Arbeit um so höher zu schätzen, als wir uns ja alle herzlich gefreut haben, als die Nachricht von seiner Genesung an uns gelangt ist. (Erneuter Beifall.) Unsern Dank bringe ich auch dem Meister Weißheimer und seiner Sängerschar sowie dem gesamten Komitee für den prächtigen, allen Teilnehmern unvergeßlich bleibenden Empfangsabend dar, und auch die Heidelberger Genossen, deren Bemühungen wir den schönen Nachmittag verdanken, sind in diesem Dank einbegriffen. (Lebhafter Beifall.) Ich danke namens des Parteitages aber auch unserer Revisionskommission, die mit Umsicht und Fleiß in zeitraubender Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet hat, obwohl die Genossen dadurch darauf verzichten mußten, einem großen Teile der Verhandlungen beizuwohnen. (Beifall.)

Genossen! Wenn ich, wie stets, einen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so möchte ich an der Spitze meiner Bemerkungen der Freude darüber Ausdruck geben, daß wir diesmal einen so zahlreich besuchten Parteitag gehabt haben. Der Mannheimer Parteitag war seit Halle am stärksten besucht. Es waren 409 Teilnehmer und 26 Gäste anwesend. (Bravo!) Wir dürfen zufrieden sein mit den Arbeiten, die in der „roten Woche" in Mannheim geleistet wurden. Wir haben unsere Verhandlungen erstreckt über eine Reihe der für das Proletariat, für die Arbeiterklasse Deutschlands wichtigsten Fragen. Zum ersten Male hat ein deutscher Parteitag die Fragen der Volkserziehung ausführlich behandelt. Wir haben in den beiden inhaltreichen und formvollendeten Referaten die Forderungen

festlegen hören, welche die Partei für die Volkserziehung aufstellt, und wenn wir auch nicht dazu gekommen sind, im einzelnen diese Forderungen zu diskutieren und zu erledigen, so haben wir doch durch die Einsetzung des beantragten Bildungsausschusses bewiesen, daß es uns ernst ist mit der Behandlung dieser Angelegenheit und daß wir entschlossen sind, das, was möglich ist, an finanzieller und moralischer Unterstützung für die Agitation auf diesem Gebiete zu leisten. (Sehr richtig!) Durch diesen Beschluß ist das Arbeitsgebiet der Sozialdemokratie erweitert und vertieft worden. Ich habe die Ueberzeugung, je mehr wir auf diesem Gebiet leisten, je mehr wir die Kinder und die Jugend mit dem großen heiligen Gedanken des Sozialismus erfüllen, desto mehr dienen wir unserer Sache, und desto eher wird der Tag kommen, an dem die Stunde der Befreiung für das Proletariat schlägt. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug erörtert. Die Annahme der Thesen unseres Referenten bedeutet, daß wir mit den von ihm vorgetragenen Grundsätzen durchaus einverstanden sind.

Wenn es eine Partei gibt, die es notwendig hat, endlich einmal auf diesem Gebiete der Kultur eine Stätte zu weihen, zunächst einmal durch ihre Forderungen, dann ist es die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesellschaft kann mit den Strafgesetzen, die sie sich geschaffen hat, zufrieden sein. Sie wird davon nur insoweit betroffen, als es sich in der Tat um wirkliche Vergehen und Verbrechen handelt. Wir aber, die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse, wir stehen unter dem Schwert einer Justizgesetzgebung, welche danach strebt, sich in den Dienst der herrschenden Gewalten, in den Dienst der Reaktion zu stellen. Unter Vermittelung der Justiz, bemüht, uns zu bekämpfen und zu vernichten, während doch die Justiz dazu dienen sollte, allen Bürgern Schutz zu gewähren, ist die bürgerliche Gesellschaft bestrebt, der Sozialdemokratie ihre Betätigung, den Kampf für Recht und Freiheit, zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor allem aber — und ich bin überzeugt, das dürfte die Empfindung des ganzen Parteitages sein — waren die Verhandlungen über den Massenstreik und über das, was sich daran knüpfte, von der aller höchsten Bedeutung. (Sehr wahr!) Ich kann mit Freude und Stolz konstatieren, daß ein revolutionärer Geist durch alle diese Ausführungen geweht hat und der Drang nach Einigkeit, die Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse in allen ihren Organisationen gemeinsam vorgehen müßte, daß keine Meinungsverschiedenheiten über die eigentlichen Forderungen bestehen dürfen, diese einmütige und eindringliche Betonung sollte, wie ich glaube, den Gegnern zum Bewußtsein gebracht haben, daß Partei und Gewerkschaft zu einander stehen, daß sie sich nicht auseinanderbringen lassen, nicht von außen, aber auch nicht von innen. (Lebhafter und stürmischer Beifall.) Das mögen die Anarchosozialisten sich merken. (Sehr gut!) Die Wünsche der Gegner in bezug auf den Mannheimer Parteitag sind getäuscht worden, die Hoffnungen der Genossen, die in der Gemeinschaftlichkeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung den Erfolg verbürgt sehen, sind erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, wie der Main und der Neckar in den großen mächtigen Strom, den Rhein, fließen, so sind auch Partei und Gewerkschaft Arme des einen großen Stromes, in dem sie sich zusammenfinden, Arme der proletarischen Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) So wie die beiden Flüsse zusammen kommen und schließlich zu einem einzigen mächtigen Strome werden, so kommen auch die Gewerkschaften und die politische Partei stets zusammen, wo es sich um die Interessen der Arbeiterklasse, um die Interessen des Proletariats handelt. Wir können über einzelne Fragen verschiedener Meinung sein, wir können in einzelnen Fragen noch so lebhaft uns bekämpfen, aber in

dem Augenblick, wo es uns zum Bewußtsein kommt, daß es sich um die großen Güter der Befreiung der Arbeiterklasse handelt, in dem Augenblick steht der politische Parteigenosse mit dem gewerkschaftlich organisierten Schulter an Schulter. (Lebhafter Beifall.) Das ist es, was diesem Parteitag die Weihe gibt. (Sehr richtig!)

Dies einmütige Zusammenstehen, dies brüderliche Verständnis, das Bestreben jedes einzelnen, auf diesem Parteitag es nicht zu Streit kommen zu lassen, die Auffassung, daß wir alle wissen, daß wir zu einander halten müssen, daß wir die einzelnen Wünsche einschränken müssen, daß vor allem Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig ist, um unser Endziel zu erreichen, aber auch um den Tageskampf führen zu können — das ist es, was diesen Parteitag auszeichnet, was ihm seine hohe Bedeutung verleiht. (Beifall.) So darf ich sagen, daß der Mannheimer Parteitag unvergänglich eingegraben steht in der Geschichte der Partei und der Gewerkschaften als Ausgangspunkt, von dem aus diese beiden gewaltigen Arbeiterorganisationen gemeinsam und einig kämpfen werden, bis das Ziel der Befreiung des Proletariats aus dem Doppeljoch der politischen Rechtlosigkeit und der ökonomischen Unterdrückung erreicht ist (Stürmischer Beifall.)

Bis dahin aber heißt es: Arbeiten, Organisieren und Agitieren, das sind unsere nächsten Aufgaben. Alle unsere Beschlüsse, all die Auffassungen, die wir zum Ausdruck gebracht haben, die Entschiedenheit, mit der wir alle betont haben, daß wir uns unsere Rechte, namentlich das Wahlrecht und das Koalitionsrecht nicht rauben oder schmälern lassen, sondern daß wir alles daran setzen werden, sie uns zu erhalten — ich sage, diese Beschlüsse können so lange nicht ausgeführt werden, bis nicht die ganze gewaltige Arbeiterklasse Deutschlands zusammengeschweißt ist in den Gewerkschaften und den politischen Organisationen. (Lebhafter Beifall.)

Da haben wir noch ein gutes Stück Arbeit vor uns. Diese Arbeit wollen wir leisten. Sie *muß* geleistet werden, wenn wir zum Ziele kommen wollen, und für diese Arbeit wird auch der Mannheimer Parteitag ein Ansporn sein. Die Verhandlungen werden von der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands mit Entsetzen gelesen werden, sie werden aber von der Arbeiterklasse und dem organisierten Proletariat aller Länder mit stolzer Freude gelesen werden. (Lebhaftes sehr richtig!) Der Erfolg unserer Verhandlungen wird der sein, daß, wenn die Delegierten zu Hause Bericht erstatten, sie von den Genossen freudig empfangen werden und ihnen das Versprechen entgegengebracht wird, im Sinne und Geiste unserer Beschlüsse zu handeln. (Beifall.)

Das ist unsere Aufgabe, eine Aufgabe, die hoffentlich ihre Früchte schon recht bald tragen wird, schon im Jahre 1908, wenn das Volk zu den Wahlen aufgerufen wird. Bei den nächsten Wahlen werden wir sehr schwere Kämpfe zu bestehen haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das gesamte Bürgertum, wenn es vielleicht auch bei der ersten Wahl sich in seinen Interessen durch besondere Kandidaten vertreten läßt, da, wo es sich handelt um die Entscheidung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten, einig und geschlossen gegen die sozialdemokratischen Kandidaten auftreten wird. (Hört! hört!) Das wissen wir und es ist gut, daß wir es wissen. Denn wir wollen uns nicht in falschen Hoffnungen wiegen. (Sehr richtig!)

Aber weil wir das wissen, erwächst uns die dringende Aufgabe, unsere Organisationen zu stärken und alles zu tun, um bei den nächsten Wahlen der Dreimillionenpartei eine große Anzahl neuer Anhänger hinzuzufügen. (Lebhafter Beifall.) Namentlich soll diese Aufgabe gewidmet sein den Arbeitern. Die Arbeiter sollen aufgeklärt, sie sollen belehrt und ihnen klar gemacht werden, daß die einzige Partei, auf deren Unterstützung sie zu rechnen haben, die ihnen Rechte erkämpft und die vorhandenen Rechte erhält, die Sozialdemokratie ist. (Lebhafter

Beifall!) Das ist die Aufgabe, die wir für die nächste Wahl zu erfüllen haben. Für diese Aufgabe werden auch die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages von großer Bedeutung sein. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir froh und zufrieden von diesem Parteitage uns trennen, wenn wir unseren Mannheimer Brüdern beim Abschied die Hand drücken, wollen wir auch damit zugleich besiegeln, daß wir es für unsere Pflicht halten, im Sinne der Beschlüsse zu wirken und zu handeln. (Lebhafter Beifall.) Wir befestigen dieses Versprechen, indem wir wie immer ausrufen: Die deutsche Sozialdemokratie, die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Singer: Ich schließe den Parteitag. Schluß um 8½ Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Badenweiler. Genossen in der Heilstätte Friedrichsheim. — **Berlin.** Engerer Kreis blinder Genossen. — 4 Dachdecker vom Bau Bismarckstr. 115. — Einige Genossen der zentralisierten Gewerkschaften. — Verband der freien Gast- und Schankwirte. — Klassenbewußte Zimmerer des Zentralverbandes, Zahlstelle Berlin. — **Bremen.** Genossen bei Greve. — **Bruchsal.** Arbeiter bei Riegel. — **Budapest.** Baumgarten. — Parteileitung der Sozialdemokratie Ungarns. — **Genf.** Ausländisches Komitee der armenischen sozialdem. Organisation. — Zentralkomitee des Allgem. Jüdischen Arbeiterbundes in Lithauen, Polen und Rußland. — **Graslitz.** Graslitzer und Klingenthaler Genossen. — **Großbreitenbach.** Wahlverein. — **Hannover-Kleefeld.** Freie Radler Misburgs. — **Heidungsfeld.** Genossen. — **Ingolstadt.** Sozialdemokratischer Verein. — **Johanngeorgenstadt.** Genossen des 21. sächs. Wahlkreises. — **Krakau.** Jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei Galiziens. — **Lamprecht.** Die streikenden Weber. — **Leimen.** Sozialdem. Verein. — **London,** Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein. — Friedrich Leßner. — **Lorsch.** Genossen. — **Luxemburg.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei Luxenburgs. — **Mailand.** Zum XV. Welt-Friedenskongreß anwesende Genossen. — **Moschendorf b. Hof.** Einige Porzellanarbeiter. — **Nürnberg.** Genossen von Lichtenhof-Nürnberg. — **Paris.** Auswärtiges Bureau des allrussischen Bauernbundes. — Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Parti socialiste revolutionnaire russe. — **Pirmasens.** Arbeiter der Schuhfabrik Rheinberger. — **Rom.** Italienische sozialistische Partei. — **Rothenburg a. T.** Sozialdemokratischer Verein. — **Sant Johann.** Vaterlandslose Gesellen der Heilstätte Sonnenberg. — **Sofia.** Sekretariat der sozialdemokratischen Arbeits-Union. — **Spenge.** 1000 im Lohnkampfe stehende Tabakarbeiter. — **Stettin-Grabow.** Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter. — **Teltow.** Wahlverein. — **Velbert.** Generalversammlung des Arbeitersängerbundes Rheinlands. — **Waldshut.** Genossen. — **Warschau.** Parteileitung der Sozialdemokratie Polens und Littauens. — **Weißenfels.** Paul Schlegel. — **Wismar.** Konferenz der sozialdemokr. Stadtverordneten Mecklenburgs. **Wittislingen.** Xaver Graf, Schuhmacher in Roedingen-Schwaben.

Bericht

über die

vierte sozialdemokratische Frauenkonferenz in Mannheim

:: Abgehalten am 22. und 23. September 1906 ::

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

In der Zentralhalle zu Mannheim trat am Sonnabend vormittag 9½ Uhr unter zahlreicher Beteiligung von Genossen und Genossinnen aus ganz Deutschland, Delegierten und Gästen vom In- und Auslande, die vierte sozialdemokratische Frauenkonferenz zusammen. Schon am gestrigen Abend war ihr eine

Vorbesprechung

vorangegangen, in der die Konstituierung der Konferenz vollzogen wurde.

Zu Vorsitzenden wurden die Genossinnen Zetkin-Stuttgart und Zietz-Hamburg, zu Beisitzern die Genossinnen Hoffmann-Mannheim und Deuper-Essen, zu Schriftführern die Genossinnen Nowagrotzki-Königsberg und Wehmann-Leipzig gewählt.

Die Mandatsprüfungskommission setzt sich aus den Genossinnen Hagen-Regensburg, Kemmer-Koblenz, Wagner-Chemnitz, Stuck-Luckenwalde, Würz-Düsseldorf, Fahrenwald-Hamburg und Matschke-Berlin zusammen.

Die Tagesordnung und Geschäftsordnung wurden genehmigt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Zentralvertrauensperson: a) Agitation, b) Presse. 2. Frauenstimmrecht. Berichterstatterin Genossin Zetkin. 3. Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichterstatterin Genossin Zietz. 4. Die Dienstbotenbewegung. Berichterstatterin Genossin Grünberg. 5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Berichterstatterin Genossin Dunder. 6. Verschiedenes.

Außerdem wurde beschlossen, der Genossin Baader eine Hülfskraft zur ausschließlichen Verwendung im Bureaudienst zur Seite zu stellen. Ueber die Wahl dieser Hülfskraft sollen die Berliner Genossinnen und die Zentralvertrauensperson entscheiden. Auch wurde der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands ein vierwöchentlicher Ferienurlaub bewilligt.

Die heutige Hauptversammlung wurde mit folgender Ansprache eröffnet.

Genossin Baader: Als Einberuferin der Konferenz eröffne ich dieselbe hiermit. Es ist unsere vierte sozialdemokratische Frauenkonferenz, die wir hier abhalten. Wir haben gestern abend, da die meisten Delegiertinnen schon anwesend waren,

eine Vorbesprechung abgehalten und die Formalitäten erledigt. Ehe wir aber jetzt in die Tagesordnung eintreten, habe ich noch die angenehme Pflicht, die Delegiertinnen herzlich willkommen zu heißen. Es sind diesmal eine große Anzahl von Genossinnen anwesend, die wir bisher noch nicht persönlich kennen gelernt haben, weil sie die früheren Frauenkonferenzen noch nicht besucht haben, die aber bei der Ausbreitung der Frauenbewegung doch schon jahrelang als tätige, tatkräftige Mitarbeiter mitwirken; ich heiße diese eifrigen Mitkämpferinnen recht herzlich willkommen. Ich habe aber heute auch noch besonders Gutes zu berichten. Auch aus dem Auslande wohnen unserer Konferenz zahlreiche Gäste bei, wie wir sie bisher noch nicht begrüßen konnten. (Bravo!) Als Vertreterin der russischen Sozialdemokratie (Lebhafter Beifall) wohnt der Konferenz Frau Ballabanoff bei, die zugleich die Genossinnen Italiens vertritt. Das zeigt, daß unsere Bewegung auch im Auslande mehr und mehr Beachtung findet. Aus Amsterdam sind zwei Genossinnen zu unserer Frauenkonferenz delegiert. Aus Oesterreich ist wiederum unsere Genossin Popp erschienen. Unser deutscher Parteivorstand nimmt ebenfalls an der Konferenz teil. Das ist eine Delegation und Ehrung, für die wir alle dankbar sein können.

So hoffe ich, daß die Tagesordnung, die wir zu erledigen haben, auch dazu beitragen wird, unsere Bewegung ein rechtes Stück vorwärts zu bringen und ich rufe in diesem Sinne Ihnen allen ein Glückauf zu. Ich beglückwünsche nochmals herzlich die Delegationen der ausländischen Genossinnen und schließe mit dem Wunsche, daß die Konferenz mit ihren wichtigen Beratungsgegenständen uns neue Wege zu weiterem Fortschritte weisen wird. (Bravo!)

Da das Bureau bereits konstituiert ist, übertrage ich den Vorsitz der Genossin Zetkin. Ich trage noch nach, daß Genosse Eichhorn als Vertreter des badischen Landesvorstandes anwesend ist.

Im Namen des Parteivorstandes ergreift das Wort

Genosse Molkenbuhr: Verehrte Anwesende! Im Namen des Parteivorstandes heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Proletarierfrauen der Welt beweisen, daß sie mündig geworden sind. Während die bürgerlichen Frauen bei ihren Beratungen sich immer noch auf den Standpunkt stellen, daß zwar den Damen ein gewisses Recht eingeräumt werden soll, meistenteils kommt es ihnen aber nicht in den Sinn, daß sie politische Gleichberechtigung verlangen. Da beweisen die Proletarierfrauen, daß sie sich als mündig betrachten und in das politische Leben eintreten wollen, von dem sie ferngehalten werden; das ist der Grundton, der im allgemeinen die bürgerlichen Klassen beherrscht, da sie wissen, was sie an dem weiblichen Geschlecht gesündigt haben durch die Gesetzgebung; sie möchten nicht, daß mündige Frauen auftreten und selbständig ihre Angelegenheiten vertreten. Dieser Grundgedanke, daß die Frau von der Politik ferngehalten werden soll, liegt der Gesetzgebung zugrunde, denn in fast allen kapitalistischen Ländern hält man diese Ungleichmäßigkeit aufrecht. Aber unsere Frauen haben angefangen, mündig zu werden, sie haben eingesehen, daß die kapitalistische Produktion die Frauen ebenso ausbeutet wie die Männer; sind sie derselben Ausbeutung unterworfen, so verlangen sie mit vollem Recht mitsprechen und ihre Interessen selbst vertreten zu dürfen. Wenn auch die Schutzgesetzgebung den Frauen in mancher Beziehung weiter entgegengekommen ist wie den Männern, so gibt es doch eine Anzahl von Fragen, die vom Manne einfach übersehen werden, weil er das wirtschaftliche Leben unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet als die Frau. Wie es im wirtschaftlichen Leben viel Mißstände gibt, von denen die Frauen viel schärfer betroffen werden wie die Männer, so ist es selbstverständlich, daß gerade Sie diese Fragen diskutieren müssen, daß auch die Kurz- und Schwachsichtigen sehen müssen, welche Mißstände herrschen. So ist die Frau eine geeignete Mitarbeiterin im politischen Leben und es ist selbstverständ-

lich, daß sie tätigen Anteil nimmt an der Einführung und Durchführung dieser Bestimmungen. So treten die Proletarierfrauen hervor und verlangen, daß ihre Mündigkeit anerkannt wird. Gerade die Proletarierfrauen haben mit ihren Konferenzen die bürgerlichen Frauen wiederholt beschämt und haben bewiesen, daß sie viel reifer sind bei Beurteilung politischer Fragen, daß sie den Männern gleichberechtigt sind. So wird die Konferenz beweisen, die Arbeiterinnen sind mündig geworden und verlangen gesetzliche Anerkennung ihrer Mündigkeit. (Bravo!)

Frau **Hoffmann-Mannheim**: Verehrte Genossinnen, Genossen, werte Gäste! Die sozialistische Frauenorganisation Mannheims hat mir den angenehmen Auftrag erteilt, Sie alle in ihrem Namen willkommen zu heißen. Wir freuen uns, daß gerade wir in Mannheim die heutige Frauenkonferenz in unseren Mauern begrüßen dürfen und um so mehr freut es uns, weil wir die jüngste Frauenorganisation in Baden sind. Wenn wir zurückblicken auf die früheren Konferenzen und jetzt den vortrefflichen Bericht unserer Genossin Baader lesen, werden wir mit Stolz feststellen können, daß wir große Fortschritte gemacht haben, daß unsere Bewegung an Breite und Tiefe bedeutend zugenommen hat. Gerade im letzten Jahre haben wir besonders Schweres erlebt. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre uns eine unserer besten und tüchtigsten Agitatorinnen aus unserer Mitte geraubt worden, wenn es der Kunst der Aerzte nicht gelungen wäre, das Augenlicht unserer Clara Zetkin wieder herzustellen. Heute können wir sie, was wir im vorigen Jahre noch nicht dachten, mit Freuden in unserer Mitte begrüßen. (Bravo!) Auch sonst haben wir seit der Bremer Konferenz viel durchgemacht. Die Lücke, die in unsere Reihen durch den Verlust der Genossin Rosa Luxemburg gerissen ist, ist noch nicht ausgefüllt (Zuruf vom Vorstandstisch: Doch, Rosa Luxemburg kommt heute noch!), um desto erfreulicher! Auch Luise Zietz hat viel Schweres durchgemacht. Das alles aber hat den Mut der Genossinnen nicht beeinträchtigt, keine Polizeimacht und Willkür kann uns schrecken. Unsere heutigen Verhandlungen sollen zeigen, daß wir mit vereintem Mut und fester Energie zu Werke gehen, daß wir immer mehr Fortschritte machen. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche, daß Ihre Verhandlungen auf fruchtbaren Boden fallen. (Lebhafter Beifall.)

Eichhorn-Mannheim: Werte Genossinnen und Genossen! Mir ist der Auftrag geworden, Sie im Namen des badischen Landesvorstandes hier herzlich willkommen zu heißen. Damit verbinde ich den innigen Wunsch, daß Ihre Arbeit recht gutes Gedeihen und guten Erfolg haben und vor allem auch für uns in Baden nutzbringend wirken möge. Bei uns ist, wie ja überhaupt in Süddeutschland, die Organisation und speziell die Organisation der proletarischen Frauen noch sehr zurück. Mit Ausnahme von Mannheim, wo dank der rühmenswerten und unablässigen Arbeit der Genossinnen, die Organisation eine ganz gute ist und abgesehen von einigen rein gewerkschaftlichen Frauenorganisationen, existiert in Baden so gut wie keine proletarische Frauenorganisation. Von der heutigen Konferenz und von dem Parteitag erhoffen wir einen stärkeren Anstoß auch für die Frauenorganisation in Baden — es ist das eine Art partikularer Egoismus. Wenn ich Ihren Verhandlungen also recht umfassenden Erfolg wünsche, so hoffe ich, daß dabei auch für uns in Baden etwas Gutes herausspringen wird. (Bravo!)

Frau **Ballabanoff** (mit stürmischem Beifall begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in kurzen Worten zwei Grüße überreiche, die zwar aus Ländern kommen, die ihrer historischen Entwicklung und ihrem sozialen Milieu nach ganz verschieden sind, die aber einig sind in dem Wunsche, Ihnen, werte Genossinnen, unsere Solidarität zu erklären mit allen denjenigen, die für die Befreiung der Menschheit kämpfen. Ich bringe Ihnen den Gruß der russischen sozialdemokratischen Partei, die, obgleich aber

gerade deshalb, weil sie in diesem Jahre in einem so schweren, so blutigen, aber auch in einem erfolgreichen Kampfe begriffen ist, mehr als je den Wunsch empfindet, Ihnen in Deutschland einen Gruß zu senden. Ist doch Ihre theoretische und praktische Tätigkeit für uns stets das Vorbild gewesen, so daß wir auch unter dem Druck der schrecklichen und blutigen Verhältnisse kämpfen konnten, ohne je das Bewußtsein unseres Sieges zu verlieren. Nicht etwa im Namen der sozialdemokratie von Rußland, sondern im Namen der ganzen sozialdemokratischen Partei wünschen wir Ihren Verhandlungen guten Erfolg. Sie wissen, daß wir in Rußland noch für die elementarsten politischen und menschlichen Rechte zu kämpfen haben, daß dieser Kampf und all das, was Sie längst errungen haben, bei uns das ganze Leben, das ganze Wesen nicht nur einzelner Persönlichkeiten, sondern ganzer Generationen in Anspruch nimmt. Da kann von einer Differenzierung der proletarischen Organisation nach Geschlechtern nicht die Rede sein.

Wir hoffen aber, daß das russische Proletariat, wenn es einmal in diesem schweren Kampfe die Freiheit errungen haben wird, es nicht erlauben wird, daß eine spezielle Gesetzgebung den Frauen, wie das bei Ihnen der Fall ist, das Recht nehmen wird, im proletarischen Kampfe mitzuwirken. Die russischen Proletarierinnen werden nicht sozialdemokratische Frauenvereine gründen, sie werden der großen Masse der sozialdemokratischen Partei beitreten, sie werden ihre Rechte nicht nur als Frauen, sondern als Menschen überhaupt erkämpfen. Und wenn dieser glückliche Augenblick gekommen sein wird, dann wird es unsere Wonne, unser Stolz sein, auch den deutschen sozialdemokratischen Frauen die Hand zu reichen und ihnen das zurückgeben zu können, was sie uns bis jetzt an praktischer, theoretischer, an moralischer und finanzieller Hülfe geleistet haben. Weiter bringe ich Ihnen die Grüße der italienischen Genossinnen. In Italien ist ja von einer disziplinierten sozialdemokratischen Frauenorganisation noch nicht die Rede, wenn auch die Frauen an den Kämpfen der Arbeiter teilnehmen, wie die letzten Angriffs- und Abwehrstreiks gezeigt haben, an denen tausende der unterdrücktesten Maisfeldarbeiterinnen und Bäuerinnen teilgenommen haben. Ihrem leuchtenden Beispiele folgend, wollen wir am 6. Oktober dieses Jahres, am Vorabende des allgemeinen Parteitages in Rom, eine Frauenkonferenz abhalten, wo wir erst das besprechen werden, was Sie schon vor vielen Jahren besprochen haben. In diesem Sinne begrüßen wir Sie. Sie können versichert sein, daß Ihre Beschlüsse für uns ein leuchtendes Vorbild sein werden. (Stürmischer Beifall.)

Frau **Adelheid Popp**-Wien überbringt die Grüße der österreichischen Genossinnen. Wir freuen uns über die großen Erfolge Ihrer Arbeiterinnenbewegung. Auch wir können trotz unserer schweren und opfervollen Kämpfe der letzten Zeit eine erfreuliche Ausdehnung unserer Arbeiterinnenorganisation feststellen. Wir stehen im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, dessen Erfolg eine Frage von wenigen Monaten ist. Leider konnten wir nicht zugleich den Kampf führen um die Erringung des allgemeinen Frauenstimmrechts, wenn auch das unser heißersehntestes Ziel bleibt. Wenn es einmal gilt, den Kampf um das Frauenstimmrecht zu führen, werden auch wir nicht zurückbleiben. — Auch in der Dienstbotenfrage sind wir noch sehr weit zurück, es gelten für die Dienstboten noch barbarische Bestimmungen aus dem Jahre 1810. Von einer Fürsorge für Schwangere ist bei uns noch keine Rede, sondern nur eine gesetzliche Bestimmung, daß Wöchnerinnen 4 Wochen nach der Niederkunft als Kranke zu behandeln sind; selbst in den österreichischen Staatsbetrieben, wo 85 000 Arbeiterinnen beschäftigt sind, gibt es keine Fürsorge für Schwangere. Sie sehen, daß uns alle Punkte Ihrer Tagesordnung außerordentlich interessieren. Wir hoffen, daß Ihre Verhandlungen erfolgreich für die ganze internationale Arbeiterinnenbewegung sein werden. (Bravo!)

Frau **Wybaut-Amsterdam**: Im Namen der holländischen Genossinnen bringe

ich unseren deutschen Schwestern die besten Grüße. Wir in Holland haben erst vor kurzem angefangen, unter den Proletarierinnen Propaganda zu machen. Wir sehen zu der großen deutschen Partei mit Bewunderung auf, wir bewundern Ihre Kraft, Ihren Mut, Ihr Talent und hoffen von Ihnen viel zu lernen. Besonders begrüßen wir es, daß sie Stellung nehmen zum Frauenstimmrecht und wir hoffen, daß sie beschließen werden, daß diese Frage auf dem internationalen Kongreß 1907 in Stuttgart zur eingehenden Verhandlung kommt. Mit diesem Wunsche rufe ich Ihnen herzliche Grüße zu. (Bravo!)

Vorsitzende Frau Zetkin: Ich glaube in aller Namen zu sprechen, wenn ich den Vertretern des Parteivorstandes, des Badischen Landesvorstandes und allen ausländischen Gästen unseren Dank und unsere Freude ausspreche, sie unter uns zu sehen, und wenn ich einer jeden von unseren ausländischen Schwesterbewegungen zurufe: Wir fühlen mit Euch, wir sind stolz und stark in dem Bewußtsein, mit Euch zusammen zur roten Internationale zu gehören. Eure Siege sind unsere Siege. Besonders rufen wir gerade im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick unserer russischen Bruderpartei, die in einem Kampf ohnegleichen steht, der von weittragendster welthistorischer Bedeutung ist, doppelt und dreifach zu: Euer Kampf ist unser Kampf, Euer Sieg ist unser Sieg. Ihr könnt moralisch und soweit es möglich ist, materiell auf unsere Unterstützung rechnen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Konferenz tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Bericht der Vertrauensperson.

Fräulein **Bauer-Berlin**: Aus dem gedruckten Bericht, der Ihnen vorliegt, und der ja auch schon durch die Presse gegangen ist, haben Sie ersehen, wie große Fortschritte die Frauenbewegung in den letzten beiden Jahren gemacht hat. Wir haben die Beschlüsse der letzten Bremer Frauenkonferenz durchzuführen gesucht. Zwar ist das nicht in allen Punkten gelungen, weil manche der angenommenen Anträge sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als undurchführbar erwiesen. In der Hauptsache aber sind wir, glaube ich, unserer Aufgabe, den Kampf zu führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und die Frauen trotz der verschiedenen rückständigen Vereinsgesetze Deutschlands zu organisieren, gerecht geworden. Erfolge haben wir schon aus dem Grunde zu verzeichnen gehabt, weil wir mehr und mehr gelernt haben, die verschiedenen Vereinsgesetze zu befolgen, d. h. mit ihnen auszukommen, weil wir sie bis in alle Einzelheiten und Feinheiten hinein durchforscht haben und uns auch von ihnen nicht mehr an der Organisationsarbeit hindern lassen. — Alle die Fragen, welche die Gesamtpartei, ja die ganze leidende Menschheit bewegt haben, haben auch wir in den Kreis unserer Aufklärungsarbeit hineingezogen. Während des vergangenen Jahres haben wir ja schwere Kämpfe als Arbeiterklasse durchzumachen gehabt. Es war gleich zu Beginn des Jahres 1905, als die kolossalen Kämpfe im Ruhrrevier ausbrachen und sich zeigte, wie brutal das Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft auftritt. Da haben die Frauen des Ruhrreviers tapfer zu ihren Männern gehalten, und durch ihre Haltung viel dazu beigetragen, daß die Männer standhielten, und der ganzen Welt erst recht klar gemacht wurde, wie großes Unrecht an den Arbeitern begangen werde. Das war die Frucht unserer Agitation, die wir jahrelang unter den Frauen des Ruhrreviers getrieben haben. Die Agitationsarbeit zu den darauf folgenden Gewerbegerichtswahlen im Ruhrrevier haben die Frauen geleistet, weil um die Arbeiter so viel herumspioniert wird und sie bei jeder Agitation sofort unbarmherzig aus der Arbeit geflogen wären. Die Frauen haben unentwegt tüchtig gearbeitet und den Sieg auf unsere Seite gebracht. Auch bei all den anderen großen Arbeiterkämpfen der letzten beiden Jahre sind die Frauen niemals mehr den Männern in den Rücken gefallen. — Die Bremer Frauenkonferenz hat mir ja recht

viele Aufgaben zuerteilt. Der Fortschritt, der unmittelbar nach ihr eintrat, läßt sich zahlenmäßig nachweisen durch die große Steigerung in der Zahl der gewählten Vertrauenspersonen und der Orte, in denen wir eine geordnete, regelmäßige Agitation betreiben. Auch die Genossen fühlten sich mehr und mehr verpflichtet, für die Frauenbewegung einzutreten. Und je mehr unsere Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt, desto schwächer wird auch der Widerstand der Männer gegen sie. Denn wir tun ja nichts weiter, als die Frauen dem großen Heere des kämpfenden Proletariats zuzuführen. Wenn sich auch unter den verschiedenartigen Vereinsgesetzen nicht genau sagen läßt, wir haben so und so viele Genossinnen, so können wir doch mehr als früher auch zahlenmäßig nachweisen, wie unsere Bewegung gewachsen ist. Auf dem Parteitage in Jena hat sich ja die Partei ein neues Organisationsstatut gegeben.

Es enthält die für uns Frauen wichtige Bestimmung, daß überall Vertrauenspersonen gewählt werden sollen. Ebenfalls neu ist der Paragraph, der gestattet, daß man freiwillige Beiträge entgegennimmt. Wir Sozialdemokratinnen Deutschlands haben uns diesen Passus zunutze gemacht und Karten für freiwillige Parteibeiträge drucken lassen. Es sind nunmehr bald 5000 Genossinnen, die auf diese Weise ihre Zugehörigkeit zur Partei bekundet haben. Besonders in den Gegenden, in denen die Behörden durch die Handhabung des rückständigen preußischen Vereinsgesetzes das Gedeihen unpolitischer Frauenbildungsvereine zu behindern sucht, hat sich die neue Einrichtung gut bewährt. Diese Genossinnen sind nicht nur solche, die Groschen zahlen, sondern sie haben auch auf Anleitung der Zentralstelle — die Zentralstelle ist ja dazu verpflichtet — in losen Zusammenkünften Mittel und Wege zu schaffen gesucht, die für eine bessere Agitation und Aufklärung notwendig sind. So haben wir proletarischen Frauen uns eine ungeheure Menge von Lese- und Diskussionsabenden geschaffen und die Frauen immer mehr an ernste Lektüre gewöhnt, damit ihnen allmählich die Kenntnis des Parteiprogramms in Fleisch und Blut übergeht. Wenn die theoretische Ausbildung der Frauen immer intensiver wird, so werden sie auch alle Tagesfragen weit besser beurteilen können. Sie können, wenn sie unser Programm im Kopfe haben, den Reichstagsverhandlungen besser folgen und aus dem Gegensatz zwischen unserem Programm und den Forderungen und Handlungen der bürgerlichen Parteien genau erkennen, daß diese es sind, die den Fortschritt hemmen und verhindern, daß die Frauen zu ihrem Rechte kommen. Wir empfinden es hierbei mit tiefem Schmerze, was unsere russischen Genossinnen zu leiden haben im Kampfe für nur etwas Bewegungsfreiheit. (Lebhafter Beifall.) Unser Bestreben ist von Anfang an immer gewesen, unsere Frauenbewegung so zu gestalten, daß nicht ein Zwiespalt zwischen uns und den Genossen besteht, sondern vielmehr ein harmonisches Zusammenarbeiten herbeizuführen. In Orten, wo vor zwei Jahren an eine Agitation noch nicht zu denken war, haben wir jetzt schon Genossinnen gewonnen. Wo die Frauenbewegung festen Fuß gefaßt hat, ist es auch von Vorteil für die Männer. Sie haben dann keine Schmutzkonkurrenz zu befürchten, wenn die Frauen aufgeklärt und Mitkämpferinnen des Mannes sind. Auch materielle Opfer sind nötig für unsere Kämpfe. Unsere Einrichtungen in dieser Hinsicht haben sich bewährt und haben dazu geführt, daß die Mittel, mit denen wir rechnen müssen, sich erheblich gesteigert haben. Insbesondere hat sich die Einführung von Fünfpfennigbons bewährt und dazu beigetragen, daß größere Summen als in den Vorjahren in die Zentralkasse geflossen sind. In den Jahren 1902—1904 war die Einnahme nur 2500 Mk., während sie sich 1905/1906 auf 8000 Mk. gesteigert hat. Aber es muß noch weiter gearbeitet werden, denn wir haben trotzdem nicht viel Geld in der Kasse. Das Geld ist nicht dazu da, daß es aufgespeichert wird, sondern dazu, unsere Aufklärungsarbeit zu fördern. (Beifall.) Für die mündliche Agitation sind durch unsere Einrichtungen eine ganze Anzahl Genossinnen herangebildet worden,

welche rednerisch tätig sind und in Vereinsversammlungen wenigstens in der Diskussion sprechen können. Manches Talent ist in die Erscheinung getreten infolge der Diskussionsabende, die wir eingerichtet haben. Auch als Leiterinnen der Diskussionsabende haben wir eine große Anzahl Frauen herangebildet. Wo solche noch nicht vorhanden sind, werden die Diskussionsabende von Genossen bereitwilligst geleitet. Wenn wir nun sehen, wie alles wächst, ist es um so mehr erforderlich, die Agitation noch intensiver zu betreiben. Eine große Anzahl von Genossinnen kennt keine Müdigkeit in dieser Beziehung, so daß wir fast wünschten, sie sollten mehr an ihre Gesundheit denken. Sie werden wohl wissen, an wen ich hier besonders denke. (Beifall.) Aber das ist eben der Drang, der alle belebt. — Wir haben aber nicht nur sozialistische Agitation betrieben, sondern wir haben auch die gewerkschaftliche Agitation nicht versäumt. Ich glaube, daß Sie damit einverstanden waren, daß ich dem Gewerkschaftskongreß in Köln beigewohnt habe, weil ich der Meinung war, daß man das, was man selbst hört, besser für die Organisation verwenden kann. (Sehr wahr!) Nach meiner Rückkehr von Köln habe ich auch den Genossinnen Fingerzeige für die Agitation durch Zirkulare geben können. In den gewerkschaftlichen Organisationen haben die Genossinnen an vielen Orten Kommissionen gebildet und haben mit den Genossen gemeinsame gewerkschaftliche Tätigkeit und Aufklärungsarbeit ausgeführt. Die Zahlen meines Berichts zeigen, daß die Arbeit nach dieser Richtung nicht vergeblich gewesen ist und daß sie viel dazu beigetragen hat, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen so sehr gegen früher gewachsen ist.

Viele Fragen tauchen für uns in der Organisation auf. Wir wissen, daß unsere soziale Gesetzgebung einen rechten Schneckengang geht, daß sie sich hauptsächlich auf Erhebungen beschränkt. Aber diese Erhebungen geben gutes Material. Alle diese Enqueten haben das Gute, daß sie die Agitation verschärfen. (Sehr richtig!) Wir haben die Genossinnen stets aufgefordert, sich an den Erhebungen eifrig zu beteiligen. Als die Erhebungen über die Wäschereiarbeiterinnen in Aussicht standen, haben wir uns an die Kommission für Arbeiterstatistik gewandt und die Genossinnen als Expertinnen darüber empfohlen, wo Erhebungen mit Erfolg zu veranstalten seien. Die Kommission hat höflich geantwortet, sie habe ihre Einrichtungen zwar schon getroffen, aber sie würde unsere Hülfe in solchen Fragen gern in Anspruch nehmen. Aus den Erhebungen über die Wäscheindustrie wurde aber nichts. Dagegen wurde eine Enquete über die Zustände in der Fischindustrie veranstaltet, in der auch viele Frauen beschäftigt sind und für ein paar Bettelpfennige ihre Gesundheit und Arbeitskraft dem Kapitalismus opfern müssen. In den Kreisen dieser Arbeiterinnen haben wir tüchtig agitiert. Die Erhebungen haben ergeben, daß diese Arbeiterinnen z. B. in Danzig wöchentlich 6 Mark verdienen. (Hört! hört!) Einer der Unternehmer erklärte bei seiner Vernehmung: Wir können keine jungen Mädchen gebrauchen, wir müssen verheiratete Frauen nehmen, die jungen Mädchen sind zu liederlich und gehen auf die Straße. (Hört! hört!) Das sagt ein Mann, der weiß, daß die Arbeiterinnen 6 M. wöchentlich bekommen und der so tut, als seien die jungen Mädchen an sich liederlich und würden nicht durch den Lohn auf die Straße getrieben. (Sehr richtig!) Es ist tüchtig gearbeitet worden. Mit unendlicher Mühe ist es gelungen, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Pommern Fuß zu fassen. Die Zeit wird kommen, wo kein frecher Unternehmer mehr in der Fischereiindustrie sagen wird, ich lasse so lange arbeiten, als noch Fische zu verarbeiten sind. Den Unternehmern geschieht ja nichts. Wir leben in einem Staate, wo vor dem Gesetze zwar alle gleich sind, aber die Gesetze nicht gleich gehandhabt werden. Geringe Geldstrafen für die Unternehmer sind nur eine Aufmunterung, die Gesetze weiter zu übertreten. (Sehr richtig!) Die Genossinnen haben auf eigene Faust Erhebungen

über die Lage der Plätterinnen veranstaltet und das gewonnene Material für die Agitation verwendet. — Auch die Organisation unter den Textil- und Porzellanarbeiterinnen hat gute Fortschritte gemacht. In Oberfranken und Thüringen, an Orten, wo bis vor wenigen Jahren von Agitation noch keine Rede war, sind den Gewerkschaften viele Arbeiterinnen als Mitglieder zugeführt worden.

Für das Frauenstimmrecht haben wir eine tüchtige Agitation entfaltet, namentlich in Preußen. Vor zwei Jahren, im Dezember 1904, fand der preußische Parteitag statt; die Genossinnen folgten einer Einladung der Zentralstelle und beschickten den Parteitag durch Delegierte aus Berlin, Köln, Frankfurt und Magdeburg u. a. O. Verhandelt wurde dort auch über das Frauenwahlrecht. Bald hatten wir Gelegenheit, für das Frauenwahlrecht öffentlich aufzutreten, und zwar in den Versammlungen, die am 21. Januar, am Jahrestage der Bluttaufe der russischen Revolution, stattfanden. In diesen Massenversammlungen haben wir mit den Parteigenossen zusammen das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht zum Landtage auch für die Frauen gefordert. — Jede Agitation bringt neue Anhänger, revolutioniert die Köpfe und weist auf die Klassengegensätze hin. Das hat auch unsere Wahlrechtsagitation getan. Wir haben mit den Genossen zusammen gearbeitet und haben mit ihnen zusammen beraten. Jede Aktion, die veranstaltet werden sollte, ist vorher mit uns besprochen worden. Das will ich denjenigen sagen, die da meinen, wir werden zurückgesetzt. Die Beteiligung der Frauen an den Wahlrechtsversammlungen war sehr groß. Das halte ich den Kritikern entgegen, die behaupten, wir hätten nichts Rechtes getan und ganz anders auf den Plan treten müssen. Wir hatten keine Veranlassung zu einer besonderen Aktion. (Sehr richtig!) Es wäre gar nicht so effektvoll geworden, wenn wir allein die Aktion veranstaltet hätten. Mit den Versammlungen vom 21. Januar ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, wenn wir auch nicht in den Generalstreik eingetreten sind. (Heiterkeit.)

Es bleibt uns noch viel Arbeit zu tun. Daß wir nicht erlahmen, dafür sorgt schon die Unersättlichkeit und Brutalität des Bürgertums. (Lebhafter Beifall.) Rednerin erinnert an die Wahlrechtsverschlechterung in Lübeck, Hamburg und den sächsischen Wahlrechtsraub. Dahinter steckt das böse Gewissen des Bürgertums, das die Hechte aus dem Karpfenteich fernhalten möchte. Je mehr die Klassengegensätze sich verstärken, um so mehr wächst der Zusammenhalt und das Widerstandsgefühl auch unter dem weiblichen Proletariat. (Bravo!)

Außer der Wahlrechtsaktion veranstalteten wir eine Aktion gegen die weitere Verpfaffung der Volksschule.

In hunderten von Versammlungen haben wir die Frauen gelehrt, welches Unrecht ihren Kindern zugefügt wird, wenn ihnen die kostbaren Schuljahre durch den verdummenden Religionsunterricht verdorben werden, nur weil die Junker möglichst dumme Arbeiter haben wollen. Das vortreffliche Referat über die Schulfrage, welches Clara Zetkin auf der Frauenkonferenz zu Bremen hielt, ist in Broschürenform herausgegeben und in 20 000 Exemplaren zum Selbstkostenpreise verbreitet worden. Mit der Erziehungsfrage haben sich dann auch die Frauenbildungsvereine befaßt, die gegenwärtig mehr als 8000 Mitglieder insgesamt zählen, trotz der vielen Bedrückungen und Schwierigkeiten, die uns die Polizei bereitet. Den Genossinnen an kleinen Orten würde es viel Mühe und Arbeit machen, wenn sie für manche ihrer Vereine besondere Vereinsstatuten drucken lassen müßten. Wir haben daher ein ganz einfaches Normalstatut drucken lassen, das überall angewendet werden kann. Das hat zwar die Arbeit der Zentralstelle erschwert, vielen Orten jedoch Geldersparnisse gebracht und eine größere Einheitlichkeit herbeigeführt. So haben wir auf jede Weise gesucht, zur Aufklärung und Organisierung der Genossen beizutragen.

Ueber das Kinderschutzgesetz haben wir ja auf der letzten Frauenkonferenz das wertvolle Referat der Genossin Zietz gehört. Durch unzählige Referate haben wir weiterhin die Genossinnen aufzuklären versucht, daß es ein Unrecht im wirtschaftlichen Sinne und ein Verbrechen an der Entwickelung des Kindes ist, wenn man es gewerblich arbeiten läßt. So wollen wir, auch wenn das Gesetz nicht geändert wird, die Kinderarbeit doch allmählich zurückdrängen. Wie immer, wenn ein Arbeiterschutzgesetz gemacht wird, gestattet auch das Kinderschutzgesetz den Unternehmern allerlei Ausflüchte. Zum Teil sind diese Konzessionen an das Unternehmertum erst mit dem 31. Dezember außer Kraft getreten. Ich habe die Genossinnen durch ein besonderes Zirkular aufmerksam darauf gemacht.

So haben wir nach allen Richtungen Agitationsarbeit geleistet von einer Regsamkeit und Ergiebigkeit, wie sie bis dahin noch nicht bemerkt war. Wenn ich allein auf die Fülle unserer Versammlungen in den letzten zwei Jahren zurückblicke, so muß ich sagen, es kann keine Rede mehr davon sein, daß die Frauen schlafen. Die Frau hat in den proletarischen Kampf eingegriffen, führt den Kampf und wird ihn unentwegt weiter führen. (Lebhaftes Bravo!) An vielen Orten haben sich zur Durchführung des Kinderschutzgesetzes Kommissionen gebildet. Vor allem müssen wir darauf achten, daß bei den Anstalten, auf die unsere Partei Einfluß hat, keinerlei Kinderarbeit verwendet wird. Wir müssen selbst damit vorangehen, die Kinderarbeit auch innerhalb der gesetzlich zulässigen Zeit gänzlich auszuschalten. Die Genossinnen von ganz Deutschland werden deshalb gut daran tun, an die große Glocke zu schlagen, wenn etwa noch hier und da Kinderarbeit in der Partei verwendet werden sollte. Ein wachsames Auge auf diese Dinge kann nur von Nutzen sein.

In den letzten zwei Jahren ist unsere Agitation in Gegenden vorgedrungen, die uns bisher verschlossen waren. Mit Unterstützung des Stettiner Parteisekretärs habe ich eine Agitationstour durch Pommern arrangiert, die unerwartet reiche Erfolge hatte. Es war nicht nur ein Strohfeuer, sondern es hat Bestand. Es geht weiter, auch in Ostpreußen. Wem taucht bei diesem Worte nicht vor seinem geistigen Auge das elende Landproletariat auf, das von der schlimmsten Sorte von Junkern ausgebeutet wird. Auch dort ist das Licht des Sozialismus aufgegangen, in Königsberg haben wir eine schöne Frauenbewegung und einen schönen Frauenverein. Auch im Posenschen, sogar in einigen Orten Oberschlesiens, sind gute Ansätze zu einer Agitation vorhanden. Wenn wir von dieser Konferenz zurückkehren, müssen wir, soweit unsere Kräfte reichen, da weiter arbeiten, wo die Bewegung eingesetzt hat, damit das gesamte Proletariat bald zu uns gehört. Auch in Bayern haben wir Fortschritte gemacht. Zwar ältere Genossinnen haben dort schon seit Jahren gewirkt, aber erst in den letzten beiden Jahren ist es uns gelungen, auch in Bayern an verschiedenen Orten Vertrauenspersonen zu gewinnen, die die sozialistische Aufklärung in die Massen hineintrugen. Wir haben in Bayern zwar Gegenden, wo jetzt noch die Pfaffen herrschen, wo es noch ganz schwarz ist. Wir haben aber jetzt schon eine Delegierte dort, die uns zeigt, daß manches Schwarze dort schon in leuchtendes Rot verwandelt ist. (Sehr gut!)

Die Polizei hat uns auch in den letzten Jahren die größte Beachtung geschenkt und im Rheinland verschiedene Bildungsvereine geschlossen. In Essen ist sogar eine Anklage wegen Geheimbündelei erhoben worden. Gegen andere Genossinnen ist man wegen angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz vorgegangen. In Sachsen-Weimar hat man mehrfach der Genossin Zietz verboten, Referate zu halten. Sie hat es natürlich doch verstanden, ihre Meinung zu sagen. Man ist ja immer noch ein bißchen klüger als die Polizei. (Heiterkeit.) Und namentlich, wenn die Polizei mit der Zietz anfängt, die so ausgepicht ist, da ist sie von vornherein schon verloren. (Stürmische Heiterkeit.)

Brutal ist die Polizei gegen diejenigen Genossinnen vorgegangen, die sich verpflichtet fühlten, Flugblätter am 21. Januar zu verbreiten. Man hat Genossinnen verhaftet und in Ketten gelegt, wie die schwersten Verbrecher. Heute kann leichter ein Mörder entlaufen als ein Sozialist. (Sehr wahr!) In Bromberg hat man eine Genossin, die an Krämpfen litt, allein in eine Zelle gesperrt und mit den Beinen am Fußboden festgeschnallt, so daß sie sich nicht rühren konnte (Lebhafte Pfuirufe.) Erst auf das Geschrei der Gemarterten wurde sie von ihren Fesseln befreit und in eine gemeinschaftliche Zelle gebracht. So schlimm und noch schlimmer wie mit den schlimmsten Verbrechern verfährt man mit Proletarierinnen. Die Macht hat nur der Bourgeois. Ich will weiter nichts sagen. Die Genossinnen wissen selbst, was sie erduldet haben und was wir noch erdulden werden. Aber das sind nur kleine Nadelstiche, über die unsere große Sache leicht hinweg hilft.

Neben unserer mündlichen Agitation haben wir auch die Agitation durch die Presse betrieben, die für uns ein wichtiges Mittel der Aufklärung ist. Mit ihrer Hülfe haben wir die Frauen über bestimmte Krankheiten aufzuklären versucht, zunächst durch das Merkblatt über den Gebärmutterkrebs. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wo die Frau selbst in der schwierigsten Zeit, wo sie ein Kind geboren hat, nicht von der Ausbeutung verschont ist, müssen ja die Krankheiten in so erschreckender Weise um sich greifen, wie man es in früheren Generationen nicht gekannt hat. Um so dankbarer müssen wir sein, daß Genosse Dr. Freudenberg, der leider so früh Verstorbene, uns noch über seinen Tod hinaus in diesem Merkblatt ein so wertvolles Vermächtnis hinterlassen hat. (Lebhafter Beifall.) Die „Gleichheit" hat auch den Kampf um die Unfallrente in einem Merkblatt behandelt. Dieses wichtige Merkblatt ist überall unter den Organisationen verbreitet worden und diese sind aufgefordert, darüber Diskussionen zu veranlassen. Ich habe damit großen Erfolg gehabt. Jetzt ist bereits das zweite 50. Tausend vergriffen. Dem Verlag in Stuttgart, der die Auflage zum Selbstkostenpreis hergestellt hat, muß ich auch hier meinen Dank aussprechen. Sehen wir doch, daß wir auch materiell unterstützt werden. Unsere „Gleichheit" hat erfreulicherweise einen bedeutenden Zuwachs an Abonnenten zu verzeichnen, sie hat bereits das 46. Tausend überschritten. Hoffen wir, daß, wenn wir in 2 Jahren wieder zusammenkommen, sie bereits 100 000 erreicht hat. Sorgen Sie alle dafür, daß die „Gleichheit" in keinem Arbeiterheim fehle. Wenn unsere Frauen recht belesen sind, werden sie auch ihre Kinder recht erziehen. Wir verzagen nicht in unserem Kampf, wir werden uns die Freiheit erkämpfen, wenn auch unsere Polizei noch mehr kosakisch werden sollte. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Ich möchte meinen Bericht nicht schließen, ohne daran zu denken, wie viele unserer Genossinnen viel zu früh aufgerieben wurden durch den Kampf ums Brot und durch die Agitation. Aber das ist nur klein im Vergleich dazu, wie viele in Rußland durch die niederträchtigen Schergen des Zaren niedergeknutet werden. Aber sie sind uns mit ihrem Opfermut ein Ansporn dazu, daß wir nicht wanken und nicht weichen. Zum Andenken an unsere verstorbenen Genossinnen wollen wir uns erheben und nicht bloß zum Andenken, sondern auch zur Anerkennung für alle Genossinnen, die für die Freiheit kämpften. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.

Es folgt die Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Punkte der Tagesordnung „Agitation" vor:

1. Die Agitation unter den Frauen ist nicht nur in einzelnen Bezirken sondern in den ganzen östlichen Provinzen intensiv zu betreiben. (Bromberg.)

2. Deutschland ist in Agitationsbezirke einzuteilen und die Einsetzung von Bezirksvertrauenspersonen anzustreben. (Bromberg.)

3. Den Vertrauenspersonen in jedem Wahlkreis sind Agitationskommissionen, bestehend aus fünf Personen, zur Seite zu stellen, deren Tätigkeit sich auf den Wahlkreis erstrecken soll. (Erfurt.)

4. Es möge energisch für die Freigabe des Sonnabendnachmittags für gewerbliche Arbeiterinnen agitiert werden. (Mülhausen [Elsaß]).

5. Den Vertrauenspersonen der industriell entwickelten Orte wird zur Pflicht gemacht, an die Gemeindevertreter Anträge zu stellen zur Schaffung von Krippen und Kindergärten. (Berlin.)

Zu Nr. 5 beantragt Genosse Katzenstein-Berlin folgenden Zusatz: „Erforderlichenfalls sind im Geiste moderner sozialer Pädagogik geleitete Einrichtungen selbst ins Leben zu rufen oder zu unterstützen."

Frau Greifenberg-Augsburg: Ich habe zu dem Tätigkeitsbericht der Genossin Baader nichts hinzuzufügen. Ich sehe daraus, daß Genossin Baader gewissenhaft gearbeitet hat, wie sie es nicht besser hätte tun können. Ich will mich daher nur zu den Anträgen zu diesem Punkte äußern. Antrag 8 der Erfurter Genossinnen ist ja sehr gut gemeint, aber wegen der Vereinsgesetzgebung in den verschiedenen Staaten nicht durchführbar. (Sehr richtig!) Darum ist es besser, wir lehnen den Antrag ab. Dagegen ist Antrag 5 so wichtig, daß seine Annahme erforderlich erscheint. Gerade in industriell entwickelten Orten zeigt sich die Notwendigkeit solcher Einrichtung. Wohl haben wir bereits Krippen und Kinderbewahranstalten, die von Klöstern und Fabrikanten eingerichtet sind. Die Genossin Baader führte an, daß die Autorität der Mütter nicht untergraben werden solle, aber in diesen Anstalten wird sie untergraben. Besonders bei uns in Bayern ist dies der Fall, wo die Geistlichkeit die Kinder unter ihrem Einfluß hat. Wir haben deshalb die Pflicht, daraufhin zu arbeiten, daß Leute dort angestellt werden, die gewissenhaft danach streben, nicht daß den Kindern Bibelsprüche und Gesangverse eingepaukt werden, sondern daß die Mutter nicht Angst zu haben braucht, daß ihre Kinder nicht gut untergebracht sind. Deshalb stimmen wir für diesen Antrag. Mache jeder es sich zur Pflicht, danach zu trachten, daß er auch durchgeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Frau Fahrenwald-Hamburg: Den Ausführungen meiner Vorrednerin zum Bericht der Genossin Baader kann ich mich nur anschließen. Ich hoffe, daß der nächste Bericht über noch größere Erfolge wird berichten können. Wir arbeiten in Hamburg, seitdem nicht mehr weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, sondern die Genossinnen als Vorstandsmitglieder in den einzelnen Kreisen mitwirken, mit den Genossen Hand in Hand bei schönstem Erfolge. Wir haben die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit" auf 1600 erhöhen können. (Bravo!) Die Kolportage der „Gleichheit" besorgen die Genossinnen selbst. Wir haben durch diese mühselige Arbeit des Treppauf, Treppab für das Gewerkschaftshaus 1000 M. zeichnen können. Im dritten Kreis allein haben wir 1600 Organisierte. In bezug auf die Anträge 8 schließe ich mich ganz den Ausführungen der Genossin Greifenberg an. Bezüglich Antrag 5 hoffe ich, daß die Zeit komme, wo die Frauenarbeit verschwinden wird, wo jede Mutter ihre Kinder selbst erziehen kann und wir keine Krippen und Kindergärten mehr brauchen. Und arbeiten wir vor allem dahin, daß die Kinderarbeit bald ganz verschwindet. (Beifall.)

Frau Denper-Essen: Bei uns wurde die Frauenorganisation 1904 durch die Genossinnen Zietz und Kähler begründet. Heute haben wir bereits über 600 Abonnenten auf die „Gleichheit". Eben so sehr wachsen bei uns aber die polizeilichen Schikanen, besonders bei der Abhaltung von Versammlungen. Mich selbst hat man mit einer Anklage wegen Uebertretung des § 128 bedacht, d. h. wegen Geheimbündelei. (Heiterkeit.) Nun, ich sehe der Verhandlung mit Ruhe entgegen. Unserer Organisation haben polizeiliche Aktionen nur genützt, denn wir haben jeden Tag Neuaufnahmen zu verzeichnen. (Bravo!)

Frau **Duncker**-Dresden: Zunächst einige Worte zum Antrag 5. Wenn wir den Gemeinden empfehlen, Kindergärten einzurichten, so laufen wir Gefahr, daß die Leitung in die Hände von Geistlichen gegeben oder sonstigen Personen übertragen wird, die die Kindergärten im religiösen oder loyalen Sinne leiten. Deshalb müssen wir uns fragen, ob wir nicht auf dem Boden genossenschaftlicher Selbsthülfe etwas erreichen können. (Sehr wahr!) Im „Vorwärts" wurde kürzlich berichtet, daß in Charlottenburg ein Kindergarten besteht, der von Genossen gegründet worden ist und geleitet wird. Ich habe nachher aber nichts mehr davon gehört. Gewiß, niemand von uns denkt daran, in den Kindergärten Politik zu treiben. Aber verhüten wollen wir, daß die Köpfe unserer Kinder mit allen möglichen religiösen Vorstellungen vollgestopft werden, daß man als Kind schon anfängt, jeden Geburtstag hoher Herrschaften mit großem Klimbim zu feiern. (Sehr richtig!) Ich meine also, daß wenn uns die Garantie nicht gegeben ist, daß die kommunalen Kindergärten vollkommen unparteiisch geleitet werden, wir auf dem genossenschaftlichen Wege selbst etwas zu erreichen suchen müssen. (Beifall.)

Frau **Kähler**-Dresden: Die Bewegung in den östlichen Provinzen geht langsam vorwärts, aber wir haben doch dort schon ganz schöne Erfolge erzielt. In Bromberg, wo bei der Flugblattverteilung zwei Genossinnen ins Gefängnis geworfen wurden, haben wir 40 Abonnenten auf die „Gleichheit" und 30 freiwillig Parteibeiträge zahlende Genossinnen. In Schönlanke 25 Leserinnen der „Gleichheit" und 95 organisierte Genossinnen! Auch sonst haben wir vielfach ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Um sie zu halten, haben die Bromberger Genossinnen beantragt, daß die Agitation in den östlichen Provinzen intensiver gestaltet werde. Dort werden die Frauen nicht nur in der Industrie ausgebeutet, sondern auch in der Landwirtschaft, bei Kanalisations- und Erdarbeiten. Was den Antrag 2 anbetrifft, so mag berücksichtigt werden, daß durch eine solche Einrichtung unsere Zentralvertrauensperson sehr entlastet werden kann. Die Versendung des Materials erfolgt direkt an die Bezirksleiterinnen und die große Korrespondenz mit den übrigen Vertrauenspersonen würde eingeschränkt werden.

Frau **Schradin-Reutlingen**: Aus Württemberg kann ich leider nicht über große Erfolge in der Frauenbewegung berichten. Daran trägt die Hauptschuld die Gleichgültigkeit der männlichen Genossen in Württemberg, die der Meinung sind, die Frauen betrieben die Agitation nur als Sport. Der Gewerkschaftssekretär Raether in Stuttgart meinte, erst sollte man die Männer zu organisieren suchen, dann erst kämen die Frauen dran. Die Frauen seien zu dumm, um in den Versammlungen die Referate zu verstehen. (Hört, hört!) Es gehört eine Roßnatur dazu, um bei solchen Redensarten kühl und ruhig zu bleiben. Beim Landesvorstand stellten wir den Antrag, er möge einige Hundert Mark auswerfen für eine Person, die mich in der Agitation unterstützen sollte. Er wies mich an das städtische Komitee, von da wurde ich zum Parteisekretariat geschickt. Es tut mir leid, daß ich hier über die Rückständigkeit der württembergischen Genossen Klage führen muß. In anderen Staaten, wie zum Beispiel in Preußen, wo kein freies Vereinsrecht herrscht, unterstützen die Genossen die Genossinnen bei ihrer Arbeit. Ich hoffe, daß die Verhandlungen der Frauenkonferenz dazu beitragen werden, daß auch in Württemberg diese Verhältnisse sich bessern werden. Erfreulich sind die Fortschritte unter den Jugendlichen. (Beifall.) In Reutlingen gehören 95 junge Leute der Jugendorganisation an. Und damit tröste ich mich: der Jugend gehört die Zukunft und die Jungen werden über die Köpfe der Alten hinweg gehen. (Lebhafter Beifall.)

Simon **Katzenstein**-Berlin: Der hier empfohlene Weg der Selbsthülfe ist bereits beschritten worden und ein Kindergarten gegründet worden, der pädagogisch wesentlich auf dem Boden der Fröbelschen Ideale steht, aber in manchen Punkten doch auch abweicht. Wir wollen, daß die Kindergärten weder politisch noch religiös beeinflußt werden, wünschen aber, daß die Kinder sich schon früh-

zeitig daran gewöhnen mögen, solidarisch zusammenzuhalten, die Dinge um sich herum zu verstehen und zu schätzen. Damit würde eine neue Grundlage geschaffen werden für eine durchgreifende Erziehung. Der Antrag 5 fordert, daß derartige Anstalten von den Städten geschaffen werden. Das ist zwar sehr schön, aber der Zusatzantrag will erforderlichenfalls die selbständige Gründung solcher Anstalten. Das ist gut, denn wir wissen noch lange nicht, daß, wenn solche Einrichtungen von den Kommunen geschaffen werden, sie so ausfallen werden, wie wir es wollen. Nehmen Sie die Fröbelschen Kindergärten in ihrer fortschrittlichsten Form, da haben Sie auch patriotische Einflüsse. Das müssen wir verwerfen. Wir wollen rein aus der Erkenntnis der Kindesentwickelung heraus die Kinder fortbilden. Das können wir von den herrschenden Städteregimentern nicht erwarten, und deshalb müssen wir selbständig vorgehen. Es handelt sich für uns darum, Kindergärten und -Schulen im modernen Sinne zu schaffen. Wenn wir etwas derartig Durchgreifendes erreichen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die proletarischen Frauen entlastet werden von einer Aufgabe, der der größte Teil nicht mehr gewachsen ist und daß die Kindererziehung befreit bleibt von einer Beeinflussung politischer und kirchlicher Natur. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zietz-Hamburg: Ich kann mich mit der Anregung einverstanden erklären, die Agitation unter den Genossinnen den Bezirken zu übertragen. Der Gedanke ist ja auch gestern schon zum Ausdruck gebracht worden. Aber ich würde es für unpraktisch halten, hier bei der weiteren Erörterung und Beschlußfassung einzutreten für eine Erledigung dieser Frage auf genossenschaftlicher Grundlage. Die Genossin Duncker und Genosse Katzenstein haben den Zusatzantrag der Frankfurter Genossen befürwortet. Ich erkenne an, dieser Zusatzantrag ist getragen von der Erwägung, daß die Gemeinden heute vielfach noch im rückschrittlichen Geiste geleitet werden und daß deshalb dort von privater Seite Kindergärten geschaffen werden müssen. Diese Kritik an den Gemeinden mag zutreffend sein, aber die Genossin Duncker ist zu weit gegangen. Ich meine, wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Wir sollten in erster Linie von der Kommune solche Einrichtungen verlangen. Wenn die sozialdemokratischen Gemeindevertreter bisher keinen Erfolg auf diesem Gebiete erzielt haben, so liegt dies nicht daran, daß sie sich dieser Forderung nicht mit der nötigen Energie angenommen haben, sondern daran, daß sie noch zu wenig Einfluß auf die kommunalen Verwaltungen auszuüben in der Lage sind. Mit dem ständigen Wachsen unserer Partei wird auch ihr Einfluß nach dieser Richtung hin größer werden. Das wird aber alles nicht so schnell gehen und deshalb brauchen wir den Weg der genossenschaftlichen Selbsthülfe nicht abzuweisen, weshalb ich dem Antrag Frankfurt sympathisch gegenüberstehe. Nur soll man sie nicht in den Vordergrund rücken. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß man vorsichtig erwägen muß, ob auch die Voraussetzungen für die Schaffung und Erhaltung von Kindergärten gegeben sind. Jedenfalls ist die Angelegenheit eine Aufgabe unserer Bewegung. Keinesfalls dürfen wir die Angelegenheit als eine solche ansehen, die von Privaten aus Wohltätigkeit getan werden soll. (Sehr richtig!) Wir müssen den Standpunkt einnehmen, daß das Volk ein Recht auf eine gute Erziehung seiner Kinder hat. (Lebhafter Beifall.) Die Ausführungen der Genossin Duncker beweisen, daß dort, wo die Frauenbewegung guten Fuß gefaßt hat, dies auch den Männern zugute kommt. Leider bereiten uns die Behörden noch die größten Schwierigkeiten. In Ohligs sollten in einem reinen Bildungsverein eine Reihe gänzlich unpolitischer Vorträge gehalten werden. Trotzdem wurde der Verein polizeilich aufgelöst und als Grund dafür angegeben, daß an seiner Spitze anerkannte Sozialdemokraten ständen, womit die Voraussetzung dafür gegeben sei, daß der Verein Politik treibe. Aber wir ziehen aus diesen polizeilichen Schikanen für unsere Bewegung einen ganz vorzüglichen Agitationsstoff. Die einflußreichste Partei in Deutschland, die Zentrumspartei, hat aus Klugheit und mit Rücksicht

darauf, daß sie ihren Einfluß auf die aufgeklärten katholischen Arbeitermassen verlor, ihre Stellung zur Frauenfrage geändert. An der Zentrumsparade in Essen, sogar an den geschlossenen politischen Sitzungen, zweifellos politischen Versammlungen, haben Frauen teilgenommen und kein Polizist hat sie deshalb zur Verantwortung gezogen. Uns wird nicht einmal die Betätigung im Rahmen des jeweiligen Gesetzes gestattet. Aber wenn unsere Bewegung auch Opfer fordert, geschadet hat uns das noch nicht, sondern nur genützt und mit der Zeit werden wir immer besser lernen, alle Hemmnisse und Hindernisse zu überwinden. Wenn mir z. B. in Thüringen das Referieren verboten wird, spricht zunächst ein Genosse zehn Minuten und ich spreche dann in der Diskussion anderthalb Stunden. (Heiterkeit.) So werden wir uns immer helfen können. Den Antrag 8 bitte ich der Genossin Baader zu überweisen, den Antrag 2 zurückzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Lehmann**-Dresden: In Dresden haben wir eine Kinderschutzkommission gegründet, aber geschafft hat sie noch nicht viel, weil sogar zum Austragen der „Sächsischen Arbeiterzeitung" noch Kinder gebraucht werden, die noch nicht einmal das gesetzliche Schulalter haben. (Hört! hört!) Kommunale Kindergärten haben wir in Dresden auch schon. Aber sie nehmen nur eheliche Kinder kirchlich getrauter Eltern auf. (Heiterkeit.)

Frau **Röbel**-Gera: Zum erstenmal haben die drei Kreise Altenburg, Reuß jüngere Linie und Weimar III eine Delegiertin entsandt. Es war uns schwer genug, die Genossen, besonders die Altenburger, soweit zu bringen. „Wenn unsere Frauen sich intensiv an der Agitationsarbeit beteiligen, so müssen wir fürchten, daß unsere Kinder Läus' bekommen," mußten wir hören. Wir selbst hatten Furcht, daß die gewerkschaftlich arbeitende Frau nicht noch Lust haben würde, Parteibeiträge zu zahlen. Trotzdem ist es uns gelungen, in drei Wochen 100 freiwillige Quittungsmarken zu verkaufen. Auch einen Kindergarten auf genossenschaftlicher Basis hatten wir gegründet, in dem die Kinder in unserem Sinne erzogen werden. Jetzt hat der patriotische Frauenverein seinerseits einen Kindergarten gegründet. In einer Industriestadt, wie der unserigen, muß für die Unterbringung der Kinder gesorgt werden. Wir dürfen aber unsere Kinder niemals versklaven und ihnen mit rückständigen Ideen den Kopf vollstopfen lassen. (Beifall.)

Frau **Wehmann**-Leipzig: Im Anfang ging es uns wie überall, daß die Genossen der Frauenbewegung nicht das nötige Verständnis entgegenbrachten. Aber mit dem Fortschritt unserer Bewegung ist auch das besser geworden. In Leipzig haben wir jetzt die besondere Frauenorganisation aufgelöst und ihre Verschmelzung mit der allgemeinen Parteiorganisation durchgeführt. Wir haben dadurch mindestens 1000 Genossinnen neu gewonnen. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden hier durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen. Die Vorsitzende Zetkin teilt mit, daß Begrüßungsschreiben eingelaufen seien von den sozialdemokratischen Frauen Finnlands und den Genossinnen Hamburgs.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über den Bericht der Genossin *Baader* wird fortgesetzt.

Frau **Baumann**-Altona: An dem Fortschritte der Frauenbewegung, den die Genossin Baader in ihrem Berichte feststellte, ist auch die Bewegung in unserem Kreise beteiligt. Ein gutes Mittel zur Agitation bietet uns die Verteilung der „Gleichheit". Ich kann konstatieren, daß die Genossinnen keine Mühe scheuen, der „Gleichheit" neue Abonnenten zu verschaffen. Wir haben immer Genossinnen, die die „Gleichheit" selbst austragen und unermüdlich darin sind, diese Arbeit zu verrichten. Die Einführung der freiwilligen Beiträge hat sich

auch bei uns sehr gut bewährt. In der ganzen Provinz Schleswig-Holstein sind in denjenigen Kreisen, in denen die Frauenagitation betrieben wird, freiwillige Parteibeiträge eingeführt. Diese Beiträge werden in Karten quittiert. Seit Beginn dieses Jahres ist dieses System auch bei uns in dem Kreise, den ich vertrete, eingeführt worden. Es ist in dieser kurzen Zeit gelungen, 400 Frauen zu gewinnen, welche regelmäßig freiwillige Parteibeiträge zahlen. Auch die Zahl der „Gleichheit"-Leserinnen ist bedeutend gestiegen. Wir sind auch bemüht gewesen, die Agitation auf andere Orte im Kreise auszudehnen. Früher existierte nur in Altona eine Vertrauensperson, jetzt haben wir deren vier im Kreise. Ich möchte anregen, ob es nicht praktischer wäre, daß die Genossin Baader nur mit den Kreisvertrauenspersonen korrespondiert und diese mit den örtlichen Vertrauenspersonen. Was den Antrag 5 anlangt, so müssen wir von den Kommunen unter allen Umständen verlangen, daß sie für Kindergärten und dergleichen sorgen. Wir haben die allgemeine Volksschule als staatliche und kommunale Einrichtung und dementsprechend müssen wir auch verlangen, daß Kindergärten von Kommunen eingerichtet werden. Die Privatkindergärten, die bei uns existieren, nehmen nur getaufte Kinder und weisen außereheliche Kinder zurück. Es würden also diese Schulen nur von jenen Personen benutzt werden, die mit der kirchlichen Oberleitung der Schule einverstanden sich erklären. Unsere Kinder würden also dort keine Aufnahme finden. Wir müssen also entschieden verlangen, daß Kindergärten von den Kommunen errichtet werden und daß die kirchliche Oberaufsicht ferngehalten wird. Ob wir dies durchsetzen, ist eine Frage der Zeit. Aber das darf uns absolut nicht abhalten, diese Frage mit Nachdruck zu vertreten.

Frau Bäumler-Schöneberg: Auch in unserem Kreise haben die Genossinnen viel unter den Schikanen der Polizei zu leiden. Erst nach $1^1/_2$ jährigem Prozessieren ist die Genossin Thiel-Tempelhof in der höchsten Instanz freigesprochen worden. Sehr empfehlenswert ist ein enges Zusammengehen mit den Gewerkschaften. So haben wir z. B. mit Hülfe des Transportarbeiter-Verbandes die Zeitungsausträgerinnen organisiert. Gerade bei ihnen kann man am besten für die Beseitigung der Kinderarbeit wirken. — In bezug auf die Kindergärten stehe ich ganz auf dem Standpunkt der Genossin Zietz. Bei den genossenschaftlichen Kinderheimen muß man sich vor dem Zusammengehen mit den bürgerlichen Elementen hüten, die durch den Ballast des Betens und Singens die Kinder von frühester Jugend an verdummen wollen. In den Vorstand gemeinschaftlicher Unternehmungen kommen auch stets nur Frauen aus der Gesellschaft, nicht Arbeiterfrauen hinein.

Heinrich Schulz-Bremen: Gestatten Sie mir ein Wort zur Frage der Kindergärten. Nach meiner Ansicht trifft der Antrag 5 das richtige. Wir treten für die staatliche Volksschule ein, trotzdem sie heute in einem durchaus uns entgegengesetzten Sinne geleitet wird. Ebenso wenig dürfen wir uns gegen die staatlichen oder kommunalen Kindergärten wehren. Damit will ich der genossenschaftlichen Bewegung auf diesem Gebiete durchaus nicht den Weg versperren, aber vorsichtig mahnen, da hier pädagogisch ungeeignete Personen das größte Unheil anrichten können. Auch besteht die Gefahr, daß die Genossinnen, die diesen Institutionen dann ihre Kräfte leihen, die wichtigste Aufgabe, die sozialistisch-prinzipielle Aufklärung vernachlässigen. Auch in einem anderen Punkte bin ich anderer Auffassung, als der Genosse Katzenstein. Gewiß können wir die Kindergärten nicht auf ein bestimmtes Parteiprogramm verpflichten, noch wollen wir, daß etwa die Kirchenlieder durch Parteiverse ersetzt werden. Was wir aber wollen, das ist, daß die Kinder im Geiste des Sozialismus erzogen werden. Die bürgerliche Pädagogik beruht auf der bürgerlichen Weltanschauung. Von dieser unterscheidet sich aber die sozialistische Ethik mit ihren sozialistischen Postulaten [illegible] im tiefsten Grunde. Zum Beispiel in der Bewertung des Streik-

brechers, des Kadavergehorsams, der Freiheitsliebe und der Gerechtigkeit. Können und wollen wir aber die Kinder im sozialistischen Geiste erziehen, so dürfen wir auch die Kindergärten nicht auf der Basis der bürgerlichen Weltanschauung gründen. Noch so wohlwollende, brave bürgerliche Philanthropen dürfen nicht an ihrer Spitze stehen, wie es in Charlottenburg geschehen ist, wo, wenn ich richtig unterrichtet bin, sogar Naumann an der Gründung beteiligt ist. Diese bürgerlichen Elemente verfügen regelmäßig über die höhere Intelligenz, vor der unsere Parteigenossen vielfach eine leider unbegründete Hochachtung haben. Sie würden daher zu unserem Schaden vielfach die Leitung an sich reißen. Darum sollte für genossenschaftliche Kinderheime nur dann und auch nur mit größter Vorsicht eingetreten werden, wenn durchaus geeignete Persönlichkeiten unter den Genossen dafür vorhanden sind.

Auf den Punkt Presse beziehen sich die Anträge 6 bis 18. Antrag 6: Die „Gleichheit" soll wöchentlich erscheinen. (Bromberg.)

Antrag 7: Der Titel der „Gleichheit" ist umzuändern in „Deutsche Arbeiterinnenzeitung". (Dresden.)

Antrag 8: Der Untertitel der „Gleichheit" ist umzuändern in „Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse". (Erfurt.)

Antrag 9: Es sind jährlich zwei Agitationsnummern der „Gleichheit" herauszugeben. (Erfurt.)

Antrag 10: Es ist ein leicht verständliches Flugblatt herauszugeben, durch welches bisher unaufgeklärte Frauen mit den hauptsächlichsten gegenwärtigen Bestrebungen der sozialistischen Frauenbewegung bekannt werden sollen. (Dresden.)

Antrag 11: Die Artikelserie der „Gleichheit" über „Ehe und Sittlichkeit" ist als Broschüre herauszugeben. (Berlin.)

Antrag 12: Die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit" sind in guter Ausstattung als Weihnachtsbüchlein für unsere Kinder herauszugeben. (Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow.)

Antrag 13: Die Vertrauenspersonen erhalten hinfort nicht mehr ein Freiexemplar der „Gleichheit" vom Verlag aus, sondern jeder Ort verpflichtet sich, ihnen dies zuzustellen. (Teltow-Beeskow.)

Frau Duncker-Dresden: Mit dem Antrag 7 sind wir in Dresden durchaus nicht alle einverstanden. Er ist nur in einem Kreis mit geringer Mehrheit angenommen. Ich bitte Sie, den alten guten Titel „Gleichheit" zu lassen und über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Frau Hoffmann-Mannheim schließt sich den Ausführungen an.

Frau Lehmann-Dresden befürwortet Antrag 10.

Frau Greifenberg-Augsburg bittet ebenfalls, den Anirag 7 abzulehnen. Der Name „Gleichheit" bedeute gleich das Programm unserer Bewegung und sei sehr populär geworden. Uebrigens gäbe es eine „Arbeiterinnenzeitung" der Christlichen. Der Antrag 9 sei überflüssig. Fast jede Nummer der „Gleichheit" sei anfeuernd und der Verlag stelle bereitwilligst Agitationsnummern zur Verfügung. Der Antrag 18 sage ihr etwas Neues. Die Anträge, die „Gleichheit" wöchentlich erscheinen zu lassen, bitte sie abzulehnen, da das Blatt dann zu teuer wird. (Sehr richtig.)

Genosse Hennig-Erfurt: Die beiden Anträge 8 und 9 sind aus praktischen Erwägungen heraus gestellt. Im Antrag 9 soll es nicht heißen, die „Gleichheit" solle noch anfeuernder schreiben, sondern ihr Inhalt solle einfacher werden. Die „Gleichheit" ist meistens zu schwer und mit zu vielen Fremdwörtern durchsetzt, so daß sie sich für die Agitation nicht gut eignet. Die Abänderung des Titels der „Gleichheit" haben die Frankfurter Genossen beantragt mit Rücksicht auf die vielen Frauen, die sich nicht bloß als Arbeiterinnen betrachten, sondern mehr als Frauen ihrer Männer.

Frau Blum-Essen: Den Antrag 6, die „Gleichheit" allwöchentlich erscheinen zu lassen, bitte ich im Interesse der Frauenbewegung abzulehnen. Die Frauen

haben ja dann nicht die Zeit, die „Gleichheit" aufmerksam zu lesen. Den Antrag, ein leicht verständliches Flugblatt herauszugeben, bitte ich nicht so ohne weiteres abzulehnen. Durch Flugblätter können wir der „Gleichheit" eine große Zahl von Abonnenten werben, besonders wenn die „Gleichheit" von den Genossinnen selbst ausgetragen wird. Dem Antrag, die Kinderbeilagen in guter Ausstattung als Weihnachtsbuch herauszugeben, können wir nicht ohne weiteres zustimmen. Wir halten es für besser, wenn die Kinder diese Beilagen alle 14 Tage lesen. Wenn sie jährlich nur einmal erscheint, werden sich die Kinder nicht sehr dafür interessieren.

Fräulein **Schulze-Frankfurt a. M.**: Ich bin auch nicht dafür, die „Gleichheit" wöchentlich erscheinen zu lassen, schon im Hinblick darauf, daß die „Gleichheit" bis jetzt schwere Kämpfe zu bestehen hatte. Wenn sie alle 14 Tage erscheint, ist es genügend für uns. Durch die obligatorische Einführung haben wir bei uns gute Erfolge erzielt. Den Titel „Gleichheit" sollte man nicht ändern. Bei einer Umänderung würden wir manchen abweisenden Bescheid bei der Werbung neuer Abonnenten erhalten. Mit den Flugblättern haben wir nicht gerade ausgezeichnete Erfahrungen gemacht, viel bessere Erfahrungen dagegen mit den Aufnahmescheinen.

Frau **Bäumler-Schöneberg** tritt nochmals dafür ein, daß die Kinderbeilagen der „Gleichheit" als Weihnachtsgeschenk in Buchform erscheinen sollen.

Frau **Kähler-Dresden**: Die „Gleichheit" läßt in ihrer bisherigen Form nichts zu wünschen übrig. Also könnte man alle Anträge auf Abänderung ihres Namens oder ihrer Erscheinungsweise ablehnen. Aber dennoch kann man den Wunsch auf ein 8tägiges Erscheinen aussprechen im Interesse einer besseren Verteilung und Durcharbeitung des Stoffes. Ich bitte Sie, auch dafür zu sorgen, daß die Zeitung schon an den Sonntagen in die Hände der Abonnenten gelangt. Den Antrag auf Sammlung der Kinderbeilagen zu einem Weihnachtsbuch kann ich nur empfehlen. (Bravo!)

Frau **Zietz-Hamburg** stellt und empfiehlt den Antrag, der „Gleichheit" am Jahresschluß ein Inhaltsverzeichnis beizugeben. Da die Genossin Zetkin erklärt hatte, daß der Durchführung des Antrages nichts im Wege stehe, hätte die Rednerin auf den Antrag verzichten können. Wenn sie es nicht getan habe, so um den Genossinnen die Anregung zu geben, die „Gleichheit" zu sammeln und binden zu lassen. Auf diese Weise könne man praktischen Agitationsstoff vor der Vernichtung bewahren. Gegenüber dem Genossen Hennig betont die Rednerin, daß die „Gleichheit" nicht auf dem niedrigen Niveau stehen kann, da sie nicht unter allen Umständen für indifferente Arbeiterinnen geschrieben sei. Die „Gleichheit" habe stets einen wissenschaftlichen Charakter gehabt, sie sei das führende Organ der fortgeschritteneren Genossinnen und solle den indifferenten Aufklärungsmaterial bringen. Den speziellen Wünschen nach Agitationsnummern sei der Verlag stets nachgekommen.

Frau **Zetkin**: Einiges zu den Anträgen auf Ausgestaltung der „Gleichheit". Zunächst möchte ich dringend davor warnen, den Antrag auf achttägiges Erscheinen anzunehmen. Für mich als Redakteurin wäre es ja viel bequemer, aber ein großer Teil der Leser müßte zur Lektüre die Nachtstunden zu Hülfe nehmen. Dagegen kann ich versichern, daß der Verlag einer Ausgestaltung sympathisch gegenübersteht, und zwar in dem Sinne, daß entweder jede Nummer eine Beilage für unsere Hausmütter und für unsere Kinder erhält, oder daß die bisherigen Beilagen auf den doppelten Umfang vergrößert werden. Dadurch würden wir den Raum gewinnen zur Erörterung wichtiger Fragen, die im Interesse einer systematischen Schulung der Frauen als Hausmütter und als Kinderpflegerinnen liegen, und die für die Durchdringung unserer Kinder mit sozialistischem Empfinden und Denken von großem Werte sein würde. Deshalb empfehle ich, darauf zu vertrauen, daß der Verlag diesen Wünschen entgegenkommen wird, nachdem er

schon bisher jahrelang mit großen materiellen Opfern die „Gleichheit" im Interesse ihres geistigen und agitatorischen Wertes für die Partei gehalten hat. Auch zu dem jetzigen Firmenträger können wir das Vertrauen haben, daß er die Ausgestaltung der „Gleichheit" im Interesse unserer proletarischen Frauen in wohlwollendste Erwägung ziehen wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn die ausschlaggebenden Instanzen bereit sind, unseren Genossen in weitgehendster Weise entgegenzukommen, daß auch unsere Genossinnen ihrerseits sich mit verdoppeltem und verdreifachtem Eifer für ihre „Gleichheit" ins Zeug legen werden, so daß sich die Opfer für die Ausgestaltung des Blattes binnen kurzem wieder ausgleichen werden. Ueber den Antrag, die bis jetzt erschienenen Kinderbeilagen als Bändchen herauszugeben, habe ich bereits mit Genossen Dietz und dem Parteivorstand Rücksprache genommen. Die Sache liegt so, daß für dieses Jahr die Erfüllung dieses Wunsches aus den verschiedensten praktischen Rücksichten nicht durchführbar ist. Ich begrüße aber den Antrag, welcher aus den Reihen der berufensten Beurteiler der Bedürfnisse unserer Kinder gekommen ist und nicht nur den Verlag, sondern die ganze Partei auf eine wichtige Aufgabe hinweist, auf eine Lücke in der Parteiliteratur, die ausgefüllt werden muß. (Sehr richtig!) Ich hoffe deshalb, daß dieser Antrag in der nächsten Zukunft seiner Verwirklichung entgegengehen wird und daß schon vom 1. Januar ab die Kinderbeilagen in verdoppeltem Umfange erscheinen werden. Bleibt dann der Satz stehen, so werden wir damit zu einer äußerst billigen und guten Kinderliteratur kommen. Ich ersuche Sie deshalb, die Anträge, soweit sie sich auf die Ausgestaltung der „Gleichheit" beziehen, dem Verlage beziehungsweise dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Was den Antrag 11 anlangt, so wird mit der Zeit eine ganze Reihe von Broschüren herausgegeben werden. Zunächst steht eine Broschüre von Käthe Duncker über Kinderelend und Durchführung des Kinderschutzes bevor.

Frau **Nowogratzki**-Königsberg stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, der ohne Diskussion angenommen wird.

Fräulein **Baader** führt in ihrem Schlußwort aus: Bezüglich der Agitation kann ich die Versicherung abgeben, daß die Zentralstelle das Bestreben hat, allen Wünschen auf eine Agitation durch öffentliche Versammlungen zu entsprechen. Ich glaube nicht, daß die Genossen Württembergs dem hindernd in den Weg treten werden. Es wird sich gerade dort vielleicht noch vor Weihnachten eine Agitationstour ins Werk setzen lassen. Wir können aber die Agitatorinnen nicht aus dem Boden stampfen. Soweit die Kräfte reichen, werden wir auch besonders der Agitation in den östlichen Provinzen unsere Aufmerksamkeit schenken. Wenn nicht alle Vertrauenspersonen Freiexemplare der „Gleichheit" erhalten haben, so liegt das an dem starken Anwachsen der Zahl der Vertrauenspersonen und den vielen Adressenänderungen. Was Antrag 5 der Genossinen Berlins betrifft, so stellen wir uns auf den Boden der Ausführungen des Genossen Schulz. Unsere Agitatoren sind hauptsächlich Arbeiterinnen, und sind meistens nicht in der Lage, sich neben den gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben noch mit anderen Dingen, wie mit Gründung von Kinderheimen zu befassen. Wir dringen darauf, daß unsere Frauen an die Kommunen die Forderungen stellen, Kindergärten einzurichten. Die Einwände, wir hätten nicht genug Einfluß in den Kommunen, können wir auf alles anwenden. Hier heißt es vor allen Dingen, die Forderung nach Kindergärten in den Köpfen der Frauen lebendig werden zu lassen. Die Kinderbewahranstalten müssen so eingerichtet werden, daß die Kinder eine richtige Erziehung durch pädagogisch geschulte Kräfte erhalten. Wenn wir es auch jetzt noch nicht erreichen und wenn auch unsere Schulen jetzt reaktionärer sind als früher, so müssen wir gerade deshalb danach streben, daß sie nach und nach in unserem Sinne ausgestaltet werden. Wir machen es unseren Frauen zur Pflicht, in industriell entwickelten Orten an die Gemeindevertreter heran-

zutreten und zu verlangen, daß von den Kommunen Kindergärten geschaffen werden. Unseren sozialistischen Stadtverordneten und Abgeordneten wird es gewiß recht sein, wenn wir an sie herantreten und gemeinsam mit ihnen diesbezügliche Anträge ausarbeiten. — Agitationsnummern der „Gleichheit" werden auf Verlangen den Vertrauenspersonen anstandslos in gewünschter Anzahl zugeschickt. Daß die Kinderbeilage als Broschüre herausgegeben wird, dafür kann ich mich ebenfalls erwärmen. Mögen alle Anregungen, die in der Diskussion gegeben wurden, bald zur Durchführung kommen.

In der Abstimmung wird Antrag 5 mit dem Zusatzantrage Frankfurt angenommen, der lautet: „Erforderlichenfalls sollen im Geiste moderner sozialistischer Pädagogik geleitete Einrichtungen selbst ins Leben gerufen oder unterstützt werden."

Die Anträge 1 und 4 werden durch die Debatte als erledigt erklärt, Antrag 2 für die nicht öffentliche Sitzung zurückgestellt. Abgelehnt werden die Anträge 3, 6, 7 und 8. Die Anträge 9 bis 13 werden der Zentralvertrauensperson und dem Verlage der „Gleichheit" zur Berücksichtigung überwiesen. — Schließlich wird Genossin Baader einstimmig Decharge erteilt.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Da Genossin Zetkin durch Unwohlsein verhindert ist, heute zu referieren, wird Punkt 8 der Tagesordnung vorweggenommen:

„Agitation unter den Landarbeiterinnen".

Berichterstatterin Frau Zietz-Hamburg: Der Fanfarenruf des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" ist lange Zeit unbeachtet und ungehört am Proletariat der Agrikultur vorübergerauscht. Kein Wunder! Zur Zeit, da der Ruf des Manifestes hinausging in die Lande, um zu wecken und zu scharen um das Panier des Klassenkampfes alle, die da mühselig und beladen sind, war das Landproletariat kaum befreit von den alten feudalen Fesseln der Leibeigenschaft und Hörigkeit. Und bevor diese alten Fesseln gefallen, waren in Form von Gesindeordnungen, Ausnahmegesetzen und Polizeiverordnungen bereits neue für sie geschmiedet. Unter dem Einfluß einer Jahrhunderte langen Tradition stehend, die sie an Unterwürfigkeit, Gehorsam und feudale Zwangsarbeit gewöhnt, in Unwissenheit, Armut, in Zucht und Ehrfurcht vor dem Grundherrn und der Obrigkeit erzogen, konnte das Landproletariat aus sich heraus unmöglich zum Klassenbewußtsein erwachen, wenn auch der Klassengegensatz zwischen „freien" Proletariern und mächtigen Besitzenden, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, längst aufs Land verpflanzt war. Im Mittelalter bildete die bäuerliche Familie innerhalb der Markgenossenschaft eine wirtschaftliche Einheit, es wurden durch die landwirtschaftliche Tätigkeit, verbunden mit der bäuerlichen, hausindustriellen, alle Bedürfnisse der Familie befriedigt durch eigene Arbeit, Tagelöhner, Knechte und Mägde gab es nur selten. Nicht nur wurden die Nahrungsmittel produziert, das Haus gebaut, Fußzeug, Wäsche und Kleider verfertigt, wozu das Vieh und der Bodenertrag die Rohstoffe lieferten, sondern es wurden auch sämtliche Hausgeräte, Schmuck und Werkzeuge hergestellt; in der Familie des Bauern durch die eigenen Familienangehörigen, auf den Gutshöfen des Adels, der Kirche, den Domänen der Fürsten von den Familienangehörigen sämtlicher Erb- und Schutzuntertänigen.

Aus dem Schoße der Landwirtschaft heraus entwickelten sich dann jene Kräfte, die berufen waren, diese Verhältnisse von Grund auf zu revolutionieren. Das städtische Handwerk, die Entwickelung des Handels, die Verdrängung der Natural- durch die Geldwirtschaft, sie begannen bereits das Werk, welches die Kapitalisierung der Produktionsweise weiterführen und vollenden sollte: die bäuerliche Hausindustrie für den Selbstgebrauch zu zertrümmern und den

Bauern zum „Kurlandmann" zu machen, ihn damit aber gleichzeitig in die Abhängigkeit von der Industrie zu bringen. Dieselben Kräfte, die an der Arbeit gewesen waren, diese ökonomische Revolution auf dem Lande zu vollziehen, schufen auch einen selbständigen Gesinde- und Tagelöhnerstand, aber auch gleichzeitig jene übrigen revolutionären Kräfte, die gleichfalls die politische und juristische Revolution auf das Land trugen, jene Revolution, durch die das Feudalsystem zertrümmert und der Rest der urwüchsigen kommunistischen Landbebauung beseitigt wurde. Damit war der Weg frei für die kapitalistische Landwirtschaft.

Von nun an vollzog sich mit ungeahnter Schnelligkeit und im gewaltigen Umfange die Entwicklung der Agrikultur, die den Anstoß und die unausgesetzte Befruchtung von der Industrie erhielt. Die Landwirtschaft, ehedem das konservativste Gewerbe, ist zum revolutionärsten geworden. Den Bedürfnissen des Marktes entsprechend, wurde eine rationelle Viehzucht eingeführt, neue Kulturgewächse in großer Zahl angepflanzt. In Gestalt der Mechanik, der Chemie, der Pflanzen- und Tierphysiologie hielt die moderne Naturwissenschaft ihren Einzug aufs Land. Damit war die Agrikultur eine Wissenschaft oder richtiger ein Komplex von Wissenschaften geworden.

Dieser ganze Entwickelungsgang, den im einzelnen zu schildern, in allen seinen Verästelungen, mit all seinen oft sich widerstreitenden Tendenzen, in all seinen Konsequenzen, natürlich außerhalb des Rahmens unserer Betrachtung liegt, — er war ein permanentes Golgatha für den Kleinbauer, den Tagelöhner sowie für das Gesinde. Und dieser Leidensgang hörte auch dann nicht auf, als auf einer weit höheren Stufenleiter der Produktion sich wiederum die Vereinigung der Landwirtschaft und Industrie vollzog. Für den Großgrundbesitz in Gestalt von landwirtschaftlichen Nebengewerben, für den Kleinbauer, der schon zum Teil daneben Gutstagelöhner geworden, indem er mit seiner Familie wieder hausindustriell tätig ward, diesmal aber in der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie oder indem spekulative Unternehmer ihre Fabriken aufs Land verlegten, wo der Kleinbauer Arbeit nahm. Der Besitz des Kleinbauern, der so gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, schafft ihm nicht Erleichterung, sondern ist ihm eine Quelle der Ueberarbeitung, der Entbehrung und der Abhängigkeit. Und wie steht es mit dem Gesinde und den Tagelöhnern? Wir sehen, daß die Entwickelung eine Klasse des Gesindes und der Tagelöhner schuf. Denn die Zertrümmerung der bäuerlichen Hausindustrie hatte nicht nur die Abhängigkeit des Bauern von der städtischen Industrie, nicht nur die Abhängigkeit vom Markte gebracht, dem er Agrikulturprodukte zuführen mußte, um Industrieprodukte dafür einzutauschen und seine Geldbedürfnisse zu befriedigen. Sie hatte damit auch die Unsicherheit der Existenz in die bäuerliche Familie getragen. Für den Bauern selbst, der den Wechselfällen des Marktes preisgegeben, für seine Söhne und Töchter, deren Arbeitskräfte für die Wintermonate frei geworden waren und die jetzt als Gesinde, Tagelöhner sich verdingten, meistens jedoch in die Städte wanderten, um sich den städtischen Gewerben zuzuwenden oder — Soldat zu werden, für die Freien war diese Unsicherheit ohnehin gegeben. Den Hörigen und Leibeigenen war damit die Möglichkeit gegeben, sich vollends frei zu machen. Denn Stadtluft machte frei und der Verdienst ermöglichte auch den Freikauf. Damit wurden aber der Landwirtschaft Kräfte entzogen zu derselben Zeit, wo diese, namentlich während der Sommermonate, deren in erhöhtem Maße bedurfte. Denn nicht nur der Bauer, auch der grundbesitzende Adel hatte begonnen, für den Markt zu produzieren. Daher galt es für sie jetzt, das Gesinde an die Scholle zu fesseln. Und so wie die Grundherren, Adel und Geistlichkeit es vorzüglich verstanden hatten, vermöge der Anwendung und Auslegung des römischen Rechts, durch Betrug, List oder rohe Gewalt, die ehedem freien Bauern zu Hörigen und Leibeigenen zu degradieren, so verstanden sie es ebenfalls vor-

züglich, einmal die Abgaben und Fronden der Erb- und Schutzuntertänigen zu schier ungemessener Höhe zu steigern, wobei ihnen die inzwischen entstandenen stehenden Heere, auf Anordnung oder mit Zustimmung der Fürsten, Henkersdienste leisteten, falls die Bauern revoltierten, andererseits aber auch Gesetzesbestimmungen zu schaffen oder Polizeiverordnungen durchzusetzen, die das Gesinde in immer ärgere Sklaverei brachte.

Im dreizehnten Jahrhundert finden wir in den Landrechten zuerst Bestimmungen über Gesindeverhältnisse. So im Lübecker Stadtrecht 1158, im Hamburger 1270, im Stader 1279, im Münchener 1347, im Passauer Rechtsbrief 1281 usw.

Das Gesindeverhältnis beruhte aber damals im Gegensatz zu dem feudalen Verhältnis auf einem völlig freien Vertrag. Ein Zwang zum Dienstantritt bestand nicht. Das Gesinde konnte auch vor Ablauf des Vertrages den Dienst verlassen. Ein Vertrag auf Lebensdauer war ungültig. Es ist unserm Bürgerlichen Gesetzbuch vorbehalten, diesen gesetzlich zu sanktionieren. Da das Gesinde zur Hausgemeinschaft gehörte, so hatte der Hausherr gegenüber dem Gesinde ein mäßiges Züchtigungsrecht, aber auch die Pflicht, es vor Angriffen Dritter zu schützen, sowie für sein leibliches und geistiges Wohl Sorge zu tragen. Die Landrechte vom 13. bis 15. Jahrhundert enthalten eine Unmenge von Bestimmungen, die dartun, daß die Züchtigung nur eine leichte sein und maßvoll angewendet werden soll. Einige Landrechte enthalten auch ein Verbot der Züchtigung. Am Ende des 15. Jahrhunderts nach der Niederwerfung der aufständischen Bauern beginnt die polizeiliche Aufsicht des Gesindes; aber noch wehren sie sich erfolgreich. Der 30jährige Krieg brachte, da er einen Mangel an Arbeitskräften hervorrief, sogar eine Verbesserung ihrer Lage, um so mehr Ursache für die Grundherren, die Staatsgewalt gegen sie mobil zu machen. Unterstützt wurden sie darin von dem frommen Gottesmann Luther, sowie von dem Prediger Glaser aus Dresden. Der Augsburger Reichstag von 1530 führte Dienstzeugnisse ein, aus denen sich später die Dienstbücher entwickelten. Da für die Tagelöhner diese Dienstbücher nicht erforderlich, schieden sie aus dem Gesindebestand aus. Feste Lohnklassen wurden eingeführt. Mit Gefängnis bei Wasser und bei Brot und im 17. Jahrhundert in Preußen mit Zuchthaus wird bestraft, wer mehr zahlt. Der Zwangsgesindedienst wird eingeführt. Das Ergreifen eines anderen Handwerks ist verboten, desgleichen die Abwanderung. Das Vorgehen der Gutsherren mit Hülfe der Statsgewalt war so brutal, daß z. B. die Durchführung der kursächsischen Gesindeordnung aus Furcht vor einem Aufstand des zur Verzweiflung getriebenen Volkes unterblieb. Verzweifelt focht das Gesinde um sein Recht und seine soziale Stellung. Aber wenngleich ihm auch die Städte, die ordentlichen Gerichte und selbst Universitäten wie die zu Wittenberg und Leipzig zur Seite standen, sie unterlagen im Kampf mit den skrupellosen Grundherren. Was wunder, daß die Landflucht zunahm, trotzdem drakonische Strafen dem Flüchtigen drohten. So bestimmte z. B. die pommersche Gesindeordnung vom Jahre 1746, daß Name und Geburtsort entlaufener Mannes- und Weibsbilder öffentlich an den Galgen zu schlagen und sie unehrlich zu machen seien; falls sie ertappt würden, sollte der Scharfrichter ihnen ein Brandmal auf die Backen brennen. Auch erhielt eine Prämie von 6 Talern, wer einen entlaufenen Mann, eine solche von 8 Talern, wer eine Frau oder einen Burschen zurückbrachte.

Die französische Revolution räumte dann nicht nur in Frankreich mit dem Feudalsystem auf, sondern schwemmte, soweit ihre Wellen nach Deutschland hinüberschlugen, auch hier den feudalen Schutt, Leibeigenschaft, Hörigkeit und Gesindesklaverei fort. Und als dann im Jahre 1806 in der Schlacht bei Jena der preußische Junkerstaat in Stücke zerschlagen war, der Adel, der nach

Friedrich dem Großen allein „Ehr' im Leibe" hatte, gewinnsüchtig und feige das Vaterland verraten hatte, fanden die Reformvorschläge v. Steins endlich Gehör.

Am 9. Oktober 1807 erschien in Preußen ein königliches Edikt folgenden Inhalts: „Nach dem Datum dieser Verordnung besteht fernerhin kein untertäniges Verhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Uebernehmung einer untertänigen Stellung noch durch Vertrag. Mit dem Martini 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit auf; nach dem Martinitag 1810 gibt es in unseren sämtlichen Staaten nur freie Leute." (Lachen.) Aber ehe der Martinitag des Jahres 1810 herankam, hatte das Junkertum, welches vorzüglich verstand, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Bauernbefreiung in ein großes Bauernlegen umzuwandeln, es durchgesetzt, trotz des Protestes des Ministers v. Stein, daß in einer neuen Gesindeordnung vom 8. November 1810 die alten Bestimmungen der Gesindeordnung von 1794 nicht nur wieder auflebten, sondern auch auf wirtschaftliche Dienste ausgedehnt wurde, um die von ihrer Scholle vertriebenen Bauern in der Gesindesklaverei festzuhalten. — Das „tolle" Jahr 1848 brachte endlich die Aufhebung der gutsherrlich-bäuerlichen Feudallasten. Dabei setzten es die „Edelsten und Besten" unserer Nation, die bezeichnenderweise fast alle ein Raubtier in ihrem Wappen führen, durch, daß ihre feudalen Vorrechte in bürgerliches Eigentum umgewandelt wurden, daß, abgesehen von dem Länderraub, die Milliarde Mark voll wurde, welche die Bauern als Ablösungsgelder zu zahlen hatten, um einen kleinen Teil des Landes als freies Eigentum zu erhalten, welches ihre Vorfahren als freie Leute besaßen und bestellt hatten. Aber gleichzeitig erzwangen die Junker das Ausnahmegesetz vom 24. April 1854 gegen die Landproletarier, zu denen jetzt auch viele der Bauern durch das Bauernlegen und das Ablösen der Fronden degradiert waren. Würden unsere Bauern ein klein wenig mehr historischen Sinn haben, sich ein klein wenig mehr an diesen großen Raubzug gegen ihre Vorfahren erinnern — nimmermehr könnten sie den Kanitzen und Kötzeritzen Schleppenträgerdienste leisten. (Sehr wahr!)

Das erwähnte Ausnahmegesetz bedroht das Gesinde, welches sich hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit zuschulden kommen läßt oder ohne gesetzmäßigen Grund den Dienst versagt oder verläßt, mit Geldstrafe bis zu 15 Mk. oder mit Gefängnis bis zu drei Tagen. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr bedroht es die Landarbeiter, wenn sie gemeinsam höhere Löhne verlangen oder gemeinsam die Arbeit niederlegen, um Zugeständnisse zu erlangen. Dieses Gesetz wurde 1868 auch auf Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein ausgedehnt. 1900 schuf Anhalt ein gleiches Gesetz. In Ost- und Westpreußen unterliegen die Instleute, im Regierungsbezirk Stralsund die Einlieger und Käthner besonderen Ausnahmebestimmungen, indem sie durch Polizeigewalt zum Antritt und zur Rückkehr zum Dienst gezwungen werden konnten. In Bayern bestimmt das Polizeistrafgesetzbuch, daß Gesinde und auf längere Zeit beschäftigte Tagelöhner, wenn sie zur Zeit der Aussaat und Ernte ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verlassen, bis zu 14 Tagen mit Haft bestraft, von der Polizei zur Arbeit zurückgeführt und im Wiederholungsfall mit Haft bis zu drei Wochen belegt werden können. Für Mecklenburg ward 1892 noch ein Gesetz geschaffen, das Hoftagelöhner und Hofgänger mit Geldstrafen bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht, wenn sie ohne Rechtsgrund den Dienst verlassen oder die Arbeit niederlegen oder den schuldigen Gehorsam verweigern. Das Bürgerliche Gesetzbuch hebt diese Ausnahmebestimmungen gegen ländliche Arbeiter auf, aber das Ausnahmegesetz von 1854 besteht weiter und § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch besagt, daß alle landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde-

recht unberührt bleiben. Die Freisinnsmannen nehmen neben den übrigen bürgerlichen Parteien für sich den Ruhmestitel in Anspruch, die Erhaltung der mittelalterlichen Gesindeordnungen bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches mit verschuldet zu haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Und in ihrem neugeschaffenen Hamburger Aktionsprogramm der vereinigten Liberalen treten sie für eine Reform, nicht etwa für die Beseitigung der Gesindeordnung ein. Für das Gesinde gelten also nach wie vor all die vielen Gesindeordnungen, deren Deutschland fast 100 zählt, und die fast alle oder wenigstens zum größten Teile den Geist des finstersten Mittelalters atmen. Daneben existieren zahlreiche Polizeiverordnungen, ministerielle und statutarische Bestimmungen. Selbst für Baden und die Rheinlande, wo der Code civil galt oder demselben nachgebildete Bestimmungen, sind in den sechziger Jahren neue Gesindeordnungen erlassen worden. Lediglich in Elsaß-Lothringen regelt der Code Napoleon den Dienstvertrag wie alle Verträge.

Bezeichnend für das heutige Gesinde- und Landarbeiterrecht ist vor allem, daß es diese unserer ganzen historischen und wirtschaftlichen Entwickelung Hohn sprechende Ueberbleibsel eines Rechtsverhältnisses aus einer weit hinter uns liegenden Rechts- und Wirtschaftsperiode in unsere Zeit hineinträgt und aufrechterhält, daß es die Bestimmungen der Gesindeordnung konserviert, die in der Zeit der vollsten Erbuntertänigkeit und der feudalen Gliederung der Gesellschaft wurzeln. Was die einstigen patriarchalischen Verhältnisse Angenehmes für das Gesinde boten, daß es wirklich Hausgenosse war und den Schutz und Verkehr der Familie genoß, ist geschwunden; dagegen sind die Pflichten und Bürden des Gesindes erheblich vermehrt worden. (Sehr richtig!) Dabei wird faktisch das Züchtigungsrecht trotz seines ausdrücklichen Verbots ungeniert gehandhabt. Und den Rechtsweg gegen diese Gewalttätigkeiten hat man dem Gesinde auf alle mögliche Weise erschwert. Aus den buntscheckigen Bestimmungen der Gesindeordnungen wollen wir nur einige hervorheben. § 51 der preußischen Gesindeordnung bestimmt: falls sich das Gesinde weigert, den Dienst anzutreten, hat die Obrigkeit Zwangsmittel anzuwenden. Bleiben diese fruchtlos und muß deshalb ein anderer Dienstbote gemietet werden, so muß das Gesinde nicht allein den Schaden ersetzen, sondern es verfällt in eine Strafe von 2—5 Talern oder eine entsprechende Gefängnisstrafe. § 76 besagt — und ähnliche Bestimmungen enthalten die meisten Gesindeordnungen —, die Befehle — dieser Ausdruck ist sehr bezeichnend — der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gesinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen. (Hört! hört!) Nach der Gesindeordnung von Frankfurt a. M. kann das Gesinde ohne Kündigung entlassen werden, wenn es einen übermäßigen Aufwand an Geld und Kleidung macht, wenn es durch Verabredung das Nebengesinde zum Aufkündigen des Dienstes „verleiten" will. Außerdem trifft den „Urheber" noch eine 3—6tägige Arreststrafe! Man sieht, das Wort von der Gesindesklaverei ist nur zu berechtigt. Trotz dieser rechtlosen Stellung der Landarbeiter und des Gesindes schreit das Agrariertum unausgesetzt nach neuen Knebelungsgesetzen, Beseitigung der Freizügigkeit, nach Bestrafung des Kontraktbruchs. Dabei haben zahlreiche Landarbeiter infolge ihrer Armut und infolge der hohen Personentarife der Eisenbahnen faktisch keine Freizügigkeit. Im preußischen Abgeordnetenhause wurde 1899 im Anschluß an die Besprechung eines Antrages Gamp über die „Leutenot" ein Antrag angenommen, der ein wunderbares Bukett junkerlicher Unverschämtheiten darstellte. Aus den 12 Punkten heben wir nur folgende hervor: Erschwerung des Kontraktbruches, größte Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse bei Festsetzung der Schulzeiten auf dem Lande, Verminderung der Beschäftigung von Arbeitern der Staatsbetriebe während der Erntezeit; sogar der Strafvollzug soll sich nach der Erntezeit richten; ferner wurde gefordert Einschränkung der Arbeiterfahrkarten auf den Eisenbahnen. Junge Leute unter 18 Jahren sollen nicht ohne Genehmigung

der Eltern oder des Vormundes von der Heimat fortziehen dürfen. Dafür sollen aber Ausländer in größerem Umfange zugelassen werden, auch zum Gesindedienst, und Soldaten und Korrigenden sollen zur Landarbeit beurlaubt werden.

Unsere Junker setzen alles daran, die teilweise faktische Aufhebung der Freizügigkeit zu einer allgemein gesetzlichen zu gestalten, um so der fortgesetzten Abwanderung der Landarbeiter in die Städte Einhalt zu tun. Für Preußen brachte dieses Bestreben die berüchtigte Vorlage zur Bestrafung des Kontraktbruches, für Reuß j. L., Braunschweig und Anhalt schufen die Landtage ähnliche Knebelungsgesetze, trotzdem sie damit gegen die Reichsverfassung verstoßen. Verschlimmert wird diese rechtlose Stellung der Landarbeiterschaft noch durch die Willkür, mit der die Herrschaften das wenige geltende Recht beugen, wogegen die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Unwissenheit und Armut machtlos sind. Namentlich in Ostelbien, wo noch Gutsbezirke bestehen, in denen der Gutsherr als Obrigkeit die Polizeigewalt ausübt, oft auch als Amtsvorsteher figuriert.

Einige Beispiele mögen dies beleuchten. Bei dem Besitzer Reimer in Fallenau, Kreis Friedland, hatte sich das Dienstmädchen Siebert auf ein Jahr vermietet. Es mußte mit einem anderen, an Bettnässen leidenden Dienstmädchen im gleichen Bette nächtigen. Eine andere Liegestatt wurde ihm auf Verlangen nicht gegeben, bis es dann den Dienst verließ. Das Mädchen erhielt sodann eine Vorladung für einen am anderen Tage stattfindenden Termin nach einem weit entfernten Orte. Da es dem Mädchen nicht möglich war, zu erscheinen, wurde es einige Tage später vom Amtsdiener geholt. Dort erhielt es einen Strafbefehl über 3 Mk. oder 3 Tage Haft wegen Versäumung des Termins. Gleichzeitig wurde ihr erklärt, ein Dienstmädchen habe keinen gesetzlichen Grund, den Dienst zu verlassen. (Hört! Hört!) Sie werde gestraft, wenn sie nicht mehr in den Dienst zurückkehre. Als sie sich über ein zweites Strafmandat beim Landrat beschwerte, wurde sie abgewiesen. Nun jagte ein Strafbefehl den anderen. Die Eltern gerieten in begreifliche Angst und Aufregung. Am 2. Juni erhielt denn auch tatsächlich der Vater des Mädchens, der Amtsdiener war, vom Vertreter des Amtsvorstehers den Befehl, seine Tochter während der Pfingstfeiertage in die „Kluse" des Dorfes, einen ungesunden Raum mit einem Häuflein Stroh als Lager, einzusperren. Die Familie geriet über diesen Befehl in helle Verzweiflung und der Vater weigerte sich, sein Kind in die Kluse zu sperren. Die Folge war, daß der alte Mann seiner Aemter als Amtsdiener, Kirchendiener und Glöckner entsetzt wurde, die er 28 Jahre verwaltet hatte. Das Mädchen aber sperrte der Gendarm trotz allen Sträubens in die Kluse. Und die Mutter wurde noch gezwungen, der Tochter täglich das Essen dorthin zu bringen. So geschehen im Jahre des Heils 1906. (Große Bewegung.) — Ein anderes Bild. Ein 17jähriges Mädchen entlief vor Schimpfworten und Schlägen des Gutsbesitzers, eines schneidigen Leutnants. Da schickte dieser seinen Kämmerer zu Pferde nach: er solle das Mädchen mit Stricken an sein Pferd binden und nach dem Gute zurückbringen. (Laute Pfuirufe.) Nur ein Zufall rettete das Mädchen vor dieser Brutalität und Grausamkeit. Aber ihre Wäschekiste raubte ihr der freche Patron, und erst der Landrat schaffte sie ihr zurück. Der Lohn für drei Monate aber blieb bis auf einen kleinen Teil verloren. — Den Gutsaufseher Haupt von dem Gute Cudelwitz bei Breslau, der einen 16jährigen Arbeiter mit einem Peitschenstock mißhandelte und ihn am Halse würgte hatte, daß Blut floß, in Anklagezustand zu versetzen, lehnte der Staatsanwalt ab, weil ein Peitschenstock kein gefährliches Werkzeug sei.

Wahrlich, Genossinnen, ich meine, wer rotes, warmes Blut in seinen Adern hat, der muß angesichts solcher, unserem Rechts- und Menschenbewußtsein Hohn sprechenden Verhältnisse aufgepeitscht werden zu einem leidenschaftlichen Kampfe gegen diese Gesellschaftsordnung. (Lebhafte Zustimmung.)

Vollends in Knechtschaft verkauft sich ein großer Teil der Landarbeiterschaft durch das unbesehene Unterschreiben von Kontrakten, wie sie die Landwirtschaftskammern für ganze Provinzen ausarbeiten. Sie gestatten durch die Bestimmung, daß nur bei ordnungsmäßigem Abgang der zurückgehaltene Lohn ausgezahlt werden muß, den Arbeiter häufig genug um seinen Lohn zu prellen. Denn als nicht ordnungsmäßiger Abgang gilt auch die sofortige Entlassung durch den Arbeitgeber, die fast immer zulässig ist, z. B. wenn sich der Arbeiter des „Aufwiegelns" schuldig macht, ferner wenn unverheiratete Mädchen schwanger werden, selbst wenn der Arbeitgeber selbst der Schwängerer war. Und in ihrer Unwissenheit sehen diese armen Lohnsklavinnen im Gutsbesitzer und Ortsvorsteher den Inbegriff einer solchen Machtfülle, daß sie es gar nicht wagen, sich Recht zu suchen. Ein Musterkontrakt aus Mecklenburg, dem Lande des Ochsenkopfes, zwischen dem millionenreichen Gutsbesitzer Hörmann auf der Komtorei Strelitz und seinen Arbeitern enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Der Arbeiter ist verpflichtet, alle ihm vom Arbeitgeber oder dessen Vertreter übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß, gewissenhaft und fleißig nach Vorschrift ohne Widerrede und Bemerkungen zu verrichten.

§ 2. Vernotwendigt sich ein Ausbleiben, so ist am Vorabend die Erlaubnis einzuholen. Falls die auf dem Gute getroffenen Dispositionen es nicht gestatten, daß dem Wunsche des Arbeiters Rechnung getragen wird, so hat sich derselbe unter allen und jeden Umständen zur Arbeit einzufinden.

§ 3. Auch die Frau hat auf Erfordern zur Arbeit zu kommen.

§ 4. Dieselbe muß außerdem auf Bestellung regelmäßig und pünktlich das Melken der Kühe mit übernehmen, auch an Sonntagen und Festtagen.

§ 6. Die gewöhnliche Arbeitszeit dauert während der Monate April bis Oktober von morgens 6 bis abends 7 Uhr vom 1. Oktober bis April von morgens 7 bis abends 6 Uhr inklusive je ½ Stunde Frühstück und Vesper und eine Stunde Mittag. Nach § 5 ist der Arbeiter gegen vom Gutsbesitzer festzusetzende Entschädigung verpflichtet, vor wie nach der gewöhnlichen Arbeitszeit Ueberstunden zu machen.

§ 7. Der Arbeiter erhält pro Tag an barem Gelde 0,60 Mk. im Winter, 0,75 Mk. im Sommer; seine Ehefrau 0,10 Mk. pro Stunde. (Hört! hört!) Für zweimaliges Melken am Tag pro Woche 1 Mk.. An Materialien werden verabfolgt: 2 Zentner Winterkorn pro Monat, ein Stück Gartenland, 150 Quadratruten gedüngtes Kartoffelland, eine Fläche Wiese oder Heu für 2 Ziegen. An Feuerung werden 2 Fuder Holz und 6000 Torf geliefert. — Das Holz muß sich der Arbeiter aber selbst schlagen. Ferner erhält der Arbeiter eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer, Küche und Keller unter der Küche.

§ 8. Die Arbeiter und ihre Familienmitglieder haben sich stets gesittet, ruhig und anständig zu betragen. Vom Gutsherrn oder dessen Vertreter werden von Zeit zu Zeit Besichtigungen der Wohnung und der Stallräume vorgenommen, eine Zeit ist nicht festgesetzt, das heißt also: jederzeit kann die Besichtigung vorgenommen werden. — Einfach skandalös ist die folgende Bestimmung dieses Paragraphen, daß Verwandte höchstens 8 Wochen Aufnahme in der Wohnung finden würden. Dadurch wird dem Arbeiter selbst die Möglichkeit genommen, Nächstenliebe an einem hülfsbedürftigen oder gar kranken Verwandten zu üben.

§ 9. Wer durch eigenes Verschulden seinen Wohnsitz aufgeben muß, verliert alle Anrechte auf die Naturalleistungen. — Nach § 10 muß bei Kündigung wegen „Pflichtwidrigkeiten" in 4 Wochen auch die Wohnung geräumt werden, und maßlos ungerecht ist die Bestimmung des § 11, wonach dem Gutsbesitzer eine vierteljährliche, dem Arbeiter nur eine halbjährliche Kündigung, die am 1. April erfolgen muß, eingeräumt ist; der Abzug muß also zum Winter erfolgen. Das ist eine mächtige Kette, den Arbeiter an das Gut zu fesseln bei der verminderten Arbeitsgelegenheit im Winter. Auf dem preußischen Parteitag 1904 betonte denn auch der Schnitter Schmidt-Sonnenburg: Man sagt uns,

unterschreibt nicht die Kontrakte, aber wir müssen jeglichen Kontrakt unterzeichnen, um Arbeit zu bekommen und leben zu können. Die durch ihre Armut bedingte Abhängigkeit der Landarbeiter ist mindestens ebenso schlimm wie ihre Abhängigkeit infolge ihrer Rechtlosigkeit, eins wächst aus dem andern hervor.

Damit sind wir schon mitten in der Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landarbeiterschaft angelangt. Bei dem Landproletariat, diesem Paria unter der Arbeiterschaft, (sehr richtig!) vereinigen sich alle Qualen, um sein Leben aller Lebenswerte zu entkleiden. (Lebhafte Zustimmung.)

Sehen wir beim Kleinbauern, daß er seine Scheinselbständigkeit nur aufrecht erhalten kann, indem er selbst entbehrt, sich überarbeitet, Weib und Kinder nach Kräften schindet, so müssen wir in bezug auf die Landarbeiter, ob es Tagelöhner, Instleute, Scharwerker, Hofgänger, Deputanten, Kätner, Schnitter oder Sachsengänger, Einlieger, Heuerlinge, oder ob es das Gesinde, Knechte und Mägde, Hirten usw. sind, erklären, daß sie unter den Rudimenten der Hörigkeit und Leibeigenschaft, verbunden mit der schlimmsten Ausbeutung, leiden. (Lebhafte Zustimmung.) Trotz der von den agrarischen Schreiern so oft betonten „Leutenot" ist es den Ochsengrafen und Schnapsbrennern nie eingefallen, ihren Arbeitern auch nur die nackte physische Existenz zu gewährleisten, geschweige denn ein menschenwürdiges Dasein.

Wir finden in der Landwirtschaft neben überlanger Arbeitszeit die große Unsicherheit der Existenz. Denn infolge der technischen Entwicklung der Anwendung zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen ist die Landarbeit zum großen Teil zur Saisonarbeit geworden. Wurden doch 1895 in Deutschland 1696 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die Dampfpflüge, 20 678, die Sämaschinen, 35 014, die Mähmaschinen, 259 069, die Dampfdreschmaschinen, und 596 869, die andere Dreschmaschinen verwendeten.

Wir finden des weiteren die ausgedehnte Frauen- und Kinderarbeit. Das Niederhalten der Löhne wird erleichtert durch die Konkurrenz der Ausländer, der Soldaten und Korrigenden. Erbärmliche, den geringsten sittlichen und hygienischen Anforderungen Hohn sprechende Wohnungen, die traurigsten Schulverhältnisse, das Fehlen von Anregungen, erhebender Vergnügungen, sozialer und staatsbürgerlicher Betätigung, das alles bedingt, daß die Landarbeiter nicht nur rechtlos sind und körperlich ausgebeutet werden, sondern daß sie auch geistig vereinsamen und abstumpfen, daß sie das elendeste, freudeloseste, licht- und sonnenärmste Dasein führen. Man muß das grause Elend der Landproletarier geschaut haben, um es ermessen zu können. Wenn Voltaire von den Leibeigenen des Mittelalters sagt, daß sie Sklaven sind mit ihren Gütern und Personen, bei ihrem Tode fällt ihr Hab und Gut dem Adel und den Mönchen zu. Werden sie krank, wagt kein Metzger, ihnen Fleisch zu geben, und der Apotheker verweigert ihnen die Medizin, die ihnen das Leben retten könnte. Wenn sie sterben, nehmen sie die Gewißheit mit ins Grab, daß es ihren Kindern nicht besser geht, oder wenn La Brujère die hörigen Bauern mit menschenscheuen Tieren vergleicht, bei denen man erst, wenn sie sich aufrichten, sieht, daß sie Menschen sind, so könnte das ebenso gut auf moderne Landarbeiter geschrieben sein. 5 445 924 Landproletarier wurden 1895 gezählt. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der weiblichen Arbeiter von 2 224 901 auf 2 784 398 gestiegen. Die Zahl des männlichen Gesindes betrug 1882: 42 510, 1895: 25 359; die Zahl des weiblichen Gesindes 1882: 1 282 414, 1895: 1 313 966.

Man sieht, die Zahl der weiblichen Landarbeiter und Dienstboten hat bedeutend zugenommen, die der männlichen abgenommen. Der größere Unternehmungsgeist, der Militärdienst usw. veranlassen die intelligenten männlichen Arbeiter zum Auswandern in die Städte; ist das doch der einzige Weg, um dem Elend daheim zu entrinnen. Die weiblichen Arbeiter entschließen sich schwerer zum Auswandern und — aus diesen psychologischen Gründen — sehr schwer zum Rückwandern. Aber auch durch die Abwanderung wird das

Höllenleben der Zurückgebliebenen nicht besser, da zahllose Ausländer als Ersatz importiert werden. Da dem Landproletariat nicht nur das Koalitionsrecht, sondern, abgesehen von den armseligen Unfallverhütungsvorschriften, auch jeglicher Arbeiterschutz fehlt, ist die Ausbeutung von Männern, Kindern und Frauen grenzenlos, uneingeschränkt. Während der Sommermonate, namentlich zur Zeit der Ernte, sind Arbeitszeiten von 12—16, mitunter 18 Stunden, die Regel. Das schlimmste Arbeitstier ist natürlich die Frau. Gerädert, mit schmerzenden Gliedern, kehrt sie von der Feldarbeit oder der Arbeit im Herrschaftshause nach Hause zurück, dann muß sie noch ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter erfüllen. Im Nebenamte ist ferner das eigene Vieh, das eigene Land zu besorgen. Ich habe in der Gegend des Zuckerrübenbaues in der Provinz Sachsen gesehen, wie des Morgens, wenn der Tag graute, die Frauen ihre Kinder aus den Betten reißen mußten und auf die Straße schickten, weil sie fürchteten, die Kleinen würden allein in der Wohnung Unheil stiften. Da saßen denn die Kinder fröstelnd vor den Haustüren oder schliefen auf der Steintreppe hockend wieder ein. . . .

v. d. Goltz, der die Lage der Landarbeiter lediglich unter dem Gesichtswinkel behandelt: wie behält oder verschafft man dem Grundbesitz Arbeitskräfte? er muß, gezwungen durch die Tatsachen, oft genug scharfe Kritik üben. So betont er, daß die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit der Kinder der Landarbeiter in erster Linie der mangelnden Pflege derselben zuzuschreiben sei, eine Folge des Umstandes, daß die Beschäftigung die Mutter außer dem Hause hält und sie zwingt, zu frühzeitig nach dem überstandenen Wochenbett schwere Arbeit zu leisten, wodurch auch das Leben der Mutter gefährdet wird. Das erbarmungswürdigste Geschöpf ist aber eine kranke Landarbeiterin und ein kranker Landarbeiter. Eine obligatorische Krankenversicherung gibt es nicht. Durch Landesgesetz oder Ortsstatut kann der Versicherungszwang ausgeübt werden. Aber die beiden größten Bundesstaaten, Preußen und Bayern, besitzen sie nicht. Tritt der Arbeiter der Gemeindekrankenkasse bei, so muß er die vollen Beiträge bezahlen, ohne den geringsten Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu haben. In der Folge unterbleibt meistens die Versicherung. Siechtum oder das größte Elend während der Krankheit, Mangel an ärztlicher Hülfe sind die Folgen. Etwas besser in dieser Beziehung steht es mit dem Gesinde. Die Herrschaft hat ihnen im Falle der Erkrankung sechs Wochen Verpflegung und ärztliche Behandlung zu gewähren. Ist aber Invalidität eingetreten, dann wehe den Armen! Der 68jährige Invalide Specht lebt mit seiner gleichfalls 63jährigen Ehefrau im Armenhaus zu Kunzendorf bei Marienburg und erhält monatlich 10,55 Mk. Invalidenrente. Auf eine Beschwerde beim Ortsarmenverband durch unsere Elbinger Genossen ward seitens des Regierungspräsidenten erklärt, daß, da überall „Leutenot", der Mann täglich 70 Pf. verdienen könne. Eine Erhöhung der Rente wurde abgelehnt. (Hört, hört!)

Eine 67jährige Arbeiterin Voigt aus Neudorf wurde mit ihrem Anspruch auf Invalidenrente abgewiesen, weil der Arzt erklärte, ihre Leiden — also Leiden wurden doch anerkannt — seien nur Altersleiden. Auf dem Gute Wargenau in Ostpreußen waren ein paar alte, kranke Invaliden in einem verseuchten Viehstalle untergebracht, wo sie elend hätten verkommen müssen, wäre nicht eine Kritik im „Ostpreußischen Landboten" erfolgt, worauf dann der Amtsvorsteher einschritt. — Beginnen die Landarbeiter alt zu werden, so sucht jede Gemeinde sie abzuschieben, bevor sie den Unterstützungswohnsitz erlangt haben, von allen verlassen, enden die Landarbeiter vielfach schließlich ihr kümmerliches Dasein auf der Landstraße oder, was nicht viel besser ist, im Armenhause. Die Fälle werden noch in aller Gedächtnis brennen, wo an verschiedenen Orten, in Preußen und Bayern, vor einigen Jahren Landarme tot im Armenhause gefunden wurden, bei denen der Arzt den Hungertod feststellte; in einem Falle war die Leiche zum Teil schon ein Fraß der Ratten

geworden. (Hört, hört!) Und einer dieser Landarmen war noch dazu Kriegsveteran. Des Vaterlandes Dank war ihm in großartiger Weise zuteil geworden. Dabei wagten es 1899 bei Beratung des Invaliditätsgesetzes Konservative und fromme Zentrumsmänner zu behaupten, eines Schutzes im Alter und im Falle der Erwerbsunfähigkeit benötigten die Landarbeiter nicht, für die werde in ausreichender Weise durch Gutsbesitzer und Gemeinden gesorgt. Vom Minister Bötticher mußten sie sich sagen lassen, er kenne ganze Landstriche, wo es zur Gewohnheit geworden, für den landwirtschaftlichen Arbeiter absolut nichts zu tun, sobald er aufgehört habe, zu arbeiten. Es gebe sogar Arbeitgeber, die so weit gingen, daß sie, während sie ihre Arbeiter in der Woche an ihren Tischen verpflegen, ihnen Sonntags nichts zu essen geben, weil sie nicht arbeiten. (Hört, hört!) In den Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit ist bestätigt, daß diese grausame Praxis in allen Teilen Deutschlands obwaltet. 1891 führte der konservative Abgeordnete Meyer-Arnswalde, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, im preußischen Abgeordnetenhause aus, wie ein Gut und eine Gemeinde, oder zwei Gemeinden, die nebeneinander liegen, durch Abschieben der Tagelöhner von dem einen zum andern, den Landarmenverband mit der Armenpflege belasten. Ja, der christlich-germanische Adel ist es so sehr gewohnt, seine Hände in die Taschen anderer zu stecken, daß er es selbst nicht verschmäht, die Altersrentner um ihre paar Pfennige zu prellen. So quittierte der Gutsbesitzer Ehlers in Zickhausen ein Jahr lang auf dem Postamte über die Altersrente für den Invaliden Voß mit dessen Namen. Der Staatsanwalt lehnte es ab, die Anklage zu erheben, weil „Ehlers des Glaubens gewesen sei, Voß sei, da er für ihn zu sorgen hatte und gesorgt hat, damit einverstanden, daß die Quittungen durch Ehlers vollzogen würden." Und da sage noch einer, daß wir nicht milde Staatsanwälte haben. (Große Heiterkeit.) Und welch fürstliche Begräbnisse werden toten Landarbeitern bereitet. Rednerin erzählt einen Fall, wo die Leiche des Landarbeiters August Regefski auf dem Gute Kistigehnen auf einem Dungwagen zur letzten Ruhe gebracht wurde. Wahrlich, eine herrliche göttliche Weltordnung!

Doch die maßlose Ausbeutung führt nicht nur zur Krankheit und zur frühzeitigen Invalidität, sondern ihr, sowie den mangelhaften Schutzvorrichtungen ist auch die hohe Unfallziffer für die Landproletarier geschuldet. Die Unfallstatistik für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft beweist, daß in grausamer Weise die Zahl der Opfer auf dem Schlachtfelde der Landarbeit sich mehren. Seit 1889 ist eine Verzehnfachung der schweren Unfälle und mehr denn eine Verdoppelung der tödlichen eingetreten. Vielleicht wird man einwenden, daß früher viele Unfälle nicht zur Anzeige kamen. Aber tödliche Fälle sind doch stets gemeldet worden, und schließlich wäre es doch keine Aufhellung der Gegenwart, sondern nur eine Verdunkelung des Bildes der jüngsten Vergangenheit. Wie viele Arbeiter müssen da um ihre Rechte betrogen worden sein. Schon 1890 sprach der Kaiser Wilhelm II. auf einer Sitzung des Landesökonomiekollegiums seine Verwunderung darüber aus, daß so merkwürdig viele Fälle von Tötung und Verwundung von Arbeiterinnen in der Landwirtschaft vorkämen. Er werde die dafür verantwortlichen Unternehmer nicht mehr so leicht begnadigen. Die Besitzer zeigten eine große Gleichgültigkeit gegen das Leben der von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen. Diese und nicht der Leichtsinn der Arbeiterinnen selbst sei für die Unfälle verantwortlich zu machen. So der Kaiser 1890. 1900 aber setzten es Schlot- und Krautjunker durch, daß den Berufsgenossenschaften eine Art Begnadigungsrecht eingeräumt ward, nämlich das Recht, dem Besitzer die Rückvergütung der Rente an die Genossenschaft zu erlassen. Dies Begnadigungsrecht wird seitdem fleißig geübt. Und das Blutmeer steigt. Den Verletzten und Verkrüppelten aber neiden die Grundherren noch die paar Pfennige Rente. Im Landtage erhob der Nationalliberale Dr. Schröder-Kassel die

Forderung, verletzten Kindern keine Rente zu geben und Renten von 25 Proz. und weniger nicht mehr auszuzahlen. Der Zentrümler Schmedding unterstützte den Antrag und Podbielski versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen, wobei Schmedding hinzufügte, daß Renten unter 25 Proz. Schnapsrenten seien und daß es ein Skandal sei, daß den Kindern Renten bewilligt werden. Wir sind der Anschauung, daß es ein himmelschreiender Skandal ist, daß Kinder kapitalistisch ausgebeutet werden und Gefahr laufen müssen, ihre gesunden Glieder zu verlieren, bevor dieselben vollständig entwickelt sind! Aber die agrarische Unverschämtheit ging noch weiter. Auf der 20. Jahresversammlung des ostpreußischen landwirtschaftlichen Zentralvereins wurde der Antrag angenommen, daß die Unfallrente nur dann gewährt wird, wenn der Beschädigte weniger Lohn bezieht als der Unbeschädigte derselben Kategorie. Gelänge dieser Anschlag, wäre das ein vollständiger Bruch mit dem bisher geltenden Recht. Statt der Verstümmelung der Arbeiterschaft, die so unendlich viel Leid, Not und Elend über die Betroffenen bringt, Einhalt zu tun, statt den Anregungen des Reichsversicherungsamtes zu folgen, und dessen Schutzvorschriften in Wirksamkeit zu setzen, wird also überlegt, wie die Folgen der Unfälle gänzlich auf die Arbeiter abgewälzt werden können. (Hört, hört!) Den Verstümmelten noch die Hungerpeitsche! (Hört!) Wir wüßten schon einen Weg, die Berufsgenossenschaften vor der Bezahlung der Kinderrenten zu bewahren; man erfülle unsere Programmforderung, Verbot aller Kindererwerbsarbeit, vor allem auch in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten. (Sehr wahr!) Heute besteht nicht einmal eine gesetzliche Beschränkung, geschweige denn ein Verbot. 1895 waren nach der Berufs- und Gewerbezählung in der deutschen Landwirtschaft 135 175 und als häusliche Dienstboten 35 001 Kinder im „Hauptberuf" tätig. In Wahrheit ist ihre Zahl eine weit größere. Ihre Zahl wird auf 1½ bis 2 Millionen geschätzt. Dieser große Umfang der Kinderarbeit auf dem Lande ist eine Folge der Not der Landarbeiter und wird im dialektischen Verlauf der Geschehnisse wieder eine Ursache derselben. Nicht nur weil die Kleinen die Schmutzkonkurrenten der Eltern werden, sondern weil durch die Erwerbsarbeit neben der sittlichen auch die körperliche Schädigung der Kinder erfolgt und ihre geistige Entwickelung hintangestellt wird, ja, mehr noch intellektuell verblöden. (Sehr wahr!) Dies wird noch durch die Schulversäumnisse gefördert. Und nach einer weiteren Beschränkung des Schulzwanges schreien dieselben Herren, die unaufhörlich über den Mangel an intelligenten und tüchtigen Arbeitern klagen.

In junkerlicher Variation lautet daher der bekannte Ausspruch von Christus: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht beim Viehhüten, beim Rübenziehen, bei der Kartoffelernte und der Kornernte!" Katholische Geistliche vermitteln sogar den Verkauf kindlicher Arbeitskräfte nach Württemberg und Baden von Tirol. Man muß es gesehen haben, wie die Kinder in Gegenden des Zuckerrübenbaues mit krummen Rücken beim Rübenziehen und Rübenhacken im glühenden Sonnenbrand oder bei Sturm und Regen tätig sind, wie die Kleinen beim Kartoffelroden über den feuchten Boden kriechend die Schollen aufwühlen und die Kartoffeln herausklauben, um die Größe des Verbrechens ermessen zu können, das da täglich an der heranwachsenden Jugend begangen wird. Mit 17 Jahren sind die Buben steif und mit 40 Jahren sind sie Greise, schrieb kürzlich in heller Entrüstung ein Lehrer aus dem Schwarzwald, weil sie von morgens 2½ Uhr bis abends 10½ Uhr bei der Ernte beschäftigt sind. Auf die Eltern, die ihre Kinder diesem degenerierenden Einfluß der Erwerbsarbeit preisgeben, wollen wir gewiß keinen Stein werfen. Sie sind es erstens nicht anders gewohnt und zudem ist die Not der Autokrat, der dies befiehlt. Das beweisen aufs schlagendste die Löhne der Landarbeiter und -Arbeiterinnen. Auf Grund

amtlichen, statistischen Materials hat Dr. Sauke den jährlichen Arbeitsverdienst der erwachsenen Landarbeiter in fünf Klassen eingeteilt:

5. Klasse: Löhne von 300—420 Mk. 4. Klasse: Löhne von 420—540 Mk. 3. Klasse: Löhne von 540—660 Mk. 2. Klasse: Löhne von 660—780 Mk. 1. Klasse: Löhne von 780—900 Mk. Ferner konstatierte Dr. Sauke, daß annähernd drei Viertel aller Arbeiter in die beiden untersten Lohnklassen gehörten. Wir haben außerdem mit den halbproletarischen Existenzen zu tun, den Kleinbauern, deren Besitz nicht hinreicht zu ihrer Ernährung. Sie rackern sich selbst, ihre Frauen und Kinder ab bei der Bearbeitung des Bodens. Sie strömen in Scharen zur Industriearbeit in die nahen Städte. Ihr Besitz kettet sie nicht nur an den Ort, gibt sie nicht nur mehr der kapitalistischen Ausbeutung preis, sondern ist auch für die Aufklärung und Agitation ein großes Hindernis. Beim Mittelgrundbesitz sind im allgemeinen die Löhne höher als beim Klein- und Großgrundbesitz. v. d. Goltz teilt die Landarbeiter in drei Kategorien, die Gutstagelöhner und Instleute, die Kätner oder Häusler, und die Einlieger. Dazu kommt dann das Gesinde und die Wanderarbeiter. Unter den letzteren haben wir die Einheimischen und die Ausländer. Die Einheimischen, meist „Sachsengänger" genannt, bilden zweifellos das revolutionärste Element unter den Landarbeitern. Ueberwiegend sind es jugendliche, weibliche Arbeiterinnen. In großen Trupps werden sie gleich dem Vieh auf den Eisenbahnen befördert.

Aber der Umstand, daß sie hinauskommen aus der Enge ihrer Heimat, daß sie während des Sommers mit sozial und intellektuell höher stehenden Arbeitern zusammenkommen, weitet ihren Blick, macht sie empfänglicher für die Ideen des Klassenkampfes. Dr. Kärger schätzt die Zahl der Sachsengänger für 1890 auf 75 000. Aber außer diesen haben wir auch in anderen Gegenden Wanderarbeiter. So hier im Süden die zur Wein-, Hopfen- und Kartoffel-, Korn- und Heuernte von den Höhen in die fruchtbareren Täler ziehen zur vorübergehenden Lohnarbeit. Wird der seßhafte Landarbeiter ausgebeutet, so der Wanderarbeiter erst recht. Die Ausdehnung der Arbeitszeit findet meist nur ihre Grenze in der vollständigen Erschöpfung der Arbeiterschaft oder durch das Einbrechen der Dunkelheit. Eine Rücksicht auf den Menschen braucht absolut nicht genommen werden. Die Heimat hat ja für ihn zu sorgen, nicht der Arbeitgeber. Um die Löhne werden die Wanderarbeiter zum Teil noch geprellt durch die Vermittler, die für die Arbeitsvermittelung einen Monatslohn und mehr beanspruchen. Zu Lohndrückern und zu einer Ursache der Landflucht werden die Ausländer, die alljährlich in großen Scharen (über 500 000) durch die Landwirtschaftskammern und Agenten vermittelt werden. Die Ausbeutung dieser Aermsten ist eine so große, daß sie, insbesondere russische und italienische, von ihren Regierungen gewarnt werden, in Deutschland Stellung zu nehmen.

Daß diese kulturarmen und bedürfnislosen Arbeiter das soziale Milieu der gesamten Arbeiterschaft jener Gegenden, in die sie kommen, gewaltig herabdrücken, liegt auf der Hand. Aber außerdem bilden sie eine eminente Gefahr in gesundheitlicher Beziehung für die Seßhaften durch die Einschleppung von Krankheiten. So sind die Wanderarbeiter auf dem Lande die alleinigen Träger der Syphilis. Trotzdem schreien wir nicht nach Grenzsperren und Einfuhrverboten für die Ausländer. Aber nicht minderen Rechts sollen die Ausländer sein, sondern freies Koalitionsrecht soll ihnen gewährt werden und die Praxis beseitigt werden, daß, wenn sie es ausüben, sie ausgewiesen werden. Ist das erreicht, dann werden wir sie durch unsere Agitation schon zu Klassenkämpfern heranziehen. Ihre Importation bedingt unter dieser Voraussetzung eine Beschleunigung des siegreichen Ausganges unseres Emanzipationskampfes. Die Gutstagelöhner vermieten sich gewöhnlich kontraktlich auf ein Jahr. Triumphierend weist nun v. d. Goltz deren Lohnsteigerung

nach, die, man höre und staune, 60, 80, mitunter sogar 100 Mk. pro Jahr ausmache.

Kätner oder Häusler besitzen, wenn oft auch nur nominell, ein Häuschen und ein Stück Land und gehen gegen Taglohn aufs Gut oder zum Bauern. Wie die Gutstagelöhner durch den Kontrakt, so sind sie durch den Besitz gebunden. Völlig freie Arbeiter sind die Einlieger, die zur Miete wohnen und gegen Barlohn als Tagelöhner gehen.

Sie haben aber auch unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden. Ihnen ähnlich sind die Deputanten, die ebenfalls gegen Bar und Naturalien für Tage und Wochen sich verdingen. In die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist das Gesinde, welches sich gewöhnlich gleichfalls auf ein Jahr vermietet, nebst Kost und Logis einen Jahreslohn erhält und zweifellos am unfreiesten ist. Sowohl v. d. Goltz als auch Weber kommen zu dem Resultat, daß die Barlöhne der Landarbeiter seit 1873 mehr ausgeglichen, sich aber wenig gehoben haben, zum Teil sogar heruntergegangen sind, daß aber überall die Naturallöhnung geringer geworden ist. Ein bedeutender Rückgang in der Viehhaltung läuft nebenher. Anstatt daß der Instmann zwei oder wenigstens eine Kuh weiden durfte, erhält er jetzt meist nur noch Futter für eine Ziege oder ein festes Milchdeputat. Daß die Ernährung durch die Verringerung des Milchkonsums und durch die Verdrängung des nahrhafteren Brotes durch die Kartoffel eine viel schlechtere geworden ist, versteht sich am Rande. Bei starker Familie reicht zudem nirgends das Deputat. v. d. Goltz, der die materielle Lage der Gutstagelöhner eine „gesicherte", wenn auch dürftige nennt, gibt selbst zu, daß dies „gesicherte" Einkommen davon abhängt, wie die Kartoffel- und Kornernte ausfällt, daß keine Krankheit die Familie heimsucht und — die Kinderzahl keine große ist. Bezeichnend für die Lage der Landarbeiter war die Aeußerung, mit welcher der Abgeordnete Gamp sich gegen die Beschäftigung von Gefangenen auf dem Lande wandte: Ich habe darauf hingewiesen, daß der Grundbesitzer gar nicht Gefangene beschäftigen kann, ohne sich seine Arbeiter wesentlich zu verschlechtern, bei den jetzigen Bedingungen, die gestellt werden, daß die Gefangenen nur zehn Stunden im Sommer beschäftigt werden dürfen, daß sie drei- oder viermal in der Woche Fleisch bekommen müssen — was den freien Arbeitern nicht einmal überall möglich ist — kurz, daß sie in bezug auf die Unterbringung und Verpflegung besser behandelt werden müssen, wie dieses bei den Sachsengängern vielfach geschieht. Wenn andere Landwirte behaupten, daß „ihre Leute" jeden Tag Fleisch, dreimal die Woche Braten, täglich Gemüse und Kompott erhalten, so würden die Arbeiter, wenn man sie fragte, wohl mit dem bekannten Fritz Reuterschen Knecht antworten, der auf die Frage: „Ist Rindfleesch und Plumen nicht en schön Gericht?" sagte: „Ja, Herr, aber man kriegt se man nicht!" (Heiterkeit.) Um die Lage der Einlieger zu verbessern, die im Winter arbeitslos sind, schlägt v. d. Goltz allen Ernstes vor, die Anwendung der Dreschmaschine einzuschränken, um durch den Handdrusch Beschäftigung für den Winter zu schaffen. Die Herren wissen also keinen anderen Rat, als die Entwickelung rückwärts zu schrauben.

In Mecklenburg haben Frauen und Männer mir weinend erzählt, sie müßten im Winter stehlen, um leben zu können. Tannenreiser und Wurzeln aus fremdem Walde müßten während der Nacht gestohlen werden, um dann für die daraus fabrizierten Besen und Körbe Brot zu kaufen. Einen Begriff von dem Faulenzerleben der Landarbeiter geben folgende Mitteilungen. Auf dem Gute Eichwalde bei Elbing, das 48 Milchkühe, 20 Pferde und 12 Stück Jungvieh neben vielen Schweinen aufweist, sind zwei Dienstleute und zwei Dienstmädchen zur Besorgung all der Arbeiten beschäftigt. Bei dieser Arbeit verdienen Mann und Frau 469 Mk. jährlich, aber die freie Wohnung! v. d. Goltz hat darüber sehr interessantes Material zusammengetragen. Auf

einem Gute in der Nähe von Ragnit — es gehört einem Herrn v. Bonin — stürzte einem Arbeiter die Decke über dem Kopf zusammen, was er schon mehrfach befürchtet und dem Inspektor prophezeit hatte. Als er darauf Gut und Arbeit verließ, erhielt er noch eine Anklage wegen Kontraktbruchs. In den Veröffentlichungen über das Gesundheitswesen des Staates Preußen, herausgegeben von der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern, werden die Wohnungen im Bezirk Bromberg als „vielfach menschenunwürdig" bezeichnet. Auch in den anderen Bezirken geben sie „zu vielfachen Beanstandungen Anlaß", zeigen eine „große Verbesserungsbedürftigkeit" oder sind „hygienisch unbefriedigend". In der Zentrumsdomäne Trier bilden Schmutz und Verfall innen und außen die Regel, wodurch die Bekämpfung des Typhus sehr erschwert wird. Schließlich sei in diesem Zusammenhange noch an das Wort des Kaisers erinnert, daß in Kabinen die Arbeiterwohnungen schlechter seien als die Schweineställe. Oft genug müssen Knechte und Mägde im Kuhstall schlafen. Die Hütekinder schlafen mit den Erwachsenen zusammen und sehen da Dinge, die ihren Charakter verderben. Am schlechtesten aber sind die Unterkunftsräume für die Wanderarbeiter. Feste Wohnungen lohnen sich nicht, weil sie 7 bis 8 Monate leerstehen müssen. Aber selbst in den erst jüngst aufgeführten massiven Bauten hat die Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern erst durch Polizeiverordnung erzwungen werden müssen. In Ostelbien ist dies nicht einmal durchgeführt. Als Wohnungen dienen ihnen Baracken, Ställe und Scheunen, in welchen die Arbeiter zu zehn und mehr zusammenliegen. Ob die Trennung der Geschlechter durchgeführt ist, ist nicht ersichtlich. Als Lagerstatt wird ihnen kurzes Preßstroh mit einer Wolldecke darüber dazu angewiesen, obgleich getrennte Schlafräume vorgeschrieben, schliefen Männer und Frauen bunt durcheinander. Welche Verstöße gegen Sitte und Anstand, welche Versündigung gegen die Gesundheit, welche Verhöhnung der Menschlichkeit spiegelt sich nicht in diesen Berichten! Und zu all dem noch die so vielfach menschenunwürdige Behandlung. Wie oft die Reitpeitsche oder der Gummischlauch als „Erziehungsmittel" seitens der gnädigen Herren angewandt wird, beweisen die vielen Gerichtsverhandlungen. Daß unter solchen Zuständen die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande nicht die besten sind, liegt auf der Hand. Sie stehen im Durchschnitt weit unter dem der Städte. Um so mehr als den Landarbeitern das fehlt, was zur intellektuellen und sittlichen Wiedergeburt und zur Hebung der Stadtarbeiter führt, die Beteiligung an der Arbeiterbewegung, die Betätigung der Solidarität, die Entwickelung von Bürgertugenden. Es vereinigt sich alles in diesem trostlosen Dasein, um die Arbeiterschaft dem Schnapsteufel in die Arme zu treiben. Und unser christlich-germanischer Adel fördert den Schnapskonsum noch, um die Arbeiter zur Arbeit anzufeuern. Diese Verhältnisse bedingen auch, daß die sexuelle Moral eine tiefstehende ist.

Der Prozentsatz unserer großstädtischen, vom Lande zugezogenen Ammen, die Mütter *junkerlicher Bastarde* sind, ist sicherlich nicht klein. Wenn man zudem Arbeiter und Arbeiterinnen Lasttieren gleich am Tage plagt und sie schlimmer denn Lasttiere in der Nacht in Baracken und Ställen hausen läßt, was soll da anderes gedeihen, als tierische Brutalität und Schamlosigkeit! (Sehr gut!) Wer unter gleichen Verhältnissen aufgewachsen und lebend rein an Seele und Charakter bleiben würde, der werfe den ersten Stein auf diese Aermsten. Schuldig aber sind diejenigen, die solche Zustände aufrechterhalten und verewigen wollen. (Sehr wahr!) Nicht über die Landflucht, darüber, daß sie nicht noch größer ist, sollte man sich wundern. Dagegen helfen alle die ungesetzlichen Mittel nichts, die auf den Arbeitsvermittelungskonferenzen von den Vertretern der Landwirtschaftskammern vorgeschlagen werden. Da rät der eine Belehrung durch Klerus und Lehrer über Vor der Landarbeit

an, der andere wünscht eine Instruktion im Heer und der dritte Ablehnung der Arbeitsvermittelung für alle Kontraktbrüchigen. Aber solange die traurigen Verhältnisse auf dem Lande herrschen, wird der Erfolg dieser Bestrebungen stets gleich Null sein. — Von bürgerlicher Seite, unter anderem von Frau Elisabeth v. Oertzen in der „Deutschen Monatsschrift", sind verschiedene Mittel vorgeschlagen worden, durch die den Landarbeitern suggeriert werden soll, sie seien gar nicht die rechtlosen, ökonomisch und sozial tiefstehenden Parias, sondern bedeuteten etwas. Durch einen Anteil an der Allmende, durch Weckung des „Gemeinschaftssinns", durch Segmentbeteiligung an der Gemeindevertretung, durch Erhöhung des Standesbewußtseins will man sie sozial heben. Die gute Absicht in Ehren — soweit sie nicht nur darauf hinausgeht, den Landproletarier an das Land zu fesseln —, aber alle diese Vorschläge der bürgerlichen Ideologen verkennen, wie diese immer, die Ursache des Uebels und kurieren Symptome statt Krankheiten. Sie schrecken vor den Konsequenzen ihrer Einsicht zurück, weil sie sonst den Bestand der heutigen „göttlichen Weltordnung" gefährden müßten. Aber die Lohnarbeiterschaft wird ihr Erstgeburtsrecht nicht um ein Linsengericht verkaufen. Nicht Wohltaten heischt sie und Scheinreformen, sondern ihr ganzes Recht. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne schlagen wir Ihnen die folgende Resolution vor:

Resolution zur Landarbeiterinnenfrage.

In Anerkennung des Grundsatzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein muß, wird es zur zwingenden Notwendigkeit, neben dem Proletariat der Industrie auch das der Agrikultur dem Heer der Klassenkämpfer einzureihen. Die Tatsache, daß das Landproletariat in rechtlicher, sozialer, ökonomischer und daraus folgernd im Durchschnitt auch in intellektueller Hinsicht tief unter dem Proletariat der Industrie steht, bedingt, daß die Agitation unter und für die Landwirtschaft einen doppelten Charakter tragen muß.

Sie muß erstens sein ein wuchtiger Kampf um die Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit der Arbeiterschaft der Industrie, in juristischer und sozialpolitischer Beziehung sowie in puncto Bildungsmöglichkeit.

Wir fordern daher für die Landarbeiter:

1. Beseitigung der Gesindeordnungen und ländlichen Ausnahmegesetze.
2. Rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter und des Gesindes mit der Industriearbeiterschaft.
3. Arbeiterschutz durch Reichsgesetz für die Landarbeiterschaft und das Gesinde, vor allem ein volles, gesichertes Koalitionsrecht.
4. Verbot der Kindererwerbsarbeit in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten bis zum 14. Lebensjahre.
5. Ausgestaltung der Volksschulen auf dem Lande im Sinne des sozialdemokratischen Programms und Schulzwang für Elementarschule bis zu 14 Jahren.
6. Obligatorischer Fortbildungsunterricht für Knaben und Mädchen.
7. Unterstellung der Landarbeiterschaft und des Gesindes unter sämtliche Arbeiterversicherungsgesetze.
8. Errichtung von landwirtschaftlichen Gewerbegerichten.
9. Feststellung der im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit unerläßlichen Bedingungen für die Landarbeiterwohnungen, sowie eine energische Wohnungspolizei.

Die Agitation muß zweitens sein eine planmäßige, energische, unermüdliche Aufklärungsarbeit unter der Landarbeiterschaft selbst, damit diese den Organisationen der Arbeiterklasse zugeführt, Solidarität übend den Segen der Solidarität kennen lernen. Damit sie, für heute sich eine hellere

Gegenwart erringend, gleichzeitig kampffähiger werden und über die Erringung von Gegenwartsforderungen hinaus sich am Emanzipationskampfe der Arbeiter beteiligen.

Diese Agitationsarbeit ist nach Ansicht der Konferenz nicht nur Sache der Genossinnen, sondern der Gesamtarbeiterbewegung. Die Konferenz verpflichtet daher die Genossinnen, bei dieser Agitationsarbeit überall nach besten Kräften mit Hand anzulegen, ferner solche Agitation anzuregen und gegebenenfalls selbst zu inszenieren.

Die Konferenz empfiehlt des ferneren ein eingehendes Studium der einschlägigen Verhältnisse zum Zwecke der wirksameren Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit unter dem Landproletariat.

Zur Begründung der darin enthaltenen Forderungen, die ich als das mindeste, wofür wir mit ganzer Macht eintreten müßten, ansehe, bedarf es nicht vieler Worte. Mein ganzes Referat ist die Begründung. (Sehr richtig!) Wenn ich von Arbeiterschutz in der Resolution spreche, so meine ich damit, daß es selbstverständlich ist, daß alles, was für die Industriearbeiterschaft besteht und erstrebt wird, in sinngemäßer Weise auf die Landarbeiterschaft ausgedehnt werden soll. Also z. B. Bestimmungen über „helle, geräumige, gut gelüftete Arbeitsräume" bedarf es in der Landwirtschaft nicht, wohl aber einen Normalarbeitstag, der nicht länger zu sein braucht als in der Industrie. Heute schon haben zahlreiche Landarbeiter und Arbeiterinnen sich einen Rückhalt gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch ihre Mitgliedschaft im Verbande der Fabrik- und Landarbeiter geschaffen. Vielen ist durch Unterstützung des Verbandes der Lohn erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, durch Gewährung von Rechtsschutz sind sie vor dem Gefängnis und vor Uebervorteilung seitens des Arbeitgebers bewahrt. Nicht umsonst ist daher dieser Verband der bestgehaßte bei den Agrariern. In Mitteldeutschland bestehen reine Landarbeiterzahlstellen. In einer derselben versieht eine sehr tüchtige Frau, die gleichzeitig eine gute Genossin ist, seit Jahren den Posten eines Kassierers. Das ist etwas ganz anderes, als was vor kurzem die „Soziale Praxis" mich sagen läßt. Ihr Berichterstatter muß in Leipzig nicht haben hören können. Auf seinem letzten Verbandstage hat der Verband eine energischere und planvollere Agitation unter den Landarbeitern beschlossen. Diese gilt es nach besten Kräften zu unterstützen. Dasselbe gilt für die im Norden und Osten namentlich mit vorzüglichem Erfolg begonnene politische Agitations- und Organisationsarbeit; diese muß in allen Teilen Deutschlands inszeniert werden. Im Osten sind besonders die Königsberger und Elbinger Genossen mit bewundernswerter Energie und mit gutem Beispiel vorangegangen, wobei ihnen der „Ostpreußische Landbote" vorzügliche Dienste leistet. Und wie viel Not haben sie durch ihr Eingreifen gelindert, wie viel Tränen getrocknet, wie viel Unrecht verhütet. Das Wort „Sozialdemokratie" ist dort für die Landarbeiter gleichbedeutend mit „Helfer" und „Retter". Meilenweit wandern die Aermsten, um sich Rat und Hülfe zu holen. Sie, die abgestumpft, in vollständiger Apathie dahinleben, erwachen zu neuem Lebensmut, wenn in den Lehren des Sozialismus ihnen ein Ausweg aus ihrem Elend gezeigt wird. Noch ein großes Feld harrt hier wie überall der Beackerung, der Bearbeitung zu einem Felde des Klassenkampfes. Indem wir bei unseren Schwestern und Brüdern auf dem Lande die heiße, brennende Sehnsucht nach Freiheit und Glück, nach Lebensfreude und Menschenwürde entfachen, gewinnen wir ihr Vertrauen, daß ihnen Hülfe und Erlösung nur von der Sozialdemokratie kommt. Im Interesse der Landarbeiterschaft, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Befreiung, im Hinblick auf ein großes, herrliches Menschheitsideal lasset uns daher heute geloben, was an uns liegt, ihr Vertrauen nicht zuschanden werden zu lassen.

Lasset uns heute geloben, daß wir noch mehr wie bisher hinausgehen wollen in die Lande und, allen Anfeindungen und Verfolgungen zum Trutz, das Landproletariat scharen wollen um die Fahne der Sozialdemokratie. Trifft doch für sie noch mehr als für irgend ein anderes Glied der Arbeiterklasse das Wort unseres großen Lehrers Marx zu, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Kähler wird beschlossen, in Anbetracht des ausführlichen, erschöpfenden Referates von einer Debatte abzusehen. Eitzroth-Krefeld hatte diesem Antrage gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Materie widersprochen. Einstimmig schließt sich die Versammlung der Resolution der Referentin an und beschließt, ihre Referat als Aufklärungsbroschüre drucken zu lassen. Ein Antrag der Genossin Lily Braun, in die Resolution der Genossin Zietz als Forderung für die Landarbeiter einzufügen: „10. Ausbau des Eisenbahnwesens, insbesondere der Kleinbahnen", wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hierauf erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht.

Frau **Fahrenwald-Hamburg**: Anwesend sind 50 Delegierte, darunter 10 männliche, mit 54 Stimmen, ferner Genossin Zetkin als Redakteurin der „Gleichheit" und Genossin Duncker als Referentin. Die Gäste sind bereits genannt. Das einzig angefochtene Mandat, das der Genossin Riendorf-Kiel, hat die Kommission einstimmig für gültig erklärt.

Die Konferenz tritt diesem Beschlusse bei.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Die Dienstbotenbewegung.

Fraulein **Grünberg-Nürnberg** als Referentin führt aus: Die Dienstbotenbewegung in Nürnberg hat wieder die Frage der Beseitigung der mittelalterlichen Gesindeordnungen kräftig ins Rollen gebracht. Kurz vor Weihnachten erschienen bei mir auf dem Arbeitersekretariat zahlreiche Dienstboten, die klagten, daß die „gnädige Frau" sich gerade jetzt besonders viele Unverschämtheiten herausnehme, um dann mit Hülfe irgend eines Streites das übliche Weihnachtsgeschenk zu sparen. Es möchte doch in der Zeitung auch darüber einmal ein Artikel erscheinen. Das geschah denn auch in der „Fränkischen Tagespost", und zugleich beriefen wir eine Versammlung auf einen Sonntagnachmittag ein. Wir hatten einen Saal für 100 Personen genommen, aber es kamen mehr denn 1000. Schon in der zweiten Versammlung am 18. März wurde ein Verein gegründet, zu dem auch die Waschfrauen, Zugeherinnen und Putzfrauen Zutritt haben. Von 200 Mitgliedern, die er ursprünglich hatte, hat er sich jetzt auf 400 gehoben. Fünf Versammlungen sind abgehalten worden. In allen diesen Versammlungen kamen empörende Mißstände zutage. In den Teeabenden der Gnädigen wurde wochenlang über nichts anderes gesprochen als über die „Revolution in der Küche", die Aufregung war eine kolossale und man versuchte alles, die Dienstmädchen dem Verein abspenstig zu machen. Eine große Anzahl von Dienstmädchen erklärte aber, sie wollten lieber zeitweise stellungslos sein, als aus dem Verein ausscheiden. (Bravo!) Die Presse hat uns wesentlich unterstützt, von der bürgerlichen Presse begnügt sich ein Teil damit, die Tatsachen zu referieren, ein anderer verhält sich indifferent, während ein dritter in schmutziger Art und Weise über uns herfällt. Diese Angriffe werden uns natürlich nicht in unserer Arbeit aufhalten. Nach den Versammlungen wurden die Mißstände vielfach in den Zeitungen besprochen, besonders häufig wurden Fälle von unsittlichen Anträgen an Dienstboten festgestellt und es wurde auf die Ueberlebtheit des

Zeugniswesens hingewiesen. Viele Herrschaften sehen auch heute nicht mehr auf Zeugnisse, sondern nur nach der Länge der Dienstzeit. — Die ganzen Mißstände im Dienstbotenwesen beruhen auf der Gesindeordnung. Solche Gesindeordnungen gehen bis in das 14. Jahrhundert zurück. Rednerin geht auf einzelne dieser mittelalterlichen Bestimmungen ein. Damals wurde dem Gesinde sogar die Kleidung und Lebensführung vorgeschrieben. Luther nannte das Gesinde „lauter Unflat" und empfahl die Prügelstrafe gegen Dienstboten, die noch heute in Preußen fortlebt. Im Jahre 1848 wurde die erste Dienstbotenversammlung abgehalten, in der die Dienstboten Klage führten über zu große Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, über schlechtes Essen und schlechte Behandlung. Leider hat man damals diese Bewegung nicht weiter verfolgt, sondern die Dienstbotenbewegung links liegen gelassen.

Brachte das „tolle Jahr" in seiner Konsequenz für die gewerblichen Arbeiter mehr Ellbogenfreiheit, so sind die Dienstboten Sklaven geblieben, denen man das Recht vorenthalten hat, ihre Lage durch die Arbeitseinstellung zu verbessern.

Dabei hat die wirtschaftliche Revolution auch den Hausstand revolutioniert. Man braucht gar nicht mehr das Dienstmädchen von früher. Das Dienstmädchen könnte heute ohne jeden Schaden für den Haushalt dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Aber die Gesindeordnung mit ihren unwürdigen Ungleichheiten bleibt bestehen und ist erst 1900 neu sanktioniert worden. Mit Recht vergleicht Merkel in seinen Fragmenten zur Sozialwissenschaft die Gesindeordnung mit einer alten vor hundert Jahren vergessenen Schildwache, die ohne Sinn und Grund immer noch bezogen wird.

Und was enthalten nun die Gesindeordnungen? Zunächst die Verpflichtung, alle Befehle der Herrschaft mit Achtung und Ehrerbietung entgegenzunehmen. Alle — auch die, die die ausgedehnteste Arbeitszeit fordern. So arbeiten denn nach Dr. Stillichs trefflichem Buche über die Berliner Dienstboten diese dort durchschnittlich 18 bis 20, nach unserer jüngsten Nürnberger Statistik 17 bis 19 Stunden täglich. Eine so unsinnig lange Arbeitszeit muß abgeschafft werden im Interesse der gesamten Menschheit. (Beifall.) Kranke, auch ansteckend kranke Familienmitglieder, muß der Dienstbote bei der Strafe der Gesindeordnung pflegen. Aber wenn er selbst krank wird, wird er aus dem Hause gejagt und gemieden wie ein räudiger Hund. Aber einen Vorteil hat die Gesindeordnung doch: sie setzt die Kündigungsfristen nicht fest; schon sind die früheren einjährigen Kontrakte auf monatliche und eintägige reduziert worden; die Anwendung der eintägigen Kündigungsfrist würde die Dienstboten vielfach unabhängiger machen. Die ländlichen Dienstboten haben leider noch die ein- und fünfjährigen Kündigungsfristen. — Die Klagen der Dienstboten unterstehen nach den Gesindeordnungen nicht dem Gewerbegericht, sondern der verschleppenden Entscheidung des Amtsgerichts. Die Dienstboten unterstehen auch nicht der Zwangsversicherung. Welches Elend entsteht da, wenn zum Beispiel eine Waschfrau am Gelenkrheumatismus erkrankt? Die Herrschaft der Gesindeordnung erstreckt sich auf alle Mädchen von 7 — sieben — Jahr aufwärts. Die „Herrschaften" klagen auch über die besonders ungenügende Bildung der Dienstmädchen. Sie haben daher mit Hülfe bürgerlicher Herrschaftsvereine einen Haushaltungsunterricht eingerichtet, der darin besteht, daß das Mädchen von 14 bis 16 Jahren unter dem Vorwand der Ausbildung einer der Vereinsdamen den Haushalt umsonst oder gegen ganz geringes Geschenk führen muß. Eine schamlose Ausbeutung, die des Gedankens der Organisation geradezu spottet. (Sehr wahr!)

Von der mangelhaften Ernährung der Dienstboten habe ich schon gesprochen. Rednerin führt einige derartige Fälle an. Ein Schuldiener, früherer

Schutzmann und Sozialistenfresser, gab seinem Dienstmädchen die Brocken, welche die Schulkinder liegen ließen. Dabei sind die Löhne miserabel. Der Durchschnittslohn beträgt in Berlin 200 Mk., Kost pro Tag 1 Mk., gleich 365 Mk., Logis gleich Schlafstelle à 6 Mk. macht 72 Mk., nehmen wir noch ein Weihnachtsgeschenk von 30 Mk. — mir hat ein Dienstmädchen einmal ihr Weihnachtsgeschenk von 1 Mk. auf dem Bureau vorgezeigt — so macht es im ganzen 667 Mk. Das ist noch sehr gut gerechnet, denn manche Herrschaften geben, wenn sie verreisen, ihren Mädchen nur ein Kostgeld von 65 Pf. Besser als die Fabrikarbeiterinnen, wie die Herrschaften immer behaupten, stehen die Dienstmädchen also keineswegs da, vor allem auch nicht in sittlicher Hinsicht. Dr. Stillich hat festgestellt, daß von 1689 unter polizeilicher Sittenkontrolle stehenden Mädchen in Berlin 1026, also 60 Proz., Dienstmädchen oder frühere Dienstmädchen waren. (Hört, hört!) Wie kommt es nun, daß die Mädchen auf diese Bahn kommen? Der erste Schritt kommt immer von den Belästigungen, die das Mädchen im Hause der Herrschaft erfährt. Dr. Stillich hatte die Frage nach solchen Belästigungen gar nicht in seine Fragebogen aufgenommen, aber trotzdem haben die Mädchen doch fast in allen Fällen darüber Ausführungen gemacht. Da wird immer wieder darauf hingewiesen, der Sohn hat mir keine Ruhe gelassen, anfangs habe ich ihn abgewiesen, dann ist er des Nachts zu mir gekommen. Da ich kein verschließbares Zimmer hatte, konnte ich mich nicht dagegen wehren. Und wenn es nicht der Sohn ist, ist es der Vater. Darüber heißt es in den Fragebogen: Nur wenn man dem Hausherrn zu Gefallen ist, hat man es im Dienste gut. In Nürnberg ist selbst eine Frau zu mir aufs Bureau gekommen und hat geweint, ihr Mann hätte es mit jeder, selbst das 15jährige junge Ding, das sie jetzt hätte, hätte er nachts besucht. (Pfuirufe.) In Wunsiedel in Bayern hat das Gericht einen 29jährigen Wüstling, der am 15jährigen Dienstmädchen wiederholt Notzuchtsversuche gemacht hatte, wegen tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Dienstmädchen aber, das schwanger geworden ist, ist rettungslos verloren. Es bekommt keinen anderen Dienst, und nichts bleibt ihr übrig, als tatsächlich auf die Straße zu gehen. Aber wenn wir fordern wollten, das Dienstmädchen sollte nicht mehr im Hause wohnen, damit es nicht schutzlos den Schweinepelzen preisgegeben sei — man würde uns auslachen. Wie groß ist jetzt für das schwangere Dienstmädchen die Versuchung, das Kind im Mutterleibe oder nach der Geburt zu töten, zumal wenn der Vater sie im Stiche läßt. In grenzenloser Not sucht sie sich von der Last zu befreien — wer könnte es nicht trotz der unendlichen Grausamkeit verstehen. Wir haben gar keine Ahnung von dem Umfang der Kindermorde. In Frankenthal am Rhein hatte man ein Dienstmädchen im — gerechtfertigten — Verdacht des Kindesmordes. Man suchte im Rhein nach der Kinderleiche und fand deren — 88. (Bewegung.)

Wer ein Mensch ist, wer einen Funken Gefühl in sich hat, muß sich gegen diese schmachvollen Zustände auflehnen. Unsere Resolution fordert nur bescheiden, wogegen auch keine bürgerliche Dienstherrschaft mit Gerechtigkeitsgefühl etwas einwenden kann. Aber auch unsere junge und kleine Organisation hat schon Besserung geschaffen. Schon fürchten die Herrschaften in Nürnberg, am nächsten Tage in der „Sozipresse" zu stehen und dann auch durch die ganzen Herrschaftshäuser gezerrt zu werden. Sorgen Sie dafür, daß bald allerorten, wo es irgend möglich ist, Dienstbotenorganisationen gegründet werden. Schon sind dem Nürnberger Beispiel München — 200 Mitglieder in der ersten Versammlung — Köln und Fürth gefolgt. Wenn wir so fortschreiten, gelangen wir vielleicht bald zu einem Zentralverband.

In München haben die Christlichen versucht, uns das Wasser abzugraben; aber dort sind die Herrschaften mit in der Organisation; und so dumm sind

die Dienstmädchen nicht mehr, daß sie dort hineingehen. Versuchen Sie es also überall mit der Organisation. Ich habe Zirkulare für die Agitation unter den Dienstboten ausgearbeitet, die ich Ihnen gern zur Verfügung stelle. Sorgen Sie dafür, daß die Dienstboten zum mindesten gleichgestellt werden mit den gewerblichen Arbeitern, daß sie Lust und Liebe zum Leben bekommen. Haben wir erst all das durchgeführt, was wir für die Dienstboten erstreben, dann sind wir auch mit unserer Gesamtbewegung ein gut Stück vorwärts gekommen. (Stürmischer Beifall.)

Die Referentin unterbreitet folgende

Resolution.

Das angeblich „patriarchalische" Verhältnis zwischen den Dienstboten und den Dienstherrschaften ist heutzutage zu einem Deckmantel und einer Quelle schlimmster Mißstände geworden, unter denen die Dienenden weit über das Maß der gewerblichen Arbeiter hinaus leiden. Das traurige Los derselben erhellt nicht bloß aus den zahlreichen Klagen und Beschwerden, welche in die Oeffentlichkeit dringen, sondern es ist auch durch Gerichtsverhandlungen einwandsfrei festgestellt worden, daß im allgemeinen den Dienstboten weder die kulturmäßige Lebenshaltung, noch die gerechte soziale Würdigung zuteil wird, auf die sie kraft ihrer Arbeitsleistungen einen Anspruch haben.

Das materielle und moralische Elend der Dienenden wird wesentlich dadurch verschärft, daß sie nicht unter dem gleichen Recht wie die gewerblichen Arbeiter stehen, nicht Anspruch auf die sozialen Institutionen haben, die deren Schutz dienen, sondern einem mittelalterlichen Ausnahmegesetz unterworfen sind. Die 1 389 816 Dienstboten, welche die Berufszählung von 1895 im Deutschen Reiche ermittelt hat, sind durch die Gesindeordnungen geknebelt und ermangeln der Koalitionsfreiheit, mittels deren die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen.

Die vierte Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands ist der Auffassung, daß die dringend nötige gründliche Reform der Dienstbotenverhältnisse nur das Werk der organisierten und kämpfenden Arbeiterklasse sein wird, in deren Reihen die Dienstboten selbst mit für die Verbesserung ihres Loses kämpfen müssen.

Als wichtigste Grundlage dieser Reform und als unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Dienstboten selbst an der Hebung ihrer Lage mitwirken, erachtet die Konferenz die Aufhebung aller gesetzlichen Ausnahmebestimmungen für das Gesinde und ihre volle rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern. Sie fordert daher:

1. Abschaffung der Gesindeordnungen und Gesindedienstbücher.
2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung. Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie, Gewährung eines gesetzlich gesicherten vollen Koalitionsrechts und Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige mit ansteckender Krankheit behaftet zu pflegen.
3. Sinngemäße Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags- und Nachtarbeit usw. auf die Dienenden; im besonderen und zunächst als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz: Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages, eines vollen freien Sonntagnachmittags alle 8 Tage und alle 14 Tage einen vollen freien Tag. Für außergewöhnliche Arbeiten sind Hülfskräfte anzustellen.
4. Gesetzliche Vorschriften, gesunde, den hygienischen Verhältnissen entsprechende Schlafräume, welche von innen verschließbar sein müssen, und ständige Kontrolle derselben durch die Behörden.
5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts auch für die Dienenden bis zum 18. Lebensjahre.

6. Abschaffung der privaten Stellenvermittelungsbureaus und Einführung von paritätischen Stellennachweisen.

Die Konferenz spricht des weiteren ihre Ueberzeugung aus, daß die Interessen der Dienenden nicht in dem nötigen Umfange und nicht mit der erforderlichen Energie von Organisationen vertreten werden können, welche Dienstboten und Herrschaften als Mitglieder in der Annahme umschließen, daß eine Harmonie der Interessen zwischen beiden besteht. Auch die Arbeits- und Existenzverhältnisse der Dienenden werden wie die aller Lohnarbeiter von dem Klassengesetz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten beherrscht. Daraus ergibt sich, daß sich die Dienstboten in Organisationen zusammenschließen müssen, welche den freien Gewerkschaften gleich auf dem Boden des Klassengesetzes und Klassenkampfes stehen und nur die Interessen der Dienenden vertreten. Die Konferenz erachtet es für die Pflicht der Genossinnen, die Dienstboten über ihre Lage aufzuklären, in Organisationen der letzteren Art zusammenzuschließen und für die oben bezeichneten Reformen mit allem Nachdruck einzutreten, damit die Hunderttausende dienender Töchter des werktätigen Volkes zu einer kulturwürdigen Lebenshaltung gelangen und zu tätigen Mitkämpferinnen werden.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen aus Halberstadt, Minden, Gera (Reuß), Kalk und aus dem zweiten Berliner Wahlkreis.

Schluß 8 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 23. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet Genossin Zetkin die Verhandlungen wieder mit der Mitteilung, daß als Vertreterin der Schweizer Parteigenossinnen die Arbeitersekretärin in Bern, Genossin Margarete Faas-Hardegger, eingetroffen ist.

Genossin Faas: Ich überbringe Euch die Grüße der schweizerischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und besonders des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Ich komme aus dem Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wo in den Straßen die Polizei die Leute schlägt und in den Gefängnissen geprügelt wird. Ich komme aus dem Lande der Preßfreiheit, aus dem man die Redakteure ausweist. Ich komme aus dem Lande, wo man bei aller Meinungsfreiheit die Genossen verhaftet, die wir als Referenten bestellen, so wie man die Genossin Wallabanoff verhaftet und ausgewiesen hat. Ich komme aus dem Lande, wo man die Genossinnen einsperrt, die Flugblätter verteilen. Ich komme aus dem Lande, wo wir in dem vortrefflichen 9jährigen Schulunterricht noch Ruhm und Macht des Vaterlandes von Herzen lieben können, weil wir noch große Illusionen haben. Aber ich komme aus diesem Lande, Genossinnen, um Euch zu sagen, daß wir im Begriff sind, diese Illusionen zu verlieren. (Bravo!) Und gerade die Arbeiterinnenbewegung in der Schweiz blüht auf. Vor zwei Jahren haben wir unseren vor mehr denn zwei Jahrzehnten von der Genossin Zetkin gegründeten Verband reorganisiert und die Organisation hat seitdem ständig zugenommen. Wir haben mit Sprachschwierigkeiten zu kämpfen, die Ihr in diesem Maße nicht kennt, wir haben französische, italienische und deutsche Sektionen und wollen jetzt unsere junge Zeitung auch französisch herausgeben. So sind die Schweizer Arbeiterinnen im Begriff, zu erkennen, in welch große Lüge man sie bisher verstrickt hat. Kein Land in Europa hat mehr ein Recht auf Illusion, am wenigsten aber hat irgendwo die Frau das Recht,

und darum wird wahrscheinlich die Frau auch am vaterlandslosesten sein, wenn sie erst einmal zu erkennen angefangen hat. Deshalb bitte ich Euch, unseren Gruß entgegenzunehmen. Wir haben uns Euch zu Vorbildern genommen und sind hierhergekommen, um viel von Euch zu lernen in den großen Fragen, die uns allen gemeinsam sind. Ist doch vor allem auch die Frage der Versicherung der Wöchnerinnen für uns brennend. So will ich denn Euren Verhandlungen zuhören und nachher meinen Schweizer Genossinnen alles sagen, was ich Gutes, Großes, Fröhliches und Arbeitsfreudiges bei Euch gefunden habe. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in die Diskussion über das Referat zur Dienstbotenbewegung eingetreten.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Die Konferenz macht es den Leiterinnen der Bildungsvereine zur Pflicht, mit Hülfe der örtlichen Kartelle sich der Dienstbotenbewegung anzunehmen. Wo Bildungsvereine nicht bestehen, sind besondere Kommissionen zu wählen. (Köln.)

2. Unentgeltliche Stellennachweise für weibliche Personen einzuführen, deren Verwaltung in den Händen der Genossinnen liegt. (Bremen.)

Zunächst erhält das Wort:

Frau Bosse-Bremen: Es ist nicht das erstenmal, daß wir uns mit der Dienstbotenfrage in Bremen beschäftigt haben. Bereits in den achtziger Jahren machten wir den Versuch einer Agitation unter den Dienstboten, der aber scheiterte. Erst die Bewegung in Nürnberg hat uns neue Anregung gegeben. Wir halten unentgeltliche Stellennachweise für ein gutes Agitationsmittel, da die Dienstboten ohnehin daran gewöhnt sind, die Stellenvermittelung zu benutzen. Wir würden mit den Dienstboten in persönliche Berührung kommen und würden ein gutes Agitationsmaterial dadurch erlangen. Die Genossin, die zur Leitung des Arbeitsnachweises bestellt würde, könnte auch sonst die Agitation für die Gewerkschaften und die Partei im weitesten Maße betreiben. Wir wollen jetzt in Bremen aufs neue den Versuch machen, die Dienstboten aufzuklären, damit sie sich aus ihrer versklavten Lage, die eine versklavte Gesinnung mit sich bringen muß, herausringen. (Bravo!)

Frau Müller-Köln: Die Referentin hat uns gestern das Elend der Dienstboten so ausführlich geschildert, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Ich hoffe, Sie werden aller ihrer Schlußaufforderung folgen, jetzt energisch in die Agitation für die Dienstboten einzutreten. Diesen Zweck verfolgt auch unser Antrag. Gerade die Bildungsvereine sind als neutrale Organisationen am besten dazu geeignet, sich der Dienstbotenbewegung anzunehmen. (Beifall.)

Frau Hoffmann-Mannheim: Ueber Dienstbotenelend kann gar nicht genug gesprochen werden. Speziell in Mannheim sind wir von seiten der Dienstboten darauf aufmerksam gemacht worden. Wir treten für eine geregelte Arbeitszeit aller Branchen ein, und wie steht es bei den Dienstboten? Selbst die Frauen, die aus Dienstbotenkreisen hervorgegangen und Beamtenfrauen geworden sind, behandeln die Dienstboten schlecht, fast noch schlechter als die Bourgeois. (Lebhafte Zustimmung.) Selbst das Wenige, was den Dienstboten zum Essen vorgesetzt wird, wird ihnen verekelt durch die Gnädige. Die Kost spottet in der Regel jeder Beschreibung; sie ist in den seltensten Fällen reichlich und anständig. Auch die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit sind ähnliche. Dabei muß das Dienstmädchen immer proper beisammen sein. Die Organisation der Dienstboten ist daher wohl berechtigt. Dies wurde uns auch bei unseren Organisationsbestrebungen in Nürnberg offenbar. Genossin Stünberg hat das Stellenvermittelungswesen so treffend gezeichnet. Nirgends

ist es so groß, nirgends werden die Dienstboten so ausgebeutet, wie in Mannheim. Deshalb wollen wir in Mannheim uns energisch mit der Dienstbotenfrage beschäftigen und es wird uns auch hier gelingen, diesen Mädchen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Wir haben hier mit einer neutralen Stellenvermittelung bei der Ortskrankenkasse Mannheim ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Darum auf zum Kampf gegen die Stellenvermittlerinnen, jene Seelenverkäuferinnen! (Anhaltender Beifall.)

Frau Zietz: Zwischen den Ausführungen der Genossin Grünberg und den meinigen ist ein scheinbarer Widerspruch vorhanden in bezug auf die Darstellung der rechtlichen Verhältnisse der Dienstboten. Ich habe ausgeführt, daß es dem Bürgerlichen Gesetzbuch vorbehalten gewesen sei, ausdrücklich den lebenslänglichen Vertrag zwischen Dienenden und Herrschaften zu sanktionieren, während Genossin Grünberg ausführte, daß heute ein solcher Vertrag nicht mehr gelte. Ich möchte in bezug hierauf folgendes erklären: Ein lebenslänglicher Vertrag gilt heute, denn es heißt im Bürgerlichen Gesetzbuch: Bei einem lebenslänglichen Vertrag ist es gestattet, ihn nach fünf Jahren zu lösen unter gewissen Bedingungen. Es ist also nicht davon die Rede, daß kein lebenslänglicher Vertrag abgeschlossen werden darf, sondern nur, daß ein solcher Vertrag nicht erzwungen werden darf, daß er gelöst werden kann. Wenn aber davon gesprochen wird, daß er gelöst werden darf, so ist dadurch ausdrücklich bekundet, daß er abgeschlossen werden darf. Wir haben also eigentlich in einem gewissen Sinne beide recht. Ich wollte das nur feststellen, damit nach außen hin nicht der Eindruck erweckt wird, als ob wir etwas ganz Entgegengesetztes behauptet hätten.

Ferner möchte ich eine redaktionelle Aenderung in der Resolution beantragen, dahingehend, daß der Schlußsatz des Punktes 2 „Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige, die mit ansteckender Krankheit behaftet sind, zu pflegen" den Punkt 1: „Abschaffung der Gesindeordnung und Gesindedienstbücher" angefügt wird. Das ist notwendig, weil diese Verpflichtung nur besteht auf Grund der Gesindeordnung und wenn diese aufgehoben wird, so ist eigentlich diese Verpflichtung auch aufgehoben. Der Zusatz wäre also eigentlich überhaupt überflüssig, aber aus agitatorischen Gründen befürworte ich doch, ihn beizubehalten.

Was die in Punkt 3 geforderte „sinngemäße Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer" anlangt, so möchte ich erklären, daß ich darunter verstehe, daß für die Dienstboten auch eine Mittagspause verlangt wird. (Sehr richtig!) Gerade das müssen wir vor allem verurteilen, daß die Dienstboten von morgens früh bis abends spät im Haushalt arbeiten müssen. Die Zeit der Mittagspause muß sich natürlich nach den Gepflogenheiten des betreffenden Haushalts richten, jedenfalls muß sie aber im Anschluß an das Mittagsbrot eintreten. Wenn man behauptet, das sei heute undurchführbar, so weise ich darauf hin, daß so gut wie die wirtschaftlichen Grundlagen des Gesellschaftslebens einer fortwährenden Revolutionierung unterworfen sind, auch die Umgestaltung des Hauswesens fortschreitet. In anderen Ländern, wie in Amerika und Australien, sind unsere Forderungen längst durchgeführt und allgemeine Praxis. So wie die Dienstmädchen heute in bezug auf ihre Rechte nicht mehr Hausgenossinnen sind, sondern Arbeiterinnen, so wollen wir, daß sie auch in bezug auf ihre Pflichten mehr und mehr gewerbliche Arbeiterinnen werden. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, daß die Resolution so gemeint ist. (Zustimmung.)

Die Kölner Genossinnen könnten sich damit zufrieden geben, was die Genossin Grünberg in ihrem Schlußsatz als Pflicht für die Genossinnen im allgemeinen ausgesprochen hat und sollten ihren Antrag zurückziehen. Wenn wir

in Bildungsvereinen unsere Forderungen vertreten, wird es den Behörden leicht werden, die Vereine zu politischen zu stempeln und zu verbieten. (Sehr wahr!) Ebenso bitte ich den Antrag aus Bremen zurückzuziehen. Die Regelung der Stellenvermittelung muß nach den örtlichen Verhältnissen vorgenommen werden. Das läßt sich nicht generalisieren. Es muß der Initiative der Genossinnen an den einzelnen Orten überlassen bleiben, in bestmöglichster Weise in dem Sinne zu wirken, wie es hier ausgesprochen ist.

Ich weise noch darauf hin, daß demnächst von der „Gleichheit" ein Vertrag veröffentlicht werden wird, der das ausspricht, was wir den Dienstboten nur empfehlen können, bei Abschließung von Verträgen mit den Herrschaften als Minimum zu verlangen. Der Vertrag ist von dem Genossen Stadthagen entworfen, rechtlich unanfechtbar und enthält alles, was die Dienstboten auf Grund der rechtlichen Verhältnisse heute verlangen können. (Bravo!)

Frau **Lily Braun**-Berlin: In dem ausgezeichneten Referat der Genossin Grünberg hat es uns wahrscheinlich am besten gefallen, wie einheitlich in Nürnberg Partei und Gewerkschaften an die Organisierung der Dienstboten herangegangen sind. In Berlin fand, als vor einigen Jahren eine starke Dienstbotenorganisation im Entstehen war, diese leider bei der Partei nicht die nötige Unterstützung und geriet daher ganz in bürgerliche Hände, und es entstand ein Unding, ein Verein der Dienstboten und Dienstherrschaften. Jetzt dürfte es schwer sein, die Berliner Dienstbotenbewegung wieder in unsere Hände zu bringen, zumal die Dienstboten sich noch immer für etwas Besseres halten als die bloßen Fabrikarbeiterinnen und etwas von dem Hochmut der Herrschaften, unter denen sie stehen, auch auf die Dienenden abfärbt. Erfreulicherweise entwickelt sich die Wirtschaft in der Richtung der Umwandlung des Dienst- in ein gewerbliches Arbeitsverhältnis. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diese wirtschaftliche Bewegung, die vorhanden ist und die Auflösung des Einzelhaushalts zum Ziel hat, auf alle Weise, auch durch genossenschaftliche Gründungen zu unterstützen. Auch eine andere Entwickelungstendenz ist sehr bemerkenswert. Die Zahl der Aufwartefrauen nimmt ständig zu; das beweist schon die wachsende Zahl dieser verderblichen, ekelhaften Arbeitsvermittler, die sich ausschließlich mit der Vermittelung von solchen Frauen beschäftigen und sich 50 Pf. pro Tag für den Nachweis einer Arbeit zahlen lassen. Protestieren möchte ich zum Schluß gegen die Redewendung der Genossin Grünberg, die Dienstmädchen müßten so geschützt werden, daß sie auch gern dienen. Gern dienen sollen sie nie, gern arbeiten ja. Sie sollen sich als Arbeiterinnen fühlen und entwickeln, niemals als Dienende. Mit dem ganzen Prinzip der Dienstbarkeit müssen wir gründlich aufräumen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Fahrenwald**-Hamburg: Wir haben unser Hauptaugenmerk auf die Abschaffung der Gesindeordnung zu richten. Das muß die präzise Forderung der sozialdemokratischen Partei sein. (Ruf: Ist sie ja!) In Deutschland haben wir 19 oder mehr Gesindeordnungen, von denen einige aus dem 17. Jahrhundert datieren. In dem Augenblick, in dem die Gesindeordnung abgeschafft ist und die Dienstboten unter die Gewerbeordnung fallen, ist für sie die Arbeitszeit als gewerbliche Arbeiterinnen festgesetzt. Daß die geeignete Zeit für die Mittagspause in den einzelnen Haushalten nicht auf eine bestimmte Zeit festgelegt werden kann, ist selbstverständlich; aber die Bestimmung müßte getroffen werden, daß die Pause nach vollendetem Mittagsmahl der Herrschaft einzutreten hat. Wir müssen die Mädchen aufklären, daß sie auch ihre Rechte beanspruchen. Nun zu den Arbeitsnachweisen. Auch in Hamburg liegt der Arbeitsnachweis in bürgerlichen Händen. Wenn ich auch den bürgerlichen Damen, die den Arbeitsnachweis in Händen haben, den guten Willen nicht absprechen will, so muß ich es ihnen doch zum Vorwurf machen, daß sie sich nicht darum kümmern, wenn eine Dame alle 14 Tage ein neues Dienst-

mädchen braucht. So kam eine Mutter zu mir, die ihr vierzehnjähriges Kind zu einem Kaufmann in Stellung gab, wo es den Haushalt erlernen sollte. Schon nach ein paar Tagen mußte das Mädchen mit ansehen, wie der Kaufmann in sehr indezenter Weise seine Frau durchprügelte. (Hört! hört! Pfui!) Statt daß das Mädchen bei seiner Herrschaft Sittlichkeit, Moral und gutes Benehmen erlernte, mußte es solches mit ansehen. Um ¼4 Uhr morgens mußte es aufstehen und bis nachts 12 Uhr arbeiten, bis das Mädchen nach sechs Wochen so bleich und elend war, daß es nicht mehr weiter arbeiten konnte. Solche Stellen vermitteln die Hamburger Damen. Darum haben auch wir in Hamburg Stellung zur Dienstbotenfrage genommen. Leider konnten wir vor der Frauenkonferenz keine Versammlung mehr einberufen; aber nach der Konferenz werden auch wir energisch in die Bewegung eintreten. Wir werden dafür sorgen, daß die Stellennachweise in unsere Hände kommen und werden es uns angelegen sein lassen, auch das letzte rückständige Dienstmädchen aufzuklären und unserer Partei zuzuführen. Wenn auch Sie, Genossinnen, anfangen, an Orten, wo Sie delegiert sind, in die Dienstbotenbewegung einzutreten, dann wird und muß es anders werden, dann werden auch die Dienstboten die unserigen sein und werden ein gewerblich tätiges Arbeiterleben führen können. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zietz: Wir in Hamburg empfinden es nicht als eine Kontrolle über uns, sondern wir arbeiten mit den gewerkschaftlichen Genossen Hand in Hand. Darum ist es selbstverständlich, wenn wir etwas gemeinsam unternehmen, daß wir auch gemeinsam über die zu unternehmenden Schritte beraten und die Genossen über solche unterrichten.

Frau Kähler begründet einen von ihr gestellten Antrag auf Schluß der Debatte.

Frau Schulze bittet um Ablehnung dieses Antrages, da man hierher gekommen sei, um über die so wichtige Frage der Dienstbotenbewegung ausführliche Informationen zu erhalten.

Der Schlußantrag wird angenommen.

In einer sachlichen Richtigstellung erklärt

Frau Wengels-Berlin, daß sich die Berliner Dienstbotenbewegung vor fünf Jahren in der Form entwickelt habe, daß die Herrschaften mit in den Verein eintraten. Von Anfang an war aber eine Genossin mit in den Vorstand delegiert. Immerhin waren wir damals der Ueberzeugung, daß wir von Parteiwegen nichts direkt für die Dienstbotenbewegung tun könnten. Inzwischen haben sich die Dinge aber so entwickelt, daß seit einem Jahre etwa der Verein der Hausangestellten ganz in unsere Hände gekommen ist. Eine Genossin ist die Redakteurin des Vereinsorgans, und auch die Geschäftsführung wird von einer Genossin übernommen werden. Die Dienstboten selber waren es, die verlangten, daß die Bewegung ganz und gar in unsere Hände übergehe. Die Herrschaften im Verein haben auch bereits die Fahnenflucht ergriffen. Zwei bürgerliche Damen, die im Vorstand saßen, haben ihr Amt niedergelegt. Der Musterdienstvertrag, der jüngst in der „Gleichheit" veröffentlicht wurde, rührt vom Verein der Hausangestellten her; Genosse Stadthagen hat ihn dann durchgearbeitet. Frau Lily Braun irrt sich also, der Berliner Dienstbotenverein ist nicht mehr in bürgerlichen Händen. (Beifall.)

Frau Lily Braun fragt in einer persönlichen Bemerkung an, wie es sich mit unseren politischen und gewerkschaftlichen Auffassungen vereinbaren lasse, daß eine Parteigenossin sich in den Vorstand eines Vereins von Hausangestellten und Herrschaften hineindelegieren lasse. Es wäre nützlich, zu wissen, ob überhaupt noch Herrschaften dem Berliner Verein der Haus-

angestellten angehörten. In einem nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geleiteten Verein seien Herrschaften überhaupt nicht zu brauchen. (Zustimmung.)

Frau Zietz: Auf diesem Standpunkt stehen wir selbstverständlich alle. (Sehr richtig!) Seitdem die Leitung des Berliner Vereins in unseren Händen liegt, wird auf dieses Ziel hingearbeitet. Weil die Bewegung ursprünglich in bürgerlichen Händen lag, ist es nicht möglich, alles mit einem Schlage umzumodeln. Wir sind aber auf dem besten Wege, und gewerkschaftliche Grundsätze werden in der Praxis und auch im Statut des Berliner Vereins ihren Ausdruck finden. (Bravo!)

Das Schlußwort erhält die Referentin

Fräulein Grünberg-Nürnberg: Die reiche Diskussion hat das lebhafte Interesse der Genossinnen an dieser Frage und den Wunsch gezeigt, noch viel Praktisches für diese wichtige Aufgabe zu lernen. Mit dem Antrage auf Einsetzung einer Kommission machen sich die Kölner Genossinnen die Sache zu schwer. In der ersten öffentlichen Dienstbotenversammlung wird aus den Dienstboten selbst eine Kommission gewählt, die dann nach Gründung des Vereins auch die Vorstandsgeschäfte übernimmt. In München haben die Mitglieder des Frauen- und Mädchenbildungsvereins die ganze Agitationsarbeit für die Dienstbotenbewegung geleistet. So kann es auch an anderen Orten geschehen, im einzelnen aber können wir den Bildungsvereinen keine Vorschriften machen. Die Arbeitsvermittelung müssen die organisierten Dienstboten selbst in die Hand nehmen. Auch in Nürnberg hat nicht etwa das Arbeitersekretariat die Stellenvermittelung für die Dienstboten in die Hand genommen, sondern der befreundete Gastwirtsgehülfenverband. Wir müssen alles tun, um die Dienstmädchen von ihren Blutsaugern loszubekommen. Das liegt selbst im Interesse der Herrschaften. — Der Vorwurf der Genossin Braun trifft mich nicht. Ich habe wörtlich gesagt: Die mittelalterlichen Gesindeordnungen mögen Platz machen dem freien Arbeitsvertrage, der den Dienenden Lust am Leben und Kraft zum Arbeiten läßt. Von „Lust am Dienen" kein Wort. — Zur Resolution möchte ich bitten, nicht allzuviel Einzelheiten hineinschreiben zu wollen. Gewiß verlangen wir für die Dienstboten eine Mittagspause, Arbeitsschluß nicht nach 8 Uhr abends und Arbeitsanfang nicht vor 7 Uhr morgens. Gewiß raten wir den Dienstmädchen, jedes unsittliche Attentat des Dienstherrn oder Sohnes der Dienstherrschaft zur Anzeige zu bringen und nicht aus falscher Scham zu verschweigen. Aber in die Resolution gehören diese Forderungen nicht. Unsere Bewegung ist noch zu jung, sie muß zart angefaßt werden, wenn sie gedeihen soll. Es wird langsam vorwärts gehen, denn erst gilt es, die Dienstboten allgemein aufzurütteln, auch sie von dem tatsächlich vorhandenen Klassendünkel zu befreien. Die Dienstboten sehen den Reichtum um sich, um so grausiger erscheint ihnen das Elend der Arbeiterinnen. Wie weit sie aber selbst zurück sind, wissen sie nicht. Die Arbeiterin hat wenigstens den Abend und den Sonntag für sich. Das Dienstmädchen darf bei uns in Nürnberg nur alle 14 Tage zwei bis drei Stunden als Mensch leben, die Natur, die Freiheit genießen. Darum haben auch die organisierten Arbeiter ein großes Interesse an der Organisierung der Dienstboten genommen, ihnen voran die Generalkommission. In Nürnberg hat das Gewerkschaftskartell 150, in München 200 Mk. zur Gründung unseres Vereins hergegeben. So gründen wir denn überall im Reiche ebenso Dienstbotenorganisationen und lassen wir die Christlichen nicht uns zuvorkommen. In München haben die Dienstboten gegenüber den christlichen Absplitterungsversuchen schon gezeigt, daß sie es wissen, daß ihr Heil nur von der allgemeinen Arbeiterklasse herkommen kann. Der Funken der Unzufriedenheit frißt langsam unter den

Dienstboten fort. Tragen Sie ihn hinaus in alle Lande, er wird überall zünden und mit unserer Bewegung wird es vorwärts gehen. (Lebhafter Beifall.)

Vor der Abstimmung werden die Anträge Köln und Bremen zurückgezogen. Die Resolution der Referentin wird mit dem redaktionellen Antrage Zietz angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist

Frauenstimmrecht

Als Referentin erhält das Wort

Frau **Clara Zetkin**-Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Der Beschluß, die Frage des Frauenstimmrechts auf dieser Konferenz zu behandeln, ist nicht diktiert worden von dem theoretischen Bedürfnis, eine prinzipielle Klärung über die Frage selbst zu schaffen. Diese Klärung ist innerhalb der Sozialdemokratie und der proletarischen Frauenbewegung längst vorhanden. Uns hat vielmehr veranlaßt dazu die Tatsache, daß infolge bestimmter geschichtlicher Umstände, auf die ich noch zu sprechen komme, je länger je mehr die Frage des Frauenstimmrechts aus einer bloß prinzipiellen programmatischen Forderung eine Forderung unseres praktischen Aktionsprogramms werden muß. Es handelt sich deshalb für uns darum, uns über die Richtlinien unserer Aktion klar zu werden, darüber, unter welchen Umständen und in welcher Weise wir die Agitation, die Aktion, den Kampf für das Frauenstimmrecht in den Kreis unserer allgemeinen praktischen Gegenwartsarbeit einbeziehen wollen. Aber wir wären nicht, die wir sind, wir wären nicht die proletarische Frauenbewegung, die entschieden auf der Grundlage einer sozialistischen Geschichtsauffassung steht, wenn wir nicht bei dem Suchen nach diesen Richtlinien mit aller Schärfe das betonen würden, was unserer Auffassung von der Notwendigkeit des Frauenstimmrechts zugrunde liegt, und was uns in reinlicher Scheidung schon in Rücksicht auf die Begründung von der bürgerlichen Frauenbewegung trennt. Wir stehen auf dem Boden der Auffassung, daß die Forderung des Frauenstimmrechts in erster Linie auftritt als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Es erscheint vielleicht manchem unwesentlich, das so stark zu betonen, uns aber nicht, weil die bürgerliche Frauenbewegung bis heute in ihre Begründung dieser Forderung noch überwiegend auf dem Boden der alten naturrechtlichen Auffassung steht. Die bürgerliche Frauenrechtlerei fordert noch heute das Frauenstimmrecht als ein Naturrecht genau so wie die spekulative Philosophie der sich emanzipierenden Bourgeoisie am Ausgang des 18. und im 19. Jahrhundert. Wir dagegen fordern auf der Grundlage der Ergebnisse der forschenden Nationalökonomie und Geschichte das Frauenstimmrecht als soziales Recht, dessen Begründung nicht beruht auf irgend welchen naturrechtlichen Erwägungen, sondern in den sozialen Bedingungen, die sich gewandelt haben. Gewiß, auch im frauenrechtlichen Lager wird nebenbei betont, daß die Umwälzung, welche die kapitalistische Produktionsweise für das wirtschaftliche Sein und damit für das Bewußtsein der Frauen geschaffen hat, von wesentlicher Bedeutung ist für die Rechtfertigung der erhobenen Forderungen. Aber dieser Grund wird nicht als stützender, als tragender in den Vordergrund geschoben, und ich berufe mich zum Beweise dafür auf die Prinzipienerklärung, welche der bürgerliche Weltbund zur Erringung des Frauenstimmrechts auf seinem ersten Kongreß bei seiner Konstituierung im Juni 1904 in Berlin angenommen hat. In dieser Prinzipienerklärung stehen an erster, zweiter und dritter Stelle rein naturrechtliche Erwägungen, die im Grunde sentimentaler Natur, aus ideologischen Erwägungen heraus geboren, ebenso leicht durch andere Gefühlsgründe, andere Gefühlswerte, durch eine andere Ideologie über den Haufen geworfen werden können. Erst an vierter Stelle wird nebenbei auch der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft, da wird

auch der beruflichen Tätigkeit der Frau gedacht. Aber in welchem Zusammenhang? Da heißt es, das Frauenstimmrecht ist begründet in der steigenden Wohlhabenheit, welche durch die Erwerbstätigkeit der Frauen unter das weibliche Geschlecht gekommen ist. Genossinnen und Genossen! Wir stehen auf dem Standpunkt, nicht in der Wohlhabenheit einer dünnen Schicht des weiblichen Geschlechts liegt die tiefste, die stärkste Begründung der Forderung des Frauenstimmrechts — nein, in der Armut, in der Not, in der Ausbeutung, der die große Masse des weiblichen Geschlechts preisgegeben ist. (Sehr richtig!) Wir weisen diese Begründung der bürgerlichen Frauenbewegung, die nichts ist als die Wiederholung des alten Gemeinplatzes vom Nationalreichtum, mit aller Entschiedenheit zurück. Wollte man sich rein auf den naturrechtlichen Standpunkt stellen, dann könnten wir uns ja damit begnügen, allen Vorurteilen gegen das Frauenstimmrecht jenen leidenschaftlichen Gefühlsschrei aller Unterdrückten und Geknechteten entgegenzusetzen, den Shakespeare Shylock in den Mund gelegt hat. Wir könnten sagen: Hat nicht ein Weib Hände, Gliedmaßen, Sinne, Leidenschaften wie der Mann, mit denselben Speisen genährt, mit denselben Waffen verwundet, mit denselben Mitteln geheilt, von demselben Winter gekühlt, von demselben Sommer gewärmt. Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht, wenn ihr uns verwundet, bluten wir nicht, und wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht?! Aber Genossinnen, so wirksam derartige Erklärungen und Gefühlsausbrüche momentan wirken mögen, im Kampfe um soziale Rechte erweisen sie sich als eine Waffe, die zersplittert, sobald sie die Wirklichkeit berührt.

Das Frauenstimmrecht findet für uns seine Begründung in dem Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffen worden ist, und der hauptsächlich durch die Erwerbsarbeit der Frauen und in höchstem Maße durch die Eingliederung der Proletarierinnen in das Heer der Industriearbeiterinnen seinen stärksten Ausdruck findet.

Ich gebe zu, daß es bestimmte Tatsachen gibt, die dieser Auffassung zu widersprechen scheinen. Es ist eine Tatsache, daß das Frauenstimmrecht, wenn auch in beschränktem Umfange, in manchen Ländern schon zu Zeiten bestand, ehe die kapitalistische Produktion auftrat, vor allen Dingen, ehe sie jenen reifen Grad der Entwickelung erlangt hatte, welcher für die Erwerbsarbeit der Frauen bezeichnend ist.

In Rußland, in der bäuerlichen Dorfgemeinde, dürfen Frauen unter Umständen unter den gleichen Rechtsbestimmungen wie die Männer an den Beschlüssen der Dorfgemeinden mitwirken. Dies ist ein altes Gewohnheitsrecht, das durch die russische Gesetzgebung anerkannt ist. Aber dieses Recht ergibt sich daraus, daß in Rußland die alte, auf mutterrechtlicher Grundlage beruhende „Großfamilie“ länger fortbestand als in Westeuropa, und daß die Frau das Recht ausübt nicht als Persönlichkeit, als Individuum, sondern als Vertreterin des Haushalts der Wirtschaftsgemeinschaft. In einer ganzen Reihe von anderen Staaten, sogar in vielen Provinzen Preußens besteht ebenfalls Frauenwahlrecht. In den sieben östlichen Provinzen Preußens, sowie in Westfalen und Schleswig-Holstein besitzen die Frauen in ländlichen Gemeinden ein Wahlrecht zu Gemeindeverwaltungen. Aber unter welchen Bedingungen? Nicht die Frauen im allgemeinen besitzen das Wahlrecht, sondern nur die grundbesitzenden und steuerzahlenden Frauen. Das gleiche gilt von den Wahlrechten zu den Gemeinderäten nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten in einem Teile der Pfalz und anderwärts. Auch in Oesterreich besitzen die Frauen in den ländlichen Gemeinden das Wahlrecht zur Gemeindebehörde, aber ebenfalls nur insofern, als sie Grundbesitzerinnen sind und inwieweit sie zu den Steuer-

leistungen herangezogen werden. Auf den nämlichen Bestimmungen baute sich auch das Landtags- und bis vor kurzem das Reichsratswahlrecht auf. Die Folge davon ist, daß in vielen österreichischen Kronländern die grundbesitzenden Frauen und in manchen Kronländern auch dem Steuerzensus genügende Steuerzahlerinnen überhaupt auch Wählerinnen zu den Einzellandtagen sind. Ferner, daß auch an den Wahlen zum Reichsrat die Grundbesitzerinnen entsprechend den festliegenden Bestimmungen teilnahmen. In Schweden bestehen ähnliche Bestimmungen betreffs des Gemeindewahlrechts der Frauen. Wenn wir aber die meisten Bestimmungen, die hier in Frage kommen, ansehen, so tritt zunächst in die Erscheinung, daß das Frauenwahlrecht an Grundbesitz und Steuerleistung geknüpft ist, und daß die Frauen nicht persönlich das Wahlrecht ausüben dürfen, sondern daß das Wahlrecht ausgeübt werden muß durch irgend einen männlichen Anverwandten oder Bevollmächtigten. Das ist durchaus nicht das Stimmrecht, das wir fordern; es ist nicht das Stimmrecht, daß wir der Frau als Persönlichkeit, als Staatsbürgerin geben wollen, es ist ein Vorrecht des Besitzes. Alle einschlägigen Bestimmungen sind daher in ihrem Wesen in schroffem Gegensatz zu der Auffassung des Frauenstimmrechts, wie wir sie vertreten. In England allerdings finden wir betreffs der Anteilnahme der Frauen an der Lokal- und Bezirksverwaltung andere Formen. Hier finden wir ein Kompromiß zwischen dem Rechte des Besitzes, das seine Vertretung finden soll in den Gemeinden, auch wenn dieser zufälligerweise nicht durch den Mann, sondern durch die Frau getragen wird, — dem Grundsatz entsprechend, daß den Besitz auch das niedrigere soziale Gefäß heilige (Heiterkeit) — mit der Auffassung, daß der Frau das Stimmrecht gewährt wird, denn wenn in den verschiedenen Körperschaften der englischen Selbstverwaltungen die Zuerkennung des Frauenwahlrechts nach verschiedenen Gesichtspunkten auf den Zensus begründet ist, so übt doch die englische Frau persönlich ihr Wahlrecht aus.

Wenn wir jedoch die Forderung des Frauenstimmrechts erheben, so gehen wir davon aus, daß das Recht weder an den Grundbesitz, noch an gewerbliches Eigentum gebunden sein darf, sondern der Person gewährt wird. Und diese Auffassung von dem Rechte der Frau als Persönlichkeit auf den gebührenden Einfluß in Gemeinde und Staat hat seine treibende Kraft von der wirtschaftlichen Entwickelung, von der kapitalistischen Produktionsweise erhalten. Sie alle wissen, daß schon in den Anfängen der kapitalistischen Entwickelung die Forderung des Frauenwahlrechts in der bürgerlichen Demokratie ihre erste Vorkämpferin gefunden hat. Es ist wahrlich keine Tatsache, der sich die Bourgeoisie zu schämen hätte, daß sie in den Zeiten ihrer Jugend, als sie noch den Traum allgemeiner Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit träumte, ihre erlauchtesten Köpfe Vorkämpfer für das Frauenstimmrecht gewesen sind. Wir sehen, wie die Forderung des Frauenwahlrechtes als Recht der Persönlichkeit auftaucht, in England als Niederschlag jener glorreichen Revolution, in welcher die junge englische Bourgeoisie ihrer jungen Herrlichkeit Karls I Kopf zu Füßen legte. Wir sehen sie wieder auftauchen, als die französische Bourgeoisie über Louis Capets Leiche hinweg zu ihrer politischen Emanzipation schritt. In Deutschland wird sie verfochten, als das Bürgertum in den 48er Stürmen den Prinzen von Preußen als simplen Kaufmann Lehmann bei Nacht und Nebel über den Kanal jagte. Wir sehen sie mit besonderer Energie vertreten während des Kampfes um die Abschaffung der Sklaverei in Nordamerika. Kurz, in allen Kämpfen, in denen das Bürgertum noch eingetreten ist für die volle Verwirklichung des demokratischen Prinzips, als eine Vorbedingung ihrer eigenen politischen Emanzipation und Herrschaft, wurde auch die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen verfochten. Aber mit soviel Glut, Leidenschaft und Tatkraft auch die Forderung des Frauenstimmrechts früher von

hervorragenden bürgerlichen Denkern vertreten worden ist, so hat doch die zur Herrschaft gelangte Bourgeoisie bald genug auf die Verwirklichung des vollen demokratischen Prinzips verzichtet und den Kampf für das Frauenwahlrecht wie für andere demokratische Forderungen dem Proletariat überlassen. Ueberall steht heute die Sozialdemokratie in vorderster Reihe des Kampfes für die volle politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts. 1792 erhob Marie Wolstenecraft in ihrem berühmten Werke: „Forderung der Frauenrechte", 1787 Condorcet in den Briefen eines „Bürgers von Newhaven" die Forderung nach der vollen Gleichberechtigung der Frau. Sie fand Widerhall in der französischen Revolution. 1789 wurde das Frauenstimmrecht sowohl in Flugschriften, wie in einer Eingabe an die konstituierende Nationalversammlung gefordert. Aber diese begnügte sich mit der platonischen Liebeserklärung, sie stelle die Verfassung unter den Schutz der Frauen und Mütter. 1793 löste der Sicherheitsausschuß auf Antrag von Amar die politische Frauenorganisation auf und verbot ihre Neubildung. Dann verstummte die Forderung des Frauenstimmrechts und erst die großen utopistischen Sozialisten Saint-Simon und Fourier und ihre Schüler nahmen sie wieder auf. 1848 war es Viktor Considérant, 1851 Pierre Leroux, die den Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts im französischen Parlamente stellten. Aber sie fanden keine Zustimmung, sondern begegneten nur Hohn und Geringschätzung. Im englischen Parlament wurde zuerst vor ungefähr 70 Jahren von einer einzigen Frau, Lady Stanmore, in einer Eingabe das Wahlrecht gefordert. Namens einer größeren Gruppe von Frauen wurde dann erst 1867 von einem der erlauchtesten Geister der bürgerlichen Demokratie, von John Stuart Mill, der Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts gestellt.

Wohl haben die Vorkämpfer für Frauenemanzipation einzelne Konzessionen errungen, manche Abschlagszahlung erhalten, aber die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts ist bis heute in den meisten und gerade in den industriell entwickeltsten Ländern noch nicht zur Verwirklichung gelangt. Erklärlich genug. Gerade zur Zeit des stärksten Kampfes der Bourgeoisie für die Verwirklichung des demokratischen Prinzips waren in der Frauenwelt selbst die Kräfte noch nicht ausgelöst, deren Regen und Weben bedingt, daß große Massen der Frauen das Wahlrecht als soziale Notwendigkeit für sich fordern müssen. Die Vorbedingung der Forderung als historisch begründete Massenforderung ist erst geschaffen durch die größere Reife der kapitalistischen Produktion. Sie steht im engsten Zusammenhange mit der Revolutionierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Frauen und damit des Haushaltes. Mit der Entwickelung der Großindustrie, die die Naturalwirtschaft der Familie vertrieb, die Familie umwertete, aus einer wirtschaftlichen Einheit, aus einer wirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft in eine nur sittliche Einheit verwandelte, ist nicht nur der Grund zur wirtschaftlichen Emanzipation der Frau von der Familie und dem Haushalt gelegt, sondern als Korrelat der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau für das weibliche Geschlecht geschaffen worden. Dieselben treibenden Kräfte, welche die Naturalwirtschaft mit starker Faust aus der Familie hinaustrieben und verhinderten, daß die Frau noch weiter als produktive Universalarbeiterin im Haushalt tätig sein konnte, haben die Möglichkeit und Notwendigkeit geschaffen für eine neue wirtschaftliche Tätigkeit der Frau draußen in der Gesellschaft, auf dem sozialen Markte. Die Zerstörung der alten wirtschaftlichen Tätigkeitssphäre des weiblichen Geschlechts hat in der bürgerlichen Frauenwelt die Notwendigkeit geschaffen, dem Frauenleben einen neuen sittlichen Inhalt zu geben oder auch den wirtschaftlichen Unterhalt zu sichern. Die Vorrechtstellung des Mannes jedoch stellt dem Ringen der bürgerlichen Frauen um Lebensinhalt und Lebensunterhalt starke Schranken entgegen. Die Frauen bedürfen eines Mittels,

um diese Schranken zu brechen. Das Wahlrecht ist ein solches Mittel. Die bürgerlichen Frauen mußten danach trachten, das politische Stimmrecht als ein unschätzbares und unentbehrliches Mittel zu erobern, um mit seiner Hülfe auf die Gesetzgebung genügenden Einfluß zu gewinnen, alle Bestimmungen hinwegzuräumen, welche dem Manne eine Monopolstellung einräumen und die Lebensbetätigung des Weibes hemmen. In der proletarischen Frauenwelt ist nicht minder, ja in noch höherem Maße das Bedürfnis nach dem Besitz des politischen Wahlrechts, nach der vollen politischen Gleichberechtigung wach geworden. Hunderttausende, ja Millionen von Proletarierinnen sind durch die kapitalistische Entwickelung hinausgestoßen worden in das Erwerbsleben. Die Statistik beweist schlagend für alle kapitalistisch entwickelten Länder, in welchem Umfang sich die Auflösung der alten Wirtschaftsordnung und damit der Uebergang der Frau zur Berufstätigkeit vollzieht. In Deutschland zählte man — immer nach der letzten Berufszählung — 1895: erwerbstätige Frauen 7 657 350, davon waren Proletarierinnen nicht weniger als 5 392 377, in Oesterreich 1890: erwerbstätige Frauen 6 245 730, davon Arbeiterinnen 5 310 639, in Frankreich 1890: 5 191 084 und 3 584 518, in den Vereinigten Staaten 1890: 3 914 571 und 2 864 818, in England und Wales 1891: 4 016 571 und 3 113 256.

Dies zur Illustration nicht nur dafür, welchen Umfang die Erwerbsarbeit der Frau im allgemeinen, die proletarische Erwerbsarbeit der Frau im besonderen angenommen hat, sondern auch zum Nachweis, wie dringend das weibliche Geschlecht des Wahlrechts bedarf. Die proletarische Erwerbsarbeit wird deshalb die treibende Kraft in dem Kampfe um das Frauenwahlrecht sein. Die Millionen Arbeiterinnen in Industrie, Handel, Landwirtschaft usw. können nicht länger des Wahlrechts als einer Waffe entbehren, ihrer Interessen wegen das ausbeutende Kapital zu schützen. Dazu kommt noch eins. Hunderttausende von Proletarierinnen der Kopfarbeit leiden ebenfalls entweder direkt durch die Ausbeutung von Kapital und Unternehmertum, oder indirekt infolge der ganzen gesellschaftlichen Zusammenhänge in der kapitalistischen Ordnung; zu vielen Tausenden müssen sie hungernd mit dem Hirne pflügen wie die Proletarierinnen mit der Hand. Durch die charakterisierte ökonomische Umwälzung ihres Seins sind die Frauen auch in ihrem Bewußtsein, in ihrem Denken und Empfinden revolutioniert, sind sie unter anderem auch politisch großjährig geworden. Und nun bedürfen sie des allgemeinen Wahlrechts als einer sozialen Lebensnotwendigkeit zu dem Zwecke, den Machtanteil, den ihnen der Stimmzettel gibt, zur Verteidigung und Wahrung ihrer ökonomischen und kulturellen Interessen in die Wagschale werfen zu können. (Sehr richtig!) Aber wenn wir auch die Forderung des Frauenstimmrechts in erster Linie als eine soziale Notwendigkeit erkennen, so empfinden wir sie doch auch als Forderung der selbstverständlichen Gerechtigkeit. (Vielfaches Sehr richtig!) Die Frau ist nicht nur wirtschaftlich von der Familie und dem Haushalt unabhängig geworden, sie wertet nicht nur ihre produktive Tätigkeit auf den Gebieten der Hand- und Kopfarbeit in ihrer Bedeutung für die materielle und kulturelle Entwickelung der Gesellschaft gleich der Leistung des Mannes. (Bravo!) — Gerade der helle Schein, den die Feuer in den großen Fabriketablissements auf die Tätigkeit der Mutter geworfen haben, hat in den Frauen auch das Bewußtsein geweckt von der großen sozialen Bedeutung und dem sozialen Werte ihres hausmütterlichen und erzieherischen Waltens. In dem Maße, wie die Zahl der Frauen in der Fabrik zunimmt, in dem Maße, wie Hunderttausende dem Kapital zinsen und fronen müssen, unbekümmert um die Verpflichtungen gegen das keimende Leben in ihrem Schoße, um das, was sie den neugeborenen Kindern an Pflege der heranwachsenden Jugend als Mütter und Erzieherinnen schuldig sind; wurde es klarer, daß das Walten der Frau

als Hausmutter kein Privatdienst ist, den sie dem Manne leistet, sondern eine Tätigkeit von höchster sozialer Bedeutung. (Stürmischer Beifall.) Millionen sind gezwungen worden, nicht durch ihren Leichtsinn, nicht durch das Verstummen ihrer mütterlichen Herzensschläge, sondern durch den Zwang der kapitalistischen Ausbeutung, sich gegen das körperliche, geistige und sittliche Wohl ihrer eigenen Nachkommen zu vergehen. Die steigenden Zahlen der Kindersterblichkeit, der sittlich verkommenen Kleinen, der jugendlichen Verbrecher und Fürsorgeerziehungsbedürftigen haben den hohen sozialen Wert der Arbeit demonstriert, die die Frau innerhalb ihrer vier Pfähle für die Aufzucht ihrer Nachkommenschaft geleistet. Die Forderung nach dem Frauenstimmrecht ist nur die Forderung nach der Anerkennung dieser ihrer hochbedeutsamen sozialen Wirksamkeit.

Aber die Frauen fordern dieses Recht auch auf Grund des demokratischen Prinzips in seiner weitesten Bedeutung. Nicht nur in dem Sinne, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte entsprechen sollen: Wir glauben es auch der Entwickelung der Gesellschaft schuldig zu sein, alle die eigenen Kräfte unseres Geistes- und Seelenlebens, die wir als Frauen haben, unserer Eigenart entsprechend in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. (Stürmischer Beifall.)

Wir huldigen nicht der Auffassung gewisser frauenrechtlicher Kreise, daß Männer und Frauen deshalb gleiche Rechte haben müßten, weil sie geistig-sittlich gleich seien. Nein, ich bin der Auffassung, daß so wie wir körperlich, so auch seelisch und geistig verschieden in unserer Art sind. Aber anders sein heißt nicht niedriger sein, und wenn wir auch auf Grund einer anderen psychischen Eigenart denken, handeln und fühlen, so empfinden wir gerade dieses Anders-Sein als einen Vorzug im Hinblick auf die Ergänzung des Mannes und die Bereicherung der Gesellschaft. (Stürmischer Beifall.)

Von diesen Gesichtspunkten aus fordern wir die volle politische *Gleichberechtigung der Frau* und das Frauenwahlrecht als die staatsrechtliche Mündigkeitserklärung unseres Geschlechts. (Bravo!) In bezug auf diese allgemeine prinzipielle Auffassung der Bedeutung des Frauenwahlrechts besteht innerhalb des gesamten weiblichen Geschlechts kein Unterschied. Ebenso werten alle Frauen ohne Unterschied der Klasse die politische Gleichberechtigung als ein Mittel, das Recht freierer Lebensentwickelung und reicherer Betätigung innerhalb der Gesellschaft zu erobern.

In der Frauenwelt herrscht jedoch genau wie in der Männerwelt der Klassengegensatz und der Klassenkampf. Dadurch wird zwischen den Frauen der verschiedenen Klassen ein Gegensatz geschaffen betreffs des Wertes des Wahlrechts und betreffs des Zieles, für das es gebraucht werden muß. Für die Frauen hat das Wahlrecht praktisch eine ganz verschiedene Bedeutung, je nach dem Besitz, über den sie verfügen, oder der Besitzlosigkeit, unter der sie leiden. Und zwar steht der Wert des Wahlrechtes für sie im allgemeinen im umgekehrten Verhältnis zur Größe ihres Besitzes. Je mehr die Frauen die privatrechtliche Verfügungsmöglichkeit über ein großes Vermögen besitzen, um so eher können sie politischer Rechte entraten, da sie ihre persönlichen Interessen schon auf Grund ihres Geldbeutels im ausgiebigsten Maße wahren und vertreten können. Höhere Bedeutung hat der Besitz des Wahlrechts für die mittleren Schichten der bürgerlichen Frauen. Ein großer Teil von ihnen ist nicht in der angenehmen Lage, wie ihre reichen Schwestern, sich auf Grund ererbten Vermögens eine Lebensbetätigung zu verschaffen, welche ihren persönlichen Neigungen entspricht. Meist müssen sie durch die eigene Arbeit nicht nur einen neuen Lebensinhalt, sondern auch einen Broterwerb schaffen. Nur denken sie natürlich ihrer Klassenzugehörigkeit und ihrem Bildungsgange

nach nicht an die allen freistehende Möglichkeit, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeiterin zu werden, sondern suchen sich ihr Brot in den sogenannten freien oder liberalen Berufen.

Die gleiche Bildungsgelegenheit mit dem Manne und die Möglichkeit zur Ausübung höherer Berufe wird vielfach den Frauen noch durch gesetzliche Bestimmungen verwehrt. Daher bedürfen die Frauen der mittelbürgerlichen Klassen, die Frauen der bürgerlichen Intelligenz dringend des Wahlrechts, um die gesetzlichen Schranken niederzureißen, welche ihrem Bildungsbedürfnis und ihrer Berufstätigkeit entgegenstehen. Diese Mittelschicht der Frauen will aber das Wahlrecht nicht nur in den Dienst ihrer engeren Interessen als Zugehörige des weiblichen Geschlechts stellen. Sie will nicht bloß den Kampf führen gegen die Vorrechte des männlichen Geschlechts, sondern sie will auch an der ganzen sozialen Arbeit mitwirken und die gesetzgeberischen Aufgaben auf allen Gebieten lösen helfen, insbesondere auf dem der sozialen Reform. Aber so sehr auch die proletarischen Frauen danach drängen, auf diesem Gebiete durch ihre politische Macht mitwirken zu können, so tritt doch dabei sofort der ganze Gegensatz der Klasseninteressen in Erscheinung, der Proletarier und bürgerliche Frauen trennt. Die bürgerlichen Frauen wollen die soziale Reform im letzten Grunde deshalb herbeiführen, weil sie die bürgerliche Gesellschaftsordnung stützen und erhalten wollen. (Sehr richtig!) Die Proletarierin dagegen bedarf des Wahlrechts nicht nur, um ihre ökonomischen und kulturellen Lebensinteressen zu verteidigen, bedarf des Wahlrechts nicht etwa zum Kampfe gegen die Männerwelt ihrer Klasse, sondern vor allem zum Kampfe gegen die Kapitalistenklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Und so fordert sie nicht die soziale Reform, um die bürgerliche Gesellschaft, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu stützen, nein! Wir verlangen gleiche politische Rechte mit dem Manne, um ungehemmt durch gesetzliche Schranken mitarbeiten zu können, um diese Gesellschaft zu stürzen, zu zerschmettern. (Stürmischer Beifall.)

Die aufgezeigten Zusammenhänge erklären uns, weshalb die bürgerliche Frauenbewegung bis zum heutigen Tage nicht so einheitlich geschlossen den Kampf für das Frauenwahlrecht überhaupt, geschweige denn für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts kämpft, sobald man über das bloße Prinzip des Frauenwahlrechts hinaus zur Frage nach der Art des Wahlrechts übergeht und die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erhebt, verstummt das schöne Lirum Larum von der großen Schwesternschaft. Der Verschiedenheit der sozialen Schichtung ist es geschuldet, daß nicht einmal die bürgerliche Frauenbewegung als einheitliche, geschlossene Macht hinter dem Prinzip der Forderung des Frauenwahlrechts steht, weil die oberen Zehntausend gar nicht das Bedürfnis nach politischer Gleichberechtigung mit dem Mann haben, noch viel weniger thront eine einige und unteilbare Frauenbewegung in den Wolken hoch über dem Schmutz der Parteikämpfe in makelloser Gerechtigkeit und Unparteilichkeit. Erst der internationale Kongreß für das Frauenstimmrecht hat dafür den Beweis geliefert. Sorgfältig ist man der Verlegenheit aus dem Wege gegangen, klipp und klar auszusprechen, welche Art von Frauenstimmrecht man verlangt. Die Vorsitzende des gemäßigten Allgemeinen Deutschen Frauenvereins hat sich da sogar radikaler gezeigt als die bürgerlichen radikalen Frauenrechtlerinnen; sie hat wenigstens für ihre Person erklärt, daß ihrer Auffassung nach nur ein Stimmrecht, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen in Betracht komme. Von den anderen bürgerlichen Frauengruppen hat nicht eine einzige offiziell und ein für allemal programmatisch bindend zu diesen **Kardinalpunkt der Wahlrechtsfrage** Stellung genommen. (Hört! hört!)

Die „Radikalen" haben sich also von der Vorsitzenden der gemäßigten Organisation übertrumpfen lassen. Die betreffende Erklärung ehrt gewiß diejenige, die sie abgegeben hat, aber sie kann nichts ändern an unserer Stellung zur bürgerlichen Frauenbewegung auch in dem Kampfe um das Wahlrecht. Es hat sich gezeigt, daß auch von den Frauenrechtlerinnen, die ihrer Meinung nach äußerst radikal sind, nicht immer dafür gekämpft wird, daß das Frauenwahlrecht nur als ein allgemeines zur Einführung gelangen soll. Ich erinnere daran, daß im Winter 1901 der radikale Verein „Frauenwohl" an den preußischen Landtag eine Eingabe richtete, in welcher er für die Frauen das Gemeindewahlrecht verlangte, aber nur für die Frauen, die mindestens ein Jahr am Orte seßhaft wären und die eine, wenn auch geringe, direkte Abgabe zahlten. Das heißt nichts anderes, als daß das Wahlrecht nur für die Damen und nicht auch für die proletarischen Habenichtse gefordert wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß, sowie der Begriff der Seßhaftigkeit zu einer Vorbedingung der Berechtigung zur Wahl gemacht wird, ein großer Teil des männlichen wie des weiblichen Proletariats des Wahlrechts beraubt sein wird. (Sehr wahr!) Das Wahlrecht aber abhängig machen von der Entrichtung einer Steuer, heißt nichts anderes, als zweierlei Recht für Besitzende und Nichtbesitzende schaffen. (Sehr richtig!) Ein solcher Unterschied ist um so unberechtigter, wenn wir die Frage aufwerfen: wer zahlt wirklich die Steuern auch der besitzenden Klassen? Das sind die ausgebeuteten Klassen, das sind die Proletarier, die erst den Besitz schaffen. (Lebhafte Zustimmung.) Die nämlichen radikalen Frauenrechtlerinnen haben dann weiter bestätigt, daß sie nicht für das Frauenwahlrecht in unserem Sinne sind, indem sie 1903 bei den Reichstagswahlen in den verschiedensten Städten für die Wahl von bürgerlichen Freisinnigen und sonstigen Liberalen aufgefordert haben, und zwar zu ihrer Wahl im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Kandidaten. Ich will hier die Frage nicht weiter erörtern — die Tatsache ist von bürgerlicher Seite bestritten worden —, ob tatsächlich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sich der Schmach schuldig gemacht haben, in Hamburg sich für den bürgerlichen Kandidaten zu erklären, trotzdem sein Gegenkandidat Bebel war, einer der ersten und verdienstvollsten Vorkämpfer für volle Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland. Es wird, wie gesagt, bestritten, aber wenn auch dieser äußerste Fall der Schmach und des Verrates den Fraueninteressen gegenüber ausscheidet, dann bleibt noch die Tatsache bestehen, daß die Damen anderen sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber die Kandidaten der bürgerlichen Linken unterstützt haben. Was das bedeutet, werde ich später ausführen. Wir stehen desgleichen der Tatsache gegenüber, daß bei der letzten bayerischen Landtagswahl die Frauenrechtlerinnen nationalliberale Kandidaten unterstützt haben, obgleich diese ausgesprochene Feinde und Gegner der Reform des Wahlrechts waren, die in Bayern von der Sozialdemokratie und auch vom Zentrum bekämpft wurde. Erst kürzlich hat in Kopenhagen Anfang August die Konferenz des internationalen Weltbundes für das Frauenstimmrecht getagt. Auf dieser Konferenz hat man nicht nur Organisationsfragen, Fragen der Propaganda diskutiert, sondern auch die welterschütternde Frage gelöst, welches Abzeichen die Mitglieder der Vereine für Frauenstimmrecht tragen sollen. (Große Heiterkeit.) Dagegen hat die Konferenz auch nicht mit einem Worte die Frage des allgemeinen Wahlrechts gestreift, um klipp und klar zu erklären, wie sie dazu steht. Dies wäre um so angezeigter gewesen, als die Vertreterinnen von Finnland und Ungarn erklärt haben, daß der Kampf für die politische Gleichberechtigung der Frauen die meisten Fortschritte zu verzeichnen hat dort, wo er im Anschluß und in Verbindung mit dem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht geführt werden konnte, wo die Geister wachgerüttelt waren durch den Wahlrechtskampf, den das Proletariat führte. Also auch bei

dieser Gelegenheit, wo gleichsam mit den Händen zu greifen der Zusammenhang gegeben war, auf Grund dessen man zur Forderung des allgemeinen Wahlrechts kommen mußte, hat man sich wieder — feige, sage ich — um eine klipp und klare Stellungnahme herumgedrückt. Und wie stellen die Frauenrechtlerinnen sich zu den verschiedenen politischen Parteien, von denen in Deutschland doch nur eine einzige, die Sozialdemokratie, einheitlich in Theorie und Praxis für das Frauenstimmrecht eintritt? Die Damen behaupten, die Sozialdemokratie sei ein unzuverlässiger Vorkämpfer für das Frauenstimmrecht, die Freisinnigen aber und die Nationalliberalen seien die besten Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Bei dieser Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie stützen sich die Frauenrechtlerinnen darauf, daß im Auslande einzelne sozialdemokratische Führer sich abfällig oder wenigstens kritisch zur Frage des Frauenstimmrechts geäußert haben, und daß aus taktischen Erwägungen heraus in einzelnen Ländern der Kampf für das Frauenstimmrecht seitens der sozialistischen Partei etwas in den Hintergrund gerückt worden ist. Aber gegen die Haltung, gegen die Aktion der deutschen Sozialdemokratie haben sie auch nicht den Schatten eines Beweises zur Begründung ihrer Angriffe vorbringen können. (Sehr richtig!) Die deutsche Sozialdemokratie ist es gewesen, die 1895 zum ersten Male im Reichstage die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts erhoben hat, indem sie den Antrag stellte, daß in allen Bundesstaaten die Parlamente zusammenzusetzen wären auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Unsere Genossen in Sachsen haben im Landtage einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich rede nicht weiter von dem Eintreten unserer Genossen im bayrischen und in anderen Landtagen für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Ich verweise nur noch auf die Tatsache, das erst in diesem Jahre unsere Partei, als sie den Kampf aufnahm für die Forderung auf Demokratisierung im allgemeinen, auch die Forderung des Frauenwahlrechts mit allem Nachdruck vertreten hat. Diese Forderung ist in der Agitation, in der Presse verfochten und von Tausenden und Tausenden von Rednern und Rednerinnen in den Versammlungen verteidigt worden. Im Reichstag ist diese Forderung kristallisiert worden in einem Antrag, der wesentlich den bereits angeführten Antrag wiederholte. Auch bei dieser Gelegenheit haben alle bürgerlichen Parteien versagt. (Sehr richtig!) Alle bürgerlichen Parteien haben gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, und zwar die Freisinnigen mit der ausdrücklichen Begründung, ihm nicht beitreten zu können, weil er auch die Forderung des Frauenwahlrechts enthalte. Doch mehr noch. Das Frauenstimmrecht wurde sogar von solchen einzelnen bürgerlichen Politikern schnöde im Stich gelassen, die für diese Forderung schwärmen und von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen als ganz besonders verdienstvoll und zuverlässige Vorkämpfer gefeiert werden, wie der Ueberall- und Nirgendsherr v. Gerlach. Auch er erklärte, aus „Zweckmäßigkeitsgründen" wegen des Frauenwahlrechts gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

Angesichts dieser Tatsachen müßten auch die Frauenrechtlerinnen, wenn sie konsequent Frauenrecht vertreten wollen und nicht Damenrecht, anerkennen: vom Standpunkt der vollen sozialen und politischen Gleichberechtigung aus hat das weibliche Geschlecht in Deutschland nur eine wirklich zuverlässige Stütze: die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Aber um diese Erklärung drücken sie sich herum, wenn sie auch gelegentlich einmal nebenbei die Haltung unserer Partei im Kampfe für Frauenrecht anerkennen.

Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür, wie die „radikalen" Frauenrechtlerinnen ihr Eintreten für die bürgerlich Liberalen im Namen

des Kampfes mundgerecht machen wollen. Im bayerischen Landtag stimmten für Ueberweisung zur Berücksichtigung einer Petition auf Einführung des Frauenwahlrechts auch drei, sage und schreibe drei nationalliberale Abgeordnete von sechs dieser Herren. Fräulein Anita Augspurg aber erfreute die bürgerlichen Frauen daraufhin durch die Mitteilung, im bayerischen Landtag seien 50 Proz. der Nationalliberalen für das Frauenrecht eingetreten. (Große Heiterkeit.) Da kann ich den bürgerlichen Frauen nur wünschen, daß recht bald nur noch ein einziger Nationalliberaler im bayrischen Landtag existiert, damit sie triumphierend verkünden können: 100 Proz. der Nationalliberalen haben für das allgemeine Frauenwahlrecht gestimmt. (Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Wenn ich diese Tatsachen hier angeführt habe, so gewiß nicht, um den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen einen Vorwurf aus ihrer Stellungnahme zu machen. Das fällt mir nicht ein, ich anerkenne sie als historisch durchaus berechtigt, als sozial durchaus begründet in ihrer eigenen bürgerlichen Klassenlage. Aber diese Stellungnahme zeigt uns jedenfalls, daß die Frauen nicht in erster Linie Frauen- sondern Damenrechte verfolgen. Sie kämpfen nicht für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts überhaupt, sondern als Vertreterinnen der bürgerlichen Frauen allein und als Verfechterinnen der ganz kommunen bürgerlichen Klasseninteressen. Daß ist gewiß ihr gutes Recht; wogegen ich mich wehre ist die Konfusion, die Heuchelei, mit welcher sie erklären, daß ihre Stellungnahme im Interesse des gesamten weiblichen Geschlechts erfolge. In Wirklichkeit führt sie nur zur Stärkung des politischen, des sozialen Einflusses der herrschenden Klassen; das ist ihr Zweck.

Wenn ich so lange bei diesem Teil meiner Ausführungen verweilt habe, so zu dem Zwecke, um klar zu stellen, daß die proletarischen Frauen unter keinen Umständen darauf zählen dürfen, in ihrem Kampfe um politische Gleichberechtigung in jenen bürgerlichen Frauen konsequente, zuverlässige Mitstreiterinnen zur Seite zu haben. Nein, sie müssen sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß sie in ihrem Kampfe um volle soziale Emanzipation vor allem auf ihre eigene Kraft angewiesen sind und auf die ihrer Klasse.

Es vollziehen sich vor unseren Augen zwei charakteristische Erscheinungen. Zunächst hat das Bürgertum, wie ich nachwies, je länger je mehr die demokratischen Prinzipien, für die es einst geschwärmt hat, preisgegeben und zieht nicht ihre Konsequenz betreffs der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Das wird durch die Tatsache bestätigt, daß z. B. in Holland die bürgerliche Demokratie einen Antrag in der Kammer eingebracht hat, der wohl die Einführung des Frauenstimmrechts fordert, aber gleichzeitig festgelegt wissen will, unter welchen Bedingungen das Frauenwahlrecht gewährt werden soll, mit anderen Worten, daß das Frauenwahlrecht nicht als allgemeines, sondern nur als Zensuswahlrecht, als Wahlrecht der Besitzenden, der Damen, zu gewähren. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Hollands sind damit einverstanden, aber während die Bourgeoisie unter dem Andrang des aufwärtsstrebenden Proletariats weniger und weniger wagt, die Konsequenzen der demokratischen Prinzipien zu vertreten, sehen wir, daß auf der anderen Seite das Proletariat durch seine ureigensten Klasseninteressen gezwungen wird, der kräftige Vorkämpfer für volle Demokratie und damit auch für die politische Gleichberechtigung der Frau zu sein. In dem Maße, als die Frauenarbeit immer mehr an Umfang gewinnt, ein ausschlaggebender Faktor im wirtschaftlichen Leben ist, wird auch das Proletariat bei der Durchführung seine ökonomischen Kämpfe auf die disziplinierte, geschulte und organisierte Mitwirkung der Frauen angewiesen. Die wirtschaftliche Organi-

sierung der Frauen in den Gewerkschaften ist aber nur ungehindert möglich, wenn sie volle politische Rechte besitzen. Anderenfalls wird ihre wirtschaftliche Betätigung wie die der Männer fortwährend illusorisch gemacht durch ihre politische Unfreiheit. Aber mit dem wirtschaftlichen Kampfe allein ist's nicht getan. Das Proletariat muß auch politisch kämpfen, und zwar nicht bloß für sozialere Formen in der Gegenwart, vielmehr für seine volle Befreiung in der Zukunft. Je schärfer sich der politische Klassenkampf zuspitzt, um so weniger können die klassenbewußten Proletarier des Mitkämpfens der Frauen ihrer Klasse entraten. Sie bedürfen ihrer dringend als Mitstreiterinnen. Das gesamte Proletariat muß deshalb die Forderung erheben: „Nieder mit allen gesetzlichen Bestimmungen, welche der Frau die volle politische Gleichberechtigung vorenthalten!" Es muß die Forderung erhoben werden, dem weiblichen Geschlechte alle staatsbürgerlichen Rechte zuzuerkennen, damit die Proletarierinnnen sowohl am wirtschaftlichen wie am politischen Kampfe wohlgerüstet wie der Mann teilnehmen können. So ist es das praktische Lebensinteresse des Proletariats selbst, welches es dazu zwingt, als energischer Verfechter des Frauenstimmrechts aufzutreten. Die Sozialdemokratie, welche die politische Kampforganisation des Proletariats ist, hat deshalb aus praktischen Erwägungen heraus, aus Verständnis für die Existenzbedingungen des Proletariats, die Forderung des Frauenstimmrechts in ihr Programm aufgenommen und vertritt sie in der Praxis. Aber auch aus geschichtlicher Einsicht in die Tendenz der gesamten ökonomischen und sozialen Entwicklung fordert die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht als eine soziale Notwendigkeit für die Frauen auf Grund ihrer gänzlich revolutionierten Existenzbedingungen. Endlich heischt sie das Frauenwahlrecht als soziale Gerechtigkeit und als konsequenteste Vertreterin des demokratischen Prinzips, aber wenn infolge dieser Umstände die Sozialdemokratie in ihrem Programm, wie in ihrer Aktion von je für das Frauenstimmrecht eingetreten, so wird sie das in Zukunft mehr als je tun müssen. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze, mit der Verschärfung des Klassenkampfes, entstehen geschichtliche Situationen, welche der Frage des Frauenstimmrechts eine ganz neue praktische Bedeutung verleihen. Die Frage des Frauenstimmrechts fängt an, nicht nur für das Proletariat, sondern auch für die reaktionären Parteien eine große praktische Bedeutung zu gewinnen. (Sehr richtig!) In allen Ländern, wo das Proletariat zielbewußt kämpfend auf dem Plan steht, sehen wir, daß mehr und mehr auch die reaktionären Parteien unter dem Einfluß der Situation das Frauenstimmrecht fordern als eine letzte Hoffnung, vermittels seiner ihre Machtstellung schützen zu können. Sie gehen daran, das allgemeine Männerwahlrecht, wo sie es nicht länger vorenthalten könnnen, mit einem beschränkten Zensus Frauenwahlrecht zu verquicken, das ist z. B. in Norwegen 1902 betreffs des kommunalen Wahlrechts geschehen. Die gleichen Tendenzen haben sich auch in Belgien gezeigt und teilweise bei uns in Deutschland innerhalb des Zentrums. Auf dem vorjährigen Katholikentage in Straßburg hat sich innerhalb des Zentrums ein Frontwechsel zur Frauenfrage vollzogen. In jener Tagung hat der Pater Auracher in seinem Referat mit Gründen, wie sie kein Sozialdemokrat treffender entwickeln könnte, einer veränderten Stellung der Frau, besonders in bezug auf ihre Erwerbstätigkeit, das Wort geredet. Wenn auch nur schüchtern zwar, so hat er doch angedeutet, daß den Frauen politische Betätigung nicht länger vorenthalten bleiben könnte. Bald darauf ist das Zentrum im bayrischen Landtag viel weiter gegangen. Eine Petition des bürgerlichen Vereins „Frauenwohl" auf Einführung des Frauenstimmrechts ist dort von 82 Zentrümlern unterstützt worden. Dr. Heim hat die Stellung motiviert in einer Weise, die seiner geschichtlichen Einsicht nur Ehre macht. (Heiterkeit.) Geehrte Anwesende!

In diesen Tendenzen zeigt sich aber nicht etwa, daß das Zentrum von heute auf morgen dazu übergehen wird, als begeisterter Verfechter des Frauenwahlrechts auf den Plan zu treten. Wie es mit dem Gegensatz von Theorie und Praxis aussieht, dafür ist ein sehr bezeichnender Beleg vorhanden. Als die belgischen Genossen 1902 die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Gemeinde- und Provinzialräten beantragt hatten, da hatten die Klerikalen zuerst erklärt, sie würden für das Frauenwahlrecht stimmen, und zwar zu dem Zweck, dadurch die Liberalen zu veranlassen, dagegen zu stimmen. Als es aber zur Abstimmung kam, hat von sämtlichen Klerikalen kein einziger für den Antrag der belgischen Genossen gestimmt und nur einer hat den Mut gehabt, sich der Abstimmung zu enthalten. Immerhin sind die Tatsachen, die ich hervorgehoben habe, charakteristisch. Sie zeigen, daß für das Zentrum bei seiner Stellungnahme zum Frauenstimmrecht im letzten Grunde nicht prinzipielle Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, sondern die Absicht, die Herrschaft der Kirche und der besitzenden Klassen um jeden Preis zu sichern. (Sehr richtig!) Die Klerikalen bekennen sich offiziell zu dem Grundsatz, die Frau schweige in der Gemeinde, so lange dies im Interesse ihrer Herrschaftsstellung gelegen ist. Jedoch werden sie auch bereit sein, den Frauen die Zunge in der Gemeinde zu lösen, wenn sie meinen, daß sie dadurch die Stellung der Kirche und der besitzenden Klassen schützen können, welche sie in erster Linie vertreten. Die reaktionären Klassen fangen aber nicht nur an, sich mit dem Gedanken des beschränkten Frauenstimmrechts insofern zu befreunden, als sie hoffen, mit dessen Hülfe das Männerwahlrecht durchkreuzen zu können. Sie sind unter Umständen für das Frauenwahlrecht überhaupt auch aus folgenden Gründen zu haben: Sie meinen, daß ihre Herrschaft über die Geister im größten Teil der Frauenwelt — leider auch des weiblichen Proletariats — noch stark genug ist, daß sie die unaufgeklärten Frauen gegen die aufgeklärten Männer auszuspielen vermögen. Sie treten für das Frauenwahlrecht ein als für ein Korrektiv gegen die steigende Aufklärung der Männer und den steigenden Abmarsch der Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie. Der Tatbestand, welcher dieser Erwägung zugrunde liegt, bedingt, daß in manchen Ländern hin und wieder, nicht nur in den Kreisen des liberalen Bürgertums, sondern auch der Sozialdemokratie, Bedenken geltend gemacht werden gegen die Einführung des Frauenstimmrechts. So hat in Holland Troelstra erklärt, wenn jetzt die Einführung des Frauenstimmrechts beantragt würde, so würde er dagegen stimmen, weil die Neuerung eine Verstärkung der Reaktion bedeuten würde, da die Frauen noch zu unaufgeklärt seien.

Besonders in den Ländern, wo der Klerikalismus vorherrscht, werden entsprechende Bedenken geltend gemacht gegen die Einführung des Frauenwahlrechts. Man sieht darin eine Gefahr, weil man meint, daß dank der Stimmen unaufgeklärter Frauen die Klerikalen eine solche Stärkung erfahren würden, daß dem politischen Klassenkampf des Proletariats auf lange Zeit hinaus Gefahren erwüchsen. Es wäre töricht, zu leugnen, daß von dem Augenblick an, wo das Frauenstimmrecht eingeführt wird, Frauen das Wahlrecht ausüben werden, welche ihren Stimmzettel zur Stärkung der Reaktion benutzen. Das ist aber kein Grund, das Stimmrecht den Frauen vorzuenthalten. Wäre es ein Grund, dann dürfte das Proletariat überhaupt nie für eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts eintreten. Denn jede weitere Demokratisierung des Wahlrechts bringt zunächst wieder Massen auf den Kampfplatz, welche zunächst noch nicht geschult und noch nicht zum richtigen Gebrauch des Wahlrechts erzogen sind. Wir fordern aber das allgemeine Wahlrecht nicht als Belohnung für politische Reife, sondern als wirksames Mittel, die Masse politisch zu erziehen und zu organisieren. (Leb-

hafter Beifall.) Wollten wir nur politisch reifen Staatsangehörigen das Wahlrecht zuerkennen, dann müßten wir einer ganzen Anzahl von Staatsbürgern das Wahlrecht aberkennen. (Beifall.) In einer Enquete der „Revue Socialiste", in der führende Sozialisten der verschiedenen Länder über ihre Stellung zum Frauenwahlrecht befragt wurden, stimmten alle Antworten darin überein, daß der Hinweis auf politische Rückständigkeit der Frauen kein Grund sein dürfe, dem weiblichen Geschlechte das Wahlrecht vorzuenthalten, weil eben das Recht die Korrektur der Gefahr in sich schließt. In diesem Sinne haben sich Vaillant und Allemand für die französische Sozialdemokratie ausgesprochen, Ferri für die italienische, Keir Hardie und Mac Donald für die englische und Kautsky und Bernstein für die deutsche Sozialdemokratie. Es liegt in der hervorgehobenen Gefahr, welche das Frauenstimmrecht unzweifelhaft in sich schließt, für das Proletariat kein Grund, die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Forderung zu ändern.

Aber ein anderes kommt in Betracht, daß die Aktion der Sozialdemokratie zugunsten des Frauenwahlrechts sich immer energischer und wuchtiger gestalten muß. Das ist die Erwägung, daß wir der Gefahr der Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts am besten begegnen, indem wir die Agitation für das allgemeine Frauenwahlrecht ihr entgegen stellen. Des weiteren, daß wir durch intensive Aufklärungsarbeit und Organisierung den Grad der politischen Erkenntnis und Reife unserer proletarischen Frauen so heben, daß es der Reaktion unmöglich wird, in nennenswertem Umfange auf die Frauenstimmen rechnen zu können. (Sehr richtig!) Aber wenn auch im Hinblick auf die gekennzeichneten Gesichtspunkte die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Frage des Frauenstimmrechts zur Klage vorgezeichnet ist, so sind trotzdem in manchen Ländern von Parteigenossen Zweckmäßigkeitsgründe dafür geltend gemacht worden, daß im Augenblick, wo für die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts gekämpft wird, auf die Forderung des Frauenwahlrechts zu verzichten wäre. Das haben wir 1902 in Belgien gesehen, wo die Arbeiterpartei bei ihrem Kampfe für das gleiche Wahlrecht auf das Frauenwahlrecht verzichtet hat. Ausschlaggebend dafür war vor allem die Rücksicht auf die bürgerlich Liberalen, die erklärten, sie würden für eine Reform des Wahlrechts nicht eintreten, wenn die Sozialisten auf der Forderung des Frauenwahlrechts beständen.

Was hat sich nun gezeigt? Die Arbeiterpartei wurde in ihren parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfen für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der schmählichsten Weise von den Liberalen in Stich gelassen. Es hat also keine praktische Bedeutung gehabt, daß die Forderung des Frauenwahlrechts zurückgestellt worden war. Eine ähnliche Erscheinung hat sich in diesem Jahre in Schweden wiederholt. Unter dem Druck der Agitation der sozialistischen Partei wurde die Regierung gezwungen, eine Wahlrechtsvorlage einzubringen. Die Regierung hatte von vornherein den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erklärt, daß sie jede Verquickung der Wahlrechtsvorlage mit dem Frauenstimmrechte ablehne. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß nun, das Frauenstimmrecht nicht zu beantragen, aber dafür zu stimmen, wenn der Antrag von anderer Seite gestellt würde. Der Wahlrechtsreformentwurf gelangte auch in der zweiten Kammer zur Annahme, aber in der ersten Kammer scheiterte er. Obwohl die Sozialisten ihre Forderungen auf Demokratisierung des Wahlrechts auf das bescheidenste Maß reduziert hatten, ließ sich die Reaktion durch die Nachgiebigkeit nicht entwaffnen. Sie fühlte sich noch mächtig genug, jede, auch die bescheidenste Reform des Wahlrechts zurückzuschlagen. Das Verzichtleisten auf die prinzipielle Forderung war also ohne praktischen Nutzen. Genosse Branting erklärte deshalb jüngst, daß nun in eine neue Phase des

Kampfes eingetreten werde, nämlich für die Beseitigung der Ersten Kammer. Er schloß seine interessante Darstellung des Wahlrechtskampfes mit der Erklärung, daß der weitere Kampf ein bedeutsamer sei, der um die Macht zwischen den besitzenden und nichtbesitzenden Klassen gehe. Das Proletariat müsse daher an alle Mittel des Kampfes denken. Ein Kampf aber, der so weittragend sei in seiner Bedeutung und seinen Opfern, könne nicht bestimmt werden durch kleinliche Opportunitätsrücksichten, er müsse prinzipiell durchgefochten werden, er werde daher ein Kampf sein für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Männer wie für die Frauen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine ähnliche Situation wie in Schweden und Belgien hat auch in Oesterreich vorgelegen. Dort ist es dem Proletariat nach jahrzehntelangem zähen Kampfe gelungen, die Regierung endlich zu zwingen, an eine einigermaßen gründliche Reform des Wahlrechts zu gehen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu den Reichstagswahlen einzuführen und mit dem Kuriensystem aufzuräumen, dank dessen die politische Macht des Proletariats im Parlament völlig erdrückt wird. Die Wahlrechtsreform, wie die Regierung sie formuliert hat, ist hochbedeutend, entspricht aber durchaus nicht den Forderungen der Sozialdemokratie. In dieser Situation haben die österreichischen Genossen entschieden, daß es zunächst gelte, das Wahlrecht den Männern unbedingt und so rasch als möglich zu sichern. Und da ihnen diese Sicherung gefährdet erschien durch die Verquickung des Männerstimmrechts mit der Forderung des Frauenstimmrechts, so haben sie beschlossen, diese letzte Forderung zurückzustellen. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich darauf beschränkt, ihre volle Macht für den Wahlrechtsentwurf der Regierung einzusetzen, sich dabei bemühend, durch den parlamentarischen Kampf so viel Verbesserung als möglich herbeizuführen. Man versteht durchaus, von welchen Erwägungen die Auffassung diktiert worden ist, daß das allgemeine Männerwahlrecht durch die Forderung gefährdet werden könnte. Es galt eine Wahlrechtsreform endlich zustande zu bringen, die in Oesterreich nicht nur die Vorbedingung dazu ist, daß das Proletariat seine volle Macht zu entfalten vermag, sondern auch die notwendige Voraussetzung für den Bestand des Staates selbst geworden ist. Aber ich bin der Ueberzeugung, daß trotz alledem die Forderung des Frauenstimmrechts von Anfang an hätte aufrecht erhalten und vor allem in der Agitation und im Parlament mit allem Nachdruck verfochten werden sollen. Wir anerkennen die Disziplin der österreichischen Genossen und Genossinnen und ihr Solidaritätsgefühl der Partei gegenüber, indem sie sich der Entscheidung der Partei gefügt haben, es fragt sich aber doch, ob diese Entsagung notwendig gewesen wäre. Und ich persönlich verneine die Notwendigkeit dieser Entsagung von Anfang an.

Niemand von uns ist so töricht, zu verlangen, daß die Forderung des Frauenwahlrechts zu einem ausschlaggebenden Punkt des augenblicklichen Aktionsprogramms der österreichischen Genossen hätte gemacht werden müssen. Das wäre ein Verbrechen gewesen. Aber ein anderes ist es, wenn eine Forderung von Anfang an ganz ausgeschieden wird, im Kampfe um das Wahlrecht. (Sehr richtig!) Wir bedauern deshalb, daß weder in der Agitation noch im Parlament die Forderung des Frauenstimmrechts von unseren österreichischen Genossen mit dem Nachdruck erhoben worden ist, die ihrer Bedeutung zukommt. Die befürchtete lange Verschleppung der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wäre dadurch meiner Auffassung nach nicht eingetreten. Zunächst war allen Absichten nach Verschleppung der Wahlrechtsreform von vornherein eine Grenze gezogen durch die Furcht vor der Macht des Proletariats; denn die Haltung der reaktionären Parteien in den Wahlrechtskämpfen wird im letzten Grade nicht durch die „weise Mäßigkeit" der proletarischen Forderung, vielmehr durch den Hinblick auf die tatsächliche Macht des

Proletariats bestimmt. Auch die zäheste Reaktion läßt, was sie nicht mehr kann. Dann aber konnte die Forderung des Frauenstimmrechts wie jede andere Einzelforderung des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms im entscheidenden Momente immer noch zurückgezogen werden, nachdem sie vorher ihrer Bedeutung gemäß erhoben und verfochten worden war. Trotz aller Vorsicht und Rücksichtnahme auf eine eventuelle Verschleppung ist man in Oesterreich nicht darum herumgekommen, sich im Wahlrechtsausschuß mit dem Frauenstimmrecht zu beschäftigen. Der Demokrat Choc hat das Frauenstimmrecht dort beantragt. Zwei Reaktionäre, Hruby und Kaiser, das Damenwahlrecht. Genosse Dr. Adler hat dann in trefflicher Weise zu der Frage Stellung genommen. Es wäre aber in jeder Hinsicht wirksamer gewesen, wenn die Sozialdemokratie von Anfang an in diese Forderung mit gehörigem Nachdruck eingetreten wäre. Im Kampfe für das Recht sozial Unterdrückter, minderberechtigter Klassen und Schichten muß die Sozialdemokratie jederzeit den bürgerlichen Parteien vorangehen. Wenn man von seiten der Gegner Verschleppungsanträge befürchtete, so stand es ja durchaus in der Macht der Fraktion, den Antrag nach der Begründung zurückzuziehen. (Sehr richtig!) Der springende Punkt für unsere Stellungnahme ist aber der, daß die Haltung der Sozialdemokratie diktiert sein muß von einer prinzipiellen Auffassung, nicht von Zweckmäßigkeitsrücksichten. Ausschlaggebend muß für uns sein eine prinzipielle Auffassung, die nicht vom orthodoxen Buchstabenglauben vorgeschrieben wird, sondern von der klaren, wohlbegründeten Erkenntnis, daß im letzten Grunde jede prinzipielle Politik die praktischste und zweckmäßigste ist. (Stürmische Zustimmung.)

Ueberall im Wahlrechtskampfe muß von dieser prinzipiellen Auffassung ausgegangen werden; denn wie die Dinge sich entwickelt und zugespitzt haben, ist jeder Wahlrechtskampf ein Kampf um die politische Macht zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen. So fassen ihn auch die bürgerlichen Klassen auf, und deshalb widersetzen sie sich mit solcher Zähigkeit, solcher Energie, solcher Bösartigkeit jeder Erweiterung des Wahlrechts. Sie fürchten die wachsende Macht des Proletariats. (Sehr richtig!) Und so werden sie unsere Wahlrechtsanträge nicht nach Maßgabe unserer Bescheidenheit behandeln (Heiterkeit), sondern nach dem Maße ihrer Furcht vor dem Proletariat. So entsteht die Frage: Ist der Verzicht auf einzelne oder die Aufrollung aller unserer Forderungen das beste Mittel, um unsere Macht zu stärken? Die Antwort darauf fällt meines Erachtens nach zugunsten der Formulierung und Verfechtung unseres vollen Wahlrechtsprogramms aus. Auf möglichst breiter Bahn müssen wir unsere Forderungen erheben, um die Massen in Bewegung zu setzen, und die Forderung des Frauenstimmrechts ist geeignet, die Basis unserer Kampfesstellung zu vergrößern und uns neue, breite Massen Entrechteter als Mitstreiter und Mitarbeiterinnen zuzuführen. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein anderer Gesichtspunkt kommt in Betracht. In dem Maße, als wir die Forderung des Frauenwahlrechts erheben, schwächen wir die Gegner, tragen wir Verwirrung und Zersplitterung in ihre Reihen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir lösen damit alle sozialen Gegensätze aus, die bei den bürgerlichen Klassen zwischen Mann und Frau vorhanden sind, wir zwingen alle bürgerlichen Parteien wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, auch in der Frage des Frauenwahlrechts Farbe zu bekennen.

Es muß deshalb die Forderung des Frauenwahlrechts mit allen unseren Wahlrechtskämpfen verbunden werden. Dies ist bei uns in Deutschland stets geschehen. Wir haben den Wahlrechtskampf geführt als Kampf für die gleichen Rechte von Mann und Frau und werden ihn so weiter führen. Wir sozialdemokratischen Frauen sehen dabei ab von jeder Eigenbrödelei. (Lebhafte Zustimmung.) Wir befürworten durchaus nicht eine besondere sozialdemokra-

lische Frauenwahlrechtsaktion. Wir fordern, daß unsere Genossinnen im allgemeinen Wahlrechtskampfe nur ihre Schuldigkeit tun. Das ist das wirksamste Mittel, für ihr volles Bürgerrecht zu kämpfen. Wir sind überzeugt, daß dadurch die proletarischen Massen für das Frauenwahlrecht mobilisiert werden. Wir wissen, daß nicht in kurzer Zeit der Sieg des Frauenwahlrechts zu erreichen sein wird, aber wir schaffen die wichtigste Vorbedingung für diesen Sieg, indem wir Hunderttausende von Köpfen revolutionieren. (Lebh. Zustimmung.) Wir führen unseren Kampf nicht als Kampf zwischen den Geschlechtern, sondern als Kampf gegen die politische Uebermacht der besitzenden Klassen, als Kampf, den wir im Grunde führen mit allen Ausgebeuteten, allen Entrechteten ohne Unterschied des Geschlechts; einen Kampf, dessen Bedeutung vor allem darin besteht, daß er in den breitesten Massen des Proletariats die Erkenntnis von seiner geschichtlichen Mission und seiner sozialen Macht heranreifen läßt. Wenn eines Tages die geschichtliche Entwickelung objektiv so weit vorgeschritten ist, so kann dann das Proletariat in seiner Gesamtheit ohne Unterschied des Geschlechts dank dieser festgewurzelten Erkenntnis jeder knechtenden Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zurufen: „Es liegt an mir, ein Ruck von mir, ein Schlag von mir, zu dieser Frist, — und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem Du die Spitze bist!" (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Referentin legt folgende Resolution vor:

Frauenstimmrecht.

Die Forderung des Frauenwahlrechts ist das Ergebnis der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, insbesondere aber der Revolutionierung der Arbeit, der Stellung und des Bewußtseins der Frau. Sie ist ihrem Wesen nach eine Konsequenz des bürgerlich-demokratischen Prinzips, welches die Beseitigung aller sozialen Unterschiede heischt, die nicht auf dem Besitz beruhen, und auf dem Gebiete des privaten wie des öffentlichen Lebens die volle juristische Gleichberechtigung aller Großjährigen als Recht der Persönlichkeit proklamiert. Das Frauenwahlrecht ist daher von Anfang an von einzelnen Denkern in Verbindung mit allen Kämpfen gefordert worden, in denen die Bourgeoisie für die Demokratisierung politischer Rechte eingetreten ist, als für eine Voraussetzung ihrer politischen Emanzipation und Herrschaft als Klasse. Die treibende und tragende Kraft als Massenforderung hat es jedoch erst durch die steigende Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts erhalten, vor allem aber durch die Einbeziehung der Proletarierinnen in die moderne Industrie. Das Frauenwahlrecht ist das Korrelat der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau vom Haushalt und ihrer ökonomischen Unabhängigkeit von der Familie auf Grund ihrer Berufsarbeit.

Prinzipiell bedeutet das aktive und passive Wahlrecht für das weibliche Geschlecht in seiner Gesamtheit die soziale Mündigkeitserklärung; praktisch bedeutet es das Mittel, politische Macht zu erlangen, um die gesetzlichen und sozialen Schranken zu beseitigen, welche die Lebensentwickelung und Lebensbetätigung des Weibes hemmen. Aber die in der Frauenwelt ebenso wie in der Männerwelt wirksamen Klassengegensätze bedingen, daß der Wert und der Hauptzweck des Wahlrechts für die Frauen der verschiedenen Klassen verschieden ist. Der Wert des Wahlrechts als soziales Kampfmittel steht in umgekehrtem Verhältnis zu der Größe des Besitzes und der durch ihn verliehenen sozialen Macht. Sein Hauptzweck ist je nach der Klassenlage die volle rechtliche Gleichstellung des Geschlechtes oder aber die soziale Emanzipation des Proletariats durch die Eroberung der politischen Macht zum Zweck der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die allein die volle menschliche Emanzipation des Weibes verbürgt.

Den Klassengegensätzen innerhalb des weiblichen Geschlechts zufolge tritt die bürgerliche Frauenbewegung nicht einheitlich, geschlossen und mit höchster Kraftentfaltung für das allgemeine Frauenwahlrecht ein. Die Proletarierinnen sind deshalb für die Eroberung ihres vollen Bürgerrechts auf ihre eigene Kraft angewiesen und auf die ihrer Klasse. Die praktischen Bedürfnisse seines Emanzipationskampfes zusammen mit historischer Einsicht und Gerechtigkeitssinn erheben das Proletariat zum konsequentesten Vorkämpfer für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Die Sozialdemokratie, die politische Kampfesorganisation des klassenbewußten Proletariats, tritt daher prinzipiell wie praktisch für das Frauenwahlrecht ein.

Die Frage des Frauenstimmrechts gewinnt mit der Verschärfung des Klassenkampfes erhöhte Bedeutung. Auf seiten der herrschenden reaktionären Klassen wächst die Tendenz, durch die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts die politische Macht des Besitzes zu stärken. Auf seiten des Proletariats steigt die Notwendigkeit, die Köpfe zu revolutionieren und seine erwachsenen Glieder ohne Unterschied des Geschlechts wohlgerüstet in die Kampfesfront zu stellen. Der Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht ist das zweckmäßigste Mittel, die Situation im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes zu nutzen.

Diesen Gesichtspunkten entsprechend erklärt die 4. Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim:

> Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.
>
> Die Frauenkonferenz erklärt es des weiteren als Pflicht der Genossinnen, sich mit aller Energie an den politischen Wahlrechtskämpfen zu beteiligen und ihnen die Massen der Proletarierinnen als Mitstreiterinnen zuzuführen, aber andererseits auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des Frauenwahlrechts allgemein mit dem gebührenden Nachdruck vertreten wird.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Frau **Mensing-Holland**: Die Genossin Zietz hat bereits auch die Erklärung des Genossen Troelstra erwähnt, daß er sich augenblicklich für die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen nicht erklären könne. Diese Erklärung hat für unsere Frauenbewegung in Holland einen schweren Schlag bedeutet. Wir hatten den Wunsch, daß auf dem letzten Kongreß der holländischen Genossen Stellung genommen werden möchte zur Frage des Frauenwahlrechts. Leider blieb dazu infolge der Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Opportunisten keine Zeit übrig. Wir haben aber die Absicht, zu verlangen, daß der nächste Kongreß es als Pflicht der Partei erklärt, eine Revision der Verfassung in dem Sinne zu fordern, daß das allgemeine Frauenstimmrecht eingeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Bebel** (mit langanhaltendem Händeklatschen begrüßt): Parteigenossinnen und Genossen! Nach dem stürmischen Beifall zu urteilen, den Sie dem Referat der Genossin Zetkin gespendet haben, glaubte ich annehmen zu müssen, daß Sie nach allen Richtungen so befriedigt wären, daß aus Ihrer Mitte sofort ein Antrag auf Schluß der Debatte kommen würde. Ich gebe zu, daß die Genossin Mensing als Gast ein besonderes Anrecht darauf hatte, noch das Wort zu erhalten; aber warum auch ich das Wort noch nehmen soll, kann ich nicht verstehen. (Heiterkeit.) Ich muß Ihnen offen erklären, daß ich nicht dem eigenen Triebe gefolgt, sondern der Not, dem Druck, der auf mich ausgeübt worden ist vom Bureau, unter allen Umständen bei dieser Gelegenheit ein

paar Worte zu Ihnen zu sprechen. Mein moralischer Widerstand hat nichts geholfen, ich bin dem Drucke erlegen, und so stehe ich in diesem Augenblick vor Ihnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe wieder einmal gesehen, was es bedeuten würde, wenn die Frauen vollkommen gleichberechtigt würden und ihre moralischen Mittel anwenden könnten. (Anhaltende Heiterkeit.)

Ich bin heute aufs neue bestärkt worden in der Auffassung, daß die Frage des Frauenstimmrechts allein prinzipiell und zwar vom radikalsten Standpunkte aus behandelt werden kann und behandelt werden darf. Die Sozialdemokratie kann keine andere Politik als prinzipielle treiben. Sie darf sich auf keinem Gebiet von irgend einer anderen Partei übertrumpfen lassen (lebhafte Zustimmung), und muß stets fordern was im Programm zum Ausdruck kommt. Die Freiheit und Gleichheit alles dessen, was menschliches Antlitz trägt, muß in allen unseren Forderungen im Parlament, in der Agitation und in der Presse zum Ausdruck kommen und danach müssen wir handeln. (Erneute Zustimmung.) Nur so können wir die Massen des Volkes für uns gewinnen und einen gewaltigen Druck ausüben, der endlich unsern Forderungen zum Siege zu verhelfen vermag. (Vielfaches Bravo!) Gewiß tritt sehr oft im Parlament an uns die Frage heran, ob wir die prinzipiellen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ihrer ganzen Schärfe aufstellen sollen, obwohl wir nicht die geringste Aussicht haben sie durchzusetzen. Die opportunistische Stellungnahme findet da immer eine Wurzel. Man glaubt, wenn wir weniger fordern würden, würden wir leichter das Wenige bekommen. Aber ich habe in meinem nahezu 40jährigen parlamentarischen Leben die Entdeckung gemacht, daß auch im politischen Leben das Wort gilt, das im bürgerlichen Leben so vielfach zitiert wird: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!" (Heiterkeit.) Wir können die bescheidensten Forderungen stellen, und sie werden uns nicht erfüllt, wenn nicht der Druck der Verhältnisse hinter uns steht. Hinter der prinzipiellen Forderung steht an sich der Druck, den die Gründe ausüben, die man für ein Prinzip anzuführen vermag. Da kommen uns unsere Gegner wenigstens ein Stück entgegen. Vielleicht erreichen wir, gestatten Sie den Ausdruck, mit Unverschämtheit, was wir mit Bescheidenheit nie erreicht hätten. In den letzten Wochen und Monaten ist so oft gesprochen worden von der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie. Kein falscheres Wort als dieses. (Lebhafter Beifall.) Ich behaupte, daß im Deutschen Reich keine mächtigere Partei existiert als die unsere. Die Sozialdemokratie ist es, die unser ganzes politisches und soziales Leben im Innern und Aeußeren beherrscht. Ohne ihre Existenz würden wir weit hinter dem zurückstehen, was wir heute erreicht haben. (Beifall.) Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung liefert gerade die Erfahrung der Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren. Das Zentrum sträubte sich anfangs der 90er Jahre mit aller Kraft gegen die Forderung, dem weiblichen Geschlecht die ihm damals noch verschlossene Bahn geistiger Betätigungen zu öffnen. Vor zwei Jahren erklärte zur allgemeinen Ueberraschung einer der konservativsten Herren des Zentrums, Freiherr v. Hertling, sich mit aller Vehemenz für die Zulassung der Frauen zu allen Studienzweigen. Einen solchen Wechsel in der Auffassung, eine solch völlige Umwandlung in den Ueberzeugungen kann nur durch den beständigen Druck erzeugt worden sein, den die Schichten ausgeübt haben, die an einer solchen Umwandlung sozial interessiert sind.

Eine andere Frage ist die des Vereins- und Versammlungsrechtes. In manchen Staaten, sogar im reaktionären Sachsen, sind Männer und Frauen in dieser Beziehung gleichgestellt. In anderen Staaten aber — und Preußen marschiert natürlich überall in der Reaktion voran — hat man den Frauen das Vereinsrecht in großem Umfange beschränkt. Einem Fortschritt auf diesem Gebiete ist auch das Zentrum stets entgegengetreten. Jetzt hat es teilweise mit unter dem Druck der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in wiederholten Fa-

Äußerungen anerkennen müssen, daß angesichts der gewaltigen sozialen Umwandlung, die Millionen und Abermillionen von Frauen in den Existenzkampf getrieben hat, die ihnen hierfür notwendige Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Koalition nicht länger verweigern dürfe. Für volle politische Vereins- und Versammlungsfreiheit der Frauen kann sich das Zentrum noch nicht erklären, aber auch das wird kommen. Diese Fortschritte beweisen, in welcher Weise wir weiter arbeiten müssen, um zu einem vollen Erfolge zu gelangen. Der Frage der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für die Frauen stehen bisher die bürgerlichen Parteien sehr ablehnend gegenüber. Darüber brauchen wir uns um so weniger zu wundern, als in weiten bürgerlichen Kreisen die Abneigung gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht überhaupt besteht, und sehr einflußreiche Kreise bis auf den heutigen Tag daran denken, dieses Wahlrecht bei der ersten besten Gelegenheit zu beseitigen oder zu beschränken. Diese Leute sind natürlich nicht geneigt, das Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen. Gleichwohl wage ich die Behauptung, daß wir in Deutschland Aussicht haben, weit eher das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht zu bekommen, als daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht überhaupt abgeschafft wird. (Große Bewegung.) Das letztere ist wohl überhaupt nicht möglich, denn ich bin überzeugt, daß in diesem Falle alle stimmberechtigten Arbeiter ohne Unterschied der Partei, die durch die Beseitigung des Gesetzes geschädigt würden, sich zu einem Kampfe erheben würden, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat. Genau so wie vor der Empörung seiner eigenen Arbeiter 1898 das Zentrum davor zurückschreckte, das Zuchthausgesetz in irgend einer Form anzunehmen, so hat es noch in viel höherem Maße alle Veranlassung, am Prinzip unseres Reichstagswahlrechtes nicht zu rütteln. (Sehr wahr!) Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß in dem Maße, wie die Unzufriedenheit der Masse wächst und die sozialistische Stimmenzahl sich steigert, die Idee an Boden gewinnt, es auf die Frauen auszudehnen, weil unter ihnen noch eine ungeheuere Anzahl sich befindet, die vorläufig noch den sozialdemokratischen Ideen gegnerisch gesinnt sind. Mit dieser Tatsache rechnend, die man nicht bestreiten kann, — die Frauen sind meist noch politisch indifferent und, soweit sie einer Führung folgen, folgen sie mehr der konservativen und der Geistlichkeit —, mit dieser Tatsache also rechnend, wird die Majorität durch die Einführung des Frauenstimmrechts die Sozialdemokratie auf einige Zeit zurückzudrängen in der Lage sein. Das ist unzweifelhaft richtig. Aber trotzdem wäre es der größte Fehler, wenn wir uns gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen erklären wollten. Alle die Gründe, die heute gegen das Stimmrecht der Frauen geltend gemacht werden, wurden seinerzeit auch gegen das Stimmrecht der Männer vorgebracht. Ich selbst habe mich vor 43 Jahren als Mitglied des Leipziger Arbeiterbildungsvereins gegen das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, weil die Arbeiter politisch noch nicht genug gebildet seien, was von einem erheblichen Teil auch heute noch gilt; denn noch jetzt nach fast 40 Jahren stimmten in Deutschland 7½ Millionen Wähler gegen uns. Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit dieser Wähler aus Arbeitern besteht, die gegen ihre eigenen Klasseninteressen stimmten. Aber das hat niemand von uns veranlaßt, sich gegen das allgemeine Stimmrecht auszusprechen, sondern wir agitieren unausgesetzt und bringen immer größere Kreise zu der Erkenntnis, in der Sozialdemokratie das Heil für ihre Zukunft zu erblicken. Schon haben wir 8 Millionen, und ich hoffe, daß wir 4, 5 und 6 Millionen und schließlich die Majorität gewinnen werden. Wenn nun die Reaktionäre als letzte Zuflucht für ihre Herrschaft die Frauen anrufen, so werden wir Männer gezwungen sein, innerhalb der Frauenwelt mit aller Macht zu agitieren, und dann wird bald der letzte Anker gebrochen, an den sich die Gesellschaft noch anklammern kann.

Den Genossen in Belgien und Oesterreich ist zuzugeben, daß die kulturellen Zustände in ihren Ländern zum Teil noch tiefer sind als bei uns. Wer die Gewalt der Kirche über die Frauenwelt in den katholischen Gegenden Deutschlands kennt, wird verstehen, aus welchen Gründen die Genossen dort glaubten, daß die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen die Reaktion gewaltig stärken würde. Ich halte es für eine Täuschung, daß die Reaktion jetzt schon bereit wäre, nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen das allgemeine Wahlrecht zu gewähren. Auf der anderen Seite aber wäre es von eminentem agitatorischen Werte gewesen, wenn die Genossen diese Forderung aufgestellt und damit die Unzufriedenheit in die gegnerischen Kreise hineingetragen hätten. Und wenn später die Frage ernsthaft aktuell wird, konnten sie sagen: Wir sind in erster Linie für dieses Frauenrecht eingetreten. Ich will hier keine Polemik mit unsern ausländischen Genossen führen, ich habe mich nur für verpflichtet gehalten, Gründe und Gegengründe kurz anzugeben. Wir werden auf dem nächsten internationalen Kongreß, der in Stuttgart stattfinden wird, sowieso über diese Frage sprechen müssen.

Für mich ist es zweifellos: wenn wir Erfolge erringen wollen — und Erfolge müssen wir erringen —, so können wir sie nicht erringen, wenn wir von vornherein auf unsere prinzipiellen Forderungen verzichten und erklären, daß wir nur auf Konzessionen rechnen. Ich halte das für eine verfehlte Taktik und darum freue ich mich, daß die Frauenstimmrechtsfrage hier behandelt worden ist und bitte Sie, die vorgeschlagene Resolution einstimmig anzunehmen. Sie verpflichten damit auch die Partei für sie einzutreten und ihr früher oder später zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wengels-Berlin begründet einen Schlußantrag.

Frau Braun-Berlin bittet, ihr als Vertreterin der englischen Frauen noch das Wort zu verstatten.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Auf eine Beschwerde, daß dadurch auch der Genossin Popp-Oesterreich das Wort abgeschnitten worden sei, erwidert

Vorsitzende Genossin Zietz: So hat nicht das Bureau, sondern die Versammlung entschieden.

Die Resolution Zetkin findet einstimmig Annahme. Auch wird beschlossen, das Referat als Broschüre drucken zu lassen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Zur Verhandlung kommt Punkt 5 der Tagesordnung

Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Referentin ist

Frau Duncker-Dresden: Auf Hunderttausenden von erwerbstätigen Frauen ruht heute eine dreifache Belastung: zu den alten Lasten der Hauswirtschaft und der Mutterschaft ist in der Erwerbstätigkeit noch eine dritte getreten. Aber nur wenige sind dieser schweren Bürde gewachsen. Tausende brechen physisch und psychisch darunter zusammen; Tausende sehen sich der Möglichkeit beraubt, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden, sehen ihr Hauswesen in Verfall geraten, ihre Kinder verwahrlosen. Doch nicht nur die einzelnen Frauen leiden unter diesem Zustand, auch die Gesamtheit wird dadurch aufs schwerste bedroht. Ueberall da, wo die produktive Arbeit, besonders die in Fabriken und in der Hausindustrie, große Scharen von verheirateten Frauen und Müttern in ihr Getriebe gezogen hat, zeigt nicht nur die Kindersterblichkeit erschreckend

hohe Zahlen, sondern, was fast noch schlimmer ist, die Mehrzahl der überlebenden Kinder ist schwächlich, ja oft genug zu lebenslänglichem Siechtum verurteilt. In Sachsen z. B. steht die Kindersterblichkeit, nach Bezirken betrachtet, in geradem Verhältnis zum Umfang der Frauenarbeit in den Fabriken. Die Amtshauptmannschaft Chemnitz mit ihrer stark industriellen Bevölkerung und sehr ausgebreiteten Frauenarbeit steht hoch obenan. Von 100 Kindern im ersten Lebensjahre starben in Dresden 20,7, in Leipzig 23,7, in der Stadt Chemnitz 34,2, in der Amtshauptmannschaft Chemnitz 39,2. Chemnitz steht mit Bezug auf die Kindersterblichkeit an zweiter Stelle in ganz Europa. Und wer mit offenem Auge sächsisch-thüringische Textilfabrikations- und Hausindustriebezirke bereist hat, der vergißt die rhachitischen Kindergestalten, die graugelben Gesichtchen, die ihm dort überall begegnen, nie wieder.

Die Einsicht in die schweren degenerativen Wirkungen der Erwerbsarbeit solcher Frauen, die zugleich Hausfrauen und Mütter sind, hat Politiker der verschiedensten Parteirichtungen dazu veranlaßt, ein Verbot der eheweiblichen Fabrikarbeit zu verlangen. Kürzlich ist von anderer Seite der Vorschlag einer Halbtagsbeschäftigung der verheirateten Frauen gemacht worden.

Wir können uns diesen Vorschlägen nicht anschließen. Wir sehen in der immer weiter um sich greifenden Frauenarbeit nur den Ausdruck eines Gesetzes, das allem Fortschritt in Natur- und Menschenwelt zugrunde liegt, des Gesetzes der Arbeitsteilung. Durch sie ist der Frau von ihrer früheren produktiven Arbeit im Hause ein Gebiet nach dem anderen entrissen worden, so daß die Hausarbeit allmählich ihren früheren wirtschaftlichen Wert verloren hat, und die Frau gezwungen wurde, außer dem Hause produktiv tätig zu sein. Es ist deshalb ein ebenso vergebliches wie unvernünftiges Bemühen, die Frauen durch irgend welche Verbote in die ungeteilte, kleinbetriebliche Hausarbeit zurückbannen zu wollen. Die Frauenarbeit ist zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden, und ein Verbot der Frauenarbeit in der Fabrikindustrie würde nur eine vermehrte Abwanderung in die ungeschützten Gebiete der Heimarbeit zur Folge haben. Daß eine solche Einschränkung der Frauenarbeit auch aus anderen Gründen nicht wünschenswert wäre, darauf kann ich hier nicht näher eingehen.

Es gilt den Uebergangszustand, in dem wir uns heute befinden, nicht aufzuhalten, sondern eher zu beschleunigen, um seine Leiden für die Frauen abzukürzen und seine Gefahren für die kommende Generation zu verringern.

Es gilt erstens: Die Frauenarbeit auf gesetzlichem und gewerkschaftlichem Wege so zu gestalten, daß sie die Arbeiterinnen nicht körperlich und geistig schädigt und sie daran hindert, gesunde Kinder zur Welt zu bringen.

Zweitens: Mit daran zu arbeiten, daß den Frauen durch weiter fortschreitende Arbeitsteilung noch zahlreiche Arbeiten in Haus und Familie abgenommen werden.

Drittens: Einrichtungen zu schaffen, die den Frauen die Lasten der Mutterschaft erleichtern.

Die Ablösung hauswirtschaftlicher und mütterlicher Tätigkeit durch Verselbständigung und durch kommunale oder genossenschaftliche Einrichtungen erwähne ich hier nur der Vollständigkeit halber.

Was zunächst die Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen anlangt, so halte ich die Fassung des Fraktionsantrages von 1901 nicht für ganz glücklich: „Arbeiterinnen dürfen nicht beschäftigt werden bei solchen Arbeiten, die besonders dem weiblichen Organismus schädlich sind." Das ist sehr unbestimmt. Nur wenige Arbeiten sind an sich ungesund, meist werden sie es erst durch ihre Dauer oder das Verfahren. Da müssen Unterschiede gemacht werden.

An der Spitze unserer Forderungen habe ich in meiner Resolution die Forderung des Achtstundentages gestellt. Denn auch an sich ungefährliche Arbeiten wirken gefährlich durch ihre Dauer. Die einseitige Körperhaltung, die Inanspruchnahme immer derselben Muskelpartien gefährden bei 10, 11 und mehrstündiger Dauer die Gesundheit. Das gebückte Sitzen ist oft die Ursache von Tuberkulose und Blutarmut. Davon bedroht sind die Näherinnen, Stickerinnen, Blumenarbeiterinnen und Kontoristinnen. Das anhaltende Stehen wieder ist besonders bei noch unvollendetem Wachstum gefährlich: plattes Becken, Zirkulationsstörungen, geschwollene Füße können die Folge sein. Andererseits gibt es Arbeiten, die an und für sich schädlich sind, deren Schädlichkeit aber bei kurzer Dauer noch zu ertragen ist, zum Beispiel Arbeiten in geschlossenen, mit Dunst und Staub erfüllten Räumen. Schließlich führt eine zehn- bis elfstündige Erwerbsarbeit unter allen Umständen zur Ueberanstrengung, auch wenn sie leicht ist, falls für die Arbeitenden noch Mutterpflichten hinzutreten. Für Schlaf und Erholung bleibt nicht genügende Zeit; die Körperkraft wird vorzeitig aufgebraucht. Wie soll dann so ein armer, abgerackerter Leib noch imstande sein, anderen Wesen Gesundheit und Lebenskraft mit auf den Lebensweg zu geben? So wird der Achtstundentag auch zu einer Kardinalforderung des Mutterschutzes.

Ein Verbot der Frauenarbeit würde ich nur für solche Beschäftigungen empfehlen, die ihrer ganzen Natur nach für Mutter und Kind schädlich sind, so die Verarbeitung giftiger Stoffe und Arbeiten, die mit besonderer Körperanstrengung verbunden sind, wie z. B. Mörtel- und Ziegeltragen. Von gewerblichen Giften kommen besonders Blei, Quecksilber, Phosphor, Kupfer, Schwefelkohlenstoff, Anilin und Nikotin in Betracht. Leppmann nennt 111 Industriezweige, in denen Bleivergiftungen vorkommen. Auch das ungeborene Kind wird durch das Blei, das die Mutter aufnimmt, aufs schwerste geschädigt. Man hat Blei sogar in der Milch der Frauen nachgewiesen; Fehlgeburten sind häufig. Das Quecksilber scheint ebenso gefährlich zu sein, doch wird es lange nicht in dem Maße wie das Blei verwendet. Nach Hirt beträgt die Kindersterblichkeit 65 Prozent. Ueber die Schädigung durch den Tabak ist man sich noch nicht ganz im klaren. Die Fabrikinspektoren haben eine enorme Kindersterblichkeit in Familien, die Tabak verarbeiten, festgestellt. Leppmann aber meint diese Erscheinung darauf zurückführen zu können, daß besonders häufig schwächliche Personen die Tabakarbeit wählen, daß also hier bereits eine ungünstige Auswahl der Eltern vorliegt. Doch haben neuerdings Erhebungen unter den Tabakarbeiterinnen in Nancy die Gefährlichkeit der Tabakverarbeitung bestätigt. Dennoch wage ich nicht zu entscheiden, ob es richtig ist, hier ein Verbot der Frauenarbeit zu verlangen, eine sehr einschneidende Maßregel, da wir schon 1895 fast 70 000 Tabakarbeiterinnen hatten. In den Gummifabriken ist die Verwendung von Schwefelkohlenstoff die Ursache von Fehlgeburten, von Blutverlusten, von der Unmöglichkeit, zu stillen. Das alles sind Arbeiten, die ihrer Natur nach den weiblichen Organismus schädigen. Hier ist das Verbot der Frauenarbeit zu verlangen.

Es muß weiter unterschieden werden, ob die Gefahr für die Frau in der Natur des Betriebes oder in der Arbeitsmethode liegt. Nach dem Wortlaut des Fraktionsbeschlusses müßte das Arbeiten an der Nähmaschine für die Frau überhaupt verboten werden. Alle Aerzte sind sich darüber einig, daß das Maschinennähen, selbst wenn es nicht lange andauert, schädigend für die Frau ist. Abgesehen davon, daß es ausgeschlossen ist, die Frauen aus diesem fast völlig von ihnen beherrschten Gebiet zu verdrängen, ist es klar, daß die Schädigung im Fußbetrieb der Nähmaschine liegt. Das Unternehmertum hält an den Fußbetriebsmaschinen nur fest, weil Dampfkraft teuer ist und billig Fleisch und Blut. (Sehr wahr!) Hier muß die

Gesetzgebung die rückständige Arbeitsmethode verbieten. Auch die gewerkschaftliche Agitation müßte diese Forderung mehr hervorheben. Ich verhehle mir nicht, daß die Durchführung einer solchen Bestimmung die Heimarbeit wieder begünstigen würde. Aber um so energischer müßten die Gewerkschaften die Einführung von Betriebswerkstätten fordern.

Mit der Fußnähmaschine sind die gefährlichen Arbeitsmethoden nicht erschöpft. Nach Dr. Leppmann ist z. B. die Liegedruckpresse, die in Buchbindereien und Luxuspapierfabriken gebraucht wird, gleichfalls besonders gefährlich.

Diese Forderungen stellen wir für alle Frauen, ob sie Mütter sind oder nicht. Es handelt sich hier um vorbeugenden Mutterschutz. Vor allem die heranwachsenden Mädchen, die aus der Schule entlassen sind, müssen vor Ueberarbeit geschützt werden. Für sie sind acht Stunden Arbeit noch zu viel. Gerade im Entwickelungsalter werden die Keime zu Unterleibskrankheiten gelegt.

Wenden wir uns nun zu den Forderungen, die wir speziell für Schwangere und Wöchnerinnen erheben. Wir fordern als Konsequenz der Krankenkassennovelle von 1903, die eine Wöchnerinnenunterstützung von sechs Wochen vorsieht, ein absolutes Arbeitsverbot von sechs Wochen für die Wöchnerinnen. Wir verlangen weiter, daß das Recht der kündigungslosen Einstellung der Arbeit von vier Wochen auf acht Wochen vor der Niederkunft ausgedehnt wird. Von der Krankenversicherung verlangen wir die obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung, die das Krankenversicherungsgesetz bis jetzt in das freie Ermessen der Kassen stellt, im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von acht Wochen, falls die Schwangere gewillt ist, die Arbeit aufzugeben. Am liebsten forderte ich das Verbot der Arbeit Schwangerer während der letzten zwei Monate. (Sehr richtig!) Wenn ich nur wüßte, wie die Kontrolle durchzuführen ist. Der Zeitpunkt der Geburt ist nicht vorher genau festzustellen und wesentliche Verrechnungen kommen vor. Eine Enquete französischer Aerzte hat ergeben, welchen ungünstigen Einfluß auf die Qualität der Nachkommenschaft die Arbeit in den letzten Monaten der Schwangerschaft ausübt. Die Kinder der während der Schwangerschaft durcharbeitenden Frauen werden meist zu früh geboren und sind zarter als der Durchschnitt.

Die zweite Forderung, die wir stellen, ist die freier Hebammendienste und freier Gewährung der Arztpflege bei Schwangerschaftsbeschwerden. Wir verlangen das als obligatorische gesetzliche Leistung und nicht wie bisher als eine, die im freien Belieben der Krankenkassen steht. Mayet ist der Anschauung, daß durch Anstellung von Kassenhebammen günstige hygienische Erfolge erzielt werden könnten, da jetzt die Hebammen, von den Nährpräparatfabrikanten gewonnen, vielfach vom Stillen abrieten.

Was die Wöchnerinnenunterstützung angeht, so bin ich zunächst nicht über die Münchener Beschlüsse hinausgegangen. Nur wünsche ich, daß die Krankenkassen die Unterstützungsfrist für stillende Mütter auf 13 Wochen verlängern. Uebt das eine hygienisch günstige Wirkung aus, so gehen die Kassen vielleicht weiter, und die Kommunen setzen Stillprämien aus. Das wäre um so notwendiger, als das Stillen der Kinder immer mehr abkommt. 1890 wurden in Berlin noch 529 von 1000, 1895 nur noch 446 und 1900 gar nur 332 von 1000 gestillt. Auch nach der Statistik in Baden nimmt der Prozentsatz der nicht gestillten Kinder stetig zu. In Leipzig wurden nach einer Enquete von 1904 12 Proz. der Kinder künstlich genährt, weil die Mütter zur Arbeit zurückkehren mußten. Ueber die hygienisch sehr bedenklichen Folgen dieser Entwickelung sind sich alle Aerzte einig. Die Brustkinder zeigen gegen Tod und Krankheit eine vielfach größere Widerstandskraft. Auf die Brustgestillten entfiel in Berlin nach der letzten Zählung

etwa ein Drittel. Unter den Todesfällen durch die verschiedenen Ernährungskrankheiten aber machten sie nur 8 bis 9 Proz. aus. Selbst im späteren Leben bis hinauf zur Diensttauglichkeit ließ sich die gesundheitliche Ueberlegenheit der Brustkinder nachweisen. Sogar die Leistungsfähigkeit in der Schule sei bei diesen Kindern eine größere. Die Einbeziehung einer Unterstützung für Stillende in die Krankenversicherung ist also jedenfalls gerechtfertigt.

Eine Erhöhung der Unterstützungssätze auf die volle Höhe des Lohnes ist selbstverständlich geboten. Ebenso verlangen wir seit langem die obligatorische Ausdehnung der Unterstützung auf die Frauen der Mitglieder. Leider ist in bezug auf diese Bestimmung in das Gesetz durch die Nachlässigkeit der Abgeordneten bei der letzten Novelle der Krankenversicherung eine Verschlechterung hineingekommen, so daß die Kassen jetzt nicht mehr das Recht haben, den Frauen der Mitglieder Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren. Sie dürfen nur noch Schwangerenunterstützung leisten. Diese Tatsache ist wieder ein klarer Beweis für die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts. (Sehr wahr!) Wären Frauen in der Kommission gewesen, wäre ein solches Versehen nicht möglich gewesen.

Eine weitere selbstverständliche Forderung ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Lohnarbeiterinnen, also auch auf die in der Landwirtschaft tätigen Frauen, sowie auf die Heimarbeiterinnen und Dienstboten.

Wir denken uns die Mutterschaftsversicherung nicht als besonderen Versicherungszweig, sondern als Teil der Krankenversicherung. Von einer ungerechten Belastung der Krankenkassenmitglieder durch die Einfügung der Mutterschaftsversicherung kann keine Rede sein. Hat doch jedes Kind wie seine Mutter so auch seinen Vater; daher ist es ganz berechtigt, wenn auch die Männer in ihrer Gesamtheit zu den Lasten dieser Versicherung herangezogen werden. Durch eine besondere Versicherung würde man die Leistung gerade denen aufbürden, die sie nicht tragen können, einem kleinen Kreis von Frauen. Es wären einfach Sparpfennige oder das System der bürgerlichen Lebensversicherung, das übrigens sehr komplizierte Gebuctenfrequenz-Berechnungen notwendig macht. Gliedert man dagegen die Mutterschaftsversicherung den Krankenkassen an, so genügt die ganz einfache Berechnung von Molkenbuhr in der „Gleichheit", daß je 18 Beitragszahler für einen Geburtenfall aufzukommen haben. Das würde keine allzu erhebliche Steigerung der Kassenbeiträge notwendig machen. Jedenfalls könnte man durch eine Verwaltungsreform der Krankenkassen — Zusammenlegung der Versicherungszweige, Zentralisation und zwangsweise allgemeine Einführung der Ortskrankenkassen, stärkere Heranziehung der Unfallversicherung zu den durch sie entstehenden Kosten usw. — viel sparen. Auch verlangen wir einen Staatszuschuß, da der Staat ein natürliches Interesse an der Gesundheit seiner Bürger hat. Schließlich würden die Krankenkassen auch an anderen Krankenausgaben sparen können. Die Unterleibskrankheiten der Frauen würden gewiß seltener werden und was man an das Kind in seinem ersten Lebensjahre wendet, das hat noch stets im ganzen Leben Zinsen getragen.

Das ist freilich zum Teil, das müssen wir uns gestehen, Zukunftsmusik. Das, was schon nach dem heutigen Krankenversicherungsgesetz erreichbar wäre, ist die Erhöhung des Krankengeldes auf drei Viertel des Lohnes und eine Schwangerenunterstützung. Dafür muß mehr wie bisher in den Kreisen der weiblichen Kassenmitglieder agitiert werden. Hier haben sie das Wahlrecht, leider nutzen sie es heute viel zu wenig aus. (Sehr richtig!) Sie könnten sonst gegen manche Unsitte bei den Krankenkassen vorgehen. So dagegen,

daß von den Vätern unehelicher Kinder die Unterstützung, die den Mädchen gegeben ist, eingezogen wird. Das ist eine ganz unsinnige Praxis. Von seiten der Moralpfaffen wird sie natürlich damit begründet, daß, wenn das nicht geschieht, darin ein Ansporn zu unehelichen Geburten liege. (Lachen.)

Bei den Forderungen an den Kommunen brauche ich mich nicht lange aufzuhalten: Mit den Säuglingsheimen, wie wir sie unter anderem verlangen, sind auch von privater Seite schon Anfänge gemacht. So gibt es bei Dresden eine sehr gute solche Einrichtung, von einem Arzt begründet, in das auch die Krankenkassen Säuglinge schicken. Die Stillprämie habe ich schon gestreift. Eine Prämie von 25 Mk. nach einem halben Jahre, wie Mayet sie fordert, ist allerdings viel zu gering. Am besten ist, wie gesagt, die Einbeziehung der Stillperiode in die Krankenversicherung. Ganz besonders im argen liegt die Milchbeschaffung für die Kleinen. Selbst die sogenannte teure „Kindermilch" ist manchmal im Sommer ganz verdorben. In Leipzig hat ein Gerichtschemiker bei einer Gerichtsverhandlung erklärt, der verdorbene Zustand solcher Milch sei nicht strafbare Schuld des Milchlieferanten, da er nur herbeigeführt sei infolge der in Mitteldeutschland üblichen Beimischung von Kuhmist. (Hört! hört!)

Vom Staate verlangen wir außer den genannten Beiträgen Aufklärungsarbeit: Obligatorischen Unterricht in der Säuglingspflege in den obligatorischen Fortbildungsschulen und die Verbreitung von Merkblättern. Denn in der Säuglingspflege wird ja nicht durch Armut, sondern auch durch Unwissenheit gesündigt. Ammenmärchen und Großmutterweisheit richten viel Schaden an und können durch diese vom Standesbeamten zu verbreitenden Merkblätter bekämpft werden.

Wenn wir zum Schlusse unsere Forderungen zugunsten eines vernünftigen Mutterschutzes überblicken, so müssen wir doch gestehen, daß sie nur den Wert von Mindestforderungen haben. Die Erfüllung dieser Forderungen räumt nur die schlimmsten Schäden weg und sucht nur die drückendsten Lasten zu erleichtern. Trotzdem ist uns wohl allen klar, daß selbst diese Mindestforderungen heute auf große Schwierigkeiten und Widerstände stoßen werden. Es ist eine kennzeichnende Eigenschaft unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß sie die Sachen höher wertet als die Personen. Für die Viehzucht werden die meisten Errungenschaften der Hygiene und der Nahrungsmittelchemie angewendet, denn da macht sich die angewandte Sorgfalt in klingender Münze bezahlt. Die Heranziehung einer kraftvollen Generation bringt aber nichts ein, wozu also daran arbeiten? Wer die schnellsten Pferde, die milchreichsten Kühe, die schönsten und tüchtigsten Hunde züchtet, wird gerühmt und mit Preisen bedacht. Wo aber ist der Stolz geblieben, den die Völker des Altertums darein setzten, einen schönen und kräftigen Volksnachwuchs zu erziehen? Heute redet man viel von der Züchtung des Uebermenschen, aber den Menschen läßt man verkommen. Es ist auch hier notwendig, sich klar zu machen und es auch in der Agitation zu betonen, daß ein wirklich umfassender und gründlicher Mutterschutz erst auf dem Boden einer Gesellschaftsordnung wachsen kann, in der die Menschen über den Sachen stehen, in einer Gesellschaftsordnung, in der der Nationalreichtum nicht nach Einfuhr und Ausfuhr, nach Kapitalbesitz und Einkommensteuer berechnet wird, sondern nach der körperlichen und geistigen Beschaffenheit ihrer Bürger. (Lebhafter Beifall.) In einer solchen Gesellschaftsordnung wird die Produktion lebendiger Menschen nicht mehr hinter der Produktion toter Waren zurückstehen und unter ihr verkümmern, sie wird vielmehr als die höchste gesellschaftliche Leistung gewertet werden. Der Sozialismus, sagt Bebel, ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft. Der Sozialismus allein wird auch die

Möglichkeit schaffen, daß alle Errungenschaften und Erfahrungen der Wissenschaft Anwendung finden auf die wichtigste menschliche Tätigkeit, die Hervorbringung und Heranziehung eines körperlich gesunden und schönen und geistig leistungsfähigen Menschengeschlechts. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Die Rednerin schlägt folgende Resolution vor:

Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz!

Je mehr die Teilnahme der Frau am Berufsleben wächst, desto dringender wird die Frage: Wie vereinigt sich die Frauenerwerbsarbeit mit der Mutterschaft? Besonders die proletarische Frau und ihre Kinder leiden schwer durch diese Doppelbelastung; Unterleibserkrankungen, Erschwerung der Schwangerschaften und Entbindungen, Fehl- und Frühgeburten, frühe Sterblichkeit und Siechtum der Kinder haben häufig ihre Ursache in den ungünstigen Einflüssen der Frauenarbeit.

Der Weg einer Einschränkung (Halbtagsschicht) oder gar eines Verbots der Arbeit verheirateter Frauen ist für uns nicht gangbar. Die Arbeiterfrauen greifen nicht zum Vergnügen zur Lohnarbeit, sondern aus wirtschaftlicher Not, und eine Erschwerung oder ein Verbot der Arbeit außer dem Hause würde die Frau nur noch viel mehr in die ungeschützten Gebiete der Heimarbeit treiben.

Ferner aber würden die unehelichen Mütter und Kinder, die den genannten Gefahren ohnehin schon in erhöhtem Grade ausgesetzt sind, ohne Schutz bleiben. Und schließlich sind wir überhaupt nicht für eine solche Einschränkung der Frauenarbeit, weil wir in der letzteren den einzigen Weg zur Frauenbefreiung sehen.

Für uns kommt nur in Frage:

1. Die Frauenarbeit so zu gestalten, daß sie die Frauen nicht daran hindert, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden, und
2. Einrichtungen zu schaffen, die den Frauen die Last der Mutterschaft erleichtern.

Zu 1 fordern wir:

I. Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiterinnen über achtzehn Jahre (des Sechsstundentages für die 14 bis 18jährigen), der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 bezw. 9 Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann. Denn jede einseitige Arbeit ist gesundheitsschädlich, wenn sie zu lange dauert.

II. Verbot der Beschäftigung von Frauen mit solchen Arbeiten, die ihrer ganzen Beschaffenheit nach die Gesundheit von Mutter und Kind ganz besonders schädigen.

Wir denken hier vor allem an Arbeiten, die Vergiftungsgefahren mit sich bringen, an Industriezweige, in denen Blei, Quecksilber, Phosphor, Schwefelkohlenstoff und sonstige Gifte verwendet werden; ferner an Heben und Tragen schwerer Gegenstände und andere speziell den weiblichen Organismus und die Gesundheit der Nachkommenschaft gefährdende Arbeiten.

III. Verbot solcher Arbeitsmethoden, die den weiblichen Organismus gefährden, vor allem Ersetzung der Maschinen mit Fußbetrieb (Pressen, Heftmaschinen, Näh- und Stickmaschinen) durch solche mit mechanischer Kraft. Wo diese Forderung zu einer Begünstigung der Heimarbeit führen könnte, wie z. B. in der Konfektionsindustrie, muß dem durch Einrichtung von Betriebswerkstätten vorgebeugt werden.

Zu 2 fordern wir:

Von der Arbeiterschutzgesetzgebung:

I. Das Recht der kündigungslosen Einstellung der Arbeit 8 Wochen vor der Niederkunft.

II. Ausdehnung des Arbeitsverbots für Wöchnerinnen auf 8 Wochen, wenn das Kind lebt, — auf 6 Wochen nach Fehl- und Totgeburten, oder falls das Kind innerhalb dieser Frist stirbt.

Von der Krankenversicherung:

I. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung (die das K.-V.-G. bis jetzt in das freie Ermessen der Kasse stellt) im Fall der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von 8 Wochen.

II. Freie Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.

III. Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von 6 auf 8 Wochen, falls das Kind lebt, und, wenn die Mutter fähig und willens ist, ihr Kind selbst zu stillen, auf die Dauer von mindestens 13 Wochen; Ausdehnung der Krankenkontrolle auf die Zeit von der 8. Woche ab.

IV. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende für die Dauer der Schutzfrist auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.

V. Obligatorische Ausdehnung der unter I—III angeführten Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.

VI. Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle lohnarbeitenden Frauen, auch die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstboten, sowie überhaupt auf alle Frauen, deren jährliches Familieneinkommen 3000 Mark nicht übersteigt.

Von der Gemeinde:

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege, Beschaffung guter keimfreier Kindermilch, sowie Gewährung von Stillprämien, so lange diese Periode noch nicht in die Unterstützungsfrist einbezogen ist.

Vom Staate:

Gewährung von Zuschüssen sowohl an die Krankenkassen als auch an die Gemeinden, damit diese den genannten Mutterschutzforderungen gerecht werden können.

Aufklärung der Frauen über die richtige Erfüllung ihrer Mutterpflichten durch Aufnahme der Säuglingspflege in den Schulplan der obligatorischen Fortbildungsschulen. Verteilung von Merkblättern mit Regeln für die Pflege und Ernährung des Säuglings und die Pflege der Wöchnerinnen seitens der Standesbeamten.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Frau Lily Braun-Berlin: Ich halte ein Verbot der Arbeit schwangerer Arbeiterinnen für durchaus geboten. Hätten die Arbeiterinnen nur das „Recht", 8 Wochen vor der Entbindung die Arbeit zu verlassen, so würden sie unter den heutigen kapitalistischen Zuständen von diesem Rechte nur wenig Gebrauch machen. Ich bitte Sie daher, in die Resolution die Forderung aufzunehmen: Verbot der Arbeit schwangerer Arbeiterinnen 8 Wochen vor der Entbindung. Eine ungefähre Bestimmung des Zeitpunktes der Entbindung ist möglich, wenn eine Verrechnung vorkommt, was ja häufig passiert, muß die Kasse natürlich verpflichtet sein, für die ganze Zeit der Schwangerschaft Unterstützung zu zahlen. Die Bestimmung, daß die Kassen nur bei Arbeitslosigkeit der Schwangeren verpflichtet wären, die Unterstützung zu zahlen, müßte demgemäß gestrichen werden.

— Ferner bitte ich Sie, nach der 6. Forderung folgendes einzufügen: „Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staate." Diese Staatszuschüsse sind an anderer Stelle erwähnt, gehören aber besser hierher. Ein entsprechender Antrag ist bereits auf der Münchener Konferenz beschlossen worden. Ich bitte Sie, die ausgezeichnete Resolution der Referentin mit meinen Abänderungsanträgen anzunehmen. Auch die Reichstagsfraktion sollte dazu verpflichtet sein, unsere Forderungen zu der ihrigen zu machen. Ihre bisherigen Anträge zeigen sich angesichts dieser Resolution, die alles enthält, was der Gegenwartsstaat durchführen kann, als durchaus unzureichend. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wegmann-Leipzig führt als weitere ungesunde Tätigkeit für Frauen die Tätigkeit in Gummifabriken an, wo der Schwefelkohlenstoff sehr schädlich auf ihre Konstitution einwirkt. Für ein Verbot der Arbeit Schwangerer bin ich nicht. Leider verheimlichen heute noch die meisten Arbeiterinnen so lange wie möglich den Zeitpunkt ihrer Schwangerschaft, um möglichst kurze Zeit ohne Arbeit zu sein. Das würde auch bei einem Verbot nicht anders werden. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiterinnen aufgeklärter werden, dann werden sie von ihrem Rechte, acht Wochen vor der Entbindung ohne Kündigung die Arbeit zu verlassen, auch Gebrauch machen.

Frau Mahn-Magdeburg bedauert, daß die Krankenkassen noch nicht alles leisten können, was sie gerne möchten. Bei der Säuglingspflege durch Frauen, die zur Arbeit gingen, verginge oft die Milch, weil sie nicht rechtzeitig schenken können. Erfreulicherweise sei die ärztliche Säuglingspflege in Magdeburg durchgeführt. Aber auch hier hätten die arbeitenden Mütter wieder keine Zeit, in die Sprechstunde des Arztes zu gehen. So werde auch das Pausieren vor und nach der Entbindung illusorisch gemacht werden. Helfen könnte nur, wenn die Männer durch gemeinsamen Kampf so viel Lohn verdienten, daß die Frauen gar nicht mehr zu arbeiten brauchten. (Beifall.)

Fräulein Fürth-Nürnberg: Selbst die „Mindestforderungen" dieser Resolution haben verzweifelte Aehnlichkeit mit den „idealen Forderungen" in Ibsens „Wildente". Wir müssen aber neben diesen für heut und morgen doch nicht durchführbaren Forderungen an Staat und Gemeinde auch an praktische Gegenwartsarbeit denken. Durchführbar ist heute aber die Wöchnerinnenversicherung. Freilich nicht unmittelbar durch die Krankenkassen, deren Beiträge zu diesem Zweck um 13—26 Mk. pro Jahr gesteigert werden müßten. Möglich aber seien Mutterschaftsversicherungskassen, zu denen Versicherungsnehmer, Krankenkassen, Unternehmer, Kommunen und Staat beitragen könnten. Freilich seien die statistischen Unterlagen noch nicht geschaffen. Ohne viel statistische Künste aber könnte man schon jetzt die Hauspflege an Stelle einer Wohltat zu einer gesetzlichen Leistung der Kommunen oder Krankenkassen ausgebaut werden. (Zustimmung.)

Frau Lehmann-Dresden: Die große Mehrzahl unserer heutigen Proletarierfrauen leidet an Unterernährung und ist infolgedessen gar nicht in der Lage, die Kinder selbst zu stillen. Die Hauptsache ist Beschaffung guter Milch.

Das aktive Stimmrecht haben die Frauen zwar zur Krankenversicherung, aber nicht das passive, und das ist die Hauptsache, wodurch die Frauen sich wirklichen Einfluß in den Verwaltungen sichern können. —

Damit wird die Debatte geschlossen.

In ihrem Schlußwort wendet sich die Referentin Frau Dunker gegen den Antrag der Genossin Braun, ein direktes Verbot der Arbeit schwangerer Arbeiterinnen zu verlangen. Ein solches Verbot würde eine Strafe bedingen,

falls es nicht eingehalten wird. Wer soll die Strafe zahlen? Der Unternehmer? Dann würde er die Arbeiterin noch früher entlassen als es nötig wäre, und daß etwa die Arbeiterin die Strafe zahlen soll ist ganz ungerecht, da der Zeitpunkt der Entbindung nicht ganz genau zu bestimmen ist. — Was die Aufbringung der Mittel anlangt, so hat Genossin Fürth uns auch keinen besseren Weg mit ihrer Mutterschaftsversicherung gezeigt. Ich bleibe dabei, daß es besser ist, die Mutterschaftsversicherung in die Krankenversicherung einzubeziehen. Aufgebracht müssen die Kosten auf jeden Fall werden. Das „wie" der Kostenaufbringung gehört in unsere Resolution nicht, das ist Sache des Staates. Sehr sympathisch ist mir die Anregung der Genossin Fürth, in das Merkblatt die Zurückweisung des Ammenmärchens aufzunehmen, daß das Stillen durch Alkoholgenuß besser werde. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Schließlich muß ich noch den Irrtum der Genossin Lehmann richtig stellen, als ob die Frauen nur das aktive Wahlrecht in den Krankenkassen haben. Sie haben in der Tat auch das passive Wahlrecht.

In der Abstimmung wird hierauf die Resolution unter Ablehnung aller Abänderungsanträge einstimmig angenommen.

Der Antrag, das Referat in Broschürenform herauszugeben, wird angenommen.

Zum letzten Punkt Verschiedenes begründet

Frau Lehmann-Dresden folgende Resolution der Dresdener Genossinnen:

In Erwägung, daß die Erwerbsarbeit der Kinder unbedingt zu verwerfen ist, daß aber der körperlichen Arbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, macht die Konferenz sozialdemokratischer Frauen unseren Gemeindevertretern zur Pflicht:

1. Darüber zu wachen, daß nicht in öffentlichen oder privaten Wohltätigkeits-, Erziehungs- oder Fürsorgeanstalten unter dem Vorwande pädagogischer Zwecke von schulpflichtigen Kindern gewerbliche Arbeit geleistet wird;

2. nach Kräften dafür einzutreten, daß ein obligatorischer und unentgeltlicher Handfertigkeitsunterricht in allen Volksschulen eingeführt wird.

Nach kurzer Befürwortung des Antrages durch Frau Duncker-Dresden wird der Antrag angenommen.

Ohne Debatte einstimmig angenommen wird folgende Resolution:

Die Frauenkonferenz wolle beschließen, dem Parteitag folgende Resolution zu unterbreiten: „Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend herausgewachsenen Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterjugend in Organisationen zusammenzufassen, die die wirtschaftlichen Interessen der Jugend wahrnehmen, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen wecken und fördern und die Aufklärung und Weiterbildung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung betreiben."

Weiter liegt folgende Resolution vor:

Heimarbeit.

Angesichts des vielseitigen und tieffressenden Uebels der Heimarbeit, welche seit vielen Jahren durch wissenschaftliche Forschungen wie Erfahrungstatsachen erwiesen sind und in diesem Jahre durch die Heimarbeitsausstellung zu Berlin aufs neue bestätigt worden: erklärt es die 4. Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim als eine grobe Pflichtvergessenheit, daß die gesetzgebenden Gewalten noch nicht einen energischen systematischen Kampf gegen das Heimarbeiterelend aufgenommen. Sie fordert vom Reichstage eine schleunige Beratung und Beschlußfassung über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Heimarbeiterschutz betreffend, der die wichtigsten Forderungen enthält, welche die Vertreter der Heimarbeiter und

Heimarbeiterinnen selbst in Gemeinschaft mit dem gewerkschaftlich und politisch organisierten Fabrikproletariat und einsichtigen Sozialpolitikern erheben.

Frau Zietz empfiehlt kurz diese Resolution, mit der nur beabsichtigt sei, die Frage der Heimarbeit mehr in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, damit ein größerer Druck auf die gesetzgebenden Faktoren ausgeübt wird und sie die von unserer Fraktion formulierten Forderungen nicht erst am St. Nimmerleinstag erfüllen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Gleichfalls einstimmig angenommen wird nach kurzer Diskussion, an der sich die Genossinnen Geck-Offenburg und Wagner-Chemnitz beteiligen, folgende von Frau Duncker gestellte, von Genossen Katzenstein begründete Resolution:

„Die Frauenkonferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen und der Genossinnen auf die erschreckend hohe Zahl von Fällen entsetzlicher Mißhandlung, Verwahrlosung und Ausbeutung von Kindern durch die eigenen Eltern, Pfleger und Erzieher. Sie fordert alle Parteiangehörigen und alle Arbeiterorganisationen auf, solchen Unmenschlichkeiten aufs kräftigste entgegenzutreten und durch die Organe der Arbeiterschaft (Arbeiterpresse, Gewerkschaften, Krankenkassen) auf deren Verhütung planmäßig hinzuarbeiten. Die Konferenz protestiert ferner gegen die heute herrschende Ausgestaltung der Zwangserziehung, die das verwahrloste Kind der planmäßigen Vermuckerung und oft der schmählichsten Ausbeutung überliefert. Sie fordert eine wirkliche Fürsorgeerziehung, die eine wahrhafte Zuflucht für mißhandelte Kinder schaffen und diese dem kindlichen Wesen gemäß zur Selbständigkeit heranbilden soll. Die Konferenz erwartet von den Arbeitervertretern in allen öffentlichen Körperschaften, daß sie ständig und planmäßig den Kampf führen auch für diesen Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung und Mißhandlung."

Es folgt als letzter Punkt die

Wahl einer Zentralvertrauensperson.

Fräulein Baader wird einstimmig wiedergewählt.

Frau Zetkin: Wir sind am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Ich danke zunächst unseren ausländischen Gästen und dann den Mannheimer Genossen besonders herzlich für ihre freudige Bereitwilligkeit, mit der sie die Vorbereitungen für unsere Konferenz getroffen haben.

Wir können mit Befriedigung auf den Besuch der Konferenz zurückblicken. Sie hat nicht nur bewiesen, daß unsere Bewegung an Ausdehnung und Kraft gewonnen hat, nein, auch daß wir unsere Aufgaben immer besser zu erledigen wissen, daß wir unser Arbeitsfeld ganz bedeutend erweitert haben, daß wir uns neue Ziele stecken, die alten in besserer und wohlbegründeter Weise wie früher in Angriff nehmen. Aber, werte Genossinnen, aus dieser Freude über unsere Fortschritte wollen wir nicht die Berechtigung herleiten, still zu stehen, zu rasten und zu rosten, sondern die Ueberzeugung, daß wir mit immer größerer Energie unter Einsatz immer größerer Opferfreudigkeit weiter arbeiten müssen. (Sehr richtig!) Wir gehören nicht umsonst zur Partei der Begehrlichen und wir wollen diese Begehrlichkeit betätigen, indem wir zuerst anfangen, an unserer Bewegung, an uns selbst begehrlich zu sein, indem wir immer höhere Leistungen von jedem einzelnen von uns, von uns selbst und von unserer Bewegung fordern. Das ist ganz besonders notwendig im Hinblick auf die Tatsache, daß der Klassenkampf der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten sich immer

mehr zuspitzt, das bedeutet, daß uns immer schwerere Opfer auferlegt werden, immer heißere, hartnäckigere Kämpfe uns aufgezwungen werden. Diese können wir nur bestehen, indem wir unablässig bemüht sind zu agitieren, zu studieren, zu organisieren, wie unser alter Liebknecht sagte, unsere theoretische Bildung zu vertiefen, unseren Idealismus, unsere Opferfreudigkeit immer weiter zu steigern und soweit wir Mütter sind oder sonst einen Einfluß als Verwandte und Freunde darauf haben, dahin zu wirken, daß in der proletarischen Jugend ein Geschlecht heranwächst, das unsere Arbeit, das Werk, das wir begonnen haben, weiter fortführt. (Lebhafter Beifall.) — Die 4. Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß 6¼ Uhr.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Anseele, Eduard, Redaktion „Vooruit", Gent.
Aslew, J. B., Social Democratic Federation, England.
Balabanoff, Dr. Angelica, Russische Sozialdemokratische Arbeiter-Partei
Bar, Genter sozialdemokratische Gewerkschaften.
Faas-Hardegger, M., Schweizerischer Gewerkschaftsbund Bern.
Fischer, Franz, Redaktion „Le Peuple", Brüssel.
Fridolin, Jenny, Schweiz. Textilarbeiter-Verband, Zürich.
Grimm, R., Sozialdemokratische Partei, Basel.
Heinke, G., Zentral-Kommission für Bauarbeiterschutz.
Holst, R., Redaktion „Nieuwe Tyd", Amsterdam.
Hueber, Anton, Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.
Huysmans, Camille, Internationales Sozialistisches Bureau.
Jubin, J., Zentral-Komitee des Allg. Jüd. Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland.
Kurski, Stanislaw, Auslandskomitee des Allg. Jüd. Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland.
Maes, Georg, Belgische Arbeiterpartei.
De Man, Heinrich, Junge Garden, Belgien.
Meysmans, Parlamentsgruppe Belgien.
Nemec, Anton, Parteiexekutive der tschecho-slawischen Sozialdemokratie.
Plechanow, G.
Popp, Adelheid, Sozialdemokratische Frauen Oesterreichs.
Rappaport, Ch., Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière).
Retter, Ignaz (Warschau), Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.)
Söderberg, Ernst, Socialdemokratiska Arbetarepartiet i Sverige (Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden).
Schäfer, Anton, Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.
Wauters, Josef, Lütticher Gewerkschaften.
Wibaut, Holländische Sozialdemokratie.
Wolf, Franz, Landesparteivertretung von Nieder-Oesterreich.

Vor Schluß des Parteitags sind abgereist:

Frl. Baader, Ehrler, Heine, Lipinski, Litzinger, Frau Blum, Preßmar, Sachse, Sindermann, Stücklen, Gäbelsum.

Anlagen.

I.

Resolution über den Politischen Massenstreik.

Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz und so weiter) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist;

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten

und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

„die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

2. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

II.

Resolution über die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation.

Beschlossen auf dem Parteitag in Lübeck 1901.

„Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren."

III.

Resolution zum „Politischen Massenstreik".

Beschlossen auf dem Parteitag in Mannheim 1906.

I.

Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

IV.

Resolution zur russischen Revolution.

Beschlossen auf dem Parteitag in Mannheim 1906.

Der Parteitag bestätigt die Resolution des Jenaer Parteitages, durch die derselbe seine freudige Genugtuung über das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, ausspricht und seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung für die Kämpfer der russischen Revolution Ausdruck gibt.

Der Parteitag spricht angesichts der Fortdauer der russischen Revolution, in der die Gewalt- und Unterdrückungsmaßregeln seitens des russischen Despotismus einen immer brutaleren und barbarischeren Charakter angenommen haben, aber auch die Zähigkeit, aufopfernde Hingabe und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution, insbesondere unserer Genossen und Genossinnen im Zarenreich ohne Unterschied der Nationalität und Abstammung, sich immer glänzender bewährte, aufs neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung aus, den Trägern des fluchwürdigen Systems aber, die sogar nicht davor zurückschreckten, die von ihnen selbst einberufene Duma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung.

Der Parteitag erklärt im Namen der Partei auch fernerhin sich bereit, die Genossen Rußlands in ihrem furchtbar schweren und opferreichen Kampfe moralisch und tatkräftig zu unterstützen, alle Versuche einer direkten oder indirekten finanziellen Unterstützung des Zarismus durch das Ausland nach Kräften energisch zu bekämpfen, und jeder kriegerischen Einmischung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Der Parteitag spricht schließlich die frohe Hoffnung aus, daß es den Kämpfern der russischen Revolution, trotz des verzweifelten Widerstandes, den das herrschende System ihren Anstrengungen entgegensetzt, gelingen möge, einen vollen Sieg zu erringen, durch den das große Ostreich in die Reihe der modernen Staatswesen einrückt.

Präſenzliſte des Parteitags.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreiſes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organiſationsſtatut zur Teilnahme berechtigt.
Ackermann, Friedrich	**Frankenthal**	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal
Adamek, Joſef	**Kattowitz**	Kattowitz-Zabrze
Adelung, Bernhard	**Mainz**	Mainz-Oppenheim
Albert, Robert	**Breslau**	Breslau-Oſt, Breslau-Weſt, Breslau (Land)-Neumarkt, Hirſchberg-Schönau
Alberty, Dr.	**München**	Ingolſtadt-Freiſing, Homburg-Kuſel
Albrecht, Adolf	**Halle**	Mitglied des Reichstags
Armbruſt, Karl	**Bilbel**	Friedberg-Büdingen
Auer, Ignaz	**Berlin**	Mitglied des Parteivorſtandes
Auguſtin, Richard	**Berlin**	Weſt-Prignitz
Baader, Ottilie	**Berlin**	Berlin
Baerer, Heinrich	**Harburg**	Harburg
Bahrdt, Richard	**Grotzſch**	Borna-Pegau (14. Sächſiſcher Wahlkreis)
Bartel, Adolf	**Danzig**	Danzig
Bartels, Albert	**Wernigerode**	Oſchersleben-Halberſtadt-Wernigerode
Bartels, Fr.	**Altona**	Huſum (4. Schleswig-Holſteiniſch. Wahlkr.)
Baudert, Auguſt	**Weimar**	Mitglied des Reichstags
Baumann, Linchen	**Altona**	Altona-Stormarn und Lauenburg
Baumann, Wilhelm	**Berlin**	Berlin VI
Baumert, Georg	**Lahr**	Lahr (6. Badiſcher Wahlkreis)
Bäymler, Emilie	**Schöneberg**	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Bebel, Auguſt	**Berlin**	Mitglied des Parteivorſtandes
Bechtold, Friedr.	**Edingen**	Mannheim-Weinheim
Beck, Auguſt	**Weimar**	Weimar I
Beeck, Auguſt	**Lauenburg**	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beier, Franz	**Berlin**	Berlin III
Bellin, Franz	**N.-Kreutz**	Brandenburg-Weſthavelland
Bérard, R.	**Hamburg**	Geſchäftsführer
Bergemann, K.	**Poſen**	Poſen-Stadt und Land
Bernſtein, Alfred	**Berlin**	Cottbus-Spremberg
Berten, Peter	**Düſſeldorf**	Düſſeldorf
Berthold, H.	**Darmſtadt**	Mitglied des Reichstags
Blos, Wilhelm	**Cannſtatt**	Mitglied des Reichstags
Bock, Wilhelm	**Gotha**	Mitglied der Kontrollkommiſſion
Böcker, Fritz	**Bernburg**	Bernburg-Cöthen
Bömelburg, Th.	**Hamburg**	Mitglied des Reichstags
Bonack, Guſtav	**Forſt**	Sorau-Forſt
Borgmann, Hermann	**Berlin**	Königsberg (Neumark)
Bormann, Hermann	**Großſchachwitz**	8. Sächſiſcher Wahlkreis
Boſſe, Auguſte	**Bremen**	Bremen
Brand, Adolf	**Bruchſal**	Bruchſal (10. Badiſcher Wahlkreis)
Brandes, Alwin	**Magdeburg**	Magdeburg
Braun, Dr. Adolf	**Nürnberg**	Nürnberg-Altdorf
Braun, Dr. Heinrich	**Berlin**	Frankfurt-Lebus
Braun, Lily	**Berlin**	Frankfurt-Lebus
Braun, Otto	**Königsberg i. Pr.**	Königsberg-Fiſchhauſen
Brey, Auguſt	**Hannover**	Mitglied des Reichstags
Brückner, Eugen	**Berlin**	Friedeberg-Arnswalde
Brüggemann, Johann	**Deutz**	Landkreis Köln a. Rh.
Brühne, Fritz	**Frankfurt a. M.**	Mitglied der Kontrollkommiſſion

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Bruhns, Julius	Kattowitz	Gleiwitz-Lublinitz, Beuthen-Tarnowitz,
Bruns, B.	Berlin	Ober-Barnim [Kattowitz-Zabrze
Bühler, Rudolf	Essen	Essen-Stadt und Land
Büchner, Otto	Berlin	Berlin IV
Buhl, Karl	Leipzig	Leipzig-Stadt
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Budingen
Crispien, Arthur	Königsberg	Königsberg-Stadt
Cullmann	Oberstein	1. Oldenburger Wahlkreis
Datz, Georg	Gonsenheim	Mainz-Oppenheim
Däumig, E.	Halle a. S.	Halle und Saalkreis
David, Eduard	Mainz	Mitglied des Reichstags
Demtröder, Ewald	Krudel	Dortmund-Hörde
Deuper, Frau M.	Essen	Essen
Dickreiter, H.	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Dieseler, Robert	Berlin	Berlin I
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Dippel, Heinrich	Homburg v. d. H.	Höchst-Homburg-Usingen
Dißmann, Robert	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Dobrohlaw, Paul	Berlin	Ruppin-Templin
Dörnke, Ludwig	Hannover	Hannover-Linden
Drecsbach, August	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Drescher, R.	Halle a. S.	Torgau-Liebenwerda
Dubber, E.	Hamburg	Hamburg I
Duncker, Dr. H.	Dresden	4. Sächsischer Wahlkreis
Ebert, Fritz	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Eberhardt	Charlottenburg	Mitglied des Parteivorstandes
Eckardt, Friedr.	Salzungen	Eschwege-Witzhausen-Schmalkalden
Efftinge, Johs.	Wandsbek	Altona-Stormarn und Lauenburg
Ehrhart, Franz	Ludwigshafen	Mitglied der Kontrollkommission
Ehrler, Lorenz	Ravensburg	Ravensburg (17. Württemberg. Wahlkreis)
Ehrlich, Heinrich	Breslau	Breslau-Ost, -West u. Breslau-Land-Neu-
Eichhorn, Emil	Durlach	Mitglied des Reichstags [markt
Eilsen, Emil	Ottensen	Ottensen (6. Schlesw.-Holsteiner Wahlkr.)
Eitzerodt, Hermann	Krefeld	Krefeld
Elm, Adolf von	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Elm, Hermann von	Bramfeld	Altona-Stormarn und Lauenburg
Engelmann, Johann	Worms	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Engler, Wilhelm	Freiburg	5. Badischer Wahlkreis
Ermischer, Hermann	Glösa	16. Sächsischer Wahlkreis
Ernst, Eugen	Berlin	Mitglied der Kontrollkommission
Ewald, F.	Berlin	Zauch-Belzig-Luckenwalde
Faaß, Fritz	Pforzheim	Pforzheim (9. Badischer Wahlkreis)
Faath. Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Felomann, Franz	Langenbielau	Landeshut-Bolkenhain-Jauer, Striegau-Schweidnitz, Reichenbach-Neurode
Feldmüller, Jean	Pirmasens	Zweibrücken-Pirmasens
Fentz, Karl	Nürnberg	Amberg
Findewirth, Robert	Roßwein	Döbeln-Roßwein
Fischer, Edmund	Briesnitz	Mitglied des Reichstags
Fischer, Friedrich	Stuttgart	1. Württembergischer Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags
Fleißner, Herm.	Dresden-Löbtau	Dresden-Land
Foerster, Max	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Folge, Oskar	Kassel	Kassel-Melsungen
Förster, Hermann	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Frank, Ludwig Dr.	Mannheim	Mannheim-Weinheim
Freiwaldt, Georg	Pankow	Ost- und West-Sternberg
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt - Gr. Gerau
Fritsche, Richard	Offenburg	7. Badischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Fritzsch, Wilh.	Schöneberg	Wittenberg-Schweinitz
Fröhlich, Georg	Köln a. Rh.	Köln a. Rh.
Frohme, Karl	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Frölich, Max	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis
Fuchs, Richard	Schiltigheim	Straßburg-Land
Galle, Otto	Guben	Guben-Lübben
Geck, Adolf	Offenburg	Mitglied der Kontrollkommission
Geck, Marie	Offenburg	Offenburg
Gehres, Karl	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Gehrmann, Karl	Berlin	Berlin III
Geißler, Ferd.	Hof	Hof-Münchberg-Selb
Gerisch	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Geyer	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Göbecke, Karl	Badenstedt	Hameln-Springe
Goldstein, Hermann	Zwickau	Mitglied des Reichstags
Gradnauer	Dresden	Mitglied des Reichstags
Grahl, Wilh.	Triberg	2. Badischer Wahlkreis
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Züllichau-Krossen
Greisenberg, Marie	Augsburg	Augsburg
Grenz, Ernst	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Grimpe, Herm.	Elberfeld	Düsseldorf
Groth, Wilh.	Stettin	Stettin
Grumbach, Robert	Freiburg	Freiburg
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg
Grünig, Rudolf	Kiel-Gaarden	7. Schleswig-Holstein. Wahlkreis
Grunow	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim
Gündel, Max	Johanngeorgenstadt	21. Sächsischer Wahlkreis
Haase, Hugo	Königsberg	Mitglied des Reichstags
Haase, Wilh..	Berlin	Berlin VI
Haberland, Karl	Barmen	Elberfeld-Barmen
Hackelbusch, Rich.	Berlin	Berlin IV
Hagen, Anton	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis
Hagen, Magda	Regensburg	Regensburg
Hahn, Karl	Mannheim	14. Badischer Wahlkreis-
Hamm	Saarbrücken	Saarbrücken-Ottweiler-Saarlouis
Hänchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben
Hänsch, Wilh.	Sorau	Sorau-Forst
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Rudolstadt
Haupt, Wilh.	Magdeburg	Jerichow I u. II
Häuser, Karl	Steinberg b. Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Haverkamp, Aug.	Bremerhaven	19. Hannoverscher Wahlkreis
Heer, Joseph	Arnstadt	Arnstadt
Hein, Emil	Dresden	5. Sächsischer Wahlkreis
Heine, Wolfgang	Berlin	Mitglied des Reichstags
Heinrichs, Gust.	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg
Heinze, Gustav	Meißen	7. Sächsischer Wahlkreis
Hengsbach, Clemens	Köln	Duisburg-Mühlheim
Hennig, Gustav	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis
Henning, Paul	Erfurt	Erfurt
Hensel, Heinr.	Berlin	Berlin II
Hensgen, Jos.	Düren	Montjoie-Malmedy-Schleiden, Aachen-Land, Düren-Jülich
Herbert	Stettin	Mitglied des Reichstags
Hernowsky, Fritz	Wittenberge	West-Prignitz
Hernowsky, Marie	Wittenberge	Wittenberge
Herzfeld, Josef	Berlin	Mitglied des Reichstags
Heymann, Berthold	Stuttgart	Redakteur
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Hoch, Gust.	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hoser, Adolf	Skaisgirren	Memel-Heidekrug
Hoffmann, Adolf	Berlin	Mitglied des Reichstags
Hoffmann, Jos.	München	München II

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Herford-Halle
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin IV
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II
Hoffmann, Stefanie	Mannheim	Mannheim
Hofmann, Arthur	Saalfeld a. S.	Mitglied des Reichstags
Höhne, Karl	Löbau	Löbau
Höllerich, Eduard	Adorf	23. Sächsischer Wahlkreis
Holzapfel, Fried.	Magdeburg	Magdeburg
Holzapfel, Herm.	Berlin	Berlin V
Hölzer, Ludwig	Rintheim	Karlsruhe
Honrath, Jakob	Aachen	Aachen-Stadt
Horn	Lindenau	Mitglied des Reichstags
Horn, Lina	Neustadt a. Hardt	Neustadt a. Hardt
Hornung, Aug.	Güglingen	3. Württembergischer Wahlkreis
Horter, Rich.	Mannheim	13. Badischer Wahlkreis
Hué, Otto	Essen	Mitglied des Reichstags
Hug, Paul	Bant	Bant
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth
Hüneke, Chr.	Vegesack	18. Hannoverscher Wahlkreis
Jahn, H.	Luckenwalde	Zauch-Belzig, Jüterbog-Luckenwalde
Jahn, Louis	Mülheim a. Rhein	Mülheim-Wipperführt-Gummersbach
Jansen, Jean	Berlin	Königsberg (Neumark)
Jasper, Dr.	Braunschweig	1. Braunschweigischer Wahlkreis
Iseler, Nik.	Trossingen	9. Württembergischer Wahlkreis
Jungnickel, Bernh.	Dresden	Dresden-Altstadt
Kaden, August	Dresden	Mitglied der Kontrollkommission
Kahle, Wilh.	Altona	Altona
Kähler, Wilhelmine	Dresden	Bromberg
Kahnt, Rich.	Gera	Reuß j. L.
Kautsky, Karl	Berlin	Redakteur
Keil, Wilh.	Stuttgart	2. Württembergischer Wahlkreis
Keip, Joh.	Mundenheim	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal
Kiesel, Max	Berlin	Ruppin-Templin
Killinger, Gotthilf	Schorndorf	10. Württembergischer Wahlkreis
Kimmel, Ludwig	Hamburg	Hamburg
Kirchmayer, Jos.	Lechhausen	Lechhausen
Kirchpfennig, Eugen	Augsburg	Augsburg
Kitz, Paul	Greiz	Reuß ä. L.
Kleemann, Paul	Leipzig	Leipzig-Stadt
Knauf, Heinr.	Meerane	Meerane
Knieriem, Konr.	München	München II
Koch, Jul.	Lemsdorf	Wanzleben
Koch, Wilh.	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Koenen, Heinrich	Hamburg	Mitglied der Kontrollkommission
Kolb, Wilh.	Karlsruhe	Karlsruhe
Körsten, Albin	Berlin	Mitglied des Reichstags
Krasemann, Ludw.	Neu-Ruppin	Ruppin-Templin
Kröger, Wilh.	Rostock	Rostock
Krohn, August	Konstanz	1. Badischer Wahlkreis
Kronshage, Wilh.	Oerlinghausen	Lippe
Krüger, Aug.	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Kurz, Heinr.	Grötzingen	9. Badischer Kreis
Lange, Gustav	Nieder-Heßlich	6. Sächsischer Wahlkreis
Laubsch, G. P.	Lehrte	14. Hannoverscher Wahlkreis
Leber, H.	Jena	Eisenach-Dermbach
Ledebour	Berlin	Mitglied des Reichstags
Legien, Karl	Berlin	Mitglied des Reichstags
Lehmann, August	Marwitz	Potsdam-Spandau
Lehmann, Gustav	Mannheim	2. Nassauischer Wahlkreis (Wiesbaden)
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden und Goslar-Zellerfeld
Leopold, A.	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Leutert, Paul	Apolda	Jena-Neustadt
Liebknecht, Dr. Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Liepmann, Leopold	Berlin	Berlin V
Limbertz, H.	Essen	Essen
Linde, Hermann	Königsberg i. Pr.	Insterburg-Gumbinnen
Lindemann, Dr.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Lipinski, Richard	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecke
Lohmann, Fr.	Einbeck	11. Hannoverscher Wahlkreis
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Regensburg
Ludwig, Otto	Limbach	15. Sächsischer Wahlkreis
Luxemburg, Rosa		Bromberg, Posen Stadt und Land
Maaß, Benno	Berlin	Ost-Prignitz
Mahlke, Heinrich	Flensburg	Mitglied des Reichstags
Mahn, Emilie	Magdeburg	Magdeburg
Martin, Jean	Mülhausen	Mülhausen (Elsaß)
Marx, Heinrich	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland
Matschke, Anna	Berlin	Berlin
Mattutat, Hermann	Stuttgart	1. Württemberg. Wahlkreis
Mehrens, Johann	Neumünster	Kiel-Rendsburg
Meist	Köln	Mitglied des Reichstags
Menge, Reinhold	Kaiserslautern	Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Merges, August	Delligsen	3. Braunschweigischer Wahlkreis
Merkel, Daniel	Lambrecht	Neustadt-Landau-Edenkoben
Meyer, Julius	Berlin	Berlin II
Molkenbuhr	Schöneberg	Mitglied des Parteivorstandes
Mucker, Max	Wurzen	11. Sächsischer Wahlkreis
Müller, Hermann	Görlitz	Görlitz-Landan
Müller, Katharine	Ehrenfeld	Köln-Stadt und Land
Müller, Paul	Hamburg	5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Müller, Robert	Zwickau	18. Sächsischer Wahlkreis
Münzer, Adolf	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Neumann, Elise	Weißensee	Nieder-Barnim
Niebuhr, Otto	Harburg	17. Hannoverscher Wahlkreis
Niendorf, Theodora	Kiel	7. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Noske, Gustav	Chemnitz	Mitglied des Reichstags
Nitschke, Ernst	Meißen	7. Sächsischer Wahlkreis
Nowag, Gustav	Strausberg	Ober-Barnim
Nowagratzki, Auguste	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Obst, Paul	St. Ilgen	12. Badischer Wahlkreis
Oppel, Georg	Berlin	Berlin I
Paetzel, Wilhelm	Berlin-Rixdorf	Landsberg-Soldin
Pauler, Rudolf	Bruckwede	Bielefeld-Wiedenbruck
Paulisch, Fr.	Sacro	Sorau-Forst
Peirotes	Straßburg	Straßburg-Stadt
Peus	Dessau	Mitglied des Reichstags
Pfannkuch, W.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Pfeiffle, Georg	Mannheim	12. Badischer Wahlkreis
Pickelmann, Ludwig	München	München I
Plum, Agnes	Essen	Gelsenkirchen-Hesseln
Podl, August	Berlin	Berlin III
Pollender, Otto	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Preßmar	Geislingen	14. Württembergischer Wahlkreis
Profit, Friedrich	Ludwigshafen	8. Pfälzischer Wahlkreis
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Quessel, Dr. Ludwig	Stettin	Randow-Greifenhagen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreiſes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organiſationsſtatut zur Teilnahme berechtigt.
Rauch, Friedrich	Limmer	10. Hannoverſcher Wahlkreis
Raute, Guſtav	Eilenburg	Delitzſch-Bitterfeld
Reichel, Georg	Stuttgart	13. Württembergiſcher Wahlkreis
Reißhaus, Paul	Erfurt	Mitglied des Reichstags
Rindfleiſch, Daniel	Kiel	Kiel-Rendsburg
Rink, Karl	Urberach	Offenbach-Dieburg [Wahlkreis
Rönnau, H.	Schleswig	Schleswig-Eckernförde, 3. Schleswig-Holſt.
Röſſel, Paul	Auerbach	22. Sächſiſcher Wahlkreis
Runge, Paul	Bochum	Bochum-Gelſenkirchen, Hattingen-Witten
Ruppenſtein, Andr.	Erlangen	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Rupprecht, Hans	Lauf	do.
Rüßler, Wilhelm	Recklinghauſen	Recklinghauſen-Borken
Sachſe, H.	Bochum	Mitglied des Reichstags
Säckler, Joſeph	Schweinfurt	Schweinfurt
Saſſe, Emil	Schwelm	Hagen-Schwelm
Schadow, Wilhelm	Kottbus	Kottbus-Spremberg
Scheibe, Linus	Dortmund	Dortmund-Hörde
Scheidemann, Philipp	Kaſſel	Mitglied des Reichstags
Schinkel, Heinr.	Thale	Quedlinburg-Aſchersleben-Calbe
Schlegel, L.	Eßlingen	Mitglied des Reichstags
Schmidt, Albert	Sonnenburg	Oſt- und Weſt-Sternberg
Schmidt, Richard	Velten	Potsdam-Spandau-Oſthavelland
Schmidt, Robert	Schwedt a. O.	Prenzlau-Angermünde
Schmidt, Robert	Berlin	Mitglied des Reichstags
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt	Mitglied des Reichstags
Schmitt, Franz	München	München I
Schmitz jr., Hubert	Soeſt	Hamm-Soeſt
Schnabrich, Michael	Weißenfels	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Schneider, Ernſt	Berlin	Berlin II
Schneider, Hermann	Burſcheid	Solingen
Schnettler, Heinrich	Zittau	1. und 3. Sächſiſcher Wahlkreis
Schön, Albert	Fürſtenwalde	Frankfurt-Lebus
Schön, Ludwig	Metz	Metz
Schönfelder, Sophia	Ottenſen	6. Schleswig-Holſteiniſcher Wahlkreis
Schöpflin, Georg	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Schrader, Chriſtian	Hannover	Osnabrück
Schradin, Laura	Reutlingen	Cannſtatt-Ludwigsburg-Haslach-
Schubert, Hermann	Berlin	Kalau-Luckau [Vaihingen
Schulz, Heinrich	Bremen	Bremen
Schulz, Karl	Berlin	Oſt-Prignitz
Schulz, Reinhold	Schwiebus	Züllichau-Kroſſen
Schulze, Frau	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Schulze, Hermann	Coſſebaude	Mitglied des Reichstags
Schütz, Oskar	Breslau	Breslau-Oſt, -Weſt, u. Breslau-Land-
Schwartz, Theodor	Lübeck	Mitglied des Reichstags [Neumarkt
Seelmann, Joſeph	Kronach	Kronach-Lichtenfels
Seger, Fritz	Leipzig	Leipzig-Stadt
Seidel, Ottomar	Schneeberg	19. Sächſiſcher Wahlkreis
Seige, Paul	Pößneck	1. u. 2. Meining. Wahlkreis, Mühlhauſen-
Seikel, Otto	Lichtenberg	Nieder-Barnim [Langenſalza
Sennhold, Heinrich	Hannover	Hannover-Linden
Seufert, Joſeph	Weinheim	11. Badiſcher Wahlkreis
Severing, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Weſthavelland
Silberſchmidt, Herm.	Berlin	Wanzleben
Simon, Joſeph	Nürnberg	Sangershauſen-Eckartsberga
Sindermann, Karl	Dresden	Mitglied des Reichstags
Singer, Paul	Berlin	Mitglied des Parteivorſtandes
Sippel, Sebaſtian	Frankfurt-Bockenheim	Hanau-Gelnhauſen
Sörennſen, Waldemar	Flensburg	1. u. 2. Schleswig-Holſtein. Wahlkreis
Spaniol, Johann	Oberhauſen	Duisburg-Mülheim
Sperla	Stuttgart	Mitglied des Reichstags

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreiſes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organiſationsſtatut zur Teilnahme berechtigt.
Spindler, Max	Zſchopau	Zſchopau-Marienberg
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags
Staiger, Chriſtian	Möhringen	1. Württembergiſcher Wahlkreis
Stegen, Wilhelm	Göttingen	Göttingen-Münden
Stelling, J.	Lübeck	Lübeck, 1. Oldenburgiſcher Wahlkreis
Stelzer, Paul	Deſſau	Deſſau-Zerbſt
Stengele, Guſtav	Hamburg	Hamburg II
Stolle, Wilhelm	Geſau	Mitglied des Reichstags
Stolpe, Hermann	Görlitz	Sagan-Sprottau, Rothenberg-Hoyerswerda, Grünberg-Freyſtadt-Bunzlau-Lüben
Störtz, Jakob	Speyer	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal
Strehl, Richard	Berlin	Berlin I
Ströbel, Heinrich	Berlin	Redakteur des „Vorwärts“
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stuck, Antonie	Luckenwalde	Jüterbog-Luckenwalde
Stücklen, Daniel	Dortmund	Mitglied des Reichstags
Südekum, Dr. Albert	Berlin	Mitglied des Reichstags
Süßkind, Albert	Mannheim	8. Badiſcher Wahlkreis
Thiel, Albert	Tempelhof	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Thiele, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Trabalski, Franz	Kattowitz	Beuthen-Tarnowitz
Treu, Martin	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Trott, Louis	Haiger	Dillenburg-Herborn
Ulrich, Karl	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Vell, Chriſt.	Nürtingen	Eßlingen-Nürtingen, Kirchheim-Urach
Vetterlein, Oskar	Helmarshauſen	Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen
Voigt, Lina	Elberfeld	Elberfeld
Wald, Otto	Chemnitz	16. Sächſiſcher Wahlkreis
Walther, Max	Nürnberg	Forchheim-Kulmbach, Neuſtadt a. W.-Weiden, Gau Nordbayern
Warttig, Otto	Neuenhagen	Nieder-Barnim
Waſſer, Julius	Berlin	Berlin V
Wehmann, Klara	Leipzig	11., 12., 13. und 14. Sächſ. Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Frau	Berlin	Berlin
Wengels	Berlin	Mitglied des Parteivorſtandes
Wick, Richard	Oberurſel	Höchſt-Homburg-Uſingen
Wicklein, Max	Nordhauſen	Nordhauſen-Hohenſtein
Wiesner, W.	Bergedorf	Hamburg III
Winkelmann, C.	Bremen	Bremen
Winkler, Friedrich	Dresden	4. Sächſiſcher Wahlkreis
Wimmer, Bernhard	Wolfenbüttel	2. Braunſchweigiſcher Wahlkreis
Winter, Joſeph	Offenburg	Offenburg
Wolf, Heinrich	Dietharz	Gotha
Wollermann, Karl	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Wojack	Gompitz	6. Sächſiſcher Wahlkreis, Dresden-Land
Wuttke, H.	Aue	9. Badiſcher Wahlkreis
Zahn, Peter	Mühlheim a. M.	Erbach-Bensheim
Zetkin, Klara	Stuttgart	Mitglied der Kontrollkommiſſion
Zickler, Max	Königsbrück	4. Sächſiſcher Wahlkreis
Zietz, L.	Hamburg	Hamburg I
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Zubeil, Fritz	Berlin	Mitglied des Reichstags
Zucht, Leo	Berlin	Friedeberg-Arnswalde

Präſenzliſte der Frauenkonferenz.

Name	Wohnort oder Kreis	Name	Wohnort oder Kreis
Baader, Ottilie	Vertrauensperſon der Genoſſinnen Deutſchl.	Matſchke, Anna	Berlin
		Menſing, M.	Holland
Balabanoff, Dr. Angelika	Vertreterin d. ruſſiſchen und italien. Sozialdemokratie	Molkenbuhr, Herm.	Für d. Partei-Vorſtand
		Müller, Frau	Köln, Stadt und Land
		Müller, Robert	18. Sächſiſch. Wahlkreis
Baerer, Heinrich	Harburg		
Bartel, Adolf	Danzig	Neumann, Eliſe	Nieder-Barnim
Baumann, Linchen	Altona	Niebuhr, Otto	17. Hannoverſcher Kreis
Bäumler, Emilie	Telton-Beeskow-Stork.	Niendorf, Theodora	Kiel, 7. Schlesw.-Holſt. Kreis
Boſſe, Auguſte	Bremen		
Braun, Lily	Frankfurt a. O.	Nowagrotzki, Auguſte	Königsberg i. Pr.
Dellmuth, Eliſe	Kaiſerslautern	Peirotes, Adolf	Straßburg, Elſaß
Deuper, M.	Eſſen	Plum, Agnes	Gelſenkirchen u. Dortmund
Duncker, Käte	Referentin, Dresden		
		Popp, Adelheid	Wien (Oeſterreich)
Ebel, Auguſte	2. Hamburger Kreis		
Eichhorn, Emil	Für den Landesvorſtand, Baden	Rödel, Hedwig	Gera-Altenburg, Deblichwitz-Gera u. Jena-Weimar III
Eltzerodt, Hermann	Krefeld		
		Schönfelder, Sophia	6. Schleswig-Holſtein Wahlkreis
Fahrenwald, Agnes	3. Hamburger Kreis		
		Schradin, Laura	Reutlingen, Württemb.
Geck, Marie	Offenburg, 8. Badiſcher Wahlkreis	Schuhmacher, Frau	Mülheim a. Rhein
		Schulze, Frau	Frankfurt a. M.
Greifenberg, Marie	Augsburg	Setzer, Käte	Freudenheim
Grünberg, Helene	Nürnberg	Sörenſen, Waldem.	Flensburg
		Stuck, Frau	Luckenwalde
Hagen, Magda	Regensburg		
Hennig, Paul	Erfurt	Voigt, Lina	Elberfeld
Hernowsky, Marie	Wittenberge		
Hoffmann, Steſanie	Mannheim	Wagner, Helene	16. Sächſiſcher Kreis
Horn, Lina	Neuſtadt a. d. Haardt	Wehmann, Klara	Leipzig
		Wengels, Margar.	Berlin
Kähler, Wilhelmine	Bromberg und Stettin	Wibaut, B. v.	Vertreterin d. Soziald. Frauenpropaganda-Klub zu Amſterdam
Kemmer, Gertrud	Koblenz		
Knauf, Heinrich	17. Sächſiſch. Wahlkreis		
		Wirtz, Anna	Düſſeldorf
Lehmann, Franziska	Dresden, 4., 5. und 6. Sächſiſcher Wahlkreis		
		Zeh, Adelheid	Lechhauſen
Leutert, Paul	Apolda	Zetkin, Klara	Redakteurin d. „Gleichheit“
Mahn, Emilie	Magdeburg	Ziet, Luiſe	1. Hamburger Kreis

Sprech-Register des Parteitages.

Adamek 388.
Adelung 180.
Albertz 193, 225.
Askew 158.

Balabanoff 160.
Bebel 149, 214, 226, 227, 255, 293, 384, 386, 389, 391.
Berten 195.
Bömelburg 276, 277.
Braun, Dr. Adolf 287.
Braun, Dr. Heinrich 196.
Braun, Otto 206.
Bruhns 223, 387.
Buhl 320.

Däumig 186.
David 259.
Ditzmann 195, 265.
Dreesbach 146, 359.
Duncker 155, 274.

Ebert 390.
Ehrhart 183, 185, 225.
Ehrlich 385.
v. Elm, A., 288, 307, 309, 313, 320.
Engler 224.

Feldmüller 389.
Fischer, R. 289, 321, 323.
Frank, 360, 379, 390.
Freiwaldt 266.
Fröhlich 313.
Fuchs 212.

Gehrmann 227, 389.
Geißler 200.
Gerisch 168, 208.
Gewehr 185, 271.
Gradnauer 272.
Grimpe 191.
Groth 182, 382.
Grünig 189.
Grunow 270

Haase-Königsberg 360.
Hennig 382.
Herbert 285.
Hoch 192, 205, 212, 218, 283.
Hoffmann, Adolf 218.
Hoffmann, Paul, Hamburg 191, 211, 270.
Honrath 180, 203, 280.
Hue 214, 219, 293.
Hueber 157.
Hug 359, 381.
Huysmans 156.

Jasper 206, 377.

Kaden 175, 208.
Kautsky 256, 258, 303, 304.
Kiesel 269.
Kimmel 292, 382.
Knieriem 319.
Kolb 202, 263, 390.
Körsten 317, 320.
Krasemann 390.

Leber 275.
Ledebour 199, 286, 291, 318.
Legien 241, 293.
Lehmann 226, 359.
Leinert 187, 212.
Leopoldt 379.
Liebknecht 280, 302, 311, 381, 383, 385, 386.
Liepmann 274.
Limbertz 382.
Luxemburg 260, 315.

Molkenbuhr 222, 264, 310, 385.
Müller, Paul, Hamburg 283, 293.

Peirotes 191.
Peus 182.
Pfannkuch 206, 218, 222, 224, 381, 382, 388.
Puttlitz 314, 320.

Quarck 268.
Quessel 194, 266.

Rappaport 158.
Reichel 279.
Rindfleisch 189.
Rotter 159.
Runge 180.

Sachse 265, 292.
Scheibe 181, 183, 213, 219, 316.
Schmidt, R., Berlin 262.
Schmitt 187.
Schöpflin 211, 219.
Schrader 282, 391.
Schulz, H., 223, 323.
Schütz 386.
Severing 322.
Silberschmidt 285, 301.
Sindermann 188.
Simon 186.
Singer 154, 155, 156, 160, 163, 180, 185, 188, 200, 210, 219, 227, 241, 255, 257, 277, 289, 292, 293, 301, 302, 303, 304, 307, 309, 313, 314, 315, 347, 358, 360, 378, 379, 382, 389, 390, 391, 392.
Soederberg 158.
Stadthagen 217, 303, 320.
Stampfer 200, 208.
Stelling 268.
Ströbel 197, 269.

Thiele 185, 391.

Ulrich 190, 359.

Wagner 162.
Wels 203, 257, 271.

Zetkin 347.
Zietz 267, 292, 389.
Zubeil 222, 255, 293, 318.

Sprech-Register der Frauenkonferenz

Baader 396, 400, 413.
Balabanoff 398.
Baumann 409.
Bärmler 410, 412.
Bebel 456.
Bosse 435.
Blum 411.
Braun, L., 437, 438, 459, 466.

Deuper 406.
Duncker 407, 411, 459, 467.

Eichhorn 398.

Faas 434
Fahrenwald 406, 430, 437.
Fürth 467.

Greifenberg 406, 411.
Grünberg 430, 439.

Hennig 411.
Hoffmann 398, 411, 435.

Kähler 407, 412, 438.
Katzenstein 407.
Lehmann 409, 411, 467, 468.

Mahn 467.
Mensing 456.
Molkenbuhr 397.
Müller 435.

Nowagrotzki 413.

Popp 399.

Rödel 409.

Schradin 407.
Schulz, H., 410.
Schulze, 412, 438.

Wehmann 409, 467.
Wengels 438, 459.
Wibaut 399.

Zetkin 400, 412, 440, 469.
Zietz 408, 412, 414, 436, 438, 439, 440, 459, 469.

Sach-Register des Parteitages.

Abonnentenstand der Parteipresse 175.
Abonnentenzahl der „Gleichheit“ 73.
Abstimmung über die Resolution zum Massenstreik 303.
— Ergebnis 488.
Agitation 21, 110, 111, 112, 383.
— Anträge 132.
— bei den Frauen 69
— gegen den Militarismus 112, 383.
Agitationsbroschüren 22, 23.
— Kalender 24.
— Schriften 50.
— Schule 166.
Alimentationsansprüche 84.
„Alkoholfrage“ 22, 110, 130, 132
— auf nächstem Parteitag 223.
Altenburg, Wahlrechtskämpfe 31.
Anhalt, Wahlrechtskämpfe 30.
Antrag betr. die Arbeitsverhältnisse in der Großeisen-Industrie 81.
— zum Bergarbeiterschutz 81.
— wegen Länderraub in Südwestafrika 88.
— auf Tagesordnung zu setzen Partei und Gewerkschaften 315.
— wegen Wahlrecht in Einzelstaaten 96.
Anträge zur Agitation 111, 132.
— zum Bericht des Parteivorstandes 110.
— zum Fraktionsbericht 114.
— zur Maifeier 114.
— zum Massenstreik 115, 132, 138, 140, 142, 143.
— nachträglich eingegangene 130.
— zur Organisation 125.
— zu Partei und Gewerkschaften 127.
— an den Parteitag 110.
— zur Presse 112.
— Schicksal derselben 488.
— zur Tagesordnung 110, 130.
— zur Volkserziehung 119, 138, 145.
— zur Wiederaufnahme in die Partei 129.
Arbeiter-Notiz-Kalender 113.
Arbeitersekretäre 23.
Arbeitsverhältnisse in der Großeisen-Industrie 81.
Ausbildungskurse 25.
Ausgaben des Reiches 76, 77, 108.
— für Parteipresse 56.
Ausländische Gäste 47.
Aussperrungen 18.
Ausstände 18.

Baden, Landtagswahlen 39.
Bayern, Landtagswahlen 31, 38.
Bebels Erklärung zu den Massenstreik-Resolutionen 255.
Bebels Resolution zum Massenstreik 130.
Begrüßungsreden 146.
Beiträge an die Parteikasse 57.
— der Einzelstaaten 168.
—, Sonstige 65.
Bergarbeiter 81.
Bergarbeiterschutz 81.
Bericht über die Buchhandlung Vorwärts 49.
— der Genossinnen 68.
— der Kontrollkommission 175.
— der Mandatsprüfungskommission 188.
— der Neunerkommission 378.
— des Parteikassierers 52.
— des Parteivorstandes 13, 110, 163.
— der Reichstagsfraktion 76, 211.
— —, als Beilage zu Parteiblättern 145.
Berliner dritter Wahlkreis, Schiedsgericht 33, 34.
Beschwerde Grimpe 176, 208, 210.
— Wiesenthal 179.
Beschwerderecht der Soldaten 83.
Bezirksorganisationen 25.
Bildungsausschuß 359, 381.
Borussia-Affäre 212.
— -Interpellation 94, 114.
Braunschweig, Wahlrechtskämpfe 30.
Brausteuergesetz 101.
Bremen, Bürgerschaftswahl 39.
— Wahlrechtsbewegung 26.
Breslauer Polizeiakt 44.
Broschüren 22.
— für die Frauenagitation 74.
— zur Massenagitation 23.
— über Massenstreik 239.
Buchhandlung Vorwärts 49.
Bureau des Parteitags 12.
Bureauwahl zum Parteitag 154.
Bürgerliches Gesetzbuch, § 833. 92.
Bürgerliche Parteien, Unsere Stellung 227.
Bürgerrecht in Hamburg 27.
Bürgerschaftswahl in Bremen 39.
— in Lübeck 39.

Dechargeerteilung an Vorstand 210.
Demonstrationen für Wahlrecht 25.
Diätengesetze 90.
Dienstbotenbewegung 71.
Druckfehlerberichtigung 487.
Duellunwesen 83.

Einführung in die sozialistische Literatur 24.
Einigung mit der P. P. S. 17, 165.
Einnahmen aus Parteiunternehmungen 47.
— der Parteikasse 54.
— des Reiches 109.
v. Elms Resolution zu Partei und Gewerkschaften 133, 139.
Elsaß-Lothringen, Wahlrechtskämpfe 30.
Ergebnis der Abstimmungen 488.
Erbschaftssteuergesetz 105.
Eröffnung des Parteitages 146.
Etat des Auswärtigen Amtes 80.
— der Kolonien 86.
— der Marine 85.
— des Reiches 76, 108.
— des Reichsheeres 82.
— des Reichskanzlers 79.
— der Reichsjustizverwaltung 89.

Festsetzung der Tagesordnung 154.

Festzeitungen 22.
Finanzreform 97.
Fleischpreise-Interpellation 93.
Flottengesetz-Novelle 85.
Flugblätter 22.
Forster Streitigkeiten 35, 176.
Fraktionsbericht 211.
Frankfurt a. M., Schiedsgericht 34.
Frauenbewegung in den Einzelstaaten 71.
Frauenbildungsvereine 72.
Frauen in Krankenkassenvorständen 73.
Frauenkonferenz, Resolution an Parteitag 143.
Frauenwahlrecht 70.

Gäste auf dem Parteitag 156, 470.
„Gazeta Robotnicza" 18.
Gehalt der Parteisekretäre 145, 390.
Gelder zur Frauenagitation 75.
Gemeindevertreter, Sozialdemokratische 41.
Gemeindewahlen 40.
Genossinnen, Bericht 68.
Gesetze gegen die Hülfskassen 91.
Gesetzesvorlagen, kleinere 93.
Gewerkschaften (siehe auch Partei und Gewerkschaften).
Gewerkschaften mit Frauen 71.
Gewerkschaftskongreß, Kölner (Resolution) 137.
Gewerkschaftsprotokoll 211, 255.
„Gleichheit" 46, 48, 73, 113.
Gotha'sches Beschwerde 177, 208, 210.
Großeisenindustrie 81.

Hamburger Krawall 44.
— Wahlrechtsbewegung 27.
Heimarbeiterfrage 212, 215.
Hessen, Landtagswahl 39.
Hoffmanns Erklärung 302.
Hülfskassengesetz 91, 212 u. ff.

Jakob, Der Wahre 49.
Jena, Versammlungsverbot 19.
Jenaer Resolution zum Massenstreik 471.
Initiativanträge 93.
— der bürgerlichen Parteien 96.
Internationaler Kongreß 219.
—, Resolution 133.
Internationales Bureau 24.
Interpellationen 98.
Jugendorganisationen 145, 379.
Justizverwaltung 85.

Kaiserslautern, Schiedsgericht 35.
Kassenbericht 52, 168 u. ff.
Kautskys Resolution zum Massenstreik 138, 143.
Kinderschutz 69, 144, 389.
Koalitionsrecht 44, 80.
Kolonialetat 86.
— -Justiz 87.
Kommunale Betätigung der Frauen 73.
„Kommunale Praxis" 24.
Konferenz der Parteisekretäre 111.
Konfiskation v. Flugblättern 29.
Korrespondenz, sozialdemokratische 25.
Konstituierung des Parteitags 154.
— der Parteileitung 392.
Kontrollkommission, Bericht 175.
— über Mülhauser Angelegenheit 178.
— Wahl 392.
Kraftfahrzeuge 93.

Landarbeiterfrage 222.
— -Zeitung 113.
Landesorganisationen 25.
Landtagsvertreter 39.
— -Wahlen 38.
Landtagswahl in Baden 39.
— in Bayern 31, 38.
— in Hessen 39.
— in Oldenburg 39.
— in Sachsen-Weimar 39.
— in Schaumburg-Lippe 39.
— in Württemberg 32, 39.
Leitsätze zur „Volkserziehung" 134.
Lübeck, Bürgerschaftswahl 39.
—, Schiedsgericht 33.
—, Wahlrechtsbewegung 26.
Lübecker Resolution 472.

Maß- und Gewichtsordnung 93.
Magdeburg, Schiedsgericht 33.
Maidemonstration 29.
Maifeier 21, 321.
—, Anträge 114.
—, Resolution 138.
Maizeitung 113, 130.
Mandatsprüfungs-Kommission, Bericht 188.
Mandatsprüfungs-Kommission, Wahl 154.
Mannheim, Schiedsgericht 34.
Marine-Etat 85.
Marokkoaffäre 79.
März-Demonstration 24, 29.
Massenstreik 115, 130, 132, 227 u. ff.
—, Abstimmung über die Resolution 303.
—, Anträge 138, 140, 142, 143.
—, Broschüre 22, 239.
Massenstreik, Resolution des Kölner Gew.-Kongresses 137.
—, Resolution Kautsky 143.
—, Wortlaut der angenommenen Resolution 473.
Resolution des Jenaer Parteitags 471.
v. Metzsch's Erklärung 28.
Militarismus 82, 112.
Militär-Pensionsgesetze 83, 212, 215.
Militärpflichtigen-Flugblatt 22, 23.
Mitgliedsbücher, Einheitliche 111, 130.
Mülhauser Angelegenheit 36, 178.

Nachrufe für verstorbene Genossen 13.
— für Meister 179.
Nachträglich eingegangene Anträge 130.
Nachwahlen zum Reichstag 36.
Namentliche Abstimmung über Resolution zum Massenstreik 304.
Naturalverpflegungssätze 93.
„Neue Welt" 46.
Neuer Welt-Kalender 46.
„Die Neue Zeit" 48.
Neunerkommission, Bericht 378.
Nieuwenhuis 80.
Nordhausen, Schiedsgericht 34.

Oesterreich-Ungarn, Wahlrechtsbewegung 28.
Offenbach, Schiedsgericht 33.
Oldenburg, Landtagswahl 39.
Opfer der russischen Revolution 20.
Organisation 6, 21, 23, 25, 381.
— Anträge 125.
— der poln. Genossen 17.
— in den Einzelstaaten 169.
Organisationsänderung 167.
Ort des nächsten Parteitages 130, 133, 137, 140, 382.

Parlamentarisierter Bericht als Beilage 180.
Partei-Correspondenz 113, 166, 195.
Parteigenossen in Landtagen 39.
Parteikasse, Beiträge 57.
—, Bericht 53.
Parteileitung, Konstituierung 392.
Parteipresse 24, 45, 381.
— Anträge 112.
— Abonnentenstand 175.
— Ausgaben 56.
—, polnische 17, 387.
Parteiorganisation (siehe Organisation).

Parteiprogramm 8.
— Antrag 129.
— Aenderung 389.
Parteischiedsgericht 32, 176.
— in Berlin 33, 34.
— — Forst 35.
— — Frankfurt a. M. 34.
— — Kaiserslautern 35.
— — Lübeck 33.
— — Magdeburg 33.
— — Mannheim 34.
— — Nordhausen 34.
— — Offenbach 33.
— — Pinneberg 34.
— — St. Johann 35.
— — Stettin 34, 35.
— — Suhl 34.
Parteisekretäre 22, 24, 25.
— Gehalt 145, 390.
— Konferenz 111.
Parteitag, nächster 130, 140, 382.
— polnischer 18.
Parteitagslokal, Verlegung 188.
Parteitagsprotokoll 51, 113.
Parteitag, Tagesordnung des nächsten 222.
Partei und Gewerkschaften 22, 110, 131, 133, 144, 163, 215 u. ff., 307.
— Anträge 127.
— Lübecker Resolution 472.
— Resolution v. Elm 139.
Parteivorstand, Beisitzer 392.
— Verstärkung 110, 132, 180, 195, 210.
— Wahl 359, 391.
Pinneberg, Schiedsgericht 34.
Pößneck, Versammlungsverbot 20.
Politischer Massenstreik (siehe Massenstreik).
Polizei gegen die Frauenagitation 72.
— in Breslau 44.
Polizeispitzeleien 16.
Polnische Genossen 17.
— Organisation 17.
— Partei 22.
— Parteipresse 17, 387.
— Reichstagskandidaturen 18.
— Parteitag 18.
Prechts Beschwerde 347.
Presse (siehe Parteipresse).
Preußen, Wahlrechtskämpfe 29.
Prinz Ludwig über das Wahlrecht 31.
Programm (siehe Parteiprogramm).
Protokoll des Parteitags 51, 113, 146.

Rauscha, Erklärung der Saalbesitzer 19.
Referentennachweis 23.
Reichhaushalts-Etats 76, 108.
Reichsheer 82.
Reichsjustiz-Verwaltung 8, 9.
Reichsstempelgesetze 103.
Reichstags-Diäten 90.
Reichstagsfraktion, Bericht 211.
—, Anträge 114.
Reichstagskandidaturen, polnische 18.
Reichstagswahlen 36.
Resolution v. Elm zu Partei und Gewerkschaften 139.
— der Frauenkonferenz 143.
— Haase zu Strafrecht usw. 140.
— Jenaer, zum Massenstreik 471.
— und Intern. Kongreß 133.
— Kautsky zum Massenstreik 138, 143.
— des Kölner Gewerkschaftskongresses zum Massenstreik 137.
— zur Maifeier 138.
— zum Massenstreik, Abstimmung 131, 303.
—, Wortlaut des angenommenen zum Massenstreik 473.
— zu Russische Revolution 144, 379.
— Zubeil zu Lokalorganisationen 144.
Reuß, Wahlrechtskämpfe 31.
Russenausweisungs-Interpellation 95.
Russische Revolution 110, 379.
— Revolutionsopfer 20.

Saalabtreibereien 18.
Saalbesitzererklärung in Rauscha 20.
Sachsen, Wahlrechtsbewegung 27.
Sachsen-Weimar, Landtagswahl 39.
—, Wahlrechtskämpfe 30.
St. Johann, Schiedsgericht 35.
Schaumburg-Lippe, Landtagswahl 39.
Schiedsgerichte (siehe Parteischiedsgerichte.
Schriftführer, Wahl 154.
Schwarzburg-Rudolstadt, Landtagswahl 38.
Singvögelschutz 93.
Sonstige Anträge 379.
„Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" 50.
— Gemeindevertreter 41.
— Korrespondenz" (siehe Parteikorrespondenz).
Sozialdemokratie und Volkserziehung (siehe auch Volkserziehung).
Sozialdemokratie und Volkserziehung 323, Anträge 119.
Sozialreform 81.
Suhl, Schiedsgericht 34.
Stempelgesetze 103.
Stettin, Schiedsgericht 34, 35.
Steuergesetze 97, 212, 215.
Steuern auf Genußmittel 78.
Steuervorlagen 97.
Strafkonto der Arbeiterbewegung 43.
Strafrecht 360, Resolution 140.
— Referat als Broschüre 377.

Tagesordnungsanträge 110.
Tagesordnung des Parteitags 11, 155.
— des nächsten Parteitags 130, 222.
— Festsetzung 154.
Tagesordnungsantrag in Partei und Gewerkschaften 315.
Telegramm an Parteitag 395.

Unfallrenten 80.
Unteroffizierprämien 84.

Verfassungsreform in Württemberg 32.
Verlegung des Parteitagslokals 188.
Vermehrung des Parteivorstands 132, 180, 195, 210.
Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls 164, 211, 228, 255.
Versammlungsverbote 18, 19.
Versammlungsverbot in Jena 19.
Versammlungsverbot in Pößneck 19.
Verstorbene Genossen 13.
Volkserziehung, Anträge 119, 145.
Volkserziehung und Sozialdemokratie 134.
— Referate als Broschüre 359
— Bildungsausschuß 359
Vorversammlung 146.
„Vorwärts" 16, 46.
„Vorwärts"-Abrechnung 47.
„Vorwärts"-Angelegenheit 185, 192, 194 u. ff.
Vorwärts-Buchhandlung 49.

Wahl in Gebweiler 155.
— der Mandatsprüfungskommission 154.
— des Bureaus 154.
— der Beisitzer 392.
— der Kontrolleure 392.
— des Parteivorstandes 391.
Wahlen 36.
— Gemeindewahlen 40.
— in Elsaß-Lothringen 155, 163.
Wahlflugblätter 29.
Wahlrecht in den Einzelstaaten 96.
Wahlrechtsbewegung 24, 26, 28.

Wahlrechtsbewegung in Bremen 26.
— in Einzelstaaten 23.
— in Hamburg 27.
— in Lübeck 26.
— in Oesterreich 28.
— in Sachsen 29.
Wahlrechtsdemonstrationen 29.
Wahlrechtsflugblatt 23.
Wahlrechtskämpfe in Anhalt 31.
Wahlrechtskämpfe in Altenburg 31.
— in Braunschweig 30.
— in Elsaß-Lothringen 30.
— und Frauen 69.
— in Reuß ä. L. 31.
— in Rußland 29.
— Strafkonto 43.
Wahlrechtsversammlungen 166.
Wiederaufnahme in die Partei 129.
Württemberg, Landtagswahlen 32, 39.

Zigarettensteuer-Gesetz 102.
Zuschriften an den Parteitag 395.

Sach-Register der Frauenkonferenz.

Agitation 405.
— unter den Landarbeiterinnen 414.
Anträge 405, 428, 435, 468, 469.
— Abstimmungen 414, 430, 440, 459, 468.

Bericht Mandatsprüfungskommission 430.
— Zentralvertrauensperson 400

Dienstbotenbewegung 430.
— Resolution 433.

Eröffnung 396.

Frauenstimmrecht 403, 440.
— Referat als Broschüre 459.
— Resolution 456.
Fürsorgeerziehung, Resolution 469.
Fürsorge für Schwangere 459.
— Referat als Broschüre 468.
Fürsorge für Schwangere, Resolution 465.

Gäste 396.
Gesinde 416.
„Gleichheit" 405 u. ff.

Heimarbeit 468.

Jugend-Organisation, Resolution 468.

Kinderschutz 404, 468, 469.
Kindergarten 407.

Landarbeiter, Löhne 425.
—, „Musterkontrakt" 420.
Landarbeiterfrage, Broschüre 430.
— Resolution 428.
Landarbeiterinnen 414.

Mandats-Prüfungskommission, Bericht 430.
„Musterkontrakt" für Landarbeiter 420.

Parteipresse 411.
Preußisches Vereinsrecht 401.

Resolution zur Dienstbotenfrage 433.
— zum Frauenstimmrecht 456.
— Fürsorgeerziehung 469.
— zur Fürsorge f. Schwangere 465.
— zum Heimarbeiterschutz 469.
— über Kinderschutz 468.
— zur Landarbeiterfrage 428.

Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz 459.
— Resolution 465.

Tagesordnung 396.

Vereinsrecht 401.
Volksschule 403.
Vorbesprechung 396, 397.

Wahl der Zentralvertrauensperson 469.

Druckfehler-Berichtigung.

Seite 226, dritte Zeile von unten muß es heißen: „Antrag 188 Abs. 2" und in der dritten Zeile von unten muß der Antrag 121 eingeschaltet werden.

Seite 305: In der Resolution sind im zweiten Teil in der zweiten Zeile die Worte: „Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück", zu ersetzen durch: „Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei".

Seite 323 müssen unter den Anträgen zur Volkserziehung die Nummern 142 143 und 144 gestrichen werden.

Seite 381, Zeile 22 von oben ist Antrag 78 zu streichen.

In der Präsenzliste muß es heißen: Paul Hennig-Erfurt, nicht Henning

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 110 bis 145. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl der Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

1 (154). **3** (155). **6, 7, 9** (163). **10** (383). **11, 12, 19, 20, 21** (163). **22, 23** (383). **24** (163). **26** (383). **28** (381). **29** (391). **30, 31** (381). **32** (391). **34, 40, 41, 42** (383). **43** (392). **44** (381). **46** (391). **78** (323). **79** (391). **82, 83** (323). **86, 95, 97, 99** (391). **100** (382). **101** (391). **104, 105** (307). **111** (391). **115** (219). **117** (383). **124, 125, 127** (382). **129** (307). **131II** (383). **134, 140, 141** (383). **143** (382). **146** (307).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

35 (360). **52 bis 57** (323). **58 bis 71** (306). **103, 107, 108** (321). **109** (360). **112** (379). **113** (360). **126** (155). **128** (382). **131III** (323). **131IV** (155). **142, 145** (306). **151** (383). **162, 169, 173** (321). **177** (377).

Zurückgezogene Anträge.

2 (255). **27** (381). **38, 39** (391). **73** (323). **90, 93** (381). **96** (391). **102** (389). **133II** (226). **136** in einzelnen Teilen (308). **147** (313). **157, 158** (255). **160, 164, 165, 166, 170II** teilweise (308).

Abgelehnte Anträge.

4 (155). **8** (210). **25** (387). **48, 50, 51** (219). **114** (387). **118, 119** (379). **131I 139** (210). **156** (389). **175II** (392).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

33 (388). **45** (389). **120, 121** (222). **122** (227). **123, 135, 137** (226). **138** (227).

Der Reichstagsfraktion überwiesener Antrag.

47 (219).

Dem Bildungsausschuß überwiesener Antrag.

72, 74, 75, 76, 77, 80, 81, 84, 85 (381). **148, 152, 153, 154, 168** (360). Die Referate über **Volkserziehung** als Broschüre herauszugeben (360).

Von der Tagesordnung abgesetzte Anträge.

13 bis 18, 87 bis 89, 91, 92, 94, 96, 106 (381). **110** (389). **116** (390) **130, 132, 150, 155** (381).

Angenommene Anträge.

5: Legien als Korreferent zum Massenstreik (155). **36, 37:** Bessere Ausstattung der Parteierscheinungen (382). **49:** Fraktionsberatung bei Borussia-Affäre (219). **136:** Resolution Bebel zum Massenstreik; angenommen mit Aenderungen (306). **144:** Resolution Singer zum Internationalen Kongreß (222). **159:** Resolution Fischer zur Maifeier (323). **161:** Nächsten Parteitag in Essen abzuhalten (383). **163:** Amendement Quarck zur Resolution 136 (305). **167:** Resolution Haase zum Strafrecht (378). **170:** Amendement Kautsky zur Resolution 136 teilweis angenommen (305). **171:** Amendement Bebel-Legien zur Resolution 136 (304). **172:** Resolution der Frauenkonferenz; angenommen im Sinne der Anregung Singers. **174:** Resolution zur Russischen Revolution (379). **175I:** Gehalt der Parteisekretäre (392). **176:** Resolution zur Jugendorganisation (381). **178:** Bericht der Reichstagsfraktion als Beilage mit der von Singer vorgetragenen Einschränkung (210). **Dechargeerteilung** an Parteivorstand und Kontrolleure (210). **Vermehrung** des Parteivorstandes (210). Einsetzung eines **Bildungsausschusses** (359). Referat Haases als Broschüre herauszugeben (377). **Antrag Fischer auf motivierte Tagesordnung** über sämtliche Anträge zu Partei und Gewerkschaften (321).

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Personenregister, Zeitschriften- und Zeitungsregister, Ortsregister

bearbeitet von Max Schwarz (†)

Vorbemerkungen zum Register

Das *Personenregister* enthält über die im Protokoll (S. 483) abgedruckten — im übrigen unvollständigen — „Sprech-Register" des Parteitages und der Frauenkonferenz hinaus die Namen aller 402 Parteitagsdelegierten (D) bzw. 29 Frauenkonferenzdelegierten (D), 27 Gäste (G) und sonstigen Personen, die im Protokoll des Parteitags erwähnt werden. Die Wohnorte der Delegierten wurden der „Präsenz-Liste" des Protokolls (S. 475 ff.) entnommen, die der übrigen aufgeführten Personen ebenso wie die Vornamen, soweit dies möglich war, aus anderen Quellen eruiert. Auf eine Reihe von Druckfehlern bei den Personennamen wird im Register berichtigend hingewiesen.

Das *Register der Zeitschriften und Zeitungen* verzeichnet alle im Protokoll enthaltenen Periodika einschließlich ihrer Erscheinungsorte.

Das *Ortsregister* enthält alle im Protokoll angeführten Städte, Wahlkreise, Provinzen, Staaten, Länder und Kontinente.

Personenregister

A. B. C. (Anonymer Beitragszahler) 54, 56, 67
Ackermann, Friedrich (D) – Frankenthal 304, 306, 475
Adamek, Josef (D) – Kattowitz 139, 304, 306, 388, 475, 483
Adelung, Bernhard (D) – Mainz 145, 172, 180, 304, 306, 475, 483
Adler, Emma – Wien 357
Adler, Victor, Dr. med. – Wien 225, 454
Ahlert – Nordhausen 34, 35
Albert, Robert (D) – Breslau 304, 306, 475
Alberty, Dr. (D) – München 139, 193, 203, 225, 304, 306, 475, 483
Albrecht, Adolf, M. d. R. (D) – Halle 34, 304, 306, 475
Allemand siehe unter L'Allemand
Altmann, Frau – Wilmersdorf 113
Amar, A. – Paris 443
Anseele, Eduard (G) – Belgien 156, 470
Anti-Dühring (Buch von Friedrich Engels) 329, 339, 340
Armbrust, Karl (D) – Vilbel 304, 306, 475
Arons, Leo, Dr. – Berlin 74, 270
Askew, John (G) – London 156, 158, 470, 483
Auer, Ignaz, M. d. R. (D) – Berlin 304, 306, 391, 392, 475
Auer u. Co. (Firma) – Hamburg 46
Aueracher (Pater) – Straßburg 450
Augspurg, Anita – München 449
Augustin, Richard (D) – Berlin 304, 306, 475

Baader, Ottilie (D) – Berlin 12, 75, 154, 199, 200, 304, 306, 396, 398, 400, 406, 409, 410, 413, 414, 469, 470, 475, 482, 483
Baerer, Heinrich (D) – Harburg 304, 306, 475, 482
Bäumle, Emilie (D) – Schöneberg bei Berlin 304, 306, 410, 412, 475, 483
Bahrdt, Richard (D) – Groitzsch 304, 306, 475
Balabanoff, Angelica, Dr. (G) – Rußland 160, 197, 198, 302, 397, 398, 438, 477, 482, 483
Balzer, Oswald – Rauscha 20
Bamert siehe unter Baumann, Wilhelm
Bar (G) – Gent (Belgien) 470
Bartel, Adolf (D) – Danzig 304, 306, 475, 482
Bartels, Albert (D) – Wernigerode 304, 306, 475
Bartels, Friedrich (D) – Altona 12, 154, 304, 306, 475
Basedow, Karl v., Dr. med. – Dessau 327
Bassermann, Ernst, M. d. R. – Mannheim 150
Baudert, August, M. d. R. (D) – Weimar 23, 304, 306, 475
Baumann, Linchen (D) – Altona 304, 306, 409, 475, 482, 483
Baumann, Wilhelm (D) – Berlin 304, 306, 475
Baumert, Georg (D) – Lahr 305, 306, 475
Baumgarten – Budapest 395
Bebel, August, M. d. R. (D) – Schöneberg bei Berlin 11, 22, 50, 51, 70, 116, 117, 131, 138, 140, 143, 144, 149, 161, 183, 184, 200, 202, 211, 214, 218, 226, 227, 231, 241-266, 268, 269, 271-277, 281-291, 293, 301-306, 314, 319, 321, 384, 385, 386, 389, 391, 392, 447, 456, 464, 475, 483, 484, 488
Bechtold, Friedrich (D) – Edingen 304, 306, 475
Beck, August (D) – Weimar 304, 306, 475
Becker, Hermann, Dr. jur., M. d. R. – Köln 100
Beeck, August (D) – Lauenburg 139, 304, 306, 475
Beethoven, Ludwig van – Bonn/Wien 333
Beier, Franz (D) – Berlin 304, 306, 475
Bellamy, Edward – Chicopee Falls (Amerika) 329
Bellin, Franz (D) – Klein-Kreuz 139, 304, 306, 475
Bérad, Richard (D) – Hamburg 304, 306, 475

Berg – St. Johann 35, 176
Bergemann, Karl (D) – Posen 304, 306, 475
Bernstein, Alfred (D) – Berlin 304, 306, 475
Bernstein, Eduard, M. d. R. – Berlin/Lichterfelde 51, 193, 206, 234, 452
Berten, Peter (D) – Düsseldorf 195, 304, 306, 475, 483
Berthold, Heinrich, M. d. R. (D) – Darmstadt 304, 306, 475
Besser (Hauptmann) – Kamerun 87
Beumer, Wilhelm, Dr. phil., M. d. R. – Düsseldorf 94
Biewald, Franz – Breslau 44, 45
Bismarck, Otto Fürst v., M. d. R. – Berlin/Schönhausen 90, 152, 234, 300, 363
Block, Paul – Berlin 47
Blos, Wilhelm, M. d. R. (D) – Cannstatt 304, 475
Blum, Frau – Essen 411, 483
Bock, Wilhelm, M. d. R. (D) – Gotha 47, 55, 304, 306, 392, 475
Bockelmann, Conrad – Hamburg 100
Böcker, Fritz (D) – Bernburg 304, 306, 475
Böhle, Bernhard – Straßburg/Elsaß 392
Bömelburg, Theodor, M. d. R. (D) – Hamburg 110, 139, 143, 183, 211, 239, 252, 253, 256, 262, 267, 275-283, 287-293, 296, 297, 304, 306, 359, 392, 475, 483
Boeske, Emil – Rixdorf bei Berlin 47
Böske siehe unter Boeske, Emil
Bötticher, Karl Heinrich v., M. d. R. – Berlin 423
Bollmann (Wirtin) 14
Bonack, Gustav (D) – Forst 304, 306, 475
Borchardt, Bruno, Dr. – Charlottenburg bei Berlin 51, 74
Borgmann, Hermann (D) – Berlin 20, 304, 306, 475
Bornim, Graf v. – Ragnitz 427
Bosse, Auguste (D) – Bremen 304, 306, 435, 475, 482, 483
Bosse, Robert – Berlin 334, 363
Bracke, Wilhelm – Braunschweig 51
Brand – Offenbach 33
Brand, Adolf (D) – Bruchsal 304, 306, 475
Brandeis (Landeshauptmann) – Marschallinseln 88
Brandes, Alwin (D) – Magdeburg 12, 139, 154, 304, 306, 475
Branting, Hjalmar – Stockholm 452
Braun, Adolf, Dr. (D) – Nürnberg 139, 140, 287, 304, 306, 475, 483
Braun, Heinrich, Dr., M. d. R. (D) – Berlin 193, 196, 197, 199, 204, 205, 206, 304, 306, 475, 483
Braun, Lily (D) – Berlin 138, 304, 306, 430, 437, 438, 439, 459, 466, 475, 482, 483
Braun, Otto (D) – Königsberg i. Pr. 12, 126, 154, 206, 305, 306, 392, 475
Brecht – Heidelberg 178
Briand, Aristide – Paris 158
Bringmann, August – Hamburg 280, 316
Broemel, Max, M. d. R. – Berlin 285
Brückner, Eugen (D) – Berlin 139, 304, 306, 475
Brüggemann, Bernhard – Itzehoe 14
Brüggemann, Johann (D) – Deutz 304, 306, 475
Brühne, Friedrich, M. d. R. (D) – Frankfurt/Main 47, 55, 304, 306, 359, 392, 475
Bruhns, Julius, M. d. R. (D) – Kattowitz 23, 139, 223, 224, 304, 306, 387, 388, 476, 483
Bruns, Bernhard (D) – Berlin 304, 306, 476
Brunnhuber – Köln 193
Bruyas, Jacques (La Brujère) – Lyon 421
Büchner, Otto (D) – Berlin 304, 306, 476
Bühler, Rudolf (D) – Essen 139, 140, 304, 306, 383, 389, 476
Bülow, Bernhard Fürst v., Reichskanzler – Berlin 18, 43, 78-83, 88, 93-100, 151, 153, 240
Büsing, Otto, Dr. h. c., M. d. R. – Schwerin 153
Büttner, Wilhelm – Hamburg 46
Buhl, Karl (D) – Leipzig 12, 154, 304, 306, 320, 476, 483
Busch – Hessen 13
Busold, Heinrich (D) – Friedberg 304, 306, 476

Callwey, Georg (Verlag) – Hamm 358

Capet, Louis – Paris 442
Chajes, B. Dr. 51
Choc – Österreich 454
Clemenceau, Georges (Staatsmann) – Paris 158
Comenius, Johann Amos – Amsterdam 327, 332, 341
Condorcet, Antoine, Marquis de – Paris 443
Considérant, Victor – Paris 443
Cords (Unternehmer) – Lübeck 175, 176, 178
Cramer, Balthasar, M. d. R. – Darmstadt 36
Crispien, Artur (D) – Königsberg i. Pr. 304, 306, 476
Cullmann (D) – Oberstein 476

Däumig, Ernst (D) – Halle/Saale 186, 304, 306, 476, 483
Dandin, Georg – Berlin 325
Darwin, Erasmus – Nottingham 338
Datz, Georg (D) – Gonsenheim 304, 306, 476
David, Eduard, M. d. R. (D) – Mainz 23, 47, 137, 138, 167, 233, 259, 261, 271, 304, 306, 316, 392, 476, 483
Deinhardt, Ernst – Stuttgart 280
Dellmuth, Elise (D) – Kaiserslautern 482
De Man, Heinrich (G) – Belgien 470
Demtröder, Ewald (D) – Kruckel 304, 306, 476
Dethloff, Johann – Lübeck 33, 175, 176
Deuper, Marie (D) – Essen 304, 306, 396, 406, 476, 482, 483
Dickreiter, Hermann (D) – Altenburg 304, 306, 476
Dieseler, Robert (D) – Berlin 304, 306, 476
Diesterweg, Moritz – Berlin 333
Dietrich, Hermann, M. d. R. – Potsdam bei Berlin 100
Dietz, Johann Heinrich Wilhelm, M. d. R. (D) – Stuttgart 45, 235, 304, 306, 357, 413, 476
J. H. W. Dietz Nachfolger (Verlag) – Stuttgart 45
Dietzgen, Josef – Siegburg 50, 342
Dippel, Heinrich (D) – Homburg 304, 306, 476
Dißmann, Robert (D) – Frankfurt/Main 195, 265, 304, 306, 483
Dittmann, Wilhelm – Berlin 34, 359, 392
Dobrohlaw, Paul (D) – Berlin 304, 306, 476
Dörnke, Ludwig (D) – Hannover 12, 154, 304, 306, 476
Dörnke und Löber (Firma) – Hannover 45
Dombrowski – Marienburg 370, 371
Donai (Schriftsteller) 51
Dreesbach, August, M. d. R. (D) – Mannheim 12, 146, 149, 154, 157, 172, 211, 304, 306, 321, 358, 359, 392, 476, 483
Drescher, Reinhold (D) – Halle 23, 304, 306, 476
Dubler, Emil (D) – Hamburg 304, 306, 476
Dühring, Eugen siehe unter Anti-Dühring
Düwell, Wilhelm – Berlin 47
Duncker, Hermann, Dr. (D) – Dresden 155, 274, 304, 306, 307, 319, 476, 483
Duncker, Käte (D) – Dresden 69, 300, 396, 407, 408, 411, 413, 430, 459, 467, 468, 469, 482, 483
Dunker siehe unter Duncker, Hermann

Ebel, Auguste (D) – Hamburg 482
Eberhardt, Wilhelm (D) – Charlottenburg bei Berlin 304, 306, 392, 476
Ebert, Friedrich (D) – Berlin 34, 35, 304, 306, 390, 391, 392, 476, 483
Ebhardt – Komorowen 21
Eckardt, Friedrich (D) – Salzungen 305, 306, 476
Efftinge, Johann (D) – Wandsbek 139, 304, 306, 476
Ehlers (Gutsbesitzer) – Zickhausen 423
Ehrhart, Franz-Josef, M. d. R. (D) – Ludwigshafen 47, 55, 183-186, 194, 200, 209, 225, 226, 304, 306, 392, 476, 483
Ehrler, Lorenz (D) – Ravensburg 304, 306, 470, 476
Ehrlich, Heinrich (D) – Breslau 304, 306, 385, 386, 476, 483
Eichhorn, Emil, M. d. R. (D) – Durlach 34, 305, 306, 397, 398, 476, 482, 483

Eilken, Emil (D) – Ottensen 304, 306, 476
Eisenmenger – Nordhausen 35
Eisner, Kurt – Berlin 46, 50
Eitzerodt, Hermann (D) – Krefeld 304, 306, 430, 476, 482
Elm, Adolf v., M. d. R. (D) – Hamburg 139, 163, 165, 288, 289, 302, 304, 306-314, 316-320, 476, 483, 484, 486
Elm, Hermann v. (D) – Bramfeld 133, 139, 305, 306, 476
Emmel, Leopold – Mülhausen/Elsaß 36, 178
Engelmann, Johann (D) – Worms 304, 306, 476
Engels, Friedrich – London 44, 51, 260, 263, 329, 330, 335, 339, 340
Engler, Wilhelm (D) – Freiburg 224, 304, 306, 476, 483
Epstein, Max, Dr. – Berlin 51
Erdmann, August – Berlin 25
Ermischer, Hermann (D) – Glösa 304, 306, 476
Ernst, Eugen (D) – Berlin 47, 55, 304, 306, 392, 476
Ewald, Ferdinand (D) – Berlin 305, 306, 476
Ewald, Karl – Berlin 357

Faa-Hardegger, Margarete (G) – Bern 434, 470, 483
Faaß, Fritz (D) – Pforzheim 305, 306, 434, 476
Fahrenwald, Agnes (D) – Hamburg 396, 406, 430, 437, 482
Fauth, Albrecht (D) – Wetzlar 304, 306, 476
Feist, Frau – Breslau 255
Fejervary (General) – Ungarn 28
Feldmann, Franz (D) – Langenbielau 12, 156, 304, 306, 476
Feldmüller, Jean (D) – Pirmasens 138, 304, 306, 389, 476, 483
Felzer – Rixdorf 110
Fentz, Karl (D) – Nürnberg 304, 306, 476
Ferri, Enrico – Italien 452
Fichte, Johann Gottlieb – Berlin 332
Findewirth, Robert (D) – Roßwein 304, 306, 476
Fischer, Edmund, M. d. R. (D) – Briesnitz 304, 306, 476
Fischer, Franz (G) – Brüssel 156, 470
Fischer, Friedrich (D) – Stuttgart 139, 143, 304, 306, 476
Fischer, Richard, M. d. R. (D) – Berlin 11, 138, 289, 292, 304, 306, 311, 314, 319-323, 476, 483, 488
Fischer, Theodor – Berlin 318, 319
Fleißner, Hermann (D) – Löbtau 12, 154, 292, 304, 306, 476
Förster, Hermann, M. d. R. (D) – Hamburg 304, 306, 476
Foerster, Max (D) – Finsterwalde 304, 306, 476
Folge, Oskar (D) – Kassel 304, 306, 476
Fourier, Charles – Paris 348, 443
Fräßdorf, Karl Julius, M. d. R. – Dresden 217
Frank, Ludwig, Dr. jur. (D) – Mannheim 155, 162, 304, 306, 360, 379, 390, 476, 483
Franz siehe unter Ehrhart, Franz-Joseph
Freiwaldt, Georg (D) – Pankow bei Berlin 266, 273, 300, 304, 306, 476, 483
Freudenberg, Dr. med. 405
Freythaler, Wilhelm (D) – Berlin 304, 306, 476
Fridolin, Jenny (G) – Zürich 470
Friedeberg, Raphael, Dr. – Berlin 308, 315, 318, 320
Friedel, Josef – Mannheim 34
Friedrich II. (der Große), König von Preußen – Berlin 361, 417
Friedrich August II., König von Sachsen 361
Friedrich-Ludwig, Prinz von Preußen 147, 442
Friedrich, Otto (D) – Darmstadt 133, 304, 306, 476
Fritsche, Richard (D) – Offenburg 476
Fritzsch, Wilhelm (D) – Schöneberg bei Berlin 139, 304, 306, 477
Fröbel, Friedrich 341, 348, 353, 407, 408
Fröhlich, Georg (D) – Köln 304, 306, 313, 477, 483
Fröhlich, Richard, Dr. – Berlin 51
Frölich, Max (D) – Leipzig 304, 306, 477
Frohme, Karl, M. d. R. (D) – Hamburg 288, 304, 306, 477
Fuchs, Richard (D) – Schiltigheim 212, 218, 304, 306, 477, 483

Fühler – Offenbach 33
Fürth, Frau – Nürnberg 467, 468, 483

Gabriel (Erzengel) 185
Galke, Otto (D) – Guben 304, 306, 477
Geck, Adolf, M. d. R. (D) – Offenburg 47, 55, 304, 306, 477
Geck, Marie (D) – Offenburg 305, 306, 392, 469, 477, 482
Gehl, Julius – Berlin 183, 317
Gehres, Karl (D) – Lüdenscheid 304, 306, 477
Gehrmann, Karl (D) – Berlin 227, 304, 306, 389, 477, 483
Geißler, Ferdinand (D) – Hof 200, 304, 306, 477, 483
Geithner, Otto – Berlin 25
Gerisch, Albin, M. d. R. (D) – Berlin 11, 35, 36, 46, 168, 173, 175, 180-187, 191, 194, 200, 202, 208, 209, 299, 304, 306, 384, 388, 391, 392, 477
Gewehr, Wilhelm (D) – Elberfeld 185, 271, 305, 306, 384, 392, 477
Geyer, Fritz,M. d. R. (D) – Leipzig 231, 305, 306, 477
Giercke siehe unter Gierke, Otto
Gierke, Otto, Dr. jur. – Berlin 363
Giesberts, Johann, M. d. R. – Mönchen-Gladbach 214
Glaser (Prediger) – Dresden 416
Gödecke, Karl (D) – Badenstedt 145, 304, 306, 477
Göhre, Paul, M. d. R. – Zehlendorf bei Berlin 50, 51
Goethe, Johann-Wolfgang v. – Weimar 333, 341
Goldstein, Hermann, M. d. R. (D) – Zwickau 28, 292, 305, 306, 477
Gradnauer, Georg, Dr. phil., M. d. R. (D) – Dresden 46, 50, 272, 304, 306, 477, 483
Graf, Xaver – Moedingen 395
Grahl, Wilhelm (D) – Triberg 304, 306, 477
Grauer, Oswald (D) – Lichtenberg 179, 305, 306, 477
Greifenberg, Marie (D) – Augsburg 71, 304, 306, 406, 411, 477, 483
Grenz, Ernst, M. d. R. (D) – Leipzig 305, 306, 477
Greve (Firma) – Bremen 395
Grimpe, Hermann (D) – Elberfeld 45, 176, 191, 208, 210, 304, 306, 477, 483, 484, 485
Gröber, Adolf, M. d. R. – Heilbronn 100
Groth, Wilhelm (D) – Stettin 182, 304, 306, 382, 477, 483
Grottewitz, Curt – Berlin 74
Grünberg, Helene (D) – Nürnberg 304, 306, 396, 430, 435-439, 477, 482, 483
Grünberg, Martha – Hartha 15
Grübneu – Memel 15
Grünig, Rudolf (D) – Kiel 189, 305, 306, 477, 483
Grumbach, Robert (D) – Freiburg 304, 306, 477
Grunow, Wilhelm (D) – Ober-Schönweide 270, 305, 306, 477, 483
Grunwald, Max – Berlin 25
Gündel, Max (D) – Johanngeorgenstadt 305, 306, 477
Günther, August – Braunschweig 178

Haase, Hugo, M. d. R. (D) – Königsberg 11, 304, 306, 360, 477, 483
Haase, Wilhelm (D) – Berlin 140, 145, 304, 306, 377, 477, 486, 488
Haberland, Karl (D) – Barmen 22, 305, 306, 477
Hackelbusch, Richard (D) – Berlin 304, 306, 477
Hänchen, Ernst (D) – Guben 189, 304, 306, 477
Hänsch, Wilhelm (D) – Sorau 304, 306, 477
Häuser, Karl (D) – Steinberg 305, 306, 477
Hagen, Anton (D) – Leipzig 305, 306, 477
Hagen, Magda (D) – Regensburg 304, 306, 396, 477, 482
Hahn, Karl (D) – Mannheim 304, 306, 477
Halfter, R. – Berlin 127
Hamm (D) – Saarbrücken 304, 306, 477
Harm, Friedrich – Elberfeld 13
Hartmann, Emil (D) – Rudolstadt 304, 306, 477
Hase, Frau – Breslau 255
Hasselmann, Wilhelm, M. d. R. – Hamburg 201

Haupt – Cuckelwitz 419
Haupt, Wilhelm (D) – Magdeburg 304, 306, 477
Hauptmann, Gerhart (Dichter) – Agnetendorf 337
Hauwede – Ilmenau 39
Haverkamp, August (D) – Bremerhaven 304, 306, 477
Heck – Offenbach 14
Heer, Joseph (D) – Arnstadt 304, 306, 477
Heim, Georg, Dr. phil., M. d. R. – Aschaffenburg 450
Hein, Emil (D) – Dresden 304, 306, 477
Heine, Heinrich – Paris 51
Heine, Wolfgang, M. d. R. (D) – Berlin 273, 298, 470, 477
Heinig, Kurt – Leipzig 43
Heinke, Gustav (G) – Berlin 470
Heinrich, Karl – Berlin 33
Heinrich, Karl – Hamburg 34
Heinrichs, Gustav (D) – Rixdorf bei Berlin 305, 306, 477
Heinze, Gustav (D) – Meißen 304, 306, 477
Held, Theodor, M. d. R. – Hannover 100
Hengsbach, Clemens (D) – Köln 304, 306, 477
Hennig, Gustav (D) – Leipzig 137, 304, 306, 382, 411, 412, 477, 483
Henning, Paul (D) – Erfurt 305, 306, 477, 482
Hensel, Heinrich (D) – Berlin 304, 306, 477
Hensgen, Josef (D) – Düren 304, 306, 477
Herbart, Johann Friedrich, Prof. – Göttingen 328
Herbert, Fritz (D) – Stettin 285, 304, 306, 392, 477, 483
Herbig – Königsberg 14
Hernowsky, Fritz (D) – Wittenberge 304, 306, 477
Hernowsky, Marie (D) – Wittenberge 304, 306, 477, 482
Herold, Carl, M. d. R. – Loevelinkloe 100
Hertig – Trier 14
Hertling, Georg Graf v., M. d. R. – München 457
Herzfeld, Josef, M. d. R. (D) – Berlin 304, 306, 477
Heymann, Berthold (D) – Stuttgart 304, 306, 477
Hildenbrand, Karl, M. d. R. (D) – Stuttgart 304, 306, 392, 477
Hilferding, Rudolf, Dr. – Berlin 237, 276
Hirsch, Paul – Berlin 51, 52, 74
Hirsch-Duncker (Gewerbeverein) – Berlin 178, 179, 286, 309, 317, 319
Hirt, Ludwig, Dr. med. – Berlin 461
Hoch, Gustav, M. d. R. (D) – Hanau 35, 123, 139, 140, 192-197, 200, 204-207, 212, 215, 218, 283, 304, 306, 334, 345, 477, 483
Höhne, Karl (D) – Löbau 304, 306, 478
Höllerich, Eduard (D) – Adorf 304, 306, 478
Hölzer, Ludwig (D) – Rintheim 304, 306, 478
Hörmann (Gutsbesitzer) – Strelitz 420
Hofer, Adolf (D) – Skaiskirrer 304, 306, 477
Hoffmann, Adolf, M. d. R. (D) – Berlin 188, 218, 302, 304, 306, 477, 483, 485
Hoffmann, Josef (D) – München 304, 306, 477
Hoffmann, Karl (D) – Bielefeld 139, 188, 304, 306, 478
Hoffmann, Paul (D) – Berlin 300, 304, 306, 478
Hoffmann, Paul (D) – Hamburg 191, 211, 270, 305, 306, 478, 483
Hoffmann, Stefanie (D) – Mannheim 396, 398, 411, 435, 478, 482, 483
Hofmann, Arthur, M. d. R. (D) – Saalfeld 208, 304, 306, 478
Hofrichter, Adolf – Köln 23
Hohenthal und Bergen, Wilhelm Graf v., Dr. jur. – Dresden 28
Holst, R. siehe unter Roland Holst-van der Schalk
Holzapfel, Friedrich (D) – Magdeburg 304, 306, 478
Holzapfel, Hermann (D) – Berlin 304, 306, 478
Honrath, Jakob (D) – Aachen 138, 180, 203, 205, 280, 304, 306, 388, 478, 483

Horn, Georg, M. d. R. (D) – Lindenau 23, 304, 306, 478
Horn, Lina (D) – Neustadt a.d. Hardt 304, 306, 478, 482
Hornung, August (D) – Güglingen 304, 306, 478
Horter, Richard (D) – Mannheim 139, 304, 306, 478
Hruby, Karl – Wien 454
Huber – Mannheim 15
Hue, Otto, M. d. R. (D) – Essen 139, 183, 211, 214, 219, 272, 275, 293, 298, 304, 306, 359, 392, 478, 483
Hueber, Anton (G) – Wien 470, 483
Hüneke, Christian (D) – Vegesack 304, 306, 478
Hug, Paul (D) – Bant 195, 304, 306, 359, 381, 392, 478
Hugel, Karl (D) – Bayreuth 304, 306, 478
Huysmans, Camille (G) – Brüssel 156, 163, 470, 483

Ibsen, Henrik (Dichter) – Oslo 467
Iseler, Nikolaus (D) – Trossingen 304, 306, 478

Jacoby, Johann – Königsberg 14
Jäger – Waltershausen 42
Jaeger, Eugen, Dr. phil., M. d. R. – Speyer 100
Jahn, Louis (D) – Mülheim/Rhein 304, 306, 478
Jahn, Paul (D) – Luckenwalde 139, 478
Jansen, Jean (D) – Berlin 304, 306, 478
Jasper, Heinrich, Dr. (D) – Braunschweig 145, 206, 304, 306, 377, 378, 478, 483
Jenny (G) – Zürich 227
Judin, J. (G) – Litauen 470
Jungnickel, Bernhard (D) – Dresden 304, 306, 478

Kaden, Wilhelm August, M. d. R. (D) – Dresden 11, 47, 55, 175, 191, 208, 304, 306, 392, 478, 483
Kähler, Wilhelmine (D) – Dresden 306, 406, 407, 412, 430, 438, 478, 482, 483
Kahle, Wilhelm (D) – Altona 305, 306, 478
Kahn, Leo – Berlin 137
Kahnt, Richard (D) – Gera 304, 306, 478
Kaiser siehe unter Wilhelm II.
Kaiser (Politiker) – Österreich 454
Kaiser Friedrich III. (Gasthof) 20
Kaliski, Julius – Berlin 46
Kampffmeyer, Paul – Berlin 50
Kanitz, Hans Graf v., M. d. R. – Podangen 417
Kannenberg (Hauptmann) – Kamerun 88
Kant, Immanuel (Philosoph) – Königsberg i. Pr. 327, 328
Karl I., König – England 442
Kater (Anarchist) 319
Katzenstein, Simon – Berlin 167, 225, 406-410, 469, 483
Kautsky, Karl (D) – Berlin 51, 74, 138, 140, 143, 201, 203, 205, 254-260, 262-291, 297, 302-306, 315, 318, 326, 329, 452, 478, 483-486, 488
Keil, Wilhelm(D) – Stuttgart 304, 306, 392, 478
Keip, Johann (D) – Mundenheim 304, 306, 478
Keir Hardie, James – Glasgow 452
Kemmer, Gertrud (D) – Koblenz 396, 482
Kiesel, Max (D) – Berlin 269, 304, 306, 478, 483
Killinger, Gotthilf (D) – Schorndorf 304, 306, 478
Kimmel, Ludwig (D) – Hamburg 292, 305, 306, 382, 384, 478
Kirchmayer, Josef (D) – Lechhausen 304, 306, 478
Kirchpfennig, Eugen (D) – Augsburg 304, 306, 478
Kirsch – Leipzig 14
Kiß, Paul – Greiz 305, 306, 478
Kleemann, Paul (D) – Leipzig 304, 306, 392, 478
Kleinlein, Wilhelm – Halle/Saale 318, 319
Klever, Friedrich – Lübeck 33, 175, 176
Kluge, Eduard – Karlsruhe 317
Knappe (Generalkonsul) – Shanghai 88
Knauf, Heinrich (D) – Meerane 305, 306, 478, 482
Knieriem, Konrad (D) – München 12, 154, 304, 306, 319, 384, 478
Koblenzer, Karl – Berlin 177

Koch, Julius (D) – Lemsdorf 139, 304, 306, 478
Koch, Wilhelm (D) – Remscheid 304, 306, 320, 478
von Köckeritz 417
Köhler – Leipzig 14
Köller, Ernst v. (Staatssekretär) – Straßburg/Elsaß 191
Koenen, Heinrich (D) – Hamburg 47, 55, 304, 306, 392, 478
König, Max – Dortmund 23
König von Sachsen siehe unter Friedrich August II.
Körsten, Albin, M. d. R. (D) – Berlin 35, 139, 304, 306, 317, 320, 478, 483
Kolb, Wilhelm (D) – Karlsruhe 202-205, 263, 268, 304, 306, 390, 478, 483
Kotzebue, August v. – Petersburg 147
Kraepelin, Emil, Prof. Dr. med. – München 225
Krasemann, Ludwig (D) – Neu-Ruppin 304, 306, 390, 478, 483
Kröger, Wilhelm (D) – Rostock 23, 304, 306, 478
Krohn, August (D) – Konstanz 189, 305, 306, 478
Kronshage, Wilhelm (D) – Oerlinghausen 304, 306, 478
Krüger, August (D) – Spremberg 304, 306, 478
Kühn, Otto – Langenbielau 392
Kurski, Stanislaw (G) – Litauen 470
Kurz, Heinrich (D) – Grötzingen 304, 306, 478

L'Allemand, Sigmund – Wien 452
La Brujère siehe unter Bruyas
Landsberg, Otto – Magdeburg 33
Lang, Georgi Fjodorowitsch, Prof. – Leningrad 225
Lange – Marienburg 370
Lange, Gustav (D) – Nieder-Heßlich 304, 306, 478
Lassalle, Ferdinand – Berlin 14, 51, 149, 167, 234, 266
Laubach, G. P. (D) – Lehrte 304, 306, 478
Leber, Hermann (D) – Jena 23, 275, 292, 293, 304, 306, 478, 483
Ledebour, Georg, M. d. R. (D) – Berlin 199, 201, 286, 287, 291, 292, 305, 306, 318, 320, 478, 483
Legien, Carl, M. d. R. (D) – Berlin 11, 110, 131, 138, 143, 155, 229, 241, 255, 256, 260-277, 280-285, 287, 288, 289, 293-296, 303, 304, 306, 319, 478, 483, 488
Lehman – Pseudonym für Friedrich Ludwig, Prinz von Preußen
Lehmann, August (D) – Marwitz 304, 306, 478
Lehmann, Franziska (D) – Dresden 409, 411, 467, 468, 482, 483
Lehmann, Gustav (D) – Mannheim 226, 305, 306, 359, 478, 483
Lehmann, Paul – Rauscha 20
Leinert, Robert (D) – Hannover 23, 187, 212, 219, 304, 306, 391, 478, 483
Leopold siehe unter Leopoldt
Leopoldt, Adolf (D) – Zeitz 12, 154, 304, 306, 379, 478, 483
Leppmann, Arthur, Med.-Rat – Breslau 461, 462
Leroux, Pierre – Paris 443
Leßmann – Wanzleben 33
Leuschner, Friedrich, M. d. R. – Galuchau 255
Leutert, Paul (D) – Apolda 304, 306, 479, 482
Licht – Ichtershausen 42
Lieb – Bockenheim 34
Liebknecht, Karl, Dr. jur. (D) – Berlin 145, 280, 287, 300-304, 306, 311, 323, 381, 383, 385, 386, 479, 483
Liebknecht, Wilhelm, M. d. R. – Berlin 51, 74, 234, 260, 470
Liepmann, Leopold (D) – Berlin 274, 280, 304, 306, 314, 479, 483
Lienhard und Gertrud (Roman von Pestalozzi) 357
Limbertz, Heinrich (D) – Essen 139, 304, 306, 479, 482, 483
Linde, Hermann (D) – Königsberg i. Pr. 23, 304, 306, 479
Lindemann, Hugo, Prof. Dr., M. d. R. (D) – Stuttgart 51, 52, 304, 306, 479
Lipinski, Richard, M. d. R. (D) – Leipzig 305, 306, 470, 479
Lisinsky siehe unter Losinski
Liszt, Franz v. – Wien 374
Litzinger, Konrad (D) – Minden 304, 306, 470, 479
Locke, John (Philosoph) – England 341
Löbe, Paul – Breslau 26, 43, 370

Löwenstein, Gabriel (D) – Nürnberg 304, 306, 479
Lohmann, Friedrich (D) – Einbeck 305, 306, 479
Lojewski, Max v. – Leipzig 43
Lorenz – Schaumburg-Lippe 39
Losinski, Bernhard (Pfarrer) – Danzig 51
Louis Bonaparte siehe unter Napoleon III.
Ludwig, Prinz von Bayern 31, 486
Ludwig XVI., König – Frankreich 29
Ludwig, Otto (D) – Limbach 304, 306, 479
Lütgenau, Franz – Dortmund 183
Luther, Martin, Dr. (Reformator) – Wittenberg 157, 332, 416, 431
Luxemburg, Rosa, Dr. (D) – Berlin 75, 160, 260, 263, 265, 274, 276, 281, 288, 300, 305, 306, 315, 383, 398, 479, 483

Maaß, Benno (D) – Berlin 305, 306, 479
MacDonald, James Ramsey – England 452
Machate – Breslau 309, 317
Maes, Georg (G) – Belgien 156, 470
Mahlke, Heinrich, M. d. R. (D) – Flensburg 304, 306, 479
Mahn, Emilie (D) – Magdeburg 304, 306, 467, 479, 483
Maltzan-Wartenberg, Ludolf Frhr. v., M. d. R. – Peckatel 100
Marckwald, Hans – Forst 35, 36, 176, 177
Markwart, Bruno – Rauscha 20
Martin, Jean (D) – Mülhausen/Elsaß 305, 306, 479
Marx, Heinrich (D) – Rathenow 139, 304, 306, 479
Marx, Karl – London 44, 51, 157, 260, 285, 324, 328, 329, 340, 342, 430
Matschke, Anna (D) – Berlin 304, 306, 396, 479, 482
Mattutat, Hermann (D) – Stuttgart 139, 304, 306, 359, 392, 479
Maurenbrecher, Berthold, Dr. – München 232, 237, 240, 266
Maurenbrecher, Max – Berlin 52, 232, 237, 240, 266
Maurer, Karl – Saalfeld 19
Max und Moritz (Wilhelm Busch) 203
Mayet – Frankreich 464
Mehrens, Johann (D) – Neumünster 304, 306, 479
Mehring, Franz, Dr. – Leipzig 177, 203
Meist, Carl, M. d. R. (D) – Köln 304, 306, 392, 479
Meister, Heinrich, M. d. R. – Hannover 14, 179, 180, 485
Menge, Reinhold (D) – Kaiserslautern 304, 306, 479
Mensing, Frau (G) – Niederlande 456, 482, 483
Merges, August (D) – Delligsen 304, 306, 479
Merkel (Sozialwissenschaftler) 431
Merkel, Daniel (D) – Lambrecht 304, 306, 479
Metzger, Wilhelm, M. d. R. – Hamburg 235
Metzsch siehe unter Metzsch-Reichenbach
Metzsch-Reichenbach, Georg v. – Dresden 28, 485
Meyer, Albrecht, Dr. jur., M. d. R. – Berlin 423
Meyer, Julius (D) – Berlin 304, 306, 479
Meysmans (G) – Belgien 470
Michels, Robert, Dr. – Marburg 242
Mill, John Stuart – England 443
Millerand, Alexandre-Etienne – Paris 259
Miquel, Hans v., Dr. – Petersburg 333
Mittelstädt (Reichsgerichtsrat) – Berlin 362
Molkenbuhr, Hermann, M. d. R. (D) – Schöneberg bei Berlin 33, 222, 264, 304, 306, 310, 312, 366, 379, 385, 386, 392, 397, 463, 479, 483
Morawski – Kattowitz 15
Morgan, Lewis – Rochester (Amerika) 330
Moser – Pinneberg 34
Moses (Prophet) 338
Most, Johann-Joseph – Chemnitz 201
Mucker, Max (D) – Wurzen 305, 306, 479
Mühler, Heinrich v., Dr. jur., M. d. R. – Potsdam 151
Müller – Offenbach 35
Müller, Hermann (D) – Görlitz 304, 306, 479

Müller, Katharine (D) – Köln 435, 479, 482, 483
Müller, Paul (D) – Hamburg 139, 256, 280, 283, 284, 292, 293, 304, 306, 392, 479, 483
Müller, Richard, M. d. R. – Fulda 100
Müller, Robert (D) – Zwickau 305, 306, 479, 482
Müllerstein, Heinrich – Hamburg 15
Münzer, Adolf (D) – Delitzsch 304, 306, 479

Nacken, Josef, M. d. R. – Eschweiler 100
Naether, Paul – Stuttgart 407
Napoleon I. (Bonaparte) – Paris 418
Napoleon III., Kaiser der Franzosen 38
Natorp, Paul, Prof. Dr. – Marburg 328, 354
Naumann, Friedrich – Schöneberg bei Berlin 411
Nemec, Anton (G) – Tschechoslowakei 163, 470
Nettelbladt (Afrikaforscher) 87
Neumann, Elise (D) – Weißensee 304, 306, 479, 482
Neumann, Gustav – Berlin 16
Niebuhr, Otto (D) – Harburg 304, 306, 479, 482
Niemann – Wanzleben 33
Niendorf, Theodora (D) – Kiel 189, 305, 306, 430, 479, 482
Nieuwenhuis, Ferdinand Domela – Amsterdam 80, 240, 485
Nikolaus II., Zar – St. Petersburg 159, 240
Nitsch, Richard (D) – Magdeburg 304, 306, 479
Nitschke, Ernst (D) – Meißen 304, 306, 479
Noske, Gustav, M. d. R. (D) – Chemnitz 304, 306, 479
Nowag, Gustav (D) – Strausberg 304, 306, 479
Nowagratzki, Auguste (D) – Königsberg i. Pr. 304, 306, 396, 413, 479, 482, 483

Obst, Paul (D) – St. Ilgen 304, 306, 479
Oelze – Wanzleben 33
Oertzen, Elisabeth v. 428
Oertzen, Ulrich v., M. d. R. – Remlin 100
Oldenburg, Elard Kurt Maria v., M. d. R. – Januschau 95
Oppel, Georg (D) – Berlin 304, 306, 479
Osterroth, Nikolaus – St. Johann 35, 176
Owen, Robert – England 340, 342, 348

Paetzel, Wilhelm (D) – Rixdorf bei Berlin 304, 306, 479
Papst, Dr. (Pädagoge) – Leipzig 341
Pauler, Rudolf (D) – Bruckwede 304, 306, 479
Paulisch, Fr. (D) – Saero 304, 306, 479
Paulsen, Friedrich, Prof. – Steglitz bei Berlin 329
Peirotes, Jacques – Straßburg/Elsaß 191, 304, 306, 479, 482, 483
Perner, Richard – Forst 35, 36, 176, 177
Pestalozzi, Johann Heinrich – Yverdon (Schweiz) 327, 332, 333, 341, 347, 348, 351, 354
Peters, Joseph, M. d. R. – Kiel 86
Peus, Heinrich, M. d. R. (D) – Dessau 139, 171, 182, 184, 188, 304, 306, 479, 483
Pfannkuch, Wilhelm, M. d. R. (D) – Berlin 11, 46, 163, 180, 187, 206, 218, 222, 224-227, 241, 244, 270, 304, 306, 381, 382, 388, 392, 479, 483
Pfeifle, Georg (D) – Mannheim 304, 306, 479
Pickelmann, Ludwig (D) – München 304, 306, 479
Plato (Philosoph) – Athen 326
Plechanow, Georgij-Walentinowitsch (G) – Rußland 302, 470
Plum, Agnes (D) – Essen 304, 306, 470, 479, 482
Podbielski, Victor v., M. d. R. – Dallmin 30, 152, 424
Poetzsch, Hugo – Berlin 312
Pohl, August (D) – Berlin 304, 306, 479
Pollender, Otto (D) – Leipzig 305, 306, 479
Pontius Pilatus (Statthalter) – Jerusalem 75
Popp, Adelheid (G) – Wien 156, 397, 399, 459, 470, 482, 483

Precht, Hermann – Heidelberg 347, 379, 486
Preßmar (D) – Geißlingen 304, 306, 470, 479
Profit, Friedrich (D) – Ludwigshafen 35, 304, 306, 479
Puttkamer, Robert v., M. d. R. – Demnin 87, 88, 198, 366
Puttlitz – Berlin 314, 316, 320, 483

Quarck, Max, Dr. (D) – Frankfurt/Main 52, 140, 268, 269, 280, 304, 306, 479, 483, 488
Quessel, Ludwig, Dr. (D) – Stettin 194, 206, 266, 280, 299, 300, 304, 306, 479, 483

Rappaport, Charles (G) – Paris 156, 158, 470, 483
Rauch, Friedrich (D) – Limmer 304, 306, 361, 480
Raute, Gustav (D) – Eilenburg 305, 306, 480
Regewski, August – Kistigehnen 423
Reichel, Georg (D) – Stuttgart 139, 279, 280, 288, 290, 296, 297, 304, 306, 308, 480, 483
Reichskanzler siehe unter Bülow, Bernhard v.
Reimer – Falkenau 419
Rein, Wilhelm, Prof. – Jena 329, 351
Reißhaus, Paul, M. d. R. (D) – Erfurt 305, 306, 400
Reuter, Friedrich – Eisenach 426
Rexhäuser, Ludwig – Berlin 255, 284
Rheinbaben, Werner Frhr. v. – Berlin 79
Rheinberger (Firma) – Pirmasens 395
Riegel (Firma) – Bruchsal 395
Rindfleisch, Daniel (D) – Kiel 189, 305, 306, 480, 483
Rink, Karl (D) – Urberach 304, 306, 480
Rödel, Hedwig (D) – Gera 409, 482, 483
Rönnau, H. (D) – Schleswig 305, 306, 480
Rössel, Paul (D) – Auerbach 304, 306, 480
Rohrbach, Paul – Berlin 87
Roland Holst-van der Schalk, Henriette (G) – Amsterdam 269, 270, 470
Rose (Geheimrat) – Berlin 88
Rose – Magdeburg 14
Rotter, Ignaz (G) – Warschau 156, 159, 470, 483
Rousseau, Jean-Jacques 327, 341
Rubendunst – Cottbus 35, 36, 177
Rudolf, Hermann – Frankfurt/Main 23, 392
Rückert, Karl, Prof. Dr. – Freiburg 356
Rüßler, Wilhelm (D) – Recklinghausen 139, 304, 306, 480
Runge, Paul (D) – Bochum 139, 180, 304, 306, 480, 483
Ruppenstein, Andreas (D) – Erlangen 304, 306, 480
Rupprecht, Hans (D) – Lauf 304, 306, 480

Sachse, Hermann-Gottfried, M. d. R. (D) – Bochum 139, 183, 265, 275, 281, 292, 304, 306, 392, 470, 480, 483
Säckler, Joseph (D) – Schweinfurt 304, 306, 480
Saint-Simon, Claude Henri de Rouvroy, Graf v. – Paris 443
Sand, Georg – Mannheim 147
Sasse, Emil (D) – Schwelm 305, 306, 480
Sassenbach, Johann – Berlin 274
Saucke, Dr. 425
Schadow, Wilhelm (D) – Cottbus 304, 306, 480
Schäfer, Anton (G) – Wien 156, 470
Schafstein (Verlag) – Köln 358
Scharnhorst, Gerhard Johann David v. (General) – Potsdam 82
Scheibe, Linus (D) – Dortmund 181, 183, 213, 214, 215, 219, 304, 306, 313, 316, 480, 483
Scheidemann, Philipp, M. d. R. (D) – Kassel 304, 306, 392, 480
Scherer (Schulrat) – Hessen 341
Schiller, Friedrich v. (Dichter) – Weimar 147
Schillert – Weißensee 15
Schinkel, Heinrich (D) – Thale 304, 306, 480
Schippel, Max, Prof. Dr., M. d. R. – Berlin 36, 113
Schlegel, Louis, M. d. R. (D) – Eßlingen 304, 306, 480
Schlegel, Paul – Weißenfels 395
Schloßmann – Marienburg 370

Schlüter, Wilhelm – Bielefeld 321
Schlumberger, Theodor, M. d. R. – Mülhausen/Elsaß 155
Schmedding, Adolf – Münster 30, 424
Schmeding siehe unter Schmedding
Schmidt, Albert (D) – Sonnenburg 304, 306, 420, 480
Schmidt, Hugo – Rauscha 20
Schmidt, Karl – Sydowsaue 35
Schmidt, Richard (D) – Velten 304, 306, 480
Schmidt, Robert, M. d. R. (D) – Berlin 115, 262, 274, 304, 306, 392, 480, 483
Schmidt, Robert (D) – Schwedt/Oder 304, 306, 480
Schmidt, Wilhelm, M. d. R. (D) – Frankfurt/Main 304, 306, 480
Schmitt, Franz (D) – München 12, 154, 187, 189, 304, 306, 480, 483
Schmitz, jr., Robert (D) – Soest 304, 306, 480
Schnabel – Suhl 34
Schnabrich, Michael (D) – Weißenfels 304, 306, 480
Schneider, Ernst (D) – Berlin 255, 305, 306, 480
Schneider, Hermann (D) – Burscheid 304, 306, 480
Schnettler, Heinrich (D) – Zittau 304, 306, 480
Schön, Albert (D) – Fürstenwalde 304, 306, 480
Schön, Ludwig (D) – Metz 304, 306, 480
Schöne – Berlin 95
Schönfelder, Sophia (D) – Ottensen 304, 306, 480, 482
Schoenlank, Bruno, Dr. phil., M. d. R. (D) – Leipzig 51, 74
Schönlank siehe unter Schoenlank
Schönstedt, Karl Heinrich, Dr. – Berlin 363
Schöpflin, Georg, M. d. R. (D) – Leipzig 11, 211-214, 217, 219, 304, 306, 480, 483
Schrader, Christian (D) – Hannover 282, 304, 306, 391, 480, 483
Schradin, Laura (D) – Reutlingen 407, 480, 482, 483
Schröder, Emil – Berlin 34, 129, 379
Schröder, Wilhelm – Berlin 25
Schröder, Dr. – Kassel 30, 423
Schubert, Hermann (D) – Berlin 480
Schütz, Oskar (D) – Breslau 12, 154, 304, 306, 386, 392, 480, 483
Schuhmacher, Frau (D) – Mülheim/Ruhr 482
Schulz, Heinrich (D) – Bremen 11, 119, 125, 134, 223, 226, 305, 306, 323, 347, 354, 410, 413, 480, 483
Schulz, Karl (D) – Berlin 305, 306, 480
Schulz, Reinhold (D) – Schwiebus 304, 306, 480
Schulze, Hermann, M. d. R. (D) – Cossebaude 304, 306, 480
Schulze, Frau (D) – Frankfurt/Main 304, 306, 412, 438, 480, 482, 483
Schwartz, Theodor, M. d. R. (D) – Lübeck 305, 306, 480
Schwartzkopff 345
Seeger, Fritz (D) – Leipzig 363, 480
Seel – St. Johann 35, 176
Seelmann, Joseph (D) – Kronach 304, 306, 480
Seger siehe unter Seeger, Fritz
Seidel, Ottomar (D) – Schneeberg 304, 306, 480
Seidel, Robert – Schweiz 146, 342, 343
Seige, Paul (D) – Pößneck 19, 305, 306, 480
Seikel, Otto (D) – Lichtenberg 305, 306, 480
Sennhold, Heinrich (D) – Hannover 304, 306, 480
Setzer, Käte (D) – Freudenheim 482
Seufert, Joseph (D) – Weinheim 304, 306, 480
Severing, Carl (D) – Bielefeld 139, 304, 306, 322, 480, 483
Shakespeare, William (Dichter) – Stratford (England) 441
Sidow, Otto (D) – Brandenburg/Havel 139, 304, 306, 480
Siebel – Dortmund 178, 183
Siebert, Frau – Falkenau 419
Silberschmidt, Hermann (D) – Berlin 163, 230, 231, 234, 244, 285, 287, 293, 294, 301, 304, 306, 480, 483
Simon, Josef (D) – Nürnberg 139, 163, 186, 194, 304, 306, 480
Sindermann, Karl, M. d. R. (D) – Dresden 12, 154, 188, 470, 480
Singer, Paul, M. d. R. (D) – Berlin 11, 12, 45, 153, 154, 155, 160-163, 172, 180, 185, 186, 188, 196, 200, 208, 210, 219, 222, 227, 241, 255, 256, 257, 274-

279, 289, 292, 293, 301-309, 313, 314, 315, 347, 358, 360, 378, 379, 381, 382, 383, 389-394, 480, 483, 488
Sippel, Sebastian (D) – Bockenheim 304, 306, 480
Söderberg, Ernst (G) – Stockholm 156, 158, 470, 483
Sörennsen, Waldemar (D) – Flensburg 304, 306, 480, 482
Spaniol, Johann (D) – Oberhausen 304, 306, 480
Sparr, Anton – Darmstadt 133
Specht – Kunzendorf 422
Speck, Karl Friedrich, M. d. R. – München 100
Sperka, Karl, M. d. R. – Stuttgart 480
Spindler, Max (D) – Zschopau 306, 481
Spinger – Heidelberg 178
Stadthagen, Arthur (D) – Stuttgart 47, 74, 217, 303-306, 308, 320, 437, 438, 481, 483
Staiger, Christian (D) – Möhringen 304, 306, 481
Stampfer, Friedrich – Berlin 50, 186, 192-200, 202-208, 236, 265, 269, 483
Stanmore, Frau – England 443
Stegen, Wilhelm (D) – Göttingen 304, 306, 481
Stein, Karl Frhr. v. – Kappenberg bei Lünen 417
Stelling, Johann (D) – Lübeck 268, 304, 306, 481, 483
Stelzer, Paul (D) – Dessau 304, 306, 481
Stengele, Gustav (D) – Hamburg 12, 154, 305, 306, 481
Stillich, Dr. (Sozialwissenschaftler) – Berlin 431, 432
Störtz, Jakob (D) – Speyer 305, 306, 481
Stolle, Wilhelm M. d. R. (D) – Gesau 305, 306, 481
Stolpe, Hermann (D) – Görlitz 23, 304, 306, 481
Stolten, Johannes – Hamburg 392
Strachwitz, Hyazinth Graf v., M.d.R.– Stubendorf 152
Strehl, Richard (D) – Berlin 304, 306, 481
Stridde – Wanzleben 33
Ströbel, Heinrich (D) – Berlin 197, 199, 269, 304, 306, 481, 483
Strummacher – Essen 113
Stubbe, Heinrich (D) – Hamburg 305, 306, 392, 481
Stuck, Antonie (D) – Luckenwalde 304, 306, 396, 481
Studt, Konrad v., Dr. Ing. – Berlin 151
Stücklen, Daniel, M. d. R. (D) – Dortmund 470, 481
Sudermann, Hermann (Schriftsteller) – Berlin 337
Südekum, Albert, Dr., M. d. R. (D) – Berlin 24, 470, 481
Süßkind, Albert (D) – Mannheim, 305, 306, 481

Tessendorf, Hermann von – Berlin 310, 363
Thiel, Albert (D) – Tempelhof bei Berlin 305, 306, 481
Thiel, Frau – Tempelhof bei Berlin 410
Thiele, Adolf, M. d. R. (D) – Halle 126, 143, 185, 192, 194, 195, 199, 205, 206, 304, 306, 391, 392, 481, 483
Thierry (Hauptmann) – Kamerun 88
Tischendörfer, Carl – Berlin 317
Töteberg – Hamburg 177, 178, 191
Trabalski, Franz (D) – Kattowitz 23, 304, 306, 481
Treu, Martin (D) – Nürnberg 304, 306, 481
Troelstra, Pieter Jelles – Amsterdam 161, 451, 456
von Trotha (General) – Südwestafrika 88
Trott, Louis (D) – Haiger 304, 306, 481

Ulrich, Carl, M. d. R. (D) – Offenbach 12, 154, 190, 200, 304, 306, 359, 360, 392, 481, 483
Umbreit, Paul – Hamburg 254

Vaillant, Roger – Frankreich 156, 262, 452
Vandervelde, Emile – Brüssel 225
Veil, Christian (D) – Nürtingen 304, 306, 481
Veith siehe unter Veil, Christian
Vetterlein, Oskar (D) – Helmarshausen 304, 306, 481
Voigt, Lina (D) – Elberfeld 304, 306, 422, 481, 482
Vollmar, Georg v., M. d. R. – Soiensaß/ Bayern 184
Voß – Zickhausen 423

Wagener, Hermann, M. d. R. – Berlin 234
Wagner – Mannheim 162, 483
Wagner, Gustav, Dr. jur., M. d. R. – Jena 19
Wagner, Gustav – Stettin 379
Wagner, Helene (D) – Chemnitz 396, 469, 482
Wald, Otto (D) – Chemnitz 304, 306, 481
Walther, Max (D) – Nürnberg 305, 306, 481
Warttig, Otto (D) – Neuenhagen 305, 306, 481
Wasser, Julius (D) – Berlin 305, 306, 481
Wauters, Josef (G) – Lüttich 470
Weber, Emil – Hamburg 47, 358
Weber, Franz Seraphim, M. d. R. – Landsberg/Lech 426
Webmann, Frau – Leipzig 467
Wegner, Gustav – Stettin 34, 129
Wehmann, Klara (D) – Leipzig 305, 306, 396, 409, 467, 481, 482, 483
Weiß – Goldlauter 34
Weißheimer, Wendelin – Mannheim 146, 392
Wels, Otto (D) – Berlin 12, 154, 179, 203, 257, 263, 271, 305, 306, 481, 483
Wengels, Margarete (D) – Berlin 305, 306, 392, 438, 459, 481, 483
Wengels, Robert (D) – Berlin 305, 306, 481
Wermuth, Karl – Berlin 47
Wertheimer – Kaiserslautern 35
Westermann, Heinrich, M. d. R. – Lütgendortmund 100
Westphal (Rechtsanwalt) – Danzig 42
Wetzker, Heinrich – Bochum 46
Wibaut, F. M. (G) – Amsterdam 161, 163, 399, 470, 482, 483
Wick, Richard (D) – Oberursel 305, 306, 481
Wicklein, Max (D) – Nordhausen 305, 306, 481
Wiesenthal, Karl – Rixdorf bei Berlin 178, 179, 314, 318, 484
Wiesner, Wilhelm (D) – Bergedorf 305, 306, 481
Wilhelm II., Kaiser – Berlin 240, 338, 363, 364, 423, 427
Wimmer, Bernhard (D) – Wolfenbüttel 305, 306, 481
Winkelmann, Karl (D) – Bremen 139, 305, 306, 481
Winkler, Friedrich (D) – Dresden 305, 306, 481
Winter, Joseph (D) – Offenburg 305, 306, 481
Wirtz, Anna (D) – Düsseldorf 396, 482
Wissell, Rudolf – Lübeck 33
Witte, Ernst, M. d. R. – Breslau 197
Wollermann, Karl (D) – Schöneberg bei Berlin 12, 154, 305, 306, 481
Wolf, Dr. siehe unter Wolff, Theodor
Wolf, Franz (G) – Wien 470
Wolf, Heinrich (D) – Dietharz 305, 306, 481
Wolff, Theodor, Dr. phil., M. d. R. – Stuttgart 100
Wollstonecraft, Mary 443
Wolstenecraft, Marie siehe unter Wollstonecraft, Mary
Woyack (D) – Gompitz 305, 306, 481
Wünsche, Traugott – Rauscha 20
Wünschmann, Adolf – Rauscha 20
Würz siehe unter Wirtz, Anna
Wuttke, Heinrich (D) – Aue 305, 306, 481

XYZ (Anonymer Beitragszahler) 54, 56, 67

Zadeck, Ignaz, Prof. Dr. – Berlin 51
Zahn, Peter (D) – Mühlheim/Main 42, 305, 306, 481
Zar siehe unter Nikolaus II.
Zeh, Adelheid (D) – Lechhausen 482
Zetkin, Klara (D) – Stuttgart 11, 47, 55, 119, 125, 134, 323, 347, 358, 359, 379, 392, 396, 397, 398, 400, 403, 409, 412, 414, 430, 434, 440, 456, 459, 469, 481, 482, 483
Zickler, Max (D) – Königsbrück 305, 306, 481
Zietz, Luise (D) – Hamburg 12, 19, 75, 154, 267, 284, 290, 292, 293, 305, 306, 389, 392, 396, 398, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 430, 436, 438, 439, 440, 456, 459, 469, 481, 482, 483
Ziller, Tuiskon, Prof. – Leipzig 328
Zorn, Georg (D) – Fürth 305, 306, 481
Zubeil, Fritz, M. d. R. (D) – Berlin 144, 222, 255, 266, 276, 293, 305, 306, 313, 317, 481, 483, 486
Zucht, Leo (D) – Berlin 305, 306, 481

Zeitschriften- und Zeitungsregister

Arbeiter Notiz Kalender – Berlin 51, 113, 484
Arbeiter-Zeitung – Dortmund 176

Der Bergknappe – Altenessen/Essen 266
Berliner Tageblatt – Berlin 197

Daheim – Berlin 350
Deutsche Monatsschrift – Berlin 428
Die Einigkeit – Berlin 139, 164, 227, 228, 239, 242, 243, 246, 280, 293, 294, 307, 309, 310, 314, 316, 317, 320

Fränkische Tagespost – Nürnberg 430
Frankfurter Volksstimme – Frankfurt/Main 309, 310
Frankfurter Zeitung siehe unter Frankfurter Volksstimme
Der Freie Arbeiter – Berlin 309, 310
Freie Deutsche Presse – Berlin 201
Freie Presse – Elberfeld 45
Freie Presse – Straßburg 56

Die Gartenlaube – Berlin 350
Gazeta Robotnicza – Kattowitz/Oberschlesien 18, 45, 56, 113, 387, 483
Germania – Berlin 201
Die Gleichheit – Stuttgart 46, 47, 48, 52, 54, 67-74, 113, 124, 175, 189, 357, 405, 406, 407, 410-414, 430, 437, 438, 463, 482, 484-487

Hamburger Echo – Hamburg 44, 45, 235, 284, 292, 293

In Freien Stunden – Berlin 52

Die Junge Garde – Mannheim 162

Königsberger Volkzeitung – Königsberg 56
Kommunale Praxis – Berlin 24, 56, 485

Landbote – Königsberg 422, 429
Leipziger Tageblatt – Leipzig 153
Leipziger Volkszeitung – Leipzig 43, 177, 202, 207, 254, 265, 267, 308, 320, 361

Märkische Volksstimme – Brandenburg 36, 177
März Zeitung – Berlin 51
Mai Zeitung – Berlin 51, 113, 130, 485
Mecklenburgische Volkszeitung – Rostock 56
Münchner Post – München 194

Die Neue Gesellschaft – Stuttgart 193, 196, 197, 198, 203, 204, 209, 210, 237
Die Neue Welt – Hamburg 46, 485
Neue Welt Kalender – Hamburg 46, 485
Die Neue Zeit – Stuttgart 47, 48, 73, 175, 193, 236, 266, 267, 271, 276, 278, 485
Nieuwe Tyd – Amsterdam 470
Nordische Wasserkante 54, 56, 67

Le Peuple – Brüssel 156, 470

Rheinische Zeitung – Aachen 56

Saalfelder Volkblatt siehe unter Thüringer Volksblatt
Saarwacht – Saarbrücken 56
Sächsische Arbeiter-Zeitung – Dresden 249, 409
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung – Kiel 189, 199
Schwäbische Tagwacht – Stuttgart 56
Der Seemann – Hamburg 284
Sozialdemokratische Partei-Correspondenz – Berlin 25, 56, 113, 181, 182, 194, 195, 271, 390, 391, 483, 485, 486
Die Soziale Praxis – Leipzig 429
Sozialistische Monatshefte – Berlin 203
Sylvester Zeitung – Berlin 51

Thüringer Volksblatt – Saalfeld 56
Tremonia – Berlin 317
Tribüne – Erfurt 43, 56, 370

Volksblatt – Bochum 56
Volksblatt – Halle 189
Volksblatt – Kassel 56
Volksfreund – Braunschweig 178
Volksfreund – Karlsruhe 203
Volksstimme – Frankfurt/Main 201, 265, 269, 276

Volksstimme – Magdeburg 45
Volksstimme – Mannheim 334
Volkswacht – Breslau 26, 43
Volkswille – Hannover 45
Volkszeitung – Köln 193, 214
Vooruit – Gent (Belgien) 156, 470
Vorwärts. Berliner Volksblatt – Berlin 16, 17, 46, 47, 52, 54, 67, 70, 112, 164, 165, 178, 179, 186, 192-207, 241, 242, 243, 254, 260, 263, 264, 267, 269, 271, 276, 280, 283, 285, 308, 313, 316-320, 381, 407, 481, 486

Der Wahre Jacob – Stuttgart/Berlin 49, 52, 54, 67, 485

Ortsregister

Aachen 56, 61, 72, 138, 180, 203, 280, 388, 478
Aachen – Wahlkreis 61, 477, 478
Adorf 478
Algeciras (Spanien) 79, 153
Altena/Iserlohn – Wahlkreis 37, 38
Altenburg 31, 39, 111, 476, 484
Alt-Lützegöricke 20
Altona 12, 45, 117, 154, 226, 409, 410, 475, 478, 482
Altona – Wahlkreis 60, 478
Altona/Stormarn – Wahlkreis 475, 476
Amberg – Wahlkreis 476
Amerika 335, 336, 369, 436, 442, 444
Amsterdam 70, 157, 203, 220, 238, 253, 270, 399, 470, 482
Anhalt 30, 39, 64, 71, 169, 174, 182, 417, 419, 484, 487
Apenrade 130
Apolda 479, 482
Arnsberg 60
Arnstadt 132, 477
Arnstadt – Wahlkreis 477
Athen 311
Aue 481
Auerbach 480
Augsburg 71, 331, 406, 411, 477, 478, 482
Augsburg – Wahlkreis 62, 477, 478
Australien 436

Baden 23, 39, 63, 101, 149, 150, 168, 174, 398, 400, 418, 424, 462, 484, 485
Baden – Wahlkreis 110, 111, 475-482
Badenstedt 477
Badenweiler 395
Bamberg – Wahlkreis 61
Bant 42, 111, 126, 194, 359, 381, 392, 478
Bant – Wahlkreis 478
Barmen 40, 477
Basel 470
Bayern 31, 39, 61, 62, 71, 101, 168, 170, 171, 174, 183-187, 200, 404, 406, 417, 422, 432, 445, 484, 485
Bayern – Wahlkreis 481
Bayreuth 478
Bayreuth – Wahlkreis 61, 478
Beelitz 65
Belgien 232, 312, 384, 386, 450, 452, 453, 459, 470
Bergdorf 481
Berghausen/Euskirchen – Wahlkreis 61
Berlin 12, 17, 34, 35, 46, 47, 55, 65, 90, 95, 118, 127, 128, 129, 138, 147, 154, 169, 172, 173, 178, 182-186, 196, 199, 203, 206, 215, 217, 222, 227, 235, 239, 241-245, 255, 262, 269-276, 280, 285, 286, 289, 292-295, 298, 300, 302, 308, 310, 313-323, 365, 381, 383, 385, 386, 389-392, 395, 396, 400, 406, 407, 411, 413, 431-434, 437-440, 449, 462, 466, 468, 475-482, 486
Berlin – Wahlkreis 40, 57, 112, 114, 116, 118, 125, 127, 129, 130, 169, 255, 274, 275, 300, 379, 381, 475-481, 484
Bern 65, 434, 470
Bernau 65, 199
Bernburg 475
Bernburg/Cöthen siehe unter Bernburg/Köthen
Bernburg/Köthen – Wahlkreis 64, 475
Beuthen 309
Bielefeld 41, 65, 321, 322, 478
Bielefeld/Wiedenbrück – Wahlkreis 60, 114, 479, 480
Bitterfeld – Wahlkreis 59
Blaubeuren/Laupheim – Wahlkreis 62, 63
Blessin 20
Bochum 56, 110, 111, 180, 214, 392, 480
Bochum/Gelsenkirchen – Wahlkreis 60, 480
Bockenheim 34
Bommern 65
Bonn/Rheinbach – Wahlkreis 38
Borna/Pegau – Wahlkreis 475
Borsdorf 42
Brakel 41
Bramfeld 476
Brandenburg 57, 58, 168, 172, 174
Brandenburg/Havel 40, 124, 126, 320, 480
Brandenburg i. O. – Wahlkreis 65
Brandenburg/Westhavelland – Wahlkreis 475, 479, 480

Braunschweig 23, 30, 40, 45, 63, 65, 71, 168, 174, 206, 419, 478, 484, 487
Braunschweig – Wahlkreis 63, 478, 479
Bremen 21, 22, 26, 39, 64, 65, 68, 169, 174, 188, 223, 226, 238, 323, 331, 345, 382, 391, 395, 398, 403, 410, 435, 437, 440, 475, 480, 481, 482, 484, 487
Bremen – Wahlkreis 64, 475, 480, 481
Bremerhaven 477
Breslau 12, 23, 26, 28, 43, 44, 45, 58, 89, 110, 112, 124, 130, 154, 255, 263, 268, 274, 309, 364, 365, 366, 370, 385, 386, 392, 419, 475, 476, 480, 484, 486
Breslau – Wahlkreis 58, 475, 476, 480
Breslau/Neumarkt – Wahlkreis 475, 476, 480
Brieg/Namslau – Wahlkreis 58
Briesnitz 476
Bromberg 405, 407, 411, 427, 482
Bromberg – Wahlkreis 58, 478, 479
Bruchsal 395, 475
Bruchsal – Wahlkreis 475
Bruckwede 479
Brüssel 65, 139, 156, 221, 248, 324, 470
Budapest 395
Bulach 42
Burgscheid 480
Butzbach 65
Buxtehude 65

Calw – Wahlkreis 62
Cannstatt 42, 475
Cannstatt/Ludwigsburg/Haslach/Vaihingen – Wahlkreis 62, 480
Cassel siehe unter Kassel
Celle – Wahlkreis 60
Changhai siehe unter Shanghai
Charlottenburg bei Berlin 65, 407, 411, 476
Chemnitz 28, 41, 65, 130, 396, 460, 469, 471, 479, 481
Chemnitz – Wahlkreis 38, 62
Coburg – Wahlkreis 23, 64
Colmar/Elsaß – Wahlkreis 65
Cossebaude 480
Cottbus 35, 131, 480
Cottbus/Spremberg – Wahlkreis 58, 475, 476, 480
Courrières (Frankreich) 81
Crefeld siehe unter Krefeld
Cuckelwitz 419

Dänemark 157, 312
Danzig 42, 57, 74, 402, 475, 482
Danzig – Wahlkreis 57, 475
Darmstadt 23, 133, 475, 476
Darmstadt/Groß-Gerau – Wahlkreis 38, 476
Debschwitz/Gera – Wahlkreis 482
Delitzsch 479
Delitzsch/Bitterfeld – Wahlkreis 479, 480
Delligsen 479
Delmenhost 42
Delmenhorst – Wahlkreis 63
Dessau 182, 186, 200, 479, 481, 482
Dessau/Zerbst – Wahlkreis 64, 481
Deutz 475
Dietharz 481
Dillenburg/Herborn – Wahlkreis 481
Doberan 42
Döbeln/Hartha – Wahlkreis 62
Döbeln/Roßwein – Wahlkreis 476
Donaueschingen – Wahlkreis 63
Dortmund 23, 41, 65, 94, 130, 178, 181, 183, 208, 213, 219, 313, 316, 480, 481, 482
Dortmund/Hörde – Wahlkreis 60, 476, 480
Drassel 65
Dresden 12, 21, 28, 41, 43, 70, 110, 154, 155, 175, 188, 199, 263, 272, 274, 280, 292, 307, 392, 407, 409, 411, 412, 416, 459, 460, 464, 467, 468, 471, 478, 480, 481, 482
Dresden – Wahlkreis 62, 130, 478, 481
Dresden/Altstadt – Wahlkreis 62
Dresden/Neustadt – Wahlkreis 62
Duala (Südwestafrika) 89
Düren 477
Düren/Jülich – Wahlkreis 61, 477
Düsseldorf 61, 66, 191, 194, 309, 396, 475, 482
Düsseldorf – Wahlkreis 61, 475, 477
Duisburg 45
Duisburg/Mülheim/Oberhausen/Ruhrort – Wahlkreis 112, 477, 480
Durlach 42, 113, 476
Durlach – Wahlkreis 63

Ebersbach 66
Edingen 475
Ehrenfeld 479
Eibach 66
Eilenburg 480

Einbeck 479
Eisenach 37, 42, 150
Eisenach/Dermbach – Wahlkreis 38, 477
Elberfeld 13, 22, 41, 45, 176, 185, 271, 392, 477
Elberfeld/Barmen – Wahlkreis 61, 117, 125, 477, 481
Elbing 40, 66, 74, 426, 429
Elgershausen 66
Elsaß-Lothringen 26, 30, 39, 65, 96, 101, 169, 174, 191, 208, 212, 217, 218, 418, 484, 486, 487
Emden – Wahlkreis 60
England 156, 157, 247, 258, 279, 285, 300, 335, 337, 361, 369, 442, 444, 470
Eppendorf 113
Erbach/Bensheim – Wahlkreis 481
Erfurt 3, 43, 59, 66, 72, 130, 323, 324, 406, 411, 480, 482
Erfurt – Wahlkreis 59, 477
Erlangen 36, 66, 480
Erlenfeld 42
Eschwege/Witzenhausen/Schmalkalden – Wahlkreis 476
Essen 37, 45, 113, 140, 382, 383, 392, 396, 404, 406, 409, 411, 476, 478, 479, 482, 488
Essen – Wahlkreis 38, 61, 113, 476, 479
Essenberg 66
Eßlingen 39, 111, 480
Eßlingen/Nürthen – Wahlkreis 62, 481
Europa 153, 157, 204, 308, 337, 385, 434, 460

Falkenau 419
Falkenberg 66
Finnland 153, 409, 445
Finsterwalde 476
Flensburg 479, 480, 482
Flensburg – Wahlkreis 59
Forchheim/Kulmbach – Wahlkreis 481
Forst 35, 36, 40, 176, 475, 485, 486
Frankenthal 432, 475
Frankfurt/Lebus – Wahlkreis 475, 480
Frankfurt/Main 21, 23, 34, 58, 66, 111, 124, 128, 194, 265, 268, 276, 359, 392, 408, 412, 414, 418, 475, 476, 479, 480, 482, 486
Frankfurt/Main – Wahlkreis 58, 60, 130, 476, 480
Frankfurt/Oder 482
Frankreich 81, 93, 151, 156, 157, 247, 250, 251, 261, 300, 312, 335, 336, 384, 386, 416, 444
Freiburg 130, 224, 476, 477
Freiburg – Wahlkreis 477
Freudenheim 482
Freudenstadt 39
Friedberg 476
Friedberg/Büdingen – Wahlkreis 475, 476
Friedeberg/Arnswalde – Wahlkreis 475, 481
Friedland – Wahlkreis 419
Friedrichshagen 66
Friedrichshain 273
Friedrichsstadt 110
Fürstenwalde 480
Fürth 39, 41, 481
Fürth/Erlangen/Hersbruck/Lauf – Wahlkreis 62, 480, 481
Fulda 100
Furtwangen 40

Gaarden bei Kiel 189, 477
Galizien 395
Gebweiler 155, 486
Gebweiler – Wahlkreis 65
Geislingen 479
Gelsenkirchen 482
Gelsenkirchen/Hesseln – Wahlkreis 479
Genf 163, 324, 340, 395
Gent (Belgien) 470
Gera 41, 409, 434, 478
Gera/Altenburg – Wahlkreis 482
Gesau 481
Gießen 66, 477
Gießen/Grünberg/Nidda – Wahlkreis 477
Glashütte i. S. 66
Gleiwitz/Lublinitz – Wahlkreis 112, 476
Glösa 476
Glogau/Roßwitz – Wahlkreis 58
Görlitz 19, 23, 130, 479, 481
Görlitz/Lauban – Wahlkreis 59, 479
Göttingen/Münden – Wahlkreis 60, 481
Goldbeck 66
Gompitz 481
Gonsenheim 476
Goslar/Zellerfeld – Wahlkreis 478
Gotha 42, 392, 475

Gotha – Wahlkreis 64, 481
Grabow 395
Gräben 42
Graslitz 395
Greifswald/Grimmen – Wahlkreis 58
Greiz 478
Grötzingen 19, 23, 130, 479, 481
Groitzsch 475
Großbreitenbach 395
Groß-Lichterfelde 66
Großschachwitz 475
Grünberg/Freystadt/Bunzlau/Lüben – Wahlkreis 58, 481
Guben 130, 477
Guben/Lübben – Wahlkreis 477
Günzburg 71
Güstebiese 20

Hadersleben – Wahlkreis 59
Hagen 37, 66, 183
Hagen/Schwelm – Wahlkreis 38, 60, 480
Hahn 130
Haiger 481
Halberstadt 14, 434
Halle 23, 34, 40, 126, 169, 170, 185-189, 209, 242, 295, 309, 323, 391, 392, 475, 476, 481
Halle/Saalkreis – Wahlkreis 40, 476
Hamburg 12, 15, 21, 27, 31, 32, 34, 44, 45, 46, 64, 66, 69, 73, 130, 147, 154, 169, 174, 184, 191, 211, 234, 235, 245, 259, 267, 270, 271, 276, 283, 284, 292, 322, 344, 345, 358, 382, 392, 396, 406, 408, 409, 412, 414, 416, 418, 430, 437, 438, 471, 475-482, 484, 485, 487
Hamburg – Wahlkreis 60, 64, 113, 114, 116, 118, 119, 130, 177, 284, 292, 476-482
Hameln/Springe – Wahlkreis 477
Hamm 114
Hamm/Soest – Wahlkreis 60, 119, 480
Hanau 35, 110, 113, 114, 115, 123, 192, 212, 218, 283, 477
Hanau/Gelnhausen/Orb – Wahlkreis 60, 477, 480
Hannover 12, 14, 23, 37, 45, 60, 123, 130, 131, 147, 154, 168, 174, 179, 187, 188, 212, 361, 391, 392, 395, 475, 476, 478, 480, 482
Hannover – Wahlkreis 38, 63, 477-480
Hannover/Linden – Wahlkreis 38, 60, 476, 478, 480
Harburg 475, 479, 482
Harburg – Wahlkreis 475
Hartha 15
Hattingen/Witten – Wahlkreis 126, 480
Heidelberg 111, 113, 129, 178, 379
Heidenheim 114, 128
Heidingsfeld 395
Helmarshausen 481
Herford/Halle – Wahlkreis 478
Hessen 23, 39, 42, 63, 100, 130, 168, 174, 190, 485
Hessen-Nassau 23, 26, 60, 132, 168, 174, 417
Hessen/Waldeck – Wahlkreis 24, 40
Hirschberg/Schönau – Wahlkreis 475
Höchst/Homburg/Usingen – Wahlkreis 60, 476, 481
Hof 71, 200, 477
Hof/Münchberg/Selb – Wahlkreis 61, 477
Hohenfelde 119
Hohenstein/Ernstthal – Wahlkreis 66
Holland siehe unter Niederlande
Holland/Mohrungen – Wahlkreis 38
Homburg 476
Homburg/Kusel – Wahlkreis 475
Husum 130
Husum – Wahlkreis 475

Ichtershausen 42
Ilmenau 14,39
Ilversgehofen 42, 130
Ingolstadt 71, 131, 172, 193, 225, 395
Ingolstadt/Freising – Wahlkreis 475
Insterburg/Gumbinnen – Wahlkreis 479
Irland 285
Italien 161, 232, 247, 250, 251, 261, 285, 300, 398
Itzehoe 14, 130
Itzehoe – Wahlkreis 59

Jauer/Bolkenhain/Landeshut – Wahlkreis 127
Jena 6, 17, 19, 21, 23, 46, 50, 57, 116-119, 125-133, 143, 144, 163, 165, 181, 183, 184, 190, 194, 227, 231, 233, 238, 239, 243-248, 251-254, 259, 261-268, 270, 271, 273, 275, 277, 278, 281-288, 292, 293, 296-299, 321, 322, 401, 473, 478, 482, 485, 486
Jena/Neustadt – Wahlkreis 74, 479

Jenens 238, 245, 246, 281, 329
Jericho I und II – Wahlkreis 477
Johanngeorgenstadt 395
Jüterbogk 40
Jüterbogk/Luckenwalde – Wahlkreis 40, 478, 481

Kadinen 427
Kaiserslautern 35, 37, 126, 479, 482, 485, 486
Kaiserslautern/Kirchheimbolanden – Wahlkreis 38, 479
Kalau/Luckau – Wahlkreis 476, 480
Kaltennordheim 42
Kamerun 78, 87
Karlsruhe 23, 42, 162, 185, 202, 263, 478
Karlsruhe – Wahlkreis 478
Karolinen-Inseln 78
Kassel 21, 23, 30, 42, 56, 60, 476
Kassel/Melsungen – Wahlkreis 60, 131, 477
Kattowitz 15, 17, 18, 23, 66, 113, 223, 309, 387, 388, 475, 476
Kattowitz/Zabrze – Wahlkreis 35, 59, 112, 475, 476
Kaufbeuren 129
Keetmanshoop (Südwestafrika) 89
Kempten – Wahlkreis 61
Kiautschau 78, 86
Kiel 21, 74, 86, 130, 189, 430, 471, 477, 479, 480, 482
Kiel/Gaarden – Wahlkreis 130
Kiel/Rendsburg – Wahlkreis 60, 479, 480, 482
Kirchheim/Urach – Wahlkreis 481
Kleefeld bei Hannover 395
Klein-Kreuz 475
Koblenz 61, 396, 482
Koblenz – Wahlkreis 61
Köln 21, 23, 41, 61, 71, 115, 128, 137, 138, 143, 176, 181, 183, 208, 234, 239, 250-256, 261-271, 274-277, 281-284, 287, 288, 289, 292, 293, 296, 305, 313, 341, 358, 367, 392, 402, 403, 435, 436, 440, 473, 477, 479, 482, 485, 486
Köln – Wahlkreis 61, 475, 477, 479, 482
Königsberg/Fischhausen – Wahlkreis 475
Königsberg/Neumark 20
Königsberg/Neumark – Wahlkreis 457, 478, 479
Königsberg i. Pr. 12, 14, 21, 23, 41, 57, 126, 153, 154, 206, 360, 368, 392, 396, 404, 413, 429, 475, 476, 477, 479, 482
Königsberg i. Pr. – Wahlkreis 57, 476
Königsbrück 481
Köpenick 66
Köslin/Kolberg – Wahlkreis 58
Komorowen 21
Konstanz 127, 189, 478
Konstanz – Wahlkreis 63
Kopenhagen 66, 445
Kosel – Wahlkreis 59
Kottbus siehe unter Cottbus
Krakau 395
Krefeld 113, 430, 476, 482
Krefeld – Wahlkreis 61, 476
Kronach 480
Kronach/Lichtenfels – Wahlkreis 480
Kruckel 476
Kubub (Ostafrika) 89
Kulmbach – Wahlkreis 61
Kunzendorf 422

Lahr 475
Lahr/Baden – Wahlkreis 475
Lamprecht 395, 479
Landau 383
Landeshut/Bolkenhain/Jauer – Wahlkreis 59, 476
Landsberg/Soldin – Wahlkreis 479
Langenbielau 12, 42, 154, 392, 476
Lauenburg 475
Lauenburg – Wahlkreis 60, 475, 476
Lausanne (Schweiz) 324
Lechhausen 42, 71, 478, 482
Lechhausen – Wahlkreis 478
Lehe 41
Lehrte 478
Leimen 395
Leipzig 12, 13, 21, 28, 42, 43, 89, 130, 137, 154, 184, 274, 320, 341, 361-364, 382, 392, 396, 409, 416, 428, 458, 460, 462, 467, 476-482
Leipzig – Wahlkreis 62, 476, 478, 480
Lemsdorf 478
Lengenfeld 66
Lennep/Remscheid/Mettmann – Wahlkreis 61, 478
Lichtenberg 477, 480
Liegnitz 58, 59
Liegnitz – Wahlkreis 58
Liegnitz/Parchwitz – Wahlkreis 59

Limbach 479
Limmer bei Hannover 480
Lindenau 478
Lippe 39, 174
Lippe – Wahlkreis 478
Lippe-Detmold 174
Litauen 160, 395, 470
Lodz (Polen) 159
Löbau 478
Löbau – Wahlkreis 478
Löbtau 476
London 139, 158, 253, 324, 392, 395
Lorsch 395
Luckenwalde 66, 396, 478, 481, 482
Luckenwalde – Wahlkreis 57
Ludwigshafen 35, 155, 183, 225, 321, 392, 476, 479
Ludwigshafen/Speyer/Frankenthal – Wahlkreis 61, 475, 478, 481
Lübeck 26, 31, 32, 33, 39, 64, 66, 69, 139, 169, 174, 175, 176, 179, 268, 295, 309, 315, 316, 317, 331, 416, 471, 472, 480, 481, 484-487
Lübeck – Wahlkreis 64, 481
Lüben/Bunzlau – Wahlkreis 59
Lüdenscheid 477
Lüneburg 110, 112
Lüttich 156, 470
Luxemburg 395
Lyk 66

Magdeburg 12, 14, 23, 26, 33, 45, 59, 66, 110, 154, 365, 383, 467, 475-479, 482, 485, 486
Magdeburg – Wahlkreis 59, 475, 478, 479
Mailand 161, 395
Mainz 45, 180, 233, 259, 260, 261, 475, 476
Mainz/Oppenheim – Wahlkreis 475, 476
Manengubaberge (Südwestafrika) 89
Mannheim 12, 15, 34, 116, 118, 125-130, 146-149, 154-158, 162, 179, 189, 193, 274, 287, 288, 321, 334, 359, 360, 379, 381, 383, 390-398, 411, 435, 436, 456, 468, 469, 473, 476-482, 485, 486
Mannheim – Wahlkreis 478
Mannheim/Weinheim – Wahlkreis 63, 475, 476
Marburg 328
Marianen-Inseln 78
Marienburg 370, 422
Marienwerder 371
Marokko 79, 153, 485
Marschall-Inseln 78, 88
Mecklenburg 23, 24, 31, 40, 56, 96, 168, 173, 174, 395, 417, 420, 426
Mecklenburg-Schwerin 63
Meerane 66, 478
Meerane – Wahlkreis 62, 478
Meiningen/Salzungen – Wahlkreis 64, 480
Meißen 66, 125, 477, 479
Meißen – Wahlkreis 62
Melsungen 41
Memel 15, 57, 74
Memel/Heidekrug – Wahlkreis 57, 477
Mergentheim 39
Mergentheim – Wahlkreis 39
Merseburg 59, 170, 189
Merseburg/Querfurt – Wahlkreis 59, 479
Metz 480
Metz – Wahlkreis 480
Minden 60, 434, 479
Minden/Lübbecke – Wahlkreis 479
Misburg 395
Mittelfranken 61, 62
Mittweida 43
Mittweida/Limbach – Wahlkreis 62
Moers/Rees – Wahlkreis 61
Möhringen 481
Mönchen-Gladbach 66, 74, 204, 290
Montjoie(Monschau)/Malmedy/Schleiden – Wahlkreis 477
Mosbach 42
Moschendorf 395
Moskau 159, 260
Mühlhausen/Thüringen 110
Mühlhausen/Langensalza – Wahlkreis 178, 240, 241, 480
Mühlheim/Main 42, 481
Mülhausen/Elsaß 36, 117, 178, 240, 406, 479, 485
Mülhausen/Elsaß – Wahlkreis 65, 479
Mülheim/Rhein 478, 482
Mülheim/Wipperfürth/Gummersbach – Wahlkreis 61, 478
München 12, 42, 66, 71, 110, 130, 154, 170, 189, 205, 319, 346, 389, 416, 432, 439, 475-480
München – Wahlkreis 477-480
Münchenbernsdorf 112
München-Gladbach siehe unter Mönchen-Gladbach
Münster 60
Mundenheim 478

Nancy (Frankreich) 461
Nassau – Wahlkreis 478
Naumburg/Weißenfels/Zeitz – Wahlkreis 478, 480
Neudorf 422
Neuenhagen 481
Neu-Guinea 78
Neumünster 66, 130, 479
Neu-Ruppin 390, 478
Neustadt a. d. Hardt 478, 482
Neustadt a. d. Hardt – Wahlkreis 478
Neustadt/Holstein 112
Neustadt/Holstein – Wahlkreis 60
Neustadt/Landau/Edenkoben – Wahlkreis 479
Neustadt/Oberschlesien – Wahlkreis 59
Neustadt/Orla 19
Neustadt/Weiden – Wahlkreis 481
Neuwied – Wahlkreis 61
Newhaven (England) 443
New York 66
Niederbarnim 42, 110, 112, 115, 116, 239, 240, 266, 270, 300, 482
Niederbarnim – Wahlkreis 57, 130, 239, 411, 477, 479, 480, 481
Nieder-Heßlich 478
Niederlande 93, 161, 232, 247, 250, 251, 312, 400, 449, 456, 470, 482
Niendorf 189
Nördlingen – Wahlkreis 38
Nordhausen 34, 481, 485, 486
Nordhausen/Hohenstein – Wahlkreis 59, 481
Norwegen 450
Nürnberg 40, 45, 67, 71, 163, 167, 170, 186, 287, 331, 365, 383, 395, 430-435, 437, 439, 467, 475-482
Nürnberg – Wahlkreis 61, 477
Nürnberg/Aldorf – Wahlkreis 481
Nürtingen 481

Oberbarnim – Wahlkreis 476, 479
Oberhausen 41, 480
Oberlangenbielau 67
Oberlangenbielau – Wahlkreis 127, 130
Oberschlesien 23, 66, 67, 82, 223, 224, 225, 309, 387, 388
Ober-Schönweide 67, 477
Oberstein 476
Oberursel 481
Obrichheim 42
Oerlinghausen 478
Oetzsch 42
Österreich 28, 29, 148, 156, 157, 158, 197, 198, 204, 224, 232, 247, 266, 285, 300, 312, 397, 441, 444, 453, 454, 459, 470, 482, 485, 487
Offenbach 12, 14, 23, 33, 35, 130, 154, 190, 320, 359, 392, 480, 485, 486
Offenbach/Dieburg – Wahlkreis 480, 481
Offenburg 392, 469, 476, 477, 481
Offenburg – Wahlkreis 477, 481
Ohlau/Strehlau – Wahlkreis 58
Ohlig 408
Oldenburg 26, 39, 63, 168, 174, 485
Oldenburg – Wahlkreis 63, 189, 476, 481
Oppeln 59
Oschersleben/Calbe – Wahlkreis 59
Oschersleben/Halberstadt/Wernigerode – Wahlkreis 475
Osnabrück 282, 391
Ostafrika 77, 78, 86, 88, 89
Ostasien 86, 308
Osthavelland – Wahlkreis 57
Ostpreußen 23, 24, 57, 168, 174, 404, 417, 422
Ost-Prignitz – Wahlkreis 479, 480
Ostrosnitz 67
Ost und West Sternberg – Wahlkreis 476, 480
Ottensen 476, 480
Ottensen – Wahlkreis 476

Palästina 337
Palau-Inseln 78
Pankow bei Berlin 266, 476
Paris 67, 115, 139, 158, 221, 253, 322, 383, 384, 395
Passau 416
Penzberg 71
Pfalz 112, 441
Pfalz – Wahlkreis 61, 112, 479
Pforzheim 476
Pforzheim – Wahlkreis 476
Pfungstadt 113, 124, 129, 130
Pinneberg 34, 486
Pinneberg/Ottensen – Wahlkreis 60
Pirmasens 389, 395, 476
Pirna 125
Pirna – Wahlkreis 62
Plauen 28, 110
Plauen/Oelsnitz – Wahlkreis 62

Pleißa 67
Pößneck 480, 486
Polen 97, 100, 160, 387, 395, 470
Pommern 23, 24, 26, 58, 71, 132, 168, 174, 206, 240, 275, 285, 382, 402, 404
Posen 15, 26, 58, 74, 168, 174, 402, 404, 475
Posen – Wahlkreis 475, 477, 479
Potsdam 57
Potsdam/Spandau/Osthavelland – Wahlkreis 110, 127, 129, 384, 386, 478, 479, 480
Prenzlau/Angermünde – Wahlkreis 480, 481
Preußen 20, 21, 23, 26, 29-32, 40, 43, 57, 61, 68, 69, 72, 79, 89, 117, 147, 151, 162, 168, 174, 184, 187, 201, 230, 234-240, 245, 247, 262-267, 276, 285, 325, 332-337, 344, 347, 366, 376, 387, 403, 416-419, 422, 427, 431, 441, 442, 471, 486

Quedlinburg/Aschersleben/Calbe – Wahlkreis 480

Ragnitz 472
Randow/Greifenhagen – Wahlkreis 58, 479
Rastatt – Wahlkreis 63
Rathenow 41, 479
Rauscha 20, 486
Ravensburg 476
Ravensburg – Wahlkreis 476
Rawitsch/Gostyn – Wahlkreis 58
Recklinghausen 111, 124, 125, 480
Recklinghausen/Borken – Wahlkreis 60, 480
Regensburg 71, 396, 477, 482
Regensburg – Wahlkreis 477, 479
Rehau 71
Reichenbach/Neurode – Wahlkreis 58, 62, 476
Remscheid 41, 320, 478
Reuß ältere Linie 23, 31, 39, 64, 169, 174, 486, 487
Reuß ältere Linie – Wahlkreis 478
Reuß jüngere Linie 23, 39, 64, 169, 174, 419
Reuß jüngere Linie – Wahlkreis 64, 478
Reutlingen 407, 480, 482
Rheinland-Westfalen 21, 82, 309
Rheinprovinz 61, 168, 174, 181
Rinteln 37
Rinteln/Hofgeismar/Wolfhagen – Wahlkreis 38, 481
Rintheim 477
Rixdorf bei Berlin 67, 110, 477
Rochester (England) 67
Rohrbach/Pfalz 112, 131
Rom 331, 395, 399
Roßwein 476
Rostock 23, 478
Rostock – Wahlkreis 63, 478
Roth 42
Rothenburg/Tauber 172, 495
Rothenburg/Hoyerswerda – Wahlkreis 59, 481
Rudolstadt 39, 477
Rudolstadt – Wahlkreis 477
Rüppurr 42
Ruhrgebiet 45, 52, 94, 111
Ruhrort 111, 112, 126
Ruhrrevier 93, 183, 214, 215, 248, 335, 388, 400
Rummelsburg 67
Ruppin/Templin – Wahlkreis 57, 476, 478
Russisch Polen 300, 301
Rußland 19, 28-32, 68, 80, 95, 144, 153, 156, 158, 160, 161, 197, 198, 204, 220, 231, 232, 240, 247, 259-262, 265, 276, 282, 300, 301, 369, 388, 397, 399, 440, 474, 486, 487

Saalfeld 19, 56, 478
Saarbrücken 35, 176, 189, 477
Saarbrücken/Ottweiler/Saarlouis – Wahlkreis 477
Sachsen 27, 32, 39, 59, 62, 69, 70, 89, 147, 168, 170, 174, 183, 234, 235, 245, 263, 267, 273, 284, 292, 422, 448, 457, 460, 471, 486, 487
Sachsen – Wahlkreis 110, 112, 115, 117, 172, 274, 395, 475-482
Sachsen-Altenburg 23, 39, 64, 169, 174, 476, 484, 487
Sachsen/Altenburg – Wahlkreis 23
Sachsen-Coburg-Gotha 23, 39, 64, 169, 174
Sachsen-Meiningen 19, 23, 26, 64, 168, 169, 174, 471
Sachsen-Weimar 23, 30, 39, 63, 71, 168, 169, 174, 404, 485, 486
Sacro 479
Sagan 67

Sagan/Sprottau – Wahlkreis 481
Salzungen 476
Samoa 78, 88
Sangershausen/Eckartsberga – Wahlkreis 480
St. Ilgen 479
St. Johann 35, 395, 486
St. Petersburg (Rußland) 29
Schaumburg-Lippe 39, 174, 485, 486
Schiltigheim 477
Schlesien 58, 59, 168, 174
Schleswig 130, 480
Schleswig/Eckernförde – Wahlkreis 59, 480
Schleswig-Holstein 25, 38, 59, 60, 117, 130, 132, 168, 174, 410, 417, 441
Schleswig/Holstein – Wahlkreis 189, 475-480, 482
Schmetzingen 42
Schneeberg 480
Schönau/Hirschberg – Wahlkreis 59
Schöneberg bei Berlin 12, 40, 67, 130, 410, 412, 475, 477, 479, 481
Schönheide 67
Schönlanke – Wahlkreis 58
Schondorf 478
Schwaben 62
Schwarzburg – Wahlkreis 23
Schwarzburg-Rudolstadt 23, 38, 64, 169, 174, 486
Schwarzburg-Sonderhausen 23, 169, 174
Schwarzburg/Sonderhausen – Wahlkreis 23, 40
Schweden 93, 158, 232, 247, 312, 442, 452, 453, 470
Schwedt/Oder 480
Schweinfurt 480
Schweinfurt – Wahlkreis 62, 480
Schweiz 56, 434
Schwelm 480
Schwenningen/Sonnenberg/Saalfeld – Wahlkreis 64
Schwerin 31, 67
Schwiebus 480
Shanghai (China) 88
Siegkreis/Waldbroel – Wahlkreis 61
Siegmaringen – Wahlkreis 38
Skaiskirrer 477
Soest 480
Sofia (Bulgarien) 395
Solingen 67, 132, 133, 310
Solingen – Wahlkreis 61, 480
Sonnenburg 420, 480
Sorau 477
Sorau/Forst – Wahlkreis 58, 177, 475, 477, 479
Spandau 67
Spenge 67, 395
Speyer 481
Spremberg 478
Staaken 67
Stade 416
Steinberg 477
Stendal/Osterburg – Wahlkreis 59
Stettin 23, 35, 56, 67, 129, 130, 182, 194, 240, 266, 285, 379, 382, 392, 395, 404, 477, 479, 482, 486
Stettin – Wahlkreis 58, 477
Stockholm 158
Stollberg/Schneeberg – Wahlkreis 62
Stralsund 417
Stralsund – Wahlkreis 58
Straßburg/Elsaß 56, 110, 116, 126, 191, 212, 392, 450, 479, 482
Straßburg/Elsaß – Wahlkreis 65, 477, 479
Strausberg 479
Strehla 67
Strelitz 420
Striegau 42
Striegau/Schweidnitz – Wahlkreis 58, 476
Stuttgart 42, 67, 112, 115, 124, 133, 156, 157, 179, 220, 222, 279, 392, 396, 400, 405, 407, 440, 459, 476-481
Stuttgart – Wahlkreis 62
Südwestafrika 66, 77, 78, 86, 87, 88, 302, 484
Suhl 34, 486
Sydowsaue 35

Teltow 395
Teltow/Beeskow/Storkow/Charlottenburg – Wahlkreis 57, 111-115, 124, 128, 129, 130, 154, 381, 411, 475, 477, 481, 482
Tempelhof bei Berlin 410
Thale 480
Themar 42
Thorn/Kulm – Wahlkreis 38
Thüringen 409
Tirol 424
Togo (Afrika) 76, 86
Tondern/Husum – Wahlkreis 59

Torgau/Liebenwerda – Wahlkreis 59, 476
Trebbin 42
Triberg 477
Trier 14, 61, 427
Trier – Wahlkreis 61
Trossingen 478
Tübingen 32
Tuttlingen 39

Uetersen 113
Ulm 42
Ungarn 28, 29, 395, 445, 485
Unterfranken 62
Untertürkheim 42
Urberach 480
Usedom/Wollin – Wahlkreis 58

Vegesack 478
Velbert 72, 395
Velten 480
Verden 110
Vilbel 475

Waldeck 23, 40
Waldenburg – Wahlkreis 58
Waldheim 67
Waldshut 395
Wales (England) 444
Waltershausen 42, 130
Wandsbek 476
Wangen 42
Wanzleben – Wahlkreis 478, 480
Warschau 156, 159, 395, 470
Weimar 23, 475
Weimar – Wahlkreis 23, 112
Weinheim 40, 480
Weißenfels 395, 480
Weißensee 15, 67, 479
Wernigerode 475
Westfalen 23, 60, 168, 174, 309
Westhavelland – Wahlkreis 57
Westpreußen 23, 24, 57, 168, 174, 417
West-Prignitz – Wahlkreis 475, 477
Wetzlar 476
Wetzlar/Altenkirchen – Wahlkreis 476
Wien 156, 157, 399, 482
Wiesbaden 60
Wiesbaden – Wahlkreis 478
Wilmersdorf – Wahlkreis 113
Wismar 395
Wittenberg/Schweinitz – Wahlkreis 477
Wittenberge 67, 476, 482
Wittenberge – Wahlkreis 477
Wittislingen 395
Wittlich – Wahlkreis 61
Wolfenbüttel 481
Wolfenbüttel – Wahlkreis 62
Wolmirstedt/Neuhaldensleben – Wahlkreis 479
Worms 321, 476
Worms/Heppenheim – Wahlkreis 476
Württemberg 32, 39, 42, 62, 63, 101, 168, 174, 407, 413, 424, 485, 486, 487
Württemberg – Wahlkreis 112, 476-481
Würzburg 42, 67
Wunsiedel 432
Wurzen 28, 479
Wurzen – Wahlkreis 62

Zäckerick 20
Zauch/Belzig/Luckenwalde – Wahlkreis 476, 478
Zchorlau 67
Zeitz 12, 379, 478
Zeitz/Weißenfels – Wahlkreis 59
Zellin 20
Zickhausen 423
Ziegenrück – Wahlkreis 59
Zittau 480
Zschopau 481
Zschopau/Marienberg – Wahlkreis 132, 481
Züllichau/Krossen – Wahlkreis 477, 480
Zürich 139, 221, 227, 240, 253, 470
Zweibrücken/Pirmasens – Wahlkreis 476
Zwickau 28, 293, 477
Zwickau – Wahlkreis 62